

GESETZBLATT

der Deutschen Demokratischen Republik

AUSGEBESONDERT

27. APR. 1976
UB Cottbus

1976	Berlin, den 6. Januar 1976	Teil II Nr. 1
------	----------------------------	---------------

Tag	Inhalt	Seite
3. 11. 75	Bekanntmachung über die Ratifikation der Urkunde zur Abänderung der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation vom 22. Juni 1972	1
3. 11. 75	Bekanntmachung über die Ratifikation von Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation	2
29. 12. 75	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Vertrages vom 7. Oktober 1975 über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken	23

**Bekanntmachung
über die Ratifikation
der Urkunde zur Abänderung der Verfassung
der Internationalen Arbeitsorganisation vom 22. Juni 1972
vom 3. November 1975**

Es wird hierdurch bekanntgemacht, daß der Staatsrat der Deutschen Demokratischen Republik am 27. Februar 1975 die nachstehend veröffentlichte Urkunde zur Abänderung der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation vom 22. Juni 1972 ratifiziert hat.

Die Ratifikationsurkunde wurde am 7. Mai 1975 beim Generaldirektor der Internationalen Arbeitsorganisation hinterlegt.

Der Tag, an dem die Abänderungsurkunde für die Deutsche Demokratische Republik in Kraft tritt, wird im Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik bekanntgemacht.

Berlin, den 3. November 1975

**Der Sekretär des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik**

H. Eichler

(Übersetzung)

**Urkunde
zur Abänderung der Verfassung
der Internationalen Arbeitsorganisation**

Die Allgemeine Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation,

die vom Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes nach Genf einberufen wurde und am 7. Juni 1972 zu ihrer siebenundfünfzigsten Tagung zusammengetreten ist,

hat beschlossen, die Anträge anzunehmen, in den Bestimmungen der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation über die Zusammensetzung des Verwaltungsrates die Zahlen „achtundvierzig“, „vierundzwanzig“, „vierzehn“ und „zwölf“ durch die Zahlen „sechsendfünfzig“, „achtundzwanzig“, „achtzehn“ und „vierzehn“ zu ersetzen, eine Frage, die den siebenten Gegenstand ihrer Tagesordnung bildet.

Die Konferenz nimmt heute, am 22. Juni 1972, die folgende Urkunde zur Abänderung der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation an, die als Abänderungsurkunde zur Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation, 1972, bezeichnet wird.

Artikel 1

In der gegenwärtig geltenden Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation werden die Zahlen „achtundvierzig“, „vierundzwanzig“, „vierzehn“ und „zwölf“ in Artikel 7 Absätze 1 und 2 durch die Zahlen „sechsendfünfzig“, „achtundzwanzig“, „achtzehn“ und „vierzehn“ ersetzt.

Artikel 2

Vom Tage des Inkrafttretens dieser Abänderungsurkunde gilt die Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation in der nach dem vorstehenden Artikel abgeänderten Fassung.

Artikel 3

Sobald diese Abänderungsurkunde in Kraft getreten ist, läßt der Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes zwei Urschriften des amtlichen Wortlautes der durch die Bestimmungen dieser Abänderungsurkunde geänderten Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation anfertigen und versieht sie mit seiner Unterschrift. Eine Urschrift wird im Archiv des Internationalen Arbeitsamtes hinterlegt, die andere dem Generalsekretär der Vereinten Nationen zwecks Eintragung nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen übermittelt. Der Generaldirektor stellt jedem Mitglied der Internationalen Arbeitsorganisation eine beglaubigte Abschrift dieses Wortlautes zu.

Artikel 4

Zwei maßgebende Ausfertigungen dieser Abänderungsurkunde werden vom Präsidenten der Konferenz und vom Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes unterzeichnet. Eine Ausfertigung wird im Archiv des Internationalen Arbeitsamtes hinterlegt, die andere dem Generalsekretär der Vereinten Nationen zwecks Eintragung nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen übermittelt. Der Generaldirektor stellt jedem Mitglied der Internationalen Arbeitsorganisation eine beglaubigte Abschrift dieser Urkunde zu.

Artikel 5

1. Die förmlichen Ratifikationen oder Annahmen dieser Abänderungsurkunde sind dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes mitzuteilen, der den Mitgliedern der Organisation davon Kenntnis gibt.

2. Diese Abänderungsurkunde tritt nach den Bestimmungen des Artikels 26 der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation in Kraft.

3. Sobald diese Abänderungsurkunde in Kraft getreten ist, gibt der Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes dies allen Mitgliedern der Internationalen Arbeitsorganisation und dem Generalsekretär der Vereinten Nationen bekannt.

**Bekanntmachung
über die Ratifikation
von Übereinkommen
der Internationalen Arbeitsorganisation**

vom 3. November 1975

Es wird hierdurch bekanntgemacht, daß der Staatsrat der Deutschen Demokratischen Republik am 27. Februar 1975 die folgenden, nachstehend veröffentlichten Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation ratifiziert hat:

- das Übereinkommen 87 über die Vereinigungsfreiheit und den Schutz des Vereinigungsrechts, 1948,
- das Übereinkommen 95 über den Lohnschutz, 1949,
- das Übereinkommen 98 über die Anwendung der Grundsätze des Vereinigungsrechts und des Rechts zu Kollektivverhandlungen, 1949,
- das Übereinkommen 100 über die Gleichheit des Entgelts männlicher und weiblicher Arbeitskräfte für gleichwertige Arbeit, 1951,
- das Übereinkommen 108 über staatliche Personalausweise für Seeleute, 1958,
- das Übereinkommen 111 über die Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf, 1958,
- das Übereinkommen 115 über den Schutz der Arbeitnehmer vor ionisierenden Strahlen, 1960,
- das Übereinkommen 120 über den Gesundheitsschutz im Handel und in Büros, 1964,
- das Übereinkommen 122 über die Beschäftigungspolitik, 1964,
- das Übereinkommen 135 über Schutz und Erleichterungen für Arbeitnehmervertreter im Betrieb, 1971.

Die Ratifikationsurkunden wurden am 7. Mai 1975 beim Generaldirektor der Internationalen Arbeitsorganisation hinterlegt. In bezug auf die in den Übereinkommen Nr. 87, 95, 98, 100 und 111 enthaltenen Bestimmungen über die territoriale Anwendung gab die Deutsche Demokratische Republik folgende Erklärung ab:

„Die Deutsche Demokratische Republik läßt sich in ihrer Haltung zu denjenigen Übereinkommensbestimmungen, die die Anwendung dieser Übereinkommen auf Kolonialgebiete und andere abhängige Territorien betreffen, von den Festlegungen der Deklaration der Vereinten Nationen über die Gewährung der Unabhängigkeit an die kolonialen Länder und Völker (Res. Nr. 1514 [XV] vom 14. Dezember 1960) leiten, welche die Notwendigkeit einer schnellen und bedingungslosen Beendigung des Kolonialismus in allen seinen Formen und Äußerungen proklamieren.“

Außerdem wurde von Seiten der Deutschen Demokratischen Republik zu Artikel 3 Abs. 3 Buchst. c des Übereinkommens Nr. 115 folgende Erklärung abgegeben:

„Die Bestimmungen des Übereinkommens finden auf alle Werkstätten Anwendung, die während ihrer beruflichen Tätigkeit in einem Kontrollbereich strahlenexponiert bzw. in einem Überwachungsbereich tätig sind, und werden durch die Gesetzgebung verwirklicht.“

Die Übereinkommen treten gemäß ihren jeweiligen Inkraftsetzungsbestimmungen für die Deutsche Demokratische Republik am 7. Mai 1976 in Kraft.

Berlin, den 3. November 1975

Der Sekretär des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik

H. Eichler

(Übersetzung)

ÜBEREINKOMMEN 87

Übereinkommen über die Vereinigungsfreiheit und den Schutz des Vereinigungsrechts¹

Die Allgemeine Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation,

die vom Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes nach San Francisco einberufen wurde und am 17. Juni 1948 zu ihrer einunddreißigsten Tagung zusammengetreten ist,

hat beschlossen, verschiedene Anträge betreffend die Vereinigungsfreiheit und den Schutz des Vereinigungsrechts, eine Frage, die den siebenten Gegenstand ihrer Tagesordnung bildet, in der Form eines Übereinkommens anzunehmen.

Davon ausgehend, daß die Präambel zur Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation die „Anerkennung des Grundsatzes der Vereinigungsfreiheit“ unter den Mitteln aufzählt, die geeignet sind, die Lage der Arbeitnehmer zu verbessern und den Frieden zu sichern,

daß die Erklärung von Philadelphia erneut bekräftigt hat, daß „Freiheit der Meinungsäußerung und Vereinigungsfreiheit wesentliche Voraussetzungen beständigen Fortschritts“ sind,

daß die Internationale Arbeitskonferenz auf ihrer dreißigsten Tagung einstimmig die Grundsätze angenommen hat, welche die Grundlage der internationalen Regelung bilden sollen,

daß die Generalversammlung der Vereinten Nationen sich auf ihrer zweiten Tagung diese Grundsätze zu eigen gemacht und die Internationale Arbeitsorganisation ersucht hat, weiterhin alles zu tun, um die Annahme eines oder mehrerer internationaler Übereinkommen zu ermöglichen,

nimmt die Konferenz heute, am 9. Juli 1948, das folgende Übereinkommen an, das als Übereinkommen über die Vereinigungsfreiheit und den Schutz des Vereinigungsrechts, 1948, bezeichnet wird.

Teil I. Vereinigungsfreiheit

Artikel 1

Jedes Mitglied der Internationalen Arbeitsorganisation, für das dieses Übereinkommen in Kraft ist, verpflichtet sich, die folgenden Bestimmungen zur Anwendung zu bringen.

¹ Dieses Übereinkommen ist am 4. Juli 1950 in Kraft getreten.

Artikel 2

Die Arbeitnehmer und die Arbeitgeber ohne jeden Unterschied haben das Recht, ohne vorherige Genehmigung Organisationen nach eigener Wahl zu bilden und solchen Organisationen beizutreten, wobei lediglich die Bedingung gilt, daß sie deren Satzungen einhalten.

Artikel 3

1. Die Organisationen der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber haben das Recht, sich Satzungen und Geschäftsordnungen zu geben, ihre Vertreter frei zu wählen, ihre Geschäftsführung und Tätigkeit zu regeln und ihr Programm aufzustellen.

2. Die Behörden haben sich jedes Eingriffes zu enthalten, der geeignet wäre, dieses Recht zu beschränken oder dessen rechtmäßige Ausübung zu behindern.

Artikel 4

Die Organisationen der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber dürfen im Verwaltungswege weder aufgelöst noch zeitweilig eingestellt werden.

Artikel 5

Die Organisationen der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber sind berechtigt, Verbände und Zentralverbände zu bilden und sich solchen anzuschließen. Die Organisationen, Verbände und Zentralverbände haben das Recht, sich internationalen Organisationen der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber anzuschließen.

Artikel 6

Die Bestimmungen der Artikel 2, 3 und 4 finden auf die Verbände und Zentralverbände von Organisationen der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber Anwendung.

Artikel 7

Der Erwerb der Rechtspersönlichkeit durch Organisationen der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber, ihre Verbände und Zentralverbände darf nicht an Bedingungen geknüpft werden, die geeignet sind, die Anwendung der Bestimmungen der Artikel 2, 3 und 4 zu beeinträchtigen.

Artikel 8

1. Die Arbeitnehmer und die Arbeitgeber und ihre Organisationen haben sich gleich anderen Personen und organisierten Gemeinschaften bei Ausübung der ihnen durch dieses Übereinkommen zuerkannten Rechte an die Gesetze zu halten.

2. Die in diesem Übereinkommen vorgesehenen Rechte dürfen weder durch die innerstaatliche Gesetzgebung noch durch die Art ihrer Anwendung geschmälert werden.

Artikel 9

1. Die innerstaatliche Gesetzgebung bestimmt, inwieweit die in diesem Übereinkommen vorgesehenen Rechte auf das Heer und die Polizei Anwendung finden.

2. Die Ratifikation dieses Übereinkommens durch ein Mitglied läßt bereits bestehende Gesetze, Entscheidungen, Gewohnheiten oder Vereinbarungen, die den Angehörigen des Heeres und der Polizei irgendwelche in diesem Übereinkommen vorgesehenen Rechte einräumen, nach dem Grundsatz des Artikels 19 Absatz 8 der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation unberührt.

Artikel 10

In diesem Übereinkommen bezeichnet der Ausdruck „Organisation“ jede Organisation von Arbeitnehmern oder von Arbeitgebern, welche die Förderung und den Schutz der Interessen der Arbeitnehmer oder der Arbeitgeber zum Ziele hat.

Teil II. Schutz des Vereinigungsrechts

Artikel 11

Jedes Mitglied der Internationalen Arbeitsorganisation, für das dieses Übereinkommen in Kraft ist, verpflichtet sich, alle erforderlichen und geeigneten Maßnahmen zu treffen, um den Arbeitnehmern und den Arbeitgebern die freie Ausübung des Vereinigungsrechts zu gewährleisten.

Teil III. Verschiedene Bestimmungen

Artikel 12

1. Für die in Artikel 35 der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation in der Fassung der Abänderungsurkunde von 1946 bezeichneten Gebiete, mit Ausnahme der Gebiete nach Absatz 4 und 5 des genannten Artikels in seiner neuen Fassung, hat jedes Mitglied der Organisation, das dieses Übereinkommen ratifiziert, dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes mit seiner Ratifikation oder so bald wie möglich nach der Ratifikation eine Erklärung zu übermitteln, welche die Gebiete bekanntgibt,

- für die es die Verpflichtung zur unveränderten Durchführung der Bestimmungen des Übereinkommens übernimmt,
- für die es die Verpflichtung zur Durchführung der Bestimmungen des Übereinkommens mit Abweichungen übernimmt, unter Angabe der Einzelheiten dieser Abweichungen,
- in denen das Übereinkommen nicht durchgeführt werden kann, und in diesem Fall die Gründe dafür,
- für die es sich die Entscheidung vorbehält.

2. Die Verpflichtungen nach Absatz 1 a) und b) dieses Artikels gelten als Bestandteil der Ratifikation und haben die Wirkung einer solchen.

3. Jedes Mitglied kann die in der ursprünglichen Erklärung nach Absatz 1 b), c) und d) dieses Artikels mitgeteilten Vorbehalte jederzeit durch eine spätere Erklärung ganz oder teilweise zurückziehen.

4. Jedes Mitglied kann dem Generaldirektor zu jedem Zeitpunkt, in dem das Übereinkommen nach Artikel 16 gekündigt werden kann, eine Erklärung übermitteln, durch die der Inhalt jeder früheren Erklärung in sonstiger Weise abgeändert und die in dem betreffenden Zeitpunkt in bestimmten Gebieten bestehende Lage angegeben wird.

Artikel 13

1. Fällt der Gegenstand dieses Übereinkommens unter die Selbstregierungsbefugnisse eines außerhalb des Mutterlandes gelegenen Gebietes, so kann das für die internationalen Beziehungen dieses Gebietes verantwortliche Mitglied im Benehmen mit dessen Regierung dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes eine Erklärung übermitteln, durch die es die Verpflichtungen aus diesem Übereinkommen im Namen des betreffenden Gebietes übernimmt.

2. Eine Erklärung betreffend die Übernahme der Verpflichtungen aus diesem Übereinkommen kann dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes übermittelt werden

a) von zwei oder mehr Mitgliedern der Organisation für ein ihnen gemeinsam unterstelltes Gebiet,

b) von jeder nach der Charta der Vereinten Nationen oder auf Grund einer anderen Bestimmung für die Verwaltung eines Gebietes verantwortlichen internationalen Behörde, und zwar für das betreffende Gebiet.

3. In den dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes nach den vorstehenden Absätzen dieses Artikels übermittelten Erklärungen ist anzugeben, ob das Übereinkommen in dem betreffenden Gebiet mit oder ohne Abweichungen durchgeführt wird; teilt die Erklärung mit, daß die Durchführung des Übereinkommens mit Abweichungen erfolgt, so sind die Einzelheiten dieser Abweichungen anzugeben.

4. Das beteiligte Mitglied, die beteiligten Mitglieder oder die beteiligte internationale Behörde können jederzeit durch eine spätere Erklärung auf das Recht der Inanspruchnahme jeder in einer früheren Erklärung mitgeteilten Abweichung ganz oder teilweise verzichten.

5. Das beteiligte Mitglied, die beteiligten Mitglieder oder die beteiligte internationale Behörde können dem Generaldirektor zu jedem Zeitpunkt, in dem dieses Übereinkommen nach Artikel 16 gekündigt werden kann, eine Erklärung übermitteln, durch die der Inhalt jeder früheren Erklärung in sonstiger Weise abgeändert und die in dem betreffenden Zeitpunkt bestehende Lage in bezug auf die Durchführung dieses Übereinkommens angegeben wird.

Teil IV. Schlußbestimmungen

Artikel 14

Die förmlichen Ratifikationen dieses Übereinkommens sind dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes zur Eintragung mitzuteilen.

Artikel 15

1. Dieses Übereinkommen bindet nur diejenigen Mitglieder der Internationalen Arbeitsorganisation, deren Ratifikation durch den Generaldirektor eingetragen ist.

2. Es tritt in Kraft zwölf Monate nachdem die Ratifikationen zweier Mitglieder durch den Generaldirektor eingetragen worden sind.

3. In der Folge tritt dieses Übereinkommen für jedes Mitglied zwölf Monate nach der Eintragung seiner Ratifikation in Kraft.

Artikel 16

1. Jedes Mitglied, das dieses Übereinkommen ratifiziert hat, kann es nach Ablauf von zehn Jahren, gerechnet von dem Tag, an dem es zum erstenmal in Kraft getreten ist, durch Anzeige an den Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes kündigen. Die Kündigung wird von diesem eingetragen. Ihre Wirkung tritt erst ein Jahr nach der Eintragung ein.

2. Jedes Mitglied, das dieses Übereinkommen ratifiziert hat und innerhalb eines Jahres nach Ablauf des im vorigen Absatz genannten Zeitraumes von zehn Jahren von dem in diesem Artikel vorgesehenen Kündigungsrecht keinen Gebrauch macht, bleibt für einen weiteren Zeitraum von zehn Jahren gebunden. In der Folge kann es dieses Übereinkommen jeweils nach Ablauf eines Zeitraumes von zehn Jahren nach Maßgabe dieses Artikels kündigen.

Artikel 17

1. Der Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes gibt allen Mitgliedern der Internationalen Arbeitsorganisation

Kenntnis von der Eintragung aller Ratifikationen, Erklärungen und Kündigungen, die ihm von den Mitgliedern der Organisation mitgeteilt werden.

2. Der Generaldirektor wird die Mitglieder der Organisation, wenn er ihnen von der Eintragung der zweiten Ratifikation, die ihm mitgeteilt wird, Kenntnis gibt, auf den Zeitpunkt aufmerksam machen, in dem dieses Übereinkommen in Kraft tritt.

Artikel 18

Der Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes übermittelt dem Generalsekretär der Vereinten Nationen zwecks Eintragung nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen vollständige Auskünfte über alle von ihm nach Maßgabe der vorausgehenden Artikel eingetragenen Ratifikationen, Erklärungen und Kündigungen.

Artikel 19

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes hat, sooft er es für nötig erachtet, der Allgemeinen Konferenz einen Bericht über die Durchführung dieses Übereinkommens zu erstatten und zu prüfen, ob die Frage seiner gänzlichen oder teilweisen Abänderung auf die Tagesordnung der Konferenz gesetzt werden soll.

Artikel 20

1. Nimmt die Konferenz ein neues Übereinkommen an, welches das vorliegende Übereinkommen ganz oder teilweise abändert, und sieht das neue Übereinkommen nichts anderes vor, so gelten folgende Bestimmungen:

- a) Die Ratifikation des neugefaßten Übereinkommens durch ein Mitglied schließt ohne weiteres die sofortige Kündigung des vorliegenden Übereinkommens in sich ohne Rücksicht auf Artikel 16, vorausgesetzt, daß das neugefaßte Übereinkommen in Kraft getreten ist.
- b) Vom Zeitpunkt des Inkrafttretens des neugefaßten Übereinkommens an kann das vorliegende Übereinkommen von den Mitgliedern nicht mehr ratifiziert werden.

2. Indessen bleibt das vorliegende Übereinkommen nach Form und Inhalt jedenfalls in Kraft für die Mitglieder, die dieses, aber nicht das neugefaßte Übereinkommen ratifiziert haben.

Artikel 21

Der französische und der englische Wortlaut dieses Übereinkommens sind in gleicher Weise maßgebend.

(Übersetzung)

ÜBEREINKOMMEN 95

Übereinkommen über den Lohnschutz¹

Die Allgemeine Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation,

die vom Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes nach Genf einberufen wurde und am 8. Juni 1949 zu ihrer zweiunddreißigsten Tagung zusammengetreten ist,

hat beschlossen, verschiedene Anträge anzunehmen betreffend den Lohnschutz, eine Frage, die den siebenten Gegenstand ihrer Tagesordnung bildet, und

dabei bestimmt, daß diese Anträge die Form eines internationalen Übereinkommens erhalten sollen.

¹ Dieses Übereinkommen ist am 24. September 1952 in Kraft getreten.

Die Konferenz nimmt heute, am 1. Juli 1949, das folgende Übereinkommen an, das als Übereinkommen über den Lohnschutz, 1949, bezeichnet wird.

Artikel 1

Als „Lohn“ im Sinne dieses Übereinkommens gilt, ohne Rücksicht auf Bezeichnung oder Berechnungsart, das Entgelt oder der Verdienst, den ein Arbeitnehmer von einem Arbeitgeber auf Grund eines schriftlichen oder mündlichen Dienstvertrages für geleistete oder zu leistende Arbeit oder für geleistete oder zu leistende Dienste zu fordern hat, soweit dieses Entgelt oder diese Leistungen in Geld ausgedrückt werden können und durch Vereinbarung oder durch die innerstaatliche Gesetzgebung bestimmt sind.

Artikel 2

1. Dieses Übereinkommen findet Anwendung auf alle Personen, denen ein Lohn gezahlt wird oder gebührt.

2. Die zuständige Stelle kann nach Anhörung der unmittelbar beteiligten Verbände der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer, sofern solche Verbände bestehen, von der Durchführung dieses Übereinkommens die Gruppen von Personen ganz oder teilweise ausnehmen, die keine körperliche Arbeit verrichten oder in häuslichen Diensten oder in ähnlichen Beschäftigungen stehen und für welche die völlige oder teilweise Durchführung des Übereinkommens unter Berücksichtigung der Umstände und Bedingungen ihrer Beschäftigung untunlich wäre.

3. Jedes Mitglied hat in seinem ersten Jahresbericht, den es auf Grund von Artikel 22 der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation über die Durchführung dieses Übereinkommens vorzulegen hat, alle Gruppen der unter den bezeichneten Voraussetzungen und Bedingungen beschäftigten Personen anzugeben, die das Mitglied auf Grund des vorigen Absatzes von der Durchführung des Übereinkommens ganz oder teilweise auszunehmen beabsichtigt. In der Folge darf kein Mitglied Ausnahmen für andere als die in dieser Weise bezeichneten Gruppen von Personen vorsehen.

4. Jedes Mitglied, das in seinem ersten Jahresbericht die Gruppen der Personen angegeben hat, die es von der Durchführung dieses Übereinkommens ganz oder teilweise auszunehmen beabsichtigt, hat in seinen späteren Jahresberichten die Gruppen der Personen anzugeben, für die es auf das Recht der Inanspruchnahme der Bestimmungen von Absatz 2 dieses Artikels verzichtet, sowie mitzuteilen, inwieweit gegebenenfalls Fortschritte zur Durchführung dieses Übereinkommens für diese Gruppen von Personen verwirklicht worden sind.

Artikel 3

1. Barlöhne dürfen nur in der gesetzlichen Währung ausbezahlt werden. Die Lohnzahlung mittels Schuldscheinen, Gutscheinen, Coupons oder irgendwelchen anderen Zahlungsmitteln, welche die gesetzliche Währung ersetzen sollen, ist zu verbieten.

2. Die zuständige Stelle kann die Lohnzahlung mittels Bankscheck, Postscheck oder Postanweisung zulassen oder vorschreiben, falls eine solche Zahlungsart üblich oder besonderer Umstände wegen notwendig oder falls sie durch Gesamtarbeitsvertrag oder Schiedsspruch festgesetzt ist oder wenn mangels solcher Bestimmungen der beteiligte Arbeitnehmer sich damit einverstanden erklärt.

Artikel 4

1. Durch die innerstaatliche Gesetzgebung, durch Gesamtarbeitsvertrag oder Schiedsspruch kann zugelassen werden,

daß die Löhne in den Gewerben oder Berufen, in denen es üblich oder unter Berücksichtigung der Art des betreffenden Gewerbes oder des betreffenden Berufes erwünscht ist, zum Teil durch Sachleistungen abgegolten werden dürfen; Lohnzahlung in Form von Getränken mit hohem Alkoholgehalt oder von Rauschgiften darf jedoch unter keinen Umständen gestattet werden.

2. Falls die teilweise Abgeltung der Löhne durch Sachleistungen statthaft ist, sind geeignete Maßnahmen zu treffen, damit

- a) die Sachleistungen dem persönlichen Gebrauch des Arbeitnehmers und seiner Familie dienen und den Bedürfnissen dieser Personen angepaßt sind,
- b) der Wert dieser Leistungen gerecht und angemessen berechnet wird.

Artikel 5

Der Lohn ist dem beteiligten Arbeitnehmer selbst auszuführen, außer wenn auf Grund der innerstaatlichen Gesetzgebung, eines Gesamtarbeitsvertrages oder Schiedsspruches andere Bestimmungen gelten oder sich der beteiligte Arbeitnehmer mit einem anderen Verfahren einverstanden erklärt.

Artikel 6

Dem Arbeitgeber ist es untersagt, die Verfügungsfreiheit des Arbeitnehmers über seinen Lohn in irgendeiner Weise zu beschränken.

Artikel 7

1. Falls in einem Betrieb Läden zum Verkauf von Waren an die Arbeitnehmer oder Dienste bestehen, deren Leistungen für diese bestimmt sind, so darf auf die Arbeitnehmer keinerlei Zwang zur Inanspruchnahme dieser Läden oder Dienste ausgeübt werden.

2. Sofern keine anderen Läden oder Dienste zur Verfügung stehen, hat die zuständige Stelle durch geeignete Maßnahmen darauf hinzuwirken, daß der Verkauf der Waren und die Leistung der Dienste zu gerechten und angemessenen Preisen erfolgt oder daß die vom Arbeitgeber eingerichteten Läden oder Dienste nicht auf Gewinn gerichtet sind, sondern im Interesse der beteiligten Arbeitnehmer betrieben werden.

Artikel 8

1. Lohnabzüge dürfen nur unter den Bedingungen und in den Grenzen zugelassen werden, die von der innerstaatlichen Gesetzgebung vorgeschrieben oder durch einen Gesamtarbeitsvertrag oder Schiedsspruch bestimmt sind.

2. Die Arbeitnehmer sind in der nach Ermessen der zuständigen Stelle am besten geeigneten Weise davon in Kenntnis zu setzen, unter welchen Bedingungen und in welchen Grenzen solche Abzüge vorgenommen werden dürfen.

Artikel 9

Zu verbieten ist jeder Lohnabzug zu dem Zweck, einem Arbeitgeber, dessen Vertreter oder irgendeiner Mittelsperson (z. B. einem mit der Anwerbung von Arbeitskräften beauftragten Agenten) eine unmittelbare oder mittelbare Zahlung seitens eines Arbeitnehmers zu verschaffen, damit dieser eine Beschäftigung erlangt oder beibehält.

Artikel 10

1. Die Pfändung oder Abtretung des Lohnes ist nur unter den Bedingungen und in den Grenzen zulässig, welche die innerstaatliche Gesetzgebung vorschreibt.

2. Der Lohn ist in dem für den Unterhalt des Arbeitnehmers und seiner Familie notwendig erachteten Ausmaß gegen Pfändung oder Abtretung zu schützen.

Artikel 11

1. Im Falle des Konkurses oder der gerichtlichen Liquidation eines Unternehmens gelten die dort beschäftigten Arbeitnehmer als bevorrechtete Gläubiger in bezug auf die Löhne, die ihnen für ihre Dienstleistung während eines dem Konkurs oder der Liquidation vorangehenden durch die innerstaatliche Gesetzgebung bemessenen Zeitabschnittes gebühren, oder in bezug auf die Löhne, die einen durch die innerstaatliche Gesetzgebung festgesetzten Betrag nicht übersteigen.

2. Löhne, die eine bevorrechtete Schuld bilden, müssen voll ausgezahlt werden, bevor die gewöhnlichen Gläubiger ihre anteilmäßigen Ansprüche geltend machen können.

3. Die innerstaatliche Gesetzgebung bestimmt den Rang der eine bevorrechtete Schuld bildenden Lohnansprüche gegenüber den anderen bevorrechteten Schulden.

Artikel 12

1. Der Lohn muß in regelmäßigen Zeitabschnitten gezahlt werden. Sofern die Lohnzahlung in regelmäßigen Zeitabschnitten nicht auf andere Weise befriedigend gewährleistet ist, sind diese Zeitabschnitte durch die innerstaatliche Gesetzgebung vorzuschreiben oder durch einen Gesamtarbeitsvertrag oder Schiedsspruch zu bestimmen.

2. Bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses hat die abschließende Begleichung des gesamten geschuldeten Lohnes nach den Vorschriften der innerstaatlichen Gesetzgebung oder den Bestimmungen eines Gesamtarbeitsvertrages oder Schiedsspruches oder, mangels solcher Vorschriften oder Bestimmungen, innerhalb einer unter Berücksichtigung der Vertragsbestimmungen angemessenen Frist zu erfolgen.

Artikel 13

1. Barlöhne sind an Werktagen an der Arbeitsstätte oder in deren Nähe auszuzahlen, außer wenn die innerstaatliche Gesetzgebung oder ein Gesamtarbeitsvertrag oder Schiedsspruch andere Bestimmungen vorsieht oder wenn eine andere, dem Arbeitnehmer bekannte Regelung zweckmäßiger erscheint.

2. Die Lohnzahlung in Schenken oder an anderen ähnlichen Orten und, falls die Verhütung von Mißbräuchen es erfordert, in Läden und Vergnügungstätten ist zu verbieten, außer es handle sich um Personen, die dort beschäftigt sind.

Artikel 14

Falls es notwendig ist, sind wirksame Maßnahmen zu treffen, um den Arbeitnehmern in angemessener und leicht verständlicher Weise Kenntnis zu geben

a) von den für sie geltenden Lohnbedingungen, und zwar bevor sie eine Stelle antreten, sowie bei jeder Änderung dieser Bedingungen,

b) bei jeder Lohnzahlung von den Lohnbestandteilen für die betreffende Lohnperiode, soweit diese Bestandteile veränderlich sind.

Artikel 15

Die gesetzlichen Vorschriften zur Durchführung dieses Übereinkommens müssen

- a) den Beteiligten zur Kenntnis gebracht werden,
- b) die Personen bezeichnen, die für die Einhaltung der Vorschriften verantwortlich sind,
- c) angemessene Zwangsmaßnahmen für Übertretung festsetzen,
- d) vorsehen, daß in allen Fällen, in denen es angezeigt ist, Aufzeichnungen in einer angemessenen Form und nach einem angemessenen Verfahren gemacht werden.

Artikel 16

Die Jahresberichte nach Artikel 22 der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation müssen vollständige Angaben über die zur Durchführung dieses Übereinkommens getroffenen Maßnahmen enthalten.

Artikel 17

1. Umfaßt das Gebiet eines Mitgliedes ausgedehnte Landesteile, in denen die zuständige Stelle die Bestimmungen dieses Übereinkommens wegen der Spärlichkeit der Bevölkerung oder des Grades ihrer Entwicklung für undurchführbar hält, so kann sie diese Landesteile nach Anhörung der beteiligten Verbände der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer, sofern solche Verbände bestehen, von der Durchführung des Übereinkommens entweder allgemein oder mit den ihr angemessen erscheinenden Ausnahmen in bezug auf bestimmte Betriebe oder Arbeiten befreien.

2. Jedes Mitglied hat in seinem ersten Jahresbericht, den es auf Grund von Artikel 22 der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation über die Durchführung dieses Übereinkommens vorzulegen hat, alle Landesteile, für die es von diesem Artikel Gebrauch zu machen beabsichtigt, unter Angabe der Gründe hierfür zu bezeichnen. In der Folge darf kein Mitglied von diesem Artikel für andere als die in dieser Weise bezeichneten Landesteile Gebrauch machen.

3. Jedes Mitglied, das von den Bestimmungen dieses Artikels Gebrauch macht, hat in der Folge nach Ablauf von jeweils höchstens drei Jahren nach Anhörung der beteiligten Verbände der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer, sofern solche Verbände bestehen, die Möglichkeit der Durchführung dieses Übereinkommens für die auf Grund von Absatz 1 ausgenommenen Landesteile zu prüfen.

4. Jedes Mitglied, das von den Bestimmungen dieses Artikels Gebrauch macht, hat in seinen späteren Jahresberichten die Landesteile zu bezeichnen, für die es auf das Recht verzichtet, von den Bestimmungen dieses Artikels Gebrauch zu machen, und jeden in bezug auf die fortschreitende Durchführung dieses Übereinkommens in diesen Landesteilen gegebenenfalls verwirklichten Fortschritt anzugeben.

Artikel 18

Die förmlichen Ratifikationen dieses Übereinkommens sind dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes zur Eintragung mitzuteilen.

Artikel 19

1. Dieses Übereinkommen bindet nur diejenigen Mitglieder der Internationalen Arbeitsorganisation, deren Ratifikation durch den Generaldirektor eingetragen ist.

2. Es tritt in Kraft zwölf Monate nachdem die Ratifikationen zweier Mitglieder durch den Generaldirektor eingetragen worden sind.

3. In der Folge tritt dieses Übereinkommen für jedes Mitglied zwölf Monate nach der Eintragung seiner Ratifikation in Kraft.

Artikel 20

1. In den dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes nach Artikel 35 Absatz 2 der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation übermittelten Erklärungen hat das beteiligte Mitglied die Gebiete bekanntzugeben,

- a) für die es die Verpflichtung zur unveränderten Durchführung der Bestimmungen des Übereinkommens übernimmt,
- b) für die es die Verpflichtung zur Durchführung der Bestimmungen des Übereinkommens mit Abweichungen übernimmt, unter Angabe der Einzelheiten dieser Abweichungen,
- c) in denen das Übereinkommen nicht durchgeführt werden kann, und in diesem Fall die Gründe dafür,
- d) für die es sich die Entscheidung bis zu einer weiteren Prüfung der Lage in bezug auf die betreffenden Gebiete vorbehält.

2. Die Verpflichtungen nach Absatz 1 a) und b) dieses Artikels gelten als Bestandteil der Ratifikation und haben die Wirkung einer solchen.

3. Jedes Mitglied kann die in der ursprünglichen Erklärung nach Absatz 1 b), c) und d) dieses Artikels mitgeteilten Vorbehalte jederzeit durch eine spätere Erklärung ganz oder teilweise zurückziehen.

4. Jedes Mitglied kann dem Generaldirektor zu jedem Zeitpunkt, in dem das Übereinkommen nach Artikel 22 gekündigt werden kann, eine Erklärung übermitteln, durch die der Inhalt jeder früheren Erklärung in sonstiger Weise abgeändert und die in dem betreffenden Zeitpunkt in bestimmten Gebieten bestehende Lage angegeben wird.

Artikel 21

1. In den dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes nach Artikel 35 Absätze 4 und 5 der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation übermittelten Erklärungen ist anzugeben, ob das Übereinkommen in dem betreffenden Gebiet mit oder ohne Abweichungen durchgeführt wird; teilt die Erklärung mit, daß die Durchführung des Übereinkommens mit Abweichungen erfolgt, so sind die Einzelheiten dieser Abweichungen anzugeben.

2. Das beteiligte Mitglied, die beteiligten Mitglieder oder die beteiligte internationale Behörde können jederzeit durch eine spätere Erklärung auf das Recht der Inanspruchnahme jeder in einer früheren Erklärung mitgeteilten Abweichung ganz oder teilweise verzichten.

3. Das beteiligte Mitglied, die beteiligten Mitglieder oder die beteiligte internationale Behörde können dem Generaldirektor zu jedem Zeitpunkt, in dem dieses Übereinkommen nach Artikel 22 gekündigt werden kann, eine Erklärung übermitteln, durch die der Inhalt jeder früheren Erklärung in sonstiger Weise abgeändert und die in dem betreffenden Zeitpunkt bestehende Lage in bezug auf die Durchführung dieses Übereinkommens angegeben wird.

Artikel 22

1. Jedes Mitglied, das dieses Übereinkommen ratifiziert hat, kann es nach Ablauf von zehn Jahren, gerechnet von dem

Tag, an dem es zum erstenmal in Kraft getreten ist, durch Anzeige an den Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes kündigen. Die Kündigung wird vor diesem eingetragen. Ihre Wirkung tritt erst ein Jahr nach der Eintragung ein.

2. Jedes Mitglied, das dieses Übereinkommen ratifiziert hat und innerhalb eines Jahres nach Ablauf des im vorigen Absatz genannten Zeitraumes von zehn Jahren von dem in diesem Artikel vorgesehenen Kündigungsrecht keinen Gebrauch macht, bleibt für einen weiteren Zeitraum von zehn Jahren gebunden. In der Folge kann es dieses Übereinkommen jeweils nach Ablauf eines Zeitraumes von zehn Jahren nach Maßgabe dieses Artikels kündigen.

Artikel 23

1. Der Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes gibt allen Mitgliedern der Internationalen Arbeitsorganisation Kenntnis von der Eintragung aller Ratifikationen, Erklärungen und Kündigungen, die ihm von den Mitgliedern der Organisation mitgeteilt werden.

2. Der Generaldirektor wird die Mitglieder der Organisation, wenn er ihnen von der Eintragung der zweiten Ratifikation, die ihm mitgeteilt wird, Kenntnis gibt, auf den Zeitpunkt aufmerksam machen, in dem dieses Übereinkommen in Kraft tritt.

Artikel 24

Der Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes übermittelt dem Generalsekretär der Vereinten Nationen zwecks Eintragung nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen vollständige Auskünfte über alle von ihm nach Maßgabe der vorausgehenden Artikel eingetragenen Ratifikationen, Erklärungen und Kündigungen.

Artikel 25

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes hat, sooft er es für nötig erachtet, der Allgemeinen Konferenz einen Bericht über die Durchführung dieses Übereinkommens zu erstatten und zu prüfen, ob die Frage seiner gänzlichen oder teilweisen Abänderung auf die Tagesordnung der Konferenz gesetzt werden soll.

Artikel 26

1. Nimmt die Konferenz ein neues Übereinkommen an, welches das vorliegende Übereinkommen ganz oder teilweise abändert, und sieht das neue Übereinkommen nichts anderes vor, so gelten folgende Bestimmungen:

- Die Ratifikation des neugefaßten Übereinkommens durch ein Mitglied schließt ohne weiteres die sofortige Kündigung des vorliegenden Übereinkommens in sich ohne Rücksicht auf Artikel 22, vorausgesetzt, daß das neugefaßte Übereinkommen in Kraft getreten ist.
- Vom Zeitpunkt des Inkrafttretens des neugefaßten Übereinkommens an kann das vorliegende Übereinkommen von den Mitgliedern nicht mehr ratifiziert werden.

2. Indessen bleibt das vorliegende Übereinkommen nach Form und Inhalt jedenfalls in Kraft für die Mitglieder, die dieses, aber nicht das neugefaßte Übereinkommen ratifiziert haben.

Artikel 27

Der französische und der englische Wortlaut dieses Übereinkommens sind in gleicher Weise maßgebend.

(Übersetzung)

ÜBEREINKOMMEN 98

Übereinkommen über die Anwendung der Grundsätze des Vereinigungsrechts und des Rechts zu Kollektivverhandlungen¹

Die Allgemeine Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation,

die vom Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes nach Genf einberufen wurde und am 8. Juni 1949 zu ihrer zweiunddreißigsten Tagung zusammengetreten ist,

hat beschlossen, verschiedene Anträge anzunehmen betreffend die Anwendung der Grundsätze des Vereinigungsrechts und des Rechts zu Kollektivverhandlungen, eine Frage, die den vierten Gegenstand ihrer Tagesordnung bildet, und

dabei bestimmt, daß diese Anträge die Form eines internationalen Übereinkommens erhalten sollen.

Die Konferenz nimmt heute, am 1. Juli 1949, das folgende Übereinkommen an, das als Übereinkommen über das Vereinigungsrecht und das Recht zu Kollektivverhandlungen, 1949, bezeichnet wird.

Artikel 1

1. Die Arbeitnehmer sind vor jeder gegen die Vereinigungsfreiheit gerichteten unterschiedlichen Behandlung, die mit ihrer Beschäftigung in Zusammenhang steht, angemessen zu schützen.

2. Dieser Schutz ist insbesondere gegenüber Handlungen zu gewähren, die darauf gerichtet sind,

- die Beschäftigung eines Arbeitnehmers davon abhängig zu machen, daß er keiner Gewerkschaft beitrifft oder aus einer Gewerkschaft austritt,
- einen Arbeitnehmer zu entlassen oder auf sonstige Weise zu benachteiligen, weil er einer Gewerkschaft angehört oder weil er sich außerhalb der Arbeitszeit oder mit Zustimmung des Arbeitgebers während der Arbeitszeit gewerkschaftlich betätigt.

Artikel 2

1. Den Organisationen der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber ist in bezug auf ihre Bildung, Tätigkeit und Verwaltung gebührender Schutz gegen jede Einmischung von der anderen Seite, sowohl seitens der Organisationen wie auch ihrer Vertreter oder Mitglieder, zu gewähren.

2. Als Einmischung im Sinne dieses Artikels gelten insbesondere Handlungen, die darauf gerichtet sind, von einem Arbeitgeber oder von einer Organisation von Arbeitgebern abhängige Organisationen von Arbeitnehmern ins Leben zu rufen oder Organisationen von Arbeitnehmern durch Geldmittel oder auf sonstige Weise zu unterstützen, um sie unter den Einfluß eines Arbeitgebers oder einer Organisation von Arbeitgebern zu bringen.

Artikel 3

Soweit erforderlich, sind den Landesverhältnissen angepaßte Einrichtungen zu schaffen, um den Schutz des Vereinigungsrechts im Sinne der vorausgehenden Artikel zu gewährleisten.

¹ Dieses Übereinkommen ist am 18. Juli 1951 in Kraft getreten.

Artikel 4

Soweit erforderlich, sind den Landesverhältnissen angepaßte Maßnahmen zu treffen, um im weitesten Umfang Entwicklung und Anwendung von Verfahren zu fördern, durch die Arbeitgeber oder Organisationen von Arbeitgebern einerseits und Organisationen von Arbeitnehmern andererseits freiwillig über den Abschluß von Gesamtarbeitsverträgen zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen verhandeln können.

Artikel 5

1. Die innerstaatliche Gesetzgebung bestimmt, inwieweit die in diesem Übereinkommen vorgesehenen Rechte auf das Heer und die Polizei Anwendung finden.

2. Die Ratifikation dieses Übereinkommens durch ein Mitglied läßt bereits bestehende Gesetze, Entscheidungen, Gewohnheiten oder Vereinbarungen, die den Angehörigen des Heeres und der Polizei irgendwelche in diesem Übereinkommen vorgesehenen Rechte einräumen, nach dem Grundsatz des Artikels 19 Absatz 8 der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation unberührt.

Artikel 6

Dieses Übereinkommen läßt die Stellung der öffentlichen Beamten unberührt und darf in keinem für die Rechte und die Rechtsstellung dieser Beamten irgendwie nachteiligen Sinn ausgelegt werden.

Artikel 7

Die förmlichen Ratifikationen dieses Übereinkommens sind dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes zur Eintragung mitzuteilen.

Artikel 8

1. Dieses Übereinkommen bindet nur diejenigen Mitglieder der Internationalen Arbeitsorganisation, deren Ratifikation durch den Generaldirektor eingetragen ist.

2. Es tritt in Kraft zwölf Monate nachdem die Ratifikationen zweier Mitglieder durch den Generaldirektor eingetragen worden sind.

3. In der Folge tritt dieses Übereinkommen für jedes Mitglied zwölf Monate nach der Eintragung seiner Ratifikation in Kraft.

Artikel 9

1. In den dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes nach Artikel 35 Absatz 2 der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation übermittelten Erklärungen hat das beteiligte Mitglied die Gebiete bekanntzugeben,

- a) für die es die Verpflichtung zur unveränderten Durchführung der Bestimmungen des Übereinkommens übernimmt,
- b) für die es die Verpflichtung zur Durchführung der Bestimmungen des Übereinkommens mit Abweichungen übernimmt, unter Angabe der Einzelheiten dieser Abweichungen,
- c) in denen das Übereinkommen nicht durchgeführt werden kann, und in diesem Fall die Gründe dafür,
- d) für die es sich die Entscheidung bis zu einer weiteren Prüfung der Lage in bezug auf die betreffenden Gebiete vorbehält.

2. Die Verpflichtungen nach Absatz 1 a) und b) dieses Artikels gelten als Bestandteil der Ratifikation und haben die Wirkung einer solchen.

3. Jedes Mitglied kann die in der ursprünglichen Erklärung nach Absatz 1 b), c) und d) dieses Artikels mitgeteilten Vorbehalte jederzeit durch eine spätere Erklärung ganz oder teilweise zurückziehen.

4. Jedes Mitglied kann dem Generaldirektor zu jedem Zeitpunkt, in dem das Übereinkommen nach Artikel 11 gekündigt werden kann, eine Erklärung übermitteln, durch die der Inhalt jeder früheren Erklärung in sonstiger Weise abgeändert und die in dem betreffenden Zeitpunkt in bestimmten Gebieten bestehende Lage angegeben wird.

Artikel 10

1. In den dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes nach Artikel 35 Absätze 4 und 5 der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation übermittelten Erklärungen ist anzugeben, ob das Übereinkommen in dem betreffenden Gebiet mit oder ohne Abweichungen durchgeführt wird; teilt die Erklärung mit, daß die Durchführung des Übereinkommens mit Abweichungen erfolgt, so sind die Einzelheiten dieser Abweichungen anzugeben.

2. Das beteiligte Mitglied, die beteiligten Mitglieder oder die beteiligte internationale Behörde können jederzeit durch eine spätere Erklärung auf das Recht der Inanspruchnahme jeder in einer früheren Erklärung mitgeteilten Abweichung ganz oder teilweise verzichten.

3. Das beteiligte Mitglied, die beteiligten Mitglieder oder die beteiligte internationale Behörde können dem Generaldirektor zu jedem Zeitpunkt, in dem dieses Übereinkommen nach Artikel 11 gekündigt werden kann, eine Erklärung übermitteln, durch die der Inhalt jeder früheren Erklärung in sonstiger Weise abgeändert und die in dem betreffenden Zeitpunkt bestehende Lage in bezug auf die Durchführung dieses Übereinkommens angegeben wird.

Artikel 11

1. Jedes Mitglied, das dieses Übereinkommen ratifiziert hat, kann es nach Ablauf von zehn Jahren, gerechnet von dem Tag, an dem es zum erstenmal in Kraft getreten ist, durch Anzeige an den Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes kündigen. Die Kündigung wird von diesem eingetragen. Ihre Wirkung tritt erst ein Jahr nach der Eintragung ein.

2. Jedes Mitglied, das dieses Übereinkommen ratifiziert hat und innerhalb eines Jahres nach Ablauf des im vorigen Absatz genannten Zeitraumes von zehn Jahren von dem in diesem Artikel vorgesehenen Kündigungsrecht keinen Gebrauch macht, bleibt für einen weiteren Zeitraum von zehn Jahren gebunden. In der Folge kann es dieses Übereinkommen jeweils nach Ablauf eines Zeitraumes von zehn Jahren nach Maßgabe dieses Artikels kündigen.

Artikel 12

1. Der Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes gibt allen Mitgliedern der Internationalen Arbeitsorganisation Kenntnis von der Eintragung aller Ratifikationen, Erklärungen und Kündigungen, die ihm von den Mitgliedern der Organisation mitgeteilt werden.

2. Der Generaldirektor wird die Mitglieder der Organisation, wenn er ihnen von der Eintragung der zweiten Ratifikation, die ihm mitgeteilt wird, Kenntnis gibt, auf den Zeitpunkt aufmerksam machen, in dem dieses Übereinkommen in Kraft tritt.

Artikel 13

Der Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes übermittelt dem Generalsekretär der Vereinten Nationen zwecks Eintragung nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen vollständige Auskünfte über alle von ihm nach Maßgabe der vorausgehenden Artikel eingetragenen Ratifikationen, Erklärungen und Kündigungen.

Artikel 14

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes hat, sooft er es für nötig erachtet, der Allgemeinen Konferenz einen Bericht über die Durchführung dieses Übereinkommens zu erstatten und zu prüfen, ob die Frage seiner gänzlichen oder teilweisen Abänderung auf die Tagesordnung der Konferenz gesetzt werden soll.

Artikel 15

1. Nimmt die Konferenz ein neues Übereinkommen an, welches das vorliegende Übereinkommen ganz oder teilweise abändert, und sieht das neue Übereinkommen nichts anderes vor, so gelten folgende Bestimmungen:

a) Die Ratifikation des neugefaßten Übereinkommens durch ein Mitglied schließt ohne weiteres die sofortige Kündigung des vorliegenden Übereinkommens in sich ohne Rücksicht auf Artikel 11, vorausgesetzt, daß das neugefaßte Übereinkommen in Kraft getreten ist.

b) Vom Zeitpunkt des Inkrafttretens des neugefaßten Übereinkommens an kann das vorliegende Übereinkommen von den Mitgliedern nicht mehr ratifiziert werden.

2. Indessen bleibt das vorliegende Übereinkommen nach Form und Inhalt jedenfalls in Kraft für die Mitglieder, die dieses, aber nicht das neugefaßte Übereinkommen ratifiziert haben.

Artikel 16

Der französische und der englische Wortlaut dieses Übereinkommens sind in gleicher Weise maßgebend.

(Übersetzung)

ÜBEREINKOMMEN 100**Übereinkommen über die Gleichheit des Entgelts männlicher und weiblicher Arbeitskräfte für gleichwertige Arbeit¹**

Die Allgemeine Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation,

die vom Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes nach Genf einberufen wurde und am 6. Juni 1951 zu ihrer vierunddreißigsten Tagung zusammengetreten ist,

hat beschlossen, verschiedene Anträge anzunehmen betreffend den Grundsatz der Gleichheit des Entgelts männlicher und weiblicher Arbeitskräfte für gleichwertige Arbeit, eine Frage, die den siebenten Gegenstand ihrer Tagesordnung bildet, und

dabei bestimmt, daß diese Anträge die Form eines internationalen Übereinkommens erhalten sollen.

Die Konferenz nimmt heute, am 29. Juni 1951, das folgende Übereinkommen an, das als Übereinkommen über die Gleichheit des Entgelts, 1951, bezeichnet wird.

¹ Dieses Übereinkommen ist am 23. Mai 1953 in Kraft getreten.

Artikel 1

Für dieses Übereinkommen gelten folgende Begriffsbestimmungen:

a) Der Ausdruck „Entgelt“ umfaßt den üblichen Lohn, den Grund- oder Mindestlohn oder das übliche Gehalt, das Grund- oder Mindestgehalt sowie alle zusätzlichen Vergütungen, die der Arbeitgeber auf Grund des Dienstverhältnisses dem Arbeitnehmer mittelbar oder unmittelbar in bar oder in Sachleistungen zu zahlen hat.

b) Der Ausdruck „Gleichheit des Entgelts männlicher und weiblicher Arbeitskräfte für gleichwertige Arbeit“ bezieht sich auf Entgeltsätze, die ohne Rücksicht auf den Unterschied des Geschlechts festgesetzt sind.

Artikel 2

1. Jedes Mitglied hat mit den Mitteln, die den bestehenden Verfahren zur Festsetzung der Entgeltsätze entsprechen, die Anwendung des Grundsatzes der Gleichheit des Entgelts männlicher und weiblicher Arbeitskräfte für gleichwertige Arbeit auf alle Arbeitnehmer zu fördern und, soweit es mit diesen Verfahren vereinbar ist, sicherzustellen.

2. Dieser Grundsatz kann verwirklicht werden durch

a) die innerstaatliche Gesetzgebung,

b) gesetzlich geschaffene oder anerkannte Einrichtungen zur Lohnfestsetzung,

c) Gesamtarbeitsverträge zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern oder

d) eine Verbindung dieser verschiedenen Mittel.

Artikel 3

1. Wird die Anwendung dieses Übereinkommens dadurch erleichtert, so sind Maßnahmen zu treffen, die einer objektiven Bewertung der Beschäftigungen auf Grund der dabei erforderlichen Arbeitsleistung dienlich sind.

2. Die bei dieser Bewertung anzuwendenden Methoden können entweder von den für die Festsetzung der Entgeltsätze zuständigen Stellen oder, wenn die Entgeltsätze auf Grund von Gesamtarbeitsverträgen festgesetzt werden, von den Vertragsparteien bestimmt werden.

3. Unterschiede zwischen den Entgeltsätzen, die ohne Rücksicht auf das Geschlecht des Arbeitnehmers derart objektiv festgestellten Unterschieden der Arbeitsleistung entsprechen, sind nicht als Verstoß gegen den Grundsatz der Gleichheit des Entgelts männlicher und weiblicher Arbeitskräfte für gleichwertige Arbeit anzusehen.

Artikel 4

Jedes Mitglied hat in geeigneter Weise mit den beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden bei der Durchführung der Bestimmungen dieses Übereinkommens zusammenzuarbeiten.

Artikel 5

Die förmlichen Ratifikationen dieses Übereinkommens sind dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes zur Eintragung mitzuteilen.

Artikel 6

1. Dieses Übereinkommen bindet nur diejenigen Mitglieder der Internationalen Arbeitsorganisation, deren Ratifikation durch den Generaldirektor eingetragen ist.

2. Es tritt in Kraft zwölf Monate nachdem die Ratifikationen zweier Mitglieder durch den Generaldirektor eingetragen worden sind.

3. In der Folge tritt dieses Übereinkommen für jedes Mitglied zwölf Monate nach der Eintragung seiner Ratifikation in Kraft.

Artikel 7

1. In den dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes nach Artikel 35 Absatz 2 der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation übermittelten Erklärungen hat das beteiligte Mitglied die Gebiete bekanntzugeben,

- für die es die Verpflichtung zur unveränderten Durchführung der Bestimmungen des Übereinkommens übernimmt,
- für die es die Verpflichtung zur Durchführung der Bestimmungen des Übereinkommens mit Abweichungen übernimmt, unter Angabe der Einzelheiten dieser Abweichungen,
- in denen das Übereinkommen nicht durchgeführt werden kann, und in diesem Fall die Gründe dafür,
- für die es sich die Entscheidung bis zu einer weiteren Prüfung der Lage in bezug auf die betreffenden Gebiete vorbehält.

2. Die Verpflichtungen nach Absatz 1 a) und b) dieses Artikels gelten als Bestandteil der Ratifikation und haben die Wirkung einer solchen.

3. Jedes Mitglied kann die in der ursprünglichen Erklärung nach Absatz 1 b), c) und d) dieses Artikels mitgeteilten Vorbehalte jederzeit durch eine spätere Erklärung ganz oder teilweise zurückziehen.

4. Jedes Mitglied kann dem Generaldirektor zu jedem Zeitpunkt, in dem das Übereinkommen nach Artikel 9 gekündigt werden kann, eine Erklärung übermitteln, durch die der Inhalt jeder früheren Erklärung in sonstiger Weise abgeändert und die in dem betreffenden Zeitpunkt in bestimmten Gebieten bestehende Lage angegeben wird.

Artikel 8

1. In den dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes nach Artikel 35 Absätze 4 und 5 der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation übermittelten Erklärungen ist anzugeben, ob das Übereinkommen in dem betreffenden Gebiet mit oder ohne Abweichungen durchgeführt wird; besagt die Erklärung, daß die Durchführung des Übereinkommens mit Abweichungen erfolgt, so sind die Einzelheiten dieser Abweichungen anzugeben.

2. Das beteiligte Mitglied, die beteiligten Mitglieder oder die beteiligte internationale Behörde können jederzeit durch eine spätere Erklärung auf das Recht der Inanspruchnahme jeder in einer früheren Erklärung mitgeteilten Abweichung ganz oder teilweise verzichten.

3. Das beteiligte Mitglied, die beteiligten Mitglieder oder die beteiligte internationale Behörde können dem Generaldirektor zu jedem Zeitpunkt, in dem dieses Übereinkommen nach Artikel 9 gekündigt werden kann, eine Erklärung übermitteln, durch die der Inhalt jeder früheren Erklärung in sonstiger Weise abgeändert und die in dem betreffenden Zeitpunkt bestehende Lage in bezug auf die Durchführung dieses Übereinkommens angegeben wird.

Artikel 9

1. Jedes Mitglied, das dieses Übereinkommen ratifiziert hat, kann es nach Ablauf von zehn Jahren, gerechnet von dem

Tag, an dem es zum erstenmal in Kraft getreten ist, durch Anzeige an den Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes kündigen. Die Kündigung wird von diesem eingetragen. Ihre Wirkung tritt erst ein Jahr nach der Eintragung ein.

2. Jedes Mitglied, das dieses Übereinkommen ratifiziert hat und innerhalb eines Jahres nach Ablauf des im vorigen Absatz genannten Zeitraumes von zehn Jahren von dem in diesem Artikel vorgesehenen Kündigungsrecht keinen Gebrauch macht, bleibt für einen weiteren Zeitraum von zehn Jahren gebunden. In der Folge kann es dieses Übereinkommen jeweils nach Ablauf eines Zeitraumes von zehn Jahren nach Maßgabe dieses Artikels kündigen.

Artikel 10

1. Der Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes gibt allen Mitgliedern der Internationalen Arbeitsorganisation Kenntnis von der Eintragung aller Ratifikationen, Erklärungen und Kündigungen, die ihm von den Mitgliedern der Organisation mitgeteilt werden.

2. Der Generaldirektor wird die Mitglieder der Organisation, wenn er ihnen von der Eintragung der zweiten Ratifikation, die ihm mitgeteilt wird, Kenntnis gibt, auf den Zeitpunkt aufmerksam machen, in dem dieses Übereinkommen in Kraft tritt.

Artikel 11

Der Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes übermittelt dem Generalsekretär der Vereinten Nationen zwecks Eintragung nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen vollständige Auskünfte über alle von ihm nach Maßgabe der vorausgehenden Artikel eingetragenen Ratifikationen, Erklärungen und Kündigungen.

Artikel 12

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes hat, sooft er es für nötig erachtet, der Allgemeinen Konferenz einen Bericht über die Durchführung dieses Übereinkommens zu erstatten und zu prüfen, ob die Frage seiner gänzlichen oder teilweisen Abänderung auf die Tagesordnung der Konferenz gesetzt werden soll.

Artikel 13

1. Nimmt die Konferenz ein neues Übereinkommen an, welches das vorliegende Übereinkommen ganz oder teilweise abändert, und sieht das neue Übereinkommen nichts anderes vor, so gelten folgende Bestimmungen:

- Die Ratifikation des neugefaßten Übereinkommens durch ein Mitglied schließt ohne weiteres die sofortige Kündigung des vorliegenden Übereinkommens in sich ohne Rücksicht auf Artikel 9, vorausgesetzt, daß das neugefaßte Übereinkommen in Kraft getreten ist.
- Vom Zeitpunkt des Inkrafttretens des neugefaßten Übereinkommens an kann das vorliegende Übereinkommen von den Mitgliedern nicht mehr ratifiziert werden.

2. Indessen bleibt das vorliegende Übereinkommen nach Form und Inhalt jedenfalls in Kraft für die Mitglieder, die dieses, aber nicht das neugefaßte Übereinkommen ratifiziert haben.

Artikel 14

Der französische und der englische Wortlaut dieses Übereinkommens sind in gleicher Weise maßgebend.

(Übersetzung)

ÜBEREINKOMMEN 108**Übereinkommen über staatliche Personalausweise für Seeleute¹**

Die Allgemeine Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation,

die vom Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes nach Genf einberufen wurde und am 29. April 1958 zu ihrer einundvierzigsten Tagung zusammengetreten ist,

hat beschlossen, verschiedene Anträge anzunehmen betreffend die gegenseitige oder internationale Anerkennung von staatlichen Personalausweisen für Seeleute, eine Frage, die den siebenten Gegenstand ihrer Tagesordnung bildet, und

dabei bestimmt, daß diese Anträge die Form eines internationalen Übereinkommens erhalten sollen.

Die Konferenz nimmt heute, am 13. Mai 1958, das folgende Übereinkommen an, das als Übereinkommen über Personalausweise für Seeleute, 1958, bezeichnet wird.

Artikel 1

1. Dieses Übereinkommen gilt für jeden Seemann, der in irgendeiner Eigenschaft an Bord eines Schiffes beschäftigt ist, sofern das Schiff kein Kriegsschiff ist, regelmäßig in der Seeschifffahrt verwendet wird und in einem Gebiet eingetragen ist, für das dieses Übereinkommen in Kraft ist.

2. Im Zweifelsfalle hat die zuständige Stelle jedes Landes nach Anhörung der beteiligten Verbände der Reeder und der Seeleute zu entscheiden, ob bestimmte Personengruppen als Seeleute im Sinne dieses Übereinkommens anzusehen sind oder nicht.

Artikel 2

1. Jedes Mitglied, für das dieses Übereinkommen in Kraft ist, hat jedem seiner Staatsangehörigen, der Seemann ist, auf dessen Antrag einen Personalausweis für Seeleute nach den Bestimmungen von Artikel 4 dieses Übereinkommens auszustellen. Falls jedoch die Ausstellung eines solchen Ausweises an bestimmte Gruppen von Seeleuten nicht möglich ist, kann das betreffende Mitglied statt dessen einen Paß ausstellen, der für die Zwecke dieses Übereinkommens die gleiche Wirkung besitzt wie der Personalausweis für Seeleute.

2. Jedes Mitglied, für das dieses Übereinkommen in Kraft ist, kann jedem anderen Seemann, der an Bord eines in seinem Gebiet eingetragenen Schiffes beschäftigt oder bei einer Heuerstelle in seinem Gebiet gemeldet ist, auf dessen Antrag einen Personalausweis für Seeleute ausstellen.

Artikel 3

Der Personalausweis für Seeleute hat ständig im Besitz des Seemannes zu verbleiben.

Artikel 4

1. Der Personalausweis für Seeleute muß einfach gestaltet, aus dauerhaftem Material hergestellt und so beschaffen sein, daß jede Änderung leicht ersichtlich ist.

2. Der Personalausweis für Seeleute hat die genaue Bezeichnung der ausstellenden Behörde, die Angabe von Tag

¹ Dieses Übereinkommen ist am 19. Februar 1961 in Kraft getreten.

und Ort der Ausstellung sowie den Vermerk zu enthalten, daß er einen Personalausweis für Seeleute im Sinne dieses Übereinkommens darstellt.

3. Der Personalausweis für Seeleute hat die folgenden Angaben über den Inhaber des Ausweises zu enthalten:

- a) voller Name (gegebenenfalls Vor- und Familiennamen);
- b) Geburtsdatum und -ort;
- c) Staatsangehörigkeit;
- d) Personenbeschreibung;
- e) Lichtbild;
- f) Unterschrift des Inhabers oder, falls dieser nicht unterschreiben kann, einen Daumenabdruck.

4. Stellt ein Mitglied einem ausländischen Seemann einen Personalausweis aus, so sind Angaben über die Staatsangehörigkeit nicht erforderlich; solche Angaben bilden keinen schlüssigen Beweis der Staatsangehörigkeit des Ausweisinhabers.

5. Eine etwaige Begrenzung der Gültigkeitsdauer ist im Personalausweis für Seeleute eindeutig zu vermerken.

6. Unter Vorbehalt der Bestimmungen der vorstehenden Absätze sind Form und Inhalt des Personalausweises für Seeleute im einzelnen von dem ausstellenden Mitglied nach Anhörung der beteiligten Verbände der Reeder und der Seeleute zu bestimmen.

7. Die innerstaatliche Gesetzgebung kann die Aufnahme weiterer Angaben in den Personalausweis für Seeleute vorschreiben.

Artikel 5

1. Jedem Seemann, der einen gültigen, von der zuständigen Stelle eines Gebietes, für das dieses Übereinkommen in Kraft ist, ausgestellten Personalausweis für Seeleute besitzt, ist die Wiedereinreise in dieses Gebiet zu gestatten.

2. Die Wiedereinreise ist dem Seemann auch noch innerhalb eines Zeitraumes von mindestens einem Jahr nach Ablauf der in seinem Ausweis vermerkten Gültigkeitsdauer zu gestatten.

Artikel 6

1. Jedes Mitglied hat einem Seemann, der im Besitz eines gültigen Personalausweises für Seeleute ist, die Einreise in ein Gebiet, für das dieses Übereinkommen in Kraft ist, zu gestatten, wenn diese Einreise für einen befristeten Urlaub an Land während des Aufenthaltes des Schiffes im Hafen beantragt wird.

2. Ist im Personalausweis für Seeleute Raum für entsprechende Eintragungen freigelassen, so hat jedes Mitglied einem Seemann, der im Besitz eines gültigen Personalausweises für Seeleute ist, ferner die Einreise in ein Gebiet, für das dieses Übereinkommen in Kraft ist, zu gestatten, wenn der Seemann die Einreise beantragt,

- a) um sich an Bord seines Schiffes zu begeben oder das Schiff zu wechseln;
- b) zur Durchreise, um sich in einem anderen Land an Bord seines Schiffes zu begeben, oder zur Heimkehr;
- c) zu jedem anderen von den Behörden des betreffenden Mitgliedens genehmigten Zweck.

3. Jedes Mitglied kann, bevor es dem Seemann die Einreise in sein Gebiet zu einem der im vorstehenden Absatz bezeichneten Zwecke gestattet, von dem Seemann, von dem be-

teiligten Reeder oder Agenten oder von dem zuständigen Konsul einen ausreichenden, gegebenenfalls schriftlichen Nachweis über die Absicht des Seemanns und die Möglichkeit, seine Absicht auszuführen, verlangen. Es kann außerdem den Aufenthalt des Seemanns auf eine Zeitspanne beschränken, die es für den Zweck des Aufenthaltes als ausreichend erachtet.

4. Keine Bestimmung dieses Artikels darf so ausgelegt werden, als würde dadurch das Recht eines Mitglieds beschränkt, bestimmten Personen die Einreise in sein Gebiet oder den Aufenthalt in seinem Gebiet zu untersagen.

Artikel 7

Die förmlichen Ratifikationen dieses Übereinkommens sind dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes zur Eintragung mitzuteilen.

Artikel 8

1. Dieses Übereinkommen bindet nur diejenigen Mitglieder der Internationalen Arbeitsorganisation, deren Ratifikation durch den Generaldirektor eingetragen ist.

2. Es tritt in Kraft zwölf Monate nachdem die Ratifikationen zweier Mitglieder durch den Generaldirektor eingetragen worden sind.

3. In der Folge tritt dieses Übereinkommen für jedes Mitglied zwölf Monate nach der Eintragung seiner Ratifikation in Kraft.

Artikel 9

1. Jedes Mitglied, das dieses Übereinkommen ratifiziert hat, kann es nach Ablauf von zehn Jahren, gerechnet von dem Tag, an dem es zum erstenmal in Kraft getreten ist, durch Anzeige an den Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes kündigen. Die Kündigung wird von diesem eingetragen. Ihre Wirkung tritt erst ein Jahr nach der Eintragung ein.

2. Jedes Mitglied, das dieses Übereinkommen ratifiziert hat und innerhalb eines Jahres nach Ablauf des im vorigen Absatz genannten Zeitraumes von zehn Jahren von dem in diesem Artikel vorgesehenen Kündigungsrecht keinen Gebrauch macht, bleibt für einen weiteren Zeitraum von zehn Jahren gebunden. In der Folge kann es dieses Übereinkommen jeweils nach Ablauf eines Zeitraumes von zehn Jahren nach Maßgabe dieses Artikels kündigen.

Artikel 10

1. Der Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes gibt allen Mitgliedern der Internationalen Arbeitsorganisation Kenntnis von der Eintragung aller Ratifikationen und Kündigungen, die ihm von den Mitgliedern der Organisation mitgeteilt werden.

2. Der Generaldirektor wird die Mitglieder der Organisation, wenn er ihnen von der Eintragung der zweiten Ratifikation, die ihm mitgeteilt wird, Kenntnis gibt, auf den Zeitpunkt aufmerksam machen, in dem dieses Übereinkommen in Kraft tritt.

Artikel 11

Der Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes übermittelt dem Generalsekretär der Vereinten Nationen zwecks Eintragung nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen vollständige Auskünfte über alle von ihm nach Maßgabe der vorausgehenden Artikel eingetragenen Ratifikationen und Kündigungen.

Artikel 12

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes hat, sooft er es für nötig erachtet, der Allgemeinen Konferenz einen Bericht über die Durchführung dieses Übereinkommens zu erstatten und zu prüfen, ob die Frage seiner gänzlichen oder teilweisen Abänderung auf die Tagesordnung der Konferenz gesetzt werden soll.

Artikel 13

1. Nimmt die Konferenz ein neues Übereinkommen an, welches das vorliegende Übereinkommen ganz oder teilweise abändert, und sieht das neue Übereinkommen nichts anderes vor, so gelten folgende Bestimmungen:

a) Die Ratifikation des neu gefaßten Übereinkommens durch ein Mitglied schließt ohne weiteres die sofortige Kündigung des vorliegenden Übereinkommens in sich ohne Rücksicht auf Artikel 9, vorausgesetzt, daß das neu gefaßte Übereinkommen in Kraft getreten ist.

b) Vom Zeitpunkt des Inkrafttretens des neu gefaßten Übereinkommens an kann das vorliegende Übereinkommen von den Mitgliedern nicht mehr ratifiziert werden.

2. Indessen bleibt das vorliegende Übereinkommen nach Form und Inhalt jedenfalls in Kraft für die Mitglieder, die dieses, aber nicht das neu gefaßte Übereinkommen ratifiziert haben.

Artikel 14

Der französische und der englische Wortlaut dieses Übereinkommens sind in gleicher Weise maßgebend.

(Übersetzung)

ÜBEREINKOMMEN 111

Übereinkommen über die Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf¹

Die Allgemeine Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation,

die vom Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes nach Genf einberufen wurde und am 4. Juni 1958 zu ihrer zweiundvierzigsten Tagung zusammengetreten ist,

hat beschlossen, verschiedene Anträge anzunehmen betreffend die Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf, eine Frage, die den vierten Gegenstand ihrer Tagesordnung bildet, und

dabei bestimmt, daß diese Anträge die Form eines internationalen Übereinkommens erhalten sollen.

In der Erwägung, daß die Erklärung von Philadelphia bestätigt, daß alle Menschen, ungeachtet ihrer Rasse, ihres Glaubens und ihres Geschlechts, das Recht haben, materiellen Wohlstand und geistige Entwicklung in Freiheit und Würde, in wirtschaftlicher Sicherheit und unter gleich günstigen Bedingungen zu erstreben,

daß ferner Diskriminierung eine Verletzung von Rechten bedeutet, die in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte niedergelegt sind,

nimmt die Konferenz heute, am 25. Juni 1958, das folgende Übereinkommen an, das als Übereinkommen über die Diskriminierung (Beschäftigung und Beruf), 1958, bezeichnet wird.

¹ Dieses Übereinkommen ist am 15. Juni 1960 in Kraft getreten.

Artikel 1

1. Im Sinne dieses Übereinkommens gilt als „Diskriminierung“

a) jede Unterscheidung, Ausschließung oder Bevorzugung, die auf Grund der Rasse, der Hautfarbe, des Geschlechts, des Glaubensbekenntnisses, der politischen Meinung, der nationalen Abstammung oder der sozialen Herkunft vorgenommen wird und die dazu führt, die Gleichheit der Gelegenheiten oder der Behandlung in Beschäftigung oder Beruf aufzuheben oder zu beeinträchtigen;

b) jede andere Unterscheidung, Ausschließung oder Bevorzugung, die dazu führt, die Gleichheit der Gelegenheiten oder der Behandlung in Beschäftigung oder Beruf aufzuheben oder zu beeinträchtigen, und die von dem betreffenden Mitglied nach Anhörung der maßgebenden Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, soweit solche bestehen, und anderer geeigneter Stellen bestimmt wird.

2. Eine Unterscheidung, Ausschließung oder Bevorzugung hinsichtlich einer bestimmten Beschäftigung, die in den Erfordernissen dieser Beschäftigung begründet ist, gilt nicht als Diskriminierung.

3. Die Ausdrücke „Beschäftigung“ und „Beruf“ im Sinne dieses Übereinkommens umfassen die Zulassung zur Berufsausbildung, zur Beschäftigung und zu den einzelnen Berufen sowie die Beschäftigungsbedingungen.

Artikel 2

Jedes Mitglied, für das dieses Übereinkommen in Kraft ist, verpflichtet sich, eine innerstaatliche Politik festzulegen und zu verfolgen, die darauf abzielt, mit Methoden, die den innerstaatlichen Verhältnissen und Gepflogenheiten angepaßt sind, die Gleichheit der Gelegenheiten und der Behandlung in bezug auf Beschäftigung und Beruf zu fördern, um jegliche Diskriminierung auf diesem Gebiet auszuschalten.

Artikel 3

Jedes Mitglied, für das dieses Übereinkommen in Kraft ist, verpflichtet sich, mit Methoden, die den innerstaatlichen Verhältnissen und Gepflogenheiten angepaßt sind,

a) die Zusammenarbeit mit den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden und anderen geeigneten Stellen anzustreben, um die Annahme und Befolgung dieser Politik zu fördern;

b) Gesetze zu erlassen und Erziehungsprogramme zu unterstützen, die geeignet erscheinen, die Annahme und Befolgung dieser Politik zu sichern;

c) alle gesetzlichen Bestimmungen aufzuheben und alle Verwaltungsvorschriften oder -gepflogenheiten abzuändern, die mit dieser Politik nicht in Einklang stehen;

d) diese Politik in bezug auf die Beschäftigungen zu befolgen, die der unmittelbaren Aufsicht einer staatlichen Behörde unterstehen;

e) für die Befolgung dieser Politik in bezug auf die Tätigkeit der Stellen und Einrichtungen der Berufsberatung, Berufsausbildung und Arbeitsvermittlung zu sorgen, die der Aufsicht einer staatlichen Behörde unterstehen;

f) in seinen Jahresberichten über die Durchführung des Übereinkommens die gemäß dieser Politik getroffenen Maßnahmen und die erzielten Ergebnisse bekanntzugeben.

Artikel 4

Maßnahmen gegen eine Person, die in berechtigtem Verdacht einer gegen die Sicherheit des Staates gerichteten Betä-

tigung steht oder die sich tatsächlich in solcher Weise betätigt, gelten nicht als Diskriminierung, vorausgesetzt, daß der betreffenden Person das Recht der Berufung an eine nach landestüblicher Weise errichtete zuständige Instanz offensteht.

Artikel 5

1. Die besonderen Schutz- oder Hilfsmaßnahmen, die in anderen Übereinkommen oder Empfehlungen der Internationalen Arbeitskonferenz vorgesehen werden, gelten nicht als Diskriminierung.

2. Jedes Mitglied kann nach Anhörung der maßgebenden Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, soweit solche bestehen, erklären, daß auch andere Sondermaßnahmen nicht als Diskriminierung gelten sollen, sofern diese auf die Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse von Personen abzielen, die aus Gründen des Geschlechts, des Alters, der Behinderung, der Familienpflichten oder der sozialen oder kulturellen Stellung anerkanntermaßen besonders schutz- oder hilfsbedürftig sind.

Artikel 6

Jedes Mitglied, das dieses Übereinkommen ratifiziert, verpflichtet sich, es nach den Bestimmungen der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation auf die außerhalb des Mutterlandes gelegenen Gebiete anzuwenden.

Artikel 7

Die förmlichen Ratifikationen dieses Übereinkommens sind dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes zur Eintragung mitzuteilen.

Artikel 8

1. Dieses Übereinkommen bindet nur diejenigen Mitglieder der Internationalen Arbeitsorganisation, deren Ratifikation durch den Generaldirektor eingetragen ist.

2. Es tritt in Kraft zwölf Monate nachdem die Ratifikationen zweier Mitglieder durch den Generaldirektor eingetragen worden sind.

3. In der Folge tritt dieses Übereinkommen für jedes Mitglied zwölf Monate nach der Eintragung seiner Ratifikation in Kraft.

Artikel 9

1. Jedes Mitglied, das dieses Übereinkommen ratifiziert hat, kann es nach Ablauf von zehn Jahren, gerechnet von dem Tag, an dem es zum erstenmal in Kraft getreten ist, durch Anzeige an den Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes kündigen. Die Kündigung wird von diesem eingetragen. Ihre Wirkung tritt erst ein Jahr nach der Eintragung ein.

2. Jedes Mitglied, das dieses Übereinkommen ratifiziert hat und innerhalb eines Jahres nach Ablauf des im vorigen Absatz genannten Zeitraumes von zehn Jahren von dem in diesem Artikel vorgesehenen Kündigungsrecht keinen Gebrauch macht, bleibt für einen weiteren Zeitraum von zehn Jahren gebunden. In der Folge kann es dieses Übereinkommen jeweils nach Ablauf eines Zeitraumes von zehn Jahren nach Maßgabe dieses Artikels kündigen.

Artikel 10

1. Der Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes gibt allen Mitgliedern der Internationalen Arbeitsorganisation Kenntnis von der Eintragung aller Ratifikationen und

Kündigungen, die ihm von den Mitgliedern der Organisation mitgeteilt werden.

2. Der Generaldirektor wird die Mitglieder der Organisation, wenn er ihnen von der Eintragung der zweiten Ratifikation, die ihm mitgeteilt wird, Kenntnis gibt, auf den Zeitpunkt aufmerksam machen, in dem dieses Übereinkommen in Kraft tritt.

Artikel 11

Der Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes übermittelt dem Generalsekretär der Vereinten Nationen zwecks Eintragung nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen vollständige Auskünfte über alle von ihm nach Maßgabe der vorausgehenden Artikel eingetragenen Ratifikationen und Kündigungen.

Artikel 12

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes hat, sooft er es für nötig erachtet, der Allgemeinen Konferenz einen Bericht über die Durchführung dieses Übereinkommens zu erstatten und zu prüfen, ob die Frage seiner gänzlichen oder teilweisen Abänderung auf die Tagesordnung der Konferenz gesetzt werden soll.

Artikel 13

1. Nimmt die Konferenz ein neues Übereinkommen an, welches das vorliegende Übereinkommen ganz oder teilweise abändert, und sieht das neue Übereinkommen nichts anderes vor, so gelten folgende Bestimmungen:

- a) Die Ratifikation des neu gefaßten Übereinkommens durch ein Mitglied schließt ohne weiteres die sofortige Kündigung des vorliegenden Übereinkommens in sich ohne Rücksicht auf Artikel 9, vorausgesetzt, daß das neu gefaßte Übereinkommen in Kraft getreten ist.
- b) Vom Zeitpunkt des Inkrafttretens des neu gefaßten Übereinkommens an kann das vorliegende Übereinkommen von den Mitgliedern nicht mehr ratifiziert werden.

2. Indessen bleibt das vorliegende Übereinkommen nach Form und Inhalt jedenfalls in Kraft für die Mitglieder, die dieses, aber nicht das neu gefaßte Übereinkommen ratifiziert haben.

Artikel 14

Der französische und der englische Wortlaut dieses Übereinkommens sind in gleicher Weise maßgebend.

(Übersetzung)

ÜBEREINKOMMEN 115

Übereinkommen über den Schutz der Arbeitnehmer vor ionisierenden Strahlen¹

Die Allgemeine Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation,

die vom Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes nach Genf einberufen wurde und am 1. Juni 1960 zu ihrer vierundvierzigsten Tagung zusammengetreten ist,

hat beschlossen, verschiedene Anträge anzunehmen betreffend den Schutz der Arbeitnehmer vor ionisierenden Strahlen, eine Frage, die den vierten Gegenstand ihrer Tagesordnung bildet, und

dabei bestimmt, daß diese Anträge die Form eines internationalen Übereinkommens erhalten sollen.

Die Konferenz nimmt heute, am 22. Juni 1960, das folgende Übereinkommen an, das als Übereinkommen über den Strahlenschutz, 1960, bezeichnet wird.

Teil I. Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

Jedes Mitglied der Internationalen Arbeitsorganisation, das dieses Übereinkommen ratifiziert, verpflichtet sich, es im Wege der Gesetzgebung, durch zusammengefaßte Richtlinien für die Praxis oder mittels anderer geeigneter Maßnahmen durchzuführen. Bei der Durchführung des Übereinkommens hat die zuständige Stelle Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer anzuhören.

Artikel 2

1. Dieses Übereinkommen gilt für alle Tätigkeiten, bei denen Arbeitnehmer bei ihrer Arbeit ionisierenden Strahlen ausgesetzt werden.

2. Dieses Übereinkommen gilt weder für diejenigen radioaktiven Stoffe in umschlossener oder offener Form noch für diejenigen ionisierende Strahlen erzeugenden Geräte, welche auf Grund der geringfügigen Dosen ionisierender Strahlen, die von ihnen empfangen werden können, nach einer der in Artikel 1 vorgesehenen Methoden zur Durchführung des Übereinkommens von seiner Anwendung ausgenommen werden.

Artikel 3

1. Nach dem jeweiligen Stand der Erkenntnisse sind alle geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, um einen wirksamen Schutz der Arbeitnehmer vor ionisierenden Strahlen im Hinblick auf ihre Gesundheit und Sicherheit zu gewährleisten.

2. Zu diesem Zweck sind die notwendigen Vorschriften zu erlassen und Maßnahmen zu treffen und die für einen wirksamen Schutz wesentlichen Daten zur Verfügung zu stellen.

3. Um einen solchen wirksamen Schutz zu gewährleisten,

a) haben die Maßnahmen zum Schutz der Arbeitnehmer vor ionisierenden Strahlen, die ein Mitglied nach der Ratifikation des Übereinkommens trifft, den Bestimmungen des Übereinkommens zu entsprechen;

b) hat das betreffende Mitglied die von ihm vor der Ratifikation des Übereinkommens getroffenen Maßnahmen so bald als möglich abzuändern, damit sie dessen Bestimmungen entsprechen, und in gleicher Weise die Abänderung anderer Maßnahmen zu fördern, die im Zeitpunkt der Ratifikation bestehen;

c) hat das betreffende Mitglied dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes bei der Ratifikation des Übereinkommens eine Erklärung zu übermitteln, in der es angibt, in welcher Weise und auf welche Kategorien von Arbeitnehmern die Bestimmungen des Übereinkommens Anwendung finden, und in seinen Berichten über die Durchführung des Übereinkommens die dabei erzielten Fortschritte anzugeben;

d) hat der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes nach Ablauf von drei Jahren nach dem erstmaligen Inkrafttreten dieses Übereinkommens der Konferenz einen besonderen Bericht über die Durchführung des Unterabsatzes b) dieses Absatzes vorzulegen und darin die Vorschläge zu unterbreiten, die er im Hinblick auf

¹ Dieses Übereinkommen ist am 17. Juni 1962 in Kraft getreten.

weitere entsprechende Maßnahmen für angebracht erachtet.

Teil II. Schutzmaßnahmen

Artikel 4

Die in Artikel 2 genannten Tätigkeiten sind in der Weise zu gestalten und auszuführen, daß der in diesem Teil des Übereinkommens vorgesehene Schutz gewährleistet ist.

Artikel 5

Alle Anstrengungen sind zu unternehmen, um die Einwirkung ionisierender Strahlen, der die Arbeitnehmer ausgesetzt werden, auf das erreichbare Mindestmaß zu beschränken; jede unnötige Einwirkung ist von allen Beteiligten zu vermeiden.

Artikel 6

1. Die höchstzulässigen Dosen ionisierender Strahlen, die von Quellen außerhalb oder innerhalb des Körpers ausgehen, sowie die höchstzulässigen Mengen von radioaktiven Stoffen, die in den Körper gelangen können, sind nach den Bestimmungen des Teils I dieses Übereinkommens für die verschiedenen Kategorien von Arbeitnehmern festzusetzen.

2. Diese höchstzulässigen Dosen und Mengen sind nach dem Stand der neuesten Erkenntnisse laufend zu überprüfen.

Artikel 7

1. Für Arbeitnehmer, die direkt bei Strahlenarbeiten beschäftigt sind, sind gemäß Artikel 6 geeignete Werte festzusetzen, und zwar

- a) einerseits für Arbeitnehmer im Alter von achtzehn Jahren und darüber;
- b) andererseits für Arbeitnehmer unter achtzehn Jahren.

2. Arbeitnehmer unter sechzehn Jahren dürfen nicht bei Arbeiten beschäftigt werden, die mit der Verwendung ionisierender Strahlen verbunden sind.

Artikel 8

Für Arbeitnehmer, die nicht direkt bei Strahlenarbeiten beschäftigt sind, aber an Orten sich aufhalten oder vorbeigehen, wo sie der Einwirkung ionisierender Strahlen oder radioaktiver Stoffe ausgesetzt werden können, sind gemäß Artikel 6 geeignete Werte festzusetzen.

Artikel 9

1. Um auf das Bestehen einer Gefährdung durch ionisierende Strahlen hinzuweisen, sind geeignete Warnzeichen zu verwenden. Den Arbeitnehmern sind alle in diesem Zusammenhang notwendigen Aufklärungen zu geben.

2. Alle direkt bei Strahlenarbeiten beschäftigten Arbeitnehmer sind vor und während der Ausübung einer solchen Beschäftigung über die zum Schutz ihrer Gesundheit und für ihre Sicherheit zu treffenden Vorsichtsmaßnahmen und über deren Gründe angemessen zu unterrichten.

Artikel 10

Die Gesetzgebung hat vorzuschreiben, daß Arbeiten, bei denen Arbeitnehmer bei ihrer Arbeit ionisierenden Strahlen ausgesetzt werden, in der von ihr bestimmten Weise angezeigt werden.

Artikel 11

Zur Messung der Einwirkung ionisierender Strahlen und radioaktiver Stoffe, der die Arbeitnehmer ausgesetzt werden, ist eine geeignete Überwachung der Arbeitnehmer und der Arbeitsstätten durchzuführen, um festzustellen, daß die festgesetzten Werte eingehalten werden.

Artikel 12

Alle direkt bei Strahlenarbeiten beschäftigten Arbeitnehmer haben sich vor oder kurz nach der Aufnahme solcher Arbeiten einer geeigneten ärztlichen Untersuchung und in der Folge in angemessenen Zeitabständen weiteren ärztlichen Untersuchungen zu unterziehen.

Artikel 13

Nach einer der in Artikel 1 dieses Übereinkommens vorgesehenen Durchführungsmethoden sind die Umstände zu bestimmen, unter denen auf Grund der Natur oder des Grades der Strahleneinwirkung unverzüglich folgende Maßnahmen zu veranlassen sind:

- a) der Arbeitnehmer hat sich einer geeigneten ärztlichen Untersuchung zu unterziehen;
- b) der Arbeitgeber hat der zuständigen Stelle gemäß deren Richtlinien Anzeige zu machen;
- c) in Strahlenschutzfragen sachkundige Personen haben die Bedingungen zu untersuchen, unter denen der Arbeitnehmer seine Arbeit verrichtet;
- d) der Arbeitgeber hat auf Grund des technischen Befundes und der ärztlichen Ratschläge alle erforderlichen Abhilfemaßnahmen zu treffen.

Artikel 14

Kein Arbeitnehmer darf entgegen einem von berufener Seite abgegebenen ärztlichen Gutachten mit einer Arbeit beschäftigt oder weiterbeschäftigt werden, bei der er ionisierenden Strahlen ausgesetzt werden könnte.

Artikel 15

Jedes Mitglied, das dieses Übereinkommen ratifiziert, verpflichtet sich, geeignete Aufsichtsdienste mit der Überwachung der Anwendung seiner Bestimmungen zu betrauen oder sich zu vergewissern, daß eine angemessene Aufsicht gewährleistet ist.

Teil III. Schlußbestimmungen

Artikel 16

Die förmlichen Ratifikationen dieses Übereinkommens sind dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes zur Eintragung mitzuteilen.

Artikel 17

1. Dieses Übereinkommen bindet nur diejenigen Mitglieder der Internationalen Arbeitsorganisation, deren Ratifikation durch den Generaldirektor eingetragen ist.

2. Es tritt in Kraft zwölf Monate nachdem die Ratifikationen zweier Mitglieder durch den Generaldirektor eingetragen worden sind.

3. In der Folge tritt dieses Übereinkommen für jedes Mitglied zwölf Monate nach der Eintragung seiner Ratifikation in Kraft.

Artikel 18

1. Jedes Mitglied, das dieses Übereinkommen ratifiziert hat, kann es nach Ablauf von fünf Jahren, gerechnet von dem Tag, an dem es zum erstenmal in Kraft getreten ist, durch Anzeige an den Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes kündigen. Die Kündigung wird von diesem eingetragen. Ihre Wirkung tritt erst ein Jahr nach der Eintragung ein.

2. Jedes Mitglied, das dieses Übereinkommen ratifiziert hat und innerhalb eines Jahres nach Ablauf des im vorigen Absatz genannten Zeitraumes von fünf Jahren von dem in diesem Artikel vorgesehenen Kündigungsrecht keinen Gebrauch macht, bleibt für einen weiteren Zeitraum von fünf Jahren gebunden. In der Folge kann es dieses Übereinkommen jeweils nach Ablauf eines Zeitraumes von fünf Jahren nach Maßgabe dieses Artikels kündigen.

Artikel 19

1. Der Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes gibt allen Mitgliedern der Internationalen Arbeitsorganisation Kenntnis von der Eintragung aller Ratifikationen und Kündigungen, die ihm von den Mitgliedern der Organisation mitgeteilt werden.

2. Der Generaldirektor wird die Mitglieder der Organisation, wenn er ihnen von der Eintragung der zweiten Ratifikation, die ihm mitgeteilt wird, Kenntnis gibt, auf den Zeitpunkt aufmerksam machen, in dem dieses Übereinkommen in Kraft tritt.

Artikel 20

Der Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes übermittelt dem Generalsekretär der Vereinten Nationen zwecks Eintragung nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen vollständige Auskünfte über alle von ihm nach Maßgabe der vorausgehenden Artikel eingetragenen Ratifikationen und Kündigungen.

Artikel 21

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes hat, sooft er es für nötig erachtet, der Allgemeinen Konferenz einen Bericht über die Durchführung dieses Übereinkommens zu erstatten und zu prüfen, ob die Frage seiner gänzlichen oder teilweisen Abänderung auf die Tagesordnung der Konferenz gesetzt werden soll.

Artikel 22

1. Nimmt die Konferenz ein neues Übereinkommen an, welches das vorliegende Übereinkommen ganz oder teilweise abändert, und sieht das neue Übereinkommen nichts anderes vor, so gelten folgende Bestimmungen:

- a) Die Ratifikation des neugefaßten Übereinkommens durch ein Mitglied schließt ohne weiteres die sofortige Kündigung des vorliegenden Übereinkommens in sich ohne Rücksicht auf Artikel 18, vorausgesetzt, daß das neugefaßte Übereinkommen in Kraft getreten ist.
- b) Vom Zeitpunkt des Inkrafttretens des neugefaßten Übereinkommens an kann das vorliegende Übereinkommen von den Mitgliedern nicht mehr ratifiziert werden.

2. Indessen bleibt das vorliegende Übereinkommen nach Form und Inhalt jedenfalls in Kraft für die Mitglieder, die dieses, aber nicht das neugefaßte Übereinkommen ratifiziert haben.

Artikel 23

Der französische und der englische Wortlaut dieses Übereinkommens sind in gleicher Weise maßgebend.

(Übersetzung)

ÜBEREINKOMMEN 120

Übereinkommen über den Gesundheitsschutz im Handel und in Büros¹

Die Allgemeine Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation,

die vom Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes nach Genf einberufen wurde und am 17. Juni 1964 zu ihrer achtundvierzigsten Tagung zusammengetreten ist,

hat beschlossen, verschiedene Anträge anzunehmen betreffend den Gesundheitsschutz im Handel und in Büros, eine Frage, die den vierten Gegenstand ihrer Tagesordnung bildet, und

dabei bestimmt, daß einige dieser Anträge die Form eines internationalen Übereinkommens erhalten sollen.

Die Konferenz nimmt heute, am 8. Juli 1964, das folgende Übereinkommen an, das als Übereinkommen über den Gesundheitsschutz (Handel und Büros), 1964, bezeichnet wird.

Teil I. Verpflichtungen der Parteien

Artikel 1

Dieses Übereinkommen gilt für

- a) Handelsbetriebe;
- b) Betriebe, Einrichtungen und Verwaltungen, in denen die Arbeitnehmer hauptsächlich mit Büroarbeit beschäftigt sind;
- c) alle Abteilungen anderer Betriebe, Einrichtungen und Verwaltungen, in denen die Arbeitnehmer hauptsächlich mit kaufmännischen oder Büroarbeiten beschäftigt sind, soweit diese Abteilungen nicht der innerstaatlichen Gesetzgebung oder anderen Regelungen betreffend den Gesundheitsschutz im Gewerbe, im Bergbau, im Transportwesen oder in der Landwirtschaft unterliegen.

Artikel 2

Die zuständige Stelle kann nach Anhörung der unmittelbar beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, soweit solche bestehen, ausdrücklich bezeichnete Gruppen der in Artikel 1 erwähnten Betriebe, Einrichtungen, Verwaltungen oder Abteilungen von der Anwendung aller oder einiger der Bestimmungen dieses Übereinkommens ausschließen, wenn es infolge der Umstände und der Beschäftigungsbedingungen nicht angebracht wäre, alle oder einige dieser Bestimmungen anzuwenden.

Artikel 3

In allen Fällen, in denen Unklarheit darüber besteht, ob die Bestimmungen dieses Übereinkommens auf einen Betrieb, eine Einrichtung oder Verwaltung Anwendung finden, ist die Frage entweder von der zuständigen Stelle nach Anhörung der maßgebenden beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, soweit solche bestehen, oder auf irgendeine andere Weise zu entscheiden, die mit der Gesetzgebung und Praxis des betreffenden Landes im Einklang steht.

Artikel 4

Jedes Mitglied, das dieses Übereinkommen ratifiziert, verpflichtet sich,

¹ Dieses Übereinkommen ist am 29. März 1966 in Kraft getreten.

- a) eine Gesetzgebung zu erlassen und in Kraft zu belassen, welche die Anwendung der in Teil II enthaltenen allgemeinen Grundsätze gewährleistet, und
- b) zu gewährleisten, daß die Bestimmungen der Empfehlung betreffend den Gesundheitsschutz (Handel und Büros), 1964, oder gleichwertige Bestimmungen durchgeführt werden, soweit dies im Hinblick auf die innerstaatlichen Verhältnisse möglich und wünschenswert ist.

Artikel 5

Die Gesetzgebung zur Durchführung der Bestimmungen dieses Übereinkommens ist nach Anhörung der maßgebenden beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, soweit solche bestehen, auszuarbeiten; das gleiche gilt für die Gesetzgebung, welche die Bestimmungen der Empfehlung betreffend den Gesundheitsschutz (Handel und Büros), 1964, oder gleichwertige Bestimmungen durchführen soll, soweit dies im Hinblick auf die innerstaatlichen Verhältnisse möglich und wünschenswert ist.

Artikel 5

1. Geeignete Maßnahmen sind zu treffen, um durch angemessene Aufsicht oder durch sonstige Mittel die wirksame Anwendung der in Artikel 5 erwähnten Gesetzgebung zu gewährleisten.

2. Sofern die Art der Durchführung dieses Übereinkommens es gestattet, ist die wirksame Anwendung dieser Gesetzgebung durch angemessene Zwangsmaßnahmen zu gewährleisten.

Teil II. Allgemeine Grundsätze

Artikel 7

Alle von den Arbeitnehmern benutzten Räume sowie deren Einrichtung sind in gutem Zustand und sauber zu halten.

Artikel 8

Alle von den Arbeitnehmern benutzten Räume sind durch Zufuhr frischer oder gereinigter Luft auf natürlichem oder künstlichem Wege oder auf beiderlei Art in ausreichender und geeigneter Weise zu lüften.

Artikel 9

Alle von den Arbeitnehmern benutzten Räume sind in ausreichender und geeigneter Weise zu beleuchten; Arbeitsräume sind soweit wie möglich durch natürliches Licht zu beleuchten.

Artikel 10

Die Temperatur ist in allen von den Arbeitnehmern benutzten Räumen so angenehm und beständig zu halten, wie die Umstände es gestatten.

Artikel 11

Alle Arbeitsräume und Arbeitsplätze sind so zu gestalten, daß die Gesundheit der Arbeitnehmer keinen schädlichen Wirkungen ausgesetzt ist.

Artikel 12

Den Arbeitnehmern ist Trinkwasser oder ein anderes gesundheitlich einwandfreies Getränk in ausreichender Menge zur Verfügung zu stellen.

Artikel 13

Geeignete Waschgelegenheiten und Aborte sind in ausreichender Zahl vorzusehen und in gutem Zustand zu halten.

Artikel 14

Den Arbeitnehmern sind geeignete Sitzgelegenheiten in ausreichender Zahl zur Verfügung zu stellen; die Arbeitnehmer müssen in vertretbarem Maße die Möglichkeit haben, diese zu benutzen.

Artikel 15

Geeignete Einrichtungen sind vorzusehen und in gutem Zustand zu halten, damit die Arbeitnehmer die bei der Arbeit nicht getragenen Kleider wechseln, ablegen und trocknen können.

Artikel 16

Unterirdische und fensterlose Räume, in denen normalerweise gearbeitet wird, haben entsprechenden Normen des Gesundheitsschutzes zu genügen.

Artikel 17

Die Arbeitnehmer sind durch geeignete und durchführbare Maßnahmen gegen belästigende, gesundheitsschädliche oder giftige oder aus irgendeinem Grund gefährliche Stoffe und Verfahren zu schützen. Sofern die Art der Arbeit es erfordert, hat die zuständige Stelle die Verwendung persönlicher Schutzausrüstungen vorzuschreiben.

Artikel 18

Lärm und Erschütterungen, die schädliche Wirkungen für die Arbeitnehmer haben können, sind durch geeignete und durchführbare Maßnahmen soweit wie möglich zu vermindern.

Artikel 19

In allen Betrieben, Einrichtungen, Verwaltungen oder Abteilungen, auf welche dieses Übereinkommen Anwendung findet, müssen je nach ihrer Größe und den möglicherweise auftretenden Gefahren vorhanden sein:

- a) ein eigenes Krankenzimmer oder eine Stelle für Erste Hilfe oder
- b) ein von mehreren Betrieben, Einrichtungen, Verwaltungen oder Abteilungen gemeinsam unterhaltenes Krankenzimmer oder eine Stelle für Erste Hilfe oder
- c) ein oder mehrere Schränke oder Kästen oder eine oder mehrere Taschen für Erste Hilfe.

Teil III. Schlußbestimmungen

Artikel 20

Die förmlichen Ratifikationen dieses Übereinkommens sind dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes zur Eintragung mitzuteilen.

Artikel 21

I. Dieses Übereinkommen bindet nur diejenigen Mitglieder der Internationalen Arbeitsorganisation, deren Ratifikation durch den Generaldirektor eingetragen ist.

2. Es tritt in Kraft zwölf Monate nachdem die Ratifikationen zweier Mitglieder durch den Generaldirektor eingetragen worden sind.

3. In der Folge tritt dieses Übereinkommen für jedes Mitglied zwölf Monate nach der Eintragung seiner Ratifikation in Kraft.

Artikel 22

1. Jedes Mitglied, das dieses Übereinkommen ratifiziert hat, kann es nach Ablauf von zehn Jahren, gerechnet von dem Tag, an dem es zum erstenmal in Kraft getreten ist, durch Anzeige an den Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes kündigen. Die Kündigung wird von diesem eingetragen. Ihre Wirkung tritt erst ein Jahr nach der Eintragung ein.

2. Jedes Mitglied, das dieses Übereinkommen ratifiziert hat und innerhalb eines Jahres nach Ablauf des im vorigen Absatz genannten Zeitraumes von zehn Jahren von dem in diesem Artikel vorgesehenen Kündigungsrecht keinen Gebrauch macht, bleibt für einen weiteren Zeitraum von zehn Jahren gebunden. In der Folge kann es dieses Übereinkommen jeweils nach Ablauf eines Zeitraumes von zehn Jahren nach Maßgabe dieses Artikels kündigen.

Artikel 23

1. Der Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes gibt allen Mitgliedern der Internationalen Arbeitsorganisation Kenntnis von der Eintragung aller Ratifikationen und Kündigungen, die ihm von den Mitgliedern der Organisation mitgeteilt werden.

2. Der Generaldirektor wird die Mitglieder der Organisation, wenn er ihnen von der Eintragung der zweiten Ratifikation, die ihm mitgeteilt wird, Kenntnis gibt, auf den Zeitpunkt aufmerksam machen, in dem dieses Übereinkommen in Kraft tritt.

Artikel 24

Der Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes übermittelt dem Generalsekretär der Vereinten Nationen zwecks Eintragung nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen vollständige Auskünfte über alle von ihm nach Maßgabe der vorausgehenden Artikel eingetragenen Ratifikationen und Kündigungen.

Artikel 25

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes hat, sooft er es für nötig erachtet, der Allgemeinen Konferenz einen Bericht über die Durchführung dieses Übereinkommens zu erstatten und zu prüfen, ob die Frage seiner gänzlichen oder teilweisen Abänderung auf die Tagesordnung der Konferenz gesetzt werden soll.

Artikel 26

1. Nimmt die Konferenz ein neues Übereinkommen an, welches das vorliegende Übereinkommen ganz oder teilweise abändert, und sieht das neue Übereinkommen nichts anderes vor, so gelten folgende Bestimmungen:

- a) Die Ratifikation des neugefaßten Übereinkommens durch ein Mitglied schließt ohne weiteres die sofortige Kündigung des vorliegenden Übereinkommens in sich ohne Rücksicht auf Artikel 22, vorausgesetzt, daß das neugefaßte Übereinkommen in Kraft getreten ist.
- b) Vom Zeitpunkt des Inkrafttretens des neugefaßten Übereinkommens an kann das vorliegende Übereinkommen von den Mitgliedern nicht mehr ratifiziert werden.

2. Indessen bleibt das vorliegende Übereinkommen nach Form und Inhalt jedenfalls in Kraft für die Mitglieder, die dieses, aber nicht das neugefaßte Übereinkommen ratifiziert haben.

Artikel 27

Der französische und der englische Wortlaut dieses Übereinkommens sind in gleicher Weise maßgebend.

(Übersetzung)

ÜBEREINKOMMEN 122

Übereinkommen über die Beschäftigungspolitik¹

Die Allgemeine Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation,

die vom Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes nach Genf einberufen wurde und am 17. Juni 1964 zu ihrer achtundvierzigsten Tagung zusammengetreten ist,

geht davon aus, daß die Erklärung von Philadelphia die feierliche Verpflichtung der Internationalen Arbeitsorganisation anerkennt, bei den einzelnen Nationen der Welt Programme zu fördern, durch welche die Vollbeschäftigung und die Verbesserung der Lebenshaltung erreicht werden, und daß in der Präambel zur Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation die Verhütung der Arbeitslosigkeit und die Gewährleistung eines zur Bestreitung des Lebensunterhalts angemessenen Lohnes vorgesehen werden;

daß es ferner gemäß der Erklärung von Philadelphia zu den Aufgaben der Internationalen Arbeitsorganisation gehört, die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzpolitik auf die Beschäftigungspolitik im Hinblick auf das dort aufgestellte Hauptziel, daß „alle Menschen ungeachtet ihrer Rasse, ihres Glaubens und ihres Geschlechts ... das Recht“ haben, „materiellen Wohlstand und geistige Entwicklung in Freiheit und Würde, in wirtschaftlicher Sicherheit und unter gleich günstigen Bedingungen zu erstreben“, zu prüfen und in Erwägung zu ziehen; und

daß ferner die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte vorsieht, daß „jeder Mensch ... das Recht auf Arbeit, auf freie Berufswahl, auf angemessene und befriedigende Arbeitsbedingungen sowie auf Schutz gegen Arbeitslosigkeit“ hat;

nimmt Kenntnis von den Bestimmungen der bestehenden internationalen Arbeitsübereinkommen und Empfehlungen, die mit der Beschäftigungspolitik unmittelbar zusammenhängen, insbesondere des Übereinkommens und der Empfehlung über die Arbeitsmarktverwaltung, 1948, der Empfehlung betreffend die Berufsberatung, 1949, der Empfehlung betreffend die berufliche Ausbildung, 1962, und des Übereinkommens und der Empfehlung über Diskriminierung (Beschäftigung und Beruf), 1958;

ist der Ansicht, daß diese Urkunden in den umfassenderen Rahmen eines internationalen Programms für die Wirtschaftsexpansion auf der Grundlage der vollen, produktiven und frei gewählten Beschäftigung eingebaut werden sollten;

hat beschlossen, verschiedene Anträge anzunehmen betreffend die Beschäftigungspolitik, eine Frage, die zum achten Gegenstand ihrer Tagesordnung gehört, und

dabei bestimmt, daß diese Anträge die Form eines internationalen Übereinkommens erhalten sollen.

¹ Dieses Übereinkommen ist am 15. Juli 1968 in Kraft getreten.

Die Konferenz nimmt heute, am 9. Juli 1964, das folgende Übereinkommen an, das als Übereinkommen über die Beschäftigungspolitik, 1964, bezeichnet wird.

Artikel 1

1. Um das wirtschaftliche Wachstum und die wirtschaftliche Entwicklung anzuregen, den Lebensstandard zu heben, den Arbeitskräftebedarf zu decken sowie die Arbeitslosigkeit und die Unterbeschäftigung zu beseitigen, hat jedes Mitglied als eines der Hauptziele eine aktive Politik festzulegen und zu verfolgen, die dazu bestimmt ist, die volle, produktive und frei gewählte Beschäftigung zu fördern.

2. Diese Politik muß zu gewährleisten suchen,

a) daß für alle Personen, die für eine Arbeit zur Verfügung stehen und Arbeit suchen, eine solche vorhanden ist;

b) daß diese Arbeit so produktiv wie möglich ist;

c) daß die Wahl der Beschäftigung frei ist und jeder Arbeitnehmer alle Möglichkeiten hat, die notwendige Befähigung für eine ihm zusagende Beschäftigung zu erwerben und seine Fertigkeiten und Anlagen bei dieser Beschäftigung zu verwenden, und zwar ohne Rücksicht auf Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, Glaubensbekenntnis, politische Meinung, nationale Abstammung oder soziale Herkunft.

3. Diese Politik hat den Stand und die Stufe der wirtschaftlichen Entwicklung sowie die Wechselbeziehungen zwischen Beschäftigungszielen und anderen wirtschaftlichen und sozialen Zielen gebührend zu berücksichtigen und ist mit Methoden zu verfolgen, die den innerstaatlichen Verhältnissen und Gepflogenheiten entsprechen.

Artikel 2

Jedes Mitglied hat mit Methoden, die den innerstaatlichen Verhältnissen entsprechen und soweit es die innerstaatlichen Verhältnisse gestatten,

a) im Rahmen einer koordinierten Wirtschafts- und Sozialpolitik die Maßnahmen zu beschließen und ständig zu überprüfen, die zur Erreichung der in Artikel 1 angegebenen Ziele zu treffen sind;

b) die Schritte zu unternehmen, welche für die Durchführung dieser Maßnahmen notwendig sein können, allenfalls einschließlich der Aufstellung von Programmen.

Artikel 3

Bei der Durchführung dieses Übereinkommens sind Vertreter der Personen, die von den beabsichtigten Maßnahmen betroffen werden, und insbesondere Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer in bezug auf die Beschäftigungspolitik anzuhören, damit deren Erfahrung und Meinung volle Berücksichtigung finden und damit ihre volle Mitarbeit bei der Ausarbeitung dieser Politik und somit die Unterstützung dieser Politik gesichert werden.

Artikel 4

Die förmlichen Ratifikationen dieses Übereinkommens sind dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes zur Eintragung mitzuteilen.

Artikel 5

1. Dieses Übereinkommen bindet nur diejenigen Mitglieder der Internationalen Arbeitsorganisation, deren Ratifikation durch den Generaldirektor eingetragen ist.

2. Es tritt in Kraft zwölf Monate nachdem die Ratifikationen zweier Mitglieder durch den Generaldirektor eingetragen worden sind.

3. In der Folge tritt dieses Übereinkommen für jedes Mitglied zwölf Monate nach der Eintragung seiner Ratifikation in Kraft.

Artikel 6

1. Jedes Mitglied, das dieses Übereinkommen ratifiziert hat, kann es nach Ablauf von zehn Jahren, gerechnet von dem Tag, an dem es zum erstenmal in Kraft getreten ist, durch Anzeige an den Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes kündigen. Die Kündigung wird von diesem eingetragen. Ihre Wirkung tritt erst ein Jahr nach der Eintragung ein.

2. Jedes Mitglied, das dieses Übereinkommen ratifiziert hat und innerhalb eines Jahres nach Ablauf des im vorigen Absatz genannten Zeitraumes von zehn Jahren von dem in diesem Artikel vorgesehenen Kündigungsrecht keinen Gebrauch macht, bleibt für einen weiteren Zeitraum von zehn Jahren gebunden. In der Folge kann es dieses Übereinkommen jeweils nach Ablauf eines Zeitraumes von zehn Jahren nach Maßgabe dieses Artikels kündigen.

Artikel 7

1. Der Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes gibt allen Mitgliedern der Internationalen Arbeitsorganisation Kenntnis von der Eintragung aller Ratifikationen und Kündigungen, die ihm von den Mitgliedern der Organisation mitgeteilt werden.

2. Der Generaldirektor wird die Mitglieder der Organisation, wenn er ihnen von der Eintragung der zweiten Ratifikation, die ihm mitgeteilt wird, Kenntnis gibt, auf den Zeitpunkt aufmerksam machen, in dem dieses Übereinkommen in Kraft tritt.

Artikel 8

Der Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes übermittelt dem Generalsekretär der Vereinten Nationen zwecks Eintragung nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen vollständige Auskünfte über alle von ihm nach Maßgabe der vorausgehenden Artikel eingetragenen Ratifikationen und Kündigungen.

Artikel 9

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes hat, sooft er es für nötig erachtet, der Allgemeinen Konferenz einen Bericht über die Durchführung dieses Übereinkommens zu erstatten und zu prüfen, ob die Frage seiner gänzlichen oder teilweisen Abänderung auf die Tagesordnung der Konferenz gesetzt werden soll.

Artikel 10

1. Nimmt die Konferenz ein neues Übereinkommen an, welches das vorliegende Übereinkommen ganz oder teilweise abändert, und sieht das neue Übereinkommen nichts anderes vor, so gelten folgende Bestimmungen:

a) Die Ratifikation des neugefaßten Übereinkommens durch ein Mitglied schließt ohne weiteres die sofortige Kündigung des vorliegenden Übereinkommens in sich ohne Rücksicht auf Artikel 6, vorausgesetzt, daß das neugefaßte Übereinkommen in Kraft getreten ist.

b) Vom Zeitpunkt des Inkrafttretens des neugefaßten Übereinkommens an kann das vorliegende Übereinkommen von den Mitgliedern nicht mehr ratifiziert werden.

2. Indessen bleibt das vorliegende Übereinkommen nach Form und Inhalt jedenfalls in Kraft für die Mitglieder, die dieses, aber nicht das neugefaßte Übereinkommen ratifiziert haben.

Artikel II

Der französische und der englische Wortlaut dieses Übereinkommens sind in gleicher Weise maßgebend.

(Übersetzung)

ÜBEREINKOMMEN 135

Übereinkommen über Schutz und Erleichterungen für Arbeitnehmervertreter im Betrieb

Die Allgemeine Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation,

die vom Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes nach Genf einberufen wurde und am 2. Juni 1971 zu ihrer sechsundfünfzigsten Tagung zusammengetreten ist,

nimmt Kenntnis von den Bestimmungen des Übereinkommens über das Vereinigungsrecht und das Recht zu Kollektivverhandlungen, 1948, das den Schutz der Arbeitnehmer vor jeder gegen die Vereinigungsfreiheit gerichteten unterschiedlichen Behandlung im Zusammenhang mit ihrer Beschäftigung betrifft,

hält es für erwünscht, diese Bestimmungen in bezug auf Arbeitnehmervertreter zu ergänzen,

hat beschlossen, verschiedene Anträge anzunehmen betreffend Schutz und Erleichterungen für Arbeitnehmervertreter im Betrieb, eine Frage, die den fünften Gegenstand ihrer Tagesordnung bildet, und

dabei bestimmt, daß diese Anträge die Form eines internationalen Übereinkommens erhalten sollen.

Die Konferenz nimmt heute, am 23. Juni 1971, das folgende Übereinkommen an, das als Übereinkommen über Arbeitnehmervertreter, 1971, bezeichnet wird.

Artikel I

Die Arbeitnehmervertreter im Betrieb sind gegen jede Benachteiligung, einschließlich Kündigung, die auf Grund ihrer Stellung oder Betätigung als Arbeitnehmervertreter oder auf Grund ihrer Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft oder ihrer gewerkschaftlichen Betätigung erfolgt, wirksam zu schützen, sofern sie im Einklang mit bestehenden Gesetzen oder Gesamtarbeitsverträgen oder anderen gemeinsam vereinbarten Regelungen handeln.

Artikel 2

1. Den Arbeitnehmervertretern sind im Betrieb Erleichterungen zu gewähren, die geeignet sind, ihnen die rasche und wirksame Durchführung ihrer Aufgaben zu ermöglichen.

2. Hierbei sind die Eigenart des in dem betreffenden Land geltenden Systems der Arbeitsbeziehungen sowie die Erfordernisse, die Größe und die Leistungsfähigkeit des betreffenden Betriebs zu berücksichtigen.

3. Die Gewährung solcher Erleichterungen darf das wirksame Funktionieren des betreffenden Betriebs nicht beeinträchtigen.

Artikel 3

Als „Arbeitnehmervertreter“ im Sinne dieses Übereinkommens gelten Personen, die auf Grund der innerstaatlichen Gesetzgebung oder Praxis als solche anerkannt sind, und zwar

- a) Gewerkschaftsvertreter, d. h. von Gewerkschaften oder von deren Mitgliedern bestellte oder gewählte Vertreter, oder
- b) gewählte Vertreter, d. h. Vertreter, die von den Arbeitnehmern des Betriebs im Einklang mit Bestimmungen der innerstaatlichen Gesetzgebung oder von Gesamtarbeitsverträgen frei gewählt werden und deren Funktionen sich nicht auf Tätigkeiten erstrecken, die in dem betreffenden Land als ausschließliches Vorrecht der Gewerkschaften anerkannt sind.

Artikel 4

Durch die innerstaatliche Gesetzgebung, durch Gesamtarbeitsverträge, Schiedssprüche oder gerichtliche Entscheidungen kann bestimmt werden, welche Art oder Arten von Arbeitnehmervertretern Anspruch auf den Schutz und die Erleichterungen haben, die in diesem Übereinkommen vorgesehen sind.

Artikel 5

Sind in einem Betrieb sowohl Gewerkschaftsvertreter als auch gewählte Vertreter tätig, so sind nötigenfalls geeignete Maßnahmen zu treffen, um zu gewährleisten, daß das Vorhandensein gewählter Vertreter nicht dazu benutzt wird, die Stellung der beteiligten Gewerkschaften oder ihrer Vertreter zu untergraben, und um die Zusammenarbeit zwischen den gewählten Vertretern und den beteiligten Gewerkschaften und ihren Vertretern in allen einschlägigen Fragen zu fördern.

Artikel 6

Die Durchführung dieses Übereinkommens kann durch die innerstaatliche Gesetzgebung, durch Gesamtarbeitsverträge oder auf irgendeine andere, den innerstaatlichen Gepflogenheiten entsprechende Art und Weise erfolgen.

Artikel 7

Die förmlichen Ratifikationen dieses Übereinkommens sind dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes zur Eintragung mitzuteilen.

Artikel 8

1. Dieses Übereinkommen bindet nur diejenigen Mitglieder der Internationalen Arbeitsorganisation, deren Ratifikation durch den Generaldirektor eingetragen ist.

2. Es tritt in Kraft zwölf Monate nachdem die Ratifikationen zweier Mitglieder durch den Generaldirektor eingetragen worden sind.

3. In der Folge tritt dieses Übereinkommen für jedes Mitglied zwölf Monate nach der Eintragung seiner Ratifikation in Kraft.

Artikel 9

1. Jedes Mitglied, das dieses Übereinkommen ratifiziert hat, kann es nach Ablauf von zehn Jahren, gerechnet von dem Tag, an dem es zum erstenmal in Kraft getreten ist, durch Anzeige an den Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes kündigen. Die Kündigung wird von diesem eingetragen. Ihre Wirkung tritt erst ein Jahr nach der Eintragung ein.

2. Jedes Mitglied, das dieses Übereinkommen ratifiziert hat und innerhalb eines Jahres nach Ablauf des im vorigen Absatz genannten Zeitraumes von zehn Jahren von dem in diesem Artikel vorgesehenen Kündigungsrecht keinen Gebrauch macht, bleibt für einen weiteren Zeitraum von zehn Jahren gebunden. In der Folge kann es dieses Übereinkommen jeweils nach Ablauf eines Zeitraumes von zehn Jahren nach Maßgabe dieses Artikels kündigen.

Artikel 10

1. Der Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes gibt allen Mitgliedern der Internationalen Arbeitsorganisation Kenntnis von der Eintragung aller Ratifikationen und Kündigungen, die ihm von den Mitgliedern der Organisation mitgeteilt werden.

2. Der Generaldirektor wird die Mitglieder der Organisation, wenn er ihnen von der Eintragung der zweiten Ratifikation, die ihm mitgeteilt wird, Kenntnis gibt, auf den Zeitpunkt aufmerksam machen, in dem dieses Übereinkommen in Kraft tritt.

Artikel 11

Der Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes übermittelt dem Generalsekretär der Vereinten Nationen zwecks Eintragung nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen vollständige Auskünfte über alle von ihm nach Maßgabe der vorausgehenden Artikel eingetragenen Ratifikationen und Kündigungen.

Artikel 12

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes hat, sooft er es für nötig erachtet, der Allgemeinen Konferenz einen Bericht über die Durchführung dieses Übereinkommens zu erstatten und zu prüfen, ob die Frage seiner gänzlichen oder teilweisen Abänderung auf die Tagesordnung der Konferenz gesetzt werden soll.

Artikel 13

1. Nimmt die Konferenz ein neues Übereinkommen an, welches das vorliegende Übereinkommen ganz oder teilweise abändert, und sieht das neue Übereinkommen nichts anderes vor, so gelten folgende Bestimmungen:

- a) Die Ratifikation des neugefaßten Übereinkommens durch ein Mitglied schließt ohne weiteres die sofortige Kündigung des vorliegenden Übereinkommens in sich ohne Rücksicht auf Artikel 9, vorausgesetzt, daß das neugefaßte Übereinkommen in Kraft getreten ist.
- b) Vom Zeitpunkt des Inkrafttretens des neugefaßten Übereinkommens an kann das vorliegende Übereinkommen von den Mitgliedern nicht mehr ratifiziert werden.

2. Indessen bleibt das vorliegende Übereinkommen nach Form und Inhalt jedenfalls in Kraft für die Mitglieder, die dieses, aber nicht das neugefaßte Übereinkommen ratifiziert haben.

Artikel 14

Der französische und der englische Wortlaut dieses Übereinkommens sind in gleicher Weise maßgebend.

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
des Vertrages vom 7. Oktober 1975
über Freundschaft, Zusammenarbeit und
gegenseitigen Beistand
zwischen der Deutschen Demokratischen Republik
und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
vom 29. Dezember 1975**

Entsprechend § 2 des Gesetzes vom 5. Dezember 1975 über den Vertrag vom 7. Oktober 1975 über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (GBl. II Nr. 11 S. 237) wird hiermit bekanntgegeben, daß der Vertrag gemäß seinem Artikel 11 mit dem am 18. Dezember 1975 in Berlin erfolgten Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft getreten ist.

Berlin, den 29. Dezember 1975

Der Sekretär des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik

H. Eichler

Völkerrecht

Dokumente

Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft für Völkerrecht
beim Institut für Internationale Beziehungen
an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR

1 454 Seiten in 3 Bänden · Leinen
Sonderpreis für die DDR: 45,- M

Die 112 ausgewählten Dokumente widerspiegeln die Entwicklung des Völkerrechts in den letzten 90 Jahren zum allgemein-demokratischen Völkerrecht der Gegenwart; in der vorgenommenen Auswahl sind sie für die Praxis ein anleitendes Arbeitsmittel zur Durchsetzung völkerrechtlicher Prinzipien in den internationalen Beziehungen und Verbindungen sowie für die Arbeit in internationalen Organisationen. Die Dokumentenauswahl erstreckt sich von der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutze des gewerblichen Eigentums vom 20. März 1883 (in der geltenden Fassung) bis zum Schlußdokument der Internationalen Vietnamkonferenz vom 2. März 1973. Jedem Dokument sind vorangestellt: Unterzeichnung, wann in Kraft getreten, Mitgliedstaaten, Depositär, Sprache, Quellen, Nachweis der deutschsprachigen Textfassung, weitere Fundstellen.

Diese Dokumentensammlung ergänzt das zweibändige Lehrbuch „Völkerrecht“.

Erhältlich im örtlichen Buchhandel



Staatsverlag
der Deutschen Demokratischen
Republik

Das wachsende Interesse
der Öffentlichkeit an der Außenpolitik
und der diplomatischen Tätigkeit
der sozialistischen Staaten zu befriedigen
ist Anliegen des Buches

Sozialistische Diplomatie

mit einem Vorwort von A. A. Gromyko

Aus dem Russischen

314 Seiten · Leinen · 11,— M · LSV: 0255

Bestellwort: Soz. Diplomatie

Bestellnummer: 770 398 5

In sieben Kapiteln wird die Entstehung und Entwicklung der sozialistischen Diplomatie sowie ihr Aktionsradius in den internationalen Beziehungen untersucht.

Gliederung:

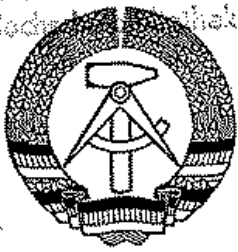
- Außenpolitik und Diplomatie des Sozialismus in der Welt von heute
- Die Grundlagen der sozialistischen Diplomatie
- Diplomatie und brüderliche Verbundenheit der sozialistischen Länder

- Die Diplomatie des Sozialismus und die Entwicklungsländer
- Die Diplomatie des Sozialismus und die kapitalistischen Länder
- Sozialistische Diplomatie und europäische Sicherheit
- Die sozialistischen Staaten im Kampf für Frieden und Sicherheit in Asien
- Die Diplomatie des Sozialismus und die Tätigkeit der UNO

Zu beziehen über den örtlichen Buchhandel



**Staatsverlag
der Deutschen Demokratischen Republik**



GESETZBLATT

der Deutschen Demokratischen Republik

25

1976	Berlin, den 30. Januar 1976	Teil II Nr. 2
Tag	Inhalt	Seite
30. 10. 75	Bekanntmachung über den Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zur Zollkonvention über Container, 1972, vom 2. Dezember 1972	25

**Bekanntmachung
über den Beitritt
der Deutschen Demokratischen Republik
zur Zollkonvention über Container, 1972,
vom 2. Dezember 1972
vom 30. Oktober 1975**

Es wird hierdurch bekanntgemacht, daß am 4. Oktober 1974 die Beitrittsurkunde der Deutschen Demokratischen Republik zur nachstehend veröffentlichten Zollkonvention über Container, 1972, vom 2. Dezember 1972 hinterlegt wurde.

Bei der Hinterlegung der Beitrittsurkunde wurden von seiten der Deutschen Demokratischen Republik zu den Artikeln 18 und 25 der Konvention folgende Erklärungen abgegeben:

„Die Deutsche Demokratische Republik hält es für erforderlich, darauf hinzuweisen, daß Artikel 18 einigen Staaten die Möglichkeit nimmt, Mitglied dieser Konvention zu werden.

Die Konvention regelt Fragen, die die Interessen aller Staaten berühren, und muß daher auch allen Staaten zur Teilnahme offenstehen, die sich in ihrer Politik von den Grundsätzen und Zielen der Charta der Vereinten Nationen leiten lassen.“

„Bezüglich der Bestimmungen des Artikels 25 der Zollkonvention über Container, 1972, über die Beilegung von Streitigkeiten hinsichtlich der Auslegung oder Anwendung der Konvention durch Schiedsspruch erklärt die Deutsche Demokratische Republik, daß die Annahme dieser Bestimmung nicht so ausgelegt werden sollte, als ändere sich die Auffassung der Deutschen Demokratischen Republik, daß ein Streitfall einem Schiedsgericht zur Erörterung nur mit Zustimmung aller am Streitfall beteiligten Seiten übergeben werden kann.“

Im Zusammenhang mit dem Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik wurde dem Depositar der Konvention mitgeteilt, daß die Staatenkurzbezeichnung auf den durch die Konvention vorgeschriebenen Zulassungsschildern der Staatenkurzbezeichnung für Straßenfahrzeuge entspricht und „DDR“ lautet. Das zuständige Organ der Deutschen Demokratischen Republik für alle Fragen im Zusammenhang mit dieser Konvention ist die Zollverwaltung der Deutschen Demokratischen Republik.

Die Konvention tritt gemäß ihrem Artikel 19 für die Deutsche Demokratische Republik am 6. Dezember 1975 in Kraft.

Berlin, den 30. Oktober 1975

Der Sekretär des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik
H. Eichler

Zollkonvention über Container, 1972

Präambel

Die vertragschließenden Seiten sind in dem Wunsch, den internationalen Containerverkehr zu entwickeln und zu erleichtern, wie folgt übereingekommen:

Kapitel I

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

Im Sinne dieser Konvention bedeutet der Begriff

- a) „Eingangsabgaben“ die Zölle und alle anderen Abgaben, Steuern, Gebühren und sonstigen Belastungen, die für die oder bei der Einfuhr von Gütern erhoben werden, ausgenommen Gebühren und Beträge, deren Höhe auf die ungefähren Kosten für die geleisteten Dienste beschränkt ist,
- b) „vorübergehende Einfuhr“ die vorübergehende Einfuhr ohne Entrichtung der Eingangsabgaben und ohne Anwendung von Einfuhrverboten und -beschränkungen, vorausgesetzt, es folgt eine Wiederausfuhr,
- c) „Container“ eine Transportausrüstung (Transportbehälter, abnehmbarer Tank oder ein ähnliches Gerät), die
 - 1) einen ganz oder teilweise geschlossenen Raum bildet, der zur Aufnahme von Gütern bestimmt ist,
 - 2) von dauerhafter Beschaffenheit ist und somit für einen wiederholten Gebrauch hinreichend widerstandsfähig ist,
 - 3) besonders dafür gebaut ist, die Beförderung von Gütern durch ein oder mehrere Beförderungsmittel ohne Umladung des Inhalts zu erleichtern,
 - 4) so beschaffen ist, daß sie leicht zu handhaben ist, vor allem beim Umladen von einem Beförderungsmittel auf ein anderes,
 - 5) so beschaffen ist, daß sie leicht be- und entladen werden kann und
 - 6) ein Innenvolumen von mindestens einem Kubikmeter aufweist.

Der Begriff „Container“ schließt das Zubehör und die Ausrüstung des Containers je nach seiner Art mit ein, vorausgesetzt, das Zubehör und die Ausrüstung werden mit dem Container zusammen befördert. Der Begriff „Container“ schließt weder die Fahrzeuge, deren Zubehör- oder Ersatzteile noch die Umschließungen mit ein.
- d) „Inlandverkehr“ die Beförderung von Gütern, die innerhalb des Territoriums eines Staates beladen wurden und auch innerhalb des gleichen Territoriums wieder entladen werden,
- e) „Person“ sowohl natürliche als auch juristische Personen,
- f) „Leitorganisator“ für Container bedeutet eine Person, die unabhängig davon, ob sie Eigentümer ist oder nicht, die effektive Kontrolle über die Verwendung des Containers ausübt.

Artikel 2

Um die Erleichterungen dieser Konvention in Anspruch nehmen zu können, müssen die Container entsprechend den Festlegungen der Anlage 1 markiert sein.

Kapitel II

Vorübergehende Einfuhr

a) Bedingungen für die vorübergehende Einfuhr

Artikel 3

1. Jede der vertragschließenden Seiten läßt beladene oder unbeladene Container unter den in den Artikeln 4 bis 9 vorgesehenen Bedingungen zu.
2. Jede der vertragschließenden Seiten behält sich das Recht vor, Container, über die eine Person mit Wohn- oder Geschäftssitz in ihrem Territorium einen Kaufvertrag, einen Abzahlungsvertrag, einen Mietvertrag oder einen ähnlichen Vertrag abgeschlossen hat, nicht zur vorübergehenden Einfuhr zuzulassen.

Artikel 4

1. Die Wiederausfuhr der vorübergehend eingeführten Container muß innerhalb von drei Monaten nach der Einfuhr erfolgen. Dieser Zeitraum kann jedoch von den zuständigen Zollbehörden verlängert werden.
2. Die Wiederausfuhr vorübergehend eingeführter Container kann über jede zuständige Zolldienststelle vorgenommen werden, auch wenn die vorübergehende Einfuhr nicht über diese Zolldienststelle erfolgte.

Artikel 5

1. Ungeachtet der Wiederausfuhrpflicht gemäß Artikel 4, Ziffer 1 wird die Wiederausfuhr stark beschädigter Container nicht gefordert, sofern sie, gemäß der Gesetzgebung des betreffenden Landes und mit Zustimmung der Zollbehörden dieses Landes:
 - a) den Eingangsabgaben unterworfen werden, die für sie zu dem Zeitpunkt und in dem Zustand, in dem sie vorgeführt werden, zu entrichten sind oder
 - b) den zuständigen Behörden dieses Landes unentgeltlich überlassen werden oder
 - c) unter amtlicher Kontrolle auf Kosten der Betroffenen vernichtet werden, wobei die erhalten gebliebenen Teile oder Materialien den Eingangsabgaben unterworfen werden, die für sie zu dem Zeitpunkt und in dem Zustand, in dem sie vorgeführt werden, zu entrichten sind.
2. Kann ein vorübergehend eingeführter Container infolge einer Beschlagnahme nicht wieder ausgeführt werden, so wird die Wiederausfuhrpflicht gemäß Artikel 4, Ziffer 1 für die Dauer der Beschlagnahme ausgesetzt.

b) Verfahren der vorübergehenden Einfuhr

Artikel 6

Unbeschadet der Bestimmungen der Artikel 7 und 8 werden in Übereinstimmung mit der vorliegenden Konvention die Container, die zur vorübergehenden Einfuhr kommen, zur vorübergehenden Einfuhr zugelassen, ohne daß bei ihrer Einfuhr und Wiederausfuhr die Vorlage von Zolldokumenten oder Sicherheitsleistungen gefordert wird.

Artikel 7

Jede der vertragschließenden Seiten kann die vorübergehende Einfuhr der Container von der Erfüllung aller oder eines Teils der Bestimmungen des in Anlage 2 enthaltenen Verfahrens zur vorübergehenden Einfuhr abhängig machen.

Artikel 8

Jede der vertragschließenden Seiten ist berechtigt, in den Fällen, in denen die Bestimmungen des Artikels 6 nicht anwendbar sind, eine Sicherheitsleistung und/oder die Vorlage von Zolldokumenten für die Einfuhr und Wiederausfuhr eines Containers zu fordern.

c) Bedingungen für die Nutzung von vorübergehend eingeführten Containern**Artikel 9**

1. Die vertragschließenden Seiten gestatten, daß die nach dieser Konvention vorübergehend eingeführten Container zur Beförderung von Gütern im Inland genutzt werden, wobei jede der vertragschließenden Seiten das Recht hat, die Erfüllung aller oder eines Teils der in Anlage 3 aufgeführten Bedingungen zur Pflicht zu machen.
2. Die in Ziffer 1 vorgesehene Vergünstigung wird unbeschadet der Vorschriften gewährt, die auf dem Territorium jeder der vertragschließenden Seiten für Fahrzeuge gelten, die als Zug- oder Trägerfahrzeuge Container befördern.

d) Sonderfälle**Artikel 10**

1. Ersatzteile, die zur Reparatur von vorübergehend eingeführten Containern bestimmt sind, werden zur vorübergehenden Einfuhr zugelassen.
2. Gemäß den Vorschriften des betreffenden Landes und mit Zustimmung der Zollbehörden dieses Landes werden die ersetzten, nicht wiederausgeführten Teile:
 - a) den Eingangsabgaben unterworfen, die für sie zu dem Zeitpunkt und in dem Zustand, in dem sie vorgeführt werden, zu entrichten sind;
 - b) den zuständigen Behörden dieses Landes unentgeltlich überlassen oder
 - c) unter amtlicher Kontrolle auf Kosten der Betroffenen vernichtet.
3. Die Bestimmungen der Artikel 6, 7 und 8 sind sinngemäß bei der vorübergehenden Einfuhr von Ersatzteilen gemäß Ziffer 1 anwendbar.

Artikel 11

1. Die vertragschließenden Seiten willigen ein, Zubehör und Ausrüstungen für vorübergehend eingeführte Container zur vorübergehenden Einfuhr zuzulassen, wenn diese Teile entweder zusammen mit einem Container eingeführt und gesondert oder mit einem anderen Container wiederausgeführt werden oder wenn sie gesondert eingeführt und zusammen mit einem Container wiederausgeführt werden.
2. Die Bestimmungen des Artikels 3 Ziffer 2 und der Artikel 4, 5, 6, 7 und 8 sind sinngemäß auf die in Ziffer 1 vorgesehene vorübergehende Einfuhr der Containerzubehörs- und -ausrüstungen anwendbar. Gemäß den Bestimmungen von Artikel 9 Ziffer 1 können diese Zubehörs- und Ausrüstungen im Inlandverkehr genutzt werden, wenn sie zusammen mit einem Container befördert werden, für den die Bestimmungen des genannten Absatzes zutreffen.

Kapitel III**Zulassung der Container zur Beförderung von Gütern unter Zollverschluß****Artikel 12**

1. Um zur Güterbeförderung unter Zollverschluß zugelassen werden zu können, müssen die Container den Vorschriften der Anlage 4 entsprechen.

2. Die Zulassung erfolgt nach einem der Verfahren nach Anlage 5.
3. Die Container, die von einer der vertragschließenden Seiten zur Güterbeförderung unter Zollverschluß zugelassen worden sind, werden von den anderen vertragschließenden Seiten für jedes Verfahren der internationalen Beförderung unter Zollverschluß anerkannt.
4. Jede Vertragspartei behält sich das Recht vor, die Gültigkeit der Zulassung der Container, die den in Anlage 4 vorgesehenen Bedingungen nicht entsprechen, nicht anzuerkennen. Jedoch werden es die vertragschließenden Seiten vermeiden, die Beförderung zu verzögern, wenn die festgestellten Mängel geringfügig und Möglichkeiten des Schuggels nicht zu befürchten sind.
5. Ein Container, dessen Zulassung aberkannt wurde, kann erst dann erneut zur Güterbeförderung unter Zollverschluß verwendet werden, wenn entweder sein Zustand, der seine Zulassung gerechtfertigt hatte, wiederhergestellt oder der Container neu zugelassen wurde.
6. Wird angenommen, daß bereits zum Zeitpunkt der Zulassung des Containers ein Mangel bestanden hat, muß die für die Zulassung zuständige Behörde davon unterrichtet werden.
7. Wenn es sich herausstellt, daß Container, die zur Güterbeförderung unter Zollverschluß entsprechend den in der Anlage 5, Ziffer 1 Buchstaben a) und b) beschriebenen Verfahren zugelassen wurden, tatsächlich nicht den technischen Bedingungen der Anlage 4 entsprechen, leitet die zuständige Behörde, die die Zulassung erteilte, Maßnahmen ein, um die Container mit den erforderlichen technischen Bedingungen in Übereinstimmung zu bringen, oder zieht die Zulassung zurück.

Kapitel IV**Erläuterungen****Artikel 13**

Die in Anlage 6 genannten Erläuterungen enthalten die Auslegung einiger Bestimmungen dieser Konvention und ihrer Anlagen.

Kapitel V**Sonstige Bestimmungen****Artikel 14**

Diese Konvention hindert die vertragschließenden Seiten nicht, auf Grund einseitiger Bestimmungen oder bilateraler oder multilateraler Verträge weitergehende Vergünstigungen zu gewähren, sofern diese nicht die Anwendung dieser Konvention behindern.

Artikel 15

Jegliche Verletzung der Bestimmungen dieser Konvention, jede Fälschung, falsche Erklärung oder Handlung, die zur Folge hat, eine Person oder einen Gegenstand ungerechtfertigt in den Genuß der Bestimmungen der vorliegenden Konvention kommen zu lassen, setzt den Zuwiderhandelnden in dem Land, in dem die Rechtsverletzung begangen wurde, den von der Gesetzgebung dieses Landes vorgesehenen Strafmaßnahmen aus.

Artikel 16

Auf Wunsch stellen sich die vertragschließenden Seiten gegenseitig die Informationen zu, die für die Anwendung der Bestimmungen dieser Konvention erforderlich sind, insbesondere über die Zulassung der Container und die technischen Details ihrer Konstruktion.

Artikel 17

Die Anlage zu dieser Konvention und das Unterzeichnungsprotokoll sind untrennbarer Bestandteil dieser Konvention.

Kapitel VI**Schlußbestimmungen****Artikel 18****Unterzeichnung, Ratifizierung, Annahme, Billigung und Beitritt**

1. Die vorliegende Konvention liegt für alle Mitgliedsstaaten der Organisation der Vereinten Nationen oder Mitglieder einer ihrer Spezialorganisationen oder der Internationalen Atomenergieorganisation oder Parteien des Statuts des Internationalen Gerichtshofes sowie für jeden anderen Staat, der von der Generalversammlung der Organisation der Vereinten Nationen aufgefordert wurde, der Konvention beizutreten, bis zum 15. Januar 1973 im Sitz der Vereinten Nationen in Genf und anschließend vom 1. Februar 1973 bis einschließlich 31. Dezember 1973 am Sitz der Vereinten Nationen in New York zur Unterzeichnung auf.
2. Die vorliegende Konvention unterliegt der Ratifizierung, Annahme oder Billigung durch die Unterzeichnerstaaten.
3. Die vorliegende Konvention steht jedem der in Ziffer 1 aufgeführten Staaten zum Beitritt offen.
4. Die Urkunden über die Ratifizierung, Annahme, Billigung oder den Beitritt werden beim Generalsekretär der Organisation der Vereinten Nationen hinterlegt.

Artikel 19**Inkrafttreten**

1. Diese Konvention tritt neun Monate nach dem Tage der Hinterlegung der fünften Urkunde über die Ratifizierung, Annahme, Billigung oder den Beitritt in Kraft.
2. Für jeden Staat, der diese Konvention nach Hinterlegung der fünften Urkunde über die Ratifizierung, Annahme, Billigung oder den Beitritt ratifizierte, annahm, billigte oder ihr beitrug, tritt diese Konvention sechs Monate nach dem Tag der Hinterlegung der Urkunde über die Ratifizierung, Annahme, Billigung oder den Beitritt durch diesen Staat in Kraft.
3. Jede Urkunde über die Ratifizierung, Annahme, Billigung oder den Beitritt, die nach Inkrafttreten einer Änderung der vorliegenden Konvention hinterlegt wird, wird so betrachtet, als beziehe sich diese auf den abgeänderten Text der Konvention.
4. Jede Urkunde dieser Art, die nach der Annahme der Änderung, jedoch vor deren Inkrafttreten hinterlegt wird, wird so betrachtet, als beziehe sie sich auf den abgeänderten Text der Konvention ab dem Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Änderung.

Artikel 20**Außerkräftsetzung
der Zollkonvention über Container (1956)**

1. Mit ihrem Inkrafttreten setzt die vorliegende Konvention die Zollkonvention über Container, die am 18. Mai 1956 in Genf zur Unterzeichnung aufgelegt wurde, in den Beziehungen zwischen den vertragschließenden Seiten außer Kraft und tritt an deren Stelle.
2. Unbeschadet der Bestimmungen des Artikels 12, Ziffer 1, 2 und 4 werden Container, die gemäß der Zollkonvention über Container (1956) oder entsprechend den sich daraus ergebenden, unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen abgeschlossenen Abkommen zugelassen wurden, von den vertragschließenden Seiten der vorliegenden Kon-

vention für die Beförderung von Gütern unter Zollverschluss anerkannt, wenn sie nach wie vor den Bedingungen entsprechen, unter denen sie ursprünglich zugelassen wurden. Zu diesem Zweck können die Zulassungsbescheinigungen, die gemäß der Zollkonvention über Container (1956) ausgestellt wurden, vor Ablauf der Gültigkeitsdauer durch ein Zulassungsschild ersetzt werden.

Artikel 21**Verfahren zu Änderungen der vorliegenden Konvention einschließlich ihrer Anlagen**

1. Jede der vertragschließenden Seiten kann eine oder mehrere Änderungen zur vorliegenden Konvention vorschlagen. Der Text jedes Änderungsvorschlages wird an den Rat für Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Zollwesens übermittelt, der ihn an alle vertragschließenden Seiten weiterleitet und die in Artikel 18 genannten Staaten, die nicht vertragschließende Seiten sind, davon unterrichtet. Der Rat für Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Zollwesens beruft ebenfalls nach der Geschäftsordnung gemäß Anlage 7 den Verwaltungsausschuß ein.
2. Jeder gemäß der vorstehenden Ziffer unterbreitete oder auf einer Ausschusssitzung ausgearbeitete und vom Ausschuß mit einer Zweidrittelmehrheit der Anwesenden und an der Abstimmung Teilnehmenden angenommene Änderungsvorschlag wird an den Generalsekretär der Organisation der Vereinten Nationen übersandt.
3. Der Generalsekretär der Organisation der Vereinten Nationen übermittelt den Änderungsvorschlag den vertragschließenden Seiten zur Annahme sowie den in Artikel 18 genannten Staaten, die nicht Vertragspartei der Konvention sind, zu deren Kenntnisnahme.
4. Jeder Änderungsvorschlag, der entsprechend der vorgeannten Ziffer übermittelt wurde, gilt als angenommen, wenn im Verlaufe von 12 Monaten ab Versand des Änderungsvorschlages durch den Generalsekretär der Organisation der Vereinten Nationen von keiner der vertragschließenden Seiten Einspruch erhoben wurde.
5. Der Generalsekretär der Organisation der Vereinten Nationen benachrichtigt umgehend alle vertragschließenden Seiten und die in Artikel 18 genannten Staaten, die nicht vertragschließende Seiten sind, ob gegen den Änderungsvorschlag Einspruch erhoben wurde. Ist dem Generalsekretär der Organisation der Vereinten Nationen ein Einspruch gegen den Änderungsvorschlag mitgeteilt worden, so gilt die Änderung als nicht angenommen und bleibt ohne jede Wirkung.
Geht dem Generalsekretär der Organisation der Vereinten Nationen kein Einspruch zu, so tritt die Änderung für alle vertragschließenden Seiten drei Monate nach Ablauf des in Ziffer 4 angegebenen Zeitraumes von 12 Monaten oder zu einem späteren Zeitpunkt, der vom Ausschuß im Zeitpunkt der Annahme der Änderung festgelegt werden kann, in Kraft.
6. Jede der vertragschließenden Seiten kann durch Notifikation an den Generalsekretär der Organisation der Vereinten Nationen die Einberufung einer Konferenz zur Überarbeitung der vorliegenden Konvention beantragen. Der Generalsekretär der Organisation der Vereinten Nationen notifiziert allen vertragschließenden Seiten diesen Antrag und beruft eine Konferenz zur Überarbeitung der Konvention ein, wenn binnen vier Monaten nach dem Tag dieser Notifikation mindestens ein Drittel der vertragschließenden Seiten die Zustimmung zu dem Antrag notifiziert. Eine solche Konferenz wird vom Generalsekretär der Organisation der Vereinten Nationen auch auf Ersuchen des Verwaltungsausschusses einberufen. Der Verwaltungsausschuß stellt einen solchen Antrag, wenn ein entsprechender Mehrheitsbeschuß der Anwesenden und an der Abstimmung Teilnehmenden vorliegt. Wird eine Konferenz gemäß der vorliegenden Ziffer einberufen, so for-

dert der Generalsekretär der Organisation der Vereinten Nationen alle in Artikel 18 genannten Staaten zur Teilnahme an dieser Konferenz auf.

Artikel 22

Besonderes Verfahren zur Änderung der Anlagen 1, 4, 5 und 6

1. Unabhängig von dem Änderungsverfahren nach Artikel 21 können die Anlagen 1, 4, 5 und 6 nach diesem Artikel und nach der Geschäftsordnung gemäß Anlage 7 geändert werden.
2. Jede der vertragschließenden Seiten teilt ihre Änderungsvorschläge dem Rat für Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Zollwesens mit. Der Rat für Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Zollwesens setzt die vertragschließenden Seiten und die in Artikel 18 genannten Staaten, die nicht vertragschließende Seiten sind, davon in Kenntnis und beruft den Verwaltungsausschuß ein.
3. Jeder gemäß der vorstehenden Ziffer unterbreitete oder auf einer Ausschusssitzung ausgearbeitete und von einer Zweidrittelmehrheit der Anwesenden und an der Abstimmung Teilnehmenden gebilligte Änderungsvorschlag wird an den Generalsekretär der Organisation der Vereinten Nationen übersandt.
4. Der Generalsekretär der Organisation der Vereinten Nationen übermittelt die Änderung den vertragschließenden Seiten zur Annahme sowie den in Artikel 18 genannten Staaten, die nicht vertragschließende Seiten sind, zu deren Kenntnisnahme.
5. Eine Änderung gilt als angenommen, wenn nicht ein Fünftel oder fünf der vertragschließenden Seiten – wobei die kleinere der beiden Zahlen berücksichtigt wird – innerhalb von 12 Monaten ab Versand des Änderungsvorschlages durch den Generalsekretär der Organisation der Vereinten Nationen gegenüber diesem Vorschlag Einspruch erheben. Eine Änderung, die nicht angenommen wird, bleibt ohne jede Wirkung.
6. Wird die Änderung angenommen, so tritt sie für alle vertragschließenden Seiten, die keinen Einspruch erhoben haben, drei Monate nach Ablauf des erwähnten Zeitraumes von zwölf Monaten oder zu einem späteren Zeitpunkt, der vom Ausschuß bei der Annahme der Änderung festgelegt werden kann, in Kraft. Zum Zeitpunkt der Annahme der Änderung kann der Ausschuß auch beschließen, daß während einer Übergangszeit die bisherigen Anlagen neben einer solchen Änderung ganz oder teilweise in Kraft bleiben.
7. Der Generalsekretär der Organisation der Vereinten Nationen notifiziert den vertragschließenden Seiten den Tag des Inkrafttretens der Änderung und unterrichtet davon die in Artikel 18 genannten Staaten, die nicht vertragschließende Seiten sind.

Artikel 23

Kündigung

Jede der vertragschließenden Seiten kann durch Hinterlegung einer Urkunde beim Generalsekretär der Organisation der Vereinten Nationen die vorliegende Konvention kündigen. Die Kündigung tritt ein Jahr nach Hinterlegung dieser Urkunde beim Generalsekretär der Organisation der Vereinten Nationen in Kraft.

Artikel 24

Außerkräfttreten

Die vorliegende Konvention tritt außer Kraft, wenn über einen Zeitraum von zwölf aufeinanderfolgenden Monaten die Anzahl der vertragschließenden Seiten weniger als fünf beträgt.

Artikel 25

Beilegung von Streitigkeiten

1. Jeder Streitfall zwischen zwei oder mehreren der vertragschließenden Seiten über die Auslegung oder die Anwendung der vorliegenden Konvention, den die vertragschließenden Seiten nicht durch Verhandlungen oder auf andere Weise beilegen konnten, wird auf Antrag einer von ihnen einem wie folgt zusammengesetzten Schiedsgericht vorgelegt: jede der am Streitfall beteiligten Parteien benennt einen Schiedsrichter, diese beiden Schiedsrichter benennen einen dritten Schiedsrichter, der den Vorsitz führt.
Hat eine der beteiligten Parteien drei Monate nach Erhalt des Antrages keinen Schiedsrichter benannt oder haben die Schiedsrichter keinen Vorsitzenden gewählt, so kann jede der beteiligten Parteien den Generalsekretär der Organisation der Vereinten Nationen ersuchen, einen Schiedsrichter oder den Vorsitzenden des Schiedsgerichtes zu benennen.
2. Die Entscheidung des entsprechend Ziffer 1 ernannten Schiedsgerichtes ist für die am Streitfall beteiligten Parteien bindend.
3. Das Schiedsgericht bestimmt seine eigene Geschäftsordnung.
4. Die Entscheidungen des Schiedsgerichtes über sein Verfahren und den Tagungsort sowie jeden von ihm zu behandelnden Streitfall werden mit Stimmenmehrheit getroffen.
5. Jeder Streitfall, der zwischen den am Streitfall beteiligten Parteien über die Auslegung und Anwendung eines Schiedsspruches entsteht, kann von jeder der beteiligten Parteien zur Behandlung an das Schiedsgericht übergeben werden, das diese Entscheidung getroffen hat.

Artikel 26

Vorbehalte

1. Vorbehalte zur vorliegenden Konvention sind zulässig, wobei jedoch die Artikel 1 bis 8, 12 bis 17, 20, 25 und der vorliegende Artikel sowie die Anlagen ausgenommen sind; die Vorbehalte müssen schriftlich mitgeteilt und, falls dies vor der Hinterlegung der Urkunde über die Ratifizierung, Annahme, Billigung oder den Beitritt geschieht, in dieser Urkunde bestätigt werden. Der Generalsekretär der Organisation der Vereinten Nationen teilt diese Vorbehalte allen in Artikel 18 genannten Staaten mit.
2. Jeder gemäß Ziffer 1 geäußerte Vorbehalt:
 - a) verändert für die vertragschließende Seite, die den Vorbehalt geäußert hat, die Bestimmungen der vorliegenden Konvention, auf die sich dieser Vorbehalt bezieht, und
 - b) ändert diese Bestimmungen gleichermaßen für die anderen vertragschließenden Seiten in ihren Beziehungen zu der vertragschließenden Seite, die den Vorbehalt geäußert hat.
3. Jede der vertragschließenden Seiten, die gemäß Ziffer 1 einen Vorbehalt geäußert hat, kann diesen jederzeit durch Notifikation an den Generalsekretär der Organisation der Vereinten Nationen zurückziehen.

Artikel 27

Notifikation

Außer den in den Artikeln 21, 22 und 26 vorgesehenen Notifikationen und Mitteilungen notifiziert der Generalsekretär der Organisation der Vereinten Nationen allen in Artikel 18 genannten Staaten weiterhin:

- a) die Unterzeichnungen, Ratifizierungen, Annahmen, Billigungen und Beitritte gemäß Artikel 18,
- b) die Zeitpunkte des Inkrafttretens dieser Konvention gemäß Artikel 19,

- c) den Zeitpunkt des Inkrafttretens der Änderungen zu dieser Konvention gemäß Artikeln 21 und 22,
- d) die Kündigungen gemäß Artikel 23,
- e) das Außerkrafttreten dieser Konvention gemäß Artikel 24.

Artikel 28

Authentische Wortlaute

Die Urschrift dieser Konvention, deren englischer, spanischer, chinesischer, russischer und französischer Wortlaut gleichermaßen authentisch ist, wird beim Generalsekretär der Organisation der Vereinten Nationen hinterlegt, der die gehörig beglaubigten Abschriften allen in Artikel 18 genannten Staaten übersendet.

ZU URKUND DESSEN haben die Unterzeichneten, von ihren Regierungen gehörig bevollmächtigte Vertreter diese Konvention unterzeichnet.

GESCHEHEN in Genf, am zweiten Dezember neunzehnhundertzweundsiebzig.

Anlage 1

Bestimmungen über die Markierung der Container

1. Die folgenden Angaben sind in dauerhafter Schrift an geeigneter und gut sichtbarer Stelle auf dem Container anzubringen:
 - a) Identifizierungsangaben des Eigentümers oder des Hauptleitorganisations für Container;
 - b) von dem Eigentümer oder dem Leitorganisator für Container vorgegebene Erkennungszeichen und -nummern und
 - c) Taragewicht des Containers, einschließlich aller fest angebauten Ausrüstungen.
2. Das Land, dem der Container gehört, kann ausgeschrieben oder mit dem im internationalen Kraftfahrzeugverkehr verwendeten Staatenzeichen angegeben werden.
In jedem Land kann durch nationale Gesetzgebung geregelt werden, ob die Staatenbezeichnung oder das Kennzeichen an den Containern angebracht werden.
Die Identifizierungsangaben des Eigentümers oder des Leitorganisations für Container können entweder voll ausgeschrieben werden oder mit den Initialen angegeben werden, vorausgesetzt, daß letztere feststehende Kennzeichen darstellen. Ausgenommen sind Symbole wie Embleme oder Flaggen.
3. Die für die Beförderung unter Zollverschluss zugelassenen Container müssen darüber hinaus folgende Angaben aufweisen, die entsprechend Anlage 5 auch auf dem Zulassungsschild anzubringen sind:
 - a) die laufende Herstellungsnummer (Herstellungsnummer); und
 - b) die Kennnummern oder -buchstaben des Typs, wenn sie als Bautyp zugelassen wurden.

Anlage 2

Verfahren der vorübergehenden Einfuhr, wie es in Artikel 7 dieser Konvention vorgesehen ist

1. Bei der Anwendung der Bestimmungen des Artikels 7 dieser Konvention benutzt jede vertragschließende Seite zur Kontrolle der Bewegungen der vorübergehend eingeführten Container die Dokumente, auf denen die Eigentümer, der Leitorganisator für Container oder ihre Vertreter die Bewegungen dieser Container registrieren.
2. Es gelten folgende Bestimmungen:
 - a) der Eigentümer oder der Leitorganisator für Container muß in dem Land, in das die Container entsprechend

dem Verfahren der zeitweiligen Einfuhr vorübergehend eingeführt werden sollen, vertreten sein;

- b) der Eigentümer, der Leitorganisator für Container oder Vertreter des einen oder anderen verpflichtet sich schriftlich:

1. den Zollbehörden des genannten Staates auf deren Ersuchen detaillierte Auskünfte über die Bewegungen jedes vorübergehend eingeführten Containers zu erteilen, einschließlich der Daten und Orte ihrer Ein- und Wiederausfuhr;
2. die Eingangsabgaben zu entrichten, die gefordert werden können, falls die Bedingungen für eine vorübergehende Einfuhr nicht gegeben sind.

Anlage 3

Nutzung der Container im Inlandverkehr

Zur Nutzung der Container im Inlandverkehr, wie es in Artikel 9 dieser Konvention vorgesehen ist, hat jede vertragschließende Seite die Möglichkeit, die Erfüllung nachstehender Bedingungen in den Grenzen ihres Hoheitsgebietes zu fordern:

- a) Der Container ist auf einem möglichst direkten Weg an den Ort oder in die allernächste Nähe des Ortes zu befördern, an dem der Container mit auszuführenden Gütern zu beladen ist oder von dem der Container leer wieder auszuführen ist.
- b) Bis zur Wiederausfuhr darf der Container nur ein einziges Mal im Inlandverkehr genutzt werden.

Anlage 4

Bestimmungen über die technischen Bedingungen für Container, die zum internationalen Verkehr unter Zollverschluss zugelassen werden können

Artikel 1

Grundprinzipien

Für den internationalen Güterverkehr unter Zollverschluss können nur die Container zugelassen werden, die so konstruiert und ausgestattet sind:

- a) daß keine Güter aus dem verschlossenen Teil des Containers entnommen oder hineingebracht werden können, ohne daß sichtbare Spuren des Einbruchs bleiben oder der Zollverschluss verletzt wird;
- b) daß ein Zollverschluss auf einfache und wirksame Weise angebracht werden kann;
- c) daß sie keinen verdeckten Raum enthalten, in dem Güter verborgen werden können;
- d) daß der gesamte Raum, der Güter aufnehmen kann, für die Zollkontrolle leicht zugänglich ist.

Artikel 2

Bauart der Container

1. Um den Anforderungen des Artikels 1 dieser Bestimmungen gerecht zu werden:
 - a) werden die Bestandteile des Containers (Wände, Boden, Türen, Dach, Pfosten, Rahmen, Querbalken usw.) mittels Vorrichtungen verbunden, die von außen nicht entnommen und wieder eingesetzt werden können, ohne sichtbare Spuren zu hinterlassen, oder sie werden nach solchen Verfahren verbunden, die eine solche Konstruktion gewährleisten, die nicht, ohne sichtbare Spuren zu hinterlassen, verändert werden kann.

Bestehen Wände, Boden, Türen und Dach aus verschiedenen Elementen, so müssen diese den gleichen Erfordernissen entsprechen und genügend widerstandsfähig sein;

- b) Die Türen und anderen Schließsysteme (einschließlich der Hähne, Mannlochdeckel, Flansche usw.) müssen eine Vorrichtung enthalten, die das Anbringen eines Zollverschlusses möglich macht. Diese Vorrichtung darf von außen weder entfernt oder wieder angebracht werden können, ohne sichtbare Spuren zu hinterlassen, noch darf die Tür oder das Schließsystem geöffnet werden können, ohne den Zollverschluß zu beschädigen. Letzterer muß angemessen geschützt sein. Öffnungsfähige Dächer sind zulässig;
- c) Die Belüftungs- und Abflußöffnungen sind mit einer Vorrichtung zu versehen, die den Zugang zum Containerinneren verhindert. Diese Vorrichtung darf von außen weder entfernt oder wieder eingebracht werden können, ohne sichtbare Spuren zu hinterlassen.

2. Ungeachtet der Bestimmungen des Artikels 1 Buchstabe c dieser Bestimmungen sind die Bestandteile des Containers, die aus praktischen Gründen Hohlräume enthalten müssen (zum Beispiel zwischen den Trennwänden einer Doppelwand), zulässig. Damit diese Hohlräume nicht dazu benutzt werden können, Güter zu verstecken:

- (i) darf die Innenverkleidung des Containers nicht entfernt und wieder angebracht werden können, ohne sichtbare Spuren zu hinterlassen; oder
- (ii) muß die Anzahl der genannten Hohlräume auf ein Minimum beschränkt und für die Zollkontrolle leicht zugänglich sein.

Artikel 3

Zusammenklappbare oder zerlegbare Container

Zusammenklappbare oder zerlegbare Container unterliegen den Bedingungen der Artikel 1 und 2 dieser Bestimmungen und müssen darüber hinaus ein Sperrsystem enthalten, mit dem die verschiedenen Teile des Containers nach seiner Montage blockiert werden. Dieses Sperrsystem muß zollamtlich verschlossen werden können, wenn es sich außerhalb des Containers befindet, nachdem dieser montiert worden ist.

Artikel 4

Mit Planen bedeckte Container

- Die mit Planen bedeckten Container müssen den Bedingungen der Artikel 1, 2 und 3 dieser Bestimmungen in dem Maße gerecht werden, soweit sie darauf anwendbar sind. Sie müssen darüber hinaus den Bedingungen dieses Artikels entsprechen.
- Die Plane muß entweder aus starkem Leinentuch bestehen oder aus nicht dehnbarem, genügend widerstandsfähigem plaststoff- oder gummibeschichtetem Gewebe bestehen. Sie muß in gutem Zustand und so gearbeitet sein, daß, wenn die Verschlussvorrichtung angelegt ist, ein Zugang zur Ladung nicht möglich ist, ohne sichtbare Spuren zu hinterlassen.
- Besteht die Plane aus mehreren Stücken, müssen die Ränder dieser Teile ineinandergefaltet und mit zwei Nähten zusammengefügt werden, die mindestens 15 mm voneinander entfernt sind. Diese Nähte müssen der den vorliegenden Bestimmungen beigelegten Zeichnung Nr. 1 entsprechen; ist dies jedoch bei einigen Teilen der Plane (wie hintere Umschläge und verstärkte Ecken) nicht möglich, die Stücke auf diese Weise zusammenzufügen, genügt es, wenn der Rand des oberen Teils der Plane umgeschlagen wird und die Stücke gemäß der den vorliegenden Bestimmungen beigelegten Zeichnung Nr. 2 vernäht werden.

Eine der Nähte darf nur von innen sichtbar sein und der für diese Naht verwendete Faden muß sich deutlich von der Farbe der Plane selbst und der Farbe des für die andere Naht verwendeten Fadens unterscheiden. Alle Nähte müssen mit der Maschine genäht sein.

- Besteht die Plane aus einem plaststoffbeschichtetem Gewebe, und ist sie aus mehreren Stücken zusammengesetzt, können diese Stücke auch gemäß der diesen Bestimmungen beigelegten Zeichnung Nr. 3 durch Schweißen zusammengefügt werden. Der Rand des einen Stückes soll den Rand des anderen Stückes mindestens 15 mm überlappen. Die Verschweißung der Stücke hat über diese gesamte Breite zu erfolgen. Der äußere Überlappungsrand ist mit einem Plastband von mindestens 7 mm Breite zu überziehen und mit dem gleichen Schweißverfahren zu befestigen. Auf dieses Band und auf einen Streifen von mindestens 3 mm zu beiden Seiten dieses Bandes ist ein gleichförmiges und gut sich abhebendes Profil aufzuprägen. Es ist so zu verschweißen, daß die Stücke nicht getrennt und wieder zusammengefügt werden können, ohne sichtbare Spuren zu hinterlassen.
- Ausbesserungsarbeiten sind nach der in Zeichnung Nr. 4, die diesen Bestimmungen beigelegt, dargestellten Methode vorzunehmen; die Ränder sind ineinander zu falten und mit zwei Nähten, die sichtbar und mindestens 15 mm voneinander entfernt sind, zusammenzunähen; die Farbe des von innen sichtbaren Fadens muß sich von der des von außen sichtbaren Fadens und der Farbe der Plane unterscheiden; alle Nähte müssen mit der Maschine genäht sein. Muß eine Plane, die dicht am Rand beschädigt ist, so ausgebessert werden, daß der beschädigte Teil durch ein anderes Teil ersetzt werden muß, kann die Naht so ausgeführt werden, wie es Ziffer 3 dieses Artikels und Zeichnung Nr. 1, die den Bestimmungen beigelegt, vorschreiben. Auch Ausbesserungen an Planen, die aus plaststoffbeschichtetem Gewebe bestehen, können nach der in Ziffer 4 dieses Artikels beschriebenen Methode vorgenommen werden, aber in diesem Fall muß die Verschweißung auf beiden Seiten der Plane vorgenommen werden und der Flicker ist auf der Innenseite anzubringen.
- a) Die Plane muß so am Container befestigt werden, daß sie den Bedingungen des Artikels 1, Buchstaben a) und b) dieser Bestimmungen voll und ganz entspricht. Folgende Befestigungsarten sind zu verwenden:
 - Metallringe, die am Container anzubringen sind;
 - in den Rand der Plane eingelassene Ösen;
 - ein Kabel oder Seil, das über der Plane durch die Ringe führt und in seiner ganzen Länge von außen sichtbar bleibt.

Die Plane muß den festen Teil des Containers um mindestens 250 mm, gemessen vom Zentrum der Befestigungsringe, überlappen, außer in den Fällen, bei denen das Konstruktionssystem allein schon jeden Zugang zu den Gütern verhindert.

b) Sollen die Ränder einer Plane dauerhaft an den Container angebracht werden, muß die Verbindung durchgehend und mittels fester Vorrichtung hergestellt werden.
- Der Abstand zwischen den Ringen und den Ösen darf nicht mehr als 200 mm betragen. Die Ösen müssen verstärkt sein.
- Als Befestigungsvorrichtung ist zu verwenden:
 - Stahikabel mit einem Durchmesser von mindestens 3 mm; oder
 - Hanf- oder Sisalseile, mit einem Durchmesser von mindestens 8 mm, die mit einem durchsichtigen und nicht dehnbaren Plastüberzug versehen sind.

Die Kabel können mit einem durchsichtigen und nicht dehnbaren Plastüberzug versehen werden.

- 9. Jedes Kabel oder Seil muß aus einem Stück bestehen und an jedem Ende mit einem Endstück aus Hartmetall versehen sein. Die Befestigungsvorrichtung für jedes Endstück muß einen Hohlriet aufweisen, der durch das Kabel oder Seil hindurchgeht und das Durchstecken des Zollverschlußfadens oder -bandes ermöglicht. Das Kabel oder Seil muß von beiden Seiten des Hohlriets sichtbar sein, damit festgestellt werden kann, ob dieses Kabel oder Seil wirklich aus einem Stück ist (siehe die diesen Bestimmungen beiliegende Zeichnung Nr. 5).
- 10. An den Öffnungen in der Plane, die zum Be- und Entladen dienen, müssen sich die beiden Ränder der Plane ausreichend überlappen. Außerdem müssen sie verschlossen werden durch:
 - a) einen gemäß Ziffern 3 und 4 dieses Artikels genähten oder geschweißten Überfall;
 - b) Ringe und Ösen, die den Bedingungen der Ziffer 7 dieses Artikels entsprechen; und
 - c) einen Riemen aus geeignetem Material, aus einem Stück und nicht dehnbar, mindestens 20 mm breit und

3 mm dick, der durch die Ringe geführt wird und die beiden Enden der Plane und den Überfall zusammenhält; dieser Riemen muß an der Plane innen befestigt und mit einer Öse versehen werden, durch die das in Ziffer 3 dieses Artikels vorgesehene Kabel oder Seil hindurchgezogen werden kann.

Ist eine spezielle Vorrichtung (Sperrvorrichtung usw.) vorhanden, die den Zugang zur Ladung, ohne sichtbare Spuren zu hinterlassen, verhindert, ist der Überfall nicht erforderlich.

- 11. Die gemäß Anlage 1 auf dem Container anzubringende Markierung sowie das in Anlage 5 vorgesehene Zulassungsschild dürfen auf keinen Fall von der Plane verdeckt werden.

Artikel 5

Übergangsbestimmungen

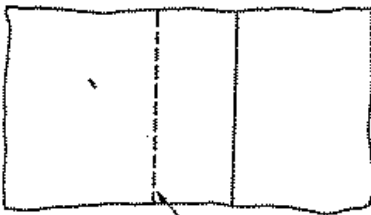
Bis 1. Januar 1977 ist die Verwendung der Endstücke entsprechend der Zeichnung Nr. 5, die den vorliegenden Bestimmungen beigelegt ist, auch dann zulässig, wenn diese Endstücke Hohlrieten des früher üblichen Typs enthalten, deren Öffnungen kleiner als die in dieser Zeichnung angegebenen sind.

Anlage 4

Zeichnung Nr. 1

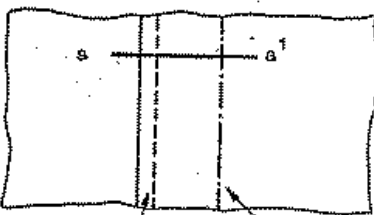
Plane, bestehend aus mehreren Stücken, die mit Hilfe von Nähten durchgesteppelt wurden

Außenansicht



Naht

Innenansicht



Naht

Naht (Faden, dessen Farbe sich von der Farbe der Plane und des Fadens der anderen Naht unterscheidet)

Schnitt a-a'

Doppelflachnaht



mindestens 15 mm

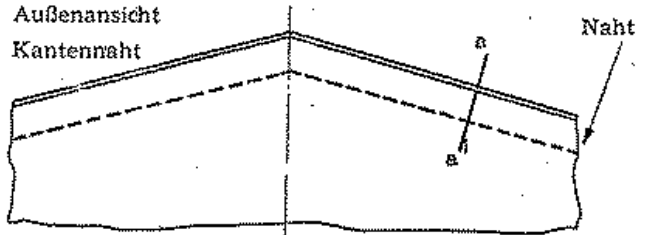
Nur von innen sichtbarer Faden, dessen Farbe sich von der Farbe der Plane und der des Fadens der anderen Naht unterscheidet.

Anlage 4

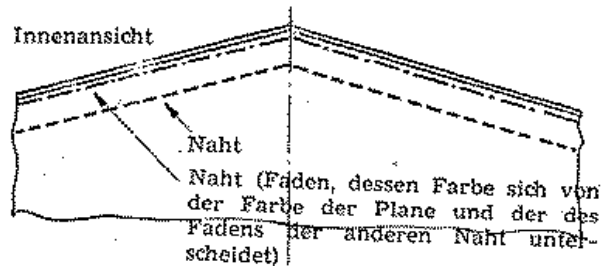
Zeichnung Nr. 2

Plane, bestehend aus mehreren Stücken

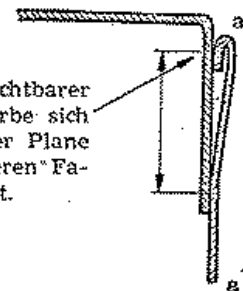
Außenansicht
Kantennaht



Innenansicht



Schnitt a-a'

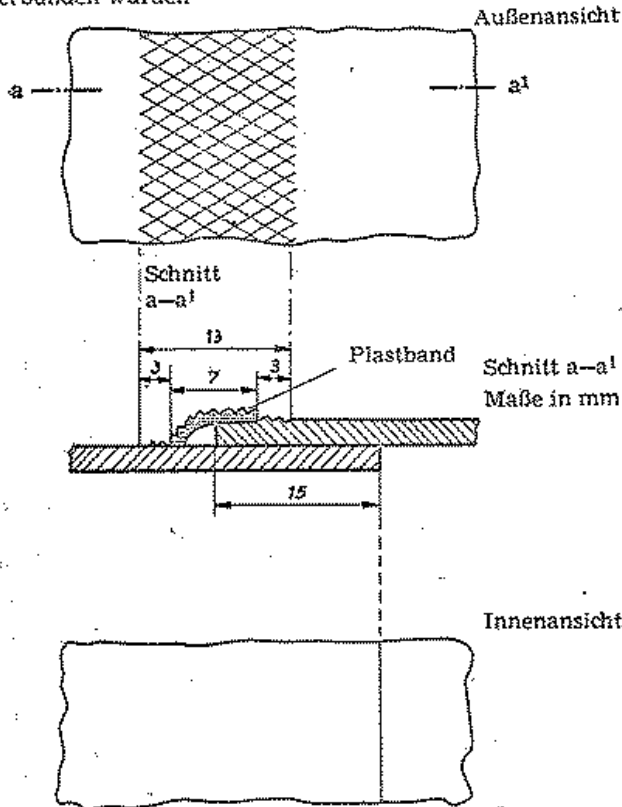


Nur von innen sichtbarer Faden, dessen Farbe sich von der Farbe der Plane und der des anderen Fadens unterscheidet.

Anlage 4

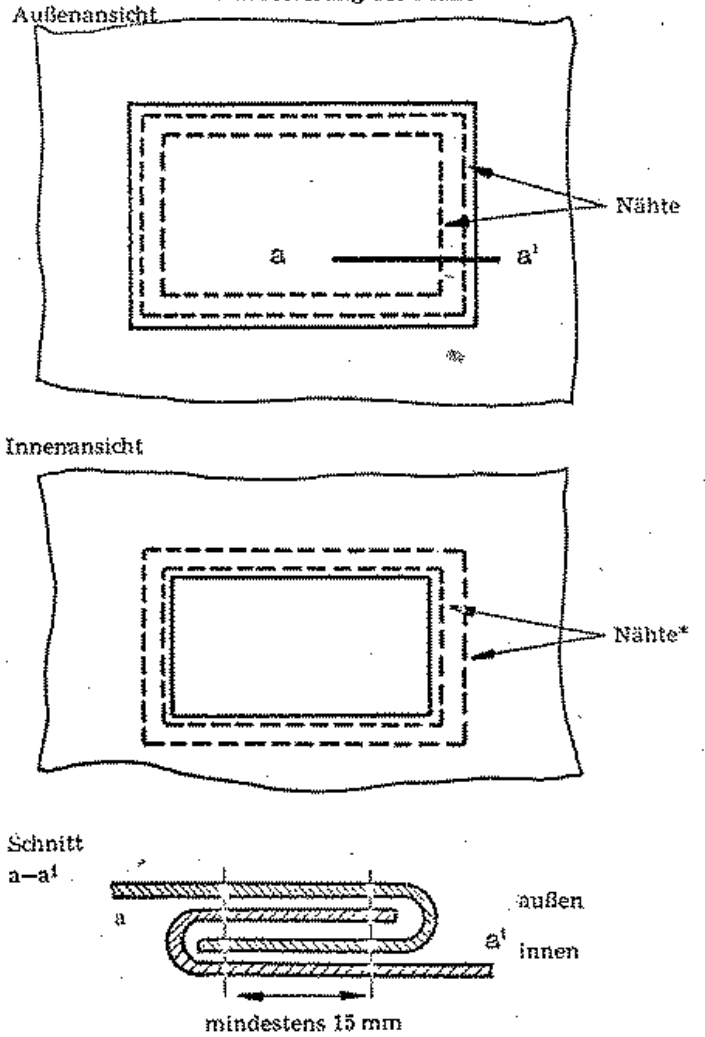
Zeichnung Nr. 3

Plane, bestehend aus mehreren Stücken, die durch Schweißnaht verbunden wurden



Anlage 4 Zeichnung Nr. 4

Ausbesserung der Plane

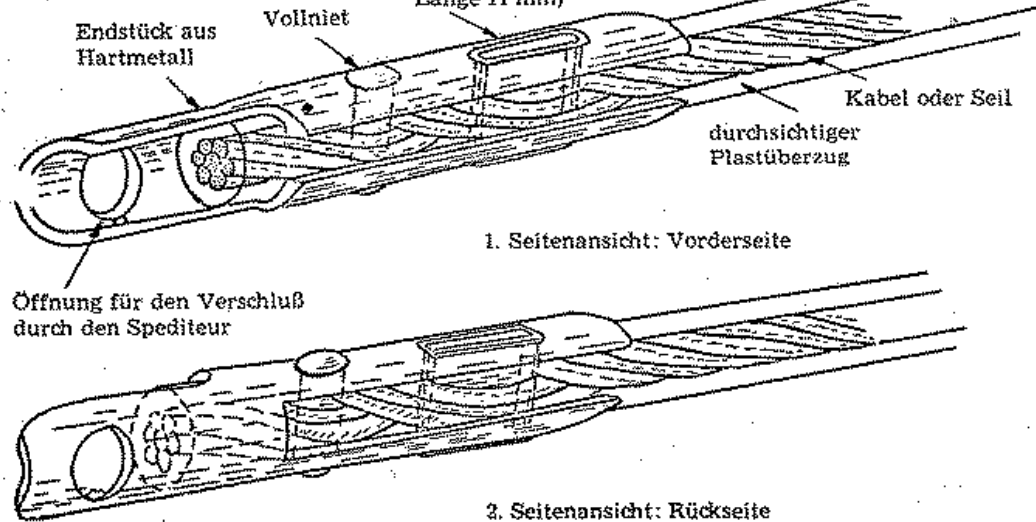


* Von innen sichtbare Fäden, deren Farbe sich von den von außen sichtbaren Fäden und von der der Plane unterscheidet.

Anlage 4 Zeichnung Nr. 5

Muster eines Endstückes

Hohlniet für den Durchlaß des Bandes oder der Schnur für den Zollverschluß
(Mindestabmessungen:
Breite 3 mm,
Länge 11 mm)



Anlage 5

**Verfahren zur Zulassung der Container,
die den technischen Bedingungen,
wie sie in den Bestimmungen der Anlage 4
vorgesehen sind, entsprechen**

Allgemeine Bestimmungen

1. Die Container können für die Güterbeförderung unter Zollverschluss zugelassen werden:
 - a) entweder im Stadium der Herstellung nach dem Bautyp (Zulassungsverfahren während der Fertigung),
 - b) oder in einem Stadium, das nach der Herstellung liegt, einzeln oder für eine bestimmte Anzahl von Containern des gleichen Typs (Zulassungsverfahren nach Fertigstellung).

Gemeinsame Bestimmungen für beide Zulassungsverfahren

2. Nach der Zulassung stellt die zuständige Behörde, die die Zulassung vornimmt, dem Antragsteller ein Verschlussanerkennnis aus, das entweder für eine zahlenmäßig unbegrenzte Containerserie des zugelassenen Typs oder für eine bestimmte Containeranzahl gültig ist.
3. Der Inhaber des Anerkennnisses muß vor der Benutzung für die Güterbeförderung unter Zollverschluss auf dem oder den zugelassenen Container(n) ein Zulassungsschild anbringen.
4. Das Zulassungsschild muß neben etwaigen anderen Zulassungsschildern, die zu offiziellen Zwecken angebracht werden, dauerhaft und gut sichtbar befestigt werden.
5. Das Zulassungsschild nach dem in Anhang I dieser Anlage abgebildeten Muster Nr. I muß aus einer Metallplatte, die mindestens 20 cm X 10 cm mißt, bestehen. Es muß die folgenden Angaben mindestens in französischer oder englischer Sprache in vertiefter oder erhabener Prägung oder in einer dauerhaft lesbaren Schrift enthalten:
 - a) zur Beförderung unter Zollverschluss zugelassen;
 - b) den Namen des Landes, in dem der Container zugelassen wurde, ausgeschrieben oder durch die im internationalen Kraftfahrzeugverkehr verwendeten Staatenkennzeichen und die Nummer des Verschlussanerkennnisses (Zahlen, Buchstaben usw.) sowie das Zulassungsjahr (zum Beispiel: „NL/26/73“ bedeutet: Verschlussanerkennnis der Niederlande Nr. 26, ausgestellt 1973);
 - c) die laufende Containernummer vom Hersteller (Herstellungsnummer);
 - d) wurde der Container nach Bautyp zugelassen, muß das Schild darüber hinaus die Kennnummern oder -buchstaben des Containertyps aufweisen.
6. Entspricht ein Container nicht mehr den für seine Zulassung vorgeschriebenen technischen Bedingungen, muß er, bevor er für die Güterbeförderung unter Zollverschluss benutzt werden kann, in den Zustand versetzt werden, der seiner Zulassung zugrunde lag, so daß er diesen technischen Bedingungen von neuem entspricht.
7. Werden wesentliche Merkmale eines Containers verändert, so verliert die Zulassung des Containers ihre Gültigkeit und er muß Gegenstand einer neuen Zulassung durch die zuständige Behörde werden, bevor er wieder für die Güterbeförderung unter Zollverschluss benutzt werden kann.

**Besondere Bestimmungen
zur Zulassung nach Bautyp im Herstellungsstadium**

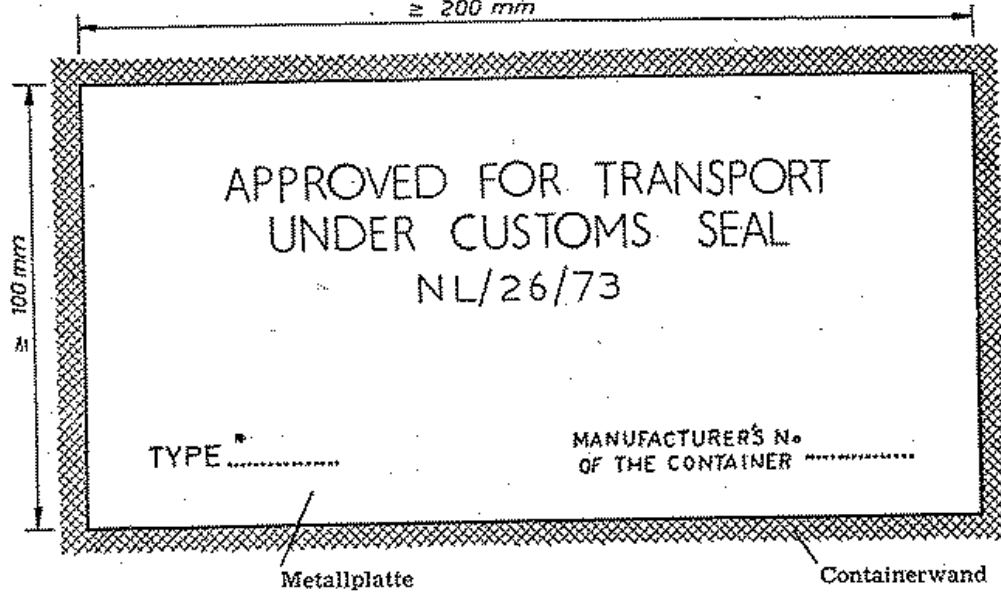
8. Werden die Container nach ein und demselben Bautyp in Serie hergestellt, kann der Hersteller bei den zuständigen Behörden des Herstellungsstaates die Zulassung nach Bautyp beantragen.

9. In seinem Antrag muß der Hersteller die Kennnummern oder -buchstaben angeben, die er dem Containertyp, für den er die Zulassung beantragt, zuschreibt.
10. Diesem Antrag müssen Zeichnungen und eine detaillierte Konstruktionsbeschreibung des zuzulassenden Containertyps beigelegt werden.
11. Der Hersteller muß sich schriftlich verpflichten:
 - a) der zuständigen Behörde Container des Typs vorzuführen, deren Überprüfung er wünscht;
 - b) der zuständigen Behörde jederzeit während der Serienproduktion des in Betracht gezogenen Typs die Überprüfung weiterer Container zu gestatten;
 - c) die zuständige Behörde über jede Veränderung in den Zeichnungen oder Beschreibungen, von welchem Ausmaß auch immer, zu informieren, bevor diese durchgeführt wird;
 - d) an sichtbarer Stelle auf den Containern außer den vorgesehenen Zeichen auf dem Zulassungsschild die Kennnummern oder -buchstaben des Bautyps sowie die laufende Nummer jedes Containers in der Serie des in Betracht gezogenen Typs anzubringen (Herstellungsnummer);
 - e) die nach dem zugelassenen Bautyp hergestellten Container in einem Verzeichnis zu erfassen.
12. Die zuständige Behörde gibt gegebenenfalls an, welche Veränderungen an dem geplanten Bautyp vorzunehmen sind, damit sie die Zulassung erteilen kann.
13. Es wird keine Zulassung nach Bautyp erteilt, ohne daß die zuständige Behörde mit der Überprüfung eines oder mehrerer nach diesem Bautyp hergestellten Container festgestellt hat, daß die Container dieses Bautyps den in Anlage 4 vorgeschriebenen technischen Bedingungen entsprechen.
14. Wird ein Containertyp zugelassen, wird dem Antragsteller ein einziges Verschlussanerkennnis ausgestellt, das dem in Anhang 2 dieser Anlage abgebildeten Muster Nr. II entspricht und für alle Container Gültigkeit besitzt, die gemäß den Beschreibungen des zugelassenen Bautyps gebaut werden.
Dieses Anerkennnis berechtigt den Hersteller, auf jedem Container der Serie des Typs das Zulassungsschild nach dem in Absatz 5 dieser Anlage beschriebenen Muster anzubringen.

**Besondere Bestimmungen
für die Zulassung nach Fertigstellung**

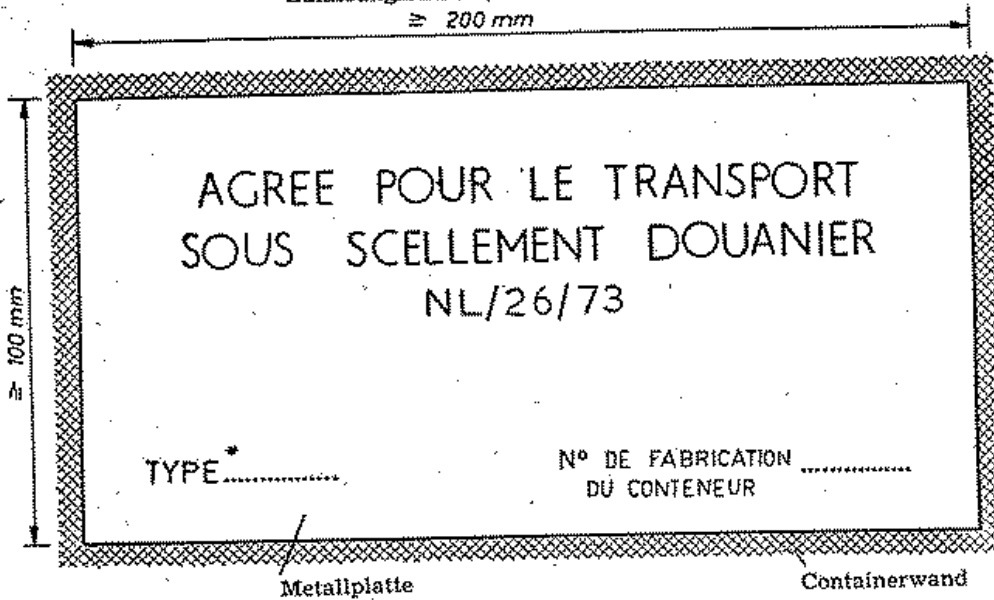
15. Wurde die Zulassung nicht im Stadium der Produktion beantragt, können der Eigentümer, der Leitorganisator für Container oder Vertreter des einen oder anderen bei der zuständigen Behörde, bei der es ihnen möglich ist, den oder die Container vorzuführen, für die sie die Zulassung wünschen, die Zulassung beantragen.
16. Jeder Zulassungsantrag nach Ziffer 15 dieser Anlage muß die laufende Nummer (Herstellungsnummer) enthalten, die der Hersteller auf jeden Container anbrachte.
17. Die zuständige Behörde prüft so viele Container wie sie es für erforderlich erachtet und stellt, nachdem sie festgestellt hat, daß dieser oder diese Container den in Anlage 4 angegebenen technischen Bedingungen entsprechen, ein Verschlussanerkennnis aus, das dem in Anhang 3 dieser Anlage abgebildeten Muster Nr. III entspricht und einzig für die zugelassene Containerzahl gültig ist. Dieses Anerkennnis, das die laufende oder laufenden Nummer(n) des Herstellers des oder der Container, auf die es sich bezieht, trägt, berechtigt den Antragsteller, auf jedem zugelassenen Container das in Ziffer 5 dieser Anlage vorgesehene Zulassungsschild anzubringen.

Anhang 1 zur Anlage 5
Muster Nr. I
Zulassungsschild (englische Variante)
≥ 200 mm



* Nur im Falle der Zulassung nach Bautyp

Anhang 1 zur Anlage 5
Muster Nr. I
Zulassungsschild (französische Variante)
≥ 200 mm



* Nur im Falle der Zulassung nach Bautyp

Anhang 2 zu Anlage 5

Muster Nr. II

Zollkonvention über Container, 1972
Verschlußanerkennnis nach Bautyp

1. Anerkennnisnummer*)
2. Es wird bescheinigt, daß der nachstehend beschriebene Containertyp zur Beförderung zugelassen wurde und daß die nach diesem Typ gebauten Container für die Güterbeförderung unter Zollverschluß zugelassen werden können.
3. Art des Containers
4. Kennnummern oder -buchstaben des Bautyps
5. Kennnummer der Konstruktionszeichnungen
6. Kennnummer der Konstruktionsbeschreibungen
7. Taragewicht
8. Außenmaße in cm
9. Wesentliche Merkmale der Konstruktion (Art der Werkstoffe, Art der Konstruktion usw.)
10. Dieses Anerkennnis ist für alle Container gültig, die nach vorstehend aufgeführten Zeichnungen und Beschreibungen neu gebaut wurden.
11. Ausgestellt

(Name und Adresse des Herstellers)

der berechtigt ist, auf jedem Container des zugelassenen Typs, der von ihm gebaut wurde, ein Zulassungsschild anzubringen.

..... 19 ..
(Ort) (Datum)

(Unterschrift und Siegel der das Anerkennnis ausstellenden Behörde oder Organisation) (siehe nachfolgenden Hinweis)

*) Es handelt sich um die Buchstaben und Zahlen (wie sie im Absatz 5 Buchstabe b) der Anlage 5 der Zollkonvention über Container, 1972 vorgesehen sind), die auf dem Zulassungsschild angebracht werden müssen.

Zur Beachtung

(Ziffern 6 und 7 der Anlage 5 der Zollkonvention über Container, 1972)

6. Entspricht ein Container nicht mehr den für seine Zulassung vorgeschriebenen technischen Bedingungen, muß er, bevor er für die Güterbeförderung unter Zollverschluß benutzt werden kann, wieder in den Zustand versetzt werden, der seiner Zulassung zugrunde lag, so daß er diesen technischen Bedingungen von neuem entspricht.

7. Werden die wesentlichen Merkmale eines Containers verändert, so verliert die Zulassung des Containers ihre Gültigkeit, und er muß Gegenstand einer neuen Zulassung durch die zuständigen Behörden werden, bevor er wieder für die Güterbeförderung unter Zollverschluß benutzt werden kann.

Anhang 3 zu Anlage 5

Muster Nr. III

Zollkonvention über Container, 1972
Verschlußanerkennnis ausgestellt nach der Fertigstellung

1. Anerkennnisnummer*)
2. Es wird bescheinigt, daß der (die) nachstehend bezeichnete(n) Container für die Güterbeförderung unter Zollverschluß zugelassen wurde(n).
3. Art des (oder der) Container(s)
4. Laufende Nummer(n) des (der) Container(s) vom Hersteller
5. Taragewicht
6. Außenmaße in cm
7. Wesentliche Merkmale der Konstruktion (Art der Werkstoffe, Art der Konstruktion usw.)
8. Ausgestellt

(Name und Adresse des Antragstellers)

der berechtigt ist, auf dem (den) vorstehend aufgeführten Container(n) ein Zulassungsschild anzubringen.

..... 19 ..
(Ort) (Datum)

(Unterschrift und Siegel der das Anerkennnis ausstellenden Behörde oder Organisation) (siehe nachfolgenden Hinweis)

*) Es handelt sich um die Buchstaben und Zahlen (wie sie im Absatz 5 Buchstabe b) der Anlage 5 der Zollkonvention über Container, 1972 vorgesehen sind), die auf dem Zulassungsschild angebracht werden müssen.

Zur Beachtung

(Ziffern 6 und 7 der Anlage 5 der Zollkonvention über Container, 1972)

6. Entspricht ein Container nicht mehr den für seine Zulassung vorgeschriebenen technischen Bedingungen, muß er, bevor er für die Güterbeförderung unter Zollverschluß benutzt werden kann, wieder in den Zustand versetzt werden, der seiner Zulassung zugrunde lag, so daß er diesen technischen Bedingungen von neuem entspricht.

7. Werden die wesentlichen Merkmale eines Containers verändert, so verliert die Zulassung des Containers ihre Gültigkeit, und er muß Gegenstand einer neuen Zulassung durch die zuständigen Behörden werden, bevor er wieder für die Güterbeförderung unter Zollverschluß benutzt werden kann.

Anlage 6

Erläuterungen

Einführung

- (i) Gemäß den Bestimmungen des Artikels 13 dieser Konvention wird mit den Erläuterungen die Interpretation einiger Bestimmungen der Konvention und ihrer Anlagen gegeben.

- (ii) Die Erläuterungen ändern nicht die Bestimmungen dieser Konvention oder ihrer Anlagen, sondern präzisieren nur deren Inhalt und Anwendungsbereich.
- (iii) Insbesondere präzisieren die Erläuterungen unter Berücksichtigung der mit den Bestimmungen des Artikels 12 und der Anlage 4 der Konvention festgelegten Grundsätze zur Zulassung der Container für die Beförderung unter Zollverschluss, gegebenenfalls die Konstruktions-techniken, die von den vertragschließenden Seiten als den Bestimmungen entsprechend anerkannt werden müssen. Sie präzisieren gegebenenfalls auch die Konstruktions-techniken, die diesen Bestimmungen nicht entsprechen.
- (iv) Die Erläuterungen gewährleisten die Möglichkeit, die Bestimmungen der Konvention und ihrer Anlagen mit dem Niveau der technischen Entwicklung und den ökonomischen Anforderungen in Übereinstimmung zu bringen.

6. Haupttext der Konvention

0.1. Artikel 1

Buchstabe c) Ziffer I) – Teilweise geschlossene Container

- 0.1.c)I)–1 Im Sinne des Artikels 1 Buchstabe c) Ziffer I werden unter „teilweise geschlossenen“ Transportausrüstungen solche Transportausrüstungen verstanden, die sich im allgemeinen aus einem Boden und einem Aufbau zusammensetzen, die einen Laderaum abgrenzen, der dem eines geschlossenen Containers entspricht.

Der Aufbau besteht im allgemeinen aus Metallteilen, die den Rahmen eines Containers bilden. Diese Containertypen können ebenfalls ein oder mehrere Seiten- oder Stirnwände aufweisen. Einige dieser Container haben lediglich ein Dach, das durch Streben mit dem Boden verbunden ist. Container dieses Typs werden vor allem für die Beförderung sperriger Güter benutzt (zum Beispiel Personenkraftwagen).

Buchstabe d) – Zubehör und Ausrüstungen des Containers

- 0.1.d)–1 Der Ausdruck „Zubehör und Ausrüstungen des Containers“ schließt vor allem folgende Vorrichtungen ein, selbst wenn sie abnehmbar sind:

- a) Geräte zur Kontrolle, Veränderung oder Aufrechterhaltung der Innentemperatur des Containers;
- b) kleine Geräte z. B. Temperatur- oder Stoßaufzeichnungsgeräte für die Angabe oder Aufzeichnung der Veränderungen der Umgebung und von Stößen;
- c) Trennwände, Paletten, Regale, Gestelle, Haken und andere ähnliche Vorrichtungen zum Verstauen und Befestigen der Güter.

4. Anlage 4

4.2. Artikel 2

Ziffer 1 Buchstabe a) – Montage der Bauteile

- 4.2.1.a)–1 a) Werden Verbindungsteile (Niete, Schrauben, Bolzen, Muttern usw.) verwendet, muß eine ausreichende Anzahl dieser Teile von außen angebracht werden, die durch die montierten Teile hindurchgehen und an der Innenseite herausragen, wo sie gut gesichert (zum Beispiel vernietet, geschweißt, mit Ringen versehen, verschraubt und die Muttern vernietet

oder verschweißt) werden müssen. Jedoch können die herkömmlichen Niete (das heißt Niete, bei deren Anbringung beide Seiten der Verbindungsstelle bearbeitet werden müssen) auch von innen angebracht werden. Ungeachtet des oben Dargelegten, kann der Boden der Container mit selbstschneidenden Schrauben, mit Sprengnieten oder eingeschossenen Bolzen festgemacht werden, die innen angebracht werden und im rechten Winkel durch den Boden und die darunterliegenden Metallträger hindurchgehen, vorausgesetzt, daß mit Ausnahme der selbstschneidenden Schrauben einige ihrer Enden mit dem äußeren Teil der Träger bündig abschließen oder dort aufgeschweißt sind.

- b) Die zuständige Behörde legt die Anzahl und die Art der Verbindungsteile fest, die den Bedingungen nach Buchstabe a) dieser Erläuterung entsprechen müssen und überzeugen sich davon, daß es nicht möglich ist, die so verbundenen Teile zu verschieben, ohne sichtbare Spuren zu hinterlassen. Die Auswahl und das Anbringen der anderen Verbindungsteile unterliegen keinerlei Beschränkungen.

- c) Die Verbindungsteile, die auf einer Seite herausgenommen und ersetzt werden können, ohne sichtbare Spuren zu hinterlassen, das heißt, ohne daß es erforderlich ist, daß beide Seiten der Verbindungsstelle bearbeitet werden müssen, sind im Sinne des Buchstaben a) dieser Erläuterungen nicht zulässig. Es handelt sich vor allem um Expansionsniete, Blindniete usw.

- d) Die vorstehend beschriebenen Verbindungsarten finden auf Spezialcontainer Anwendung, zum Beispiel auf die Thermoscontainer, die Kühlcontainer und die Tankcontainer, sofern sie mit den technischen Vorschriften, denen diese Container hinsichtlich ihres Verwendungszweckes entsprechen müssen, vereinbar sind. Ist es aus technischen Gründen nicht möglich, die Teile auf die unter Buchstabe a) beschriebene Weise zu befestigen, können sie mit den unter Buchstabe c) aufgeführten Verbindungsteilen montiert werden, vorausgesetzt, es besteht von außen kein Zugang zu den auf der Innenseite der Wand benutzten Verbindungsteilen.

Ziffer 1 Buchstabe b) – Türen und andere Schließsysteme

- 4.2.1.b)–1 a) Die Vorrichtung, die das Anbringen des Zollverschlusses ermöglicht, muß:
- (i) durch Schweißen oder mit Hilfe von mindestens zwei Verbindungsteilen nach Buchstabe a) der Erläuterung 4.2.1.a)–1 befestigt sein; oder
 - (ii) so beschaffen sein, daß sie, wenn der Container geschlossen und mit einem Zollverschluss versehen ist, nicht entfernt werden können, ohne sichtbare Spuren zu hinterlassen; oder
 - (iii) eine Öffnung von mindestens 11 mm Durchmesser oder Schlitz von mindestens 11 mm Länge bei einer Breite von 3 mm haben.
- b) Scharniere, Türbänder, Türangeln und andere Befestigungsvorrichtungen für Türen müssen

gemäß den Vorschriften des Buchstaben a) dieser Erläuterung befestigt werden. Darüber hinaus müssen die Einzelteile der Vorrichtung (Platten, Stifte oder Drehzapfen) so gesichert sein, daß sie, nachdem der Container geschlossen und mit einem Zollverschluß versehen worden ist, nicht entfernt oder ausgebaut werden können, ohne sichtbare Spuren zu hinterlassen. Hat man jedoch von außen keinen Zugang zu dieser Befestigungsvorrichtung, genügt es, wenn die Tür, wenn sie erst einmal verschlossen und mit einem Zollverschluß versehen worden ist, nicht mehr gelöst werden kann, ohne sichtbare Spuren zu hinterlassen.

Falls die Tür oder das Schließsystem mehr als zwei Türangeln hat, brauchen nur die zwei den Enden der Tür am nächsten liegenden Angeln gemäß den Anforderungen des obenangeführten Buchstaben a) Ziffer 1) befestigt zu werden.

c) Container, die eine große Anzahl von Verschlüssen enthalten, wie Ventile, Hähne, Mannlochdeckel, Flansche usw., müssen so beschaffen sein, daß die Anzahl der Zollverschlüsse möglichst gering ist. Zu diesem Zweck müssen die benachbarten Verschlüsse mit einer gemeinsamen Vorrichtung verbunden werden, die nur einen einzigen Zollverschluß erfordert, oder mit einem Deckel versehen werden, der dem gleichen Ziel entspricht.

d) Container mit öffnungsfähigem Dach müssen so gebaut werden, daß die Anzahl der Zollverschlüsse soweit wie möglich eingeschränkt wird.

Ziffer 1 Buchstabe c) – Belüftungsöffnungen

4.2.1.c)–1

- a) Ihre größte Weite darf im Prinzip 400 mm nicht überschreiten.
- b) Die Öffnungen, die den direkten Zugang zu den Gütern ermöglichen, müssen mit einem Drahtgeflecht oder einer perforierten Metallplatte (größte Weite der Löcher 3 mm in beiden Fällen) versperrt und durch ein geschweißtes Metallgitter (größte Maschenweite 10 mm) geschützt werden.
- c) Öffnungen, die den direkten Zugang zu den Gütern nicht gestatten (zum Beispiel durch vorhandene Biegungen oder Deflektoren) müssen die gleichen Vorrichtungen aufweisen, wobei aber die Loch- und Maschenweite entsprechend 10 und 20 mm betragen darf.
- d) Sind Öffnungen in Planen vorhanden, sind im Prinzip die in Buchstabe b) dieser Erläuterung aufgeführten Vorrichtungen erforderlich. Die Sperrvorrichtungen aus einer perforierten Metallplatte, die außen angebracht ist, und einem Draht- oder einem anderen Geflecht, das von innen angebracht ist, sind zulässig.

Ziffer 1 Buchstabe c) – Abflußöffnungen

4.2.1.c)–2

- a) Ihre größte Weite darf im Prinzip 35 mm nicht überschreiten.
- b) Öffnungen, die den direkten Zugang zu den Gütern ermöglichen, werden mit den nach Buchstaben b) der Erläuterung 4.2.1.c)–1 für Belüftungsöffnungen vorgesehenen Vorrichtungen ausgestattet.
- c) Gestatten die Abflußöffnungen keinen direkten Zugang zu den Gütern, werden die Vorrichtun-

gen nach Buchstabe b) dieser Erläuterung nicht verlangt, vorausgesetzt, die Öffnungen sind mit einem zuverlässigen System von Deflektoren ausgestattet, die vom Containerinneren leicht zugänglich sind.

4.4.

Artikel 4

Ziffer 3 – Planen, die aus mehreren Stücken bestehen

4.4.3.–1

- a) Die verschiedenen Stücke ein und derselben Plane können aus unterschiedlichen Materialien bestehen, die den Bestimmungen des Artikels 4 Ziffer 2 der Anlage 4 gerecht werden.
- b) Bei der Herstellung der Plane ist jede Anordnung der Stücke, die ausreichende Sicherheit bietet, zulässig, vorausgesetzt, das Zusammensetzen wird entsprechend den Vorschriften des Artikels 4 der Anlage 4 vorgenommen.

Ziffer 6 Buchstabe a)

4.4.6.a)–1

Die Zeichnungen 1, 2 und 3, die dieser Anlage beigelegt sind, geben Beispiele von Konstruktionssystemen für die Befestigung der Plane an einem Container und für die Befestigung der Plane an den Eckstücken der Container, die den Anforderungen der Zollbehörden entsprechen.

Ziffer 8 Befestigungskabel mit Textilseele

4.4.8.–1

Nach dieser Ziffer sind Kabel mit einer Textilseele, um die sechs Litzen aus Stahldraht so zusammengedreht sind, daß sie die Seele vollständig ummanteln, zulässig, wenn der Durchmesser dieser Kabel mindestens 3 mm (ohne die eventuelle durchsichtige Plastummantelung) beträgt.

Ziffer 10 Buchstabe a) – Riemen

4.4.10.c)–1

Folgendes Material wird als geeignet für die Anfertigung der Riemen angesehen:

- a) Leder
- b) textile Stoffe, einschließlich plaste- oder gummibeschichteten Gewebes, vorausgesetzt, sie können nach Beschädigung nicht wieder geschweißt oder wieder zusammengesetzt werden, ohne sichtbare Spuren zu hinterlassen.

4.4.10.c)–2

Die in Zeichnung Nr. 3, die dieser Anlage beigelegt ist, dargestellte Vorrichtung entspricht den Anforderungen des letzten Absatzes von Artikel 4, Ziffer 10 der Anlage 4.

Sie entspricht auch den Anforderungen des Artikels 4, Ziffer 6 der Anlage 4.

5.

Anlage 5

5.1.

Ziffer 1 – Zulassung für mit Planen abgedeckte Containerkombinationen

5.1.–1

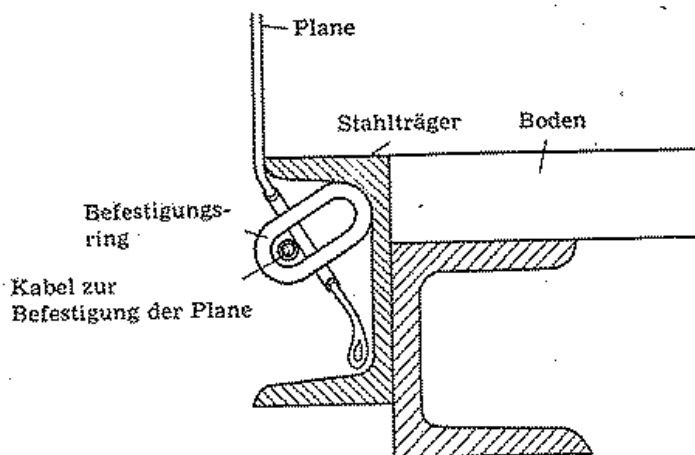
Werden zwei mit Planen abgedeckte Container, die für die Beförderung unter Zollverschluß zugelassen wurden, so kombiniert, daß sie einen einzigen Container bilden, der mit einer einzigen Plane abgedeckt ist und den Beförderungsbedingungen unter Zollverschluß entspricht, wird kein besonderes Verschlußanerkennnis oder kein besonderes Zulassungsschild für diese Kombination gefordert.

Anlage 6

Zeichnung Nr. 1

Konstruktionsvorrichtung für die Befestigung der Plane an den Container

Die im folgenden dargestellte Vorrichtung entspricht auch den Anforderungen des Artikels 4, Ziffer 6, Buchstabe a) der Anlage 4.



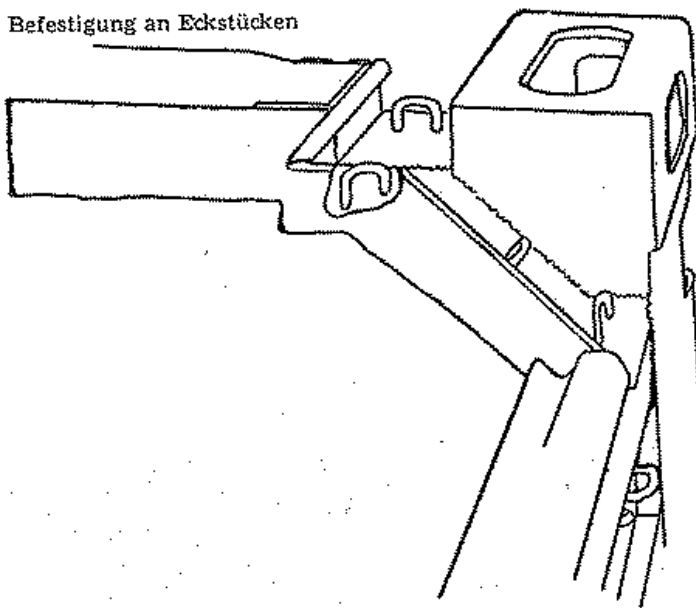
Anlage 6

Zeichnung Nr. 2

Vorrichtung zur Befestigung der Plane an den Eckstücken der Container

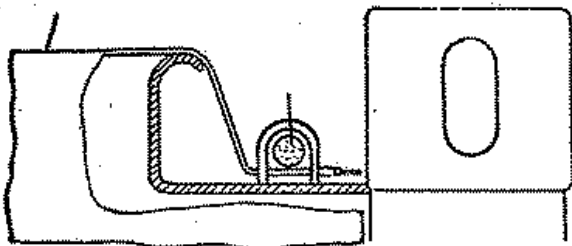
Die unten dargestellte Vorrichtung entspricht den Anforderungen des Artikels 4, Ziffer 6, Buchstabe a) der Anlage 4.

Befestigung an Eckstücken



Dachplane

Kabel zur Befestigung der Plane

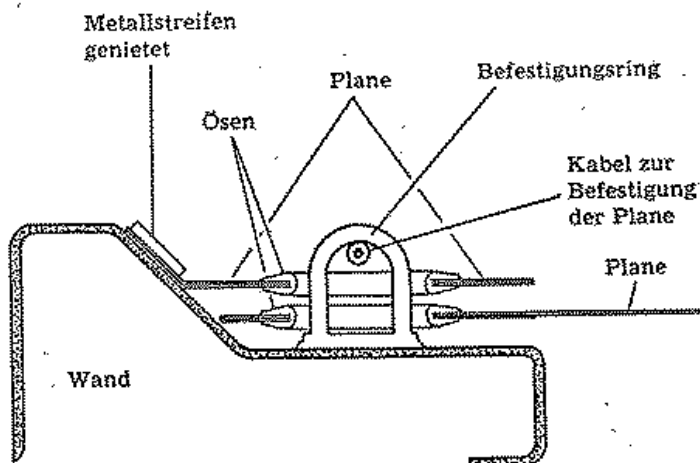


Schnittansicht

Anlage 6
Zeichnung Nr. 3

Weiteres Beispiel für die Befestigung der Plane an den Container

Die Vorrichtung der nachstehenden Zeichnung entspricht den Vorschriften des letzten Absatzes des Artikels 4, Ziffer 10 der Anlage 4. Sie entspricht den Anforderungen des Artikels 4, Ziffer 6 der Anlage 4.



Anlage 7

Zusammensetzung und Geschäftsordnung
des Verwaltungsausschusses

Artikel 1

1. Die vertragschließenden Seiten sind Mitglieder des Verwaltungsausschusses.
2. Der Ausschuß kann beschließen, daß die zuständigen Verwaltungen der in Artikel 18 dieser Konvention aufgeführten Staaten, die nicht vertragschließende Seiten sind, oder Vertreter internationaler Organisationen als Beobachter an den Tagungen des Ausschusses teilnehmen können, wenn Fragen behandelt werden, die sie interessieren.

Artikel 2

Der Rat für Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Zollwesens gewährt dem Ausschuß Sekretariatsdienste.

Artikel 3

Auf seiner ersten jährlichen Tagung wählt der Ausschuß seinen Vorsitzenden und den stellvertretenden Vorsitzenden.

Artikel 4

Die zuständigen Verwaltungen der vertragschließenden Seiten übermitteln dem Rat für Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Zollwesens begründete Vorschläge zur Änderung dieser Konvention sowie Anträge zur Aufnahme bestimmter Fragen in die Tagesordnung der Ausschußtagungen. Der Rat für Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Zollwesens teilt diese Vorschläge den zuständigen Verwaltungen der vertragschließenden Seiten und den in Artikel 18 der Konvention aufgeführten Staaten, die nicht vertragschließende Seiten sind, mit.

Artikel 5

1. Der Rat für Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Zollwesens beruft auf Antrag der zuständigen Verwaltungen von mindestens fünf vertragschließenden Seiten den Ausschuß ein. Mindestens sechs Wochen vor jeder Tagung verteilt er den Entwurf der Tagesordnung an die zuständigen Verwaltungen der vertragschließenden Seiten und die in Artikel 18 der Konvention aufgeführten Staaten, die nicht vertragschließende Seiten sind.
2. Auf Beschluß des Ausschusses, der gemäß Artikel 1, Ziffer 2, dieser Bestimmungen gefaßt wurde, fordert der Rat für Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Zollwesens die zuständigen Verwaltungen der in Artikel 18 dieser Konvention aufgeführten Staaten, die nicht vertragschließende Seiten sind, sowie die beteiligten internationalen Organisationen auf, sich an den Ausschußtagungen durch Beobachter vertreten zu lassen.

Artikel 6

Über die Vorschläge wird abgestimmt. Jede vertragschließende Seite, die auf der Tagung vertreten ist, verfügt über eine Stimme. Vorschläge, die nicht die Änderung der Konvention betreffen, werden im Ausschuß von den Anwesenden und Stimmberechtigten durch Stimmenmehrheit entschieden. Änderungen der vorliegenden Konvention und Entscheidungen, von denen im Artikel 21, Ziffer 5 und im Artikel 22, Ziffer 6 der vorliegenden Konvention die Rede ist und das Inkrafttreten der Änderungen betreffen, werden durch Zweidrittelmehrheit der Anwesenden und an der Abstimmung Beteiligten getroffen.

Artikel 7

Vor dem Abschluß der Tagung verabschiedet der Ausschuß einen Bericht.

Artikel 8

Fehlen in dieser Anlage sachdienliche Bestimmungen, ist die Geschäftsordnung des Rates für Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Zollwesens anwendbar, wenn der Ausschuß nicht anders entscheidet.

Unterzeichnungsprotokoll

Bei der Unterzeichnung der Konvention, die das Datum des heutigen Tages trägt, geben die von ihren Regierungen gehörig befugten Unterzeichneten folgende Erklärung ab:

1. Es widerspricht dem Prinzip der vorübergehenden Einfuhr von Containern, das Gewicht oder den Wert des zur vorübergehenden Einfuhr zugelassenen Containers dem Gewicht oder dem Wert der darin enthaltenen Güter bei der Berechnung der erhobenen Eingangsabgaben hinzuzufügen. Die Erhöhung des Gewichts der Güter um einen für die in Containern beförderten Güter gesetzlich festgesetzten Tarazuschlag ist zulässig, wenn sie wegen des Fehlens oder der Art der Verpackung vorgenommen wird, jedoch nicht, weil die Güter mit Containern befördert werden.
2. Die Bestimmungen dieser Konvention stehen der Anwendung nationaler Vorschriften oder nichtzollrechtlicher internationaler Abkommen zur Regelung der Verwendung der Container nicht entgegen.
3. Die entsprechend Artikel 1 einschränkende Bedingung, daß das Innenvolumen mindestens einen Kubikmeter betragen muß, bedeutet nicht die Anwendung weitergehender Einschränkungen auf Container mit einem geringeren Volumen und die vertragschließenden Seiten werden bestrebt sein, für diese ein Verfahren zur vorübergehenden Einfuhr anzuwenden, das dem entspricht, wie es bei Containern, die in dieser Konvention definiert wurden, Anwendung findet.
4. Hinsichtlich der Verfahren zur vorübergehenden Einfuhr der Container nach den Artikeln 6, 7 und 8 dieser Konvention erkennen die vertragschließenden Seiten an, daß die Abschaffung jeglicher Zolldokumente und -garantien es ihnen ermöglichen würde, eines der Hauptziele dieser Konvention zu erreichen, und sie werden sich in diesem Sinne bemühen.

CUSTOMS CONVENTION ON CONTAINERS, 1972

PREAMBLE

THE CONTRACTING PARTIES,

DESIRING to develop and facilitate international carriage by container,

HAVE AGREED as follows:

Chapter I

GENERAL

Article 1

For the purposes of the present Convention:

(a) the term „import duties and taxes“ shall mean Customs duties and all other duties, taxes, fees and other charges which are collected on, or in connexion with, the importation of goods, but not including fees and charges limited in amount to the approximate cost of services rendered;

(b) the term „temporary admission“ shall mean temporary importation, subject to re-exportation, free of import duties and taxes and free of import prohibitions and restrictions;

(c) the term „container“ shall mean an article of transport equipment (lift-van, movable tank or other similar structure):

- (i) fully or partially enclosed to constitute a compartment intended for containing goods;
- (ii) of a permanent character and accordingly strong enough to be suitable for repeated use;
- (iii) specially designed to facilitate the carriage of goods, by one or more modes of transport, without intermediate reloading;
- (iv) designed for ready handling, particularly when being transferred from one mode of transport to another;
- (v) designed to be easy to fill and to empty; and
- (vi) having an internal volume of one cubic metre or more;

the term „container“ shall include the accessories and equipment of the container, appropriate for the type concerned, provided that such accessories and equipment are carried with the container. The term „container“ shall not include vehicles, accessories or spare parts of vehicles, or packaging;

(d) the term „internal traffic“ shall mean the carriage of goods loaded in the territory of a State for unloading at a place within the territory of the same State;

(e) the term „person“ shall mean both natural and legal persons;

(f) the term „operator“ of a container shall mean the person who, whether or not its owner, has effective control of its use.

Article 2

In order to benefit from the facilities provided for in the present Convention, containers shall be marked in the manner prescribed in Annex 1.

Chapter II

TEMPORARY ADMISSION

(a) Temporary admission facilities

Article 3

1. Subject to the conditions laid down in articles 4 to 9, each Contracting Party shall grant temporary admission to containers, whether loaded with goods or not.
2. Each Contracting Party reserves the right not to grant temporary admission to containers which have been the subject of purchase, hire-purchase, lease or a contract of a similar nature, concluded by a person resident or established in its territory.

Article 4

1. Containers granted temporary admission shall be re-exported within three months from the date of importation. However, this period may be extended by the competent Customs authorities.
2. Containers granted temporary admission may be re-exported through any competent Customs office, even if that office is different from the one of temporary admission.

Article 5

1. Notwithstanding the requirement of re-exportation laid down in article 4, paragraph 1, seriously damaged containers shall not be required to be re-exported provided that, in conformity with the regulations of the country concerned and as the Customs authorities of that country may authorize, the containers are:

(a) subjected to the import duties and taxes to which they are liable at the time when, and in the condition in which, they are presented; or

(b) abandoned, free of all expense, to the competent authorities of that country; or

(c) destroyed, under official supervision, at the expense of the parties concerned, any parts or materials salvaged being subjected to the import duties and taxes to which they are liable at the time when, and in the condition in which, they are presented.

2. If, as a result of a seizure, a container granted temporary admission cannot be re-exported, the requirement of re-exportation laid down in article 4, paragraph 1, shall be suspended for the duration of the seizure.

(b) Temporary admission procedures

Article 6

Without prejudice to the provisions of articles 7 and 8, containers temporarily imported under the terms of the present Convention shall be granted temporary admission without the production of Customs documents being required on their importation and re-exportation and without the furnishing of a form of security.

Article 7

Each Contracting Party may require that the temporary admission of containers be subject to compliance with all, or part of, the provisions of the procedure for temporary admission of containers, set out in Annex 2.

Article 8

Each Contracting Party shall retain the right, when the provisions of article 6 cannot be applied, to require the furnishing of a form of security and/or the production of Customs documents on the importation or re-exportation of the container.

(c) Conditions of use of containers granted temporary admission**Article 9**

1. Contracting Parties shall permit containers granted temporary admission under the terms of the present Convention to be used for the carriage of goods in internal traffic, in which case each Contracting Party shall be entitled to impose one or more of the conditions set out in Annex 3.

2. The facility provided for in paragraph 1 shall be granted without prejudice to the regulations in force in the territory of each Contracting Party regarding vehicles either drawing or carrying containers.

(d) Special cases**Article 10**

1. Temporary admission shall be granted to component parts intended for the repair of temporarily admitted containers.

2. Replaced parts not re-exported shall, in conformity with the regulations of the country concerned and as the Customs authorities of that country may authorize, be:

(a) subjected to the import duties and taxes to which they are liable at the time when, and in the condition in which they are presented; or

(b) abandoned, free of all expense, to the competent authorities of that country; or

(c) destroyed, under official supervision, at the expense of the parties concerned.

3. The provisions of articles 6, 7 and 8 shall be applicable *mutatis mutandis* to temporary admission of component parts, referred to in paragraph 1.

Article 11

1. The Contracting Parties agree to grant temporary admission to accessories and equipment of temporarily admitted containers, which are either imported with a container to be re-exported separately or with another container, or imported separately to be re-exported with a container.

2. The provisions of article 3, paragraph 2, and articles 4, 5, 6, 7 and 8 shall be applicable *mutatis mutandis* to the temporary admission of accessories and equipment of containers, referred to in paragraph 1. Such accessories and equipment may be used in internal traffic under the terms of article 9, paragraph 1, when carried with a container covered by the provisions of the said paragraph.

Chapter III**APPROVAL OF CONTAINERS FOR TRANSPORT UNDER CUSTOMS SEAL****Article 12**

1. To qualify for approval for transport of goods under Customs seal, containers shall comply with the provisions of the Regulations set out in Annex 4.

2. Approval shall be granted under one of the procedures laid down in Annex 5.

3. Containers approved by a Contracting Party for the transport of goods under Customs seal shall be accepted by the other Contracting Parties for any system of international carriage involving such sealing.

4. Each Contracting Party reserves the right to refuse to recognize the validity of the approval of containers which are found not to meet the conditions set forth in Annex 4. Nevertheless, Contracting Parties shall avoid delaying traffic when the defects found are of minor importance and do not involve any risk of smuggling.

5. Before it is used again for the transport of goods under Customs seal, any container, the approval of which is no longer recognized, shall be either restored to the condition which had justified its approval or presented for reapproval.

6. Where a defect appears to have existed when the container was approved, the competent authority responsible for that approval shall be informed.

7. If it is found that containers approved for the transport of goods under Customs seal in accordance with the procedures described in Annex 5, paragraph 1 (a) and (b), do not in fact comply with the technical conditions of Annex 4, the authority which granted the approval shall take such steps as are necessary to bring the containers up to the required technical condition or to withdraw the approval.

Chapter IV**EXPLANATORY NOTES****Article 13**

The explanatory notes set out in Annex 6 interpret some provisions of the present Convention and its Annexes.

Chapter V**MISCELLANEOUS PROVISIONS****Article 14**

The present Convention shall not prevent the application of greater facilities which Contracting Parties grant or may wish to grant either by unilateral provisions or in virtue of bilateral or multilateral agreements provided that such facilities do not impede the application of the provisions of the present Convention.

Article 15

Any contravention of the provisions of the present Convention, and any substitution, false declaration, or act having the effect of causing a person or an article improperly to benefit from the provisions of the present Convention, may render the offender liable, in the country where the offence was committed, to the penalties prescribed by the laws of that country.

Article 16

The Contracting Parties shall communicate to one another, on request, the information necessary for implementing the provisions of the present Convention, and more particularly information relating to the approval of containers and to the technical characteristics of their design.

Article 17

The Annexes to the present Convention and the Protocol of Signature form an integral part of the Convention.

Chapter VI
FINAL CLAUSES

Article 18

Signature, ratification, acceptance, approval and accession

1. The present Convention shall be open for signature until 15 January 1973 at the Office of the United Nations at Geneva and subsequently from 1 February 1973 until 31 December 1973 inclusive at the Headquarters of the United Nations at New York by all States Members of the United Nations or of any of the specialized agencies or of the International Atomic Energy Agency or parties to the Statute of the International Court of Justice, and by any other State invited by the General Assembly of the United Nations to become a Party to the present Convention.

2. The present Convention is subject to ratification, acceptance or approval by States which have signed it.

3. The present Convention shall remain open for accession by any State referred to in paragraph 1.

4. Instruments of ratification, acceptance, approval or accession shall be deposited with the Secretary-General of the United Nations.

Article 19

Entry into force

1. The present Convention shall enter into force nine months from the date of the deposit of the fifth instrument of ratification, acceptance, approval or accession.

2. For each State ratifying, accepting, approving or acceding to the present Convention after the deposit of the fifth instrument of ratification, acceptance, approval or accession, the present Convention shall enter into force six months after the date of the deposit by such State of its instrument of ratification, acceptance, approval or accession.

3. Any instrument of ratification, acceptance, approval or accession deposited after the entry into force of an amendment to the present Convention shall be deemed to apply to the Convention as amended.

4. Any such instrument deposited after an amendment has been accepted but before it has entered into force shall be deemed to apply to the Convention as amended on the date when the amendment enters into force.

Article 20

Termination of the operation of the Customs Convention on Containers (1956)

1. Upon its entry into force, the present Convention shall terminate and replace, in relations between the Parties to the present Convention, the Customs Convention on Containers, opened for signature at Geneva on 18 May 1956.

2. Notwithstanding the provisions of article 12, paragraphs 1, 2 and 4, containers approved under the provisions of the Customs Convention on Containers (1956) or under the agreements arising therefrom concluded under the auspices of the United Nations, shall be accepted by any Contracting Party for the transport of goods under Customs seal, provided that they continue to comply with the relevant conditions under which they were originally approved. For this purpose certificates of approval issued under the provisions of the Customs Convention on Containers (1956) could be replaced by an approval plate prior to the expiry of their validity.

Article 21

Procedures for amending the present Convention including its Annexes

1. Any Contracting Party may propose one or more amendments to the present Convention. The text of any proposed

amendment shall be notified to the Customs Co-operation Council which shall communicate it to all Contracting Parties and inform the States referred to in article 18 which are not Contracting Parties. The Customs Co-operation Council shall also, in accordance with the rules of procedure set out in Annex 7, convene an Administrative Committee.

2. Any amendment proposed in accordance with the preceding paragraph, or prepared during the meeting of the Committee, and adopted by a two-thirds majority of those present and voting in the Committee, shall be communicated to the Secretary-General of the United Nations.

3. The Secretary-General of the United Nations shall communicate the amendment to the Contracting Parties for their acceptance, and to the States referred to in article 18 which are not Contracting Parties for their information.

4. Any proposed amendment communicated in accordance with the preceding paragraph shall be deemed to be accepted if no Contracting Party expressed an objection within a period of 12 months following the date of communication of the proposed amendment by the Secretary-General of the United Nations.

5. The Secretary-General of the United Nations shall, as soon as possible, notify all Contracting Parties and the States referred to in article 18 which are not Contracting Parties whether an objection to the proposed amendment has been expressed. If an objection to the proposed amendment has been communicated to the Secretary-General of the United Nations the amendment shall be deemed not to have been accepted and shall be of no effect whatever. If no such objection has been communicated to the Secretary-General of the United Nations the amendment shall enter into force for all Contracting Parties three months after the expiry of the period of 12 months referred to in the preceding paragraph, or on such later date as may have been determined by the Administrative Committee at the time of its adoption.

6. Any Contracting Party may, by notification to the Secretary-General of the United Nations, request that a conference be convened for the purpose of reviewing the present Convention. The Secretary-General of the United Nations shall notify all Contracting Parties of the request and a revision conference shall be convened by the Secretary-General of the United Nations if, within a period of four months following the date of notification by the Secretary-General of the United Nations, not less than one-third of the Contracting Parties notify him of their concurrence with the request. Such conference shall also be convened by the Secretary-General of the United Nations upon notification of a request by the Administrative Committee. The Administrative Committee shall make such a request if agreed to by a majority of those present and voting in the Committee. If a conference is convened in accordance with this paragraph, the Secretary-General of the United Nations shall invite to it all States referred to in article 18.

Article 22

Special procedure for amending Annexes 1, 4, 5 and 6

1. Independently of the amendment procedure set out in article 21, Annexes 1, 4, 5 and 6 may be amended as provided for in this article and in accordance with the rules of procedure set out in Annex 7.

2. Any Contracting Party shall communicate proposed amendments to the Customs Co-operation Council. The Customs Co-operation Council shall bring them to the attention of the Contracting Parties and of the States referred to in article 18 which are not Contracting Parties, and shall convene the Administrative Committee.

3. Any amendment proposed in accordance with the preceding paragraph or prepared during the meeting of the Committee, and adopted by a two-thirds majority of those present and voting in the Committee, shall be communicated to the Secretary-General of the United Nations.

4. The Secretary-General of the United Nations shall communicate the amendment to the Contracting Parties for their acceptance, and to the States referred to in article 18 which are not Contracting Parties for their information.

5. The amendment shall be deemed to have been accepted unless one fifth or five of the Contracting Parties, whichever number is less, have notified the Secretary-General of the United Nations, within a period of 12 months from the date on which the proposed amendment has been communicated by the Secretary-General of the United Nations to the Contracting Parties, that they object to the proposal. A proposed amendment which is not accepted shall be of no effect whatever.

6. If an amendment is accepted, it shall enter into force, for all Contracting Parties which did not object to the proposed amendment, three months after the expiry of the period of twelve months referred to in the preceding paragraph, or on such later date as may have been determined by the Administrative Committee at the time of its adoption. At the time of adoption of an amendment, the Committee may also provide that, during a transitional period, the existing Annexes shall remain in force, wholly or in part, concurrently with such amendment.

7. The Secretary-General of the United Nations shall notify the date of the entry into force of the amendment to the Contracting Parties and inform the States referred to in article 18 which are not Contracting Parties.

Article 23

Denunciation

Any Contracting Party may denounce the present Convention by effecting the deposit of an instrument with the Secretary-General of the United Nations. The denunciation shall take effect one year from the date of such deposit with the Secretary-General of the United Nations.

Article 24

Termination

The present Convention shall cease to be in force if the number of Contracting Parties is less than five for any period of twelve consecutive months.

Article 25

Settlement of disputes

1. Any dispute between two or more Contracting Parties concerning the interpretation or application of the present Convention which cannot be settled by negotiation or other means of settlement shall, at the request of one of them, be referred to an arbitration tribunal composed as follows: each party to the dispute shall appoint an arbitrator and these two arbitrators shall appoint a third arbitrator, who shall be Chairman. If three months after receipt of a request, one of the parties has failed to appoint an arbitrator or if the arbitrators have failed to elect the chairman, any of the parties may request the Secretary-General of the United Nations to appoint an arbitrator or the chairman of the arbitration tribunal.

2. The decision of the arbitration tribunal established under the provisions of paragraph 1 shall be binding on the parties to the dispute.

3. The arbitration tribunal shall determine its own rules of procedure.

4. Decisions of the arbitration tribunal, both as to its procedure and its place of meeting and as to any controversy laid before it, shall be taken by majority vote.

5. Any controversy which may arise between the parties to the dispute as regards the interpretation and execution of the award may be submitted by any of the parties for judgement to the arbitration tribunal which made the award.

Article 26

Reservations

1. Reservations to the present Convention shall be permitted, excepting those relating to the provisions of articles 1-8, 12-17, 20, 25 and of the present article, and those relating to the provisions contained in the Annexes, on condition that such reservations are communicated in writing and, if communicated before the deposit of the instrument of ratification, acceptance, approval or accession, are confirmed in that instrument. The Secretary-General of the United Nations shall communicate such reservations to all States referred to in article 18.

2. Any reservation, made in accordance with paragraph 1:

(a) modifies for the Contracting Party which made the reservation the provisions of the present Convention to which the reservation relates, to the extent of the reservation; and

(b) modifies those provisions to the same extent for the other Contracting Parties in their relations with the Contracting Party which entered the reservation.

3. Any Contracting Party which has communicated a reservation under paragraph 1 may withdraw it at any time by notification to the Secretary-General of the United Nations.

Article 27

Notification

In addition to the notifications and communications provided for in articles 21, 22 and 26, the Secretary-General of the United Nations shall notify all the States referred to in article 18 of the following:

(a) signatures, ratifications, acceptances, approvals and accessions under article 18;

(b) the dates of entry into force of the present Convention in accordance with article 19;

(c) the date of entry into force of amendments to the present Convention in accordance with articles 21 and 22;

(d) denunciations under article 23;

(e) the termination of the present Convention under article 24.

Article 28

Authentic texts

The original of the present Convention, of which the Chinese, English, French, Russian and Spanish text are equally authentic, shall be deposited with the Secretary-General of

the United Nations, who shall communicate certified true copies to all States referred to in article 18.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned Plenipotentiaries, being duly authorized thereto by their respective Governments, have signed the present Convention.

DONE at Geneva this second day of December one thousand nine hundred and seventy-two.

Annex 1

PROVISIONS CONCERNING THE MARKING OF CONTAINERS

1. The following information shall be durably marked in an appropriate and clearly visible place on containers:

- (a) the identification of the owner or principal operator;
- (b) the identification marks and numbers of the container, given by the owner or operator; and
- (c) the tare weight of the container, including all its permanently fixed equipment.

2. The country to which the container belongs may be shown either in full or by the distinguishing sign used to indicate the country of registration of motor vehicles in international road traffic. Each country may subject the use of its name or distinguishing sign on the container to its national legislation. The identity of the owner or operator may be shown either by his full name or his initials, provided the latter constitute an established identification, symbols such as emblems or flags being excluded.

3. Containers approved for transport under Customs seal shall, in addition, bear the following details which shall also be put on the approval plate in accordance with the provisions of Annex 5:

- (a) the manufacturer's serial number (manufacturer's number); and
- (b) if they have been approved by design type, the identification numbers or letters of the type.

Annex 2

TEMPORARY ADMISSION PROCEDURE UNDER ARTICLE 7 OF THE PRESENT CONVENTION

1. For the purpose of applying the provisions of article 7 of the present Convention, each Contracting Party shall use, for checking movements of containers granted temporary admission, the records kept by the owners or operators or their representatives.

2. The following provisions shall be applied:

- (a) the owner or operator of the containers will be represented in the country in which the containers are to be granted temporary admission;
- (b) the owner or operator or the representative of either will undertake in writing:
 - (i) to supply to the Customs authorities of the said country, at their request, detailed information concerning the movements of each container granted temporary admission including the dates and places of entry into and exit from of the said country;
 - (ii) to pay such import duties and taxes as may be required in cases where the conditions of temporary admission have not been fulfilled.

Annex 3

USE OF CONTAINERS IN INTERNAL TRAFFIC

Each Contracting Party shall be entitled to impose the following conditions on the use, within its territory, as provided for in article 9 of the present Convention, of containers in internal traffic:

(a) the journey shall bring the container by a reasonably direct route to, or nearer to, the place where export cargo is to be loaded or from where the container is to be exported empty;

(b) the container will be used only once in internal traffic before being re-exported.

Annex 4

REGULATIONS ON TECHNICAL CONDITIONS APPLICABLE TO CONTAINERS WHICH MAY BE ACCEPTED FOR INTERNATIONAL TRANSPORT UNDER CUSTOMS SEAL

Article 1

Basic principles

Approval for the international transport of goods under Customs seal may be granted only to containers constructed and equipped in such a manner that:

- (a) no goods can be removed from, or introduced into, the sealed part of the container without leaving visible traces of tampering or without breaking the Customs seal;
- (b) Customs seals can be simply and effectively affixed to them;
- (c) they contain no concealed spaces where goods may be hidden;
- (d) all spaces capable of holding goods are readily accessible for Customs inspection.

Article 2

Structure of containers

1. To meet the requirements of article 1 of these Regulations:

(a) the constituent parts of the container (sides, floor, doors, roof, uprights, frames, cross-pieces, etc.) shall be assembled either by means of devices which cannot be removed and replaced from the outside without leaving visible traces or by such methods as will produce a structure which cannot be modified without leaving visible traces. When the sides, floor, doors and roof are made up of various components, these shall meet the same requirements and be of sufficient strength;

(b) doors and all other closing systems (including stopcocks, manholecovers, flanges, etc.) shall be fitted with a device on which Customs seals can be fixed. This device must be such that it cannot be removed and replaced from outside the container without leaving visible traces, or the door or fastening be opened without breaking the Customs seals. The latter shall be adequately protected. Opening roofs shall be permitted;

(c) apertures for ventilation and drainage shall be provided with a device preventing access to the interior of the container. This device must be such that it cannot be removed and replaced from outside the container without leaving visible traces.

2. Notwithstanding the provisions of article 1 (c) of these Regulations, constituent parts of the container which, for practical reasons, have to include empty spaces (for example, between the partitions of a double wall) shall be permitted. In order that the said spaces cannot be used to conceal goods:

- (i) it shall not be possible to remove and replace the lining inside the container without leaving visible traces; or
- (ii) the number of the said spaces shall be kept to a minimum and these spaces shall be readily accessible for Customs inspection.

Article 3

Containers capable of being folded or dismantled

Containers capable of being folded or dismantled shall be subject to the provisions of articles 1 and 2 of these Regulations; in addition, they shall be fitted with a bolting system which locks the various parts together once the container has been erected. This bolting system must be capable of being sealed by the Customs if it is on the outside of the container when the latter has been erected.

Article 4

Sheeted containers

1. Where applicable, the provisions of articles 1, 2 and 3 of these Regulations shall apply to sheeted containers. In addition, these containers shall conform to the provisions of this article.

2. The sheet shall be either of strong canvas or of plastic-covered or rubberized cloth, which shall be of sufficient strength and unstretchable. It shall be in good condition and made up in such a way that once the closing device has been secured, it is impossible to gain access to the load without leaving visible traces.

3. If the sheet is made up of several pieces, their edges shall be folded into one another and sewn together with two seams at least 15 mm apart. These seams shall be made as shown in sketch No. 1 appended to these Regulations; however, where in the case of certain parts of the sheet (such as flaps at the rear and reinforced corners) it is not possible to assemble the pieces in that way, it shall be sufficient to fold the edge of the top section and make the seams as shown in sketch No. 2 appended to these Regulations. One of the seams shall be visible only from the inside and the colour of the thread used for that seam shall be clearly different from the colour of the sheet itself and from the colour of the thread used for the other seam. All seams shall be machine-sewn.

4. If the sheet is of plastic-covered cloth, and is made up of several pieces, the pieces may alternatively be welded together in the manner shown in sketch No. 3 appended to these Regulations. The edges of the pieces shall overlap by at least 15 mm. The pieces shall be fused together over the whole width of the overlap. The edge of the outer sheet shall be covered with a band of plastic material at least 7 mm wide, affixed by the same welding process. The plastic band and a width of at least 3 mm on each side shall have a well-marked uniform relief stamped on it. The pieces shall be welded in such a way that they cannot be separated and rejoined without leaving visible traces.

5. Repairs shall be made in accordance with the method described in sketch No. 4 appended to these Regulations; the edges shall be folded into one another and sewn together with two visible seams at least 15 mm apart; the colour of the thread visible from the inside shall be different from that of the thread visible from the outside and from that of the sheet itself; all seams shall be machine-sewn. When a sheet which has been damaged near the edges is repaired by replacing the

damaged part by a patch, the seam can also be made in accordance with the provisions of paragraph 3 of this article and sketch No. 1 appended to these Regulations. Sheets of plastic-covered cloth may alternatively be repaired in accordance with the method described in paragraph 4 of this article, but in that case the weld must be made on both sides of the sheet, the patch being fitted on the inside of the sheet.

6. (a) The sheet shall be fixed to the container in strict compliance with the conditions set forth in article 1 (a) and (b) of these Regulations. The following types of fastening shall be provided:

- (i) metal rings fixed to the container;
- (ii) eyelets in the edge of the sheet;
- (iii) a fastening passing through the rings above the sheet and visible from the outside for its entire length.

The sheet shall overlap solid parts of the container by at least 250 mm, measured from the centre of the securing rings, unless the system of construction of the container by itself prevents all access to the goods.

(b) When the edge of a sheet is to be permanently secured to a container, the joint shall be continuous and effected by means of solid devices.

7. The interval between rings and between eyelets shall not exceed 200 mm. The eyelets shall be reinforced.

8. The following fastenings shall be used:

- (a) steel wire rope of at least 3 mm diameter; or
- (b) a rope of hemp or sisal of at least 8 mm diameter encased in a transparent unstretchable plastic sheath.

Wire ropes may have a transparent unstretchable plastic sheath.

9. Each rope shall be in one piece and have a hard metal end-piece at each end. The fastener of each metal end-piece shall include a hollow rivet passing through the rope so as to allow the introduction of the thread or the strap of the Customs seal. The rope shall remain visible on either side of the hollow rivet so that it is possible to ensure that the rope is in one piece (see sketch No. 5 appended to these Regulations).

10. At the openings in the sheet, used for loading and unloading, the two edges of the sheet shall have an adequate overlap. They shall also be fastened by:

(a) a flap sewn or welded in accordance with paragraphs 3 and 4 of this article;

(b) rings and eyelets meeting the conditions of paragraph 7 of this article; and

(c) a thong made of appropriate material, in one piece and unstretchable, at least 20 mm wide and 3 mm thick, passing through the rings and holding together the two edges of the sheet and the flap; the thong shall be secured inside the sheet and fitted with an eyelet to take the rope mentioned in paragraph 8 of this article.

A flap shall not be required if a special device, such as a baffle plate, is fitted, which prevents access to the goods without leaving visible traces.

11. The identification marks, which must appear on the container in accordance with Annex 1, and the approval plate provided for in Annex 5, shall in no circumstances be covered by the sheet.

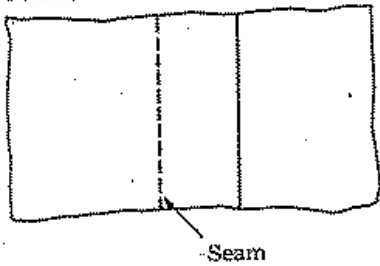
Article 5

Transitional provisions

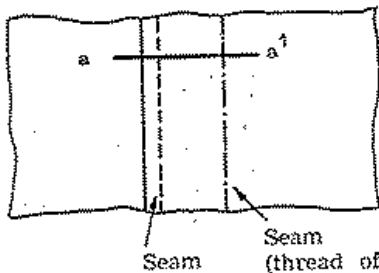
Until 1 January 1977, end-pieces shall be allowed which conform to sketch No. 7 appended to these Regulations, even if they include hollow rivets of a type previously accepted with holes of dimensions less than those given in the sketch.

Annex 4 – Sketch No. 1
SHEETS MADE OF SEVERAL PIECES
 Sewn together by means of seams

Outside view



Inside view



Seam (thread of a colour different from that of the sheet and from that of the other seam)

Section a-a'

Double flat seam

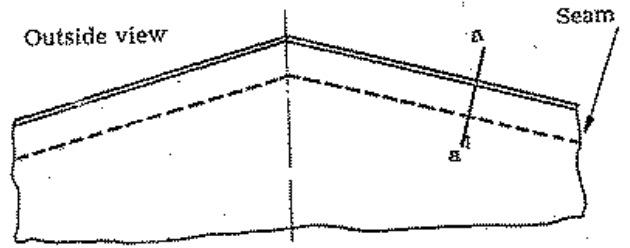


At least 15 mm Thread visible from the inside only and of a colour different from that of the sheet and from that of the other seam

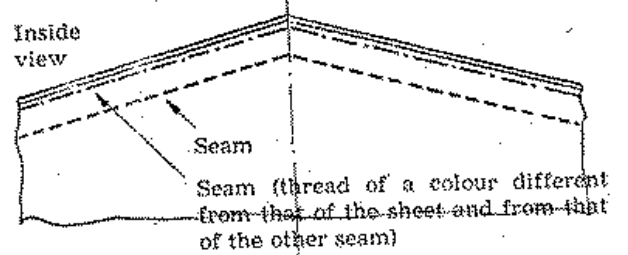
Annex 4 – Sketch No. 2
SHEETS MADE OF SEVERAL PIECES

Corner seam

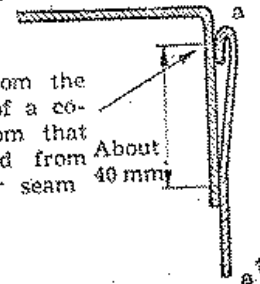
Outside view



Inside view



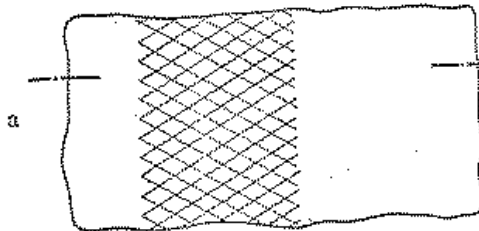
Section a-a'



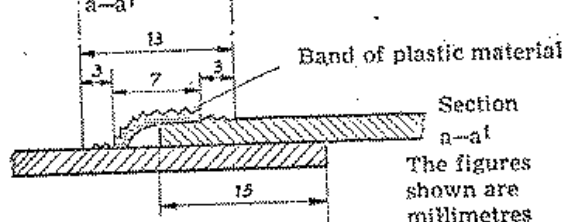
Thread visible from the inside only and of a colour different from that of the sheet and from that of the other seam About 40 mm

Annex 4 – Sketch No. 3
SHEETS MADE OF SEVERAL PIECES
 Welded together

Outside view

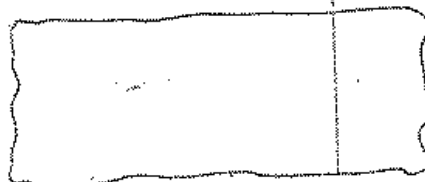


Section a-a'



Section a-a' The figures shown are millimetres

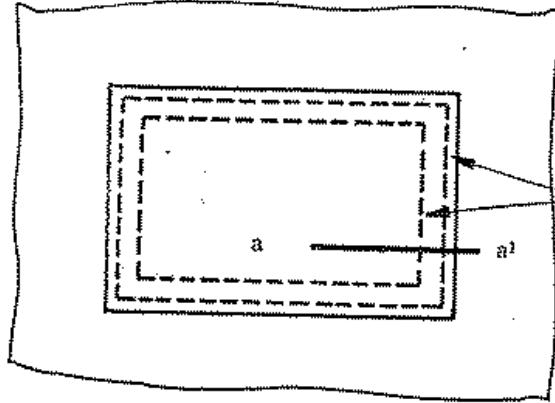
Inside view



Annex 4 – Sketch No. 4

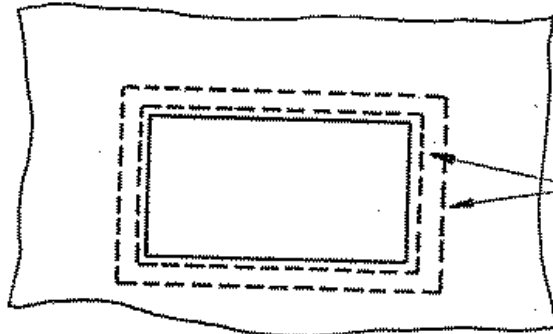
REPAIR OF THE SHEET

Outside view



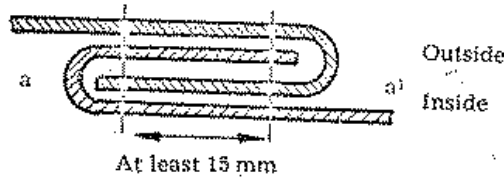
Seams

Inside view



Seams*

Section a-a¹

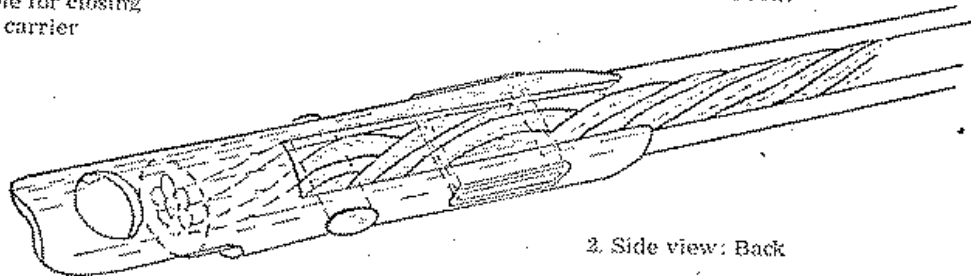
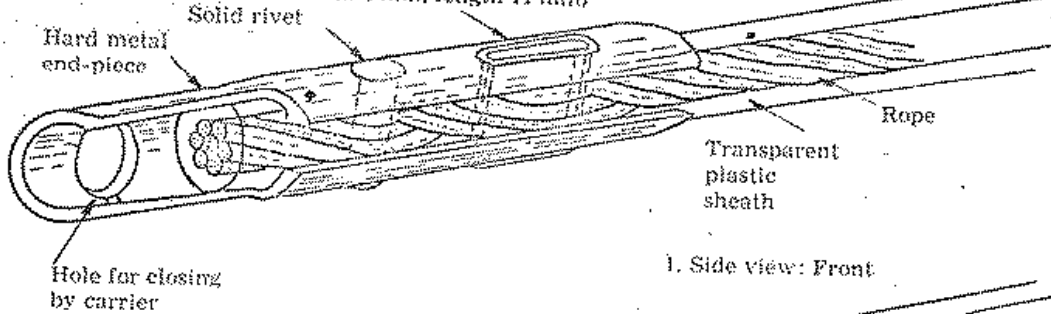


* Threads visible from the inside shall be of a colour different from that of the threads visible from the outside and from that of the sheet.

Annex 4 – Sketch No. 5

SPECIMEN OF END-PIECE

Hollow rivet for passing the thread or the strap of the Customs seal (minimum dimensions of the hole: width 3 mm, length 11 mm)



Annex 5**PROCEDURES FOR THE APPROVAL
OF CONTAINERS COMPLYING WITH THE
TECHNICAL CONDITIONS PRESCRIBED IN ANNEX 4****General**

1. Containers may be approved for the transport of goods under Customs seal either:

(a) at the manufacturing stage, by design type (procedure for approval at the manufacturing stage); or

(b) at a stage subsequent to manufacture, either individually or in respect of a specified number of containers of the same type (procedure for approval at a stage subsequent to manufacture).

Provisions common to both approval procedures

2. The competent authority responsible for granting approval shall issue to the applicant, after approval, a certificate of approval valid, as the case may be, either for an unlimited series of containers of the approved type or for a specified number of containers.

3. The beneficiary of approval shall affix an approval plate to the approved container or containers before their use for the transport of goods under Customs seal.

4. The approval plate shall be affixed permanently and in a clearly visible place adjacent to any other approval plate issued for official purposes.

5. The approval plate, conforming to model No. 1 reproduced in appendix 1 to this Annex, shall take the form of a metal plate measuring not less than 20 cm by 10 cm. The following particulars shall be stamped into or embossed on the plate or indicated on its surface in any other permanent and legible way, in at least the English or the French language.

(a) the words "Approved for transport under Customs seal";

(b) an indication of the country in which approval was granted either by name or by means of the distinguishing sign used to indicate the country of registration of motor vehicles in international road traffic, and the number (figures, letters, etc.) of the certificate of approval and the year of approval (e. g. "NL/26/73" means "Netherlands, certificate of approval No. 26, issued in 1972");

(c) the serial number assigned to the container by the manufacturer (manufacturer's number);

(d) if the container has been approved by type, the identification numbers or letters of the type of container.

6. If a container no longer complies with the technical conditions prescribed for its approval, it shall, before it can be used for the transport of goods under Customs seal, be restored to the condition which had justified its approval, so as to comply again with the said technical conditions.

7. If the essential characteristics of a container are changed, the container shall cease to be covered by the approval and shall be reapproved by the competent authority before it can be used for the transport of goods under Customs seal.

Special provisions for approval by design type at the manufacturing stage

8. Where the containers are manufactured by type series, the manufacturer may apply to the competent authority of the country of manufacture for approval by design type.

9. The manufacturer shall state in his application the identification numbers or letters which he assigns to the type of container to which his application for approval relates.

10. The application shall be accompanied by drawings and a detailed design specification of the container type to be approved.

11. The manufacturer shall give an undertaking in writing that he will:

(a) produce to the competent authority such containers of the type concerned as that authority may wish to examine;

(b) permit the competent authority to examine further units at any time during the production of the type series concerned;

(c) advise the competent authority of any change, of whatever magnitude, in the design or specification before proceeding with such change;

(d) mark the containers in a visible place with, in addition to the markings required on the approval plate, the identification numbers or letters of the design type and the serial number of the container in the type series (manufacturer's number);

(e) keep a record of containers manufactured to the approved design type.

12. The competent authority shall state what changes, if any, must be made to the proposed design type so that approval may be granted.

13. No type-approval by design type shall be granted unless the competent authority has satisfied itself by examination of one or more containers manufactured to the design type concerned that containers of that type comply with the technical conditions prescribed in Annex 4.

14. When a container type is approved there shall be issued to the applicant a single certificate of approval conforming to model No. II reproduced in appendix 2 to this Annex and valid for all containers manufactured in conformity with the specifications of the type so approved. Such certificate shall entitle the manufacturer to affix to every container of the type series an approval plate in the form prescribed in paragraph 5 of this Annex.

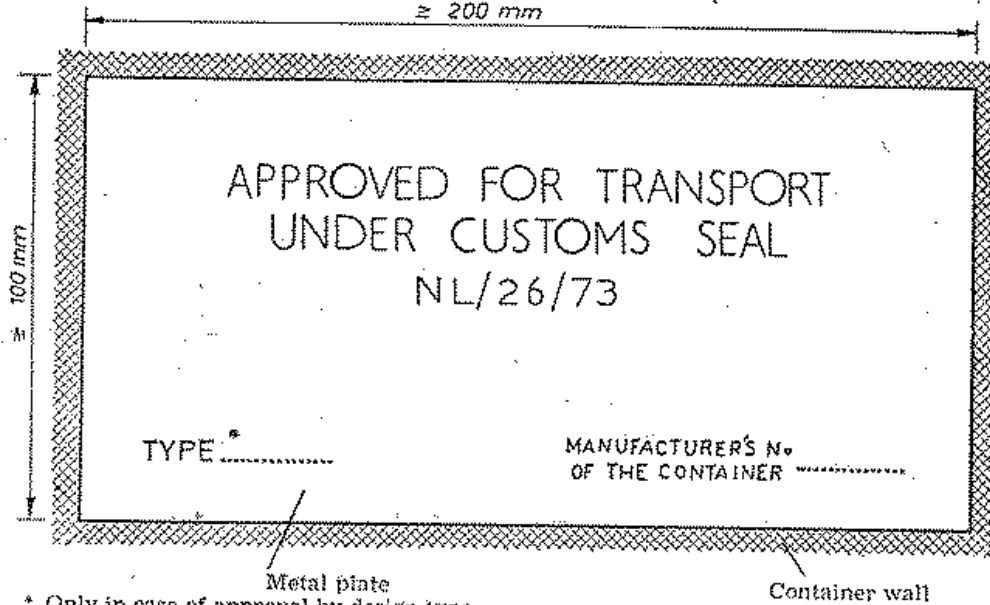
Special provisions for approval at a stage subsequent to manufacture

15. If approval has not been applied for at the manufacturing stage, the owner, the operator, or the representative of either, may apply for approval to the competent authority to which he is able to produce the container or containers and for which he seeks approval.

16. An application for approval submitted under paragraph 15 of this Annex shall state the serial number (manufacturer's number) placed on each container by the manufacturer.

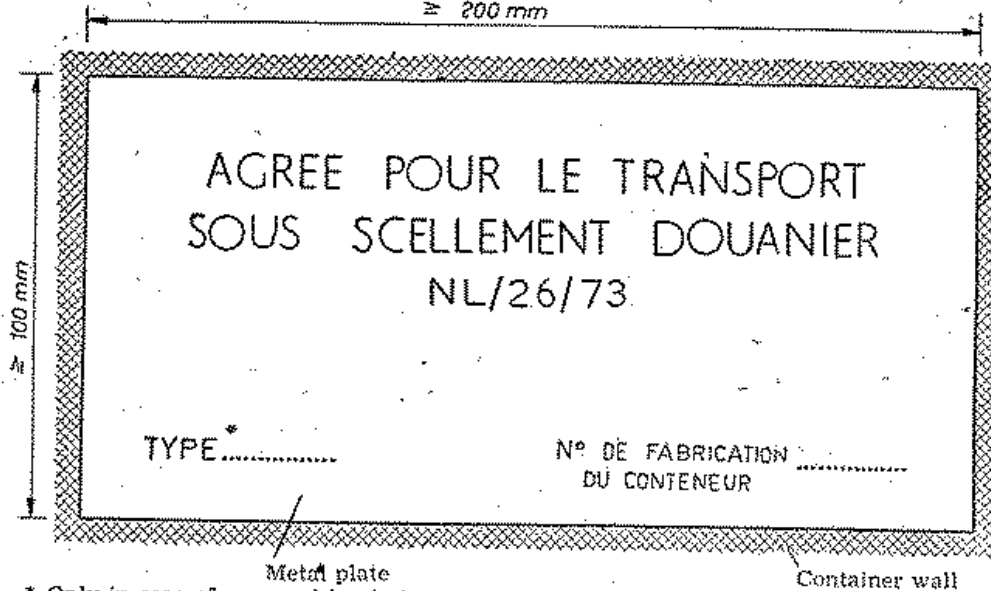
17. When the competent authority has ascertained that the container or containers comply with the technical conditions prescribed in Annex 4, by examination of as many containers as it considers necessary, it shall issue a certificate of approval conforming to model No. III reproduced in appendix 3 to this Annex and valid solely for the number of containers approved. Such certificate, which shall bear the manufacturer's serial number or numbers assigned to the container or containers to which it relates, shall entitle the applicant to affix to each container so approved the approval plate prescribed in paragraph 5 of this Annex.

Appendix 1 to Annex 5
 MODEL No. 1
 APPROVAL PLATE (English version)
 $\geq 200 \text{ mm}$



* Only in case of approval by design type

Appendix 1 to Annex 5
 MODEL No. 1
 APPROVAL PLATE (French version)
 $\geq 200 \text{ mm}$



* Only in case of approval by design type

Appendix 2 to Annex 5

MODEL NO. II
CUSTOMS CONVENTION ON CONTAINERS, 1972

Certificate of approval by design type

1. Certificate No.*/
2. This is to certify that the container design type described below has been approved and that containers manufactured to this type can be accepted for the transport of goods under Customs seal.
3. Kind of container
4. Identification number or letters of the design type
5. Identification number of the working drawings
6. Identification number of the design specifications
7. Tare weight
8. External dimensions in centimetres
9. Essential characteristics of structure (nature of materials, kind of construction, etc.)
10. This certificate is valid for all containers manufactured in conformity with the drawings and specifications referred to above.
11. Issued to
(manufacturer's name and address)

who is authorized to affix an approval plate to each container of the approved design type manufactured by him, at on 19.
(place) (date)

by
(signature and stamp of issuing service or organization)
(See notice overleaf)

*/ Insert the letters and figures, which are to be marked on the approval plate (see paragraph 3 [b] of Annex 5 to the Customs Convention on Containers, 1972).

IMPORTANT NOTICE

(Annex 5, paragraphs 6 and 7, to the
Customs Convention on Containers, 1972)

6. If a container no longer complies with the technical conditions prescribed for its approval, it shall, before it can be used for the transport of goods under Customs seal, be restored to the condition which had justified its approval, so as to comply again with the said technical conditions.
7. If the essential characteristics of a container are changed, the container shall cease to be covered by the approval and shall be reapproved by the competent authority before it can be used for the transport of goods under Customs seal.

Appendix 3 to Annex 5

MODEL NO. III
CUSTOMS CONVENTION ON CONTAINERS, 1972

Certificate of approval

granted at a stage subsequent to manufacture

1. Certificate No.*/
2. This is to certify that the container (containers) specified below has (have) been approved for the transport of goods under Customs seal.
3. Kind of container(s)
4. Serial number(s) assigned to the container(s) by the manufacturer
5. Tare weight
6. External dimensions in centimetres
7. Essential characteristics of structure (nature of materials, kind of construction, etc.)
8. Issued to
(applicant's name and address)
who is authorized to affix an approval plate* to the above-mentioned container(s),
at on 19.
(place) (date)
by
(signature and stamp of issuing service or organization)
(see notice overleaf)

*/ Insert the letters and figures, which are to be marked on the approval plate (see paragraph 3 [b] of Annex 5 to the Customs Convention on Containers, 1972).

IMPORTANT NOTICE

(Annex 5, paragraphs 6 and 7, to the
Customs Convention on Containers, 1972)

6. If a container no longer complies with the technical conditions prescribed for its approval, it shall, before it can be used for the transport of goods under Customs seal, be restored to the condition which had justified its approval, so as to comply again with the said technical conditions.
7. If the essential characteristics of a container are changed, the container shall cease to be covered by the approval and shall be reapproved by the competent authority before it can be used for the transport of goods under Customs seal.

Annex 6

EXPLANATORY NOTES

INTRODUCTION

(i) In accordance with the provisions of article 13 of the present Convention, the explanatory notes interpret some provisions of the present Convention and of its Annexes.

(ii) The explanatory notes do not modify the provisions of the present Convention or of its Annexes but make their contents, meaning and scope more precise.

(iii) In particular, having regard to the principles laid down by the provisions of article 12 of the present Convention and of Annex 4 thereto for the approval of containers for transport under Customs seal, the explanatory notes specify, where appropriate, the construction techniques to be accepted by the Contracting Parties as complying with those provisions. The explanatory notes may also specify which construction techniques, if any, do not comply with those provisions.

(iv) The explanatory notes provide a means of applying the provisions of the present Convention and of its Annexes according to the development of technology and economic requirements.

0. MAIN TEXT OF THE CONVENTION

0.1 Article 1

Sub-paragraph (c) (i) — Partially enclosed containers

0.1 (c) (i)—1 The term "partially enclosed", as applied to equipment in article 1, sub-paragraph (c) (i), relates to equipment generally consisting of a floor and a superstructure marking off a loading space equivalent to that of a closed container. The superstructure is generally made up of metal members forming the frame of a container. Containers of this type may also comprise one or more lateral or frontal walls. In some cases there is only a roof attached to the floor by uprights. This type of container is used in particular for the carriage of bulky goods (motor cars, for example).

Sub-paragraph (d) — Accessories and equipment of the container

0.1 (c)—1 The term "accessories and equipment of the container" shall cover in particular the following devices, even if they are removable:

- (a) equipment for controlling, modifying or maintaining the temperature inside the container;
- (b) small appliances, such as temperature or impact recorders, designed to indicate or record variations in environmental conditions and impact;
- (c) internal partitions, pallets, shelves, supports, hooks, and similar devices used for stowing goods.

4. ANNEX 4

4.2 Article 2

Sub-paragraph 1 (a) — Assembly of constituent parts

4.2.1 (a)—1 (a) Where joining devices (rivets, screws, bolts and nuts etc.) are used, a sufficient number of such devices shall be inserted from outside, traverse the assembled constituent parts, protrude inside and there be firmly secured (e. g. riveted, welded, bushed, bolted, and riveted or welded on the nut). However, conventional rivets (i. e. rivets whose placing requires handling from both sides of the assembly of constituent parts) may also be inserted from the inside. Notwithstanding the above, container floors may be secured by means of self-tapping screws, or self-drilling rivets or rivets inserted by means of an explosive charge, when placed from inside and passing at right angles through the floor and the metallic crosspieces under-

neath, on condition, except in the case of self-tapping screws, that some of their ends be flush with the level of the outside part of the cross-piece or be welded on to it.

- (b) The competent authority shall determine what joining devices, and how many of them, must fulfil the requirements of sub-paragraph (a) of this note; they shall do so by making sure that the constituent parts so assembled cannot be displaced without leaving visible traces. The choice and placing of other joining devices are not subject to any restriction.
- (c) Joining devices which can be removed and replaced from one side without leaving visible traces, i. e. without requiring handling from both sides of the constituent parts to be assembled, shall not be allowed under sub-paragraph (a) of this note. Examples of such devices are expansion rivets, blind rivets and the like;
- (d) The assembly methods described above shall apply to special containers, for example to insulated containers, refrigerated containers and tank containers in so far as they are not incompatible with the technical requirements which such containers must fulfil having regard to their use. Where, due to technical reasons, it is not practicable to secure parts in the manner described in sub-paragraph (a) of this note, the constituent parts may be joined by means of the devices mentioned in sub-paragraph (c) of this note provided that the joining devices used on the inner face of the wall cannot be tampered with from the outside.

Sub-paragraph 1 (b) — Doors and other closing systems

- 4.2.1 (b)—1 (a) The device on which Customs seals can be fixed must:
- (i) be secured by welding, or by not less than two joining devices conforming to sub-paragraph (a) of explanatory note 4.2.1. (a)—1; or
 - (ii) be so designed that when the container has been closed and sealed the device cannot be removed without leaving visible traces; or
 - (iii) incorporate holes of not less than 11 mm in diameter or slots of at least 11 mm in length by 3 mm in width.
- (b) Butt hinges, strap hinges, hinge-pins and other devices for hanging doors and the like must be secured in conformity with the requirements of sub-paragraph (a) of this note. Moreover, the various components of such devices (e. g. hinge-plates, pins or swivels) must be so fitted that they cannot be removed or dismantled when the container is closed and sealed without leaving visible traces. However, where such a device is not accessible from outside, it will suffice if, when the door or the like has been closed and sealed, it cannot be detached from the device without leaving visible traces. Where a door or closure-device has more than two hinges, only those two hinges nearest to the extremities of the door need be fixed in conformity with the requirements of sub-paragraph (a) (i) above.

- (c) Containers comprising a large number of such closures as valves, stopcocks, manhole covers, flanges and the like must be designed so as to keep the number of Customs seals to a minimum. To this end, neighbouring closures must be interconnected by a common device requiring only one Customs seal, or must be provided with a cover meeting the same purpose.
- (d) Containers with opening roofs must be constructed in such a manner as to permit sealing with a minimum number of Customs seals.

Sub-paragraph 1 (c) — Ventilation apertures

- 4.2.1 (c)—1 (a) Their greatest dimension must, in principle, not exceed 400 mm.
- (b) Apertures permitting direct access to the goods must be obstructed by means of wire gauze or perforated metal screens (maximum dimension of holes: 3 mm in both cases) and protected by welded metal lattice work (maximum dimension of holes: 10 mm).
- (c) Apertures not permitting direct access to the goods (e. g. because of elbow or baffle-plate systems) must be provided with the same devices, in which, however, the dimensions of the holes may be as much as 10 mm and 20 mm respectively.
- (d) Where openings are made in sheets, the devices referred to in sub-paragraph (b) of this note must in principle be prescribed. However, blocking devices in the form of a perforated metal screen fitted outside, and wire or other gauze fitted inside, will be allowed.

Sub-paragraph 1 (c) — Drainage apertures

- 4.2.1 (c)—2 (a) Their greatest dimension must, in principle, not exceed 35 mm.
- (b) Apertures permitting direct access to the goods must be provided with the devices described in sub-paragraph (b) of explanatory note 4.2.1 (c)—1 for ventilation apertures.
- (c) When drainage apertures do not permit direct access to the goods, the device referred to in sub-paragraph (b) of this note will not be prescribed, on condition that the apertures are provided with a reliable baffle system readily accessible from inside the container.

4.4 Article 4

Paragraph 3 — Sheets made up of several pieces

- 4.4.3—1 (a) The several pieces constituting one sheet may be made of different materials conforming to the provisions of Annex 4, article 4, paragraph 2.
- (b) Any arrangement of the pieces which adequately guarantees security will be allowed in making up the sheet, on condition that the pieces are assembled in conformity with the requirements of Annex 4, article 4.

Sub-paragraph 6 (a)

- 4.4.6 (a)—1 Examples of a construction system for affixing container sheets and of a system of affixing sheets around containers' corner-castings, acceptable from a Customs point of view, are given in sketches No. 1, No. 2 and No. 3 appended to this Annex.

Paragraph 8 — Textile-cored fastening ropes

- 4.4.8—1 For the purposes of this paragraph, ropes comprising a textile core surrounded by six strands consisting solely of steel wire and completely covering the core will be allowed on condition that the ropes (without taking into account the transparent plastic sheath, if any) are not less than 3 mm in diameter.

Sub-paragraph 10 (c) — Sheet thongs

- 4.4.10 (c)—1 The following materials are regarded as suitable for making thongs:
- (a) leather;
- (b) textile materials including plastic-proofed or rubberized cloth, provided that such materials cannot after severance be welded or reconstituted without leaving visible traces.
- 4.4.10 (c)—2 The device shown in sketch No. 3 appended to this Annex meets the requirements of the last part of paragraph 10 of article 4 of Annex 4. It also meets the requirements of Annex 4, article 4, paragraph 6.

5. ANNEX 5

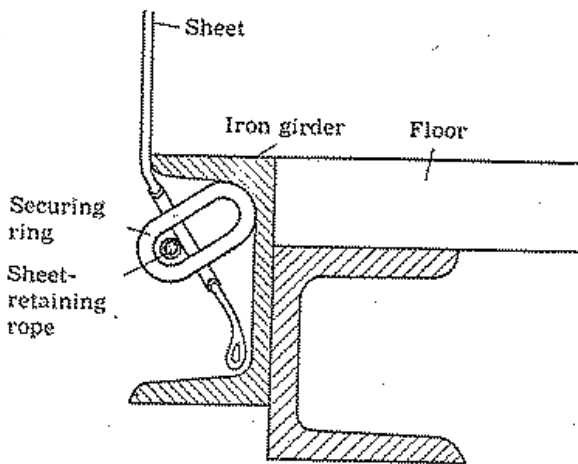
5.1 Paragraph 1 — Approval of a combination of sheeted containers

- 5.1—1 If two sheeted containers, approved for transport under Customs seal have been joined together in such a way that they form one container, covered by a single sheet and fulfilling the conditions for transport under Customs seal, a separate certificate of approval, or approval plate, shall not be required for the combination.

Annex 6 - Sketch No. 1

CONSTRUCTION DEVICE FOR AFFIXING CONTAINER SHEETS

The device illustrated below meets the requirements of Annex 4, article 4, sub-paragraph 6 (a).

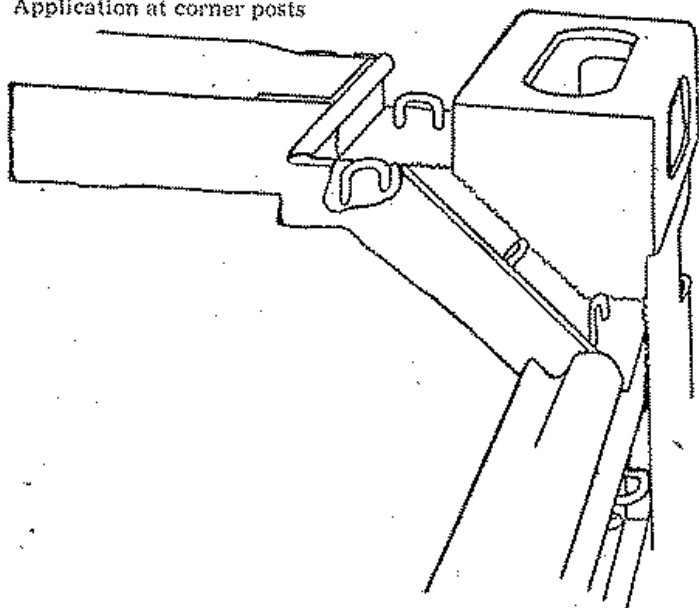


Annex 6 - Sketch No. 2

DEVICE FOR AFFIXING SHEETS AROUND CONTAINERS' CORNER-CASTINGS

The device illustrated below meets the requirements of Annex 4, article 4, sub-paragraph 6 (a).

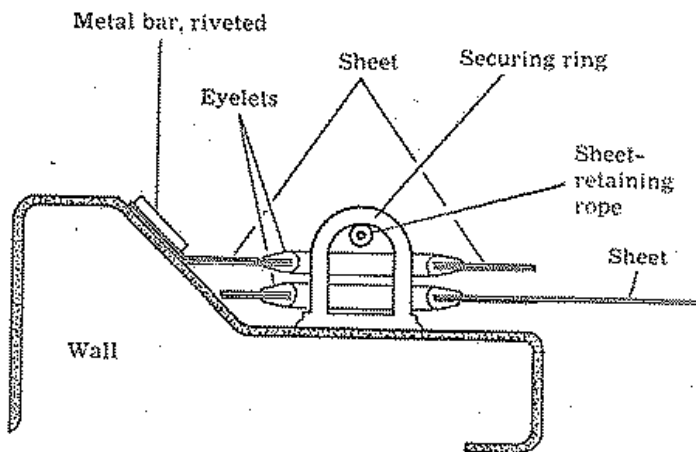
Application at corner posts



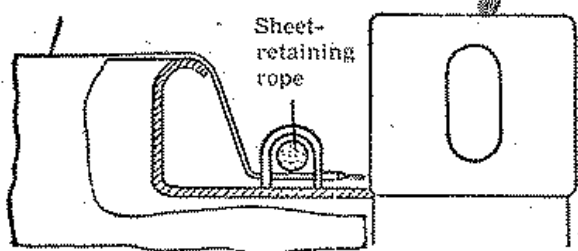
Annex 6 - Sketch No. 3

FURTHER EXAMPLE OF A METHOD OF AFFIXING CONTAINER SHEETS

The device illustrated below meets the requirements of the last part of paragraph 10 of article 4 of Annex 4. It also meets the requirements of Annex 4, article 4, paragraph 6.



Roof sheet



Sectional view

Annex 7**COMPOSITION AND RULES OF PROCEDURE
OF THE ADMINISTRATIVE COMMITTEE****Article 1**

1. The Contracting Parties shall be members of the Administrative Committee.

2. The Committee may decide that the competent administrations of States referred to in article 18 of the present Convention which are not Contracting Parties or representatives of international organizations may, for questions which interest them, attend the sessions of the Committee as observers.

Article 2

The Customs Co-operation Council shall provide the Committee with secretariat services.

Article 3

The Committee shall, at its first session each year, elect a chairman and a vice-chairman.

Article 4

The competent administrations of the Contracting Parties shall communicate to the Customs Co-operation Council proposed amendments to the present Convention and the reasons therefor, together with any request for the inclusion of items on the agenda of the sessions of the Committee. The Customs Co-operation Council shall bring them to the attention of the competent administrations of the Contracting Parties and of the States referred to in article 18 of the present Convention which are not Contracting Parties.

Article 5

1. The Customs Co-operation Council shall convene the Committee at the request of the competent administrations of at least five Contracting Parties. It shall circulate the draft agenda to the competent administrations of the Contracting Parties and of the States referred to in article 18 of the present Convention which are not Contracting Parties at least six weeks before the Committee meets.

2. On the decision of the Committee, taken by virtue of the provisions of article 1, paragraph 2, of these rules, the Customs Co-operation Council shall invite the competent administrations of the States referred to in article 18 of the present Convention which are not Contracting Parties and the international organizations concerned to be represented by observers at the sessions of the Committee.

Article 6

Proposals shall be put to the vote. Each Contracting Party represented at the meeting shall have one vote. Proposals other than amendments to the present Convention shall be adopted by the Committee by a majority of those present and voting. Amendments to the present Convention, and decisions referred to in article 21, paragraph 5, and article 22, paragraph 6, of the present Convention regarding entry into force of amendments, shall be adopted by a two-thirds majority of those present and voting.

Article 7

Before the closure of its session, the Committee shall adopt a report.

Article 8

In the absence of relevant provisions in this Annex, the Rules of Procedure of the Customs Co-operation Council shall be applicable unless the Committee decides otherwise.

PROTOCOL OF SIGNATURE

At the time of signing the present Convention of this day's date the undersigned, being duly authorized by their Governments, make the following declarations:

1. The addition, for the purpose of calculating import duties and taxes levied on importation, of the weight or value of containers granted temporary admission to the weight or value of the goods they contain, conflicts with the principle of the temporary admission of containers. The addition of a legally-determined tare-weight factor to the weight of goods conveyed in containers is permissible if it is made because of the absence of packaging or because of the nature of the packaging, and not because the goods are conveyed by container.

2. The terms of the present Convention shall not preclude the application of national provisions or of international agreements, not of a Customs nature, regulating the use of containers.

3. The one-cubic-metre limitation of the international volume, provided for in article 1 of the present Convention, does not imply the application of more restrictive regulations to containers of a smaller volume, and the Contracting Parties shall endeavour to apply a temporary admission procedure to the latter similar to that which they apply to containers defined in the present Convention.

4. As far as the procedures for the temporary admission of containers provided for in articles 6, 7 and 8 of the present Convention are concerned, the Contracting Parties recognize that the abolition of all Customs documents and guarantees would enable them to achieve one of the main purposes of the present Convention, and they will make every effort to attain this.

**ТАМОЖЕННАЯ КОНВЕНЦИЯ, КАСАЮЩАЯСЯ
КОНТЕЙНЕРОВ, 1972 ГОДА**

Преамбула

ДОГОВАРИВАЮЩИЕСЯ СТОРОНЫ,

ЖЕЛАЯ расширить и облегчить международные контейнерные перевозки,

СОГЛАСИЛИСЬ о нижеследующем:

Глава I

ОБЩИЕ ПОЛОЖЕНИЯ

Статья 1

При применении настоящей Конвенции:

а) термин «ввозные пошлины и сборы» означает таможенные пошлины и все другие пошлины, налоги, сборы и прочие суммы, взимаемые при ввозе или в связи с ввозом грузов, но исключая суммы и сборы, ограниченные по величине до приблизительной стоимости оказанных услуг;

б) термин «временный ввоз» означает временный ввоз — при условии последующего вывоза — с освобождением от уплаты таможенных пошлин и сборов и без применения импортных запретов и ограничений;

в) термин «контейнер» означает транспортное оборудование (клетка, съемная цистерна или подобное приспособление):

- i) представляющее собой полностью или частично закрытую емкость, предназначенную для помещения в нее грузов;
- ii) имеющее постоянный характер и в силу этого достаточно прочное, чтобы служить для многократного использования;
- iii) специально сконструированное для облегчения перевозки грузов одним или несколькими видами транспорта без промежуточной перегрузки грузов;
- iv) сконструированное таким образом, чтобы была облегчена его перегрузка, в частности, с одного вида транспорта на другой;
- v) сконструированное таким образом, чтобы его можно было легко загружать и разгружать;
- vi) имеющее внутренний объем не менее одного кубического метра;

термин «контейнер» охватывает принадлежности и оборудование контейнера, необходимые для данного типа контейнера, при условии, что такие принадлежности и оборудование перевозятся вместе с контейнером. Термин «контейнер» не включает транспортные средства, принадлежности, запасные части транспортных средств и упаковку;

д) термин «внутренние перевозки» означает перевозки грузов, погруженных на территории данного государства и подлежащих разгрузке на территории того же государства;

е) термин «лицо» означает как физическое, так и юридическое лицо;

ф) термин «предприятие по эксплуатации контейнеров» означает лицо, которое, независимо от того, является ли оно владельцем или нет, осуществляет эффективный контроль за использованием контейнера.

Статья 2

Для того, чтобы предусмотренные в настоящей Конвенции условия распространялись на контейнеры, последние должны маркироваться в соответствии с положениями, изложенными в Приложении 1.

Глава II

ВРЕМЕННЫЙ ВВОЗ

а) Условия временного ввоза

Статья 3

1. При выполнении условий, изложенных в статьях 4—9, каждая Договаривающаяся Сторона разрешает временный ввоз как грузеных, так и порожних контейнеров.

2. Каждая Договаривающаяся Сторона оставляет за собой право не разрешать временный ввоз контейнеров, которые были предметом купли, аренды или аренды-купли или контракта аналогичного характера, заключенного лицом, проживающим или имеющим постоянное местожительство на ее территории.

Статья 4

1. Контейнеры, ввезенные в соответствии с процедурой временного ввоза, подлежат вывозу в течение трех месяцев со дня их ввоза. Однако этот срок может быть продлен компетентными таможенными органами.

2. Вывоз контейнеров, ввезенных в соответствии с процедурой временного ввоза, может осуществляться через любую надлежющую таможню даже в том случае, если эта таможня не является таможенной, через которую был осуществлен временный ввоз.

Статья 5

1. Несмотря на содержащееся в пункте 1 статьи 4 требование в отношении вывоза, это требование не будет применяться по отношению к серьезно поврежденным контейнерам при условии, что в соответствии с правилами данной страны и в той степени, в какой это разрешается ее таможенными органами, они будут:

а) обложены ввозными пошлинами и сборами, которые будут с них причитаться в тот момент, когда они были представлены, и с учетом состояния, в каком они были представлены; или

б) безвозмездно переданы компетентным органам этой страны; или

в) уничтожены под официальным контролем за счет заинтересованных сторон, причем уцелевшие детали или материалы будут обложены ввозными пошлинами и сборами, которые будут с них причитаться в тот момент, когда они были представлены, и с учетом состояния, в каком они были представлены.

2. Если контейнер, ввезенный в соответствии с процедурой временного ввоза, не может быть вывезен в результате ареста, исполнение требования о вывозе, предусмотренное в пункте 1 статьи 4, приостанавливается на время ареста.

б) Процедура временного ввоза

Статья 6

Без ущерба для положений статей 7 и 8, к контейнерам, временно ввезенным в соответствии с условиями настоящей Конвенции, применяется режим временного ввоза без предъявления таможенных документов при их ввозе и вывозе, а также без представления гарантий.

Статья 7

Каждая Договаривающаяся Сторона может обусловить временный ввоз контейнеров выполнением всех или части формальностей процедуры временного ввоза контейнеров, изложенной в Приложении 2.

Статья 8

Каждая Договаривающаяся Сторона в тех случаях, когда положения статьи 6 не могут быть применены, сохраняет за собой право требовать представления какого-либо вида гарантии и/или таможенных документов, касающихся ввоза и вывоза контейнера.

с) Условия использования контейнеров, ввезенных в соответствии с процедурой временного ввоза**Статья 9**

1. Договаривающиеся Стороны разрешают использование контейнеров, ввезенных с применением процедуры временного ввоза в соответствии с положениями настоящей Конвенции, для внутренних перевозок грузов, и в этом случае каждая Договаривающаяся Сторона имеет право возложить в обязанность выполнение всех или некоторых условий, указанных в Приложении 3.

2. Положение, предусмотренное в пункте 1, будет применяться без ущерба для действующих на территории каждой Договаривающейся Стороны правил в отношении транспортных средств, буксирующих или перевозящих контейнеры.

д) Особые случаи**Статья 10**

1. Разрешается временный ввоз запасных частей, предназначенных для ремонта временно ввезенных контейнеров.

2. Невывезенные замененные части будут в соответствии с правилами заинтересованной страны и в той степени, в какой это допускается таможенными органами этой страны:

а) обложены ввозными пошлинами и сборами, которые будут с них причитаться в тот момент, когда они были представлены, и с учетом состояния, в каком они представлены; или

б) безвозмездно переданы компетентным органам этой страны; или

в) уничтожены под официальным контролем за счет заинтересованных сторон.

3. Положения статей 6, 7 и 8 будут применяться с соответствующими изменениями к временному ввозу запасных частей, предусмотренному в пункте 1.

Статья 11

1. Договаривающиеся Стороны согласились разрешить временный ввоз принадлежностей и оборудования временно ввезенных контейнеров, ввозимых либо вместе с контейнером и вывозимых отдельно или с другим контейнером, либо ввозимых отдельно и вывозимых вместе с контейнером.

2. Положения пункта 2 статьи 3 и статей 4, 5, 6, 7 и 8 будут применяться с соответствующими изменениями к временному ввозу принадлежностей и оборудования контейнеров, упомянутому в пункте 1. Эти принадлежности и оборудование могут использоваться во внутренних перевозках в соответствии с положениями пункта 1 статьи 9, когда они перевозятся вместе с контейнером, на который распространяются положения указанного пункта.

Глава III**ДОПУЩЕНИЕ КОНТЕЙНЕРОВ К ПЕРЕВОЗКАМ ПОД ТАМОЖЕННЫМИ ПЕЧАТАМИ И ПЛОМБАМИ****Статья 12**

1. В целях допущения к перевозке грузов под таможенными печатами и пломбами контейнеры должны отвечать положениям Правил, изложенных в Приложении 4.

2. Допущение производится в соответствии с одной из процедур, предусмотренных в Приложении 5.

3. Контейнеры, допущенные одной Договаривающейся Стороной для перевозки грузов под таможенными печатами и пломбами, допускаются другими Договаривающимися Сторонами при любом режиме международных перевозок под таможенными печатами и пломбами.

4. Каждая Договаривающаяся Сторона оставляет за собой право не признавать действительность свидетельства о допущении контейнеров, которые не отвечают условиям, изложенным в Приложении 4. Тем не менее Договаривающимся Сторонам не следует задерживать перевозки, когда обнаруженные дефекты не имеют большого значения и не связаны с возможностью контрабанды.

5. Перед повторным использованием для перевозки грузов под таможенными печатами и пломбами любой контейнер, свидетельство о допущении которого больше не признается, должен либо быть приведен в состояние, которое послужило основанием для его допущения, либо быть вновь подвергнут процедуре допущения.

6. Когда обнаруживается, что какой-то дефект существовал во время процедуры допущения контейнера, ответственный за допущение компетентный орган информируется об этом.

7. Если обнаруживается, что контейнеры, допущенные для перевозки грузов под таможенными печатами и пломбами в соответствии с процедурами, описанными в пункте 1 а) и б) Приложения 5, фактически не отвечают техническим условиям Приложения 4, компетентный орган, который предоставил допущение, принимает меры, необходимые для приведения контейнеров в соответствие с требуемыми техническими условиями, или отменяет допущение.

Глава IV**ПОЯСНИТЕЛЬНЫЕ ЗАПИСКИ****Статья 13**

Пояснительные записки, приведенные в Приложении 6, содержат пояснение некоторых положений настоящей Конвенции и Приложений к ней.

Глава V**ПРОЧИЕ ПОЛОЖЕНИЯ****Статья 14**

Настоящая Конвенция не препятствует применению более льготных условий, которые Договаривающиеся Стороны предоставляют или могут пожелать предоставить как в силу односторонних решений, так и на основе двусторонних или многосторонних соглашений, при условии, что предоставленные таким образом льготы не будут препятствовать применению положений настоящей Конвенции.

Статья 15

Всякое нарушение положений настоящей Конвенции, всякий подлог, ложная декларация или действие, имеющие следствием незаконное распространение на какое-либо лицо или предмет льгот, предоставляемых положениями настоящей Конвенции, влекут за собой санкции в стране, где совершено правонарушение, в соответствии с законами данной страны.

Статья 16

Договаривающиеся Стороны представляют друг другу при наличии соответствующей просьбы информацию, необходимую для применения положений настоящей Конвенции, и, в частности, информацию, относящуюся к допущению контейнеров, а также к техническим характеристикам их конструкций.

Статья 17

Приложения к настоящей Конвенции и Протокол о подписании являются неотъемлемой частью Конвенции.

Глава VI

ЗАКЛЮЧИТЕЛЬНЫЕ ПОЛОЖЕНИЯ

Статья 18

Подписание, ратификация, принятие, одобрение и присоединение

1. Настоящая Конвенция открыта для подписания до 15 января 1973 года в Отделении Организации Объединенных Наций в Женеве и впоследствии с 1 февраля 1973 года до 31 декабря 1973 года включительно в Центральных Учреждениях Организации Объединенных Наций в Нью-Йорке всеми государствами-членами Организации Объединенных Наций либо любого специализированного учреждения или Международного агентства по атомной энергии, либо участниками Статута Международного Суда, а также любым другим государством, приглашенным Генеральной Ассамблеей Организации Объединенных Наций стать участником настоящей Конвенции.
2. Настоящая Конвенция подлежит ратификации, принятию или одобрению подписавшими ее государствами.
3. Настоящая Конвенция остается открытой для присоединения к ней любого из государств, указанных в пункте 1.
4. Документы о ратификации, принятии, одобрении или присоединении сдаются на хранение Генеральному Секретарю Организации Объединенных Наций.

Статья 19

Вступление в силу

1. Настоящая Конвенция вступает в силу по истечении девяти месяцев со дня сдачи на хранение пятого документа о ратификации, принятии, одобрении или присоединении.
2. Для каждого государства, ратифицировавшего, принявшего или одобрившего настоящую Конвенцию или присоединившегося к ней после сдачи на хранение пятого документа о ратификации, принятии, одобрении или присоединении, настоящая Конвенция вступает в силу по истечении шести месяцев со дня сдачи на хранение этим государством своего документа о ратификации, принятии, одобрении или присоединении.
3. Считается, что любой документ о ратификации, принятии, одобрении или присоединении, сданный на хранение после вступления в силу поправки к настоящей Конвенции, относится к измененному тексту Конвенции.
4. Считается, что любой такой документ, сданный на хранение после принятия поправки, но до вступления ее в силу, относится к измененному тексту Конвенции со дня вступления в силу этой поправки.

Статья 20

Прекращение действия Таможенной конвенции, касающейся контейнеров (1956 г.)

1. С момента вступления настоящей Конвенции в силу ею отменяется и замещается в отношениях между участниками настоящей Конвенции Таможенная конвенция, касающаяся контейнеров, открытая для подписания в Женеве 18 мая 1956 года.
2. Без ущерба для положений пунктов 1, 2 и 4 статьи 12 конвенции, допущенные к перевозкам в соответствии с положениями Таможенной конвенции, касающейся контейнеров (1956 г.), или в соответствии с вытекающими из нее соглашениями, заключенными под эгидой Организации Объединенных Наций, допускаются любой Договаривающейся Стороной к перевозке грузов под таможенными печатями и пломбами, если они по-прежнему отвечают условиям, в соответствии с которыми они были первоначально допущены к перевозкам. С этой целью свидетельства о допущении, выданные в соответствии с положениями Таможенной конвенции, касающейся контейнеров (1956 г.), могут быть заменены табличкой о допущении до истечения срока действия этих свидетельств.

Статья 21

Процедура внесения поправок в настоящую Конвенцию, в том числе в Приложения к ней

1. Любая Договаривающаяся Сторона может предложить одну или более поправок к настоящей Конвенции. Текст любой предложенной поправки сообщается Совету таможенного сотрудничества, который направляет его всем Договаривающимся Сторонам и информирует о нем государства, упомянутые в статье 18, не являющиеся Договаривающимися Сторонами. Совет таможенного сотрудничества должен также в соответствии с правилами процедуры, изложенными в Приложении 7, созвать Административный комитет.
2. Любая поправка, предложенная в соответствии с предыдущим пунктом или разработанная на сессии Комитета и одобренная большинством в две трети присутствующих и голосующих в Комитете, направляется Генеральному Секретарю Организации Объединенных Наций.
3. Генеральный Секретарь Организации Объединенных Наций сообщает текст поправки Договаривающимся Сторонам для принятия, а также государствам, упомянутым в статье 18, не являющимся Договаривающимися Сторонами, для их информации.
4. Любая предложенная поправка, о которой сообщается в соответствии с предыдущим пунктом, считается принятой, если в течение 12 месяцев с момента сообщения текста предложенной поправки Генеральным Секретарем Организации Объединенных Наций ни одна из Договаривающихся Сторон не заявила против нее возражения.
5. Генеральный Секретарь Организации Объединенных Наций в возможно кратчайший срок уведомляет все Договаривающиеся Стороны и государства, упомянутые в статье 18, не являющиеся Договаривающимися Сторонами, о том, было ли заявлено возражение против предложенной поправки. Если о возражении против предложенной поправки было сообщено Генеральному Секретарю Организации Объединенных Наций, поправка считается непринятой, и в связи с ней не принимается никаких мер. Если о таком возражении не было сообщено Генеральному Секретарю Организации Объединенных Наций, поправка вступает в силу для всех Договаривающихся Сторон через три месяца по истечении периода в 12 месяцев, указанного в предыдущем пункте, или в такой более поздний срок, какой может быть определен Административным комитетом в момент ее принятия.
6. Любая Договаривающаяся Сторона может путем уведомления Генерального Секретаря Организации Объединенных Наций обратиться с просьбой о созыве конференции в целях пересмотра настоящей Конвенции. Генеральный Секретарь Организации Объединенных Наций уведомляет все Договаривающиеся Стороны об этой просьбе и созывает конференцию по пересмотру Конвенции, если в течение периода в четыре месяца с даты уведомления Генеральным Секретарем Организации Объединенных Наций не менее одной трети Договаривающихся Сторон уведомят его о своей поддержке этой просьбы. Такая конференция созывается также Генеральным Секретарем Организации Объединенных Наций по получению им соответствующей просьбы от Административного комитета. Административный комитет представляет такую просьбу при наличии соответствующего решения, принятого большинством присутствующих и голосующих в Комитете. Если конференция созывается в соответствии с настоящим пунктом, Генеральный Секретарь Организации Объединенных Наций приглашает для участия в ней все государства, упомянутые в статье 18.

Статья 22

Особая процедура внесения поправок в Приложения 1, 4, 5 и 6

1. Независимо от процедуры внесения поправок, изложенной в статье 21, поправки в Приложения 1, 4, 5 и 6 могут вноситься, как это предусмотрено настоящей статьей, и в соот-

ветствии с правилами процедуры, изложенными в Приложении 7.

2. Любая Договаривающаяся Сторона направляет предложение о внесении поправок Совету таможенного сотрудничества. Совет таможенного сотрудничества доводит их до сведения Договаривающихся Сторон и государств, упомянутых в статье 18, не являющихся Договаривающимися Сторонами, и созывает Административный комитет.

3. Любая поправка, предложенная в соответствии с предыдущим пунктом или разработанная на сессии Комитета и принятая большинством в две трети присутствующих и голосующих в Комитете, направляется Генеральному Секретарю Организации Объединенных Наций.

4. Генеральный Секретарь Организации Объединенных Наций рассылает поправку Договаривающимся Сторонам для принятия, а также государствам, упомянутым в статье 18, не являющимся Договаривающимися Сторонами, для их информации.

5. Поправка считается принятой, если одна пятая или пять Договаривающихся Сторон, причем во внимание принимается меньшее из этих двух чисел, не уведомляют Генерального Секретаря Организации Объединенных Наций в течение 12 месяцев с момента направления предложенной поправки Генеральным Секретарем Организации Объединенных Наций Договаривающимся Сторонам о том, что они возражают против этого предложения. В отношении предложенной поправки, которая не принимается, не предусматривается никаких мер.

6. Если поправка принимается, она вступает в силу для всех Договаривающихся Сторон, которые не заявили возражения против данной предложенной поправки, через три месяца по истечении упомянутого в предыдущем пункте периода в двенадцать месяцев, или в такой более поздний срок, какой может быть определен Административным комитетом в момент ее принятия. В момент принятия поправки Комитет может также решить, что в течение переходного периода существующие Приложения останутся в силе полностью или частично наряду с такой поправкой.

7. Генеральный Секретарь Организации Объединенных Наций уведомляет о дате вступления в силу поправки Договаривающихся Сторон и информирует государства, упомянутые в статье 18, не являющиеся Договаривающимися Сторонами.

Статья 23

Денонсация

Любая Договаривающаяся Сторона может денонсировать настоящую Конвенцию путем сдачи соответствующего документа на хранение Генеральному Секретарю Организации Объединенных Наций. Денонсация вступает в силу по истечении одного года со дня сдачи такого документа на хранение Генеральному Секретарю Организации Объединенных Наций.

Статья 24

Прекращение действия

Настоящая Конвенция теряет силу, если число Договаривающихся Сторон составляет менее пяти в течение какого-либо периода последовательных двенадцати месяцев.

Статья 25

Разрешение споров

1. Любой спор между двумя или более Договаривающимися Сторонами в отношении толкования или применения настоящей Конвенции, который не может быть разрешен путем переговоров или другими средствами урегулирования, передается по просьбе одной из них арбитражному суду, составленному следующим образом: каждый участник спора назначает арбитра, и эти два арбитра назначают третьего арбитра, который является председателем. Если по истечении трех месяцев со дня получения просьбы один из участников не может назначить арбитра или арбитры не могут избрать председателя, любой из участников может обратиться к Генераль-

ному Секретарю Организации Объединенных Наций с просьбой назначить арбитра или председателя арбитражного суда.

2. Решение арбитражного суда, назначенного в соответствии с положениями пункта 1, имеет обязательную силу для участников спора.

3. Арбитражный суд устанавливает свои правила процедуры.

4. Решения арбитражного суда относительно его процедуры и места заседания, а также любого рассматриваемого им спора принимаются большинством голосов.

5. Любой спор, который может возникнуть между участниками спора в отношении толкования и выполнения решения, может быть передан любым из участников на рассмотрение арбитражного суда, который вынес это решение.

Статья 26

Оговорки

1. Оговорки к настоящей Конвенции допускаются, за исключением оговорок, относящихся к положениям статей 1—8, 12—17, 20, 25 и настоящей статьи, а также оговорок, относящихся к положениям, содержащимся в Приложениях, при условии, что эти оговорки представляются в письменном виде, и, если они представлены до сдачи на хранение документа о ратификации, принятии, одобрении или присоединении, они подтверждены в этом документе. Генеральный Секретарь Организации Объединенных Наций направляет эти оговорки всем государствам, указанным в статье 18.

2. Любая оговорка, сделанная в соответствии с пунктом 1:

а) изменяет для Договаривающейся Стороны, сделавшей такую оговорку в рамках этой оговорки, положения настоящей Конвенции, к которым она относится; и

б) изменяет в такой же мере эти положения и для других Договаривающихся Сторон в их взаимоотношениях с Договаривающейся Стороной, сделавшей оговорку.

3. Любая Договаривающаяся Сторона, которая представила оговорку в соответствии с пунктом 1, может снять ее в любое время посредством уведомления, адресованного Генеральному Секретарю Организации Объединенных Наций.

Статья 27

Уведомление

Помимо уведомлений и сообщений, предусмотренных в статьях 21, 22 и 26, Генеральный Секретарь Организации Объединенных Наций сообщает всем государствам, указанным в статье 18:

а) о подписании, ратификации, принятии, одобрении и присоединении в соответствии со статьей 18;

б) о датах вступления в силу настоящей Конвенции в соответствии со статьей 19;

в) о дате вступления в силу поправок к настоящей Конвенции в соответствии со статьями 21 и 22;

г) о денонсациях в соответствии со статьей 23;

е) о прекращении действия настоящей Конвенции в соответствии со статьей 24.

Статья 28

Аутентичные тексты

Подлинник настоящей Конвенции, английский, испанский, китайский, русский и французский тексты которой являются равно аутентичными, сдается на хранение Генеральному Секретарю Организации Объединенных Наций, который направляет должным образом заверенные копии всем государствам, указанным в статье 18.

В УДОСТОВЕРЕНИЕ ЧЕГО нижеподписавшиеся Полномочные представители, должным образом уполномоченные своими правительствами, подписали настоящую Конвенцию.

СОВЕРШЕНО в Женеве второго декабря тысяча девятьсот семьдесят второго года.

Приложение 1**ПОЛОЖЕНИЯ, КАСАЮЩИЕСЯ МАРКИРОВКИ КОНТЕЙНЕРОВ**

1. В соответствующем видном месте на контейнере должна быть прочным образом нанесена следующая информация:

а) идентификационные данные владельца или основного предприятия по эксплуатации контейнеров;

б) опознавательные знаки и номера контейнера, данные владельцем или предприятием по эксплуатации контейнеров; и

в) вес тары контейнера, включая все его постоянное оборудование.

2. Страна, которой принадлежит контейнер, может обозначаться полностью или с помощью отличительного знака, используемого для обозначения страны регистрации автотранспортных средств, находящихся в международном движении. В каждой стране вопрос об указании на контейнерах ее названия или отличительного знака может регулироваться национальным законодательством. Идентификационные данные владельца или предприятия по эксплуатации контейнеров могут указываться либо полностью, либо с помощью инициалов при условии, что последние представляют собой ранее установленный опознавательный знак, исключая такие обозначения, как эмблемы или флаги.

3. На контейнерах, допущенных к перевозкам под таможенными печатями и пломбами, проставляются, кроме того, следующие данные, которые наносятся также на табличку о допуске в соответствии с положениями Приложения 5:

а) порядковый заводской номер (заводской номер); и

б) в случае, если они допускались по типу конструкции, опознавательные номера или буквы этого типа.

Приложение 2**ПРОЦЕДУРА ВРЕМЕННОГО ВВОЗА, ПРЕДУСМОТРЕННАЯ СТАТЬЕЙ 7 НАСТОЯЩЕЙ КОНВЕНЦИИ**

1. При применении положений статьи 7 настоящей Конвенции каждая Договаривающаяся Сторона использует для проверки движения контейнеров, ввезенных в соответствии с процедурой временного ввоза, документы, в которых владельцы или предприятия по эксплуатации контейнеров или их представители регистрируют движение этих контейнеров.

2. Будут применяться следующие положения:

а) владелец или предприятие по эксплуатации контейнеров должен быть представлен в стране, в которую контейнеры ввозятся в соответствии с процедурой временного ввоза;

б) владелец или предприятие по эксплуатации контейнеров либо их представитель принимает в письменном виде обязательство:

и) предоставлять таможенным органам указанной страны по их требованию подробную информацию о движении каждого контейнера, ввезенного в соответствии с процедурой временного ввоза, включая дату и место его ввоза в данную страну и вывоза из данной страны;

ii) уплачивать ввозные пошлины и сборы, которые могут налагаться в тех случаях, когда не выполнены условия временного ввоза.

Приложение 3**ИСПОЛЬЗОВАНИЕ КОНТЕЙНЕРОВ ВО ВНУТРЕННИХ ПЕРЕВОЗКАХ**

Каждой Договаривающейся Стороне предоставляется право предписывать в пределах своей территории следующие условия в отношении использования контейнеров во внутренних перевозках в соответствии с положениями статьи 9 настоящей Конвенции:

а) в результате перевозки, осуществляемой по разумно прямому маршруту, контейнер доставляется к месту или возможно ближе к месту, где контейнер должен загружаться экспортным грузом или откуда он должен быть вывезен порожним;

б) перед вывозом контейнер используется во внутренних перевозках только один раз.

Приложение 4**ПРАВИЛА, КАСАЮЩИЕСЯ ТЕХНИЧЕСКИХ УСЛОВИЙ, ПРИМЕНИМЫХ К КОНТЕЙНЕРАМ, КОТОРЫЕ МОГУТ ДОПУСКАТЬСЯ К МЕЖДУНАРОДНЫМ ПЕРЕВОЗКАМ ПОД ТАМОЖЕННЫМИ ПЕЧАТЯМИ И ПЛОМБАМИ****Статья 1****Основные принципы**

К международной перевозке грузов под таможенными печатями и пломбами могут допускаться лишь контейнеры, сконструированные и оборудованные таким образом:

а) чтобы грузы не могли извлекаться из опечатанной части контейнера или загружаться туда без оставления видимых следов взлома или повреждения таможенных печатей и пломб;

б) чтобы таможенные печати и пломбы могли налагаться простым и надежным способом;

в) чтобы в них не было никаких потайных мест для сокрытия грузов;

г) чтобы все места, в которые могут помещаться грузы, были легко доступны для таможенного досмотра.

Статья 2**Конструкция контейнеров**

1. Для удовлетворения требованиям статьи 1 настоящих Правил:

а) составные элементы контейнера (стенки, пол, двери, крыша, стойки, рамы, поперечные элементы и т. д.) должны соединяться либо с помощью приспособлений, которые не могут быть сняты снаружи и вновь поставлены на место без оставления видимых следов, либо с помощью методов, обеспечивающих такую конструкцию, которая не может быть изменена без оставления видимых следов. Когда стенки, пол, двери и крыша изготовлены из различных элементов, они должны отвечать тем же требованиям и быть достаточно прочными;

б) двери и прочие системы закрытия (включая запорные краны, крышки лазов, фланцы и т. д.) должны иметь приспособление, на которое могли бы быть наложены таможенные печати и пломбы. Это приспособление должно быть таким, чтобы его нельзя было снять снаружи и вновь поставить на место без оставления видимых следов и чтобы двери и запирающие устройства не могли открываться без нарушения таможенных печатей и пломб. Последние должны быть соответствующим образом защищены. Разрешается делать открывающиеся крыши;

в) вентиляционные и дренажные отверстия должны быть снабжены устройством, препятствующим доступу внутрь контейнера. Это устройство должно быть такой конструкции, чтобы его нельзя было снять снаружи и вновь поставить на место без оставления видимых следов.

2. Несмотря на положения пункта в) статьи 1 настоящих Правил, разрешается наличие составных элементов контейнера, которые по практическим соображениям должны включать полые пространства (например, между составными частями двойной стенки). Для того чтобы эти пространства нельзя было использовать в целях сокрытия грузов:

и) внутренняя обшивка контейнера должна быть устроена таким образом, чтобы ее нельзя было снимать и возвращать на место без оставления видимых следов; или:

- ii) количество указанных пространств должно быть ограничено до минимума, и эти пространства должны быть легко доступны для таможенного контроля.

Статья 3

Складные или разборные контейнеры

Складные или разборные контейнеры должны отвечать положениям статей 1 и 2 настоящих Правил; кроме того, они должны иметь приспособления, фиксирующие различные части после сборки контейнера. Эти фиксирующие приспособления, если они расположены с наружной стороны собранного контейнера, должны быть такой конструкции, чтобы на них можно было накладывать таможенные печати и пломбы.

Статья 4

Крытые брезентом контейнеры

1. Положения статей 1, 2 и 3 настоящих Правил распространяются на крытые брезентом контейнеры в той мере, в какой они могут к ним применяться. Кроме того, эти контейнеры должны отвечать положениям настоящей статьи.

2. Брезент должен быть изготовлен либо из прочного холста, либо из неэластичной, достаточно прочной, покрытой пластмассой или прорезиненной ткани. Брезент должен быть в исправном состоянии и изготовлен таким образом, чтобы по закреплению приспособления для закрывания доступ к грузу был невозможен без оставления видимых следов.

3. Если брезент составлен из нескольких кусков, края этих кусков должны быть загнуты один в другой и простроены двумя швами, отстоящими друг от друга по крайней мере на 15 мм. Эти швы должны быть сделаны так, как показано на рис. № 1, приложенном к настоящим Правилам; однако, если на некоторых частях брезента (например, на задних откидных полах и усиленных углах) невозможно соединить полосы указанным способом, достаточно загнуть край верхней части брезента и прошить полосы так, как показано на рис. № 2, приложенном к настоящим Правилам. Один из швов должен быть виден лишь изнутри, и цвет нитки, используемой для этого шва, должен определенно отличаться от цвета самого брезента, а также от цвета нитки, используемой для другого шва. Все швы должны быть простроены на машине.

4. Если брезент составлен из нескольких кусков ткани, покрытой пластмассой, эти куски могут быть также соединены посредством спайки соответственно рис. № 3, приложенному к настоящим Правилам. Край каждого куска должен перекрывать край другого куска по крайней мере на 15 мм. Соединение кусков должно быть обеспечено по всей этой ширине. Наружный край соединения должен быть покрыт полосой из пластмассы шириной по крайней мере в 7 мм, накладываемой тем же способом спайки. На этой полосе, а также с каждой ее стороны, по крайней мере на 3 мм в ширину, должен быть проштампован единообразный четкий рельеф. Спайка производится таким образом, чтобы куски не могли быть разъединены и снова соединены без оставления видимых следов.

5. Починка производится способом, показанным на рис. № 4, приложенном к настоящим Правилам; сшиваемые края должны быть загнуты один в другой и соединены двумя ясно видимыми швами, отстоящими друг от друга по крайней мере на 15 мм; цвет нитки, видимой изнутри, должен отличаться от цвета нитки, видимой снаружи, и от цвета самого брезента; все швы должны быть простроены на машине. В тех случаях, когда брезент поврежденный у краев, ремонтируется путем замены поврежденной части заплатой, шов может также прострачиваться в соответствии с положениями пункта 3 настоящей статьи и рис. № 1, приложенным к настоящим Правилам. Починка брезента из ткани, покрытой пластмассой, может также производиться в соответствии с методом, описанным в пункте 4 настоящей статьи, но в этом случае спайка должна делаться с обеих сторон брезента, а заплатка накладываться изнутри.

6. а) Брезент должен прикрепляться к контейнеру в точном соответствии с условиями, изложенными в пунктах а) и б) статьи 1 настоящих Правил. Предусматривается применение следующих видов крепления:

- i) металлические кольца, прикрепляемые к контейнеру;
- ii) проушины по краям брезента;
- iii) веревка или трос, проходящие через кольца над брезентом и видимые с внешней стороны по всей длине.

Брезент должен находить на твердую часть контейнера по крайней мере на ширину 250 мм, измеренную от центра крепежных колец, если система конструкции контейнера сама по себе не препятствует доступу к грузам.

б) Если необходимо обеспечить глухое крепление краев брезента к контейнеру, соединение должно быть непрерывным и осуществляться при помощи прочных дателей.

7. Расстояние между кольцами и между проушинами не должно превышать 200 мм. Проушины должны быть жесткими.

8. Должны применяться следующие виды крепления:

- а) стальной трос диаметром не менее 3 мм; или
- б) веревка из пеньки или sisala диаметром не менее 8 мм, заключенная в прозрачную неэластичную пластмассовую оболочку.

Тросы могут заключаться в прозрачный неэластичный кожух из пластмассы.

9. Каждый трос или веревка должны состоять из одного куска и иметь металлические наконечники на обоих концах. Приспособление для прикрепления каждого металлического наконечника должно состоять из полой заклепки, которая проходит через трос или веревку и через которую может быть продернута бечевка или лента для таможенных печатей и пломб. Трос или веревка должны оставаться видимыми с обеих сторон полой заклепки, чтобы можно было удостовериться в том, что они действительно состоят из одного куска (см. рис. № 5, приложенный к настоящим Правилам).

10. В местах, где в брезенте имеются окна, используемые для загрузки и разгрузки, оба края брезента должны соответствующим образом перекрываться. Они должны также закрепляться с помощью:

- а) откидной полой, пришитой или приваренной в соответствии с положениями пунктов 3 и 4 настоящей статьи;
- б) колец и проушин, отвечающих условиям пункта 7 настоящей статьи; и

- в) ремня, изготовленного из одного куска соответствующего неэластичного материала шириной не менее 20 мм и толщиной не менее 3 мм, проходящего через кольца и соединяющего оба края брезента и откидную полой; ремень прикрепляется с внутренней стороны брезента и должен иметь проушину для пропускания троса или веревки, упомянутых в пункте 8 настоящей статьи.

Откидная полая не нужна, если имеется специальное устройство (защитная перегородка и т. д.), которое препятствует доступу к грузам без оставления видимых следов.

11. Опознавательные знаки, которые должны проставляться на контейнере в соответствии с Приложением 1, и табличка о допущении, предусмотренная в Приложении 5, ни в коем случае не должны закрываться брезентом.

Статья 5

Переходные положения

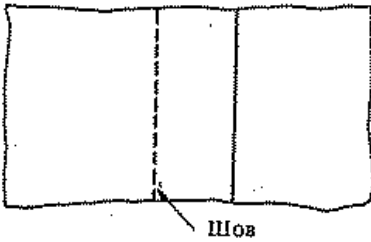
До 1 января 1977 года будет допускаться использование наконечников, соответствующих рис. № 5, прилагаемому к настоящим Правилам, даже если они будут включать полые заклепки ранее принятого типа с отверстиями, размеры которых меньше приведенных на этом рисунке.

Приложение 4 — Рис. № 1

БРЕЗЕНТ, ИЗГОТОВЛЕННЫЙ ИЗ НЕСКОЛЬКИХ КУСКОВ ТКАНИ

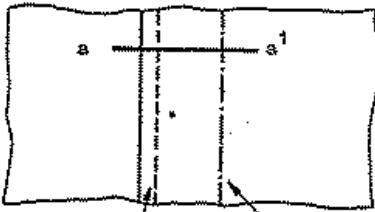
Построены с помощью швов

Вид снаружи



Шов

Вид изнутри



Шов

Шов (нитька, цвет которой отличается от цвета брезента и цвета нитки другого шва)

Разрез а—а'

Плоский двойной шов



Не менее 15 мм

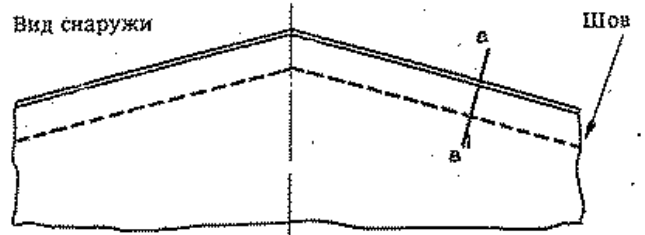
Видимая только изнутри нитка, цвет которой отличается от цвета брезента и от цвета нитки другого шва

Приложение 4 — Рис. № 2

БРЕЗЕНТ, ИЗГОТОВЛЕННЫЙ ИЗ НЕСКОЛЬКИХ КУСКОВ ТКАНИ

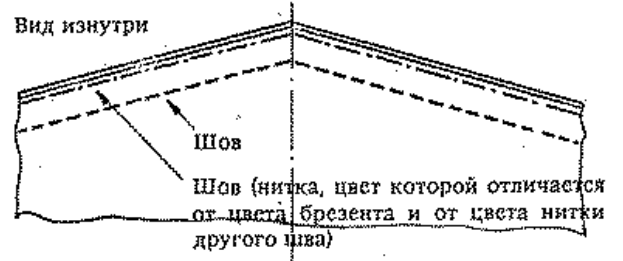
Угловой шов

Вид снаружи



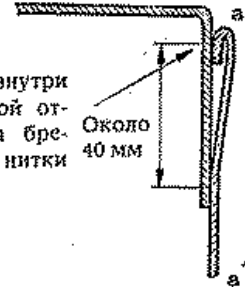
Шов

Вид изнутри



Шов (нитька, цвет которой отличается от цвета брезента и от цвета нитки другого шва)

Разрез а—а'



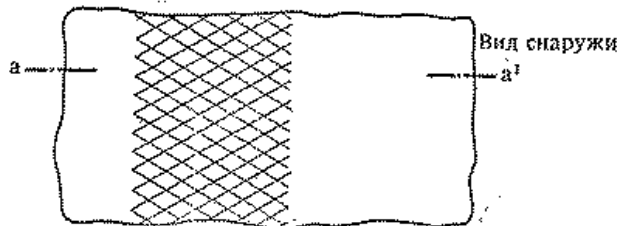
Видимая только изнутри нитка, цвет которой отличается от цвета брезента и от цвета нитки другого шва

Около 40 мм

Приложение 4 — Рис. № 3

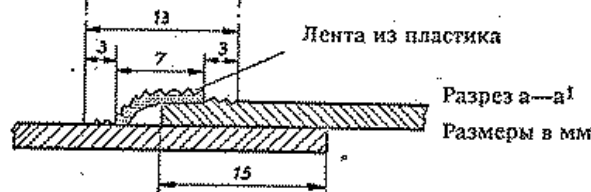
БРЕЗЕНТ, ИЗГОТОВЛЕННЫЙ ИЗ НЕСКОЛЬКИХ КУСКОВ ТКАНИ

Соединены посредством спайки



Вид снаружи

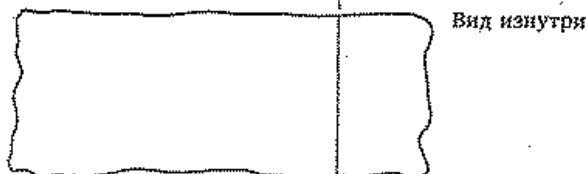
Разрез а—а'



Лента из пластика

Разрез а—а'

Размеры в мм

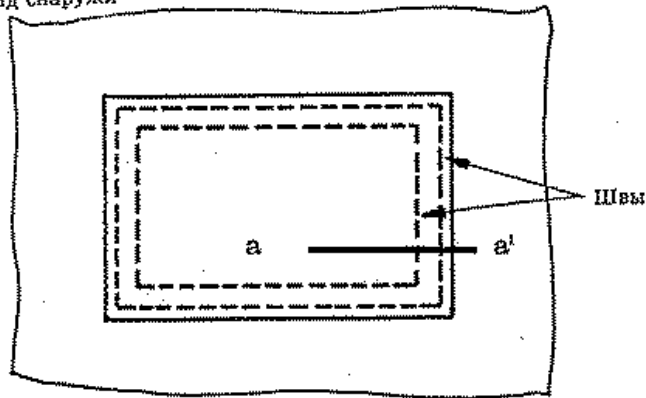


Вид изнутри

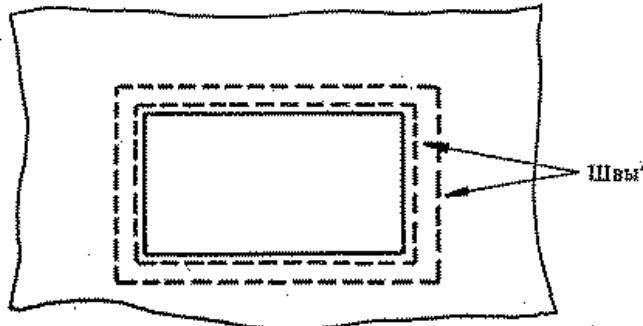
Приложение 4 — Рис. № 4

ПОЧИНКА БРЕЗЕНТА

Вид снаружи



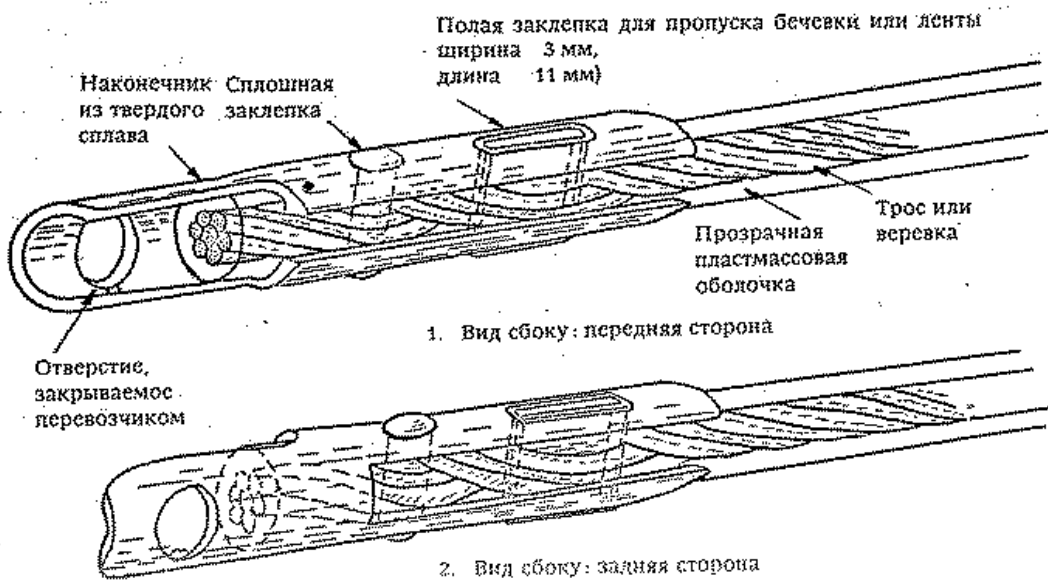
Вид изнутри



* Нитки, видимые изнутри, отличаются по цвету от ниток, видимых снаружи, и от брезента.

Приложение 4 — Рис. № 5

ОБРАЗЕЦ НАКОНЕЧНИКА



Приложение 5

ПРОЦЕДУРА ДОПУЩЕНИЯ КОНТЕЙНЕРОВ,
ОТВЕЧАЮЩИХ ТЕХНИЧЕСКИМ ТРЕБОВАНИЯМ,
ПРЕДУСМОТРЕННЫМ В ПРИЛОЖЕНИИ 4

Общие положения

1. Контейнеры могут быть допущены для перевозки грузов под таможенными печатями и пломбами:

а) либо на стадии производства — по типу конструкции (процедура допущения на стадии производства);

б) либо на каком-либо последующем этапе — в индивидуальном порядке или определенными партиями контейнеров одного и того же типа (процедура допущения на каком-либо этапе после изготовления).

Общие положения для обеих процедур допущения

2. Компетентный орган, который осуществляет процедуру допущения, выдает после допущения предприятию, сделавшему заявку, свидетельство о допущении, действительное, в зависимости от обстоятельств, либо для неограниченного числа контейнеров допущенного типа, либо для определенного числа контейнеров.

3. Прежде чем приступить к перевозке грузов под таможенными печатями и пломбами, владелец свидетельства о допущении должен прикрепить табличку о допущении на допущенный контейнер (допущенные контейнеры).

4. Табличка о допущении должна прочно крепиться на хорошо видимом месте рядом с любой другой табличкой о допущении, выдаваемой с официальными целями.

5. Табличка о допущении, соответствующая образцу № 1, который приводится в добавлении 1 к настоящему Приложению, представляет собой металлическую пластинку размером не менее 20 см x 10 см. На ее поверхности должны быть выгравированы резцом, выдавлены рельефом или четко и прочно нанесены любым другим способом, но крайней мере на французском или на английском языке, приводимые ниже надписи:

а) надпись «Допущен для перевозки под таможенными печатями и пломбами»;

б) название страны, где контейнер был допущен, либо полностью, либо в виде отличительного знака, используемого для указания страны регистрации автотранспортных средств, находящихся в международном движении, и номер свидетельства о допущении (цифры, буквы и т. д.), а также год допущения (например, «NL/26/73» означает «Нидерланды, свидетельство о допущении № 26, выданное в 1973 году»);

в) порядковый номер контейнера, присвоенный ему заводом-изготовителем (заводской номер);

г) если контейнер допущен по типу конструкции — опознавательные номера или буквы данного типа контейнера.

6. Если контейнер не отвечает больше техническим требованиям, предписанным процедурой его допущения, то, прежде чем использоваться для перевозки грузов под таможенными печатями и пломбами, он должен быть приведен в состояние, послужившее основанием для его допущения, таким образом, чтобы вновь отвечать этим техническим требованиям.

7. Если основные характеристики контейнера изменены, допущение этого контейнера теряет силу, и он должен стать предметом нового допущения компетентным органом, прежде чем использоваться для перевозки грузов под таможенными печатями и пломбами.

Особые положения, касающиеся допущения по типу конструкции на стадии производства

8. Когда контейнеры одного и того же типа конструкции строятся серийно, завод-изготовитель может обратиться к компетентному органу страны, в которой они производятся, с просьбой об их допущении по типу конструкции.

9. Завод-изготовитель должен указать в своей заявке опознавательные номера и буквы, которые он присваивает типу контейнеров, являющемуся предметом его заявки.

10. К этой заявке должны прилагаться чертежи и подробное описание типа конструкции контейнера, подлежащего допущению.

11. Завод-изготовитель должен письменно обязаться:

а) представить компетентному органу те из контейнеров данного типа, которые этот орган пожелает осмотреть;

б) разрешить компетентному органу осматривать другие экземпляры в любой момент в ходе серийного производства данного типа;

в) информировать компетентный орган и любых изменениях в чертежах и описаниях конструкции, какой бы важности они ни были, до того как эти изменения будут произведены;

г) на видимом месте наносить на контейнеры, кроме знаков, предусмотренных для табличек о допущении, опознавательные номера и буквы типа конструкции, а также порядковый номер каждого серийного выпускаемого контейнера данного типа (заводской номер);

е) вести учет контейнеров, построенных в соответствии с допущенным типом.

12. Компетентный орган указывает в случае необходимости изменения, которые следует внести и предусмотренный тип конструкции для допущения к перевозке.

13. Ни один контейнер не может быть допущен согласно процедуре допущения по типу конструкции, если компетентный орган не пришел к заключению на основании осмотра одного или нескольких построенных по этому типу контейнеров, что контейнеры этого типа отвечают техническим условиям, предусмотренным в Приложении 4.

14. После допущения какого-либо типа контейнера предприятию, сделавшему заявку, выдается в единственном экземпляре свидетельство о допущении, соответствующее образцу № 11, приведенному в добавлении 2 к настоящему Приложению, и действительное для всех контейнеров, которые будут строиться в соответствии с спецификациями допущенного типа. Это свидетельство дает право заводу-изготовителю крепить к каждому серийному контейнеру данного типа табличку о допущении, предусмотренную в пункте 5 настоящего Приложения.

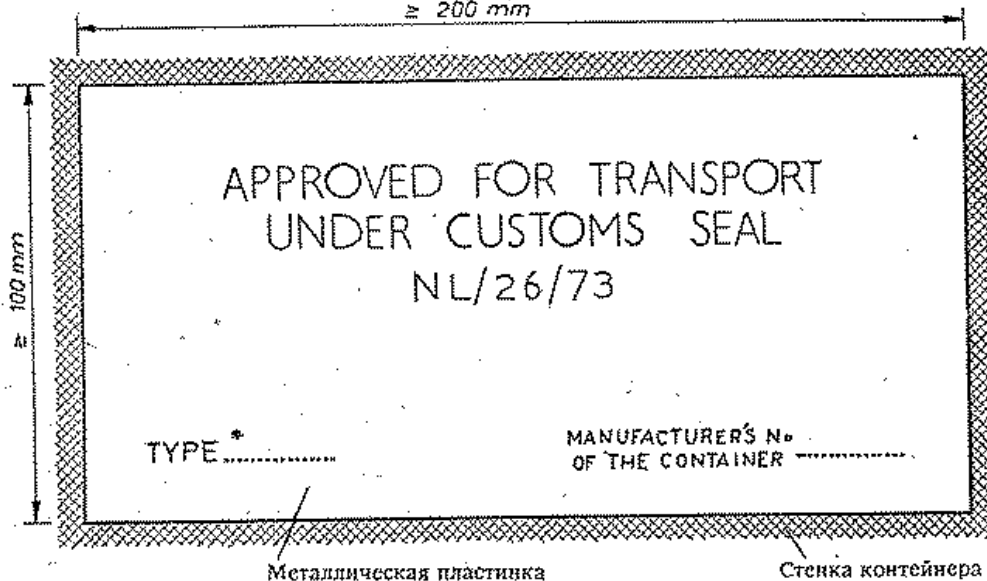
Особые положения, касающиеся допущения на каком-либо этапе после изготовления

15. Если не было сделано заявки о допущении на стадии производства, владелец предприятия по эксплуатации контейнеров или представитель того или другого могут обратиться с просьбой о таком допущении к компетентному органу, которому они могут представить контейнер или контейнеры, допущение которых испрашивается.

16. Любая заявка о допущении в случае, предусмотренном в пункте 15 настоящего Приложения, должна содержать порядковый номер (заводской номер), наносимый заводом-изготовителем на каждый контейнер.

17. Когда компетентный орган путем осмотра такого числа контейнеров, которое он считает необходимым, удостоверится в том, что этот контейнер или эти контейнеры отвечают техническим условиям, предусмотренным в Приложении 4, он выдает свидетельство о допущении, соответствующее образцу № III, приведенному в добавлении 3 к настоящему Приложению, и действительное лишь для того числа контейнеров, которое было допущено. Это свидетельство, в котором указаны порядковый номер или порядковые номера, присвоенные заводом-изготовителем контейнеру или контейнерам, к которым оно относится, дает право предприятию, сделавшему заявку, прикреплять на каждом допущенном контейнере табличку о допущении, предусмотренную в пункте 5 настоящего Приложения.

Добавление 1 к Приложению 5
ОБРАЗЕЦ № 1
ТАБЛИЧКА О ДОПУЩЕНИИ (английский вариант)
≥ 200 mm

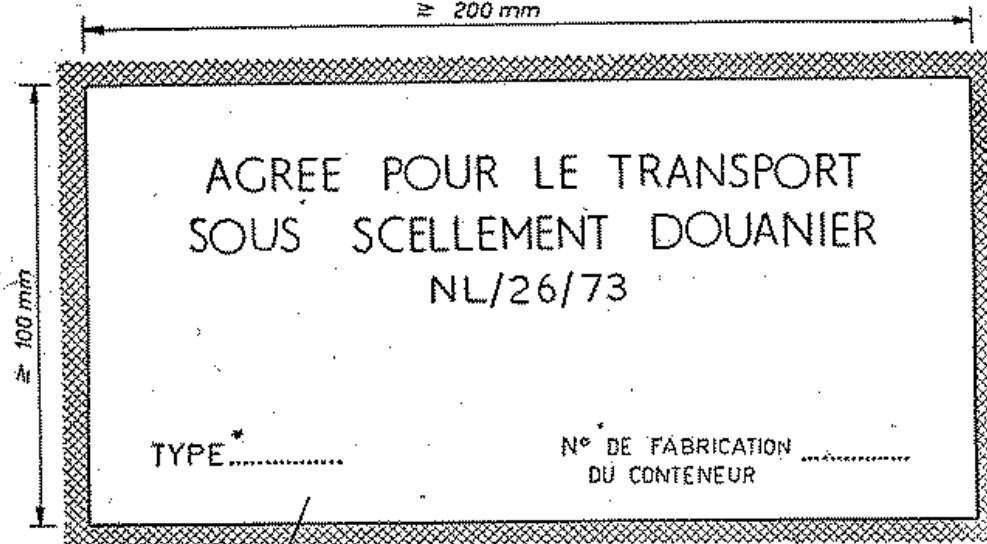


Металлическая пластинка

Стенка контейнера

* Только в случае допущения по типу конструкции.

Добавление 1 к Приложению 5
ОБРАЗЕЦ № 1
ТАБЛИЧКА О ДОПУЩЕНИИ (французский вариант)
≥ 200 mm



Металлическая пластинка

Стенка контейнера

* Только в случае допущения по типу конструкции.

Добавление 2 к Приложению 5

ОБРАЗЕЦ № II

ТАМОЖЕННАЯ КОНВЕНЦИЯ,
КАСАЮЩАЯСЯ КОНТЕЙНЕРОВ, 1972 г.

Свидетельство о допущении по типу конструкции

1. Номер свидетельства*)
2. Удостоверяется, что описанный ниже тип контейнера допущен к перевозке и что контейнеры, изготовленные согласно этому типу, могут быть допущены к перевозке грузов под таможенными печатами и пломбами.
3. Род контейнера
4. Оповознательные номера или буквы типа конструкции
5. Оповознательный номер чертежей
6. Оповознательный номер описаний конструкции
7. Вес тары
8. Наружные размеры в см
9. Основные характеристики конструкции (вид материалов, тип конструкции и т. д.)
10. Настоящее свидетельство действительно для всех контейнеров, изготовленных в соответствии с указанными выше чертежами и описаниями конструкции.
11. Выдано

(название и адрес завода-изготовителя)

которому разрешено прикреплять табличку о допущении на каждом изготовленном им контейнере допущенного типа.

..... 19..
(место)

(дата)

(подпись и печать учреждения или организации,
выдающего(ей) свидетельство)

(См. предупреждение на обороте)

*) Указать буквы и цифры, которые должны проставляться на табличке о допущении (см. подпункт в пункта 5 Приложения 5 к Таможенной конвенции, касающейся контейнеров, 1972 г.).

ВНИМАНИЕ

(Пункты 6 и 7 Приложения 5 к Таможенной конвенции,
касающейся контейнеров, 1972 г.)

6. Если контейнер не отвечает больше техническим требованиям, предписанным процедурой его допущения, то, прежде чем использоваться для перевозки грузов под таможенными печатами и пломбами, он должен быть приведен в состояние, послужившее основанием для его допущения, таким образом, чтобы вновь отвечать этим техническим требованиям.
7. Если основные характеристики контейнера изменены, допущение этого контейнера теряет силу, и он должен стать предметом нового допущения компетентным органом, прежде чем использоваться для перевозки грузов под таможенными печатами и пломбами.

Добавление 3 к Приложению 5

ОБРАЗЕЦ № III

ТАМОЖЕННАЯ КОНВЕНЦИЯ,
КАСАЮЩАЯСЯ КОНТЕЙНЕРОВ, 1972 г.Свидетельство о допущении на каком-либо
этапе после изготовления

1. Номер свидетельства*)
2. Удостоверяется, что указанный(ые) ниже контейнер(ы) допущен(ы) к перевозке грузов под таможенными печатами и пломбами.
3. Род контейнера(ов)
4. Порядковый(ые) номер(а), присвоенный(ые) контейнеру(ам) заводом-изготовителем
5. Вес тары
6. Наружные размеры в см
7. Основные характеристики конструкции (вид материалов, тип конструкции и т. д.)
8. Выдано

..... 19..
(место)

(дата)

(подпись и печать учреждения или организации,
выдающего(ей) свидетельство)

(См. предупреждение на обороте)

*) Указать буквы и цифры, которые должны проставляться на табличке о допущении (см. подпункт в пункта 5 Приложения 5 к Таможенной конвенции, касающейся контейнеров, 1972 г.).

ВНИМАНИЕ

(Пункты 6 и 7 Приложения 5 к Таможенной конвенции,
касающейся контейнеров, 1972 г.)

6. Если контейнер не отвечает больше техническим требованиям, предписанным процедурой его допущения, то, прежде чем использоваться для перевозки грузов под таможенными печатами и пломбами, он должен быть приведен в состояние, послужившее основанием для его допущения, таким образом, чтобы вновь отвечать этим техническим требованиям.
7. Если основные характеристики контейнера изменены, допущение этого контейнера теряет силу, и он должен стать предметом нового допущения компетентным органом, прежде чем использоваться для перевозки грузов под таможенными печатами и пломбами.

Приложение 6

ПОЯСНИТЕЛЬНЫЕ ЗАПИСКИ

ВВЕДЕНИЕ

1) В соответствии с положениями статьи 13 настоящей Конвенции пояснительные записки содержат пояснения некоторых положений настоящей Конвенции и Приложений к ней.

ii) Пояснительные записки не изменяют положений настоящей Конвенции или Приложений к ней, а лишь уточняют их содержание, смысл и сферу применения.

iii) В частности, в связи с принципами, устанавливаемыми положениями статьи 12 настоящей Конвенции и Приложения 4 к ней в отношении допущения контейнеров к перевозкам под таможенными печатями и пломбами, в пояснительных записках содержатся в соответствующих случаях указания о конструктивных особенностях, которые должны рассматриваться Договаривающимися Сторонами как отвечающие этим положениям. В пояснительных записках может также указываться, в случае необходимости, какие конструктивные особенности не отвечают этим положениям.

iv) Пояснительные записки обеспечивают возможность приведения в соответствие положений настоящей Конвенции и Приложений к ней с уровнем технического развития и экономическими требованиями.

0. ОСНОВНОЙ ТЕКСТ КОНВЕНЦИИ

0.1 Статья 1

Подпункт c) i) — Частично закрытые контейнеры

0.1. c) i) — 1

Термин «частично закрытый» применительно к оборудованию, упомянутому в подпункте c) i) статьи 1, относится к оборудованию, состоящему обычно из пола и верхней конструкции, образующей погрузочное пространство, эквивалентное погрузочному пространству закрытого контейнера. Верхняя конструкция обычно состоит из металлических элементов, образующих каркас контейнера. Контейнеры такого типа могут включать также одну или несколько боковых или торцовых стенок. В некоторых случаях имеется только крыша, прикрепленная к полу стойками. Этот тип контейнера используется, в частности, для перевозки громоздких грузов (например, легковых автомобилей).

Подпункт d) — Принадлежности и оборудование контейнера

0.1. c) — 1

Термин «принадлежности и оборудование контейнера» включает, в частности, следующие устройства даже в том случае, если они являются съемными:

- оборудование, предназначенное для контроля, изменения или поддержания температуры внутри контейнера;
- небольшие приборы, например приборы для записи температуры или ударных воздействий, предназначенные для показания или регистрации изменения окружающих условий и ударных воздействий;
- внутренние перегородки, поддоны, полки, опоры, крючки и аналогичные устройства, служащие для размещения и крепления груза.

4. ПРИЛОЖЕНИЕ 4

4.2 Статья 2

Подпункт 1 а) — Сборка составных элементов

4.2.1. a) — 1

a) В случае применения крепежных деталей (заклепок, шурупов, болтов, гаек и т. д.) достаточное число таких деталей должно вставляться с наружной стороны, проходить через скрепляемые элементы, выступать внутри и там жестко закрепляться (например, при помощи заклепок, сварки, втулок, болтов, приклеивания или приварки гаек). Однако обычные заклепки (т. е. заклепки, постановка

которых осуществляется с обеих сторон собираемого узла) могут вставляться также с внутренней стороны. Независимо от вышесказанного, пол контейнера может прикрепляться с помощью самонарезающих шурупов или самосверлящих заклепок или заклепок, вставляемых с помощью заряда взрывчатого вещества, устанавливаемых изнутри и проходящих вертикально через пол и нижние металлические поперечины, при условии, за исключением случаев самонарезающих шурупов, что некоторые их концы не будут выступать над уровнем наружной поверхности поперечин или будут приварены к ним.

b) Компетентный орган определяет, какие крепежные детали и в каком количестве должны соответствовать требованиям подпункта a) настоящей записки; он должен удостовериться в том, что составные элементы собраны таким образом, что их нельзя переместить без оставления видимых следов. Выбор и размещение любых других крепежных деталей не подлежат никаким ограничениям.

c) Применение крепежных деталей, которые могут быть удалены или заменены с одной стороны без оставления видимых следов, т. е. деталей, постановка которых производится только с одной стороны собираемого узла, по условиям пункта a) настоящей записки не допускается. Примером таких деталей являются распорные заклепки, глухие заклепки и т. д.

d) Вышеописанные методы сборки распространяются на специальные контейнеры, например на изотермические контейнеры, контейнеры-рефрижераторы и контейнеры-цистерны постольку, поскольку они не противостоят техническим требованиям, которым должны удовлетворять такие контейнеры в соответствии со своим назначением. В тех случаях когда по техническим причинам невозможно скреплять составные элементы методами, описанными в подпункте a) настоящей записки, составные элементы могут соединяться при помощи деталей, описанных в подпункте c) настоящей записки, при условии, что к крепежным деталям, используемым с внутренней стороны стенки, не будет доступа с наружной стороны.

Подпункт 1 b) — Двери и прочие системы закрывания

4.2.1. b) — 1

a) Приспособление, на котором могут быть поставлены таможенные печати и пломбы, должно:

- прикрепляться при помощи сварки или по крайней мере двух крепежных деталей, удовлетворяющих требованиям подпункта a) пояснительной записки 4.2.1. a) — 1; или
- иметь такую конструкцию, чтобы после закрытия и опечатания контейнера нельзя было снять это приспособление без оставления видимых следов; или
- иметь отверстия диаметром не менее 11 мм или прорезы длиной не менее 11 мм при ширине 3 мм.

b) Петли, навески, шарниры и другие детали для навешивания дверей и т. п. должны при-

крепиться в соответствии с требованиями подпункта а) настоящей записки. Кроме того, различные составные части такого устройства (например, петли, шкворни или шарниры) должны прикрепляться таким образом, чтобы при закрытом и опечатанном контейнере их нельзя было снять или переместить без оставления видимых следов. Однако в тех случаях, когда к такому устройству нет доступа с наружной стороны, достаточно обеспечить невозможность отсоединения закрытой и опечатанной двери от данного устройства без оставления видимых следов. В том случае если дверь или система закрывания имеет более двух петель, только две ближайшие к оконечностям двери петли должны крепиться в соответствии с требованиями вышеприведенного подпункта а) i).

c) Контейнеры с большим числом таких закрывающих устройств, как клапаны, стопорные краны, крышки люков, фланцы и т. п., должны иметь такую конструкцию, чтобы число таможенных печатей и пломб могло быть по возможности ограничено. С этой целью соседние закрывающие устройства должны быть связаны при помощи общего приспособления, требующего постановки только одной таможенной печати или пломбы, или должны быть снабжены крышкой, отвечающей тем же требованиям.

d) Контейнеры с открывающейся крышей должны быть сконструированы таким образом, чтобы можно было опечатывать их при помощи минимального числа таможенных печатей и пломб.

Подпункт 1 c) — Вентиляционные отверстия

4.2.1. c) — 1 a) Максимальный их размер в принципе не должен превышать 400 мм.

b) Отверстия, дающие непосредственный доступ к грузу, должны быть заслонены проволоочной сеткой или перфорированным металлическим экраном (с максимальным размером отверстий в обоих случаях 3 мм) и защищены сварной металлической решеткой (с максимальным размером отверстий 10 мм).

c) Отверстия, не дающие прямого доступа к грузу (например, благодаря наличию системы колен или дефлекторов), должны оборудоваться такими же устройствами, но размеры отверстий могут достигать соответственно 10 и 20 мм.

d) В тех случаях, когда отверстия устраиваются в брезенте, в принципе должно предусматриваться наличие устройств, упомянутых в подпункте b) настоящей записки. Однако допускается постановка закрывающих устройств в виде перфорированного металлического экрана, помещаемого снаружи, и проволоочной или иной сетки, помещаемой с внутренней стороны.

Подпункт 1 c) — Дренажные отверстия

4.2.1. c) — 2 a) Максимальный их размер в принципе не должен превышать 35 мм.

b) Отверстия, дающие непосредственный доступ к грузу, должны оборудоваться устройствами, предписанными в подпункте b) пояснительной записки 4.2.1. c) — 1 для вентиляционных отверстий.

c) В тех случаях, когда дренажные отверстия не дают прямого доступа к грузу, указанные в подпункте b) настоящей записки устройства не требуются при условии, что отверстия оборудованы надежной системой дефлекторов, легко доступной с внутренней стороны контейнера.

4.4. Статья 4

Пункт 3 — Брезент, составленный из нескольких кусков

4.4.3 — 1

a) Отдельные куски, составляющие один брезент, могут быть выполнены из различных материалов, удовлетворяющих положениям пункта 2 статьи 4 Приложения 4.

b) При изготовлении брезента допускается любое расположение кусков, в достаточной степени обеспечивающее безопасность, при условии, что куски соединяются в соответствии с требованиями статьи 4 Приложения 4.

Подпункт 6 а)

4.4.6. а) — 1

Примеры приемлемых с точки зрения таможенных требований систем конструкций для крепления брезента к контейнеру и крепления брезента к угловым элементам контейнера показаны на рисунках № 1, № 2 и № 3, приведенных в настоящем Приложении.

Пункт 8 — Крепежные тросы с текстильным сердечником

4.4.8 — 1

По положениям данного пункта допускается применение тросов, имеющих текстильный сердечник, обвитый шестью стержнями из стальной проволоки, полностью покрывающими сердечник, при условии, что диаметр тросов (без учета прозрачного пластмассового покрытия, если таковое имеется) будет не менее 3 мм.

Подпункт 10 c) — Ремни

4.4.10. c) — 1

Для изготовления ремней могут применяться следующие материалы:

a) кожа;

b) текстильные материалы, включая пропитанные пластиком или прорезиненные ткани, при условии, что такие материалы после повреждения нельзя сваривать или восстанавливать без оставления видимых следов.

4.4.10. c) — 2

Устройство, показанное на рисунке № 3, приведенном в настоящем Приложении, отвечает требованиям последнего абзаца пункта 10 статьи 4 Приложения 4. Оно отвечает также требованиям пункта 6 статьи 4 Приложения 4.

5. ПРИЛОЖЕНИЕ 5

5.1. Пункт 1 — Допущение соединенных попарно контейнеров, крытых брезентом

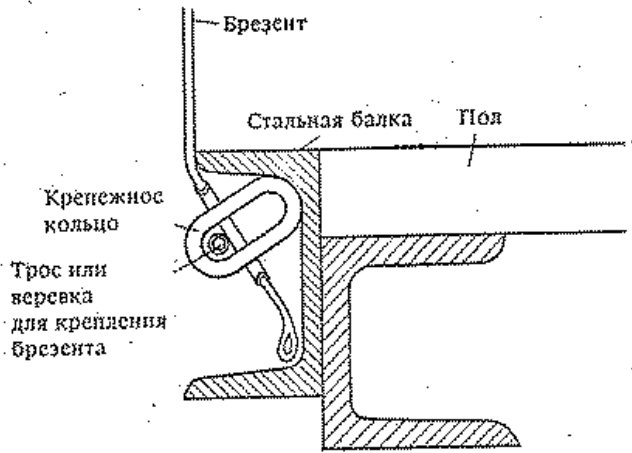
5.1 — 1

Если два крытых брезентом контейнера, допущенных к перевозке под таможенными печатями и пломбами, соединены попарно таким образом, что они образуют один контейнер, крытый одним брезентом и удовлетворяющий требованиям, предъявляемым при перевозке под таможенными печатями и пломбами, то для такой комбинации контейнеров не требуется отдельного свидетельства о допущении или таблички о допущении.

Приложение 6 — Рис. № 1

КОНСТРУКТИВНОЕ УСТРОЙСТВО ДЛЯ КРЕПЛЕНИЯ БРЕЗЕНТА К КОНТЕЙНЕРУ

Изображенное ниже устройство отвечает требованиям подпункта б а) статьи 4 Приложения 4.

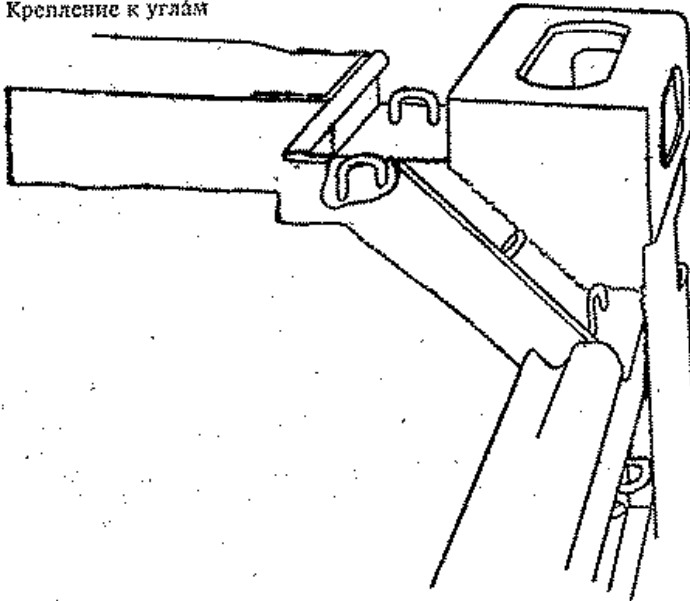


Приложение 6 — Рис. № 2

УСТРОЙСТВО ДЛЯ КРЕПЛЕНИЯ БРЕЗЕНТА К УГЛОВЫМ ЭЛЕМЕНТАМ КОНТЕЙНЕРА

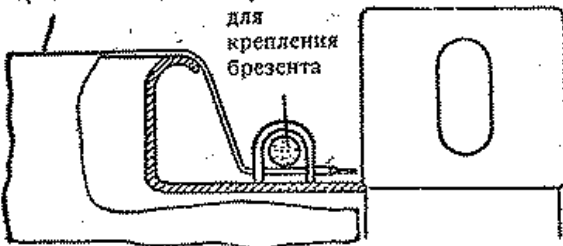
Изображенное ниже устройство отвечает требованиям подпункта б а) статьи 4 Приложения 4

Крепление к углам



Крышовой брезент

Трос или веревка для крепления брезента

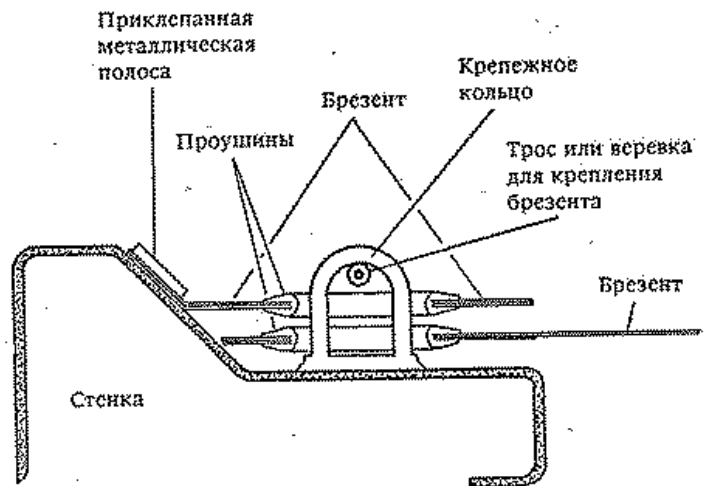


Вид в разрезе

Приложение 6 — Рис. № 3

ДРУГОЙ ПРИМЕР МЕТОДА КРЕПЛЕНИЯ БРЕЗЕНТА К КОНТЕЙНЕРУ

Изображенное ниже устройство отвечает требованиям последнего абзаца пункта 10 статьи 4 Приложения 4. Оно отвечает также требованиям пункта 6 статьи 4 Приложения 4.



Приложение 7

СОСТАВ И ПРАВИЛА ПРОЦЕДУРЫ
АДМИНИСТРАТИВНОГО КОМИТЕТА

Статья 1

1. Членами Административного комитета являются Договаривающиеся Стороны.

2. Комитет может постановить, что компетентные администрации государств, упомянутых в статье 18 настоящей Конвенции, не являющихся Договаривающимися Сторонами, или представители международных организаций могут при рассмотрении интересующих их вопросов присутствовать на сессиях Комитета в качестве наблюдателей.

Статья 2

Совет таможенного сотрудничества предоставляет Комитету услуги секретариата.

Статья 3

Ежегодно на первой сессии Комитет избирает председателя и заместителя председателя.

Статья 4

Компетентные администрации Договаривающихся Сторон направляют Совету таможенного сотрудничества мотивированные предложения о внесении поправок в настоящую Конвенцию, а также просьбы о включении тех или иных пунктов в повестку дня сессий Комитета. Совет таможенного сотрудничества доводит эти предложения до сведения компетентных администраций Договаривающихся Сторон и государств, упомянутых в статье 18 настоящей Конвенции, не являющихся Договаривающимися Сторонами.

Статья 5

1. Совет таможенного сотрудничества созывает Комитет по просьбе компетентных администраций по меньшей мере пяти Договаривающихся Сторон. Он рассылает предварительную повестку дня компетентным администрациям Договаривающихся Сторон и государствам, упомянутым в статье 18 настоящей Конвенции, не являющимся Договаривающимися Сторонами, по крайней мере за 6 недель до начала сессии Комитета.

2. На основе решения Комитета, принятого в силу положений пункта 2 статьи 1 настоящих Правил, Совет таможенного сотрудничества предлагает компетентным администрациям государств, упомянутых в статье 18 настоящей Конвенции, не являющихся Договаривающимися Сторонами, и заинтересованным международным организациям направить своих наблюдателей на сессии Комитета.

Статья 6

Предложения ставятся на голосование. Каждая Договаривающаяся Сторона, представленная на сессии, имеет один голос. Предложения, не являющиеся предложениями о внесении поправок в настоящую Конвенцию, принимаются в Комитете большинством присутствующих и голосующих. Поправки к настоящей Конвенции и решения, упомянутые в пункте 5 статьи 21 и в пункте 6 статьи 22 настоящей Конвенции, касающиеся вступления в силу поправок, принимаются большинством в две трети присутствующих и голосующих.

Статья 7

Перед закрытием сессии Комитет утверждает доклад.

Статья 8

При отсутствии в данном Приложении соответствующих положений применяются Правила процедуры Совета таможенного сотрудничества, если Комитет не решит иначе.

ПРОТОКОЛ О ПОДПИСАНИИ

В момент подписания настоящей Конвенции от сего числа нижеподписавшиеся, надлежащим образом на то уполномоченные своими правительствами, заявляют следующее:

1. Принцип временного ввоза контейнеров не совместим с тем, чтобы, при исчислении причитающихся ввозных пошлин и сборов, вес или стоимость контейнера, добавлялись к весу или стоимости перевозимого в нем груза. Добавление к весу груза определенного коэффициента на тару, официально установленного для грузов, перевозимых в контейнерах, разрешается при условии, что такое добавление производится в связи с отсутствием упаковки или с ее особым характером, а не потому, что грузы перевозятся в контейнерах.

2. Положения настоящей Конвенции не препятствуют применению национальных предписаний или международных соглашений нетаможенного характера, регламентирующих использование контейнеров.

3. Установление в статье 1 настоящей Конвенции минимального внутреннего объема контейнера в один кубический метр не означает необходимости применения более ограничительных правил в отношении контейнеров меньшего объема, и Договаривающиеся Стороны будут стремиться применять к этим контейнерам процедуру временного ввоза, аналогичную той, которую они применяют к контейнерам, определение которых приведено в настоящей Конвенции.

4. Что касается процедур временного ввоза контейнеров, предусмотренных положениями статей 6, 7 и 8 настоящей Конвенции, Договаривающиеся Стороны признают, что упразднение любых таможенных документов и любых гарантий будет способствовать достижению ими одной из основных целей настоящей Конвенции, и они будут стремиться к этому результату.

I. D. Jermolajew

Objektive Gesetze und wissenschaftliche Leitung der Gesellschaft

Herausgegeben von der Hauptredaktion Unterrichtsliteratur
der Parteihochschule und der Akademie für Gesellschaftswissenschaften
beim ZK der KPdSU

Übersetzung aus dem Russischen
235 Seiten · Leinen · 8,- M

Gliederung der Arbeit:

- **Wesen und Struktur der sozialistischen Gesellschaft und das System ihres Funktionierens und ihrer Entwicklung**
- **Der Wirkungscharakter des Systems der Gesetze in der Periode des Übergangs vom Sozialismus zum Kommunismus**
- **Die Wirkungsbesonderheiten der Gesetze in den verschiedenen Sphären und Ebenen der sozialen Organisation der Sowjetgesellschaft**
- **Die optimalen Forderungsparameter der Gesetze unter den verschiedenen Aspekten der strukturellen Gliederung der Gesellschaft**
- **Die Mittel und Wege zur Realisierung der Erfordernisse der Gesetze**
- **Die Gestaltung der wissenschaftlich begründeten Politik auf der Grundlage der Gesetzesforderungen**
- **Die Organisation der Produktionstätigkeit sowie des gesellschaftspolitischen und kulturellen Lebens und Wirkens der Werktätigen in Übereinstimmung mit den Erfordernissen der Gesetze**
- **Die Stimulierung als wichtigstes Mittel zur Entwicklung der schöpferischen Aktivität der Werktätigen und ihrer Mobilisierung zur Verwirklichung der Gesetzesforderungen**



Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik

*Ein anerkanntes Hochschullehrbuch
der Staats- und Rechtswissenschaft*

Marxistisch-leninistische Staats- und Rechtstheorie

Lehrbuch

Autorenkollektiv

623 Seiten · Leinen · 25,— M

Bestellwort: Rechtstheorie / 770 845 2

Im Inhalt:

Gegenstand und Methode der marxistisch-leninistischen Staats- und Rechtstheorie / Begründung und Entwicklung der marxistisch-leninistischen Staats- und Rechtsauffassungen durch Marx, Engels und Lenin / Entstehung und Wesen des Staates und Rechts / Bürgerlicher Staat und bürgerliches Recht im vormonopolistischen Kapitalismus und im Imperialismus / Entstehung, Wesen und Funktionen des sozialistischen Staates / Sozialistischer Staat und Persönlichkeit / Die sozialistische Demokratie / Der Mechanismus der sozialistischen Staatsgewalt / Wesen und Funktionen des sozialistischen Rechts / Sozialistische Rechtsnormen und ihre Wechselbeziehungen zu anderen sozialen Normen / Sozialistische Rechtsverhältnisse / Das internationalistische Wesen des sozialistischen Staates.

Zu beziehen über den örtlichen Buchhandel



Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik

Herausgeber: Sekretariat des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, 102 Berlin, Klosterstraße 47 — Redaktion: 102 Berlin, Klosterstr. 47, Telefon: 209 36 22 — Veröffentlicht unter Lizenz-Nr. 751 — Verlag: (610/62) Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 108 Berlin, Otto-Grotewohl-Straße 17, Telefon: 209 45 01 — Erscheint nach Bedarf — Fortlaufender Bezug nur durch die Post — Bezugspreis: Vierteljährlich Teil I 2,50 M, Teil II 3,— M — Einzelabgabe bis zum Umfang von 8 Seiten 0,13 M, bis zum Umfang von 16 Seiten 0,25 M, bis zum Umfang von 32 Seiten 0,49 M, bis zum Umfang von 48 Seiten 0,55 M je Exemplar, je weitere 16 Seiten 0,13 M mehr
Einzelbestellungen beim Zentral-Versand Erfurt, 501 Erfurt, Postschließfach 696. Außerdem besteht Kaufmöglichkeit nur bei Selbstabholung gegen Barzahlung (kein Versand) in der Buchhandlung für amtliche Dokumente, 108 Berlin, Neustädtische Kirchstraße 15, Telefon: 229 22 23
Gesamtherstellung: Staatsdruckerei der Deutschen Demokratischen Republik (Rollenoffsetdruck)

Index 31 818



GESETZBLATT

73

der Deutschen Demokratischen Republik

1976	Berlin, den 23. Februar 1976	Teil II Nr. 3
Tag	Inhalt	Seite
30. 10. 75	Bekanntmachung über den Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zur Internationalen Konvention über sichere Container (CSC) vom 2. Dezember 1972	73

**Bekanntmachung
über den Beitritt
der Deutschen Demokratischen Republik
zur Internationalen Konvention
über sichere Container (CSC) vom 2. Dezember 1972
vom 30. Oktober 1975**

Es wird hierdurch bekanntgemacht, daß am 27. September 1974 die Beitrittsurkunde der Deutschen Demokratischen Republik zur nachstehend veröffentlichten Internationalen Konvention über sichere Container (CSC) vom 2. Dezember 1972 hinterlegt wurde.

Bei der Hinterlegung der Beitrittsurkunde wurden von seiten der Deutschen Demokratischen Republik zu den Artikeln VII und XIII folgende Erklärungen abgegeben:

„Die Deutsche Demokratische Republik hält es für erforderlich, darauf hinzuweisen, daß Artikel VII einigen Staaten die Möglichkeit nimmt, Mitglied dieser Konvention zu werden.

Die Konvention regelt Fragen, die die Interessen aller Staaten berühren, und muß daher auch allen Staaten zur Teilnahme offenstehen, die sich in ihrer Politik von den Grundsätzen und Zielen der Charta der Vereinten Nationen leiten lassen.“

„Bezüglich der Bestimmungen des Artikels XIII der Konvention über die Beilegung von Streitigkeiten hinsichtlich der Auslegung oder Anwendung der Konvention durch Schiedsspruch erklärt die Deutsche Demokratische Republik, daß die Annahme dieser Bestimmung nicht so ausgelegt werden sollte, als ändere sich die Auffassung der Deutschen Demokratischen Republik, daß ein Streitfall einem Schiedsgericht zur Erörterung nur mit Zustimmung aller am Streitfall beteiligten Seiten übergeben werden kann.“

Im Zusammenhang mit dem Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik wurde dem Depositar der Konvention mitgeteilt, daß die Staatenkurzbezeichnung auf den durch die Konvention vorgeschriebenen Zulassungsschildern der Staatenkurzbezeichnung für Straßenfahrzeuge entspricht und „DDR“ lautet. Das bevollmächtigte Organ der Deutschen Demokratischen Republik für alle Fragen im Zusammenhang mit dieser Konvention ist die DDR-Schiffs-Revision und -Klassifikation (DSRK).

Der Tag, an dem die Konvention für die Deutsche Demokratische Republik in Kraft tritt, wird im Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik bekanntgemacht.

Berlin, den 30. Oktober 1975

**Der Sekretär des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik
H. Eichler**

Diese Ausgabe enthält als Beilage für die Postabonnenten:
Titelblatt, Zeitliche Inhaltsübersicht und das Stichwortverzeichnis des Gesetzblattes Teil II für das Jahr 1975

Internationale Konvention über sichere Container (CSC)

Präambel

Die Vertragschließenden Seiten,
die die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung eines hohen Niveaus der Sicherheit des menschlichen Lebens bei der Behandlung, der Stapelung und dem Transport von Containern anerkennen,

die die Notwendigkeit der Erleichterung des grenzüberschreitenden Containerverkehrs anerkennen,

die in diesem Zusammenhang die Vorteile der Ausarbeitung von allgemeinen internationalen Forderungen auf dem Gebiet der Sicherheit anerkennen,

die der Meinung sind, daß dieses Ziel am besten durch den Abschluß einer Konvention erreicht wird,

haben beschlossen, konstruktive Forderungen für die Gewährleistung der Sicherheit bei der Behandlung, der Stapelung und dem Transport von Containern unter normalen Betriebsbedingungen auszuarbeiten und

haben zu diesem Zweck folgendes vereinbart:

Artikel I

Allgemeine Verpflichtung, die sich aus dieser Konvention ergibt

Die Vertragschließenden Seiten verpflichten sich, die Bestimmungen dieser Konvention und der dazugehörigen Anlagen, die Bestandteil dieser Konvention sind, durchzusetzen.

Artikel II

Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieser Konvention haben, soweit nicht ausdrücklich anderes vorgesehen, die nachstehenden Begriffe folgende Bedeutung:

1. Der Begriff „Container“ bedeutet eine Transporteinrichtung
 - a) die dauerhaft hergestellt und ausreichend fest ist, um wiederholt genutzt zu werden;
 - b) die speziell zur Erleichterung des Transports von Gütern mit einem oder mehreren Verkehrsträgern ohne dazwischenliegendes Umladen der Güter konstruiert ist;
 - c) die unter Berücksichtigung der Notwendigkeit einer Befestigung und/oder einer leichten Behandlung konstruiert ist und zu diesem Zwecke mit Eckbeschlägen ausgerüstet ist;
 - d) mit solchen Abmessungen, daß die von den vier äußeren unteren Ecken eingeschlossene Fläche beträgt:
 - i) nicht weniger als 14 m² (150 ft²) oder
 - ii) nicht weniger als 7 m² (75 ft²) bei Vorhandensein von oberen Eckbeschlägen.

Der Begriff „Container“ schließt weder Transportmittel noch die Verpackung ein; er gilt jedoch für Container, wenn sie auf einem Fahrzeug transportiert werden.

2. Der Begriff „Eckbeschläge“ umfaßt die Gesamtheit der Öffnungen und Begrenzungen an den oberen und/oder unteren Ecken des Containers, die zur Behandlung, Stapelung und Befestigung des Containers benutzt werden.
3. Der Begriff „Verwaltung“ bezeichnet die Regierung einer Vertragschließenden Seite, in deren Namen Container zugelassen werden.
4. Der Begriff „zugelassen“ bedeutet durch eine Verwaltung zugelassen.

5. Der Begriff „Zulassung“ bedeutet die Bestätigung einer Verwaltung, daß ein Konstruktionstyp oder ein Container sicher im Sinne dieser Konvention ist.
6. Der Begriff „grenzüberschreitender Verkehr“ bezeichnet einen Verkehr, bei dem der Absende- und Bestimmungs-ort auf den Hoheitsgebieten von zwei Staaten gelegen ist, von denen mindestens einer ein Staat ist, auf den diese Konvention Anwendung findet. Die Konvention wird auch in den Fällen angewandt, in denen ein Teil des Verkehrs zwischen zwei Staaten über das Hoheitsgebiet eines Staates führt, auf den diese Konvention Anwendung findet.
7. Der Begriff „Güter“ bezeichnet Waren, Erzeugnisse oder Gegenstände aller Art, die in Containern transportiert werden.
8. Der Begriff „Neuer Container“ bezeichnet einen Container, mit dessen Bau an oder nach dem Tage des Inkrafttretens dieser Konvention begonnen wurde.
9. Der Begriff „Vorhandener Container“ bezeichnet einen Container, der kein neuer Container ist.
10. Der Begriff „Halter/Eigner“ bezeichnet den Eigentümer gemäß der nationalen Gesetzgebung der Vertragschließenden Seiten oder den Mieter oder den Treuhänder, wenn durch eine Vereinbarung zwischen den Seiten die Verantwortung des Eigentümers für die Instandhaltung und Besichtigung des Containers durch diese Mieter oder Treuhänder wahrzunehmen ist.
11. Der Begriff „Containertyp“ bezeichnet den von der Verwaltung zugelassenen Konstruktionstyp.
12. Der Begriff „Seriencontainer“ bezeichnet einen beliebigen Container, der in Übereinstimmung mit dem zugelassenen Konstruktionstyp gebaut ist.
13. Der Begriff „Prototyp“ bezeichnet das Muster eines Konstruktionstyps eines Containers, der in Serie hergestellt wird oder hergestellt werden soll.
14. Der Begriff „Maximale Bruttomasse“ oder „R“ bezeichnet die höchstzulässige Gesamtmasse des Containers mit dem Gut.
15. Der Begriff „Taramasse“ bedeutet die Masse des leeren Containers einschließlich der ständig an ihm befestigten Hilfsausrüstung.
16. Der Begriff „Höchstzulässige Nutzmasse“ oder „P“ bedeutet die Differenz zwischen der maximalen Bruttomasse und der Taramasse.

Artikel III

Anwendung

1. Die vorliegende Konvention gilt für neue und vorhandene Container, die im grenzüberschreitenden Verkehr benutzt werden, außer den Containern, die speziell für den Luftverkehr bestimmt sind.
2. Jeder neue Container muß entweder durch Typenprüfung oder durch Einzelprüfung entsprechend Anlage I zugelassen werden.
3. Jeder vorhandene Container muß innerhalb von 5 Jahren nach dem Tage des Inkrafttretens der vorliegenden Konvention gemäß den entsprechenden Bestimmungen in der Anlage I über die Zulassung von vorhandenen Containern zugelassen werden.

Artikel IV**Prüfung, Besichtigung, Zulassung und Instandhaltung**

1. Zur Durchsetzung der Bestimmungen von Anlage I muß jede Verwaltung ein wirksames Verfahren für die Prüfung, Besichtigung und Zulassung von Containern in Übereinstimmung mit den in der vorliegenden Konvention festgelegten Kriterien erarbeiten; sie kann jedoch mit der Durchführung der Prüfung, der Besichtigung oder der Zulassung Organisationen beauftragen, die von ihr in gehöriger Weise bevollmächtigt sind.
2. Eine Verwaltung, die mit der Durchführung solcher Prüfungen, der Besichtigung oder der Zulassung eine Organisation beauftragt, muß darüber den Generalsekretär der Zwischenstaatlichen Beratenden Seeschiffsorganisation zwecks Unterrichtung der Vertragschließenden Seiten informieren.
3. Der Antrag auf Zulassung kann an die Verwaltung einer beliebigen Vertragschließenden Seite gestellt werden.
4. Jeder Container muß in Übereinstimmung mit den Bestimmungen von Anlage I in sicherem Zustand gehalten werden.
5. Wenn ein zugelassener Container nicht den in den Anlagen I und II enthaltenen Forderungen genügt, so muß die entsprechende Verwaltung ihr notwendig erscheinende Maßnahmen ergreifen, um diesen Container in Übereinstimmung mit diesen Forderungen zu bringen oder die Zulassung zurückziehen.

Artikel V**Anerkennung der Zulassung**

1. Eine Zulassung, die im Namen einer der Vertragschließenden Seiten in Übereinstimmung mit den Bestimmungen dieser Konvention erfolgte, wird von den anderen Vertragschließenden Seiten in allen Fällen, für die die vorliegende Konvention gilt, anerkannt. Die anderen Vertragschließenden Seiten müssen diese Zulassung als ebenso gültig betrachten wie eine von ihnen selbst vorgenommene Zulassung.
2. Eine Vertragschließende Seite darf keine anderen die Konstruktion betreffenden Forderungen hinsichtlich der Sicherheit oder der Prüfung von Containern, für die die Bestimmungen dieser Konvention gelten, erheben, jedoch unter der Bedingung, daß keine der Bestimmungen dieser Konvention die Anwendung von Bestimmungen nationaler Vorschriften oder Gesetze oder internationaler Abkommen ausschließt, welche zusätzliche konstruktive Forderungen für die Sicherheit oder Prüfung von Containern vorschreiben, die speziell für den Transport von gefährlichen Gütern konstruiert sind, oder für solche konstruktive Besonderheiten, die nur Container für den Transport flüssiger Ladungen haben, oder für Container, wenn sie auf dem Luftwege befördert werden. Der Ausdruck „gefährliche Güter“ hat die Auslegung, die ihm durch internationale Abkommen gegeben wird.

Artikel VI**Kontrolle**

1. Jeder in Übereinstimmung mit Artikel III zugelassene Container unterliegt auf dem Hoheitsgebiet einer Vertragschließenden Seite der Kontrolle durch Amtspersonen, die in gehöriger Weise durch diese Vertragschließende Seite bevollmächtigt wurden. Diese Kontrolle muß sich darauf beschränken, daß ein gültiges CSC-Zulassungsschild, wie es die vorliegende Konvention fordert, am Container angebracht ist, wenn nicht ernsthafte Gründe zu der Annahme bestehen, daß der Zustand des Containers derart ist, daß eine offensichtliche Gefahr für die Sicherheit besteht. In diesem Falle muß die kontrollierende Amtsperson diese Kontrolle nur insoweit durch-

führen, daß gewährleistet ist, daß der Container bis zu einem erneuten Einsatz wieder in den den Sicherheitsforderungen entsprechenden Zustand gebracht wird.

2. In den Fällen, wo es sich erweist, daß infolge eines Fehlers, der möglicherweise bereits bei der Zulassung des Containers bestand, der Container nicht mehr den Sicherheitsforderungen genügt, muß die Vertragschließende Seite, die diesen Fehler entdeckte, davon die für die Zulassung verantwortliche Verwaltung unterrichten.

Artikel VII**Unterzeichnung, Ratifikation, Annahme, Billigung und Beitritt**

1. Die vorliegende Konvention ist bis zum 15. Januar 1973 beim Sitz der Vereinten Nationen in Genf und anschließend vom 1. Februar 1973 bis zum 31. Dezember 1973 im Hauptquartier der Zwischenstaatlichen Beratenden Seeschiffsorganisation in London (nachstehend „Organisation“ genannt) zur Unterzeichnung durch alle Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen oder Mitglieder ihrer Spezialorganisationen oder der Internationalen Atomenergieorganisation oder von Vertragsparteien des Statutes des Internationalen Gerichtshofes oder durch jeden anderen Staat, wenn dieser von der Vollversammlung der Vereinten Nationen aufgefordert wird, Teilnehmer dieser Konvention zu werden, offen.
2. Die vorliegende Konvention unterliegt der Ratifikation, Annahme oder Billigung durch die Unterzeichnerstaaten.
3. Die vorliegende Konvention bleibt für jeden der unter Ziffer 1 aufgeführten Staaten zum Beitritt offen.
4. Die Urkunden über die Ratifikation, Annahme, Billigung oder den Beitritt sind beim Generalsekretär der Zwischenstaatlichen Beratenden Seeschiffsorganisation (nachstehend „Generalsekretär“ genannt) zu hinterlegen.

Artikel VIII**Inkrafttreten**

1. Die vorliegende Konvention tritt nach Ablauf von zwölf Monaten vom Tag der Hinterlegung der zehnten Ratifikations-, Annahme-, Billigungs- oder Beitrittsurkunde in Kraft.
2. Für jeden Staat, der die vorliegende Konvention nach Hinterlegung der zehnten Urkunde über die Ratifikation, Annahme, Billigung oder den Beitritt ratifizierte, angenommen, gebilligt hat oder ihr beigetreten ist, tritt die vorliegende Konvention nach Ablauf von zwölf Monaten vom Tage der Übergabe der Urkunde über die Ratifikation, Annahme, Billigung oder den Beitritt durch diesen Staat in Kraft.
3. Jeder Staat, der Teilnehmer der vorliegenden Konvention nach Inkrafttreten einer Änderung wird, wird, falls er keine andere Absicht zum Ausdruck bringt,
 - a) als Teilnehmer der Konvention in der geänderten Fassung betrachtet und
 - b) als Teilnehmer der Konvention in der unveränderten Fassung gegenüber jedem Teilnehmer der Konvention, der durch diese Änderung nicht gebunden ist, betrachtet.

Artikel IX**Verfahren zur Änderung eines Teils oder mehrerer Teile dieser Konvention**

1. Änderungen zu der vorliegenden Konvention können auf Vorschlag jeder Vertragschließenden Seite entsprechend dem in diesem Artikel aufgeführten Verfahren aufgenommen werden.
2. Änderungen nach Prüfung in der Organisation:
 - a) Auf Ersuchen einer Vertragschließenden Seite wird jede von ihr vorgeschlagene Änderung zu dieser Kon-

vention in der Organisation geprüft. Eine solche Änderung wird, wenn sie vom Schiffssicherheitsausschuß der Organisation — zur Teilnahme an seiner Arbeit mit Stimmrecht werden alle Vertragschließenden Seiten aufgefordert — mit einer Zweidrittelmehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitglieder angenommen wird, allen Mitgliedern der Organisation und allen Vertragschließenden Seiten spätestens sechs Monate vor ihrer Prüfung durch die Versammlung der Organisation unterbreitet. Jede Vertragschließende Seite, die nicht Mitglied der Organisation ist, hat das Recht, an der Prüfung der Änderung durch die Versammlung teilzunehmen und abzustimmen.

b) Wenn die Änderung mit einer Zweidrittelmehrheit der bei der Versammlung anwesenden und abstimmenden Mitglieder angenommen wird und wenn diese Mehrheit zwei Drittel der anwesenden und abstimmenden Vertragschließenden Seiten einschließt, so wird die Änderung vom Generalsekretär allen Vertragschließenden Seiten zur Annahme zugeleitet.

c) Eine solche Änderung tritt nach Ablauf von zwölf Monaten in Kraft, gerechnet vom Tage der Annahme durch zwei Drittel der Vertragschließenden Seiten. Die Änderung tritt für alle Vertragschließenden Seiten in Kraft mit Ausnahme derer, die vor ihrem Inkrafttreten eine Erklärung abgaben, daß sie diese Änderung nicht annehmen.

3. Änderung durch eine Konferenz:

Auf Antrag einer Vertragschließenden Seite, der von mindestens einem Drittel der Vertragschließenden Seiten unterstützt wird, beruft der Generalsekretär eine Konferenz ein, zu der die in Artikel VII erwähnten Staaten eingeladen werden.

Artikel X

Besonderes Verfahren zur Abänderung der Anlagen

1. Jede Änderung der Anlagen, die eine Vertragschließende Seite vorschlägt, wird auf Antrag dieser Seite in der Organisation geprüft.

2. Wenn eine solche Änderung mit einer Zweidrittelmehrheit der im Schiffssicherheitsausschuß der Organisation anwesenden und abstimmenden Mitglieder — zur Teilnahme an der Arbeit des Ausschusses mit Stimmrecht werden alle Vertragschließenden Seiten aufgefordert — angenommen wird und diese Mehrheit zwei Drittel der anwesenden und abstimmenden Vertragschließenden Seiten einschließt, so wird sie vom Generalsekretär allen Vertragschließenden Seiten zur Annahme zugeleitet.

3. Eine solche Änderung tritt in Kraft zu einem Zeitpunkt, der vom Schiffssicherheitsausschuß gleichzeitig bei ihrer Annahme festgelegt wurde. Dies gilt nicht, wenn zu einem früheren Zeitpunkt, der zur selben Zeit vom Schiffssicherheitsausschuß festgelegt wurde, ein Fünftel oder fünf der Vertragschließenden Seiten, je nachdem, welche Zahl kleiner ist, gegenüber dem Generalsekretär erklären, daß sie Einwände gegen die Änderung haben.

Die hier angeführten Zeitpunkte werden vom Schiffssicherheitsausschuß mit einer Zweidrittelmehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitglieder festgelegt, wobei diese Mehrheit zwei Drittel der anwesenden und abstimmenden Vertragschließenden Seiten einschließen muß.

4. Jede Änderung ersetzt und löscht nach Inkrafttreten jede vorherige Bestimmung, auf die sie sich bezieht. Das gilt für alle Vertragschließenden Seiten, die gegen diese Änderung keinen Einspruch erhoben haben.

Ein von einer Vertragschließenden Seite erhobener Einspruch bindet die anderen Vertragschließenden Seiten in bezug auf die Zulassung von Containern, für die die vorliegende Konvention gilt, nicht.

5. Der Generalsekretär informiert alle Vertragschließenden Seiten und Mitglieder der Organisation über jeden Antrag und jede Mitteilung entsprechend dem vorliegenden Artikel und über den Zeitpunkt des Inkrafttretens jeder Änderung.

6. In den Fällen, wo ein Vorschlag zur Änderung der Anlagen im Schiffssicherheitsausschuß geprüft, jedoch nicht angenommen wurde, kann jede Vertragschließende Seite um die Einberufung einer Konferenz ersuchen, zu der die in Artikel VII aufgeführten Staaten eingeladen werden. Nach Erhalt der Mitteilung über die Zustimmung zu einer Konferenz von mindestens einem Drittel der anderen Vertragschließenden Seiten beruft der Generalsekretär eine solche zur Prüfung der Änderung der Anlagen ein.

Artikel XI

Kündigung

1. Jede Vertragschließende Seite kann durch die Hinterlegung einer entsprechenden Urkunde beim Generalsekretär die vorliegende Konvention kündigen. Die Kündigung tritt ein Jahr nach Hinterlegung dieser Urkunde beim Generalsekretär in Kraft.

2. Eine Vertragschließende Seite, die Einspruch gegen eine Änderung der Anlagen erhoben hat, kann die vorliegende Konvention kündigen. Die Kündigung tritt mit dem Tage des Inkrafttretens der Änderung in Kraft.

Artikel XII

Beendigung der Gültigkeit

Diese Konvention tritt außer Kraft, wenn die Zahl der Vertragschließenden Seiten während eines beliebigen Zeitabschnittes von zwölf aufeinanderfolgenden Monaten weniger als fünf beträgt.

Artikel XIII

Beilegung von Streitigkeiten

1. Jeder Streitfall zwischen zwei oder mehreren Vertragschließenden Seiten bezüglich der Auslegung oder Anwendung der vorliegenden Konvention, der durch Verhandlungen oder auf andere Weise nicht beigelegt werden konnte, wird auf Antrag einer Seite einem wie folgt zusammengesetzten Schiedsgericht übergeben:

Jede am Streitfall beteiligte Partei benennt einen Schiedsrichter, und diese beiden Schiedsrichter benennen einen dritten Schiedsrichter, der den Vorsitz führt. Kann eine der beteiligten Parteien drei Monate nach Erhalt des Antrages keinen Schiedsrichter benennen oder können die Schiedsrichter keinen Vorsitzenden wählen, kann jede der beteiligten Parteien den Generalsekretär ersuchen, einen Schiedsrichter oder den Vorsitzenden des Schiedsgerichts zu benennen.

2. Die Entscheidung des entsprechend Ziffer 1 benannten Schiedsgerichts ist für die am Streitfall beteiligten Seiten bindend.

3. Das Schiedsgericht bestimmt seine eigene Geschäftsordnung.

4. Die Entscheidungen des Schiedsgerichts über sein Verfahren und den Tagungsort sowie jeden ihm vorgelegten Streitfall werden mit Stimmenmehrheit getroffen.

5. Jeder Streitfall, der zwischen den am Streitfall beteiligten Parteien über die Auslegung und Vollstreckung eines Schiedsspruches auftritt, kann von jeder der beteiligten Seiten zur Prüfung an das Schiedsgericht übergeben werden, das diese Entscheidung getroffen hat.

Artikel XIV

Vorbehalte

1. Vorbehalte zu der vorliegenden Konvention sind zulässig, wobei jedoch die Artikel I—VI, XIII und dieser Artikel

sowie die der Konvention beigelegten Anlagen ausgenommen sind, Vorbehalte müssen schriftlich mitgeteilt und, falls dies vor der Hinterlegung der Urkunde über die Ratifikation, Annahme, Billigung oder den Beitritt geschieht, in dieser Urkunde bestätigt werden. Der Generalsekretär teilt diese Vorbehalte allen in Artikel VII aufgeführten Staaten mit.

2. Jeder gemäß Ziffer 1 geäußerte Vorbehalt
 - a) ändert für die Vertragschließende Seite, die den Vorbehalt erklärt hat, die Bestimmungen der vorliegenden Konvention, auf die sich dieser Vorbehalt bezieht, im Umfange dieses Vorbehalts und
 - b) ändert diese Bestimmungen gleichermaßen für die anderen Vertragschließenden Seiten in ihren Beziehungen zu der Vertragschließenden Seite, die den Vorbehalt erklärt hat.
3. Jede Vertragschließende Seite, die gemäß Ziffer 1 einen Vorbehalt erklärt hat, kann diesen jederzeit durch eine Notifikation an den Generalsekretär zurückziehen.

Artikel XV Notifikation

Neben den in den Artikeln IX, X und XIV vorgesehenen Notifikationen und Mitteilungen notifiziert der Generalsekretär allen in Artikel VII aufgeführten Staaten weiterhin:

- a) die Unterzeichnungen, Ratifikationen, Annahmen, Billigungen und Beitritte gemäß Artikel VII;
- b) die Zeitpunkte des Inkrafttretens der vorliegenden Konvention gemäß Artikel VIII;
- c) den Zeitpunkt des Inkrafttretens der Änderungen zu der vorliegenden Konvention gemäß den Artikeln IX und X;
- d) die Kündigungen gemäß Artikel XI;
- e) die Beendigung der vorliegenden Konvention gemäß Artikel XII.

Artikel XVI Authentische Wortlaute

Das Original der vorliegenden Konvention, dessen chinesischer, englischer, französischer, russischer und spanischer Text gleichermaßen gültig ist, wird beim Generalsekretär hinterlegt, der die beglaubigten Abschriften allen in Artikel VII aufgeführten Staaten zusendet.

ZU URKUND DESSEN haben die Unterzeichneten, von ihren Regierungen gehörig bevollmächtigten Vertreter, diese Konvention unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Genf am zweiten Dezember neunzehnhundertzweundsiebzig.

Anlage I

Regeln für die Prüfung, Besichtigung, Zulassung und Instandhaltung von Containern

Kapitel I — Allgemeine Regeln für alle Zulassungsverfahren

Regel 1

CSC-Zulassungsschild

1. An jedem zugelassenen Container muß an einer gut sichtbaren, für Beschädigungen schwer zugänglichen Stelle neben irgendeinem anderen offiziellen Zulassungsschild, ein CSC-Zulassungsschild, das den im Anhang zu dieser Anlage enthaltenen Forderungen entspricht, dauerhaft angebracht werden.
2. a) Das Schild muß folgende Informationen zumindest in englischer oder französischer Sprache enthalten:

„Zulassung entsprechend den CSC-Sicherheitsbedingungen“

Zulassungsstaat mit Zulassungsnummer
Herstellungsdatum (Monat und Jahr)

Identifikationsnummer des Containers, die vom Hersteller gegeben wird, oder für vorhandene Container, bei denen diese Nummer unbekannt ist, eine von der Verwaltung gegebene Nummer

Maximale Bruttomasse (Kilogramm und englische Pfund)

Zulässige Masse für das Stapeln bei 1,8 g (Kilogramm und englische Pfund)

Belastung bei der Prüfung auf Quersteifigkeit (Kilogramm und englische Pfund)

- b) Auf dem Schild muß Platz für eine Angabe der Festigkeitsparameter der Stirn- und/oder der Seitenwand, entsprechend Regel 1, Ziffer 3 und Anlage II; Prüfungen 6 und 7, frei gelassen sein.

Auf dem Schild muß auch Platz für die Daten der Erstbesichtigung und, wenn dafür vorgesehen, auch für die der Wiederholungsbesichtigungen (Monat und Jahr), frei gelassen sein.

3. Wenn nach Meinung der Verwaltung ein neuer Container die Forderungen dieser Konvention bezüglich der Sicherheit erfüllt und wenn die Festigkeitsparameter der Stirn- und/oder der Seitenwand dieses Containers größer oder kleiner als der Wert sind, der in Anlage II vorgeschrieben ist, so muß dieser Wert auf dem CSC-Zulassungsschild ausgewiesen werden.
4. Das Vorhandensein eines CSC-Zulassungsschildes beseitigt nicht die Notwendigkeit von Aufschriften oder anderen Informationen, die in anderen geltenden Vorschriften gefordert werden können.

Regel 2

Instandhaltung

1. Der Halter/Eigner des Containers trägt die Verantwortung dafür, daß dieser in sicherem Zustand gehalten wird.
2. Der Halter/Eigner eines zugelassenen Containers muß nach Ablauf von Zeiträumen, die den Betriebsbedingungen entsprechen, eine Besichtigung vornehmen oder ihn zur Besichtigung übergeben gemäß dem Verfahren, das von der betreffenden Vertragschließenden Seite vorgeschrieben oder anerkannt ist. Das Datum (Monat und Jahr), bis zu dem ein neuer Container einer Erstbesichtigung unterzogen werden muß, ist auf dem CSC-Zulassungsschild anzugeben.
3. Das Datum (Monat und Jahr) bis zur Wiederholungsbesichtigung muß deutlich auf dem CSC-Zulassungsschild oder auf dem Container in unmittelbarer Nähe des CSC-Zulassungsschildes und auf eine solche Art angegeben werden, die für die Vertragschließende Seite annehmbar ist, die ein bestimmtes Verfahren für die Instandhaltung der Container auf einen sicheren Zustand vorgeschrieben oder anerkannt hat.
4. Der Zeitabstand zwischen dem Herstellungsdatum und dem Datum der Erstbesichtigung darf fünf Jahre nicht überschreiten. Die Wiederholungsbesichtigung von neuen Containern und die Wiederholungsbesichtigung vorhandener Container müssen nach Zeiträumen erfolgen, die 24 Monate nicht überschreiten. Alle Besichtigungen müssen feststellen, ob der Container Schäden hat, die Personen gefährden.
5. In dieser Regel ist mit „betroffender Vertragschließender Seite“ die Vertragschließende Seite gemeint, auf deren Hoheitsgebiet der Halter/Eigner entweder seinen Wohnsitz oder seine Hauptniederlassung hat.

Kapitel II — Regeln für die Zulassung neuer Container nach dem Konstruktionstyp

Regel 3

Zulassung neuer Container

Für die Zulassung übereinstimmend mit den Sicherheitsbedingungen der vorliegenden Konvention müssen alle neuen Container die in Anlage II angeführten Forderungen erfüllen.

Regel 4

Zulassung nach dem Konstruktionstyp

Im Falle eines Antrages auf Zulassung von Containern untersucht die Verwaltung deren Konstruktion und ist bei der Prüfung des Prototyps des Containers anwesend, damit gewährleistet ist, daß die Container den in Anlage II dargelegten Forderungen entsprechen. Bei zufriedenstellenden Ergebnissen benachrichtigt die Verwaltung den Antragsteller in schriftlicher Form darüber, daß der Container den Forderungen der vorliegenden Konvention entspricht.

Diese Benachrichtigung berechtigt den Hersteller, an jedem Container der Serie, der nach diesem Konstruktionstyp gefertigt wurde, ein CSC-Zulassungsschild anzubringen.

Regel 5

Bestimmungen bezüglich der Zulassung nach dem Konstruktionstyp

1. Bei Serienfertigung von Containern nach dem Konstruktionstyp müssen dem der Verwaltung vorgelegten Antrag auf Zulassung des Konstruktionstyps die Zeichnungen und die konstruktiven Spezifika für den Containertyp, für den die Zulassung erbeten wird, und alle Angaben, die von der Verwaltung gefordert werden können, beigefügt sein.
2. Der Antragsteller muß die Identifikationszeichen angeben, die vom Hersteller dem Containertyp gegeben werden, auf den sich der vorliegende Antrag bezieht.
3. Der Antrag muß auch von einer Verpflichtung des Herstellers begleitet sein, daß er
 - a) der Verwaltung alle Container des betreffenden Konstruktionstyps, die die Verwaltung zu besichtigen wünscht, vorstellen wird;
 - b) die Verwaltung von allen Änderungen in der Konstruktion oder in den Spezifika in Kenntnis setzen und das CSC-Zulassungsschild erst nach Bestätigung dieser Änderungen durch die Verwaltung an den Containern anbringen wird;
 - c) das CSC-Zulassungsschild an jedem Container der betreffenden Serie, der nach dem Konstruktionstyp gefertigt wird, und an keinem anderen befestigen wird;
 - d) eine Statistik über die Container führen wird, die nach dem zugelassenen Konstruktionstyp gefertigt werden. Bei dieser Statistik sind als Minimum die Identifikationsnummern des Herstellers, die Lieferdaten sowie Namen und Adressen der Käufer, an die die Container geliefert wurden, aufzunehmen.
4. Die Verwaltung kann eine Zulassung für Container ausstellen, die eine modifizierte Variante des zugelassenen Konstruktionstyps darstellen, wenn nach ihrer Auffassung die vorgenommenen Veränderungen nicht die Richtigkeit der Ergebnisse der Prüfungen, die im Laufe der Zulassung nach dem Konstruktionstyp durchgeführt wurden, beeinträchtigen.
5. Die Verwaltung gestattet dem Hersteller die Anbringung des CSC-Zulassungsschildes auf der Grundlage der Zulassung nach dem Konstruktionstyp nur dann, wenn sie sich vom Bestehen eines innerbetrieblichen Kontrollsystems der Produktion überzeugt hat, welches garantiert, daß die produzierten Container dem zugelassenen Prototyp entsprechen.

Regel 6

Besichtigung während der Herstellung

Um zu gewährleisten, daß alle Container ein und derselben Konstruktionstypenserie nach dem zugelassenen Typ gefertigt werden, besichtigt oder prüft die Verwaltung eine solche Anzahl von Containern, wie sie es in einem beliebigen Stadium der Herstellung einer Serie von Containern des betreffenden Konstruktionstyps für notwendig erachtet.

Regel 7

Benachrichtigung der Verwaltung

Der Hersteller benachrichtigt die Verwaltung vor Beginn der Produktion einer jeden neuen Serie von Containern, die nach zugelassenem Konstruktionstyp gefertigt werden sollen.

Kapitel III — Regeln für die Einzelzulassung neuer Container

Regel 8

Zulassung einzelner Container

Eine Zulassung für einen einzelnen Container kann dann ausgestellt werden, wenn sich die Verwaltung nach der Untersuchung der Konstruktion und durch Anwesenheit bei den Prüfungen überzeugt hat, daß dieser Container den Forderungen dieser Konvention entspricht. Wenn die Verwaltung, nachdem sie sich überzeugt hat, den Antragsteller von der Zulassung in schriftlicher Form benachrichtigt, gibt dies dem Antragsteller das Recht, an einem solchen Container ein CSC-Zulassungsschild anzubringen.

Kapitel IV — Regeln für die Zulassung vorhandener Container

Regel 9

Zulassung vorhandener Container

1. Wenn innerhalb von 5 Jahren nach dem Inkrafttreten dieser Konvention der Halter/Eigner eines vorhandenen Containers der Verwaltung die folgenden Informationen vorliegt:
 - a) Herstellungsort und -datum,
 - b) die vom Hersteller gegebene Identifikationsnummer des Containers, wenn eine solche vorhanden ist,
 - c) maximale Bruttomasse,
 - d) i) Nachweis darüber, daß der Container über einen Zeitraum von mindestens zwei Jahren sicher im See- und/oder Landverkehr benutzt wurde, oder
 - ii) einen die Verwaltung befriedigenden Nachweis, daß der Container entsprechend einem geprüften Konstruktionstyp gefertigt wurde und den technischen Bedingungen in der Anlage II genügt, mit Ausnahme der technischen Bedingungen, die sich auf die Prüfungen der Festigkeit der Stirn- und Seitenwände beziehen, oder
 - iii) einen Nachweis darüber, daß der Container nach Standards gefertigt ist, die nach Meinung der Verwaltung den technischen Bedingungen der Anlagen II gleichwertig sind, mit Ausnahme der technischen Bedingungen, die sich auf die Prüfungen der Festigkeit der Stirn- und Seitenwände beziehen,
 - e) zulässige Masse für das Stapeln bei 1,8 g (Kilogramm und englische Pfund) und
 - f) andere Angaben, die für das CSC-Zulassungsschild erforderlich sind,
 dann benachrichtigt die Verwaltung nach Überprüfung den Halter/Eigner in schriftlicher Form davon, ob eine Zulassung ausgestellt worden ist. Wenn eine Zulassung ausgestellt wurde, berechtigt diese Benachrichtigung den

Halter/Eigner, nachdem eine Besichtigung des betreffenden Containers entsprechend Regel 2 erfolgte, ein CSC-Zulassungsschild anzubringen.

2. Vorhandene Container, deren Zulassung in Übereinstimmung mit den Bestimmungen von Ziffer 1 dieser Regel nicht möglich ist, können für die Zulassung in Übereinstimmung mit den Bestimmungen von Kapitel II oder Kapitel III dieser Anlage vorgestellt werden. In bezug auf solche Container werden die Forderungen der Anlage II, die die Prüfung der Festigkeit der Stirn- und/oder Seitenwände betreffen, nicht angewendet. Die Verwaltung kann, wenn sie sich davon überzeugt hat, daß sich die betreffenden Container in Betrieb befanden, nach eigenem Ermessen von einigen Forderungen bezüglich der Vorlage von Zeichnungen und der Durchführung von Prü-

fungen, mit Ausnahme der Hebeprüfungen und der Prüfung der Festigkeit des Bodens, zurücktreten.

Anhang

Das CSC-Zulassungsschild muß dem unten angeführten Muster entsprechen und aus einer dauerhaften, nicht korrodierenden, feuerfesten, rechteckigen Platte mit den Abmessungen von mindestens 200 mm × 100 mm bestehen. Die Worte „Zulassung entsprechend den CSC-Sicherheitsbestimmungen“ mit einer Buchstabenhöhe von mindestens 8 mm und alle anderen Worte und Ziffern mit einer Höhe von mindestens 5 mm müssen in die Oberfläche des Schildes eingestempelt, reliefartig geprägt oder auf irgendeine andere Weise dauerhaft und deutlich aufgebracht werden.

CSC SAFETY APPROVAL	
1.....	[GB-L/749/2/7/75]
2.....	DATE MANUFACTURED
3.....	IDENTIFICATION No.
4.....	MAXIMUM GROSS WEIGHT.....kglb
5.....	ALLOWABLE STACKING WEIGHT FOR 1,8 g.....kglb
6.....	RACKING TEST LOAD VALUE.....kglb
7.....	
8.....	
9.....	

←————— ≥ 200mm —————→

↑
100mm
↓

Zulassung entsprechend den CSC-Sicherheitsbedingungen

- 1 (GB - L/749/2/7/75)
- 2 Herstellungsdatum
- 3 Identifikationsnummer
- 4 maximale Bruttomasse
..... kg — englische Pfund
- 5 zulässige Masse für das Stapeln bei einer Belastung von 1,8 g
..... kg — englische Pfund
- 6 Belastung bei Prüfung auf Steifigkeit der Konstruktion
..... kg — englische Pfund
- 7
- 8
- 9

- Zulassungsstaat und die Nummer der Zulassung, wie als Beispiel in Zeile 1 angegeben.
(Der Zulassungsstaat muß durch das Unterscheidungszeichen ausgewiesen sein, das zur Angabe des Registrierungsstaates bei Kraftfahrzeugen, die sich im grenzüberschreitenden Verkehr befinden, verwendet wird.)
- Herstellungsdatum (Monat und Jahr).
- Identifikationsnummer des Containers, die ihm vom Hersteller gegeben wird. Für vorhandene Container, bei denen diese Nummer nicht bekannt ist, die von der Verwaltung gegebene Nummer.
- Maximale Bruttomasse (Kilogramm und englische Pfund).
- Zulässige Masse für das Stapeln bei 1,8 g (Kilogramm und englische Pfund).
- Größe der Belastung bei der Prüfung und Querstabilität (Kilogramm und englische Pfund).
- Die Festigkeit der Stirnwand wird nur dann auf dem Schild angegeben, wenn die Stirnwände für eine Belastung berechnet sind, die kleiner oder größer als das 0,4fache der höchstzulässigen Nutzlast, d. h. 0,4 P ist.
- Die Festigkeit der Seitenwand wird nur dann auf dem Schild angegeben, wenn die Seitenwände für eine Belastung berechnet sind, die kleiner oder größer als das 0,6fache der höchstzulässigen Nutzlast, d. h. 0,6 P ist.
- Datum (Monat und Jahr) der Erstbesichtigung neuer Container und die Daten (Monat und Jahr) der nachfolgenden Wiederholungsbesichtigungen, wenn das Schild dafür verwendet wird.

Anlage II

Bauliche Sicherheitsforderungen und Prüfungen
Einführung

Bei der Festlegung der Forderungen, die in dieser Anlage enthalten sind, ist vorausgesetzt worden, daß in allen Phasen der Behandlung der Container die Kräfte, die durch Umschlag, Absetzen, Stapeln und Wirkung der Masse des beladenen Containers entstehen, sowie die äußeren Kräfte nicht die Belastungen überschreiten dürfen, für die der betreffende Container berechnet ist. Insbesondere wurde von folgenden Voraussetzungen ausgegangen:

- a) Der Container muß so befestigt werden, daß er nicht Kräften unterworfen ist, die die Kräfte übersteigen, für die er berechnet ist.
- b) Die Ladung muß im Inneren des Containers entsprechend den auf diesem Gebiet anzuwendenden empfohlenen Methoden so untergebracht sein, daß der Container nicht von der Ladung erzeugten Kräften unterworfen ist, die die Kräfte übersteigen, für die er berechnet ist.

Konstruktion

- 1. Als sicherer Container gilt ein Container, der aus einem beliebigen geeigneten Werkstoff hergestellt ist und zufriedenstellend die unten aufgeführten Prüfungen ohne Auftreten einer bleibenden Verformung oder eines Schadens überstanden hat, die ihn für seinen vorgesehenen Verwendungszweck unbrauchbar machen würden.
- 2. Die Abmessungen, die Anordnung und die entsprechenden Toleranzen der Eckbeschläge müssen unter Berücksichtigung der zur Anwendung gelangenden Hebezeuge und Befestigungssysteme kontrolliert werden.
- 3. Wenn Container mit Spezialvorrichtungen versehen sind, die nur für die Verwendung im Leerzustand des Containers bestimmt sind, muß diese Beschränkung auf dem Container angegeben sein.

Prüflasten und Prüfverfahren

Für alle Typen von zu prüfenden Containern müssen die folgenden Prüflasten und Prüfverfahren angewendet werden, wenn sie für die Bauart des Containers zutreffend sind:

Prüflasten und aufzubringende Kräfte	Prüfverfahren
--------------------------------------	---------------

I. Heben

Der Container, der die vorgeschriebene INNENBELASTUNG hat, muß derart gehoben werden, daß keine erheblichen Beschleunigungskräfte auf ihn wirken. Nach dem Heben muß der Container über einen Zeitraum von fünf Minuten in angehobener oder aufgehängter Lage verbleiben und danach auf die Abstellfläche hinabgelassen werden.

a) Heben an den Eckbeschlägen

Innenbelastung:

Gleichmäßig verteilte Belastung bei der die Gesamtmasse des Containers und der Prüflast gleich 2 R beträgt.

i) Heben an den oberen Eckbeschlägen:

Beim Heben von Containern, deren Länge 3 000 mm (10 ft) (Nennlänge) überschreitet, werden die Hubkräfte vertikal an allen vier oberen Eckbeschlägen angesetzt.

Beim Heben von Containern mit einer Länge von weniger als 3 000 mm (10 ft) (Nenn-

Prüflasten und aufzubringende Kräfte

Prüfverfahren

länge) werden die Hubkräfte an allen vier oberen Eckbeschlägen so angesetzt, daß der Winkel zwischen Anschlagmittel und der Senkrechten jeweils 30° beträgt.

Aufzubringende äußere Kräfte:

Kräfte, die es gestatten, die Gesamtmasse, die gleich 2 R ist, auf die vorgeschriebene Art anzuheben (in der Spalte Prüfverfahren).

ii) Heben an den unteren Eckbeschlägen:

Beim Heben des Containers werden die Hubkräfte so angesetzt, daß die Anschlagmittel nur an den unteren Eckbeschlägen befestigt werden. Die beim Heben anzusetzenden Hubkräfte müssen folgenden Winkel mit der Horizontalen bilden:

30° für Container mit einer Länge von 12 000 mm (40 ft) (Nennlänge) und mehr;

37° für Container mit einer Länge von 9 000 mm (30 ft) (Nennlänge) und mehr bis einschließlich 12 000 mm (40 ft) (Nennlänge);

45° für Container mit einer Länge von 6 000 mm (20 ft) (Nennlänge) und mehr bis einschließlich 9 000 mm (30 ft) (Nennlänge);

60° für Container mit einer Länge von weniger als 6 000 mm (20 ft) (Nennlänge).

b) Heben nach beliebigen anderen zusätzlichen Methoden

Innenbelastung:

Gleichmäßig verteilte Belastung, bei der die Gesamtmasse des Containers und der Prüflast 1,25 R beträgt.

i) Heben an den Gabeltaschen:

Der Container wird auf Tragbalken gestellt, die sich in einer horizontalen Ebene befinden, wobei in jeder Gabeltasche, die zum Heben des beladenen Containers benutzt wird, ein Tragbalken zentriert wird.

Aufzubringende äußere Kräfte:

Kräfte, die es gestatten, die Gesamtmasse, die gleich 1,25 R ist, auf die vorgeschriebene Art anzuheben (in der Spalte Prüfverfahren).

Die Tragbalken müssen die gleiche Breite haben wie die Gabeln, die bei der Behandlung verwendet werden und müssen in die Öffnungen bis zu 75 % der Länge der Gabeltaschen eingeführt werden.

Innenbelastung:

Gleichmäßig verteilte Belastung, bei der die Gesamtmasse des Containers und der Prüflast 1,25 R beträgt.

ii) Heben an den Greifkanten:

Der Container wird auf Stützen gestellt, die in einer horizontalen Ebene angeordnet sind; wobei unter jede Greifkante eine Stütze gestellt wird. Diese Stützen müssen dieselben Abmessungen haben wie die Hebefläche der Zangengreifer, deren Verwendung vorgesehen ist.

Prüflasten und aufzubringende Kräfte
Aufzubringende äußere Kräfte:

Kräfte, die es gestatten, die Gesamtmasse, die gleich 1,25 R ist, auf die vorgeschriebene Art zu heben (in der Spalte Prüfverfahren).

iii) Andere Methoden:

Wenn die Container für das Heben nach einer anderen Methode im beladenen Zustand konstruiert sind, die in (A) oder (B) (i) und (ii) nicht erwähnt ist, müssen sie auch auf die **Innenbelastung** und die **Aufzubringenden äußeren Kräfte** geprüft werden, die den bei dieser Methode wirkenden Beschleunigungsbedingungen entsprechen.

2. Stapeln

1. Wenn die maximalen vertikalen Beschleunigungskräfte sich erheblich von dem Wert von 1,8 g unterscheiden und wenn die Beförderung des Containers effektiv und zuverlässig nur durch diese Bedingungen begrenzt wird, kann sich im grenzüberschreitenden Verkehr die Belastung beim Stapeln jeweils in einer bestimmten Proportion zu den Beschleunigungskräften ändern.

2. Nach zufriedenstellender Beendigung der Prüfung kann der Container für die zulässige, von oben aufzusetzende Belastung beim Stapeln gekennzeichnet werden, die auf dem CSC-Zulassungsschild in der Rubrik „Zulässige Masse für das Stapeln bei 1,8 g (Kilogramm und englische Pfund)“ auszuweisen ist.

Innenbelastung:

Gleichmäßig verteilte Belastung, bei der die Gesamtmasse des Containers und der Prüflast gleich 1,8 R beträgt.

Der Container mit der vorgeschriebenen **Innenbelastung** muß auf vier, in einer ausreichend versteiften Ebene befindlichen Stützen gesetzt werden, deren jede unter dem jeweiligen unteren Eckbeschlag oder einer gleichwertigen Eckkonstruktion angeordnet ist. Die Stützen müssen unter den Beschlägen zentriert werden und ihnen in ihren Abmessungen etwa entsprechen.

Aufzubringende äußere Kräfte:

An jedem der vier oberen Eckbeschläge wird eine senkrecht nach unten gerichtete Kraft angesetzt, die die Größe $\frac{1}{4} \times 1,8$ mal die zulässige, aufzubringende statische Stapelmasse hat.

Die **aufzubringenden äußeren Kräfte** werden an jedem der Eckbeschläge über einen entsprechenden Prüfeckbeschlag oder einen Auflegeklotz eingeleitet, deren Abmessungen mit denen des Eckbeschlags übereinstimmen.

Der Prüfeckbeschlag oder der verwendete Anlegeklotz haben in bezug auf den oberen Eckbeschlag des Containers eine Exzentrizität von 25 mm (1 Zoll) in seitlicher Richtung und 38 mm (1,5 Zoll) in Längsrichtung.

Prüflasten und aufzubringende Kräfte
3. Einzellasten
(a) auf dem Dach
Innenbelastung:

Keine.

Aufzubringende äußere Kräfte:

Einzellast von 300 kg (660 englische Pfund), gleichmäßig auf eine Fläche mit den Abmessungen 600 mm \times 300 mm (24 Zoll \times 12 Zoll) verteilt.

Die **aufzubringenden äußeren Kräfte** werden senkrecht nach unten auf die Außenfläche des schwächsten Teils des Containerdaches aufgebracht.

3. Einzellasten
(b) auf dem Boden
Innenbelastung:

Zwei Einzellasten von je 2 730 kg (6 000 englische Pfund) werden so auf den Boden des Containers aufgebracht, daß die Kontaktfläche einer jeden 142 cm² (22 Quadrat-zoll) beträgt.

Bei der Prüfung muß der Container auf vier Stützen gesetzt werden, die sich in einer Ebene befinden und unter jedem der vier unteren Eckbeschläge so angeordnet sind, daß sich der Bodenverband des Containers frei durchbiegen kann.

Über die gesamte Bodenfläche des Containers muß eine Prüfvorrichtung bewegt werden, deren Masse im beladenen Zustand 5 460 kg (12 000 englische Pfund) betragen soll, d. h. je 2 730 kg (6 000 englische Pfund) auf jede der beiden Kontaktflächen, deren Gesamtfläche im belasteten Zustand gleich 284 cm² (44 Quadrat-zoll), d. h. 142 cm² (22 Quadrat-zoll) je Fläche sein soll, wobei die Breite jeder Fläche 180 mm (7 Zoll) und der Abstand zwischen den Zentren der Flächen 760 mm (30 Zoll) betragen soll.

Aufzubringende äußere Kräfte:

Keine.

4. Prüfung auf Quersteifigkeit
Innenbelastung:

Keine.

Der leere Container muß auf vier Stützen gesetzt werden, die in einer Ebene unter jeder der vier unteren Ecken angeordnet sind, und muß gegen seitliche und senkrechte Verschiebung durch Verankerungsvorrichtungen gesichert werden, die so angeordnet sind, daß eine seitliche Verschiebung nur an den unteren Ecken entsteht, die diagonal denen gegenüberliegen, an denen die Kräfte eingeleitet werden.

Prüflasten und aufzubringende Kräfte**Prüfverfahren****Aufzubringende äußere Kräfte:**

Solcherart, daß sie in seitlicher Richtung auf die Stirnkonstruktionen der Container einwirken. Diese Kräfte müssen gleich denen sein, für die der Container berechnet ist.

Die aufzubringenden äußeren Kräfte werden entweder gesondert oder gleichzeitig an jedem oberen Eckbeschlag von der einen Seite des Containers sowohl parallel zur Bodenfläche als auch zu den Stirnwänden des Containers aufgebracht. Die Kräfte werden zuerst in Richtung auf die oberen Eckbeschläge und dann in entgegengesetzter Richtung aufgebracht.

Bei Containern, deren beide Stirnwände in bezug auf ihre senkrechte Mittellinie symmetrisch sind, braucht nur eine Seite geprüft zu werden, bei asymmetrischen Stirnwänden müssen beide Seiten geprüft werden.

5. Prüfung auf Befestigung in Längsrichtung (statische Prüfung)

Bei der Projektierung und Fertigung von Containern ist zu beachten, daß bei Flurförderung die Container der Wirkung horizontaler Längsbeschleunigungen von 2g ausgesetzt sein können.

Innenbelastung:

Gleichmäßig verteilte Belastung, bei der die Gesamtmasse des Containers und der Prüflast gleich der maximalen Bruttomasse R ist.

Der Container, der die vorgeschriebene Innenbelastung hat, muß in Längsrichtung durch Sicherung der beiden unteren Eckbeschläge oder gleichwertiger Eckkonstruktionen unter einer Stirnwand an geeigneten Ankerpunkten befestigt sein.

Aufzubringende äußere Kräfte:

Solcherart, um jede Seite des Containers durch in Längsrichtung wirkende Druck- und Zugkräfte von der Größe R auszusetzen, d. h. der Bodenverband des Containers ist der Wirkung einer Kraft ausgesetzt, die in der Summe $2R$ ausmacht.

Die aufzubringenden äußeren Kräfte werden zuerst in Richtung zu den Verankerungspunkten und dann in entgegengesetzter Richtung aufgebracht. Jede Seite des Containers wird der Prüfung unterzogen.

6. Stirnwände

Die Stirnwände müssen einer Belastung des mindestens 0,4fachen der höchstzulässigen Nutzlast standhalten. Wenn die Stirnwände jedoch für eine Belastung berechnet sind, die kleiner oder größer ist als das 0,4fache der höchstzulässigen Nutzlast, so muß dieser Festigkeitsgrad auf dem CSC-Zulassungsschild in Übereinstimmung mit Regel I der Anlage I angegeben sein.

Prüflasten und aufzubringende Kräfte**Prüfverfahren****Innenbelastung:**

Auf der Innenfläche der Stirnwand wird eine gleichmäßig verteilte Belastung, die gleich 0,4 P ist, oder jede andere Belastung, für die der Container berechnet ist, aufgebracht.

Die vorgeschriebene Innenbelastung wird folgendermaßen aufgebracht:

Beide Stirnwände des Containers sind der Prüfung zu unterziehen, wenn jedoch die Stirnwände des Containers gleich sind, genügt es, nur eine von ihnen zu prüfen. Die Stirnwände der Container, die keine offenen Seiten oder Seitentüren haben, können entweder jede einzeln oder gleichzeitig geprüft werden.

Die Stirnwände von Containern, die offene Seiten oder Seitentüren haben, werden jede einzeln geprüft.

Bei Einzelprüfung der Stirnwände müssen die Reaktionen der auf die Stirnwände aufgebrachten Kräfte auf die Bodenrahmenkonstruktion des Containers beschränkt sein.

Aufzubringende äußere Kräfte:

Keine.

7. Seitenwände

Die Seitenwände müssen einer Belastung des mindestens 0,6fachen der höchstzulässigen Nutzlast standhalten. Wenn die Seitenwände jedoch für eine Belastung berechnet sind, die kleiner oder größer ist als das 0,6fache der höchstzulässigen Nutzlast, so muß dieser Festigkeitsgrad auf dem CSC-Zulassungsschild in Übereinstimmung mit Regel I der Anlage I angegeben sein.

Innenbelastung:

Auf die Innenfläche der Seitenwand wird eine gleichmäßig verteilte Belastung, die gleich 0,6 P ist, oder jede andere Belastung, für die der Container berechnet ist, aufgebracht.

Die vorgeschriebene Innenbelastung wird folgendermaßen aufgebracht:

Beide Seitenwände des Containers sind der Prüfung zu unterziehen, wenn jedoch die Seitenwände des Containers gleich sind, genügt es, nur eine von ihnen zu prüfen. Die Seitenwände werden jede einzeln geprüft, dabei wird nur die Reaktion der Eckbeschläge oder gleichwertiger Eckkonstruktionen auf die angesetzte Innenbelastung berücksichtigt. Container mit offenem Oberteil, die der Prüfung unterzogen werden, müssen sich in einem für ihren Einsatz vorgesehenen Zustand befinden; so müssen sich beispielsweise die Elemente eines abnehmbaren Oberteils in Arbeitsstellung befinden.

Aufzubringende äußere Kräfte:

Keine.

INTERNATIONAL CONVENTION FOR SAFE CONTAINERS (CSC)

Preamble

THE CONTRACTING PARTIES,

RECOGNIZING the need to maintain a high level of safety of human life in the handling, stacking and transporting of containers,

MINDFUL of the need to facilitate international container transport,

RECOGNIZING, in this context, the advantages of formalizing common international safety requirements,

CONSIDERING that this end may best be achieved by the conclusion of a Convention,

HAVE DECIDED to formalize structural requirements to ensure safety in the handling, stacking and transporting of containers in the course of normal operations, and to this end

HAVE AGREED as follows:

Article I

General obligation under the present Convention

The Contracting Parties undertake to give effect to the provisions of the present Convention and the annexes hereto, which shall constitute an integral part of the present Convention.

Article II

Definitions

For the purpose of the present Convention, unless expressly provided otherwise:

1. „Container“ means an article of transport equipment:
 - (a) of a permanent character and accordingly strong enough to be suitable for repeated use;
 - (b) specially designed to facilitate the transport of goods, by one or more modes of transport, without intermediate reloading;
 - (c) designed to be secured and/or readily handled, having corner fittings for these purposes;
 - (d) of a size such that area enclosed by the four outer bottom corners is either:
 - (i) at least 14 sq.m (150 sq. ft.) or
 - (ii) at least 7 sq.m. (75 sq. ft.) if it is fitted with top corner fittings;

The term „container“ includes neither vehicles nor packaging; however, containers when carried on chassis are included.

2. „Corner fittings“ means an arrangement of apertures and faces at the top and/or bottom of a container for the purposes of handling, stacking and/or securing.
3. „Administration“ means the Government of a Contracting Party under whose authority containers are approved.
4. „Approved“ means approved by the Administration.
5. „Approval“ means the decision by an Administration that a design type or a container is safe within the terms of the present Convention.
6. „International transport“ means transport between points of departure and destination situated in the territory of two countries to at least one of which the present Convention applies. The present Convention shall also apply when part of a transport operation between two countries takes place in the territory of a country to which the present Convention applies.
7. „Cargo“ means any goods, wares, merchandise and articles of every kind whatsoever carried in the containers.

8. „New container“ means a container the construction of which was commenced on or after the date of entry into force of the present Convention.

9. „Existing container“ means a container which is not a new container.

10. „Owner“ means the owner as provided for under the national law of the Contracting Party or the lessee or bailee, if an agreement between the parties provides for the exercise of the owner's responsibility for maintenance and examination of the container by such lessee or bailee.

11. „Type of container“ means the design type approved by the Administration.

12. „Type-series container“ means any container manufactured in accordance with the approved design type.

13. „Prototype“ means a container representative of those manufactured or to be manufactured in a design type series.

14. „Maximum Operating Gross Weight or Rating“ or „R“ means the maximum allowable combined weight of the container and its cargo.

15. „Tare Weight“ means the weight of the empty container including permanently affixed ancillary equipment.

16. „Maximum Permissible Payload“ or „P“ means the difference between maximum operating gross weight or rating and tare weight.

Article III

Application

1. The present Convention applies to new and existing containers used in international transport, excluding containers specially designed for air transport.
2. Every new container shall be approved either in accordance with the provisions for type-testing or for individual testing as contained in Annex I.
3. Every existing container shall be approved in accordance with the relevant provisions for approval of existing containers set out in Annex I within 5 years from the date of entry into force of the present Convention.

Article IV

Testing, inspection, approval and maintenance

1. For the enforcement of the provisions in Annex I every Administration shall establish an effective procedure for the testing, inspection and approval of containers in accordance with the criteria established in the present Convention, provided however that an Administration may entrust such testing, inspection and approval to organizations duly authorized by it.
2. An Administration which entrusts such testing, inspection and approval to an organization shall inform the Secretary-General of the Inter-Governmental Maritime Consultative Organization for communication to Contracting Parties.
3. Application for approval may be made to the Administration of any Contracting Party.
4. Every container shall be maintained in a safe condition in accordance with the provisions of Annex I.
5. If an approved container does not in fact comply with the requirements of Annexes I and II the Administration concerned shall take such steps as it deems necessary to bring the container into compliance with such requirements or to withdraw the approval.

Article V**Acceptance of approval**

1. Approval under the authority of a Contracting Party, granted under the terms of the present Convention, shall be accepted by the other Contracting Parties for all purposes covered by the present Convention. It shall be regarded by the other Contracting Parties as having the same force as an approval issued by them.

2. A Contracting Party shall not impose any other structural safety requirements or tests on containers covered by the present Convention, provided however that nothing in the present Convention shall preclude the application of provisions of national regulations or legislation or of international agreements, prescribing additional structural safety requirements or tests for containers specially designed for the transport of dangerous goods, or for those features unique to containers carrying bulk liquids or for containers when carried by air. The term „dangerous goods“ shall have that meaning assigned to it by international agreements.

Article VI**Control**

1. Every container which has been approved under Article III is subject to control in the territory of the Contracting Parties by officers duly authorized by such Contracting Parties. This control shall be limited to verifying that the container carries a valid Safety Approval Plate as required by the present Convention, unless there is significant evidence for believing that the condition of the container is such as to create an obvious risk to safety. In that case the officer carrying out the control shall only exercise it in so far as it may be necessary to ensure that the container is restored to a safe condition before it continues in service.

2. Where the container appears to have become unsafe as a result of a defect which may have existed when the container was approved, the Administration responsible for that approval shall be informed by the Contracting Party which detected the defect.

Article VII**Signature, ratification, acceptance, approval and accession**

1. The present Convention shall be open for signature until 15 January 1973 at the Office of the United Nations at Geneva and subsequently from 1 February 1973 until 31 December 1973 inclusive at the Headquarters of the Inter-Governmental Maritime Consultative Organization at London (hereinafter referred to as „the Organization“) by all States Members of the United Nations or Members of any of the Specialized Agencies or of the International Atomic Energy Agency or Parties to the Statute of the International Court of Justice, and by any other State invited by the General Assembly of the United Nations to become a Party to the present Convention.

2. The present Convention is subject to ratification, acceptance or approval by States which have signed it.

3. The present Convention shall remain open for accession by any State referred to in paragraph 1.

4. Instruments of ratification, acceptance, approval or accession shall be deposited with the Secretary-General of the Inter-Governmental Maritime Consultative Organization (hereinafter referred to as „the Secretary-General“).

Article VIII**Entry into force**

1. The present Convention shall enter into force twelve months from the date of the deposit of the tenth instrument of ratification, acceptance, approval or accession.

2. For each State ratifying, accepting, approving or acceding to the present Convention after the deposit of the tenth instrument of ratification, acceptance, approval or accession, the present Convention shall enter into force twelve months after the date of the deposit by such State of its instrument of ratification, acceptance, approval or accession.

3. Any State which becomes a Party to the present Convention after the entry into force of an amendment shall, failing an expression of a different intention by that State,

(a) be considered as a Party to the Convention as amended; and

(b) be considered as a Party to the unamended Convention in relation to any Party to the Convention not bound by the amendment.

Article IX**Procedure for amending any part or parts of the present Convention**

1. The present Convention may be amended upon the proposal of a Contracting Party by any of the procedures specified in this article.

2. Amendment after consideration in the Organization:

(a) Upon the request of a Contracting Party, any amendment proposed by it to the present Convention will be considered in the Organization. If adopted by a majority of two-thirds of those present and voting in the Maritime Safety Committee of the Organization, to which all Contracting Parties shall have been invited to participate and vote, such amendment shall be communicated to all Members of the Organization and all Contracting Parties at least six months prior to its consideration by the Assembly of the Organization. Any Contracting Party which is not a Member of the Organization shall be entitled to participate and vote when the amendment is considered by the Assembly.

(b) If adopted by a two-thirds majority of those present and voting in the Assembly, and if such majority includes a two-thirds majority of the Contracting Parties present and voting, the amendment shall be communicated by the Secretary-General to all Contracting Parties for their acceptance.

(c) Such amendment shall come into force twelve months after the date on which it is accepted by two thirds of the Contracting Parties. The amendment shall come into force with respect to all Contracting Parties except those which, before it comes into force, make a declaration that they do not accept the amendment.

3. Amendment by a Conference:

Upon the request of a Contracting Party, concurred in by at least one third of the Contracting Parties, a Conference to which the States referred to in Article VII shall be invited will be convened by the Secretary-General.

Article X**Special procedure for amending the annexes**

1. Any amendment to the annexes proposed by a Contracting Party shall be considered in the Organization at the request of that Party.

2. If adopted by a two-thirds majority of those present and voting in the Maritime Safety Committee of the Organization to which all Contracting Parties shall have been invited to participate and to vote, and if such majority includes a two-thirds majority of the Contracting Parties present and voting, such amendment shall be communicated by the Secretary-General to all Contracting Parties for their acceptance.

3. Such an amendment shall enter into force on a date to be determined by the Maritime Safety Committee at the time of its adoption, unless by a prior date determined by the Maritime Safety Committee at the same time one fifth or five of the Contracting Parties, whichever number is less, notify the Secretary-General of their objection to the amend-

ment. Determination by the Maritime Safety Committee of the dates referred to in this paragraph shall be by a two-thirds majority of those present and voting, which majority shall include a two-thirds majority of the Contracting Parties present and voting.

4. On entry into force any amendment shall, for all Contracting Parties which have not objected to the amendment, replace and supersede any previous provision to which the amendment refers; an objection made by a Contracting Party shall not be binding on other Contracting Parties as to acceptance of containers to which the present Convention applies.

5. The Secretary-General shall inform all Contracting Parties and Members of the Organization of any request and communication under this article and the date on which any amendment enters into force.

6. Where a proposed amendment to the annexes has been considered but not adopted by the Maritime Safety Committee, any Contracting Party may request the convening of a Conference to which the States referred to in Article VII shall be invited. Upon receipt of notification of concurrence by at least one third of the other Contracting Parties such a Conference shall be convened by the Secretary-General to consider amendments to the annexes.

Article XI

Denunciation

1. Any Contracting Party may denounce the present Convention by effecting the deposit of an instrument with the Secretary-General. The denunciation shall take effect one year from the date of such deposit with the Secretary-General of such notification.

2. A Contracting Party which has communicated an objection to an amendment to the annexes may denounce the present Convention and such denunciation shall take effect on the date of entry into force of such an amendment.

Article XII

Termination

The present Convention shall cease to be in force if the number of Contracting Parties is less than five for any period of twelve consecutive months.

Article XIII

Settlement of disputes

1. Any dispute between two or more Contracting Parties concerning the interpretation or application of the present Convention which cannot be settled by negotiation or other means of settlement shall, at the request of one of them, be referred to an arbitration tribunal composed as follows: each party to the dispute shall appoint an arbitrator and these two arbitrators shall appoint a third arbitrator, who shall be the Chairman. If three months after receipt of a request one of the parties shall have failed to appoint an arbitrator or if the arbitrators shall have failed to elect the Chairman, any of the parties may request the Secretary-General to appoint an arbitrator or the Chairman of the arbitration tribunal.

2. The decision of the arbitration tribunal designated under the provisions of paragraph 1 shall be binding on the parties to the dispute.

3. The arbitration tribunal shall decide its own rules of procedure.

4. Decisions of the arbitration tribunal both as to its procedure and its place of meeting and as to any controversy laid before it, shall be taken by majority vote.

5. Any controversy which may arise between the parties to the dispute as regards the interpretation and execution of the award may be submitted by either party for judgment to the arbitration tribunal which made the award.

Article XIV

Reservations

1. Reservations to the present Convention shall be permitted, excepting those relating to the provisions of Articles I—VI, XIII and of the present article and of those contained in the annexes, on condition that such reservations are communicated in writing and, if communicated before the deposit of the instrument of ratification, acceptance, approval or accession, are confirmed in that instrument. The Secretary-General shall communicate such reservations to all States referred to in Article VII.

2. Any reservation made in accordance with paragraph 1:

(a) modifies for the Contracting Party which made the reservation the provisions of the present Convention to which the reservation relates to the extent of the reservation; and

(b) modifies those provisions to the same extent for the other Contracting Parties in their relations with the Contracting Party which entered the reservation.

3. Any Contracting Party which has formulated a reservation under paragraph 1 may withdraw it at any time by notification to the Secretary-General.

Article XV

Notification

In addition to the notifications and communications provided for in Articles IX, X and XIV, the Secretary-General shall notify all the States referred to in Article VII of the following:

(a) signatures, ratifications, acceptances, approvals and accessions, under Article VII;

(b) the dates of entry into force of the present Convention in accordance with Article VIII;

(c) the date of entry into force of amendments to the present Convention in accordance with Articles IX and X;

(d) denunciations under Article XI;

(e) the termination of the present Convention under Article XII.

Article XVI

Authentic texts

The original of the present Convention, of which the Chinese, English, French, Russian and Spanish texts are equally authentic, shall be deposited with the Secretary-General who shall communicate certified true copies to all States referred to in Article VII.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned Plenipotentiaries, being duly authorized thereto by their respective Governments, have signed the present Convention.

DONE at Geneva this second day of December, one thousand nine hundred and seventy two.

ANNEX I

REGULATIONS FOR THE TESTING, INSPECTION,
APPROVAL AND MAINTENANCE OF CONTAINERSCHAPTER I — REGULATIONS COMMON TO ALL
SYSTEMS OF APPROVAL

Regulation 1

Safety Approval Plate

1. A Safety Approval Plate conforming to the specifications set out in the appendix to this annex shall be permanently affixed to every approved container at a readily visible place adjacent to any other approval plate issued for official purposes where it would not be easily damaged.

2. (a) The Plate shall contain the following information in at least the English or French language:

„CSC SAFETY APPROVAL“

Country of approval and approval reference;

Date (month and year) of manufacture;

Manufacturer's identification number of the container or, in the case of existing containers, for which that number is unknown, the number allotted by the Administration;

Maximum operating gross weight (kilogrammes and lbs);
Allowable stacking weight for 1.8 g (kilogrammes and lbs);
Transverse racking test load value (kilogrammes and lbs).

(b) A blank space should be reserved on the Plate for insertion of end and/or side-wall strength values (factors) in accordance with Regulation 1, paragraph 3 and Annex II, tests 6 and 7. A blank space should also be reserved on the Plate for first and subsequent maintenance examination dates (month and year) when used.

3. Where the Administration considers that a new container satisfies the requirements of the present Convention in respect of safety and if, for such container, the end and/or side-wall strength value (factor) is designed to be greater or less than that stipulated in Annex II such value shall be indicated on the Safety Approval Plate.

4. The presence of the Safety Approval Plate does not remove the necessity of displaying such labels or other information as may be required by other regulations which may be in force.

Regulation 2

Maintenance

1. The owner of the container shall be responsible for maintaining it in safe condition.

2. The owner of an approved container shall examine the container or have it examined in accordance with the procedure either prescribed or approved by the Contracting Party concerned, at intervals appropriate to operating conditions. The date (month and year) before which a new container shall undergo its first examination shall be marked on the Safety Approval Plate.

3. The date (month and year) before which the container shall be re-examined shall be clearly marked on the container on or as close as practicable to the Safety Approval Plate and in a manner acceptable to that Contracting Party which prescribed or approved the particular maintenance procedure involved.

4. The interval from the date of manufacture to the date of the first examination shall not exceed five years. Subsequent examination of new containers and re-examination of existing containers shall be at intervals of not more than 24 months. All examinations shall determine whether the container has any defects which could place any person in danger.

5. For the purpose of this Regulation „the Contracting Party concerned“ is the Contracting Party of the territory in which the owner is domiciled or has his head office.

CHAPTER II — REGULATIONS FOR APPROVAL OF
NEW CONTAINERS BY DESIGN TYPE

Regulation 3

Approval of New Containers

To qualify for approval for safety purposes under the present Convention all new containers shall comply with the requirements set out in Annex II.

Regulation 4

Design Type Approval

In the case of containers for which an application for approval has been submitted, the Administration will examine designs and witness testing of a prototype container to ensure that the containers will conform with the requirements set out in Annex II. When satisfied, the Administration shall notify the applicant in writing that the container meets the requirements of the present Convention and this notification shall entitle the manufacturer to affix the Safety Approval Plate to every container of the design type series.

Regulation 5

Provisions for Approval by Design Type

1. Where the containers are to be manufactured by design type series, application made to an Administration for approval by design type shall be accompanied by drawings, a design specification of the type of container to be approved, and such other data as may be required by the Administration.

2. The applicant shall state the identification symbols which will be assigned by the manufacturer to the type of container to which the application for approval relates.

3. The application shall also be accompanied by an assurance from the manufacturer that he shall:

(a) produce to the Administration such containers of the design type concerned as the Administration may wish to examine;

(b) advise the Administration of any change in the design or specification and await its approval before affixing the Safety Approval Plate to the container;

(c) affix the Safety Approval Plate to each container in the design type series and to no others;

(d) keep a record of containers manufactured to the approved design type. This record shall at least contain the manufacturer's identification numbers, dates of delivery and names and addresses of customers to whom the containers are delivered.

4. Approval may be granted by the Administration to containers manufactured as modifications of approved design type if the Administration is satisfied that the modifications do not affect the validity of tests conducted in the course of design type approval.

5. The Administration shall not confer on a manufacturer authority to affix Safety Approval Plates on the basis of design type approval unless satisfied that the manufacturer has instituted internal production-control features to ensure that the containers produced will conform to the approved prototype.

Regulation 6

Examination during Production

In order to ensure that containers of the same design type series are manufactured to the approved design, the Administration shall examine or test as many units as it considers necessary, at any stage during production of the design type series concerned.

Regulation 7

Notification of Administration

The manufacturer shall notify the Administration prior to commencement of production of each new series of containers to be manufactured in accordance with an approved design type.

CHAPTER III - REGULATIONS FOR APPROVAL OF NEW CONTAINERS BY INDIVIDUAL APPROVAL

Regulation 8

Approval of Individual Containers

Approval of individual containers may be granted where the Administration, after examination and witnessing of tests, is satisfied that the container meets the requirements of the present Convention; the Administration, when so satisfied, shall notify the applicant in writing of approval and this notification shall entitle him to affix the Safety Approval Plate to such container.

CHAPTER IV - REGULATIONS FOR APPROVAL OF EXISTING CONTAINERS

Regulation 9

Approval of Existing Containers

1. If, within 5 years from the date of entry into force of the present Convention, the owner of an existing container presents the following information to an Administration:

- (a) date and place of manufacture;
- (b) manufacturer's identification number of the container if available;

(c) maximum operating gross weight capability;

(d) (i) evidence that a container of this type has been safely operated in maritime and/or inland transport for a period of at least two years, or

(ii) evidence to the satisfaction of the Administration that the container was manufactured to a design type which had been tested and found to comply with the technical conditions set out in Annex II with the exception of those technical conditions relating to the end-wall and side-wall strength tests, or

(iii) evidence that the container was constructed to standards which, in the opinion of the Administration, were equivalent to the technical conditions set out in Annex II with the exception of those technical conditions relating to the end-wall and side-wall strength tests;

e) allowable stacking weight for 1.8 g (kilogrammes and lbs); and

(f) such other data as required for the Safety Approval Plate; then the Administration, after investigation, shall notify the owner in writing whether approval is granted; and if so, this notification shall entitle the owner to affix the Safety Approval Plate after an examination of the container concerned has been carried out in accordance with Regulation 2.

2. Existing containers which do not qualify for approval under paragraph 1 of this regulation may be presented for approval under the provisions of Chapter II or Chapter III of this annex. For such containers the requirements of Annex II relating to end and/or side-wall strength tests shall not apply. The Administration may, if it is satisfied that the containers in question have been in service, waive such of the requirements in respect of presentation of drawings and testing, other than the lifting and floor-strength test, as it may deem appropriate.

APPENDIX

The Safety Approval Plate, conforming to the model reproduced below, shall take the form of a permanent, non-corrosive, fire-proof rectangular plate measuring not less than 200 mm by 100 mm. The words „CSC Safety Approval“ of a minimum letter height of 8 mm and all other words and numbers of a minimum height of 5 mm shall be stamped into, embossed on or indicated on its surface in any other permanent and legible way.

CSC SAFETY APPROVAL		↑ 100 mm AI ↓
1	[GB - L/749/2/7/75]	
2	DATE MANUFACTURED	
3	IDENTIFICATION No.	
4	MAXIMUM GROSS WEIGHT kg - lb	
5	ALLOWABLE STACKING WEIGHT FOR 1.8 g kg - lb	
6	RACKING TEST LOAD VALUE kg - lb	
7	
8	
9	
← ≥ 200 mm →		

1. Country of Approval and Approval Reference as given in the example on line 1. (The country of Approval should be indicated by means of the distinguishing sign used to indicate country of registration of motor vehicles in international road traffic).
2. Date (month and year) of manufacture.
3. Manufacturer's identification number of the container or, in the case of existing containers for which that number is unknown, the number allotted by the Administration.
4. Maximum Operating Gross Weight (kilogrammes and lbs.).
5. Allowable Stacking Weight for 1.8 g (kilogrammes and lbs.).
6. Transverse Racking Test Load Value (kilogrammes and lbs.).
7. End Wall Strength to be indicated on plate only if end walls are designed to withstand a load of less or greater than 0.4 times the maximum permissible payload, i.e. 0.4 P.
8. Side Wall Strength to be indicated on plate only if the side walls are designed to withstand a load of less or greater than 0.6 times the maximum permissible payload, i.e. 0.6 P.
9. First maintenance examination date (month and year) for new containers and subsequent maintenance examination dates (month and year) if Plate used for this purpose.

ANNEX II

STRUCTURAL SAFETY REQUIREMENTS AND TESTS

Introduction

In setting the requirements of this Annex, it is implicit that in all phases of the operation of containers the forces as a result of motion, location, stacking and weight of the loaded container and external forces will not exceed the design strength of the container. In particular, the following assumptions have been made:

(a) the container will be so restrained that it is not subjected to forces in excess of those for which it has been designed;

(b) the container will have its cargo stowed in accordance with the recommended practices of the trade so that the cargo does not impose upon the container forces in excess of those for which it has been designed.

Construction

1. A container made from any suitable material which satisfactorily performs the following tests without sustaining any permanent deformation or abnormality which would render it incapable of being used for its designed purpose, shall be considered safe.
2. The dimensions, positioning and associated tolerances of corner fittings shall be checked having regard to the lifting and securing systems in which they will function.
3. When containers are provided with special fittings for use only when such containers are empty, this restriction shall be marked on the container.

Test loads and test procedures

Where appropriate to the design of the container, the following test loads and test procedures shall be applied to all kinds of containers under test:

TEST LOADINGS AND APPLIED FORCES	TEST PROCEDURES
----------------------------------	-----------------

1. LIFTING

The container, having the prescribed INTERNAL LOADING, shall be lifted in such a way that no significant acceleration forces are applied. After lifting, the container shall be suspended or supported for five minutes and then lowered to the ground.

(A) LIFTING FROM CORNER FITTINGS

INTERNAL LOADING:

A uniformly distributed load such that the combined weight of container and test load is equal to 2R.

(i) Lifting from top corner fittings:

Containers greater than 3,000 mm (10 ft.) (nominal) in length shall have lifting forces applied vertically at all four top corner fittings.

Containers of 3,000 mm (10 ft.) (nominal) in length and less shall have lifting forces applied at all four top corner fittings, in such a way that the angle between each lifting device and the vertical shall be 30°.

EXTERNALLY APPLIED FORCES:

Such as to lift the combined weight of 2R in the manner prescribed (under the heading TEST PROCEDURES).

(ii) Lifting from bottom corner fittings:

Containers shall have lifting forces applied in such a manner that the lifting devices bear on the bottom corner fittings only. The lifting forces shall be applied at angles to the horizontal of: 30° for containers of length 12,000 mm (40 ft.) (nominal) or greater;

37° for containers of length 9,000 mm (30 ft.) (nominal) and up to but not including 12,000 mm (40 ft.) (nominal),

45° for containers of length 6,000 mm (20 ft.) (nominal) and up to but not including 9,000 mm (30 ft.) (nominal),

60° for containers of less than 6,000 mm (20 ft.) (nominal).

(B) LIFTING BY ANY OTHER ADDITIONAL METHODS

INTERNAL LOADING:

A uniformly distributed load such that the combined weight of container and test load is equal to 1.25 R.

EXTERNALLY APPLIED FORCES:

Such as to lift the combined weight of 1.25 R in the manner prescribed (under the heading TEST PROCEDURES).

(i) Lifting from fork lift pockets:

The container shall be placed on bars which are in the same horizontal plane, one bar centred within each fork lift pocket which is used for lifting the loaded container. The bars shall be of the same width as the forks intended to be used in the handling, and shall project into the fork pocket 75 per cent of the length of the fork pocket.

TEST LOADINGS AND APPLIED FORCES	TEST PROCEDURES	TEST LOADINGS AND APPLIED FORCES	TEST PROCEDURES
INTERNAL LOADING: A uniformly distributed load such that the combined weight of container and test load is equal to 1.25 R.	(ii) Lifting from grappler arm positions: The container shall be placed on pads in the same horizontal plane, one under each grappler arm position. These pads shall be of the same sizes as the lifting area of the grappler arms intended to be used.	INTERNAL LOADING: None.	(a) ON ROOF EXTERNALLY APPLIED FORCES: The EXTERNALLY APPLIED FORCES shall be applied vertically downwards to the outer surface of the weakest area of the roof of the container.
EXTERNALLY APPLIED FORCES: Such as to lift the combined weight of 1.25 R in the manner prescribed (under the heading TEST PROCEDURES).	(iii) Other Methods Where containers are designed to be lifted in the loaded condition by any method not mentioned in (A) or (B) (i) and (ii) they shall also be tested with the INTERNAL LOADING AND EXTERNALLY APPLIED FORCES representative of the acceleration conditions appropriate to that method.	3. CONCENTRATED LOADS INTERNAL LOADING: Two concentrated loads each of 2,730 kg (6,000 lb.) and each applied to the container floor through a contact area of 142 cm ² (22 sq. in.).	(b) ON FLOOR The test should be made with the container resting on four level supports under its four bottom corners in such a manner that the base structure of the container is free to deflect. A testing device loaded to a weight of 5,460 kilogrammes (12,000 lbs.) that is 2,730 kg (6,000 lbs.) on each of two surfaces having, when loaded, a total contact area of 284 cm ² (44 sq. in.) that is 142 cm ² (22 sq. in.) on each surface, the surface width being 180 mm (7 in.) spaced 760 mm (30 in.) apart, centre to centre, should be manoeuvred over the entire floor area of the container.
2. STACKING			
1. For conditions of international transport where the maximum vertical acceleration forces vary significantly from 1.8 g and when the container is reliably and effectively limited to such conditions of transport, the stacking load may be varied by the appropriate ratio of acceleration forces.			
2. On successful completion of this test the container may be rated for the allowable superimposed static stacking weight which should be indicated on the Safety Approval Plate, against the heading „allowable stacking weight for 1.8 g (kilogrammes and lbs)“ .			
INTERNAL LOADING:	A uniformly distributed load such that the combined weight of container and test load is equal to 1.8 R. The container, having the prescribed INTERNAL LOADING, shall be placed on four level pads which are in turn supported on a rigid horizontal surface, one under each bottom corner fitting or equivalent corner structure. The pads shall be centralized under the fittings and shall be of approximately the same plan dimensions as the fittings.	INTERNAL LOADING: None.	4. TRANSVERSE RACKING The container in tare condition shall be placed on four level supports one under each bottom corner and shall be restrained against lateral and vertical movement by means of anchor devices so arranged that the lateral restraint is provided only at the bottom corners diagonally opposite to those at which the forces are applied.
EXTERNALLY APPLIED FORCES: Such as to subject each of the four top corner fittings to a vertical downward force equal to $\frac{1}{4} \times 1.8 \times$ the allowable superimposed static stacking weight.	Each EXTERNALLY APPLIED FORCE shall be applied to each of the corner fittings through a corresponding test corner fitting or through a pad of the same plan dimensions. The test corner fittings or pad shall be offset with respect to the top corner fitting of the container by 25 mm (1 in.) laterally and 38 mm ($1\frac{1}{2}$ in.) longitudinally.	EXTERNALLY APPLIED FORCES: Such as to rack the end structures of the containers sideways. The forces shall be equal to those for which the container was designed.	EXTERNALLY APPLIED FORCE: The EXTERNALLY APPLIED FORCE shall be applied either separately or simultaneously to each of the top corner fittings on one side of the container in lines parallel both to the base and to the planes of the ends of the container. The forces shall be applied first towards and then away from the top corner fittings. In the case of containers in which each end is symmetrical about its own vertical centreline, one side only need be tested, but both sides of containers with asymmetric ends shall be tested.

**TEST LOADINGS AND
APPLIED FORCES**
TEST PROCEDURES
5. LONGITUDINAL RESTRAINT (STATIC TEST)

When designing and constructing containers, it must be borne in mind that containers, when carried by inland modes of transport may sustain accelerations of 2 g applied horizontally in a longitudinal direction.

INTERNAL LOADING:

A uniformly distributed load, such that the combined weight of a container and test load is equal to the maximum operating gross weight or rating, R.

The container having the prescribed **INTERNAL LOADING** shall be restrained longitudinally by securing the two bottom corner fittings or equivalent corner structures at one end to suitable anchor points.

**EXTERNALLY
APPLIED FORCES:**

Such as to subject each side of the container to longitudinal compressive and tensile forces of magnitude R, that is, a combined force of 2R on the base of the container as a whole.

The **EXTERNALLY APPLIED FORCES** shall be applied first towards and then away from the anchor points. Each side of the container shall be tested.

6. END WALLS

The end walls should be capable of withstanding a load of not less than 0.4 times the maximum permissible payload. If, however, the end walls are designed to withstand a load of less or greater than 0.4 times the maximum permissible payload such a strength factor shall be indicated on the Safety Approval Plate in accordance with Annex I, Regulation 1.

INTERNAL LOADING:

Such as to subject the inside of an end wall to a uniformly distributed load of 0.4P or such other load for which the container may be designed.

The prescribed **INTERNAL LOADING** shall be applied as follows: Both ends of a container shall be tested except where the ends are identical only one end need be tested. The end walls of containers which do not have open sides or side doors may be tested separately or simultaneously.

**TEST LOADINGS AND
APPLIED FORCES**
TEST PROCEDURES

The end walls of containers which do have open sides or side doors should be tested separately.

When the ends are tested separately the reactions to the forces applied to the end wall shall be confined to the base structure of the container.

**EXTERNALLY
APPLIED FORCES:**

None.

7. SIDE WALLS

The side walls should be capable of withstanding a load of not less than 0.6 times the maximum permissible payload. If, however, the side walls are designed to withstand a load of less or greater than 0.6 times the maximum permissible payload, such a strength factor should be indicated on the Safety Approval Plate in accordance with Annex I, Regulation 1.

INTERNAL LOADING:

Such as to subject the inside of a side wall to a uniformly distributed load of 0.6P or such other load for which the container may be designed.

The prescribed **INTERNAL LOADING** shall be applied as follows: Both sides of a container shall be tested except where the sides are identical only one side need be tested. Side walls shall be tested separately and the reactions to the internal loading shall be confined to the corner fittings or equivalent corner structures. Open topped containers shall be tested in the condition in which they are designed to be operated, for example, with removable top members in position.

**EXTERNALLY
APPLIED FORCES:**

None.

МЕЖДУНАРОДНАЯ КОНВЕНЦИЯ ПО БЕЗОПАСНЫМ КОНТЕЙНЕРАМ (КБК)

Преамбула

ДОГОВАРИВАЮЩИЕСЯ СТОРОНЫ,

ПРИЗНАВАЯ необходимость поддержания высокого уровня безопасности человеческой жизни при обработке, штабелировании и перевозке контейнеров,

ИМЕЯ В ВИДУ необходимость облегчения международных контейнерных перевозок,

ПРИЗНАВАЯ в этой связи преимущества разработки общих международных требований в области безопасности,

СЧИТАЯ, что этой цели лучше всего будет служить заключение Конвенции,

ПРИНЯЛИ РЕШЕНИЕ разработать конструктивные требования для обеспечения безопасности при обработке, штабелировании и перевозке контейнеров в обычных условиях эксплуатации и с этой целью

СОГЛАСИЛИСЬ О НИЖЕСЛЕДУЮЩЕМ:

Статья I

Общее обязательство, вытекающее из настоящей Конвенции

Договаривающиеся Стороны обязуются проводить в жизнь положения настоящей Конвенции и Приложений к ней, являющихся составной частью настоящей Конвенции.

Статья II

Определения

В настоящей Конвенции, если не будет указано иначе:

1. «Контейнер» означает транспортное оборудование:

a) имеющее постоянный характер и в силу этого достаточно прочное, чтобы служить для многократного пользования;

b) специально сконструированное для облегчения перевозки грузов одним или несколькими видами транспорта без промежуточной перегрузки грузов;

c) сконструированное с учетом необходимости крепления и/или легкой обработки и с этими целями снабженное угловыми фитингами;

d) такого размера, что площадь, заключенная между четырьмя внешними нижними углами, составляет:

i) не менее 14 м² (150 кв.ф.) или

ii) не менее 7 м² (75 кв.ф.) при наличии верхних угловых фитингов; термин «контейнер» не включает ни транспортные средства, ни упаковку; однако он распространяется на контейнеры, когда они перевозятся на шасси.

2. «Угловые фитинги» означают совокупность отверстий и граней в верхних и/или нижних углах контейнера, используемых в целях погрузки, выгрузки, штабелирования и/или крепления контейнера.

3. «Администрация» означает правительство Договаривающейся Стороны, с разрешения которой произведено допущение контейнеров к перевозкам.

4. «Допущенный» означает допущенный Администрацией.

5. «Допущение» означает решение Администрации о том, что тип конструкции или контейнер является безопасным по условиям настоящей Конвенции.

6. «Международная перевозка» означает перевозку, при которой пункты отправления и назначения расположены на территории двух стран, по крайней мере одна из которых явля-

ется страной, по отношению к которой применяется настоящая Конвенция. Настоящая Конвенция применяется также в тех случаях, когда часть перевозки между двумя странами осуществляется по территории страны, по отношению к которой применяется настоящая Конвенция.

7. «Груз» означает любые товары, изделия или всякого рода предметы, перевозимые в контейнерах.

8. «Новый контейнер» означает контейнер, постройка которого началась в момент вступления в силу настоящей Конвенции или после этой даты.

9. «Существующий контейнер» означает контейнер, который не является новым контейнером.

10. «Владелец» означает владельца, как это предусматривается национальным законодательством Договаривающейся Стороны, или арендатора или залогополучателя, если соглашением Сторон предусматривается ответственность владельца за содержание и осмотр контейнера этим арендатором или залогополучателем.

11. «Тип контейнера» означает тип конструкции, допущенный Администрацией.

12. «Серийный контейнер» означает любой контейнер, построенный в соответствии с допущенным типом конструкции.

13. «Прототип» означает образец контейнеров, изготовленных или намечаемых к изготовлению серийно по типу конструкции.

14. «Максимальный эксплуатационный вес брутто» или «R» означает максимальный разрешенный общий вес контейнера и его груза.

15. «Вес тары» означает вес порожнего контейнера, включая постоянно прикрепленное к нему вспомогательное оборудование.

16. «Максимальная допустимая полезная нагрузка» или «P» означает разность между максимальным эксплуатационным весом брутто и весом тары.

Статья III

Применение

1. Настоящая Конвенция распространяется на новые и существующие контейнеры, используемые в международных перевозках, исключая контейнеры, специально предназначенные для воздушных перевозок.

2. Каждый новый контейнер подлежит допущению в соответствии либо с процедурой испытания по типу конструкции, либо с процедурой испытания отдельных контейнеров согласно положениям Приложения I.

3. Каждый существующий контейнер должен пройти процедуру допущения согласно соответствующим положениям о допущении существующих контейнеров, изложенным в Приложении I, в течение 5 лет с момента вступления в силу настоящей Конвенции.

Статья IV

Испытания, осмотр, допущение и содержание

1. Для проведения в жизнь положений Приложения I каждая Администрация должна разработать эффективную процедуру испытаний, осмотра и допущения контейнеров в соответствии с критериями, установленными в настоящей Конвенции; однако она может поручить проведение испытаний, осмотра или допущения организациям, надлежащим образом уполномоченным.

2. Администрация, которая поручает проведение таких испытаний, осмотра или допущения какой-либо организации, должна информировать об этом Генерального Секретаря Межправительственной морской консультативной организации для сообщения Договаривающимся Сторонам.

3. Заявка о допущении может быть подана Администрацией любой Договаривающейся Стороны.

4. Каждый контейнер должен содержаться в безопасном состоянии в соответствии с положениями Приложения I.

5. Если допущенный контейнер фактически не соответствует требованиям, содержащимся в Приложениях I и II, то соответствующая Администрация принимает меры, которые она сочтет необходимыми для приведения этого контейнера в соответствие с этими требованиями, или отменяет допущение.

Статья V

Признание допущения

1. Допущение, произведенное с разрешения одной Договаривающейся Стороны в соответствии с положениями настоящей Конвенции, должно признаваться другими Договаривающимися Сторонами во всех случаях, на которые распространяется настоящая Конвенция. Другие Договаривающиеся Стороны должны считать это допущение имеющим такую же силу, как и допущение, произведенное ими самими.

2. Договаривающаяся Сторона не должна предъявлять никаких других конструктивных требований в отношении безопасности или испытаний к контейнерам, на которые распространяются положения настоящей Конвенции, при условии, однако, что ни одно положение настоящей Конвенции не препятствует применению положений национальных правил или законов или международных соглашений, предусматривающих дополнительные конструктивные требования безопасности или испытания для контейнеров, специально сконструированных для перевозки опасных грузов, или для тех конструктивных особенностей, которые присущи только контейнерам, перевозающим жидкости наливом, или для контейнеров, когда они перевозятся воздушным транспортом. Термин «опасные грузы» имеет толкование, которое придается ему международными соглашениями.

Статья VI

Контроль

1. Каждый допущенный в соответствии со статьей III контейнер подлежит на территории Договаривающихся Сторон контролю со стороны должностных лиц, надлежащим образом уполномоченных этими Договаривающимися Сторонами. Этот контроль должен организовываться проверкой наличия на контейнере имеющей силу таблички о допущении по условиям безопасности, как этого требует настоящая Конвенция, если нет серьезных оснований для предположения о том, что состояние контейнера таково, что возникает очевидная угроза безопасности. В этом случае должностное лицо, выполняющее контроль, должно осуществлять его лишь в той степени, в какой это необходимо для обеспечения того, чтобы до возобновления эксплуатации контейнер был восстановлен до состояния, отвечающего требованиям безопасности.

2. В тех случаях когда оказывается, что контейнер перестал удовлетворять требованиям безопасности в результате наличия дефекта, существовавшего возможно в момент допущения контейнера, Договаривающаяся Сторона, обнаружившая данный дефект, должна сообщить об этом Администрации, ответственной за это допущение.

Статья VII

Подписание, ратификация, принятие, одобрение и присоединение

1. Настоящая Конвенция открыта для подписания до 15 января 1973 года в Отделении Организации Объединенных На-

ций в Женеве и впоследствии с 1 февраля 1973 года до 31 декабря 1973 года включительно в штаб-квартире Межправительственной морской консультативной организации в Лондоне (именуемой ниже «Организация») всеми государствами-членами Организации Объединенных Наций либо членами любого специализированного учреждения или Международного агентства по атомной энергии, либо участниками Статута Международного Суда, а также любым другим государством, приглашенным Генеральной Ассамблеей Организации Объединенных Наций стать участником настоящей Конвенции.

2. Настоящая Конвенция подлежит ратификации, принятию или одобрению подписавшими ее государствами.

3. Настоящая Конвенция остается открытой для присоединения к ней любого из государств, указанных в пункте 1.

4. Документы о ратификации, принятии, одобрении или присоединении сдаются на хранение Генеральному Секретарю Межправительственной морской консультативной организации (именуемому ниже «Генеральный Секретарь»).

Статья VIII

Вступление в силу

1. Настоящая Конвенция вступает в силу по истечении двенадцати месяцев со дня сдачи на хранение десятого документа о ратификации, принятии, одобрении или присоединении.

2. Для каждого государства, ратифицировавшего, принявшего или одобрившего настоящую Конвенцию или присоединившегося к ней после сдачи на хранение десятого документа о ратификации, принятии, одобрении или присоединении, настоящая Конвенция вступает в силу по истечении двенадцати месяцев со дня сдачи на хранение этим государством своего документа о ратификации, принятии, одобрении или присоединении.

3. Любое государство, которое становится участником настоящей Конвенции после вступления поправки в силу, если только оно не заявляет об ином намерении,

а) считается участником Конвенции, в которую были внесены поправки; и

б) считается участником Конвенции, в которую не были внесены поправки, в отношении любого участника Конвенции, не связанного этой поправкой.

Статья IX

Процедура внесения поправок в любую часть или части настоящей Конвенции

1. Поправки к настоящей Конвенции могут быть внесены по предложению любой Договаривающейся Стороны согласно любой из процедур, указанных в настоящей статье.

2. Внесение поправок после рассмотрения в Организации:

а) По просьбе Договаривающейся Стороны любая предложенная ею поправка к настоящей Конвенции рассматривается в Организации. Такая поправка, если она одобрена Комитетом по безопасности на море Организации, для участия в работе которого с правом голоса приглашаются все Договаривающиеся Стороны, большинством в две трети присутствующих и голосующих, направляется всем членам Организации и всем Договаривающимся Сторонам не позднее, чем за шесть месяцев до ее рассмотрения Ассамблеей Организации. Любая Договаривающаяся Сторона, которая не является членом Организации, имеет право участия и голосования при рассмотрении поправки на Ассамблее.

б) Если поправка принимается большинством в две трети присутствующих и голосующих на Ассамблее и если это большинство включает две трети присутствующих и голосующих Договаривающихся Сторон, то поправка рассылается Генеральным Секретарем всем Договаривающимся Сторонам для ее принятия.

с) Такая поправка вступает в силу по истечении двенадцати месяцев со дня ее принятия двумя третями Договаривающихся Сторон. Поправка вступает в силу в отношении всех Договаривающихся Сторон, за исключением тех, которые до ее вступления в силу сделали заявление о том, что они не принимают эту поправку.

3. Внесение поправки путем созыва конференции:

По просьбе Договаривающейся Стороны, поддержанной не менее чем одной третью Договаривающихся Сторон, Генеральный Секретарь созывает конференцию, на которую приглашаются государства, упомянутые в статье VII.

Статья X

Особая процедура внесения поправок в Приложения

1. Любая поправка к Приложениям, предложенная Договаривающейся Стороной, рассматривается в Организации по просьбе этой Стороны.

2. Если такая поправка принимается большинством в две трети присутствующих и голосующих в Комитете по безопасности на море Организации, для участия в работе которого с правом голоса приглашаются все Договаривающиеся Стороны, и если это большинство включает две трети присутствующих и голосующих Договаривающихся Сторон, то она рассылается Генеральным Секретарем всем Договаривающимся Сторонам для ее принятия.

3. Такая поправка вступает в силу в срок, установленный Комитетом по безопасности на море в момент ее принятия, если к более ранней дате, установленной Комитетом по безопасности на море в то же время, одна пятая или пять Договаривающихся Сторон, причем во внимание принимается меньшая из этих двух цифр, не заявят Генеральному Секретарю о том, что они возражают против поправки. Указание в настоящем пункте даты устанавливается Комитетом по безопасности на море большинством в две трети присутствующих и голосующих, причем это большинство должно включать две трети присутствующих и голосующих Договаривающихся Сторон.

4. По вступлении в силу любая поправка отменяет и заменяет любое предыдущее положение, к которому она относится, для всех Договаривающихся Сторон, которые не возражали против этой поправки; возражение, заявленное одной из Договаривающихся Сторон, не будет связывать другие Договаривающиеся Стороны в отношении допущения контейнеров, на которые распространяется настоящая Конвенция.

5. Генеральный Секретарь информирует все Договаривающиеся Стороны и членов Организации о любой просьбе и сообщении в соответствии с настоящей статьей и о дате вступления в силу любой поправки.

6. В тех случаях когда предложение о внесении поправки в Приложения рассматривалось в Комитете по безопасности на море, но не было принято, любая Договаривающаяся Сторона может обратиться с просьбой о созыве конференции, на которую приглашаются государства, указанные в статье VII. По получении уведомления о согласии по меньшей мере одной трети других Договаривающихся Сторон Генеральный Секретарь созывает такую конференцию для рассмотрения поправки, которые предлагается включить в Приложения.

Статья XI

Денонсация

1. Любая Договаривающаяся Сторона может денонсировать настоящую Конвенцию путем сдачи соответствующего документа на хранение Генеральному Секретарю. Денонсация вступает в силу по истечении одного года со дня сдачи такого документа на хранение Генеральному Секретарю.

2. Договаривающаяся Сторона, которая заявила о своем возращении против внесения поправки в Приложения, может де-

нонсировать настоящую Конвенцию, и эта денонсация вступает в силу со дня вступления в силу этой поправки.

Статья XII

Прекращение действия

Настоящая Конвенция теряет силу, если число Договаривающихся Сторон составляет менее пяти в течение какого-либо периода последовательных двенадцати месяцев.

Статья XIII

Разрешение споров

1. Любой спор между двумя или более Договаривающимися Сторонами в отношении толкования или применения настоящей Конвенции, который не может быть разрешен путем переговоров или другими средствами урегулирования, передается по просьбе одной из них арбитражному суду, составленному следующим образом: каждый участник спора назначает арбитра, и эти два арбитра назначают третьего арбитра, который является председателем. Если по истечении трех месяцев со дня получения просьбы один из участников не может назначить арбитра или арбитры не могут избрать председателя, любой из участников может обратиться к Генеральному Секретарю с просьбой назначить арбитра или председателя арбитражного суда.

2. Решение арбитражного суда, назначенного в соответствии с положениями пункта 1, имеет обязательную силу для участников спора.

3. Арбитражный суд устанавливает свои правила процедуры.

4. Решения арбитражного суда, касающиеся процедуры его работы и места заседания, а также любого рассматриваемого им спора принимаются большинством голосов.

5. Любой спор, который может возникнуть между спорящими сторонами в отношении толкования и выполнения решения, может быть передан любым из участников на рассмотрение арбитражного суда, который вынес это решение.

Статья XIV

Оговорки

1. Оговорки к настоящей Конвенции допускаются, за исключением оговорок, относящихся к положениям статей I—VI, XIII и настоящей статьи, а также оговорки, относящихся к положениям, содержащимся в Приложениях, при условии, что эти оговорки представляются в письменном виде и, если они представлены до сдачи на хранение документа о ратификации, принятии, одобрении или присоединении, они подтверждены в этом документе. Генеральный Секретарь направляет эти оговорки всем государствам, указанным в статье VII.

2. Любая оговорка, сделанная в соответствии с пунктом 1:

а) изменяет для Договаривающейся Стороны, сделавшей такую оговорку в рамках этой оговорки, положения настоящей Конвенции, к которым она относится; и

б) изменяет в такой же мере эти положения и для других Договаривающихся Сторон в их взаимоотношениях с Договаривающейся Стороной, сделавшей оговорку.

3. Любая Договаривающаяся Сторона, которая представила оговорку в соответствии с пунктом 1, может снять ее в любое время посредством нотификации, адресованной Генеральному Секретарю.

Статья XV

Уведомление

Помимо уведомлений и сообщений, предусмотренных в статьях IX, X и XIV, Генеральный Секретарь сообщает всем государствам, указанным в статье VII:

а) о подписании, ратификации, принятии, одобрении и присоединении в соответствии со статьей VII;

б) о датах вступления в силу настоящей Конвенции в соответствии со статьей VIII;

- с) о дате вступления в силу поправок к настоящей Конвенции в соответствии со статьями IX и X;
- д) о денонсациях в соответствии со статьей XI;
- е) о прекращении действия настоящей Конвенции в соответствии со статьей XII.

Статья XVI

Аутентичные тексты

Подлинник настоящей Конвенции, английский, испанский, китайский, русский и французский тексты которой являются равно аутентичными, сдается на хранение Генеральному Секретарю, который направляет должным образом заверенные копии всем государствам, указанным в статье VII.

В УДОСТОВЕРЕНИЕ ЧЕГО нижеподписавшиеся Полномочные представители, должным образом уполномоченные своими правительствами, подписали настоящую Конвенцию.

СОВЕРШЕНО в Женеве второго декабря тысяча девятьсот семьдесят второго года.

Приложение I

ПРАВИЛА ИСПЫТАНИЯ, ОСМОТРА, ДОПУЩЕНИЯ И СОДЕРЖАНИЯ КОНТЕЙНЕРОВ

ГЛАВА I — ОБЩИЕ ПРАВИЛА ДЛЯ ВСЕХ СИСТЕМ ДОПУЩЕНИЯ

Правило 1

Табличка о допущении по условиям безопасности

1. К каждому допущенному контейнеру на хорошо видимом труднодоступном для повреждения месте рядом с любой другой табличкой о допущении, выданной для официальных целей, постоянно крепится табличка о допущении по условиям безопасности, отвечающая требованиям, содержащимся в добавлении к настоящему Приложению.

2. а) Табличка должна содержать следующую информацию по крайней мере на английском или французском языке:

«ДОПУЩЕНИЕ ПО УСЛОВИЯМ БЕЗОПАСНОСТИ КБК»

Страна допущения и номер допущения

Дата (год и месяц) изготовления

Идентификационный номер контейнера, присвоенный заводом-изготовителем, или для существующих контейнеров, у которых этот номер неизвестен, номер, присвоенный Администрацией

Максимальный эксплуатационный вес брутто (килограммы и фунты)

Допустимый вес на штабелирование при 1,8 g (килограммы и фунты)

Величина нагрузки при поперечном испытании на жесткость конструкции (килограммы и фунты)

б) На табличке должно быть оставлено свободное место для включения величин (коэффициентов) прочности торцевой и/или боковой стенки в соответствии с пунктом 3 правила 1 и испытаниями 6 и 7, описанными в Приложении II. На табличке оставляется также свободное место для дат первого и последующих осмотров (месяц и год), если нанесение таковых на табличке предусмотрено.

3. Когда, по мнению Администрации, новый контейнер удовлетворяет требованиям настоящей Конвенции в отношении безопасности и если значение (коэффициента) прочности торцевых и/или боковых стенок этого контейнера больше или меньше значения, предписанного в Приложении II, то это значение должно указываться на табличке о допущении по условиям безопасности.

4. Наличие таблички о допущении по условиям безопасности не устраняет необходимости наличия ярлыков или другой информации, которые могут требоваться в соответствии с другими действующими правилами.

Правило 2

Содержание

1. Владелец контейнера несет ответственность за поддержание его в безопасном состоянии.

2. Владелец допущенного контейнера должен производить осмотр контейнера или передавать его для осмотра в соответствии с процедурой, предписанной или одобренной заинтересованной Договаривающейся Стороной, по истечении определенных промежутков времени, соответствующих эксплуатационным условиям. Дата (месяц и год), до которой новый контейнер должен пройти первый осмотр, указывается на табличке о допущении по условиям безопасности.

3. Дата (месяц и год), до которой необходимо произвести следующий осмотр контейнера, должна ясно указываться на контейнере на табличке о допущении по условиям безопасности или как можно ближе к ней и таким способом, который является приемлемым для Договаривающейся Стороны, предписавшей или одобрившей определенную процедуру содержания контейнеров в безопасном состоянии.

4. Промежуток времени между датой изготовления и датой первого осмотра не должен превышать пять лет. Последующий осмотр новых контейнеров и повторный осмотр существующих контейнеров должны производиться через промежутки времени, не превышающие 24 месяцев. Все осмотры должны устанавливать, имеет ли контейнер дефекты, создающие опасность для человеческой жизни.

5. В данном правиле под «заинтересованной Договаривающейся Стороной» имеется в виду Договаривающаяся Сторона, на территории которой владелец либо проживает постоянно, либо имеет свою главную контору.

ГЛАВА II —

ПРАВИЛА ДОПУЩЕНИЯ НОВЫХ КОНТЕЙНЕРОВ ПО ТИПУ КОНСТРУКЦИИ

Правило 3

Допущение новых контейнеров

Для допущения по условиям безопасности в соответствии с настоящей Конвенцией все новые контейнеры должны удовлетворять требованиям, приведенным в Приложении II.

Правило 4

Допущение по типу конструкции

В случае представления заявки на допущение контейнеров Администрация исследует их конструкцию и присутствует при испытании прототипа контейнера в целях обеспечения того, чтобы контейнеры соответствовали требованиям, изложенным в Приложении II. При удовлетворительных результатах Администрация извещает в письменном виде лицо, представившее заявку, что контейнер отвечает требованиям настоящей Конвенции, и это извещение дает заводу-изготовителю право прикреплять к каждому контейнеру серии, изготавливаемой по типу конструкции, табличку о допущении по условиям безопасности.

Правило 5

Положения в отношении допущения по типу конструкции

1. В случае серийного производства контейнеров по типу конструкции к заявке на допущение по типу конструкции,

представленной Администрации, должны быть приложены чертежи и технические условия на тип контейнера, на который испрашивается допущение, и любые другие данные, которые могут быть потребованы Администрацией.

2. Лицо, представляющее заявку, должно указывать идентификационные знаки, которые будут присвоены заводом-изготовителем типу контейнера, к которому относится данная заявка.

3. Заявка должна также сопровождаться обязательством завода-изготовителя о том, что он будет:

- a) представлять Администрации любые контейнеры данного типа конструкции, какие пожелает осмотреть Администрация;
- b) уведомлять Администрацию о любых изменениях в конструкции или в технических условиях и прикреплять к контейнеру табличку о допущении по условиям безопасности лишь по утверждению этих изменений Администрацией;
- c) прикреплять табличку о допущении по условиям безопасности к каждому контейнеру данной серии, изготавливаемой по типу конструкции, и ни к каким другим;
- d) вести учет контейнеров, изготовленных в соответствии с допущенным типом конструкции.

При этом учете следует как минимум включать идентификационные номера заводов-изготовителей, даты поставки и фамилии и адреса клиентов, которым доставляются контейнеры.

4. Администрация может предоставить допущение контейнерам, которые представляют собой видоизмененный вариант допущенного типа конструкции, если внесенные изменения, по ее мнению, не влияют на действительность результатов испытаний, выполненных в ходе допущения по типу конструкции.

5. Администрация разрешает заводу-изготовителю прикреплять табличку о допущении по условиям безопасности на основе допущения по типу конструкции только в том случае, если она убедилась в том, что завод-изготовитель установил внутреннюю систему контроля за производством для проверки соответствия выпускаемых контейнеров допущенному типу.

Правило 6

Осмотр на стадии производства

В целях обеспечения того, чтобы все контейнеры одной и той же серии, выпускаемой по типу конструкции, изготавливались в соответствии с допущенным типом конструкции, Администрация осматривает или подвергает испытаниям такое число контейнеров, которое она считает необходимым, на любой стадии производства серии контейнеров данного типа конструкции.

Правило 7

Уведомление, направляемое Администрации

Завод-изготовитель направляет соответствующее уведомление Администрации до начала производства каждой новой серии контейнеров, подлежащих изготовлению в соответствии с допущенным типом конструкции.

ГЛАВА III — ПРАВИЛА ИНДИВИДУАЛЬНОГО ДОПУЩЕНИЯ НОВЫХ КОНТЕЙНЕРОВ

Правило 8

Допущение отдельных контейнеров

Допущение на отдельный контейнер может предоставляться в том случае, когда Администрация после исследования конструкции и присутствия на испытаниях удостоверяется в том, что такой контейнер отвечает требованиям настоящей Кон-

венции; когда, удостоверившись в этом, Администрация в письменном виде извещает об этом допущении лицо, представившее заявку, это извещение даст ему право прикреплять к такому контейнеру табличку о допущении по условиям безопасности.

ГЛАВА IV — ПРАВИЛА ДОПУЩЕНИЯ СУЩЕСТВУЮЩИХ КОНТЕЙНЕРОВ

Правило 9

Допущение существующих контейнеров

1. Если в течение 5 лет после даты вступления в силу настоящей Конвенции владелец существующего контейнера представляет Администрации следующую информацию:

- a) дата и место изготовления;
- b) присвоенный заводом-изготовителем идентификационный номер контейнера, при наличии такого номера;
- c) максимальный эксплуатационный вес брутто;
- d) i) свидетельство о том, что контейнер этого типа безопасно использовался в морских и/или наземных перевозках в течение периода не менее двух лет, или
 - ii) признанное Администрацией свидетельство о том, что контейнер изготовлен в соответствии с типом конструкции, который прошел испытания и был признан удовлетворяющим техническим условиям, приведенным в Приложении II, за исключением технических условий, относящихся к испытаниям прочности торцовых и боковых стенок, или
 - iii) свидетельство о том, что контейнер изготовлен в соответствии со стандартами, которые, по мнению Администрации, эквивалентны техническим условиям, приведенным в Приложении II, за исключением технических условий, относящихся к испытаниям прочности торцовых и боковых стенок;
- e) допустимый вес на штабелирование при 1,8 g (килограммы и фунты); и
- f) прочие данные, необходимые для таблички о допущении по условиям безопасности.

то Администрация после проверки уведомляет в письменном виде владельца о том, предоставлено ли допущение; если допущение предоставлено, это уведомление даст владельцу право прикреплять табличку о допущении по условиям безопасности после осмотра данного контейнера в соответствии с правилом 2.

2. Существующие контейнеры, которые не могут быть допущены в соответствии с положениями пункта 1 настоящего правила, могут представляться для допущения в соответствии с положениями главы II или главы III настоящего Приложения. В отношении таких контейнеров не применяются требования Приложения II, касающиеся испытания прочности торцовых и/или боковых стенок. Администрация может, если она удостоверилась в том, что указанные контейнеры находились в эксплуатации, отказаться по своему усмотрению от некоторых требований о представлении чертежей и проведения испытаний, за исключением испытания на подъем и испытания прочности пола.

ДОБАВЛЕНИЕ

Табличка о допущении по условиям безопасности должна соответствовать приведенному ниже образцу. Она должна прочно крепиться к контейнеру и иметь форму прямоугольника размерами не менее 200 мм x 100 мм и не поддаваться коррозии и действию огня. На поверхности таблички должна быть выгравирована резцом, выдавлена рельефом или четко и прочно нанесена каким-либо другим способом буквами высотой не менее 8 мм надпись: «Допущение по условиям безопасности КБК»; высота всех других букв и цифр, наносимых на табличку, должна быть не менее 5 мм.

ДОПУЩЕНИЕ ПО УСЛОВИЯМ БЕЗОПАСНОСТИ КБК	
1	[GB - L/749/2/7/75]
2	ДАТА ИЗГОТОВЛЕНИЯ
3	ИДЕНТИФИКАЦИОННЫЙ НОМЕР
4	МАКСИМАЛЬНЫЙ ВЕС БРУТТО кг - фунтов
5	ДОПУСКЛЕМЫЙ ВЕС НА ШТАБЕЛИРОВАНИЕ ПРИ НАГРУЗКЕ 1,8 g кг - фунтов
6	НАГРУЗКА ПРИ ИСПЫТАНИИ НА ЖЕСТКОСТЬ КОНСТРУКЦИИ кг - фунтов
7	
8	
9	

≥ 200 мм

100 мм

1. Страна, предоставляющая допущение, и номер допущения, как показано для примера в строке 1. (Страна, предоставляющая допущение, должна обозначаться посредством отличительного знака, используемого для обозначения страны регистрации автотранспортных средств, находящихся в международном движении).
2. Дата (месяц и год) изготовления.
3. Идентификационный номер контейнера, присвоенный заводом-изготовителем, или, для существующих контейнеров, у которых этот номер неизвестен, номер, присвоенный Администрацией.
4. Максимальный эксплуатационный вес брутто (килограммы и фунты).
5. Допустимый вес на штабелирование при 1,8 g (килограммы и фунты).
6. Величина нагрузки при поперечном испытании на жесткость конструкции (килограммы и фунты).
7. Прочность торцевой стенки указывается на табличке только в том случае, если торцевые стенки рассчитаны на нагрузку, составляющую меньше или больше 0,4 от максимальной допустимой полезной нагрузки, т. е. 0,4 P.
8. Прочность боковой стенки указывается на табличке только в том случае, если боковые стенки рассчитаны на нагрузку, составляющую меньше или больше 0,6 от максимальной допустимой полезной нагрузки, т. е. 0,6 P.
9. Дата (месяц и год) первого профилактического осмотра новых контейнеров и даты (месяц и год) последующих профилактических осмотров, если табличка используется для этой цели.

Приложение II

КОНСТРУКТИВНЫЕ ТРЕБОВАНИЯ БЕЗОПАСНОСТИ И ИСПЫТАНИЯ

Введение

При установлении требований, содержащихся в настоящем Приложении, имелось в виду, что на всех стадиях обработки контейнеров силы, возникающие в результате перемещения, расположения, штабелирования и действия веса груженого контейнера, а также внешние силы не будут превышать нагрузок, на которые рассчитан данный контейнер. В частности, были сделаны следующие предположения:

а) контейнер должен крепиться таким образом, чтобы он не подвергался действию сил, превышающих те силы, на которые он рассчитан;

б) груз внутри контейнера должен быть размещен в соответствии с применяемыми в этой области рекомендованными методами таким образом, чтобы контейнер не испытывал действия вызванных грузом сил, превышающих силы, на которые он рассчитан.

Конструкция

1. Контейнер, изготовленный из любого соответствующего материала, удовлетворительно прошедший нижеследующие испытания без появления остаточной деформации или неисправности, которые могут повлечь за собой невозможность его использования в целях, для которых он предназначен, рассматривается как безопасный.

2. Размеры, расположение и соответствующие допуски угловых фитингов должны контролироваться с учетом подъемных устройств и закрепляющих систем, для работы с которыми они предназначены.

3. Контейнеры, снабженные специальными приспособлениями, предназначенными для использования только при порожном состоянии контейнера, должны иметь маркировку с указанием данного ограничения.

Испытательные нагрузки и методы испытания

При соответствующей конструкции контейнера ко всем типам испытываемых контейнеров применяются следующие испытательные нагрузки и методы испытаний:

ИСПЫТАТЕЛЬНЫЕ НАГРУЗКИ И ПРИЛАГАЕМЫЕ СИЛЫ	МЕТОДЫ ИСПЫТАНИЯ
---	------------------

1. ПОДЪЕМ

Контейнер, имеющий предписанную ВНУТРЕНнюю НАГРУЗКУ, должен быть поднят таким образом, чтобы на него не оказывали существенного воздействия силы ускорения. После подъема контейнер остается в подвешенном или поднятом положении в течение пяти минут, после чего он опускается на грунт.

ИСПЫТАТЕЛЬНЫЕ
НАГРУЗКИ И ПРИЛА-
ГАЕМЫЕ СИЛЫ

МЕТОДЫ ИСПЫТАНИЯ

А) ПОДЪЕМ ЗА УГЛОВЫЕ ФИТИНГИ

ВНУТРЕННЯЯ
НАГРУЗКА:

Равномерно распределенная нагрузка, при которой общий вес контейнера и испытательной нагрузки равен 2 R.

i) Подъем за верхние угловые фитинги:

При подъеме контейнеров, длина которых превышает 3 000 мм (10 футов) (номинальная длина), силы прилагаются вертикально ко всем четырем верхним угловым фитингам. При подъеме контейнеров длиной не более 3 000 мм (10 футов) (номинальная длина) силы прилагаются ко всем четырем верхним угловым фитингам таким образом, чтобы угол между каждым подъемным устройством и вертикалью составлял 30°.

ВНЕШНИЕ СИЛЫ,
ПРИЛАГАЕМЫЕ К
КОНТЕЙНЕРУ:

Силы, позволяющие поднимать общий вес, равный 2 R, предписанным способом (в колонке МЕТОДЫ ИСПЫТАНИЯ).

ii) Подъем за нижние угловые фитинги:

При подъеме контейнера силы прилагаются таким образом, чтобы подъемные устройства крепились только к нижним угловым фитингам. Прилагаемые при подъеме силы должны находиться под следующим углом к горизонтали:

30° для контейнеров длиной 12 000 мм (40 футов) (номинальная длина) или более;

37° для контейнеров длиной 9 000 мм (30 футов) (номинальная длина) и более до 12 000 мм (40 футов) исключительно (номинальная длина);

45° для контейнеров длиной 6 000 мм (20 футов) (номинальная длина) и более до 9 000 мм (30 футов) исключительно (номинальная длина);

60° для контейнеров длиной менее 6 000 мм (20 футов) (номинальная длина).

В) ПОДЪЕМ ЛЮБЫМИ ДРУГИМИ ДОПОЛНИТЕЛЬНЫМИ
МЕТОДАМИВНУТРЕННЯЯ
НАГРУЗКА:

Равномерно распределенная нагрузка, при которой общий вес контейнера и испытательной нагрузки составляет 1,25 R.

i) Подъем за проемы для вилочных захватов:

Контейнер размещается на стержнях, которые находятся в одной горизонтальной плоскости, причем в каждом проеме для вилочного захвата, который используется для подъема грузового контейнера, центрируется один стержень.

ИСПЫТАТЕЛЬНЫЕ
НАГРУЗКИ И ПРИЛА-
ГАЕМЫЕ СИЛЫ

МЕТОДЫ ИСПЫТАНИЯ

ВНЕШНИЕ СИЛЫ,
ПРИЛАГАЕМЫЕ К
КОНТЕЙНЕРУ:

Силы, позволяющие поднимать общий вес, равный 1,25 R, предписанным способом (в колонке МЕТОДЫ ИСПЫТАНИЯ).

ВНУТРЕННЯЯ
НАГРУЗКА:

Равномерно распределенная нагрузка, при которой общий вес контейнера и испытательной нагрузки составляет 1,25 R.

ВНЕШНИЕ СИЛЫ,
ПРИЛАГАЕМЫЕ К
КОНТЕЙНЕРУ:

Силы, позволяющие поднимать общий вес, равный 1,25 R, предписанным способом (в колонке МЕТОДЫ ИСПЫТАНИЯ).

Стержни должны иметь ширину, равную ширине вилок, используемых при обработке, и должны входить в проем для вилочных захватов на 75% длины проема для вилочного захвата.

ii) Подъем за пазы для клещевых захватов:

Контейнер размещается на подкладках, расположенных в одной горизонтальной плоскости, причем под каждый паз для клещевого захвата укладывается одна подкладка. Эти подкладки должны иметь те же размеры, что и подъемная поверхность клещевых захватов, использование которых предусмотрено.

iii) Прочие методы:

Если контейнеры сконструированы для подъема в грузовом состоянии каким-либо другим методом, не упомянутым в пунктах А или В i) и ii), они должны также испытываться на ВНУТРЕНнюю НАГРУЗКУ И ВНЕШНИЕ СИЛЫ, соответствующие действующим при этом методе условиям ускорения.

2. ШТАБЕЛИРОВАНИЕ

1. В условиях международных перевозок, когда максимальные вертикальные силы ускорения значительно отличаются от значения 1,8 g и когда перевозка контейнера эффективно и надежно ограничивается только этими условиями, нагрузка при штабелировании может соответственно изменяться в определенной пропорции к силам ускорения.

2. После удовлетворительного прохождения испытания контейнер может маркироваться на допустимую прилагаемую сверху статическую нагрузку при штабелировании, которая должна указываться на табличке о допущении по условиям безопасности в рубрике «допустимый вес на штабелирование при 1,8 g (килограммы и фунты)».

ВНУТРЕННЯЯ
НАГРУЗКА:

Равномерно распределенная нагрузка, при которой общий вес контейнера и испытательной нагрузки равен 1,8 R.

Контейнер, имеющий предписанную ВНУТРЕНнюю НАГРУЗКУ, помещается на четыре расположенные на одном уровне прокладки, которые, в свою очередь, устанавливаются на горизонтальной площадке с твердым покрытием, каждая под соответствующим нижним угловым фитингом или эквивалентным угловым устройством. Прокладки должны центрироваться под фитингами и приблизительно соответствовать им по своим размерам.

**ИСПЫТАТЕЛЬНЫЕ
НАГРУЗКИ И ПРИЛА-
ГАЕМЫЕ СИЛЫ**
МЕТОДЫ ИСПЫТАНИЯ
**ВНЕШНИЕ СИЛЫ,
ПРИЛАГАЕМЫЕ К
КОНТЕЙНЕРУ:**

К каждому из четырех верхних угловых фитингов прилагается вертикальная, направленная вниз нагрузка, составляющая $\frac{1}{4} \times 1,8$ от допустимой прилагаемой сверху статистической нагрузки при штабелировании.

ВНЕШНИЕ СИЛЫ прилагаются к каждому из угловых фитингов через соответствующий испытательный угловой фитинг или через прокладку, размеры которой совпадают с размерами углового фитинга. Подвергающийся испытанию угловой фитинг или соответствующая прокладка имеют по отношению к верхнему угловому фитингу контейнера эксцентриситет, равный 25 мм (1 дюйм) в боковом направлении и 38 мм (1,5 дюйма) в продольном направлении.

3. СОСРЕДОТОЧЕННЫЕ НАГРУЗКИ а) НА КРЫШУ
**ВНУТРЕННЯЯ
НАГРУЗКА:**

Нет.

**ВНЕШНИЕ СИЛЫ,
ПРИЛАГАЕМЫЕ К
КОНТЕЙНЕРУ:**

Сосредоточенная нагрузка, равная 300 кг (660 фунтов), равномерно распределенная по площади размером 600 мм \times 300 мм (24 дюйма \times 12 дюймов).

ВНЕШНИЕ СИЛЫ прилагаются вертикально сверху вниз к наружной поверхности наиболее слабой части крыши контейнера.

3. СОСРЕДОТОЧЕННЫЕ НАГРУЗКИ б) НА ПОЛ
**ВНУТРЕННЯЯ
НАГРУЗКА:**

Две сосредоточенные нагрузки весом по 2 730 кг (6 000 фунтов) прилагаются к полу контейнера таким образом, чтобы контактная поверхность каждой из них составляла 142 см² (22 кв. дюйма).

При испытании контейнер должен устанавливаться на четырех опорах, расположенных на одном уровне под каждым из четырех нижних углов таким образом, чтобы основание контейнера могло свободно прогибаться.

По всей поверхности пола контейнера должно перемещаться испытательное устройство, вес которого в нагруженном состоянии должен составлять 5 460 кг (12 000 фунтов), т. е. по 2 730 кг (6 000 фунтов) на каждую из двух контактных поверхностей, общая площадь которых в нагруженном состоянии равна 284 см² (44 кв. дюйма), т. е. 142 см² (22 кв. дюйма) на каждую поверхность, причем ширина поверхности должна составлять 180 мм (7 дюймов), а расстояние между центрами поверхностей — 760 мм (30 дюймов).

**ВНЕШНИЕ СИЛЫ,
ПРИЛАГАЕМЫЕ К
КОНТЕЙНЕРУ:**

Нет.

**ИСПЫТАТЕЛЬНЫЕ
НАГРУЗКИ И ПРИЛА-
ГАЕМЫЕ СИЛЫ**
МЕТОДЫ ИСПЫТАНИЯ
**4. ИСПЫТАНИЕ НА ПОПЕРЕЧНУЮ ЖЕСТКОСТЬ
КОНСТРУКЦИИ**
**ВНУТРЕННЯЯ
НАГРУЗКА:**

Нет.

Порожний контейнер устанавливается на четырех опорах, расположенных на одном уровне под каждым из четырех нижних углов, и для предотвращения горизонтального и вертикального смещения крепится с помощью заанкеривающих устройств, установленных таким образом, что сопротивление боковому перемещению возникает только в нижних углах, расположенных по диагонали к тем, к которым прилагаются силы.

**ВНЕШНИЕ СИЛЫ,
ПРИЛАГАЕМЫЕ К
КОНТЕЙНЕРУ:**

Таким образом, чтобы они воздействовали на торцовые конструкции контейнеров в боковом направлении. Эти силы должны быть равны силам, на которые рассчитан контейнер.

ВНЕШНЯЯ СИЛА прилагается либо раздельно, либо одновременно к каждому из верхних угловых фитингов с одной стороны контейнера параллельно как основанию, так и торцовым плоскостям контейнера. Силы прилагаются сначала по направлению к верхним угловым фитингам, а затем в противоположном направлении. У контейнеров с торцами, симметричными относительно своих вертикальных осей, испытывается только одна сторона, а при несимметричных торцах испытанию подлежат обе стороны.

**5. ИСПЫТАНИЕ НА КРЕПЛЕНИЕ В ПРОДОЛЬНОМ
НАПРАВЛЕНИИ (СТАТИЧЕСКОЕ ИСПЫТАНИЕ)**

При проектировании и изготовлении контейнеров следует иметь в виду, что при перевозке наземным транспортом контейнеры могут подвергаться действию горизонтальных продольных ускорений 2 g.

**ВНУТРЕННЯЯ
НАГРУЗКА:**

Равномерно распределенная нагрузка, при которой общий вес контейнера и испытательной нагрузки равен максимальному эксплуатационному весу брутто, R.

Контейнер, имеющий предписанную ВНУТРЕНнюю НАГРУЗКУ, крепится в продольном направлении к двум соответствующим точкам заанкеривания при помощи нижних угловых фитингов или эквивалентных угловых устройств, расположенных на одном конце.

**ВНЕШНИЕ СИЛЫ,
ПРИЛАГАЕМЫЕ К
КОНТЕЙНЕРУ:**

Ка каждой стороне контейнера прилагаются продольные, сжимающие и растягивающие силы, равные R, т. е. основание контейнера подвергается действию силы, составляющей в сумме 2 R.

ВНЕШНИЕ СИЛЫ прилагаются сначала по направлению к точкам заанкеривания, а затем в противоположном направлении. Испытанию подвергается каждая из сторон контейнера.

**ИСПЫТАТЕЛЬНЫЕ
НАГРУЗКИ И ПРИЛА-
ГАЕМЫЕ СИЛЫ** **МЕТОДЫ ИСПЫТАНИЯ**

6. ТОРЦОВЫЕ СТЕНКИ

Торцовые стенки должны выдерживать нагрузку не менее 0,4 от максимальной допустимой полезной нагрузки. Однако если торцовые стенки рассчитаны на нагрузку, меньшую или большую чем 0,4 от максимальной допустимой полезной нагрузки, то этот коэффициент прочности должен указываться на табличке о допусчении по условиям безопасности в соответствии с правилом 1 Приложения I.

**ВНУТРЕННЯЯ
НАГРУЗКА:**

К внутренней поверхности торцовой стенки прилагается равномерно распределенная нагрузка, равная 0,4 P, или любая другая нагрузка, на которую рассчитан контейнер.

Предписанная **ВНУТРЕННЯЯ НАГРУЗКА** прилагается следующим образом: испытанию подлежат оба торца контейнера, однако, если торцы контейнера одинаковы, достаточно подвергнуть испытанию только один из них. Торцовые стенки контейнеров, не имеющих открытых сторон или боковых дверей, могут подвергаться испытанию либо каждая в отдельности, либо одновременно.

Торцовые стенки контейнеров, имеющих открытые стороны или боковые двери, подвергаются испытанию каждая в отдельности. При испытании каждой из торцовых стенок в отдельности реакции на силы, прилагаемые к торцовой стенке, должны ограничиваться конструкцией основания контейнера.

**ВНЕШНИЕ СИЛЫ,
ПРИЛАГАЕМЫЕ К
КОНТЕЙНЕРУ:**

Нет.

**ИСПЫТАТЕЛЬНЫЕ
НАГРУЗКИ И ПРИЛА-
ГАЕМЫЕ СИЛЫ** **МЕТОДЫ ИСПЫТАНИЯ**

7. БОКОВЫЕ СТЕНКИ

Боковые стенки должны выдерживать нагрузку не менее 0,6 от максимальной допустимой полезной нагрузки. Однако если боковые стенки рассчитаны на нагрузку, меньшую или большую чем 0,6 от максимальной допустимой полезной нагрузки, то этот коэффициент прочности должен указываться на табличке о допусчении по условиям безопасности в соответствии с правилом 1 Приложения I.

**ВНУТРЕННЯЯ
НАГРУЗКА:**

К внутренней поверхности торцовой стенки прилагается равномерно распределенная нагрузка, равная 0,6 P, или любая другая нагрузка, на которую рассчитан контейнер.

Предписанная **ВНУТРЕННЯЯ НАГРУЗКА** прилагается следующим образом: испытанию подлежат обе стенки контейнера, однако, если стенки контейнера одинаковы, достаточно подвергнуть испытанию только одну сторону. Боковые стенки подвергаются испытанию каждая в отдельности, при этом учитывается только реакция угловых фитингов или аналогичных угловых устройств на прилагаемую внутреннюю нагрузку. Контейнеры с открытым верхом, подвергающиеся испытанию, должны находиться в том состоянии, в котором предусмотрено их использование; так, например, элементы съемного верха должны находиться в рабочем положении.

**ВНЕШНИЕ СИЛЫ,
ПРИЛАГАЕМЫЕ К
КОНТЕЙНЕРУ:**

Нет.

Lieferbar!

Das Geltende Recht

Ausgabe 1975

Format: L 4 — Kunstleder
 Umfang: 816 Seiten in 2 Bänden
 EVP: 24,— Mark (für beide Bände)

Richten Sie Ihre Bestellungen an den

Zentralversand Erfurt
501 Erfurt
 Postschließfach 696

Die Bestellung für das „Geltende Recht“, Ausgabe 1975, schließt auch die Vormerkung für eventuelle Ergänzungen ein.

Zur laufenden Belieferung mit der jeweils neuesten Ausgabe können auch Abonnementsbestellungen aufgegeben werden.

Weiterhin besteht auch Kaufmöglichkeit gegen Barzahlung bei Selbstabholung (kein Versand) in der

**Buchhandlung
für Amtliche Dokumente**
108 Berlin
 Neustädtische Kirchstraße 15

Das „Geltende Recht“, Ausgabe 1975, ist das chronologisch und systematisch geordnete Nachschlagewerk über die veröffentlichten geltenden Rechtsvorschriften der DDR. In der Ausgabe 1975 sind alle bis 31. Dezember 1974 veröffentlichten Rechtsvorschriften (ohne staatliche Standards) erfasst.

Zur rationelleren Arbeit erscheinen der chronologische und der systematische Teil in getrennten Bänden.

Der systematische Teil ist in 10 Hauptgruppen gegliedert:

- 0 Verfassungsrecht; Stellung, Aufbau und Arbeitsweise der Staatsorgane
- 1 Grundfragen der Leitung der Volkswirtschaft, Planung, Wissenschaft und Technik, Statistik und Finanzen
- 2 Rationalisierung, Automatisierung, Investitionen, Material- und Warenprüfung, Materialwirtschaft, Leitung der Industrie und des Handwerks, Kommunalwirtschaft, internationale ökonomische Beziehungen der DDR, Außenhandel, Zollrecht
- 3 Bauwesen, Wohnungswirtschaft, Verkehr, Post- und Fernmeldewesen
- 4 Landwirtschaft, Nahrungsgüterwirtschaft, Aufkauf und Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, Landtechnik, Bodenrecht, Meliorationswesen, Forstwirtschaft, Jagdwesen, Wasserwirtschaft, Fischereiwesen, Naturschutz, Landeskultur, Umweltschutz
- 5 Binnenhandel und Versorgung der Bevölkerung
- 6 Arbeitsrecht, Sozialversicherung, Gesundheits- und Sozialwesen
- 7 Einheitliches sozialistisches Bildungssystem, Wissenschaften, Kultur, Jugend und Sport
- 8 Rechtspflege, Innere Ordnung und Sicherheit, Verteidigung
- 9 Auswärtige Angelegenheiten

Das Stichwortverzeichnis wurde wesentlich erweitert und das Verweissystem ist vervollkommen worden.

Mit dem Nachschlagewerk das „Geltende Recht“, Ausgabe 1975, wird den Abgeordneten, den Staats- und Wirtschaftsfunktionären und allen interessierten Bürgern ein wichtiges Hilfsmittel in die Hand gegeben, das einen schnellen und vollständigen Überblick über das geltende Recht ermöglicht.



**STAATSVERLAG
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK**

Herausgeber: Sekretariat des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, 102 Berlin, Klosterstraße 47 — Redaktion: 102 Berlin, Klosterstraße 47, Telefon: 209 36 22 — Veröffentlicht unter Lizenz-Nr. 735 — Verlag: (610/62) Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 108 Berlin, Otto-Großewald-Straße 17, Telefon: 209 45 01 — Erscheint nach Bedarf — Fortlaufender Bezug nur durch die Post — Bezugspreis: Vierteljährlich Teil I 2,50 M, Teil II 3,— M — Einzelabgabe bis zum Umfang von 8 Seiten 0,15 M, bis zum Umfang von 16 Seiten 0,25 M, bis zum Umfang von 32 Seiten 0,40 M, bis zum Umfang von 48 Seiten 0,55 M je Exemplar, je weitere 16 Seiten 0,15 M mehr
 Einzelbestellungen beim Zentralversand Erfurt, 501 Erfurt, Postschließfach 696. Außerdem besteht Kaufmöglichkeit nur bei Selbstabholung gegen Barzahlung (kein Versand) in der Buchhandlung für amtliche Dokumente, 108 Berlin, Neustädtische Kirchstraße 15, Telefon: 229 22 23
 Gesamtherstellung: Staatsdruckerei der Deutschen Demokratischen Republik (Rollendruck)

Index 31 818

HOCHSCHULE
KUNST
BERLIN



GESETZBLATT

der Deutschen Demokratischen Republik

1976

Berlin, den 29. März 1976

Teil II Nr. 4

Tag	Inhalt	Seite
2. 2. 76	Bekanntmachung über die Ratifikation des Vertrages vom 12. November 1975 zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen zur Regelung von Fällen der doppelten Staatsbürgerschaft	101
26. 1. 76	Bekanntmachung über die Ratifikation von Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation	106
5. 2. 76	Bekanntmachung über Änderungen und Ergänzungen der Anlagen A und B des Europäischen Abkommens vom 30. September 1957 über die internationale Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße (ADR)	108
1. 3. 76	Bekanntmachung über das Inkrafttreten der Internationalen Konvention vom 16. Dezember 1966 über zivile und politische Rechte	108
16. 3. 76	Bekanntmachung über die Änderung des Abkommens zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Internationalen Atomenergieorganisation über die Anwendung von Sicherheitskontrollen im Zusammenhang mit dem Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen vom 7. März 1972	108

**Bekanntmachung
über die Ratifikation
des Vertrages vom 12. November 1975
zwischen der Deutschen Demokratischen Republik
und der Volksrepublik Polen
zur Regelung von Fällen
der doppelten Staatsbürgerschaft
vom 2. Februar 1976**

Es wird hierdurch bekanntgemacht, daß der Staatsrat der Deutschen Demokratischen Republik am 2. Februar 1976 den nachstehend veröffentlichten Vertrag vom 12. November 1975 zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen zur Regelung von Fällen der doppelten Staatsbürgerschaft ratifiziert hat.

Der Tag, an dem der Vertrag für die Deutsche Demokratische Republik in Kraft tritt, wird im Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik bekanntgemacht.

Berlin, den 2. Februar 1976

**Der Sekretär des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik**

H. Eichler

Vertrag
zwischen der Deutschen Demokratischen Republik
und der Volksrepublik Polen
zur Regelung von Fällen
der doppelten Staatsbürgerschaft

Der Staatsrat der Deutschen Demokratischen Republik und der Staatsrat der Volksrepublik Polen sind,

in Erwägung dessen, daß in den Beziehungen zwischen beiden Staaten volle Einmütigkeit in Fragen der Staatsbürgerschaft besteht,

unter Berücksichtigung der Gesetzgebung jeder der beiden Seiten auf diesem Gebiet,

geleitet von dem Wunsch, die Entstehung von Fällen doppelter Staatsbürgerschaft zu verhindern,

übereingekommen, diesen Vertrag zu schließen.

Zu diesem Zweck haben als Bevollmächtigte ernannt:

der Staatsrat der Deutschen Demokratischen Republik

Dr. Herbert K r o l i k o w s k i,

Staatssekretär und I. Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten,

der Staatsrat der Volksrepublik Polen

Boguslaw S t a c h u r a,

Unterstaatssekretär im Ministerium für Innere Angelegenheiten,

die nach Austausch der in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten folgendes vereinbart haben:

Artikel 1

(1) Eltern, von denen ein Elternteil Staatsbürger der einen, der andere Elternteil aber Staatsbürger der anderen Vertragsschließenden Seite ist, können für ein Kind, das nach dem Tage des Inkrafttretens dieses Vertrages geboren wird, die Staatsbürgerschaft einer der Vertragsschließenden Seiten wählen.

(2) Die Eltern wählen die Staatsbürgerschaft für das Kind innerhalb von sechs Monaten, gerechnet vom Tage seiner Geburt an, durch Abgabe einer übereinstimmenden schriftlichen Erklärung über die Wahl der Staatsbürgerschaft in zwei Exemplaren bei dem zuständigen Organ der Vertragsschließenden Seite, deren Staatsbürgerschaft sie wählen.

Artikel 2

(1) Ein Kind, für das die Eltern keine Erklärung über die Wahl der Staatsbürgerschaft abgegeben haben, behält,

a) wenn es auf dem Territorium einer der Vertragsschließenden Seiten geboren wurde, die Staatsbürgerschaft dieser Seite;

b) wenn es auf dem Territorium eines dritten Staates geboren wurde, die Staatsbürgerschaft der Vertragsschließenden Seite, auf deren Territorium die Eltern vor der Ausreise in den dritten Staat ihren Wohnsitz hatten. Wenn die Eltern keinen Wohnsitz auf dem Territorium einer der Vertragsschließenden Seiten hatten, behält das Kind die Staatsbürgerschaft der Vertragsschließenden Seite, die die Mutter hat. Wenn der Mutter das Erziehungsrecht entzogen wurde, behält das Kind die Staatsbürgerschaft der Vertragsschließenden Seite, die der Vater hat.

(2) Ein Kind behält die Staatsbürgerschaft der Vertragsschließenden Seite, die der eine Elternteil hat, wenn der andere Elternteil bis zum Tage des Ablaufs der in Artikel 1 Absatz 2 genannten Frist verstorben oder unbekanntes Aufenthalts ist oder wenn diesem das Erziehungsrecht entzogen wurde.

(3) Ein Kind, dessen Eltern verstorben oder unbekanntes Aufenthalts sind oder dessen Eltern das Erziehungsrecht ent-

zogen wurde, behält die Staatsbürgerschaft der Vertragsschließenden Seite, auf deren Territorium es am Tage des Ablaufs der in Artikel 1 Absatz 2 genannten Frist seinen Wohnsitz hat.

Artikel 3

Personen, die am Tage des Inkrafttretens dieses Vertrages auf Grund der Gesetzgebung der Deutschen Demokratischen Republik und der Gesetzgebung der Volksrepublik Polen die Staatsbürgerschaft beider Vertragsschließenden Seiten haben, behalten gemäß den Bestimmungen dieses Vertrages nur die Staatsbürgerschaft einer der Vertragsschließenden Seiten.

Artikel 4

(1) Für ein minderjähriges Kind, das vor dem Tage des Inkrafttretens dieses Vertrages geboren wurde und die Staatsbürgerschaft beider Vertragsschließenden Seiten hat, können die Eltern innerhalb einer Frist von einem Jahr vom Tage des Inkrafttretens dieses Vertrages an die Staatsbürgerschaft einer der Vertragsschließenden Seiten durch Abgabe einer übereinstimmenden schriftlichen Erklärung in zwei Exemplaren bei dem zuständigen Organ wählen.

(2) Ein minderjähriges Kind, das am Tage des Inkrafttretens dieses Vertrages die Staatsbürgerschaft beider Vertragsschließenden Seiten hat, behält die Staatsbürgerschaft der Vertragsschließenden Seite, die die Eltern nach Ablauf der in Absatz 1 genannten Frist gemäß den Bestimmungen dieses Vertrages haben werden.

Artikel 5

(1) Ein minderjähriges Kind, für das die Eltern keine Erklärung über die Wahl der Staatsbürgerschaft gemäß Artikel 4 Absatz 1 abgegeben haben und Artikel 4 Absatz 2 keine Anwendung findet, behält die Staatsbürgerschaft der Vertragsschließenden Seite, auf deren Territorium es am Tage des Ablaufs der in Artikel 4 Absatz 1 genannten Frist seinen Wohnsitz hat.

(2) Ein minderjähriges Kind, das auf dem Territorium eines dritten Staates seinen Wohnsitz hat, für das die Eltern keine Erklärung über die Wahl der Staatsbürgerschaft gemäß Artikel 4 Absatz 1 abgegeben haben und Artikel 4 Absatz 2 keine Anwendung findet, behält die Staatsbürgerschaft der Vertragsschließenden Seite, auf deren Territorium die Eltern vor der Ausreise in den dritten Staat ihren Wohnsitz hatten. Wenn die Eltern keinen Wohnsitz auf dem Territorium einer der Vertragsschließenden Seiten hatten, behält das Kind die Staatsbürgerschaft der Vertragsschließenden Seite, die die Mutter hat.

(3) Ein minderjähriges Kind behält die Staatsbürgerschaft der Vertragsschließenden Seite, die der eine Elternteil hat, wenn der andere Elternteil bis zum Tage des Ablaufs der in Artikel 4 Absatz 1 genannten Frist verstorben oder unbekanntes Aufenthalts ist oder wenn diesem das Erziehungsrecht entzogen wurde.

(4) Ein minderjähriges Kind, dessen Eltern verstorben oder unbekanntes Aufenthalts sind oder dessen Eltern das Erziehungsrecht entzogen wurde, behält die Staatsbürgerschaft der Vertragsschließenden Seite, auf deren Territorium es am Tage des Ablaufs der in Artikel 4 Absatz 1 genannten Frist seinen Wohnsitz hat.

Artikel 6

Zuständig für die Entgegennahme der Erklärungen über die Wahl der Staatsbürgerschaft gemäß Artikel 1 und Artikel 4 Absatz 1 sind:

a) die für den Wohnsitz der Eltern zuständigen Organe, wenn die Staatsbürgerschaft der Vertragsschließenden

Seite gewählt wird, auf deren Territorium die Eltern ihren Wohnsitz haben;

- b) die diplomatische Vertretung oder das zuständige Konsulat der Vertragschließenden Seite, deren Staatsbürgerschaft gewählt wird, wenn die Eltern auf dem Territorium der anderen Vertragschließenden Seite oder auf dem Territorium eines dritten Staates ihren Wohnsitz haben;
- c) die für den Wohnsitz der Mutter zuständigen Organe, wenn der eine Elternteil auf dem Territorium der einen und der andere Elternteil auf dem Territorium der anderen Vertragschließenden Seite seinen Wohnsitz hat.

Artikel 7

(1) Volljährige Personen, die am Tage des Inkrafttretens dieses Vertrages auf Grund der Gesetzgebung der Deutschen Demokratischen Republik und der Gesetzgebung der Volksrepublik Polen die Staatsbürgerschaft beider Vertragschließenden Seiten haben, können die Staatsbürgerschaft der Vertragschließenden Seite wählen, die sie beizubehalten wünschen.

(2) Die Erklärung über die Wahl der Staatsbürgerschaft ist schriftlich in zwei Exemplaren innerhalb eines Jahres vom Tage des Inkrafttretens dieses Vertrages an bei dem zuständigen Organ der Vertragschließenden Seite, deren Staatsbürgerschaft gewählt wird, abzugeben.

(3) Die in Absatz 1 genannten Personen geben die Erklärungen über die Wahl der Staatsbürgerschaft ab:

- a) bei dem für ihren Wohnsitz zuständigen Organ, wenn sie die Staatsbürgerschaft der Vertragschließenden Seite wählen, auf deren Territorium sie ihren Wohnsitz haben;
- b) bei der diplomatischen Vertretung oder dem zuständigen Konsulat der anderen Vertragschließenden Seite, wenn sie ihren Wohnsitz auf dem Territorium der einen Vertragschließenden Seite haben und die Staatsbürgerschaft der anderen Vertragschließenden Seite wählen;
- c) bei der diplomatischen Vertretung oder dem zuständigen Konsulat der Vertragschließenden Seite, deren Staatsbürgerschaft sie wählen, wenn sie ihren Wohnsitz auf dem Territorium eines dritten Staates haben.

Artikel 8

(1) Eine Person, die keine Erklärung über die Wahl der Staatsbürgerschaft gemäß Artikel 7 Absatz 2 und 3 abgegeben hat, behält die Staatsbürgerschaft der Vertragschließenden Seite, auf deren Territorium sie am Tage des Ablaufs der Frist zur Abgabe der Erklärung ihren Wohnsitz hat.

(2) Eine Person, die keine Erklärung über die Wahl der Staatsbürgerschaft gemäß Artikel 7 Absatz 2 und 3 abgegeben und ihren Wohnsitz auf dem Territorium eines dritten Staates hat, behält die Staatsbürgerschaft der Vertragschließenden Seite, auf deren Territorium sie ihren Wohnsitz vor ihrer Ausreise hatte.

Artikel 9

(1) Volljährig im Sinne dieses Vertrages sind Personen, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, sowie Personen, die auf Grund der Gesetzgebung der Vertragschließenden Seiten die Rechte Volljähriger haben.

(2) Die Eltern wählen die Staatsbürgerschaft für die minderjährigen Kinder, die das 14. Lebensjahr vollendet haben, mit deren schriftlicher Einwilligung.

Artikel 10

Stellt die Vertragschließende Seite, der gegenüber die Erklärung über die Wahl der Staatsbürgerschaft abgegeben wurde, fest, daß die Person, die die Erklärung abgegeben hat, oder das minderjährige Kind, für das die Erklärung abgegeben wurde, nicht ihre Staatsbürger sind, so hat die Erklärung keine Rechtswirksamkeit.

Artikel 11

(1) Personen, die in Übereinstimmung mit diesem Vertrag eine Erklärung über die Wahl der Staatsbürgerschaft abgegeben haben oder für die eine solche Erklärung abgegeben wurde, behalten vom Tage der Abgabe dieser Erklärung an nur die Staatsbürgerschaft der Vertragschließenden Seite, die gewählt wurde.

(2) Personen, die keine Erklärung über die Wahl der Staatsbürgerschaft abgegeben haben oder für die keine solche Erklärung abgegeben wurde, behalten nach Ablauf der in Artikel 1 Absatz 2, Artikel 4 Absatz 1 und Artikel 7 Absatz 2 genannten Fristen nur die Staatsbürgerschaft einer der Vertragschließenden Seiten gemäß den Bestimmungen dieses Vertrages.

Artikel 12

(1) Die Vertragschließenden Seiten übermitteln einander auf diplomatischem Wege:

- a) im ersten Quartal jeden Jahres Verzeichnisse der Kinder, für die Erklärungen über die Wahl der Staatsbürgerschaft gemäß den Bestimmungen des Artikels 1 abgegeben wurden;
- b) im Verlaufe von achtzehn Monaten vom Tage des Inkrafttretens dieses Vertrages an Verzeichnisse der Personen, die gemäß den Bestimmungen der Artikel 7 und 4 Erklärungen über die Wahl der Staatsbürgerschaft abgegeben haben beziehungsweise für die solche Erklärungen abgegeben wurden.

(2) Den in Absatz 1 genannten Verzeichnissen wird je ein Exemplar der Erklärungen über die Wahl der Staatsbürgerschaft beigelegt.

Artikel 13

Vom Tage des Inkrafttretens dieses Vertrages an werden die zuständigen Organe jeder der Vertragschließenden Seiten die Verleihung der Staatsbürgerschaft an eine Person, die die Staatsbürgerschaft der anderen Vertragschließenden Seite hat, von der Vorlage eines Dokumentes entsprechend der Gesetzgebung dieser Vertragschließenden Seite über die Entlassung aus der Staatsbürgerschaft beziehungsweise über die Erlaubnis zum Wechsel der Staatsbürgerschaft abhängig machen.

Artikel 14

Die Erklärungen über die Wahl der Staatsbürgerschaft, die gemäß diesem Vertrag abgegeben werden, sind gebührenfrei.

Artikel 15

Fragen, die zwischen den Vertragschließenden Seiten im Zusammenhang mit der Anwendung und Auslegung dieses Vertrages auftreten, werden auf diplomatischem Wege gelöst.

Artikel 16

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation und tritt nach Ablauf von dreißig Tagen, gerechnet vom Tage des Austausch der Ratifikationsurkunden an, der in Warschau erfolgen wird, in Kraft.

(2) Dieser Vertrag wird auf unbestimmte Zeit abgeschlossen. Er kann durch Notifikation von jeder der Vertragschließenden Seiten gekündigt werden. In diesem Falle verliert der Vertrag nach Ablauf von sechs Monaten, gerechnet vom Tage der Kündigung an, seine Gültigkeit.

Dieser Vertrag wurde in Berlin am 12. November 1975 in zwei Exemplaren, jedes in deutscher und polnischer Sprache, ausgefertigt, wobei beide Texte gleichermaßen gültig sind.

Zum Beweis dessen haben die Bevollmächtigten der Vertragschließenden Seiten diesen Vertrag unterzeichnet und gesiegelt.

In Vollmacht des Staatsrates
der Deutschen
Demokratischen Republik
Herbert Krolkowski

In Vollmacht des Staatsrates
der Volksrepublik
Polen
Stachura

KONWENCJA
między Niemiecką Republiką Demokratyczną
a Polską Rzeczpospolitą Ludową
o uregulowaniu przypadków podwójnego obywatelstwa

Rada Państwa Niemieckiej Republiki Demokratycznej i Rada Państwa Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej,

zważywszy, że w stosunkach między obu Państwami istnieje całkowita jednomyslność w sprawach obywatelstwa,

uwzględniając ustawodawstwo każdej ze Stron w tym zakresie,

kierując się pragnieniem uniemożliwienia powstawania przypadków podwójnego obywatelstwa,

postanowiły zawrzeć niniejszą Konwencję.

W tym celu wyznaczyły jako Pełnomocników:

Rada Państwa Niemieckiej Republiki Demokratycznej —
 Dr Herberta Krolikowskiego Sekretarza Stanu i
 1 Zastępcę Ministra Spraw Zagranicznych,

Rada Państwa Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej —
 Bogusława Stachurę Podsekretarza Stanu w Ministerstwie Spraw Wewnętrznych

którzy po wymianie pełnomocnictw, uznanych za dobre i sporządzone w należytej formie, zgodzili się na następujące postanowienia:

Artykuł 1

1. Rodzice, z których jedno jest obywatelem jednej, drugie zaś obywatelem drugiej Umawiającej się Strony, mogą wybrać dla dziecka urodzonego po dniu wejścia w życie niniejszej Konwencji obywatelstwo jednej z Umawiających się Stron.

2. Rodzice wybierają obywatelstwo dla dziecka, w terminie sześciu miesięcy od dnia jego urodzenia, przez złożenie na piśmie w dwóch egzemplarzach zgodnego oświadczenia o wyborze obywatelstwa przed właściwym organem tej Umawiającej się Strony, której obywatelstwo wybierają.

Artykuł 2

1. Dziecko, w odniesieniu do którego rodzice nie złożyli oświadczenia o wyborze obywatelstwa, zachowuje:

- a/ jeżeli urodziło się na terytorium jednej z Umawiających się Stron, obywatelstwo tej Strony,
- b/ jeżeli urodziło się na terytorium państwa trzeciego, obywatelstwo tej Umawiającej się Strony, na której terytorium rodzice mieli przed wyjazdem do państwa trzeciego miejsce pobytu stałego. Jeżeli rodzice nie mieli miejsca pobytu stałego na terytorium jednej z Umawiających się Stron, dziecko zachowuje obywatelstwo tej Umawiającej się Strony, której obywatelstwo ma matka. Jeżeli matka pozbawiona została władzy rodzicielskiej, dziecko zachowuje obywatelstwo tej Umawiającej się Strony, której obywatelstwo ma ojciec.

2. Dziecko zachowuje obywatelstwo tej Umawiającej się Strony, której obywatelstwo ma jedno z rodziców, jeżeli drugie z rodziców do dnia upływu terminu określonego w artykule 1 ustęp 2 zmarło lub jego miejsce pobytu, jest nieznanne albo zostało pozbawione władzy rodzicielskiej.

3. Dziecko, którego rodzice zmarli lub ich miejsca pobytu są nieznanne albo którego rodzice zostali pozbawieni władzy rodzicielskiej, zachowuje obywatelstwo tej Umawiającej się Strony, na której terytorium ma miejsce pobytu stałego w dniu upływu terminu określonego w artykule 1 ustęp 2.

Artykuł 3

Osoby, które w dniu wejścia w życie niniejszej Konwencji mają na podstawie ustawodawstwa Niemieckiej Republiki Demokratycznej i ustawodawstwa Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej obywatelstwo obu Umawiających się Stron, zachowują zgodnie z postanowieniami niniejszej Konwencji wyłącznie obywatelstwo jednej z Umawiających się Stron.

Artykuł 4

1. Dla dziecka małoletniego urodzonego przed dniem wejścia w życie niniejszej Konwencji, mającego obywatelstwo obu Umawiających się Stron, rodzice mogą, w terminie jednego roku od dnia wejścia w życie niniejszej Konwencji, wybrać obywatelstwo jednej z Umawiających się Stron przez złożenie na piśmie w dwóch egzemplarzach zgodnego oświadczenia przed właściwym organem.

2. Dziecko małoletnie mające w dniu wejścia w życie niniejszej Konwencji obywatelstwo obu Umawiających się Stron, zachowuje obywatelstwo tej Umawiającej się Strony, której obywatelstwo będą mieli rodzice zgodnie z postanowieniami niniejszej Konwencji po upływie terminu określonego w ustępie 1.

Artykuł 5

1. Dziecko małoletnie, w odniesieniu do którego rodzice nie złożyli oświadczenia o wyborze obywatelstwa zgodnie z artykułem 4 ustęp 1 i do którego nie ma zastosowania artykuł 4 ustęp 2, zachowuje obywatelstwo tej Umawiającej się Strony, na której terytorium ma miejsce pobytu stałego w dniu upływu terminu określonego w artykule 4 ustęp 1.

2. Dziecko małoletnie, mające miejsce pobytu stałego na terytorium państwa trzeciego, w odniesieniu do którego rodzice nie złożyli oświadczenia o wyborze obywatelstwa zgodnie z artykułem 4 ustęp 1 i do którego nie ma zastosowania artykuł 4 ustęp 2, zachowuje obywatelstwo tej Umawiającej się Strony, na której terytorium rodzice mieli miejsce pobytu stałego przed wyjazdem do państwa trzeciego. Jeżeli rodzice nie mieli miejsca pobytu stałego na terytorium jednej z Umawiających się Stron, dziecko zachowuje obywatelstwo tej Umawiającej się Strony, której obywatelstwo ma matka.

3. Dziecko małoletnie zachowuje obywatelstwo tej Umawiającej się Strony, której obywatelstwo ma jedno z rodziców, jeżeli drugie z rodziców do dnia upływu terminu określonego w artykule 4 ustęp 1 zmarło lub jego miejsce pobytu jest nieznanne albo które zostało pozbawione władzy rodzicielskiej.

4. Dziecko małoletnie, którego rodzice zmarli lub ich miejsca pobytu są nieznanne albo którego rodzice zostali pozbawieni władzy rodzicielskiej zachowuje obywatelstwo tej Umawiającej się Strony, na której terytorium ma miejsce pobytu stałego w dniu upływu terminu określonego w artykule 4 ustęp 1.

Artykuł 6

Właściwymi do przyjmowania oświadczeń o wyborze obywatelstwa zgodnie z artykułem 1 oraz artykułem 4 ustęp 1 są:

- a/ organy właściwe według miejsca pobytu stałego rodziców, jeżeli wybiera się obywatelstwo tej Umawiającej się Strony, na której terytorium rodzice mają miejsce pobytu stałego,

- b/ przedstawicielstwo dyplomatyczne lub właściwy urząd konsularny tej Umawiającej się Strony, której obywatelstwo wybiera się, jeżeli rodzice mają miejsce pobytu stałego na terytorium drugiej Umawiającej się Strony lub na terytorium państwa trzeciego,
- c/ organy właściwe według miejsca pobytu stałego matki, jeżeli jedno z rodziców ma miejsce pobytu stałego na terytorium jednej, drugie zaś na terytorium drugiej Umawiającej się Strony.

Artykuł 7

1. Osoby pełnoletnie, które w dniu wejścia w życie niniejszej Konwencji mają na podstawie ustawodawstwa Niemieckiej Republiki Demokratycznej i ustawodawstwa Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej obywatelstwo obu Umawiających się Stron mogą wybrać obywatelstwo tej Umawiającej się Strony, której obywatelstwo pragną zachować.

2. Oświadczenie o wyborze obywatelstwa składa się na piśmie w dwóch egzemplarzach, w terminie jednego roku od dnia wejścia w życie niniejszej Konwencji, przed właściwym organem tej Umawiającej się Strony, której obywatelstwo wybiera się.

3. Osoby określone w ustępie 1 składają oświadczenia o wyborze obywatelstwa:

- a/ przed organem właściwym według ich miejsca pobytu stałego, jeżeli wybierają obywatelstwo tej Umawiającej się Strony, na której terytorium mają miejsce pobytu stałego,
- b/ w przedstawicielstwie dyplomatycznym lub we właściwym urzędzie konsularnym drugiej Umawiającej się Strony, jeżeli mają miejsce pobytu stałego na terytorium jednej z Umawiających się Stron, a wybierają obywatelstwo drugiej Umawiającej się Strony,
- c/ w przedstawicielstwie dyplomatycznym lub we właściwym urzędzie konsularnym tej Umawiającej się Strony, której obywatelstwo wybierają, jeżeli mają miejsce pobytu stałego na terytorium państwa trzeciego.

Artykuł 8

1. Osoba, która nie złożyła oświadczenia o wyborze obywatelstwa zgodnie z artykułem 7 ustępy 2 i 3 zachowuje obywatelstwo tej Umawiającej się Strony, na której terytorium ma miejsce pobytu stałego w dniu upływu terminu wymaganego do złożenia oświadczenia.

2. Osoba, która nie złożyła oświadczenia o wyborze obywatelstwa zgodnie z artykułem 7 ustępy 2 i 3, i ma miejsce pobytu stałego na terytorium państwa trzeciego, zachowuje obywatelstwo tej Umawiającej się Strony, na której terytorium miała miejsce pobytu stałego przed wyjazdem.

Artykuł 9

1. Pełnoletnimi w rozumieniu niniejszej Konwencji są osoby, które ukończyły 18 lat, oraz osoby, które na podstawie ustawodawstwa Umawiających się Stron mają prawa pełnoletnich.

2. Rodzice wybierają obywatelstwo dla dzieci małoletnich, które ukończyły 14 lat, za ich pisemną zgodą.

Artykuł 10

Jeżeli Umawiająca się Strona, wobec której złożono oświadczenie o wyborze obywatelstwa ustali, że osoba składająca oświadczenie lub małoletnie dziecko, w odniesieniu do którego złożono oświadczenie, nie są jej obywatelami, oświadczenie nie powoduje skutków prawnych.

Artykuł 11

1. Osoby, które zgodnie z niniejszą Konwencją złożyły lub w odniesieniu do których zostało złożone oświadczenie o wyborze obywatelstwa zachowują od dnia złożenia tego oświadczenia wyłącznie obywatelstwo tej Umawiającej się Strony, której obywatelstwo zostało wybrane.

2. Osoby, które nie złożyły lub w odniesieniu do których nie złożono oświadczenia o wyborze obywatelstwa, zachowują po upływie terminów określonych w artykule 1 ustęp 2, w artykule 4 ustęp 1 i w artykule 7 ustęp 2 wyłącznie obywatelstwo jednej z Umawiających się Stron zgodnie z postanowieniami niniejszej Konwencji.

Artykuł 12

1. Umawiające się Strony przekażą sobie w drodze dyplomatycznej:

- a/ w pierwszym kwartale każdego roku wykazy dzieci, w odniesieniu do których złożono oświadczenia o wyborze obywatelstwa zgodnie z postanowieniami artykułu 1,
- b/ w ciągu osiemnastu miesięcy od dnia wejścia w życie niniejszej Konwencji wykazy osób, które zgodnie z postanowieniami artykułów 7 i 4 złożyły lub w odniesieniu do których złożono oświadczenia o wyborze obywatelstwa.

2. Do wykazów, o których mowa w ustępie 1, dołącza się po jednym egzemplarzu oświadczeń o wyborze obywatelstwa.

Artykuł 13

Od dnia wejścia w życie niniejszej Konwencji właściwe organy każdej z Umawiających się Stron będą uzależniały nadanie obywatelstwa osobie mającej obywatelstwo drugiej Umawiającej się Strony od przedłożenia przewidzianego ustawodawstwem tej Umawiającej się Strony dokumentu o zwolnieniu z obywatelstwa lub o zezwoleniu na zmianę obywatelstwa.

Artykuł 14

Oświadczenia o wyborze obywatelstwa składane zgodnie z niniejszą Konwencją są zwolnione od opłat.

Artykuł 15

Kwestie wynikające między Umawiającymi się Stronami w związku ze stosowaniem i wykładnią niniejszej Konwencji będą rozwiązywane w drodze dyplomatycznej.

Artykuł 16

1. Konwencja niniejsza podlega ratyfikacji i wejdzie w życie po upływie trzydziestu dni od dnia wymiany dokumentów ratyfikacyjnych, która nastąpi w Warszawie.

2. Konwencja niniejsza zawarta jest na czas nieokreślony. Może być ona wypowiedziana w drodze notyfikacji przez każdą z Umawiających się Stron. W takim przypadku Konwencja traci moc po upływie sześciu miesięcy od dnia wypowiedzenia.

Konwencję niniejszą sporządzono w Berlinie dnia „12” listopada 1975 r., w dwóch egzemplarzach, każdy w językach niemieckim i polskim, przy czym obydwie teksty mają jednakową moc.

Na dowód czego Pełnomocnicy Umawiających się Stron podpisali niniejszą Konwencję i opatrzili ją pieczęciami.

Z upoważnienia
Rady Państwa
Niemieckiej Republiki
Demokratycznej
Herbert Krolkowski

Z upoważnienia
Rady Państwa
Polskiej Rzeczypospolitej
Ludowej
Stachura

**Bekanntmachung
über die Ratifikation von Übereinkommen
der Internationalen Arbeitsorganisation**

vom 26. Januar 1976

Es wird hierdurch bekanntgemacht, daß der Staatsrat der Deutschen Demokratischen Republik am 7. Juli 1976 die folgenden, nachstehend veröffentlichten Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation ratifiziert hat:

- das Übereinkommen 45 über die Beschäftigung von Frauen bei Untertagearbeiten in Bergwerken jeder Art, 1935,
- das Übereinkommen 127 über die höchstzulässige Traglast für einen Arbeitnehmer, 1967.

Die Ratifikationsurkunden wurden am 20. August 1975 beim Generaldirektor der Internationalen Arbeitsorganisation hinterlegt.

Die Übereinkommen treten gemäß ihren jeweiligen Inkraftsetzungsbestimmungen für die Deutsche Demokratische Republik am 20. August 1976 in Kraft.

Berlin, den 26. Januar 1976

Der Sekretär des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik
H. Eichler

(Übersetzung)

ÜBEREINKOMMEN 45

**Übereinkommen über die Beschäftigung von Frauen
bei Untertagearbeiten in Bergwerken jeder Art¹**

Die Allgemeine Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation,

die vom Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes nach Genf einberufen wurde und am 4. Juni 1935 zu ihrer neunzehnten Tagung zusammengetreten ist,

hat beschlossen, verschiedene Anträge anzunehmen betreffend die Beschäftigung von Frauen bei Untertagearbeiten in Bergwerken jeder Art, eine Frage, die den zweiten Gegenstand ihrer Tagesordnung bildet, und

dabei bestimmt, daß diese Anträge die Form eines internationalen Übereinkommens erhalten sollen.

Die Konferenz nimmt heute, am 21. Juni 1935, das folgende Übereinkommen an, das als Übereinkommen über Untertagearbeiten (Frauen), 1935, bezeichnet wird.

Artikel 1

Als „Bergwerk“ im Sinne dieses Übereinkommens gilt jeder öffentliche oder private Betrieb zur Gewinnung von Bodenschätzen.

Artikel 2

Keine Person weiblichen Geschlechts, gleichviel wie alt, darf bei Untertagearbeiten in Bergwerken beschäftigt werden.

Artikel 3

Die innerstaatliche Gesetzgebung kann von dem vorstehenden Verbot ausnehmen

- a) Personen in leitender Stelle, die keine körperliche Arbeit verrichten,

- b) Personen, die im Gesundheitsdienst und Wohlfahrtswesen tätig sind,
- c) Personen, die während ihrer Studien eine Zeit praktischer Berufsausbildung in den unter Tage gelegenen Teilen eines Bergwerkes durchmachen,
- d) sonstige Personen, die gelegentlich die unter Tage gelegenen Teile eines Bergwerkes in Ausübung eines Berufes befahren, der keine körperliche Arbeit erfordert.

Artikel 4

Die förmlichen Ratifikationen dieses Übereinkommens sind dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes zur Eintragung mitzuteilen.

Artikel 5

1. Dieses Übereinkommen bindet nur diejenigen Mitglieder der Internationalen Arbeitsorganisation, deren Ratifikation durch den Generaldirektor eingetragen ist.

2. Es tritt in Kraft zwölf Monate nachdem die Ratifikationen zweier Mitglieder durch den Generaldirektor eingetragen worden sind.

3. In der Folge tritt dieses Übereinkommen für jedes andere Mitglied zwölf Monate nach der Eintragung seiner Ratifikation in Kraft.

Artikel 6

Sobald die Ratifikationen zweier Mitglieder der Internationalen Arbeitsorganisation eingetragen sind, teilt der Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes dies sämtlichen Mitgliedern der Internationalen Arbeitsorganisation mit. Auch gibt er ihnen Kenntnis von der Eintragung der Ratifikationen, die ihm später von anderen Mitgliedern der Organisation mitgeteilt werden.

Artikel 7

1. Jedes Mitglied, das dieses Übereinkommen ratifiziert hat, kann es nach Ablauf von zehn Jahren, gerechnet von dem Tag, an dem es zum erstenmal in Kraft getreten ist, durch Anzeige an den Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes kündigen. Die Kündigung wird von diesem eingetragen. Ihre Wirkung tritt erst ein Jahr nach der Eintragung ein.

2. Jedes Mitglied, das dieses Übereinkommen ratifiziert hat und innerhalb eines Jahres nach Ablauf des im vorigen Absatz genannten Zeitraumes von zehn Jahren von dem in diesem Artikel vorgesehenen Kündigungsrecht keinen Gebrauch macht, bleibt für einen weiteren Zeitraum von zehn Jahren gebunden. In der Folge kann es dieses Übereinkommen jeweils nach Ablauf eines Zeitraumes von zehn Jahren nach Maßgabe dieses Artikels kündigen.

Artikel 8

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes hat, sofern er es für nötig erachtet, der Allgemeinen Konferenz einen Bericht über die Durchführung dieses Übereinkommens zu erstatten und zu prüfen, ob die Frage seiner gänzlichen oder teilweisen Abänderung auf die Tagesordnung der Konferenz gesetzt werden soll.

Artikel 9

1. Nimmt die Allgemeine Konferenz ein neues Übereinkommen an, welches das vorliegende Übereinkommen ganz oder teilweise abändert, und sieht das neue Übereinkommen nichts anderes vor, so gelten folgende Bestimmungen:

- a) Die Ratifikation des neu gefaßten Übereinkommens durch ein Mitglied schließt ohne weiteres die sofortige Kündigung des vorliegenden Übereinkommens in sich ohne Rücksicht auf Artikel 7, vorausgesetzt, daß das neu gefaßte Übereinkommen in Kraft getreten ist.
- b) Vom Zeitpunkt des Inkrafttretens des neu gefaßten Übereinkommens an kann das vorliegende Übereinkommen von den Mitgliedern nicht mehr ratifiziert werden.

2. Indessen bleibt das vorliegende Übereinkommen nach Form und Inhalt jedenfalls in Kraft für die Mitglieder, die

¹ Dieses Übereinkommen ist am 30. Mai 1937 in Kraft getreten.

dieses, aber nicht das neugefaßte Übereinkommen ratifiziert haben.

Artikel 10

Der französische und der englische Wortlaut dieses Übereinkommens sind in gleicher Weise maßgebend.

(Übersetzung)

ÜBEREINKOMMEN 127

Übereinkommen über die höchstzulässige Traglast für einen Arbeitnehmer

Die Allgemeine Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation,

die vom Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes nach Genf einberufen wurde und am 7. Juni 1967 zu ihrer einundfünfzigsten Tagung zusammengetreten ist,

hat beschlossen, verschiedene Anträge anzunehmen betreffend die höchstzulässige Traglast für einen Arbeitnehmer, eine Frage, die den sechsten Gegenstand ihrer Tagesordnung bildet, und

dabei bestimmt, daß diese Anträge die Form eines internationalen Übereinkommens erhalten sollen.

Die Konferenz nimmt heute, am 28. Juni 1967, das folgende Übereinkommen an, das als Übereinkommen über die höchstzulässige Traglast, 1967, bezeichnet wird.

Artikel 1

Im Sinne dieses Übereinkommens bedeutet

- a) der Ausdruck „Beförderung von Traglasten“ jede Beförderung, bei der das Gewicht der Last vollständig von einem Arbeitnehmer getragen wird; er umfaßt auch das Heben und Absetzen der Last;
- b) der Ausdruck „regelmäßige Beförderung von Traglasten“ jede Tätigkeit, die dauernd oder hauptsächlich der Beförderung von Traglasten gewidmet ist oder in der Regel, wenn auch mit Unterbrechungen, die Beförderung von Traglasten einschließt;
- c) der Ausdruck „jugendlicher Arbeitnehmer“ einen Arbeitnehmer unter 18 Jahren.

Artikel 2

1. Dieses Übereinkommen gilt für die regelmäßige Beförderung von Traglasten.

2. Dieses Übereinkommen gilt für alle Wirtschaftszweige, für die das betreffende Mitglied ein System der Arbeitsaufsicht unterhält.

Artikel 3

Die Beförderung von Traglasten, deren Gewicht die Gesundheit oder die Sicherheit des Arbeitnehmers gefährden könnte, darf weder verlangt noch zugelassen werden.

Artikel 4

Bei der Durchführung des in Artikel 3 festgelegten Grundsatzes haben die Mitglieder alle Bedingungen zu berücksichtigen, unter denen die Arbeit ausgeführt werden muß.

Artikel 5

Jedes Mitglied hat die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, damit jeder Arbeitnehmer, der bei der Beförderung von anderen als leichten Traglasten eingesetzt wird, vorher zum Schutze seiner Gesundheit und zur Verhütung von Unfällen eine angemessene Ausbildung oder Anleitung in den anzuwendenden Arbeitsmethoden erhält.

Artikel 6

Um die Beförderung von Traglasten einzuschränken oder zu erleichtern, sind, soweit irgend möglich, geeignete technische Vorrichtungen zu verwenden.

Artikel 7

1. Der Einsatz von Frauen und jugendlichen Arbeitnehmern bei der Beförderung von anderen als leichten Traglasten ist einzuschränken.

2. Werden Frauen und jugendliche Arbeitnehmer bei der Beförderung von Traglasten eingesetzt, so hat das höchstzulässige Gewicht dieser Lasten erheblich niedriger zu sein als das für erwachsene männliche Arbeitnehmer.

Artikel 8

Jedes Mitglied hat im Wege der Gesetzgebung oder mittels anderer, den innerstaatlichen Gepflogenheiten und Verhältnissen entsprechender Methoden und in Beratung mit den maßgebenden beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden die zur Durchführung der Bestimmungen dieses Übereinkommens erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

Artikel 9

Die förmlichen Ratifikationen dieses Übereinkommens sind dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes zur Eintragung mitzuteilen.

Artikel 10

1. Dieses Übereinkommen bindet nur diejenigen Mitglieder der Internationalen Arbeitsorganisation, deren Ratifikation durch den Generaldirektor eingetragen ist.

2. Es tritt in Kraft zwölf Monate nachdem die Ratifikationen zweier Mitglieder durch den Generaldirektor eingetragen worden sind.

3. In der Folge tritt dieses Übereinkommen für jedes Mitglied zwölf Monate nach der Eintragung seiner Ratifikation in Kraft.

Artikel 11

1. Jedes Mitglied, das dieses Übereinkommen ratifiziert hat, kann es nach Ablauf von zehn Jahren, gerechnet von dem Tag, an dem es zum erstenmal in Kraft getreten ist, durch Anzeige an den Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes kündigen. Die Kündigung wird von diesem eingetragen. Ihre Wirkung tritt erst ein Jahr nach der Eintragung ein.

2. Jedes Mitglied, das dieses Übereinkommen ratifiziert hat und innerhalb eines Jahres nach Ablauf des im vorigen Absatz genannten Zeitraumes von zehn Jahren von dem in diesem Artikel vorgesehenen Kündigungsrecht keinen Gebrauch macht, bleibt für einen weiteren Zeitraum von zehn Jahren gebunden. In der Folge kann es dieses Übereinkommen jeweils nach Ablauf eines Zeitraumes von zehn Jahren nach Maßgabe dieses Artikels kündigen.

Artikel 12

1. Der Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes gibt allen Mitgliedern der Internationalen Arbeitsorganisation Kenntnis von der Eintragung aller Ratifikationen und Kündigungen, die ihm von den Mitgliedern der Organisation mitgeteilt werden.

2. Der Generaldirektor wird die Mitglieder der Organisation, wenn er ihnen von der Eintragung der zweiten Ratifikation, die ihm mitgeteilt wird, Kenntnis gibt, auf den Zeitpunkt aufmerksam machen, in dem dieses Übereinkommen in Kraft tritt.

Artikel 13

Der Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes übermittelt dem Generalsekretär der Vereinten Nationen zwecks Eintragung nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen vollständige Auskünfte über alle von ihm nach Maßgabe der vorausgehenden Artikel eingetragenen Ratifikationen und Kündigungen.

Artikel 14

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes hat, sooft er es für nötig erachtet, der Allgemeinen Konferenz einen Bericht über die Durchführung dieses Übereinkommens zu erstatten und zu prüfen, ob die Frage seiner gänzlichen oder teilweisen Abänderung auf die Tagesordnung der Konferenz gesetzt werden soll.

Artikel 15

1. Nimmt die Konferenz ein neues Übereinkommen an, welches das vorliegende Übereinkommen ganz oder teilweise abändert, und sieht das neue Übereinkommen nichts anderes vor, so gelten folgende Bestimmungen:

a) Die Ratifikation des neu gefaßten Übereinkommens durch ein Mitglied schließt ohne weiteres die sofortige Kündigung des vorliegenden Übereinkommens in sich ohne Rücksicht auf Artikel 11, vorausgesetzt, daß das neu gefaßte Übereinkommen in Kraft getreten ist.

b) Vom Zeitpunkt des Inkrafttretens des neu gefaßten Übereinkommens an kann das vorliegende Übereinkommen von den Mitgliedern nicht mehr ratifiziert werden.

2. Indessen bleibt das vorliegende Übereinkommen nach Form und Inhalt jedenfalls in Kraft für die Mitglieder, die dieses, aber nicht das neu gefaßte Übereinkommen ratifiziert haben.

Artikel 16

Der französische und der englische Wortlaut dieses Übereinkommens sind in gleicher Weise maßgebend.

Bekanntmachung

über Änderungen und Ergänzungen der Anlagen A und B des Europäischen Abkommens vom 30. September 1957 über die internationale Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße (ADR)

vom 5. Februar 1976

Es wird hierdurch bekanntgemacht, daß in Übereinstimmung mit Artikel 14 Absatz 1 des Europäischen Abkommens über die internationale Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße (ADR) vom 30. September 1957 (Bekanntmachung vom 17. April 1974 GBl. II Nr. 16 S. 285) zu den Anlagen A und B dieses Abkommens (Sonderdruck Nr. 773 des Gesetzblattes) Änderungen und Ergänzungen vorgenommen wurden.

Die Änderungen und Ergänzungen der Anlagen A und B des Abkommens, die entsprechend Artikel 14 Absatz 3 des Abkommens bis zum 1. Januar 1976 in Kraft getreten sind, werden als Sonderdruck Nr. 773/1 des Gesetzblattes veröffentlicht.

Berlin, den 5. Februar 1976

**Der Sekretär des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik**

H. Eichler

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
der Internationalen Konvention
vom 16. Dezember 1966
über zivile und politische Rechte**

vom 1. März 1976

Entsprechend der Bekanntmachung vom 14. Januar 1974 über die Ratifikation der Internationalen Konvention vom 16. Dezember 1966 über zivile und politische Rechte (GBl. II Nr. 6 S. 57) wird hierdurch bekanntgemacht, daß die Konvention nach Hinterlegung der erforderlichen Anzahl von Ratifikationsurkunden gemäß Artikel 49 Absatz 1 am 23. März 1976 in Kraft tritt.

Berlin, den 1. März 1976

**Der Sekretär des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik**

H. Eichler

**Bekanntmachung
über die Änderung des Abkommens
zwischen der Regierung
der Deutschen Demokratischen Republik
und der Internationalen Atomenergieorganisation
über die Anwendung von Sicherheitskontrollen
im Zusammenhang mit dem Vertrag über die
Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen vom 7. März 1972**

vom 16. März 1976

1. Es wird hierdurch bekanntgemacht, daß Artikel 15 Satz 1 des Abkommens zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Internationalen Atomenergieorganisation über die Anwendung von Sicherheitskontrollen im Zusammenhang mit dem Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen vom 7. März 1972 (Bekanntmachung vom 23. März 1972 GBl. II Nr. 17 S. 181) geändert wurde. Die Änderung erfolgte im Wege eines Briefwechsels zwischen dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik und dem Generaldirektor der Internationalen Atomenergieorganisation.

2. Artikel 15 Satz 1 des genannten Abkommens hat nunmehr folgenden Wortlaut:

„Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und die Organisation tragen die Kosten, die ihnen bei der Wahrnehmung ihrer jeweiligen Pflichten im Rahmen dieses Abkommens erwachsen.“

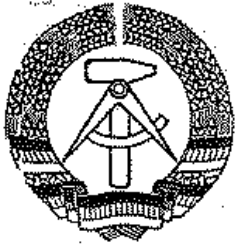
Der restliche Teil des Artikels 15 bleibt unverändert.

3. Die Änderung des Artikels 15 Satz 1 ist mit Wirkung vom 18. September 1973 in Kraft getreten.

Berlin, den 16. März 1976

**Der Leiter
des Sekretariats des Ministerrates**

Dr. Kleinert
Staatssekretär



GESETZBLATT

109

der Deutschen Demokratischen Republik

1976

Berlin, den 4. Juni 1976

Teil II Nr. 5

Tag	Inhalt	Seite
26. 3. 76	Bekanntmachung über den Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zum Übereinkommen vom 3. März 1973 über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen	109
15. 3. 76	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Protokolls vom 18. April 1975 zu dem am 1. Februar 1957 in Warschau zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen unterzeichneten Vertrag über den Rechtsverkehr in Zivil-, Familien- und Strafsachen	139
19. 4. 76	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Vertrages vom 12. November 1975 zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen zur Regelung von Fällen der doppelten Staatsbürgerschaft	140
5. 4. 76	Bekanntmachung über die Wiederanwendung multilateraler völkerrechtlicher Verträge durch die Deutsche Demokratische Republik	140

**Bekanntmachung
über den Beitritt
der Deutschen Demokratischen Republik
zum Übereinkommen vom 3. März 1973
über den internationalen Handel
mit gefährdeten Arten
freilebender Tiere und Pflanzen
vom 26. März 1976**

Es wird hierdurch bekanntgemacht, daß am 9. Oktober 1975 die Beitrittsurkunde der Deutschen Demokratischen Republik zum nachstehend veröffentlichten Übereinkommen über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen vom 3. März 1973 hinterlegt wurde.

Das Übereinkommen ist gemäß seinem Artikel XXII Absatz 2 am 7. Januar 1976 für die Deutsche Demokratische Republik in Kraft getreten.

Berlin, den 26. März 1976

**Der Sekretär des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik**

H. Eichler

**Übereinkommen
über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten
freilebender Tiere und Pflanzen**

Die Vertragsstaaten

in der Erkenntnis, daß die freilebenden Tiere und Pflanzen in ihrer Schönheit und Vielfalt einen unersetzlichen Bestandteil der natürlichen Systeme der Erde bilden, den es für die heutigen und künftigen Generationen zu schützen gilt;

im Bewußtsein, daß die Bedeutung der freilebenden Tiere und Pflanzen in ästhetischer, wissenschaftlicher und kultureller Hinsicht sowie im Hinblick auf die Erholung und die Wirtschaft ständig zunimmt;

in der Erkenntnis, daß die Völker und Staaten ihre freilebenden Tiere und Pflanzen am besten schützen können und schützen sollten;

sowie in der Erkenntnis, daß die internationale Zusammenarbeit zum Schutz bestimmter Arten freilebender Tiere und Pflanzen von einer übermäßigen Ausbeutung durch den internationalen Handel lebenswichtig ist;

im Bewußtsein der Notwendigkeit, dazu geeignete Maßnahmen unverzüglich zu treffen;

sind wie folgt übereingekommen:

**Artikel I
Begriffsbestimmung**

Falls der Zusammenhang nichts anderes erfordert, bedeutet im Sinne dieses Übereinkommens:

- a) „Art“ jede Art, Unterart oder geographisch abgegrenzte Population einer Art oder Unterart;
- b) „Exemplar“
 - i) jedes lebende oder tote Tier oder jede lebende oder tote Pflanze;
 - ii) bei Tieren: für die in den Anhängen I und II aufgeführten Arten einen ohne weiteres erkennbaren Teil des Tieres oder ein ohne weiteres erkennbares Erzeugnis aus dem Tier und für die im Anhang III aufgeführten Arten einen ohne weiteres erkennbaren Teil des Tieres oder ein ohne weiteres erkennbares Erzeugnis aus dem Tier, sofern im Anhang III in Verbindung mit der betreffenden Art aufgeführt, sowie
 - iii) bei Pflanzen: einen ohne weiteres erkennbaren Teil der Pflanze oder ein ohne weiteres erkennbares Erzeugnis aus der Pflanze und bei den Anhängen II und III einen ohne weiteres erkennbaren Teil der Pflanze oder ein ohne weiteres erkennbares Erzeugnis aus der Pflanze, sofern in den Anhängen II und III in Verbindung mit der betreffenden Art aufgeführt;
- c) „Handel“ Ausfuhr, Wiederausfuhr, Einfuhr und Einbringen aus dem Meer;
- d) „Wiederausfuhr“ die Ausfuhr eines zuvor eingeführten Exemplars;
- e) „Einbringen aus dem Meer“ die Beförderung eines Exemplars einer Art, das der nicht der Hoheitsgewalt eines Staates unterstehenden Meeresumwelt entnommen worden ist, in einen Staat;
- f) „wissenschaftliche Behörde“ eine nach Artikel IX bestimmte innerstaatliche wissenschaftliche Stelle;
- g) „Vollzugsbehörde“ eine nach Artikel IX bestimmte innerstaatliche Verwaltungsbehörde;
- h) „Vertragspartei“ einen Staat, für den dieses Übereinkommen in Kraft getreten ist.

**Artikel II
Grundprinzipien**

1. Anhang I enthält alle von der Ausrottung bedrohten Arten, die durch den Handel beeinträchtigt werden können. Um ihr Überleben nicht noch weiter zu gefährden, muß der Handel mit Exemplaren dieser Arten einer besonders strengen Regelung unterworfen und darf nur in Ausnahmefällen zugelassen werden.
2. Anhang II enthält
 - a) alle Arten, die obwohl sie nicht notwendigerweise schon heute von der Ausrottung bedroht sind, davon bedroht werden können, wenn der Handel mit Exemplaren dieser Arten nicht einer strengen Regelung unterworfen wird, damit eine mit ihrem Überleben unvereinbare Nutzung verhindert wird, und
 - b) andere Arten, die einer Regelung unterworfen werden müssen, damit der Handel mit Exemplaren gewisser Arten im Sinne von Buchst. a) unter wirksamer Kontrolle gebracht werden kann.
3. Anhang III enthält alle Arten, die von einer Vertragspartei als Arten bezeichnet werden, die in ihrem Hoheitsbereich einer besonderen Regelung unterliegen, um die Ausbeutung zu verhindern oder zu beschränken, und bei denen die Mitarbeit anderer Vertragsparteien bei der Kontrolle des Handels erforderlich ist.
4. Die Vertragsparteien gestatten den Handel mit Exemplaren der in den Anhängen I, II und III aufgeführten Arten nur in Übereinstimmung mit diesem Übereinkommen.

Artikel III

**Regelung des Handels mit Exemplaren
der im Anhang I aufgeführten Arten**

1. Der gesamte Handel mit Exemplaren der im Anhang I aufgeführten Arten hat in Übereinstimmung mit diesem Artikel stattzufinden.
2. Die Ausfuhr eines Exemplars einer im Anhang I aufgeführten Art erfordert die vorherige Erteilung und Vorlage einer Ausfuhrgenehmigung. Eine Ausfuhrgenehmigung wird nur erteilt, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind:
 - a) wenn eine wissenschaftliche Behörde des Ausfuhrstaates mitgeteilt hat, daß diese Ausfuhr dem Überleben dieser Art nicht abträglich ist;
 - b) wenn eine Vollzugsbehörde des Ausfuhrstaates sich vergewissert hat, daß das Exemplar nicht unter Verletzung der von diesem Staat zum Schutz von Tieren und Pflanzen erlassenen Rechtsvorschriften beschafft worden ist;
 - c) wenn eine Vollzugsbehörde des Ausfuhrstaates sich vergewissert hat, daß jedes lebende Exemplar so für den Transport vorbereitet und versandt werden wird, daß die Gefahr der Verletzung, Gesundheitsschädigung oder Tierquälerei soweit wie möglich ausgeschaltet wird, und
 - d) wenn eine Vollzugsbehörde des Ausfuhrstaates sich vergewissert hat, daß eine Einfuhrgenehmigung für das Exemplar erteilt worden ist.
3. Die Einfuhr eines Exemplars einer im Anhang I aufgeführten Art erfordert die vorherige Erteilung und Vorlage einer Einfuhrgenehmigung und entweder einer Ausfuhrgenehmigung oder einer Wiederausfuhrbescheinigung. Eine Einfuhrgenehmigung wird nur erteilt, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind:

- a) wenn eine wissenschaftliche Behörde des Einfuhrstaates mitgeteilt hat, daß die Einfuhr zu einem Zweck erfolgt, der dem Überleben der betreffenden Art nicht abträglich ist;
- b) wenn eine wissenschaftliche Behörde des Einfuhrstaates sich vergewissert hat, daß im Falle eines lebenden Exemplars der vorgesehene Empfänger über die geeigneten Einrichtungen für seine Unterbringung und Pflege verfügt, und
- c) wenn eine Vollzugsbehörde des Einfuhrstaates sich vergewissert hat, daß das Exemplar nicht für hauptsächlich kommerzielle Zwecke verwendet werden soll.
4. Die Wiederausfuhr eines Exemplars einer im Anhang I aufgeführten Art erfordert die vorherige Erteilung und Vorlage einer Wiederausfuhrbescheinigung. Eine Wiederausfuhrbescheinigung wird nur erteilt, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind:
- a) wenn eine Vollzugsbehörde des Wiederausfuhrstaates sich vergewissert hat, daß das Exemplar in Übereinstimmung mit diesem Übereinkommen in diesen Staat eingeführt worden ist;
- b) wenn eine Vollzugsbehörde des Wiederausfuhrstaates sich vergewissert hat, daß jedes lebende Exemplar so für den Transport vorbereitet und versandt werden wird, daß die Gefahr der Verletzung, Gesundheitsschädigung oder Tierquälerei soweit wie möglich ausgeschaltet wird, und
- c) wenn eine Vollzugsbehörde des Wiederausfuhrstaates sich vergewissert hat, daß eine Einfuhrgenehmigung für das lebende Exemplar erteilt worden ist.
5. Das Einbringen eines Exemplars einer im Anhang I aufgeführten Art aus dem Meer in einen Staat erfordert die vorherige Erteilung einer Bescheinigung durch die Vollzugsbehörde des Staates, in den es eingebracht werden soll. Eine Bescheinigung wird nur erteilt, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind:
- a) wenn eine wissenschaftliche Behörde des Staates, in den das Exemplar eingebracht werden soll, mitteilt, daß das Einbringen dem Überleben der betreffenden Art nicht abträglich ist;
- b) wenn eine Vollzugsbehörde des Staates, in den das Exemplar eingebracht werden soll, sich vergewissert hat, daß im Falle eines lebenden Exemplars der vorgesehene Empfänger über die geeigneten Einrichtungen für seine Unterbringung und Pflege verfügt, und
- c) wenn eine Vollzugsbehörde des Staates, in den das Exemplar eingebracht werden soll, sich vergewissert hat, daß es nicht für hauptsächlich kommerzielle Zwecke verwendet werden soll.
- c) wenn eine Vollzugsbehörde des Ausfuhrstaates sich vergewissert hat, daß jedes lebende Exemplar so für den Transport vorbereitet und versandt werden wird, daß die Gefahr der Verletzung, Gesundheitsschädigung oder Tierquälerei soweit wie möglich ausgeschaltet wird.
3. Eine wissenschaftliche Behörde jeder Vertragspartei überwacht die von dem betreffenden Staat erteilten Ausfuhrgenehmigungen für Exemplare der im Anhang II aufgeführten Arten sowie die tatsächlich erfolgten Ausfuhren dieser Exemplare. Gelangt eine wissenschaftliche Behörde zu dem Schluß, daß die Ausfuhr von Exemplaren einer dieser Arten eingeschränkt werden müßte, um diese Art in ihrem gesamten Verbreitungsgebiet auf einem Stand zu erhalten, der ihrer Rolle innerhalb der Ökosysteme, in denen sie vorkommt, entspricht und der erheblich über dem Stand liegt, bei dem diese Art für eine Aufnahme in Anhang I in Frage kommt, so empfiehlt die wissenschaftliche Behörde der zuständigen Vollzugsbehörde geeignete Maßnahmen zur Beschränkung der Erteilung von Ausfuhrgenehmigungen für Exemplare dieser Art.
4. Die Einfuhr eines Exemplars einer im Anhang II aufgeführten Art erfordert die vorherige Vorlage entweder einer Ausfuhrgenehmigung oder einer Wiederausfuhrbescheinigung.
5. Die Wiederausfuhr eines Exemplars einer im Anhang II aufgeführten Art erfordert die vorherige Erteilung und Vorlage einer Wiederausfuhrbescheinigung. Eine Wiederausfuhrbescheinigung wird nur erteilt, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind:
- a) wenn eine Vollzugsbehörde des Wiederausfuhrstaates sich vergewissert hat, daß das Exemplar in Übereinstimmung mit diesem Übereinkommen in diesen Staat eingeführt worden ist, und
- b) wenn eine Vollzugsbehörde des Wiederausfuhrstaates sich vergewissert hat, daß jedes lebende Exemplar so für den Transport vorbereitet und versandt werden wird, daß die Gefahr der Verletzung, Gesundheitsschädigung oder Tierquälerei soweit wie möglich ausgeschaltet wird.
6. Das Einbringen eines Exemplars einer im Anhang II aufgeführten Art aus dem Meer erfordert die vorherige Erteilung einer Bescheinigung durch die Vollzugsbehörde des Staates, in den es eingebracht werden soll. Eine Bescheinigung wird nur erteilt, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind:
- a) wenn eine wissenschaftliche Behörde des Staates, in den das Exemplar eingebracht werden soll, mitteilt, daß das Einbringen dem Überleben der betreffenden Art nicht abträglich ist, und
- b) wenn eine Vollzugsbehörde des Staates, in den es eingebracht werden soll, sich vergewissert hat, daß jedes lebende Exemplar so behandelt werden wird, daß die Gefahr der Verletzung, Gesundheitsschädigung oder Tierquälerei soweit wie möglich ausgeschaltet wird.
7. Die im Abs. 6 genannten Bescheinigungen können auf Empfehlung einer wissenschaftlichen Behörde nach Anhören anderer innerstaatlicher wissenschaftlicher Behörden oder gegebenenfalls internationaler wissenschaftlicher Behörden für Zeitabschnitte von höchstens einem Jahr für die Gesamtzahlen der in diesen Zeitabschnitten einzubringenden Exemplare erteilt werden.

Artikel IV

Regelung des Handels mit Exemplaren der im Anhang II aufgeführten Arten

1. Der gesamte Handel mit Exemplaren der im Anhang II aufgeführten Arten hat in Übereinstimmung mit diesem Artikel stattzufinden.
2. Die Ausfuhr eines Exemplars einer im Anhang II aufgeführten Art erfordert die vorherige Erteilung und Vorlage einer Ausfuhrgenehmigung. Eine Ausfuhrgenehmigung wird nur erteilt, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind:
- a) wenn eine wissenschaftliche Behörde des Ausfuhrstaates mitgeteilt hat, daß diese Ausfuhr dem Überleben dieser Art nicht abträglich ist;
- b) wenn eine Vollzugsbehörde des Ausfuhrstaates sich vergewissert hat, daß das Exemplar nicht unter Verletzung der von diesem Staat zum Schutz von Tieren und Pflanzen erlassenen Rechtsvorschriften beschafft worden ist, und

Artikel V

Regelung des Handels mit Exemplaren der im Anhang III aufgeführten Arten

1. Der gesamte Handel mit Exemplaren der im Anhang III aufgeführten Arten hat in Übereinstimmung mit diesem Artikel stattzufinden.

2. Die Ausführung eines Exemplars einer im Anhang III aufgeführten Art aus einem Staat, der die Aufnahme dieser Art in den Anhang III veranlaßt hat, erfordert die vorherige Erteilung und Vorlage einer Ausfuhrgenehmigung. Eine Ausfuhrgenehmigung wird nur erteilt, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind:
- wenn eine Vollzugsbehörde des Ausfuhrstaates sich vergewissert hat, daß das Exemplar nicht unter Verletzung der von diesem Staat zum Schutz von Tieren und Pflanzen erlassenen Rechtsvorschriften beschafft worden ist, und
 - wenn eine Vollzugsbehörde des Ausfuhrstaates sich vergewissert hat, daß jedes lebende Exemplar so für den Transport vorbereitet und versandt werden wird, daß die Gefahr der Verletzung, Gesundheitsschädigung oder Tierquälerei soweit wie möglich ausgeschaltet wird.
3. Die Einfuhr eines Exemplars einer im Anhang III aufgeführten Art erfordert — außer im Falle von Abs. 4 — die vorherige Vorlage eines Ursprungszeugnisses und, falls die Einfuhr aus einem Staat erfolgt, der die Aufnahme dieser Art in den Anhang III veranlaßt hat, eine Ausfuhrgenehmigung.
4. Bei der Wiederausfuhr nimmt der Einfuhrstaat eine von der Vollzugsbehörde des Wiederausfuhrstaates erteilte Bescheinigung, daß das Exemplar in dem betreffenden Staat be- oder verarbeitet worden ist oder unverändert wieder ausgeführt wird, als Beweis dafür an, daß die Bestimmungen dieses Übereinkommens in bezug auf das betreffende Exemplar erfüllt sind.

Artikel VI

Genehmigungen und Bescheinigungen

- Genehmigungen und Bescheinigungen, die nach den Artikeln III, IV und V erteilt werden, haben den Bestimmungen dieses Artikels zu entsprechen.
- Eine Ausfuhrgenehmigung hat die Angaben zu enthalten, die in dem Muster vom Anhang IV festgelegt sind; sie darf nur innerhalb von sechs Monaten vom Datum der Erteilung für die Ausfuhr benutzt werden.
- Jede Genehmigung oder Bescheinigung muß den Titel dieses Übereinkommens, die Bezeichnung und den Dienststempel der ausstellenden Vollzugsbehörde sowie eine von ihr zugewiesene Kontrollnummer aufweisen.
- Kopien der von einer Vollzugsbehörde erteilten Genehmigung oder Bescheinigung sind deutlich als solche zu kennzeichnen und dürfen — außer in dem darauf vermerkten Umfang — nicht anstelle des Originals verwendet werden.
- Für jede Sendung von Exemplaren ist eine gesonderte Genehmigung oder Bescheinigung erforderlich.
- Eine Vollzugsbehörde des Einfuhrstaates entwertet die Ausfuhrgenehmigung oder Wiederausfuhrbescheinigung sowie die entsprechende zum Zwecke der Einfuhr des Exemplars vorgelegte Einfuhrgenehmigung und zieht sie ein.
- Sofern zweckmäßig und durchführbar, kann eine Vollzugsbehörde ein Exemplar zur Erleichterung seiner Identifizierung mit einem Kennzeichen versehen. In diesem Sinne bedeutet „Kennzeichen“ einen unauslöschlichen Aufdruck, eine Plombe oder ein anderes zur Identifizierung eines Exemplars geeignetes Mittel, das so gestaltet ist, daß seine Nachahmung durch Unbefugte soweit wie möglich erschwert wird.

Artikel VII

Ausnahmen und sonstige Sonderbestimmungen in bezug auf den Handel

- Die Artikel III, IV und V gelten nicht für die Durchfuhr von Exemplaren durch das Hoheitsgebiet oder die Um-

ladung von Exemplaren in dem Hoheitsgebiet einer Vertragspartei, solange die Exemplare unter zollamtlicher Überwachung verbleiben.

- Hat sich eine Vollzugsbehörde des Ausfuhrstaates oder des Wiederausfuhrstaates vergewissert, daß ein Exemplar erworben wurde, bevor das Übereinkommen auf dieses Exemplar Anwendung fand, so gelten die Artikel III, IV und V für dieses Exemplar nicht, wenn die Vollzugsbehörde eine entsprechende Bescheinigung ausstellt.
- Die Artikel III, IV und V gelten nicht für Exemplare, bei denen es sich um Gegenstände zum persönlichen Gebrauch oder um Hausrat handelt. Diese Ausnahme gilt nicht
 - bei Exemplaren der im Anhang I aufgeführten Arten, wenn sie von dem Eigentümer außerhalb des Staates seines gewöhnlichen Aufenthaltes erworben wurden und in diesen Staat eingeführt werden, oder
 - bei Exemplaren der im Anhang II aufgeführten Arten,
 - wenn sie von dem Eigentümer außerhalb des Staates seines gewöhnlichen Aufenthaltes und in einem Staat erworben wurden, in dem die Entnahme aus der freien Natur erfolgte;
 - wenn sie in den Staat des gewöhnlichen Aufenthaltes des Eigentümers eingeführt werden und
 - wenn der Staat, in dem die Entnahme aus der freien Natur erfolgte, vor der Ausfuhr derartiger Exemplare die Erteilung von Ausfuhrgenehmigungen vorschreibt,

es sei denn, daß eine Vollzugsbehörde sich vergewissert hat, daß die Exemplare erworben wurden, bevor dieses Übereinkommen auf sie Anwendung fand.

- Exemplare einer im Anhang I aufgeführten Tierart, die für Handelszwecke in der Gefangenschaft gezüchtet wurden, oder Exemplare einer im Anhang I aufgeführten Pflanzenart, die für Handelszwecke künstlich vermehrt wurden, gelten als Exemplare der im Anhang I aufgeführten Arten.
- Hat eine Vollzugsbehörde des Ausfuhrstaates sich vergewissert, daß ein Exemplar einer Tierart in der Gefangenschaft gezüchtet oder ein Exemplar einer Pflanzenart künstlich vermehrt wurde oder daß ein Exemplar Teil eines solchen Tieres oder einer solchen Pflanze ist oder daraus erzeugt wurde, so wird eine entsprechende Bescheinigung dieser Vollzugsbehörde anstelle einer der in den Artikeln III, IV oder V vorgeschriebenen Genehmigungen oder Bescheinigungen angenommen.
- Im Verkehr zwischen Wissenschaftlern oder wissenschaftlichen Einrichtungen, die bei einer Vollzugsbehörde ihres Staates registriert sind, gelten die Artikel III, IV und V nicht für das nichtkommerzielle Verleihen, Verschenken oder Tauschen von Herbariumsexemplaren, sonstigen haltbargemachten, getrockneten oder festumschlossenen Museumsexemplaren und lebendem Pflanzenmaterial, sofern diese Exemplare und dieses Material mit einer von einer Vollzugsbehörde ausgegebenen oder genehmigten Etikette versehen sind.
- Eine Vollzugsbehörde eines Staates kann auf die Erfüllung der Erfordernisse der Artikel III, IV und V verzichten und einen genehmigungs- oder bescheinigungsfreien Verkehr mit Exemplaren gestatten, die zu einem Wanderzoo, einem Wanderzirkus, einer nicht ortsfesten Tier- oder Pflanzenschau oder einer sonstigen Wanderausstellung gehören, vorausgesetzt,
 - daß der Exporteur oder der Importeur diese Exemplare mit allen erforderlichen Angaben bei der betreffenden Vollzugsbehörde anmeldet;
 - daß die Exemplare einer der im Abs. 2 oder 5 genannten Kategorien angehören und
 - daß die Vollzugsbehörde sich vergewissert hat, daß jedes lebende Exemplar so befördert und behandelt

werden wird, daß die Gefahr der Verletzung, Gesundheitsschädigung oder Tierquälerei soweit wie möglich ausgeschaltet wird.

Artikel VIII

Maßnahmen, die von den Vertragsparteien zu treffen sind

1. Die Vertragsparteien treffen geeignete Maßnahmen zum Vollzug dieses Übereinkommens und zur Verhinderung eines unter Verletzung dieses Übereinkommens stattfindenden Handels mit Exemplaren. Dazu gehören Maßnahmen, die
 - a) den Handel mit derartigen Exemplaren oder ihren Besitz oder beides ahnden;
 - b) die Einziehung derartiger Exemplare oder ihre Rücksendung an den Ausfuhrstaat vorsehen.
2. Zusätzlich zu den nach Abs. 1 getroffenen Maßnahmen kann eine Vertragspartei, wenn sie es für notwendig erachtet, ein innerstaatliches Verfahren zum Ersatz von Aufwendungen vorsehen, die ihr infolge der Einziehung eines Exemplars entstanden sind, das unter Verletzung der in Anwendung dieses Übereinkommens getroffenen Maßnahmen gehandelt wurde.
3. Soweit wie möglich sorgen die Vertragsparteien dafür, daß die Abwicklung der für den Handel mit Exemplaren erforderlichen Förmlichkeiten in kürzester Frist erfolgt. Um dies zu erleichtern, können die Vertragsparteien Ausgangs- und Eingangsstelle bestimmen, in denen die Exemplare zur Abfertigung zu stellen sind. Die Vertragsparteien sorgen ferner dafür, daß alle lebenden Exemplare während der Durchfuhr, der Lagerung oder des Transports in angemessener Weise betreut werden, so daß die Gefahr der Verletzung, Gesundheitsschädigung oder Tierquälerei soweit wie möglich ausgeschaltet wird.
4. Wird ein lebendes Exemplar auf Grund der im Abs. 1 genannten Maßnahmen eingezogen,
 - a) so wird es einer Vollzugsbehörde des Staates, in dem die Einziehung erfolgte, übergeben;
 - b) so schickt die Vollzugsbehörde das Exemplar nach Anhören des Ausfuhrstaates auf dessen Kosten an ihn zurück oder bringt es in ein Schutzzentrum oder an einen anderen Ort, der ihr geeignet und mit den Zwecken dieses Übereinkommens vereinbar erscheint, und
 - c) so kann die Vollzugsbehörde zur Erleichterung der unter Buchst. b) vorgesehenen Entscheidung, der Wahl eines Schutzzentrums oder eines sonstigen Ortes den Rat einer wissenschaftlichen Behörde einholen oder, wenn sie es für wünschenswert hält, das Sekretariat konsultieren.
5. Ein Schutzzentrum im Sinne von Abs. 4 ist eine von einer Vollzugsbehörde bestimmte Einrichtung, die sich um das Wohl lebender Exemplare, insbesondere solcher, die eingezogen worden sind, kümmert.
6. Jede Vertragspartei führt Verzeichnisse über den Handel mit Exemplaren der in den Anhängen I, II und III aufgeführten Arten, die folgendes zu enthalten haben:
 - a) die Namen und Anschriften der Exporteure und der Importeure und
 - b) die Zahl und Art der erteilten Genehmigungen und Bescheinigungen, die Staaten, mit denen ein derartiger Handel stattgefunden hat, die Zahlen oder Mengen und Arten der Exemplare, die Namen der in den Anhängen I, II und III aufgeführten Arten und gegebenenfalls die Größe und das Geschlecht der betreffenden Exemplare.
7. Jede Vertragspartei verfaßt periodisch Berichte darüber, wie sie dieses Übereinkommen vollzieht, und übermittelt dem Sekretariat
 - a) jährlich einen Bericht mit einer Zusammenfassung der im Abs. 8 Buchst. b) vorgesehenen Daten und

b) alle zwei Jahre einen Bericht über die Maßnahmen, die zum Vollzug dieses Übereinkommens durch den Erlaß von Gesetzen und Verordnungen sowie im Bereich der Verwaltung getroffen worden sind.

8. Die im Abs. 7 genannten Informationen werden der Allgemeinheit zugänglich gemacht, soweit das nicht mit den Rechtsvorschriften der betreffenden Vertragspartei unvereinbar ist.

Artikel IX

Vollzugsbehörden und wissenschaftliche Behörden

1. Jede Vertragspartei bestimmt für die Zwecke dieses Übereinkommens
 - a) eine oder mehrere Vollzugsbehörden, die für die Erteilung von Genehmigungen oder Bescheinigungen im Namen dieser Vertragspartei zuständig sind, und
 - b) eine oder mehrere wissenschaftliche Behörden.
2. Jeder Staat teilt der Depositärregierung im Zeitpunkt der Hinterlegung der Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde den Namen und die Anschrift der Vollzugsbehörde mit, die ermächtigt ist, mit anderen Vertragsparteien und mit dem Sekretariat zu verkehren.
3. Jede Änderung einer nach diesem Artikel erfolgten Bestimmung oder Ermächtigung wird von der betreffenden Vertragspartei dem Sekretariat zur Übermittlung an alle anderen Vertragsparteien mitgeteilt.
4. Jede im Abs. 2 genannte Vollzugsbehörde übermittelt dem Sekretariat oder der Vollzugsbehörde einer anderen Vertragspartei auf Ersuchen einen Abdruck der Dienststempel, Dienstsiegel oder des sonstigen Geräts, das sie verwendet, um Genehmigungen oder Bescheinigungen rechtswirksam auszustellen.

Artikel X

Handel mit Staaten, die nicht Vertragsparteien sind

Bei der Ausfuhr oder Wiederausfuhr in einen Staat oder bei der Einfuhr aus einem Staat, der nicht Vertragspartei ist, können die Vertragsparteien anstelle der in diesem Übereinkommen vorgeschriebenen Genehmigung oder Bescheinigung ein vergleichbares Dokument annehmen, das von den zuständigen Behörden dieses Staates ausgestellt ist und den Erfordernissen dieses Übereinkommens für die Erteilung von Genehmigungen und Bescheinigungen im wesentlichen entspricht.

Artikel XI

Konferenz der Vertragsparteien

1. Das Sekretariat beruft spätestens zwei Jahre nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens eine Tagung der Konferenz der Vertragsparteien ein.
2. In der Folge wird das Sekretariat, wenn die Konferenz nichts anderes beschließt, mindestens alle zwei Jahre ordentliche Tagungen und auf schriftliches Ersuchen von mindestens einem Drittel der Vertragsparteien jederzeit außerordentliche Tagungen einberufen.
3. Auf ordentlichen oder außerordentlichen Tagungen überprüfen die Vertragsparteien den Vollzug dieses Übereinkommens und können
 - a) alle etwa erforderlichen Vorkehrungen treffen, um dem Sekretariat die Durchführung seiner Aufgaben zu ermöglichen;
 - b) nach Artikel XV Änderungen der Anhänge I und II beraten und annehmen;
 - c) prüfen, welche Fortschritte in bezug auf die Wiedervermehrung und Erhaltung der in den Anhängen I, II und III aufgeführten Arten erzielt worden sind;
 - d) Berichte des Sekretariats oder der Vertragsparteien entgegennehmen und prüfen;

- e) gegebenenfalls Empfehlungen zur Erhöhung der Wirksamkeit dieses Übereinkommens aussprechen.
4. Auf jeder ordentlichen Tagung können die Vertragsparteien den Zeitpunkt und den Tagungsort der nach Abs. 2 abzuhaltenden nächsten ordentlichen Tagung bestimmen.
 5. Auf jeder Tagung können die Vertragsparteien Verfahrensregeln für diese Tagung festlegen und annehmen.
 6. Die Vereinten Nationen, ihre Sonderorganisationen und die Internationale Atomenergie-Organisation sowie alle Staaten, die nicht Vertragsparteien sind, können auf Tagungen der Konferenz durch Beobachter vertreten sein, die teilnahmeberechtigt, aber nicht stimmberechtigt sind.
 7. Sonstige Gremien oder Organisationen der nachstehenden Kategorien, die auf dem Gebiet des Schutzes, der Erhaltung oder der Pflege freilebender Tiere und Pflanzen fachlich qualifiziert sind und dem Sekretariat ihren Wunsch mitgeteilt haben, durch Beobachter auf Tagungen der Konferenz vertreten zu sein, werden zugelassen, sofern sich nicht mindestens ein Drittel der anwesenden Vertragsparteien dagegen ausspricht:
 - a) internationale staatliche oder nichtstaatliche Organisationen oder Gremien und nationale staatliche Organisationen und Gremien sowie
 - b) nationale nichtstaatliche Organisationen oder Gremien, denen der Staat, in dem sie ihren Sitz haben, dazu seine Zustimmung gegeben hat.
- Nach ihrer Zulassung sind diese Beobachter teilnahmeberechtigt, aber nicht stimmberechtigt.

Artikel XII

Das Sekretariat

1. Nach Inkrafttreten des Übereinkommens stellt der Exekutivdirektor des Umweltprogramms der Vereinten Nationen ein Sekretariat. Soweit er es für zweckmäßig hält, kann er von geeigneten staatlichen oder nichtstaatlichen internationalen oder nationalen Organisationen und Gremien unterstützt werden, die auf dem Gebiet des Schutzes, der Erhaltung und der Pflege freilebender Tiere und Pflanzen fachlich qualifiziert sind.
2. Das Sekretariat hat folgende Aufgaben:
 - a) die Tagungen der Vertragsparteien zu organisieren und zu betreuen;
 - b) die ihm nach Artikel XV und XVI übertragenen Aufgaben durchzuführen;
 - c) wissenschaftliche und technische Untersuchungen im Rahmen der von der Konferenz der Vertragsparteien genehmigten Programme, soweit sie zur Durchführung des Übereinkommens beitragen, vorzunehmen und Normen für die sachgemäße Vorbereitung auf den Transport und für den entsprechenden Versand lebender Exemplare sowie Mittel zur Identifizierung von Exemplaren zu erarbeiten;
 - d) die Berichte der Vertragsparteien zu prüfen und die Vertragsparteien um alle weiteren diesbezüglichen Informationen zu ersuchen, die es für die Durchführung des Übereinkommens für erforderlich hält;
 - e) die Vertragsparteien auf alle Angelegenheiten aufmerksam zu machen, die mit den Zielen des Übereinkommens im Zusammenhang stehen;
 - f) in regelmäßigen Abständen auf den neuesten Stand gebrachte Ausgaben der Anhänge I, II und III zusammen mit Informationen zur Erleichterung der Identifizierung von Exemplaren der in diesen Anhängen aufgeführten Arten zu veröffentlichen und den Vertragsparteien zu übermitteln;

- g) für die Vertragsparteien jährlich einen Bericht über seine Arbeit und über die Durchführung des Übereinkommens sowie sonstige von den Tagungen der Vertragsparteien etwa geforderten Berichte zu verfassen;
- h) Empfehlungen für die Erreichung der Ziele und die Durchführung der Bestimmungen des Übereinkommens sowie für den Austausch von Informationen wissenschaftlicher und technischer Art auszusprechen;
- i) alle sonstigen Aufgaben wahrzunehmen, die ihm von den Vertragsparteien übertragen werden.

Artikel XIII

Internationale Maßnahmen

1. Gelangt das Sekretariat auf Grund der ihm zugegangenen Informationen zu der Überzeugung, daß eine im Anhang I oder II aufgeführte Art durch den Handel mit Exemplaren dieser Art gefährdet oder daß das Übereinkommen nicht wirksam durchgeführt wird, so teilt es diese Information den ermächtigten Vollzugsbehörden der betreffenden Vertragsparteien mit.
2. Erhält eine Vertragspartei eine Mitteilung nach Abs. 1, so unterrichtet sie, soweit es ihre Rechtsvorschriften zulassen, das Sekretariat so bald wie möglich über den Sachverhalt und schlägt gegebenenfalls Abhilfemaßnahmen vor. Hält die Vertragspartei eine Untersuchung für wünschenswert, so kann diese von einer oder mehreren von der Vertragspartei ausdrücklich ermächtigten Personen vorgenommen werden.
3. Die von der Vertragspartei vorgelegten oder aus einer Untersuchung nach Abs. 2 hervorgegangenen Informationen werden von der nächsten Konferenz der Vertragsparteien geprüft; diese kann dazu die ihr zweckmäßig erscheinenden Empfehlungen aussprechen.

Artikel XIV

Auswirkung auf innerstaatliche Rechtsvorschriften und auf internationale Übereinkünfte

1. Dieses Übereinkommen berührt nicht das Recht der Vertragsparteien,
 - a) strengere innerstaatliche Maßnahmen hinsichtlich der Bedingungen für den Handel, die Inbesitznahme, den Besitz oder die Beförderung von Exemplaren der in den Anhängen I, II und III aufgeführten Arten zu ergreifen oder diese Tätigkeiten ganz zu verbieten oder
 - b) innerstaatliche Maßnahmen zu ergreifen, die den Handel, die Inbesitznahme, den Besitz oder die Beförderung von nicht in den Anhängen I, II und III aufgeführten Arten beschränken oder verbieten.
2. Dieses Übereinkommen berührt nicht die Bestimmungen innerstaatlicher Maßnahmen oder die sich aus einem Vertrag, Übereinkommen oder internationalen Abkommen ergebenden Verpflichtungen der Vertragsparteien in bezug auf andere Fragen des Handels, der Inbesitznahme, des Besitzes oder der Beförderung von Exemplaren, die für die Vertragsparteien in Kraft sind oder künftig in Kraft treten, einschließlich aller Maßnahmen auf dem Gebiet des Zoll-, Gesundheits- oder Veterinärwesens oder des Pflanzenschutzes.
3. Dieses Übereinkommen berührt nicht die Bestimmungen eines Vertrages, Übereinkommens oder internationalen Abkommens oder die Verpflichtungen aus einem Vertrag, Übereinkommen oder internationalen Abkommen, die zwischen Staaten geschlossen wurden oder werden und die eine Union oder ein regionales Handelsübereinkommen schaffen, wodurch eine gemeinsame Außenzollkontrolle eingeführt oder beibehalten und die Zollkontrolle zwischen den betreffenden Vertragsparteien beseitigt wird, soweit sie sich auf den Handel zwischen den Mitgliedstaaten dieser Union oder dieses Handelsübereinkommens beziehen.

4. Ein Staat, der Vertragspartei dieses Übereinkommens und zugleich Vertragspartei eines anderen Vertrages, Übereinkommens oder internationalen Abkommens ist, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Übereinkommens in Kraft sind und deren Bestimmungen den im Anhang II aufgeführten in der Meeresumwelt vorkommenden Arten Schutz gewähren, ist von den ihm nach diesem Übereinkommen auferlegten Verpflichtungen in bezug auf den Handel mit Exemplaren der im Anhang II aufgeführten Arten befreit, die von in dem betreffenden Staat registrierten Schiffen in Übereinstimmung mit einem solchen anderen Vertrag, Übereinkommen oder internationalen Abkommen in Besitz genommen werden.
5. Ungeachtet der Artikel III, IV und V ist für die Ausfuhr eines nach Abs. 4 in Besitz genommenen Exemplars nur eine Bescheinigung einer Vollzugsbehörde des Staates, in den es eingebracht werden soll, notwendig, die besagt, daß das Exemplar in Übereinstimmung mit dem betreffenden anderen Vertrag, Übereinkommen oder internationalen Abkommen in Besitz genommen wurde.
6. Dieses Übereinkommen berührt nicht die Kodifizierung und die Weiterentwicklung des Seerechts durch die Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen nach Entscheidung 2750 C (XXV) der Generalversammlung der Vereinten Nationen sowie die derzeitigen oder zukünftigen Ansprüche und Rechtsstandpunkte eines Staates in bezug auf das Seerecht und die Art und den Umfang der Hoheitsgewalt von Küsten- und Flaggenstaaten.

Artikel XV

Änderungen der Anhänge I und II

1. Für Änderungen der Anhänge I und II auf Tagungen der Konferenz der Vertragsparteien gelten folgende Bestimmungen:
 - a) Jede Vertragspartei kann eine Änderung des Anhangs I oder II zur Beratung auf der nächsten Tagung vorschlagen. Der Wortlaut der vorgeschlagenen Änderung ist dem Sekretariat mindestens 150 Tage vor der Tagung mitzuteilen. Das Sekretariat konsultiert nach Abs. 2 Buchstaben b) und c) die anderen Vertragsparteien und die interessierten Gremien bezüglich der Änderung und teilt die Antwort allen Vertragsparteien spätestens 30 Tage vor der Tagung mit.
 - b) Änderungen bedürfen zu ihrer Annahme einer Zweidrittelmehrheit der anwesenden und abstimmenden Vertragsparteien. In diesem Sinne bedeutet „anwesende und abstimmende Vertragsparteien“ die Vertragsparteien, die anwesend sind und eine Ja-Stimme oder eine Nein-Stimme abgeben. Vertragsparteien, die sich der Stimme enthalten, werden den für die Annahme einer Änderung erforderlichen zwei Dritteln nicht zugerechnet.
 - c) Die auf einer Tagung angenommenen Änderungen treten 90 Tage nach dieser Tagung für alle Vertragsparteien mit Ausnahme derjenigen, die einen Vorbehalt nach Abs. 3 machen, in Kraft.
2. Für Änderungen der Anhänge I und II zwischen den Tagungen der Konferenz der Vertragsparteien gelten folgende Bestimmungen:
 - a) jede Vertragspartei kann eine Änderung des Anhangs I oder II zur Beratung zwischen den Tagungen nach den in diesem Absatz vorgesehenen schriftlichen Verfahren vorschlagen;
 - b) bei in der Meeresumwelt vorkommenden Arten teilt das Sekretariat den Wortlaut der vorgeschlagenen Änderung nach Erhalt unverzüglich den Vertragsparteien mit. Ferner konsultiert es die mit diesen Arten befaßten zwischenstaatlichen Gremien, um wissenschaftliche Un-

terlagen zu erhalten, die diese Gremien zur Verfügung stellen können, und um die Koordinierung mit den von diesen Gremien durchgeführten Erhaltungsmaßnahmen sicherzustellen. Das Sekretariat übermittelt den Vertragsparteien so bald wie möglich die von diesen Gremien übersandten Stellungnahmen und Unterlagen sowie seine eigenen Schlußfolgerungen und Empfehlungen;

- c) bei anderen als in der Meeresumwelt vorkommenden Arten teilt das Sekretariat den Wortlaut der vorgeschlagenen Änderung nach Erhalt unverzüglich den Vertragsparteien mit und übermittelt ihnen danach so bald wie möglich seine eigenen Empfehlungen;
 - d) jede Vertragspartei kann dem Sekretariat innerhalb von 60 Tagen vom Datum der Übermittlung der unter Buchst. b) oder c) vorgesehenen Empfehlungen ihre Stellungnahme zu der vorgeschlagenen Änderung zusammen mit einschlägigen wissenschaftlichen Unterlagen und Informationen übermitteln;
 - e) das Sekretariat übermittelt den Vertragsparteien so bald wie möglich die eingegangenen Antworten zusammen mit seinen eigenen Empfehlungen;
 - f) ist innerhalb von 30 Tagen vom Datum der Übermittlung der Antworten und Empfehlungen nach Buchst. e) beim Sekretariat kein Einspruch gegen die vorgeschlagene Änderung eingegangen, so tritt die Änderung 90 Tage später für alle Vertragsparteien mit Ausnahme derjenigen, die einen Vorbehalt nach Abs. 3 machen, in Kraft;
 - g) geht beim Sekretariat ein Einspruch einer Vertragspartei ein, so wird über die vorgeschlagene Änderung nach den Buchstaben h), i) und j) schriftlich abgestimmt;
 - h) das Sekretariat notifiziert den Vertragsparteien, daß ein Einspruch eingegangen ist;
 - i) gehen innerhalb von 60 Tagen vom Datum der Notifikation nach Buchst. h) nicht Ja-Stimmen, Nein-Stimmen oder Stimmenthaltungen von mindestens der Hälfte der Vertragsparteien beim Sekretariat ein, so wird die vorgeschlagene Änderung zur weiteren Beratung an die nächste Tagung der Konferenz verwiesen;
 - j) sofern Stimmabgaben von der Hälfte der Vertragsparteien eingegangen sind, bedarf die Änderung zu ihrer Annahme einer Zweidrittelmehrheit der Vertragsparteien, die eine Ja-Stimme oder eine Nein-Stimme abgegeben haben;
 - k) das Sekretariat notifiziert allen Vertragsparteien das Abstimmungsergebnis;
 - l) wird die vorgeschlagene Änderung angenommen, so tritt sie 90 Tage nach dem Datum der vom Sekretariat vorgenommenen Notifikation ihrer Annahme für alle Vertragsparteien mit Ausnahme derjenigen, die einen Vorbehalt nach Abs. 3 machen, in Kraft.
3. Während des im Abs. 1 Buchst. c) oder im Abs. 2 Buchst. l) vorgesehenen Zeitabschnittes von 90 Tagen kann jede Vertragspartei durch eine an die Depositärregierung gerichtete schriftliche Notifikation einen Vorbehalt in bezug auf die Änderung machen. Solange dieser Vorbehalt nicht zurückgezogen ist, wird die Vertragspartei im Hinblick auf den Handel mit der betreffenden Art wie ein Staat behandelt, der nicht Vertragspartei ist.

Artikel XVI

Anhang III und Änderungen dieses Anhangs

1. Jede Vertragspartei kann dem Sekretariat jederzeit eine Liste der Arten unterbreiten, die sie als Arten bezeichnet, die in ihrem Hoheitsbereich einer besonderen Regelung im Sinne von Artikel II Abs. 3 unterliegen. Anhang III enthält die Namen der Vertragsparteien, welche die Auf-

nahme der betreffenden Arten in Anhang III veranlaßt haben, die wissenschaftlichen Bezeichnungen der genannten Arten sowie die Teile der betreffenden Tiere oder Pflanzen oder die daraus hergestellten Erzeugnisse, die im Sinne des Artikels I Buchst. b) in Verbindung mit der betreffenden Art aufgeführt sind.

2. Das Sekretariat übermittelt den Vertragsparteien jede nach Abs. 1 unterbreitete Liste so bald wie möglich nach ihrem Erhalt. Die Liste tritt 90 Tage nach dem Datum dieser Mitteilung als Teil des Anhangs III in Kraft. Nach Übermittlung dieser Liste kann jede Vertragspartei jederzeit durch eine an die Depositärregierung gerichtete schriftliche Notifikation einen Vorbehalt in Bezug auf eine Art oder auf Teile der betreffenden Tiere oder Pflanzen oder auf daraus hergestellte Erzeugnisse machen, und solange ein derartiger Vorbehalt nicht zurückgezogen wird, wird der betreffende Staat im Hinblick auf den Handel mit der betreffenden Art oder mit Teilen der betreffenden Tiere oder Pflanzen oder mit daraus hergestellten Erzeugnissen wie ein Staat behandelt, der nicht Vertragspartei ist.
3. Eine Vertragspartei, welche die Aufnahme einer Art in Anhang III veranlaßt hat, kann diese Art jederzeit durch eine an das Sekretariat gerichtete Notifikation aus Anhang III herausnehmen; das Sekretariat teilt die Herausnahme allen Vertragsparteien mit. Der Rückzug wird 30 Tage nach dem Datum dieser Mitteilung wirksam.
4. Eine Vertragspartei, die nach Abs. 1 eine Liste unterbreitet, hat dem Sekretariat einen Abdruck aller innerstaatlichen Gesetze und anderen Rechtsvorschriften über den Schutz der betreffenden Arten mit den von ihr für zweckmäßig gehaltenen oder vom Sekretariat erbetenen Auslegungen vorzulegen. Solange die betreffende Art in Anhang III aufgeführt ist, hat die Vertragspartei alle Änderungen der genannten Gesetze und anderen Rechtsvorschriften oder alle neuen Auslegungen jeweils nach Annahme vorzulegen.

Artikel XVII

Änderung des Übereinkommens

1. Auf schriftlichen Antrag von mindestens einem Drittel der Vertragsparteien beruft das Sekretariat eine außerordentliche Tagung der Konferenz der Vertragsparteien zur Beratung und Annahme von Änderungen dieses Übereinkommens ein. Diese Änderungen bedürfen zu ihrer Annahme einer Zweidrittelmehrheit der anwesenden und abstimmenden Vertragsparteien. In diesem Sinne bedeutet „anwesende und abstimmende Vertragsparteien“ die Vertragsparteien, die anwesend sind und eine Ja-Stimme oder eine Nein-Stimme abgeben. Vertragsparteien, die sich der Stimme enthalten, werden den für die Annahme einer Änderung erforderlichen zwei Dritteln nicht zugerechnet.
2. Das Sekretariat teilt den Wortlaut einer vorgeschlagenen Änderung allen Vertragsparteien mindestens 90 Tage vor der Tagung mit.
3. Für die Vertragsparteien, die eine Änderung angenommen haben, tritt diese Änderung 60 Tage nach dem Zeitpunkt in Kraft, an dem zwei Drittel der Vertragsparteien eine die Änderung betreffende Annahmeerkunde bei der Depositärregierung hinterlegt haben. In der Folge tritt die Änderung für jede weitere Vertragspartei 60 Tage nach dem Zeitpunkt in Kraft, an dem sie ihre die Änderung betreffende Annahmeerkunde hinterlegt hat.

Artikel XVIII

Beilegung von Streitigkeiten

1. Jede Streitigkeit zwischen zwei oder mehr Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung des Übereinkommens ist durch Verhandlungen zwischen den streitenden Vertragsparteien beizulegen.

2. Kann die Streitigkeit nicht nach Abs. 1 beigelegt werden, so können die Vertragsparteien sie im gegenseitigen Einvernehmen einem Schiedsgericht, insbesondere dem Haager Schiedshof, vorlegen; die Vertragsparteien, welche die Streitigkeit dem Schiedsgericht vorlegen, sind an den Schiedsspruch gebunden.

Artikel XIX

Unterzeichnung

Dieses Übereinkommen liegt bis zum 30. April 1973 in Washington und danach bis zum 31. Dezember 1974 in Bern zur Unterzeichnung auf.

Artikel XX

Ratifikation, Annahme, Genehmigung

Dieses Übereinkommen bedarf der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung. Die Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden sind bei der Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft zu hinterlegen, welche die Aufgabe der Depositärregierung übernimmt.

Artikel XXI

Beitritt

Dieses Übereinkommen liegt auf unbegrenzte Zeit zum Beitritt auf. Die Beitrittsurkunden sind bei der Depositärregierung zu hinterlegen.

Artikel XXII

Inkrafttreten

1. Dieses Übereinkommen tritt 90 Tage nach Hinterlegung der zehnten Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde bei der Depositärregierung in Kraft.
2. Für jeden Staat, der das Übereinkommen nach Hinterlegung der zehnten Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde ratifiziert, annimmt oder genehmigt oder ihm beiträgt, tritt es 90 Tage nach Hinterlegung der Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde durch diesen Staat in Kraft.

Artikel XXIII

Vorbehalte

1. Zu diesem Übereinkommen sind keine allgemeinen Vorbehalte zulässig. Besondere Vorbehalte können nach diesem Artikel und nach den Artikeln XV und XVI gemacht werden.
2. Jeder Staat kann bei der Hinterlegung seiner Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde einen besonderen Vorbehalt machen in Bezug auf
 - a) eine im Anhang I, II oder III aufgeführte Art oder
 - b) Teile einer Pflanze oder eines Tieres oder daraus hergestellte Erzeugnisse, die im Anhang III in Verbindung mit einer Art aufgeführt sind.
3. Solange eine Vertragspartei ihren nach diesem Artikel gemachten Vorbehalt nicht zurückzieht, wird sie im Hinblick auf den Handel mit den in dem Vorbehalt bezeichneten Arten, Teilen oder aus einem Tier oder einer Pflanze hergestellten Erzeugnissen wie ein Staat behandelt, der nicht Vertragspartei ist.

Artikel XXIV

Kündigung

Jede Vertragspartei kann dieses Übereinkommen jederzeit durch eine an die Depositärregierung gerichtete schriftliche

Notifikation kündigen. Die Kündigung wird zwölf Monate nach Eingang dieser Notifikation bei der Verwahrregierung wirksam.

Artikel XXV

Depositärregierung

1. Die Urschrift dieses Übereinkommens, das in chinesischer, englischer, französischer, russischer und spanischer Sprache abgefaßt ist, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, wird bei der Depositärregierung hinterlegt; diese übermittelt allen Staaten, die es unterzeichnet oder Beitrittsurkunden hinterlegt haben, beglaubigte Abschriften.
2. Die Depositärregierung teilt allen Unterzeichnerstaaten und allen beitretenden Staaten sowie dem Sekretariat jede Unterzeichnung, jede Hinterlegung einer Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde, das Inkrafttreten des Übereinkommens, Änderungen des Übereinkommens, die Anmeldung und den Rückzug jedes Vorbehalts und den Eingang jeder Kündigungsnotifikation mit.
3. Sobald dieses Übereinkommen in Kraft getreten ist, übermittelt die Depositärregierung dem Sekretariat der Vereinten Nationen eine beglaubigte Abschrift zur Registrierung und Veröffentlichung nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen.

ZU URKUND DESSEN haben die hierzu gehörig befugten Bevollmächtigten dieses Übereinkommen unterzeichnet.

Geschehen zu Washington am 3. März 1973.

ANHANG I

Erläuterung:

1. Die in diesem Anhang aufgeführten Arten werden bezeichnet
 - a) mit dem Namen der Art oder
 - b) als Gesamtheit der einem höheren Taxon (Ordnungsstufe der Systematik) oder einem bestimmten Teil desselben angehörenden Arten.
2. Die Abkürzung „spp.“ wird zur Bezeichnung aller Arten eines höheren Taxon verwendet.
3. Sonstige Bezugnahmen auf höhere Taxa als Arten dienen nur der Information oder Klassifikation.
4. Ein Sternchen (*) neben dem Namen einer Art oder eines höheren Taxon bedeutet, daß eine oder mehrere geographisch abgegrenzte Populationen, Unterarten oder Arten des betreffenden Taxon im Anhang II aufgeführt sind und daß diese Populationen, Unterarten oder Arten von Anhang I ausgenommen sind.
5. Das Zeichen (→) vor einer Zahl neben dem Namen einer Art oder eines höheren Taxon bedeutet, daß bestimmte geographisch abgegrenzte Populationen, Unterarten oder Arten wie folgt von der betreffenden Art oder dem betreffenden Taxon ausgenommen sind:
 - 101 *Lemur catta*
 - 102 Australische Population.
6. Das Zeichen (+) vor einer Zahl neben dem Namen einer Art bedeutet, daß nur eine bestimmte geographisch abgegrenzte Population oder Unterart der betreffenden Art wie folgt in diesem Anhang aufgeführt ist:
 - + 201 nur italienische Population.
7. Das Zeichen (†) neben dem Namen einer Art oder eines höheren Taxon bedeutet, daß die betreffenden Arten nach der Liste 1972 der Internationalen Walfangskommission geschützt sind.

FAUNA

MAMMALIA

MARSUPIALIA

Macropodidae

Macropus parma
Onychogalea frenata
O. lunata
Lagorchestes hirsutus
Lagostrophus fasciatus
Caloprymnus campestris
Bettongia penicillata
B. lesueur
B. tropica

Phalangeridae

Wyulda squamicaudata

Burramyidae

Burramys parvus

Vombatidae

Lasiorhinus gillesspiei

Peramelidae

Perameles bongainville
Chaeropus ecaudatus
Macrotis lagotis
M. leucura

Dasyuridae

Planigale tenuirostris
P. subtilissima
Sminthopsis psammophila
S. longicaudata
Antechinomys laniger
Myrmecobius fasciatus rufus

Thylacinidae

Thylacinus cynocephalus

PRIMATES

Lemuridae

Lemur spp. * – 101
Lepilemur spp.
Haplemur spp.
Allocebus spp.
Cheirogaleus spp.
Microcebus spp.
Phaner spp.

Indriidae

Indri spp.
Propithecus spp.
Avahi spp.

Daubentoniidae

Daubentonia madagascariensis

Callithricidae

Leontopithecus (Leontideus) spp.
Callimico goeldii

Cebidae

Saimiri oerstedii
Chiropotes albinasus
Cacajao spp.
Alouatta palliata (villosa)
Ateles geoffroyi frontatus
A. g. panamensis
Brachyteles arachnoides

Cercopithecidae

Cercocebus galerita galerita
Macaca silenus
Colobus badius rufomitratus
C. b. kirkii
Presbytis geei
P. pileatus
P. entellus
Nasalis larvatus
Simias concolor
Pygathrix nemaus

Hylobatidae

Hylobates spp.
Symphalangus syndactylus

Pongidae

Pongo pygmaeus pygmaeus
P. p. abelii
Gorilla gorilla

EDENTATA			
Dasypodidae	<i>Priedontes giganteus (= maximus)</i>		
PHOLIDOTA			
Manidae	<i>Manis temmincki</i>		
LAGOMORPHA			
Leporidae	<i>Romerolagus diazi</i> <i>Caprolagus hispidus</i>		
RODENTIA			
Sciuridae	<i>Cynomys mexicanus</i>		
Castoridae	<i>Castor fiber birulaia</i> <i>Castor canadensis mexicanus</i>		
Muridae	<i>Zyomys pedunculatus</i> <i>Leporillus conditor</i> <i>Pseudomys novaehollandiae</i> <i>P. praeconis</i> <i>P. shortridgei</i> <i>P. fumeus</i> <i>P. occidentalis</i> <i>P. fieldi</i> <i>Notomys aquilo</i> <i>Xeromys myoides</i>		
Chinchillidae	<i>Chinchilla brevicaudata boliviana</i>		
CETACEA			
Platanistidae	<i>Platanista gangetica</i>		
Eschrichtidae	<i>Eschrichtius robustus (glaucus) †</i>		
Balaenopteridae	<i>Balaenoptera musculus †</i> <i>Megaptera novaeangliae †</i>		
Balaenidae	<i>Balaena mysticetus †</i> <i>Eubalaena spp. †</i>		
CARNIVORA			
Canidae	<i>Canis lupus monstrabilis</i> <i>Vulpes velox hebes</i>		
Viverridae	<i>Prionodon pardicolor</i>		
Ursidae	<i>Ursus americanus emmonsii</i> <i>U. arctos pruinosus</i> <i>U. arctos * † 201</i> <i>U. a. nelsoni</i>		
Mustelidae	<i>Mustela nigripes</i> <i>Lutra longicaudis</i> (<i>platensis/annectens</i>) <i>L. felina</i> <i>L. provocax</i> <i>Pteronura brasiliensis</i> <i>Aonyx microdon</i> <i>Enhydra lutris nereis</i>		
Hyaenidae	<i>Hyaena brunnea</i>		
Felidae	<i>Felis planiceps</i> <i>F. nigripes</i> <i>F. concolor coryi</i> <i>F. c. costaricensis</i> <i>F. c. cougar</i> <i>F. temmincki</i> <i>Felis bengalensis bengalensis</i> <i>F. yagouaroundi cacomitli</i> <i>F. y. fossata</i> <i>F. y. panamensis</i> <i>F. y. tolteca</i> <i>F. pardalis mearnsi</i> <i>F. p. mitis</i> <i>F. wiedii nicaraguae</i>		
		<i>F. w. salvinia</i> <i>F. tigrina oneilla</i> <i>F. marmorata</i> <i>F. jacobita</i> <i>F. (Lynx) rufa escuinapae</i> <i>Neofelis nebulosa</i> <i>Panthera tigris *</i> <i>P. pardus</i> <i>P. uncia</i> <i>P. onca</i> <i>Acinonyx jubatus</i>	
PINNIPEDIA			
Phocidae	<i>Monachus spp.</i> <i>Mirounga angustirostris</i>		
PROBOSCIDEA			
Elephantidae	<i>Elephas maximus</i>		
SIRENIA			
Dugongidae	<i>Dugong dugon * — 102</i>		
Trichechidae	<i>Trichechus manatus</i> <i>T. inunguis</i>		
PERISSODACTYLA			
Equidae	<i>Equus przewalskii</i> <i>E. hemionus hemionus</i> <i>E. h. khur</i> <i>E. zebra zebra</i>		
Tapiridae	<i>Tapirus pinchaque</i> <i>T. bairdii</i> <i>T. indiens</i>		
Rhinocerotidae	<i>Rhinoceros unicornis</i> <i>R. sondaicus</i> <i>Didermoceros sumatrensis</i> <i>Ceratotherium simum cottoni</i>		
ARTIODACTYLA			
Suidae	<i>Sus salvanius</i> <i>Rabyrousa babyrussa</i>		
Camelidae	<i>Vicugna vicugna</i> <i>Camelus bactrianus</i>		
Cervidae	<i>Moschus moschiferus moschiferus</i> <i>Axis (Hyalaphus) porcinus annamiticus</i> <i>A. (Hyalaphus) calamianensis</i> <i>A. (Hyalaphus) kuhlii</i> <i>Cervus duvauceli</i> <i>C. eldi</i> <i>C. elaphus hanglu</i> <i>Hippocamelus bisulcus</i> <i>H. antisensis</i> <i>Blastoceros dichotomus</i> <i>Ozotoceros bezoarticus</i> <i>Pudu pudu</i>		
Antilocapridae	<i>Antilocapra americana sonoriensis</i> <i>A. a. peninsularis</i>		
Bovidae	<i>Bubalus (Anoa) mindorensis</i> <i>B. (Anoa) depressicornis</i> <i>B. (Anoa) quarlesi</i> <i>Bos gaurus</i> <i>B. (grunniens) mutus</i> <i>Navibos (Bos) sauveli</i> <i>Bison bison athabascae</i> <i>Kobus leche</i> <i>Hippotragus niger variani</i> <i>Oryx leucoryx</i> <i>Damaliscus dorcas dorcas</i>		

Saiga tatarica mongolica
 Nemorhaedus goral
 Capricornis sumatraensis
 Rupicapra rupicapra ornata
 Capra falconeri jerdoni
 C. f. megaceros
 C. f. chiltanensis
 Ovis orientalis ophion
 O. ammon hodgsoni
 O. vignei

AVES

TINAMIFORMES

Tinamidae Tinamus solitarius

PODICIPEDIFORMES

Podicipedidae Podilymbus gigas

PROCELLARIIFORMES

Diomedeidae Diomedea albatrus

PELECANIFORMES

Sulidae Sula abbotti

Fregatidae Fregata andrewsi

CICONIIFORMES

Ciconiidae Ciconia ciconia boyciana

Threskiornithidae Nipponia nippon

ANSERIFORMES

Anatidae Anas aucklandica nesiotis
 Anas oustaletti
 Anas laysanensis
 Anas diazi
 Cairina scutulata
 Rhodonessa caryophyllacea
 Branta canadensis leucopareia
 Branta sandvicensis

FALCONIFORMES

Cathartidae Vultur gryphus
 Gymnogyps californianus

Accipitridae Pithecophaga jefferyi
 Harpia harpyja
 Haliaeetus l. leucocephalus
 Haliaeetus heliaca adalberti
 Haliaeetus albicilla groenlandicus

Falconidae Falco peregrinus anatum
 Falco peregrinus tundrius
 Falco peregrinus peregrinus
 Falco peregrinus babilonicus

GALLIFORMES

Megapodiidae Macrocephalon maleo

Cracidae Crax blumenbachii
 Pipile p. pipile
 Pipile jacutinga
 Mitu mitu mitu
 Oreophaps derbianus

Tetraonidae Tympanuchus cupido attwateri

Phasianidae Colinus virginianus ridgwayi
 Tragopan blythii
 Tragopan caboti
 Tragopan melanocephalus
 Lophophorus selateri
 Lophophorus luysii

Lophophorus impejanus
 Crossoptilon mantchuricum
 Crossoptilon crossoptilon
 Lophura swinhoii
 Lophura imperialis
 Lophura edwardsii
 Syrmaticus ellioti
 Syrmaticus humiae
 Syrmaticus mikado
 Polyplectron emphanum
 Tetraogallus tibetanus
 Tetraogallus caspius
 Cyrtonyx montezumae merriami

GRUIFORMES

Gruidae Grus japonensis
 Grus leucogeranus
 Grus americana
 Grus canadensis pulla
 Grus canadensis nesiotis
 Grus nigricollis
 Grus vipio
 Grus monacha

Rallidae

Tricholimnas sylvestris

Rhynochetidae

Rhynochetos jubatus

Otididae

Eupodotis bengalensis

CHARADRIIFORMES

Scolopacidae Numenius borealis
 Tringa guttifer

Laridae

Larus relictus

COLUMBIFORMES

Columbidae Ducula mindorensis

PSITTACIFORMES

Psittacidae Strigops habroptilus
 Rhynchopsitta pachyrhyncha
 Amazona leucocephala
 Amazona vittata
 Amazona guildingii
 Amazona versicolor
 Amazona imperialis
 Amazona rhodocorytha
 Amazona petrei petrei
 Amazona vinacea
 Pyrrhura cruentata
 Anodorhynchus glaucus
 Anodorhynchus leari
 Cyanopsitta spixii
 Pionopsitta pileata
 Aratinga guaruba
 Psittacula krameri echo
 Psephotus pulcherrimus
 Psephotus chrysopterygius
 Neophema chrysogaster
 Neophema splendida
 Cyanoramphus novaezelandiae
 Cyanoramphus auriceps forbesi
 Geopsittacus occidentalis
 Psittacus erithacus princeps

APODIFORMES

Trochilidae Ramphodon dohrnii

TROGONIFORMES

Trogonidae Pharomachrus mocinno mocinno
 Pharomachrus mocinno costaricensis

STRIGIFORMES			
Strigidae	<i>Otus gurneyi</i>		
CORACIIFORMES			
Bucerotidae	<i>Rhinoplax vigil</i>		
PICIFORMES			
Picidae	<i>Dryocopus javensis richardsii</i> <i>Campephilus imperialis</i>		
PASSERIFORMES			
Cotingidae	<i>Cotinga maculata</i> <i>Xipholena atro-purpurea</i>		
Pittidae	<i>Pitta kochi</i>		
Atrichornithidae	<i>Atrichornis clamosa</i>		
Muscicapidae	<i>Picathartes gymnocephalus</i> <i>Picathartes oreas</i> <i>Psophodes nigrogularis</i> <i>Amytornis goyderi</i> <i>Dasyornis brachypterus longirostris</i> <i>Dasyornis broadbentii littoralis</i>		
Sturnidae	<i>Lencopsar rothschildi</i>		
Meliphagidae	<i>Meliphaga cassidix</i>		
Zosteropidae	<i>Zosterops albogularis</i>		
Fringillidae	<i>Spinus cucullatus</i>		
URODELA			
Cryptobranchidae	<i>Andrias (= Megalobatrachus) davidianus japonicus</i> <i>Andrias (= Megalobatrachus) davidianus davidianus</i>		
SALIENTIA			
Bufo	<i>Bufo superciliaris</i> <i>Bufo perigrinus</i> <i>Nectophrynoides spp.</i>		
Atelopodidae	<i>Atelopus varius zeteki</i>		
REPTILIA			
Crocodylia	<i>Alligator mississippiensis</i> <i>Alligator sinensis</i> <i>Melanosuchus niger</i> <i>Caiman crocodilus apaporiensis</i> <i>Caiman latirostris</i>		
Crocodylidae	<i>Tomistoma schlegelii</i> <i>Osteolaemus tetraspis tetraspis</i> <i>Osteolaemus tetraspis osborni</i> <i>Crocodylus cataphraetus</i> <i>Crocodylus siamensis</i> <i>Crocodylus palustris palustris</i> <i>Crocodylus palustris kimbula</i> <i>Crocodylus novaeguineae mindorensis</i> <i>Crocodylus intermedius</i> <i>Crocodylus rhombifer</i> <i>Crocodylus moreletii</i> <i>Crocodylus niloticus</i>		
Gavialidae	<i>Gavialis gangeticus</i>		
TESTUDINATA			
Emydidae	<i>Batagur baska</i> <i>Geoclemmys (= Dromas) hamiltonii</i> <i>Geomyda (= Nicoria) tricarinata</i>		
		Testudinidae	<i>Kachuga tecta tecta</i> <i>Morenia ocellata</i> <i>Terrapene carolina</i>
		Chelonidae	<i>Geochelone (= Testudo) elephantopus</i> <i>Geochelone (= Testudo) geometrica</i> <i>Geochelone (= Testudo) radiata</i> <i>Geochelone (= Testudo) yniphora</i>
		Trionychidae	<i>Eretmochelys imbricata imbricata</i> <i>Lepidochelys kempi</i>
		Chelidae	<i>Lissemys punctata punctata</i> <i>Trionyx ater</i> <i>Trionyx nigricans</i> <i>Trionyx gangeticus</i> <i>Trionyx hurum</i>
		Chelidae	<i>Pseudemys dura umbria</i>
		LACERTILIA	
		Varanidae	<i>Varanus komodoensis</i> <i>Varanus flavescens</i> <i>Varanus bengalensis</i> <i>Varanus griseus</i>
		SERPENTES	
		Boidae	<i>Epicrates inornatus inornatus</i> <i>Epicrates subflavus</i> <i>Python molurus molurus</i>
		RHYNCHOCEPHALIA	
		Sphenodontidae	<i>Sphenodon punctatus</i>
		PISCES	
		ACIPENSERIFORMES	
		Acipenseridae	<i>Acipenser brevirostrum</i> <i>Acipenser oxyrinchus</i>
		OSTEOGLOSSIFORMES	
		Osteoglossidae	<i>Scleropages formosus</i>
		SALMONIFORMES	
		Salmonidae	<i>Coregonus alpenae</i>
		CYPRINIFORMES	
		Catostomidae	<i>Chasmistes cujus</i>
		Cyprinidae	<i>Probarbus jullieni</i>
		SILURIFORMES	
		Siluridae	<i>Pangasianodon gigas</i>
		PERCIFORMES	
		Percidae	<i>Stizostedion vitreum glaucum</i>
		MOLLUSCA	
		Unionidae	<i>Conradilla caelata</i> <i>Dromas dromas</i> <i>Epioblasma (= Dysnomia) florentina curtisi</i> <i>Epioblasma (= Dysnomia) florentina florentina</i> <i>Epioblasma (= Dysnomia) sampsoni</i> <i>Epioblasma (= Dysnomia) sulcata perobliqua</i> <i>Epioblasma (= Dysnomia) torulosa gubernaculum</i> <i>Epioblasma (= Dysnomia) torulosa torulosa</i>

Epioblasma (= Dysnomia) turgidula
 Epioblasma (= Dysnomia) walkeri
 Fusconia cuneolus
 Fusconia edgariana
 Lampsilis higginsii
 Lampsilis orbiculata orbiculata
 Lampsilis satura
 Lampsilis virescens
 Plethobasis cicatricosus
 Plethobasis cooperianus
 Pleurobema plenum
 Potamilus (= Proptera) capax
 Quadrula intermedia
 Quadrula sparsa
 Toxolasma (= Carunculina)
 cylindrella
 Unio (Megalonias/?) nickliniana
 Unio (Lampsilis/?) tampicoensis
 tecomatensis
 Villosa (= Micromya) trabalis

FLORA

ARACEAE Alocasia sanderiana
 Alocasia zebrina

CARYOCARACEAE Caryocar costaricense

CARYOPHYLLACEAE Gymnocarpus przewalskii
 Melandrium mongolicum
 Silene mongolica
 Stellaria pulvinata

CUPRESSACEAE Pilgerodendron uviferum

CYCADACEAE Encephalartos spp.
 Microcycas calocoma
 Stangeria eriopus

GENTIANACEAE Prepusa hookeriana

HUMIRIACEAE Vantanea barbourii

JUGLANDACEAE Engelhardtia pterocarpa

LEGUMINOSAE Ammopiptanthus mongolicum
 Cynometra hemitomophylla
 Platymiscium pleiostachyum

LILIACEAE Aloe albida
 Aloe pillansii
 Aloe polyphylla
 Aloe thornecroftii
 Aloe vossii

MELASTOMATACEAE Lavoisiera itambana

MELIACEAE Guarea longipetiolata
 Tachigalia versicolor

MORACEAE Batocarpus costaricense

ORCHIDACEAE Cattleya jongheana
 Cattleya skinneri
 Cattleya trianae
 Didickea cunninghamii
 Laelia lobata
 Lycaste virginialis var. alba
 Peristeria elata

PINACEAE Abies guatemalensis
 Abies nebrodensis

PODOCARPACEAE Podocarpus costalis
 Podocarpus parlatoresi

PROTEACEAE Orotamnus zeyheri
 Protea odorata

RUBIACEAE Balmea stormae

SAXIFRAGACEAE Ribes sardonum
 (GROSSULARIACEAE)

TAXACEAE Fitzroya cupressoides

ULMACEAE Celtis aetnensis

WELWITSCHIACEAE Welwitschia bainesii

ZINGIBERACEAE Hedychium philippinense

ANHANG II

Erläuterung:

- Die in diesem Anhang aufgeführten Arten werden bezeichnet
 - mit dem Namen der Art oder *
 - als Gesamtheit der einem höheren Taxon (Ordnungsstufe der Systematik) oder einem bestimmten Teil desselben angehörenden Arten.
- Die Abkürzung „spp.“ wird zur Bezeichnung aller Arten eines höheren Taxon verwendet.
- Sonstige Bezugnahmen auf höhere Taxa als Arten dienen nur der Information oder Klassifikation.
- Ein Sternchen (*) neben dem Namen einer Art oder eines höheren Taxon bedeutet, daß eine oder mehrere geographisch abgegrenzte Populationen, Unterarten oder Arten des betreffenden Taxon im Anhang I aufgeführt sind und daß diese Populationen, Unterarten oder Arten von Anhang II ausgenommen sind.
- Das Zeichen (#) vor einer Zahl neben dem Namen einer Art oder eines höheren Taxon bezeichnet Teile oder Ergebnisse, die in Verbindung damit für die Zwecke dieses Übersinkommens wie folgt spezifiziert sind:
 - # 1 bedeutet Wurzel
 - # 2 bedeutet Holz
 - # 3 bedeutet Stämme.
- Das Zeichen (-) vor einer Zahl neben dem Namen einer Art oder eines höheren Taxon bedeutet, daß bestimmte geographisch abgegrenzte Populationen, Unterarten, Arten oder Gruppen von Arten wie folgt von der betreffenden Art oder dem betreffenden Taxon ausgenommen sind:
 - 101 Arten, die keine Fettpflanzen sind.
- Das Zeichen (+) vor einer Zahl neben dem Namen einer Art oder eines höheren Taxon bedeutet, daß nur bestimmte geographisch abgegrenzte Populationen, Unterarten oder Arten der betreffenden Art oder des betreffenden Taxon wie folgt in diesem Anhang aufgeführt sind:
 - + 201 Alle nordamerikanischen Unterarten
 - + 202 Neuseeländische Arten
 - + 203 Alle Arten der Familie auf dem amerikanischen Kontinent
 - + 204 Australische Population.

FAUNA

MAMMALIA

MARSUPIALIA

Macropodidae Dendrolagus inustus
 Dendrolagus ursinus

INSECTIVORA

Erinaceidae Erinaceus frontalis

PRIMATES

Lemuridae	<i>Lemur catta</i> *
Lorisidae	<i>Nycticebus coucang</i> <i>Loris tardigradus</i>
Cebidae	<i>Cebus capucinus</i>
Cercopithecidae	<i>Macaca sylvanus</i> <i>Colobus badius gordonorum</i> <i>Colobus verus</i> <i>Rhinopithecus roxellanae</i> <i>Presbytis johnii</i>
Pongidae	<i>Pan paniscus</i> <i>Pan troglodytes</i>

EDENTATA

Myrmecophagidae	* <i>Myrmecophaga tridactyla</i> <i>Tamandua tetradactyla chapadensis</i>
Bradyrodidae	<i>Bradypus boliviensis</i>

PHOLIDOTA

Manidae	<i>Manis crassicaudata</i> <i>Manis pentadactyla</i> <i>Manis javanica</i>
---------	--

LAGOMORPHA

Leporidae	<i>Nesolagus netscheri</i>
-----------	----------------------------

RODENTIA

Heteromyidae	<i>Dipodomys phillipsii phillipsii</i>
Sciuridae	<i>Ratufa</i> spp. <i>Lariscus hosei</i>
Castoridae	<i>Castor canadensis frontator</i> <i>Castor canadensis repentinus</i>
Cricetidae	<i>Ondatra zibethicus bernardi</i>

CARNIVORA

Canidae	<i>Canis lupus pallipes</i> <i>Canis lupus irremotus</i> <i>Canis lupus crassodon</i> <i>Chrysocyon brachyurus</i> <i>Cuon alpinus</i>
Ursidae	<i>Ursus (Thalarcos) maritimus</i> <i>Ursus arctos</i> * + 201 <i>Helarctos malayanus</i>
Procyonidae	<i>Ailurus fulgens</i>
Mustelidae	<i>Martes americana atrata</i>
Viveridae	<i>Prionodon linsang</i> <i>Cynogale bennetti</i> <i>Helogale derbyanus</i>
Felidae	<i>Felis yagouaroundi</i> * <i>Felis colocolo pajeros</i> <i>Felis colocolo crespoi</i> <i>Felis colocolo budini</i> <i>Felis concolor missoulensis</i> <i>Felis concolor mayensis</i> <i>Felis concolor azteca</i> <i>Felis serval</i> <i>Felis lynx isabellina</i> <i>Felis wiedii</i> * <i>Felis pardalis</i> * <i>Felis tigrina</i> * <i>Felis (= Caracal) caracal</i> <i>Panthera leo persica</i> <i>Panthera tigris altaica</i> (= <i>amurensis</i>)

PINNIPEDIA

Otaridae	<i>Arctocephalus australis</i> <i>Arctocephalus galapagoensis</i> <i>Arctocephalus philippii</i> <i>Arctocephalus townsendi</i>
Phocidae	<i>Mirounga australis</i> <i>Mirounga leonina</i>

TUBULIDENTATA

Orycteropidae	<i>Orycteropus afer</i>
SIRENIA	
Dugongidae	<i>Dugong dugon</i> * + 204
Trichechidae	<i>Trichechus senegalensis</i>

PERISSODACTYLA

Equidae	<i>Equus hemionus</i> *
Tapiridae	<i>Tapirus terrestris</i>
Rhinocerotidae	<i>Diceros bicornis</i>

ARTIODACTYLA

Hippopotamidae	<i>Choeropsis liberiensis</i>
Cervidae	<i>Cervus elaphus bactrianus</i> <i>Pudu mephistophilus</i>
Antilocapridae	<i>Antilocapra americana mexicana</i>
Bovidae	<i>Cephalophus monticola</i> <i>Oryx (tao) dammah</i> <i>Addax nasomaculatus</i> <i>Pantholops hodgsoni</i> <i>Capra falconeri</i> * <i>Ovis ammon</i> * <i>Ovis canadensis</i>

AVES

SPHENISCIFORMES

Spheniscidae	<i>Spheniscus demersus</i>
--------------	----------------------------

RHEIFORMES

Rheidae	<i>Rhea americana albescens</i> <i>Pteroenemia pennata pennata</i> <i>Pteroenemia pennata garleppi</i>
---------	--

TINAMIFORMES

Tinamidae	<i>Rhynchotus rufescens rufescens</i> <i>Rhynchotus rufescens pallescens</i> <i>Rhynchotus rufescens maculicollis</i>
-----------	---

CICONIIFORMES

Ciconiidae	<i>Ciconia nigra</i>
Threskiornithidae	<i>Geronticus calvus</i> <i>Platalea leucorodia</i>
Phoenicopteridae	<i>Phoenicopterus ruber chilensis</i> <i>Phoenicoparrus andinus</i> <i>Phoenicoparrus jamesi</i>

PELECANIFORMES

Pelecanidae	<i>Pelecanus crispus</i>
-------------	--------------------------

ANSERIFORMES

Anatidae	<i>Anas aucklandica aucklandica</i> <i>Anas aucklandica chlorotis</i> <i>Anas bernieri</i>
----------	--

Dendrocygna arborea
Sarkidiornis melanotos
Anser albifrons gambelli
Cygnus bewickii jankowskii
Cygnus melancoryphus
Coscoroba coscoroba
Branta ruficollis

FALCONIFORMES

Accipitridae *Gypaetus barbatus meridionalis*
Aquila chrysaetos

Falconidae Spp.*

GALLIFORMES

Megapodiidae *Megapodius freycinet nicobariensis*
Megapodius freycinet abbotti

Tetraonidae *Tympanuchus cupido pinnatus*

Phasianidae *Francolinus ochropectus*
Francolinus swierstrai
Catreus wallichii
Polyplectron malacense
Polyplectron germaini
Polyplectron bicaratum
Gallus sonneratii
Argusianus argus
Ithaginus cruentus
Cyrtonyx montezumae montezumae
Cyrtonyx montezumae mearnsi

GRUIFORMES

Gruidae *Balearica regulorum*
Grus canadensis pratensis

Rallidae *Gallirallus australis hectori*

Otididae *Chlamydotis undulata*
Choriotis nigriceps
Otis tarda

CHARADRIIFORMES

Scolopacidae *Numenius tenuirostris*
Numenius minutus

Laridae *Larus brunneiceps*

COLUMBIFORMES

Columbidae *Gallicolumba luzonica*
Goura cristata
Goura schaeppmakeri
Goura victoria
Caloenas nicobarica pelewensis

PSITTACIFORMES

Psittacidae *Coracopsis nigra barklyi*
Prosopcia personata
Eunymphicus cornutus
Cyanoramphus unicolor
Cyanoramphus novaezelandiae
Cyanoramphus malherbi
Poicephalus robustus
Tanygnathus luzoniensis
Probosciger aterrimus

CUCULIFORMES

Musophagidae *Turaco corythaix*
Gallirex porphyreolephus

STRIGIFORMES

Strigidae *Otus nudipes newtoni*

CORACIIFORMES

Bucerotidae *Buceros rhinoceros rhinoceros*
Buceros bicornis
Buceros hydrocorax hydrocorax
Aceros narcondami

PICIFORMES

Picidae *Picus squamatus flavirostris*

PASSERIFORMES

Cotingidae *Rupicola rupicola*
Rupicola peruviana

Pittidae *Pitta brachyura nympha*

Hirundinidae *Pseudochelidon sirintarae*

Paradisaeidae Spp.

Muscicapidae *Muscicapa ruecki*

Fringillidae *Spinus yarrellii*

AMPHIBIA

URODELA

Ambystomidae *Ambystoma mexicanum*
Ambystoma dumerilii
Ambystoma lermaensis

SALIENTIA

Bufoidae *Bufo retiformis*

REPTILIA

CROCODYLIA

Alligatoridae *Caiman crocodilus crocodilus*
Caiman crocodilus yacare
Caiman crocodilus fuscus
 (chiapasius)
Paleosuchus palpebrosus
Paleosuchus trigonatus

Crocodylidae *Crocodylus johnsoni*
Crocodylus novaeguineae
 novaeguineae
Crocodylus porosus
Crocodylus acutus

TESTUDINATA

Emydidae *Clemmys muhlenbergi*

Testudinidae *Chersine* spp.
Geochelone spp.*
Gopherus spp.
Homopus spp.
Kinixys spp.
Malacochersus spp.
Pyxis spp.
Testudo spp.*

Cheloniidae *Caretta caretta*
Chelonia mydas
Chelonia depressa
Eretmochelys imbricata bissa
Lepidochelys olivacea

Dermochelidae	<i>Dermochelys coriacea</i>		<i>Lampsilis brevicula</i>
Pelomedusidae	<i>Pedocnemis</i> spp.		<i>Lexingtonia dolabelloides</i>
			<i>Pleorebema clava</i>
LACERTILIA			
Teiidae	<i>Cnemidophorus hyperythrus</i>		
Iguanidae	<i>Conolophus pallidus</i>		
	<i>Conolophus subcristatus</i>		
	<i>Amblyrhynchus cristatus</i>		
	<i>Phrynosoma coronatum blainvilliei</i>		
Helodermatidae	<i>Heloderma suspectum</i>		
	<i>Heloderma horridum</i>		
Varanidae	<i>Varanus</i> spp.*		
SERPENTES			
Boidae	<i>Epicrates cenchris cenchris</i>		
	<i>Eunectes notaeus</i>		
	<i>Constrictor constrictor</i>		
	<i>Python</i> spp.*		
Colubridae	<i>Cyclagras gigas</i>		
	<i>Pseudoboa cloelia</i>		
	<i>Elachistodon westermanni</i>		
	<i>Thamnophis elegans hammondi</i>		
FISCES			
ACIPENSERIFORMES			
Acipenseridae	<i>Acipenser fulvescens</i>		
	<i>Acipenser sturio</i>		
OSTEOGLOSSIFORMES			
Osteoglossidae	<i>Arapaima gigas</i>		
SALMONIFORMES			
Salmonidae	<i>Stenodus leucichthys leucichthys</i>		
	<i>Salmo chrysogaster</i>		
CYPRINIFORMES			
Cyprinidae	<i>Plagopterus argentissimus</i>		
	<i>Ptychocheilus lucius</i>		
ATHERINIFORMES			
Cyprinodontidae	<i>Cynolebias constanciae</i>		
	<i>Cynolebias marmoratus</i>		
	<i>Cynolebias minimus</i>		
	<i>Cynolebias opalescens</i>		
	<i>Cynolebias splendens</i>		
Poeciliidae	<i>Xiphophorus couchianus</i>		
COELACANTHIFORMES			
Coelacanthidae	<i>Latimeria chalumnae</i>		
CERATODIFORMES			
Ceratodidae	<i>Neoceratodus forsteri</i>		
MOLLUSCA			
NAIADOIDA			
Unionidae	<i>Cyprogenia aberti</i>		
	<i>Epioblasma (= Dysnomia) torulosa</i>		
	<i>rangiana</i>		
	<i>Fusconaia subrotunda</i>		
STYLOMMATOPHORA			
Camaenidae	<i>Papustyla (= Papuina) pulcherrima</i>		
Paraphantidae	<i>Paraphanta</i> spp. + 202		
PROSOBRANCHIA			
Hydrobiidae	<i>Coahuilix hubbsi</i>		
	<i>Cochliopina milleri</i>		
	<i>Durangonella coahuilae</i>		
	<i>Mexipyrigus carranzae</i>		
	<i>Mexipyrigus churinceanus</i>		
	<i>Mexipyrigus escobedae</i>		
	<i>Mexipyrigus lugoi</i>		
	<i>Mexipyrigus mojarralis</i>		
	<i>Mexipyrigus multilineatus</i>		
	<i>Mexithauma quadripaludium</i>		
	<i>Nymphophilus minckleyi</i>		
	<i>Paludiscala caramba</i>		
INSECTA			
LEPIDOPTERA			
Papilionidae	<i>Parnassius apollo apollo</i>		
FLORA			
APOCYNACEAE			
	<i>Pachypodium</i> spp.		
ARALIACEAE			
	<i>Panax quinquefolium</i> # 1		
ARAUCARIACEAE			
	<i>Araucaria araucana</i> # 2		
CACTACEAE			
	Cactaceae spp. + 203		
	<i>Rhipsalis</i> spp.		
COMPOSITAE			
	<i>Saussurea lappa</i> # 1		
CYATHEACEAE			
	<i>Cyathea (Hemitelia) capensis</i> # 3		
	<i>Cyathea dredgei</i> # 3		
	<i>Cyathea mexicana</i> # 3		
	<i>Cyathea (Alsophila) salvinii</i> # 3		
DIOSCOREACEAE			
	<i>Dioscorea deltoidea</i> # 1		
EUPHORBIACEAE			
	<i>Euphorbia</i> spp. — 101		
FAGACEAE			
	<i>Quercus copeyensis</i> # 2		
LEGUMINOSAE			
	<i>Thermopsis mongolica</i>		
LILIACEAE			
	<i>Aloe</i> spp.*		
MELIACEAE			
	<i>Swietenia humilis</i> # 2		
ORCHIDACEAE			
	Spp.*		
PALMAE			
	<i>Arenga ipot</i>		
	<i>Phoenix hanceana</i> var.		
	<i>philippinensis</i>		
	<i>Zalacca clemensiana</i>		
PORTULACACEAE			
	<i>Anacampseros</i> spp.		
PRIMULACEAE			
	<i>Cyclamen</i> spp.		
SOLANACEAE			
	<i>Solanum sylvestris</i>		
STERCULIACEAE			
	<i>Basiloxylon excelsum</i> # 2		
VERBENACEAE			
	<i>Caryopteris mongolica</i>		
ZYGOPHYLLACEAE			
	<i>Guaifacum sanctum</i> # 2		

ANHANG IV

Übereinkommen über den internationalen Handel
mit gefährdeten Arten
freilebender Tiere und Pflanzen

Ausfuhrgenehmigung Nr. _____

Ausfuhrland: _____ Gültig bis: (Datum) _____

Diese Genehmigung wird ausgestellt für _____

Anschrift _____

der erklärt, daß ihm die Bestimmungen des Übereinkommens
bekannt sind, für die Ausfuhr von _____(Exemplar[e] oder Teil[e] oder Erzeugnis[se] aus Exem-
plaren)¹

einer Art nach Anhang I

Anhang II

Anhang III des Übereinkommens, wie nach-
stehend näher bezeichnet.²(in der Gefangenschaft gezüchtet oder angebaut in _____)²

Diese(s) Exemplar(e) wird (werden) versandt an _____

Anschrift: _____ Land: _____

in _____ am _____

(Unterschrift des Antragstellers)

in _____ am _____

(Stempel und Unterschrift der
Vollzugsbehörde, welche die
Ausfuhrgenehmigung ausstellt)¹ Anzugeben ist die Art des Erzeugnisses.² Nichtzutreffendes streichen.Beschreibung des Exemplars (der Exemplare) oder des Teils
(der Teile) oder des Erzeugnisses (der Erzeugnisse) aus Exem-
plaren einschließlich etwa angebrachter Kennzeichen:

Lebende Exemplare	Anzahl	Geschlecht	Größe (oder Umfang)	Kenn- zeichnung (falls vor- handen)
Art (wissenschaftliche und Vulgär- bezeichnung)				

Teile oder Erzeugnisse	Menge	Warenart	Kenn- zeichnung (falls vor- handen)
Art (wissenschaftliche und Vulgär- bezeichnung)			

Stempel der abfertigenden Stellen

- a) bei der Ausfuhr
b) bei der Einfuhr*

* Dieser Stempel entwertet diese Genehmigung für den weiteren
Handel; diese Genehmigung ist der Vollzugsbehörde auszuhändigen.CONVENTION
ON INTERNATIONAL TRADE IN ENDANGERED
SPECIES
OF WILD FAUNA AND FLORA

The Contracting States,

RECOGNIZING that wild fauna and flora in their many
beautiful and varied forms are an irreplaceable part of the
natural systems of the earth which must be protected for
this and the generations to come;

CONSCIOUS of the ever-growing value of wild fauna and
flora from aesthetic, scientific, cultural, recreational and
economic points of view;

RECOGNIZING that peoples and States are and should be
the best protectors of their own wild fauna and flora;

RECOGNIZING, in addition, that international cooperation
is essential for the protection of certain species of wild fauna
and flora against over-exploitation through international
trade;

CONVINCED of the urgency of taking appropriate measures
to this end;

HAVE AGREED as follows:

ARTICLE I

Definitions

For the purpose of the present Convention, unless the con-
text otherwise requires:

(a) "Species" means any species, subspecies, or geographica-
lly separate population thereof;

(b) "Specimen" means:

- (i) any animal or plant, whether alive or dead;
- (ii) in the case of an animal: for species included in Ap-
pendices I and II, any readily recognizable part or
derivative thereof; and for species included in Ap-
pendix III, any readily recognizable part or derivative
thereof specified in Appendix III in relation to the
species; and
- (iii) in the case of a plant: for species included in Ap-
pendix I, any readily recognizable part or derivative
thereof; and for species included in Appendices II
and III, any readily recognizable part or derivative
thereof specified in Appendices II and III in relation to
the species;

(c) "Trade" means export, re-export, import and introduc-
tion from the sea;

(d) "Re-export" means export of any specimen that has
previously been imported;

(e) "Introduction from the sea" means transportation into
a State of specimens of any species which were taken in the
marine environment not under the jurisdiction of any State;

(f) "Scientific Authority" means a national scientific authority designated in accordance with Article IX;

(g) "Management Authority" means a national management authority designated in accordance with Article IX;

(h) "Party" means a State for which the present Convention has entered into force.

ARTICLE II

Fundamental Principles

1. Appendix I shall include all species threatened with extinction which are or may be affected by trade. Trade in specimens of these species must be subject to particularly strict regulation in order not to endanger further their survival and must only be authorized in exceptional circumstances.

2. Appendix II shall include:

(a) all species which although not necessarily now threatened with extinction may become so unless trade in specimens of such species is subject to strict regulation in order to avoid utilization incompatible with their survival; and

(b) other species which must be subject to regulation in order that trade in specimens of certain species referred to in sub-paragraph (a) of this paragraph may be brought under effective control.

3. Appendix III shall include all species which any Party identifies as being subject to regulation within its jurisdiction for the purpose of preventing or restricting exploitation, and as needing the cooperation of other parties in the control of trade.

4. The Parties shall not allow trade in specimens of species included in Appendices I, II and III except in accordance with the provisions of the present Convention.

ARTICLE III

Regulation of Trade in Specimens of Species included in Appendix I

1. All trade in specimens of species included in Appendix I shall be in accordance with the provisions of this Article.

2. The export of any specimen of a species included in Appendix I shall require the prior grant and presentation of an export permit. An export permit shall only be granted when the following conditions have been met:

(a) a Scientific Authority of the State of export has advised that such export will not be detrimental to the survival of that species;

(b) a Management Authority of the State of export is satisfied that the specimen was not obtained in contravention of the laws of that State for the protection of fauna and flora;

(c) a Management Authority of the State of export is satisfied that any living specimen will be so prepared and shipped as to minimize the risk of injury, damage to health or cruel treatment; and

(d) a Management Authority of the State of export is satisfied that an import permit has been granted for the specimen.

3. The import of any specimen of a species included in Appendix I shall require the prior grant and presentation of an import permit and either an export permit or a re-export certificate. An import permit shall only be granted when the following conditions have been met:

(a) a Scientific Authority of the State of import has advised that the import will be for purposes which are not detrimental to the survival of the species involved;

(b) a Scientific Authority of the State of import is satisfied that the proposed recipient of a living specimen is suitably equipped to house and care for it; and

(c) a Management Authority of the State of import is satisfied that the specimen is not to be used for primarily commercial purposes.

4. The re-export of any specimen of a species included in Appendix I shall require the prior grant and presentation of a re-export certificate. A re-export certificate shall only be granted when the following conditions have been met:

(a) a Management Authority of the State of re-export is satisfied that the specimen was imported into that State in accordance with the provisions of the present Convention;

(b) a Management Authority of the State of re-export is satisfied that any living specimen will be so prepared and shipped as to minimize the risk of injury, damage to health or cruel treatment; and

(c) a Management Authority of the State of re-export is satisfied that an import permit has been granted for any living specimen.

5. The introduction from the sea of any specimen of a species included in Appendix I shall require the prior grant of a certificate from a Management Authority of the State of introduction. A certificate shall only be granted when the following conditions have been met:

(a) a Scientific Authority of the State of introduction advises that the introduction will not be detrimental to the survival of the species involved;

(b) a Management Authority of the State of introduction is satisfied that the proposed recipient of a living specimen is suitably equipped to house and care for it; and

(c) a Management Authority of the State of introduction is satisfied that the specimen is not to be used for primarily commercial purposes.

ARTICLE IV

Regulation of Trade in Specimens of Species included in Appendix II

1. All trade in specimens of species included in Appendix II shall be in accordance with the provisions of this Article.

2. The export of any specimen of a species included in Appendix II shall require the prior grant and presentation of an export permit. An export permit shall only be granted when the following conditions have been met:

(a) a Scientific Authority of the State of export has advised that such export will not be detrimental to the survival of that species;

(b) a Management Authority of the State of export is satisfied that the specimen was not obtained in contravention of the laws of that State for the protection of fauna and flora; and

(c) a Management Authority of the State of export is satisfied that any living specimen will be so prepared and shipped as to minimize the risk of injury, damage to health or cruel treatment.

3. A Scientific Authority in each Party shall monitor both the export permits granted by that State for specimens of species included in Appendix II and the actual exports of such specimens. Whenever a Scientific Authority determines that the export of specimens of any such species should be limited in order to maintain that species throughout its range at a level consistent with its role in the ecosystems in which it occurs and well above the level at which that species might become eligible for inclusion in Appendix I, the Scientific Authority shall advise the appropriate Management Authority of suitable measures to be taken to limit the grant of export permits for specimens of that species.

4. The import of any specimen of a species included in Appendix II shall require the prior presentation of either an export permit or a re-export certificate.

5. The re-export of any specimen of a species included in Appendix II shall require the prior grant and presentation

of a re-export certificate. A re-export certificate shall only be granted when the following conditions have been met:

(a) a Management Authority of the State of re-export is satisfied that the specimen was imported into that State in accordance with the provisions of the present Convention; and

(b) a Management Authority of the State of re-export is satisfied that any living specimen will be so prepared and shipped as to minimize the risk of injury, damage to health or cruel treatment.

6. The introduction from the sea of any specimen of a species included in Appendix II shall require the prior grant of a certificate from a Management Authority of the State of introduction. A certificate shall only be granted when the following conditions have been met:

(a) a Scientific Authority of the State of introduction advises that the introduction will not be detrimental to the survival of the species involved; and

(b) a Management Authority of the State of introduction is satisfied that any living specimen will be so handled as to minimize the risk of injury, damage to health or cruel treatment.

7. Certificates referred to in paragraph 6 of this Article may be granted on the advice of a Scientific Authority, in consultation with other national scientific authorities or, when appropriate, international scientific authorities, in respect of periods not exceeding one year for total numbers of specimens to be introduced in such periods.

ARTICLE V

Regulation of Trade in Specimens of Species Included in Appendix III

1. All trade in specimens of species included in Appendix III shall be in accordance with the provisions of this Article.

2. The export of any specimen of a species included in Appendix III from any State which has included that species in Appendix III shall require the prior grant and presentation of an export permit. An export permit shall only be granted when the following conditions have been met:

(a) a Management Authority of the State of export is satisfied that the specimen was not obtained in contravention of the laws of that State for the protection of fauna and flora; and

(b) a Management Authority of the State of export is satisfied that any living specimen will be so prepared and shipped as to minimize the risk of injury, damage to health or cruel treatment.

3. The import of any specimen of a species included in Appendix III shall require, except in circumstances to which paragraph 4 of this Article applies, the prior presentation of a certificate of origin and, where the import is from a State which has included that species in Appendix III, an export permit.

4. In the case of re-export, a certificate granted by the Management Authority of the State of re-export that the specimen was processed in that State or is being re-exported shall be accepted by the State of import as evidence that the provisions of the present Convention have been complied with in respect of the specimen concerned.

ARTICLE VI

Permits and Certificates.

1. Permits and certificates granted under the provisions of Articles III, IV, and V shall be in accordance with the provisions of this Article.

2. An export permit shall contain the information specified in the model set forth in Appendix IV, and may only be used for export within a period of six months from the date on which it was granted.

3. Each permit or certificate shall contain the title of the present Convention, the name and any identifying stamp of the Management Authority granting it and a control number assigned by the Management Authority.

4. Any copies of a permit or certificate issued by a Management Authority shall be clearly marked as copies only and no such copy may be used in place of the original, except to the extent endorsed thereon.

5. A separate permit or certificate shall be required for each consignment of specimens.

6. A Management Authority of the State of import of any specimen shall cancel and retain the export permit or re-export certificate and any corresponding import permit presented in respect to the import of that specimen.

7. Where appropriate and feasible a Management Authority may affix a mark upon any specimen to assist in identifying the specimen. For these purposes "mark" means any indelible imprint, lead seal or other suitable means of identifying a specimen, designed in such a way as to render its imitation by unauthorized persons as difficult as possible.

ARTICLE VII

Exemptions and Other Special Provisions Relating to Trade

1. The provisions of Articles III, IV and V shall not apply to the transit or trans-shipment of specimens through or in the territory of a Party while the specimens remain in Customs control.

2. Where a Management Authority of the State of export or re-export is satisfied that a specimen was acquired before the provisions of the present Convention applied to that specimen, the provisions of Articles III, IV and V shall not apply to that specimen where the Management Authority issues a certificate to that effect.

3. The provisions of Articles III, IV and V shall not apply to specimens that are personal or household effects. This exemption shall not apply where:

(a) in the case of specimens of a species included in Appendix I, they were acquired by the owner outside his State of usual residence, and are being imported into that State; or

(b) in the case of specimens of species included in Appendix II:

(i) they were acquired by the owner outside his State of usual residence and in a State where removal from the wild occurred;

(ii) they are being imported into the owner's State of usual residence; and

(iii) the State where removal from the wild occurred requires the prior grant of export permits before any export of such specimens;

unless a Management Authority is satisfied that the specimens were acquired before the provisions of the present Convention applied to such specimens.

4. Specimens of an animal species included in Appendix I bred in captivity for commercial purposes, or of a plant species included in Appendix I artificially propagated for commercial purposes, shall be deemed to be specimens of species included in Appendix II.

5. Where a Management Authority of the State of export is satisfied that any specimen of an animal species was bred in captivity or any specimen of a plant species was artificially propagated, or is a part of such an animal or plant or was derived therefrom, a certificate by that Management Authority to that effect shall be accepted in lieu of any of the permits or certificates required under the provisions of Articles III, IV or V.

6. The provisions of Articles III, IV and V shall not apply to the non-commercial loan, donation or exchange between

scientists or scientific institutions registered by a Management Authority of their State, of herbarium specimens, other preserved, dried or embedded museum specimens, and live plant material which carry a label issued or approved by a Management Authority.

7. A Management Authority of any State may waive the requirements of Articles III, IV and V and allow the movement without permits or certificates of specimens which form part of a travelling zoo, circus, menagerie, plant exhibition or other travelling exhibition provided that:

(a) the exporter or importer registers full details of such specimens with that Management Authority;

(b) the specimens are in either of the categories specified in paragraphs 2 or 5 of this Article; and

(c) the Management Authority is satisfied that any living specimen will be so transported and cared for as to minimize the risk of injury, damage to health or cruel treatment.

ARTICLE VIII

Measures to be Taken by the Parties

1. The Parties shall take appropriate measures to enforce the provisions of the present Convention and to prohibit trade in specimens in violation thereof. These shall include measures:

(a) to penalize trade in, or possession of, such specimens, or both; and

(b) to provide for the confiscation or return to the State of export of such specimens.

2. In addition to the measures taken under paragraph 1 of this Article, a Party may, when it deems it necessary, provide for any method of internal reimbursement for expenses incurred as a result of the confiscation of a specimen traded in violation of the measures taken in the application of the provisions of the present Convention.

3. As far as possible, the Parties shall ensure that specimens shall pass through any formalities required for trade with a minimum of delay. To facilitate such passage, a Party may designate ports of exit and ports of entry at which specimens must be presented for clearance. The Parties shall ensure further that all living specimens, during any period of transit, holding or shipment, are properly cared for so as to minimize the risk of injury, damage to health or cruel treatment.

4. Where a living specimen is confiscated as a result of measures referred to in paragraph 1 of this Article:

(a) the specimen shall be entrusted to a Management Authority of the State of confiscation;

(b) the Management Authority shall, after consultation with the State of export, return the specimen to that State at the expense of that State, or to a rescue centre or such other place as the Management Authority deems appropriate and consistent with the purposes of the present Convention; and

(c) the Management Authority may obtain the advice of a Scientific Authority, or may, whenever it considers it desirable, consult the Secretariat in order to facilitate the decision under subparagraph (b) of this paragraph, including the choice of a rescue centre or other place.

5. A rescue centre as referred to in paragraph 4 of this Article means an institution designated by a Management Authority to look after the welfare of living specimens, particularly those that have been confiscated.

6. Each Party shall maintain records of trade in specimens of species included in Appendices I, II and III which shall cover:

(a) the names and addresses of exporters and importers; and

(b) the number and type of permits and certificates granted; the States with which such trade occurred; the numbers or

quantities and types of specimens, names of species as included in Appendices I, II and III and, where applicable, the size and sex of the specimens in question.

7. Each Party shall prepare periodic reports on its implementation of the present Convention and shall transmit to the Secretariat:

(a) an annual report containing a summary of the information specified in sub-paragraph (b) of paragraph 6 of this Article; and

(b) a biennial report on legislative, regulatory and administrative measures taken to enforce the provisions of the present Convention.

8. The information referred to in paragraph 7 of this Article shall be available to the public where this is not inconsistent with the law of the Party concerned.

ARTICLE IX

Management and Scientific Authorities

1. Each Party shall designate for the purposes of the present Convention:

(a) one or more Management Authorities competent to grant permits or certificates on behalf of that Party; and

(b) one or more Scientific Authorities.

2. A State depositing an instrument of ratification, acceptance, approval or accession shall at that time inform the Depositary Government of the name and address of the Management Authority authorized to communicate with other Parties and with the Secretariat.

3. Any changes in the designations or authorizations under the provisions of this Article shall be communicated by the Party concerned to the Secretariat for transmission to all other Parties.

4. Any Management Authority referred to in paragraph 2 of this Article shall if so requested by the Secretariat or the Management Authority of another Party, communicate to it impression of stamps, seals or other devices used to authenticate permits or certificates.

ARTICLE X

Trade with States not Party to the Convention

Where export or re-export is to, or import is from, a State not a party to the present Convention, comparable documentation issued by the competent authorities in that State which substantially conforms with the requirements of the present Convention for permits and certificates may be accepted in lieu thereof by any Party.

ARTICLE XI

Conference of the Parties

1. The Secretariat shall call a meeting of the Conference of the Parties not later than two years after the entry into force of the present Convention.

2. Thereafter the Secretariat shall convene regular meetings at least once every two years, unless the Conference decides otherwise, and extraordinary meetings at any time on the written request of at least one-third of the Parties.

3. At meetings, whether regular or extraordinary, the Parties shall review the implementation of the present Convention and may:

(a) make such provision as may be necessary to enable the Secretariat to carry out its duties;

(b) consider and adopt amendments to Appendices I and II in accordance with Article XV;

(c) review the progress made towards the restoration and conservation of the species included in Appendices I, II and III;

(d) receive and consider any reports presented by the Secretariat or by any Party; and

(e) where appropriate, make recommendations for improving the effectiveness of the present Convention.

4. At each regular meeting, the Parties may determine the time and venue of the next regular meeting to be held in accordance with the provisions of paragraph 2 of this Article.

5. At any meeting, the Parties may determine and adopt rules of procedure for the meeting.

6. The United Nations, its Specialized Agencies and the International Atomic Energy Agency, as well as any State not a Party to the present Convention, may be represented at meetings of the Conference by observers, who shall have the right to participate but not to vote.

7. Any body or agency technically qualified in protection, conservation or management of wild fauna and flora, in the following categories, which has informed the Secretariat of its desire to be represented at meetings of the Conference by observers, shall be admitted unless at least one-third of the Parties present object:

(a) international agencies or bodies, either governmental or non-governmental, and national governmental agencies and bodies; and

(b) national non-governmental agencies or bodies which have been approved for this purpose by the State in which they are located. Once admitted, these observers shall have the right to participate but not to vote.

ARTICLE XII

The Secretariat

1. Upon entry into force of the present Convention, a Secretariat shall be provided by the Executive Director of the United Nations Environment Programme. To the extent and in the manner he considers appropriate, he may be assisted by suitable inter-governmental or non-governmental international or national agencies and bodies technically qualified in protection, conservation and management of wild fauna and flora.

2. The functions of the Secretariat shall be:

(a) to arrange for and service meetings of the Parties;

(b) to perform the functions entrusted to it under the provisions of Articles XV and XVI of the present Convention;

(c) to undertake scientific and technical studies in accordance with programmes authorized by the Conference of the Parties as will contribute to the implementation of the present Convention, including studies concerning standards for appropriate preparation and shipment of living specimens and the means of identifying specimens;

(d) to study the reports of Parties and to request from Parties such further information with respect thereto as it deems necessary to ensure implementation of the present Convention;

(e) to invite the attention of the Parties to any matter pertaining to the aims of the present Convention;

(f) to publish periodically and distribute to the Parties current editions of Appendices I, II and III together with any information which will facilitate identification of specimens of species included in those Appendices;

(g) to prepare annual reports to the Parties on its work and on the implementation of the present Convention and such other reports as meetings of the Parties may request;

(h) to make recommendations for the implementation of the aims and provisions of the present Convention, including the exchange of information of a scientific or technical nature;

(i) to perform any other function as may be entrusted to it by the Parties.

ARTICLE XIII

International Measures

1. When the Secretariat in the light of information received is satisfied that any species included in Appendices I or II is being affected adversely by trade in specimens of that species or that the provisions of the present Convention are not being effectively implemented, it shall communicate such information to the authorized Management Authority of the Party or Parties concerned.

2. When any Party receives a communication as indicated in paragraph 1 of this Article, it shall, as soon as possible, inform the Secretariat of any relevant facts insofar as its laws permit and, where appropriate, propose remedial action. Where the Party considers that an inquiry is desirable, such inquiry may be carried out by one or more persons expressly authorized by the Party.

3. The information provided by the Party or resulting from any inquiry as specified in paragraph 2 of this Article shall be reviewed by the next Conference of the Parties which may make whatever recommendations it deems appropriate.

ARTICLE XIV

Effect on Domestic Legislation and International Conventions

1. The provisions of the present Convention shall in no way affect the right of Parties to adopt:

(a) stricter domestic measures regarding the conditions for trade, taking possession or transport of specimens of species included in Appendices I, II and III, or the complete prohibition thereof; or

(b) domestic measures restricting or prohibiting trade, taking possession, or transport of species not included in Appendices I, II or III.

2. The provisions of the present Convention shall in no way affect the provisions of any domestic measures or the obligations of Parties deriving from any treaty, convention, or international agreement relating to other aspects of trade, taking, possession, or transport of specimens which is in force or subsequently may enter into force for any Party including any measure pertaining to the Customs, public health, veterinary or plant quarantine fields.

3. The provisions of the present Convention shall in no way affect the provisions of, or the obligations deriving from, any treaty, convention or international agreement concluded or which may be concluded between States creating a union or regional trade agreement establishing or maintaining a common external customs control and removing customs control between the parties thereto insofar as they relate to trade among the States members of that union or agreement.

4. A State party to the present Convention, which is also a party to any other treaty, convention or international agreement which is in force at the time of the coming into force of the present Convention and under the provisions of which protection is afforded to marine species included in Appendix II, shall be relieved of the obligations imposed on it under the provisions of the present Convention with respect to trade in specimens of species included in Appendix II that are taken by ships registered in that State and in accordance with the provisions of such other treaty, convention or international agreement.

5. Notwithstanding the provisions of Articles III, IV and V, any export of a specimen taken in accordance with paragraph 4 of this Article shall only require a certificate from a Management Authority of the State of introduction to the effect that the specimen was taken in accordance with the provisions of the other treaty, convention or international agreement in question.

6. Nothing in the present Convention shall prejudice the codification and development of the law of the sea by the United Nations Conference on the Law of the Sea convened

pursuant to Resolution 2750 C (XXV) of the General Assembly of the United Nations nor the present or future claims and legal views of any State concerning the law of the sea and the nature and extent of coastal and flag State jurisdiction.

ARTICLE XV

Amendments to Appendices I and II

1. The following provisions shall apply in relation to amendments to Appendices I and II at meetings of the Conference of the Parties:

(a) Any Party may propose an amendment to Appendix I or II for consideration at the next meeting. The text of the proposed amendment shall be communicated to the Secretariat at least 150 days before the meeting. The Secretariat shall consult the other Parties and interested bodies on the amendment in accordance with the provisions of sub-paragraphs (b) and (c) of paragraph 2 of this Article and shall communicate the response to all Parties not later than 30 days before the meeting.

(b) Amendments shall be adopted by a two-thirds majority of Parties present and voting. For these purposes "Parties present and voting" means Parties present and casting an affirmative or negative vote. Parties abstaining from voting shall not be counted among the two-thirds required for adopting an amendment.

(c) Amendments adopted at a meeting shall enter into force 90 days after that meeting for all Parties except those which make a reservation in accordance with paragraph 3 of this Article.

2. The following provisions shall apply in relation to amendments to Appendices I and II between meetings of the Conference of the Parties:

(a) Any Party may propose an amendment to Appendix I or II for consideration between meetings by the postal procedures set forth in this paragraph.

(b) For marine species, the Secretariat shall, upon receiving the text of the proposed amendment, immediately communicate it to the Parties. It shall also consult inter-governmental bodies having a function in relation to those species especially with a view to obtaining scientific data these bodies may be able to provide and to ensuring coordination with any conservation measures enforced by such bodies. The Secretariat shall communicate the views expressed and data provided by these bodies and its own findings and recommendations to the Parties as soon as possible.

(c) For species other than marine species, the Secretariat shall, upon receiving the text of the proposed amendment, immediately communicate it to the Parties, and, as soon as possible thereafter, its own recommendations.

(d) Any Party may, within 60 days of the date on which the Secretariat communicated its recommendations to the Parties under sub-paragraphs (b) or (c) of this paragraph, transmit to the Secretariat any comments on the proposed amendment together with any relevant scientific data and information.

(e) The Secretariat shall communicate the replies received together with its own recommendations to the Parties as soon as possible.

(f) If no objection to the proposed amendment is received by the Secretariat within 30 days of the date the replies and recommendations were communicated under the provisions of sub-paragraph (e) of this paragraph, the amendment shall enter into force 90 days later for all Parties except those which make a reservation in accordance with paragraph 3 of this Article.

(g) If an objection by any Party is received by the Secretariat, the proposed amendment shall be submitted to a postal vote in accordance with the provisions of sub-paragraphs (h), (i) and (j) of this paragraph.

(h) The Secretariat shall notify the Parties that notification of objection has been received.

(i) Unless the Secretariat receives the votes for, against or in abstention from at least one-half of the Parties within 60 days of the date of notification under sub-paragraph (h) of this paragraph, the proposed amendment shall be referred to the next meeting of the Conference for further consideration.

(j) Provided that votes are received from one-half of the Parties, the amendment shall be adopted by a two-thirds majority of Parties casting an affirmative or negative vote.

(k) The Secretariat shall notify all Parties of the result of the vote.

(l) If the proposed amendment is adopted it shall enter into force 90 days after the date of the notification by the Secretariat of its acceptance for all Parties except those which make a reservation in accordance with paragraph 3 of this Article.

3. During the period of 90 days provided for by sub-paragraph (c) of paragraph 1 or sub-paragraph (l) of paragraph 2 of this Article any Party may by notification in writing to the Depositary Government make a reservation with respect to the amendment. Until such reservation is withdrawn the Party shall be treated as a State not a party to the present Convention with respect to trade in the species concerned.

ARTICLE XVI

Appendix III and Amendments thereto

1. Any party may at any time submit to the Secretariat a list of species which it identifies as being subject to regulation within its jurisdiction for the purpose mentioned in paragraph 3 of Article II. Appendix III shall include the names of the Parties submitting the species for inclusion therein, the scientific names of the species so submitted, and any parts or derivatives of the animals or plants concerned that are specified in relation to the species for the purposes of sub-paragraph (b) of Article I.

2. Each list submitted under the provisions of paragraph 1 of this Article shall be communicated to the Parties by the Secretariat as soon as possible after receiving it. The list shall take effect as part of Appendix III 90 days after the date of such communication. At any time after the communication of such list, any Party may by notification in writing to the Depositary Government enter a reservation with respect to any species or any parts or derivatives, and until such reservation is withdrawn, the State shall be treated as a State not a Party to the present Convention with respect to trade in the species or part or derivative concerned.

3. A Party which has submitted a species for inclusion in Appendix III may withdraw it at any time by notification to the Secretariat which shall communicate the withdrawal to all Parties. The withdrawal shall take effect 30 days after the date of such communication.

4. Any Party submitting a list under the provisions of paragraph 1 of this Article shall submit to the Secretariat a copy of all domestic laws and regulations applicable to the protection of such species, together with any interpretations which the Party may deem appropriate or the Secretariat may request. The Party shall, for as long as the species in question is included in Appendix III, submit any amendments of such laws and regulations or any new interpretations as they are adopted.

ARTICLE XVII

Amendment of the Convention

1. An extraordinary meeting of the Conference of the Parties shall be convened by the Secretariat on the written request of at least one-third of the Parties to consider and adopt amendments to the present Convention. Such amendments shall be adopted by a two-thirds majority of Parties present and voting. For these purposes "Parties present and voting" means Parties present and casting an affirmative or negative vote. Parties abstaining from voting shall not be

counted among the two-thirds required for adopting an amendment.

2. The text of any proposed amendment shall be communicated by the Secretariat to all Parties at least 90 days before the meeting.

3. An amendment shall enter into force for the Parties which have accepted it 60 days after two-thirds of the Parties have deposited an instrument of acceptance of the amendment with the Depositary Government. Thereafter, the amendment shall enter into force for any other Party 60 days after that Party deposits its instrument of acceptance of the amendment.

ARTICLE XVIII Resolution of Disputes

1. Any dispute which may arise between two or more Parties with respect to the interpretation or application of the provisions of the present Convention shall be subject to negotiation between the Parties involved in the dispute.

2. If the dispute cannot be resolved in accordance with paragraph 1 of this Article, the Parties may, by mutual consent, submit the dispute to arbitration, in particular that of the Permanent Court of Arbitration at The Hague, and the Parties submitting the dispute shall be bound by the arbitral decision.

ARTICLE XIX Signature

The present Convention shall be open for signature at Washington until 30th April 1973 and thereafter at Berne until 31st December 1974.

ARTICLE XX Ratification, Acceptance, Approval

The present Convention shall be subject to ratification, acceptance or approval. Instruments of ratification, acceptance or approval shall be deposited with the Government of the Swiss Confederation which shall be the Depositary Government.

ARTICLE XXI Accession

The present Convention shall be open indefinitely for accession. Instruments of accession shall be deposited with the Depositary Government.

ARTICLE XXII Entry into Force

1. The present Convention shall enter into force 90 days after the date of deposit of the tenth instrument of ratification, acceptance, approval or accession, with the Depositary Government.

2. For each State which ratifies, accepts or approves the present Convention or accedes thereto after the deposit of the tenth instrument of ratification, acceptance, approval or accession, the present Convention shall enter into force 90 days after the deposit by such State of its instrument of ratification, acceptance, approval or accession.

ARTICLE XXIII Reservations

1. The provisions of the present Convention shall not be subject to general reservations. Specific reservations may be entered in accordance with the provisions of this Article and Articles XV and XVI.

2. Any State may, on depositing its instrument of ratification, acceptance, approval or accession, enter a specific reservation with regard to:

(a) any species included in Appendix I, II or III; or

(b) any parts or derivatives specified in relation to a species included in Appendix III.

3. Until a Party withdraws its reservation entered under the provisions of this Article, it shall be treated as a State not a party to the present Convention with respect to trade in the particular species or parts or derivatives specified in such reservation.

ARTICLE XXIV Denunciation

Any Party may denounce the present Convention by written notification to the Depositary Government at any time. The denunciation shall take effect twelve months after the Depositary Government has received the notification.

ARTICLE XXV Depositary

1. The original of the present Convention, in the Chinese, English, French, Russian and Spanish languages, each version being equally authentic, shall be deposited with the Depositary Government, which shall transmit certified copies thereof to all States that have signed it or deposited instruments of accession to it.

2. The Depositary Government shall inform all signatory and acceding States and the Secretariat of signatures, deposit of instruments of ratification, acceptance, approval or accession, entry into force of the present Convention, amendments thereto, entry and withdrawal of reservations and notifications of denunciation.

3. As soon as the present Convention enters into force, a certified copy thereof shall be transmitted by the Depositary Government to the Secretariat of the United Nations for registration and publication in accordance with Article 102 of the Charter of the United Nations.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned Plenipotentiaries, being duly authorized to that effect, have signed the present Convention.

DONE at Washington this third day of March, One Thousand Nine Hundred and Seventy-three.

APPENDIX I

Interpretation:

1. Species included in this Appendix are referred to:

(a) by the name of the species; or

(b) as being all of the species included in a higher taxon or designated part thereof.

2. The abbreviation "spp." is used to denote all species of a higher taxon.

3. Other references to taxa higher than species are for the purposes of information or classification only.

4. An asterisk (*) placed against the name of a species or higher taxon indicates that one or more geographically separate populations, sub-species or species of that taxon are included in Appendix II and that these populations, sub-species or species are excluded from Appendix I.

5. The symbol (—) followed by a number placed against the name of a species or higher taxon indicates the exclusion from that species or taxon of designated geographically separate populations, sub-species or species as follows:

— 101 *Lemur catta*

— 102 Australian population

6. The symbol (+) followed by a number placed against the name of a species denotes that only a designated geo-

graphically separate population or subspecies of that species is included in this Appendix, as follows:

+ 201 Italian population only

7. The symbol (†) placed against the name of a species or higher taxon indicates that the species concerned are protected in accordance with the International Whaling Commission's schedule of 1972.

FAUNA

MAMMALIA

MARSUPIALIA

Macropodidae

Macropus parma
Onychogalea frenata
O. lunata
Lagorchestes hirsutus
Lagostrophus fasciatus
Caloprymnus campestris
Bettongia penicillata
B. lesueur
B. tropica

Phalangeridae

Wyulda squamicaudata

Burramyidae

Burramys parvus

Yombatidae

Lasiorhinus gillespiei

Peramelidae

Perameles bougainville
Chaeropus ecaudatus
Macrotis lagotis
M. leucura

Dasyuridae

Planigale tenuirostris
P. subtilissima
Sminthopsis psammophila
S. longicaudata
Antechinomys laniger
Myrmecobius fasciatus rufus

Thylacinidae

Thylacinus cynocephalus

PRIMATES

Lemuridae

Lemur spp. * - 101
Lepilemur spp.
Haptemur spp.
Allocebus spp.
Cheirogaleus spp.
Microcebus spp.
Phaner spp.

Indriidae

Indri spp.
Propithecus spp.
Avahi spp.

Daubentoniidae

Daubentonia madagascariensis

Callithricidae

Leontopithecus (Leontideus) spp.
Callimico goeldii

Cebidae

Saimiri oerstedii
Chiropotes albinasus
Cacajao spp.
Alouatta palliata (villosa)
Ateles geoffroyi frontatus
A. g. panamensis
Brachyteles arachnoides

Cercopithecidae

Cercocebus galeritus galeritus
Macaca silenus
Colobus badius rufomitratus
C. b. kirkii
Presbytis geei
P. pileatus
P. entellus
Nasalis larvatus
Simias concolor
Pygathrix nemaeus

Hylobatidae

Hylobates spp.
Symphalangus syndactylus

Pongidae

Pongo pygmaeus pygmaeus
P. p. abelii
Gorilla gorilla

EDENTATA

Dasypodidae

Prionotus gigantens (= maximus)

PHOLIDOTA

Manidae

Manis temmincki

LAGOMORPHA

Leporidae

Romerolagus diazi
Caprolagus hispidus

RODENTIA

Sciuridae

Cynomys mexicanus

Castoridae

Castor fiber birulaia
Castor canadensis mexicanus

Muridae

Zyomys pedunculatus
Leporillus conditor
Pseudomys novaezelandiae
P. praeconis
P. sherridgei
P. fumeus
P. occidentalis
P. fieldi
Neotomys aquillo
Xeromys myoides

Chinchillidae

Chinchilla brevicaudata boliviana

CETACEA

Platanistidae

Platanista gangetica

Eschrichtidae

Eschrichtius robustus (glaucus) †

Balaenopteridae

Balaenoptera musculus †
Megaptera novaeangliae †

Balaenidae

Balaena mysticetus †
Eubalaena spp. †

CARNIVORA

Canidae

Canis lupus monstabilis
Vulpes velox hebes

Viverridae

Prionodon pardicolor

Ursidae

Ursus americanus emmonsii
U. arctos pruinosus
*U. arctos * † 201*
U. a. nelsoni

Mustelidae

Mustela nigripes
Lutra longicaudis
(*platensis/annectens*)
L. felina
L. provocax
Pteronura brasiliensis
Aonyx micradon
Enhydra lutris nereis

Hyaenidae

Hyaena brunnea

Felidae

Felis planiceps
F. nigripes
F. concolor coryi
F. c. costaricensis
F. c. cougar
F. temmincki
Felis bengalensis bengalensis
F. yagouaroundi caocomitli
F. y. fossata

	<i>F. y. panamensis</i>
	<i>F. y. tolteca</i>
	<i>F. pardalis mearnsi</i>
	<i>F. p. mitis</i>
	<i>F. wiedii nicaraguae</i>
	<i>F. w. salvinia</i>
	<i>F. tigrina oncilla</i>
	<i>F. marmorata</i>
	<i>F. jacobita</i>
	<i>F. (Lynx) rufa escuinapae</i>
	<i>Neofelis nebulosa</i>
	<i>Panthera tigris</i> *
	<i>P. pardus</i>
	<i>P. uncia</i>
	<i>P. onca</i>
	<i>Acinonyx jubatus</i>
PINNIPEDIA	
Phocidae	<i>Monachus</i> spp. <i>Mirounga angustirostris</i>
PROBOSCIDEA	
Elephantidae	<i>Elephas maximus</i>
SIRENIA	
Dugongidae	<i>Dugong dugon</i> * - 102
Trichechidae	<i>Trichechus manatus</i> <i>T. inunguis</i>
PERISSODACTYLA	
Equidae	<i>Equus przewalskii</i> <i>E. hemionus hemionus</i> <i>E. h. khur</i> <i>E. zebra zebra</i>
Tapiridae	<i>Tapirus pinchaque</i> <i>T. bairdii</i> <i>T. indicus</i>
Rhinocerotidae	<i>Rhinoceros unicornis</i> <i>R. sondaicus</i> <i>Didermoceros sumatrensis</i> <i>Ceratotherium simum cottoni</i>
ARTIODACTYLA	
Suidae	<i>Sus salvanius</i> <i>Babryrousa babyrussa</i>
Camelidae	<i>Vicugna vicugna</i> <i>Camelus bactrianus</i>
Cervidae	<i>Moschus moschiferus moschiferus</i> <i>Axis (Hyelaphus) percinus</i> <i>annamiticus</i> <i>A. (Hyelaphus) calamianensis</i> <i>A. (Hyelaphus) kuhlii</i> <i>Cervus duvauceli</i> <i>C. eldi</i> <i>C. elaphus hanglu</i> <i>Hippocamelus bisuleus</i> <i>H. antisensis</i> <i>Blastoceros dichotomus</i> <i>Ozotoceros bezoaricus</i> <i>Pudu pudu</i>
Antilocapridae	<i>Antilocapra americana sonoriensis</i> <i>A. a. peninsularis</i>
Bovidae	<i>Bubalus (Anoa) mindorensis</i> <i>B. (Anoa) depressicornis</i> <i>B. (Anoa) quarlesi</i> <i>Bos gaurus</i> <i>B. (grunniens) mutus</i> <i>Neovibos (Bos) sauveli</i> <i>Bison bison athabascae</i> <i>Kobus leche</i>

	<i>Hippotragus niger variani</i>
	<i>Oryx leucoryx</i>
	<i>Damaliscus dorcas dorcas</i>
	<i>Saiga tatarica mongolica</i>
	<i>Nemorhaedus goral</i>
	<i>Capricornis sumatraensis</i>
	<i>Rupicapra rupicapra ornata</i>
	<i>Capra falconeri jerdoni</i>
	<i>C. f. megaceros</i>
	<i>C. f. chiltanensis</i>
	<i>Ovis orientalis ophion</i>
	<i>O. ammon hodgsoni</i>
	<i>O. vignei</i>
	AVES
TINAMIFORMES	
Tinamidae	<i>Tinamus solitarius</i>
PODICIPEDIFORMES	
Podicipedidae	<i>Podilymbus gigas</i>
PROCELLARIIFORMES	
Diomedidae	<i>Diomedea albatrus</i>
PELECANIFORMES	
Sulidae	<i>Sula abbotti</i>
Fregatidae	<i>Fregata andrewsi</i>
CICONIIFORMES	
Ciconiidae	<i>Ciconia ciconia boyciana</i>
Threskiornithidae	<i>Nipponia nippon</i>
ANSERIFORMES	
Anatidae	<i>Anas aucklandica nesiotis</i> <i>Anas oustaleti</i> <i>Anas jaysanensis</i> <i>Anas diazi</i> <i>Cairina scutulata</i> <i>Rhodonessa caryophyllacea</i> <i>Branta canadensis leucoparctica</i> <i>Branta sandvicensis</i>
FALCONIFORMES	
Cathartidae	<i>Vultur gryphus</i> <i>Gymnogyps californianus</i>
Accipitridae	<i>Pithecophaga jefferyi</i> <i>Harpia harpyja</i> <i>Haliaeetus l. leucocephalus</i> <i>Haliaeetus heliaca adalberti</i> <i>Haliaeetus albicilla groenlandicus</i>
Falconidae	<i>Falco peregrinus anatum</i> <i>Falco peregrinus tundrius</i> <i>Falco peregrinus peregrinus</i> <i>Falco peregrinus babylonicus</i>
GALLIFORMES	
Megapodiidae	<i>Macrocephalon maleo</i>
Cracidae	<i>Crax blumenbachii</i> <i>Pipile p. pipile</i> <i>Pipile jacutinga</i> <i>Mitu mitu mitu</i> <i>Oreophasis derbianus</i>
Tetraonidae	<i>Tympanuchus cupido attwateri</i>
Phasianidae	<i>Colinus virginianus ridgwayi</i> <i>Tragopan blythii</i> <i>Tragopan caboti</i>

	<i>Tragopan melanocephalus</i> <i>Lophophorus sclateri</i> <i>Lophophorus lhuysii</i> <i>Lophophorus impejanus</i> <i>Crossoptilon manchuuricum</i> <i>Crossoptilon crossoptilon</i> <i>Lophura swinhoii</i> <i>Lophura imperialis</i> <i>Lophura edwardsii</i> <i>Syrnaticus ellioti</i> <i>Syrnaticus humiae</i> <i>Syrnaticus mikado</i> <i>Polyplectron emphanum</i> <i>Tetraogallus tibetanus</i> <i>Tetraogallus caspius</i> <i>Cyrtonyx montezumae merriami</i>	
GRUIFORMES		
Gruidae	<i>Grus japonensis</i> <i>Grus leucogeranus</i> <i>Grus americana</i> <i>Grus canadensis pulla</i> <i>Grus canadensis nesiotis</i> <i>Grus nigricollis</i> <i>Grus vipio</i> <i>Grus monacha</i>	
Rallidae	<i>Tricholimnas sylvestris</i>	
Rhynochetidae	<i>Rhynochetos jubatus</i>	
Otididae	<i>Eupodotis bengalensis</i>	
CHARADRIIFORMES		
Scolopacidae	<i>Numenius borealis</i> <i>Tringa guttifer</i>	
Laridae	<i>Larus relictus</i>	
COLUMBIFORMES		
Columbidae	<i>Ducula mindorensis</i>	
PSITTACIFORMES		
Psittacidae	<i>Sirigops habroptilus</i> <i>Rhynchopsitta pachyrhyncha</i> <i>Amazona leucocephala</i> <i>Amazona vittata</i> <i>Amazona guildingii</i> <i>Amazona versicolor</i> <i>Amazona imperialis</i> <i>Amazona rhodocorytha</i> <i>Amazona petrei petrei</i> <i>Amazona vinacea</i> <i>Pyrhura cruentata</i> <i>Anodorhynchus glaucus</i> <i>Anodorhynchus leari</i> <i>Cyanopsitta spixii</i> <i>Pionopsitta pileata</i> <i>Aratinga guaruba</i> <i>Psittacula krameri echo</i> <i>Psephotus pulcherrimus</i> <i>Psephotus chrysopterygius</i> <i>Neophema chrysoaster</i> <i>Neophema splendida</i> <i>Cyanoramphus novaezelandiae</i> <i>Cyanoramphus auriceps forbesi</i> <i>Geopsittacus occidentalis</i> <i>Psittacus erithacus princeps</i>	
APODIFORMES		
Trochilidae	<i>Ramphodon dohrnii</i>	
TROGONIFORMES		
Trogonidae	<i>Pharomachus mocinno mocinno</i> <i>Pharomachus mocinno costaricensis</i>	
		STRIGIFORMES
		Strigidae
		<i>Otus gurneyi</i>
		CORACIIFORMES
		Bucerotidae
		<i>Rhinoplax vigil</i>
		PICIFORMES
		Picidae
		<i>Dryocopus javensis richardsii</i> <i>Campephilus imperialis</i>
		PASSERIFORMES
		Cotingidae
		<i>Cotinga maculata</i> <i>Xipholena atro-purpurea</i>
		Pittidae
		<i>Pitta kochi</i>
		Atrichornithidae
		<i>Atrichornis clamosa</i>
		Muscicapidae
		<i>Picathartes gymnocephalus</i> <i>Picathartes oreas</i> <i>Psophodes nigrogularis</i> <i>Amytornis goyderi</i> <i>Dasyornis brachypterus longirostris</i> <i>Dasyornis broadbenti littoralis</i>
		Sturnidae
		<i>Leucopsar rothschildi</i>
		Meliphagidae
		<i>Meliphaga cassidix</i>
		Zosteropidae
		<i>Zosterops albogularis</i>
		Fringillidae
		<i>Spinus cucullatus</i>
		URODELA
		Cryptobranchidae
		<i>Andrias (= Megalobatrachus) davidianus japonicus</i> <i>Andrias (= Megalobatrachus) davidianus davidianus</i>
		SALIENTIA
		Bufo
		<i>Bufo superciliaris</i> <i>Bufo periglenes</i> <i>Nectophrynoides spp.</i>
		Atelopodidae
		<i>Atelopus varius zeteki</i>
		REPTILIA
		CROCODYLIA
		Alligatoridae
		<i>Alligator mississippiensis</i> <i>Alligator sinensis</i> <i>Melanosuchus niger</i> <i>Caiman crocodilus apaporiensis</i> <i>Caiman latirostris</i>
		Crocodylidae
		<i>Tomistoma schlegelii</i> <i>Osteolaemus tetraspis tetraspis</i> <i>Osteolaemus tetraspis osborni</i> <i>Crocodylus cataphractus</i> <i>Crocodylus siamensis</i> <i>Crocodylus palustris palustris</i> <i>Crocodylus palustris kimbula</i> <i>Crocodylus novaeguinae mindorensis</i> <i>Crocodylus intermedius</i> <i>Crocodylus rhombifer</i> <i>Crocodylus moreletii</i> <i>Crocodylus niloticus</i>
		Gavialidae
		<i>Gavialis gangeticus</i>
		TESTUDINATA
		Emydidae
		<i>Batagur baska</i> <i>Geoclemmys (= Dromoceras) hamiltonii</i> <i>Geomyda (= Nicoria) tricarinata</i>

	<i>Kachuga tecta tecta</i>
	<i>Morenia ocellata</i>
	<i>Terrapene coahuila</i>
Testudinidae	<i>Geochelone</i> (= <i>Testudo</i>) <i>elephantopus</i>
	<i>Geochelone</i> (= <i>Testudo</i>) <i>geometrica</i>
	<i>Geochelone</i> (= <i>Testudo</i>) <i>radiata</i>
	<i>Geochelone</i> (= <i>Testudo</i>) <i>yniphora</i>
Chelonidae	<i>Eretmochelys imbricata imbricata</i>
	<i>Lepidochelys kempii</i>
Trionychidae	<i>Lissemys punctata punctata</i>
	<i>Trionyx ater</i>
	<i>Trionyx nigricans</i>
	<i>Trionyx gangeticus</i>
	<i>Trionyx hurum</i>
Chelidae	<i>Pseudemys dura umbrina</i>
LACERTILIA	
Varanidae	<i>Varanus komodoensis</i>
	<i>Varanus flavescens</i>
	<i>Varanus bengalensis</i>
	<i>Varanus griseus</i>
SERPENTES	
Boidae	<i>Epicrates inornatus inornatus</i>
	<i>Epicrates subflavus</i>
	<i>Python molurus molurus</i>
RHYNCHOCEPHALIA	
Sphenodontidae	<i>Sphenodon punctatus</i>
PISCES	
ACIPENSERIFORMES	
Acipenseridae	<i>Acipenser brevirostrum</i>
	<i>Acipenser oxyrinchus</i>
OSTEOGLOSSIFORMES	
Osteoglossidae	<i>Scleropages formosus</i>
SALMONIFORMES	
Salmonidae	<i>Coregonus alpenae</i>
CYPRINIFORMES	
Catostomidae	<i>Chasmistes eujus</i>
Cyprinidae	<i>Probarbus jullieni</i>
SILURIFORMES	
Schilbeidae	<i>Pangasianodon gigas</i>
PERCIFORMES	
Percidae	<i>Stizostedion vitreum glaucum</i>
MOLLUSCA	
NAIADOIDA	
Unionidae	<i>Conradilla caelata</i>
	<i>Dromus dromas</i>
	<i>Epioblasma</i> (= <i>Dysnomia</i>) <i>fiorentina curtisi</i>
	<i>Epioblasma</i> (= <i>Dysnomia</i>) <i>fiorentina florentina</i>
	<i>Epioblasma</i> (= <i>Dysnomia</i>) <i>sampsoni</i>
	<i>Epioblasma</i> (= <i>Dysnomia</i>) <i>sulcata perobliqua</i>
	<i>Epioblasma</i> (= <i>Dysnomia</i>) <i>torulosa gubernaculum</i>
	<i>Epioblasma</i> (= <i>Dysnomia</i>) <i>torulosa torulosa</i>

<i>Epioblasma</i> (= <i>Dysnomia</i>) <i>turgidula</i>
<i>Epioblasma</i> (= <i>Dysnomia</i>) <i>walkeri</i>
<i>Fusconaia cuncofus</i>
<i>Fusconaia edgariana</i>
<i>Lampsilis higginsii</i>
<i>Lampsilis orbiculata orbiculata</i>
<i>Lampsilis satura</i>
<i>Lampsilis virescens</i>
<i>Plethobasis cicatricosus</i>
<i>Plethobasis cooperianus</i>
<i>Pleurobema plenum</i>
<i>Potamilus</i> (= <i>Proptera</i>) <i>capax</i>
<i>Quadrula intermedia</i>
<i>Quadrula sparsa</i>
<i>Toxolasma</i> (= <i>Carunculina</i>) <i>cylindrella</i>
<i>Unio</i> (<i>Megaloniais</i> /?/?) <i>nicklina</i>
<i>Unio</i> (<i>Lampsilis</i> /?/?) <i>tampicoensis tecomatensis</i>
<i>Villosa</i> (= <i>Micromya</i>) <i>trabalis</i>

FLORA

ARACEAE	<i>Alocasia sandieriana</i>
	<i>Alocasia zebrina</i>
CARYOCARACEAE	<i>Caryocar costaricense</i>
CARYOPHYLLACEAE	<i>Gymnocarpus przewalskii</i>
	<i>Melandrium mongolicum</i>
	<i>Silene mongolica</i>
	<i>Stellaria pulvinata</i>
CUPRESSACEAE	<i>Pilgerodendron uviferum</i>
CYCADACEAE	<i>Encephalartos</i> spp.
	<i>Microcycas calocoma</i>
	<i>Stangeria eriopus</i>
GENTIANACEAE	<i>Prepusa hookeriana</i>
HUMIRIACEAE	<i>Vantanea barbourii</i>
JUGLANDACEAE	<i>Engelhardtia pterocarpa</i>
LEGUMINOSAE	<i>Ammopiptanthus mongolicum</i>
	<i>Cynometra hemitomophylla</i>
	<i>Platymiscium pleiostachyum</i>
LILIACEAE	<i>Aloe albida</i>
	<i>Aloe pillansii</i>
	<i>Aloe polyphylla</i>
	<i>Aloe thornecroftii</i>
	<i>Aloe vossii</i>
MELASTOMATAACEAE	<i>Lavoisiera itambana</i>
MELIACEAE	<i>Gnarea longipetiole</i>
	<i>Tachigalia versicolor</i>
MORACEAE	<i>Batocarpus costaricense</i>
ORCHIDACEAE	<i>Cattleya jongheana</i>
	<i>Cattleya skinneri</i>
	<i>Cattleya trianae</i>
	<i>Didiecia cunninghamii</i>
	<i>Laelia lobata</i>
	<i>Lycaste virginalis</i> var. <i>alba</i>
	<i>Peristeria elata</i>
PINACEAE	<i>Abies guatemalensis</i>
	<i>Abies nebrodensis</i>
PODOCARPACEAE	<i>Podocarpus costalis</i>
	<i>Podocarpus parlatorei</i>
PROTEACEAE	<i>Orothamnus zeyheri</i>
	<i>Protea odorata</i>
RUBIACEAE	<i>Balmea stormae</i>
SAXIFRAGACEAE	<i>Ribes sardoum</i>
(GROSSULARIACEAE)	
TAXACEAE	<i>Fitzroya cupressoides</i>

ULMACEAE	<i>Celtis actensis</i>
WELWITSCHIAEAE	<i>Welwitschia bainesii</i>
ZINGIBERACEAE	<i>Hedychium philippinense</i>

APPENDIX II

Interpretation:

- Species included in this Appendix are referred to:
 - by the name of the species; or
 - as being all of the species included in a higher taxon or designated part thereof.
- The abbreviation "spp." is used to denote all the species of a higher taxon.
- Other references to taxa higher than species are for the purposes of information or classification only.
- An asterisk (*) placed against the name of a species or higher taxon indicates that one or more geographically separate populations, sub-species or species of that taxon are included in Appendix I and that these populations, sub-species or species are excluded from Appendix II.
- The symbol (#) followed by a number placed against the name of a species or higher taxon designates parts or derivatives which are specified in relation thereto for the purposes of the present Convention as follows:
 - # 1 designates root
 - # 2 designates timber
 - # 3 designates trunks
- The symbol (—) followed by a number placed against the name of a species or higher taxon indicates the exclusion from that species or taxon of designated geographically separate populations, sub-species, species or groups of species as follows:
 - 101 Species which are not succulents
- The symbol (+) followed by a number placed against the name of a species or higher taxon denotes that only designated geographically separate populations, sub-species or species of that species or taxon are included in this Appendix as follows:
 - + 201 All North American sub-species
 - + 202 New Zealand species
 - + 203 All species of the family in the Americas
 - + 204 Australian population

FAUNA

MAMMALIA

MARSUPIALIA

Macropodidae	<i>Dendrolagus inustus</i> <i>Dendrolagus ursinus</i>
--------------	--

INSECTIVORA

Erinaceidae	<i>Erinaceus frontalis</i>
-------------	----------------------------

PRIMATES

Lemuridae	<i>Lemur catta</i> *
Lorisidae	<i>Nycticebus coucang</i> <i>Loris tardigradus</i>
Cebidae	<i>Cebus capucinus</i>
Cercopithecidae	<i>Macaca sylvanus</i> <i>Colobus badius gordonorum</i> <i>Colobus verus</i> <i>Rhinopithecus roxellanae</i> <i>Presbytis johnii</i>

Pongidae	<i>Pan paniscus</i> <i>Pan troglodytes</i>
----------	---

EDENTATA

Myrmecophagidae	<i>Myrmecophaga tridactyla</i> <i>Tamandua tetradactyla chapadensis</i>
Bradypodidae	<i>Bradypus boliviensis</i>

PHOLIDOTA

Manidae	<i>Manis crassicaudata</i> <i>Manis pentadactyla</i> <i>Manis javanica</i>
---------	--

LAGOMORPHA

Leporidae	<i>Nesolagus netscheri</i>
-----------	----------------------------

RODENTIA

Heteromyidae	<i>Dipodomys phillipsii phillipsii</i>
Sciuridae	<i>Ratufa</i> spp. <i>Lariscus hosei</i>
Castoridae	<i>Castor canadensis frondator</i> <i>Castor canadensis repentinus</i>
Cricetidae	<i>Ondatra zibethicus bernardi</i>

CARNIVORA

Canidae	<i>Canis lupus pallipes</i> <i>Canis lupus irremotus</i> <i>Canis lupus crassodon</i> <i>Chrysocyon brachyurus</i> <i>Cuon alpinus</i>
Ursidae	<i>Ursus (Thalarchos) maritimus</i> <i>Ursus arctos</i> * + 201 <i>Helarctos malayanus</i>
Procyonidae	<i>Ailurus fulgens</i>
Mustelidae	<i>Martes americana atrata</i>
Viveridae	<i>Prionodon linsang</i> <i>Cynogale bennetti</i> <i>Helogale derbyanus</i>
Felidae	<i>Felis yagouaroundi</i> * <i>Felis colocolo pajeros</i> <i>Felis colocolo crespoi</i> <i>Felis colocolo budini</i> <i>Felis concolor missoniense</i> <i>Felis concolor mayensis</i> <i>Felis concolor azteca</i> <i>Felis serval</i> <i>Felis lynx isabellina</i> <i>Felis wiedii</i> * <i>Felis pardalis</i> * <i>Felis tigrina</i> * <i>Felis (= Caracal) caracal</i> <i>Panthera leo persica</i> <i>Panthera tigris altaica</i> (= <i>amurensis</i>)

PINNIPEDIA

Otariidae	<i>Arctocephalus australis</i> <i>Arctocephalus galapagoensis</i> <i>Arctocephalus philippii</i> <i>Arctocephalus townsendi</i>
-----------	--

Phocidae

<i>Mirounga australis</i> <i>Mirounga leonina</i>
--

TUBULIDENTATA

Orycteropidae	<i>Orycteropus afer</i>
---------------	-------------------------

SIRENIA		GALLIFORMES	
Dugongidae	<i>Dugong dugon</i> * + 204	Megapodiidae	<i>Megapodius freycinet nicobariensis</i> <i>Megapodius freycinet abbotti</i>
Trichechidae	<i>Trichechus senegalensis</i>	Tetraonidae	<i>Tympanuchus cupido pinnatus</i>
PERISSODACTYLA		Phasianidae	<i>Francoelinus ochropectus</i> <i>Francoelinus swierstrai</i> <i>Catreus wallichii</i> <i>Polyplectron malacense</i> <i>Polyplectron germaini</i> <i>Polyplectron bicalcaratum</i> <i>Gallus sonneratii</i> <i>Argusianus argus</i> <i>Ithaginus cruentus</i> <i>Cyrtonyx montezumae montezumae</i> <i>Cyrtonyx montezumae mearnsi</i>
Equidae	<i>Equus hemionus</i> *	GRUIFORMES	
Tapiridae	<i>Tapirus terrestris</i>	Gruidae	<i>Balearica regulorum</i> <i>Grus canadensis pratensis</i>
Rhinocerotidae	<i>Diceros bicornis</i>	Rallidae	<i>Gallirallus australis hectori</i>
ARTIODACTYLA		Otididae	<i>Chlamydotis undulata</i> <i>Choriotis nigriceps</i> <i>Otis tarda</i>
Hippopotamidae	<i>Choeropsis liberiensis</i>	CHARADRIIFORMES	
Cervidae	<i>Cervus elaphus bactrianus</i> <i>Pudu mephistophiles</i>	Scolopacidae	<i>Numenius tenuirostris</i> <i>Numenius minutus</i>
Antilocapridae	<i>Antilocapra americana mexicana</i>	Laridae	<i>Larus brunneicephalus</i>
Bovidae	<i>Cephalophus monticola</i> <i>Oryx (lao) dammah</i> <i>Addax nasomaculatus</i> <i>Pantholops hodgsoni</i> <i>Capra falconeri</i> * <i>Ovis ammon</i> * <i>Ovis canadensis</i>	COLUMBIFORMES	
AVES		Columbidae	<i>Gallicolumba luzonica</i> <i>Goura cristata</i> <i>Goura scheepmakeri</i> <i>Goura victoria</i> <i>Caloenas nicobarica pelewensis</i>
SPHENISCIFORMES		PSITTACIFORMES	
Spheniscidae	<i>Spheniscus demersus</i>	Psittacidae	<i>Coracopsis nigra barklyi</i> <i>Prosopeia personata</i> <i>Eunymphicus corautus</i> <i>Cyanoramphus unicolor</i> <i>Cyanoramphus novaezelandiae</i> <i>Cyanoramphus malherbi</i> <i>Poicephalus robustus</i> <i>Tanygnathus luzoniensis</i> <i>Probosciger aterrimus</i>
RHEIFORMES		CUCULIFORMES	
Rheidae	<i>Rhea americana albescens</i> <i>Pterocnemia pennata pennata</i> <i>Pterocnemia pennata garleppi</i>	Musophagidae	<i>Turaco corythaix</i> <i>Gallirex porphyreolophus</i>
TINAMIFORMES		STRIGIFORMES	
Tinamidae	<i>Rhynchotus rufescens rufescens</i> <i>Rhynchotus rufescens pallescens</i> <i>Rhynchotus rufescens maculicollis</i>	Strigidae	<i>Otus nudipes newtoni</i>
CICONIIFORMES		CORACIFORMES	
Ciconiidae	<i>Ciconia nigra</i>	Bucerotidae	<i>Buceros rhinoceros rhinoceros</i> <i>Buceros bicornis</i> <i>Buceros hydrocorax hydrocorax</i> <i>Acceros narcondami</i>
Threskiornithidae	<i>Geronticus calvus</i> <i>Platalea leucorodia</i>	PICIFORMES	
Phoenicopteridae	<i>Phoenicoparus ruber chilensis</i> <i>Phoenicoparrus audinus</i> <i>Phoenicoparrus jamesi</i>	Picidae	<i>Picus squamatus flavirostris</i>
PELECANIFORMES		PASSERIFORMES	
Pelecanidae	<i>Pelecanus crispus</i>	Cotingidae	<i>Rupicola rupicola</i> <i>Rupicola peruviana</i>
ANSERIFORMES		Pittidae	<i>Pitta brachyura nympha</i>
Anatidae	<i>Anas aucklandica aucklandica</i> <i>Anas aucklandica chlorotis</i> <i>Anas bernieri</i> <i>Dendrocygna arborea</i> <i>Sarkidiornis melanotos</i> <i>Anser albifrons gambelli</i> <i>Cygnus bewickii jankowskii</i> <i>Cygnus melancoryphus</i> <i>Coscoroba coscoroba</i> <i>Branta ruficollis</i>	Hirundinidae	<i>Pseudochelidon sirintarae</i>
FALCONIFORMES			
Accipitridae	<i>Gypaetus barbatus meridionalis</i> <i>Aquila chrysaetos</i>		
Falconidae	Spp.*		

Paradisaeidae	Spp.
Muscicapidae	<i>Muscicapa ruecki</i>
Fringillidae	<i>Spinus yarrellii</i>
AMPHIBIA	
URODELA	
Ambystomidae	<i>Ambystoma mexicanum</i> <i>Ambystoma dumerillii</i> <i>Ambystoma lermaensis</i>
SALIENTIA	
Bufo	<i>Bufo retiformis</i>
REPTILIA	
CROCODYLIA	
Alligatoridae	<i>Caiman crocodilus crocodilus</i> <i>Caiman crocodilus yacare</i> <i>Caiman crocodilus fuscus</i> (chiapasius) <i>Paleosuchus palpebrosus</i> <i>Paleosuchus trigonatus</i>
Crocodylidae	<i>Crocodylus johnsoni</i> <i>Crocodylus novaeguinae</i> novaeguinae <i>Crocodylus porosus</i> <i>Crocodylus acutus</i>
TESTUDINATA	
Emydidae	<i>Clemmys muhlenbergi</i>
Testudinidae	<i>Chersine</i> spp. <i>Geochelone</i> spp.* <i>Gopherus</i> spp. <i>Homopus</i> spp. <i>Kinixys</i> spp. <i>Malacochersus</i> spp. <i>Pyxis</i> spp. <i>Testudo</i> spp.*
Cheloniidae	<i>Caretta caretta</i> <i>Chelonia mydas</i> <i>Chelonia depressa</i> <i>Eretmochelys imbricata</i> bissa <i>Lepidochelys olivacea</i>
Dermochelidae	<i>Dermochelys coriacea</i>
Pelomedusidae	<i>Podocnemis</i> spp.
LACERTILIA	
Teiidae	<i>Cnemidophorus hyperythrus</i>
Iguanidae	<i>Conolophus pallidus</i> <i>Conolophus suberistatus</i> <i>Amblyrhynchus cristatus</i> <i>Phrynosoma coronatum</i> blainvilliei
Helodermatidae	<i>Heloderma suspectum</i> <i>Heloderma horridum</i>
Varanidae	<i>Varanus</i> spp.*
SERPENTES	
Boidae	<i>Epicrates cenchris cenchris</i> <i>Euneetes notaeus</i> <i>Constrictor constrictor</i> <i>Python</i> spp.*
Colubridae	<i>Cyclagras gigas</i> <i>Pseudoboa cloelia</i> <i>Elachistodon westermanni</i> <i>Thamnophis elegans hammondi</i>

PISCES	
ACIPENSERIFORMES	
Acipenseridae	<i>Acipenser fulvescens</i> <i>Acipenser sturio</i>
OSTEOGLOSSIFORMES	
Osteoglossidae	<i>Arapaima gigas</i>
SALMONIFORMES	
Salmonidae	<i>Stenodus leucichthys leucichthys</i> <i>Salmo chrysogaster</i>
CYPRINIFORMES	
Cyprinidae	<i>Plagopterus argentissimus</i> <i>Ptychocheilus lucius</i>
ATHERINIFORMES	
Cyprinodontidae	<i>Cynolebias constanciae</i> <i>Cynolebias marmoratus</i> <i>Cynolebias minimus</i> <i>Cynolebias opalescens</i> <i>Cynolebias splendens</i>
Poeciliidae	<i>Xiphophorus couchianus</i>
COELACANTHIFORMES	
Coelacanthidae	<i>Latimeria chalumnae</i>
CERATODIFORMES	
Ceratodidae	<i>Neoceratodus forsteri</i>
MOLLUSCA	
NAIADOIDA	
Unionidae	<i>Cyprogenia aberii</i> <i>Epioblasma</i> (= <i>Dysnomia</i>) <i>torulosa</i> rangiana <i>Fusconaiia subrotunda</i> <i>Lampsilis brevicula</i> <i>Lexingtonia dolabelloides</i> <i>Pleurobema clava</i>
STYLOMMATOPHORA	
Camoenidae	<i>Papustyla</i> (= <i>Papuina</i>) <i>pulcherrima</i>
Paraphantidae	<i>Paraphanta</i> spp. + 202
PROSOBRANCHIA	
Hydrobiidae	<i>Coahuilix hubbsi</i> <i>Cochliopina milleri</i> <i>Durangonella coahuilae</i> <i>Mexipyrgus carranzae</i> <i>Mexipyrgus churinceanus</i> <i>Mexipyrgus escobedae</i> <i>Mexipyrgus lugoi</i> <i>Mexipyrgus mojarralis</i> <i>Mexipyrgus multilineatus</i> <i>Mexithauma quadripaludium</i> <i>Nymphophitus minekleyi</i> <i>Paludiscala caramba</i>
INSECTA	
LEPIDOPTERA	
Papilionidae	<i>Parnassius apollo apollo</i>
FLORA	
APOCYNACEAE	<i>Pachypodium</i> spp.
ARALIACEAE	<i>Panax quinquefolium</i> # 1

ARAUCARIACEAE	<i>Araucaria araucana</i> # 2
CACTACEAE	Cactaceae spp. + 293 <i>Rhipsalis</i> spp.
COMPOSITAE	<i>Saussurea lappa</i> # 1
CYATHEACEAE	<i>Cyathea (Hemitella) capensis</i> # 3 <i>Cyathea dredgei</i> # 3 <i>Cyathea mexicana</i> # 3 <i>Cyathea (Alsophila) salvinii</i> # 3
DIOSCOREACEAE	<i>Dioscorea deltoidea</i> # 1
EUPHORBIACEAE	<i>Euphorbia</i> spp. -101
FAGACEAE	<i>Quercus copeyensis</i> # 2
LEGUMINOSAE	<i>Thermopsis mongolica</i>
LILIACEAE	<i>Aloe</i> spp.*
MELIACEAE	<i>Swietenia humilis</i> # 2
ORCHIDACEAE	Spp.*
PALMAE	<i>Arenga lpot</i> <i>Phoenix hanceana</i> var. <i>philippinensis</i> <i>Zalacca clemensiana</i>
PORTULACACEAE	<i>Anacampseros</i> spp.
PRIMULACEAE	<i>Cyclamen</i> spp.
SOLANACEAE	<i>Solanum sylvestris</i>
STERCULIACEAE	<i>Basiloxylon excelsum</i> # 2
VERBENACEAE	<i>Caryopteris mongolica</i>
ZYGOPHYLLACEAE	<i>Guaiacum sanctum</i> # 2

APPENDIX IV
CONVENTION
OF INTERNATIONAL TRADE
IN ENDANGERED SPECIES
OF WILD FAUNA AND FLORA
EXPORT PERMIT No. _____

Exporting Country: _____ Valid Until: (Date) _____
This permit is issued to: _____
address: _____
who declares that he is aware of the provisions of the Convention, for the purpose of exporting: _____
(specimen[s], or part[s] or derivative[s] of specimen[s])¹
of a species listed in Appendix I
Appendix II
Appendix III of the Convention as
specified below.²
(bred in captivity or cultivated in _____)²
This (these) specimen(s) is (are) consigned to: _____
address: _____ country: _____
at _____ on _____
(signature of the applicant for the permit)
at _____ on _____
(stamp and signature of the Management
Authority issuing the export permit)

¹ Indicate the type of product

² Delete if not applicable

Description of the specimen(s) or part(s) or derivative(s) of specimen(s), including any mark(s) affixed:

Living Specimens				
Species (scientific and common name)	Number	Sex	Size (or volume)	Mark (if any)

Parts or Derivatives			
Species (scientific and common name)	Quantity	Type of Goods	Mark (if any)

Stamps of the authorities inspecting:

- (a) on exportation
(b) on importation*

* This stamp voids this permit for further trade purposes, and this permit shall be surrendered to the Management Authority.

Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
des Protokolls vom 18. April 1975
zu dem am 1. Februar 1957 in Warschau
zwischen der Deutschen Demokratischen Republik
und der Volksrepublik Polen unterzeichneten Vertrag
über den Rechtsverkehr
in Zivil-, Familien- und Strafsachen

vom 15. März 1976

Entsprechend § 2 des Gesetzes vom 5. Dezember 1975 über das Protokoll vom 18. April 1975 zu dem am 1. Februar 1957 in Warschau zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen unterzeichneten Vertrag über den Rechtsverkehr in Zivil-, Familien- und Strafsachen (GBl. II Nr. 12 S. 245) wird hierdurch bekanntgemacht, daß das Protokoll nach dem am 3. März 1976 in Berlin erfolgten Austausch der Ratifikationsurkunden gemäß seinem Artikel 2 am 2. April 1976 in Kraft tritt.

Berlin, den 15. März 1976

Der Sekretär des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik
H. Eichler

Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
des Vertrages vom 12. November 1975
zwischen der Deutschen Demokratischen Republik
und der Volksrepublik Polen
zur Regelung von Fällen
der doppelten Staatsbürgerschaft
vom 19. April 1976

Entsprechend der Bekanntmachung vom 2. Februar 1976 über die Ratifikation des Vertrages vom 12. November 1975 zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen zur Regelung von Fällen der doppelten Staatsbürgerschaft (GBL II Nr. 4 S. 191) wird hierdurch bekanntgemacht, daß der Vertrag nach dem am 26. März 1976 in Warschau erfolgten Austausch der Ratifikationsurkunden gemäß seinem Artikel 16 Absatz 1 am 25. April 1976 in Kraft tritt.

Berlin, den 19. April 1976

Der Sekretär des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik
H. Eichler

Bekanntmachung
über die Wiederanwendung
multilateraler völkerrechtlicher Verträge
durch die Deutsche Demokratische Republik
vom 5. April 1976

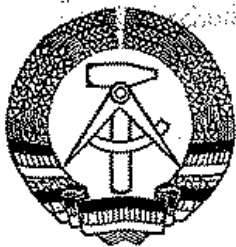
Es wird hierdurch bekanntgemacht, daß die Deutsche Demokratische Republik in Übereinstimmung mit den völkerrechtlichen Regeln der Staatennachfolge die Wiederanwendung folgender multilateraler völkerrechtlicher Verträge erklärt hat:

- | | mit Wirkung vom |
|---|-------------------|
| 1. Internationale Meterkonvention vom 20. Mai 1875, abgeändert am 6. Oktober 1921 (RGBl. 1876 S. 191 — RGBl. II 1927 S. 409) | 20. Februar 1956 |
| 2. Erklärung betreffend das Verbot von Geschossen, die sich leicht im menschlichen Körper ausdehnen oder plattdrücken vom 29. Juli 1899 (RGBl. 1901 S. 478) | 22. Dezember 1958 |
| 3. Abkommen über die Lazarettschiffe vom 21. Dezember 1904 (RGBl. 1907 S. 722) | 22. Dezember 1958 |
| 4. Abkommen zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle vom 18. Oktober 1907 (RGBl. 1910 S. 5) | 22. Dezember 1958 |
| 5. Abkommen über den Beginn der Feindseligkeiten vom 18. Oktober 1907 (RGBl. 1910 S. 82) | 22. Dezember 1958 |

- | | |
|---|--------------------|
| 6. Abkommen betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkrieges vom 18. Oktober 1907 (RGBl. 1910 S. 107) | 22. Dezember 1958 |
| 7. Abkommen betreffend die Rechte und Pflichten der neutralen Mächte und Personen im Falle eines Landkrieges vom 18. Oktober 1907 (RGBl. 1910 S. 151) | 22. Dezember 1958 |
| 8. Abkommen über die Behandlung der feindlichen Kauffahrteischiffe beim Ausbruche der Feindseligkeiten vom 18. Oktober 1907 (RGBl. 1910 S. 181) | 22. Dezember 1958 |
| 9. Abkommen über die Umwandlung von Kauffahrteischiffen in Kriegsschiffe vom 18. Oktober 1907 (RGBl. 1910 S. 207) | 22. Dezember 1958 |
| 10. Abkommen betreffend die Beschießung durch Seestreitkräfte in Kriegszeiten vom 18. Oktober 1907 (RGBl. 1910 S. 256) | 22. Dezember 1958 |
| 11. Abkommen betreffend die Rechte und Pflichten der Neutralen im Falle eines Seekrieges vom 18. Oktober 1907 (RGBl. 1910 S. 343) | 22. Dezember 1958 |
| 12. Vertrag über Spitzbergen vom 8. Februar 1920 (RGBl. II 1925 S. 763) | 7. August 1974 |
| 13. Übereinkommen über die internationale Rechtsordnung der Eisenbahnen vom 9. Dezember 1923 (RGBl. II 1927 S. 909) | 26. September 1958 |
| 14. Internationales Übereinkommen für die Schaffung eines Internationalen Tierseuchenamtes in Paris vom 25. Januar 1924 (RGBl. II 1928 S. 317) | 25. Februar 1956 |
| 15. Vereinbarung über die den Seeleuten der Handelsmarine für die Behandlung von Geschlechtskrankheiten zu gewährenden Erleichterungen vom 1. Dezember 1924 (RGBl. II 1937 S. 109) | 9. März 1959 |
| 16. Protokoll über das Verbot der Verwendung von erstickenden, giftigen oder ähnlichen Gasen sowie von bakteriologischen Mitteln im Kriege vom 17. Juni 1925 (RGBl. II 1929 S. 173) | 2. März 1959 |
| 17. Internationales Abkommen über den gegenseitigen Schutz gegen das Denguefieber vom 25. Juli 1934 (RGBl. II 1936 S. 235) | 21. Juli 1958 |

Berlin, den 5. April 1976

Der Leiter
des Sekretariats des Ministerrates
Dr. Kleinert
Staatssekretär



GESETZBLATT

der Deutschen Demokratischen Republik

141

1976

Berlin, den 14. Juni 1976

Teil II Nr. 6

Tag	Inhalt	Seite
19. 4. 76	Bekanntmachung über die Ratifikation und das Inkrafttreten des Protokolls vom 21. Juni 1974 über die Änderung des Statuts des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe und der Konvention über die Rechtsfähigkeit, Privilegien und Immunitäten des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe	141

Bekanntmachung
über die Ratifikation und das Inkrafttreten
des Protokolls vom 21. Juni 1974 über die Änderung
des Statuts des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe
und der Konvention über die Rechtsfähigkeit, Privilegien
und Immunitäten
des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe
vom 19. April 1976

Es wird hierdurch bekanntgemacht, daß der Staatsrat der Deutschen Demokratischen Republik am 18. Oktober 1974 das Protokoll vom 21. Juni 1974 über die Änderung des Statuts des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe und der Konvention über die Rechtsfähigkeit, Privilegien und Immunitäten des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe ratifiziert hat.

Die Ratifikationsurkunde der Deutschen Demokratischen Republik wurde am 5. November 1974 bei der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken hinterlegt.

Das Protokoll ist nach Hinterlegung der Ratifikationsurkunden durch die Volksrepublik Bulgarien, die Ungarische Volksrepublik, die Deutsche Demokratische Republik, die Republik Kuba, die Mongolische Volksrepublik, die Volksrepublik Polen, die Sozialistische Republik Rumänien, die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und die Tschechoslowakische Sozialistische Republik am 13. Februar 1976 in Kraft getreten.

Das Statut des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe und die Konvention über die Rechtsfähigkeit, Privilegien und Immunitäten des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe* in den durch das Protokoll geänderten Fassungen werden nachstehend veröffentlicht.

Berlin, den 19. April 1976

Der Sekretär des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik

H. Eichler

* s. Bekanntmachung vom 10. Mai 1960 (GBL I Nr. 29 S. 283)

STATUT
des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe

Mit den Änderungen entsprechend
dem Protokoll vom 21. Juni 1974.

Die Regierungen der Volksrepublik Albanien, der Volksrepublik Bulgarien, der Ungarischen Volksrepublik, der Deutschen Demokratischen Republik, der Volksrepublik Polen, der Rumänischen Volksrepublik, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Tschechoslowakischen Republik sind im Hinblick darauf, daß die wirtschaftliche Zusammenarbeit, die zwischen ihren Ländern erfolgreich durchgeführt wird, zur rationellsten Entwicklung der Volkswirtschaft, zur Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung und zur Festigung der Einheit und Geschlossenheit ihrer Länder beiträgt;

erfüllt von der Entschlossenheit, auch weiterhin die allseitige wirtschaftliche Zusammenarbeit auf der Grundlage der konsequenten Verwirklichung der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung im Interesse des Aufbaus des Sozialismus und Kommunismus in ihren Ländern und der Sicherung eines dauerhaften Friedens in der ganzen Welt zu entwickeln;

überzeugt davon, daß die Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen ihren Ländern dazu beiträgt, die in der Charta der Vereinten Nationen festgelegten Ziele zu erreichen;

unter Bekräftigung ihrer Bereitschaft, die Wirtschaftsbeziehungen zu allen Ländern unabhängig von ihrer gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung auf der Grundlage der Gleichheit, des gegenseitigen Vorteils und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten zu entwickeln;

in Anerkennung der ständig wachsenden Rolle des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe bei der Organisation der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen ihren Ländern

übereingekommen, zu diesem Zweck das vorliegende Statut anzunehmen.

Artikel I

ZIELE UND PRINZIPIEN

1. Der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe hat zum Ziel, durch Vereinigung und Koordinierung der Bemühungen der Mitgliedsländer des Rates zur weiteren Vertiefung und Vervollkommnung der Zusammenarbeit und Entwicklung der sozialistischen ökonomischen Integration, zur planmäßigen Entwicklung der Volkswirtschaft, zur Beschleunigung des wirtschaftlichen und technischen Fortschritts in diesen Ländern, zur Hebung des Standes der Industrialisierung in den Ländern mit einer weniger entwickelten Industrie, zur ununterbrochenen Steigerung der Arbeitsproduktivität und allmählichen Annäherung und Angleichung des ökonomischen Entwicklungsniveaus und ständigen Hebung des Wohlstandes der Völker der Mitgliedsländer des Rates beizutragen.
2. Der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe beruht auf den Grundlagen der souveränen Gleichheit aller Mitgliedsländer des Rates.

Die wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit der Mitgliedsländer des Rates wird in Übereinstimmung mit den Prinzipien des sozialistischen Internationalismus auf der Grundlage der Achtung der staatlichen Souveränität, der Unabhängigkeit und der nationalen Interessen, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Länder, der vollen Gleichberechtigung, des gegenseitigen Vorteils und der kameradschaftlichen gegenseitigen Hilfe verwirklicht.

Artikel II

MITGLIEDSCHAFT

1. Ursprüngliche Mitglieder des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe sind die Länder, die das vorliegende Statut unterzeichnet und ratifiziert haben.

2. Die Aufnahme als Mitglied des Rates steht anderen Ländern offen, die sich den Zielen und Prinzipien des Rates anschließen und ihr Einverständnis äußern, die im vorliegenden Statut enthaltenen Pflichten zu übernehmen.

Die Aufnahme neuer Mitglieder erfolgt durch Beschluß der Ratstagung auf der Grundlage offizieller Anträge der Länder.

3. Jedes Mitgliedsland des Rates kann aus dem Rat austreten, nachdem es den Depositär des vorliegenden Statuts davon in Kenntnis gesetzt hat. Der Austritt wird sechs Monate nach dem Eingang der Mitteilung beim Depositär wirksam. Der Depositär setzt die Mitgliedsländer des Rates vom Eingang einer solchen Mitteilung in Kenntnis.
4. Die Mitgliedsländer des Rates kommen überein:
 - a) die Erfüllung der von ihnen angenommenen Empfehlungen der Organe des Rates zu gewährleisten;
 - b) dem Rat und seinen Amtspersonen bei der Ausübung der im vorliegenden Statut vorgesehenen Funktionen die notwendige Unterstützung zuteil werden zu lassen;
 - c) dem Rat die für die Durchführung der ihm obliegenden Aufgaben notwendigen Unterlagen und Informationen zur Verfügung zu stellen;
 - d) den Rat über den Verlauf der Erfüllung der von ihnen angenommenen Empfehlungen der Organe des Rates zu informieren.

Artikel III

FUNKTIONEN UND BEFUGNISSE

1. In Übereinstimmung mit den im Artikel I des vorliegenden Statuts genannten Zielen und Prinzipien
 - a) organisiert der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe die allseitige wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit der Mitgliedsländer des Rates mit dem Ziel der rationellsten Ausnutzung ihrer natürlichen Ressourcen und der Beschleunigung der Entwicklung der Produktivkräfte und unterstützt die Entwicklung der sozialistischen ökonomischen Integration;
 - b) unterstützt der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe die Vervollkommnung der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung durch Koordinierung der Pläne für die Entwicklung der Volkswirtschaft sowie durch Spezialisierung und Kooperation der Produktion der Mitgliedsländer des Rates;
 - c) ergreift der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe Maßnahmen zum Studium der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Probleme, die für die Mitgliedsländer des Rates von Interesse sind;
 - d) unterstützt der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe die Mitgliedsländer des Rates bei der Ausarbeitung, Abstimmung und Verwirklichung gemeinsamer Maßnahmen auf den Gebieten:
 - der Entwicklung der Industrie und der Landwirtschaft der Mitgliedsländer des Rates;
 - der Entwicklung des Verkehrswesens zur vorrangigen Sicherung des zunehmenden Transports von Export-, Import- und Transitgütern der Mitgliedsländer des Rates;
 - der effektivsten Nutzung der hauptsächlichsten Investitionen, die von den Mitgliedsländern des Rates für die Entwicklung der Zweige der Rohstoffgewinnungs- und Verarbeitungsindustrie sowie für den Bau von wichtigen Objekten bereitgestellt werden, die für zwei und mehrere Länder von Interesse sind;

der Entwicklung des Warenaustausches und des Austausches von Dienstleistungen der Mitgliedsländer des Rates untereinander und mit anderen Ländern; des Austausches von wissenschaftlich-technischen Erfahrungswissen und von fortschrittlichen Produktionserfahrungen;

- e) ergreift der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe andere Maßnahmen, die für die Erreichung der Ziele des Rates notwendig sind.
2. Der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe
- a) ist in Übereinstimmung mit dem vorliegenden Statut befugt, durch seine im Rahmen ihrer Zuständigkeit handelnden Organe Empfehlungen anzunehmen und Beschlüsse zu fassen;
- b) kann in Übereinstimmung mit dem vorliegenden Statut internationale Abkommen mit den Mitgliedsländern des Rates, mit anderen Ländern und mit internationalen Organisationen schließen.

Artikel IV

EMPFEHLUNGEN UND BESCHLÜSSE

1. Empfehlungen werden zu Fragen der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit angenommen. Die Empfehlungen werden den Mitgliedsländern des Rates zur Behandlung mitgeteilt.

Die Verwirklichung der von ihnen angenommenen Empfehlungen erfolgt durch die Mitgliedsländer des Rates auf Grund von Beschlüssen der Regierungen oder zuständiger Organe dieser Länder in Übereinstimmung mit ihrer Gesetzgebung.

2. Beschlüsse werden zu organisatorischen und Verfahrensfragen gefaßt. Beschlüsse treten, soweit sie nichts anderes vorsehen oder sich nichts anderes aus ihrem Charakter ergibt, am Tage der Unterzeichnung des Tagungsprotokolls des entsprechenden Ratsorgans in Kraft.
3. Alle Empfehlungen und Beschlüsse werden im Rat nur mit Einverständnis der interessierten Mitgliedsländer des Rates angenommen, wobei jedes Land das Recht hat, seine Interessiertheit an einer beliebigen im Rat zu behandelnden Frage zu erklären.

Empfehlungen und Beschlüsse gelten nicht für die Länder, die erklärt haben, daß sie an der betreffenden Frage nicht interessiert sind. Jedes dieser Länder kann sich jedoch in der Folge den von den anderen Mitgliedsländern des Rates angenommenen Empfehlungen und Beschlüssen anschließen.

Artikel V

ORGANE

1. Zur Verwirklichung der im Artikel III des vorliegenden Statuts genannten Funktionen und Befugnisse hat der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe folgende Hauptorgane:
- die Ratstagung,
 - das Exekutivkomitee des Rates,
 - die Komitees des Rates,
 - die Ständigen Kommissionen des Rates,
 - das Sekretariat des Rates.
2. Andere Organe, die sich als notwendig erweisen, können in Übereinstimmung mit diesem Statut gebildet werden.

Artikel VI

DIE RATSTAGUNG

1. Die Ratstagung ist das höchste Organ des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe. Sie ist befugt, alle in die Zuständigkeit des Rates fallenden Fragen zu beraten sowie Empfehlungen und Beschlüsse gemäß diesem Statut anzunehmen.
2. Die Ratstagung besteht aus den Delegationen aller Mitgliedsländer des Rates. Die Zusammensetzung der Delegation eines jeden Landes wird von der Regierung des betreffenden Landes bestimmt.

3. Ordentliche Ratstagungen werden mindestens einmal im Jahr abwechselnd in den Hauptstädten der Mitgliedsländer des Rates unter dem Vorsitz des Leiters der Delegation des Landes durchgeführt, in dem die Tagung stattfindet.
4. Eine außerordentliche Ratstagung kann auf Ersuchen oder mit Zustimmung von mindestens einem Drittel der Mitgliedsländer des Rates einberufen werden.
5. Die Ratstagung
- a) behandelt Hauptfragen der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit und bestimmt die Hauptrichtungen der Tätigkeit des Rates; den Bericht des Exekutivkomitees über die Tätigkeit des Rates;
- b) übt andere Funktionen aus, die sich für die Erreichung der Ziele des Rates als notwendig erweisen.
6. Die Ratstagung ist befugt, solche Organe zu bilden, die sie zur Ausübung der dem Rat obliegenden Funktionen für notwendig erachtet.
7. Die Ratstagung legt ihre Verfahrensregeln fest.

Artikel VII

DAS EXEKUTIVKOMITEE DES RATES

1. Das Exekutivkomitee des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe besteht aus je einem Vertreter jedes Mitgliedslandes des Rates auf der Ebene von Stellvertretern der Regierungschefs.
- Das Exekutivkomitee ist das Hauptvollzugsorgan des Rates.
2. Das Exekutivkomitee führt seine Sitzungen in der Regel einmal im Quartal durch.
3. Das Exekutivkomitee hat im Rahmen seiner Zuständigkeit das Recht, Empfehlungen und Beschlüsse gemäß vorliegendem Statut anzunehmen. Das Exekutivkomitee kann Vorschläge zur Behandlung auf der Ratstagung unterbreiten.
4. Das Exekutivkomitee
- a) leitet in Übereinstimmung mit den Beschlüssen der Ratstagung die gesamte Tätigkeit, die mit der Verwirklichung der vor dem Rat stehenden Aufgaben verbunden ist, und kontrolliert systematisch die Erfüllung der Verpflichtungen durch die Mitgliedsländer des Rates, die sich aus den von ihnen angenommenen Empfehlungen der Ratsorgane ergeben;
- b) leitet die Arbeit zur Koordinierung der Pläne für die Entwicklung der Volkswirtschaft, zur Spezialisierung und Kooperation der Produktion der Mitgliedsländer des Rates und organisiert die Ausarbeitung der Hauptrichtungen einer rationellen Arbeitsteilung in den wichtigsten Produktionszweigen dieser Länder;
- c) behandelt die Vorschläge der Mitgliedsländer des Rates und der entsprechenden Organe des Rates zu Fragen der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit, analysiert den Stand dieser Zusammenarbeit und arbeitet Maßnahmen zu deren weiteren Entwicklung aus;
- d) arbeitet die Hauptrichtungen und -maßnahmen aus zur Entwicklung des Warenaustausches und des Austausches von Dienstleistungen zwischen den Mitgliedsländern des Rates; der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsländern des Rates;
- e) leitet die Tätigkeit der Komitees, der ständigen Kommissionen und des Sekretariats des Rates sowie auch der entsprechenden anderen Organe des Rates und bestimmt die Hauptfragen und -richtungen ihrer Tätigkeit;

- f) bestätigt den Stellenplan des Sekretariats des Rates, den Haushaltsplan des Rates und den Bericht des Sekretariats über die Erfüllung des Haushaltsplanes; die Statuten der Komitees, der ständigen Kommissionen und des Sekretariats des Rates sowie der anderen Organe des Rates;
- g) schafft Kontrollorgane zur Revision der Finanztätigkeit des Sekretariats des Rates;
- h) übt andere Funktionen aus, die sich aus dem vorliegenden Statut sowie aus den Empfehlungen und Beschlüssen der Ratstagung ergeben.
5. Das Exekutivkomitee kann solche Organe bilden, die es zur Ausübung seiner Funktionen für notwendig erachtet.
6. Das Exekutivkomitee legt seine Verfahrensregeln fest.

Artikel VIII

KOMITEES DES RATES

1. Die Komitees des Rates werden von der Ratstagung geschaffen, um die komplexe Behandlung und Entscheidung der wichtigsten Probleme der Zusammenarbeit der Mitgliedsländer des Rates auf den Gebieten der Wirtschaft, Wissenschaft und Technik auf multilateraler Grundlage zu sichern.
- Die Komitees des Rates üben die Funktionen aus, die in ihren Statuten vorgesehen sind, sowie auch andere Funktionen, die sich aus den Empfehlungen und Beschlüssen der Ratstagung und des Exekutivkomitees des Rates ergeben.
2. Die Komitees des Rates bestehen aus je einem Leiter der entsprechenden zuständigen Organe der Mitgliedsländer des Rates.
3. Die Komitees des Rates haben im Rahmen ihrer Zuständigkeit das Recht:
- a) in Übereinstimmung mit dem vorliegenden Statut Empfehlungen und Beschlüsse anzunehmen;
 - b) der Ratstagung und dem Exekutivkomitee des Rates Vorschläge zur Behandlung zu unterbreiten;
 - c) Arbeitsorgane zu bilden, die einzelne Fragen, die zur Zuständigkeit der Komitees gehören, zur Behandlung in den Komitees vorbereiten oder abstimmen, sowie wissenschaftlich-technische Konferenzen und andere Beratungen einzuberufen;
 - d) Unterlagen, Stellungnahmen und Vorschläge der ständigen Kommissionen und der anderen entsprechenden Organe des Rates zu Fragen, die mit ihrer Tätigkeit verbunden sind, anzufordern.
4. Die Komitees des Rates legen dem Exekutivkomitee des Rates Jahresberichte über die geleistete Arbeit vor.
5. Die Komitees des Rates legen ihre Verfahrensregeln fest.

Artikel IX

STÄNDIGE KOMMISSIONEN

1. Die ständigen Kommissionen des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe werden von der Ratstagung geschaffen, um zur Weiterentwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Mitgliedsländern des Rates beizutragen und die mehrseitige wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit auf einzelnen Gebieten der Volkswirtschaft dieser Länder zu organisieren.
- Die ständigen Kommissionen arbeiten Maßnahmen aus und bereiten Vorschläge zur Verwirklichung der genannten Zusammenarbeit vor, einschließlich der Vorbereitung entsprechender mehrseitiger Abkommen, und üben andere Funktionen aus, die sich aus dem vorliegenden Statut, den Empfehlungen und Beschlüssen der Ratstagung, des Exekutivkomitees und der Komitees des Rates ergeben.
2. Die ständigen Kommissionen bestehen aus den Delegierten, die von den Mitgliedsländern des Rates bestimmt werden.

3. Die ständigen Kommissionen haben im Rahmen ihrer Zuständigkeit das Recht:
- a) in Übereinstimmung mit dem vorliegenden Statut Empfehlungen und Beschlüsse anzunehmen;
 - b) der Ratstagung und dem Exekutivkomitee des Rates Vorschläge zur Behandlung zu unterbreiten sowie den anderen entsprechenden Organen des Rates auf Anforderung oder aus eigener Initiative heraus Unterlagen, Stellungnahmen und Vorschläge zu unterbreiten;
 - c) Arbeitsorgane zu bilden, die einzelne Fragen, die zur Zuständigkeit der Kommission gehören, zur Behandlung in den Kommissionen vorbereiten oder abstimmen, sowie wissenschaftlich-technische Konferenzen und andere Beratungen einzuberufen.
4. Die ständigen Kommissionen legen dem Exekutivkomitee des Rates Jahresberichte über die geleistete Arbeit und ihre weitere Tätigkeit vor.
5. Die ständigen Kommissionen legen ihre Verfahrensregeln fest.

Artikel X

DAS SEKRETARIAT DES RATES

1. Das Sekretariat des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe besteht aus dem Sekretär des Rates, seinen Stellvertretern und dem für die Durchführung der dem Sekretariat obliegenden Funktionen erforderlichen Personal.
- Der Sekretär des Rates wird von der Ratstagung und seine Stellvertreter werden vom Exekutivkomitee des Rates ernannt.
- Der Sekretär des Rates und seine Stellvertreter leiten die Arbeit des Sekretariats des Rates. Das Sekretariat wird mit Bürgern der Mitgliedsländer des Rates entsprechend dem Statut des Sekretariats des Rates besetzt.
- Der Sekretär des Rates ist die oberste Amtsperson des Rates. Er vertritt den Rat gegenüber offiziellen Persönlichkeiten und Organisationen der Mitgliedsländer des Rates und anderer Länder sowie gegenüber internationalen Organisationen. Der Sekretär des Rates kann seine Stellvertreter sowie Mitarbeiter des Sekretariats bevollmächtigen, in seinem Namen aufzutreten.
- Der Sekretär und seine Stellvertreter können an allen Tagungen der Organe des Rates teilnehmen.
2. Das Sekretariat des Rates
- a) organisiert die Vorbereitung und unterstützt die Durchführung der Tagungen der Organe des Rates sowie der Beratungen, die im Rahmen des Rates durchgeführt werden, bereitet Unterlagen vor oder unterstützt die Vorbereitung der Unterlagen zu den Tagungen der Ratsorgane in Übereinstimmung mit den Arbeitsplänen dieser Organe und gewährleistet die Erfüllung der Funktionen des Sekretariats der anderen Ratsorgane;
 - b) stellt ökonomische Übersichten auf und führt ökonomische Untersuchungen auf der Grundlage der Materialien der Mitgliedsländer des Rates durch, bereitet Informations-, Auskunfts- und andere Unterlagen zu Fragen der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit der Mitgliedsländer des Rates vor und veröffentlicht diese und bereitet andere Übersichten und Untersuchungen vor;
 - c) bereitet Vorschläge zu einzelnen Fragen der Arbeit des Rates zur Behandlung in den entsprechenden Ratsorganen vor;
 - d) arbeitet Entwürfe mehrseitiger Abkommen zu Fragen der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit in Übereinstimmung mit den Empfehlungen und Beschlüssen der Organe des Rates aus oder unterstützt die Ausarbeitung solcher Entwürfe;
 - e) organisiert die Registrierung und registriert die Erfüllung der Empfehlungen und Beschlüsse der Organe des Rates und bereitet entsprechende Vorschläge zur Behandlung in den Ratsorganen vor;

- f) ergreift andere Maßnahmen, die sich aus dem vorliegenden Statut, aus den im Rat angenommenen Empfehlungen und Beschlüssen sowie aus dem Statut des Sekretariats des Rates ergeben.

Artikel XI

BEZIEHUNGEN DES RATES ZU ANDEREN LÄNDERN

Der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe kann Länder, die nicht Mitglieder des Rates sind, zur Teilnahme an der Arbeit der Organe des Rates einladen oder mit ihnen in anderen Formen zusammenarbeiten.

Die Bedingungen der Teilnahme von Nichtmitgliedsländern des Rates an der Arbeit der Ratsorgane oder ihrer Zusammenarbeit mit dem Rat in anderen Formen werden vom Rat in Vereinbarung mit diesen Ländern festgelegt, in der Regel durch den Abschluß von Abkommen.

Artikel XII

BEZIEHUNGEN DES RATES ZU INTERNATIONALEN ORGANISATIONEN

Der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe kann Beziehungen zu den Organen der Organisation der Vereinten Nationen, zu Spezial- und anderen internationalen Organisationen aufnehmen und unterhalten.

Der Charakter und die Formen dieser Beziehungen werden vom Rat in Vereinbarung mit den entsprechenden Organen der Organisation der Vereinten Nationen und den internationalen Organisationen, insbesondere durch den Abschluß von Abkommen, festgelegt.

Artikel XIII

FINANZFRAGEN

1. Alle Einnahmen und Ausgaben des Rates werden im Haushaltsplan des Rates ausgewiesen. Die Mitgliedsländer des Rates tragen die Kosten für den Unterhalt des Sekretariats, die Finanzierung seiner Tätigkeit und andere Ausgaben des Rates in Übereinstimmung mit seinem Haushaltsplan. Die Höhe der anteilmäßigen Beiträge der Mitgliedsländer zum Haushaltsplan des Rates wird von der Ratstagung festgelegt.
2. Das Sekretariat des Rates legt dem Exekutivkomitee des Rates den Entwurf des Haushaltsplanes des Rates für jedes Kalenderjahr und einen Bericht über die Erfüllung des Haushaltsplanes vor.
Die Finanztätigkeit des Sekretariats des Rates wird jährlich überprüft.
3. Die Kosten für den Unterhalt der Teilnehmer an den Tagungen der Organe des Rates sowie den Beratungen, die im Rahmen des Rates durchgeführt werden, trägt das Land, das seine Vertreter zu diesen Tagungen und Beratungen entsendet.
4. Die Kosten, die mit der Bereitstellung von Räumen sowie technischen Mitteln für die im Punkt 3 dieses Artikels genannten Tagungen und Beratungen zusammenhängen, trägt das Land, in dem diese Tagungen und Beratungen stattfinden, mit Ausnahme der Fälle, in denen solche Tagungen und Beratungen in den Räumen des Rates durchgeführt werden.

Artikel XIV

VERSCHIEDENE BESTIMMUNGEN

1. Der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe genießt auf dem Territorium eines jeden Mitgliedslandes des Rates die für die Ausübung seiner Funktionen und für die Erreichung seiner Ziele notwendige Rechtsfähigkeit.
2. Der Rat sowie die Vertreter der Mitgliedsländer des Rates und die Amtspersonen des Rates genießen auf dem Territorium eines jeden dieser Länder die zur Ausübung der

Funktionen und zur Erreichung der im vorliegenden Statut vorgesehenen Ziele notwendigen Privilegien und Immunitäten.

3. Die Rechtsfähigkeit, die Privilegien und Immunitäten, die in diesem Artikel genannt sind, werden in einer speziellen Konvention festgelegt.
4. Die Bestimmungen des vorliegenden Statuts berühren nicht die Rechte und Pflichten der Mitgliedsländer des Rates, die sich aus ihrer Mitgliedschaft in anderen internationalen Organisationen sowie aus den von ihnen abgeschlossenen internationalen Verträgen ergeben.
5. Die Vertreter der Länder im Exekutivkomitee des Rates sind gleichzeitig die ständigen Vertreter ihrer Länder im Rat. Der ständige Vertreter des Landes im Rat hat am Sitz des Sekretariats des Rates einen Stellvertreter, die notwendige Anzahl von Beratern und anderen Mitarbeitern.

Artikel XV

SPRACHEN

Offizielle Sprachen des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe sind die Sprachen aller Mitgliedsländer des Rates.

Arbeitssprache des Rates ist die russische Sprache.

Artikel XVI

RATIFIKATION UND INKRAFTTRETEN DES STATUTS

1. Das vorliegende Statut unterliegt der Ratifikation durch die Unterzeichnerländer entsprechend ihrem verfassungsmäßigen Verfahren.
2. Die Ratifikationsurkunden werden beim Depositär des vorliegenden Statuts hinterlegt.
3. Das Statut tritt am Tage der Hinterlegung der Ratifikationsurkunden durch alle Länder, die das vorliegende Statut unterzeichnet haben, in Kraft, wovon der Depositär jedes Mitgliedsland in Kenntnis setzt.
4. Für jedes Land, das in den Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe gemäß Artikel II Punkt 2 aufgenommen wird und dieses Statut ratifiziert, tritt es vorläufig am Tage des Beschlusses der Ratstagung über die Aufnahme des betreffenden Landes als Mitglied in den Rat und endgültig am Tage der Hinterlegung seiner Urkunde über die Ratifikation des Statuts in Kraft, wovon der Depositär die anderen Mitgliedsländer des Rates in Kenntnis setzt.

Artikel XVII

VERFAHREN BEI ÄNDERUNG DES STATUTS

Jedes Mitgliedsland des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe kann Vorschläge zur Änderung des vorliegenden Statuts einbringen.

Änderungen des Statuts, die von der Ratstagung gebilligt wurden, treten in Kraft, sobald alle Mitgliedsländer des Rates die Urkunden über die Ratifikation dieser Änderungen beim Depositär hinterlegt haben.

Artikel XVIII

SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Das vorliegende Statut wurde in einem Exemplar in russischer Sprache ausgefertigt. Das Statut wird bei der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken hinterlegt, die den Regierungen aller anderen Mitgliedsländer des Rates beglaubigte Abschriften des Statuts zusendet sowie diesen Regierungen und dem Sekretär des Rates die Hinterlegung der Ratifikationsurkunden bei der Regierung der UdSSR mitteilt.

Zur Bestätigung dessen haben die Vertreter der Regierungen der Mitgliedsländer des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe das vorliegende Statut unterzeichnet.

Ausgefertigt in Sofia am 14. Dezember 1959

УСТАВ

Совета Экономической Взаимопомощи

С изменениями, внесенными
Протоколом от 21 июня 1974 г.

Правительства Народной Республики Албании, Народной Республики Болгарии, Венгерской Народной Республики, Германской Демократической Республики, Польской Народной Республики, Румынской Народной Республики, Союза Советских Социалистических Республик и Чехословацкой Республики,

принимая во внимание, что экономическое сотрудничество, успешно осуществляемое между их странами, способствует наиболее рациональному развитию народного хозяйства, повышению жизненного уровня населения и укреплению единства и сплоченности этих стран,

полные решимости и впредь развивать всестороннее экономическое сотрудничество на основе последовательного осуществления международного социалистического разделения труда в интересах построения социализма и коммунизма в их странах и обеспечения устойчивого мира во всем мире,

убежденные в том, что развитие экономического сотрудничества между их странами содействует достижению целей, определенных Уставом Организации Объединенных Наций,

подтверждая свою готовность развивать экономические связи со всеми странами независимо от их общественного и государственного строя на началах равенства, взаимной выгоды и невмешательства во внутренние дела,

признавая все возрастающую роль Совета Экономической Взаимопомощи в организации экономического сотрудничества между их странами,

согласились в этих целях принять настоящий Устав.

Статья I

ЦЕЛИ И ПРИНЦИПЫ

1. Совет Экономической Взаимопомощи имеет целью содействовать путем объединения и координации усилий стран-членов Совета дальнейшему углублению и совершенствованию сотрудничества и развитию социалистической экономической интеграции, планомерному развитию народного хозяйства, ускорению экономического и технического прогресса в этих странах, повышению уровня индустриализации стран с менее развитой промышленностью, непрерывному росту производительности труда, постепенному сближению и выравниванию уровней экономического развития и неуклонному подъему благосостояния народов стран-членов Совета.

2. Совет Экономической Взаимопомощи основан на началах суверенного равенства всех стран-членов Совета.

Экономическое и научно-техническое сотрудничество стран-членов Совета осуществляется в соответствии с принципами социалистического интернационализма, на основе уважения государственного суверенитета, независимости и национальных интересов, невмешательства во внутренние дела стран, полного равноправия, взаимной выгоды и товарищеской взаимопомощи.

Статья II

ЧЛЕНСТВО

1. Первоначальными членами Совета Экономической Взаимопомощи являются страны, подписавшие и ратифицировавшие настоящий Устав.

2. Прием в члены Совета открыт для других стран, которые разделяют цели и принципы Совета и изъявили согласие при-

нять на себя содержащиеся в настоящем Уставе обязательства.

Прием новых членов производится решением Сессии Совета на основе официальных просьб стран о приеме их в члены Совета.

3. Каждая страна-член Совета может выйти из Совета, уведомив об этом депозитария настоящего Устава. Это уведомление вступает в силу через шесть месяцев после его получения депозитарием. По получении такого уведомления депозитарий известит об этом страны-члены Совета.

4. Страны-члены Совета соглашаются:

а) обеспечивать выполнение принятых ими рекомендаций органов Совета;

б) оказывать Совету и его должностным лицам необходимое содействие в выполнении ими функций, предусмотренных настоящим Уставом;

в) предоставлять в Совет материалы и информацию, необходимые для осуществления возложенных на него задач;

г) информировать Совет о ходе выполнения принятых ими рекомендаций органов Совета.

Статья III

ФУНКЦИИ И ПОЛНОМОЧИЯ

1. В соответствии с целями и принципами, указанными в ст. 1 настоящего Устава, Совет Экономической Взаимопомощи:

а) организует всестороннее экономическое и научно-техническое сотрудничество стран-членов Совета в направлении наиболее рационального использования их природных ресурсов и ускорения развития производительных сил и содействует развитию социалистической экономической интеграции;

б) содействует совершенствованию международного социалистического разделения труда путем координации планов развития народного хозяйства, специализации и кооперирования производства стран-членов Совета;

в) предпринимает меры по изучению экономических и научно-технических проблем, представляющих интерес для стран-членов Совета;

г) содействует странам-членам Совета в разработке, согласовании и осуществлении совместных мероприятий в области:

развития промышленности и сельского хозяйства стран-членов Совета;

развития транспорта в целях первоочередного обеспечения возрастающих перевозок экспортно-импортных и транзитных грузов стран-членов Совета;

наиболее эффективного использования основных капиталовложений, выделяемых странами-членами Совета на развитие добывающих и перерабатывающих отраслей промышленности, а также строительство важнейших объектов, представляющих интерес для двух и более стран;

развития товарооборота и обмена услугами стран-членов Совета между собой и с другими странами;

обмена научно-техническими достижениями и передовым производственным опытом;

д) предпринимает другие действия, необходимые для достижения целей Совета.

2. Совет Экономической Взаимопомощи в соответствии с настоящим Уставом:

а) полномочен принимать рекомендации и решения в лице своих органов, действующих в пределах их компетенции;

б) может заключать международные соглашения со странами-членами Совета, с другими странами и международными организациями.

Статья IV

РЕКОМЕНДАЦИИ И РЕШЕНИЯ

1. Рекомендации принимаются по вопросам экономического и научно-технического сотрудничества. Рекомендации сообщаются странам-членам Совета для рассмотрения.

Осуществление странами-членами Совета принятых ими рекомендаций проводится по решениям правительств или компетентных органов этих стран в соответствии с их законодательством.

2. Решения принимаются по организационным и процедурным вопросам. Решения вступают в силу, если иное не предусмотрено в самих решениях или не следует из характера решений, со дня подписания протокола заседания соответствующего органа Совета.

3. Все рекомендации и решения в Совете принимаются лишь с согласия заинтересованных стран-членов Совета, причем каждая страна вправе заявить о своей заинтересованности в любом вопросе, рассматриваемом в Совете.

Рекомендации и решения не распространяются на страны, заявившие о своей незаинтересованности в данном вопросе. Однако каждая из этих стран может впоследствии присоединиться к рекомендациям и решениям, принятым остальными странами-членами Совета.

Статья V

ОРГАНЫ

1. Для осуществления функций и полномочий, указанных в ст. III настоящего Устава, Совет Экономической Взаимопомощи имеет следующие основные органы:

Сессия Совета.

Исполнительный Комитет Совета.

комитеты Совета.

постоянные комиссии Совета.

Секретариат Совета.

2. Другие органы, которые могут оказаться необходимыми, учреждаются в соответствии с настоящим Уставом.

Статья VI

СЕССИЯ СОВЕТА

1. Сессия Совета является высшим органом Совета Экономической Взаимопомощи. Она полномочна обсуждать все вопросы, входящие в компетенцию Совета, и принимать рекомендации и решения согласно настоящему Уставу.

2. Сессия Совета состоит из делегаций всех стран-членов Совета. Состав делегации каждой страны определяется правительством соответствующей страны.

3. Очередные Сессии Совета созываются не реже одного раза в год поочередно в столицах стран-членов Совета под председательством главы делегации страны, в которой проводится Сессия.

4. Чрезвычайная Сессия Совета может быть созвана по просьбе или с согласия не менее одной трети стран-членов Совета.

5. Сессия Совета:

а) рассматривает:

основные вопросы экономического и научно-технического сотрудничества и определяет главные направления деятельности Совета;

доклад Исполнительного Комитета о деятельности Совета;

б) осуществляет другие функции, которые окажутся необходимыми для достижения целей Совета.

6. Сессия Совета полномочна учреждать такие органы, которые она сочтет необходимыми для выполнения возложенных на Совет функций.

7. Сессия Совета устанавливает свои правила процедуры.

Статья VII

ИСПОЛНИТЕЛЬНЫЙ КОМИТЕТ СОВЕТА

1. Исполнительный Комитет Совета Экономической Взаимопомощи состоит из представителей всех стран-членов Совета на уровне заместителей глав правительств, по одному от каждой страны.

Исполнительный Комитет является главным исполнительным органом Совета.

2. Исполнительный Комитет проводит свои заседания, как правило, один раз в квартал.

3. Исполнительный Комитет в пределах своей компетенции имеет право принимать рекомендации и решения согласно настоящему Уставу. Исполнительный Комитет может вносить предложения на рассмотрение Сессии Совета.

4. Исполнительный Комитет:

а) руководит всей совокупностью работ, связанных с реализацией задач, стоящих перед Советом в соответствии с решениями Сессии Совета, осуществляет систематическое наблюдение за выполнением странами-членами Совета обязательств, вытекающих из принятых ими рекомендаций органов Совета;

б) руководит работой по координации планов развития народного хозяйства, специализации и кооперированию производства стран-членов Совета и организует разработку основных направлений рационального разделения труда в важнейших отраслях производства этих стран;

в) рассматривает предложения стран-членов Совета и соответствующих органов Совета по вопросам экономического и научно-технического сотрудничества, анализирует состояние этого сотрудничества и разрабатывает мероприятия по его дальнейшему развитию;

г) разрабатывает основные направления и меры по развитию:

товарооборота и обмена услугами между странами-членами Совета;

научно-технического сотрудничества между странами-членами Совета;

д) осуществляет руководство работой комитетов, постоянных комиссий и Секретариата Совета, а также других соответствующих органов Совета, определяет основные вопросы и направления их деятельности;

е) утверждает:

штаты Секретариата Совета, бюджет Совета и отчет Секретариата об исполнении бюджета;

положения о комитетах, постоянных комиссиях и Секретариате Совета, а также о других органах Совета;

ж) создает контрольные органы для проверки финансовой деятельности Секретариата Совета;

з) выполняет другие функции, вытекающие из настоящего Устава, а также из рекомендаций и решений Сессии Совета.

5. Исполнительный Комитет может учреждать такие органы, которые он сочтет необходимыми для осуществления своих функций.

6. Исполнительный Комитет устанавливает свои правила процедуры.

Статья VIII

КОМИТЕТЫ СОВЕТА

1. Комитеты Совета создаются Сессией Совета для обеспечения комплексного рассмотрения и решения на многосторонней основе важнейших проблем сотрудничества стран-членов Совета в области экономики, науки и техники.

Комитеты Совета выполняют функции, предусмотренные положениями о них, а также другие функции, вытекающие из рекомендаций и решений Сессии Совета и Исполнительного Комитета Совета.

2. Комитеты Совета состоят из руководителей соответствующих компетентных органов стран-членов Совета, по одному от каждой страны.

3. Комитеты Совета в пределах их компетенции имеют право:

а) принимать рекомендации и решения в соответствии с настоящим Уставом;

б) вносить предложения на рассмотрение Сессии Совета и Исполнительного Комитета Совета;

в) учреждать рабочие органы для подготовки на рассмотрение комитетов и для согласования отдельных вопросов, относящихся к ведению комитетов, а также созывать научно-технические конференции и другие совещания;

г) запрашивать материалы, соображения и предложения постоянных комиссий и других соответствующих органов Совета по вопросам, связанным с их деятельностью.

4. Комитеты Совета представляют Исполнительному Комитету Совета ежегодные доклады о проделанной работе.

5. Комитеты Совета устанавливают свои правила процедуры.

Статья IX

ПОСТОЯННЫЕ КОМИССИИ СОВЕТА

1. Постоянные комиссии Совета Экономической Взаимопомощи создаются Сессией Совета в целях содействия дальнейшему развитию экономических связей между странами-членами Совета и организации многостороннего экономического и научно-технического сотрудничества в отдельных областях народного хозяйства этих стран.

Постоянные комиссии разрабатывают мероприятия и подготавливают предложения по осуществлению указанного выше сотрудничества, включая подготовку соответствующих многосторонних соглашений, а также выполняют другие функции, вытекающие из настоящего Устава, рекомендаций и решений Сессии Совета, Исполнительного Комитета и комитетов Совета.

2. Постоянные комиссии состоят из делегаций, назначенных странами-членами Совета.

3. Постоянные комиссии в пределах их компетенции имеют право:

а) принимать рекомендации и решения в соответствии с настоящим Уставом;

б) вносить предложения на рассмотрение Сессии Совета и Исполнительного Комитета Совета, а также направлять по запросу или по собственной инициативе материалы, соображения и предложения другим соответствующим органам Совета;

в) учреждать рабочие органы для подготовки на рассмотрение комиссий и для согласования отдельных вопросов, относящихся к ведению комиссий, а также созывать научно-технические конференции и другие совещания.

4. Постоянные комиссии представляют Исполнительному Комитету Совета ежегодные доклады о проделанной работе и дальнейшей их деятельности.

5. Постоянные комиссии устанавливают свои правила процедуры.

Статья X

СЕКРЕТАРИАТ СОВЕТА

1. Секретариат Совета Экономической Взаимопомощи состоит из Секретаря Совета, его заместителей и такого персонала, который может потребоваться для осуществления возложенных на Секретариат функций.

Секретарь Совета назначается Сессией Совета, а его заместители — Исполнительным Комитетом Совета.

Секретарь Совета и его заместители руководят работой Секретариата Совета. Персонал Секретариата комплектуется из граждан стран-членов Совета в соответствии с Положением о Секретариате Совета.

Секретарь Совета является главным должностным лицом Совета. Он представляет Совет перед официальными лицами и организациями стран-членов Совета и других стран, а также перед международными организациями. Секретарь Совета может уполномочивать своих заместителей, а также сотрудников Секретариата выступать от его имени.

Секретарь и его заместители могут принимать участие во всех заседаниях органов Совета.

2. Секретариат Совета:

а) организует подготовку и содействует проведению заседаний органов Совета и совещаний, проводимых в рамках Совета, подготавливает материалы или содействует подготовке материалов к заседаниям органов Совета в соответствии с планами работы этих органов, обеспечивает выполнение функций секретариата других органов Совета;

б) составляет экономические обзоры и проводит экономические исследования по материалам стран-членов Совета, подготавливает и публикует информационные, справочные и другие материалы по вопросам экономического и научно-технического сотрудничества стран-членов Совета, а также подготавливает иные обзоры и исследования;

в) подготавливает предложения по отдельным вопросам работы Совета для рассмотрения их в соответствующих органах Совета;

г) разрабатывает или содействует разработке проектов многосторонних соглашений во вопросам экономического и научно-технического сотрудничества в соответствии с рекомендациями и решениями органов Совета;

д) организует и осуществляет учет выполнения рекомендаций и решений органов Совета и подготавливает соответствующие предложения на их рассмотрение;

е) предпринимает другие действия, вытекающие из настоящего Устава, принятых в Совете рекомендаций и решений, а также из Положения о Секретариате Совета.

3. Секретарь Совета, его заместители и персонал Секретариата при исполнении служебных обязанностей действуют в качестве международных должностных лиц.

4. Местом пребывания Секретариата Совета является г. Москва.

Статья XI

ОТНОШЕНИЯ СОВЕТА С ДРУГИМИ СТРАНАМИ

Совет Экономической Взаимопомощи может приглашать страны, не являющиеся членами Совета, принимать участие в работе органов Совета или осуществлять с ними сотрудничество в иных формах.

Условия участия стран-нечленов Совета в работе органов Совета или их сотрудничества с Советом в иных формах определяются Советом по договоренности с этими странами, как правило, путем заключения соглашений.

Статья XII

ОТНОШЕНИЯ СОВЕТА С МЕЖДУНАРОДНЫМИ ОРГАНИЗАЦИЯМИ

Совет Экономической Взаимопомощи может устанавливать и поддерживать отношения с органами ООН, специализированными и другими международными организациями.

Характер и форма этих отношений определяются Советом по договоренности с соответствующими органами ООН и международными организациями, в частности путем заключения соглашений.

Статья XIII

ФИНАНСОВЫЕ ВОПРОСЫ

1. Все доходы и расходы Совета предусматриваются в бюджете Совета. Страны-члены Совета несут расходы, связанные с содержанием Секретариата, финансированием его деятельности, и другие расходы Совета в соответствии с его бюджетом. Размер долевых взносов стран-членов в бюджет Совета устанавливается Сессией Совета.

2. Секретариат Совета представляет Исполнительному Комитету Совета проект бюджета Совета на каждый календарный год и отчет об исполнении бюджета.

Проверка финансовой деятельности Секретариата Совета осуществляется ежегодно.

3. Расходы по содержанию участников заседаний органов Совета, а также совещаний, проводимых в рамках Совета, несет страна, командировавшая своих представителей на эти заседания и совещания.

4. Расходы, связанные с предоставлением помещений, а также технических средств, необходимых для заседаний и совещаний, указанных в п. 3 настоящей статьи, несет страна, в которой проводятся эти заседания и совещания, за исключением случаев, когда такие заседания и совещания проводятся в помещениях Совета.

Статья XIV

РАЗНЫЕ ПОСТАНОВЛЕНИЯ

1. Совет Экономической Взаимопомощи пользуется на территории каждой страны-члена Совета правоспособностью, необходимой для выполнения его функций и достижения его целей.

2. Совет, а также представители стран-членов Совета и должностные лица Совета пользуются на территории каждой из этих стран привилегиями и иммунитетами, которые необходимы для выполнения функций и достижения целей, предусмотренных настоящим Уставом.

3. Правоспособность, привилегии и иммунитеты, указанные в настоящей статье, определяются специальной Конвенцией.

4. Положения настоящего Устава не затрагивают прав и обязательств стран-членов Совета, вытекающих из их членства в других международных организациях, а также из заключенных ими международных договоров.

5. Представители стран в Исполнительном Комитете Совета являются одновременно постоянными представителями своих стран в Совете. Постоянный представитель страны в Совете имеет в месте пребывания Секретариата Совета заместителя, необходимое количество советников и других сотрудников.

Статья XV

ЯЗЫКИ

Официальными языками Совета Экономической Взаимопомощи являются языки всех стран-членов Совета.

Рабочим языком Совета является русский язык.

Статья XVI

РАТИФИКАЦИЯ И ВСТУПЛЕНИЕ УСТАВА В СИЛУ

1. Настоящий Устав подлежит ратификации подписавшими его странами в соответствии с их конституционной процедурой.

2. Ратификационные грамоты будут сданы на хранение депозитарию настоящего Устава.

3. Устав вступит в силу немедленно по сдаче на хранение ратификационных грамот всеми странами, подписавшими настоящий Устав, о чем депозитарий уведомит эти страны.

4. В отношении каждой страны, которая согласно п. 2 ст. II настоящего Устава будет принята в Совет Экономической Взаимопомощи и ратифицирует этот Устав, он вступит в силу временно со дня решения Сессии Совета о приеме данной страны в члены Совета и окончательно — со дня сдачи на хранение этой страной документа о ратификации Устава, о чем депозитарий уведомит другие страны-члены Совета.

Статья XVII

ПОРЯДОК ИЗМЕНЕНИЯ УСТАВА

Каждая страна-член Совета Экономической Взаимопомощи может внести предложение об изменении настоящего Устава.

Одобренные Сессией Совета изменения Устава войдут в силу немедленно по сдаче на хранение депозитарию документов о ратификации этих изменений всеми странами-членами Совета.

Статья XVIII

ЗАКЛЮЧИТЕЛЬНЫЕ ПОСТАНОВЛЕНИЯ

Настоящий Устав составлен в одном экземпляре на русском языке. Устав будет сдан на хранение Правительству Союза Советских Социалистических Республик, которое разошлет заверенные копии Устава правительствам всех других стран-членов Совета, а также будет сообщать этим правительствам и Секретарию Совета о сдаче Правительству СССР на хранение ратификационных грамот.

В удостоверение чего представители правительств стран-членов Совета Экономической Взаимопомощи подписали настоящий Устав.

Совершено в г. Софии 14 декабря 1959 г.

KONVENTION**über die Rechtsfähigkeit, Privilegien und Immunitäten
des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe**

Mit den Änderungen entsprechend
dem Protokoll vom 21. Juni 1974

Die Regierungen der Volksrepublik Albanien, der Volksrepublik Bulgarien, der Ungarischen Volksrepublik, der Deutschen Demokratischen Republik, der Volksrepublik Polen, der Rumänischen Volksrepublik, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Tschechoslowakischen Republik haben

auf der Grundlage von Artikel XIV des Statuts des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe, demzufolge

der Rat auf dem Territorium jedes Mitgliedslandes die für die Ausübung seiner Funktionen und zur Erreichung seiner Ziele notwendige Rechtsfähigkeit genießt,

der Rat sowie die Vertreter der Mitgliedsländer des Rates und die Amtspersonen des Rates auf dem Territorium jedes Mitgliedslandes die Privilegien und Immunitäten genießen, die zur Ausübung der Funktionen und zur Erreichung der im Statut vorgesehenen Ziele erforderlich sind, und

diese Rechtsfähigkeit, Privilegien und Immunitäten in einer besonderen Konvention festgelegt werden,

folgendes vereinbart:

Artikel I**RECHTSFÄHIGKEIT**

Der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe ist juristische Person; er ist ermächtigt,

- a) Abkommen abzuschließen,
- b) Vermögen zu erwerben, zu mieten bzw. zu pachten und zu veräußern,
- c) vor Gericht aufzutreten.

Artikel II**VERMÖGEN UND DOKUMENTE**

1. Die Räumlichkeiten des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe sind unverletzlich. Das Vermögen und die Dokumente des Rates genießen unabhängig von ihrem Lage- bzw. Aufbewahrungsort Immunität gegenüber jeglichen verwaltungsrechtlichen und gerichtlichen Maßnahmen, es sei denn, daß der Rat im Einzelfall auf die Immunität verzichtet.
2. Der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe ist von allen zentralen und örtlichen direkten Steuern und Abgaben befreit. Das gilt nicht in bezug auf Zahlungen für kommunale und sonstige ähnliche Dienstleistungen.
3. Der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe ist bei der Ein- und Ausfuhr von Gegenständen des dienstlichen Gebrauchs von Zöllen und Beschränkungen befreit.

Artikel III**VERGÜNSTIGUNGEN IM NACHRICHTENWESEN**

Der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe genießt auf dem Territorium jedes Mitgliedslandes des Rates hinsichtlich der Vorrangigkeit der Abfertigung, der Tarife und der Gebühren

im Post-, Telegraf- und Telefonverkehr nicht weniger günstige Bedingungen als sie im jeweiligen Land den diplomatischen Vertretungen gewährt werden.

Artikel IV**VERTRETER DER MITGLIEDSLÄNDER DES RATES**

1. Die Vertreter der Mitgliedsländer des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe in den Ratsorganen sowie auf den Tagungen, die im Rahmen des Rates durchgeführt werden, genießen auf dem Territorium jedes Mitgliedslandes des Rates bei Ausübung ihrer dienstlichen Obliegenheiten folgende Privilegien und Immunitäten:
 - a) Immunität gegen Inhaftierung oder Festnahme sowie gerichtliche Verfolgung hinsichtlich aller Handlungen, die sie als Vertreter begehen können;
 - b) Unantastbarkeit aller Unterlagen und Dokumente;
 - c) hinsichtlich des persönlichen Gepäcks die gleichen Zollvergünstigungen, die in diplomatischen Vertretungen tätigen Mitarbeitern gleichen Ranges im jeweiligen Land gewährt werden;
 - d) Befreiung von persönlichen Pflichtleistungen und von direkten Steuern und Abgaben hinsichtlich des Gehaltes, das den Vertretern von dem sie ernennenden Land gezahlt wird.
2. Die Ständigen Vertreter der Länder im Rat und ihre Stellvertreter genießen außer den im Punkt 1 dieses Artikels genannten Privilegien und Immunitäten die in dem betreffenden Land den diplomatischen Vertretern eingeräumten Privilegien und Immunitäten.
3. Die in diesem Artikel vorgesehenen Privilegien und Immunitäten werden dem genannten Personenkreis ausschließlich im dienstlichen Interesse gewährt. Jedes Mitgliedsland des Rates hat das Recht und ist verpflichtet, auf die Immunität seines Vertreters in allen Fällen zu verzichten, wenn die Immunität seiner Meinung nach die Rechtsprechung behindert und der Verzicht auf die Immunität keine Beeinträchtigung der Ziele darstellt, für die sie gewährt wurde.
4. Die Bestimmungen der Punkte 1 und 2 dieses Artikels finden auf die Beziehungen zwischen Vertretern und Organen des Landes, dessen Bürger sie sind, keine Anwendung.
5. „Vertreter“ im Sinne des Punktes 1 dieses Artikels sind die Ständigen Vertreter der Länder im Rat, ihre Stellvertreter, die Leiter, die Mitglieder und Sekretäre der Delegationen sowie die Berater und Experten.

Artikel V**AMTSPERSONEN DES RATES**

1. Das Exekutivkomitee des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe legt auf Vorschlag des Sekretärs des Rates die Kategorien der Amtspersonen fest, auf die die Bestimmungen dieses Artikels Anwendung finden. Der Sekretär des

Rates teilt den Mitgliedsländern des Rates periodisch die Namen dieser Amtspersonen mit.

2. Auf dem Territorium jedes Mitgliedslandes des Rates
 - a) werden die Amtspersonen des Rates für alle Handlungen, die sie in ihrer Eigenschaft als Amtspersonen begehren können, nicht gerichtlich und verwaltungsrechtlich zur Verantwortung gezogen;
 - b) sind sie von persönlichen Pflichtleistungen befreit;
 - c) sind sie von direkten Steuern und Abgaben in bezug auf das ihnen vom Rat gezahlte Gehalt befreit;
 - d) haben sie hinsichtlich des persönlichen Gepäcks das Recht auf die gleichen Zollvergünstigungen, die den in diplomatischen Vertretungen tätigen Mitarbeitern gleichen Ranges im jeweiligen Land gewährt werden.
3. Der Sekretär des Rates und seine Stellvertreter genießen außer den im Punkt 2 dieses Artikels genannten Privilegien und Immunitäten die in dem betreffenden Land den diplomatischen Vertretern eingeräumten Privilegien und Immunitäten.
4. Die in diesem Artikel vorgesehenen Privilegien und Immunitäten werden dem genannten Personenkreis ausschließlich im Interesse des Rates und der unabhängigen Wahrnehmung der dienstlichen Funktionen gewährt. Der Sekretär des Rates hat das Recht und ist verpflichtet, auf die einer Amtsperson gewährte Immunität zu verzichten, wenn seiner Meinung nach die Immunität die Rechtsprechung behindert und der Verzicht die Interessen des Rates nicht beeinträchtigt. Für den Sekretär des Rates und seine Stellvertreter ist das Exekutivkomitee des Rates berechtigt, auf die Immunität zu verzichten.
5. Die Bestimmungen von Punkt 2 Buchstaben b und c dieses Artikels finden keine Anwendung, sofern die Amtspersonen Bürger des Staates sind, in dem das Ratsorgan, bei dem sie beschäftigt sind, seinen Sitz hat.

Artikel VI

SCHLUSSBESTIMMUNGEN

1. Die vorliegende Konvention unterliegt der Ratifikation durch die Mitgliedsländer des Rates entsprechend ihrem verfassungsmäßigen Verfahren.
2. Die Ratifikationsurkunden werden beim Depositär dieser Konvention hinterlegt.
3. Die Konvention tritt am Tage der Hinterlegung der Ratifikationsurkunden durch alle Mitgliedsländer, die die vorliegende Konvention unterzeichnet haben, in Kraft, wovon der Depositär jedes Mitgliedsland in Kenntnis setzt.
4. Für jedes Land, das gemäß Artikel II Punkt 2 des Statuts des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe in den Rat aufgenommen wird und sein Einverständnis erklärt hat, der vorliegenden Konvention beizutreten, tritt sie vorläufig am Tage des Beschlusses der Ratstagung über die Aufnahme des betreffenden Landes als Mitglied in den Rat in Kraft und endgültig am Tage der Hinterlegung seiner Urkunde über die Ratifikation der Konvention, wovon der Depositär die anderen Mitgliedsländer des Rates in Kenntnis setzt.
5. Diese Konvention wurde in einem Exemplar in russischer Sprache ausgefertigt. Die Konvention wird bei der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken hinterlegt, die den Regierungen aller anderen Mitgliedsländer des Rates beglaubigte Abschriften der Konvention übermittelt sowie diesen Regierungen und dem Sekretär des Rates die Hinterlegung der Ratifikationsurkunden bei der Regierung der UdSSR mitteilt.

Zur Bestätigung dessen haben die Vertreter der Regierungen der Mitgliedsländer des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe die vorliegende Konvention unterzeichnet.

Ausgefertigt in Sofia am 14. Dezember 1959

КОНВЕНЦИЯ

о правоспособности, привилегиях и иммунитетах Совета Экономической Взаимопомощи

С изменениями, внесенными
Протоколом от 21 июня 1974 г.

Правительства Народной Республики Албании, Народной Республики Болгарии, Венгерской Народной Республики, Германской Демократической Республики, Польской Народной Республики, Румынской Народной Республики, Союза Советских Социалистических Республик и Чехословацкой Республики,

принимая во внимание ст. XIV Устава Совета Экономической Взаимопомощи, предусматривающую,

что Совет пользуется на территории каждой страны-члена Совета правоспособностью, необходимой для выполнения его функций и достижения его целей,

что Совет, а также представители стран-членов Совета и должностные лица Совета пользуются на территории каждой из этих стран привилегиями и иммунитетами, которые необходимы для выполнения функций и достижения целей, предусмотренных упомянутым Уставом, и

что указанные правоспособность, привилегии и иммунитеты определяются специальной Конвенцией,

согласились о нижеследующем:

Статья I

ПРАВОСПОСОБНОСТЬ

Совет Экономической Взаимопомощи является юридическим лицом и правомочен:

- a) заключать соглашения;
- b) приобретать, арендовать и отчуждать имущество;
- в) выступать в суде.

Статья II

ИМУЩЕСТВО, АКТИВЫ, ДОКУМЕНТЫ

1. Помещения Совета Экономической Взаимопомощи являются неприкосновенными. Его имущество, активы и документы независимо от места их нахождения пользуются иммунитетом от любой формы административного и судебного вмешательства, с изъятием, когда Совет сам отказывается от иммунитета в каком-либо отдельном случае.

2. Совет Экономической Взаимопомощи освобождается от всех прямых налогов и сборов, как общегосударственных, так

и местных. Это положение не будет применяться в отношении платежей за предоставление коммунальных и других подобных услуг.

3. Совет Экономической Взаимопомощи освобождается от таможенных сборов и ограничений при ввозе и вывозе предметов, предназначенных для служебного пользования.

Статья III

Льготы по связи

Совет Экономической Взаимопомощи пользуется на территории каждой из стран-членов Совета не менее благоприятными условиями в отношении первоочередности, тарифов и ставок почтовой, телеграфной и телефонной связи, чем те, которыми в этой стране пользуются дипломатические представительства.

Статья IV

Представители стран-членов Совета

1. Представителям стран-членов Совета Экономической Взаимопомощи в органах Совета, а также на совещаниях, проводимых в рамках Совета, при исполнении ими своих служебных обязанностей предоставляются на территории каждой страны-члена Совета следующие привилегии и иммунитеты:

а) иммунитет от личного ареста или задержания, а также от юрисдикции судебных учреждений в отношении всех действий, которые могут быть ими совершены в качестве представителей;

б) неприкосновенность всех бумаг и документов;

в) те же таможенные льготы в отношении их личного багажа, какие предоставляются соответствующим по рангу сотрудникам дипломатических представительств в данной стране;

г) освобождение от личных повинностей и от прямых налогов и сборов в отношении заработной платы, выплачиваемой представителям назначившей их страной.

2. Постоянные представители стран в Совете и их заместители кроме привилегий и иммунитетов, указанных в п. 1 настоящей статьи, пользуются привилегиями и иммунитетами, предоставляемыми в данной стране дипломатическим представителям.

3. Привилегии и иммунитеты, предусмотренные настоящей статьей, предоставляются упомянутым в ней лицам исключительно в служебных интересах. Каждая страна-член Совета имеет право и обязана отказаться от иммунитета своего представителя во всех случаях, когда, по мнению этой страны, иммунитет препятствует осуществлению правосудия и отказ от иммунитета не нанесет ущерба целям, в связи с которыми он был предоставлен.

4. Положения пп. 1 и 2 настоящей статьи не применяются к взаимоотношениям между представителем и органами страны, гражданином которой он является.

5. Понятие «представители» в п. 1 настоящей статьи включает постоянных представителей стран в Совете, их заместителей, глав, членов и секретарей делегаций, а также советников и экспертов.

Статья V

Должностные лица Совета

1. Исполнительный Комитет Совета Экономической Взаимопомощи по представлению Секретаря Совета определяет категории должностных лиц, к которым применяются положения настоящей статьи. Фамилии таких должностных лиц периоди-

чески сообщаются Секретарем Совета странам-членам Совета.

2. Должностные лица Совета на территории каждой страны-члена Совета:

а) не подлежат судебной и административной ответственности за все действия, которые могут быть ими совершены в качестве должностных лиц;

б) освобождаются от личных повинностей;

в) освобождаются от прямых налогов и сборов в отношении заработной платы, выплачиваемой им Советом;

г) имеют право на те же таможенные льготы в отношении их личного багажа, какие предоставляются соответствующим по рангу сотрудникам дипломатических представительств в данной стране.

3. Секретарь Совета и его заместители пользуются кроме привилегий и иммунитетов, указанных в п. 2 настоящей статьи, привилегиями и иммунитетами, предоставляемыми в данной стране дипломатическим представителям.

4. Привилегии и иммунитеты, предусмотренные настоящей статьей, предоставляются упомянутым в ней лицам исключительно в интересах Совета и независимого выполнения этими лицами служебных функций. Секретарь Совета имеет право и обязан отказаться от иммунитета, предоставленного любому должностному лицу, в тех случаях, когда, по его мнению, иммунитет препятствует осуществлению правосудия и от него можно отказаться без ущерба для интересов Совета. В отношении Секретаря Совета и его заместителей право отказа от иммунитета принадлежит Исполнительному Комитету Совета.

5. Положения п. 2 б) и в) настоящей статьи не применяются к должностным лицам Совета, являющимся гражданами страны места пребывания органа Совета, в котором эти лица работают.

Статья VI

Заключительные постановления

1. Настоящая Конвенция подлежит ратификации странами-членами Совета в соответствии с их конституционной процедурой.

2. Ратификационные грамоты будут сданы на хранение депозитарию настоящей Конвенции.

3. Конвенция вступит в силу немедленно по сдаче на хранение ратификационных грамот всеми странами-членами Совета, подписавшими настоящую Конвенцию, о чем депозитарий уведомит эти страны.

4. В отношении каждой страны, которая согласно п. 2 ст. II Устава Совета Экономической Взаимопомощи будет принята в Совет и заявит о своем согласии присоединиться к настоящей Конвенции, она вступит в силу временно со дня решения Сессии Совета о приеме данной страны в члены Совета и окончательно — в день сдачи на хранение этой страной документа о ратификации Конвенции, о чем депозитарий уведомит страны-члены Совета.

5. Настоящая Конвенция составлена в одном экземпляре на русском языке. Конвенция будет сдана на хранение Правительству Союза Советских Социалистических Республик, которое разошлет заверенные копии Конвенции правительствам всех других стран-членов Совета, а также будет сообщать этим правительствам и Секретарю Совета о сдаче Правительству СССР на хранение ратификационных грамот.

В удостоверение чего представители правительств стран-членов Совета Экономической Взаимопомощи подписали настоящую Конвенцию.

Совершено в г. Софии 14 декабря 1959 г.



234a

GESETZBLATT

der Deutschen Demokratischen Republik

153

1976	Berlin, den 21. Juni 1976	Teil II Nr. 7
Tag	Inhalt	Seite
10. 6. 76	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Abkommens vom 30. März 1976 zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland auf dem Gebiet des Post- und Fernmeldewesens sowie der Verwaltungsabkommen vom 30. März 1976 zwischen dem Ministerium für Post- und Fernmeldewesen der Deutschen Demokratischen Republik und dem Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen der Bundesrepublik Deutschland über den Postverkehr, den Fernmeldeverkehr und die Abrechnung der Leistungen im Post- und Fernmeldetransit	153
3. 6. 76	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Konsularvertrages vom 28. April 1975 zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Finnland	180

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
des Abkommens vom 30. März 1976
zwischen
der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik
und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
auf dem Gebiet des Post- und Fernmeldewesens
sowie der Verwaltungsabkommen vom 30. März 1976
zwischen
dem Ministerium für Post- und Fernmeldewesen
der Deutschen Demokratischen Republik
und dem Bundesminister für das Post- und
Fernmeldewesen der Bundesrepublik Deutschland
über den Postverkehr, den Fernmeldeverkehr
und die Abrechnung der Leistungen
im Post- und Fernmeldetransit
vom 10. Juni 1976**

Es wird hierdurch bekanntgemacht, daß das am 30. März 1976 in Bonn unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland auf dem Gebiet des Post- und Fernmeldewesens gemäß seinem Artikel 22 Absatz 3 und die zugehörigen Verwaltungsabkommen zwischen dem Ministerium für Post- und Fernmeldewesen der Deutschen Demokratischen Republik und dem Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen der Bundesrepublik Deutschland über den Postverkehr, den Fernmeldeverkehr und die Abrechnung der Leistungen im Post- und Fernmeldetransit am 1. Juli 1976 in Kraft treten.

Die Abkommen werden nachstehend veröffentlicht.

Berlin, den 10. Juni 1976

Der Leiter
des Sekretariats des Ministerrates
Dr. Kleinert
Staatssekretär

ABKOMMEN
zwischen
der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik
und
der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
auf dem Gebiet des Post- und Fernmeldewesens

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik
und
die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
sind

in dem Bestreben, mit diesem Abkommen entsprechend dem Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland vom 21. Dezember 1972 die Entwicklung normaler gutnachbarlicher Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland zu fördern,

geleitet von dem Wunsch, darüber hinaus einen Beitrag zur weltweiten internationalen Zusammenarbeit zu leisten,

auf der Grundlage der Rechte und Pflichten der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland als Mitglieder des Weltpostvereins und des Internationalen Fernmeldevereins bei der Gestaltung ihrer Beziehungen

übereingekommen,

dieses Abkommen zu schließen:

Abschnitt I

Vertragsgegenstand, Rechtsgrundlagen

Artikel 1

Vertragsgegenstand

(1) Gegenstand dieses Abkommens sind

1. der gegenseitige Post- und Fernmeldeverkehr zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland,
2. der Post- und Fernmeldetransit gemäß den Artikeln 8 und 9 dieses Abkommens,
3. die Koordinierung der Frequenznutzung, soweit diese Koordinierung keiner multilateralen Abkommen bedarf.

(2) Beide Seiten verpflichten sich, den Post- und Fernmeldeverkehr entsprechend der üblichen internationalen Praxis zu gewährleisten. Er wird einfach und zweckmäßig gestaltet.

Artikel 2

Rechtsgrundlagen

(1) Für den gegenseitigen Post- und Fernmeldeverkehr, den Post- und Fernmeldetransit sowie die Koordinierung der Frequenznutzung gelten die Bestimmungen dieses Abkommens, das auf der Grundlage der Verfassung des Weltpostvereins und des Internationalen Fernmeldevertrages geschlossen worden ist, sowie der hierzu zwischen den Post- und Fernmeldeverwaltungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland (im folgenden: Post- und Fernmeldeverwaltungen) getroffenen Vereinbarungen.

(2) Soweit in diesem Abkommen und den hierzu getroffenen Vereinbarungen der Post- und Fernmeldeverwaltungen keine Regelungen enthalten sind, gelten die Bestimmungen

- der Verfassung des Weltpostvereins
 - des Weltpostvertrages
 - des Wertbriefabkommens
 - des Postpaketabkommens
 - des Internationalen Fernmeldevertrages und
 - der zugehörigen Vollzugsordnungen, Schluß- und Zusatzprotokolle
- in ihrer jeweils gültigen Fassung.

Abschnitt II

Gegenseitiger Postverkehr

Artikel 3

Sendungsarten, Leistungen

(1) Der gegenseitige Postverkehr umfaßt

1. Briefsendungen (Briefe, Postkarten, Drucksachen, Blindensendungen, Päckchen),
2. Wertbriefe,
3. gewöhnliche Pakete und Wertpakete.

(2) Regelungen über Versendungsbestimmungen werden zwischen den Post- und Fernmeldeverwaltungen vereinbart.

(3) Die Post- und Fernmeldeverwaltungen teilen einander die jeweils von ihnen für den gegenseitigen Postverkehr festgelegten Gebühren mit. Alle Postsendungen müssen vom Absender vollständig freigemacht werden. Gebühren und Nebengebühren, mit denen die Sendungen bei der Aushändigung belastet sind, können vom Absender nicht übernommen werden.

(4) Bevor im gegenseitigen Postverkehr die Beförderung von Postsendungen auf dem Luftwege aufgenommen wird, werden die Einzelheiten zwischen den Post- und Fernmeldeverwaltungen vereinbart.

Artikel 4

Behandlung der Postsendungen

(1) Bearbeitung, Leitweise und Austausch der Postsendungen sowie die Postverkehrsbeziehungen werden unter Berücksichtigung des Verkehrsaufkommens sowie der technischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten der Post- und Fernmeldeverwaltungen zweckmäßig und einfach gestaltet. Einzelheiten werden zwischen den Post- und Fernmeldeverwaltungen vereinbart.

(2) Zollzettel und Zollinhaltserklärungen werden nicht verwendet.

Artikel 5

Aushändigung, Nachfragen

(1) Postsendungen werden nach den jeweiligen innerstaatlichen Bestimmungen ausgehändigt.

(2) Nachforschungsanträge werden zwischen Einlieferungs- und Bestimmungspostämtern direkt ausgetauscht.

Abschnitt III Gegenseitiger Fernmeldeverkehr

Artikel 6

Fernmeldedienste

(1) Der gegenseitige Fernmeldeverkehr umfaßt

1. den Fernsprechkdienst,
2. den Telegrammdienst,
3. den Telexdienst,
4. den Seefunkdienst (Seefunkgespräche und Seefunktelegramme),
5. die Übertragungen für den Hör- und Fernseh Rundfunk-Programmaustausch,
6. die Übertragungen über vermietete Leitungen.

(2) Die Post- und Fernmeldeverwaltungen vereinbaren die Einzelheiten des gegenseitigen Fernmeldeverkehrs.

(3) Die Post- und Fernmeldeverwaltungen teilen einander die jeweils von ihnen für den gegenseitigen Fernmeldeverkehr festgelegten Gebühren mit.

(4) Die Aufnahme weiterer Fernmeldedienste kann zwischen den Post- und Fernmeldeverwaltungen vereinbart werden.

Artikel 7

Fernmeldeanlagen

(1) Fernmeldeanlagen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland werden soweit als möglich nach den Empfehlungen des Internationalen Beratenden Ausschusses für Telegrafie und Telefonie (CCITT) und des Internationalen Beratenden Ausschusses für das Funkwesen (CCIR) errichtet, betrieben und unterhalten.

(2) Das Errichten und Betreiben neuer Fernmeldeanlagen wird zwischen den Post- und Fernmeldeverwaltungen langfristig vereinbart.

Abschnitt IV Post- und Fernmeldetransit

Artikel 8

Post- und Fernmeldeverkehr mit dritten Staaten

Beide Seiten gewährleisten den Post- und Fernmeldeverkehr mit dritten Staaten durch ihr Staatsgebiet und erbringen im Rahmen ihrer technischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten die erforderlichen Transitleistungen.

Artikel 9

Post- und Fernmeldeverkehr zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West)

(1) Der Post- und Fernmeldeverkehr zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) durch das Staatsgebiet der Deutschen Demokratischen Republik wird in Übereinstimmung mit den bestehenden, diesen Verkehr betreffenden Vereinbarungen so einfach und zweckmäßig wie möglich gestaltet.

(2) Die Beförderung von Postsendungen auf dem Landweg zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) im Transit durch die Deutsche Demokratische Republik erfolgt auf den vereinbarten Transitwegen. Einzelheiten über die Durchführung dieses Verkehrs werden, soweit sie nicht im Abkommen zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Bundesrepublik

Deutschland über den Transitverkehr von zivilen Personen und Gütern zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) vom 17. Dezember 1971 geregelt sind, zwischen den Post- und Fernmeldeverwaltungen vereinbart.

(3) Sofern die Post- und Fernmeldeverwaltung der Bundesrepublik Deutschland für den Fernmeldeverkehr zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) Transitwege zu nutzen beabsichtigt, werden durch die Post- und Fernmeldeverwaltung der Deutschen Demokratischen Republik hierfür entsprechend ihren technischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten Kabel- und Richtfunk-Übertragungswege bereitgestellt.

Abschnitt V

Koordinierung der Frequenznutzung

Artikel 10

Koordinierung der Frequenznutzung

(1) Die Post- und Fernmeldeverwaltungen werden im Interesse einer rationellen Ausnutzung des Funkfrequenzspektrums die Nutzung von Funkfrequenzen koordinieren, soweit gegenseitig schädliche Störungen zu erwarten sind und die Koordinierung von beiden Seiten für zweckmäßig erachtet wird.

(2) Die Verfahren der Koordinierung der Frequenznutzung für die in Betracht kommenden Frequenzbereiche werden zwischen den Post- und Fernmeldeverwaltungen vereinbart.

Abschnitt VI

Abrechnung der Leistungen

Artikel 11

Abrechnung des gegenseitigen Post- und Fernmeldeverkehrs

Die im gegenseitigen Post- und Fernmeldeverkehr erbrachten Leistungen werden pauschal abgegolten. Für die pauschale Abgeltung werden durch dieses Abkommen die Bestimmungen der Vereinbarung über die Berechnung und Verrechnung der im Post- und Fernmeldeverkehr zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland gegenseitig erbrachten Leistungen vom 29. April 1970 übernommen.

Artikel 12

Abrechnung beim Post- und Fernmeldeverkehr mit dritten Staaten

(1) Leistungen, die eine Post- und Fernmeldeverwaltung für die andere im Post- und Fernmeldeverkehr mit dritten Staaten erbringt oder vermittelt, werden gemäß den Bestimmungen der in Artikel 2 dieses Abkommens genannten internationalen Verträge unmittelbar abgerechnet.

(2) Einzelheiten werden zwischen den Post- und Fernmeldeverwaltungen vereinbart. Soweit es sich als zweckmäßig erweist, kann für bestimmte Verkehrsbeziehungen eine Pauschalabgeltung erfolgen.

Artikel 13

Abrechnung beim Post- und Fernmeldeverkehr zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West)

(1) Die im Postverkehr zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) von der Post- und Fernmeldeverwaltung der Deutschen Demokratischen Republik vermittelten Leistungen werden pauschal abgegolten.

(2) Die von der Post- und Fernmeldeverwaltung der Deutschen Demokratischen Republik für den Fernmeldeverkehr zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) erbrachten Leistungen werden auf der Grundlage der entsprechenden CCITT-Empfehlungen abgerechnet.

(3) Einzelheiten werden zwischen den Post- und Fernmeldeverwaltungen vereinbart.

Abschnitt VII

Haftung, Gebührenerstattung

Artikel 14

Haftungsgründe

Die Post- und Fernmeldeverwaltungen haften bei

1. Verlust von Einschreibsendungen,
2. Verlust, Beschädigung oder Beraubung von Wertbriefen, gewöhnlichen Paketen und Wertpaketen.

Artikel 15

Ersatzleistung und Gebührenerstattung im Postverkehr

(1) Der Ersatzanspruch steht nur dem Absender der Postsendung zu. Die Abtretung von Ersatzansprüchen an den Empfänger ist ausgeschlossen. Die Ersatzleistung wird von der Einlieferungsverwaltung nach den für sie geltenden haftungs- und verfahrensrechtlichen Bestimmungen vorgenommen.

(2) Für die Erstattung von Gebühren gilt Absatz 1 entsprechend.

(3) Die Post- und Fernmeldeverwaltungen werden sich unverzüglich

1. gegenseitig den Verbleib von Postsendungen mitteilen, die nicht ausgehändigt worden sind, ohne daß ein Haftungsgrund vorliegt,
2. auf Anforderung der jeweils anderen Post- und Fernmeldeverwaltung über in Verlust geratene, beschädigte oder beraubte Postsendungen Auskunft erteilen.

Einzelheiten werden zwischen den Post- und Fernmeldeverwaltungen vereinbart.

Artikel 16

Gebührenerstattung im Fernmeldeverkehr

(1) Für die Erstattung der Gebühren im Fernmeldeverkehr gilt Artikel 15 Absatz 1 entsprechend.

(2) Die Post- und Fernmeldeverwaltungen werden einander unverzüglich die für die Beurteilung von Ansprüchen auf Gebührenerstattung erforderlichen Auskünfte erteilen.

Abschnitt VIII

Schlußbestimmungen

Artikel 17

Austausch von Verzeichnissen und Unterlagen

Die Post- und Fernmeldeverwaltungen werden die für die Gestaltung des Post- und Fernmeldeverkehrs erforderlichen Verzeichnisse und Unterlagen austauschen.

Artikel 18

Übernahme bestehender Vereinbarungen

Durch dieses Abkommen werden

- das Protokoll über Verhandlungen zwischen einer Delegation des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen der Deutschen Demokratischen Republik und einer Delegation des Bundesministeriums für das Post- und Fernmeldewesen der Bundesrepublik Deutschland vom 30. September 1971 und
- die Vereinbarung über die Errichtung und Inbetriebnahme einer farb-tüchtigen Richtfunkstrecke zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland vom 30. September 1971

übernommen.

Artikel 19

Durchführung des Abkommens

Fragen der Anwendung oder Auslegung dieses Abkommens sowie der auf Grund dieses Abkommens getroffenen Vereinbarungen werden zwischen den Post- und Fernmeldeverwaltungen geregelt.

Artikel 20

Notifizierung

Dieses Abkommen sowie die auf Grund dieses Abkommens am heutigen Tage geschlossenen Verwaltungsabkommen werden von jeder Seite in je einer Ausfertigung dem Internationalen Büro des Weltpostvereins und dem Generalsekretariat des Internationalen Fernmeldevereins übermittelt.

Artikel 21

Ausdehnung auf Berlin (West)

(1) Entsprechend dem Vierseitigen Abkommen vom 3. September 1971 werden dieses Abkommen sowie die am heutigen Tage zwischen dem Ministerium für Post- und Fernmeldewesen der Deutschen Demokratischen Republik und dem Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen der Bundesrepublik Deutschland geschlossenen Verwaltungsabkommen über den Postverkehr, den Fernmeldeverkehr und die Abrechnung der Leistungen im Post- und Fernmeldetransit in Übereinstimmung mit den festgelegten Verfahren auf Berlin (West) ausgedehnt.

(2) Regelungen zwischen den zuständigen Organen der Deutschen Demokratischen Republik und den zuständigen Behörden in Berlin (West), die Fragen des Post- und Fernmeldewesens betreffen, bleiben unberührt.

Artikel 22

Geltungszeitraum

(1) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen.

(2) Das Abkommen kann im beiderseitigen Einverständnis geändert oder ergänzt werden.

(3) Das Abkommen tritt zu einem Zeitpunkt in Kraft, der zwischen beiden Seiten durch Notenaustausch vereinbart wird.

Geschehen in Bonn am 30. März 1976
in zwei Urschriften in deutscher Sprache.

Für die Regierung
der Deutschen
Demokratischen Republik
Calov

Für die Regierung
der Bundesrepublik
Deutschland
Elias

VERWALTUNGSABKOMMEN

zwischen

dem Ministerium für Post- und Fernmeldewesen
der Deutschen Demokratischen Republik

und

dem Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen
der Bundesrepublik Deutschland

über den Postverkehr

In Ausführung des Abkommens zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland auf dem Gebiet des Post- und Fernmeldewesens vom 30. März 1976 wird folgendes vereinbart:

Abschnitt I**Gegenseitiger Postverkehr****Artikel 1****Versendungsbestimmungen**

(1) Im gegenseitigen Postverkehr sind zugelassen:

1. Einschreiben
für Briefsendungen,
2. Eilsendung/Eilzustellung
für Briefsendungen, Wertbriefe, gewöhnliche Pakete und Wertpakete,
3. Rückschein
für eingeschriebene Briefsendungen, Wertbriefe, gewöhnliche Pakete und Wertpakete,
4. Eigenhändig
für eingeschriebene Briefsendungen und Wertbriefe.

(2) Sperrige Pakete und Pakete mit zerbrechlichem Inhalt sind zugelassen.

(3) Die Wertangabe bei Wertbriefen und Wertpaketen ist auf 10 000 Mark der Deutschen Demokratischen Republik beziehungsweise Deutsche Mark begrenzt. Die Wertangabe ist in Mark der Deutschen Demokratischen Republik beziehungsweise Deutscher Mark vorzunehmen.

(4) Im gegenseitigen Postverkehr beträgt das Höchstgewicht für Päckchen 2 kg. Päckchen können verschlossen sein. Sie dürfen keine schriftlichen Mitteilungen enthalten.

Artikel 2**Formblätter, Vermerke, Schriftwechsel**

(1) Im gegenseitigen Postverkehr werden vereinbarte Formblätter verwendet, die den Erfordernissen dieses Verkehrs sowie den betrieblichen Bedürfnissen der Post- und Fernmeldeverwaltungen entsprechen und einfach und zweckmäßig gestaltet sind.

(2) Angaben zur Kennzeichnung der Postsendungen und in Formblättern, postdienstliche Vermerke und der Schriftwechsel erfolgen in deutscher Sprache.

(3) Paketkarten werden nicht ausgetauscht.

Artikel 3**Postleitzahlen, Kennung**

(1) Im gegenseitigen Postverkehr werden Postleitzahlen angewendet. Die Postleitzahl soll vom Absender in der Anschrift einer Postsendung vor dem Bestimmungsort angegeben werden. Die Postleitzahlen sind Grundlage für die gegenseitige Bearbeitung und Leitweise der Postsendungen.

(2) Als Kennung vor Postleitzahlen wird das jeweilige für den grenzüberschreitenden Kraftfahrzeugverkehr geltende Unterscheidungskennzeichen DDR beziehungsweise D angewendet.

(3) Die Post- und Fernmeldeverwaltungen werden darauf hinwirken, daß die Absender die entsprechenden Postleitzahlen und Kennungen verwenden.

Artikel 4**Bearbeitung, Leitweise und Austausch der Postsendungen**

(1) Die Postsendungen werden von der Absenderverwaltung unter Berücksichtigung der betrieblichen Erfordernisse der Bestimmungsverwaltung so bearbeitet und geleitet, daß kürzeste Verkehrszeiten erreicht werden.

(2) Die Postsendungen werden auf dem Schienenwege mit Bahnposten und Bedarfswagen sowie in geeigneten Fällen auf dem Straßenwege mit Kraftfahrzeugen ausgetauscht. Inhalt und Umfang der Kartenschlüsse werden vereinbart.

(3) Eingeschriebene Briefsendungen und gewöhnliche Pakete werden ohne Begleitpapiere ausgetauscht.

Artikel 5**Regelung der Betriebsabwicklung**

(1) Die Verfahren der Bearbeitung, der Leitweise und des Austausches von Postsendungen sowie andere im gegenseitigen Postverkehr sich ergebende Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung werden zwischen dem Ministerium für Post- und Fernmeldewesen der Deutschen Demokratischen Republik und dem Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen der Bundesrepublik Deutschland geregelt.

(2) Zur Gewährleistung einer reibungslosen und wirtschaftlichen Betriebsabwicklung, zur laufenden Anpassung an die Entwicklung in den Verkehrsverhältnissen, zur zweckmäßigen Gestaltung der Postverbindungen, der Umläufe und des Bahnpostwageneinsatzes sowie zur kurzfristigen Beseitigung auftretender Störungen werden im Bedarfsfall im Rahmen der getroffenen Vereinbarungen

1. Angelegenheiten des unmittelbaren Betriebsablaufes zwischen den beteiligten Ämtern,
2. Angelegenheiten des allgemeinen Betriebsablaufes zwischen dem Zentralen Postverkehrsamt der Deutschen Post der Deutschen Demokratischen Republik und der Bahnpostoberbetriebsleitung West der Deutschen Bundespost geregelt.

Artikel 6**Mitteilungen, Auskünfte**

(1) Die Post- und Fernmeldeverwaltungen teilen einander mit, wenn wegen Verstoßes gegen Versendungsverbote nach der von der jeweiligen Post- und Fernmeldeverwaltung gegenüber dem Internationalen Büro des Weltpostvereins bekanntgegebenen Liste der verbotenen Gegenstände Sendungen weder an den Empfänger ausgehändigt noch an den Absender zurückgesandt worden sind. In der Mitteilung werden angegeben:

1. Absender und Empfänger,
2. Einlieferungs- und Bestimmungspostamt,
3. die Einlieferungsnummer bei nachzuweisenden Sendungen und gewöhnlichen Paketen,
4. das Versendungsverbot, das nach der Gliederung der in Satz 1 genannten Liste so genau wie möglich bezeichnet wird.

(2) Werden Teile des Inhalts von Postsendungen wegen Verstoßes gegen Versendungsverbote nicht an den Empfänger ausgehändigt, wird der Empfänger gemäß den Bestimmungen des Weltpostvereins entsprechend der innerstaatlichen Gesetzgebung des Bestimmungslandes unterrichtet.

(3) Werden Postsendungen wegen Verstoßes gegen Versendungsverbote an den Absender zurückgesandt, so wird auf der Postsendung der Grund gemäß Absatz 1 Nr. 4 vermerkt.

Abschnitt II

Postverkehr zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und Berlin (West)

Artikel 7

Durchführung des Postverkehrs zwischen
der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West)

(1) Die Beförderung von Postsendungen auf dem Landweg zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) ist auf allen Transitstrecken zulässig, die nach dem Abkommen zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland über den Transitverkehr von zivilen Personen und Gütern zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) vom 17. Dezember 1971 für den Schienen- und Straßenweg vorgesehen sind. Weitere Transitstrecken können vereinbart werden.

(2) Die Beförderung von Postsendungen auf dem Schienenweg kann mit Bahnpost- und Güterwagen in Post-, Reise-, Expresgut- oder Güterzügen erfolgen. Die Deutsche Post der Deutschen Demokratischen Republik übernimmt die Vermittlung dafür, daß die Deutsche Reichsbahn im Rahmen ihrer technischen und betrieblichen Möglichkeiten die erforderlichen Transportleistungen erbringt. Die dazu erforderlichen Abstimmungen werden zwischen dem Zentralen Postverkehrsamt der Deutschen Post der Deutschen Demokratischen Republik und der Bahnpostoberbetriebsleitung West der Deutschen Bundespost durchgeführt.

(3) Die Beförderung von Postsendungen auf dem Straßenweg wird von der Deutschen Bundespost mit verplombten Straßentransportmitteln vorgenommen. Als Begleitdokument ist ein Transportpapier der Deutschen Bundespost mitzuführen. Die Deutsche Bundespost wird die Deutsche Post der Deutschen Demokratischen Republik über die Durchführung dieses Postverkehrs unterrichten. Die Bahnpostoberbetriebsleitung West der Deutschen Bundespost wird zu diesem Zweck dem Zentralen Postverkehrsamt der Deutschen Post der Deutschen Demokratischen Republik die Fahrpläne im Regelverkehr 15 Tage, im Bedarfsverkehr fernschriftlich 24 Stunden vor Aufnahme bekanntgeben.

Abschnitt III
SchlußbestimmungenArtikel 8
Inkrafttreten

(1) Dieses Verwaltungsabkommen tritt mit dem Abkommen zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland auf dem Gebiet des Post- und Fernmeldewesens vom 30. März 1976 in Kraft.

(2) Das Verwaltungsabkommen kann im beiderseitigen Einverständnis geändert oder ergänzt werden.

Ausgefertigt in Bonn am 30. März 1976
in zwei Urschriften in deutscher Sprache:

Für das Ministerium
für Post-
und Fernmeldewesen
der Deutschen
Demokratischen Republik
Calov

Für den Bundesminister
für das Post-
und Fernmeldewesen
der Bundesrepublik
Deutschland
Elias

Protokollvermerk

zu Artikel I des Verwaltungsabkommens zwischen dem Ministerium für Post- und Fernmeldewesen der Deutschen Demokratischen Republik und dem Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen der Bundesrepublik Deutschland über den Postverkehr vom 30. März 1976

Beide Seiten gehen davon aus, daß das derzeit für Pakete geltende Höchstgewicht von 20 kg im gegenseitigen Postverkehr beibehalten wird, solange nicht eine Seite auf Grund innerstaatlicher Bestimmungen verpflichtet ist, für ihren gesamten Paketverkehr ein geringeres Höchstgewicht festzusetzen.

VERWALTUNGSABKOMMEN

zwischen

dem Ministerium für Post- und Fernmeldewesen

der Deutschen Demokratischen Republik

und

dem Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen

der Bundesrepublik Deutschland

über den Fernmeldeverkehr

In Ausführung des Abkommens zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland auf dem Gebiet des Post- und Fernmeldewesens vom 30. März 1976 wird über den gegenseitigen Fernmeldeverkehr folgendes vereinbart:

Artikel 1

Fernsprechdienst

(1) Im Fernsprechdienst sind folgende Gesprächsarten zugelassen:

1. Notgespräche,
2. Staatsgespräche,
3. Dienstgespräche,
4. Privatgespräche.

(2) Staats-, Dienst- und Privatgespräche können als gewöhnliche oder als dringende Gespräche geführt werden.

(3) Folgende Gespräche mit Zusatzleistungen sind zulässig:

1. Persönliche Gespräche
 - ohne Herbeiruf und
 - mit Herbeiruf durch Boten,
2. Ersuchen um Auskunft.

Persönliche Gespräche ohne Herbeiruf sind nur in Verkehrsbeziehungen zugelassen, in denen kein Selbstwählerdienst besteht.

Artikel 2

Telegrammdienst

(1) Im Telegrammdienst sind folgende Telegrammarten zugelassen:

1. Telegramme zum Schutz menschlichen Lebens (SVH),
2. Staatstelegramme (ETATPRIORITENATIONS, ETATPRIORITE, ETAT),
3. Telegramme, die durch die Genfer Konvention vom 12. August 1949 geschützte Personen betreffen (RCT),
4. Gewöhnliche Privattelegramme,
5. Telegramm-Dienstverkehr (A, AURGENT, ADG, ST, RST),
6. Wettertelegame (OBS).

(2) Bei Telegrammen sind folgende Sonderdienste zulässig:

1. Dringende Übermittlung und Zustellung (URGENT),
2. Vergleichen (TC),
3. Nachsendung (FS, FSDEX, REEXPEDIEDEX),

4. Schmuckblatt (LX, LXDEUIL),
5. Postlagernde Zustellung (GP),
6. Fernmündliche Zustellung (TFx),
7. Fernschriftliche Zustellung (TLXx).

(3) Privattelegramme sind in offener Sprache abzufassen. Geheime Sprache bei Privattelegrammen ist nur zulässig, wenn gebräuchliche Codes benutzt werden und die zu übermittelnde Nachricht keine geheime Bedeutung hat. Der verwendete Code ist im Kopf des Telegramms anzugeben. Die Bestimmungsverwaltung kann ihr unbekannte Codes ablehnen oder deren Vorlage verlangen.

(4) Jede Seite stellt über die aus dem Transferred-Account-Verfahren der anderen Seite zu berechnenden Gebühren entsprechend den CCITT-Empfehlungen Nachweisungen auf. Diese Nachweisungen werden monatlich zwischen dem Zentralen Postverkehrsamt der Deutschen Post der Deutschen Demokratischen Republik und dem Posttechnischen Zentralamt der Deutschen Bundespost ausgetauscht. Die Begleichung der Rechnungen im Transferred-Account-Verfahren ist Bestandteil der vereinbarten pauschalen Abrechnung des gegenseitigen Post- und Fernmeldeverkehrs.

Artikel 3 Telexdienst

(1) Im Telexdienst sind folgende Arten von Telexverbindungen zugelassen:

1. Telexverbindungen zum Schutz des menschlichen Lebens (SVH),
2. Staats-Telex-Verbindungen,
3. Dienst-Telex-Verbindungen,
4. Gewöhnliche private Telexverbindungen,
5. Ersuchen um Auskunft.

(2) Für das Transferred-Account-Verfahren im Telexdienst gilt Artikel 2 Absatz 4 entsprechend.

Artikel 4 Seefunkdienst

(1) Jede Seite stellt über die durch ihre Küstenfunkstellen mit Seefunkstellen des anderen Staates vermittelten Seefunkgespräche und Seefunktelegramme Nachweisungen auf. Diese Nachweisungen werden monatlich zwischen dem Zentralen Postverkehrsamt der Deutschen Post der Deutschen Demokratischen Republik und dem Posttechnischen Zentralamt der Deutschen Bundespost ausgetauscht.

(2) Die Begleichung der Rechnungen im Seefunkdienst ist Bestandteil der vereinbarten pauschalen Abrechnung des gegenseitigen Post- und Fernmeldeverkehrs.

Artikel 5 Betriebsverfahren

(1) Im Fernsprechdienst werden die handvermittelte, die halbautomatische und die automatische Betriebsweise angewendet. Die automatische Betriebsweise wird schrittweise erweitert.

(2) Der Telegrammdienst und der Telexdienst werden automatisch betrieben.

(3) Im Fernsprech- und Telexdienst ist bei automatischer Betriebsweise ein Vorrang nicht möglich.

Artikel 6 Landeskennzahlen

Im gegenseitigen Fernsprech-, Telegramm- und Telexdienst wenden die Post- und Fernmeldeverwaltungen für ihren abgehenden Verkehr die Landeskennzahlen entsprechend den CCITT-Empfehlungen an.

Artikel 7 Leitwege

Die Leitwege für die Fernmeldedienste werden zwischen den Post- und Fernmeldeverwaltungen unter Berücksichtigung des Verkehrsaufkommens sowie ihrer technischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten festgelegt.

Artikel 8

Übertragungen für den Hör- und Fernseh Rundfunk- Programmaustausch

(1) Die Post- und Fernmeldeverwaltungen stellen auf Antrag im Rahmen ihrer Möglichkeiten Übertragungswege für den Hör- und Fernseh Rundfunk-Programmaustausch zur Verfügung.

(2) Die Schaltungen werden jeweils zwischen der Rundfunkzentralstelle der Deutschen Post der Deutschen Demokratischen Republik und der Zentralstelle für Ton- und Fernsehübertragungen der Deutschen Bundespost verabredet.

(3) Die Gebühren für die Benutzung von Übertragungs- wegen für den Hör- und Fernseh Rundfunk-Programmaus- tausch werden von der empfangenden Post- und Fernmelde- verwaltung bei der Rundfunkorganisation, die das Programm übernimmt, für den gesamten Übertragungsweg eingezogen. Die Post- und Fernmeldeverwaltungen teilen einander die für die Berechnung der Gebühren notwendigen Entfernungs- angaben mit.

Artikel 9

Übertragungen über vermietete Leitungen

(1) Für den nichtöffentlichen gegenseitigen Fernmeldever- kehr können Übertragungswege an Dritte vermietet werden.

(2) Die Schaltung der Übertragungswege wird jeweils zwis- chen dem Zentralamt für Fernleitungsanlagen der Deutschen Post der Deutschen Demokratischen Republik und dem Fern- meldetechnischen Zentralamt der Deutschen Bundespost ver- abredet.

(3) Wird ein Übertragungsweg vermietet, erhebt jede Post- und Fernmeldeverwaltung die ihr für ihren Leitungsabschnitt zustehenden Gebühren beim Mieter auf ihrer Seite.

Artikel 10

Regelung technischer und betrieblicher Maßnahmen

Die Post- und Fernmeldeverwaltungen können nachgeord- nete Stellen mit der Vorbereitung und Durchführung tech- nischer und betrieblicher Maßnahmen einschließlich erforder- licher gegenseitiger Abstimmungen beauftragen.

Artikel 11

Inkrafttreten

(1) Dieses Verwaltungsabkommen tritt mit dem Abkom- men zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland auf dem Gebiet des Post- und Fernmeldewesens vom 30. März 1976 in Kraft.

(2) Das Verwaltungsabkommen kann im beiderseitigen Ein- verständnis geändert oder ergänzt werden.

Ausgefertigt in Bonn am 30. März 1976
in zwei Urschriften in deutscher Sprache.

Für das Ministerium
für Post-
und Fernmeldewesen
der Deutschen
Demokratischen Republik
Caloy

Für den Bundesminister
für das Post-
und Fernmeldewesen
der Bundesrepublik
Deutschland
Elias

Protokollvermerk

zu Artikel 1 Absatz 2 des Verwaltungsabkommens zwis- chen dem Ministerium für Post- und Fernmeldewesen der Deutschen Demokratischen Republik und dem Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen der Bundesrepublik Deutschland über den Fernmeldeverkehr vom 30. März 1976

Die Post- und Fernmeldeverwaltung der Bundesrepublik Deutschland läßt in abgehender Verkehrsrichtung Blitz- gespräche zu. Diese Gespräche werden von der Post- und Fernmeldeverwaltung der Deutschen Demokratischen Repu- blik wie dringende Gespräche behandelt.

VERWALTUNGSABKOMMEN

zwischen

dem Ministerium für Post- und Fernmeldewesen
der Deutschen Demokratischen Republik

und

dem Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen
der Bundesrepublik Deutschland

über die

Abrechnung der Leistungen im Post- und Fernmeldetransit

In Ausführung des Abkommens zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland auf dem Gebiet des Post- und Fernmeldewesens vom 30. März 1976 wird folgendes vereinbart:

Artikel 1

Abrechnung beim Post- und Fernmeldeverkehr mit dritten Staaten

(1) Zur Abrechnung der Leistungen, die eine Post- und Fernmeldeverwaltung für die andere im Post- und Fernmeldeverkehr mit dritten Staaten erbracht oder vermittelt hat, tauschen das Zentrale Postverkehrsamt der Deutschen Post der Deutschen Demokratischen Republik und das Posttechnische Zentralamt der Deutschen Bundespost die erforderlichen Abrechnungsunterlagen aus.

(2) Am Schluß eines jeden Kalendervierteljahres stellt die Gläubigerverwaltung eine Generalabrechnung auf. In die Generalabrechnung werden alle im jeweiligen Kalendervierteljahr anerkannten Abrechnungen für die einzelnen Post- und Fernmeldedienste aufgenommen, unabhängig von den Abrechnungszeiträumen, auf die sie sich beziehen.

Artikel 2

Abrechnung beim Postverkehr zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West)

(1) Zur pauschalen Abgeltung der im Postverkehr zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) von der Post- und Fernmeldeverwaltung der Deutschen Demokratischen Republik vermittelten Leistungen vergütet die Post- und Fernmeldeverwaltung der Bundesrepublik Deutschland der Post- und Fernmeldeverwaltung der Deutschen Demokratischen Republik pro Kalenderjahr 8,3 Millionen Deutsche Mark. Die Pauschale ist in vier gleichen Teilbeträgen zu zahlen, die am Ende eines jeden Kalendervierteljahres fällig werden. Rechnungen werden nicht ausgetauscht.

(2) Die Höhe der Pauschale gilt solange, bis eine der Post- und Fernmeldeverwaltungen deren Änderung vorschlägt und nachweist, daß die gültige Pauschale in ihrer Höhe nicht mehr dem Umfang der Leistungen entspricht. Dieser Nachweis ist bis zum 30. Juni des jeweils laufenden Jahres zu erbringen. Wird die Pauschale in der Höhe geändert, ist mit Beginn des nachfolgenden Kalenderjahres, das der Vereinbarung über die Änderung der Höhe der Pauschale folgt, die neu festgesetzte Pauschale der Abrechnung zugrunde zu legen. Bis zu diesem Zeitpunkt gilt die vorher vereinbarte Pauschale weiter.

Artikel 3

Abrechnung beim Fernmeldeverkehr zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West)

(1) Über die von der Post- und Fernmeldeverwaltung der Deutschen Demokratischen Republik für den Fernmeldever-

kehr zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) erbrachten Leistungen werden keine Rechnungen ausgetauscht.

(2) Der für diese Leistungen geschuldete Betrag wird im Rahmen der in Artikel 1 genannten Generalabrechnung verrechnet.

Artikel 4

Zahlungsausgleich

Der Zahlungsausgleich erfolgt in Deutscher Mark.

Artikel 5

Inkrafttreten

(1) Dieses Verwaltungsabkommen tritt mit dem Abkommen zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland auf dem Gebiet des Post- und Fernmeldewesens vom 30. März 1976 in Kraft.

(2) Das Verwaltungsabkommen kann im beiderseitigen Einverständnis geändert oder ergänzt werden.

Ausgefertigt in Bonn am 30. März 1976
in zwei Urschriften in deutscher Sprache.

Für das Ministerium
für Post-
und Fernmeldewesen
der Deutschen
Demokratischen Republik
Calov

Für den Bundesminister
für das Post-
und Fernmeldewesen
der Bundesrepublik
Deutschland
Elias

Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Konsularvertrages vom 28. April 1975 zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Finnland vom 3. Juni 1976

Entsprechend § 2 des Gesetzes vom 19. Juni 1975 über den Konsularvertrag vom 28. April 1975 zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Finnland (GBl. II Nr. 6 S. 133) wird hierdurch bekanntgemacht, daß der Vertrag nach dem am 13. Mai 1976 in Helsinki erfolgten Austausch der Ratifikationsurkunden gemäß seinem Artikel 47 am 12. Juni 1976 in Kraft tritt.

Berlin, den 3. Juni 1976

Der Sekretär des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik
H. Eichler



GESETZBLATT

der Deutschen Demokratischen Republik

1976	Berlin, den 30. Juni 1976	Teil II Nr. 8
Tag	Inhalt	Seite
24. 6. 76	Gesetz über den Konsularvertrag vom 12. Dezember 1975 zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Indien	161
24. 6. 76	Gesetz über den Konsularvertrag vom 4. Mai 1976 zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland	175

**Gesetz
über den Konsularvertrag
vom 12. Dezember 1975
zwischen der Deutschen Demokratischen Republik
und der Republik Indien**

vom 24. Juni 1976

§ 1

Die Volkskammer bestätigt den am 12. Dezember 1975 in New Delhi unterzeichneten, nachstehend veröffentlichten Konsularvertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Indien.

§ 2

Der Tag, an dem der Vertrag gemäß seinem Artikel 49 wirksam wird, ist im Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik bekanntzugeben.

§ 3

Dieses Gesetz tritt am 1. Juli 1976 in Kraft.

Das vorstehende, von der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik am vierundzwanzigsten Juni neunzehnhundertsechundsiebzig beschlossene Gesetz wird hiermit verkündet.

Berlin, den vierundzwanzigsten Juni neunzehnhundertsechundsiebzig

**Der Vorsitzende des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik**

W. Stoph

Konsularvertrag
zwischen der Deutschen Demokratischen Republik
und der Republik Indien

Die Deutsche Demokratische Republik und die Republik Indien haben, vom Wunsch geleitet, die Beziehungen auf konsularischem Gebiet zu regeln und zur weiteren Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Staaten beizutragen, beschlossen, den vorliegenden Konsularvertrag abzuschließen, und zu diesem Zweck folgendes vereinbart:

Kapitel I
Definitionen

Artikel 1

In diesem Vertrag bedeuten die nachstehenden Begriffe:

1. „Konsularische Vertretung“ ein Generalkonsulat, ein Konsulat, ein Vizekonsulat und eine Konsularagentur;
2. „Konsularbezirk“ das Gebiet, auf dem eine konsularische Vertretung konsularische Funktionen ausübt;
3. „Leiter der konsularischen Vertretung“ die mit dieser Funktion beauftragte Person;
4. „Konsularische Amtsperson“ eine Person, einschließlich des Leiters der konsularischen Vertretung, die mit der Wahrnehmung konsularischer Funktionen beauftragt ist;
5. „Konsularangestellter“ eine Person, die in der konsularischen Vertretung administrative oder technische Funktionen ausübt, jedoch keine konsularische Amtsperson ist;
6. „Mitglied des dienstlichen Hauspersonals“ eine Person, die als Hausangestellte in der konsularischen Vertretung beschäftigt ist;
7. „Angehöriger der konsularischen Vertretung“ eine konsularische Amtsperson, einen Konsularangestellten und ein Mitglied des dienstlichen Hauspersonals;
8. „Familienangehöriger“ den Ehegatten des Angehörigen der konsularischen Vertretung, seine Kinder und Eltern und die seines Ehegatten, soweit diese Personen dem Haushalt des Angehörigen der konsularischen Vertretung angehören, bei ihm wohnen, von ihm unterhalten werden und nicht Staatsbürger des Empfangsstaates sind;
9. „Konsularräumlichkeiten“ Gebäude oder Gebäudeteile sowie dazugehörige Grundstücke, die ungeachtet der Eigentumsverhältnisse ausschließlich für Zwecke der konsularischen Vertretung genutzt werden;
10. „Konsulararchiv“ den gesamten dienstlichen Schriftwechsel, Dokumente, Bücher, Chiffre und technische Arbeitsmittel der konsularischen Vertretung sowie Einrichtungsgegenstände, die zu ihrer Aufbewahrung und ihrem Schutz bestimmt sind;
11. „Schiff des Entsendestaates“ jedes Wasserfahrzeug, das rechtmäßig unter der Flagge des Entsendestaates fährt;
12. „Luftfahrzeug des Entsendestaates“ jedes Luftfahrzeug, das rechtmäßig im Entsendestaat registriert ist und das Staatszugehörigkeitszeichen des Entsendestaates trägt;
13. „Staatsbürger des Entsendestaates“ jede Person, die nach den Rechtsvorschriften des Entsendestaates dessen Staatsbürgerschaft besitzt;
14. „Juristische Personen des Entsendestaates“ jene, die nach den Rechtsvorschriften des Entsendestaates errichtet worden sind.

Kapitel II

**Errichtung einer konsularischen Vertretung
und Ernennung von konsularischen Amtspersonen**

Artikel 2

(1) Eine konsularische Vertretung kann im Empfangsstaat nur mit dessen Zustimmung errichtet werden.

(2) Der Sitz der konsularischen Vertretung, ihr Rang und das Gebiet des Konsularbezirkes werden zwischen dem Entsendestaat und dem Empfangsstaat vereinbart.

Artikel 3

(1) Vor Ernennung des Leiters der konsularischen Vertretung durch den Entsendestaat ist hinsichtlich seiner Person das Einverständnis des Empfangsstaates auf diplomatischem Weg einzuholen.

(2) Liegt diese Zustimmung vor, übermittelt die diplomatische Vertretung des Entsendestaates dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten des Empfangsstaates auf diplomatischem Weg das Konsularpatent oder ein anderes Dokument über die Ernennung des Leiters der konsularischen Vertretung. In diesem Konsularpatent oder anderem Dokument sind der Vor- und Zuname des Leiters der konsularischen Vertretung, seine Staatsbürgerschaft, sein Rang sowie der Sitz der konsularischen Vertretung und der Konsularbezirk zu bezeichnen.

(3) Der Leiter der konsularischen Vertretung darf seine Funktionen erst nach Erteilung des Exequaturs durch den Empfangsstaat ausüben. Das Exequatur wird so bald wie möglich erteilt. Bis dahin kann der Empfangsstaat dem Leiter der konsularischen Vertretung gestatten, seine Funktionen vorläufig auszuüben.

Artikel 4

(1) Kann der Leiter der konsularischen Vertretung aus irgendeinem Grund seine Funktionen nicht ausüben oder ist die Stelle des Leiters der konsularischen Vertretung zeitweilig unbesetzt, kann der Entsendestaat eine konsularische Amtsperson der betreffenden oder einer seiner anderen konsularischen Vertretungen oder ein Mitglied des diplomatischen Personals seiner diplomatischen Vertretung im Empfangsstaat mit der zeitweiligen Leitung der konsularischen Vertretung beauftragen. Der Entsendestaat teilt dem Empfangsstaat vorher auf diplomatischem Weg den Vor- und Zunamen des amtierenden Leiters der konsularischen Vertretung und andere Angaben zu seiner Person mit.

(2) Die Person, die zeitweilig als Leiter der konsularischen Vertretung amtiert, genießt die gleichen Rechte, Erleichterungen, Privilegien und Immunitäten, die dem Leiter der konsularischen Vertretung nach diesem Vertrag zustehen.

(3) Wird ein Mitglied des diplomatischen Personals der diplomatischen Vertretung des Entsendestaates im Empfangsstaat zeitweilig mit der Leitung der konsularischen Vertretung beauftragt, bleiben seine diplomatischen Privilegien und Immunitäten unberührt.

Artikel 5

(1) Der Entsendestaat teilt dem Empfangsstaat schriftlich auf diplomatischem Weg Vor- und Zunamen sowie den Rang

einer jeden konsularischen Amtsperson mit, die nicht Leiter der konsularischen Vertretung ist.

(2) Dem Empfangsstaat wird im voraus die Ankunft und endgültige Abreise eines Angehörigen der konsularischen Vertretung sowie seiner Familienangehörigen notifiziert.

Artikel 6

Eine konsularische Amtsperson kann nur ein Staatsbürger des Entsendestaates sein, der seinen Wohnsitz nicht im Empfangsstaat hat.

Artikel 7

(1) Der Empfangsstaat kann den Entsendestaat jederzeit, ohne seine Entscheidung begründen zu müssen, auf diplomatischem Weg davon in Kenntnis setzen, daß eine konsularische Amtsperson *Persona non grata* oder daß ein Konsularangestellter nicht genehm ist. Der Entsendestaat beruft daraufhin die betreffende Person ab.

(2) Kommt der Entsendestaat seiner Verpflichtung gemäß Absatz 1 nicht innerhalb einer angemessenen Frist nach, braucht der Empfangsstaat diese Person nicht mehr als Angehörigen der konsularischen Vertretung zu betrachten.

Kapitel III

Erleichterungen, Privilegien und Immunitäten

Artikel 8

Der Empfangsstaat trifft alle geeigneten Maßnahmen, um es einer konsularischen Amtsperson und einem Konsularangestellten zu ermöglichen, ihre Funktionen wirksam auszuüben und die ihnen nach diesem Vertrag gewährten Erleichterungen, Privilegien und Immunitäten in Anspruch zu nehmen.

Artikel 9

(1) Der Empfangsstaat unterstützt den Entsendestaat bei der Beschaffung von Konsularräumlichkeiten und Wohnungen für die Angehörigen der konsularischen Vertretung.

(2) Der Entsendestaat kann in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates Konsularräumlichkeiten und Wohnungen für die Angehörigen der konsularischen Vertretung, sofern diese Staatsbürger des Entsendestaates sind und nicht ihren Wohnsitz im Empfangsstaat haben, erwerben, pachten oder mieten.

Artikel 10

(1) Das Staatswappen des Entsendestaates und die Bezeichnung der konsularischen Vertretung in den Sprachen des Entsendestaates und des Empfangsstaates können am Gebäude der konsularischen Vertretung angebracht werden.

(2) Die Staatsflagge des Entsendestaates kann am Gebäude der konsularischen Vertretung und an der Residenz des Leiters der konsularischen Vertretung aufgezogen sowie an dem von ihm dienstlich benutzten Fahrzeug geführt werden.

Artikel 11

(1) Der Empfangsstaat gewährleistet den Schutz der Konsularräumlichkeiten und der Residenz des Leiters der konsularischen Vertretung.

(2) Die Konsularräumlichkeiten, die ausschließlich für Zwecke der konsularischen Vertretung genutzt werden, und die Residenz des Leiters der konsularischen Vertretung sind unverletzlich. Beauftragte des Empfangsstaates dürfen diese ohne Einwilligung des Leiters der konsularischen Vertretung, des Chefs der diplomatischen Vertretung des Entsendestaates oder einer von ihnen ermächtigten Person nicht betreten.

Artikel 12

Konsulararchive sind jederzeit und unabhängig von ihrem Standort unverletzlich. Schriftstücke nichtdienstlichen Charakters dürfen nicht in den Konsulararchiven aufbewahrt werden.

Artikel 13

(1) Die konsularische Vertretung hat das Recht, sich mit der Regierung oder den diplomatischen Vertretungen und anderen konsularischen Vertretungen des Entsendestaates in Verbindung zu setzen, unabhängig davon, wo sie sich befinden. Zu diesem Zweck kann die konsularische Vertretung alle geeigneten Verbindungsmittel, einschließlich diplomatische und konsularische Kuriere, diplomatisches und konsularisches Gepäck und verschlüsselte Nachrichten, benutzen. Die konsularische Vertretung kann jedoch eine Funkstation nur mit Genehmigung des Empfangsstaates errichten und benutzen.

(2) Bei der Benutzung allgemeiner Verbindungsmittel gelten für die konsularische Vertretung die gleichen Bedingungen wie für die diplomatische Vertretung.

(3) Der dienstliche Schriftverkehr der konsularischen Vertretung und das Konsulargepäck sind unverletzlich und dürfen weder kontrolliert noch zurückgehalten werden. Das Konsulargepäck muß als solches äußerlich sichtbar gekennzeichnet sein und darf nur dienstliche Schriftstücke und ausschließlich für den dienstlichen Gebrauch bestimmte Gegenstände enthalten.

(4) Dem Konsularkurier, der ein offizielles Schriftstück besitzt, aus dem seine Stellung und die Anzahl der Kuriergepäckstücke ersichtlich sind, werden vom Empfangsstaat die gleichen Erleichterungen, Privilegien und Immunitäten wie diplomatischen Kurieren des Entsendestaates gewährt, sofern er Inhaber eines vom Entsendestaat ausgestellten Diplomatpasses ist.

(5) Der Entsendestaat, seine diplomatische Vertretung und seine konsularischen Vertretungen können Konsularkuriere ad hoc einsetzen, die Inhaber eines Diplomaten- oder eines Dienstpases sind. Die Bestimmungen von Absatz 4 gelten auch für diese Kuriere, jedoch erlöschen die genannten Privilegien und Immunitäten, nachdem sie das ihnen anvertraute Konsulargepäck dem Empfänger ausgehändigt haben.

(6) Das Konsulargepäck kann dem Kapitän eines Schiffes oder dem Kommandanten eines kommerziellen Zwecken dienenden Luftfahrzeuges, das auf einem zur Einreise zugelassenen Flughafen landet, anvertraut werden. Dieser wird mit einem offiziellen Schriftstück ausgestattet, aus dem die Anzahl der Kuriergepäckstücke ersichtlich ist. Er gilt jedoch nicht als Konsularkurier. Die konsularische Vertretung kann nach Vereinbarung mit den entsprechenden Behörden einen Angehörigen der konsularischen Vertretung beauftragen, Konsulargepäck unmittelbar vom Kapitän eines Schiffes oder vom Kommandanten eines Luftfahrzeuges entgegenzunehmen oder diesem zu übergeben.

Artikel 14

Der Empfangsstaat behandelt eine konsularische Amtsperson und einen Konsularangestellten sowie deren Familienangehörige mit der gebührenden Achtung und trifft alle geeigneten Maßnahmen, um ihre Person, Freiheit und Würde vor Angriffen zu schützen.

Artikel 15

Der Leiter der konsularischen Vertretung und seine Familienangehörigen sind persönlich unverletzlich und genießen Immunität vor der Strafgerichtsbarkeit des Empfangsstaates.

Artikel 16

(1) Eine konsularische Amtsperson, die nicht Leiter der konsularischen Vertretung ist, darf nicht vorläufig festgenommen

oder verhaftet werden, es sei denn auf Grund einer Entscheidung des zuständigen Gerichts des Empfangsstaates wegen eines schweren Verbrechens.

(2) Mit Ausnahme des in Absatz 1 genannten Falles darf eine konsularische Amtsperson nicht verhaftet oder einer anderen Form der Beschränkung ihrer persönlichen Freiheit unterworfen werden, es sei denn in Vollstreckung einer rechtskräftigen gerichtlichen Entscheidung.

(3) Wird gegen eine konsularische Amtsperson, die nicht Leiter einer konsularischen Vertretung ist, ein Strafverfahren eingeleitet, muß sie vor den zuständigen Organen erscheinen. Das Verfahren ist jedoch mit der einer konsularischen Amtsperson auf Grund ihrer amtlichen Stellung gebührenden Achtung und in einer Weise zu führen, die, außer in dem in Absatz 1 genannten Fall, die Wahrnehmung der konsularischen Funktionen so wenig wie möglich beeinträchtigt. Ist es unter den in Absatz 1 genannten Umständen erforderlich, daß eine konsularische Amtsperson vorläufig festgenommen oder verhaftet wird, so ist das Verfahren gegen sie in möglichst kurzer Frist einzuleiten.

(4) Die Familienangehörigen einer konsularischen Amtsperson genießen Immunität vor der Strafgerichtsbarkeit des Empfangsstaates in gleichem Maß wie die konsularische Amtsperson.

Artikel 17

(1) Eine konsularische Amtsperson und ein Konsularangestellter unterliegen nicht der Rechtsprechung der Gerichte und Maßnahmen der rechtlich zuständigen Organe des Empfangsstaates in bezug auf Handlungen, die mit der Ausübung ihrer dienstlichen Aufgaben in Zusammenhang stehen.

(2) Absatz 1 gilt nicht für Zivilklagen

1. in bezug auf persönliches, im Empfangsstaat belegenes unbewegliches Vermögen, sofern es nicht im Auftrage des Entsendestaates zu konsularischen Zwecken genutzt wird;
2. in Nachlasssachen, in denen sie in privater Eigenschaft und nicht im Namen des Entsendestaates als Testamentsvollstrecker, Nachlassverwalter, Erbe oder Vermächtnisnehmer auftreten;
3. im Zusammenhang mit einer freiberuflichen oder gewerblichen Tätigkeit, die sie im Empfangsstaat neben ihrer dienstlichen Funktion ausüben;
4. die durch die von ihnen abgeschlossenen Verträge hervorgerufen werden, bei deren Abschluß sie nicht direkt oder indirekt im Auftrage des Entsendestaates auftreten;
5. die eine dritte Person bei Schäden anstrengt, die durch einen mit einem Straßenfahrzeug, Schiff oder Flugzeug verursachten Unfall im Empfangsstaat hervorgerufen wurden.

(3) Absatz 1 und 2 gelten auch für ein Mitglied des dienstlichen Hauspersonals, sofern es Staatsbürger des Entsendestaates ist.

Artikel 18

(1) Ein Angehöriger der konsularischen Vertretung kann von den Gerichten oder anderen rechtlich zuständigen Organen des Empfangsstaates als Zeuge geladen werden. Er ist jedoch nicht verpflichtet, Aussagen über Angelegenheiten zu machen, die mit der Ausübung seiner dienstlichen Funktionen verbunden sind.

(2) Wenn ein Angehöriger der konsularischen Vertretung sich weigert, zur Zeugenaussage vor den Gerichten oder anderen rechtlich zuständigen Organen des Empfangsstaates zu erscheinen, so dürfen ihm gegenüber keinerlei Zwangsmaßnahmen oder Strafen angewandt werden.

(3) Die in Absatz 1 und 2 genannten Organe, die die Zeugenaussage einer konsularischen Amtsperson oder eines Konsularangestellten fordern, vermeiden, daß dadurch die Ausübung der Funktionen behindert wird. Sie können, wenn dies mög-

lich ist, die Zeugenaussage einer konsularischen Amtsperson in ihrer Wohnung oder in der konsularischen Vertretung aufnehmen oder von ihr eine schriftliche Erklärung entgegennehmen.

(4) Absatz 1 gilt auch für die Familienangehörigen einer konsularischen Amtsperson oder eines Konsularangestellten, auch wenn sie Staatsbürger des Empfangsstaates sind oder ihren Wohnsitz im Empfangsstaat haben.

Artikel 19

(1) Der Entsendestaat kann auf die für einen Angehörigen der konsularischen Vertretung sowie seine Familienangehörigen in den Artikeln 15, 16, 17 und 18 festgelegten Privilegien und Immunitäten verzichten. Der Verzicht muß immer schriftlich erklärt werden.

(2) Erhebt eine konsularische Amtsperson oder ein Konsularangestellter, der Immunität vor der Gerichtsbarkeit genießen würde, eine Klage, so kann er sich in bezug auf eine Widerklage, die mit der Hauptklage in unmittelbarem Zusammenhang steht, nicht auf die Immunität vor der Gerichtsbarkeit berufen.

(3) Der Verzicht auf die Immunität vor der Zivil- und Verwaltungsgerichtsbarkeit gilt nicht als Verzicht auf die Immunität vor der Vollstreckung der Entscheidung; hierfür ist ein besonderer Verzicht erforderlich.

Artikel 20

Ein Angehöriger der konsularischen Vertretung sowie seine Familienangehörigen werden im Empfangsstaat von öffentlichen Pflichtleistungen jeder Art befreit.

Artikel 21

Eine konsularische Amtsperson und ein Konsularangestellter sowie ihre Familienangehörigen unterliegen nicht den Verpflichtungen, die sich aus den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates über die Meldepflicht und den Erwerb einer Aufenthaltberechtigung sowie aus ähnlichen für Ausländer geltenden Bestimmungen ergeben.

Artikel 22

(1) Die Konsularräumlichkeiten und die Residenz des Leiters der konsularischen Vertretung, die vom Entsendestaat oder einer in dessen Namen handelnden Person erworben, gemietet oder gepachtet wurden, sind von staatlichen, regionalen und kommunalen Steuern und Abgaben jeder Art befreit.

(2) Die nach Absatz 1 gewährte Befreiung von Steuern und Abgaben bezieht sich nicht auf

1. Steuern und Abgaben, die nach den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates von einer Person zu entrichten sind, die mit dem Entsendestaat oder einer für diesen handelnden Person Verträge geschlossen hat;
2. indirekte Steuern, die normalerweise im Preis von Waren und Dienstleistungen enthalten sind.

(3) Die in diesem Artikel gewährte Befreiung von Steuern und Abgaben bezieht sich nicht auf die Bezahlung von Dienstleistungen.

Artikel 23

(1) Eine konsularische Amtsperson und ein Konsularangestellter sowie ihre Familienangehörigen, sofern sie Staatsbürger des Entsendestaates sind, sind von allen staatlichen, regionalen und kommunalen Steuern und Abgaben befreit, ausgenommen hiervon sind:

1. indirekte Steuern, die normalerweise im Preis von Waren und Dienstleistungen enthalten sind;

2. Steuern und Abgaben von privatem, im Empfangsstaat belegenen unbeweglichen Vermögen, vorbehaltlich der Bestimmungen in Artikel 22;
3. Nachlaß- oder Erbschaftssteuern und Abgaben vom Vermögensübergang, die vom Empfangsstaat erhoben werden, vorbehaltlich der Bestimmungen in Absatz 3;
4. Steuern und Abgaben von privaten Einkünften, deren Quelle sich im Empfangsstaat befindet, sowie ähnliche Steuern;
5. Gebühren und Abgaben, die für bestimmte Dienstleistungen erhoben werden;
6. Eintragungs-, Gerichts-, Beurkundungs-, Hypotheken- und Stempelgebühren, vorbehaltlich der Bestimmungen in Artikel 22.

(2) Ein Mitglied des dienstlichen Hauspersonals, sofern es Staatsbürger des Entsendestaates ist, ist von Steuern und Abgaben auf seine Dienstbezüge befreit.

(3) Der Empfangsstaat erhebt keinerlei staatliche, regionale und kommunale Nachlaß- oder Erbschaftssteuern oder Abgaben vom Vermögensübergang für bewegliches Vermögen eines verstorbenen Angehörigen der konsularischen Vertretung oder eines seiner Familienangehörigen, das sich nur deshalb im Empfangsstaat befindet, weil sich der Verstorbene als Angehöriger der konsularischen Vertretung oder als dessen Familienangehöriger im Empfangsstaat aufhielt.

Artikel 24

(1) Der Empfangsstaat gestattet in Übereinstimmung mit seinen Rechtsvorschriften und auf der Grundlage der Gegenseitigkeit die Einfuhr und gewährt Befreiung von Zöllen, Steuern und sonstigen Abgaben, mit Ausnahme von Gebühren für die Aufbewahrung und den Transport sowie ähnliche Dienstleistungen, für

1. Gegenstände, die für den dienstlichen Gebrauch der konsularischen Vertretung bestimmt sind;
2. Gegenstände, einschließlich Kraftfahrzeuge, die für den persönlichen Gebrauch einer konsularischen Amtsperson und deren Familienangehörige bestimmt sind. Die für den Verbrauch bestimmten Gegenstände sollen die für den unmittelbaren Bedarf der betreffenden Personen erforderliche Menge nicht überschreiten.

(2) Ein Konsularangestellter und seine Familienangehörigen, sofern sie Staatsbürger des Entsendestaates sind, genießen Befreiung von Zöllen, Steuern und sonstigen Abgaben in Übereinstimmung mit den entsprechenden Bestimmungen des Empfangsstaates für die in Absatz 1 Ziffer 2 genannten Gegenstände, mit Ausnahme von Kraftfahrzeugen, die für die Ersteinrichtung im Empfangsstaat bestimmt sind.

(3) Das persönliche Begleitgepäck einer konsularischen Amtsperson und ihrer Familienangehörigen ist von der Zollkontrolle befreit. Dieses Gepäck darf nur dann kontrolliert werden, wenn ernsthafte Gründe für die Vermutung bestehen, daß es andere als die in Absatz 1 Ziffer 2 genannten oder solche Gegenstände enthält, deren Ein- und Ausfuhr nach den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates verboten ist oder die den Quarantänebestimmungen unterliegen. Eine solche Kontrolle wird nur im Beisein der konsularischen Amtsperson oder eines ihrer Familienangehörigen vorgenommen.

Artikel 25

Ein Angehöriger der konsularischen Vertretung sowie seine Familienangehörigen genießen im Empfangsstaat Bewegungs- und Reisefreiheit, vorbehaltlich der Gebiete, in die die Einreise oder der Aufenthalt auf Grund der Rechtsvorschriften des Empfangsstaates eingeschränkt oder nicht gestattet ist.

Artikel 26

Ein Konsularangestellter oder ein Familienangehöriger einer konsularischen Amtsperson oder eines Konsularangestellten, sofern er Staatsbürger des Empfangsstaates ist oder seinen Wohnsitz im Empfangsstaat hat, genießt nicht die in diesem Vertrag festgelegten Erleichterungen, Privilegien und Immunitäten. Der Empfangsstaat übt jedoch seine Gerichtsbarkeit in bezug auf diese Personen in einer Weise aus, die die Wahrnehmung der Funktionen durch die konsularische Vertretung nicht unzulässig beeinträchtigt.

Kapitel IV Konsularfunktionen

Artikel 27

Eine konsularische Amtsperson hat das Recht:

1. die Rechte und Interessen des Entsendestaates, seiner Staatsbürger und juristischen Personen zu vertreten;
2. zur Entwicklung der Handelsbeziehungen, der ökonomischen, kulturellen und wissenschaftlichen Beziehungen zwischen dem Entsendestaat und dem Empfangsstaat beizutragen;
3. auf andere Art und Weise die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen dem Entsendestaat und dem Empfangsstaat in Übereinstimmung mit den Bestimmungen dieses Vertrages zu fördern.

Artikel 28

(1) Eine konsularische Amtsperson darf ihre konsularischen Funktionen nur im Konsularbezirk ausüben. Die Ausübung konsularischer Funktionen außerhalb des Konsularbezirkes bedarf in jedem Einzelfall der Zustimmung des Empfangsstaates.

(2) Eine konsularische Amtsperson kann sich in Ausübung ihrer konsularischen Funktionen

1. an die zuständigen örtlichen Organe im Konsularbezirk und
2. sofern und in dem Umfang, wie es die Rechtsvorschriften und Gepflogenheiten des Empfangsstaates zulassen, an die zuständigen zentralen Organe des Empfangsstaates wenden.

Artikel 29

Eine konsularische Amtsperson hat das Recht, in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates Staatsbürger des Entsendestaates ohne besondere Vollmacht vor den Organen des Empfangsstaates zu vertreten oder Maßnahmen zu deren Vertretung zu treffen, wenn diese wegen Abwesenheit oder aus anderen triftigen Gründen ihre Rechte und Interessen nicht rechtzeitig wahrnehmen können. Dies trifft auch auf die Vertretung juristischer Personen des Entsendestaates zu. Die Vertretung gilt als beendet, wenn die Vertretenen ihre Bevollmächtigten bestimmen oder die Wahrnehmung ihrer Rechte und Interessen selbst übernehmen.

Artikel 30

Eine konsularische Amtsperson hat das Recht:

1. Staatsbürger des Entsendestaates zu registrieren;
2. in Staatsbürgerschaftsfragen entsprechend den Rechtsvorschriften des Entsendestaates Anträge entgegenzunehmen und Dokumente auszustellen oder auszuhändigen;
3. für Staatsbürger des Entsendestaates Reisedokumente auszustellen, zu verändern, zu verlängern, zu erneuern, ungültig zu machen und einzuziehen;
4. Visa zu erteilen.

Artikel 31

(1) Eine konsularische Amtsperson hat das Recht:

1. Ehe-, Geburten- und Sterberegister von Staatsbürgern des Entsendestaates zu führen;
2. Ehen entsprechend den Rechtsvorschriften des Entsendestaates zu schließen, wenn die Eheschließenden beide Staatsbürger des Entsendestaates sind und eine solche Eheschließung nicht in Widerspruch zu den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates steht;
3. Urkunden zur Anerkennung außerhalb der Ehe geborener Kinder, unabhängig von der Staatsbürgerschaft und vom Alter der Kinder, entgegenzunehmen, vorausgesetzt, daß die Urkunde von einem Staatsbürger des Entsendestaates unterschrieben wurde;
4. Adoptionen vorzunehmen, wenn der Annehmende und das an Kindes Statt anzunehmende Kind Staatsbürger des Entsendestaates sind.

(2) Eine konsularische Amtsperson informiert die zuständigen Organe des Empfangsstaates über die Durchführung von Handlungen, die in Absatz 1 festgelegt sind, wenn es die Rechtsvorschriften des Empfangsstaates vorsehen.

Artikel 32

Eine konsularische Amtsperson hat das Recht:

1. Erklärungen von Staatsbürgern des Entsendestaates entgegenzunehmen und zu beurkunden;
2. letztwillige Verfügungen sowie andere Dokumente, die einseitige Rechtshandlungen von Staatsbürgern des Entsendestaates betreffen, entgegenzunehmen, zu beurkunden und aufzubewahren;
3. Dokumente über Rechtsgeschäfte zwischen Staatsbürgern des Entsendestaates entgegenzunehmen, zu beurkunden und aufzubewahren, mit Ausnahme von Rechtsgeschäften, die Rechte an im Empfangsstaat belegenen unbeweglichen Vermögen begründen, übertragen oder aufheben;
4. Unterschriften von Staatsbürgern des Entsendestaates auf Urkunden sowie Abschriften von oder Auszüge aus Urkunden zu beglaubigen;
5. Urkunden, die von den zuständigen Organen oder Amtspersonen des Empfangsstaates ausgestellt und zur Verwendung im Entsendestaat bestimmt sind, zu legalisieren;
6. Übersetzungen von Schriftstücken, die von zuständigen Organen des Entsendestaates oder des Empfangsstaates ausgestellt wurden, zu beglaubigen;
7. andere notarielle Handlungen vorzunehmen, die ihr vom Entsendestaat übertragen werden.

Artikel 33

Die von einer konsularischen Amtsperson des Entsendestaates gemäß Artikel 32 errichteten, beglaubigten oder übersetzten Urkunden besitzen im Empfangsstaat die gleiche Rechtswirksamkeit und Beweiskraft, als seien sie von den entsprechenden Organen oder Behörden des Empfangsstaates errichtet, beglaubigt oder übersetzt worden.

Artikel 34

(1) Eine konsularische Amtsperson hat das Recht:

1. von Staatsbürgern oder im Namen von Staatsbürgern des Entsendestaates Vermögenswerte oder Dokumente in Verwahrung zu nehmen, sofern dies nicht den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates widerspricht und vorausgesetzt, daß eine Ausfuhr dieser Vermögenswerte oder Dokumente aus dem Empfangsstaat nicht entgegen den Rechtsvorschriften dieses Staates erfolgt;

2. von den Organen des Empfangsstaates Dokumente, Geld, Wertsachen oder andere Gegenstände, die Staatsbürgern des Entsendestaates während ihres Aufenthaltes im Empfangsstaat abhanden gekommen sind, zur Übermittlung an die Eigentümer entgegenzunehmen.

(2) Die gemäß Absatz 1 in Verwahrung genommenen Gegenstände dürfen aus dem Empfangsstaat nur ausgeführt werden, wenn dies nicht im Widerspruch zu den Rechtsvorschriften dieses Staates steht.

Artikel 35

(1) Die zuständigen Organe des Empfangsstaates informieren die betreffende konsularische Vertretung so bald wie möglich über den Tod eines Staatsbürgers des Entsendestaates sowie über die Eröffnung eines Nachlassverfahrens im Empfangsstaat, wenn die Erben, Vermächtnisnehmer oder andere Anspruchsberechtigte Staatsbürger des Entsendestaates sind, nicht ihren Wohnsitz im Empfangsstaat haben und dort keinen Vertreter besitzen. Erhält die betreffende konsularische Vertretung zuerst vom Tod eines Staatsbürgers des Entsendestaates Kenntnis, so hat sie zur Sicherung des Nachlasses die zuständigen Organe des Empfangsstaates zu benachrichtigen. Im Falle des Todes eines Staatsbürgers des Entsendestaates stellen die zuständigen Organe des Empfangsstaates der konsularischen Vertretung eine Sterbeurkunde aus.

(2) Eine konsularische Amtsperson kann die zuständigen Organe des Empfangsstaates ersuchen, Maßnahmen zum Schutz und zur Verwaltung des Nachlasses, der in diesem Staat von einem Staatsbürger des Entsendestaates hinterlassen wurde, zu treffen. Die Organe des Empfangsstaates haben über bereits getroffene Maßnahmen zu informieren. Eine konsularische Amtsperson kann den Organen des Empfangsstaates unmittelbar Unterstützung bei der Verwirklichung der Maßnahmen zum Schutz und zur Verwaltung des Nachlasses leisten. Sie kann die Erben, wenn sie Staatsbürger des Entsendestaates sind, vertreten, sofern diese am Nachlassverfahren nicht teilnehmen können und keinen Bevollmächtigten ernannt haben.

(3) Die Organe des Empfangsstaates übergeben einer konsularischen Amtsperson den Nachlaß oder den durch den Verkauf des Nachlasses erzielten Erlös, sofern der Erbe, Pflichtteilsberechtigte oder Vermächtnisnehmer Staatsbürger des Entsendestaates ist und seinen Wohnsitz nicht im Empfangsstaat hat, unter der Bedingung, daß

1. Schulden, mit denen der Nachlaß belastet ist, bezahlt sind oder deren Bezahlung durch den Entsendestaat garantiert wird;
2. alle mit dem Nachlaß verbundenen Steuern und andere Gebühren bezahlt sind oder deren Bezahlung durch den Entsendestaat garantiert wird;
3. die zuständigen Organe des Empfangsstaates die Aushändigung des Nachlasses oder des beim Verkauf erzielten Erlöses gestattet haben.

(4) Die Organe des Empfangsstaates übergeben einer konsularischen Amtsperson die von Staatsbürgern des Entsendestaates hinterlassenen persönlichen Gegenstände, Geldmittel und Wertsachen, wenn die Bürger während ihres zeitweiligen Aufenthaltes im Empfangsstaat verstorben sind.

(5) Die Ausfuhr der in Absatz 3 und 4 genannten Vermögenswerte erfolgt gemäß den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates.

(6) Die genannten Bestimmungen gelten auch für den Kommandanten und die Besatzungsmitglieder eines Luftfahrzeuges des Entsendestaates sowie für den Kapitän und die Besatzungsmitglieder eines Schiffes des Entsendestaates.

die im Empfangsstaat verstorben oder verschollen sind, unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft, sofern sie nicht Staatsbürger des Empfangsstaates sind.

Artikel 36

(1) Eine konsularische Amtsperson hat das Recht, vorbezüglich der Rechtsvorschriften des Empfangsstaates die Rechte und Interessen eines nicht volljährigen oder eines handlungsunfähigen Staatsbürgers des Entsendestaates, der seinen Wohnsitz im Empfangsstaat hat, wahrzunehmen und gegebenenfalls einen Vormund, Pfleger oder Vermögensverwalter zu bestellen. Eine konsularische Amtsperson hat von den zuständigen Organen des Empfangsstaates die Zustimmung zu einer solchen Bestellung einzuholen.

(2) Die zuständigen Organe des Empfangsstaates benachrichtigen eine konsularische Amtsperson über Fälle, in denen es notwendig ist, einen Vormund oder Pfleger für einen Staatsbürger des Entsendestaates, der seinen Wohnsitz im Empfangsstaat hat, zu bestellen. Das gleiche gilt für die Bestellung eines Vermögensverwalters, wenn sich das Vermögen im Empfangsstaat befindet.

(3) Die zuständigen Organe des Empfangsstaates sind berechtigt, zum Schutz der Interessen eines nicht volljährigen oder eines handlungsunfähigen Staatsbürgers des Entsendestaates, der seinen Wohnsitz im Empfangsstaat hat, vorläufig notwendige Maßnahmen zu treffen. Wenn eine konsularische Amtsperson den zuständigen Organen des Empfangsstaates mitteilt, daß sie keinen Vormund, Pfleger oder Vermögensverwalter bestellen wird, können die zuständigen Organe des Empfangsstaates einen Vormund, Pfleger oder Vermögensverwalter bestellen. In diesem Fall kann eine konsularische Amtsperson den zuständigen Organen des Empfangsstaates eine geeignete Person dafür vorschlagen.

Artikel 37

(1) Eine konsularische Amtsperson hat das Recht, sich innerhalb des Konsularbezirkes mit jedem Staatsbürger des Entsendestaates zu treffen und mit ihm Verbindung zu unterhalten, ihn zu beraten und ihm jede Unterstützung und, wenn erforderlich, juristischen Beistand zu gewähren.

(2) Der Empfangsstaat schränkt in keiner Weise die Verbindung und den Zutritt eines Staatsbürgers des Entsendestaates zur konsularischen Vertretung ein.

Artikel 38

(1) Die zuständigen Organe des Empfangsstaates benachrichtigen die betreffende konsularische Vertretung unverzüglich, wenn ein Staatsbürger des Entsendestaates vorläufig festgenommen, verhaftet oder in Gewahrsam genommen wird.

(2) Eine konsularische Amtsperson hat das Recht, einen Staatsbürger des Entsendestaates, der vorläufig festgenommen oder verhaftet wurde, der eine Freiheitsstrafe verbüßt oder dessen Freiheit in anderer Form eingeschränkt wurde, zu besuchen und mit ihm Verbindung zu unterhalten. Die zuständigen Organe des Empfangsstaates übermitteln der betreffenden konsularischen Vertretung in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates unverzüglich schriftliche Mitteilungen von einem Staatsbürger des Entsendestaates, der vorläufig festgenommen, verhaftet oder in Gewahrsam genommen wurde oder der eine Freiheitsstrafe verbüßt. Das einer konsularischen Amtsperson nach diesem Absatz gewährte Recht wird in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates wahrgenommen, jedoch unter der Voraussetzung, daß diese Rechtsvorschriften dieses Recht nicht aufheben.

(3) Die zuständigen Organe des Empfangsstaates informieren die betreffende Person unverzüglich über die ihr nach Absatz 2 zustehenden Rechte.

Artikel 39

(1) Eine konsularische Amtsperson hat das Recht, einem Schiff des Entsendestaates in einem Hafen, den Binnen- und Territorialgewässern des Empfangsstaates jede Unterstützung zu leisten.

(2) Eine konsularische Amtsperson kann sich jederzeit an Bord eines Schiffes des Entsendestaates begeben, sofern es nicht unter Quarantäne gestellt wurde. Die zuständigen Organe des Empfangsstaates sind vor dem Betreten des Schiffes des Entsendestaates durch eine konsularische Amtsperson in den Fällen zu informieren, in denen die Abfertigung des Schiffes für den freien Verkehr mit dem Land noch nicht abgeschlossen ist. Der Kapitän und die Besatzungsmitglieder haben das Recht, mit einer konsularischen Amtsperson in Verbindung zu treten und in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates die konsularische Vertretung zu besuchen.

(3) Eine konsularische Amtsperson kann sich in Ausübung ihrer Funktionen nach diesem Artikel in allen Fragen hinsichtlich eines Schiffes des Entsendestaates, des Kapitäns, der Besatzungsmitglieder, der Passagiere und der Ladung an die zuständigen Organe des Empfangsstaates wenden und um Hilfe ersuchen.

Artikel 40

Eine konsularische Amtsperson hat das Recht:

1. unbeschadet der Rechte der Organe des Empfangsstaates alle während der Reise des Schiffes des Entsendestaates an Bord eingetretenen Vorkommnisse zu untersuchen und den Kapitän und die Besatzungsmitglieder darüber zu befragen;
2. unbeschadet der Rechte der Organe des Empfangsstaates alle Streitfragen zwischen dem Kapitän und einem Besatzungsmitglied, einschließlich der Streitfragen über den Lohn und den Heuervertrag, zu klären sowie Maßnahmen zur Anheuerung oder zur Entlassung des Kapitäns oder eines Besatzungsmitgliedes zu treffen, sofern das in den Rechtsvorschriften des Entsendestaates vorgesehen ist;
3. Maßnahmen zur medizinischen Behandlung des Kapitäns, eines Besatzungsmitgliedes oder eines Passagiers zu treffen oder deren Rückführung in den Entsendestaat zu veranlassen;
4. jede Erklärung und jedes andere Dokument, die nach den Rechtsvorschriften des Entsendestaates in bezug auf Schiffe und ihre Ladung vorgeschrieben sind, entgegenzunehmen, auszustellen oder zu beglaubigen.

Artikel 41

(1) Beabsichtigen die Gerichte oder andere zuständige Organe des Empfangsstaates, Zwangsmaßnahmen oder eine Untersuchung an Bord eines Schiffes des Entsendestaates durchzuführen, so ist die konsularische Amtsperson durch die zuständigen Organe des Empfangsstaates vorher zu verständigen, damit sie bei der Durchführung dieser Maßnahmen anwesend sein kann. Läßt die Dringlichkeit der durchzuführenden Maßnahmen eine vorherige Benachrichtigung nicht zu, so stellen die zuständigen Organe des Empfangsstaates der konsularischen Amtsperson auf deren Ersuchen einen schriftlichen Bericht über die Vorkommnisse und die ergriffenen Maßnahmen zu.

(2) Die Bestimmungen in Absatz 1 finden auch dann Anwendung, wenn der Kapitän oder Besatzungsmitglieder zu

Vorkommissionen im Zusammenhang mit dem Schiff des Entsendestaates durch die zuständigen Organe an Land vorgenommen werden sollen.

(3) Die Bestimmungen dieses Artikels finden keine Anwendung bei üblichen Zoll-, Paß- und Hygienekontrollen.

Artikel 42

(1) Die zuständigen Organe des Empfangsstaates informieren eine konsularische Amtsperson unverzüglich, wenn ein Schiff des Entsendestaates Schiffbruch erleidet, strandet oder eine andere Havarie in einem Hafen, den Territorial- und Binnengewässern des Empfangsstaates hat, und benachrichtigen sie über die Maßnahmen, die bereits zur Rettung und Bergung von Menschen, Schiff und Ladung getroffen wurden. Eine konsularische Amtsperson kann einem solchen Schiff, den Besatzungsmitgliedern und den Passagieren jegliche Hilfe erweisen sowie Maßnahmen zur Reparatur des Schiffes und zur Sicherstellung der Ladung treffen.

(2) Eine konsularische Amtsperson kann im Namen des Eigentümers des Schiffes des Entsendestaates Maßnahmen ergreifen, die der Eigentümer des Schiffes oder der Ladung selbst hätte veranlassen können, wenn weder der Kapitän noch der Eigentümer des Schiffes, sein Agent oder die zuständige Versicherung in der Lage sind, die notwendigen Maßnahmen zur Sicherstellung oder Verfügung über ein solches Schiff oder seine Ladung zu treffen.

(3) Die Bestimmungen in Absatz 1 und 2 gelten auch für Gegenstände, die Eigentum eines Staatsbürgers des Entsendestaates sind und sich auf einem Schiff des Empfangsstaates oder eines dritten Staates befanden, an der Küste oder in den Gewässern des Empfangsstaates als Strandgut gefunden oder einem Hafen dieses Staates zugestellt wurden.

(4) Die zuständigen Organe des Empfangsstaates erweisen einer konsularischen Amtsperson bei den von ihr zu ergreifenden Maßnahmen, die mit der Bergung eines Schiffes des Entsendestaates im Zusammenhang stehen, jede notwendige Unterstützung.

(5) Ein havariertes Schiff des Entsendestaates, seine Ladung und Vorräte sind im Empfangsstaat von Zöllen befreit, wenn sie nicht zur Verwendung in diesem Staat verbleiben.

Artikel 43

Die Artikel 39, 40 und 42 dieses Vertrages werden sinngemäß auf Luftfahrzeuge des Entsendestaates angewandt.

Artikel 44

Eine konsularische Amtsperson kann außer den in diesem Vertrag vorgesehenen Funktionen andere konsularische Funktionen ausüben, mit denen sie vom Entsendestaat beauftragt wurde, sofern sie nicht den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates widersprechen.

Artikel 45

Eine konsularische Amtsperson ist berechtigt, im Empfangsstaat für die Vornahme konsularischer Handlungen Konsulargebühren in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Entsendestaates zu erheben.

Kapitel V

Allgemeine Bestimmungen und Schlußbestimmungen

Artikel 46

(1) Alle Personen, die nach diesem Vertrag Erleichterungen, Privilegien und Immunitäten genießen, sind unbeschadet derselben verpflichtet, die Rechtsvorschriften des Empfangsstaates, einschließlich der Verkehrsbestimmungen und der Versicherungsvorschriften für Kraftfahrzeuge, einzuhalten und sich nicht in die inneren Angelegenheiten dieses Staates einzumischen.

(2) Die Konsularräumlichkeiten dürfen nicht in einer Weise genutzt werden, die mit der Ausübung konsularischer Funktionen unvereinbar ist.

Artikel 47

(1) Die Bestimmungen dieses Vertrages gelten auch für die Ausübung konsularischer Funktionen durch die diplomatische Vertretung des Entsendestaates. Für die Mitglieder des diplomatischen Personals der diplomatischen Vertretung des Entsendestaates, die mit der Ausübung konsularischer Funktionen betraut sind, gelten die in diesem Vertrag festgelegten Rechte und Pflichten der konsularischen Amtspersonen. Diese Mitglieder werden dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten des Empfangsstaates notifiziert.

(2) Die Wahrnehmung konsularischer Funktionen durch die in Absatz 1 genannten Personen berührt nicht ihre Erleichterungen, Privilegien und Immunitäten als Mitglieder des diplomatischen Personals der diplomatischen Vertretung.

Artikel 48

Der Entsendestaat kann mit Zustimmung des Empfangsstaates konsularische Funktionen für einen dritten Staat im Empfangsstaat ausüben.

Artikel 49

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifizierung. Er tritt dreißig Tage nach Austausch der Ratifikationsurkunden, der in Berlin erfolgt, in Kraft.

(2) Dieser Vertrag bleibt bis zum Ablauf von sechs Monaten in Kraft, gerechnet von dem Tage ab, an dem eine der vertragschließenden Seiten der anderen vertragschließenden Seite schriftlich auf diplomatischem Weg ihre Absicht mitteilt, den Vertrag zu kündigen.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten der beiden vertragschließenden Seiten diesen Vertrag unterzeichnet und gesiegelt.

Geschehen in New Delhi am 12. Dezember 1975 in zwei Exemplaren, jedes in deutscher Sprache, in Hindi und in englischer Sprache, wobei alle Texte gleichermaßen gültig sind.

Für die
Deutsche Demokratische
Republik

Oskar Fischer
Minister für
Auswärtige Angelegenheiten

Für die
Republik Indien

Y. B. Chavan
Minister für
Auswärtige Angelegenheiten

CONSULAR CONVENTION
BETWEEN
THE GERMAN DEMOCRATIC REPUBLIC AND
THE REPUBLIC OF INDIA

The German Democratic Republic and the Republic of India,

Desiring to regulate consular relations and to contribute towards further developing the friendly relations between the two States,

Have decided to conclude a Consular Convention and for this purpose have agreed as follows:

CHAPTER I

Definitions

Article 1

For the purposes of this Convention:

1. "Consular post" means a consulate-general, consulate, vice-consulate or consular agency;
2. "Consular district" means the area assigned to a consular post for the performance of consular functions;
3. "Head of consular post" means the person charged with the duty of acting in that capacity;
4. "Consular officer" means any person, including the head of a consular post, charged with the performance of consular functions;
5. "Consular employee" means a person who performs administrative or technical functions in the consular post but who is not a consular officer;
6. "Member of the service staff" means any person employed in the domestic service of a consular post;
7. "Members of the consular post" means consular officers, consular employees and members of the service staff;
8. "Members of the family" means the spouse of a member of the consular post, his children and parents and those of his spouse, provided that they form part of the household of the member of the consular post, are residing with him, are supported by him and are not citizens of the receiving State;
9. "Consular premises" means buildings or parts of buildings and land ancillary thereto, irrespective of ownership, used exclusively for the purposes of the consular post;
10. "Consular archives" comprise all the official correspondence, documents, books, cipher and the technical means of work of the consular post as well as articles of furniture designed for their safe keeping and protection;
11. "Vessel of the sending State" stands for any watercraft lawfully flying the flag of the sending State;
12. "Aircraft of the sending State" means any aircraft lawfully registered in the sending State and displaying its nationality sign;
13. "Citizen of the sending State" means any person having the citizenship of the sending State pursuant to its laws and regulations;
14. "Juridical persons of the sending State" means bodies corporate established pursuant to the laws and regulations of the sending State.

CHAPTER II

**Establishment of a consular post and
appointment of consular officers**

Article 2

(1) A consular post may be established in the receiving State only with that State's consent.

(2) The seat of the consular post, its status and the area of the consular district shall be agreed upon between the sending State and the receiving State.

Article 3

(1) Prior to the appointment of the head of the consular post by the sending State, the consent of the receiving State to the appointment of such a person shall be obtained through diplomatic channels.

(2) After such consent has been obtained, the diplomatic mission of the sending State shall transmit to the Ministry of External Affairs of the receiving State through diplomatic channels the consular commission or other document appointing the head of the consular post. The said commission or document shall specify the full name of the head of the consular post, his citizenship, his rank, the seat of the consular post and the consular district.

(3) The head of the consular post may perform his functions only after he has been granted an *exequatur* by the receiving State. The *exequatur* shall be granted as soon as possible. Pending its delivery, the receiving State may allow the head of the consular post to perform his functions provisionally.

Article 4

(1) If for some reason or other the head of the consular post is unable to perform his functions or if the post of the consular post is temporarily vacant, the sending State may charge a consular officer of the consular post concerned or of another of its consular posts or a member of the diplomatic staff of its diplomatic mission in the receiving State to act temporarily as head of the consular post. The sending State shall notify in advance the receiving State through diplomatic channels the full name and other particulars of the acting head of the consular post.

(2) The person temporarily acting as head of the consular post shall enjoy the same rights, facilities, privileges and immunities as are accorded to the head of the consular post under this Convention.

(3) If a member of the diplomatic staff of the diplomatic mission of the sending State in the receiving State is temporarily put in charge of the consular post, he shall continue to enjoy diplomatic privileges and immunities.

Article 5

(1) The sending State shall notify in writing to the receiving State through diplomatic channels the full name as well as the rank of all consular officers other than the head of the consular post.

(2) The receiving State shall be notified in advance of the arrival and the final departure of a member of the consular post as well as of members of his family.

Article 6

Only a citizen of the sending State not resident in the receiving State shall be appointed as a consular officer.

Article 7

(1) The receiving State may, at any time and without having to explain the reasons for its decision, notify the sending State through the diplomatic channels that a consular officer is *persona non grata* or that a consular employee is unacceptable.

The sending State shall thereupon recall the person concerned.

(2) If the sending State fails to carry out within a reasonable period its obligation under paragraph 1, the receiving State may cease to recognise such a person as a member of the consular post.

CHAPTER III

Facilities, Privileges and Immunities

Article 8

The receiving State shall take all appropriate measures to enable consular officers and consular employees to perform their functions efficiently and to enjoy the facilities, privileges and immunities provided for in this Convention.

Article 9

(1) The receiving State shall assist the sending State in procuring consular premises and accommodation for the members of the consular post.

(2) The sending State may, in accordance with the laws and regulations of the receiving State, acquire, take on lease or rent consular premises and accommodation for the members of the consular post provided that they are citizens of the sending State and do not reside in the receiving State.

Article 10

(1) The coat-of-arms of the sending State and the designation of the consular post may be displayed on the consular building in the languages of the sending and the receiving States.

(2) The national flag of the sending State may be flown on the consular building, on the residence of the head of the consular post and on his means of transport when used on official business.

Article 11

(1) The receiving State shall ensure the protection of the consular premises and the residence of the head of the consular post.

(2) The consular premises used exclusively for the purpose of the work of the consular post and the residence of the head of the consular post shall be inviolable. The agents of the receiving State may not enter them except with the consent of the head of the consular post or the head of the diplomatic mission of the sending State or by a person designated by either of them.

Article 12

Consular archives shall be inviolable at all times and wherever they may be. Non-official papers must not be held together with consular archives.

Article 13

(1) The consular post shall have the right to communicate with its government and the diplomatic missions and other consular posts of the sending State, wherever situated. For this purpose, the consular post may use all appropriate means

of communication, including diplomatic or consular couriers, diplomatic or consular bag and messages in code or cipher. However, the consular post may install and use transmitter only with the consent of the receiving State.

(2) For the use of normal means of communication, the same conditions shall be applied in the case of a consular post as are applied in the case of a diplomatic mission.

(3) The official correspondence of the consular post and the consular bag shall be inviolable and may not be examined or detained. The consular bag must bear visible external marks of its official character and may contain only official papers and articles intended exclusively for official use.

(4) The consular courier, who shall carry an official document showing his status and the number of packages constituting the consular bag, shall be granted by the receiving State the same facilities, privileges and immunities as are enjoyed by diplomatic couriers of the sending State provided he holds a diplomatic passport issued by the sending State.

(5) The sending State, its diplomatic missions and its consular posts may designate consular couriers *ad hoc*, who hold a diplomatic or an official passport. The provisions of paragraph 4 of this Article shall also apply to such a courier except that the privileges and immunities mentioned therein shall cease to apply when he has delivered to the consignee the consular bag in his charge.

(6) A consular bag may be entrusted to the captain of a ship or the commander of a commercial aircraft scheduled to land at an authorised port of entry. He shall be provided with an official document indicating the number of packages constituting the bag, but he shall not be considered to be a consular courier. By arrangement with the appropriate local authorities, the consular post may send one of its members to hand over to or to take possession of the bag, directly and freely from the captain of the ship or the commander of the aircraft.

Article 14

The receiving State shall treat consular officers, consular employees and members of their families with due respect and shall take all appropriate measures to prevent any attack on their person, freedom or dignity.

Article 15

The head of the consular post and the members of his family shall enjoy personal inviolability and immunity from the criminal jurisdiction of the receiving State.

Article 16

(1) A consular officer, other than the head of the consular post, shall not be liable to arrest or detention pending trial, except in the case of a grave crime and pursuant to a decision by the competent judicial authority of the receiving State.

(2) Except in the case specified in paragraph 1 of this Article, a consular officer shall not be committed to prison or be liable to any other form of restriction on his personal freedom save in execution of a judicial decision of final effect.

(3) If criminal proceedings are instituted against a consular officer, other than the head of the consular post, he must appear before the competent authorities. Nevertheless, the proceedings shall be conducted with the respect due to such consular officer by reason of his official position and, except in the case specified in paragraph 1 of this Article, in a manner which will hamper the performance of consular functions as little as possible. When, in circumstances mentioned in paragraph 1 of this Article, it becomes necessary to arrest or detain a consular officer, the proceedings against him shall be instituted with the minimum of delay.

(4) The members of the family of a consular officer shall enjoy immunity from criminal jurisdiction of the receiving State to the same extent as the consular officer.

Article 17

(1) Consular officers and consular employees shall not be amenable to the jurisdiction of the judicial or administrative authorities of the receiving State in matters relating to the performance of their official duties.

(2) The provisions of paragraph 1 of this Article shall not apply in respect of civil action:

1. relating to private immovable property situated in the receiving State provided that it is not used on behalf of the sending State for purposes of the consular post;
2. relating to succession in which they act in their private capacities, and not on behalf of the sending State, as executors, administrators, heirs or legatees;
3. relating to any professional or commercial activities which they undertake in the receiving State outside their official functions;
4. arising out of contracts concluded by them in which they do not contract expressly or impliedly on behalf of the sending State;
5. relating to an action by third party for damage caused by an accident in the receiving State involving a vehicle, vessel or aircraft.

(3) The provisions of paragraphs 1 and 2 of this Article shall also apply to the members of the service staff, if citizens of the sending State.

Article 18

(1) Members of the consular post may be summoned to appear as witnesses before the courts, tribunals or other competent organs with judicial powers of the receiving State. However, they are not obliged to give evidence on matters connected with the performance of their official functions.

(2) If a member of the consular post refuses to appear as a witness before the courts, tribunals or other competent organs with judicial powers of the receiving State, no coercive measures or penalties whatsoever may be imposed on him.

(3) The authorities referred to in paragraphs 1 and 2 of this Article, when requiring the evidence of a consular officer or consular employee, shall avoid interference with the performance of his functions. They may, when possible, take such evidence of the consular officer at his residence or at the consular post or accept a statement from him in writing.

(4) The provisions of paragraph 1 of this Article shall also apply to the members of the family of a consular officer and consular employee, including those who are citizens of the receiving State or are permanently resident therein.

Article 19

(1) The sending State may waive the privileges and immunities granted to members of the consular post and members of their families in Articles 15, 16, 17 and 18. The waiver must always be in writing.

(2) The initiation of proceedings by a consular officer or a consular employee in a matter where he might enjoy immunity from jurisdiction shall preclude him from invoking immunity from jurisdiction in respect of any counter-claim directly connected with the principal claim.

(3) The waiver of immunity from jurisdiction in respect of civil or administrative proceedings shall not be held to imply waiver of immunity in respect of execution of the judgement for which a separate waiver shall be required.

Article 20

Members of the consular post and members of their families shall be exempt from any form of obligatory public service in the receiving State.

Article 21

Consular officers and consular employees and members of their families shall not be subject to the obligations arising from the laws and regulations of the receiving State concerning alien registration, residence permit and other similar regulations relating to foreigners.

Article 22

(1) The consular premises and the residence of the head of consular post which the sending State or any person acting on its behalf owns, takes on rent or lease, shall be exempt from all central, state or municipal dues and taxes whatsoever.

(2) The exemption from dues and taxes referred to in paragraph 1 shall not apply to:

1. such dues and taxes if, under the laws and regulations of the receiving State, they are payable by the person who contracted with the sending State or with the person acting on its behalf, and
2. indirect taxes of a kind which are normally incorporated in the price of goods or services.

(3) Exemption provided for in this Article shall not apply to charges and fees for specific services rendered.

Article 23

(1) Consular officers and consular employees and members of their families, if citizens of the sending State, shall be exempt from all central, state and municipal dues and taxes except:

1. indirect taxes of a kind which are normally incorporated in the price of goods or services;
2. dues and taxes on private immovable property situated in the receiving State, subject to the provisions of Article 22;
3. estate, succession or inheritance duties and duties on transfers levied by the receiving State subject to the provisions of paragraph 3 of this Article;
4. dues and taxes on private income having its source in the receiving State and any other tax of a similar nature;
5. charges levied for specific services rendered;
6. registration, court or record fees, mortgage dues and stamp duties, subject to the provisions of Article 22.

(2) Members of the service staff, if citizens of the sending State, shall be exempt from dues and taxes on the wages which they receive for their services.

(3) The receiving State shall not levy central, state or municipal estate, succession or inheritance duties and duties on transfers, on movable property of a deceased member of the consular post or one of the members of his family the presence of which in the receiving State was due solely to the presence there of the deceased as a member of the consular post or as a member of the family of a member of the consular post.

Article 24

(1) The receiving State shall, in accordance with its laws and regulations and on the basis of reciprocity, permit entry of and grant exemption from customs duties, taxes, and related charges other than charges for storage, cartage and similar services, on:

1. articles for the official use of the consular post;
2. articles for the personal use of a consular officer, or members of his family, including a motor vehicle. The articles intended for consumption shall not exceed the quantities necessary for direct use by the persons concerned.

(2) Consular employees, who are citizens of the sending State, and members of their families, shall enjoy exemptions

in respect of articles, other than motor vehicles, referred to in sub-paragraph 2 of paragraph 1 of this Article, at the time of first installation in accordance with the applicable baggage rules of the receiving State.

(3) Personal baggage accompanying consular officers and members of their families shall be exempt from customs inspection. Such baggage may be inspected only if there is serious reason to believe that it contains articles other than those referred to in sub-paragraph 2 of paragraph 1 of this Article, or articles the import or export of which is prohibited by the laws and regulations of the receiving State or which are subject to its quarantine laws and regulations. Such inspection shall be carried out in the presence of the consular officer or a member of his family.

Article 25

Members of the consular post and members of their families shall enjoy freedom of movement and travel in the receiving State, with the exception of those areas entry into and sojourn in which is restricted or prohibited under the laws and regulations of the receiving State.

Article 26

The facilities, privileges and immunities provided for under this Convention shall not apply to a consular employee, or a member of the family of a consular officer or a consular employee, if he is a citizen of the receiving State or is permanently resident therein. However, the receiving State must exercise its jurisdiction over these persons in such a manner as not to interfere unduly with the performance of the functions of the consular post.

CHAPTER IV

Consular functions

Article 27

A consular officer shall have the right:

1. to represent the rights and interests of the sending State, and of its citizens, both natural and juridical;
2. to promote the development of commercial, economic, cultural and scientific relations between the sending State and the receiving State; and
3. to otherwise promote the development of friendly relations between the sending State and the receiving State in accordance with the provisions of this Convention.

Article 28

(1) A consular officer may perform his consular functions only within the consular district. The performance of consular functions outside the consular district requires in each individual case the consent of the receiving State.

(2) In the performance of his consular functions a consular officer may address:

1. the competent local authorities of his consular district;
2. the competent central authorities of the receiving State if and to the extent that this is allowed by the laws, regulations and usages of the receiving State.

Article 29

A consular officer shall have the right, in accordance with the laws and regulations of the receiving State and without requiring special authorization, to represent citizens of the sending State before the authorities of the receiving State or to take measures for such representation if the persons concerned are unable, on account of absence or other serious grounds, to protect their rights and interests in time. The same applies to the representation of juridical persons of the sending State. Such representation shall continue till the persons represented designate their own attorneys or undertake the protection of their own rights and interests.

Article 30

A consular officer shall have the right:

1. to register citizens of the sending State;
2. to receive applications and issue or deliver documents on questions concerning citizenship subject to the laws and regulations of the sending State;
3. to issue, endorse, extend, renew, cancel or withdraw travel documents from citizens of the sending State;
4. to issue visas.

Article 31

(1) A consular officer shall have the right:

1. to keep marriage, birth and death registers of the citizens of the sending State;
2. to solemnize marriages in accordance with the laws and regulations of the sending State if both persons concerned are citizens of the sending State unless such marriage is prohibited by the laws and regulations of the receiving State;
3. to accept certificates owning children born out of wedlock regardless of the child's citizenship and age, provided that such a certificate bears the signature of a citizen of the sending State;
4. to carry out adoptions provided that the adopting person and the child to be adopted are citizens of the sending State.

(2) The consular officer shall inform the competent authorities of the receiving State of action taken under the provisions of paragraph 1 of this Article if this is required by the laws and regulations of the receiving State.

Article 32

A consular officer shall have the right:

1. to receive and to attest statements made by the citizens of the sending State;
2. to receive, attest and to keep for safe custody last wills as well as other documents relating to unilateral legal acts of citizens of the sending State;
3. to receive, attest and to keep for safe custody documents on legal transactions between the citizens of the sending State, with the exception of such transactions which establish, transfer or abolish titles to property rights in immovable property situated in the receiving State;
4. to attest signatures of the citizens of the sending State on documents and to attest copies of, and extracts from, documents;
5. to authenticate documents issued by the competent authorities or officers of the receiving State to be used in the sending State;
6. to attest translations of documents issued by the competent authorities of the sending State or the receiving State;
7. to perform other notarial acts entrusted to him by the sending State.

Article 33

The documents drawn up, attested or translated by a consular officer of the sending State under Article 32 will be regarded in the receiving State as having the same legal significance and evidentiary value as if they had been drawn up, attested or translated by the appropriate authority or office in the receiving State.

Article 34

(1) A consular officer shall have the right:

1. to accept for safe custody property and documents from citizens of the sending State or on behalf of such citizens so far as it does not offend against the laws and regulations of the receiving State, it being understood that transfer of such property or documents outside the receiv-

ing State shall not be done contrary to the laws and regulations of that State.

2. to accept from the authorities of the receiving State documents, money, valuables and other objects lost by citizens of the sending State during their stay in the receiving State in order to return them to their owners.

(2) The objects accepted for safe custody in accordance with paragraph 1 may only be exported from the receiving State, if it is not contrary to the laws and regulations of that State.

Article 35

(1) The competent authorities of the receiving State shall inform as soon as possible the consular post concerned about the death of a citizen of the sending State and the opening of a probate proceeding if any in the receiving State provided that the heirs, persons who appear to have legal claims to inheritance or legatees are citizens of the sending State, who do not reside in the receiving State and have no representative there. If the consular post concerned is the first to learn of the death of a citizen of the sending State, it is required to inform the competent authorities of the receiving State in order to secure the estate. In case of the death of a citizen of the sending State, the competent authorities of the receiving State shall issue a death certificate to the consular post.

(2) A consular officer may request the competent authorities of the receiving State to take measures to protect and administer the estate left in that State by a citizen of the sending State. The authorities of the receiving State are obliged to report on measures already taken. A consular officer may directly support the authorities of the receiving State in taking action to protect and administer the estate. He may represent the heirs provided that they are citizens of the sending State and can neither be present in the probate proceeding nor have appointed an authorised representative.

(3) The authorities of the receiving State shall deliver to a consular officer the estate or its sale proceeds provided that the heir, the person entitled to a reserve portion or legatee is a citizen of the sending State and does not reside in the receiving State on the condition that

1. Debts with which the estate is encumbered are paid by the sending State or their payment is guaranteed by the sending State;
2. All taxes and other dues in respect of the estate are paid by the sending State or their payment is guaranteed by the sending State;
3. The competent authorities of the receiving State have permitted delivery of the estate or the amount obtained from the sale.

(4) The authorities of the receiving State shall deliver to a consular officer the personal effects, money and valuables as are left by citizens of the sending State who have died during their temporary stay in the receiving State.

(5) The export of the assets mentioned in paragraphs 3 and 4 is subject to the laws and regulations of the receiving State.

(6) The above provisions shall also apply to the commander and crew members of an aircraft of the sending State and to the captain and crew members of a vessel of the sending State who died or are missing in the receiving State, irrespective of their citizenship but provided that they are not citizens of the receiving State.

Article 36

(1) A consular officer shall have the right, subject to the laws and regulations of the receiving State, to look after the rights and interests of a minor or of a citizen of the sending State whose legal capacity is limited but who resides in the receiving State and, if need be, to appoint a guardian, a curator or an estate manager. The consular officer is obliged

to obtain consent of the competent authorities of the receiving State of such appointment.

(2) The competent authorities of the receiving State shall inform the consular officer of cases where it is necessary to appoint a guardian or a curator for a citizen of the sending State residing in the receiving State. The same applies to the appointment of an estate manager if the estate is situated in the receiving State.

(3) The competent authorities of the receiving State are entitled to provisionally take measures as may be necessary for the protection of the interests of a minor or of a citizen of the sending State whose legal capacity is limited and who resides in the receiving State. If the consular officer informs the competent authorities of the receiving State that he will not appoint a guardian, curator or estate manager, the competent authorities of the receiving State may appoint a guardian, curator or estate manager. In that case the consular officer may propose to the competent authorities of the receiving State a suitable person.

Article 37

(1) A consular officer shall have the right within the limits of his consular district to meet and maintain contact with any citizen of the sending State, to give him advice and to render all assistance including legal assistance in cases of necessity.

(2) The receiving State shall not in any manner restrict the contacts of the citizens of the sending State with their consular post or their access to it.

Article 38

(1) The competent authorities of the receiving State shall inform the consular post concerned without delay about the arrest, detention, or taking into custody of a citizen of the sending State.

(2) A consular officer shall have the right to visit and to maintain contacts with a citizen of the sending State under arrest or detention or who is serving a prison sentence or is detained in any other manner. The competent authorities of the receiving State shall, without delay, forward to the consular post concerned in accordance with the laws and regulations of the receiving State written communications from the citizen of the sending State who has been arrested, detained, taken into custody or is serving a prison sentence. The right of the consular officer under this paragraph shall be exercised in accordance with the laws and regulations of the receiving State provided, however, that such laws and regulations do not annul these rights.

(3) The competent authorities of the receiving State shall inform the person concerned without delay of his rights under paragraph 2.

Article 39

(1) A consular officer shall have the right to render all assistance to vessels of the sending State in ports, and the internal and territorial waters of the receiving State.

(2) A consular officer may at any time board a vessel of the sending State provided she has not been put in quarantine. In cases where the vessel has not yet been completely cleared for free communication with the shore, the competent authorities of the receiving State must be informed before a consular officer goes on board a vessel of the sending State. The captain and the crew members are entitled to contact the consular officer and call at the consular post subject to the laws and regulations of the receiving State.

(3) In the exercise of his functions under this Article, a consular officer may address himself to the competent authorities of the receiving State and seek their help in all questions relating to a vessel of the sending State, her captain, crew members, passengers and cargo.

Article 40

A consular officer shall have the right:

1. to investigate, without prejudice to the rights of the authorities of the receiving State, any incidents that may have occurred during the course of voyage on board the vessel of the sending State and to question the captain and crew members;
2. to settle, without prejudice to the rights of the authorities of the receiving State, all disputes between the captain and crew members, including disputes concerning wages and the ship's articles, and to take steps towards hiring or discharging the captain or crew members, if this is permitted under the laws and regulations of the sending State;
3. to make arrangements for medical treatment or for repatriation of the captain, crew members or passengers;
4. to receive, issue or certify any declaration or other document prescribed by the laws and regulations of the sending State with regard to vessels and their cargoes.

Article 41

(1) If the courts or other competent authorities of the receiving State intend to carry out any coercive measures or make any investigation on board a vessel of the sending State, the consular officer shall be informed beforehand by the competent authorities of the receiving State, so that he may be present when these measures are carried out. If the urgency of the measures to be carried out does not admit of such advance information, the competent authorities of the receiving State shall furnish the consular officer on request with a written account of the incidents and the measures taken.

(2) The provisions of paragraph 1 shall also apply if the captain or crew members are to be interrogated ashore by the competent authorities on incidents relating to the vessel of the sending State.

(3) The provisions of this Article shall not apply to the normal customs, passports and sanitary inspections.

Article 42

(1) The competent authorities of the receiving State shall immediately inform a consular officer when a vessel of the sending State is shipwrecked, runs aground or suffers some other accident in a port, the territorial or internal waters of the receiving State, and shall communicate to him what measures have already been taken for the salvage and rescue of persons, vessel and cargo. The consular officer may extend any assistance to such a vessel, the members of the crew and passengers. He may also take measures to repair the vessel and secure the cargo.

(2) The consular officer may, on behalf of the owner of the vessel of the sending State, take such measures as could have been arranged by the owner of the vessel or of the cargo himself, provided that neither the captain nor the vessel's owner, his agent or the competent insurance company are in a position to make the necessary arrangements for securing or disposing of such a vessel or her cargo.

(3) The provisions of paragraphs 1 and 2 of this Article shall also apply to objects which are the property of citizens of the sending State, and were on board a vessel of the receiving State or of a third State, or were found on the shores or in the waters of the receiving State as stranded goods or were delivered to a port of that State.

(4) The competent authorities of the receiving State shall extend all necessary assistance to a consular officer in taking the measures relating to the salvage of a vessel of the sending State.

(5) No customs duties shall be levied against a wrecked vessel, its cargo or stores, in the territory of the receiving State, unless they are delivered for use in that State.

Article 43

Articles 39, 40 and 42 of the present Convention shall apply *mutatis mutandis* also to aircraft of the sending State.

Article 44

Apart from the functions provided for in this Convention a consular officer may perform other consular functions entrusted to him by the sending State, if they are not prohibited by the laws and regulations of the receiving State.

Article 45

A consular officer shall have the right to levy in the receiving State consular fees for the performance of consular services prescribed under the laws and regulations of the sending State.

CHAPTER V

General and Final Provisions

Article 46

(1) All persons enjoying facilities, privileges and immunities under this Convention are obliged, without prejudice to such facilities, privileges and immunities, to respect the laws and regulations of the receiving State, including those relating to traffic and insurance of motor vehicles. They are also obliged not to interfere in the internal affairs of that State.

(2) The consular premises must not be used in any manner incompatible with the performance of consular functions.

Article 47

(1) The provisions of this Convention shall also apply to the performance of consular functions by a diplomatic mission of the sending State. The rights and duties of consular officers as stipulated in this Convention shall also apply to members of the diplomatic staff of the diplomatic mission of the sending State who have been entrusted with the performance of consular functions. The names of these members shall be notified to the Ministry of Foreign Affairs of the receiving State.

(2) The performance of consular functions by persons mentioned in paragraph 1 of this Article shall not affect their facilities, privileges and immunities as members of the diplomatic staff of the diplomatic mission.

Article 48

With the approval of the receiving State the sending State may perform consular functions in the receiving State on behalf of a third State.

Article 49

(1) This Convention shall be subject to ratification. It shall enter into force 30 days after the exchange of the instruments of ratification, which shall take place in Berlin.

(2) This Convention shall remain in force until the expiry of six months from the date on which one of the Contracting Parties shall have given to the other Contracting Party a written notice through diplomatic channels, of its intention to terminate the Convention.

IN WITNESS WHEREOF the respective plenipotentiaries of the two Contracting Parties have signed this Convention and have affixed thereto their seals.

Done in duplicate at New Delhi this the twelfth day of December 1975 in German, Hindi and English languages, all texts being equally authentic.

For the
German Democratic
Republic

Oskar Fischer
Minister of Foreign Affairs

For the
Republic of
India

Y. B. Chavan
Minister of External Affairs

Gesetz
über den Konsularvertrag vom 4. Mai 1976
zwischen der Deutschen Demokratischen Republik
und dem Vereinigten Königreich von Großbritannien
und Nordirland

vom 24. Juni 1976

§ 1

Die Volkskammer bestätigt den am 4. Mai 1976 in Berlin unterzeichneten, nachstehend veröffentlichten Konsularvertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland.

§ 2

Der Tag, an dem der Vertrag gemäß seinem Artikel 58 wirksam wird, ist im Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik bekanntzugeben.

§ 3

Dieses Gesetz tritt am 1. Juli 1976 in Kraft.

Das vorstehende, von der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik am vierundzwanzigsten Juni neunzehnhundertsechundsiebzig beschlossene Gesetz wird hiermit verkündet.

Berlin, den vierundzwanzigsten Juni neunzehnhundertsechundsiebzig

Der Vorsitzende des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik

W. Stoph

Konsularvertrag
zwischen der Deutschen Demokratischen Republik
und dem Vereinigten Königreich von Großbritannien
und Nordirland

Der Staatsrat der Deutschen Demokratischen Republik und Ihre Majestät die Königin des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nordirland und Ihrer anderen Gebiete und Territorien, Oberhaupt des Commonwealth, haben

in dem Bestreben, die Bande der Freundschaft zwischen beiden Staaten weiter zu festigen,

in dem Wunsche, die Beziehungen auf konsularischem Gebiet zu regeln,

beschlossen, einen Konsularvertrag abzuschließen, und haben zu diesem Zweck zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Der Staatsrat
 der Deutschen Demokratischen Republik
 Für die Deutsche Demokratische Republik:

Herrn Kurt N i e r
 Stellvertreter des Ministers für
 Auswärtige Angelegenheiten,

Ihre Majestät die Königin des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nordirland und Ihrer anderen Gebiete und Territorien, Oberhaupt des Commonwealth (im folgenden „Ihre Britannische Majestät“ genannt)

Für das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland:

Herrn Percy C r a d o c k
 Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter
 Ihrer Britannischen Majestät,

die, nachdem sie einander mit ihren in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten bekannt gemacht haben, wie folgt übereingekommen sind:

Teil I
Definitionen

Artikel 1

(1) Im Sinne dieses Vertrages bedeuten die nachstehenden Begriffe:

1. „Konsulat“ jedes Generalkonsulat, Konsulat, Vizekonsulat oder jede Konsularagentur;
2. „Konsularbezirk“ das Gebiet, auf dem ein Konsulat berechtigt ist, konsularische Funktionen auszuüben;
3. „Konsularische Amtsperson“ jede Person, einschließlich des Leiters eines Konsulats, die in Übereinstimmung mit diesem Vertrag als solche ernannt und mit der Wahrnehmung konsularischer Funktionen beauftragt ist;
4. „Konsularangestellter“ jede Person, die in einem Konsulat angestellt ist, um
 - a) administrative oder technische Funktionen oder
 - b) Dienstleistungsaufgaben zu erfüllen;
5. „Familienangehöriger“ den Ehegatten und jedes nicht volljährige Kind einer konsularischen Amtsperson oder eines Konsularangestellten, die mit ihnen im gemeinsamen Haushalt leben;
6. „Schiff des Entsendestaates“ jedes Wasserfahrzeug, mit Ausnahme von Kriegsschiffen, das nach den Rechtsvor-

schriften des Entsendestaates im Entsendestaat registriert ist.

(2) Als „Staatsbürger“ im Sinne dieses Vertrages gelten:

1. in bezug auf die Deutsche Demokratische Republik alle Personen, die nach den Rechtsvorschriften der Deutschen Demokratischen Republik Bürger der Deutschen Demokratischen Republik sind;
2. in bezug auf das Vereinigte Königreich alle britischen Untertanen und von Großbritannien geschützten Personen, die von der Regierung Ihrer Britannischen Majestät im Vereinigten Königreich als ihre Staatsbürger anerkannt sind.

(3) Als „juristische Personen des Entsendestaates“ im Sinne dieses Vertrages werden jene betrachtet, die nach den Rechtsvorschriften des Entsendestaates errichtet worden sind.

Teil II
Errichtung von Konsulaten

Artikel 2

(1) Die Errichtung eines Konsulats durch den Entsendestaat im Empfangsstaat bedarf der Zustimmung durch den Empfangsstaat.

(2) Der Entsendestaat und der Empfangsstaat vereinbaren den Sitz des Konsulats, seinen Rang, seinen Konsularbezirk und die Anzahl der konsularischen Amtspersonen und Konsularangestellten.

Artikel 3

(1) Der Entsendestaat holt auf diplomatischem Weg im voraus das Einverständnis des Empfangsstaates zur Zulassung einer konsularischen Amtsperson als Leiter eines Konsulats ein.

(2) Der Entsendestaat übermittelt dem Empfangsstaat auf diplomatischem Weg das Konsularpatent oder eine andere Ernennungsurkunde, worin der Vor- und Zuname des Leiters des Konsulats, sein Rang, der Konsularbezirk sowie der Sitz des Konsulats zu bezeichnen sind.

(3) Nach Vorlage des Konsularpatents oder einer anderen Ernennungsurkunde erteilt der Empfangsstaat kostenlos und möglichst kurzfristig das Exequatur oder eine andere entsprechende Erlaubnis.

(4) Der Leiter des Konsulats kann seine Funktionen unverzüglich nach Erteilung des Exequaturs oder einer anderen Erlaubnis durch den Empfangsstaat ausüben. Bis dahin kann der Empfangsstaat ihm gestatten, seine Funktionen vorläufig auszuüben.

Artikel 4

(1) Ist der Leiter des Konsulats aus irgendeinem Grund nicht in der Lage, seine Funktionen auszuüben oder ist dessen Stelle zeitweilig unbesetzt, kann der Entsendestaat eine konsularische Amtsperson des betreffenden oder eines anderen Konsulats im Empfangsstaat oder ein Mitglied des diplomatischen Personals seiner diplomatischen Vertretung mit der zeitweiligen Leitung des Konsulats beauftragen. Vor- und Zuname der betreffenden Person sind in der Regel vorher

dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten des Empfangsstaates schriftlich mitzuteilen.

(2) Die Person, die mit der zeitweiligen Leitung des Konsulats beauftragt wurde, genießt die gleichen Rechte, Erleichterungen, Privilegien und Immunitäten, die dem Leiter des Konsulats nach diesem Vertrag zustehen.

(3) Wird ein Mitglied des diplomatischen Personals der diplomatischen Vertretung des Entsendestaates gemäß Absatz 1 mit der Leitung des Konsulats beauftragt, bleiben seine diplomatischen Privilegien und Immunitäten unberührt.

Artikel 5

Der Entsendestaat teilt dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten des Empfangsstaates im voraus schriftlich Vor- und Zunamen sowie den Rang jeder konsularischen Amtsperson mit, die nicht Leiter des Konsulats ist.

Artikel 6

Der Entsendestaat teilt dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten des Empfangsstaates im voraus schriftlich Vor- und Zunamen, die Staatsbürgerschaft sowie die Funktion eines für ein Konsulat benannten Konsularangestellten mit.

Artikel 7

(1) Der Empfangsstaat stellt jeder konsularischen Amtsperson ein Dokument aus, das ihre Identität und ihre Eigenschaft als konsularische Amtsperson bestätigt.

(2) Absatz 1 ist auf einen Konsularangestellten und einen Familienangehörigen einer konsularischen Amtsperson oder eines Konsularangestellten entsprechend anzuwenden, sofern diese Person nicht Staatsbürger des Empfangsstaates ist oder ihren Wohnsitz nicht im Empfangsstaat hat.

Artikel 8

Der Entsendestaat teilt dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten des Empfangsstaates im voraus schriftlich die Ankunft und die Abreise einer konsularischen Amtsperson, eines Konsularangestellten sowie deren Familienangehörigen mit.

Artikel 9

Die vorherige Zustimmung des Empfangsstaates ist in folgenden Fällen erforderlich:

1. für die Ernennung oder den Dienstantritt eines Staatsbürgers des Entsendestaates, wenn die betreffende Person bereits die Genehmigung erhalten hat, in den Empfangsstaat zu anderen Zwecken einzureisen oder dort zu wohnen; dies gilt jedoch nicht für eine Person, die bereits Mitglied des Personals eines Konsulats im Empfangsstaat oder der diplomatischen Vertretung des Entsendestaates ist;
2. für den Dienstantritt eines Staatsbürgers des Empfangsstaates oder eines Staatsbürgers eines dritten Staates als Konsularangestellter.

Artikel 10

(1) Eine konsularische Amtsperson kann nur Staatsbürger des Entsendestaates und darf nicht Staatsbürger des Empfangsstaates sein oder nicht ihren Wohnsitz im Empfangsstaat haben.

(2) Ein Konsularangestellter kann Staatsbürger des Entsendestaates, des Empfangsstaates oder eines dritten Staates sein.

Artikel 11

Der Empfangsstaat kann jederzeit und ohne Angabe von Gründen für seine Entscheidung dem Entsendestaat schriftlich auf diplomatischem Weg mitteilen, daß eine konsularische Amtsperson oder ein Konsularangestellter nicht genehm ist. Der Entsendestaat hat daraufhin die betreffende Person abzuberufen oder ihre Tätigkeit im Konsulat zu beenden. Wenn der Entsendestaat es unterläßt, diese Pflicht innerhalb einer angemessenen Frist zu erfüllen, kann der Empfangsstaat, wenn es sich um den Leiter eines Konsulats handelt, das

Exequatur oder die andere Erlaubnis zurückziehen oder, wenn es sich um eine andere konsularische Amtsperson oder um einen Konsularangestellten handelt, diese im weiteren nicht mehr in dieser Eigenschaft anerkennen.

Teil III

Erleichterungen, Privilegien und Immunitäten

Artikel 12

(1) Der Empfangsstaat behandelt eine konsularische Amtsperson und einen Konsularangestellten mit der gebührenden Achtung und trifft die notwendigen Maßnahmen, um ihnen die wirksame Ausübung ihrer Funktionen zu gewährleisten.

(2) Der Empfangsstaat sichert, daß eine konsularische Amtsperson und ein Konsularangestellter die Erleichterungen, Privilegien und Immunitäten, die in diesem Vertrag oder den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates vorgesehen sind, in Anspruch nehmen können.

Artikel 13

(1) Der Entsendestaat kann entsprechend den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates Grundstücke, Gebäude oder Gebäudeteile für ein Konsulat oder für eine Wohnung einer konsularischen Amtsperson oder eines Konsularangestellten erwerben, besitzen oder nutzen. Der Empfangsstaat unterstützt den Entsendestaat, falls erforderlich, beim Erwerb von Grundstücken, Gebäuden oder Gebäudeteilen für diese Zwecke.

(2) Die Bestimmungen des Absatz 1 befreien den Entsendestaat nicht von der Einhaltung der Vorschriften über das Bauwesen und die Städteplanung oder anderer Bestimmungen, die für das Gebiet gelten, in dem sich die betreffenden Grundstücke, Gebäude oder Gebäudeteile befinden.

Artikel 14

(1) Das Staatswappen des Entsendestaates kann zusammen mit einer entsprechenden Inschrift, die das Konsulat in den Sprachen dieses Staates und des Empfangsstaates bezeichnet, an der äußeren Umgrenzung und an der Außenwand des Gebäudes, in dem das Konsulat eingerichtet ist, sowie auch an oder neben der Eingangstür zum Konsulat angebracht werden.

(2) Am Konsulat und an der Residenz des Leiters des Konsulats können die Staatsflagge und die Konsularflagge des Entsendestaates aufgezogen werden.

(3) Der Leiter des Konsulats kann die entsprechende Flagge des Entsendestaates an den von ihm benutzten Beförderungsmitteln führen.

Artikel 15

(1) Der Empfangsstaat gewährleistet den Schutz der Grundstücke, Gebäude und Gebäudeteile, die ausschließlich für konsularische Zwecke genutzt werden.

(2) Die Grundstücke, Gebäude und Gebäudeteile, die ausschließlich für konsularische Zwecke genutzt werden, sind unverletzlich. Die Organe des Empfangsstaates dürfen diese ohne Einwilligung des Leiters des Konsulats oder des Chefs der diplomatischen Vertretung des Entsendestaates oder einer von ihnen ermächtigten Person nicht betreten.

(3) Absatz 2 gilt auch für die Wohnung einer konsularischen Amtsperson.

Artikel 16

(1) Konsulararchive sind jederzeit und unabhängig davon, wo sie sich befinden, unverletzlich.

(2) Dokumente und Gegenstände nichtdienstlichen Charakters sind nicht in den Konsulararchiven aufzubewahren.

(3) Konsulararchive schließen den gesamten dienstlichen Schriftwechsel, Dokumente und die für den dienstlichen Gebrauch des Konsulats bestimmte technische Ausrüstung sowie jeden Einrichtungsgegenstand ein, der zu ihrem Schutz und ihrer sicheren Aufbewahrung benutzt wird.

Artikel 17

(1) Ein Konsulat hat das Recht, sich mit der Regierung, den diplomatischen Vertretungen und anderen Konsulaten des Entsendestaates in Verbindung zu setzen, unabhängig davon, wo sie sich befinden. Zu diesem Zweck kann das Konsulat alle öffentlichen Verbindungsmittel sowie diplomatische und konsularische Kuriere, diplomatisches und konsularisches Gepäck und verschlüsselte Nachrichten benutzen. Die Errichtung und die Inbetriebnahme einer Funkstation bedürfen der Genehmigung des Empfangsstaates.

(2) Bei der Benutzung öffentlicher Verbindungsmittel gelten für ein Konsulat die gleichen Tarife wie für die diplomatische Vertretung des Entsendestaates.

(3) Der dienstliche Schriftverkehr eines Konsulats und das Konsulargepäck sind, soweit ihr amtlicher Charakter äußerlich sichtbar ist, unverletzlich und dürfen durch die Organe des Empfangsstaates weder geöffnet noch zurückgehalten werden. Das Konsulargepäck darf nur dienstlichen Schriftverkehr, Dokumente und ausschließlich für den dienstlichen Gebrauch bestimmte Gegenstände enthalten.

(4) Einem Konsularkurier, der ein offizielles Schriftstück besitzt, das ihn als solchen ausweist und aus dem die Anzahl der ihm anvertrauten Gepäckstücke ersichtlich ist, die das Konsulargepäck bilden, werden vom Empfangsstaat die gleichen Rechte, Privilegien und Immunitäten wie einem diplomatischen Kurier des Entsendestaates gewährt. Das gilt auch für einen Konsularkurier ad hoc, dessen Rechte, Privilegien und Immunitäten als Kurier jedoch erlöschen, nachdem er das Konsulargepäck dem Empfänger ausgehändigt hat.

(5) Der Kapitän eines Schiffes oder der Kommandant eines Zivilflugzeuges, dessen Bestimmungsort ein zugelassener Einreisefafen oder -flughafen im Empfangsstaat ist, kann mit der Zustellung von Konsulargepäck beauftragt werden. Der Kapitän oder Kommandant muß ein offizielles Schriftstück mit sich führen, aus dem die Anzahl der ihm anvertrauten Gepäckstücke ersichtlich ist, die das Konsulargepäck bilden; er gilt jedoch nicht als Konsularkurier. In Absprache mit den zuständigen Organen des betreffenden Hafens oder Flughafens kann das Konsulat eine konsularische Amtsperson oder einen Konsularangestellten entsenden, um das Konsulargepäck unmittelbar und ungehindert vom Kapitän oder Kommandanten entgegenzunehmen oder diesem zu übergeben.

Artikel 18

(1) Die Person einer konsularischen Amtsperson ist unverletzlich.

(2) Eine konsularische Amtsperson genießt Immunität vor der Gerichtsbarkeit des Empfangsstaates mit Ausnahme folgender Klagen:

1. einer Klage in bezug auf privates, im Empfangsstaat gelegenes unbewegliches Vermögen, sofern eine konsularische Amtsperson dieses nicht im Auftrage des Entsendestaates für konsularische Zwecke in Besitz hat;
2. einer Klage in Nachlasssachen, in denen eine konsularische Amtsperson in privater Eigenschaft und nicht im Namen des Entsendestaates als Testamentsvollstrecker, Nachlassverwalter, Erbe oder Vermächtnisnehmer beteiligt ist;
3. einer Klage im Zusammenhang mit jeder beruflichen oder kommerziellen Tätigkeit, die von einer konsularischen Amtsperson im Empfangsstaat neben ihrer dienstlichen Tätigkeit ausgeübt wird;
4. einer Klage, die sich aus einem Vertrag ergibt, der von einer konsularischen Amtsperson abgeschlossen wurde, soweit sie dabei nicht direkt oder indirekt im Auftrage des Entsendestaates gehandelt hat;
5. einer Klage, die eine dritte Person wegen Schäden erhebt, die durch einen im Empfangsstaat von einem Straßenfahrzeug, Wasserfahrzeug oder Flugzeug verursachten Verkehrsunfall hervorgerufen wurden.

(3) Absätze 1 und 2 gelten auch für einen Familienangehörigen einer konsularischen Amtsperson, sofern er nicht Staats-

bürger des Empfangsstaates ist oder seinen Wohnsitz nicht im Empfangsstaat hat.

(4) Gegen eine in den Absätzen 1 bis 3 genannte Person dürfen keine Vollstreckungsmaßnahmen getroffen werden, außer in den in Absatz 2 Ziffer 1 bis 5 vorgesehenen Fällen und nur unter der Voraussetzung, daß sie durchführbar sind, ohne die Unverletzlichkeit der betreffenden Person oder ihrer Wohnung zu beeinträchtigen.

(5) Ein Konsularangestellter, der im Konsulat angestellt ist, um administrative oder technische Funktionen zu erfüllen, genießt Immunität vor der Strafgerichtsbarkeit des Empfangsstaates, sofern er nicht Staatsbürger des Empfangsstaates ist oder seinen Wohnsitz nicht im Empfangsstaat hat. Er genießt Immunität vor der Zivil- und Verwaltungsgerichtsbarkeit des Empfangsstaates in bezug auf jede in dienstlicher Eigenschaft vorgenommene Handlung, mit Ausnahme einer Klage, wie sie in Absatz 2 Ziffer 5 bezeichnet ist.

(6) Ein Familienangehöriger eines in Absatz 5 genannten Konsularangestellten genießt Immunität vor der Strafgerichtsbarkeit des Empfangsstaates, sofern er nicht Staatsbürger des Empfangsstaates ist oder seinen Wohnsitz nicht im Empfangsstaat hat.

(7) Ein Konsularangestellter, der im Konsulat angestellt ist, um Dienstleistungsaufgaben zu erfüllen, genießt Immunität vor der Gerichtsbarkeit des Empfangsstaates in bezug auf jede in dienstlicher Eigenschaft vorgenommene Handlung, sofern er nicht Staatsbürger des Empfangsstaates ist oder seinen Wohnsitz nicht im Empfangsstaat hat, mit Ausnahme einer Klage, wie sie in Absatz 2 Ziffer 5 bezeichnet ist.

(8) Die gemäß diesem Artikel gewährte Immunität vor der Zivil- und Verwaltungsgerichtsbarkeit gilt für alle Fälle, in denen von den zuständigen Organen des Empfangsstaates staatliche Zwangsmaßnahmen ergriffen werden.

Artikel 19

(1) Wird ein Konsularangestellter, soweit er nach Artikel 18 keine Immunität vor der Strafgerichtsbarkeit des Empfangsstaates genießt, vorläufig festgenommen, verhaftet oder einer sonstigen Beschränkung seiner persönlichen Freiheit unterworfen oder wird gegen ihn ein Strafverfahren eingeleitet, verständigen die zuständigen Organe des Empfangsstaates unverzüglich den Leiter des Konsulats.

(2) Absatz 1 gilt auch für einen Familienangehörigen einer konsularischen Amtsperson oder eines Konsularangestellten, soweit er nach Artikel 18 keine Immunität vor der Strafgerichtsbarkeit des Empfangsstaates genießt.

Artikel 20

(1) Eine konsularische Amtsperson oder ein Konsularangestellter, sofern er nicht Staatsbürger des Empfangsstaates ist oder seinen Wohnsitz nicht im Empfangsstaat hat, kann in einem Verfahren von den Gerichten oder anderen zuständigen Organen des Empfangsstaates als Zeuge geladen werden. Falls eine solche Person der Aufforderung nachkommt, kann sie es ablehnen, Aussagen über Angelegenheiten zu machen, die mit der Tätigkeit des Konsulats verbunden sind, oder als Sachverständiger über das Recht des Entsendestaates auszusagen.

(2) Lehnt es eine in Absatz 1 genannte Person ab, zur Zeugnisaussage zu erscheinen oder auszusagen, so dürfen gegen sie keine Zwangsmaßnahmen oder Strafen angewendet werden.

(3) Ist eine in Absatz 1 genannte Person bereit, als Zeuge auszusagen, hat das Gericht oder das andere zuständige Organ, das die Aussage verlangt, alle angemessenen Maßnahmen zu ergreifen, um eine Störung der Tätigkeit des Konsulats zu vermeiden. Ihre Aussage kann, vorbehaltlich der Festlegungen in Artikel 15 und soweit dies durchführbar und nach den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates gestattet ist, mündlich oder schriftlich im Konsulat oder in der Wohnung der konsularischen Amtsperson oder des Konsularangestellten entgegengenommen werden.

(4) Ein Konsularangestellter, auf den Absatz 1 nicht zutrifft, kann die Zeugenaussage über Angelegenheiten verweigern, die mit der Tätigkeit des Konsulats verbunden sind.

(5) Eine konsularische Amtsperson oder ein Konsularangestellter ist berechtigt, bei der Zeugenaussage an Stelle eines Eides eine Versicherung abzugeben.

(6) Absätze 1 bis 5 gelten entsprechend für einen Familienangehörigen einer konsularischen Amtsperson oder eines Konsularangestellten, sofern er nicht Staatsbürger des Empfangsstaates ist oder seinen Wohnsitz nicht im Empfangsstaat hat.

Artikel 21

(1) Der Entsendestaat kann auf die in den Artikeln 18 und 20 festgelegten Privilegien und Immunitäten verzichten. Der Verzicht muß für jeden Einzelfall ausdrücklich schriftlich gegenüber dem Empfangsstaat erklärt werden.

(2) Erhebt eine Person, die gemäß Artikel 18 Immunität vor der Gerichtsbarkeit genießt, eine Klage, so kann sie sich in bezug auf eine Widerklage, die mit der Hauptklage in unmittelbarem Zusammenhang steht, nicht auf die Immunität vor der Gerichtsbarkeit berufen.

(3) Der Verzicht auf die Immunität vor der Zivil- und Verwaltungsgerichtsbarkeit gilt nicht als Verzicht auf die Immunität vor der Urteilsvollstreckung; hierfür ist ein besonderer Verzicht erforderlich.

Artikel 22

(1) Eine konsularische Amtsperson wird im Empfangsstaat von öffentlichen Pflichtleistungen jeglicher Art befreit.

(2) Absatz 1 gilt auch für einen Konsularangestellten und einen Familienangehörigen einer konsularischen Amtsperson oder eines Konsularangestellten, sofern diese Person nicht Staatsbürger des Empfangsstaates ist oder ihren Wohnsitz nicht im Empfangsstaat hat.

Artikel 23

(1) Eine konsularische Amtsperson unterliegt nicht den Verpflichtungen, die sich aus den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates über die Meldepflicht und den Erwerb einer Aufenthaltsberechtigung für Personen ergeben, die nicht Staatsbürger des Empfangsstaates sind.

(2) Absatz 1 gilt auch für einen Konsularangestellten und einen Familienangehörigen einer konsularischen Amtsperson oder eines Konsularangestellten, sofern diese Person nicht Staatsbürger des Empfangsstaates ist oder ihren Wohnsitz nicht im Empfangsstaat hat.

Artikel 24

Das Kind einer konsularischen Amtsperson oder eines Konsularangestellten, sofern er Staatsbürger des Entsendestaates ist und seinen Wohnsitz nicht im Empfangsstaat hat, erwirbt die Staatsbürgerschaft des Empfangsstaates nicht deshalb, nur weil es im Empfangsstaat während der Zeit geboren wurde, in der sich die konsularische Amtsperson oder der Konsularangestellte in dienstlicher Eigenschaft im Empfangsstaat aufhielt.

Artikel 25

(1) Der Empfangsstaat erhebt keinerlei staatliche, regionale und kommunale Steuern oder sonstige Abgaben für

1. Grundstücke, Gebäude und Gebäudeteile, die in Übereinstimmung mit Artikel 13 erworben wurden, in Besitz sind oder genutzt werden und ausschließlich für Zwecke des Konsulats oder für Wohnzwecke für eine konsularische Amtsperson oder für einen Konsularangestellten verwendet werden. Das gilt für einen Konsularangestellten nur, sofern er nicht Staatsbürger des Empfangsstaates ist oder seinen Wohnsitz nicht im Empfangsstaat hat oder

neben seiner dienstlichen Tätigkeit im Konsulat keiner anderen Erwerbstätigkeit im Empfangsstaat nachgeht;

2. den Erwerb und Dokumente über den Erwerb von Grundstücken, Gebäuden und Gebäudeteilen durch den Entsendestaat ausschließlich für die in Ziffer 1 genannten Zwecke;
3. den Erwerb, das Eigentum, den Besitz oder die Nutzung von beweglichem Vermögen durch den Entsendestaat ausschließlich für Zwecke des Konsulats.

(2) Absatz 1 gilt nicht für

1. die Bezahlung von Dienstleistungen;
2. die Steuern und sonstigen Abgaben, die nach den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates von einer Person zu entrichten sind, die mit dem Entsendestaat Verträge geschlossen hat.

Artikel 26

(1) Eine konsularische Amtsperson ist im Empfangsstaat von allen staatlichen, regionalen und kommunalen Steuern oder sonstigen Abgaben für ihre Dienstbezüge, ihr Gehalt, ihren Lohn oder Zuwendungen befreit, die sie für ihre dienstliche Tätigkeit erhält.

(2) Absatz 1 gilt auch für einen Konsularangestellten, sofern er nicht Staatsbürger des Empfangsstaates ist oder seinen Wohnsitz nicht im Empfangsstaat hat oder neben seiner dienstlichen Tätigkeit im Konsulat keiner anderen Erwerbstätigkeit im Empfangsstaat nachgeht.

Artikel 27

(1) Eine konsularische Amtsperson, die neben ihrer dienstlichen Tätigkeit im Konsulat keiner anderen Erwerbstätigkeit im Empfangsstaat nachgeht, ist im Empfangsstaat von allen staatlichen, regionalen und kommunalen Steuern oder sonstigen Abgaben befreit, die diese Person andernfalls nach den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates zu zahlen verpflichtet wäre.

(2) Absatz 1 gilt auch für einen Konsularangestellten und einen Familienangehörigen einer konsularischen Amtsperson oder eines Konsularangestellten, sofern diese Person nicht Staatsbürger des Empfangsstaates ist oder ihren Wohnsitz nicht im Empfangsstaat hat oder neben ihrer dienstlichen Tätigkeit im Konsulat keiner anderen Erwerbstätigkeit im Empfangsstaat nachgeht.

(3) Absätze 1 und 2 gelten nicht für

1. Steuern für den Erwerb, das Eigentum, die Nutzung oder die Veräußerung von privatem, im Empfangsstaat gelegenen unbeweglichen Vermögen;
2. Steuern für aus anderen Quellen im Empfangsstaat stammendes Einkommen oder Steuern für die Werterhöhung von Vermögen im Empfangsstaat;
3. Steuern für die Übertragung von Vermögen im Empfangsstaat;
4. Steuern für den Übergang von Vermögen im Empfangsstaat im Todesfall, wie Nachlaß- oder Erbschaftssteuern, unbeschadet der Bestimmungen in Artikel 28;
5. Steuern für Rechtsgeschäfte oder Dokumente, die Rechtsgeschäfte betreffen, einschließlich Stempelgebühren.

(4) Absätze 1 und 2 gelten nicht für die Entrichtung von Gebühren und die Bezahlung von Dienstleistungen.

Artikel 28

(1) Für bewegliches Vermögen einer verstorbenen konsularischen Amtsperson werden Nachlaß- oder Erbschaftssteuern im Empfangsstaat insoweit nicht erhoben, als sich dieses Vermögen nur deshalb im Empfangsstaat befindet, weil sich der Verstorbene als konsularische Amtsperson im Empfangsstaat aufhielt.

(2) Die Ausfuhr des in Absatz 1 genannten beweglichen Vermögens aus dem Empfangsstaat ist gestattet, mit Aus-

nahme des Vermögens, das der Verstorbene im Empfangsstaat erworben hat und dessen Ausfuhr zum Zeitpunkt des Todesfalls verboten war.

(3) Absätze 1 und 2 gelten auch für das bewegliche Vermögen eines verstorbenen Konsularangestellten oder eines verstorbenen Familienangehörigen einer konsularischen Amtsperson oder eines Konsularangestellten, sofern diese Person sich in dieser Eigenschaft im Empfangsstaat aufhielt und nicht Staatsbürger des Empfangsstaates war oder ihren Wohnsitz nicht im Empfangsstaat hatte.

Artikel 29

(1) Alle Gegenstände, einschließlich Kraftfahrzeuge, die für den dienstlichen Gebrauch des Konsulats eingeführt werden, sind im Empfangsstaat in gleichem Umfang von Zöllen, Steuern und ähnlichen Abgaben befreit, wie die Gegenstände, die zum dienstlichen Gebrauch der diplomatischen Vertretung des Entsendestaates eingeführt werden. Diese Befreiung gilt auch für die Ausfuhr solcher Gegenstände.

(2) Eine konsularische Amtsperson, sofern sie neben ihrer dienstlichen Tätigkeit im Konsulat keiner anderen Erwerbstätigkeit im Empfangsstaat nachgeht, ist im Empfangsstaat in gleichem Umfang von der Zollkontrolle ihres mitgeführten persönlichen Gepäcks und von Zöllen, Steuern und ähnlichen Abgaben bei der Einfuhr von Gegenständen, einschließlich Kraftfahrzeugen, die für den persönlichen Gebrauch und Verbrauch bestimmt sind, sowie bei deren Ausfuhr befreit, wie ein Mitglied des diplomatischen Personals der diplomatischen Vertretung des Entsendestaates.

(3) Ein Konsularangestellter, sofern er nicht Staatsbürger des Empfangsstaates ist oder seinen Wohnsitz nicht im Empfangsstaat hat oder neben seiner dienstlichen Tätigkeit im Konsulat keiner anderen Erwerbstätigkeit im Empfangsstaat nachgeht, ist im Empfangsstaat in gleichem Umfang von Zöllen, Steuern und ähnlichen Abgaben bei der Einfuhr von Gegenständen, einschließlich Kraftfahrzeugen, sowie bei deren Ausfuhr befreit, wie ein Mitglied des Verwaltungs- und technischen Personals der diplomatischen Vertretung des Entsendestaates.

(4) Absätze 1 bis 3 gelten nicht für die Bezahlung von Dienstleistungen.

(5) Absätze 2 und 4 gelten für einen Familienangehörigen einer konsularischen Amtsperson, Absätze 3 und 4 für einen Familienangehörigen eines Konsularangestellten, sofern diese Person nicht Staatsbürger des Empfangsstaates ist oder ihren Wohnsitz nicht im Empfangsstaat hat oder keiner Erwerbstätigkeit im Empfangsstaat nachgeht.

Artikel 30

(1) Eine konsularische Amtsperson, ein Konsularangestellter und ihre Familienangehörigen genießen im Empfangsstaat Bewegungs- und Reisefreiheit, vorbehaltlich der Gebiete, in die die Einreise oder der Aufenthalt aufgrund der Rechtsvorschriften des Empfangsstaates nicht gestattet ist.

(2) Absatz 1 berührt nicht die Rechtsvorschriften des Empfangsstaates über die Einholung von Visa oder Reisedokumenten.

Artikel 31

(1) Die Grundstücke, Gebäude und Gebäudeteile des Konsulats dürfen nur zu Zwecken genutzt werden, die mit den konsularischen Aufgaben vereinbar sind.

(2) Personen, die nach diesem Vertrag Erleichterungen, Privilegien und Immunitäten genießen, dürfen sich nicht in die inneren Angelegenheiten des Empfangsstaates einmischen.

(3) Die in Absatz 2 bezeichneten Personen sind verpflichtet, unbeschadet ihrer Erleichterungen, Privilegien und Immunitäten, die Rechtsvorschriften des Empfangsstaates, einschließlich der Verkehrsbestimmungen und der Versicherungsvorschriften für Kraftfahrzeuge, einzuhalten.

Teil IV Konsularfunktionen

Artikel 32

- (1) Eine konsularische Amtsperson ist berechtigt,
1. die Rechte und Interessen des Entsendestaates und seiner Staatsbürger zu schützen und wahrzunehmen;
 2. zur Erweiterung der kommerziellen, ökonomischen, kulturellen und wissenschaftlichen Beziehungen zwischen dem Entsendestaat und dem Empfangsstaat beizutragen;
 3. sich mit allen rechtmäßigen Mitteln über Verhältnisse und Entwicklungen im Empfangsstaat zu informieren und darüber an die Regierung des Entsendestaates zu berichten;
 4. auf andere Art und Weise die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen dem Entsendestaat und dem Empfangsstaat zu fördern.
- (2) Die Bestimmungen dieses Teils finden entsprechend Anwendung auch auf juristische Personen des Entsendestaates.

Artikel 33

(1) Eine konsularische Amtsperson darf ihre konsularischen Funktionen nur im Konsularbezirk ausüben. Die Ausübung konsularischer Funktionen außerhalb des Konsularbezirkes bedarf in jedem Einzelfall der Zustimmung des Empfangsstaates.

(2) Eine konsularische Amtsperson kann sich in Ausübung ihrer konsularischen Funktionen direkt an die zuständigen örtlichen Organe im Konsularbezirk und, in dem Umfang, wie das nach den Rechtsvorschriften und Gepflogenheiten des Empfangsstaates zulässig ist, an die zentralen Organe dieses Staates wenden.

Artikel 34

Eine konsularische Amtsperson hat das Recht, in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates Staatsbürger des Entsendestaates vor den Gerichten und anderen Organen des Empfangsstaates zu vertreten oder für ihre angemessene Vertretung zu sorgen, um Maßnahmen zum Schutz der Rechte und Interessen dieser Staatsbürger zu erwirken, wenn diese wegen Abwesenheit oder aus anderen triftigen Gründen ihre Rechte und Interessen nicht rechtzeitig wahrnehmen können.

Artikel 35

Eine konsularische Amtsperson hat das Recht,

1. Staatsbürger des Entsendestaates zu registrieren;
2. in Staatsbürgerschaftsfragen entsprechend den Rechtsvorschriften des Entsendestaates Anträge und Erklärungen entgegenzunehmen und Dokumente auszustellen oder auszuhändigen;
3. für Staatsbürger des Entsendestaates Reisedokumente auszustellen, zu verändern oder einzuziehen;
4. für Personen, die in oder durch den Entsendestaat reisen wollen, Visa zu erteilen oder zu verändern.

Artikel 36

(1) Eine konsularische Amtsperson hat das Recht,

1. Geburten- und Sterberegister von Staatsbürgern des Entsendestaates zu führen;
2. eine nach den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates vollzogene Eheschließung oder ausgesprochene Scheidung zu registrieren, vorausgesetzt, daß mindestens einer der Partner Staatsbürger des Entsendestaates ist;
3. Erklärungen über die Familienverhältnisse eines Staatsbürgers des Entsendestaates gemäß den Rechtsvorschriften dieses Staates entgegenzunehmen.

(2) Die Bestimmungen des Absatz 1 befreien eine Person nicht von den Pflichten, die nach den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates in bezug auf die Meldung oder Registrierung der genannten Tatsachen bei den zuständigen Organen dieses Staates bestehen.

Artikel 37

Eine konsularische Amtsperson hat das Recht;

1. Erklärungen von Staatsbürgern des Entsendestaates entgegenzunehmen und zu beurkunden;
2. Dokumente über Rechtshandlungen von Staatsbürgern des Entsendestaates sowie Dokumente über Rechtsgeschäfte zwischen Staatsbürgern dieses Staates zu beurkunden und aufzubewahren, ausgenommen Rechtsgeschäfte zur Begründung, Übertragung oder Aufhebung von Rechten an im Empfangsstaat befindlichen Grundstücken und Gebäuden;
3. Unterschriften von Staatsbürgern des Entsendestaates auf Schriftstücken zu beglaubigen;
4. die Echtheit der Kopien von Schriftstücken oder der Auszüge aus Schriftstücken zu beglaubigen;
5. andere notarielle Handlungen vorzunehmen, die ihr vom Entsendestaat übertragen werden, soweit dies nicht den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates widerspricht;
6. Übersetzungen von Schriftstücken zu beglaubigen;
7. Schriftstücke, die von den zuständigen Organen im Empfangsstaat ausgestellt und zur Verwendung im Entsendestaat bestimmt sind, zu legalisieren.

Artikel 38

(1) Eine konsularische Amtsperson hat das Recht, Dokumente, Geld, Wertsachen und andere Gegenstände, die Staatsbürgern des Entsendestaates gehören, in Verwahrung zu nehmen.

(2) Ein gemäß Absatz 1 in Verwahrung genommener Gegenstand darf aus dem Empfangsstaat nur in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften dieses Staates ausgeführt werden.

Artikel 39

Erhalten die zuständigen Organe des Empfangsstaates davon Kenntnis, daß ein Staatsbürger des Entsendestaates im Empfangsstaat verstorben ist, unterrichten sie darüber unverzüglich eine konsularische Amtsperson und übersenden ihr eine gebührenfreie Ausfertigung der Sterbeurkunde oder ein anderes Dokument über den Sterbefall.

Artikel 40

(1) Erhalten die zuständigen Organe des Empfangsstaates davon Kenntnis, daß im Empfangsstaat

1. ein Nachlaß eines Staatsbürgers des Entsendestaates vorhanden ist, für dessen Sicherung, Erhaltung und Verwaltung außer einem zuständigen Organ des Empfangsstaates keine berechnete Person im Empfangsstaat anwesend ist und dort auch keinen Vertreter hat, oder
2. ein Nachlaß vorhanden ist, an dem ein Staatsbürger des Entsendestaates, der im Empfangsstaat nicht anwesend ist und dort auch keinen Vertreter hat, ein berechtigtes Interesse hat,

so informieren sie darüber eine konsularische Amtsperson.

(2) Absatz 1 Ziffer 2 gilt unabhängig von der Staatsbürgerschaft und dem Sterbeort des Erblassers.

(3) Eine konsularische Amtsperson informiert ihrerseits die zuständigen Organe des Empfangsstaates, wenn sie Informationen, wie sie in diesem Artikel bezeichnet sind, auf einem anderen Wege erhält.

Artikel 41

Eine konsularische Amtsperson ist berechnigt, in den in Artikel 40 Absatz 1 genannten Nachlaßangelegenheiten in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates

1. die zuständigen Organe des Empfangsstaates zu ersuchen, Maßnahmen zur Sicherung, Erhaltung und Verwaltung des Nachlasses zu treffen;
2. bei der Durchführung der in Ziffer 1 genannten Maßnahmen mitzuwirken;

3. für die Vertretung eines Staatsbürgers des Entsendestaates zu sorgen, der ein berechtigtes Interesse am Nachlaß hat, im Empfangsstaat nicht anwesend ist und dort auch keinen Vertreter hat;

4. einem Staatsbürger des Entsendestaates, der ein berechtigtes Interesse am Nachlaß hat, oder seinem Vertreter Rat und Unterstützung zu geben.

Artikel 42

(1) Verstirbt ein Staatsbürger des Entsendestaates während eines zeitweiligen Aufenthaltes im Empfangsstaat, übergeben die zuständigen Organe des Empfangsstaates einer konsularischen Amtsperson zur Weiterleitung an eine anspruchsberechtigte Person die von ihnen in Verwahrung genommenen Geldmittel und persönlichen Gegenstände, die dieser Staatsbürger mit sich führte, sofern diese Geldmittel und persönlichen Gegenstände nicht an eine anspruchsberechtigte Person oder ihren Vertreter im Empfangsstaat übergeben werden können oder nicht von den zuständigen Organen des Empfangsstaates zur Klärung rechtlicher Sachverhalte einbehalten werden.

(2) Werden einer konsularischen Amtsperson gemäß Absatz 1 Geldmittel und persönliche Gegenstände übergeben, erteilt die konsularische Amtsperson auf Ersuchen eine Empfangsbestätigung.

(3) Die Ausfuhr der in Absatz 1 genannten Geldmittel und persönlichen Gegenstände erfolgt in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates.

Artikel 43

(1) Erhalten die zuständigen Organe des Empfangsstaates davon Kenntnis, daß es zum Schutz der Rechte und Interessen eines Staatsbürgers des Entsendestaates, einschließlich zur Sicherung eines im Empfangsstaat ohne Aufsicht befindlichen Vermögens eines solchen Staatsbürgers, notwendig ist, im Empfangsstaat einen Vormund oder Pfleger zu bestellen, so benachrichtigen sie davon eine konsularische Amtsperson.

(2) Ist gemäß Absatz 1 ein Vormund oder Pfleger zu bestellen, so hat eine konsularische Amtsperson das Recht, eine geeignete Person vorzuschlagen. Lehnen die zuständigen Organe des Empfangsstaates die vorgeschlagene Person als Vormund oder Pfleger ab, so ist eine konsularische Amtsperson berechnigt, einen neuen Vorschlag zu unterbreiten.

Artikel 44

(1) Eine konsularische Amtsperson hat das Recht, mit einem Staatsbürger des Entsendestaates in Verbindung zu treten, sich mit ihm zu treffen und ihn zu beraten; sie kann ihm jede Unterstützung und Hilfe geben und, falls notwendig, Vorkehrungen für seine juristische Beratung treffen.

(2) Der Empfangsstaat schränkt in keiner Weise den Zutritt und die Verbindungen eines Staatsbürgers des Entsendestaates zum Konsulat ein.

(3) Auf Ersuchen einer konsularischen Amtsperson treffen die Organe des Empfangsstaates die geeigneten Maßnahmen, um die konsularische Amtsperson beim Erhalt von Informationen über den Aufenthalt eines Staatsbürgers des Entsendestaates zu unterstützen, damit sie sich mit diesem in Verbindung setzen oder ihn treffen kann.

Artikel 45

(1) Die zuständigen Organe des Empfangsstaates benachrichtigen eine konsularische Amtsperson über die vorläufige Festnahme, Verhaftung oder eine andere Beschränkung der persönlichen Freiheit eines Staatsbürgers des Entsendestaates im Empfangsstaat. Die Benachrichtigung erfolgt sobald wie möglich, mindestens innerhalb von drei Tagen nach dem Zeitpunkt, an dem der Staatsbürger vorläufig festgenommen, verhaftet oder einer anderen Beschränkung seiner persönlichen Freiheit unterworfen wurde.

(2) Eine konsularische Amtsperson hat das Recht, entsprechend den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates Post und

andere Mitteilungen von einem Staatsbürger des Entsendestaates zu erhalten, der im Empfangsstaat vorläufig festgenommen, verhaftet oder einer anderen Beschränkung seiner persönlichen Freiheit unterworfen wurde und auf den die Bestimmungen des Absatz 5 nicht zutreffen, die notwendigen Schritte für seine juristische Beratung und seine Verteidigung zu unternehmen, ihn zu besuchen, mit ihm zu sprechen oder mit ihm in Verbindung zu treten. Besuche werden sobald wie möglich, spätestens innerhalb von vier Tagen nach dem Zeitpunkt, an dem der Staatsbürger vorläufig festgenommen, verhaftet oder einer anderen Beschränkung seiner persönlichen Freiheit unterworfen wurde, und sodann in angemessenen Zeitabständen gestattet.

(3) Absatz 2 gilt auch, wenn ein Staatsbürger des Entsendestaates Berufung oder der Anklagevertreter Protest gegen das Strafurteil eines Gerichts des Empfangsstaates eingelegt hat, wie auch für den Zeitraum, in dem der Staatsbürger oder der Anklagevertreter das Recht hat, Berufung oder Protest einzulegen.

(4) Im Falle der Eröffnung eines Strafverfahrens gegen einen Staatsbürger des Entsendestaates wird die konsularische Amtsperson auf Ersuchen über die diesem Staatsbürger zur Last gelegte Straftat informiert.

(5) Verbüßt ein Staatsbürger des Entsendestaates, für den Absatz 3 nicht gilt, im Empfangsstaat eine Freiheitsstrafe, hat eine konsularische Amtsperson das Recht, entsprechend den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates ihn zu besuchen, mit ihm zu sprechen und mit ihm in Verbindung zu treten. Die Besuche können wiederholt in angemessenen Zeitabständen erfolgen, wobei diese Zeitabstände in der Regel nicht länger als zwei Monate betragen sollen.

(6) Eine konsularische Amtsperson kann einem Staatsbürger des Entsendestaates, auf den die Bestimmungen dieses Artikels zutreffen, Pakete mit Gegenständen des persönlichen Bedarfs, wie Nahrungsmittel, Bekleidungsstücke, Schreibmaterial, in dem Umfang übersenden, wie es die Vorschriften der entsprechenden Einrichtung zulassen.

(7) Die zuständigen Organe des Empfangsstaates informieren den betreffenden Staatsbürger des Entsendestaates ohne Verzögerung über die Rechte einer konsularischen Amtsperson entsprechend diesem Artikel.

(8) Eine konsularische Amtsperson ist berechtigt, in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates während der Gerichtsverhandlung gegen einen Staatsbürger des Entsendestaates im Empfangsstaat anwesend zu sein.

Artikel 46

(1) Eine konsularische Amtsperson hat das Recht, einem Schiff des Entsendestaates in einem Hafen, den Territorial- und Binnengewässern des Empfangsstaates jede Unterstützung und Hilfe zu geben.

(2) Eine konsularische Amtsperson kann mit einem Schiff des Entsendestaates Verbindung aufnehmen und sich an Bord begeben, sobald das Schiff die Verkehrserlaubnis mit dem Land erhalten hat.

(3) Dem Kapitän und den Besatzungsmitgliedern eines Schiffes des Entsendestaates ist es gestattet, mit einer konsularischen Amtsperson Verbindung aufzunehmen. Vorbehaltlich der Rechtsvorschriften des Empfangsstaates können sie sich auch in das Konsulat begeben.

(4) Eine konsularische Amtsperson kann in Ausübung ihrer Funktionen in allen Fragen hinsichtlich eines Schiffes des Entsendestaates, des Kapitäns, der Besatzungsmitglieder, der Passagiere oder der Ladung die zuständigen Organe des Empfangsstaates um Unterstützung und Hilfe ersuchen.

Artikel 47

(1) Eine konsularische Amtsperson hat das Recht,

1. unbeschadet der Rechte der Organe des Empfangsstaates alle während der Reise eines Schiffes des Entsendestaates an Bord eingetretenen Vorkommnisse zu untersuchen und

den Kapitän und die Besatzungsmitglieder darüber zu befragen;

2. unbeschadet der Rechte der Organe des Empfangsstaates alle Streitfragen zwischen dem Kapitän und einem Besatzungsmitglied, einschließlich der Streitfragen über den Lohn und den Heuervertrag, zu klären;
3. Maßnahmen zur Anheuerung oder zur Entlassung des Kapitäns oder eines Besatzungsmitgliedes zu treffen, sofern das den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates nicht widerspricht;
4. Maßnahmen zur medizinischen Behandlung des Kapitäns oder eines Besatzungsmitgliedes zu treffen oder deren Rückreise zu veranlassen;
5. jede Erklärung und jedes andere Dokument, das nach den Rechtsvorschriften des Entsendestaates im Zusammenhang mit Schiffen des Entsendestaates und ihrer Ladung vorgeschrieben ist, entgegenzunehmen, auszustellen, zu verlängern oder zu beglaubigen und die Schiffspapiere zu überprüfen.

(2) Eine konsularische Amtsperson hat das Recht, in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates dem Kapitän oder einem Besatzungsmitglied eines Schiffes des Entsendestaates jede Unterstützung und Hilfe zu erweisen, mit ihm vor den Gerichten und anderen zuständigen Organen des Empfangsstaates aufzutreten und als Dolmetscher zu fungieren.

Artikel 48

(1) Die Gerichte und andere zuständige Organe des Empfangsstaates werden ohne Ersuchen oder Zustimmung einer konsularischen Amtsperson keine Gerichtsbarkeit ausüben oder — in Abhängigkeit von den Umständen — nicht in irgendwelche Angelegenheiten eingreifen, die sich an Bord eines Schiffes des Entsendestaates ereignen, einschließlich des Gewahrsams einer beliebigen Person auf dem Schiff, unter der Bedingung, daß dieser Gewahrsam entsprechend den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates rechtmäßig ist.

(2) Absatz 1 gilt nicht

1. im Zusammenhang mit Straftaten an Bord eines Schiffes des Entsendestaates, wenn
 - a) sich die Folgen der Straftat auf das Territorium des Empfangsstaates erstrecken;
 - b) durch die Straftat die allgemeine Sicherheit auf dem Territorium oder die Ordnung in den Territorial- und Binnengewässern des Empfangsstaates gefährdet wird;
 - c) die Straftat von einem oder gegen einen Staatsbürger des Empfangsstaates oder von einer anderen oder gegen eine andere Person als den Kapitän oder ein Besatzungsmitglied verübt wird;
 - d) die Straftat nach den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates mit einer Freiheitsstrafe von mindestens fünf Jahren oder einer schwereren Strafe bedroht ist;
2. im Zusammenhang mit Zoll-, Paß- und Hygienekontrollen oder bei Maßnahmen, die auf Ersuchen oder mit Zustimmung des Kapitäns eines Schiffes des Entsendestaates durchgeführt werden.

(3) Die Bestimmungen dieses Artikels berühren nicht die Ausübung der Gerichtsbarkeit des Empfangsstaates in Zivilsachen.

Artikel 49

Wird durch den Kapitän oder ein Besatzungsmitglied eines Schiffes des Entsendestaates im Zusammenhang mit Streitfragen über den Lohn oder den Heuervertrag eine Klage erhoben, die in die Zuständigkeit der Gerichte des Empfangsstaates fällt, wird das Verfahren von den Gerichten nur durchgeführt, wenn die Zustimmung einer konsularischen Amtsperson vorliegt.

Artikel 50

(1) Beabsichtigen die Gerichte oder andere zuständige Organe des Empfangsstaates, Zwangsmaßnahmen oder eine Untersuchung an Bord eines Schiffes des Entsendestaates durchzuführen, so ist die konsularische Amtsperson davon zu verständigen. Eine solche Mitteilung hat rechtzeitig zu erfolgen,

damit die konsularische Amtsperson anwesend sein kann; sollte dies aufgrund der Dringlichkeit der Angelegenheit nicht möglich sein, sobald wie möglich danach. War die konsularische Amtsperson nicht anwesend, stellen ihr die zuständigen Organe des Empfangsstaates auf Ersuchen eine umfassende schriftliche Information über die Angelegenheit zu.

(2) Absatz 1 findet auch dann Anwendung, wenn der Kapitän oder Besatzungsmitglieder an Land zu Vorkommnissen im Zusammenhang mit dem Schiff des Entsendestaates durch die zuständigen Organe des Empfangsstaates befragt werden sollen.

(3) Die Bestimmungen dieses Artikels finden keine Anwendung bei Zoll-, Paß- und Hygienekontrollen oder bei Maßnahmen, die auf Ersuchen oder mit Zustimmung des Kapitäns eines Schiffes des Entsendestaates durchgeführt werden.

Artikel 51

(1) Erleidet ein Schiff des Entsendestaates in den Territorial- oder Binnengewässern des Empfangsstaates Schiffbruch, läuft es auf Grund, strandet es oder wird es von einer anderen Havarie betroffen oder wird ein Gegenstand, der Eigentum eines Staatsbürgers des Entsendestaates ist und zur Ladung eines Schiffes des Entsendestaates, des Empfangsstaates oder eines dritten Staates gehört, an oder in der Nähe der Küste des Empfangsstaates gefunden oder einem Hafen dieses Staates zugestellt, setzen die zuständigen Organe des Empfangsstaates die konsularische Amtsperson sobald wie möglich davon in Kenntnis. Sie informieren die konsularische Amtsperson ebenfalls über getroffene Maßnahmen zur Sicherung des Schiffes des Entsendestaates, zur Rettung der an Bord befindlichen Menschen, der Ladung und anderer an Bord befindlicher Güter und Gegenstände, die zum Schiff gehören oder Teil seiner Ladung sind und sich vom Schiff gelöst haben.

(2) Die konsularische Amtsperson kann dem Schiff, dem Kapitän, den Besatzungsmitgliedern und den Passagieren jegliche Hilfe leisten und zu diesem Zweck die zuständigen Organe des Empfangsstaates um Unterstützung ersuchen. Sie kann die in Absatz 1 genannten Maßnahmen ergreifen, einschließlich Maßnahmen zur Reparatur des Schiffes, oder kann die zuständigen Organe des Empfangsstaates ersuchen, solche Maßnahmen zu treffen oder fortzusetzen.

(3) In den in Absatz 1 angeführten Fällen hat eine konsularische Amtsperson das Recht, im Fall der Abwesenheit des Eigentümers oder einer anderen verfügungsberechtigten Person in deren Namen Maßnahmen zur Sicherung des Schiffes und seiner Ladung oder zur Verfügung darüber zu treffen, die der Eigentümer des Schiffes oder der Ladung selbst hätte veranlassen können, wenn er zugegen gewesen wäre.

(4) Ein havariertes Schiff des Entsendestaates und alle Gegenstände, die sich zum Zeitpunkt der Havarie an Bord des Schiffes befunden haben, sind im Empfangsstaat von Zöllen, Steuern und ähnlichen Abgaben unter der Voraussetzung befreit, daß sie nicht zur Verwendung im Empfangsstaat verbleiben, sondern unter Aufsicht der zuständigen Organe dieses Staates wieder ausgeführt werden.

Artikel 52

Die Artikel 46 und 47 sowie 49 bis 51 werden sinngemäß auf zivile Luftfahrzeuge des Entsendestaates angewandt.

Teil V

Allgemeine Bestimmungen und Schlußbestimmungen

Artikel 53

(1) Eine konsularische Amtsperson ist berechtigt, im Empfangsstaat Konsulargebühren in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Entsendestaates zu erheben.

(2) Die nach Absatz 1 erhobenen Gebühren sind im Empfangsstaat von allen staatlichen, regionalen und kommunalen Steuern oder sonstigen Abgaben befreit.

Artikel 54

Eine konsularische Amtsperson kann außer den in diesem Vertrag vorgesehenen Funktionen andere konsularische Funktionen ausüben, sofern dies nicht den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates widerspricht.

Artikel 55

Ein Konsulat hat nach Notifizierung beim Empfangsstaat das Recht, konsularische Funktionen für einen dritten Staat wahrzunehmen, vorausgesetzt, daß der Empfangsstaat keinen Einwand erhebt.

Artikel 56

Eine konsularische Amtsperson kann nach Notifizierung beim Empfangsstaat als Vertreter des Entsendestaates bei einer internationalen Organisation wirken. In dieser Eigenschaft hat sie das Recht auf alle Erleichterungen, Privilegien und Immunitäten, die einem solchen Vertreter nach dem Völkerrecht gewährt werden.

Artikel 57

(1) Die Bestimmungen dieses Vertrages treffen auch für die konsularische Tätigkeit der diplomatischen Vertretung des Entsendestaates zu. Für ein Mitglied des diplomatischen Personals der diplomatischen Vertretung, das mit der Ausübung konsularischer Funktionen betraut wurde, gelten die in diesem Vertrag angeführten Rechte und Pflichten einer konsularischen Amtsperson. Der Name einer solchen Person ist dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten des Empfangsstaates schriftlich mitzuteilen. Sehen die Rechtsvorschriften des Empfangsstaates die Übergabe eines Konsularpatents und die Ausstellung eines Exequaturs vor, so ist dieses kostenlos auszustellen.

(2) Die Wahrnehmung konsularischer Funktionen durch ein Mitglied des diplomatischen Personals der diplomatischen Vertretung nach Absatz 1 berührt nicht seine Erleichterungen, Privilegien und Immunitäten, die ihm aufgrund seines diplomatischen Status gewährt werden.

Artikel 58

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation. Er tritt am 30. Tag nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden, der sobald wie möglich in London erfolgen soll, in Kraft.

(2) Dieser Vertrag bleibt für einen Zeitraum von fünf Jahren in Kraft. Falls keine der Hohen Vertragsschließenden Seiten der anderen zwölf Monate vor Ablauf dieses Zeitraumes schriftlich auf diplomatischem Weg die Kündigung mitgeteilt hat, bleibt der Vertrag weiterhin bis zum Ablauf von zwölf Monaten nach dem Datum in Kraft, an dem eine der Hohen Vertragsschließenden Seiten der anderen die Kündigung mitteilt.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten der Hohen Vertragsschließenden Seiten diesen Vertrag unterzeichnet und mit ihrem Siegel versehen.

Geschehen in Berlin am 4. Mai 1976 in zwei Exemplaren, jedes in deutscher und englischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen gültig sind.

Für den
Staatsrat der Deutschen
Demokratischen Republik
K. Nier

Für Ihre
Britannische Majestät
P. Cradock

**CONSULAR CONVENTION
BETWEEN THE GERMAN DEMOCRATIC REPUBLIC
AND THE UNITED KINGDOM OF GREAT BRITAIN
AND NORTHERN IRELAND**

The Council of State of the German Democratic Republic and Her Majesty The Queen of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and of Her other Realms and Territories, Head of the Commonwealth;

Animated by the desire further to strengthen the ties of friendship between the two States;

Wishing to regulate relations in the consular field;

Have decided to conclude a Consular Convention and have appointed as their Plenipotentiaries for this purpose:

The Council of State of the German Democratic Republic:
For the German Democratic Republic:

Herr Kurt Nier,
Deputy Minister of Foreign Affairs,

Her Majesty The Queen of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and of Her other Realms and Territories, Head of the Commonwealth (hereinafter referred to as "Her Britannic Majesty"):

For the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland:

Percy Cradock, Esquire, CMG,
Her Britannic Majesty's Ambassador
Extraordinary and Plenipotentiary,

Who, having communicated to each other their respective full powers, which were found in good and due form, have agreed as follows:

**PART I
Definitions**

Article 1

(1) For the purposes of this Convention:

1. the term "consulate" shall mean any consulate-general, consulate, vice-consulate or consular agency;
2. the term "consular district" shall mean the area within which a consulate shall be entitled to perform consular duties;
3. the term "consular officer" shall mean any person, including the head of a consulate, who has been appointed as such in accordance with the provisions of the Convention and charged with the performance of consular duties;
4. the term "consular employee" shall mean any person employed at a consulate to perform:
 - (a) administrative or technical duties; or
 - (b) other duties in the service of the consulate;
5. the term "member of a family" shall mean the spouse or the minor child of a consular officer or of a consular employee, forming part of his household;
6. the term "vessel of the sending State" shall mean any vessel, with the exception of ships of war, registered in the sending State in accordance with the laws and regulations of that State.

(2) For the purposes of this Convention the following shall be "nationals":

1. in relation to the German Democratic Republic, all persons who in accordance with the laws of the German

Democratic Republic are citizens of the German Democratic Republic;

2. in relation to the United Kingdom, all British subjects and British protected persons who are recognised by Her Britannic Majesty's Government in the United Kingdom as their nationals.

(3) For the purposes of this Convention "juridical person of the sending State" shall mean any such person created in accordance with the laws and regulations of the sending State.

PART II

Establishment of consulates

Article 2

(1) The establishment of a consulate by the sending State in the receiving State shall be subject to the consent of the latter State.

(2) The sending and receiving States shall determine by agreement the seat of the consulate, its classification, the limits of its consular district and the numbers of consular officers and consular employees.

Article 3

(1) The sending State shall obtain in advance through the diplomatic channel the agreement of the receiving State to the admission in that capacity of a consular officer, head of a consulate.

(2) The sending State shall transmit to the receiving State through the diplomatic channel the consular commission or other document of appointment which shall specify the full name of the head of the consulate, his rank, the consular district and the seat of the consulate.

(3) Upon the presentation of the consular commission or other document of appointment, the receiving State shall grant the exequatur or other appropriate authorisation free of charge and as soon as possible.

(4) The head of the consulate may enter upon the performance of his duties immediately upon the grant of the exequatur or other authorisation by the receiving State. Pending such grant the receiving State may permit him to perform his duties on a provisional basis.

Article 4

(1) If the head of a consulate is unable for any reason to act as such or if the post is temporarily vacant, the sending State may appoint a consular officer belonging to the same consulate or to another consulate in the receiving State or a member of the diplomatic staff of its diplomatic mission to take temporary charge of the consulate. The full name of the person concerned shall, in principle, be notified in advance to the ministry of foreign affairs of the receiving State in writing.

(2) The person so appointed shall enjoy the same rights, facilities, privileges and immunities as are accorded to the head of the consulate under this Convention.

(3) The assignment of a member of the diplomatic staff of the diplomatic mission of the sending State to a consulate in pursuance of paragraph (1) shall not affect the privileges

and immunities accorded to him by virtue of his diplomatic status.

Article 5

The sending State shall notify in advance the ministry of foreign affairs of the receiving State in writing of the full name and rank of a consular officer, not being the head of a consulate.

Article 6

The sending State shall notify in advance the ministry of foreign affairs of the receiving State in writing of the full name, nationality and function of a consular employee assigned to a consulate.

Article 7

(1) The receiving State shall grant to a consular officer a document confirming his identity and his status as such.

(2) The provisions of paragraph (1) shall apply also to a consular employee and to a member of the family of a consular officer or of a consular employee, provided in each case that the person concerned is not a national or a permanent resident of the receiving State.

Article 8

The sending State shall notify in advance the ministry of foreign affairs of the receiving State in writing of the arrival and departure of a consular officer, of a consular employee and of a member of the family of a consular officer or of a consular employee.

Article 9

The prior consent of the receiving State shall be necessary in the following cases:

1. the appointment or employment of a national of the sending State where the person concerned has already received permission to enter the receiving State or to reside there for other purposes; this limitation shall not, however, apply to a person who is already a member of the staff of a consulate in the receiving State, or of the diplomatic mission, of the sending State;
2. the employment of a national of the receiving State or a national of a third State as a consular employee.

Article 10

(1) A consular officer shall be a national of the sending State; he shall not be a national or a permanent resident of the receiving State.

(2) A consular employee may be a national of the sending State, of the receiving State or of a third State.

Article 11

The receiving State may at any time and without having to explain the reason for its decision notify the sending State in writing through the diplomatic channel that a consular officer or consular employee is unacceptable. The sending State shall thereupon recall the person concerned or terminate his duties at the consulate. If the sending State fails to carry out this obligation within a reasonable period, the receiving State may, in the case of the head of a consulate, withdraw the exequatur or other authorisation or, in the case of any other consular officer or of a consular employee, decline to continue to recognise him in such capacity.

PART III

Facilities, privileges and immunities

Article 12

(1) The receiving State shall accord a consular officer and a consular employee due respect and shall take the measures necessary to ensure the effective performance of their duties.

(2) The receiving State shall likewise ensure that a consular officer and a consular employee may avail themselves of the facilities, privileges and immunities provided for in this Convention or under the laws and regulations of the receiving State.

Article 13

(1) The sending State may, in accordance with the laws and regulations of the receiving State, acquire, hold or occupy land, buildings or parts of buildings as a consulate or as a residence for a consular officer or for a consular employee. The receiving State shall, where necessary, assist the sending State in acquiring land, buildings or parts of buildings for these purposes.

(2) Nothing in the provisions of paragraph (1) shall exempt the sending State from the observance of building, town planning or other regulations applicable to the area in which the land, buildings or parts of buildings concerned are situated.

Article 14

(1) The coat of arms of the sending State, together with an appropriate inscription designating the consulate in the languages of that State and of the receiving State, may be affixed to the outer enclosure and outer wall of the building in which a consulate is installed, as also on or by the entrance door to the consulate.

(2) The flag of the sending State and its consular flag may be flown at the consulate and also at the residence of the head of the consulate.

(3) The head of the consulate may fly the appropriate flag of the sending State on the means of transport used by him.

Article 15

(1) The receiving State shall ensure the protection of land, buildings and parts of buildings used exclusively for consular purposes.

(2) Land, buildings and parts of buildings used exclusively for consular purposes shall be inviolable. The authorities of the receiving State may not enter them except with the consent of the head of the consulate or of the head of the diplomatic mission of the sending State or of a person authorised by one of them.

(3) The provisions of paragraph (2) shall apply also to the residence of a consular officer.

Article 16

(1) The consular archives shall be inviolable at all times and wherever they may be.

(2) Documents and objects of an unofficial character shall not be kept in the consular archives.

(3) The term "consular archives" shall include all official correspondence, documents and technical equipment intended for the official use of the consulate, together with any article of furniture used for their protection and safekeeping.

Article 17

(1) A consulate shall be entitled to communicate with the Government of the sending State, with its diplomatic missions and with other consulates of that State, wherever situated. For this purpose the consulate may employ all public means of communication as also diplomatic and consular couriers, diplomatic and consular bags, and cyphers. The installation and operation of a wireless transmitter shall be subject to the consent of the receiving State.

(2) In respect of public means of communication the same tariffs shall be applied in the case of a consulate as in the case of the diplomatic mission of the sending State.

(3) The official correspondence of a consulate and the consular bag shall, provided that they bear visible external

marks of their official character, be inviolable and the authorities of the receiving State shall not open or detain them. The consular bag shall contain only official correspondence, documents and objects intended exclusively for official use.

(4) A consular courier provided with an official document identifying him as such and specifying the number of containers entrusted to him which comprise the consular bag shall be accorded by the receiving State the same rights, privileges and immunities as a diplomatic courier of the sending State. This provision shall apply also to a consular courier ad hoc, whose rights, privileges and immunities as such shall, however, cease to apply upon the handing over of the consular bag to the recipient.

(5) The master of a vessel or the commander of a civil aircraft scheduled to land at a permitted place of entry into the receiving State may be charged with the conveyance of the consular bag. The master or commander shall be provided with an official document specifying the number of containers entrusted to him and comprising the consular bag; he shall not, however, be considered to be a consular courier. By arrangement with the competent authorities of the port or airport concerned the consulate may send a consular officer or a consular employee who will be entitled to take possession of the bag from the master or commander or to hand it over to him, freely and without intermediary.

Article 18

(1) The person of a consular officer shall be inviolable.

(2) A consular officer shall be immune from the jurisdiction of the receiving State except in the case of the following actions:

1. an action relating to private immovable property situated in the receiving State, unless he holds it on behalf of the sending State for the purposes of the consulate;
2. an action relating to succession in which the consular officer is involved as executor, administrator, heir or legatee as a private person and not on behalf of the sending State;
3. an action relating to any professional or commercial activity exercised by the consular officer in the receiving State outside his official duties;
4. an action arising out of a contract concluded by the consular officer when he is not acting, expressly or impliedly, as an agent of the sending State;
5. an action by a third party for damages arising from an accident in the receiving State caused by a vehicle, vessel or aircraft.

(3) The provisions of paragraphs (1) and (2) shall apply also to a member of the family of a consular officer, provided in each case that the person concerned is not a national or a permanent resident of the receiving State.

(4) No measure of execution may be taken in respect of a person covered by the provisions of paragraphs (1) to (3) except in cases coming under subparagraphs 1 to 5 of paragraph (2), and provided also that the measure in question can be taken without infringing the inviolability of the person concerned or of his residence.

(5) A consular employee employed in the consulate to perform administrative or technical duties, provided that he is not a national or a permanent resident of the receiving State, shall be immune from the criminal jurisdiction of that State. He shall also be immune from the civil and administrative jurisdiction of that State in respect of any act performed in his official capacity, except in relation to an action as specified in subparagraph 5 of paragraph (2).

(6) A member of the family of a consular employee to whom the provisions of paragraph (5) apply shall be immune from the criminal jurisdiction of the receiving State, provided

in each case that the person concerned is likewise not a national or a permanent resident of that State.

(7) A consular employee employed in the consulate to perform service duties, provided that he is not a national or a permanent resident of the receiving State, shall be immune from the jurisdiction of that State in respect of any act performed in his official capacity, except in relation to an action as specified in subparagraph 5 of paragraph (2).

(8) The immunity from civil and administrative jurisdiction accorded under the provisions of this Article shall apply in any case where State coercive action (Staatliche Zwangsmassnahmen) is taken by the competent authorities of the receiving State.

Article 19

(1) In any case where a consular employee not entitled to immunity from the criminal jurisdiction of the receiving State under the provisions of Article 18 is arrested, detained or subjected to any other deprivation of personal liberty or where criminal proceedings are instituted against him, the competent authorities of that State shall immediately inform the head of the consulate accordingly.

(2) The provisions of paragraph (1) shall apply also in relation to a member of the family of a consular officer or of a consular employee who is likewise not entitled to immunity from the criminal jurisdiction of the receiving State under the provisions of Article 18.

Article 20

(1) A consular officer or, provided that he is not a national or a permanent resident of the receiving State, a consular employee, may be requested to appear as a witness in proceedings before the courts or other competent authorities of the receiving State. In the event that he complies with such a request, he may, however, decline to give evidence with regard to matters falling within the work of the consulate or as an expert witness with regard to the law of the sending State.

(2) Where a person to whom the provisions of paragraph (1) apply declines to appear as a witness or to give evidence, no coercive measures shall be taken against him and no penalty shall be imposed upon him.

(3) Where a person to whom the provisions of paragraph (1) apply is prepared to give evidence as a witness, the court or other competent authority requiring the evidence shall take all reasonable measures to avoid interference with the work of the consulate. Subject to the provisions of Article 15, the evidence of a consular officer or consular employee may be given, in so far as it is practicable and permissible under the laws and regulations of the receiving State, orally or in writing, at the consulate or at his residence.

(4) A consular employee to whom the provisions of paragraph (1) do not apply may decline to give evidence on matters falling within the work of the consulate.

(5) A consular officer or a consular employee shall be entitled, in giving evidence as a witness, to make an affirmation in lieu of an oath.

(6) The provisions of paragraphs (1) to (5) shall apply, to the extent that they are capable of such application, to a member of the family of a consular officer or of a consular employee, provided in each case that the person concerned is not a national or a permanent resident of the receiving State.

Article 21

(1) The sending State may waive the privileges and immunities provided for in Articles 18 and 20. The waiver shall in all cases be express and shall be communicated in writing to the receiving State.

(2) The initiation of proceedings by a person entitled to immunity from jurisdiction under Article 18 shall preclude

him from invoking immunity from jurisdiction in respect of any counter-claim directly connected with the principal claim.

(3) Waiver of immunity from jurisdiction in respect of civil or administrative proceedings shall not be held to imply waiver of immunity in respect of execution of the judgment for which a separate waiver shall be required.

Article 22

(1) A consular officer shall be exempt in the receiving State from compulsory public service of any kind.

(2) The provisions of paragraph (1) shall apply also to a consular employee and to a member of the family of a consular officer or of a consular employee, provided in each case that the person concerned is not a national or a permanent resident of the receiving State.

Article 23

(1) A consular officer shall be exempt from all requirements under the laws and regulations of the receiving State concerning registration and permission to reside applicable to persons who are not nationals of the receiving State.

(2) The provisions of paragraph (1) shall apply also to a consular employee and to a member of the family of a consular officer or of a consular employee, provided in each case that the person concerned is not a national or a permanent resident of the receiving State.

Article 24

The child of a consular officer, as also the child of a consular employee, provided that the latter is a national of the sending State and is not a permanent resident of the receiving State, shall not acquire the nationality of the receiving State solely by virtue of birth in that State during the period of the assignment to that State of the consular officer or consular employee.

Article 25

(1) No tax or other similar charge of any kind, national, regional or municipal, shall be imposed or collected by the receiving State in respect of:

1. land, buildings or parts of buildings, acquired, held or occupied in accordance with the provisions of Article 13 and used exclusively for the purposes of a consulate or as a residence for a consular officer or a consular employee, provided in the latter case that he is not a national or a permanent resident of the receiving State and is not engaged in any occupation for gain in that State other than his official duties at the consulate;
2. transactions or instruments effecting transactions relative to the acquisition of land, buildings or parts of buildings by the sending State exclusively for the purposes specified in subparagraph 1;
3. the acquisition, ownership, possession or use of movable property by the sending State exclusively for consular purposes.

(2) The provisions of paragraph (1) shall not apply with regard to:

1. payments due in respect of services rendered; or
2. taxes and other charges payable under the laws and regulations of the receiving State by a person contracting with the sending State.

Article 26

(1) A consular officer shall be exempt in the receiving State from all taxes or other similar charges of any kind, national, regional or municipal, in respect of the official emoluments, salary, wages and allowances received by him as compensation for his official duties.

(2) The provisions of paragraph (1) shall apply also to a consular employee, provided that he is not a national or a permanent resident of the receiving State and is not engaged in any occupation for gain in that State other than his official duties at the consulate.

Article 27

(1) A consular officer, provided that he is not engaged in any occupation for gain in the receiving State other than his official duties at the consulate, shall be exempt in that State from all taxes and other similar charges of any kind, national, regional or municipal, for the payment of which he would otherwise be liable under the laws and regulations of the receiving State.

(2) The provisions of paragraph (1) shall apply also to a consular employee and to a member of the family of a consular officer or of a consular employee, provided in each case that the person concerned is not a national or a permanent resident of the receiving State and is not engaged in any occupation for gain in that State other than his official duties at the consulate.

(3) The provisions of paragraphs (1) and (2) shall not apply with regard to:

1. taxes on the acquisition, ownership, occupation or disposal of private immovable property situated within the receiving State;
2. taxes on income derived from other sources, or on the appreciation of assets, within the receiving State;
3. taxes on transfers of property in the receiving State;
4. without prejudice to the provisions of Article 28, taxes, such as estate or inheritance taxes, on the passing at death of property in the receiving State;
5. taxes on legal transactions, or instruments effecting such transactions, including stamp duties.

(4) The provisions of paragraphs (1) and (2) shall likewise not apply with regard to fees and payments due in respect of services rendered.

Article 28

(1) Estate and inheritance taxes shall not be levied in the receiving State in respect of the movable property of a deceased consular officer in so far as the presence of the property in that State was due solely to the presence of the deceased person in the receiving State in the capacity of a consular officer.

(2) The export from the receiving State of the movable property referred to in paragraph (1) shall be permitted with the exception of property acquired by the deceased person in that State, the export of which was prohibited at the time of his death.

(3) The provisions of paragraphs (1) and (2) shall apply also with regard to the movable property of a deceased consular employee or a deceased member of the family of a consular officer or of a consular employee, provided in each case that the person concerned was present in the receiving State in such capacity and that he was not a national or a permanent resident of that State.

Article 29

(1) All articles, including motor vehicles, imported for the official use of a consulate shall be exempt in the receiving State from customs duties and taxes or similar charges of any kind to the same extent as if they were imported by the diplomatic mission of the sending State for its official use. The like exemption shall apply in respect of the export of such articles.

(2) A consular officer, provided that he is not engaged in any occupation for gain in the receiving State other than his

official duties at the consulate, shall be exempt in that State from customs inspection in respect of the personal baggage accompanying him and from customs duties and taxes or similar charges of any kind in respect of articles, including motor vehicles, imported by him for his personal use or consumption, or subsequently exported by him, to the same extent as a member of the diplomatic staff of the diplomatic mission of the sending State.

(3) A consular employee, provided that he is not a national or a permanent resident of the receiving State and is not engaged in any occupation for gain in that State other than his official duties at the consulate, shall be exempt in that State from customs duties and taxes or similar charges of any kind in respect of articles, including motor vehicles, imported or subsequently exported by him, to the same extent as a member of the administrative and technical staff of the diplomatic mission of the sending State.

(4) The provisions of paragraphs (1) to (3) shall not apply with regard to payments due in respect of services rendered.

(5) The provisions of paragraphs (2) and (4) shall apply in relation to a member of the family of a consular officer and the provisions of paragraphs (3) and (4) shall apply in relation to a member of the family of a consular employee, provided in each case that the person concerned is not a national or a permanent resident of the receiving State and is not engaged in any occupation for gain in that State.

Article 30

(1) A consular officer or a consular employee, as also a member of the family of a consular officer or of a consular employee, shall enjoy freedom of movement and travel in the receiving State, except in relation to areas where entry or stay is prohibited under the laws and regulations of the receiving State.

(2) The provisions of paragraph (1) shall be without prejudice to the laws and regulations of the receiving State with regard to the obtaining of a visa or travel document.

Article 31

(1) The land, buildings and parts of buildings constituting the consulate shall be used only for purposes consistent with their consular character.

(2) Persons to whom facilities, privileges and immunities are accorded under this Convention shall not intervene in the internal affairs of the receiving State.

(3) The persons referred to in paragraph (2) shall, without prejudice to the said facilities, privileges and immunities, be under an obligation to observe the laws and regulations of the receiving State, including those relative to the control of traffic and to the insurance of motor vehicles.

PART IV

Consular functions

Article 32

(1) A consular officer shall be entitled:

1. to protect and represent the rights and interests of the sending State and of its nationals;
2. to contribute to the extension of commercial, economic, cultural and scientific relations between the sending State and the receiving State;
3. to ascertain by all lawful means conditions and developments in the receiving State and to report thereon to the Government of the sending State;
4. to promote in other ways the development of friendly relations between the sending State and the receiving State.

(2) The provisions of this Part shall, to the extent that they are capable of such application, apply also to juridical persons of the sending State.

Article 33

(1) A consular officer shall be entitled to perform consular duties only within his own consular district. The performance by him of consular duties outside that consular district shall be subject in each case to the consent of the receiving State.

(2) A consular officer may, in the performance of his consular duties, address himself directly to the competent local authorities in the consular district and, to the extent that it is permitted under the laws, regulations and usages of the receiving State, to the central authorities of that State.

Article 34

In any case where a national of the sending State is unable, by reason of absence or for other valid reason, to protect his rights and interests in the receiving State at the proper time, a consular officer shall be entitled, consistently with the laws and regulations of the receiving State, to represent him, or arrange for his representation, before the courts or other authorities of the receiving State, in order to ensure that measures are taken to safeguard the rights and interests of the national.

Article 35

A consular officer shall be entitled:

1. to keep a register of nationals of the sending State;
2. to receive applications and declarations and issue or hand over documents relative to nationality in accordance with the laws and regulations of the sending State;
3. to issue, amend or withdraw travel documents in relation to nationals of the sending State;
4. to issue or amend visas for persons wishing to travel to or pass through the sending State.

Article 36

(1) A consular officer shall be entitled:

1. to keep registers of the births and deaths of nationals of the sending State;
2. to record a marriage solemnized under the laws and regulations of the receiving State, or a divorce granted under those laws and regulations, provided that at least one of the parties to such marriage or divorce is a national of the sending State;
3. to receive declarations pertaining to the family relationships of a national of the sending State in accordance with the laws and regulations of that State.

(2) Nothing in the provisions of paragraph (1) shall exempt a private person from any obligation imposed under the laws and regulations of the receiving State with regard to the notification to, or registration with, the competent authorities of that State of any matter dealt with in those provisions.

Article 37

A consular officer shall be entitled:

1. to receive and authenticate declarations by nationals of the sending State;
2. to authenticate and take into custody documents concerning legal acts of nationals of the sending State, as well as documents concerning legal transactions between nationals of that State other than transactions creating, transferring or terminating rights in respect of land or buildings situated in the receiving State;
3. to certify the signatures of nationals of the sending State on documents;

4. to certify the accuracy of copies of documents or of extracts from documents;
5. to perform other notarial acts assigned to him by the sending State to the extent that they are consistent with the laws and regulations of the receiving State;
6. to certify the translation of documents;
7. to legalize documents emanating from the competent authorities in the receiving State intended for use in the sending State.

Article 38

(1) A consular officer shall be entitled to accept for safe-keeping documents, money, valuables and other articles belonging to a national of the sending State.

(2) The export from the receiving State of an article accepted for safe-keeping in accordance with the provisions of paragraph (1) shall be subject to the laws and regulations of that State.

Article 39

Where it comes to the knowledge of the competent authorities of the receiving State that a national of the sending State has died in the former State they shall, without delay, inform the consular officer accordingly and shall transmit to him a copy of the death certificate or other document recording the death, as the case may be, which shall be free of charge.

Article 40

(1) Where it comes to the knowledge of the competent authorities of the receiving State that there is in that State an estate:

1. of a national of the sending State which no person, other than a competent authority of the receiving State, present or otherwise represented in the receiving State, is entitled to safeguard, preserve or administer; or
2. of a deceased person in respect of which a national of the sending State who is neither present nor represented in the receiving State has an interest

the said authorities shall inform the consular officer accordingly.

(2) The provisions of subparagraph 2 of paragraph (1) shall apply irrespective of the nationality of the deceased person or the place of his death.

(3) A consular officer shall likewise notify the competent authorities of the receiving State if information as specified in this Article reaches him through any other channel.

Article 41

A consular officer shall be entitled, in relation to an estate falling within one of the categories specified in paragraph (1) of Article 40 and in accordance with the laws and regulations of the receiving State:

1. to request the competent authorities of the receiving State to take measures for the safeguarding, preservation and administration of the estate;
2. to participate in the taking of the measures referred to in subparagraph 1;
3. to arrange for the representation of a national of the sending State, having an interest in the estate, who is neither present nor represented in the receiving State;
4. to give advice and assistance to a national of the sending State who has an interest in the estate or to his representative.

Article 42

(1) Where a national of the sending State dies during a temporary stay in the receiving State, the competent authorities

of the receiving State shall hand over to the consular officer, for transmission to a person entitled to receive them, any money and personal effects in the possession of that national of which they have taken custody, unless such money and personal effects can be handed over to a person entitled to receive them or to his representative in the receiving State or are retained by the competent authorities of that State for the purpose of a legal enquiry.

(2) Where a consular officer receives money and personal effects in pursuance of paragraph (1), he shall, upon request furnish a receipt in respect of such money and personal effects.

(3) The export of the money and personal effects referred to in paragraph (1) shall be subject to the laws and regulations of the receiving State.

Article 43

(1) Where it comes to the knowledge of the competent authorities of the receiving State that it is necessary to appoint a guardian or trustee to safeguard the rights and interests in that State of a national of the sending State, including the safeguarding of the property of such a national left without supervision in the receiving State, they shall inform the consular officer accordingly.

(2) In connexion with the appointment of a guardian or trustee in accordance with the provisions of paragraph (1), a consular officer shall be entitled to propose the name of an appropriate person to act as such. If the competent authorities of the receiving State do not accept the person proposed as guardian or trustee, the consular officer shall be entitled to propose a new candidate.

Article 44

(1) A consular officer shall be entitled to communicate with, interview and advise a national of the sending State and may render him all assistance and aid including, where necessary, arranging for advice in legal matters.

(2) No restriction shall be placed by the receiving State upon the access of a national of the sending State to the consulate or upon his communication with the consulate.

(3) Upon the request of a consular officer, the authorities of the receiving State shall take appropriate steps to assist him in obtaining information with regard to the whereabouts of a national of the sending State, so that he may communicate with or interview that national.

Article 45

(1) In any case where a national of the sending State has been arrested, detained or subjected to any other deprivation of personal liberty in the receiving State, the competent authorities of that State shall notify the consular officer accordingly. Such notification shall be made as soon as possible and at latest within three days of the moment on which the national was arrested, detained or subjected to any other deprivation of personal liberty.

(2) A consular officer shall be entitled, in accordance with the laws and regulations of the receiving State, to receive correspondence and other communications from a national of the sending State who has been arrested, detained or subjected to any other deprivation of personal liberty in the receiving State, but to whom the provisions of paragraph (1) do not apply, to take the measures necessary for his legal advice and defence, and to visit, converse or communicate with him. Visits shall be permitted as soon as possible and at latest within four days from the moment on which the national was arrested, detained or subjected to any other deprivation of personal liberty and thereafter at reasonable intervals.

(3) The provisions of paragraph (2) shall apply also in any case where a national of the sending State has appealed or the prosecution has entered a protest against the verdict of a court of the receiving State before which the national has been the subject of criminal proceedings as also during the period within which the national is entitled so to appeal or the prosecution so to enter a protest.

(4) In the case of criminal proceedings being brought against a national of the sending State the consular officer shall, upon request, be informed of the particulars of the offence alleged against that national.

(5) In any case where a national of the sending State has been sentenced to imprisonment in the receiving State and the provisions of paragraph (3) do not apply, the consular officer shall have the right, in accordance with the laws and regulations of the receiving State, to visit, converse and communicate with him. Visits may take place on a recurrent basis at appropriate intervals, which intervals should not normally be longer than two months.

(6) A consular officer may send to a national of the sending State, to whom the provisions of this Article apply, parcels containing articles for personal use, such as food, clothes and writing materials, to the extent that the regulations of the institution in which he is detained so permit.

(7) The competent authorities of the receiving State shall, without delay, inform the national concerned of the sending State of the rights accorded to the consular officer under this Article.

(8) A consular officer shall, in accordance with the laws and regulations of the receiving State, be entitled to be present during the trial in the receiving State of a national of the sending State.

Article 46

(1) A consular officer shall be entitled to render all assistance and aid to a vessel of the sending State within a port of the receiving State or its territorial or internal waters.

(2) A consular officer may communicate with a vessel of the sending State and proceed on board as soon as the vessel has been given permission to establish contact with the shore.

(3) The master and members of the crew of a vessel of the sending State shall be permitted to communicate with the consular officer. They may also, subject to the laws and regulations of the receiving State, proceed to the consulate.

(4) A consular officer may invoke the assistance and aid of the competent authorities of the receiving State in any matters relating to the performance of his duties with respect to a vessel of the sending State or to the master and members of the crew of such a vessel, or her passengers or cargo.

Article 47

(1) A consular officer shall be entitled:

1. to investigate, without prejudice to the rights of the authorities of the receiving State, any incident occurring on board a vessel of the sending State during her voyage, and to question the master and any member of the crew;
2. to settle, without prejudice to the rights of the authorities of the receiving State, disputes of any kind between the master and any member of the crew, including disputes as to wages and contracts of service;
3. to arrange, provided that it is not contrary to the laws and regulations of the receiving State, for the engagement and discharge of the master or any member of the crew;
4. to make arrangements for the medical treatment or for the repatriation of the master or any member of the crew;

5. to receive, issue, extend, or authenticate any declaration or other document prescribed by the laws and regulations of the sending State in connexion with a vessel of the sending State or her cargo and to examine the vessel's papers.

(3) A consular officer may, in accordance with the laws and regulations of the receiving State, render all assistance and aid to the master or a member of the crew of a vessel of the sending State, appear with them before the courts and other competent authorities of the receiving State and act as interpreter.

Article 48

(1) Except at the request or with the consent of the consular officer, the courts and other competent authorities of the receiving State shall not exercise jurisdiction or intervene, as the case may be, in respect of any matter occurring on board a vessel of the sending State, including, provided that it is justifiable under the laws and regulations of the receiving State, the detention on the vessel of any person.

(2) The provisions of paragraph (1) shall not apply:

1. in connexion with any offence committed on board the vessel of the sending State:
 - (a) if the consequences of the offence extend to the territory of the receiving State;
 - (b) if the offence endangers the peace and tranquillity of the territory of the receiving State or the good order of its territorial or internal waters;
 - (c) by or against a national of the receiving State or by or against some person other than the master or a member of the crew;
 - (d) constituting under the laws and regulations of the receiving State an offence punishable by a sentence of imprisonment for a period of at least five years or a more severe penalty;

2. in connexion with customs, immigration or public health inspections or with measures taken at the request or with the consent of the master of a vessel of the sending State.

(3) The provisions of this Article shall not affect the exercise of the jurisdiction of the receiving State in civil matters.

Article 49

If the master or a member of the crew of a vessel of the sending State brings an action arising out of a dispute as to wages or a contract of service which falls within the jurisdiction of the courts of the receiving State, those courts shall not entertain proceedings except with the consent of a consular officer.

Article 50

(1) Where it is the intention of the courts or other competent authorities of the receiving State to take any coercive action or to institute an enquiry on board a vessel of the sending State, the consular officer shall be notified accordingly. Such notification shall be made in time to enable the consular officer to be present or, if this should prove to be impracticable owing to the urgency of the matter, as soon as possible thereafter. If the consular officer was not present, he shall, upon request, be provided by the authorities concerned with full information in writing with regard to what has taken place.

(2) The provisions of paragraph (1) shall apply also in any case where it is the intention of the authorities concerned to question the master or a member of the crew ashore in respect of any incident connected with a vessel of the sending State.

(3) The provisions of this Article shall not apply to customs, immigration or public health inspections nor to measures taken at the request or with the consent of the master of a vessel of the sending State.

Article 51

(1) If a vessel of the sending State is wrecked, runs aground, is swept ashore or otherwise sustains damage in the territorial or internal waters of the receiving State, or if any article, being the property of a national of the sending State and forming part of the cargo of a vessel of the sending State, of the receiving State or of a third State is found on or near the coast of the receiving State or is delivered to a port of that State, the competent authorities of the receiving State shall, as soon as possible, inform the consular officer accordingly. They shall also inform him of the measures already taken for the preservation of the vessel of the sending State, of the lives of persons on board, of the cargo and other property on board and of articles belonging to the vessel or forming part of her cargo which have become separated from the vessel.

(2) A consular officer may render all assistance and aid to such a vessel, the master and members of the crew and the passengers and, for this purpose, may invoke the help of the competent authorities of the receiving State. He may take the measures referred to in paragraph (1), including measures for the repair of the vessel, or may request the competent authorities of the receiving State to take or continue to take such measures.

(3) In any case to which the provisions of paragraph (1) apply, a consular officer shall be entitled, in the absence of the owner or other authorised person, to take on his behalf such measures with a view to the preservation or disposal of the vessel or her cargo which the owner of the vessel or the cargo could himself have taken, if he had been present.

(4) The damaged vessel of the sending State and all articles which were on board the vessel at the time of the wreck or other catastrophe shall be exempt in the receiving State from customs duties and taxes or similar charges of any kind, provided that they are not delivered for use or consumption in the receiving State and are re-exported under the supervision of the competent authorities of that State.

Article 52

The provisions of Articles 46 and 47, as well as of Articles 49 to 51 shall apply also in relation to civil aircraft of the sending State to the extent that they are capable of such application.

PART V

General and final provisions

Article 53

(1) A consular officer shall be entitled to levy in the receiving State consular fees in accordance with the laws and regulations of the sending State.

(2) Fees levied in pursuance of paragraph (1) shall be exempt in the receiving State from all taxes or other similar charges of any kind, national, regional or municipal.

Article 54

A consular officer may perform consular duties, additional to those specified in this Convention, provided that this is not contrary to the laws and regulations of the receiving State.

Article 55

A consulate shall, upon notification to the receiving State, be entitled to perform consular duties on behalf of a third State, provided that the receiving State does not raise objection.

Article 56

A consular officer may, upon notification to the receiving State, act as representative of the sending State to an international organisation. In this capacity he shall be entitled to receive any facilities, privileges and immunities accorded to such a representative under international law.

Article 57

(1) The provisions of this Convention shall apply also with regard to the consular work of the diplomatic mission of the sending State. If a member of the diplomatic staff of the diplomatic mission is charged with consular duties, he shall be accorded the same rights and be subject to the same obligations as apply to a consular officer under the Convention. The name of any such person shall be notified in writing to the ministry of foreign affairs of the receiving State. Where, under the laws and regulations of the receiving State, the presentation of a consular commission and the grant of an exequatur are required, the latter shall be granted free of charge.

(2) The performance of consular duties by a member of the diplomatic staff of the diplomatic mission in pursuance of paragraph (1) shall be without prejudice to the facilities, privileges and immunities accorded to him by virtue of his diplomatic status.

Article 58

(1) This Convention shall be subject to ratification. It shall enter into force on the thirtieth day after the exchange of instruments of ratification which shall take place at London as soon as possible.

(2) This Convention shall remain in force for a period of five years. In case neither High Contracting Party shall have given to the other through the diplomatic channel, twelve months before the expiry of the said period of five years, written notice of termination, the Convention shall continue to remain in force until the expiry of twelve months from the date on which notice is so given by one High Contracting Party to the other.

In witness whereof, the Plenipotentiaries of the High Contracting Parties have signed this Convention and affixed thereto their seals.

Done in duplicate at Berlin this 4th day of May 1976, in the German and English languages, both texts being equally authoritative.

For the Council of State of the German Democratic Republic: For Her Britannic Majesty:

K. Nier

P. Cradock

Zur Geschichte der Rechtspflege der Deutschen Demokratischen Republik 1945–1949

Autorenkollektiv unter Leitung von H. Benjamin
Hrsg.: Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR,
Lehrstuhl Geschichte der Rechtspflege
384 Seiten · Leinen 20,— M
Bestellwort: Benjamin, Rechtspflege / 770 910 5

Die Autoren setzen sich zum Ziel, die großen Leistungen der Arbeiterklasse und ihrer Partei sowie aller fortschrittlichen Kräfte des Volkes bei der Entwicklung einer neuen Rechtspflege zu würdigen. Ihre Darlegungen stützen sich auf vielfältige Quellen, in erster Linie auf die Dokumente der SED und andere Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, auf Rechtsvorschriften, auf Archivgut staatlicher Organe und auf Erinnerungen von Persönlichkeiten, die unmittelbar an der Herausbildung der Rechtspflege der DDR beteiligt waren. Um ein plastisches Bild zu vermitteln, werden zahlreiche historische Einzelheiten insbesondere über die Bildung der ersten Volksgerichte, den Aufbau und die Arbeitsweise der Volksrichterschulen, des Wirkens von Staatsanwälten, Richtern usw. in die Darstellung einbezogen. Umfangreiche Quellenangaben, mehrere Verzeichnisse ergänzen den Band und erleichtern dem Leser die Orientierung.

Erhältlich im örtlichen Buchhandel



**Staatsverlag
der Deutschen Demokratischen
Republik**

Herausgeber: Sekretariat des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, 102 Berlin, Klosterstraße 47 — Redaktion: 102 Berlin, Klosterstr. 47, Telefon: 209 26 22 — Veröffentlicht unter Lizenz-Nr. 751 — Verlag: (610/62) Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 108 Berlin, Otto-Grotewohl-Straße 17, Telefon: 209 45 01 — Erscheint nach Bedarf — Fortlaufender Bezug nur durch die Post — Bezugspreis: Vierteljährlich Teil I 2,50 M, Teil II 3,— M — Einzelabgabe bis zum Umfang von 8 Seiten 0,15 M, bis zum Umfang von 16 Seiten 0,25 M, bis zum Umfang von 32 Seiten 0,40 M, bis zum Umfang von 48 Seiten 0,55 M je Exemplar, je weitere 16 Seiten 0,15 M mehr
Einzelbestellungen beim Zentral-Versand Erfurt, 501 Erfurt, Postschloßfach 696. Außerdem besteht Kaufmöglichkeit nur bei Selbstabholung gegen Barratung (kein Versand) in der Buchhandlung für amtliche Dokumente, 108 Berlin, Nussbäumische Kirchstraße 15, Telefon: 229 21 23
Gesamtherstellung: Staatsdruckerei der Deutschen Demokratischen Republik (Rollendruck)

Index 31818

WOLFFSBERG
STADTVERLAG



GESETZBLATT

der Deutschen Demokratischen Republik

193

1976

Berlin, den 9. Juli 1976

Teil II Nr. 9

Tag	Inhalt	Seite
24. 6. 76	Gesetz über den Konsularvertrag vom 11. Dezember 1975 zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Guinea	193
24. 6. 76	Gesetz über das Protokoll vom 10. Dezember 1975 zu dem am 11. September 1956 in Prag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakischen Republik unterzeichneten Vertrag über den Rechtsverkehr in Zivil-, Familien- und Strafsachen	207
3. 6. 76	Bekanntmachung über den Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zur Europäischen Konvention vom 21. April 1961 über die internationale Handelsschiedsgerichtsbarkeit	213
3. 6. 76	Bekanntmachung über den Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zur Konvention vom 10. Juni 1958 über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche	219
12. 4. 76	Bekanntmachung über den Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zur Zollkonvention vom 15. Januar 1959 über die internationale Güterbeförderung mit Carnets-TIR (TIR-Konvention) in der Fassung der ersten Änderung vom 19. November 1963 und der zweiten Änderung vom 1. Juli 1966	224

Gesetz
über den Konsularvertrag
vom 11. Dezember 1975
zwischen der Deutschen Demokratischen Republik
und der Republik Guinea
vom 24. Juni 1976

§ 1

Die Volkskammer bestätigt den am 11. Dezember 1975 in Conakry unterzeichneten, nachstehend veröffentlichten Konsularvertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Guinea.

§ 2

Der Tag, an dem der Vertrag gemäß seinem Artikel 47 wirksam wird, ist im Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik bekanntzugeben.

§ 3

Dieses Gesetz tritt am 1. Juli 1976 in Kraft.

Das vorstehende, von der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik am vierundzwanzigsten Juni neunzehnhundertsechundsiebzig beschlossene Gesetz wird hiermit verkündet.

Berlin, den vierundzwanzigsten Juni neunzehnhundertsechundsiebzig

Der Vorsitzende des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik

W. Stoph

Konsularvertrag
zwischen der Deutschen Demokratischen Republik
und der Republik Guinea

Die Deutsche Demokratische Republik und die Republik Guinea haben, vom Wunsch geleitet, die Beziehungen auf konsularischem Gebiet zu regeln und zur weiteren Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Staaten beizutragen, beschlossen, den vorliegenden Konsularvertrag abzuschließen.

Zu diesem Zweck wurden als Bevollmächtigte ernannt:

Für die Deutsche Demokratische Republik:

Frau Eleonora Schmid,

Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter der Deutschen Demokratischen Republik in der Republik Guinea,

Für die Republik Guinea:

Herr Abdoulaye Touré,

Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatskomitees für Zusammenarbeit mit Osteuropa, Minister für Außenhandel,

die nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten folgendes vereinbart haben:

Kapitel I

Definitionen

Artikel 1

(1) In diesem Vertrag bedeuten die nachstehenden Begriffe:

1. „Konsulat“ ein Generalkonsulat, ein Konsulat, ein Vizekonsulat und eine Konsularagentur;
2. „Konsularbezirk“ das Gebiet, auf dem ein Konsulat berechtigt ist, konsularische Funktionen auszuüben;
3. „Leiter des Konsulats“ die mit dieser Funktion beauftragte Person;
4. „Konsularische Amtsperson“ eine Person, einschließlich des Leiters des Konsulats, die mit der Wahrnehmung konsularischer Funktionen beauftragt ist. Als „konsularische Amtsperson“ gilt auch eine Person, die in dieser Eigenschaft zum Praktikum in das Konsulat entsandt wurde;
5. „Mitarbeiter des Konsulats“ eine Person, die im Konsulat administrative oder technische Funktionen ausübt, jedoch keine konsularische Amtsperson ist. Der Begriff „Mitarbeiter des Konsulats“ umfaßt auch eine Person, die im Konsulat Aufgaben zur Versorgung erfüllt;
6. „Angehöriger des Konsulats“ eine konsularische Amtsperson und einen Mitarbeiter des Konsulats;
7. „Familienangehöriger“ den Ehegatten des Angehörigen des Konsulats, seine Kinder und Eltern und die seines Ehegatten, soweit diese Personen dem Haushalt des Angehörigen des Konsulats angehören und von ihm unterhalten werden;
8. „Konsularräumlichkeiten“ Gebäude oder Gebäudeteile sowie dazugehörige Grundstücke, die ungeachtet der Eigentumsverhältnisse ausschließlich für konsularische Zwecke genutzt werden;
9. „Konsulararchiv“ den dienstlichen Schriftwechsel, Chiffre, alle Dokumente, Bücher und technische Arbeitsmittel des Konsulats sowie Einrichtungsgegenstände, die zu ihrer Aufbewahrung und ihrem Schutz bestimmt sind;

10. „Schiff des Entsendestaates“ jedes Wasserfahrzeug, das rechtmäßig unter der Flagge des Entsendestaates fährt;

11. „Luftfahrzeug des Entsendestaates“ jedes Luftfahrzeug, das rechtmäßig die Staatszugehörigkeits- und Eintragszeichen des Entsendestaates trägt.

(2) Staatsbürger des Entsendestaates sind die Personen, die nach den Rechtsvorschriften dieses Staates dessen Staatsbürgerschaft haben.

(3) Als juristische Personen des Entsendestaates werden vom Empfangsstaat jene betrachtet und behandelt, die nach den Rechtsvorschriften des Entsendestaates errichtet worden sind.

Kapitel II

Errichtung von Konsulaten, Ernennung und Abberufung von konsularischen Amtspersonen

Artikel 2

(1) Ein Konsulat kann im Empfangsstaat nur mit dessen Zustimmung errichtet werden.

(2) Der Sitz des Konsulats, sein Rang, der Konsularbezirk sowie die Zahl der Angehörigen des Konsulats werden zwischen dem Entsendestaat und dem Empfangsstaat vereinbart.

Artikel 3

(1) Vor Ernennung des Leiters des Konsulats durch den Entsendestaat ist hinsichtlich seiner Person das Einverständnis des Empfangsstaates auf diplomatischem Weg einzuholen.

(2) Der Entsendestaat übermittelt dem Empfangsstaat auf diplomatischem Weg das Konsularpatent oder ein anderes Dokument über die Ernennung des Leiters des Konsulats. Darin sind der Vor- und Zuname des Leiters des Konsulats, sein Rang sowie der Sitz des Konsulats und der Konsularbezirk zu bezeichnen.

(3) Der Leiter des Konsulats darf seine Funktionen erst nach Erteilung des Exequaturs oder einer anderen Erlaubnis durch den Empfangsstaat ausüben. Die Erteilung des Exequaturs soll kurzfristig erfolgen. Bis dahin kann der Empfangsstaat dem Leiter des Konsulats gestatten, seine Funktionen vorläufig auszuüben.

Artikel 4

(1) Wenn der Leiter des Konsulats aus irgendeinem Grund seine Funktionen nicht ausüben kann oder die Stelle des Leiters des Konsulats zeitweilig unbesetzt ist, kann der Entsendestaat eine konsularische Amtsperson des betreffenden oder eines seiner anderen Konsulate oder ein Mitglied des diplomatischen Personals seiner diplomatischen Vertretung im Empfangsstaat mit der zeitweiligen Leitung des Konsulats beauftragen. Der Empfangsstaat ist davon vorher durch den Entsendestaat auf diplomatischem Weg in Kenntnis zu setzen.

(2) Die Person, die mit der zeitweiligen Leitung des Konsulats beauftragt wurde, genießt die gleichen Rechte, Erleichterungen, Privilegien und Immunitäten, die dem Leiter des Konsulats nach diesem Vertrag zustehen.

(3) Wird ein Mitglied des diplomatischen Personals der diplomatischen Vertretung des Entsendestaates mit der zeitweiligen Leitung des Konsulats beauftragt, bleiben seine diplomatischen Privilegien und Immunitäten unberührt.

Artikel 5

(1) Der Entsendestaat teilt dem Empfangsstaat auf diplomatischem Weg Vor- und Zunamen sowie den Rang der übrigen konsularischen Amtspersonen mit.

(2) Dem Empfangsstaat ist die Ankunft und endgültige Abreise eines Angehörigen des Konsulats sowie der Familienangehörigen vorher auf diplomatischem Weg zu notifizieren.

Artikel 6

Eine konsularische Amtsperson kann nur ein Staatsbürger des Entsendestaates sein, der nicht seinen Wohnsitz im Empfangsstaat hat.

Artikel 7

Der Empfangsstaat kann den Entsendestaat jederzeit auf diplomatischem Weg davon in Kenntnis setzen, daß das Exequatur oder die andere Erlaubnis — selbst wenn diese zeitweilig erteilt wurde — für den Leiter des Konsulats zurückgezogen wird oder daß ein Angehöriger des Konsulats nicht erwünscht ist.

Die Entscheidung bedarf keiner Begründung. In solchen Fällen hat der Entsendestaat die betreffende Person abzurufen. Wenn der Entsendestaat im Laufe einer angemessenen Frist diese Person nicht abberuft, kann sich der Empfangsstaat weigern, sie als Angehörigen des Konsulats anzuerkennen.

Kapitel III

Erleichterungen, Privilegien und Immunitäten

Artikel 8

(1) Der Empfangsstaat behandelt einen Angehörigen des Konsulats mit der gebührenden Achtung und trifft die notwendigen Maßnahmen, um ihm die wirksame Ausübung seiner Funktionen zu gewährleisten.

(2) Der Empfangsstaat sichert, daß ein Angehöriger des Konsulats die Erleichterungen, Privilegien und Immunitäten, die in diesem Vertrag vorgesehen sind, in Anspruch nehmen kann.

Artikel 9

(1) Der Empfangsstaat erweist dem Entsendestaat bei der Beschaffung von Konsularräumlichkeiten und Wohnungen für die Angehörigen des Konsulats Hilfe und Unterstützung.

(2) Der Entsendestaat kann in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates Konsularräumlichkeiten und Wohnungen für die Angehörigen des Konsulats, soweit diese Staatsbürger des Entsendestaates sind und nicht ihren Wohnsitz im Empfangsstaat haben, erwerben, pachten oder mieten.

Artikel 10

(1) Am Gebäude des Konsulats können das Staatswappen und die Bezeichnung des Konsulats in den Sprachen des Entsendestaates und des Empfangsstaates angebracht werden.

(2) Am Gebäude des Konsulats und an der Residenz des Leiters des Konsulats kann die Flagge des Entsendestaates aufgezogen werden.

(3) Der Leiter des Konsulats kann die Flagge des Entsendestaates an den von ihm dienstlich benutzten Fahrzeugen führen.

Artikel 11

(1) Der Empfangsstaat gewährleistet den Schutz der Konsularräumlichkeiten. Die Konsularräumlichkeiten dürfen jedoch

nicht zu Zwecken genutzt werden, die mit dem Charakter und den Aufgaben des Konsulats unvereinbar sind.

(2) Die Konsularräumlichkeiten, die Residenz des Leiters des Konsulats und die Wohnungen der konsularischen Amtspersonen sind unverletzlich. Die Organe des Empfangsstaates dürfen die Konsularräumlichkeiten, die Residenz des Leiters des Konsulats und die Wohnungen der konsularischen Amtspersonen ohne Einwilligung des Leiters des Konsulats oder des Chefs der diplomatischen Vertretung des Entsendestaates nicht betreten.

Artikel 12

Konsulararchive sind jederzeit und unabhängig von ihrem Standort unverletzlich.

Artikel 13

(1) Das Konsulat hat das Recht, sich mit der Regierung oder den diplomatischen Vertretungen und anderen Konsulaten des Entsendestaates in Verbindung zu setzen, unabhängig davon, wo sie sich befinden. Das Konsulat kann alle allgemein üblichen Verbindungsmittel, einschließlich diplomatische und konsularische Kuriere, diplomatisches und konsularisches Gepäck und verschlüsselte Nachrichten, benutzen. Die Errichtung und Inbetriebnahme einer Funkstation bedarf der Genehmigung des Empfangsstaates. Bei der Benutzung allgemeiner Verbindungsmittel gelten für das Konsulat die gleichen Tarife wie für die diplomatische Vertretung.

(2) Der dienstliche Schriftverkehr des Konsulats und das Konsulargepäck sind unverletzlich und werden weder geöffnet noch zurückgehalten. Das Konsulargepäck muß als solches äußerlich sichtbar gekennzeichnet sein und darf nur dienstliche Schriftstücke oder für den dienstlichen Gebrauch bestimmte Gegenstände enthalten.

(3) Dem Konsularkurier, der ein offizielles Schriftstück besitzt, aus dem seine Stellung und die Anzahl der Kuriergepäckstücke ersichtlich sind, werden von dem Empfangsstaat die gleichen Rechte, Privilegien und Immunitäten wie diplomatischen Kurieren des Entsendestaates gewährt. Das gilt auch für den Konsularkurier ad hoc, jedoch erlöschen dessen Immunitäten, nachdem er das Konsulargepäck dem Empfänger ausgehändigt hat.

(4) Das Konsulargepäck kann auch dem Kommandanten eines Luftfahrzeuges oder dem Kapitän eines Schiffes anvertraut werden. Diese gelten jedoch nicht als Konsularkuriere. Das Konsulat kann einen Angehörigen des Konsulats beauftragen, Konsulargepäck unmittelbar vom Kommandanten eines Luftfahrzeuges oder vom Kapitän eines Schiffes des Entsendestaates unter Einhaltung der entsprechenden Sicherheitsbestimmungen entgegenzunehmen oder diesem zu übergeben.

Artikel 14

Ein Angehöriger des Konsulats sowie seine Familienangehörigen sind persönlich unverletzlich und genießen Immunität vor der Strafgerichtsbarkeit des Empfangsstaates.

Artikel 15

(1) Ein Angehöriger des Konsulats sowie seine Familienangehörigen genießen Immunität vor der Zivilgerichtsbarkeit und unterliegen nicht staatlichen Zwangsmaßnahmen des Empfangsstaates mit Ausnahme von Zivilklagen:

1. in bezug auf persönliches, im Empfangsstaat belegenes unbewegliches Vermögen, sofern es nicht im Auftrage des Entsendestaates zu konsularischen Zwecken genutzt wird;
2. in Nachlasssachen, in denen sie in privater Eigenschaft und nicht im Namen des Entsendestaates als Testaments-

vollstrecker, Nachlaßverwalter, Erbe oder Vermächtnisnehmer auftreten;

3. im Zusammenhang mit einer freiberuflichen oder gewerblichen Tätigkeit, die sie im Empfangsstaat neben ihrer dienstlichen Funktion ausüben;
4. die durch die von ihnen abgeschlossenen Verträge hervorgerufen werden, bei deren Abschluß sie nicht direkt oder indirekt im Auftrage des Entsendestaates auftreten;
5. die eine dritte Person bei Schäden anstrengt, die durch einen mit Verkehrsmitteln verursachten Unfall im Empfangsstaat hervorgerufen wurden.

(2) Gegen eine in Absatz 1 genannte Person dürfen Vollstreckungsmaßnahmen nur in den in Absatz 1 vorgesehenen Fällen und nur unter der Voraussetzung getroffen werden, daß sie durchführbar sind, ohne die Unverletzlichkeit der Person zu beeinträchtigen.

Artikel 16

(1) Ein Angehöriger des Konsulats kann von den Gerichten oder anderen zuständigen Organen des Empfangsstaates als Zeuge geladen werden. Er ist jedoch nicht verpflichtet, Aussagen über Angelegenheiten zu machen, die mit der Ausübung seiner dienstlichen Funktion verbunden sind.

(2) Wenn ein Angehöriger des Konsulats sich weigert, zur Zeugenaussage vor den Gerichten oder anderen zuständigen Organen des Empfangsstaates zu erscheinen, so dürfen ihm gegenüber keinerlei Zwangsmaßnahmen oder Strafen angewandt werden.

(3) Die Gerichte oder andere zuständige Organe des Empfangsstaates, die die Zeugenaussage eines Angehörigen des Konsulats fordern, haben entsprechende Maßnahmen zu treffen, damit dieser bei der Ausübung seiner Funktionen nicht behindert wird. Aussagen können daher mündlich oder schriftlich im Konsulat oder in der Wohnung eines Angehörigen des Konsulats entgegengenommen werden. Ein Angehöriger des Konsulats ist nicht verpflichtet, einen Eid oder Schwur abzulegen oder eine Versicherung abzugeben.

(4) Die Bestimmungen dieses Artikels gelten analog für die Familienangehörigen eines Angehörigen des Konsulats.

Artikel 17

(1) Der Entsendestaat kann auf die für einen Angehörigen des Konsulats sowie seine Familienangehörigen in den Artikeln 14, 15 und 16 festgelegten Privilegien und Immunitäten verzichten. Der Verzicht muß für jeden Einzelfall schriftlich erklärt werden.

(2) Erhebt ein Angehöriger des Konsulats, der Immunität vor der Gerichtsbarkeit genießt, eine Klage, so kann er sich in bezug auf eine Widerklage, die mit der Hauptklage in unmittelbarem Zusammenhang steht, nicht auf die Immunität vor der Gerichtsbarkeit berufen.

(3) Der Verzicht auf die Immunität in einem Verfahren gilt nicht als Verzicht auf die Immunität vor der Vollstreckung der Entscheidung; hierfür ist ein besonderer Verzicht erforderlich.

Artikel 18

Ein Angehöriger des Konsulats sowie seine Familienangehörigen werden im Empfangsstaat von öffentlichen und persönlichen Pflichtleistungen jeglicher Art befreit.

Artikel 19

Ein Angehöriger des Konsulats sowie seine Familienangehörigen unterliegen nicht den Verpflichtungen, die sich aus den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates über die Meldepflicht und den Erwerb einer Aufenthaltsberechtigung für Personen ergeben, die nicht Staatsbürger des Empfangsstaates sind.

Artikel 20

(1) Der Empfangsstaat erhebt keinerlei Steuern oder sonstige Abgaben für:

1. die Konsularräumlichkeiten und die Wohnungen der Angehörigen des Konsulats, wenn sie vom Entsendestaat erworben oder in dessen Namen gepachtet oder gemietet wurden. Das gilt auch für den Erwerb der genannten Immobilien, wenn der Entsendestaat diese ausschließlich für konsularische Zwecke erwirbt;
2. das bewegliche Gut, welches Eigentum des Entsendestaates ist oder sich in seinem Besitz oder in seiner Nutzung befindet und für Zwecke des Konsulats verwendet wird. Das gilt auch für den Erwerb solchen beweglichen Gutes.

(2) Die Bestimmungen in Absatz 1 beziehen sich nicht auf die Bezahlung von Dienstleistungen.

Artikel 21

(1) Ein Angehöriger des Konsulats sowie seine Familienangehörigen sind von allen staatlichen, regionalen und kommunalen Steuern und sonstigen Abgaben befreit; ausgenommen hiervon sind:

1. indirekte Steuern und Abgaben, die normalerweise im Preis von Waren und Dienstleistungen enthalten sind;
2. Steuern und sonstige Abgaben von privatem, im Empfangsstaat belegenen unbeweglichen Vermögen;
3. Erbschaftssteuern und Abgaben vom Vermögensübergang in bezug auf Vermögen im Empfangsstaat;
4. Steuern und sonstige Abgaben von privaten Einkünften, deren Quelle sich im Empfangsstaat befindet, sowie von dort belegenen Vermögen;
5. Steuern, Gebühren und sonstige Abgaben, die für bestimmte Dienstleistungen erhoben werden;
6. Eintragungs-, Gerichts-, Beurkundungs-, Beglaubigungs-, Hypotheken- und Stempelgebühren.

(2) Für bewegliches Vermögen eines verstorbenen Angehörigen des Konsulats oder eines seiner Familienangehörigen werden staatliche, regionale oder kommunale Steuern und Abgaben für den Vermögensübergang insoweit nicht erhoben, als sich dieses Vermögen nur deshalb im Empfangsstaat befindet, weil sich der Verstorbene als Angehöriger des Konsulats oder als dessen Familienangehöriger im Empfangsstaat aufhielt.

Artikel 22

(1) Alle Gegenstände, einschließlich Kraftfahrzeuge, die für den amtlichen Gebrauch des Konsulats ein- und ausgeführt werden, sind im Empfangsstaat in gleicher Weise von Zöllen und sonstigen Abgaben befreit, wie die Gegenstände, die zum amtlichen Gebrauch der diplomatischen Vertretung des Entsendestaates ein- und ausgeführt werden.

(2) Eine konsularische Amtsperson ist in gleicher Weise von der Zollkontrolle seines persönlichen Gepäcks, von Zöllen und sonstigen Abgaben bei der Ein- und Ausfuhr von Gegenständen befreit, wie das Mitglied des diplomatischen Personals der diplomatischen Vertretung des Entsendestaates.

(3) Ein Mitarbeiter des Konsulats ist hinsichtlich der Ein- und Ausfuhr von Gegenständen, die zur ersten Einrichtung im Empfangsstaat bestimmt sind, von Zöllen und sonstigen Abgaben in gleicher Weise befreit, wie das Mitglied des Verwaltungs- und technischen Personals der diplomatischen Vertretung des Entsendestaates.

(4) Die in Absatz 1 bis 3 genannten Befreiungen beziehen sich nicht auf die Kosten für die Aufbewahrung, Lagerung und den Transport von ein- und ausgeführten Gegenständen.

Artikel 23

Ein Angehöriger des Konsulats sowie seine Familienangehörigen genießen im Empfangsstaat Bewegungs- und Reisefreiheit, vorbehaltlich der Gebiete, in die die Einreise oder der Aufenthalt auf Grund der Rechtsvorschriften des Empfangsstaates nicht gestattet ist.

Artikel 24

Familienangehörige eines Angehörigen des Konsulats, die Staatsbürger des Empfangsstaates sind oder ihren Wohnsitz in diesem Staat haben, genießen nicht die in diesem Vertrag festgelegten Erleichterungen, Privilegien und Immunitäten. Das gilt auch für einen Mitarbeiter des Konsulats, der Staatsbürger des Empfangsstaates ist oder der seinen Wohnsitz in diesem Staat hat, mit Ausnahme der in Artikel 16 Absatz 1 vorgesehenen Aussageverweigerung über Angelegenheiten, die mit der Ausübung seiner dienstlichen Funktionen verbunden sind.

Kapitel IV

Konsularfunktionen

Artikel 25

Eine konsularische Amtsperson hat:

1. die Rechte und Interessen des Entsendestaates, seiner Staatsbürger und der juristischen Personen zu vertreten;
2. zur Entwicklung der ökonomischen, kulturellen und wissenschaftlichen Beziehungen zwischen dem Entsendestaat und dem Empfangsstaat beizutragen;
3. auf andere Art und Weise die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen dem Entsendestaat und dem Empfangsstaat zu fördern.

Artikel 26

(1) Eine konsularische Amtsperson darf ihre konsularischen Funktionen nur im Konsularbezirk ausüben. Die Ausübung konsularischer Funktionen außerhalb des Konsularbezirkes bedarf in jedem Einzelfall der Zustimmung des Empfangsstaates.

(2) Eine konsularische Amtsperson kann sich in Ausübung ihrer konsularischen Funktionen direkt an die zuständigen staatlichen Organe in seinem Konsularbezirk wenden.

Artikel 27

Eine konsularische Amtsperson hat das Recht, in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates Staatsbürger des Entsendestaates ohne besondere Vollmacht vor den Organen des Empfangsstaates zu vertreten oder Maßnahmen zu deren Vertretung zu treffen, wenn diese wegen Abwesenheit oder aus anderen triftigen Gründen ihre Rechte und Interessen nicht rechtzeitig wahrnehmen können. Dies trifft auch auf die Vertretung juristischer Personen des Entsendestaates zu. Die Vertretung gilt als beendet, wenn die Vertretenen ihre Bevollmächtigten bestimmen oder die Wahrnehmung ihrer Rechte und Interessen selbst übernehmen.

Artikel 28

Eine konsularische Amtsperson hat das Recht:

1. Staatsbürger des Entsendestaates zu registrieren;
2. in Staatsbürgerschaftsfragen entsprechend den Rechtsvorschriften des Entsendestaates Anträge entgegenzunehmen oder Dokumente auszuhändigen;
3. für Staatsbürger des Entsendestaates Reisedokumente auszustellen, zu verlängern, zu verändern, ungültig zu machen und einzuziehen;
4. Visa zu erteilen.

Artikel 29

(1) Eine konsularische Amtsperson hat das Recht:

1. Ehe-, Geburten- und Sterberegister von Staatsbürgern des Entsendestaates zu führen;
2. Ehen entsprechend den Rechtsvorschriften des Entsendestaates zu schließen, wenn die Eheschließenden beide Staatsbürger des Entsendestaates sind;
3. Urkunden zur Anerkennung außerhalb der Ehe geborener Kinder, unabhängig von der Staatsbürgerschaft und vom Alter der Kinder, entgegenzunehmen, vorausgesetzt, daß die Urkunde von einem Staatsbürger des Entsendestaates unterschrieben wurde;
4. Adoptionen vorzunehmen, wenn der Annehmende und das an Kindes Statt anzunehmende Kind Staatsbürger des Entsendestaates sind.

(2) Eine konsularische Amtsperson informiert die zuständigen Organe des Empfangsstaates über die Durchführung von Handlungen, die in Absatz 1 festgelegt sind, wenn es die Rechtsvorschriften des Empfangsstaates vorsehen.

Artikel 30

Eine konsularische Amtsperson hat das Recht:

1. Erklärungen von Staatsbürgern des Entsendestaates entgegenzunehmen und zu beurkunden;
2. letztwillige Verfügungen sowie andere Dokumente, die einseitige Rechtshandlungen von Staatsbürgern des Entsendestaates betreffen, entgegenzunehmen, zu beurkunden und aufzubewahren;
3. Dokumente über Rechtsgeschäfte zwischen Staatsbürgern des Entsendestaates entgegenzunehmen, zu beurkunden und aufzubewahren. Ausgenommen sind Rechtsgeschäfte über die Begründung, Übertragung oder Aufhebung von Rechten an im Empfangsstaat befindlichen Grundstücken und Gebäuden;
4. Unterschriften von Staatsbürgern des Entsendestaates auf Urkunden sowie Abschriften von Urkunden oder Auszüge aus Schriftstücken zu beglaubigen;
5. Urkunden, die von den zuständigen Organen oder Amtspersonen des Empfangsstaates ausgestellt und zur Verwendung im Entsendestaat bestimmt sind, zu legalisieren;
6. Übersetzungen von Schriftstücken, die von Organen des Entsendestaates oder des Empfangsstaates ausgestellt wurden, zu beglaubigen;
7. andere notarielle Handlungen, die ihr vom Entsendestaat übertragen werden, vorzunehmen.

Artikel 31

Die von einer konsularischen Amtsperson in Übereinstimmung mit Artikel 30 ausgefertigten Urkunden und beurkundeten oder beglaubigten Verträge, Auszüge, Kopien und andere Dokumente sowie von ihr beglaubigte Übersetzungen besitzen im Empfangsstaat die gleiche Rechtswirksamkeit und Beweiskraft, als wenn sie von den zuständigen Organen des Empfangsstaates ausgefertigt, übersetzt, beurkundet oder beglaubigt wurden.

Artikel 32

(1) Eine konsularische Amtsperson hat das Recht:

1. von Staatsbürgern des Entsendestaates Dokumente, Geld, Wertsachen und andere ihnen gehörende Gegenstände in Verwahrung zu nehmen;
2. Schriftstücke, Geld, Wertsachen und andere Gegenstände, die den Staatsbürgern des Entsendestaates während ihres Aufenthaltes im Empfangsstaat abhanden gekommen sind, von den Organen des Empfangsstaates zur Übermittlung an die Eigentümer entgegenzunehmen.

(2) Die gemäß Absatz 1 in Verwahrung genommenen Gegenstände dürfen aus dem Empfangsstaat nur ausgeführt werden, wenn dies mit den Rechtsvorschriften dieses Staates nicht im Widerspruch steht.

Artikel 33

(1) Die zuständigen Organe des Empfangsstaates informieren eine konsularische Amtsperson unverzüglich über den Tod eines Staatsbürgers des Entsendestaates sowie über die Eröffnung eines Nachlaßverfahrens im Empfangsstaat, wenn die Erben, Pflichtteilsberechtigten oder Vermächtnisnehmer Staatsbürger des Entsendestaates sind, nicht ihren Wohnsitz im Empfangsstaat haben und dort keinen Vertreter besitzen. Erhält eine konsularische Amtsperson zuerst vom Tod eines Staatsbürgers des Entsendestaates Kenntnis, so hat sie zur Sicherung des Nachlasses die zuständigen Organe des Empfangsstaates zu benachrichtigen. Im Falle des Todes eines Staatsbürgers des Entsendestaates übersenden die zuständigen Organe des Empfangsstaates dem Konsulat eine gebührenfreie Sterbeurkunde.

(2) Eine konsularische Amtsperson kann die zuständigen Organe des Empfangsstaates ersuchen, Maßnahmen zum Schutz und zur Verwaltung des Erbnachlasses, der in diesem Staat von einem Staatsbürger oder für einen Staatsbürger des Entsendestaates hinterlassen wurde, zu treffen. Die Organe des Empfangsstaates haben über bereits getroffene Maßnahmen zu informieren. Eine konsularische Amtsperson kann den Organen des Empfangsstaates unmittelbar Unterstützung bei der Verwirklichung der Maßnahmen zum Schutz und zur Verwaltung des Erbnachlasses leisten. Sie kann die Erben, wenn sie Staatsbürger des Entsendestaates sind, vertreten, sofern diese am Nachlaßverfahren nicht teilnehmen können und keinen Bevollmächtigten ernannt haben.

(3) Die Organe des Empfangsstaates übergeben einer konsularischen Amtsperson das zur Erbmasse gehörende bewegliche Vermögen oder den durch den Verkauf des beweglichen oder unbeweglichen Vermögens erzielten Betrag, sofern der Erbe, Pflichtteilsberechtigte oder Vermächtnisnehmer Staatsbürger des Entsendestaates ist und nicht seinen Wohnsitz im Empfangsstaat hat, unter der Bedingung, daß

1. die bis zu einer entsprechend den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates festgelegten Frist gemeldeten Schulden, mit denen der Nachlaß belastet ist, bezahlt sind oder deren Bezahlung sichergestellt ist;
2. die mit dem Nachlaß verbundenen Steuern bezahlt oder sichergestellt sind;
3. die zuständigen Organe des Empfangsstaates die Aushändigung des Nachlasses oder des beim Verkauf erzielten Betrages gestattet haben.

(4) Die Organe des Empfangsstaates übergeben einer konsularischen Amtsperson die von Staatsbürgern des Entsendestaates hinterlassenen Gegenstände, Geldmittel und Wertsachen, wenn die Bürger während ihres zeitweiligen Aufenthaltes im Empfangsstaat verstorben sind.

(5) Die Ausfuhr der in Absatz 3 und 4 genannten Vermögenswerte erfolgt unter Beachtung der Rechtsvorschriften des Empfangsstaates.

(6) Für den Kommandanten und die Besatzungsmitglieder eines Luftfahrzeuges des Entsendestaates sowie für den Kapitän und die Besatzungsmitglieder eines Schiffes des Entsendestaates, die im Empfangsstaat verstorben oder verschollen sind, gelten diese Bestimmungen unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft, sofern sie nicht Bürger des Empfangsstaates sind.

Artikel 34

(1) Eine konsularische Amtsperson hat das Recht, in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates die Rechte und Interessen eines Minderjährigen oder eines

nicht voll geschäftsfähigen Staatsbürgers des Entsendestaates, der seinen Wohnsitz im Empfangsstaat hat, wahrzunehmen und gegebenenfalls einen Vormund, Pfleger oder Vermögensverwalter zu bestellen. Eine konsularische Amtsperson hat die zuständigen Organe des Empfangsstaates über die Bestellung eines Vormundes, Pflegers oder Vermögensverwalters zu informieren.

(2) Die zuständigen Organe des Empfangsstaates benachrichtigen eine konsularische Amtsperson über Fälle, in denen es notwendig ist, einen Vormund oder Pfleger für einen Staatsbürger des Entsendestaates, der seinen Wohnsitz im Empfangsstaat hat, zu bestellen. Das gleiche gilt für die Bestellung eines Vermögensverwalters, wenn sich das Vermögen im Empfangsstaat befindet.

(3) Die zuständigen Organe des Empfangsstaates sind berechtigt, zum Schutz der Interessen eines Minderjährigen oder eines nicht voll geschäftsfähigen Staatsbürgers des Entsendestaates, der seinen Wohnsitz im Empfangsstaat hat, vorläufig notwendige Maßnahmen zu treffen. Wenn eine konsularische Amtsperson den zuständigen Organen des Empfangsstaates mitteilt, daß sie keinen Vormund, Pfleger oder Vermögensverwalter bestellen wird, können die zuständigen Organe des Empfangsstaates einen Vormund, Pfleger oder Vermögensverwalter bestellen. Eine konsularische Amtsperson kann den zuständigen Organen des Empfangsstaates in diesem Falle eine geeignete Person dafür vorschlagen.

Artikel 35

(1) Eine konsularische Amtsperson hat das Recht, mit jedem Staatsbürger des Entsendestaates in Verbindung zu treten, sich mit ihm zu treffen, ihm Unterstützung im Verkehr mit den Organen des Empfangsstaates zu gewähren, ihm Hilfe in von diesen Organen behandelten Angelegenheiten zu leisten und ihm die Unterstützung eines Rechtsanwaltes oder einer anderen Person zu sichern sowie einen Dolmetscher zu vermitteln.

(2) Der Empfangsstaat schränkt in keiner Weise die Beziehungen und den Zutritt eines Staatsbürgers des Entsendestaates zum Konsulat ein.

(3) Die Organe des Empfangsstaates unterstützen eine konsularische Amtsperson beim Erhalt von Informationen über Personen, die die Staatsbürgerschaft des Entsendestaates besitzen, damit sich die konsularische Amtsperson mit diesen Staatsbürgern in Verbindung setzen oder treffen kann.

(4) Die Bestimmungen in Absatz 1 bis 3 beziehen sich auch auf den Kapitän und die Besatzungsmitglieder eines Schiffes des Entsendestaates, sofern sie nicht Staatsbürger des Empfangsstaates sind.

Artikel 36

(1) Die zuständigen Organe des Empfangsstaates benachrichtigen eine konsularische Amtsperson über die vorläufige Festnahme, Verhaftung oder eine andere Beschränkung der persönlichen Freiheit eines Staatsbürgers des Entsendestaates.

(2) Eine konsularische Amtsperson hat das Recht, einen Staatsbürger des Entsendestaates, der vorläufig festgenommen oder verhaftet wurde, eine Freiheitsstrafe verbüßt oder dessen persönliche Freiheit in anderer Form eingeschränkt wurde, zu besuchen und mit ihm Verbindung zu unterhalten. Diese Rechte werden in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates verwirklicht. Sie dürfen jedoch die in diesem Vertrag festgelegten Rechte einer konsularischen Amtsperson nicht aufheben.

(3) Die zuständigen Organe des Empfangsstaates informieren unverzüglich den Staatsbürger des Entsendestaates, der vorläufig festgenommen oder verhaftet wurde, eine Freiheitsstrafe verbüßt oder dessen persönliche Freiheit in anderer Form eingeschränkt wurde, über die Bestimmungen in Absatz 1 und 2.

Artikel 37 -

(1) Eine konsularische Amtsperson hat das Recht, einem Schiff des Entsendestaates in einem Hafen, den Territorial- und Binnengewässern des Empfangsstaates Unterstützung und Hilfe zu geben.

(2) Eine konsularische Amtsperson kann sich jederzeit an Bord eines Schiffes des Entsendestaates begeben, sofern es nicht unter Quarantäne gestellt wurde. Die zuständigen Organe des Empfangsstaates sind vor dem Betreten des Schiffes des Entsendestaates durch eine konsularische Amtsperson in den Fällen zu informieren, in denen die Abfertigung des Schiffes für den freien Verkehr mit dem Land noch nicht abgeschlossen ist. Der Kapitän und die Besatzungsmitglieder haben das Recht, mit einer konsularischen Amtsperson in Verbindung zu treten und in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates das Konsulat zu besuchen.

(3) Eine konsularische Amtsperson kann sich in Ausübung ihrer Funktionen in allen Fragen hinsichtlich eines Schiffes des Entsendestaates, des Kapitäns, der Besatzungsmitglieder, der Passagiere und der Ladung an die zuständigen Organe des Empfangsstaates wenden und um Hilfe ersuchen.

Artikel 38

(1) Eine konsularische Amtsperson hat das Recht:

1. unbeschadet der Rechte der Organe des Empfangsstaates alle während der Reise des Schiffes des Entsendestaates an Bord eingetretenen Vorkommnisse zu untersuchen und den Kapitän und die Besatzungsmitglieder darüber zu befragen;
2. unbeschadet der Rechte der Organe des Empfangsstaates alle Streitfragen zwischen dem Kapitän und einem Besatzungsmitglied, einschließlich der Streitfragen über den Lohn und den Heuervertrag, zu klären sowie Maßnahmen zur Anheuerung oder zur Entlassung des Kapitäns oder eines Besatzungsmitgliedes zu treffen, sofern das in den Rechtsvorschriften des Entsendestaates vorgesehen ist;
3. Maßnahmen zur medizinischen Behandlung des Kapitäns, eines Besatzungsmitgliedes oder eines Passagiers zu treffen oder deren Rückführung in den Entsendestaat zu veranlassen;
4. jede Erklärung und jedes andere Dokument, das vom Entsendestaat im Zusammenhang mit Schiffen des Entsendestaates und ihrer Ladung vorgeschrieben ist, entgegenzunehmen, auszustellen, zu verlängern oder zu beglaubigen.

(2) Eine konsularische Amtsperson hat das Recht, in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates gemeinsam mit dem Kapitän oder einem Besatzungsmitglied vor den Gerichten und anderen Organen des Empfangsstaates aufzutreten.

Artikel 39

(1) Beabsichtigen die Gerichte oder andere zuständige Organe des Empfangsstaates, Zwangsmaßnahmen oder eine Untersuchung an Bord eines Schiffes des Entsendestaates durchzuführen, so ist die konsularische Amtsperson durch die zuständigen Organe des Empfangsstaates vorher zu verständigen, damit sie bei der Durchführung dieser Handlungen anwesend sein kann. Läßt die Dringlichkeit der durchzuführenden Maßnahmen eine vorherige Benachrichtigung nicht zu, so sind die zuständigen Organe des Empfangsstaates verpflichtet, der konsularischen Amtsperson über die Vorkommnisse und über die durchgeführten Handlungen eine schriftliche Information zu geben.

(2) Die Bestimmungen in Absatz 1 finden auch dann Anwendung, wenn der Kapitän oder Besatzungsmitglieder zu Vorkommnissen im Zusammenhang mit dem Schiff des Entsendestaates durch die zuständigen Organe an Land vernommen werden sollen.

(3) Die Bestimmungen dieses Artikels finden keine Anwendung bei üblichen Zoll-, Paß- und Hygienekontrollen.

Artikel 40

(1) Die zuständigen Organe des Empfangsstaates setzen eine konsularische Amtsperson umgehend davon in Kenntnis, wenn ein Schiff des Entsendestaates Schiffbruch erleidet, strandet oder eine andere Havarie in einem Hafen, den Territorial- und Binnengewässern des Empfangsstaates hat, und benachrichtigen sie über die Maßnahmen, die zur Rettung und Bergung von Menschen, Schiff und Ladung getroffen wurden. Eine konsularische Amtsperson kann dem Schiff des Entsendestaates, den Besatzungsmitgliedern und den Passagieren jegliche Hilfe erweisen sowie Maßnahmen zur Sicherstellung der Ladung und zur Reparatur des Schiffes treffen.

(2) Eine konsularische Amtsperson kann im Namen des Eigentümers des Schiffes des Entsendestaates Maßnahmen ergreifen, die der Eigentümer des Schiffes oder der Ladung selbst hätte veranlassen können, wenn weder der Kapitän noch der Eigentümer des Schiffes, sein Agent oder die zuständige Versicherung in der Lage sind, die notwendigen Maßnahmen zur Sicherstellung oder Verfügung über ein solches Schiff oder seine Ladung zu treffen.

(3) Die Bestimmungen in Absatz 1 und 2 gelten auch für Gegenstände, die Eigentum eines Staatsbürgers des Entsendestaates sind und sich auf einem Schiff des Empfangsstaates oder eines dritten Staates befinden, an der Küste oder in den Gewässern des Empfangsstaates als Strandgut gefunden oder einem Hafen dieses Staates zugestellt wurden.

(4) Die zuständigen Organe des Empfangsstaates erweisen einer konsularischen Amtsperson bei den von ihr zu ergreifenden Maßnahmen, die mit der Havarie eines Schiffes des Entsendestaates im Zusammenhang stehen, jede notwendige Unterstützung.

(5) Ein havariertes Schiff des Entsendestaates, seine Ladung und Vorräte sind im Empfangsstaat von Zöllen, Gebühren und Abgaben befreit, wenn sie nicht zur Verwendung in diesem Staat verbleiben.

Artikel 41

Die Artikel 37 bis 40 dieses Vertrages werden sinngemäß auf Luftfahrzeuge des Entsendestaates angewandt.

Artikel 42

Eine konsularische Amtsperson kann außer den in diesem Vertrag vorgesehenen Funktionen andere konsularische Funktionen ausüben, mit denen sie vom Entsendestaat beauftragt wurde, sofern sie nicht den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates widersprechen.

Artikel 43

Eine konsularische Amtsperson ist berechtigt, im Empfangsstaat Konsulargebühren in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Entsendestaates zu erheben.

Kapitel V

Allgemeine Bestimmungen und Schlußbestimmungen

Artikel 44

Alle Personen, die nach diesem Vertrag Erleichterungen, Privilegien und Immunitäten genießen, sind unbeschadet derselben verpflichtet, die Rechtsvorschriften des Empfangsstaates, einschließlich der Verkehrsbestimmungen und der Versicherungsvorschriften für Fahrzeuge, einzuhalten und sich nicht in die inneren Angelegenheiten des Empfangsstaates einzumischen.

Artikel 45

(1) Die Bestimmungen dieses Vertrages treffen auch für die konsularische Tätigkeit der diplomatischen Vertretung des Entsendestaates zu. Für die Mitglieder des diplomatischen Personals der diplomatischen Vertretung des Entsendestaates, die mit der Ausübung konsularischer Funktionen betraut wurden, gelten die in diesem Vertrag angeführten Rechte und Pflichten der konsularischen Amtspersonen. Diese Diplomaten sind dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten des Empfangsstaates zu notifizieren. Sehen die Rechtsvorschriften des Empfangsstaates die Übergabe eines Patents und die Ausstellung eines Exequaturs vor, so ist dieses kostenlos auszustellen.

(2) Die Wahrnehmung konsularischer Funktionen durch Diplomaten nach Absatz 1 berührt nicht ihre Erleichterungen, Privilegien und Immunitäten, die sie als Mitglieder des diplomatischen Personals der diplomatischen Vertretung genießen.

Artikel 46

Der Entsendestaat kann mit Zustimmung des Empfangsstaates konsularische Funktionen für einen dritten Staat im Empfangsstaat ausüben.

Artikel 47

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifizierung. Er tritt am 30. Tage nach Austausch der Ratifikationsurkunden, der in Berlin erfolgt, in Kraft.

(2) Dieser Vertrag wird auf unbestimmte Zeit geschlossen und behält seine Gültigkeit bis zum Ablauf von sechs Monaten nach dem Tage, an dem ihn eine der Hohen Vertragsschließenden Seiten schriftlich auf diplomatischem Wege kündigt.

Geschehen in Conakry am 11. Dezember 1975 in zwei Exemplaren, jedes in deutscher und französischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen gültig sind.

Für die
Deutsche Demokratische
Republik

Eleonora Schmid

Für die
Republik Guinea

Abdoulaye Touré

**Protokoll
zum Konsularvertrag
zwischen der Deutschen Demokratischen Republik
und der Republik Guinea**

Bei der heutigen Unterzeichnung des Konsularvertrages zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Guinea, im weiteren als Vertrag bezeichnet, haben sich die Bevollmächtigten der Hohen Vertragsschließenden Seiten über folgendes geeinigt:

1. Die Benachrichtigung der konsularischen Amtspersonen, die gemäß Artikel 36 Absatz 1 des Vertrages vorgesehen ist, erfolgt innerhalb von 5 Tagen nach der vorläufigen Festnahme, der Verhaftung oder einer anderen Beschränkung der persönlichen Freiheit eines Staatsbürgers des Entsendestaates.
2. Das in Artikel 36 Absatz 2 des Vertrages angeführte Recht einer konsularischen Amtsperson, einen Staatsbürger des Entsendestaates zu besuchen oder mit ihm in Verbindung zu treten, wird im Verlaufe von 8–10 Tagen nach der vorläufigen Festnahme, der Verhaftung oder einer anderen Beschränkung der persönlichen Freiheit dieses Staatsbürgers gewährt.
3. Das in Artikel 36 Absatz 2 des Vertrages angeführte Recht einer konsularischen Amtsperson, einen Staatsbürger des Entsendestaates, der vorläufig festgenommen oder verhaftet wurde, eine Freiheitsstrafe verbüßt oder dessen persönliche Freiheit in anderer Form beschränkt wurde, zu besuchen und Verbindung mit ihm zu unterhalten, wird periodisch gewährt.

Dieses Protokoll ist untrennbarer Bestandteil des Vertrages. Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten der Hohen Vertragsschließenden Seiten das vorliegende Protokoll unterzeichnet und gesiegelt.

Geschehen in Conakry am 11. Dezember 1975 in zwei Exemplaren, jedes in deutscher und französischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen gültig sind.

Für die
Deutsche Demokratische
Republik

Eleonora Schmid

Für die
Republik Guinea

Abdoulaye Touré

CONVENTION CONSULAIRE

entre la République Démocratique Allemande
et la République de Guinée

La République Démocratique Allemande et la République de Guinée, désireuses de régler les relations dans le domaine consulaire et de contribuer à développer davantage les relations amicales entre les deux Etats, ont décidé de conclure la présente Convention consulaire.

A cet effet, ont été désignés comme plénipotentiaires:

Pour la République Démocratique Allemande:

Madame Eleonora Schmid,

Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire de la République Démocratique Allemande en République de Guinée,

Pour la République de Guinée:

Monsieur Abdoulaye Touré,

Vice-Président du Comité d'Etat de Coopération avec l'Europe de l'Est,

Ministre du Commerce Extérieur,

lesquels, après avoir échangé leurs pleins pouvoirs, reconnus en bonne et due forme, sont convenus de ce qui suit:

CHAPITRE PREMIER

Définitions

Article premier

(1) Aux fins de la présente Convention, les expressions suivantes s'entendent comme il est précisé ci-dessous:

1. L'expression « poste consulaire » s'entend d'un consulat général, consulat, vice-consulat ou d'une agence consulaire.
2. L'expression « circonscription consulaire » s'entend du territoire sur lequel un poste consulaire est autorisé à exercer des fonctions consulaires.
3. L'expression « chef de poste consulaire » s'entend de la personne chargée d'agir en cette qualité.
4. L'expression « fonctionnaire consulaire » s'entend de toute personne, y compris le chef de poste consulaire, chargée en cette qualité de l'exercice de fonctions consulaires. L'expression « fonctionnaire consulaire » s'entend aussi

d'une personne envoyée, en cette qualité, au poste consulaire pour y faire un stage.

5. L'expression « employé consulaire » s'entend de toute personne qui, sans être fonctionnaire consulaire, exerce des fonctions administratives ou techniques au poste consulaire. L'expression « employé consulaire » s'entend aussi de toute personne chargée de tâches d'approvisionnement au poste consulaire.
6. L'expression « membre du poste consulaire » s'entend de tout fonctionnaire consulaire et de tout employé consulaire.
7. L'expression « membre de la famille » s'entend de l'épouse du membre du poste consulaire, de ses enfants, de ses père et mère ainsi que de ceux de son époux, dans la mesure où ces personnes vivent au foyer du membre du poste consulaire et sont à sa charge.
8. L'expression « locaux consulaires » s'entend des bâtiments ou des parties des bâtiments et du terrain attenant qui, quel qu'en soit le propriétaire, sont utilisés exclusivement aux fins du poste consulaire.
9. L'expression « archives consulaires » comprend la correspondance officielle, tous les documents, livres, le matériel de travail technique et le matériel du chiffre du poste consulaire ainsi que les meubles destinés à les protéger et à les conserver.
10. L'expression « navire de l'Etat d'envoi » s'entend de tout navire ayant le droit de battre le pavillon de l'Etat d'envoi.
11. L'expression « aéronef de l'Etat d'envoi » s'entend de tout aéronef ayant le droit de porter la marque de nationalité et la marque d'immatriculation de l'Etat d'envoi.

(2) Sont ressortissants de l'Etat d'envoi les personnes qui, conformément aux lois et règlements de cet Etat, ont la nationalité de celui-ci.

(3) L'Etat de résidence considère et traite comme personnes morales de l'Etat d'envoi celles qui ont été fondées en vertu des lois et règlements de l'Etat d'envoi.

CHAPITRE II

Etablissement des postes consulaires, nomination et rappel des fonctionnaires consulaires

Article 2

(1) Un poste consulaire ne peut être établi dans l'Etat de résidence qu'avec le consentement de cet Etat.

(2) Le siège du poste consulaire, sa classe et sa circonscription consulaire de même que le nombre des membres du poste consulaire sont convenus entre l'Etat d'envoi et l'Etat de résidence.

Article 3

(1) L'Etat d'envoi s'assurera par la voie diplomatique que la personne qu'il envisage de nommer chef de poste consulaire a reçu le consentement de l'Etat de résidence.

(2) L'Etat d'envoi fera parvenir la lettre de provision ou un autre document relatif à la nomination du chef de poste consulaire à l'Etat de résidence par la voie diplomatique. Ils indiqueront les nom et prénoms du chef de poste consulaire, sa classe ainsi que le siège du poste consulaire et la circonscription consulaire.

(3) Le chef de poste consulaire ne peut entrer dans ses fonctions consulaires qu'après réception de l'exequatur ou d'une autre autorisation accordée par l'Etat de résidence. L'exequatur sera délivré le plus tôt possible. En attendant la délivrance de l'exequatur, l'Etat de résidence peut permettre au chef de poste consulaire l'exercice provisoire de ses fonctions consulaires.

Article 4

(1) Si, pour quelque raison que ce soit, le chef de poste consulaire est empêché d'exercer ses fonctions ou si ce poste est temporairement vacant, l'Etat d'envoi peut confier la direction temporaire du poste consulaire à un fonctionnaire consulaire du même poste ou d'un de ses autres postes consulaires dans l'Etat de résidence ou à un membre du personnel diplomatique de sa mission diplomatique dans l'Etat de résidence. L'Etat d'envoi doit en aviser à l'avance l'Etat de résidence par la voie diplomatique.

(2) La personne chargée de la direction temporaire du poste consulaire jouit des mêmes droits, facilités, privilèges et immunités que la présente Convention accorde au chef de poste consulaire.

(3) Lorsqu'un membre du personnel diplomatique de la mission diplomatique de l'Etat d'envoi est chargé de la direction temporaire du poste consulaire, ses privilèges et immunités diplomatiques n'en sont pas affectés.

Article 5

(1) L'Etat d'envoi communique par la voie diplomatique à l'Etat de résidence les nom et prénoms ainsi que la classe des autres fonctionnaires consulaires.

(2) L'arrivée et le départ définitif d'un membre du poste consulaire ainsi que des membres de sa famille doivent être notifiés à l'avance par voie diplomatique à l'Etat de résidence.

Article 6

Un fonctionnaire consulaire doit être ressortissant de l'Etat d'envoi qui ne réside pas dans l'Etat de résidence.

Article 7

L'Etat de résidence peut à tout moment informer l'Etat d'envoi par la voie diplomatique qu'il retire au chef de poste consulaire l'exequatur ou l'autorisation — même si celle-ci est provisoire — ou qu'il juge inacceptable un membre du poste consulaire. Il n'a pas à donner les motifs de sa décision. Dans ces cas, l'Etat d'envoi doit rappeler la personne en cause. Si l'Etat d'envoi ne rappelle pas la personne en cause dans un délai raisonnable, l'Etat de résidence peut refuser de la considérer comme membre du poste consulaire.

CHAPITRE III

Facilités, privilèges et immunités

Article 8

(1) L'Etat de résidence traite un membre du poste consulaire avec le respect qui lui est dû et prend toute mesure appropriée pour lui permettre l'exercice efficace de ses fonctions.

(2) L'Etat de résidence garantit qu'un membre du poste consulaire puisse jouir des privilèges et immunités prévus par la présente Convention.

Article 9

(1) L'Etat de résidence soutient et aide l'Etat d'envoi à se procurer des locaux consulaires et des logements pour les membres du poste consulaire.

(2) En conformité avec les lois et règlements de l'Etat de résidence, l'Etat d'envoi peut acquérir, prendre à bail ou louer des locaux consulaires et des logements pour les membres du poste consulaire à condition que ces derniers soient ressortissants de l'Etat d'envoi et ne résident pas dans l'Etat de résidence.

Article 10

(1) Un écusson aux armes de l'Etat et l'inscription désignant le poste consulaire et rédigée dans les langues de l'Etat d'envoi et de l'Etat de résidence peuvent être placés sur le bâtiment occupé par le poste consulaire.

(2) Le pavillon national de l'Etat d'envoi peut être arboré sur le bâtiment occupé par le poste consulaire et sur la résidence du chef de poste consulaire.

(3) Le chef de poste consulaire peut arborer le pavillon national de l'Etat d'envoi sur les véhicules qu'il utilise dans l'exercice de ses fonctions.

Article 11

(1) L'Etat de résidence garantit la protection des locaux consulaires. Les locaux consulaires ne doivent cependant pas être utilisés à des fins qui sont incompatibles avec le caractère et les fonctions du poste consulaire.

(2) Les locaux consulaires, la résidence du chef de poste consulaire et les logements des fonctionnaires consulaires sont inviolables. Sans le consentement du chef de poste consulaire ou du chef de la mission diplomatique de l'Etat d'envoi, les autorités de l'Etat de résidence ne peuvent pénétrer ni dans les locaux consulaires, ni dans la résidence du chef de poste consulaire ni dans les logements des fonctionnaires consulaires.

Article 12

Les archives consulaires sont inviolables à tout moment et en quelque lieu qu'elles se trouvent.

Article 13

(1) Le poste consulaire a le droit de communiquer avec le gouvernement ou les missions diplomatiques et les autres postes consulaires de l'Etat d'envoi, où qu'ils se trouvent. Le poste consulaire peut employer tous les moyens de communication qui sont de coutume, y compris les courriers diplomatiques et consulaires, la valise diplomatique et consulaire et les messages en code ou en chiffre. Le poste consulaire ne peut installer et utiliser un poste émetteur de radio qu'avec l'assentiment de l'Etat de résidence. Le poste consulaire doit payer les mêmes tarifs que la mission diplomatique pour l'utilisation des moyens de communication publics.

(2) La correspondance officielle du poste consulaire et la valise consulaire sont inviolables et ne doivent être ni contrôlées ni retenues. La valise consulaire doit porter les marques extérieures visibles et ne peut contenir que la correspondance officielle ou des objets destinés à l'usage officiel.

(3) L'Etat de résidence accorde aux courriers consulaires titulaires d'un document officiel attestant sa qualité et précisant le nombre de colis constituant la valise les mêmes droits, privilèges et immunités qu'aux courriers diplomatiques. Il en est de même pour le courrier consulaire ad hoc dont les immunités expirent cependant après la remise de la valise consulaire au destinataire.

(4) La valise consulaire peut être confiée au commandant d'un aéronef ou au capitaine d'un navire. Ces derniers ne sont cependant pas considérés comme courriers consulaires.

Dans le respect des dispositions de sécurité en vigueur, le poste consulaire peut charger un membre du poste consulaire de se faire remettre la valise consulaire par un commandant d'un aéronef ou un capitaine d'un navire de l'Etat d'envoi ou de la lui remettre.

Article 14

Un membre du poste consulaire et les membres de sa famille sont personnellement inviolables et jouissent de l'immunité en ce qui concerne la juridiction criminelle de l'Etat de résidence.

Article 15

(1) Un membre du poste consulaire et les membres de sa famille jouissent de l'immunité en ce qui concerne la juridiction civile et ne sont pas soumis aux mesures coercitives de l'Etat de résidence, à l'exception des actions civiles:

1. concernant les biens immobiliers personnels situés dans l'Etat de résidence, pour autant qu'ils ne soient pas utilisés à des fins consulaires sur ordre de l'Etat d'envoi.
2. concernant les affaires successorales dans lesquelles ils agissent à titre particulier et non pas, au nom de l'Etat d'envoi, comme exécuteur testamentaire, curateur de la succession, héritier ou légataire;
3. résultant d'une activité professionnelle ou commerciale qu'ils exercent dans l'Etat de résidence en dehors de leurs fonctions officielles;
4. résultant de la conclusion de contrats passés par eux et qu'ils n'ont pas conclus directement ou indirectement en tant que mandataires de l'Etat d'envoi;
5. intentées par un tiers en cas d'un dommage résultant d'un accident causé dans l'Etat de résidence par un moyen de transport.

(2) Une personne citée au paragraphe 1 ne peut faire l'objet d'une mesure d'exécution que dans les cas prévus aux termes du paragraphe 1 et à la condition que cette mesure soit applicable sans porter préjudice à l'inviolabilité de la personne.

Article 16

(1) Les membres d'un poste consulaire peuvent être appelés à répondre comme témoins par les tribunaux ou d'autres autorités compétentes de l'Etat de résidence. Cependant, ils ne sont pas tenus de déposer sur des faits ayant trait à l'exercice de leurs fonctions officielles.

(2) Si un membre du poste consulaire refuse de témoigner devant les tribunaux ou d'autres autorités compétentes, aucune mesure coercitive ou autre sanction ne peut lui être appliquée.

(3) Les tribunaux ou autres organismes compétents de l'Etat de résidence qui requièrent le témoignage d'un membre du poste consulaire doivent prendre des mesures appropriées pour ne pas le gêner dans l'exercice de ses fonctions officielles. Pour cette raison, les témoignages, oraux ou écrits, peuvent être recueillis au poste consulaire ou dans le logement d'un membre du poste consulaire. Un membre du poste consulaire n'est pas tenu de prêter serment ni de donner une assurance.

(4) Les dispositions de cet article s'appliquent de façon analogue aux membres de la famille d'un membre du poste consulaire.

Article 17

(1) L'Etat d'envoi peut renoncer à l'égard d'un membre du poste consulaire ainsi que des membres de sa famille aux privilèges et immunités prévus aux articles 14, 15 et 16. La renonciation doit être écrite dans chaque cas particulier.

(2) Si un membre du poste consulaire qui bénéficie de l'immunité de juridiction engage une procédure, il n'est pas recevable à invoquer l'immunité de juridiction à l'égard de toute demande reconventionnelle directement liée à la demande principale.

(3) La renonciation à l'immunité pour une action n'est pas censée impliquer la renonciation à l'immunité quant à l'exécution du jugement, pour laquelle une renonciation distincte est nécessaire.

Article 18

Un membre du poste consulaire et les membres de sa famille sont exemptés de toute prestation personnelle et de tout service d'intérêt public, de quelque nature qu'ils soient.

Article 19

Un membre du poste consulaire et les membres de sa famille ne sont pas soumis aux obligations résultant des lois et règlements de l'Etat de résidence en matière d'immatriculation des étrangers et de permis de séjour, applicables aux personnes qui ne sont pas ressortissants de l'Etat de résidence.

Article 20

(1) L'Etat de résidence ne prélève pas d'impôts ou de taxes sur:

1. les locaux consulaires et les logements des membres du poste consulaire s'ils ont été acquis par l'Etat d'envoi ou pris à bail ou loués pour son compte. Cela s'applique aussi à l'acquisition des immeubles mentionnés si l'Etat d'envoi les a acquis exclusivement aux fins consulaires.
2. les biens mobiliers dont l'Etat d'envoi a la propriété, la possession ou la jouissance et qui sont utilisés aux fins du poste consulaire. Cela vaut aussi pour l'acquisition de ces biens mobiliers.

(2) Les dispositions mentionnées au paragraphe 1 ne s'appliquent pas au paiement des services.

Article 21

(1) Un membre du poste consulaire ainsi que les membres de sa famille sont exempts de tous impôts nationaux, régionaux et communaux et de toutes taxes, à l'exception:

1. des impôts et taxes indirects d'une nature telle qu'ils sont normalement incorporés dans le prix des marchandises et des services;
2. des impôts et taxes sur les biens immeubles privés situés sur le territoire de l'Etat de résidence;
3. des droits de succession et de mutation perçus sur les biens situés dans l'Etat de résidence;
4. des impôts et taxes sur les revenus privés qui ont leur source dans l'Etat de résidence et sur les biens situés dans l'Etat de résidence;
5. des impôts et taxes perçus en rémunération de services particuliers rendus;
6. des droits d'enregistrement, de greffe, d'hypothèque et de timbre.

(2) Des droits nationaux, régionaux ou communaux de succession ou de mutation ne sont pas prélevés sur les biens meubles d'un membre décédé du poste consulaire ou d'un membre décédé de sa famille, si leur présence dans l'Etat de résidence est due uniquement à la présence dans cet Etat du défunt en tant que membre du poste consulaire ou membre de sa famille.

Article 22

(1) Tous les objets, y compris les véhicules automobiles, importés et exportés pour l'usage officiel du poste consulaire sont exempts de tous droits et taxes dans l'Etat de résidence dans la même mesure que les objets importés et exportés pour l'usage officiel de la mission diplomatique de l'Etat d'envoi.

(2) Un fonctionnaire consulaire bénéficie de l'exemption de la visite douanière de ses bagages personnels, des droits de douane et autres taxes perçus sur les objets importés et exportés, et ce dans la même mesure qu'un membre du personnel diplomatique de la mission diplomatique de l'Etat d'envoi.

(3) En ce qui concerne l'importation et l'exportation des objets destinés à son établissement dans l'Etat de résidence, un employé du poste consulaire bénéficie de la même exemption des droits de douane et autres taxes qu'un membre du personnel administratif et technique de la mission diplomatique de l'Etat d'envoi.

(4) Les exemptions citées aux paragraphes 1 à 3 ne se réfèrent pas aux frais de garde, d'entrepôt et de transport des objets importés et exportés.

Article 23

Les membres du poste consulaire et les membres de leur famille jouissent de la liberté de déplacement et de circulation dans l'Etat de résidence, à l'exception des zones où l'accès ou le séjour leur sont interdits par les lois et règlements de l'Etat de résidence.

Article 24

Les membres de la famille d'un membre du poste consulaire qui sont ressortissants de l'Etat de résidence ou résident en permanence dans cet Etat ne jouissent pas des facilités, privilèges et immunités visés par cette Convention. Cela vaut aussi pour un employé du poste consulaire qui est ressortissant de l'Etat de résidence ou qui réside en permanence dans cet Etat, à l'exception du droit, prévu au paragraphe 1 de l'article 16, de refuser de témoigner sur des faits ayant trait à l'exercice de ses fonctions officielles.

CHAPITRE IV

Fonctions consulaires

Article 25

Un fonctionnaire consulaire doit:

1. protéger les droits et les intérêts de l'Etat d'envoi, de ses ressortissants et des personnes morales;
2. contribuer au développement des relations économiques, culturelles et scientifiques entre l'Etat d'envoi et l'Etat de résidence;
3. promouvoir de toute autre manière le développement des relations amicales entre l'Etat d'envoi et l'Etat de résidence.

Article 26

(1) Un fonctionnaire consulaire ne peut exercer ses fonctions consulaires que dans la circonscription consulaire. L'exercice des fonctions consulaires en dehors de la circonscription doit être autorisée par l'Etat de résidence dans chaque cas particulier.

(2) Dans l'exercice de ses fonctions consulaires, un fonctionnaire consulaire peut s'adresser directement aux autorités compétentes de l'Etat dans sa circonscription consulaire.

Article 27

Conformément aux lois et règlements de l'Etat de résidence, un fonctionnaire consulaire a le droit, sans posséder des pleins pouvoirs spéciaux, de représenter des ressortissants de l'Etat d'envoi devant les autorités de l'Etat de résidence ou de prendre des mesures pour leur représentation lorsque, en raison de leur absence ou pour toute autre cause valable, ils ne peuvent défendre en temps utile leurs droits et intérêts. Cela s'applique aussi à la représentation des personnes morales de l'Etat d'envoi. La représentation est terminée dès que les personnes représentées ont désigné leur fondé de pouvoir ou assumé elles-mêmes la défense de leurs droits et intérêts.

Article 28

Un fonctionnaire consulaire a le droit:

1. d'immatriculer les ressortissants de l'Etat d'envoi;
2. d'accepter des demandes ou de remettre des documents concernant des questions de nationalité en conformité avec les lois et règlements de l'Etat d'envoi;
3. d'établir, de prolonger, de modifier, d'annuler et de retirer des documents de voyage des ressortissants de l'Etat d'envoi;
4. de délivrer des visas.

Article 29

(1) Un fonctionnaire consulaire a le droit:

1. de tenir des registres des mariages, naissances et décès des ressortissants de l'Etat d'envoi;
2. de célébrer des mariages conformément aux lois et règlements de l'Etat d'envoi, si les époux sont ressortissants de l'Etat d'envoi;
3. d'accepter des actes reconnaissant les enfants nés en dehors du mariage, indépendamment de la nationalité et de l'âge des enfants, à condition que l'acte soit signé par un ressortissant de l'Etat d'envoi;
4. d'admettre des adoptions si l'adoptant et l'enfant à adopter sont ressortissants de l'Etat d'envoi.

(2) Le fonctionnaire consulaire informe les autorités compétentes de l'Etat de résidence de l'exécution des actions visées au paragraphe 1, si les lois et les règlements de l'Etat de résidence le prévoient.

Article 30

Un fonctionnaire consulaire a le droit de:

1. accepter et certifier des déclarations des ressortissants de l'Etat d'envoi;
2. accepter, certifier et garder des testaments ainsi que d'autres documents concernant des actes juridiques unilatéraux des ressortissants de l'Etat d'envoi;
3. accepter, certifier et garder des documents relatifs à des actes juridiques passés entre des ressortissants de l'Etat d'envoi, à l'exception des actes juridiques relatifs à l'établissement, au transfert et à l'extinction de droits sur des biens immeubles et des bâtiments situés dans l'Etat de résidence;
4. certifier conformes les signatures des ressortissants de l'Etat d'envoi sur des actes, ainsi que les copies d'actes ou les extraits de documents;
5. légaliser les actes établis par les autorités compétentes ou les fonctionnaires de l'Etat de résidence et destinés à l'usage dans l'Etat d'envoi;
6. certifier conformes les traductions de documents établis par des organismes de l'Etat d'envoi ou de l'Etat de résidence;
7. procéder à des actes notariés dont il est chargé par l'Etat d'envoi.

Article 31

Les pièces établies et les contrats, extraits, copies et autres documents authentifiés ou certifiés par un fonctionnaire consulaire conformément à l'article 30 ainsi que leurs traductions certifiées ont dans l'Etat de résidence la même valeur juridique et la même force probante que s'ils avaient été établis, traduits, authentifiés ou certifiés par les autorités compétentes de l'Etat de résidence.

Article 32

(1) Un fonctionnaire consulaire a le droit:

1. d'assumer la garde des documents, des sommes d'argent, des effets et d'autres objets appartenant à des ressortissants de l'Etat d'envoi;
2. d'accepter des documents, des sommes d'argent, des effets et d'autres objets que des ressortissants de l'Etat d'envoi ont perdus pendant leur séjour temporaire dans l'Etat de résidence et que les autorités de l'Etat de résidence lui remettent pour les faire parvenir au propriétaire.

(2) Les objets reçus en dépôt conformément au paragraphe 1 du présent article ne peuvent être exportés de l'Etat de résidence que si les lois et règlements de cet Etat ne s'y opposent pas.

Article 33

(1) Les autorités compétentes de l'Etat de résidence signalent immédiatement à un fonctionnaire consulaire le décès d'un ressortissant de l'Etat d'envoi et l'ouverture des formalités successorales dans l'Etat de résidence, lorsque les héritiers, les réservataires ou les légataires sont ressortissants de l'Etat d'envoi, ne résident pas dans l'Etat de résidence et n'y ont pas de représentant. Si un fonctionnaire consulaire est le premier à apprendre la nouvelle du décès d'un ressortissant de l'Etat d'envoi, il doit, pour sauvegarder la succession, en informer les autorités compétentes de l'Etat de résidence. En cas de décès d'un ressortissant de l'Etat d'envoi, les autorités compétentes de l'Etat de résidence font parvenir gratuitement au poste consulaire un acte de décès.

(2) Un fonctionnaire consulaire peut demander aux autorités compétentes de l'Etat de résidence de prendre des mesures pour protéger et administrer les biens successoraux laissés dans cet Etat par ou pour un ressortissant de l'Etat d'envoi. Les autorités de l'Etat de résidence doivent l'informer des mesures qui seraient déjà prises. Un fonctionnaire consulaire peut accorder son soutien direct aux autorités de l'Etat de résidence pour réaliser les mesures de protection et d'administration de la succession. Il peut représenter les héritiers qui sont ressortissants de l'Etat d'envoi, lorsqu'ils ne peuvent pas participer aux formalités successorales et qu'ils n'ont pas désigné de fondé de pouvoir.

(3) Les autorités de l'Etat de résidence remettent à un fonctionnaire consulaire les biens mobiliers faisant partie de la masse successorale ou le produit de la vente des biens mobiliers ou immobiliers, lorsque l'héritier, le réservataire ou le légataire est ressortissant de l'Etat d'envoi et ne réside pas dans l'Etat de résidence, à condition:

1. que toutes les dettes héréditaires, déclarées dans le délai prescrit par la législation de l'Etat de résidence, aient été payées ou garanties;
2. que les droits de succession aient été payés ou garantis;
3. que les organismes compétents de l'Etat de résidence aient autorisé la remise des biens successoraux ou du produit de leur vente.

(4) Les autorités de l'Etat de résidence remettent à un fonctionnaire consulaire les objets, sommes d'argent et effets laissés par un ressortissant de l'Etat d'envoi, lorsque ce ressortissant est décédé pendant un séjour temporaire dans l'Etat de résidence.

(5) L'exportation des biens cités aux paragraphes 3 et 4 du présent article est régie par les lois et règlements de l'Etat de résidence.

(6) Ces dispositions s'appliquent au commandant et aux membres de l'équipage d'un aéronef de l'Etat d'envoi ainsi, qu'au capitaine et aux membres de l'équipage d'un navire de l'Etat d'envoi lorsqu'ils sont décédés ou ont disparu dans l'Etat de résidence, quelle que soit leur nationalité et à condition qu'ils ne soient pas ressortissants de l'Etat de résidence.

Article 34

(1) Conformément aux lois et règlements de l'Etat de résidence, un fonctionnaire consulaire a le droit de sauvegarder les droits et intérêts des mineurs ou des incapables lorsqu'ils sont ressortissants de l'Etat d'envoi et résident dans l'Etat de résidence, ou de désigner, le cas échéant, un tuteur, curateur ou administrateur. Le fonctionnaire consulaire doit informer les autorités compétentes de l'Etat de résidence de la désignation d'un tuteur, curateur ou administrateur.

(2) Les autorités compétentes de l'Etat de résidence informent un fonctionnaire consulaire des cas où il est nécessaire de désigner un tuteur ou curateur pour un ressortissant de l'Etat d'envoi qui réside dans l'Etat de résidence. Cela s'applique aussi à la désignation d'un administrateur lorsque les biens sont situés dans l'Etat de résidence.

(3) Les autorités compétentes de l'Etat de résidence sont autorisées à prendre des mesures provisoires nécessaires pour protéger les intérêts d'un mineur ou d'un incapable, ressortissant de l'Etat d'envoi qui réside dans l'Etat de résidence. Lorsqu'un fonctionnaire consulaire informe les autorités de l'Etat de résidence qu'il ne désigne pas un tuteur, curateur ou administrateur, les autorités compétentes de l'Etat de résidence peuvent désigner un tuteur, curateur ou administrateur. Dans ce cas, un fonctionnaire consulaire peut proposer une personne appropriée aux autorités compétentes de l'Etat de résidence.

Article 35

(1) Un fonctionnaire consulaire a le droit de contacter et de rencontrer tout ressortissant de l'Etat d'envoi, de lui prêter assistance dans ses rapports avec les autorités de l'Etat de résidence, de lui prêter son secours dans les affaires traitées par ces autorités, et de lui procurer le soutien d'un avocat ou d'une autre personne ainsi que d'un interprète.

(2) L'Etat de résidence ne limite en aucune manière les rapports d'un ressortissant de l'Etat d'envoi avec le poste consulaire ni son accès à celui-ci.

(3) Les autorités de l'Etat de résidence aident le fonctionnaire consulaire à obtenir des renseignements sur des personnes qui ont la nationalité de l'Etat d'envoi, afin que ce fonctionnaire consulaire puisse contacter ou rencontrer ces ressortissants.

(4) Les dispositions visées aux paragraphes 1 à 3 du présent article s'appliquent aussi au capitaine et aux membres de l'équipage d'un navire de l'Etat d'envoi s'ils ne sont pas ressortissants de l'Etat de résidence.

Article 36

(1) Les autorités compétentes de l'Etat de résidence informent un fonctionnaire consulaire de l'arrestation provisoire, de la mise en état d'arrêt ou de toute autre mesure de restriction de la liberté personnelle d'un ressortissant de l'Etat d'envoi.

(2) Un fonctionnaire consulaire a le droit d'aller voir et d'entretenir des contacts avec un ressortissant de l'Etat d'envoi qui est en arrestation provisoire ou en état d'arrêt, qui expie une peine privative de liberté ou qui est soumis à une autre forme de restriction de sa liberté personnelle. Ces droits sont exercés en conformité avec les lois et règlements de l'Etat de résidence. Cependant ils ne peuvent pas annuler les droits du fonctionnaire consulaire prévus par la présente Convention.

(3) Les autorités compétentes de l'Etat de résidence informent immédiatement le ressortissant de l'Etat d'envoi qui est en arrestation ou en état d'arrêt, expie une peine privative de liberté ou est soumis à toute autre mesure de restriction de sa liberté personnelle, des dispositions visées aux paragraphes 1 et 2.

Article 37

(1) Un fonctionnaire consulaire a le droit de prêter assistance et secours aux navires de l'Etat d'envoi se trouvant dans un port, dans les eaux territoriales et intérieures de l'Etat de résidence.

(2) Un fonctionnaire consulaire peut se rendre à tout moment à bord d'un navire de l'Etat d'envoi, à condition que celui-ci ne soit pas mis en quarantaine. Les autorités compétentes de l'Etat de résidence doivent être informées de la venue d'un fonctionnaire consulaire à bord d'un navire de l'Etat d'envoi, si les formalités nécessaires à la libre circulation du navire dans l'Etat de résidence ne sont pas encore terminées. Le capitaine et les membres de l'équipage peuvent entrer en contact avec le fonctionnaire consulaire et se rendre au poste consulaire lorsque les lois et règlements de l'Etat de résidence les y autorisent.

(3) Dans l'exercice de ses fonctions, un fonctionnaire consulaire peut saisir les autorités compétentes de l'Etat de résidence de toute question concernant un navire de l'Etat d'envoi, le capitaine, les membres de l'équipage, les passagers et la cargaison et leur demander du soutien.

Article 38

(1) Un fonctionnaire consulaire a le droit:

1. sans préjudice des droits des autorités de l'Etat de résidence, de faire des enquêtes concernant les incidents survenus à bord du navire de l'Etat d'envoi au cours de la traversée et d'interroger le capitaine et les membres de l'équipage;
2. sans préjudice des droits des autorités de l'Etat de résidence, de régler toute contestation entre le capitaine et un membre de l'équipage, y compris les contestations relatives au salaire et au contrat d'engagement maritime, et de prendre des mesures pour engager ou licencier le capitaine ou un membre de l'équipage, si les lois et règlements de l'Etat d'envoi ne s'y opposent pas;
3. de prendre des mesures en vue du traitement médical du capitaine, d'un membre de l'équipage ou d'un passager ou de leur rapatriement dans l'Etat d'envoi;
4. d'accepter, d'établir, de prolonger ou de certifier les déclarations et documents que les lois et règlements de l'Etat d'envoi requièrent pour les navires de l'Etat d'envoi et leur cargaison.

(2) Conformément aux lois et règlements de l'Etat d'envoi, un fonctionnaire consulaire peut se présenter avec le capitaine ou un membre de l'équipage devant les tribunaux et autres autorités de l'Etat de résidence.

Article 39

(1) Si les tribunaux ou d'autres autorités compétentes de l'Etat de résidence ont l'intention de prendre des mesures coercitives ou de faire une enquête à bord d'un navire battant pavillon de l'Etat d'envoi, le fonctionnaire consulaire doit être avisé au préalable par les autorités compétentes de l'Etat de résidence de manière qu'il puisse assister à l'exécution de ces mesures. Si l'urgence des mesures à prendre ne permet pas d'aviser le fonctionnaire consulaire au préalable, les autorités compétentes de l'Etat de résidence sont tenues d'informer le fonctionnaire consulaire par écrit des incidents survenus et des mesures prises.

(2) Les dispositions prévues au paragraphe 1 s'appliquent aussi lorsque le capitaine ou des membres de l'équipage doivent être interrogés à terre par les autorités compétentes au sujet des incidents relatifs au navire de l'Etat d'envoi.

(3) Les dispositions visées au présent article ne s'appliquent pas aux contrôles usuels de douane, de passeport et de santé.

Article 40

(1) Les autorités compétentes de l'Etat de résidence informent immédiatement un fonctionnaire consulaire lorsqu'un navire de l'Etat d'envoi fait naufrage, échoue ou subit une autre avarie dans un port, dans les eaux territoriales et intérieures de l'Etat de résidence et lui communique les mesures prises pour sauver et protéger les vies humaines, le navire et la cargaison. Un fonctionnaire consulaire peut prêter tout secours au navire de l'Etat d'envoi, aux membres de l'équipage et aux passagers et prendre des mesures pour sauver la cargaison et pour réparer le navire.

(2) Lorsque ni le capitaine, ni le propriétaire du navire, ni son agent, ni l'assureur compétent ne peuvent prendre les mesures nécessaires pour sauver un tel navire ou sa cargaison ou pour en disposer, le fonctionnaire consulaire peut prendre, au nom du propriétaire du navire de l'Etat d'envoi, des mesures que le propriétaire du navire ou de la cargaison aurait pu prendre lui-même.

(3) Les dispositions prévues aux paragraphes 1 et 2 s'appliquent aussi aux objets qui sont la propriété d'un ressortissant de l'Etat d'envoi et se sont trouvés à bord d'un navire de l'Etat de résidence ou d'un Etat tiers, qui ont été trouvés en épave au bord de la mer ou dans les eaux de l'Etat de résidence ou ont été remis à un port de cet Etat.

(4) Les autorités compétentes de l'Etat de résidence prêtent au fonctionnaire consulaire tout soutien nécessaire dans l'intérêt des mesures qu'il doit prendre pour faire face à l'avarie d'un navire de l'Etat d'envoi.

(5) Un navire avarié de l'Etat d'envoi, sa cargaison et ses réserves sont exempts des droits de douane, des taxes et des impôts dans l'Etat de résidence, à condition qu'ils ne restent pas dans cet Etat pour y être utilisés.

Article 41

Les articles 37 à 40 de la présente Convention s'appliquent mutatis mutandis aux aéronefs.

Article 42

Un fonctionnaire consulaire peut exercer aussi des fonctions consulaires autres que celles prévues par la présente Convention, fonctions dont il serait chargé par l'Etat d'envoi, à condition qu'elles ne s'opposent pas aux lois et règlements de l'Etat de résidence.

Article 43

Un fonctionnaire consulaire a le droit de percevoir dans l'Etat de résidence les droits prévus pour les actes consulaires, conformément aux lois et règlements de l'Etat d'envoi.

CHAPITRE V

Dispositions générales et finales

Article 44

Les personnes bénéficiant des facilités, privilèges et immunités prévus par la présente Convention sont, sans préjudice de ces derniers, tenues de respecter les lois et règlements de l'Etat de résidence, y compris les règlements en matière de circulation et d'assurance de véhicules, et de s'abstenir de s'immiscer dans les affaires intérieures de l'Etat de résidence.

Article 45

(1) Les dispositions de la présente Convention s'appliquent également à l'exercice des fonctions consulaires de la mission diplomatique de l'Etat d'envoi. Les droits et obligations des fonctionnaires consulaires prévus par la présente Convention s'appliquent aux membres du personnel diplomatique de la mission diplomatique de l'Etat d'envoi qui sont chargés de l'exercice des fonctions consulaires. Les noms de ces diplomates doivent être notifiés au ministère des Affaires étrangères de l'Etat de résidence. Lorsque les lois et règlements de l'Etat de résidence prévoient la présentation d'une lettre de provision et la délivrance d'un exequatur, ce dernier doit être délivré gratuitement.

(2) L'exercice des fonctions consulaires par des diplomates conformément au paragraphe 1 du présent article n'affecte pas les facilités, privilèges et immunités dont ils jouissent en leur qualité de membres du personnel diplomatique de la mission diplomatique.

Article 46

Avec le consentement de l'Etat de résidence, l'Etat d'envoi peut exercer des fonctions consulaires pour un Etat tiers dans l'Etat de résidence.

Article 47

(1) La présente Convention est sujette à ratification. Elle entrera en vigueur trente jours après l'échange des instruments de ratification, qui aura lieu à Berlin.

(2) La présente Convention est conclue pour une durée indéterminée et restera valable jusqu'à l'expiration des six mois suivant le jour où l'une des Hautes Parties contractantes aura notifié sa dénonciation par la voie diplomatique.

Fait à Conakry le 11 décembre 1975 en deux exemplaires, chacun en langues allemande et française, les deux versions faisant également foi.

Pour la République
Démocratique Allemande
Eleonora Schmid

Pour la République
de Guinée
Abdoulaye Touré

PROTOCOLE

relatif à la Convention consulaire entre la République Démocratique Allemande et la République de Guinée

En signant ce jour la Convention consulaire entre la République Démocratique Allemande et la République de Guinée, ci-après dénommée « la Convention », les plénipotentiaires des Hautes Parties contractantes sont convenus de ce qui suit:

1. L'information du fonctionnaire consulaire qui doit se faire aux termes du paragraphe 1 de l'article 36 de la Convention a lieu dans les cinq jours suivant l'arrestation provisoire, la mise en état d'arrêt ou toute autre mesure de restriction de la liberté personnelle d'un ressortissant de l'Etat d'envoi.
2. Le droit d'un fonctionnaire consulaire visé au paragraphe 2 de l'article 36 de la Convention d'aller voir et d'entretenir des contacts avec un ressortissant de l'Etat d'envoi est accordé dans les 8 à 10 jours suivant l'arrestation provisoire, la mise en état d'arrêt ou toute autre mesure de restriction de la liberté personnelle de ce ressortissant.
3. Le droit d'un fonctionnaire consulaire visé au paragraphe 2 de l'article 36 de la Convention d'aller voir et d'entretenir des contacts avec un ressortissant de l'Etat d'envoi qui est en arrestation provisoire ou en état d'arrêt, expie une peine privative de liberté ou est soumis à toute autre mesure de restriction de sa liberté personnelle, est accordé périodiquement.

Le présent Protocole fait partie intégrante de la Convention. Un foi de quoi les plénipotentiaires des Hautes Parties contractantes ont signé le présent Protocole et y ont apposé leurs sceaux.

Fait à Conakry le 11 décembre 1975 en deux exemplaires, chacun en langues allemande et française, les deux versions faisant également foi.

Pour la République
Démocratique Allemande
Eleonora Schmid

Pour la République
de Guinée
Abdoulaye Touré

Gesetz
über das Protokoll vom 10. Dezember 1975
zu dem am 11. September 1956 in Prag
zwischen der Deutschen Demokratischen Republik
und der Tschechoslowakischen Republik
unterzeichneten Vertrag über den Rechtsverkehr
in Zivil-, Familien- und Strafsachen
vom 24. Juni 1976

§ 1

Die Volkskammer bestätigt das am 10. Dezember 1975 in Berlin unterzeichnete, nachstehend veröffentlichte Protokoll zu dem am 11. September 1956 in Prag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakischen Republik unterzeichneten Vertrag über den Rechtsverkehr in Zivil-, Familien- und Strafsachen.

§ 2

Der Tag, an dem das Protokoll gemäß seiner Ziffer II wirksam wird, ist im Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik bekanntzugeben.

§ 3

Dieses Gesetz tritt am 1. Juli 1976 in Kraft.

Das vorstehende, von der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik am vierundzwanzigsten Juni neunzehnhundertsechundsiebzig beschlossene Gesetz wird hiermit verkündet.

Berlin, den vierundzwanzigsten Juni neunzehnhundertsechundsiebzig

Der Vorsitzende des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik

W. Stoph

Protokoll
zur Änderung und Ergänzung
des am 11. September 1956 in Prag
zwischen der Deutschen Demokratischen Republik
und der Tschechoslowakischen Republik
unterzeichneten Vertrages über den Rechtsverkehr
in Zivil-, Familien- und Strafsachen

Der Staatsrat der Deutschen Demokratischen Republik und der Präsident der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik haben sich, von dem Wunsche geleitet, die vertraglichen Beziehungen zwischen beiden Staaten auf dem Gebiete des Rechtsverkehrs zu vertiefen und zu vervollkommen, entschlossen, den am 11. September 1956 in Prag unterzeichneten Vertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakischen Republik über den Rechtsverkehr in Zivil-, Familien- und Strafsachen zu ändern und zu ergänzen.

Zu diesem Zweck haben sie zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Der Staatsrat der Deutschen Demokratischen Republik
Hans-Joachim Heusinger

Stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik und Minister der Justiz

Der Präsident der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik

Dr. Jan Némec

Minister der Justiz der Tschechischen Sozialistischen Republik

die nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten folgendes vereinbart haben:

I.

Der am 11. September 1956 in Prag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakischen Republik unterzeichnete Vertrag über den Rechtsverkehr in Zivil-, Familien- und Strafsachen (des weiteren nur als Vertrag bezeichnet) wird wie folgt geändert beziehungsweise ergänzt:

1. Nach Artikel 4 des Vertrages wird Artikel 4 A eingefügt, der lautet:

Artikel 4 A

(1) Die Rechtshilfe umfaßt auch die Feststellung des Aufenthaltes von Personen auf dem Territorium des einen Vertragspartners gegen die von Personen, die auf dem Territorium des anderen Vertragspartners ihren Wohnsitz haben, zivil- oder familienrechtliche Ansprüche geltend gemacht werden oder geltend gemacht werden sollen. Die ersuchenden Organe sind verpflichtet, zu diesem Zweck Unterlagen zur Verfügung zu stellen, aus denen sich Anhaltspunkte für die Ermittlung des Aufenthaltes ergeben.

(2) Ferner umfaßt die Rechtshilfe die Ermittlung des Betriebes, in dem Unterhaltsschuldner beschäftigt sind, die von Unterhaltsgläubigern, welche auf dem Territorium des anderen Vertragspartners ihren Wohnsitz beziehungsweise ihren Aufenthalt haben, in Anspruch genommen

werden oder in Anspruch genommen werden sollen. Diese Verpflichtung umfaßt auch die Feststellung der Höhe des monatlichen Einkommens, das der Schuldner in den letzten 12 Monaten erzielt hat.

2. Artikel 16 des Vertrages erhält folgende Fassung:

Artikel 16

Sprache

(1) Die Organe der Vertragspartner bedienen sich im gegenseitigen Rechtshilfeverkehr ihrer eigenen oder der russischen Sprache.

(2) Übersetzungen der Schriftstücke in die Sprache des ersuchten Vertragspartners sind zur Erleichterung des Rechtshilfeverkehrs nach Möglichkeit auch in den Fällen beizufügen, in denen es in diesem Vertrag nicht zwingend vorgeschrieben ist.

3. Nach Artikel 16 des Vertrages wird Artikel 16 A eingefügt, der lautet:

Artikel 16 A

Vereinbarungen zur Durchführung des Vertrages

Die zuständigen Ministerien und die Generalstaatsanwälte der Vertragspartner können auf der Grundlage und zur Durchführung dieses Vertrages Vereinbarungen treffen.

4. Artikel 22 des Vertrages erhält folgende Fassung:

Artikel 22

(1) Den Staatsbürgern des einen Vertragspartners wird auf dem Territorium des anderen Vertragspartners Befreiung von Gebühren und Vorschüssen für ein Verfahren unter denselben Voraussetzungen und in demselben Umfang wie eigenen Staatsbürgern gewährt.

(2) Eine Befreiung von Gebühren und Vorschüssen nach Absatz 1 gilt für alle Prozeßhandlungen, die in diesem Verfahren auch vor den Gerichten des anderen Vertragspartners durchgeführt werden, einschließlich der Zwangsvollstreckung.

5. Artikel 27 des Vertrages erhält folgende Fassung:

Artikel 27

Eheschließung

(1) Die Voraussetzungen für die Eingehung der Ehe bestimmen sich für jeden der künftigen Ehegatten nach den Gesetzen des Vertragspartners, dessen Staatsbürger er ist.

(2) Die Form der Eheschließung bestimmt sich nach den Gesetzen des Vertragspartners, auf dessen Territorium die Ehe geschlossen wird.

(3) Die Form der Eheschließung, die vor einem dazu ermächtigten Mitglied der diplomatischen oder konsularischen Vertretung vorgenommen wird, bestimmt sich nach den Gesetzen des Entsendestaates des diplomatischen oder konsularischen Vertreters.

6. Nach Artikel 27 des Vertrages werden die Artikel 27 A, 27 B, 27 C, 27 D und 27 E eingefügt, die lauten:

Persönliche und vermögensrechtliche Beziehungen der Ehegatten

Artikel 27 A

(1) Die persönlichen und vermögensrechtlichen Beziehungen der Ehegatten bestimmen sich, sofern sie eine gemeinsame Staatsbürgerschaft besitzen, nach den Gesetzen des Vertragspartners, dessen Staatsbürger sie sind.

(2) Ist einer der Ehegatten Staatsbürger des einen Vertragspartners und der andere Ehegatte Staatsbürger des anderen Vertragspartners, so bestimmen sich ihre persönlichen und vermögensrechtlichen Beziehungen nach den Gesetzen des Vertragspartners, auf dessen Territorium sie ihren letzten gemeinsamen Wohnsitz haben beziehungsweise gehabt haben. Haben sie einen gemeinsamen Wohnsitz nicht gehabt, so wendet das angerufene Gericht sein Recht an.

Artikel 27 B

(1) Für die Entscheidung über die persönlichen und vermögensrechtlichen Beziehungen der Ehegatten ist das Gericht des Vertragspartners zuständig, dessen Staatsbürger die Ehegatten sind. Haben die Ehegatten zum Zeitpunkt der Erhebung der Klage ihren Wohnsitz auf dem Territorium des anderen Vertragspartners, so ist auch das Gericht dieses Vertragspartners zuständig.

(2) Ist einer der Ehegatten Staatsbürger des einen und der andere Staatsbürger des anderen Vertragspartners, so ist für die Entscheidung über die persönlichen und vermögensrechtlichen Beziehungen der Ehegatten das Gericht des Vertragspartners zuständig, auf dessen Territorium sie ihren letzten gemeinsamen Wohnsitz haben beziehungsweise gehabt haben.

(3) Haben die Ehegatten keinen gemeinsamen Wohnsitz, sind die Gerichte beider Vertragspartner zuständig.

(4) Ist bei einem Gericht des einen Vertragspartners ein Verfahren anhängig, so kann der gleiche Anspruch zwischen denselben Parteien bei dem Gericht des anderen Vertragspartners nicht geltend gemacht werden. Das später angerufene Gericht hat sich von Amts wegen für unzuständig zu erklären.

Ehescheidung

Artikel 27 C

(1) Für die Scheidung einer Ehe gelten die Gesetze des Vertragspartners, dessen Staatsbürger beide Ehegatten zur Zeit der Erhebung der Klage sind.

(2) Ist einer der Ehegatten Staatsbürger des einen und der andere Staatsbürger des anderen Vertragspartners, so wendet das Gericht, bei dem das Ehescheidungsverfahren durchgeführt wird, seine Gesetze an.

Artikel 27 D

(1) Für die Ehescheidung im Falle des Artikels 27 C Absatz 1 dieses Vertrages ist das Gericht des Vertragspartners zuständig, dessen Staatsbürger die Ehegatten zum Zeitpunkt der Erhebung der Klage sind. Haben beide Ehegatten zur Zeit der Erhebung der Klage ihren Wohnsitz auf dem Territorium des anderen Vertragspartners, so ist auch dessen Gericht zuständig.

(2) Für die Ehescheidung gemäß Artikel 27 C Absatz 2 dieses Vertrages ist das Gericht des Vertragspartners zuständig, auf dessen Territorium beide Ehegatten ihren Wohnsitz haben.

(3) Hat einer der Ehegatten seinen Wohnsitz auf dem Territorium des einen und der andere auf dem Territorium des anderen Vertragspartners, so sind für die Ehescheidung die Gerichte beider Vertragspartner zuständig.

(4) Ist bei einem Gericht des einen Vertragspartners ein Verfahren anhängig, so kann der gleiche Anspruch zwischen denselben Parteien bei dem Gericht des anderen Vertragspartners nicht geltend gemacht werden. Das später angerufene Gericht hat sich von Amts wegen für unzuständig zu erklären.

Artikel 27 E

Für die Feststellung der Nichtigkeit einer Ehe oder ob eine Ehe besteht beziehungsweise nicht besteht sowie für die Zuständigkeit in diesen Fällen gelten die Bestimmungen der Artikel 27 und 27 D dieses Vertrages entsprechend.

7. Die Artikel 28, 29 und 30 des Vertrages erhalten folgende Fassung:

Rechtsverhältnisse zwischen Eltern und Kindern

Artikel 28

- (1) Die Feststellung und Anfechtung der Vaterschaft richtet sich nach den Gesetzen des Vertragspartners, dessen Staatsbürgerschaft das Kind mit der Geburt erworben hat.
- (2) Für die Form der Anerkennung der Vaterschaft genügt die Einhaltung der Gesetze des Vertragspartners, auf dessen Territorium die Anerkennung erfolgt ist.

Artikel 29

Die Rechtsverhältnisse zwischen Eltern und Kindern bestimmen sich nach den Gesetzen des Vertragspartners, dessen Staatsbürger das Kind ist.

Artikel 30

(1) Für die Entscheidung über die in Artikel 28 und 29 dieses Vertrages genannten Verhältnisse ist sowohl das Gericht des Vertragspartners zuständig, dessen Staatsbürger das Kind ist, als auch das Gericht des Vertragspartners, auf dessen Territorium das Kind seinen Wohnsitz oder Aufenthalt hat.

(2) Ist bei einem Gericht des einen Vertragspartners ein Verfahren anhängig, so kann der gleiche Anspruch zwischen denselben Parteien bei dem Gericht des anderen Vertragspartners nicht geltend gemacht werden. Das später angerufene Gericht hat sich von Amts wegen für unzuständig zu erklären.

8. Artikel 49 des Vertrages wird zu Artikel 49 A und schließt sich an Artikel 49 an. Artikel 49 des Vertrages erhält folgende Fassung:

Artikel 49

Die von Organen des einen Vertragspartners ergangenen rechtskräftigen Entscheidungen über nichtvermögensrechtliche Angelegenheiten in Zivil- und Familiensachen werden auf dem Territorium des anderen Vertragspartners ohne weiteres Verfahren anerkannt, wenn das Organ, das die Entscheidung getroffen hat, nach den Bestimmungen dieses Vertrages zuständig war und kein Organ des anderen Vertragspartners schon früher eine rechtskräftige Entscheidung in dieser Sache zwischen den gleichen Parteien getroffen hat.

9. Artikel 52 Absatz 2 des Vertrages erhält folgende Fassung:

(2) Der Antrag ist entweder bei dem Justizorgan zu stellen, das die Sache in erster Instanz entschieden hat, oder bei dem für die sachliche Erledigung zuständigen Justizorgan. Ein bei dem Gericht erster Instanz gestellter Antrag ist an das zur sachlichen Erledigung zuständige Gericht weiterzuleiten.

Ein Antrag auf Bewilligung der Zwangsvollstreckung wird gleichzeitig als Antrag auf die Durchführung der Zwangsvollstreckung betrachtet. Die Partner gewährleisten, daß die Vollstreckung der Entscheidung von Amts wegen durchgeführt wird.

10. Artikel 60 des Vertrages erhält folgende Fassung:

Artikel 60

Ersuchen um Übernahme der Strafverfolgung

(1) Die Vertragspartner verpflichten sich, auf Ersuchen des anderen Vertragspartners die Strafverfolgung nach den eigenen Gesetzen gegen ihre Staatsbürger durchzuführen, die verdächtig sind, auf dem Territorium des ersuchenden Vertragspartners eine Straftat (trestný čin und přečin) begangen zu haben.

(2) Die Vertragspartner können um die Übernahme der Verfolgung von Rechtsverletzungen ersuchen, die nach dem Recht des ersuchenden Vertragspartners als Straftat (trestný čin und přečin) und nach dem Recht des ersuchten Vertragspartners nur als Verfehlung oder Ordnungswidrigkeit zu würdigen sind.

Der ersuchte Vertragspartner erledigt das Ersuchen nach den eigenen Rechtsvorschriften.

(3) Ergeben sich in übernommenen Verfahren zivilrechtliche Ansprüche seitens der durch die Rechtsverletzung Geschädigten und liegen entsprechende Anträge auf Schadensersatz vor, so werden diese in das Verfahren einbezogen.

11. Nach Artikel 60 des Vertrages wird Artikel 60 A eingefügt, der lautet:

Artikel 60 A

Verfahren bei Ersuchen um Übernahme der Strafverfolgung

(1) Dem Ersuchen um Übernahme der Strafverfolgung werden beigefügt:

- Angaben zur Person, einschließlich der Staatsbürgerschaft,
- eine Darstellung des Sachverhalts,

- Beweismittel,
- soweit erforderlich, die Akten in Urschrift oder in beglaubigter Abschrift, ansonsten das Ermittlungsergebnis,
- eine Abschrift der Bestimmungen, die nach dem am Tatort geltenden Recht auf die Tat anwendbar sind,
- Anträge wegen Schadensersatzansprüchen,
- Anträge auf Strafverfolgung, soweit diese nach dem Recht des ersuchten Vertragspartners erforderlich sind.

(2) Ein Übernahmeersuchen ist zu unterschreiben und mit dem Siegel des betreffenden Organs zu versehen.

(3) Befindet sich der Beschuldigte zur Zeit des Ersuchens um Übernahme der Strafverfolgung in Untersuchungshaft oder wurde er vorläufig festgenommen, wird seine Rückführung auf das Territorium des ersuchten Vertragspartners veranlaßt.

(4) Der ersuchte Vertragspartner ist verpflichtet, den ersuchenden Vertragspartner über die endgültige Entscheidung zu benachrichtigen. Auf Anforderung des ersuchenden Vertragspartners ist eine Ausfertigung der endgültigen Entscheidung zu übersenden.

12. Artikel 61 des Vertrages erhält folgende Fassung:

Artikel 61

Art des Verkehrs

(1) In Auslieferungssachen und bei der Übernahme der Strafverfolgung verkehren die Minister der Justiz und Generalstaatsanwälte der Vertragspartner miteinander im Rahmen ihrer Zuständigkeit.

(2) Die in Absatz 1 Genannten können vereinbaren, daß bei der Übernahme der Strafverfolgung die Gerichte oder Staatsanwälte der Vertragspartner miteinander verkehren.

II.

Dieses Protokoll wird ratifiziert und tritt am Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden in Kraft. Der Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgt in Prag.

Dieses Protokoll ist Bestandteil des am 11. September 1956 in Prag unterzeichneten Vertrages zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakischen Republik über den Rechtsverkehr in Zivil-, Familien- und Strafsachen und hat dieselbe Gültigkeitsdauer wie der Vertrag selbst.

Ausgefertigt in Berlin am 10. Dezember 1975 in zwei Exemplaren, jedes in deutscher und tschechischer Sprache, wobei beide Texte die gleiche Gültigkeit besitzen.

Zum Beweis dessen haben die Bevollmächtigten dieses Protokoll unterzeichnet und mit ihrem Siegel versehen.

Für die
Deutsche Demokratische
Republik
Heusinger

Für die
Tschechoslowakische
Sozialistische Republik
Dr. Jan Němec

Protokol
kterým se mění a doplňuje Smlouva mezi
Německou demokratickou republikou
a Československou republikou
o právních stycích v občanských,
rodinných a trestních věcech,
podepsaná v Praze dne 11. září 1956

Státní rada Německé demokratické republiky a President Československé socialistické republiky, přejíce si prohloubit a zdokonalit smluvní vztahy mezi oběma státy v oblasti právních styků, rozhodli se změnit a doplnit Smlouvu mezi Německou demokratickou republikou a Československou republikou o právních stycích v občanských, rodinných a trestních věcech, podepsanou v Praze dne 11. září 1956.

K tomu účelu jmenovali svými zmocněnci:

Státní rada Německé demokratické republiky

Hanse-Joachima Heusinger,

náměstkyně předsedy Rady ministrů
 Německé demokratické republiky
 a ministra spravedlnosti

President Československé socialistické republiky

Dr. Jana Němce,

ministra spravedlnosti
 České socialistické republiky

kteří po výměně svých plných mocí, shledaných v dobré a náležité formě se shodli na následujícím.

I.

Smlouva mezi Německou demokratickou republikou a Československou republikou o právních stycích v občanských, rodinných a trestních věcech, podepsaná v Praze dne 11. září 1956 (dále jen „Smlouva“) se mění, případně doplňuje takto:

1. Po článku 4 Smlouvy se vkládá článek 4 A tohoto znění:

Článek 4 A

(1) Právní pomoc zahrnuje také zjišťování pobytu osob na území smluvní strany, proti nimž jsou nebo budou osobami, jež mají bydliště na území druhé smluvní strany, uplatňovány občanskoprávní či rodinněprávní nároky. Dožadující se orgány jsou povinny poskytnout za tím účelem podklady, z nichž vyplývají údaje pro zjištění pobytu.

(2) Právní pomoc obsahuje dále zjišťování organizace, v níž jsou zaměstnány osoby povinné platit výživné, je-li nebo má-li být výživné uplatňováno osobami, oprávněnými výživné požadovat, které mají své bydliště nebo pobyt na území druhé smluvní strany. Tato povinnost zahrnuje také zjištění výše měsíčního příjmu, jehož důchod dosahoval během posledních 12 měsíců.

2. Článek 16 Smlouvy zní takto:

Článek 16

Jazyk

(1) Orgány smluvních stran užívají ve vzájemném právním styku vlastního jazyka nebo jazyka ruského.

(2) K usnadnění právního styku se podle možnosti připojují překlady písemností v jazyce dožádané smluvní

strany i v těch případech, v nichž je Smlouva povinně nepředepisuje.

3. Po článku 16 Smlouvy se vkládá článek 16 A tohoto znění:

Článek 16 A

Dohody k provedení Smlouvy

Příslušná ministerstva a generální prokurátoři smluvních stran mohou na základě a k provedení Smlouvy sjednávat dohody.

4. Článek 22 Smlouvy zní takto:

Článek 22

(1) Státním občanům jedné smluvní strany bude na území druhé smluvní strany poskytnuto osvobození od poplatků a záloh pro řízení za stejných podmínek a ve stejném rozsahu jako vlastním státním občanům.

(2) Osvobození od poplatků a záloh podle odstavce 1 platí pro všechny procesní úkony, které se v tomto řízení vyskytnou i před soudy druhé smluvní strany, včetně výkonu rozhodnutí.

5. Článek 27 Smlouvy zní takto:

Článek 27

Uzavření manželství

(1) Podmínky uzavření manželství se určují pro každého z budoucích manželů podle zákonů smluvní strany, jejímž je státním občanem.

(2) Forma uzavření manželství se řídí podle zákonů smluvní strany, na jejímž území se manželství uzavírá.

(3) Forma uzavření manželství, jež se uzavírá před členem diplomatického nebo konzulárního zastoupení, který je k tomu zmocněn, se řídí podle zákonů státu vysílajícího diplomatického nebo konzulárního zástupce.

6. Po článku 27 Smlouvy se vkládají články 27 A, 27 B, 27 C, 27 D a 27 E tohoto znění:

Osobní a majetkové vztahy manželů

Článek 27 A

(1) Osobní a majetkové vztahy manželů, stejného státního občanství, se řídí podle zákonů smluvní strany, jejímiž jsou státními občany.

(2) Je-li jeden z manželů státním občanem jedné smluvní strany a druhý státním občanem druhé smluvní strany, řídí se jejich osobní a majetkové vztahy zákony smluvní strany, na jejímž území mají či měli poslední společné bydliště. Neměli-li takové společné bydliště, užije soud vlastního práva.

Článek 27 B

(1) Pro rozhodování o osobních a majetkových vztazích manželů má pravomoc soud smluvní strany, jejímiž jsou

manželé státními občany. Mají-li manželé v době podání návrhu své bydliště na území druhé smluvní strany, má pravomoc také soud této smluvní strany.

(2) Je-li jeden z manželů státním občanem jedné smluvní strany a druhý státním občanem druhé smluvní strany, má pro rozhodování o osobních a majetkových vztazích manželů pravomoc soud smluvní strany, na jejímž území mají nebo měli manželé poslední společné bydliště.

(3) Nemají-li manželé společné bydliště, mají pravomoc soudy obou smluvních stran.

(4) Bylo-li řízení zahájeno u soudu jedné smluvní strany, nemůže být též nárok mezi týmiž účastníky uplatňován u soudu druhé smluvní strany. Soud, u něhož byl nárok uplatněn později, vysloví z úřední moci svou nepřislušnost.

Rozvod

Článek 27 C

(1) Pro rozvod manželství platí zákony smluvní strany, jejímiž státními občany jsou oba manželé v době podání návrhu.

(2) Je-li jeden z manželů státním občanem jedné smluvní strany a druhý státním občanem druhé smluvní strany, užije soud, u něhož se řízení o rozvod koná, vlastních zákonů.

Článek 27 D

(1) Pro rozvod podle článku 27 C, odstavec 1 Smlouvy má pravomoc soud smluvní strany, jejímiž státními občany jsou manželé v době podání návrhu. Mají-li oba manželé v době podání návrhu své bydliště na území druhé smluvní strany, má pravomoc i tento soud.

(2) Pro rozvod podle článku 27 C, odstavec 2 Smlouvy má pravomoc soud smluvní strany, na jejímž území mají oba manželé své bydliště.

(3) Má-li jeden z manželů své bydliště na území jedné smluvní strany a druhý na území druhé smluvní strany, mají pro řízení o rozvod manželství pravomoc soudy obou smluvních stran.

(4) Bylo-li řízení zahájeno u soudu jedné smluvní strany, nemůže být též nárok mezi týmiž účastníky uplatňován u soudu druhé smluvní strany. Soud, u něhož byl nárok uplatněn později, vysloví z úřední moci svou nepřislušnost.

Článek 27 E

Pro zjištění neplatnosti manželství nebo pro určení, zda tu manželství je či není, stejně jako pro pravomoc v těchto případech, platí přiměřeně ustanovení článků 27 a 27 D Smlouvy.

7. Články 28, 29 a 30 Smlouvy zní takto:

Právní vztahy mezi rodiči a dětmi

Článek 28

(1) Určení a popření otcovství se řídí podle zákonů smluvní strany, jejíž státní občanství získalo dítě narozením.

(2) Pro formu uznání otcovství stačí dodržet zákony smluvní strany, na jejímž území bylo prohlášení o uznání učiněno.

Článek 29

Právní vztahy mezi rodiči a dětmi se řídí zákony smluvní strany, jejímiž státním občanem je dítě.

Článek 30

(1) Pro rozhodování o právních vztazích, uvedených v článcích 28 a 29 Smlouvy má pravomoc jak soud smluvní strany, jejímiž je dítě státním občanem, tak i soud smluvní strany, na jejímž území má dítě své bydliště nebo pobyt.

(2) Bylo-li řízení zahájeno u soudu jedné smluvní strany, nemůže být též nárok mezi týmiž účastníky uplatňován u soudu druhé smluvní strany. Soud, u něhož byl nárok uplatněn později, vysloví z úřední moci svou nepřislušnost.

8. Článek 49 Smlouvy se mění na čl. 49 A, před nějž se vkládá nový článek 49, který zní takto:

Článek 49

Pravomocná rozhodnutí orgánů jedné smluvní strany o nemajetkových věcech občanských a rodinných budou na území druhé smluvní strany bez dalšího řízení uznávána, měl-li orgán, který rozhodnutí vydal pravomoc podle ustanovení této Smlouvy a žádný orgán druhé smluvní strany nevydal již dříve pravomoce rozhodnutí v této věci mezi týmiž účastníky řízení.

9. Článek 52 odstavec 2 Smlouvy zní takto:

(2) Návrh je třeba podat buď u justičního úřadu, který o věci rozhodl v první stolici, nebo u justičního úřadu, který je příslušný návrh vyřídit ve věci samé. Návrh podaný u soudu první stolice bude postoupen justičnímu úřadu, příslušnému k rozhodnutí ve věci samé. Návrh na povolení výkonu rozhodnutí se pokládá zároveň za návrh provedení výkonu rozhodnutí. Smluvní strany zaručují, že výkon rozhodnutí bude proveden z úřední moci.

10. Článek 60 Smlouvy zní takto:

Článek 60

Zádst o převzetí trestního stíhání

(1) Smluvní strany se zavazují na žádost druhé smluvní strany provádět podle vlastních zákonů trestní stíhání svých státních občanů, kteří jsou podezřelí, že na území dožadující smluvní strany spáchali trestný čin nebo přečin (Straftat).

(2) Smluvní strany mohou žádat o převzetí stíhání takových porušení práva, jež se podle právního řádu dožadující smluvní strany považují za trestný čin nebo přečin (Straftat) a podle právního řádu dožádané smluvní strany jen za přestupek nebo porušení pořádkových předpisů.

Dožádaná smluvní strana vyřídí dožadání podle vlastních právních předpisů.

(3) Občanskoprávní nároky osob, poškozených porušením práva, uplatnění v převzatém řízení se stanou — byl-li podán návrh na náhradu škody — součástí řízení.

11. Za článek 60 Smlouvy se vkládá článek 60 A tohoto znění:

Článek 60 A

Rízení při žádostech o převzetí trestního stíhání

(1) K žádosti o převzetí trestního stíhání třeba připojit:

- údaje, týkající se osoby, včetně jejího státního občanství
- popis skutkového stavu
- důkazní prostředky
- prvopis spisů nebo jejich ověřený opis, pokud je to zapotřebí, jinak výsledek vyšetřování
- opis znění ustanovení, jichž má být užito na čin podle práva platného v místě činu
- návrh na náhradu škody
- návrh na trestní stíhání, pokud je to podle práva dožádané smluvní strany zapotřebí.

(2) Žádost o převzetí trestního stíhání musí být podepsána a opatřena razítkem příslušného orgánu.

(3) Jestliže se obviněný v době žádosti o převzetí trestního stíhání nachází ve vyšetřovací vazbě nebo byl předběžně zadržen, třeba zajistit jeho převoz na území druhé smluvní strany.

(4) Dožádaná smluvní strana je povinna dožadující smluvní straně podat zprávu o konečném rozhodnutí. Na požádání dožadující smluvní strany je třeba jí zaslat vyhotovení konečného rozhodnutí.

12. Článek 61 Smlouvy zní takto:

Článek 61

Způsob styku

(1) Ve věcech vydání a při převzetí trestního stíhání se stýkají ministři spravedlnosti a generální prokurátoři smluvních stran navzájem v rámci své působnosti.

(2) Činitelé, jmenovaní v odstavci 1 mohou smluvit, že při převzetí trestního stíhání se budou navzájem stýkat soudy nebo prokurátoři smluvních stran.

II.

Protokol bude ratifikován a vstoupí v platnost dnem výměny ratifikačních listin. Výměna ratifikačních listin bude provedena v Praze.

Protokol je součástí Smlouvy mezi Německou demokratickou republikou a Československou republikou o právních stycích ve věcech občanských, rodinných a trestních, podepsané v Praze dne 11. září 1956 a má stejnou dobu platnosti jako Smlouva sama.

Dáno v Berlíně dne 10. prosince 1975 ve dvou vyhotoveních, každé v německé a české řeči, přičemž obě znení mají stejnou platnost.

Na důkaz toho zmocněnci tento Protokol podepsali a opatřili svými pečeti.

Za Německou
demokratickou republiku
Heusinger

Za Československou
socialistickou republiku
Dr. Jan Němec

**Bekanntmachung
über den Beitritt
der Deutschen Demokratischen Republik
zur Europäischen Konvention vom 21. April 1961
über die Internationale Handelsschiedsgerichtsbarkeit**

vom 3. Juni 1976

Es wird hierdurch bekanntgemacht, daß am 20. Februar 1975 die Beitrittsurkunde der Deutschen Demokratischen Republik zur nachstehend veröffentlichten Europäischen Konvention vom 21. April 1961 über die Internationale Handelsschiedsgerichtsbarkeit hinterlegt wurde.

Bei der Hinterlegung der Beitrittsurkunde wurde von seiten der Deutschen Demokratischen Republik zu Artikel X Absatz 6 der Konvention die folgende Erklärung abgegeben:

„Die gemäß Artikel IV der Konvention dem Präsidenten der zuständigen Handelskammer übertragenen Aufgaben werden in der Deutschen Demokratischen Republik vom Präsidenten der Kammer für Außenhandel der Deutschen Demokratischen Republik wahrgenommen.“

Die Konvention ist gemäß ihrem Artikel X für die Deutsche Demokratische Republik am 21. Mai 1975 in Kraft getreten.

Berlin, den 3. Juni 1976

**Der Sekretär des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik**

H. Eichler

**Europäische Konvention
über die
Internationale Handelsschiedsgerichtsbarkeit
vom 21. April 1961**

**DIE UNTERZEICHNETEN,
GEHÖRIG BEVOLLMÄCHTIGT,**

DIE UNTER der Schirmherrschaft der Wirtschaftskommission für Europa der Vereinten Nationen zusammengetreten sind, haben

IN KENNTNIS, daß am Schluß der Konferenz der Vereinten Nationen über die internationale Handelsschiedsgerichtsbarkeit am 10. Juni 1958 in New York eine Konvention über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche unterzeichnet worden ist,

IN DEM WUNSCH, zu der Entwicklung des europäischen Handels dadurch beizutragen, daß soweit wie möglich gewisse Schwierigkeiten behoben werden, welche die Gestaltung und die Durchführung der internationalen Handelsschiedsgerichtsbarkeit in den Beziehungen zwischen natürlichen oder juristischen Personen verschiedener Staaten Europas beeinträchtigen können,

FOLGENDES VEREINBART:

Artikel I

Anwendungsbereich der Konvention

(1) Diese Konvention ist anzuwenden:

- a) auf Schiedsvereinbarungen, die zum Zwecke der Regelung bereits entstandener oder künftig entstehender Streitigkeiten aus internationalen Handelsgeschäften zwischen natürlichen oder juristischen Personen geschlossen werden, sofern diese bei Abschluß der Vereinbarung ihren gewöhnlichen Aufenthalt oder ihren Sitz in verschiedenen Vertragsstaaten haben;
- b) auf Schiedsverfahren und auf Schiedssprüche, die sich auf die im Absatz 1 Buchstabe a bezeichneten Vereinbarungen gründen.

(2) Im Sinne dieser Konvention bedeutet:

- a) „Schiedsvereinbarung“ eine Schiedsklausel in einem Vertrag oder eine Schiedsabrede, sofern der Vertrag oder die Schiedsabrede von den Parteien unterzeichnet oder in Briefen, Telegrammen oder Fernschreiben, die sie gewechselt haben, enthalten ist, und im Verhältnis zwischen Staaten, die in ihrem Recht für Schiedsvereinbarungen nicht die Schriftform fordern, jede Vereinbarung, die in den nach diesen Rechtsordnungen zulässigen Formen geschlossen ist;
- b) „Regelung durch ein Schiedsgericht“ die Regelung von Streitigkeiten nicht nur durch Schiedsrichter, die für eine bestimmte Sache bestellt werden (Ad-hoc-Schiedsgericht), sondern auch durch ein ständiges Schiedsgericht;
- c) „Sitz“ den Ort, an dem sich das Unternehmen befindet, das die Schiedsvereinbarung geschlossen hat.

Artikel II

**Schiedsfähigkeit der juristischen Personen
des öffentlichen Rechts**

(1) In den Fällen des Artikels I Absatz 1 haben die juristischen Personen, die nach dem für sie maßgebenden Recht „juristische Personen des öffentlichen Rechts“ sind, die Fähigkeit, wirksam Schiedsvereinbarungen zu schließen.

(2) Jeder Staat kann bei der Unterzeichnung oder Ratifikation der Konvention oder beim Beitritt erklären, daß er diese Fähigkeit in dem Ausmaße beschränkt, das in seiner Erklärung bestimmt ist.

Artikel III

Fähigkeit der Ausländer zum Schiedsrichteramte

Ausländer können in schiedsgerichtlichen Verfahren, auf die diese Konvention anzuwenden ist, zu Schiedsrichtern bestellt werden.

Artikel IV

Gestaltung des Schiedsverfahrens

(1) Den Parteien einer Schiedsvereinbarung steht es frei, zu bestimmen,

- a) daß ihre Streitigkeiten einem ständigen Schiedsgericht unterworfen werden; in diesem Fall wird das Verfahren nach der Schiedsgerichtsordnung des bezeichneten Schiedsgerichts durchgeführt; oder
- b) daß ihre Streitigkeiten einem Ad-hoc-Schiedsgericht unterworfen werden; in diesem Fall können die Parteien insbesondere

1. die Schiedsrichter bestellen oder im einzelnen bestimmen, wie die Schiedsrichter bei Entstehen einer Streitigkeit bestellt werden;
2. den Ort bestimmen, an dem das schiedsgerichtliche Verfahren durchgeführt werden soll;
3. die von den Schiedsrichtern einzuhaltenden Verfahrensregeln festlegen.

(2) Haben die Parteien vereinbart, die Regelung ihrer Streitigkeiten einem Ad-hoc-Schiedsgericht zu unterwerfen, und hat eine der Parteien innerhalb von 30 Tagen, nachdem der Antrag, mit dem das Schiedsgericht angerufen wird, dem Beklagten zugestellt worden ist, ihren Schiedsrichter nicht bestellt, so wird dieser Schiedsrichter, sofern nichts anderes vereinbart ist, auf Antrag der anderen Partei von dem Präsidenten der zuständigen Handelskammer des Staates bestellt, in dem die säumige Partei bei Stellung des Antrages, mit dem das Schiedsgericht angerufen wird, ihren gewöhnlichen Aufenthalt oder ihren Sitz hat. Dieser Absatz gilt auch für die Ersetzung von Schiedsrichtern, die von einer Partei oder von dem Präsidenten der oben bezeichneten Handelskammer bestellt worden sind.

(3) Haben die Parteien vereinbart, die Regelung ihrer Streitigkeiten einem Ad-hoc-Schiedsgericht, das aus einem Schiedsrichter oder mehreren Schiedsrichtern besteht, zu unterwerfen, und enthält die Schiedsvereinbarung keine Angaben über die Maßnahmen der im Absatz 1 bezeichneten Art, die zur Gestaltung des Schiedsverfahrens erforderlich sind, so werden diese Maßnahmen, wenn die Parteien sich hierüber nicht einigen und wenn nicht ein Fall des Absatzes 2 vorliegt, von dem Schiedsrichter oder Schiedsrichtern getroffen, die bereits bestellt sind. Kommt zwischen den Parteien über die Bestellung des Einzelschiedsrichters oder zwischen den Schiedsrichtern über die zu treffenden Maßnahmen eine Einigung nicht zustande, so kann, wenn die Parteien den Ort bestimmt haben, an dem das schiedsgerichtliche Verfahren durchgeführt werden soll, sich der Kläger, damit diese Maßnahmen getroffen werden, nach seiner Wahl entweder an den Präsidenten der zuständigen Handelskammer des Staates, in dem der von den Parteien bestimmte Ort liegt, oder an den Präsidenten der zuständigen Handelskammer des Staates wenden, in dem der Beklagte bei Stellung des Antrages, mit dem das Schiedsgericht angerufen wird, seinen gewöhnlichen Aufenthalt oder seinen Sitz hat; haben die Parteien den Ort, an dem das Schiedsverfahren durchgeführt werden soll, nicht bestimmt, so kann sich der Kläger nach seiner Wahl entweder an den Präsidenten der zustän-

digen Handelskammer des Staates, in dem der Beklagte bei Stellung des Antrages, mit dem das Schiedsgericht angerufen wird, seinen gewöhnlichen Aufenthalt oder seinen Sitz hat, oder an das Sonderkomitee wenden, dessen Zusammensetzung und dessen Verfahren in der Anlage zu diesem Übereinkommen geregelt sind. Übt der Kläger die ihm in diesem Absatz eingeräumten Rechte nicht aus, so können diese vom Beklagten oder von den Schiedsrichtern ausgeübt werden.

(4) Der Präsident oder das Sonderkomitee kann, je nach den Umständen des ihm vorgelegten Falles, folgende Maßnahmen treffen:

- a) den Einzelschiedsrichter, den Obmann des Schiedsgerichts, den Oberschiedsrichter oder den dritten Schiedsrichter bestellen;
- b) einen oder mehrere Schiedsrichter ersetzen, die nach einem anderen als dem im Absatz 2 vorgesehenen Verfahren bestellt worden sind;
- c) den Ort bestimmen, an dem das Schiedsgerichtsverfahren durchgeführt werden soll; jedoch können die Schiedsrichter einen anderen Ort wählen;
- d) unmittelbar oder durch Verweisung auf die Schiedsgerichtsordnung eines ständigen Schiedsgerichts die von den Schiedsrichtern einzuhaltenden Verfahrensregeln festlegen, wenn nicht mangels einer Vereinbarung der Parteien über das Verfahren die Schiedsrichter dieses selbst festgelegt haben.

(5) Haben die Parteien vereinbart, die Regelung ihrer Streitigkeiten einem ständigen Schiedsgericht zu unterwerfen, ohne daß sie das ständige Schiedsgericht bestimmt haben, und einigen sie sich nicht über die Bestimmung des Schiedsgerichts, so kann der Kläger diese Bestimmung gemäß dem im Absatz 3 vorgesehenen Verfahren beantragen.

(6) Enthält die Schiedsvereinbarung keine Angaben über die Art des Schiedsgerichts (ständiges Schiedsgericht oder Ad-hoc-Schiedsgericht), dem die Parteien ihre Streitigkeit zu unterwerfen beabsichtigen haben, und einigen sich die Parteien nicht über diese Frage, so kann der Kläger von dem im Absatz 3 vorgesehenen Verfahren Gebrauch machen. Der Präsident der zuständigen Handelskammer oder das Sonderkomitee kann die Parteien entweder an ein ständiges Schiedsgericht verweisen oder sie auffordern, ihre Schiedsrichter innerhalb einer von ihm festgesetzten Frist zu bestellen und sich innerhalb derselben Frist über die Maßnahmen zu einigen, die zur Durchführung des schiedsgerichtlichen Verfahrens erforderlich sind. In diesem letzten Fall sind die Absätze 2, 3 und 4 anzuwenden.

(7) Ist ein Antrag der in den Absätzen 2, 3, 4, 5 und 6 vorgesehenen Art von dem Präsidenten der in diesen Absätzen bezeichneten Handelskammer innerhalb von 60 Tagen nach Eingang des Antrages nicht erledigt worden, so kann sich der Antragsteller an das Sonderkomitee wenden, damit dieses die Aufgaben übernimmt, die nicht erfüllt worden sind.

Artikel V

Einrede der Unzuständigkeit des Schiedsgerichts

(1) Will eine Partei die Einrede der Unzuständigkeit des Schiedsgerichts erheben, so hat sie die Einrede, wenn diese damit begründet wird, die Schiedsvereinbarung bestehe nicht, sei nichtig oder sei hinfällig geworden, in dem Schiedsgerichtsverfahren spätestens gleichzeitig mit ihrer Einlassung zur Hauptsache vorzubringen; wird die Einrede damit begründet, der Streitpunkt überschreite die Befugnisse des Schiedsgerichts, so hat die Partei die Einrede vorzubringen, sobald der Streitpunkt, der die Befugnisse des Schiedsgerichts überschreiten soll, in dem Schiedsgerichtsverfahren zur Erörterung kommt. Wird die Einrede von den Parteien verspätet erhoben, so hat das Schiedsgericht die Einrede dennoch zuzulassen, wenn die Verspätung auf einem vom Schiedsgericht für gerechtfertigt erachteten Grund beruht.

(2) Werden die im Absatz 1 bezeichneten Einreden der Unzuständigkeit nicht in den dort bestimmten zeitlichen Grenzen erhoben, so können sie, sofern es sich um Einreden han-

delt, die zu erheben den Parteien nach dem von dem Schiedsgericht anzuwendenden Recht überlassen ist, im weiteren Verlauf des Schiedsgerichtsverfahrens nicht mehr erhoben werden; sie können auch später vor einem staatlichen Gericht in einem Verfahren über die Hauptsache oder über die Vollstreckung des Schiedsspruchs nicht mehr geltend gemacht werden, sofern es sich um Einreden handelt, die zu erheben den Parteien nach dem Recht überlassen ist, welches das mit der Hauptsache oder mit der Vollstreckung des Schiedsspruchs befaßte staatliche Gericht nach seinen Kollisionsnormen anzuwenden hat. Das staatliche Gericht kann jedoch eine Entscheidung des Schiedsgerichts, in der festgestellt wird, daß die Einrede verspätet erhoben worden ist, überprüfen.

(3) Vorbehaltlich einer dem staatlichen Gericht nach seinem Recht zustehenden späteren Überprüfung kann das Schiedsgericht, dessen Zuständigkeit bestritten wird, das Verfahren fortsetzen; es ist befugt, über seine eigene Zuständigkeit und über das Bestehen oder die Gültigkeit der Schiedsvereinbarung oder des Vertrages, in dem diese Vereinbarung enthalten ist, zu entscheiden.

Artikel VI

Zuständigkeit der staatlichen Gerichte

(1) Der Beklagte kann die Einrede der Unzuständigkeit, die damit begründet wird, es liege eine Schiedsvereinbarung vor, in einem Verfahren vor einem staatlichen Gericht, das eine Partei der Schiedsvereinbarung angerufen hat, nur vor oder gleichzeitig mit seiner Einlassung zur Hauptsache erheben, je nachdem, ob die Einrede der Unzuständigkeit nach dem Recht des angerufenen staatlichen Gerichts verfahrensrechtlicher oder materiellechtlicher Natur ist; andernfalls ist die Einrede ausgeschlossen.

(2) Hat ein Gericht eines Vertragsstaates über das Bestehen oder die Gültigkeit einer Schiedsvereinbarung zu entscheiden, so hat es dabei die Fähigkeit der Parteien nach dem Recht, das für sie persönlich maßgebend ist, und sonstige Fragen wie folgt zu beurteilen:

- a) nach dem Recht, dem die Parteien die Schiedsvereinbarung unterstellt haben;
- b) falls die Parteien hierüber nichts bestimmt haben, nach dem Recht des Staates, in dem der Schiedsspruch ergehen soll;
- c) falls die Parteien nichts darüber bestimmt haben, welchem Recht die Schiedsvereinbarung unterstellt wird, und falls zu dem Zeitpunkt, zu dem das staatliche Gericht mit der Frage befaßt ist, nicht vorausgesehen werden kann, in welchem Staat der Schiedsspruch ergehen wird, nach dem Recht, welches das angerufene Gericht nach seinen Kollisionsnormen anzuwenden hat. Das angerufene Gericht kann einer Schiedsvereinbarung die Anerkennung versagen, wenn die Streitigkeit nach seinem Recht der Regelung durch ein Schiedsgericht nicht unterworfen werden kann.

(3) Ist ein Schiedsgerichtsverfahren vor Anrufung eines staatlichen Gerichts eingeleitet worden, so hat das Gericht eines Vertragsstaates, das später mit einer Klage wegen derselben Streitigkeit zwischen denselben Parteien oder mit einer Klage auf Feststellung, daß die Schiedsvereinbarung nicht bestehe, nichtig oder hinfällig geworden sei, befaßt ist, die Entscheidung über die Zuständigkeit des Schiedsgerichts auszusetzen, bis der Schiedsspruch ergangen ist, es sei denn, daß ein wichtiger Grund dem entgegensteht.

(4) Wird bei einem staatlichen Gericht ein Antrag gestellt, einstweilige Maßnahmen, einschließlich solcher, die auf eine Sicherung gerichtet sind, anzuordnen, so gilt dies weder als unvereinbar mit der Schiedsvereinbarung noch als Unterwerfung der Hauptsache unter die staatliche Gerichtsbarkeit.

Artikel VII

Anzuwendendes Recht

(1) Den Parteien steht es frei, das Recht zu vereinbaren, welches das Schiedsgericht in der Hauptsache anzuwenden

hat. Haben die Parteien das anzuwendende Recht nicht bestimmt, so hat das Schiedsgericht das Recht anzuwenden, auf das die Kollisionsnormen hinweisen, von denen auszugehen das Schiedsgericht jeweils für richtig erachtet. In beiden Fällen hat das Schiedsgericht die Bestimmungen des Vertrages und die Handelsbräuche zu berücksichtigen.

(2) Das Schiedsgericht entscheidet nach Billigkeit, wenn dies dem Willen der Parteien entspricht und wenn dies das Schiedsverfahren maßgebende Recht gestattet.

Artikel VIII

Begründung des Schiedsspruchs

Es wird vermutet, daß die Parteien davon ausgegangen sind, der Schiedsspruch werde begründet, es sei denn,

- a) daß die Parteien ausdrücklich erklärt haben, der Schiedsspruch bedürfe keiner Begründung, oder
- b) daß sie sich einem schiedsgerichtlichen Verfahrensrecht unterworfen haben, nach welchem es nicht üblich ist, Schiedssprüche zu begründen, sofern nicht in diesem Fall von den Parteien oder von einer Partei vor Schluß der mündlichen Verhandlung oder, wenn eine mündliche Verhandlung nicht stattgefunden hat, vor der schriftlichen Abfassung des Schiedsspruchs eine Begründung ausdrücklich verlangt worden ist.

Artikel IX

Aufhebung des Schiedsspruchs

(1) Ist ein unter diese Konvention fallender Schiedsspruch in einem Vertragsstaat aufgehoben worden, so bildet dies in einem anderen Vertragsstaat nur dann einen Grund für die Versagung der Anerkennung oder der Vollstreckung, wenn die Aufhebung in dem Staat, in dem oder nach dessen Recht der Schiedsspruch ergangen ist, ausgesprochen worden ist und wenn sie auf einem der folgenden Gründe beruht:

- a) Die Parteien, die eine Schiedsvereinbarung geschlossen haben, waren nach dem Recht, das für sie persönlich maßgebend ist, in irgendeiner Hinsicht hierzu nicht fähig, oder die Vereinbarung ist nach dem Recht, dem die Parteien sie unterworfen haben, oder, falls die Parteien hierüber nichts bestimmt haben, nach dem Recht des Staates, in dem der Schiedsspruch ergangen ist, ungültig.
- b) Die Partei, welche die Aufhebung des Schiedsspruchs begehrt, ist von der Bestellung des Schiedsrichters oder von dem Schiedsverfahren nicht gehörig in Kenntnis gesetzt worden, oder sie hat aus einem anderen Grund ihre Angriffs- oder Verteidigungsmittel nicht geltend machen können.
- c) Der Schiedsspruch betrifft eine Streitigkeit, die in der Schiedsabrede nicht erwähnt ist oder nicht unter die Bestimmungen der Schiedsklausel fällt, oder er enthält Entscheidungen, welche die Grenzen der Schiedsabrede oder der Schiedsklausel überschreiten. Kann jedoch der Teil des Schiedsspruchs, der sich auf Streitpunkte bezieht, die dem Schiedsverfahren unterworfen waren, von dem Teil, der Streitpunkte betrifft, die ihm nicht unterworfen waren, getrennt werden, so muß der erstgenannte Teil des Schiedsspruchs nicht aufgehoben werden.
- d) Die Bildung des Schiedsgerichts oder das Schiedsverfahren hat der Vereinbarung der Parteien oder, mangels einer solchen Vereinbarung, den Bestimmungen des Artikels IV nicht entsprochen.

(2) Im Verhältnis zwischen Vertragsstaaten, die auch Vertragsparteien der Konvention vom 10. Juni 1958 über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche sind, hat Absatz 1 die Wirkung, die Anwendung des Artikels V Absatz 1 Buchstabe e der Konvention auf die Aufhebungsgründe zu beschränken, die im Absatz 1 dieses Artikels aufgezählt sind.

Artikel X

Schlußbestimmungen

(1) Diese Konvention steht den Mitgliedstaaten der Wirtschaftskommission für Europa sowie den nach Absatz 8 des der Kommission erteilten Auftrages in beratender Eigenschaft zu der Kommission zugelassenen Staaten zur Unterzeichnung oder zum Beitritt offen.

(2) Die Staaten, die nach Absatz 11 des der Wirtschaftskommission für Europa erteilten Auftrages berechtigt sind, an bestimmten Arbeiten der Kommission teilzunehmen, können nach Inkrafttreten der Konvention durch Beitritt Vertragsparteien werden.

(3) Die Konvention liegt bis einschließlich 31. Dezember 1961 zur Unterzeichnung aus. Nach diesem Tage steht sie zum Beitritt offen.

(4) Diese Konvention bedarf der Ratifikation.

(5) Die Ratifikations- oder Beitrittsurkunden sind beim Generalsekretär der Vereinten Nationen zu hinterlegen.

(6) Bei der Unterzeichnung dieser Konvention, bei der Ratifikation oder beim Beitritt teilen die Vertragsparteien dem Generalsekretär der Vereinten Nationen die Liste der Handelskammern oder anderen Institutionen ihres Staates mit, deren Präsidenten die Aufgaben erfüllen sollen, die durch Artikel IV den Präsidenten der zuständigen Handelskammern übertragen werden.

(7) Die Bestimmungen dieser Konvention lassen die Gültigkeit mehrseitiger oder zweiseitiger Verträge, welche die Vertragsstaaten auf dem Gebiet der Schiedsgerichtsbarkeit geschlossen haben oder noch schließen werden, unberührt.

(8) Diese Konvention tritt am neunzigsten Tage nach der Hinterlegung der Ratifikations- oder Beitrittsurkunden durch fünf der im Absatz 1 bezeichneten Staaten in Kraft. Für jeden Staat, der diese Konvention später ratifiziert oder ihr später beitrifft, tritt sie am neunzigsten Tage nach der Hinterlegung seiner Ratifikations- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

(9) Jede Vertragspartei kann diese Konvention durch eine an den Generalsekretär der Vereinten Nationen gerichtete Notifikation kündigen. Die Kündigung wird zwölf Monate, nachdem die Notifikation dem Generalsekretär zugegangen ist, wirksam.

(10) Sinkt die Zahl der Vertragsparteien nach Inkrafttreten dieser Konvention durch Kündigung auf weniger als fünf, so tritt die Konvention mit dem Tag außer Kraft, an dem die letzte dieser Kündigungen wirksam wird.

(11) Der Generalsekretär der Vereinten Nationen notifiziert den im Absatz 1 bezeichneten Staaten sowie den Staaten, die auf Grund des Absatzes 2 Vertragsparteien geworden sind,

- a) die Erklärung gemäß Artikel II Absatz 2;
- b) die Ratifikationen und Beitrittserklärungen gemäß den Absätzen 1 und 2 dieses Artikels;
- c) die Mitteilungen gemäß Absatz 6 dieses Artikels;
- d) die Zeitpunkte, zu denen diese Konvention gemäß Absatz 8 dieses Artikels in Kraft tritt;
- e) die Kündigungen gemäß Absatz 9 dieses Artikels;
- f) das Außerkrafttreten dieser Konvention gemäß Absatz 10 dieses Artikels.

(12) Nach dem 31. Dezember 1961 wird die Urschrift dieser Konvention beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt, der allen in den Absätzen 1 und 2 bezeichneten Staaten beglaubigte Abschriften übermittelt.

ZU URKUND DESSEN haben die hierzu gehörig bevollmächtigten Unterzeichneten diese Konvention unterschrieben.

GESCHEHEN zu Genf, am einundzwanzigsten April neunhundertsechzig, in einer einzigen Urschrift in englischer, französischer und russischer Sprache, deren Wortlaut in gleicher Weise maßgebend ist.

EUROPEAN CONVENTION ON INTERNATIONAL COMMERCIAL ARBITRATION

THE UNDERSIGNED,

DULY authorized,

CONVENED under the auspices of the Economic Commission for Europe of the United Nations,

HAVING NOTED that on 10th June 1958 at the United Nations Conference on International Commercial Arbitration has been signed in New York a Convention on the Recognition and Enforcement of Foreign Arbitral Awards,

DESIROUS of promoting the development of European trade by, as far as possible, removing certain difficulties that may impede the organization and operation of international commercial arbitration in relations between physical or legal persons of different European countries,

HAVE AGREED on the following provisions:

Article I

Scope of the Convention

1. This Convention shall apply:

(a) to arbitration agreements concluded for the purpose of settling disputes arising from international trade between physical or legal persons having, when concluding the agreement, their habitual place of residence or their seat in different Contracting States;

(b) to arbitral procedures and awards based on agreements referred to in paragraph 1 (a) above.

2. For the purpose of this Convention,

(a) the term "arbitration agreement" shall mean either an arbitral clause in a contract or an arbitration agreement, the contract or arbitration agreements being signed by the parties, or contained in an exchange of letters, telegrams, or in a communication by teleprinter and, in relations between States whose laws do not require that an arbitration agreement be made in writing, any arbitration agreement concluded in the form authorized by these laws;

(b) the term "arbitration" shall mean not only settlement by arbitrators appointed for each case (*ad hoc* arbitration) but also by permanent arbitral institutions;

(c) the term "seat" shall mean the place of the situation of the establishment that has made the arbitration agreement.

Article II

Right of legal persons of public law to resort to arbitration

1. In the cases referred to in Article I, paragraph 1, of this Convention, legal persons considered by the law which is applicable to terms as "legal persons of public law" have the right to conclude valid arbitration agreements.

2. On signing, ratifying or acceding to this Convention any State shall be entitled to declare that it limits the above faculty to such conditions as may be stated in its declaration.

Article III

Right of foreign nationals to be designated as arbitrators

In arbitration covered by this Convention, foreign nationals may be designated as arbitrators.

Article IV

Organization of the arbitration

1. The parties to an arbitration agreement shall be free to submit their disputes:

(a) to a permanent arbitral institution; in this case, the arbitration proceedings shall be held in conformity with the rules of the said institution;

(b) to an *ad hoc* arbitral procedure; in this case, they shall be free *inter alia*

(i) to appoint arbitrators or to establish means for their appointment in the event of an actual dispute;

(ii) to determine the place of arbitration; and

(iii) to lay down the procedure to be followed by the arbitrators.

2. Where the parties have agreed to submit any disputes to an *ad hoc* arbitration, and where within thirty days of the notification of the request for arbitration to the respondent one of the parties fails to appoint his arbitrator, the latter shall, unless otherwise provided, be appointed at the request of the other party by the President of the competent Chamber of Commerce of the country of the defaulting party's habitual place of residence or seat at the time of the introduction of the request for arbitration. This paragraph shall also apply to the replacement of the arbitrator(s) appointed by one of the parties or by the President of the Chamber of Commerce above referred to.

3. Where the parties have agreed to submit any disputes to an *ad hoc* arbitration by one or more arbitrators and the arbitration agreement contains no indication regarding the organization of the arbitration, as mentioned in paragraph 1 of this article, the necessary steps shall be taken by the arbitrator(s) already appointed, unless the parties are able to agree thereon and without prejudice to the case referred to in paragraph 2 above. Where the parties cannot agree on the appointment of the sole arbitrator or where the arbitrators appointed cannot agree on the measures to be taken, the claimant shall apply for the necessary action, where the place of arbitration has been agreed upon by the parties, at his option to the President of the Chamber of Commerce of the place of arbitration agreed upon or to the President of the competent Chamber of Commerce of the respondent's habitual place of residence or seat at the time of the introduction of the request for arbitration. Where such a place has not been agreed upon, the claimant shall be entitled at his option to apply for the necessary action either to the President of the competent Chamber of Commerce of the country of the respondent's habitual place of residence or seat at the time of the introduction of the request for arbitration, or to the Special Committee whose composition and procedure are specified in the Annex to this Convention. Where the claimant fails to exercise the rights given to him under this paragraph the respondent or the arbitrator(s) shall be entitled to do so.

4. When seized of a request the President or the Special Committee shall be entitled as need be:

(a) to appoint the sole arbitrator, presiding arbitrator, umpire, or referee;

(b) to replace the arbitrator(s) appointed under any procedure other than that referred to in paragraph 2 above;

(c) to determine the place of arbitration, provided that the arbitrator(s) may fix another place of arbitration;

(d) to establish directly or by reference to the rules and statutes of a permanent arbitral institution the rules of procedure to be followed by the arbitrator(s), provided that the arbitrators have not established these rules themselves in the absence of any agreement thereon between the parties.

5. Where the parties have agreed to submit their disputes to a permanent arbitral institution without determining the institution in question and cannot agree thereon, the claimant may request the determination of such institution in conformity with the procedure referred to in paragraph 3 above.

6. Where the arbitration agreement does not specify the mode of arbitration (arbitration by a permanent arbitral institution or an *ad hoc* arbitration) to which the parties have agreed to submit their dispute, and where the parties cannot agree

thereon, the claimant shall be entitled to have recourse in this case to the procedure referred to in paragraph 3 above to determine the question. The President of the competent Chamber of Commerce or the Special Committee shall be entitled either to refer the parties to a permanent arbitral institution or to request the parties to appoint their arbitrators within such time-limits as the President of the competent Chamber of Commerce or the Special Committee may have fixed and to agree within such time-limits on the necessary measures for the functioning of the arbitration. In the latter case, the provisions of paragraphs 2, 3 and 4 of this article shall apply.

7. Where within a period of sixty days from the moment when he was requested to fulfil one of the functions set out in paragraphs 2, 3, 4, 5 and 6 of this Article, the President of the Chamber of Commerce designated by virtue of these paragraphs has not fulfilled one of these functions, the party requesting shall be entitled to ask the Special Committee to do so.

Article V

Plea as to arbitral jurisdiction

1. The party which intends to raise a plea as to the arbitrator's jurisdiction based on the fact that the arbitration agreement was either non-existent or null and void or had lapsed shall do so during the arbitration proceedings, not later than the delivery of its statement of claim or defence relating to the substance of the dispute; those based on the fact that an arbitrator has exceeded his terms of reference shall be raised during the arbitration proceedings as soon as the question on which the arbitrator is alleged to have no jurisdiction is raised during the arbitral procedure. Where the delay in raising the plea is due to a cause which the arbitrator deems justified, the arbitrator shall declare the plea admissible.

2. Pleas to the jurisdiction referred to in paragraph 1 above that have not been raised during the time-limits there referred to, may not be entered either during a subsequent stage of the arbitral proceedings where they are pleas left to the sole discretion of the parties under the law applicable by the arbitrator, or during subsequent court proceedings concerning the substance or the enforcement of the award where such pleas are left to the discretion of the parties under the rule of conflict of the court seized of the substance of the dispute or the enforcement of the award. The arbitrator's decision on the delay in raising the plea, will, however, be subject to judicial control.

3. Subject to any subsequent judicial control provided for under the *lex fori*, the arbitrator whose jurisdiction is called in question shall be entitled to proceed with the arbitration, to rule on his own jurisdiction and to decide upon the existence or the validity of the arbitration agreement or of the contract of which the agreement forms part.

Article VI

Jurisdiction of courts of law

1. A plea as to the jurisdiction of the court made before the court seized by either party to the arbitration agreement, on the basis of the fact that an arbitration agreement exists shall, under penalty of estoppel, be presented by the respondent before or at the same time as the presentation of his substantial defence, depending upon whether the law the court seized regards this plea as one of procedure or of substance.

2. In taking a decision concerning the existence or the validity of an arbitration agreement, courts of Contracting States shall examine the validity of such agreement with reference to the capacity of the parties, under the law applicable to them, and with reference to other questions

(a) under the law to which the parties have subjected their arbitration agreement;

(b) failing any indication thereon, under the law of the country in which the award is to be made;

(c) failing any indication as to the law to which the parties have subjected the agreement, and where at the time when

the question is raised in court the country in which the award is to be made cannot be determined, under the competent law by virtue of the rules of conflict of the court seized of the dispute.

The courts may also refuse recognition of the arbitration agreement if under the law of their country the dispute is not capable of settlement by arbitration.

3. Where either party to an arbitration agreement has initiated arbitration proceedings before any resort is had to a court, courts of Contracting States subsequently asked to deal with the same subject-matter between the same parties or with the question whether the arbitration agreement was non-existent or null and void or had lapsed, shall stay their ruling on the arbitrator's jurisdiction until the arbitral award is made, unless they have good and substantial reasons to the contrary.

4. A request for interim measures or measures of conservation addressed to a judicial authority shall not be deemed incompatible with the arbitration agreement, or regarded as a submission of the substance of the case to the court.

Article VII

Applicable law

1. The parties shall be free to determine, by agreement, the law to be applied by the arbitrators to the substance of the dispute. Failing any indication by the parties as to the applicable law, the arbitrators shall apply the proper law under the rule of conflict that the arbitrators deem applicable. In both cases the arbitrators shall take account of the terms of the contract and trade usages.

2. The arbitrators shall act as *amiable compositeurs* if the parties so decide and if they may do so under the law applicable to the arbitration.

Article VIII

Reasons for the award

The parties shall be presumed to have agreed that reasons shall be given for the award unless they

(a) either expressly declare that reasons shall not be given; or

(b) have assented to an arbitral procedure under which it is not customary to give reasons for awards, provided that in this case neither party requests before the end of the hearing, or if there has not been a hearing then before the making of the award, that reasons be given.

Article IX

Setting aside of the arbitral award

1. The setting aside in a Contracting State of an arbitral award covered by this Convention shall only constitute a ground for the refusal of recognition or enforcement in another Contracting State where such setting aside took place in a State in which, or under the law of which, the award has been made and for one of the following reasons:

(a) the parties to the arbitration agreement were under the law applicable to them, under some incapacity or the said agreement is not valid under the law to which the parties have subjected it or, failing any indication thereon, under the law of the country where the award was made, or

(b) the party requesting the setting aside of the award was not given proper notice of the appointment of the arbitrator or of the arbitration proceedings or was otherwise unable to present his case; or

(c) the award deals with a difference not contemplated by or not falling within the terms of the submission to arbitration, or it contains decisions on matters beyond the scope of the submission to arbitration, provided that, if the decisions on matters submitted to arbitration can be separated from those not so submitted, that part of the award which contains decisions on matters submitted to arbitration need not be set aside;

(d) the composition of the arbitral authority or the arbitral procedure was not in accordance with the agreement of the

parties, or failing such agreement, with the provisions of Article IV of this Convention.

2. In relations between Contracting States that are also parties to the New York Convention on the Recognition and Enforcement of Foreign Arbitral Awards of 10th June 1958, paragraph 1 of this Article limits the application of Article V (1) (e) of the New York Convention solely to the cases of setting aside set out under paragraph 1 above.

Article X

Final Clauses

1. This Convention is open for signature or accession by countries members of the Economic Commission for Europe and countries admitted to the Commission in a consultative capacity under paragraph 8 of the Commission's terms of reference.

2. Such countries as may participate in certain activities of the Economic Commission for Europe in accordance with paragraph 11 of the Commission's terms of reference may become Contracting Parties to this Convention by acceding thereto after its entry into force.

3. The Convention shall be open for signature until 31 December 1961 inclusive. Thereafter, it shall be open for accession.

4. This Convention shall be ratified.

5. Ratification or accession shall be effected by the deposit of an instrument with the Secretary-General of the United Nations.

6. When signing, ratifying or acceding to this Convention, the Contracting Parties shall communicate to the Secretary-General of the United Nations a list of the Chambers of Commerce or other institutions in their country who will exercise the functions conferred by virtue of Article IV of this Convention on Presidents of the competent Chambers of Commerce.

7. The provisions of the present Convention shall not affect the validity of multilateral or bilateral agreements concerning arbitration entered into by Contracting States.

8. This Convention shall come into force on the ninetieth day after five of the countries referred to in paragraph 1 above

have deposited their instruments of ratification or accession. For any country ratifying or acceding to it later this Convention shall enter into force on the ninetieth day after the said country has deposited its instrument of ratification or accession.

9. Any Contracting Party may denounce this Convention by so notifying the Secretary-General of the United Nations. Denunciation shall take effect twelve months after the date of receipt by the Secretary-General of the notification of denunciation.

10. If, after the entry into force of this Convention, the number of Contracting Parties is reduced, as a result of denunciations, to less than five, the Convention shall cease to be in force from the date on which the last of such denunciations takes effect.

11. The Secretary-General of the United Nations shall notify the countries referred to in paragraph 1, and the countries which have become Contracting Parties under paragraph 2 above, of

(a) declarations made under Article II, paragraph 2;

(b) ratifications and accessions under paragraphs 1 and 2 above;

(c) communications received in pursuance of paragraph 6 above;

(d) the dates of entry into force of this Convention in accordance with paragraph 8 above;

(e) denunciations under paragraph 9 above;

(f) the termination of this Convention in accordance with paragraph 10 above.

12. After 31 December 1961, the original of this Convention shall be deposited with the Secretary-General of the United Nations, who shall transmit certified true copies to each of the countries mentioned in paragraphs 1 and 2 above.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned, being duly authorized thereto, have signed this Convention.

DONE at Geneva, this twenty-first day of April, one thousand nine hundred and sixty-one, in a single copy in the English, French, and Russian languages, each text being equally authentic.

**Bekanntmachung
über den Beitritt
der Deutschen Demokratischen Republik
zur Konvention vom 10. Juni 1958
über die Anerkennung und Vollstreckung
ausländischer Schiedssprüche
vom 3. Juni 1976**

Es wird hierdurch bekanntgemacht, daß am 20. Februar 1975 die Beitrittsurkunde der Deutschen Demokratischen Republik zur nachstehend veröffentlichten Konvention vom 10. Juni 1958 über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche hinterlegt wurde.

Bei der Hinterlegung der Beitrittsurkunde wurden von seiten der Deutschen Demokratischen Republik folgende Erklärungen abgegeben:

Zu Artikel I der Konvention:

„Die Deutsche Demokratische Republik wird die Konvention auf die Anerkennung und Vollstreckung solcher Schiedssprüche anwenden, die in dem Hoheitsgebiet eines anderen Vertragsstaates ergangen sind. Auf Schiedssprüche, die in den Hoheitsgebieten von Nichtvertragsstaaten ergangen sind, wird die Konvention nur in dem Umfang angewendet werden, in dem diese Staaten die Gegenseitigkeit gewähren. Des weiteren wird die Deutsche Demokratische Republik die Konvention nur auf Streitigkeiten aus solchen vertraglichen oder nichtvertraglichen Rechtsverhältnissen

anwenden, die nach dem Recht der Deutschen Demokratischen Republik als Handelssachen gelten.“

Zu den Artikeln VIII und IX der Konvention:

„Die Deutsche Demokratische Republik ist der Auffassung, daß die Bestimmungen der Artikel VIII und IX der Konvention im Widerspruch zu dem Prinzip stehen, wonach alle Staaten, die sich in ihrer Politik von den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen leiten lassen, das Recht haben, Mitglied von Konventionen zu werden, die die Interessen aller Staaten berühren.“

Zu Artikel X der Konvention:

„Die Deutsche Demokratische Republik läßt sich in ihrer Haltung zu den Bestimmungen des Artikels X der Konvention, soweit sie die Anwendung der Konvention auf Kolonialgebiete und andere abhängige Territorien betreffen, von den Festlegungen der Deklaration der Vereinten Nationen über die Gewährung der Unabhängigkeit an die kolonialen Länder und Völker (Res. Nr. 1514 [XV] vom 14. Dezember 1960) leiten, welche die Notwendigkeit einer schnellen und bedingungslosen Beendigung des Kolonialismus in allen seinen Formen und Äußerungen proklamieren.“

Die Konvention ist gemäß ihrem Artikel XII für die Deutsche Demokratische Republik am 21. Mai 1975 in Kraft getreten.

Berlin, den 3. Juni 1976

**Der Sekretär des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik**

H. Eichler

Konvention
über die Anerkennung und Vollstreckung
ausländischer Schiedssprüche
vom 10. Juni 1958

Artikel I

(1) Diese Konvention findet auf die Anerkennung und Vollstreckung von Schiedssprüchen aus Rechtsstreitigkeiten zwischen natürlichen oder juristischen Personen Anwendung, die auf dem Territorium eines anderen Staates als desjenigen ergangen sind, in dem um die Anerkennung und Vollstreckung der Schiedssprüche nachgesucht wird. Sie findet auch auf solche Schiedssprüche Anwendung, die in dem Staat, in dem um ihre Anerkennung und Vollstreckung nachgesucht wird, nicht als inländische Schiedssprüche anzusehen sind.

(2) Unter „Schiedssprüchen“ sind nicht nur Entscheidungen zu verstehen, die von den für einen bestimmten Fall ernannten Schiedsrichtern gefällt worden sind, sondern auch Entscheidungen der ständigen Schiedsgerichte, denen sich die Parteien unterworfen haben.

(3) Jeder Staat, der diese Konvention unterzeichnet oder ratifiziert, ihr beitrifft oder ihre Ausdehnung gemäß Artikel X notifiziert, kann gleichzeitig auf der Grundlage der Gegenseitigkeit erklären, daß er die Konvention nur auf die Anerkennung und Vollstreckung solcher Schiedssprüche anwenden werde, die auf dem Territorium eines anderen Vertragsstaates ergangen sind. Er kann auch erklären, daß er die Konvention nur auf Streitigkeiten aus solchen Rechtsverhältnissen — vertraglicher oder nichtvertraglicher Art — anwenden werde, die nach seinem nationalen Recht als Handelssachen angesehen werden.

Artikel II

(1) Jeder Vertragsstaat erkennt eine schriftliche Vereinbarung an, durch die sich die Parteien verpflichten, alle oder bestimmte Streitigkeiten, die zwischen ihnen aus einem bestimmten Rechtsverhältnis — vertraglicher oder nichtvertraglicher Art — bereits entstanden sind oder künftig entstehen können, einem Schiedsgerichtsverfahren zu unterwerfen, sofern der Streit auf schiedsgerichtlichem Wege geregelt werden kann.

(2) Unter einer „schriftlichen Vereinbarung“ ist eine Schiedsklausel in einem Vertrag oder eine Schiedsabrede zu verstehen, sofern der Vertrag oder die Schiedsabrede von den Parteien unterzeichnet oder in Briefen oder Telegrammen enthalten ist, die sie gewechselt haben.

(3) Wenn ein ordentliches Gericht eines der Vertragsstaaten wegen eines Streitgegenstandes angerufen wird, hinsichtlich dessen die Parteien eine Vereinbarung im Sinne dieses Artikels getroffen haben, dann hat es die Parteien — auf Antrag einer der Parteien — auf das Schiedsgerichtsverfahren zu verweisen, sofern es nicht feststellt, daß die Vereinbarung null und nichtig, unwirksam oder nicht erfüllbar ist.

Artikel III

Jeder Vertragsstaat erkennt Schiedssprüche als verbindlich an und läßt sie gemäß den Verfahrensbestimmungen des Territoriums, in dem der Schiedsspruch geltend gemacht wird, zur Vollstreckung zu, sofern die in den folgenden Artikeln festgelegten Voraussetzungen gegeben sind. Die Anerkennung oder Vollstreckung von Schiedssprüchen, auf die diese Konvention anzuwenden ist, darf weder wesentlich schwereren Bedingungen noch wesentlich höheren Gebühren oder Kosten unterliegen als die Anerkennung oder Vollstreckung inländischer Schiedssprüche.

Artikel IV

(1) Um die im vorangegangenen Artikel erwähnte Anerkennung und Vollstreckung zu erlangen, hat die um Aner-

kennung und Vollstreckung nachsuchende Partei zugleich mit ihrem Antrag vorzulegen:

- a) das ordnungsgemäß beglaubigte Original des Schiedsspruchs oder eine gehörig beglaubigte Abschrift,
- b) die in Artikel II angeführte Vereinbarung im Original oder in einer ordnungsgemäß beglaubigten Abschrift.

(2) Wenn der Schiedsspruch oder die Vereinbarung nicht in einer der Amtssprachen des Landes abgefaßt ist, in dem der Schiedsspruch geltend gemacht wird, hat die um Anerkennung und Vollstreckung nachsuchende Partei eine Übersetzung dieser Dokumente in diese Sprache zu veranlassen. Die Übersetzung muß von einem amtlichen Übersetzer oder einem diplomatischen oder konsularischen Vertreter beglaubigt sein.

Artikel V

(1) Die Anerkennung und Vollstreckung des Schiedsspruchs darf auf Antrag der Partei, gegen die er geltend gemacht wird, nur dann abgelehnt werden, wenn diese Partei der zuständigen Behörde des Landes, in dem die Anerkennung und Vollstreckung beantragt wird, den Beweis erbringt,

- a) daß die Partner der Vereinbarung gemäß Artikel II nach dem für sie maßgeblichen Recht in irgendeiner Hinsicht hierzu nicht fähig waren oder daß die Vereinbarung nach dem Recht, dem die Parteien diese Vereinbarung unterworfen hatten, oder — wenn eine solche Bestimmung fehlt — nach dem Recht des Landes, in dem der Schiedsspruch ergangen ist, ungültig ist oder
- b) daß die Partei, gegen die der Schiedsspruch geltend gemacht wird, von der Bestellung des Schiedsrichters oder von dem Schiedsgerichtsverfahren nicht ordnungsgemäß benachrichtigt worden ist oder anderweitig nicht in der Lage war, ihre Sache zu vertreten, oder
- c) daß der Schiedsspruch eine Streitigkeit betrifft, die in der Schiedsabrede nicht erwähnt ist oder nicht unter die Bestimmungen der Schiedsklausel fällt, oder daß er Entscheidungen enthält, die über den Rahmen des Schiedsgerichtsverfahrens hinausgehen. Kann jedoch der Teil des Schiedsspruchs, der sich auf Streitpunkte bezieht, die dem Schiedsgerichtsverfahren unterworfen waren, von dem Teil, der Streitpunkte betrifft, die ihm nicht unterworfen waren, getrennt werden, so kann der erstgenannte Teil des Schiedsspruchs anerkannt und vollstreckt werden, oder
- d) daß die Zusammensetzung des Schiedsgerichts oder das Schiedsgerichtsverfahren der Vereinbarung der Parteien oder — mangels einer solchen Vereinbarung — dem Recht des Landes, in dem das Schiedsgerichtsverfahren stattfand, nicht entsprochen hat, oder
- e) daß der Schiedsspruch für die Parteien noch keine Verbindlichkeit erlangt hat oder daß er durch eine zuständige Behörde des Landes, in dem oder nach dessen Recht er ergangen ist, aufgehoben oder ausgesetzt worden ist.

(2) Die Anerkennung und Vollstreckung eines Schiedsspruchs kann auch versagt werden, wenn die zuständige Behörde des Landes, in dem um die Anerkennung und Vollstreckung nachgesucht wird, feststellt,

- a) daß der Gegenstand der Streitigkeit nach dem Recht dieses Landes nicht auf schiedsgerichtlichem Wege geregelt werden kann oder
- b) daß eine Anerkennung oder Vollstreckung des Schiedsspruchs der öffentlichen Ordnung dieses Landes widerspricht.

Artikel VI

Wenn bei einer gemäß Artikel V Absatz 1 Buchstabe e zuständigen Behörde ein Antrag auf Aufhebung oder Aussetzung eines Schiedsspruchs eingereicht wurde, kann die Behörde, vor welcher der Schiedsspruch geltend gemacht wird — falls sie es für angebracht hält —, die Entscheidung über die Vollstreckung des Schiedsspruchs aussetzen; sie kann aber auch auf Antrag der Partei, welche die Vollstreckung des Schiedsspruchs verlangt, der anderen Partei auferlegen, geeignete Sicherheit zu leisten.

Artikel VII

(1) Die Bestimmungen der vorliegenden Konvention berühren weder die Gültigkeit der von den Vertragsstaaten abgeschlossenen multilateralen oder bilateralen Verträge über die Anerkennung und Vollstreckung von Schiedssprüchen, noch nehmen sie einer beteiligten Partei das Recht, sich auf einen Schiedsspruch in der Weise und in dem Umfange zu berufen, wie es das Recht oder die Verträge des Landes, in dem um die Vollstreckung dieses Schiedsspruchs nachgesucht wird, gestatten.

(2) Das Genfer Protokoll über die Schiedsklauseln von 1923 und das Genfer Abkommen zur Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche von 1927 treten zwischen den Vertragsstaaten zu dem Zeitpunkt und in dem Ausmaße außer Kraft, in dem vorliegende Konvention für sie verbindlich wird.

Artikel VIII

(1) Diese Konvention liegt bis zum 31. Dezember 1958 für jedes Mitglied der Vereinten Nationen und für jeden anderen Staat, der Mitglied einer Spezialorganisation der Vereinten Nationen ist oder künftig wird oder der Vertragspartei des Statuts des Internationalen Gerichtshofs ist oder künftig sein wird oder an den eine Einladung der Vollversammlung der Vereinten Nationen ergangen ist, zur Unterzeichnung aus.

(2) Diese Konvention bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunde ist beim Generalsekretär der Vereinten Nationen zu hinterlegen.

Artikel IX

(1) Dieses Abkommen steht allen in Artikel VIII genannten Staaten zum Beitritt offen.

(2) Der Beitritt erfolgt durch Hinterlegung einer Beitrittsurkunde beim Generalsekretär der Vereinten Nationen.

Artikel X

(1) Jeder Staat kann zum Zeitpunkt der Unterzeichnung, der Ratifikation oder des Beitritts erklären, daß diese Konvention auf alle oder einzelne Territorien ausgedehnt werde, deren internationale Beziehungen er wahrnimmt. Eine solche Erklärung wird wirksam, sobald die Konvention für den Staat, der sie abgegeben hat, in Kraft tritt.

(2) Zu einem späteren Zeitpunkt kann eine solche Ausdehnung durch eine Mitteilung an den Generalsekretär der Vereinten Nationen vorgenommen werden. Sie ist entweder vom neunzigsten Tage nach dem Eingang dieser Mitteilung beim Generalsekretär der Vereinten Nationen oder bei späterem Inkrafttreten der Konvention für den betreffenden Staat vom Tage des Inkrafttretens an wirksam.

(3) Jeder in Betracht kommende Staat wird hinsichtlich der Territorien, auf die sich diese Konvention zum Zeitpunkt der Unterzeichnung, der Ratifikation oder des Beitritts nicht erstreckt, die Möglichkeit erwägen, die notwendigen Maßnahmen zu treffen, um die Anwendung der Konvention auf diese Territorien auszuweiten, und zwar mit Zustimmung der Regierungen dieser Gebiete, falls eine solche aus verfassungsrechtlichen Gründen notwendig sein sollte.

Artikel XI

Für Bundesstaaten oder nichtunitarische Staaten gelten folgende Bestimmungen:

a) Hinsichtlich der Artikel dieser Konvention, die sich auf Gegenstände der Gesetzgebungsbefugnis der Bundesbe-

hörde beziehen, sind die Verpflichtungen der Bundesregierung die gleichen wie diejenigen der Vertragsstaaten, die keine Bundesstaaten sind.

b) Hinsichtlich solcher Artikel dieser Konvention, die sich auf Gegenstände der Gesetzgebungsbefugnis der Gliedstaaten oder Provinzen beziehen, die nach dem Verfassungssystem dem Bund nicht verpflichtet sind, Maßnahmen im Wege der Gesetzgebung zu treffen, ist die Bundesregierung verpflichtet, diese Artikel den zuständigen Behörden der Gliedstaaten oder Provinzen zum frühestmöglichen Zeitpunkt mit einer befürwortenden Empfehlung zur Kenntnis zu bringen.

c) Ein Bundesstaat, der Vertragspartei dieser Konvention ist, übermittelt auf das ihm von dem Generalsekretär der Vereinten Nationen zugeleitete Ersuchen eines anderen Vertragsstaates eine Darstellung des geltenden Rechts und der Praxis in der Föderation und ihren einzelnen Teilstaaten oder Provinzen hinsichtlich einzelner Bestimmungen dieser Konvention, aus der insbesondere hervorgeht, inwieweit diese Bestimmungen durch gesetzgeberische oder andere Maßnahmen wirksam geworden sind.

Artikel XII

(1) Diese Konvention tritt am neunzigsten Tage nach der Hinterlegung der dritten Ratifikations- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

(2) Für jeden Staat, der diese Konvention nach Hinterlegung der dritten Ratifikations- oder Beitrittsurkunde ratifiziert oder ihr beitrifft, tritt diese Konvention am neunzigsten Tage nach der Hinterlegung seiner Ratifikations- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

Artikel XIII

(1) Jeder Vertragsstaat kann diese Konvention durch eine schriftliche Mitteilung an den Generalsekretär der Vereinten Nationen kündigen. Die Kündigung wird ein Jahr nach dem Eingang der Mitteilung beim Generalsekretär wirksam.

(2) Jeder Staat, der eine Erklärung oder Mitteilung gemäß Artikel X abgegeben hat, kann später jederzeit durch Mitteilung an den Generalsekretär der Vereinten Nationen erklären, daß die Ausdehnung der Konvention auf das in Betracht kommende Territorium ein Jahr nach Eingang der Mitteilung beim Generalsekretär ihre Wirkung verlieren soll.

(3) Diese Konvention bleibt auf Schiedssprüche anwendbar, für die Anerkennungs- oder Vollstreckungsverfahren eingeleitet worden sind, bevor die Kündigung wirksam wird.

Artikel XIV

Ein Vertragsstaat darf sich auf die vorliegende Konvention gegenüber anderen Vertragsstaaten nur insoweit berufen, als er selbst durch diese Konvention gebunden ist.

Artikel XV

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen notifiziert allen im Artikel VIII genannten Staaten

- die Unterzeichnungen und Ratifikationen gemäß Art. VIII,
- die Beitrittserklärungen gemäß Art. IX,
- die Erklärungen und Mitteilungen gemäß den Art. I, X und XI,
- das Datum, an dem diese Konvention gemäß Art. XII in Kraft tritt,
- die Kündigungen und Mitteilungen gemäß Art. XIII.

Artikel XVI

(1) Diese Konvention, deren Text in Chinesisch, Englisch, Französisch, Russisch und Spanisch gleichermaßen authentisch ist, wird im Archiv der Vereinten Nationen hinterlegt.

(2) Der Generalsekretär der Vereinten Nationen übermittelt den im Artikel VIII genannten Staaten eine beglaubigte Abschrift dieser Konvention.

**CONVENTION
ON THE RECOGNITION AND ENFORCEMENT
OF FOREIGN ARBITRAL AWARDS**

Article I

1. This Convention shall apply to the recognition and enforcement of arbitral awards made in the territory of a State other than the State where the recognition and enforcement of such awards are sought, and arising out of differences between persons, whether physical or legal. It shall also apply to arbitral awards not considered as domestic awards in the State where their recognition and enforcement are sought.

2. The term "arbitral awards" shall include not only awards made by arbitrators appointed for each case but also those made by permanent arbitral bodies to which the parties have submitted.

3. When signing, ratifying or acceding to this Convention, or notifying extensions under article X hereof, any State may on the basis of reciprocity declare that it will apply the Convention to the recognition and enforcement of awards made only in the territory of another Contracting State. It may also declare that it will apply the Convention only to differences arising out of legal relationships, whether contractual or not, which are considered as commercial under the national law of the State making such declaration.

Article II

1. Each Contracting State shall recognize an agreement in writing under which the parties undertake to submit to arbitration all or any differences which have arisen or which may arise between them in respect of a defined legal relationship, whether contractual or not, concerning a subject matter capable of settlement by arbitration.

2. The term "agreement in writing" shall include an arbitral clause in a contract or an arbitration agreement, signed by the parties or contained in an exchange of letters or telegrams.

3. The court of a Contracting State, when seized of an action in a matter in respect of which the parties have made an agreement within the meaning of this article, shall, at the request of one of the parties, refer the parties to arbitration, unless it finds that the said agreement is null and void, inoperative or incapable of being performed.

Article III

Each Contracting State shall recognize arbitral awards as binding and enforce them in accordance with the rules of procedure of the territory where the award is relied upon, under the conditions laid down in the following articles. There shall not be imposed substantially more onerous conditions or higher fees or charges on the recognition or enforcement of arbitral awards to which this Convention applies than are imposed on the recognition or enforcement of domestic arbitral awards.

Article IV

1. To obtain the recognition and enforcement mentioned in the preceding article, the party applying for recognition and enforcement shall, at the time of the application, supply:

(a) The duly authenticated original award or a duly certified copy thereof;

(b) The original agreement referred to in article II or a duly certified copy thereof.

2. If the said award or agreement is not made in an official language of the country in which the award is relied upon, the party applying for recognition and enforcement of the award shall produce a translation of these documents into such language. The translation shall be certified by an official or sworn translator or by a diplomatic or consular agent.

Article V

1. Recognition and enforcement of the award may be refused, at the request of the party against whom it is invoked, only if that party furnishes to the competent authority where the recognition and enforcement is sought, proof that:

(a) The parties to the agreement referred to in article II were, under the law applicable to them, under some incapacity, or the said agreement is not valid under the law to which the parties have subjected it or, failing any indication thereon, under the law of the country where the award was made; or

(b) The party against whom the award is invoked was not given proper notice of the appointment of the arbitrator or of the arbitration proceedings or was otherwise unable to present his case; or

(c) The award deals with a difference not contemplated by or not falling within the terms of the submission to arbitration, or it contains decisions on matters beyond the scope of the submission to arbitration, provided that, if the decisions on matters submitted to arbitration can be separated from those not so submitted, that part of the award which contains decisions on matters submitted to arbitration may be recognized and enforced; or

(d) The composition of the arbitral authority or the arbitral procedure was not in accordance with the agreement of the parties, or, failing such agreement, was not in accordance with the law of the country where the arbitration took place; or

(e) The award has not yet become binding on the parties, or has been set aside or suspended by a competent authority of the country in which, or under the law of which, that award was made.

2. Recognition and enforcement of an arbitral award may also be refused if the competent authority in the country where recognition and enforcement is sought finds that:

(a) The subject matter of the difference is not capable of settlement by arbitration under the law of that country; or

(b) The recognition or enforcement of the award would be contrary to the public policy of that country.

Article VI

If an application for the setting aside or suspension of the award has been made to a competent authority referred to in article V (1) (e), the authority before which the award is sought to be relied upon may, if it considers it proper, adjourn the decision on the enforcement of the award and may also, on the application of the party claiming enforcement of the award, order the other party to give suitable security.

Article VII

1. The provisions of the present Convention shall not affect the validity of multilateral or bilateral agreements concern-

ing the recognition and enforcement of arbitral awards entered into by the Contracting States nor deprive any interested party of any right he may have to avail himself of an arbitral award in the manner and to the extent allowed by the law or the treaties of the country where such award is sought to be relied upon.

2. The Geneva Protocol on Arbitration Clauses of 1923 and the Geneva Convention on the Execution of Foreign Arbitral Awards of 1927 shall cease to have effect between Contracting States on their becoming bound and to the extent that they become bound, by this Convention.

Article VIII

1. This Convention shall be open until 31 December 1958 for signature on behalf of any Member of the United Nations and also on behalf of any other State which is or hereafter becomes a member of any specialized agency of the United Nations, or which is or hereafter becomes a party to the Statute of the International Court of Justice, or any other State to which an invitation has been addressed by the General Assembly of the United Nations.

2. This Convention shall be ratified and the instrument of ratification shall be deposited with the Secretary-General of the United Nations.

Article IX

1. This Convention shall be open for accession to all States referred to in article VIII.

2. Accession shall be effected by the deposit of an instrument of accession with the Secretary-General of the United Nations.

Article X

1. Any State may, at the time of signature, ratification or accession, declare that this Convention shall extend to all or any of the territories for the international relations of which it is responsible. Such a declaration shall take effect when the Convention enters into force for the State concerned.

2. At any time thereafter any such extension shall be made by notification addressed to the Secretary-General of the United Nations and shall take effect as from the ninetieth day after the day of receipt by the Secretary-General of the United Nations of this notification, or as from the date of entry into force of the Convention for the State concerned, whichever is the later.

3. With respect to those territories to which this Convention is not extended at the time of signature, ratification or accession, each State concerned shall consider the possibility of taking the necessary steps in order to extend the application of this Convention to such territories, subject, where necessary for constitutional reasons, to the consent of the Governments of such territories.

Article XI

In the case of a federal or non-unitary State, the following provisions shall apply:

(a) With respect to those articles of this Convention that come within the legislative jurisdiction of the federal authority, the obligations of the federal Government shall to this extent be the same as those of Contracting States which are not federal States;

(b) With respect to those articles of this Convention that come within the legislative jurisdiction of constituent states or provinces which are not, under the constitutional system of the federation, bound to take legislative action, the federal

Government shall bring such articles with a favourable recommendation to the notice of the appropriate authorities of constituent states or provinces at the earliest possible moment;

(c) A federal State Party to this Convention shall, at the request of any other Contracting State transmitted through the Secretary-General of the United Nations, supply a statement of the law and practice of the federation and its constituent units in regard to any particular provision of this Convention, showing the extent to which effect has been given to that provision by legislative or other action.

Article XII

1. This Convention shall come into force on the ninetieth day following the date of deposit of the third instrument of ratification or accession.

2. For each State ratifying or acceding to this Convention after the deposit of the third instrument of ratification or accession, this Convention shall enter into force on the ninetieth day after deposit by such State of its instrument of ratification or accession.

Article XIII

1. Any Contracting State may denounce this Convention by a written notification to the Secretary-General of the United Nations. Denunciation shall take effect one year after the date of receipt of the notification by the Secretary-General.

2. Any State which has made a declaration or notification under article X may, at any time thereafter, by notification to the Secretary-General of the United Nations, declare that this Convention shall cease to extend to the territory concerned one year after the date of the receipt of the notification by the Secretary-General.

3. This Convention shall continue to be applicable to arbitral awards in respect of which recognition or enforcement proceedings have been instituted before the denunciation takes effect.

Article XIV

A Contracting State shall not be entitled to avail itself of the present Convention against other Contracting States except to the extent that it is itself bound to apply the Convention.

Article XV

The Secretary-General of the United Nations shall notify the States contemplated in article VIII of the following:

- (a) Signatures and ratifications in accordance with article VIII;
- (b) Accessions in accordance with article IX;
- (c) Declarations and notifications under articles I, X and XI;
- (d) The date upon which this Convention enters into force in accordance with article XII;
- (e) Denunciations and notifications in accordance with article XIII.

Article XVI

1. This Convention, of which the Chinese, English, French, Russian and Spanish texts shall be equally authentic, shall be deposited in the archives of the United Nations.

2. The Secretary-General of the United Nations shall transmit a certified copy of this Convention to the States contemplated in article VIII.

**Bekanntmachung
über den Beitritt
der Deutschen Demokratischen Republik
zur Zollkonvention vom 15. Januar 1959
über die internationale Güterbeförderung
mit Carnets-TIR (TIR-Konvention)
in der Fassung
der ersten Änderung vom 19. November 1963
und der zweiten Änderung vom 1. Juli 1966
vom 12. April 1976**

Es wird hierdurch bekanntgemacht, daß am 24. Oktober 1975 die Beitrittsurkunde der Deutschen Demokratischen Republik zur Zollkonvention vom 15. Januar 1959 über die internationale Güterbeförderung mit Carnets-TIR (TIR-Konvention) in der Fassung der ersten Änderung vom 19. November 1963 und der zweiten Änderung vom 1. Juli 1966 hinterlegt wurde.

Bei der Hinterlegung der Beitrittsurkunde wurde von seiten der Deutschen Demokratischen Republik zu Artikel 44 Absatz 2 und Absatz 3 der folgende Vorbehalt erklärt:

„Die Deutsche Demokratische Republik betrachtet sich nicht durch die Bestimmungen des Artikels 44 Absatz 2 und Absatz 3 der Konvention gebunden, wonach ein Streitfall über die Auslegung oder Anwendung der Konvention, der nicht auf dem Verhandlungswege beigelegt wurde, auf Antrag einer der am Streitfall beteiligten Vertragsparteien einem Schiedsverfahren zu unterwerfen ist. Die Deutsche Demokratische Republik vertritt hierzu die Auffassung, daß in jedem Einzelfall die Zustimmung aller am Streitfall beteiligten Vertragsparteien erforderlich ist, um einen Streitfall durch ein Schiedsverfahren zu entscheiden.“

Zu Artikel 43 der Konvention gab die Deutsche Demokratische Republik folgende Erklärung ab:

„Die Deutsche Demokratische Republik läßt sich in ihrer Haltung zu den Bestimmungen des Artikels 43 der Konvention, soweit sie die Anwendung der Konvention auf Kolonialgebiete und andere abhängige Territorien betreffen, von den Festlegungen der Deklaration der Vereinten Nationen über die Gewährung der Unabhängigkeit an die kolonialen Länder und Völker (Res. Nr. 1514 [XV] vom 14. Dezember 1960) leiten, welche die Notwendigkeit einer schnellen und bedingungslosen Beendigung des Kolonialismus in allen seinen Formen und Äußerungen proklamieren.“

Im Zusammenhang mit dem Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zur obengenannten Konvention bestätigte die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik die dritte Änderung von 1963, die vierte Änderung von 1969 und die fünfte Änderung von 1970 zu den Anlagen der Konvention.

Die Konvention ist gemäß ihrem Artikel 40 Absatz 2 am 22. Januar 1976 für die Deutsche Demokratische Republik in Kraft getreten.

Der Text der Konvention wird im Sonderdruck Nr. 877 des Gesetzblattes veröffentlicht.

Berlin, den 12. April 1976

**Der Sekretär des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik**

H. Eichler



GESETZBLATT

der Deutschen Demokratischen Republik

1976

Berlin, den 22. Juli 1976

Teil II Nr. 10

Tag	Inhalt	Seite
15. 6. 76	Bekanntmachung über den Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zur Konvention vom 6. März 1948 über die Zwischenstaatliche Beratende Seeschiffahrtsorganisation und über die Annahme der Änderungen vom 17. Oktober 1974 zu dieser Konvention durch die Deutsche Demokratische Republik	225
28. 6. 76	Bekanntmachung über den Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zur Einheitlichen Konvention vom 30. März 1961 über Suchtmittel	239
28. 8. 76	Bekanntmachung über den Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zur Konvention vom 21. Februar 1971 über psychotrope Substanzen	239

**Bekanntmachung
über den Beitritt
der Deutschen Demokratischen Republik
zur Konvention vom 6. März 1948
über die Zwischenstaatliche Beratende
Seeschiffahrtsorganisation
und über die Annahme
der Änderungen vom 17. Oktober 1974
zu dieser Konvention
durch die Deutsche Demokratische Republik
vom 15. Juni 1976**

Es wird hierdurch bekanntgemacht, daß am 25. September 1973 die Beitrittsurkunde der Deutschen Demokratischen Republik zu der nachstehend veröffentlichten Konvention vom 6. März 1948 über die Zwischenstaatliche Beratende Seeschiffahrtsorganisation hinterlegt wurde.

Die Konvention ist für die Deutsche Demokratische Republik am 25. September 1973 in Kraft getreten.

Am 18. September 1975 wurde die Annahmeerklärung der Deutschen Demokratischen Republik zu den von der 5. Außerordentlichen Tagung der Versammlung der Zwischenstaatlichen Beratenden Seeschiffahrtsorganisation am 17. Oktober 1974 angenommenen, nachstehend veröffentlichten Änderungen zur obengenannten Konvention hinterlegt.

Der Tag, an dem diese Änderungen für die Deutsche Demokratische Republik wirksam werden, wird im Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik bekanntgemacht.

Berlin, den 15. Juni 1976

**Der Sekretär des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik**

H. Eichler

Konvention
über die Zwischenstaatliche Beratende
Seeschiffahrtsorganisation

Die VERTRAGSSTAATEN dieser KONVENTION errichten hiermit die Zwischenstaatliche Beratende Seeschiffahrtsorganisation (im folgenden als „Organisation“ bezeichnet):

Teil I

Ziel der Organisation

Artikel 1

Ziel der Organisation ist es,

- a) eine Zusammenarbeit zwischen den Regierungen bei der staatlichen Regelung und Handhabung technischer Angelegenheiten aller Art der internationalen Handelsschiffahrt herbeizuführen und auf die allgemeine Anerkennung möglichst hoher Normen hinsichtlich der Sicherheit auf See und der Leistungsfähigkeit der Schiffahrt hinzuwirken;
- b) die Beseitigung der von Regierungen in bezug auf die internationale Handelsschiffahrt angewandten diskriminierenden Maßnahmen und unnötigen Beschränkungen anzustreben, um dem Welthandel in steigendem Maße ohne Diskriminierung Schiffahrtsdienste verfügbar zu machen; die von einer Regierung zur Entwicklung der Schiffahrt ihres Landes und aus Sicherheitsgründen gewährte Unterstützung und Förderung gilt an sich nicht als Diskriminierung, sofern die damit zusammenhängenden Maßnahmen nicht bezwecken, die ungehinderte Teilnahme von Schiffen aller Flaggen am Welthandel zu beschränken;
- c) Angelegenheiten betreffend unlautere, wettbewerbsbeschränkende Verhaltensweisen von Schiffahrtsgesellschaften gemäß Teil II zu prüfen;
- d) alle Schiffahrtsangelegenheiten, die ein Organ oder eine Spezialorganisation der Vereinten Nationen an sie verweist, zu prüfen;
- e) für den Austausch von Informationen über von ihr geprüfte Fragen zwischen den Regierungen Sorge zu tragen.

Teil II

Aufgaben

Artikel 2

Die Aufgaben der Organisation sind beratender und gutachtlicher Art.

Artikel 3

Zur Erreichung der in Teil I genannten Ziele nimmt die Organisation folgende Aufgaben wahr:

- a) sie prüft, vorbehaltlich von Artikel 4, die sich nach Artikel 1a, b und c ergebenden Angelegenheiten, die ihr von ihren Mitgliedern, einem Organ oder einer Spezialorganisation der Vereinten Nationen oder einer anderen

zwischenstaatlichen Organisation vorgelegt werden, sowie Angelegenheiten, die nach Artikel 1d an sie verwiesen werden, und spricht diesbezügliche Empfehlungen aus;

- b) sie arbeitet Konventionen, Abkommen und sonstige zweckdienliche Übereinkünfte aus, die sie den Regierungen und zwischenstaatlichen Organisationen empfiehlt, und beruft erforderlich werdende Konferenzen ein;

- c) sie ermöglicht Konsultationen zwischen den Mitgliedern und einen Informationsaustausch zwischen den Regierungen.

Artikel 4

Ist die Organisation der Auffassung, daß eine Angelegenheit durch das internationale Schiffahrtsgewerbe in der üblichen Weise geregelt werden kann, so spricht sie eine diesbezügliche Empfehlung aus. Kann nach Auffassung der Organisation eine Angelegenheit betreffend unlautere wettbewerbsbeschränkende Verhaltensweisen von Schiffahrtsgesellschaften nicht durch das internationale Schiffahrtsgewerbe in der üblichen Weise geregelt werden oder hat sich eine solche Regelung tatsächlich als unmöglich erwiesen, so prüft die Organisation die Angelegenheit auf Ersuchen eines der beteiligten Mitglieder, nachdem diese zuvor unmittelbar darüber verhandelt haben.

Teil III

Mitgliedschaft

Artikel 5

Alle Staaten können nach Maßgabe dieses Teils Mitglieder der Organisation werden.

Artikel 6

Mitglieder der Vereinten Nationen können Mitglieder der Organisation werden, indem sie dieser Konvention gemäß Artikel 57 beitreten.

Artikel 7

Nichtmitgliedstaaten der Vereinten Nationen, die eingeladen wurden, Vertreter zu der am 19. Februar 1948 nach Genf einberufenen Seeschiffahrts-Konferenz der Vereinten Nationen zu entsenden, können Mitglieder werden, indem sie dieser Konvention gemäß Artikel 57 beitreten.

Artikel 8

Ein Staat, der nicht berechtigt ist, aufgrund des Artikels 6 oder 7 Mitglied zu werden, kann beim Generalsekretär der Organisation seine Zulassung als Mitglied beantragen; diese erfolgt, sobald er dieser Konvention gemäß Artikel 57 beigetreten ist, sofern sein Aufnahmeantrag auf Empfehlung des Rates von zwei Dritteln der ordentlichen Mitglieder genehmigt wurde.

Artikel 9

Alle Hoheitsgebiete und Gruppen von Hoheitsgebieten, auf welche diese Konvention durch das für ihre internationalen Beziehungen verantwortliche Mitglied oder durch die Vereinten Nationen gemäß Artikel 58 für anwendbar erklärt wurde, können durch eine von dem betreffenden Mitglied bzw. von den Vereinten Nationen an den Generalsekretär der Vereinten Nationen gerichtete schriftliche Notifizierung assoziierte Mitglieder der Organisation werden.

Artikel 10

Assoziierte Mitglieder haben die aus dieser Konvention erwachsenden Rechte und Pflichten der ordentlichen Mitglieder; sie haben jedoch kein Stimmrecht in der Versammlung und können nicht in den Rat oder den Schiffssicherheitsausschuß gewählt werden; mit dieser Einschränkung gelten auch assoziierte Mitglieder als „Mitglieder“ im Sinne dieser Konvention, sofern sich aus dem Zusammenhang nichts anderes ergibt.

Artikel 11

Kein Staat oder Hoheitsgebiet kann entgegen einer Entschließung der Vollversammlung der Vereinten Nationen Mitglied der Organisation werden oder bleiben.

Teil IV

Organe

Artikel 12

Die Organisation besteht aus einer Versammlung, einem Rat, einem Schiffssicherheitsausschuß und den sonstigen von der Organisation zu irgendeinem Zeitpunkt für erforderlich erachteten Hilfsorganen sowie aus einem Sekretariat.

Teil V

Die Versammlung

Artikel 13

Die Versammlung besteht aus sämtlichen Mitgliedern.

Artikel 14

Die Versammlung tritt alle zwei Jahre zu einer ordentlichen Tagung zusammen. Außerordentliche Tagungen werden einberufen, wenn ein Drittel der Mitglieder dies beim Generalsekretär beantragt oder wenn der Rat es zu irgendeinem Zeitpunkt für erforderlich hält; sie sind jeweils 60 Tage im voraus anzukündigen.

Artikel 15

Die Versammlung ist beschlußfähig, wenn die Mehrheit der ordentlichen Mitglieder vertreten ist.

Artikel 16

Die Versammlung hat folgende Aufgaben:

a) sie wählt auf jeder ordentlichen Tagung aus ihren ordentlichen Mitgliedern ihren Präsidenten und zwei Vi-

zepräsidenten; diese bleiben bis zur nächsten ordentlichen Tagung im Amt;

b) sie gibt sich ihre Geschäftsordnung, soweit diese Konvention nichts anderes vorsieht;

c) sie setzt die von ihr für erforderlich erachteten nicht-ständigen oder -- auf Empfehlung des Rates -- ständigen Hilfsorgane ein;

d) sie wählt die Mitglieder des Rates gemäß Artikel 17 und die Mitglieder des Schiffssicherheitsausschusses gemäß Artikel 28;

e) sie prüft die ihr vom Rat vorgelegten Berichte und entscheidet über alle vom Rat an sie verwiesenen Fragen;

f) sie beschließt über den Haushalt und bestimmt die Finanzpolitik der Organisation gemäß Teil IX;

g) sie prüft die Ausgaben und genehmigt den Rechnungsabschluß der Organisation;

h) sie nimmt die Aufgaben der Organisation wahr, wobei sie Angelegenheiten im Zusammenhang mit Artikel 3a und b zwecks Ausarbeitung diesbezüglicher Empfehlungen oder Übereinkünfte an den Rat verweist; alle ihr vom Rat unterbreiteten und von ihr nicht gebilligten Empfehlungen oder Übereinkünfte werden mit ihrer etwaigen Stellungnahme zur weiteren Prüfung erneut an den Rat verwiesen;

i) sie empfiehlt den Mitgliedern die Annahme oder Änderung von Regelungen betreffend die Sicherheit auf See, die der Schiffssicherheitsausschuß über den Rat an sie verwiesen hat;

j) sie verweist alle in den Zuständigkeitsbereich der Organisation fallenden Fragen zwecks Prüfung oder Entscheidung an den Rat; die Befugnis zur Abgabe von Empfehlungen gemäß Buchstabe i ist jedoch nicht übertragbar.

Teil VI

Der Rat

Artikel 17

Der Rat besteht aus achtzehn von der Versammlung gewählten Mitgliedern.

Artikel 18

Bei der Wahl der Mitglieder des Rates beachtet die Versammlung die folgenden Prinzipien:

a) Sechs sind Regierungen von Staaten, die das größte Interesse an der Bereitstellung internationaler Schiffahrtsdienste haben;

b) Sechs sind Regierungen anderer Staaten, die das größte Interesse am internationalen Seehandel haben;

c) Sechs sind Regierungen von nicht nach Buchstabe a oder b gewählten Staaten, die ein besonderes Interesse am Seetransport oder an der Seeschifffahrt haben und deren Wahl in den Rat die Vertretung aller bedeutenden geographischen Gebiete der Welt gewährleistet.

Artikel 19

Die im Rat gemäß Artikel 17 vertretenen Mitglieder bleiben bis zum Ende der nächsten ordentlichen Tagung der Versammlung im Amt. Sie sind wiederwählbar.

Artikel 20

- a) Der Rat wählt seinen Vorsitzenden und gibt sich seine Geschäftsordnung, soweit diese Konvention nichts anderes vorsieht.
- b) Der Rat ist beschlußfähig, wenn zwölf seiner Mitglieder vertreten sind.
- c) Der Rat tritt, so oft dies zur wirksamen Erledigung seiner Aufgaben erforderlich ist, nach Einberufung durch den Vorsitzenden oder auf Antrag von mindestens vier seiner Mitglieder zusammen; der Zeitpunkt des Zusammentritts ist mindestens einen Monat im voraus bekanntzugeben. Der Tagungsort wird nach Zweckmäßigkeitsgründen bestimmt.

Artikel 21

Der Rat lädt Mitglieder ein, ohne Stimmrecht an seinen Beratungen über eine Angelegenheit teilzunehmen, die für diese Mitglieder von Belang ist.

Artikel 22

- a) Der Rat nimmt die Empfehlungen und Berichte des Schiffssicherheitsausschusses entgegen und übermittelt sie nebst seinen Erläuterungen und Empfehlungen der Versammlung oder, wenn diese nicht tagt, den Mitgliedern zur Unterrichtung.
- b) Der Rat prüft die in Artikel 29 bezeichneten Fragen erst, nachdem er den Schiffssicherheitsausschuß dazu gehört hat.

Artikel 23

Der Rat ernannt mit Zustimmung der Versammlung den Generalsekretär. Er trifft ferner Vorkehrungen für die Einstellung des sonstigen erforderlichen Personals und setzt die Beschäftigungsbedingungen für den Generalsekretär und das sonstige Personal fest; hierbei sind nach Möglichkeit die bei den Vereinten Nationen und ihren Spezialorganisationen geltenden Beschäftigungsbedingungen zugrunde zu legen.

Artikel 24

Der Rat erstattet der Versammlung auf jeder ordentlichen Tagung über die seit der letzten ordentlichen Tagung geleistete Arbeit der Organisation Bericht.

Artikel 25

Der Rat unterbreitet der Versammlung die Haushaltsanschläge und die Finanzberichte der Organisation nebst seinen Erläuterungen und Empfehlungen.

Artikel 26

Der Rat kann Abkommen oder Abmachungen über die Beziehungen der Organisation zu anderen Organisationen — wie im Teil XII vorgesehen — eingehen. Diese Abkommen oder Abmachungen bedürfen der Genehmigung durch die Versammlung.

Artikel 27

Zwischen den Tagungen der Versammlung nimmt der Rat alle Aufgaben der Organisation wahr, mit Ausnahme der in Artikel 16 I bezeichneten Abgabe von Empfehlungen.

Teil VII

Schiffssicherheitsausschuß

Artikel 28

Der Schiffssicherheitsausschuß besteht aus sechzehn Mitgliedern, welche die Versammlung unter den Mitgliedsregierungen derjenigen Staaten auswählt, die großes Interesse an der Sicherheit auf See haben; davon

- a) sind acht Mitglieder unter den zehn Staaten mit dem größten Eigentum an Schiffen auszuwählen;
- b) sind vier Mitglieder so auszuwählen, daß gewährleistet ist, daß aufgrund dieses Buchstabens ein Staat aus jedem der folgenden Räume vertreten ist:
 - I. Afrika
 - II. Nord- und Südamerika
 - III. Asien und Ozeanien
 - IV. Europa;
- c) sind die übrigen vier Mitglieder unter den sonst nicht im Ausschuß vertretenen Staaten auszuwählen.

Für die Zwecke dieses Artikels gehören zu den Staaten, die großes Interesse an der Sicherheit auf See haben, beispielsweise Staaten, deren Angehörige in den Schiffsbesatzungen zahlreich vertreten sind, oder Staaten, die an der Beförderung zahlreicher, mit oder ohne Kojen untergebrachter Fahrgäste ein Interesse haben.

Die Mitglieder des Schiffssicherheitsausschusses werden für vier Jahre gewählt und sind wiederwählbar.

Artikel 29

- a) Der Schiffssicherheitsausschuß ist zur Prüfung aller Angelegenheiten verpflichtet, die in den Tätigkeitsbereich der Organisation fallen und sich auf folgendes beziehen: Hilfsmittel für die Navigation, Bau und Ausrüstung von Schiffen, Bemanning der Schiffe unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit, Regeln zur Verhütung von Zusammenstößen, Handhabung gefährlicher Güter, Verfahren und Erfordernisse für die Sicherung der Seefahrt, hydrographische Unterrichtung, Schiffstagebücher und Navigationsaufzeichnungen, Untersuchung von Seeunfällen, Bergungs- und Rettungswesen sowie alle sonstigen die Sicherung der Seefahrt unmittelbar betreffenden Fragen.
- b) Der Schiffssicherheitsausschuß trifft Vorkehrungen für die Wahrnehmung der ihm durch diese Konvention oder die Versammlung übertragenen Aufgaben sowie aller Aufgaben im Sinne dieses Artikels, die ihm gegebenenfalls durch eine andere zwischenstaatliche Übereinkunft übertragen werden.
- c) Der Schiffssicherheitsausschuß ist im Hinblick auf Teil XII verpflichtet, enge Beziehungen zu anderen mit Beförderungs- und Verkehrsfragen befaßten zwischenstaatlichen Organen zu unterhalten, soweit dies der von der Organisation angestrebten Förderung der Sicherheit auf See und der Koordinierung der Tätigkeiten auf dem Gebiet der Schifffahrt, der Luftfahrt, des Nachrichtenwesens und des Wetterdienstes in bezug auf Sicherheit und Rettungswesen dienlich ist.

Artikel 30

Der Schiffssicherheitsausschuß hat der Versammlung durch den Rat

- a) auf ihren ordentlichen Tagungen Vorschläge der Mitglieder betreffend Sicherheitsvorschriften oder die Ände-

rung bestehender Sicherheitsvorschriften nebst seinen Erläuterungen und Empfehlungen zu unterbreiten;

- b) über seine seit der letzten ordentlichen Tagung der Versammlung geleistete Arbeit zu berichten.

Artikel 31

Der Schiffssicherheitsausschuß tritt einmal im Jahr und außerdem auf Antrag von mindestens fünf seiner Mitglieder zusammen. Er wählt alljährlich sein Büro und gibt sich seine Geschäftsordnung. Er ist beschlußfähig, wenn die Mehrheit seiner Mitglieder vertreten ist.

Artikel 32

Der Schiffssicherheitsausschuß läßt ein Mitglied ein, ohne Stimmrecht an seinen Beratungen über eine Angelegenheit teilzunehmen, die für dieses Mitglied von Belang sind.

Teil VIII

Das Sekretariat

Artikel 33

Das Sekretariat besteht aus dem Generalsekretär, einem Sekretär des Schiffssicherheitsausschusses und dem für die Organisation erforderlichen Personal. Der Generalsekretär ist der leitende Verwaltungsbeamte der Organisation und stellt — vorbehaltlich des Artikels 23 — ihr Personal ein.

Artikel 34

Das Sekretariat führt alle für die wirksame Erledigung der Aufgaben der Organisation erforderlichen Akten; es verfaßt, sammelt und verteilt diejenigen Schriftstücke, Arbeitsunterlagen, Tagesordnungen, Sitzungsberichte und Mitteilungen, die für die Arbeit der Versammlung, des Rates, des Schiffssicherheitsausschusses und der von der Organisation gegebenenfalls eingesetzten Hilfsorgane benötigt werden.

Artikel 35

Der Generalsekretär erarbeitet und unterbreitet dem Rat die jährlichen Finanzberichte und den Haushaltsvoranschlag für zwei Jahre, wobei die Voranschläge für jedes Jahr getrennt anzuführen sind.

Artikel 36

Der Generalsekretär unterrichtet die Mitglieder laufend über die Tätigkeit der Organisation. Jedes Mitglied kann einen oder mehrere Vertreter ernennen, um die Verbindung zum Generalsekretär aufrechtzuerhalten.

Artikel 37

Der Generalsekretär und das Personal dürfen bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben von einer Regierung oder von einer Behörde außerhalb der Organisation Weisungen weder erbiten noch entgegennehmen. Sie haben jede Handlung zu vermeiden, die mit ihrer Stellung als internationale Beamte unvereinbar ist. Jedes Mitglied verpflichtet sich seinerseits, den ausschließlich internationalen Charakter der Verantwortung

des Generalsekretärs und des Personals zu achten und nicht zu versuchen, sie bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu beeinflussen.

Artikel 38

Der Generalsekretär nimmt diejenigen sonstigen Aufgaben wahr, die ihm durch diese Konvention, die Versammlung, den Rat und den Schiffssicherheitsausschuß übertragen werden.

Teil IX

Finanzen

Artikel 39

Jedes Mitglied kommt selbst für die Bezüge, Reisekosten und sonstigen Aufwendungen seiner eigenen Delegation bei der Versammlung und seiner Vertreter im Rat, im Schiffssicherheitsausschuß und in anderen Ausschüssen und Hilfsorganen auf.

Artikel 40

Der Rat prüft die vom Generalsekretär ausgearbeiteten Finanzberichte und Haushaltsvoranschläge und legt sie nebst seinen Erläuterungen und Empfehlungen der Versammlung vor.

Artikel 41

- a) Vorbehaltlich eines Abkommens zwischen der Organisation und den Vereinten Nationen prüft und genehmigt die Versammlung die Haushaltsvoranschläge.
- b) Die Versammlung legt die Ausgaben entsprechend einem nach Prüfung der diesbezüglichen Vorschläge des Rates von ihr festgesetzten Verteilungsschlüssel auf die Mitglieder um.

Artikel 42

Ein Mitglied, das seinen finanziellen Verpflichtungen gegenüber der Organisation binnen einem Jahr nach dem Fälligkeitstermin nicht nachkommt, hat in der Versammlung, im Rat und im Schiffssicherheitsausschuß kein Stimmrecht, sofern die Versammlung nicht nach eigenem Ermessen von dieser Bestimmung abweicht.

Teil X

Abstimmung

Artikel 43

Für die Abstimmung in der Versammlung, im Rat und im Schiffssicherheitsausschuß gelten folgende Bestimmungen:

- a) Jedes Mitglied hat eine Stimme.
- b) Die Beschlüsse der Versammlung, des Rates und des Schiffssicherheitsausschusses werden mit der Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitglieder oder — falls sie einer Zweidrittelmehrheit bedürfen — mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden Mitglieder gefaßt, soweit diese Konvention oder eine andere internationale Übereinkunft, die den oben genannten Organen Aufgaben überträgt, nichts anderes vorsieht.
- c) Als „anwesende und abstimmende Mitglieder“ im Sinne dieser Konvention gelten „anwesende Mitglieder, die eine Ja- oder Neinstimme abgeben“. Mitglieder, die sich der Stimme enthalten, gelten als nicht abstimmende Mitglieder.

Teil XI
Sitz der Organisation

Artikel 44

- a) Sitz der Organisation ist London.
- b) Die Versammlung kann den Sitz der Organisation erforderlichenfalls durch einen mit Zweidrittelmehrheit gefaßten Beschluß ändern.
- c) Die Versammlung kann an jedem anderen Ort Tagungen abhalten, wenn es der Rat für erforderlich hält.

Teil XII
**Beziehungen zu den Vereinten Nationen
und anderen Organisationen**

Artikel 45

Die Organisation wird gemäß Artikel 57 der Charta der Vereinten Nationen als Spezialorganisation auf dem Gebiet der Schifffahrt mit den Vereinten Nationen in Beziehung gebracht. Diese Beziehung wird aufgrund des Artikels 63 der Charta der Vereinten Nationen durch ein gemäß Artikel 26 dieser Konvention geschlossenes Abkommen hergestellt.

Artikel 46

Die Organisation arbeitet mit jeder Spezialorganisation der Vereinten Nationen in Angelegenheiten zusammen, die für beide Teile von Belang sind; sie prüft und berücksichtigt diese Angelegenheit im Einvernehmen mit der betreffenden Spezialorganisation.

Artikel 47

Die Organisation kann bezüglich aller in ihren Tätigkeitsbereich fallenden Angelegenheiten mit anderen zwischenstaatlichen Organisationen zusammenarbeiten, die nicht Spezialorganisationen der Vereinten Nationen sind, deren Belange und Tätigkeit jedoch mit den Zielen der Organisation im Zusammenhang stehen.

Artikel 48

Die Organisation kann bezüglich aller in ihren Tätigkeitsbereich fallenden Angelegenheiten geeignete Vorkehrungen zur Konsultation und Zusammenarbeit mit nichtstaatlichen internationalen Organisationen treffen.

Artikel 49

Vorbehaltlich der Zustimmung von zwei Dritteln der Mitglieder der Versammlung kann die Organisation von anderen staatlichen oder nichtstaatlichen internationalen Organisationen diejenigen Aufgaben, Mittel und Verpflichtungen übernehmen, die in ihren Tätigkeitsbereich fallen und ihr durch internationale Abkommen oder beiderseits akzeptable Abmachungen zwischen den zuständigen Stellen der beteiligten Organisationen übertragen werden. Die Organisation kann ferner alle in ihren Tätigkeitsbereich fallenden Verwaltungsaufgaben übernehmen, die einer Regierung durch eine internationale Übereinkunft übertragen wurden.

Teil XIII
Rechtsfähigkeit, Privilegien und Immunitäten

Artikel 50

Die Rechtsfähigkeit sowie die Privilegien und Immunitäten, die der Organisation oder in Verbindung mit ihr gewährt werden, bestimmen sich nach dem von der Vollversammlung der Vereinten Nationen am 21. November 1947 angenommenen Abkommen über die Privilegien und Immunitäten der Spezialorganisationen, vorbehaltlich aller etwaigen Änderungen in dem von der Organisation gemäß den §§ 36 und 38 des genannten Abkommens genehmigten endgültigen (oder revidierten) Wortlaut des Anhangs.

Artikel 51

Jedes Mitglied verpflichtet sich, bis zu seinem Beitritt zu dem genannten Abkommen in Bezug auf die Organisation Anhang II* zu dieser Konvention anzuwenden.

Teil XIV

Änderungen

Artikel 52

Änderungsvorschläge zu dieser Konvention werden den Mitgliedern vom Generalsekretär mindestens sechs Monate vor ihrer Beratung durch die Versammlung übermittelt. Ihre Annahme bedarf der Zweidrittelmehrheit der Versammlung, einschließlich der Mehrheit der im Rat vertretenen Mitglieder. Jede Änderung tritt zwölf Monate nach ihrer Annahme durch zwei Drittel der ordentlichen Mitglieder der Organisation für alle Mitglieder in Kraft, mit Ausnahme derjenigen, die vor dem Inkrafttreten der Änderung erklären, daß sie diese nicht annehmen. Die Versammlung kann bei der Annahme einer Änderung diese mit Zweidrittelmehrheit für so schwerwiegend erklären, daß ein Mitglied, welches eine solche Erklärung abgegeben hat und die Änderung nicht binnen zwölf Monaten nach ihrem Inkrafttreten annimmt, mit Ablauf dieser Frist aufhört, Vertragspartei dieser Konvention zu sein.

Artikel 53

Alle gemäß Artikel 52 angenommenen Änderungen werden beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt; dieser übermittelt allen Mitgliedern unverzüglich eine Abschrift der Änderung.

Artikel 54

Eine Erklärung oder Annahme gemäß Artikel 52 erfolgt durch Übermittlung einer Urkunde an den Generalsekretär zwecks Hinterlegung beim Generalsekretär der Vereinten Nationen. Der Generalsekretär notifiziert den Mitgliedern den Eingang dieser Urkunde und den Tag, an dem die Änderung in Kraft tritt.

Teil XV

Auslegung

Artikel 55

Jede Frage oder Streitigkeit betreffend die Auslegung oder Anwendung dieser Konvention wird zwecks Beilegung an die Versammlung verwiesen oder in einer anderen von den Streitparteien vereinbarten Weise beigelegt. Dieser Artikel schließt nicht aus, daß der Rat oder der Schiffssicherheitsausschuß alle sich bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben ergebenden Fragen oder Streitigkeiten beilegt.

* Anhang II nicht abgedruckt

Artikel 56

Jede Rechtsfrage, die nicht gemäß Artikel 55 beigelegt werden kann, wird von der Organisation zwecks Erstattung eines Rechtsgutachtens gemäß Artikel 96 der Charta der Vereinten Nationen dem Internationalen Gerichtshof vorgelegt.

Teil XVI

Verschiedenes

Artikel 57

Unterzeichnung und Annahme

Vorbehaltlich des Teils III liegt diese Konvention zur Unterzeichnung oder Annahme auf; Staaten können Teilnehmer der Konvention werden, indem sie sie

- a) ohne Vorbehalt der Annahme unterzeichnen,
- b) vorbehaltlich der Annahme unterzeichnen und später annehmen oder
- c) annehmen.

Die Annahme erfolgt durch Hinterlegung einer Urkunde beim Generalsekretär der Vereinten Nationen.

Artikel 58

Hoheitsgebiete

- a) Ein Mitglied kann jederzeit erklären, daß seine Teilnahme an dieser Konvention sich auf die Gesamtheit oder eine Gruppe oder einzelne der Hoheitsgebiete erstreckt, für deren internationale Beziehungen es verantwortlich ist.
- b) Diese Konvention findet nur dann auf Hoheitsgebiete Anwendung, für deren internationale Beziehungen ein Mitglied verantwortlich ist, wenn eine diesbezügliche Erklärung gemäß Buchstabe a im Namen dieser Hoheitsgebiete abgegeben worden ist.
- c) Eine Erklärung gemäß Buchstabe a wird dem Generalsekretär der Vereinten Nationen übermittelt; dieser leitet eine Abschrift allen zu der Seeschifffahrts-Konferenz der Vereinten Nationen eingeladenen Staaten sowie denjenigen anderen Staaten zu, die Mitglieder geworden sind.
- d) Sind die Vereinten Nationen aufgrund eines Treuhandabkommens als Verwaltungsbehörde tätig, so können sie diese Konvention im Namen eines, mehrerer oder aller Treuhandgebiete nach Maßgabe des Artikels 57 annehmen.

Artikel 59

Austritt

- a) Jedes Mitglied kann durch eine an den Generalsekretär der Vereinten Nationen gerichtete schriftliche Notifizierung aus der Organisation austreten; der Generalsekre-

tär unterrichtet die anderen Mitglieder und den Generalsekretär der Organisation unverzüglich von dieser Notifizierung. Der Austritt kann nach Ablauf von zwölf Monaten nach Inkrafttreten dieser Konvention jederzeit notifiziert werden. Er wird nach Ablauf von zwölf Monaten nach Eingang der schriftlichen Notifizierung beim Generalsekretär der Vereinten Nationen wirksam.

- b) Die Anwendung dieser Konvention auf ein Hoheitsgebiet oder eine Gruppe von Hoheitsgebieten gemäß Artikel 58 kann jederzeit durch eine von dem für ihre internationalen Beziehungen verantwortlichen Mitglied oder, wenn die Vereinten Nationen als Verwaltungsbehörde eines Treuhandgebietes tätig sind, von diesen an den Generalsekretär der Vereinten Nationen gerichtete schriftliche Notifizierung beendet werden. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen unterrichtet alle Mitglieder und den Generalsekretär der Organisation unverzüglich von dieser Notifizierung. Die Notifizierung wird nach Ablauf von zwölf Monaten nach ihrem Eingang beim Generalsekretär der Vereinten Nationen wirksam.

Teil XVII

Inkrafttreten

Artikel 60

Diese Konvention tritt mit dem Tage in Kraft, an dem 21 Staaten, von denen sieben je eine Gesamttonnage von mindestens einer Million Bruttoregistertonnen haben, gemäß Artikel 57 Vertragsparteien geworden sind.

Artikel 61

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen unterrichtet alle zur Seeschifffahrts-Konferenz der Vereinten Nationen eingeladenen sowie diejenigen anderen Staaten, die Mitglieder geworden sind, von dem Zeitpunkt, zu dem jeder Vertragspartei dieser Konvention wird, sowie vom Zeitpunkt ihres Inkrafttretens.

Artikel 62

Diese Konvention, deren englischer, französischer und spanischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, wird beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt; dieser übermittelt allen zur Seeschifffahrts-Konferenz der Vereinten Nationen eingeladenen sowie denjenigen anderen Staaten, die Mitglieder geworden sind, beglaubigte Abschriften.

Artikel 63

Die Vereinten Nationen sind zur Eintragung dieser Konvention ermächtigt, sobald sie in Kraft tritt.

ZU URKUND DESSEN haben die von ihren Regierungen hierzu gehörig befugten Unterzeichneten diese Konvention unterschrieben.

GESCHEHEN in Genf am 6. März 1948.

**CONVENTION
ON THE INTER-GOVERNMENTAL MARITIME
CONSULTATIVE ORGANIZATION**

PART I

Purposes of the Organization

Article 1

The purposes of the Organization are:

(a) To provide machinery for co-operation among Governments in the field of governmental regulation and practices relating to technical matters of all kinds affecting shipping engaged in international trade, and to encourage the general adoption of the highest practicable standards in matters concerning maritime safety and efficiency of navigation;

(b) To encourage the removal of discriminatory action and unnecessary restrictions by Governments affecting shipping engaged in international trade so as to promote the availability of shipping services to the commerce of the world without discrimination; assistance and encouragement given by a Government for the development of its national shipping and for purposes of security does not in itself constitute discrimination, provided that such assistance and encouragement is not based on measures designed to restrict the freedom of shipping of all flags to take part in international trade;

(c) To provide for the consideration by the Organization of matters concerning unfair restrictive practices by shipping concerns in accordance with Part II;

(d) To provide for the consideration by the Organization of any matters concerning shipping that may be referred to it by any organ or specialized agency of the United Nations;

(e) To provide for the exchange of information among Governments on matters under consideration by the Organization.

PART II

Functions

Article 2

The functions of the Organization shall be consultative and advisory.

Article 3

In order to achieve the purposes set out in Part I, the functions of the Organization shall be:

(a) Subject to the provisions of Article 4, to consider and make recommendations upon matters arising under Article 1 (a), (b) and (c) that may be remitted to it by Members, by any organ or specialized agency of the United Nations or by any other inter-governmental organization or upon matters referred to it under Article 1 (d);

(b) To provide for the drafting of conventions, agreements, or other suitable instruments, and to recommend these to Governments and to inter-governmental organizations, and to convene such conferences as may be necessary;

(c) To provide machinery for consultation among Members and the exchange of information among Governments.

Article 4

In those matters which appear to the Organization capable of settlement through the normal processes of international shipping business the Organization shall so recommend. When, in the opinion of the Organization, any matter concerning unfair restrictive practices by shipping concerns is incapable of settlement through the normal processes of international shipping business, or has in fact so proved, and provided it shall first have been the subject of direct negotiations between the Members concerned, the Organization shall, at the request of one of those Members, consider the matter.

PART III

Membership

Article 5

Membership in the Organization shall be open to all States, subject to the provisions of Part III.

Article 6

Members of the United Nations may become Members of the Organization by becoming parties to the Convention in accordance with the provisions of Article 57.

Article 7

States not Members of the United Nations which have been invited to send representatives to the United Nations Maritime Conference convened in Geneva on 19 February 1948, may become Members by becoming parties to the Convention in accordance with the provisions of Article 57.

Article 8

Any State not entitled to become a Member under Article 6 or 7 may apply through the Secretary-General of the Organization to become a Member and shall be admitted as a Member upon its becoming a party to the Convention in accordance with the provisions of Article 57 provided that, upon the recommendation of the Council, its application has been approved by two-thirds of the Members other than Associate Members.

Article 9

Any Territory or group of Territories to which the Convention has been made applicable under Article 58, by the Member having responsibility for its international relations or by the United Nations, may become an Associate Member of the Organization by notification in writing given by such Member or by the United Nations, as the case may be, to the Secretary-General of the United Nations.

Article 10

An Associate Member shall have the rights and obligations of a Member under the Convention except that it shall not have the right to vote in the Assembly or be eligible for membership on the Council or on the Maritime Safety Committee and subject to this the word "Member" in the Convention shall be deemed to include Associate Member unless the context otherwise requires.

Article 11

No State or Territory may become or remain a Member of the Organization contrary to a resolution of the General Assembly of the United Nations.

PART IV

Organs

Article 12

The Organization shall consist of an Assembly, a Council, a Maritime Safety Committee, and such subsidiary organs as the Organization may at any time consider necessary; and a Secretariat.

PART V

The Assembly

Article 13

The Assembly shall consist of all the Members.

Article 14

Regular sessions of the Assembly shall take place once every two years. Extraordinary sessions shall be convened after a notice of sixty days whenever one-third of the Members give notice to the Secretary-General that they desire a session to be arranged, or at any time if deemed necessary by the Council, after a notice of sixty days.

Article 15

A majority of the Members other than Associate Members shall constitute a quorum for the meetings of the Assembly.

Article 16

The functions of the Assembly shall be:

(a) To elect at each regular session from among its Members, other than Associate Members, its President and two Vice-Presidents who shall hold office until the next regular session;

(b) To determine its own Rules of Procedure except as otherwise provided in the Convention;

(c) To establish any temporary or, upon recommendation of the Council, permanent subsidiary bodies it may consider to be necessary;

(d) To elect the Members to be represented on the Council, as provided in Article 17, and on the Maritime Safety Committee as provided in Article 28;

(e) To receive and consider the reports of the Council, and to decide upon any question referred to it by the Council;

(f) To vote the budget and determine the financial arrangements of the Organization, in accordance with Part IX;

(g) To review the expenditures and approve the accounts of the Organization;

(h) To perform the functions of the Organization, provided that in matters relating to Article 3 (a) and (b), the Assembly shall refer such matters to the Council for formulation by it of any recommendations or instruments thereon; provided further that any recommendations or instruments submitted to the Assembly by the Council and not accepted by the Assembly shall be referred back to the Council for further consideration with such observations as the Assembly may make;

(i) To recommend to Members for adoption regulations concerning maritime safety, or amendments to such regulations, which have been referred to it by the Maritime Safety Committee through the Council;

(j) To refer to the Council for consideration or decision any matters within the scope of the Organization, except that the function of making recommendations under paragraph (i) of this Article shall not be delegated.

PART VI

The Council

Article 17

The Council shall be composed of eighteen Members elected by the Assembly.

Article 18

In electing the Members of the Council, the Assembly shall observe the following principles:

(a) Six shall be Governments of States with the largest interest in providing international shipping services;

(b) Six shall be Governments of other States with the largest interest in international seaborne trade;

(c) Six shall be Governments of States not elected under (a) or (b) above, which have special interests in maritime transport or navigation, and whose election to the Council will ensure the representation of all major geographic areas of the world.

Article 19

Members represented on the Council in accordance with Article 17 shall hold office until the end of the next regular session of the Assembly. Members shall be eligible for re-election.

Article 20

(a) The Council shall elect its Chairman and adopt its own Rules of Procedure except as otherwise provided in the Convention.

(b) Twelve Members of the Council shall constitute a quorum.

(c) The Council shall meet upon one month's notice as often as may be necessary for the efficient discharge of its duties upon the summons of its Chairman or upon request by not less than four of its Members. It shall meet at such places as may be convenient.

Article 21

The Council shall invite any Member to participate, without vote, in its deliberations on any matter of particular concern to that Member.

Article 22

(a) The Council shall receive the recommendations and reports of the Maritime Safety Committee and shall transmit them to the Assembly and, when the Assembly is not in session, to the Members for information, together with the comments and recommendations of the Council.

(b) Matters within the scope of Article 29 shall be considered by the Council only after obtaining the views of the Maritime Safety Committee thereon.

Article 23

The Council, with the approval of the Assembly, shall appoint the Secretary-General. The Council shall also make provision for the appointment of such other personnel as may be necessary, and determine the terms and conditions of service of the Secretary-General and other personnel, which terms and conditions shall conform as far as possible with those of the United Nations and its specialized agencies.

Article 24

The Council shall make a report to the Assembly at each regular session on the work of the Organization since the previous regular session of the Assembly.

Article 25

The Council shall submit to the Assembly the budget estimates and the financial statements of the Organization, together with its comments and recommendations.

Article 26

The Council may enter into agreements or arrangements covering the relationship of the Organization with other organizations, as provided for in Part XII. Such agreements or arrangements shall be subject to approval by the Assembly.

Article 27

Between sessions of the Assembly, the Council shall perform all the functions of the Organization, except the function of making recommendations under Article 16 (i).

PART VII

Maritime Safety Committee

Article 28

The Maritime Safety Committee shall consist of sixteen Members elected by the Assembly from Members, Governments of those States having an important interest in maritime safety of which:

(a) Eight Members shall be elected from among the ten largest shipowning States;

(b) Four Members shall be elected in such manner as to ensure that, under this sub-paragraph, a State in each of the following areas is represented:

I. Africa

II. The Americas

III. Asia and Oceania

IV. Europe

(c) The remaining four Members shall be elected from among States not otherwise represented on the Committee.

For the purpose of this Article, States having an important interest in maritime safety shall include, for example, States interested in the supply of large numbers of crews or in the carriage of large numbers of berthed or unberthed passengers.

Members of the Maritime Safety Committee shall be elected for a term of four years and shall be eligible for re-election.

Article 29

(a) The Maritime Safety Committee shall have the duty of considering any matter within the scope of the Organization and concerned with aids to navigation, construction and equipment of vessels, manning from a safety standpoint, rules for the prevention of collisions, handling of dangerous cargoes, maritime safety procedures and requirements, hydrographic information, log-books and navigational records, marine casualty investigation, salvage and rescue, and any other matters directly affecting maritime safety.

(b) The Maritime Safety Committee shall provide machinery for performing any duties assigned to it by the Convention, or by the Assembly, or any duty within the scope of this Article which may be assigned to it by any other inter-governmental instrument.

(c) Having regard to the provisions of Part XII, the Maritime Safety Committee shall have the duty of maintaining such close relationship with other inter-governmental bodies concerned with transport and communications as may further the object of the Organization in promoting maritime safety and facilitate the co-ordination of activities in the fields of shipping, aviation, telecommunications and meteorology with respect to safety and rescue.

Article 30

The Maritime Safety Committee, through the Council, shall:

(a) Submit to the Assembly at its regular sessions proposals made by Members for safety regulations or for amendments to existing safety regulations, together with its comments or recommendations thereon;

(b) Report to the Assembly on the work of the Maritime Safety Committee since the previous regular session of the Assembly.

Article 31

The Maritime Safety Committee shall meet once a year and at other times upon request of any five of its Members. It shall elect its officers once a year and shall adopt its own Rules of Procedure. A majority of its Members shall constitute a quorum.

Article 32

The Maritime Safety Committee shall invite any Member to participate, without vote, in its deliberations on any matter of particular concern to that Member.

PART VIII

The Secretariat

Article 33

The Secretariat shall comprise the Secretary-General, a Secretary of the Maritime Safety Committee and such staff as the Organization may require. The Secretary-General shall be the chief administrative officer of the Organization, and shall, subject to the provisions of Article 23, appoint the above-mentioned personnel.

Article 34

The Secretariat shall maintain all such records as may be necessary for the efficient discharge of the functions of the Organization and shall prepare, collect and circulate the papers, documents, agenda, minutes and information that may be required for the work of the Assembly, the Council, the Maritime Safety Committee, and such subsidiary organs as the Organization may establish.

Article 35

The Secretary-General shall prepare and submit to the Council the financial statements for each year and the budget estimates on a biennial basis, with the estimates for each year shown separately.

Article 36

The Secretary-General shall keep Members informed with respect to the activities of the Organization. Each Member may appoint one or more representatives for the purpose of communication with the Secretary-General.

Article 37

In the performance of their duties the Secretary-General and the staff shall not seek or receive instructions from any Government or from any authority external to the Organization. They shall refrain from any action which might reflect on their position as international officials. Each Member on its part undertakes to respect the exclusively international character of the responsibilities of the Secretary-General and the staff and not to seek to influence them in the discharge of their responsibilities.

Article 38

The Secretary-General shall perform such other tasks as may be assigned to him by the Convention, the Assembly, the Council and the Maritime Safety Committee.

PART IX

Finances

Article 39

Each Member shall bear the salary, travel and other expenses of its own delegation to the Assembly and of its representatives on the Council, the Maritime Safety Committee, other committees and subsidiary bodies.

Article 40

The Council shall consider the financial statements and budget estimates prepared by the Secretary-General and submit them to the Assembly with its comments and recommendations.

Article 41

(a) Subject to any agreement between the Organization and the United Nations, the Assembly shall review and approve the budget estimates.

(b) The Assembly shall apportion the expenses among the Members in accordance with a scale to be fixed by it after consideration of the proposals of the Council thereon.

Article 42

Any Member which fails to discharge its financial obligation to the Organization within one year from the date on which it is due, shall have no vote in the Assembly, the Council, or the Maritime Safety Committee unless the Assembly, at its discretion, waives this provision.

PART X

Voting

Article 43

The following provisions shall apply to voting in the Assembly, the Council and the Maritime Safety Committee:

(a) Each Member shall have one vote.

(b) Except as otherwise provided in the Convention or in any international agreement which confers functions on the Assembly, the Council, or the Maritime Safety Committee, decisions of these organs shall be by a majority vote of the Members present and voting and, for decisions where a two-thirds majority vote is required, by a two-thirds majority vote of those present.

(c) For the purpose of the Convention, the phrase "Members present and voting" means "Members present and casting an affirmative or negative vote". Members which abstain from voting shall be considered as not voting.

PART XI

Headquarters of the Organization

Article 44

(a) The headquarters of the Organization shall be established in London.

(b) The Assembly may by a two-thirds majority vote change the site of the headquarters if necessary.

(c) The Assembly may hold sessions in any place other than the headquarters if the Council deems it necessary.

PART XII

**Relationship with the United Nations
and other Organizations**

Article 45

The Organization shall be brought into relationship with the United Nations in accordance with Article 57 of the Charter of the United Nations as the specialized agency in the field of shipping. This relationship shall be effected through an agreement with the United Nations under Article 63 of the Charter of the United Nations, which agreement shall be concluded as provided in Article 28.

Article 46

The Organization shall co-operate with any specialized agency of the United Nations in matters which may be the common concern of the Organization and of such specialized agency, and shall consider such matters and act with respect to them in accord with such specialized agency.

Article 47

The Organization may, on matters within its scope, co-operate with other inter-governmental organizations which are not specialized agencies of the United Nations, but whose interests and activities are related to the purposes of the Organization.

Article 48

The Organization may, on matters within its scope, make suitable arrangements for consultation and co-operation with non-governmental international organizations.

Article 49

Subject to approval by a two-thirds majority vote of the Assembly, the Organization may take over from any other international organizations, governmental or non-governmental, such functions, resources and obligations within the scope of the Organization as may be transferred to the Organization by international agreements or by mutually acceptable arrangements entered into between competent authorities of the respective organizations. Similarly, the Organization may take over any administrative functions which are within its scope and which have been entrusted to a Government under the terms of any international instrument.

PART XIII

Legal Capacity, Privileges and Immunities

Article 50

The legal capacity, privileges and immunities to be accorded to, or in connexion with, the Organization, shall be derived from and governed by the General Convention on the Privileges and Immunities of the Specialized Agencies approved by the General Assembly of the United Nations on 21 November 1947, subject to such modifications as may be set forth in the final (or revised) text of the Annex approved by the Organization in accordance with Sections 36 and 38 of the said General Convention.

Article 51

Pending its accession to the said General Convention in respect of the Organization, each Member undertakes to apply the provisions of Appendix II to the present Convention.

PART XIV

Amendments

Article 52

Texts of proposed amendments to the Convention shall be communicated by the Secretary-General to Members at least six months in advance of their consideration by the Assembly. Amendments shall be adopted by a two-thirds majority vote of the Assembly, including the concurring votes of a majority of the Members represented on the Council. Twelve months after its acceptance by two-thirds of the Members of the Organization, other than Associate Members, each amendment shall come into force for all Members except those which, before it comes into force, make a declaration that they do not accept the amendment. The Assembly may by a two-thirds majority vote determine at the time of its adoption that an amendment is of such a nature that any Member which has made such a declaration and which does not accept the amendment within a period of twelve months after the amendment comes into force shall, upon the expiration of this period, cease to be a party to the Convention.

Article 53

Any amendment adopted under Article 52 shall be deposited with the Secretary-General of the United Nations, who will immediately forward a copy of the amendment to all Members.

Article 54

A declaration or acceptance under Article 52 shall be made by the communication of an instrument to the Secretary-General for deposit with the Secretary-General of the United Nations. The Secretary-General will notify Members of the receipt of any such instrument and of the date when the amendment enters into force.

PART XV

Interpretation

Article 55

Any question or dispute concerning the interpretation or application of the Convention shall be referred for settlement to the Assembly, or shall be settled in such other manner as the parties to the dispute agree. Nothing in this Article shall preclude the Council or the Maritime Safety Committee from settling any such question or dispute that may arise during the exercise of their functions.

Article 56

Any legal question which cannot be settled as provided in Article 55 shall be referred by the Organization to the International Court of Justice for an advisory opinion in accordance with Article 96 of the Charter of the United Nations.

PART XVI

Miscellaneous Provisions

Article 57. Signature and Acceptance

Subject to the provisions of Part III the present Convention shall remain open for signature or acceptance and States may become parties to the Convention by:

- (a) Signature without reservation as to acceptance;
- (b) Signature subject to acceptance followed by acceptance; or
- (c) Acceptance.

Acceptance shall be effected by the deposit of an instrument with the Secretary-General of the United Nations.

Article 58. Territories

(a) Members may make a declaration at any time that their participation in the Convention includes all or a group or a single one of the Territories for whose international relations they are responsible.

(b) The Convention does not apply to Territories for whose international relations Members are responsible unless a declaration to that effect has been made on their behalf under the provisions of paragraph (a) of this Article.

(c) A declaration made under paragraph (a) of this Article shall be communicated to the Secretary-General of the United Nations and a copy of it will be forwarded by him to all States invited to the United Nations Maritime Conference and to such other States as may have become Members.

(d) In cases where under a Trusteeship Agreement the United Nations is the administering authority, the United Nations may accept the Convention on behalf of one, several, or all of the Trust Territories in accordance with the procedure set forth in Article 57.

Article 59. Withdrawal

(a) Any Member may withdraw from the Organization by written notification given to the Secretary-General of the United Nations, who will immediately inform the other Members and the Secretary-General of the Organization of such notification. Notification of withdrawal may be given at any time after the expiration of twelve months from the date on which the Convention has come into force. The withdrawal shall take effect upon the expiration of twelve months from the date on which such written notification is received by the Secretary-General of the United Nations.

(b) The application of the Convention to a Territory or group of Territories under Article 58 may at any time be ter-

minated by written notification given to the Secretary-General of the United Nations by the Member responsible for its international relations or, in the case of a Trust Territory of which the United Nations is the administering authority, by the United Nations. The Secretary-General of the United Nations will immediately inform all Members and the Secretary-General of the Organization of such notification. The notification shall take effect upon the expiration of twelve months from the date on which it is received by the Secretary-General of the United Nations.

PART XVII

Entry into Force

Article 60

The present Convention shall enter into force on the date when 21 States, of which seven shall each have a total tonnage of not less than 1,000,000 gross tons of shipping, have become parties to the Convention in accordance with Article 57.

Article 61

The Secretary-General of the United Nations will inform all States invited to the United Nations Maritime Conference and such other States as may have become Members, of the date when each State becomes party to the Convention, and also of the date on which the Convention enters into force.

Article 62

The present Convention, of which the English, French and Spanish texts are equally authentic, shall be deposited with the Secretary-General of the United Nations, who will transmit certified copies thereof to each of the States invited to the United Nations Maritime Conference and to such other States as may have become Members.

Article 63

The United Nations is authorized to effect registration of the Convention as soon as it comes into force.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned being duly authorized by their respective Governments for that purpose have signed the present Convention.

Done in Geneva on 6 March 1948.

(Übersetzung)

**Änderungen zur Konvention
über die Zwischenstaatliche Beratende
Seeschiffahrtsorganisation**

Artikel 10

Der bestehende Text wird durch folgenden ersetzt:

Assoziierte Mitglieder haben die aus dieser Konvention erwachsenen Rechte und Pflichten der ordentlichen Mitglieder; sie haben jedoch kein Stimmrecht und können nicht in den Rat gewählt werden; mit dieser Einschränkung gelten auch assoziierte Mitglieder als „Mitglieder“ im Sinne dieser Konvention, sofern sich aus dem Zusammenhang nichts anderes ergibt.

Artikel 16

Der bestehende Text des Absatzes d) wird durch den folgenden ersetzt:

d) sie wählt die Mitglieder des Rates gemäß Artikel 17.

Artikel 17

Der bestehende Text wird durch den folgenden ersetzt:

Der Rat besteht aus vierundzwanzig, von der Versammlung gewählten Mitgliedern.

Artikel 18

Der bestehende Text wird durch den folgenden ersetzt:

Bei der Wahl der Mitglieder des Rates beachtet die Versammlung die folgenden Kriterien:

- a) Sechs der Staaten, die das größte Interesse an der Bereitstellung internationaler Schifffahrtsdienste haben;
- b) Sechs andere Staaten, die das größte Interesse am internationalen Handel über See haben;
- c) Zwölf Staaten, die nicht unter (a) und (b) oben gewählt wurden und die ein wesentliches Interesse am Seetransport oder an der Seeschifffahrt haben und deren Wahl in den Rat die Vertretung aller bedeutenden geographischen Gebiete der Welt sichert.

Artikel 20

Der bestehende Text wird durch den folgenden ersetzt:

- a) Der Rat wählt seinen Vorsitzenden und gibt sich seine Geschäftsordnung, soweit diese Konvention nichts anderes vorsieht.
- b) Der Rat ist beschlußfähig, wenn sechzehn seiner Mitglieder vertreten sind.
- c) Der Rat tritt, so oft dies zur wirksamen Erledigung seiner Aufgaben erforderlich ist, durch Einberufung seines Vorsitzenden oder auf Antrag von mindestens vier seiner Mitglieder zusammen; der Zeitpunkt des Zusammentritts ist einen Monat im voraus bekanntzugeben. Der Tagungsort wird nach Zweckmäßigkeitsgründen bestimmt.

Artikel 28

Der bestehende Text wird durch den folgenden ersetzt:

Der Schiffssicherheitsausschuß besteht aus allen Mitgliedern.

Artikel 31

Der bestehende Text wird durch den folgenden ersetzt:

Der Schiffssicherheitsausschuß tritt mindestens einmal im Jahr zusammen. Er wählt alljährlich sein Büro und gibt sich seine Geschäftsordnung.

Artikel 32

Dieser Artikel wird gestrichen.

Die Artikel 33 bis 63 werden demzufolge unnummeriert.

**AMENDMENTS TO THE CONVENTION
ON THE INTER-GOVERNMENTAL MARITIME
CONSULTATIVE ORGANIZATION**

Article 10

The existing text is replaced by the following:

An Associate Member shall have the rights and obligations of a Member under the Convention except that it shall not have the right to vote or be eligible for membership on the Council and subject to this the word "Member" in the Convention shall be deemed to include Associate Member unless the context otherwise requires.

Article 16

The existing text of paragraph (d) is replaced by the following:

(d) To elect the Members to be represented on the Council as provided in Article 17.

Article 17

The existing text is replaced by the following:

The Council shall be composed of twenty-four Members elected by the Assembly.

Article 18

The existing text is replaced by the following:

In electing the Members of the Council, the Assembly shall observe the following criteria:

- (a) Six shall be States with the largest interest in providing international shipping services;
- (b) Six shall be other States with the largest interest in international seaborne trade;
- (c) Twelve shall be States not elected under (a) or (b) above, which have special interests in maritime transport or navigation, and whose election to the Council will ensure the representation of all major geographic areas of the world.

Article 20

The existing text is replaced by the following:

- (a) The Council shall elect its Chairman and adopt its own Rules of Procedure except as otherwise provided in the Convention.
- (b) Sixteen Members of the Council shall constitute a quorum.
- (c) The Council shall meet upon one month's notice as often as may be necessary for the efficient discharge of its duties upon the summons of its Chairman or upon request by not less than four of its Members. It shall meet at such places as may be convenient.

Article 28

The existing text is replaced by the following:

The Maritime Safety Committee shall consist of all the Members.

Article 31

The existing text is replaced by the following:

The Maritime Safety Committee shall meet at least once a year. It shall elect its officers once a year and shall adopt its own Rules of Procedure.

Article 32

This Article is deleted.

Articles 33 through 63 are renumbered accordingly.

**Bekanntmachung
über den Beitritt
der Deutschen Demokratischen Republik
zur Einheitlichen Konvention vom 30. März 1961
über Suchtmittel
vom 28. Juni 1976**

Es wird hierdurch bekanntgemacht, daß am 2. Dezember 1975 die Beitrittsurkunde der Deutschen Demokratischen Republik zur Einheitlichen Konvention vom 30. März 1961 über Suchtmittel hinterlegt wurde.

Bei der Hinterlegung der Beitrittsurkunde wurde von seiten der Deutschen Demokratischen Republik zu Artikel 12 Absätze 2 und 3, Artikel 13 Absatz 3, Artikel 14 Absätze 1 und 2 und Artikel 31 Absatz 1 (b) der Konvention folgender Vorbehalt erklärt:

„Die Deutsche Demokratische Republik betrachtet sich nicht an die Bestimmungen des Artikels 12 Absätze 2 und 3, des Artikels 13 Absatz 3, des Artikels 14 Absätze 1 und 2 und des Artikels 31 Absatz 1 (b) der Konvention gebunden, soweit sie Staaten betreffen, die nicht die Möglichkeit haben, gemäß Artikel 40 der Konvention Mitglied dieser Konvention zu werden.“

Zu Artikel 48 Absatz 2 der Konvention wurde folgender Vorbehalt erklärt:

„Die Deutsche Demokratische Republik betrachtet sich nicht an die Bestimmung des Artikels 48 Absatz 2 der Konvention gebunden, die die obligatorische Gerichtsbarkeit des Internationalen Gerichtshofes vorsieht, und vertritt hinsichtlich der Zuständigkeit des Internationalen Gerichtshofes für Streitfälle, die sich aus der Auslegung oder Anwendung der Konvention ergeben, die Auffassung, daß in jedem einzelnen Fall die Zustimmung aller am Streitfall beteiligten Parteien für die Überweisung eines bestimmten Streitfalles zur Entscheidung an den Internationalen Gerichtshof erforderlich ist.“

Zu den Artikeln 40 und 42 der Konvention gab die Deutsche Demokratische Republik folgende Erklärungen ab:

Zu Artikel 40 der Konvention:

„Die Deutsche Demokratische Republik ist der Auffassung, daß die Bestimmungen des Artikels 40 der Konvention im Widerspruch zu dem Prinzip stehen, wonach alle Staaten, die sich in ihrer Politik von den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen leiten lassen, das Recht haben, Mitglied von Konventionen zu werden, die die Interessen aller Staaten berühren.“

Zu Artikel 42 der Konvention:

„Die Deutsche Demokratische Republik läßt sich in ihrer Haltung zu den Bestimmungen des Artikels 42 der Konvention, soweit sie die Anwendung der Konvention auf Kolonialgebiete und andere abhängige Territorien betreffen, von den Festlegungen der Deklaration der Vereinten Nationen über die Gewährung der Unabhängigkeit an die kolonialen Länder und Völker (Res. Nr. 1514 [XV] vom 14. Dezember 1960) leiten, welche die Notwendigkeit einer schnellen und bedingungslosen Beendigung des Kolonialismus in allen seinen Formen und Äußerungen proklamieren.“

Die Konvention ist gemäß ihrem Artikel 41 Absatz 2 für die Deutsche Demokratische Republik am 1. Januar 1976 in Kraft getreten.

Der Text der Konvention wird im Sonderdruck Nr. 880 des Gesetzblattes veröffentlicht.

Berlin, den 28. Juni 1976

**Der Sekretär des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik
H. Eichler**

**Bekanntmachung
über den Beitritt
der Deutschen Demokratischen Republik
zur Konvention vom 21. Februar 1971
über psychotrope Substanzen
vom 28. Juni 1976**

Es wird hierdurch bekanntgemacht, daß am 2. Dezember 1975 die Beitrittsurkunde der Deutschen Demokratischen Republik zur Konvention vom 21. Februar 1971 über psychotrope Substanzen hinterlegt wurde.

Bei der Hinterlegung der Beitrittsurkunde wurden von seiten der Deutschen Demokratischen Republik zu Artikel 19 Absätze 1 und 2 und zu Artikel 31 Absatz 2 der Konvention folgende Vorbehalte erklärt:

Zu Artikel 19 Absätze 1 und 2 der Konvention:

„Die Deutsche Demokratische Republik betrachtet sich nicht an die Bestimmungen des Artikels 19 Absätze 1 und 2 der Konvention gebunden, soweit sie Staaten betreffen, die nicht die Möglichkeit haben, gemäß Artikel 25 der Konvention Mitglied dieser Konvention zu werden.“

Zu Artikel 31 Absatz 2 der Konvention:

„Die Deutsche Demokratische Republik betrachtet sich nicht an die Bestimmung des Artikels 31 Absatz 2 der Konvention gebunden, die die obligatorische Gerichtsbarkeit des Internationalen Gerichtshofes vorsieht, und vertritt hinsichtlich der Zuständigkeit des Internationalen Gerichtshofes für Streitfälle, die sich aus der Auslegung oder Anwendung der Konvention ergeben, die Auffassung, daß in jedem einzelnen Fall die Zustimmung aller am Streitfall beteiligten Parteien für die Überweisung eines bestimmten Streitfalles zur Entscheidung an den Internationalen Gerichtshof erforderlich ist.“

Zu den Artikeln 25 und 27 der Konvention gab die Deutsche Demokratische Republik folgende Erklärungen ab:

Zu Artikel 25 der Konvention:

„Die Deutsche Demokratische Republik ist der Auffassung, daß die Bestimmungen des Artikels 25 der Konvention im Widerspruch zu dem Prinzip stehen, wonach alle Staaten, die sich in ihrer Politik von den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen leiten lassen, das Recht haben, Mitglied von Konventionen zu werden, die die Interessen aller Staaten berühren.“

Zu Artikel 27 der Konvention:

„Die Deutsche Demokratische Republik läßt sich in ihrer Haltung zu den Bestimmungen des Artikels 27 der Konvention, soweit sie die Anwendung der Konvention auf Kolonialgebiete und andere abhängige Territorien betreffen, von den Festlegungen der Deklaration der Vereinten Nationen über die Gewährung der Unabhängigkeit an die kolonialen Länder und Völker (Res. Nr. 1514 [XV] vom 14. Dezember 1960) leiten, welche die Notwendigkeit einer schnellen und bedingungslosen Beendigung des Kolonialismus in allen seinen Formen und Äußerungen proklamieren.“

Der Tag, an dem die Konvention für die Deutsche Demokratische Republik in Kraft tritt, wird im Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik bekanntgemacht.

Der Text der Konvention wird im Sonderdruck Nr. 880 des Gesetzblattes veröffentlicht.

Berlin, den 28. Juni 1976

**Der Sekretär des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik
H. Eichler**

Achtung!**Wichtig für**

- Betriebe und Kombinate
- wirtschaftsleitende Organe

Die Erzeugnis- und Leistungs-nomenklatur der DDR (ELN) ist verbindliches Arbeitsmittel für die Ausarbeitung und Abrechnung der Volkswirtschaftspläne. Zur Sicherung ihrer einheitlichen und fehlerfreien Erarbeitung hat die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik weitere Neudrucke der ELN herausgegeben.

In diese Neudrucke sind alle bisher erschienenen sowie noch nicht publizierten Ergänzungen der entsprechenden Teile eingearbeitet worden.

Der Teil V (Textil, Konfektion, Leder) ist völlig neu gegliedert worden.

Die Neuausgaben beinhalten somit den neuesten Stand der ELN.

Bitte richten Sie Ihre Bestellung unter Berücksichtigung des Gesamtbedarfes Ihres Betriebes bzw. Ihrer Dienststelle an den

Staatsverlag der DDR

Bereich Amtliche Dokumente

108 Berlin

Otto-Grotewohl-Straße 17

Die Auslieferung erfolgt durch den Zentral-Versand Erfurt.

Teil V, Neudruck 1974

Erzeugnisse der Textil-, Bekleidungs- und Lederindustrie
Loseblattwerk, gelocht und gebündelt mit beigelegtem
Reißmechanikordner A 5

Umfang: 704 Seiten · Preis: 8,50 M

sofort lieferbar

Teil VII, Neudruck 1975

Erzeugnisse der Bauwirtschaft
Loseblattwerk, gelocht und gebündelt mit beigelegtem
Reißmechanikordnung A 5

Umfang: 96 Seiten · Preis: 6,80 M

sofort lieferbar

Teil IV, Neudruck 1975

Baumaterial, Glas, Keramik, Holz, Papier, Polygrafie, Kulturwaren, Altstoffe

Loseblattwerk, gelocht und gebündelt mit beigelegtem
Reißmechanikordner A 5

Umfang: 608 Seiten · Preis: 9,— M

sofort lieferbar

Weiterhin sind noch lieferbar:

Teil I, Neudruck 1972 (einschl. 1. bis 3. Ergänzung)
Energie, Brennstoffe, Metallurgie, Gießereien, Schmieden

Teil III, Neudruck 1971 (einschl. 1. bis 4. Ergänzung)
Chemie

Teil VI, Neudruck 1973 (einschl. 1. und 2. Ergänzung)
Lebensmittel, Land- und Forstwirtschaft

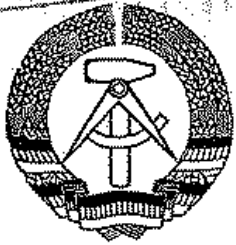


STAATSVERLAG

DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

Herausgeber: Sekretariat des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, 102 Berlin, Klosterstraße 47 — Redaktion: 102 Berlin, Klosterstraße 47, Telefon: 209 36 22 — Veröffentlicht unter Lizenz-Nr. 251 — Verlag: (610/62) Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 108 Berlin, Otto-Grotewohl-Straße 17, Telefon: 209 45 01 — Erscheint nach Bedarf — Fortlaufender Bezug nur durch die Post — Bezugspreis: Vierteljährlich Teil I 2,50 M, Teil II 1,— M — Einzelabgabe bis zum Umfang von 8 Seiten 0,15 M, bis zum Umfang von 16 Seiten 0,25 M, bis zum Umfang von 32 Seiten 0,40 M, bis zum Umfang von 48 Seiten 0,55 M je Exemplar, je weitere 16 Seiten 0,15 M mehr
Einzelbestellungen beim Zentral-Versand Erfurt, 501 Erfurt, Postschloßbuch 696. Außerdem besteht Kaufmöglichkeit nur bei Selbstabholung gegen Barzahlung (kein Versand) in der Buchhandlung für amtliche Dokumente, 108 Berlin, Neustädtische Kirchstraße 15, Telefon: 229 22 23
Gesamtherstellung: Staatsdruckerei der Deutschen Demokratischen Republik (Roffenoffsetdruck)

Index 31818



GESETZBLATT

241

der Deutschen Demokratischen Republik

1976	Berlin, den 15. September 1976	Teil II Nr. 11
Tag	Inhalt	Seite
9. 8. 76	Bekanntmachung über den Beitritt der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zur Internationalen Konvention vom 23. Juni 1969 über die Schiffsvermessung	241

**Bekanntmachung
über den Beitritt
der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik
zur Internationalen Konvention vom 23. Juni 1969
über die Schiffsvermessung
vom 9. August 1976**

Es wird hierdurch bekanntgemacht, daß am 15. Mai 1976 die Beitrittsurkunde der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zur nachstehend veröffentlichten Internationalen Konvention über die Schiffsvermessung vom 23. Juni 1969 bei der Zwischenstaatlichen Beratenden Seeschiffahrtsorganisation hinterlegt wurde.

Bei der Übergabe der Beitrittsurkunde wurden von seiten der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zu den Artikeln 16 und 20 der Konvention folgende Erklärungen abgegeben:

Zu Artikel 16 der Konvention:

„Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist der Auffassung, daß die Bestimmungen des Artikels 16 der Konvention im Widerspruch zu dem Prinzip stehen, wonach alle Staaten, die sich in ihrer Politik von den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen leiten lassen, das Recht haben, Mitglied von Konventionen zu werden, die die Interessen aller Staaten berühren.“

Zu Artikel 20 der Konvention:

„Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik läßt sich in ihrer Haltung zu den Bestimmungen des Artikels 20 der Konvention, soweit sie die Anwendung der Konvention auf Kolonialgebiete und andere abhängige Territorien betreffen, von den Festlegungen der Deklaration der Vereinten Nationen über die Gewährung der Unabhängigkeit an die kolonialen Länder und Völker (Res. Nr. 1514 [XV] vom 14. Dezember 1960) leiten, welche die Notwendigkeit einer schnellen und bedingungslosen Beendigung des Kolonialismus in allen seinen Formen und Äußerungen proklamieren.“

Der Tag, an dem die obengenannte Konvention für die Deutsche Demokratische Republik in Kraft tritt, wird im Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik bekanntgemacht.

Berlin, den 9. August 1976

**Der Leiter
des Sekretariats des Ministerrates**

Dr. Kleinert
Staatssekretär

INTERNATIONALE KONVENTION ÜBER DIE SCHIFFSVERMESSUNG VON 1969

Die Vertragsregierungen —

VON DEM WUNSCH GELEITET, einheitliche Grundsätze und Regeln für die Bestimmung der Tonnage von Schiffen aufzustellen, die in der Auslandsfahrt eingesetzt sind;

IN DER ERWÄGUNG, daß dieses Ziel am besten durch den Abschluß einer Konvention erreicht werden kann —

SIND WIE FOLGT ÜBEREINGEKOMMEN:

Artikel 1

Allgemeine Verpflichtungen zur Konvention

Die Vertragsregierungen verpflichten sich, den Bestimmungen dieser Konvention und ihren Anlagen, die Bestandteil derselben sind, Wirksamkeit zu verleihen. Jede Bezugnahme auf die Konvention gilt gleichzeitig als Bezugnahme auf die Anlagen.

Artikel 2

Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieser Konvention haben, soweit nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist, die nachstehenden Ausdrücke folgende Bedeutung:

- (1) Der Ausdruck „Regeln“ bezeichnet die Regeln, die dieser Konvention beigelegt sind;
- (2) Der Ausdruck „Verwaltung“ bezeichnet die Regierung des Staates, dessen Flagge das Schiff führt;
- (3) Der Ausdruck „Auslandsfahrt“ bezeichnet eine Seereise von einem Land, welches dieser Konvention angehört, nach einem Hafen außerhalb dieses Landes oder umgekehrt. Hierbei gilt jedes Hoheitsgebiet, für dessen internationale Beziehungen eine Vertragsregierung verantwortlich ist oder das der Verwaltung der Vereinten Nationen untersteht, als besonderes Land;
- (4) Der Ausdruck „Bruttotonnage“ bezeichnet das Maß für die in Übereinstimmung mit den Bestimmungen dieser Konvention ermittelte Gesamtgröße eines Schiffes;
- (5) Der Ausdruck „Nettotonnage“ bezeichnet das Maß für die in Übereinstimmung mit den Bestimmungen dieser Konvention ermittelte nutzbringende Kapazität eines Schiffes;
- (6) Der Ausdruck „neues Schiff“ bezeichnet ein Schiff, dessen Kiel am oder nach dem Tag des Inkrafttretens dieser Konvention gelegt wird oder das sich zu diesem Zeitpunkt in einem entsprechenden Bauzustand befindet;
- (7) Der Ausdruck „vorhandenes Schiff“ bezeichnet ein Schiff, das kein neues Schiff ist;
- (8) Der Ausdruck „Länge“ bezeichnet 96 v. H. der Gesamtlänge, gemessen in einer Wasserlinie in Höhe von 95 v. H. der geringsten Seitenhöhe über der Oberkante des Kiels, oder die Länge von der Vorkante des Vorstevens bis zur Achse des Ruderpostens in dieser Wasserlinie, wenn dieser Wert größer ist. Bei Schiffen, die mit Kielfall entworfen sind, verläuft die Wasserlinie, in der die Länge gemessen wird, parallel zu der Konstruktionswasserlinie;
- (9) Der Ausdruck „Organisation“ bezeichnet die Zwischenstaatliche Beratende Seeschiffahrts-Organisation.

Artikel 3

Anwendungsbereich

- (1) Diese Konvention gilt für folgende in der Auslandsfahrt eingesetzten Schiffe:
 - a) Schiffe, die in Ländern registriert sind, deren Regierungen Vertragsregierungen sind;
 - b) Schiffe, die in Gebieten registriert sind, auf die diese Konvention nach Artikel 20 Anwendung findet; sowie
 - c) nicht registrierte Schiffe, welche die Flagge eines Staates führen, dessen Regierung Vertragsregierung ist.

(2) Diese Konvention gilt für

- a) neue Schiffe;
- b) vorhandene Schiffe, an denen Umbauten oder Veränderungen vorgenommen werden, die nach Ansicht der Verwaltung von wesentlichem Einfluß auf ihre geltende Bruttotonnage sind;
- c) vorhandene Schiffe auf Antrag des Eigners; sowie
- b) den Wortlaut der Gesetze, Verordnungen, Anordnungen, dem die Konvention in Kraft tritt, mit der Ausnahme, daß für diese Schiffe — abgesehen von den unter b) und c) dieses Abschnittes erwähnten — die entsprechenden Anforderungen anderer internationaler Konventionen weiterhin nach ihrer derzeitigen Tonnage angewendet werden.

(3) Die Tonnage vorhandener Schiffe, auf die diese Konvention gemäß (2) c) dieses Artikels angewendet ist, kann danach nicht wieder nach den Anforderungen ermittelt werden, die die Verwaltung vor dem Inkrafttreten dieser Konvention auf Schiffe in der Auslandsfahrt angewendet hat.

Artikel 4

Ausnahmen

- (1) Diese Konvention gilt nicht für
 - a) Kriegsschiffe; sowie
 - b) Schiffe mit einer Länge unter 24 Metern (79 Fuß).
- (2) Diese Konvention gilt nicht für Schiffe, die ausschließlich bestimmt sind für Fahrten auf:
 - a) den Großen Seen Nordamerikas und dem Sankt-Lorenz-Strom, und zwar innerhalb eines Gebietes, das im Osten durch eine vom Kap des Rosiers zur Westspitze der Insel Anticosti verlaufende Linie (Loxodrome) und auf der Nordseite dieser Insel durch den Längengrad von 63° W. begrenzt wird;
 - b) dem Kaspischen Meer; oder
 - c) dem La Plata, dem Parana und dem Uruguay, begrenzt im Osten durch eine Linie (Loxodrome), die von Punta Rasa (Cabo San Antonio), Argentinien bis Punta del Este, Uruguay, verläuft.

Artikel 5

Höhere Gewalt

(1) Unterliegt ein Schiff bei Antritt einer Reise nicht den Bestimmungen dieser Konvention, so unterliegt es ihnen auch dann nicht, wenn es wegen Schlechtwetters oder sonstiger höherer Gewalt vom vorgesehenen Reiseweg abweicht.

(2) Bei der Anwendung der Bestimmungen dieser Konvention werden die Vertragsregierungen eintretende Abweichungen oder Verzögerungen eines Schiffes infolge Schlechtwetters oder sonstiger höherer Gewalt entsprechend berücksichtigen.

Artikel 6

Bestimmung der Tonnage

Die Bestimmung der Brutto- und Nettotonnage erfolgt durch die Verwaltung, die jedoch die Bestimmung entweder von ihr anerkannten Personen oder Organisationen übertragen kann. Die betreffende Verwaltung trägt jedoch in jedem Fall die volle Verantwortung für die Bestimmung der Brutto- und Nettotonnage.

Artikel 7

Zeugnisausstellung

- (1) Jedem Schiff, dessen Brutto- und Nettotonnage nach dieser Konvention bestimmt worden ist, wird ein internationaler Schiffsmessbrief (1969) ausgestellt.
- (2) Dieses Zeugnis wird von der Verwaltung oder einer von ihr ordnungsgemäß ermächtigten Person oder Organisation

ausgestellt. Die Verwaltung übernimmt in jedem Fall die volle Verantwortung für das Zeugnis.

Artikel 8

Ausstellung eines Zeugnisses durch eine andere Regierung

(1) Eine Vertragsregierung kann auf Ersuchen einer anderen Vertragsregierung die Brutto- und Nettotonnage eines Schiffes bestimmen und diesem nach Maßgabe dieser Konvention einen Internationalen Schiffsmeßbrief (1969) ausstellen oder ausstellen lassen.

(2) Eine Abschrift des Zeugnisses und eine Abschrift der Berechnungen der Tonnage werden der das Ersuchen stellenden Regierung so bald wie möglich übermittelt.

(3) Ein in dieser Weise ausgestelltes Zeugnis muß die Feststellung enthalten, daß es auf Ersuchen der Regierung des Staates ausgestellt wurde, dessen Flagge das Schiff jetzt oder künftig führt; es hat die gleiche Gültigkeit wie ein nach Artikel 7 ausgestelltes Zeugnis und wird ebenso anerkannt.

(4) Einem Schiff, das die Flagge eines Staates führt, dessen Regierung nicht Vertragsregierung ist, darf kein Internationaler Schiffsmeßbrief (1969) ausgestellt werden.

Artikel 9

Form der Zeugnisse

(1) Das Zeugnis wird in der oder den Amtssprachen des ausstellenden Landes ausgefertigt. Ist diese Sprache weder Englisch noch Französisch, so muß der Wortlaut in eine dieser Sprachen übersetzt werden.

(2) Die Form des Zeugnisses muß dem in Anlage II wiedergegebenen Muster entsprechen.

Artikel 10

Ungültigkeitserklärung von Zeugnissen

(1) Abgesehen von den in den Regeln festgelegten Ausnahmen verliert der Internationale Schiffsmeßbrief (1969) seine Gültigkeit und wird von der Verwaltung außer Kraft gesetzt, wenn in der Anordnung, der Bauart, in dem Fassungsvermögen, in der Nutzung der Räume, in der im Fahrgastschiff-Zeugnis angegebenen zulässigen Gesamtzahl der Fahrgäste, in dem erteilten Freibord oder dem zulässigen Tiefgang des Schiffes solche Veränderungen vorgenommen worden sind, die zu einer Vergrößerung der Brutto- oder Nettotonnage führen.

(2) Abgesehen von den Darlegungen im Absatz 3 dieses Artikels wird das dem Schiff von einer Verwaltung ausgestellte Zeugnis ungültig, sobald dieses Schiff zur Flagge eines anderen Staates überwechselt.

(3) Wechselt ein Schiff zur Flagge eines anderen Staates über, dessen Regierung Vertragsregierung ist, behält der Internationale Schiffsmeßbrief (1969) für einen Zeitraum von höchstens drei Monaten, oder wenn dieses früher ist, bis die Verwaltung einen neuen Internationalen Schiffsmeßbrief (1969) als Ersatz ausstellt, Gültigkeit. Die Vertragsregierung des Staates, dessen Flagge das Schiff bis dahin geführt hat, übersendet der Verwaltung nach dem Wechsel so früh wie möglich eine Abschrift des Zeugnisses, das sich zum Zeitpunkt des Wechsels an Bord befindet, sowie eine Abschrift der entsprechenden Tonnageberechnungen.

Artikel 11

* Anerkennung der Zeugnisse

Ein Zeugnis, das im Namen einer Vertragsregierung nach dieser Konvention ausgestellt ist, wird von den anderen Vertragsregierungen anerkannt und wird für alle in dieser Konvention vorgesehenen Zwecke als ein von ihnen selbst ausgestelltes Zeugnis angesehen.

Artikel 12

Kontrolle

(1) Ein Schiff, das die Flagge eines Staates führt, dessen Regierung Vertragsregierung ist, unterliegt in den Häfen an-

derer Vertragsregierungen einer Kontrolle durch ordnungsgemäß ermächtigte Beamte dieser Regierung.

Diese Kontrolle ist auf die Feststellung zu beschränken, ob:

- a) das Schiff mit einem gültigen Internationalen Schiffsmeßbrief (1969) versehen ist; und
- b) die Hauptmerkmale des Schiffes den Angaben im Zeugnis entsprechen.

(2) Die Durchführung einer solchen Kontrolle darf für das Schiff in keinem Fall einen Aufenthalt mit sich bringen.

(3) Sollte die Kontrolle ergeben, daß die wirklichen Hauptmerkmale des Schiffes von den im Internationalen Schiffsmeßbrief (1969) eingetragenen Angaben so abweichen, daß sich daraus eine Vergrößerung der Bruttotonnage oder der Nettotonnage ergeben würde, ist die Regierung des Staates, dessen Flagge das Schiff führt, unverzüglich davon zu unterrichten.

Artikel 13

Vorrechte

Die Vorrechte aus dieser Konvention können für ein Schiff nur dann in Anspruch genommen werden, wenn es ein nach Maßgabe der Konvention ausgestelltes gültiges Zeugnis besitzt.

Artikel 14

Frühere Verträge, Übereinkommen und Vereinbarungen

(1) Alle anderen Verträge, Übereinkommen und Vereinbarungen über Vermessungsfragen, die gegenwärtig zwischen den an dieser Konvention beteiligten Regierungen in Kraft sind, bleiben während ihrer jeweiligen Geltungsdauer unbeschränkt wirksam in bezug auf

- a) Schiffe, auf welche diese Konvention nicht angewendet wird; und
- b) Schiffe, auf welche diese Konvention angewendet wird, soweit es sich um darin nicht ausdrücklich geregelte Angelegenheiten handelt.

(2) Soweit jedoch solche Verträge, Übereinkommen und Vereinbarungen zu den Bestimmungen dieser Konvention im Widerspruch stehen, sind die letzteren maßgebend.

Artikel 15

Übermittlung von Unterlagen

Die Vertragsregierungen verpflichten sich, der Organisation folgende Unterlagen zu übermitteln und bei ihr zu hinterlegen:

- a) eine ausreichende Anzahl von Mustern ihrer Zeugnisse, die sie entsprechend den Bestimmungen dieser Konvention ausstellen, zwecks Weiterleitung an die Vertragsregierungen;
- b) den Wortlaut der Gesetze, Verordnungen, Anordnungen, Regeln und anderer Dokumente, die auf den verschiedenen, durch diese Konvention betroffenen Sachgebieten erlassen worden sind; sowie
- c) ein Verzeichnis nichtstaatlicher Stellen, die ermächtigt sind, in ihrem Namen in Schiffsvermessungsfragen tätig zu werden, zwecks Weiterleitung an die Vertragsregierungen.

Artikel 16

Unterzeichnung, Annahme und Beitritt

(1) Diese Konvention liegt sechs Monate, vom 23. Juni 1969 an gerechnet, zur Unterzeichnung und danach zum Beitritt auf. Die Regierungen der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen oder einer ihrer Sonderorganisationen oder der Internationalen Atomenergie-Organisation oder von Vertragsparteien der Satzung des Internationalen Gerichtshofes können Vertragsparteien der Konvention werden,

- a) indem sie sie ohne Vorbehalt der Annahme unterzeichnen;
- b) indem sie sie vorbehaltlich der Annahme unterzeichnen und später annehmen; oder
- c) indem sie ihr beitreten.

(2) Die Annahme oder der Beitritt erfolgt durch Hinterlegung einer Annahme- oder Beitrittsurkunde bei der Organisation. Die Organisation teilt allen Regierungen, die diese Konvention unterzeichnet haben oder ihr beigetreten sind, jede neue Annahme oder jeden neuen Beitritt sowie den Zeitpunkt der Hinterlegung der betreffenden Urkunde mit. Die Organisation teilt außerdem allen Regierungen, die die Konvention bereits unterzeichnet haben, jede Unterzeichnung mit, die während der nach dem 23. Juni 1969 liegenden sechs Monate erfolgt.

Artikel 17 Inkrafttreten

(1) Diese Konvention tritt vierundzwanzig Monate nach dem Tag in Kraft, an dem mindestens fünfundzwanzig Regierungen von Staaten, deren Handelsflotten zusammen mindestens 65 v. H. der Bruttotonnage der Welthandelsflotte ausmachen, sie nach Artikel 16 ohne Vorbehalt der Annahme unterzeichnet oder Annahme- oder Beitrittsurkunden hinterlegt haben. Die Organisation teilt allen Regierungen, die die Konvention unterzeichnet haben oder ihr beigetreten sind, den Zeitpunkt ihres Inkrafttretens mit.

(2) Für Regierungen, die während der im Absatz 1 genannten vierundzwanzig Monate eine Annahme- oder Beitrittsurkunde zu dieser Konvention hinterlegt haben, wird die Annahme oder der Beitritt mit Inkrafttreten der Konvention oder drei Monate nach dem Zeitpunkt der Hinterlegung der Annahme- oder Beitrittsurkunde wirksam, je nachdem, welcher Zeitpunkt später liegt.

(3) Für Regierungen, die nach dem Inkrafttreten dieser Konvention eine Annahme- oder Beitrittsurkunde zu derselben hinterlegt haben, tritt sie drei Monate nach Hinterlegung der betreffenden Urkunden in Kraft.

(4) Nach dem Zeitpunkt, zu dem alle Maßnahmen getroffen worden sind, um eine Änderung dieser Konvention in Kraft treten zu lassen, oder zu dem bei einstimmig angenommenen Änderungen alle notwendigen Annahmen nach Artikel 18, Absatz 2, Buchstabe b, als erfolgt gelten, gilt jede hinterlegte Annahme- oder Beitrittsurkunde für die Konvention in ihrer geänderten Fassung.

Artikel 18 Änderungen

(1) Diese Konvention kann auf Vorschlag einer Vertragsregierung durch eines der in diesem Artikel dargelegten Verfahren geändert werden.

(2) Änderung durch einstimmige Annahme:

a) Auf Ersuchen einer Vertragsregierung teilt die Organisation eine von der betreffenden Regierung vorgeschlagene Änderung dieser Konvention allen Vertragsregierungen zur Prüfung zwecks einstimmiger Annahme mit.

b) Jede derartige Änderung tritt zwölf Monate nach ihrer Annahme durch alle Vertragsregierungen in Kraft, falls nicht ein früherer Zeitpunkt vereinbart wird.

Das Einverständnis zur Annahme der Änderung wird bei jeder Vertragsregierung vorausgesetzt, wenn sie nicht innerhalb von vierundzwanzig Monaten nach der erstmaligen Mitteilung der Änderung durch die Organisation dieser ihre Annahme oder Ablehnung mitteilt.

(3) Änderung nach Prüfung durch die Organisation:

a) Auf Antrag einer Vertragsregierung wird jede von ihr vorgeschlagene Änderung dieser Konvention von der Organisation geprüft.

Nimmt der Schiffssicherheitsausschuß der Organisation die Änderung mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitglieder an, so wird die Änderung allen Mitgliedern der Organisation und allen Vertragsregierungen mindestens sechs Monate vor dem Zeitpunkt mitgeteilt, zu dem sie von der Vollversammlung der Organisation geprüft wird.

b) Eine Änderung, welche die Vollversammlung mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden und abstimmenden Mit-

glieder annimmt, wird von der Organisation allen Vertragsregierungen zur Annahme übermittelt.

c) Die Änderung tritt zwölf Monate nach dem Tag in Kraft, an dem sie von zwei Dritteln der Vertragsregierungen angenommen worden ist. Sie tritt für alle Vertragsregierungen mit Ausnahme derjenigen in Kraft, die vor Inkrafttreten der Änderung erklären, daß sie dieselbe nicht annehmen.

d) Bei der Annahme einer Änderung kann die Vollversammlung mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitglieder einschließlich zwei Drittel der im Schiffssicherheitsausschuß vertretenen und in der Vollversammlung anwesenden und abstimmenden Regierungen einen Vorschlag zur Beschlußfassung einbringen, daß angesichts der Wichtigkeit der Änderung jede Vertragsregierung, die eine Erklärung nach Buchstabe c) abgibt und die Änderung nicht innerhalb zwölf Monaten nach ihrem Inkrafttreten annimmt, nach Ablauf dieser Frist aufhört, Vertragspartei dieser Konvention zu sein. Diese Entscheidung ist abhängig von der vorherigen Annahme durch zwei Drittel der Vertragsregierungen.

e) Dieser Absatz schließt nicht aus, daß eine Vertragsregierung, die hinsichtlich einer Änderung der Konvention zunächst ein Verfahren nach diesem Absatz vorgeschlagen hat, jederzeit ein anderes Verfahren nach Absatz (2) oder (4) dieses Artikels anwendet, das sie für wünschenswert hält.

(4) Änderung durch eine Konferenz:

a) Auf Antrag einer Vertragsregierung, der von mindestens einem Drittel der Vertragsregierungen unterstützt wird, beruft die Organisation eine Konferenz der Regierungen zur Prüfung von Änderungen dieser Konvention ein;

b) Jede Änderung, welche die Konferenz mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden und abstimmenden Vertragsregierungen annimmt, wird von der Organisation allen Vertragsregierungen zur Annahme übermittelt;

c) Die Änderung tritt zwölf Monate nach dem Tag in Kraft, an dem sie von zwei Dritteln der Vertragsregierungen angenommen worden ist. Sie tritt für alle Vertragsregierungen mit Ausnahme derjenigen in Kraft, die vor Inkrafttreten der Änderung erklären, daß sie dieselbe nicht annehmen;

d) Die nach Buchstabe a) dieses Absatzes einberufene Konferenz kann mit einer Zweidrittelmehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitglieder bei der Annahme einer Änderung festlegen, daß angesichts der dieser Änderung zukommenden Bedeutung jede Vertragsregierung, die eine Erklärung nach Buchstabe c) dieses Absatzes abgibt und die Änderung nicht binnen zwölf Monaten nach ihrem Inkrafttreten annimmt, nach Ablauf dieser Frist als Vertragspartei ausscheidet.

(5) Die Organisation teilt allen Vertragsregierungen jede Änderung, die auf Grund dieses Artikels in Kraft treten kann, sowie den Zeitpunkt ihres Inkrafttretens mit.

(6) Jede auf Grund dieses Artikels erfolgte Annahme oder Erklärung erfolgt durch die Hinterlegung einer Urkunde bei der Organisation; diese notifiziert allen Vertragsregierungen den Eingang der Annahme oder Erklärung.

Artikel 19 Kündigung

(1) Jede Vertragsregierung kann diese Konvention nach Ablauf von fünf Jahren, nachdem sie für sie in Kraft getreten ist, jederzeit kündigen.

(2) Die Kündigung erfolgt durch Hinterlegung einer Urkunde bei der Organisation, welche ihrerseits allen Vertragsregierungen den Eingang jeder Kündigung sowie den Tag ihres Eingangs mitteilt.

(3) Die Kündigung wird ein Jahr nach dem Tag, an dem die Kündigungsurkunde der Organisation zugegangen ist, oder nach Ablauf eines längeren, in der Kündigungsurkunde bezeichneten Zeitabschnitts wirksam.

Artikel 20
Hoheitsgebiete

- (1) a) Die Vereinten Nationen, soweit sie Verwaltungsmacht eines Hoheitsgebietes sind, oder jede für die internationalen Beziehungen eines Hoheitsgebietes verantwortliche Vertragsregierung treten mit diesem Hoheitsgebiet so bald wie möglich in Konsultationen ein oder ergreifen sonstige angemessene Maßnahmen mit dem Ziel, diese Konvention auf das betreffende Hoheitsgebiet zu erstrecken; sie können jederzeit durch eine an die Organisation gerichtete schriftliche Notifikation erklären, daß die Konvention auf das betreffende Hoheitsgebiet erstreckt wird.
- b) Diese Konvention wird auf das in der Notifikation bezeichnete Hoheitsgebiet vom Tag des Eingangs dieser Notifikation oder von einem anderen darin angegebenen Tag an erstreckt.
- (2) a) Die Vereinten Nationen oder eine Vertragsregierung, die eine Erklärung nach Absatz 1, Buchstabe a) dieses Artikels abgegeben haben, können jederzeit nach Ablauf von fünf Jahren nach dem Zeitpunkt, zu dem diese Konvention auf ein Hoheitsgebiet erstreckt wurde, durch eine an die Organisation gerichtete schriftliche Notifikation erklären, daß die Konvention auf das in der Notifikation bezeichnete Hoheitsgebiet nicht mehr erstreckt wird.
- b) Diese Konvention wird nach Ablauf eines Jahres, nachdem die Notifikation der Organisation zugegangen ist, oder nach einem längeren, in der Notifikation angegebenen Zeitabschnitt nicht mehr auf das in der Notifikation bezeichnete Hoheitsgebiet erstreckt.

(3) Die Organisation setzt alle Vertragsregierungen von der Erstreckung dieser Konvention auf ein Hoheitsgebiet gemäß Absatz 1 dieses Artikels sowie von der Beendigung einer solchen Erstreckung gemäß Absatz 2 in Kenntnis; hierbei gibt sie jeweils den Zeitpunkt an, zu dem die Erstreckung beginnt oder endet.

Artikel 21

Hinterlegung und Registrierung

(1) Diese Konvention wird bei der Organisation hinterlegt; und der Generalsekretär der Organisation übermittelt allen Unterzeichnerregierungen und allen Regierungen, die dieser Konvention beitreten, beglaubigte Abschriften.

(2) Der Generalsekretär der Organisation übermittelt den Wortlaut dieser Konvention sogleich nach seinem Inkrafttreten dem Sekretariat der Vereinten Nationen zur Registrierung und Veröffentlichung nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen.

Artikel 22

Sprachen

Diese Konvention ist in einer Urschrift in englischer und französischer Sprache abgefaßt, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen gültig ist. Amtliche Übersetzungen werden in russischer und spanischer Sprache angefertigt und zusammen mit der unterzeichneten Urschrift hinterlegt.

ZU URKUND DESSEN haben die von ihren Regierungen hierzu gehörig befugten Unterzeichneten diese Konvention unterschrieben.

GESCHEHEN zu London am 23. Juni 1969.

INTERNATIONAL CONVENTION
ON TONNAGE MEASUREMENT OF SHIPS, 1969

The Contracting Governments,
DESIRING to establish uniform principles and rules with respect to the determination of tonnage of ships engaged on international voyages;

CONSIDERING that this end may best be achieved by the conclusion of a Convention;

HAVE AGREED as follows:

ARTICLE 1

General Obligation under the Convention

The Contracting Governments undertake to give effect to the provisions of the present Convention and the Annexes hereto which shall constitute an integral part of the present Convention. Every reference to the present Convention constitutes at the same time a reference to the Annexes.

ARTICLE 2

Definitions

For the purpose of the present Convention, unless expressly provided otherwise:

- (1) "Regulations" means the Regulations annexed to the present Convention;
- (2) "Administration" means the Government of the State whose flag the ship is flying;
- (3) "international voyage" means a sea voyage from a country to which the present Convention applies to a port outside such country, or conversely. For this purpose, every territory for the international relations of which a Contracting Government is responsible or for which the United Nations are the administering authority is regarded as a separate country;
- (4) "gross tonnage" means the measure of the overall size of a ship determined in accordance with the provisions of the present Convention;

(5) "net tonnage" means the measure of the useful capacity of a ship determined in accordance with the provisions of the present Convention;

(6) "new ship" means a ship the keel of which is laid, or which is at a similar stage of construction, on or after the date of coming into force of the present Convention;

(7) "existing ship" means a ship which is not a new ship;

(8) "length" means 96 per cent of the total length on a waterline at 85 per cent of the least moulded depth measured from the top of the keel, or the length from the fore side of the stem to the axis of the rudder stock on that waterline, if that be greater. In ships designed with a rake of keel the waterline on which this length is measured shall be parallel to the designed waterline;

(9) "Organization" means the Inter-Governmental Maritime Consultative Organization.

ARTICLE 3

Application

(1) The present Convention shall apply to the following ships engaged on international voyages:

- (a) ships registered in countries the Governments of which are Contracting Governments;
- (b) ships registered in territories to which the present Convention is extended under Article 20; and
- (c) unregistered ships flying the flag of a State, the Government of which is a Contracting Government.

(2) The present Convention shall apply to:

- (a) new ships;
- (b) existing ships which undergo alterations or modifications which the Administration deems to be a substantial variation in their existing gross tonnage;
- (c) existing ships if the owner so requests; and

- (d) all existing ships, twelve years after the date on which the Convention comes into force, except that such ships, apart from those mentioned in (b) and (c) of this paragraph, shall retain their then existing tonnages for the purpose of the application to them of relevant requirements under other existing International Conventions.

(3) Existing ships to which the present Convention has been applied in accordance with sub-paragraph (2) (c) of this Article shall not subsequently have their tonnages determined in accordance with the requirements which the Administration applied to ships on international voyages prior to the coming into force of the present Convention.

ARTICLE 4

Exceptions

- (1) The present Convention shall not apply to:
- (a) ships of war; and
 - (b) ships of less than 24 metres (79 feet) in length.
- (2) Nothing herein shall apply to ships solely navigating:
- (a) the Great Lakes of North America and the River St. Lawrence as far east as a rhumb line drawn from Cap des Rosiers to West Point, Anticosti Island, and, on the north side of Anticosti Island, the meridian of longitude 63°W;
 - (b) the Caspian Sea; or
 - (c) the Plate, Parana and Uruguay Rivers as far east as a rhumb line drawn between Punta Rasa (Cabo San Antonio), Argentina, and Punta del Este, Uruguay.

ARTICLE 5

Force Majeure

(1) A ship which is not subject to the provisions of the present Convention at the time of its departure on any voyage shall not become subject to such provisions on account of any deviation from its intended voyage due to stress of weather or any other cause of force majeure.

(2) In applying the provisions of the present Convention, the Contracting Governments shall give due consideration to any deviation or delay caused to any ship owing to stress of weather or any other cause of force majeure.

ARTICLE 6

Determination of Tonnages

The determination of gross and net tonnages shall be carried out by the Administration which may, however, entrust such determination either to persons or organizations recognized by it. In every case the Administration concerned shall accept full responsibility for the determination of gross and net tonnages.

ARTICLE 7

Issue of Certificate

(1) An International Tonnage Certificate (1969) shall be issued to every ship, the gross and net tonnages of which have been determined in accordance with the present Convention.

(2) Such certificate shall be issued by the Administration or by any person or organization duly authorized by it. In every case, the Administration shall assume full responsibility for the certificate.

ARTICLE 8

Issue of Certificate by another Government

(1) A Contracting Government may, at the request of another Contracting Government, determine the gross and net tonnages of a ship and issue or authorize the issue of an International Tonnage Certificate (1969) to the ship in accordance with the present Convention.

(2) A copy of the certificate and a copy of the calculations of the tonnages shall be transmitted as early as possible to the requesting Government.

(3) A certificate so issued shall contain a statement to the effect that it has been issued at the request of the Government of the State whose flag the ship is or will be flying and it shall have the same validity and receive the same recognition as a certificate issued under Article 7.

(4) No International Tonnage Certificate (1969) shall be issued to a ship which is flying the flag of a State the Government of which is not a Contracting Government.

ARTICLE 9

Form of Certificate

(1) The certificate shall be drawn up in the official language or languages of the issuing country. If the language used is neither English nor French, the text shall include a translation into one of these languages.

(2) The form of the certificate shall correspond to that of the model given in Annex II.

ARTICLE 10

Cancellation of Certificate

(1) Subject to any exceptions provided in the Regulations, an International Tonnage Certificate (1969) shall cease to be valid and shall be cancelled by the Administration if alterations have taken place in the arrangement, construction, capacity, use of spaces, total number of passengers the ship is permitted to carry as indicated in the ship's passenger certificate, assigned load line or permitted draught of the ship, such as would necessitate an increase in gross tonnage or net tonnage.

(2) A certificate issued to a ship by an Administration shall cease to be valid upon transfer of such a ship to the flag of another State, except as provided in paragraph (3) of this Article.

(3) Upon transfer of a ship to the flag of another State the Government of which is a Contracting Government, the International Tonnage Certificate (1969) shall remain in force for a period not exceeding three months, or until the Administration issues another International Tonnage Certificate (1969) to replace it, whichever is the earlier. The Contracting Government of the State whose flag the ship was flying hitherto shall transmit to the Administration as soon as possible after the transfer takes place a copy of the certificate carried by the ship at the time of transfer and a copy of the relevant tonnage calculations.

ARTICLE 11

Acceptance of Certificate

The certificate issued under the authority of a Contracting Government in accordance with the present Convention shall be accepted by the other Contracting Governments and regarded for all purposes covered by the present Convention as having the same validity as certificates issued by them.

ARTICLE 12

Inspection

(1) A ship flying the flag of a State the Government of which is a Contracting Government shall be subject, when in the ports of other Contracting Governments, to inspection by officers duly authorized by such Governments. Such inspection shall be limited to the purpose of verifying:

- (a) that the ship is provided with a valid International Tonnage Certificate (1969); and
- (b) that the main characteristics of the ship correspond to the data given in the certificate.

(2) In no case shall the exercise of such inspection cause any delay to the ship.

(3) Should the inspection reveal that the main characteristics of the ship differ from those entered on the International Tonnage Certificate (1969) so as to lead to an increase in the gross tonnage or the net tonnage, the Government of the State whose flag the ship is flying shall be informed without delay.

ARTICLE 13

Privileges

The privileges of the present Convention may not be claimed in favour of any ship unless it holds a valid certificate under the Convention.

ARTICLE 14

Prior Treaties, Conventions and Arrangements

(1) All other treaties, conventions and arrangements relating to tonnage matters at present in force between Governments Parties to the present Convention shall continue to have full and complete effect during the terms thereof as regards:

- (a) ships to which the present Convention does not apply; and
- (b) ships to which the present Convention applies, in respect of matters for which it has not expressly provided.

(2) To the extent, however, that such treaties, conventions or arrangements conflict with the provisions of the present Convention, the provisions of the present Convention shall prevail.

ARTICLE 15

Communication of Information

The Contracting Governments undertake to communicate to and deposit with the Organization:

- (a) a sufficient number of specimens of their certificates issued under the provisions of the present Convention for circulation to the Contracting Governments;
- (b) the text of the laws, orders, decrees, regulations and other instruments which shall have been promulgated on the various matters within the scope of the present Convention; and
- (c) a list of non-governmental agencies which are authorized to act in their behalf in matters relating to tonnages for circulation to the Contracting Governments.

ARTICLE 16

Signature, Acceptance and Accession

(1) The present Convention shall remain open for signature for six months from 23 June 1969, and shall thereafter remain open for accession. Governments of States Members of the United Nations, or of any of the Specialized Agencies, or of the International Atomic Energy Agency, or parties to the Statute of the International Court of Justice may become Parties to the Convention by:

- (a) signature without reservation as to acceptance;
- (b) signature subject to acceptance followed by acceptance; or
- (c) accession.

(2) Acceptance or accession shall be effected by the deposit of an instrument of acceptance or accession with the Organization. The Organization shall inform all Governments which have signed the present Convention or acceded to it of each new acceptance or accession and of the date of its deposit. The Organization shall also inform all Governments which have already signed the Convention of any signature effected during the six months from 23 June 1969.

ARTICLE 17

Coming into Force

(1) The present Convention shall come into force twenty-four months after the date on which not less than twenty-five Governments of States the combined merchant fleets of which constitute not less than sixty-five per cent of the gross ton-

nage of the world's merchant shipping have signed without reservation as to acceptance, or deposited instruments of acceptance or accession in accordance with Article 16. The Organization shall inform all Governments which have signed or acceded to the present Convention of the date on which it comes into force.

(2) For Governments which have deposited an instrument of acceptance of or accession to the present Convention during the twenty-four months mentioned in paragraph (1) of this Article, the acceptance or accession shall take effect on the coming into force of the present Convention or three months after the date of deposit of the instrument of acceptance or accession, whichever is the later date.

(3) For Governments which have deposited an instrument of acceptance of or accession to the present Convention after the date on which it comes into force, the Convention shall come into force three months after the date of the deposit of such instrument.

(4) After the date on which all the measures required to bring an amendment to the present Convention into force have been completed, or all necessary acceptances are deemed to have been given under sub-paragraph (b) of paragraph (2) of Article 18 in case of amendment by unanimous acceptance, any instrument of acceptance or accession deposited shall be deemed to apply to the Convention as amended.

ARTICLE 18

Amendments

(1) The present Convention may be amended upon the proposal of a Contracting Government by any of the procedures specified in this Article.

(2) Amendment by unanimous acceptance:

- (a) Upon the request of a Contracting Government, any amendment proposed by it to the present Convention shall be communicated by the Organization to all Contracting Governments for consideration with a view to unanimous acceptance.
- (b) Any such amendment shall enter into force twelve months after the date of its acceptance by all Contracting Governments unless an earlier date is agreed upon. A Contracting Government which does not communicate its acceptance or rejection of the amendment to the Organization within twenty-four months of its first communication by the latter shall be deemed to have accepted the amendment.

(3) Amendment after consideration in the Organization:

- (a) Upon the request of a Contracting Government, any amendment proposed by it to the present Convention will be considered in the Organization. If adopted by a majority of two-thirds of those present and voting in the Maritime Safety Committee of the Organization, such amendment shall be communicated to all Members of the Organization and all Contracting Governments at least six months prior to its consideration by the Assembly of the Organization.
- (b) If adopted by a two-thirds majority of those present and voting in the Assembly, the amendment shall be communicated by the Organization to all Contracting Governments for their acceptance.
- (c) Such amendment shall come into force twelve months after the date on which it is accepted by two-thirds of the Contracting Governments. The amendment shall come into force with respect to all Contracting Governments except those which, before it comes into force, make a declaration that they do not accept the amendment.
- (d) The Assembly, by a two-thirds majority of those present and voting, including two-thirds of the Governments represented on the Maritime Safety Committee and present and voting in the Assembly, may propose a determination at the time of its adoption that an amendment is

of such an important nature that any Contracting Government which makes a declaration under sub-paragraph (c) of this paragraph and which does not accept the amendment within a period of twelve months after it comes into force, shall cease to be a party to the present Convention upon the expiry of that period. This determination shall be subject to the prior acceptance of two-thirds of the Contracting Governments.

(e) Nothing in this paragraph shall prevent the Contracting Government which first proposed action under this paragraph on an amendment to the present Convention from taking at any time such alternative action as it deems desirable in accordance with paragraphs (2) or (4) of this Article.

(4) Amendment by a conference:

(a) Upon the request of a Contracting Government, concurred in by at least one-third of the Contracting Governments, a conference of Governments will be convened by the Organization to consider amendments to the present Convention.

(b) Every amendment adopted by such a conference by a two-thirds majority of those present and voting of the Contracting Governments shall be communicated by the Organization to all Contracting Governments for their acceptance.

(c) Such amendment shall come into force twelve months after the date on which it is accepted by two-thirds of the Contracting Governments. The amendment shall come into force with respect to all Contracting Governments except those which, before it comes into force, make a declaration that they do not accept the amendment.

(d) By a two-thirds majority of those present and voting, a conference convened under sub-paragraph (a) of this paragraph may determine at the time of its adoption that an amendment is of such an important nature that any Contracting Government which makes a declaration under sub-paragraph (c) of this paragraph, and which does not accept the amendment within a period of twelve months after it comes into force, shall cease to be a Party to the present Convention upon the expiry of that period.

(5) The Organization shall inform all Contracting Governments of any amendments which may come into force under this Article, together with the date on which each such amendment will come into force.

(6) Any acceptance or declaration under this Article shall be made by the deposit of an instrument with the Organization which shall notify all Contracting Governments of the receipt of the acceptance or declaration.

ARTICLE 19

Denunciation

(1) The present Convention may be denounced by any Contracting Government at any time after the expiry of five years from the date on which the Convention comes into force for that Government.

(2) Denunciation shall be effected by the deposit of an instrument with the Organization which shall inform all the other Contracting Governments of any such denunciation received and of the date of its receipt.

(3) A denunciation shall take effect one year, or such longer period as may be specified in the instrument of denunciation, after its receipt by the Organization.

ARTICLE 20

Territories

(1) (a) The United Nations, in cases where they are the administering authority for a territory, or any Contracting Government responsible for the international relations of a territory, shall as soon as possible consult with such territory or take such measures as may be appropriate in an endeavour to extend the present Convention to that territory and may at any time by notification in writing to the Organization declare that the present Convention shall extend to such territory.

(b) The present Convention shall, from the date of receipt of the notification or from such other date as may be specified in the notification, extend to the territory named therein.

(2) (a) The United Nations, or any Contracting Government which has made a declaration under sub-paragraph (a) of paragraph (1) of this Article at any time after the expiry of a period of five years from the date on which the Convention has been so extended to any territory, may by notification in writing to the Organization declare that the present Convention shall cease to extend to any such territory named in the notification.

(b) The present Convention shall cease to extend to any territory mentioned in such notification one year, or such longer period as may be specified therein, after the date of receipt of the notification by the Organization.

(3) The Organization shall inform all the Contracting Governments of the extension of the present Convention to any territories under paragraph (1) of this Article, and of the termination of any such extension under the provisions of paragraph (2) stating in each case the date from which the present Convention has been or will cease to be so extended.

ARTICLE 21

Deposit and Registration

(1) The present Convention shall be deposited with the Organization and the Secretary-General of the Organization shall transmit certified true copies thereof to all Signatory Governments and to all Governments which accede to the present Convention.

(2) As soon as the present Convention comes into force, the text shall be transmitted by the Secretary-General of the Organization to the Secretariat of the United Nations for registration and publication, in accordance with Article 102 of the Charter of the United Nations.

ARTICLE 22

Languages

The present Convention is established in a single copy in the English and French languages, both texts being equally authentic. Official translations in the Russian and Spanish languages shall be prepared and deposited with the signed original.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned being duly authorized by their respective Governments for that purpose have signed the present Convention.

DONE at London this twenty-third day of June 1969.



GESETZBLATT

der Deutschen Demokratischen Republik

249

1976

Berlin, den 27. September 1976

Teil II Nr. 12

Tag

Inhalt

Seite

5. 8. 76

Bekanntmachung über den Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zur Internationalen Konvention vom 8. Februar 1949 über die Fischerei im Nordwestatlantik sowie zum

249

- Protokoll vom 25. Juni 1956 zur Internationalen Konvention über die Fischerei im Nordwestatlantik;
- Protokoll vom 15. Juli 1963 zur Internationalen Konvention über die Fischerei im Nordwestatlantik;
- Protokoll vom 29. November 1965 zur Internationalen Konvention über die Fischerei im Nordwestatlantik, Kontrollmaßnahmen betreffend;
- Protokoll vom 29. November 1965 zur Internationalen Konvention über die Fischerei im Nordwestatlantik, das Inkrafttreten der von der Kommission angenommenen Vorschläge betreffend;
- Protokoll vom 1. Oktober 1969 zur Internationalen Konvention über die Fischerei im Nordwestatlantik, die Mitgliedschaft in den Ausschüssen und Regulierungsmaßnahmen betreffend;
- Protokoll vom 6. Oktober 1970 zur Internationalen Konvention über die Fischerei im Nordwestatlantik, Änderungen der Konvention betreffend

Bekanntmachung

über den Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zur

Internationalen Konvention vom 8. Februar 1949
über die Fischerei im Nordwestatlantik

sowie zum

- Protokoll vom 25. Juni 1956 zur Internationalen Konvention über die Fischerei im Nordwestatlantik;
- Protokoll vom 15. Juli 1963 zur Internationalen Konvention über die Fischerei im Nordwestatlantik;
- Protokoll vom 29. November 1965 zur Internationalen Konvention über die Fischerei im Nordwestatlantik, Kontrollmaßnahmen betreffend;
- Protokoll vom 29. November 1965 zur Internationalen Konvention über die Fischerei im Nordwestatlantik, das Inkrafttreten der von der Kommission angenommenen Vorschläge betreffend;
- Protokoll vom 1. Oktober 1969 zur Internationalen Konvention über die Fischerei im Nordwestatlantik, die Mitgliedschaft in den Ausschüssen und Regulierungsmaßnahmen betreffend;
- Protokoll vom 6. Oktober 1970 zur Internationalen Konvention über die Fischerei im Nordwestatlantik, Änderungen der Konvention betreffend

vom 5. August 1976

Es wird hierdurch bekanntgemacht, daß am 21. Mai 1974 die Beitrittsurkunde der Deutschen Demokratischen Republik zur Internationalen Konvention vom 8. Februar 1949 über die Fischerei im Nordwestatlantik

sowie zum

- Protokoll vom 25. Juni 1956 zur Internationalen Konvention über die Fischerei im Nordwestatlantik;

- Protokoll vom 15. Juli 1963 zur Internationalen Konvention über die Fischerei im Nordwestatlantik;
- Protokoll vom 29. November 1965 zur Internationalen Konvention über die Fischerei im Nordwestatlantik, Kontrollmaßnahmen betreffend;
- Protokoll vom 29. November 1965 zur Internationalen Konvention über die Fischerei im Nordwestatlantik, das Inkrafttreten der von der Kommission angenommenen Vorschläge betreffend;
- Protokoll vom 1. Oktober 1969 zur Internationalen Konvention über die Fischerei im Nordwestatlantik, die Mitgliedschaft in den Ausschüssen und Regulierungsmaßnahmen betreffend;
- Protokoll vom 6. Oktober 1970 zur Internationalen Konvention über die Fischerei im Nordwestatlantik, Änderungen der Konvention betreffend

bei der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika hinterlegt wurde. Die Texte der Konvention und der Protokolle werden nachstehend veröffentlicht.

Bei der Übergabe der Beitrittsurkunde wurde von seiten der Deutschen Demokratischen Republik zu Artikel VIII der Internationalen Konvention vom 8. Februar 1949 über die Fischerei im Nordwestatlantik in der Fassung der Artikel I des Protokolls vom 29. November 1965 zur Internationalen Konvention über die Fischerei im Nordwestatlantik, Kontrollmaßnahmen betreffend, und des Protokolls vom 29. November 1965 zur Internationalen Konvention über die Fischerei im Nordwestatlantik, das Inkrafttreten der von der Kommission angenommenen Vorschläge betreffend, folgende Erklärung abgegeben:

„Die Deutsche Demokratische Republik erklärt zu Artikel VIII der Konvention in Verbindung mit den Artikeln I der Protokolle vom 29. November 1965, daß sie für die Ausrüstung ihrer Schiffe mit Netzen, die den Bestimmungen der Konvention entsprechen, eine Übergangszeit

bis einschließlich 31. Dezember 1974 beansprucht und die Kontrolle ihrer Schiffe durch Inspektoren der Internationalen Kommission für die Nordwestatlantik-Fischerei erst mit Wirkung vom 1. Januar 1975 gestattet."

Die Konvention und die Protokolle sind gemäß ihren jeweiligen Inkraftsetzungsbestimmungen für die Deutsche Demokratische Republik am 21. Mai 1974 in Kraft getreten, mit Ausnahme des Protokolls vom 6. Oktober 1970 zur Internationalen Konvention über die Fischerei im Nordwestatlantik,

Änderungen der Konvention betreffend. Der Tag, an dem dieses Protokoll für die Deutsche Demokratische Republik in Kraft tritt, wird im Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik bekanntgemacht.

Berlin, den 5. August 1976

Der Sekretär des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik
H. Eichler

(Übersetzung)

Internationale Konvention über die Fischerei im Nordwestatlantik

Die Regierungen, deren gehörig befugte Vertreter hier unterzeichnet und die ein wesentliches Interesse an der Erhaltung der Fischbestände des Nordwestatlantischen Ozeans haben,

HABEN BESCHLOSSEN, eine Konvention über die Erforschung, den Schutz und die Erhaltung der Fischerei des Nordwestatlantischen Ozeans abzuschließen, um weiterhin gleichbleibend große Fänge aus dieser Fischerei zu ermöglichen,

und sind zu diesem Zweck durch ihre gehörig befugten Vertreter wie folgt übereingekommen:

Artikel I

- Das Gebiet, auf das diese Konvention Anwendung findet — im folgenden als „Konventionsgebiet“ bezeichnet — umfaßt ohne die Hoheitsgewässer alle Gewässer, die von einer Linie begrenzt werden, die an einem Punkt an der Küste von Rhode Island in 71° 40' westlicher Länge beginnt, von dort genau südlich bis 39° 00' nördlicher Breite — dann genau östlich bis 42° 00' westlicher Länge — dann genau nördlich bis 59° 00' nördlicher Breite — dann genau westlich bis 44° 00' westlicher Länge — dann genau nördlich zur Küste von Grönland — dann entlang der Westküste von Grönland bis 78° 10' nördlicher Breite — dann südwärts bis zu einem Punkt in 75° 00' nördlicher Breite und 73° 30' westlicher Länge — dann entlang einer Kompaßlinie bis zu einem Punkt in 69° 00' nördlicher Breite und 59° 00' westlicher Länge — dann genau südlich bis 61° 00' nördlicher Breite — dann westlich bis 64° 30' westlicher Länge — dann südlich zur Küste von Labrador — dann in südlicher Richtung an der Küste von Labrador entlang bis zum Südende seiner Grenze mit Quebec — dann in westlicher Richtung entlang der Küste von Quebec und in östlicher und südlicher Richtung entlang der Küste über Neubraunschweig, Neuschottland und Kap Breton-Insel zur Cabot-Straße — dann entlang der Küste der Kap Breton-Insel, Neuschottland, Neubraunschweig, Maine, New Hampshire, Massachusetts und Rhode Island zum Ausgangspunkt verläuft.
- Keine Bestimmung dieser Konvention darf dahingehend ausgelegt werden, daß sie die Ansprüche einer vertragschließenden Regierung bezüglich der Abgrenzung von Hoheitsgewässern oder der Herrschaftsgewalt eines Küstenstaates über die Fischerei nachteilig berührt.
- Das Konventionsgebiet wird in fünf Untergebiete eingeteilt, deren Grenzen, vorbehaltlich etwaiger Änderungen auf Grund des Artikels VI Absatz 2, in der Anlage zu dieser Konvention festgelegt sind.

Artikel II

- Die vertragschließenden Regierungen setzen für die Zwecke dieser Konvention eine Kommission ein und behalten sie bei. Die Kommission wird bezeichnet als „In-

ternationale Kommission für die Nordwestatlantische Fischerei“, im folgenden „Kommission“ genannt.

- Jede vertragschließende Regierung kann bis zu drei Kommissionsmitglieder und einen oder mehrere Sachverständige oder Berater zur Unterstützung ihres Kommissionsmitgliedes oder ihrer Kommissionsmitglieder ernennen.
- Die Kommission wählt aus dem Kreis ihrer Mitglieder einen Vorsitzenden und einen stellvertretenden Vorsitzenden, deren Amtszeit zwei Jahre beträgt und die wiedergewählt werden können, jedoch nicht für eine unmittelbar anschließende Amtszeit. Der Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende müssen Kommissionsmitglieder von verschiedenen vertragschließenden Regierungen sein.
- Die Kommission hat ihren Sitz in Nordamerika an einem von der Kommission zu bestimmenden Ort.
- Die Kommission hält an ihrem Sitz oder an einem von ihr vereinbarten Ort in Nordamerika eine ordentliche Jahresversammlung ab.
- Weitere Sitzungen der Kommission können auf Antrag eines Kommissionsmitgliedes einer vertragschließenden Regierung vom Vorsitzenden einberufen werden, sofern der Antrag von den Kommissionsmitgliedern von zwei anderen vertragschließenden Regierungen, unter denen sich ein Kommissionsmitglied einer Regierung in Nordamerika befinden muß; unterstützt wird; Zeitpunkt und Ort werden vom Vorsitzenden bestimmt.
- Jede vertragschließende Regierung hat eine Stimme, die von irgendeinem Kommissionsmitglied der betreffenden Regierung abgegeben werden kann. Beschlüsse der Kommission werden mit Zweidrittelmehrheit der Stimmen aller vertragschließenden Regierungen gefaßt.
- Die Kommission gibt sich für die Abhaltung ihrer Sitzungen und für die Erfüllung ihrer Aufgaben und Pflichten Haushaltsbestimmungen, Richtlinien und Satzungen, die sie im Bedarfsfall ändern kann.

Artikel III

- Nach einem Verfahren und unter Bedingungen, die von ihr etwa festzulegen sind, ernennt die Kommission einen geschäftsführenden Sekretär.
- Das Personal der Kommission wird vom geschäftsführenden Sekretär im Einklang mit den von der Kommission etwa festzulegenden und zu genehmigenden Regeln und Verfahren eingestellt.
- Vorbehaltlich der allgemeinen Beaufsichtigung durch die Kommission hat der geschäftsführende Sekretär dem Personal gegenüber alle Vollmachten und Autorität und führt alle sonstigen Aufgaben durch, die ihm von der Kommission zugewiesen werden.

Artikel IV

1. Die vertragschließenden Regierungen errichten für die Verwirklichung der Ziele dieser Konvention für jedes der im Artikel I vorgesehenen Untergebiete einen Ausschuß. Jede an einem Ausschuß beteiligte vertragschließende Regierung wird in diesem Ausschuß durch ihr Kommissionsmitglied bzw. ihre Kommissionsmitglieder vertreten, die von Sachverständigen oder Beratern unterstützt werden können. Jeder Ausschuß wählt aus dem Kreis seiner Mitglieder einen Vorsitzenden, dessen Amtszeit zwei Jahre beträgt und der wiedergewählt werden kann, jedoch nicht für eine unmittelbar anschließende Amtszeit.
2. Nachdem die Konvention zwei Jahre in Kraft gewesen ist, jedoch nicht vor Ablauf dieser Frist, wird die Zusammensetzung der Ausschüsse alljährlich von der Kommission überprüft; diese ist, vorbehaltlich einer Konsultierung des betreffenden Ausschusses, befugt, die Vertretung in jedem Ausschuß auf Grund des in dem betreffenden Untergebiet erzielten durchschnittlichen Fangergebnisses an Fischen der Dorschgruppe (Gadiformes), Flachfischen (Pleuronectiformes) und Rotfischen (genus *Sebastes*) zu bestimmen, wobei jedoch jede vertragschließende Regierung mit einer an ein Untergebiet angrenzenden Küstenlinie das Recht haben soll, sich in dem Ausschuß für das Untergebiet vertreten zu lassen.
3. Jeder Ausschuß kann sich für die Durchführung seiner Sitzungen und für die Ausübung seiner Aufgaben und Pflichten Verfahrensregeln und Satzungen geben und sie nach Bedarf ändern.
4. Jede an einem Ausschuß beteiligte Regierung hat eine Stimme, die von einem diese Regierung vertretenden Kommissionsmitglied abgegeben wird. Beschlüsse des Ausschusses werden mit Zweidrittelmehrheit der Stimmen aller an diesem Ausschuß beteiligten Regierungen gefaßt.
5. Kommissionsmitglieder von nicht an einem bestimmten Ausschuß beteiligten vertragschließenden Regierungen haben das Recht, an den Sitzungen dieses Ausschusses als Beobachter teilzunehmen und können sich von Sachverständigen und Beratern begleiten lassen.
6. Die Ausschüsse bedienen sich bei der Erfüllung ihrer Aufgaben und Pflichten der Dienste des geschäftsführenden Sekretärs und des Personals der Kommission.

Artikel V

1. Jede vertragschließende Regierung kann einen beratenden Ausschuß einsetzen, der aus Personen (einschließlich Fischer, Schiffsseigner und anderen) besteht, die über die Fragen der Fischerei des Nordwestatlantischen Ozeans gut unterrichtet sind. Mit Zustimmung der beteiligten vertragschließenden Regierung können ein oder mehrere Vertreter eines beratenden Ausschusses als Beobachter an allen nicht geheimen Sitzungen der Kommission oder eines Ausschusses, an dem ihre Regierung beteiligt ist, teilnehmen.
2. Die Kommissionsmitglieder der vertragschließenden Regierungen sind berechtigt, innerhalb der Gebiete, die sie vertreten, öffentliche Befragungen durchzuführen.

Artikel VI

1. Die Kommission hat auf dem Gebiet der wissenschaftlichen Untersuchungen für die Sammlung und Ordnung der Angaben zu sorgen, die für die Erhaltung der die Grundlage der internationalen Fischerei im Konventionsgebiet bildenden Fischbestände erforderlich sind; sie kann durch Dienststellen der vertragschließenden Regierungen, andere öffentliche oder private Stellen und Organisationen oder in Zusammenarbeit mit ihnen, erforderlichenfalls aber auch selbständig

- a) in jedem Teil des Nordwestatlantischen Ozeans von ihr für notwendig erachtete Untersuchungen über das Vorkommen, die Lebensgeschichte oder die Ökologie irgendwelcher Spezies der Meeresfauna durchführen;
 - b) statistische Angaben über die derzeitigen Verhältnisse und Entwicklungstendenzen der Fischbestände im Nordwestatlantischen Ozean sammeln und zergliedern;
 - c) Angaben über die Methoden zur Erhaltung und Vermehrung der Fischbestände im Nordwestatlantischen Ozean prüfen und auswerten;
 - d) Befragungen abhalten oder vorbereiten, die im Zusammenhang mit dem Aufbau eines zur Durchführung der Bestimmungen dieser Konvention erforderlichen vollständigen Tatsachenmaterials zweckdienlich oder unbedingt notwendig sind;
 - e) zum Zwecke der wissenschaftlichen Forschung im Konventionsgebiet jederzeit Fischfangoperationen durchführen;
 - f) Berichte über ihre Feststellungen und statistische, wissenschaftliche und sonstige Angaben, die sich auf die Fischerei im Nordwestatlantischen Ozean beziehen, sowie andere in den Anwendungsbereich dieser Konvention fallende Berichte veröffentlichen oder in anderer Weise verbreiten.
2. Auf einstimmige Empfehlung eines beteiligten Ausschusses kann die Kommission die Grenzen der im Anhang festgelegten Untergebiete ändern. Jede derartige Änderung ist sofort der Verwahrerregierung zu melden, die die vertragschließenden Regierungen davon in Kenntnis setzt; die im Anhang festgelegten Grenzen sind sodann entsprechend zu ändern.
 3. Die vertragschließenden Regierungen haben der Kommission zu dem von ihr gewünschten Zeitpunkt und in der von ihr gewünschten Form die im Absatz 1 Buchstabe b dieses Artikels erwähnten statistischen Angaben zu liefern.

Artikel VII

1. Jedem auf Grund des Artikels IV errichteten Ausschuß obliegt es, die Fischerei seines Untergebietes ständig zu überwachen und die darauf bezüglichen wissenschaftlichen und sonstigen Angaben auf dem laufenden zu halten.
2. Jeder Ausschuß kann auf Grund wissenschaftlicher Untersuchungen der Kommission Empfehlungen für ein gemeinsames Vorgehen der vertragschließenden Regierungen in den im Artikel VIII Absatz 1 angeführten Fragen unterbreiten.
3. Jeder Ausschuß kann der Kommission im Bereich der Konvention liegende Studien und Untersuchungen empfehlen, die für die Sammlung von Tatsachenmaterial über sein eigenes Untergebiet für notwendig gehalten werden.
4. Jeder Ausschuß kann der Kommission Empfehlungen für die Änderung der Grenzen der im Anhang festgelegten Untergebiete unterbreiten.
5. Jeder Ausschuß hat sich mit den ihm von der Kommission zugewiesenen Angelegenheiten zu befassen und darüber der Kommission Bericht zu erstatten.
6. Ein Ausschuß darf finanzielle Verpflichtungen nur nach den von der Kommission gegebenen Anweisungen eingehen.

Artikel VIII

1. Auf Empfehlung eines oder mehrerer Ausschüsse und gestützt auf wissenschaftliche Untersuchungen kann die Kommission der Verwahrerregierung Vorschläge für ein gemeinsames Vorgehen der vertragschließenden Regierungen übermitteln, die zum Ziele haben, die Bestände an denjenigen Fischgattungen, die die Grundlagen für die internationale Fischerei im Konventionsgebiet bilden, in einem Umfang zu erhalten, der unter Anwendung einer oder

mehrerer der folgenden Maßnahmen gleichbleibende Höchstfänge gestattet:

- a) Festsetzung offener und geschlossener Fangperioden;
 - b) Schließung derjenigen Teile eines Untergebietes für den Fischfang, die nach den Feststellungen des betreffenden Ausschusses ein Brutgebiet oder nur mit kleinen oder unentwickelten Fischen bevölkert sind;
 - c) Festsetzung von Größengrenzen für bestimmte Fischgattungen;
 - d) Erlaß von Vorschriften für Fischereigeräte und -vorrichtungen, deren Gebrauch verboten ist;
 - e) Erlaß von Vorschriften zur Begrenzung des Gesamtanges an bestimmten Fischgattungen.
2. Jede Empfehlung wird von der Kommission geprüft; die Kommission hat sodann entweder
 - a) die Empfehlung mit den ihr wünschenswert erscheinenden Änderungen oder Anregungen der Verwahrerregierung als Vorschlag zu übermitteln oder
 - b) die Empfehlung mit einer Stellungnahme an den Ausschuß zur nochmaligen Prüfung zurückzuverweisen.
 3. Der Ausschuß kann nach nochmaliger Prüfung der an ihn von der Kommission zurückverwiesenen Empfehlung diese in geänderter oder unveränderter Fassung erneut bestätigen.
 4. Ist die Kommission nach Neubestätigung einer Empfehlung nicht imstande, sie als Vorschlag zu übernehmen, so leitet sie eine Ausfertigung der Empfehlung mit einem Bericht über die Entscheidung der Kommission an die Verwahrerregierung weiter. Die Verwahrerregierung übermittelt Abschriften der Empfehlung und des Berichts der Kommission den vertragschließenden Regierungen.
 5. Nachdem die Kommission sich mit sämtlichen Ausschüssen ins Benehmen gesetzt hat, kann sie der Verwahrerregierung Vorschläge im Sinne des Absatzes 1 dieses Artikels, die das Konventionsgebiet in seiner Gesamtheit berühren, übermitteln.
 6. Die Verwahrerregierung leitet alle bei ihr eingegangenen Vorschläge den vertragschließenden Regierungen zur Prüfung zu und kann dabei diejenigen Anregungen anfügen, die die Annahme des Vorschlages zu erleichtern imstande sind.
 7. Die vertragschließenden Regierungen notifizieren der Verwahrerregierung ihre Annahme des Vorschlages und die Verwahrerregierung notifiziert den vertragschließenden Regierungen jede ihr mitgeteilte Annahme unter Angabe ihres Eingangsdatums.
 8. Der Vorschlag wird für alle vertragschließenden Regierungen vier Monate nach dem Tage wirksam, an dem bei der Verwahrerregierung die Notifizierungen über seine Annahme durch alle vertragschließenden Regierungen vorliegen, die sich an dem Ausschuß oder an den Ausschüssen für das Untergebiet oder die Untergebiete beteiligen, auf die sich der Vorschlag bezieht.
 9. Jederzeit nach Ablauf eines Jahres, vom Beginn der Wirksamkeit eines Vorschlages an gerechnet, kann eine Ausschußregierung für das Untergebiet, auf das sich der Vorschlag bezieht, der Verwahrerregierung davon Mitteilung machen, daß sie dem Vorschlag nicht mehr beipflichtet; wird diese Mitteilung in der Folge nicht zurückgezogen, so verliert der Vorschlag für diese Ausschußregierung mit dem Ablauf eines Jahres, vom Tage des Eingangs der Mitteilung bei der Verwahrerregierung an gerechnet, seine Wirksamkeit. Nachdem ein Vorschlag auf Grund dieses Absatzes für eine Ausschußregierung unwirksam geworden ist, verliert er seine Wirksamkeit für jede andere vertragschließende Regierung mit dem Tage, an dem eine Rücktrittserklärung dieser Regierung bei der Verwahrerregierung eingegangen ist. Die Verwahrerregierung notifiziert

allen vertragschließenden Regierungen jede Mitteilung auf Grund dieses Absatzes sofort nach ihrem Eingang.

Artikel IX

Die Kommission kann eine oder alle vertragschließenden Regierungen auf Angelegenheiten aufmerksam machen, die sich auf die Ziele und Zwecke der Konvention beziehen.

Artikel X

1. Die Kommission versucht, mit anderen öffentlichen internationalen Organisationen, die verwandte Ziele verfolgen, namentlich mit der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen und dem Internationalen Rat für Meeresforschung, Arbeitsvereinbarungen zu treffen und aufrechtzuerhalten, um zu einer wirkungsvollen Zusammenarbeit und zu einer Koordinierung der Arbeiten zu gelangen und, soweit es sich um den Internationalen Rat für Meeresforschung handelt, Doppelarbeit bei den wissenschaftlichen Untersuchungen zu vermeiden.
2. Die Kommission berät nach Ablauf von zwei Jahren nach dem Zeitpunkt des Inkrafttretens der Konvention darüber, ob sie den vertragschließenden Regierungen empfehlen solle, die Kommission in eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen einzugliedern.

Artikel XI

1. Jede vertragschließende Regierung kommt für die Aufwendungen für die von ihr ernannten Kommissionsmitglieder, Sachverständigen und Berater auf.
2. Die Kommission stellt jährlich einen Verwaltungshaushaltsplan für die veranschlagten erforderlichen Verwaltungsausgaben der Kommission sowie einen jährlichen Haushaltsvoranschlag für Sonderstudien und -forschungen, die auf Grund des Artikels VI von der Kommission oder in ihrem Auftrag oder auf Grund des Artikels VII von einem Ausschuß oder in dessen Auftrag durchgeführt werden sollen, auf.
3. Die Kommission errechnet die von jeder vertragschließenden Regierung nach dem Jahresverwaltungshaushalt zu zahlenden Beiträge nach folgender Formel:
 - a) von dem Verwaltungshaushalt wird für jede vertragschließende Regierung ein Betrag von 500 US-Dollar abgesetzt;
 - b) der Restbetrag wird in gleichhohe Teilbeträge aufgeteilt, deren Zahl der Gesamtzahl der Ausschußmitgliedschaften entspricht;
 - c) der Beitrag jeder vertragschließenden Regierung entspricht dem Gegenwert von 500 US-Dollar plus je einem Teilbetrag für jeden Ausschuß, in dem diese Regierung vertreten ist.
4. Die Kommission notifiziert jeder vertragschließenden Regierung den Betrag, den sie auf Grund des Absatzes 3 dieses Artikels zu zahlen hat, und jede vertragschließende Regierung zahlt so bald wie möglich danach an die Kommission den ihr notifizierten Betrag.
5. Der Betrag des Haushaltsplanes für die Sondervorhaben wird auf die vertragschließenden Regierungen nach einem Schlüssel verteilt, der im Einvernehmen zwischen den vertragschließenden Regierungen ermittelt wird, und jede vertragschließende Regierung zahlt den demnach auf sie entfallenden Beitrag an die Kommission.
6. Die Beiträge sind in der Währung des Landes zu zahlen, in dem die Kommission ihren Sitz hat; die Kommission kann aber auch Zahlungen in denjenigen Währungen entgegennehmen, in denen die Kommission voraussichtlich von Zeit zu Zeit Ausgaben zu machen haben wird, und zwar bis zu einem Betrag, der alljährlich von der Kommission im Zusammenhang mit der Aufstellung des Jahreshaushaltsplanes festgesetzt wird.

7. Auf ihrer ersten Sitzung genehmigt die Kommission einen Verwaltungshaushaltsplan für das erste Haushaltsjahr, in dem die Kommission tätig wird, und übermittelt sodann den vertragschließenden Regierungen Durchdrucke dieses Haushaltsplanes sowie die Mitteilung über den auf sie entfallenden Beitrag.
8. In den darauffolgenden Haushaltsjahren unterbreitet die Kommission mindestens sechs Wochen vor der Jahresversammlung der Kommission, in der über die Haushaltspläne beraten wird, jeder vertragschließenden Regierung Entwürfe der Jahreshaushaltspläne sowie eine Beitragsaufteilung.

Artikel XII

Die vertragschließenden Regierungen kommen überein, alles Erforderliche zu veranlassen, um die Bestimmungen dieser Konvention in Kraft zu setzen und alle Vorschläge durchzuführen, die auf Grund des Artikels VIII Absatz 8 wirksam werden. Jede vertragschließende Regierung übermittelt der Kommission einen Bericht über das dazu Veranlaßte.

Artikel XIII

Die vertragschließenden Regierungen kommen überein, jede Regierung, die nicht Vertragspartei ist, auf alle Angelegenheiten aufmerksam zu machen, die die Tätigkeit bzw. den Einsatz der Staatsbürger oder Fahrzeuge dieser Regierung in der Fischerei im Konventionsgebiet berühren und die Arbeiten der Kommission oder die Verwirklichung der Ziele der Konvention nachteilig zu beeinflussen scheinen.

Artikel XIV

Der Anhang zu dieser Konvention ist in der jeweils geänderten Fassung Bestandteil der Konvention.

Artikel XV

1. Die Konvention bedarf der Ratifizierung durch die Unterzeichnerregierungen, die Ratifikationsurkunden werden bei der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika hinterlegt, auf die in dieser Konvention als die „Verwahrerregierung“ Bezug genommen ist.
2. Die Konvention tritt in Kraft, sobald die Ratifikationsurkunden von vier Unterzeichnerregierungen hinterlegt sind; für jede andere Regierung, die in der Folge ratifiziert, tritt sie mit dem Tage der Hinterlegung ihrer Ratifikationsurkunde in Kraft.
3. Eine Regierung, die diese Konvention nicht unterzeichnet hat, kann ihr durch eine schriftliche Notifizierung an die Verwahrerregierung beitreten. Beitrittserklärungen, die bei der Verwahrerregierung vor dem Tage des Inkrafttretens der Konvention eingehen, werden mit dem Tage des Inkrafttretens der Konvention wirksam. Beitrittserklärungen, die bei der Verwahrerregierung nach dem Tage des Inkrafttretens der Konvention eingehen, werden mit dem Tage ihres Eingangs bei der Verwahrerregierung wirksam.
4. Die Verwahrerregierung setzt alle Unterzeichnerregierungen und beigetretenen Regierungen von allen hinterlegten Ratifikationsurkunden und eingegangenen Beitrittserklärungen in Kenntnis.
5. Die Verwahrerregierung setzt alle beteiligten Regierungen vom Zeitpunkt des Inkrafttretens der Konvention in Kenntnis.

Artikel XVI

1. Nach Ablauf von zehn Jahren vom Tage des Inkrafttretens dieser Konvention gerechnet, kann eine vertragschließende Regierung nach vorhergehender Kündigung, die spätestens am 30. Juni der Verwahrerregierung zugehen muß, jeweils am 31. Dezember von der Konvention zurücktreten; die Verwahrerregierung übermittelt den anderen vertragschließenden Regierungen jeweils eine Abschrift dieser Kündigung.

2. Jede andere vertragschließende Regierung kann daraufhin mit demselben 31. Dezember durch eine innerhalb eines Monats nach Eingang der Abschrift einer auf Grund des Absatzes 1 dieses Artikels erfolgten Kündigung an die Verwahrerregierung zu richtende Erklärung von der Konvention zurücktreten.

Artikel XVII

1. Die Urschrift dieser Konvention ist bei der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika zu hinterlegen, die allen Unterzeichnerregierungen und allen beigetretenen Regierungen beglaubigte Abschriften übermittelt.
2. Die Verwahrerregierung läßt die Konvention beim Sekretariat der Vereinten Nationen registrieren.
3. Die Konvention trägt das Datum des Tages, an dem sie zur Unterzeichnung aufgelegt wird, und liegt während vierzehn Tagen danach zur Unterzeichnung aus.

ZU URKUND DESSEN haben die Unterzeichneten nach Hinterlegung ihrer Vollmachten diese Konvention unterschrieben.

GESCHEHEN zu Washington am achten Februar 1949 in englischer Sprache.

Anhang

1. Die im Artikel I der Konvention vorgesehenen Untergebiete werden wie folgt festgelegt:

Untergebiet 1

Der Teil des Konventionsgebietes nördlich und östlich einer Kompaßlinie, die von einem Punkt in 75° 00' nördlicher Breite und 73° 30' westlicher Länge zu einem Punkt in 69° 00' nördlicher Breite und 59° 00' westlicher Länge verläuft östlich 59° 00' westlicher Länge und nördlich und östlich einer Kompaßlinie von einem Punkt in 81° 00' nördlicher Breite und 59° 00' westlicher Länge zu einem Punkt in 52° 15' nördlicher Breite und 42° 00' westlicher Länge.

Untergebiet 2

Der Teil des Konventionsgebietes südlich und westlich des vorstehend abgegrenzten Untergebietetes 1 und nördlich von 52° 15' nördlicher Breite.

Untergebiet 3

Der Teil des Konventionsgebietes südlich von 52° 15' nördlicher Breite und östlich einer Linie, die genau nördlich von Kap Bauld an der Nordküste von Neufundland bis 52° 15' nördlicher Breite verläuft; nördlich von 39° 00' nördlicher Breite und östlich einer Kompaßlinie, die in nordwestlicher Richtung verläuft und einen Punkt in 43° 30' nördlicher Breite und 55° 00' westlicher Länge in der Richtung auf einen Punkt in 47° 50' nördlicher Breite und 60° 00' westlicher Länge durchschneidet, bis sie eine gerade Linie durchkreuzt, die Kap Ray an der neufundländischen Küste mit Kap North auf der Kap Breton-Insel verbindet und die sodann nordöstlicher Richtung entlang der genannten Geraden bis Kap Ray verläuft.

Untergebiet 4

Der Teil des Konventionsgebietes westlich des vorstehend abgegrenzten Untergebietetes 3 und östlich einer Linie, die vom Endpunkt der internationalen Grenze zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Kanada im Grand Manan-Kanal in 44° 46' 35,34" nördlicher Breite und 66° 54' 11,23" westlicher Länge genau südlich bis 43° 50' nördlicher Breite verläuft, sodann genau westlich zum Meridian in

67° 40' westlicher Länge, sodann genau südlich bis 42° 20' nördlicher Breite, sodann genau östlich bis zu einem Punkt in 66° 00' westlicher Länge, sodann entlang einer Kompaßlinie in südöstlicher Richtung bis zu einem Punkt in 42° 00' nördlicher Breite und 65° 40' westlicher Länge, sodann genau südlich bis 39° 00' nördlicher Breite.

Untergebiet 5

Der Teil des Konventionsgebietes westlich der westlichen Grenze des vorstehend abgegrenzten Untergebietes 4.

2. Während eines Zeitraumes von zwei Jahren nach dem Tage des Inkrafttretens der Konvention sind in den Ausschüssen der Untergebiete vertreten:
 - a) Untergebiet 1 — Dänemark, Frankreich, Italien, Norwegen, Portugal, Spanien, Vereinigtes Königreich;
 - b) Untergebiet 2 — Dänemark, Frankreich, Italien, Neufundland;
 - c) Untergebiet 3 — Kanada, Dänemark, Frankreich, Italien, Neufundland, Portugal, Spanien, Vereinigtes Königreich;
 - d) Untergebiet 4 — Kanada, Frankreich, Italien, Neufundland, Portugal, Spanien, Vereinigte Staaten;
 - e) Untergebiet 5 — Kanada, Vereinigte Staaten.

Jedoch kann während der Zeit zwischen der Unterzeichnung der Konvention und dem Tage ihres Inkrafttretens jede Unterzeichnerregierung oder beitreten- de Regierung durch Mitteilung an die Verwahrerregierung sich von der Liste der Ausschußmitglieder für ein Untergebiet streichen lassen oder der Liste der Ausschußmitglieder für ein Untergebiet, in der sie nicht steht, hinzugefügt werden. Die Verwahrerregierung setzt alle anderen beteiligten Regierungen vom Eingang dieser Notifizierungen in Kenntnis, und die Zusammensetzung der Ausschüsse wird dann entsprechend geändert.

(Übersetzung)

Protokoll zur Internationalen Konvention über die Fischerei im Nordwestatlantik

Die Regierungen, die Vertragsparteien der am 8. Februar 1949 in Washington unterzeichneten Internationalen Konvention über die Fischerei im Nordwestatlantik sind — im folgenden als Konvention von 1949 bezeichnet —, sind in dem Wunsch, Jahresversammlungen der Kommission außerhalb von Nordamerika zu ermöglichen, wie folgt übereingekommen:

Artikel I

Artikel II Abs. 5 der Konvention von 1949 erhält folgende neue Fassung:

„5. Die Kommission hält ordentliche Jahresversammlungen an ihrem Sitz oder an einem von der Kommission vereinbarten anderen Ort in Nordamerika oder außerhalb Nordamerikas ab.“

Artikel II

1. Das Protokoll liegt zur Unterzeichnung und Ratifizierung oder zum Beitritt seitens aller Regierungen, die Vertragsparteien der Konvention von 1949 sind, auf.

2. Dieses Protokoll tritt mit dem Tage in Kraft, an dem bei der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika für alle Regierungen, die Vertragsparteien der Konvention von 1949 sind, die Ratifikationsurkunden hinterlegt oder schriftliche Beitrittserklärungen eingegangen sind.

3. Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika setzt alle Regierungen, die die Konvention von 1949 unterzeichnet haben oder ihr beigetreten sind, von der Hinterlegung aller

Ratifikationsurkunden und dem Eingang aller Beitrittserklärungen sowie vom Tage des Inkrafttretens dieses Protokolls in Kenntnis.

Artikel III

1. Die Urschrift dieses Protokolls wird bei der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika hinterlegt, die allen Regierungen, die die Konvention von 1949 unterzeichnet haben oder ihr beigetreten sind, beglaubigte Abschriften übermittelt.

2. Das Protokoll trägt das Datum des Tages, an dem es zur Unterzeichnung aufgelegt wird, und liegt von diesem Tage an vierzehn Tage lang zur Unterzeichnung und im Anschluß daran zum Beitritt auf.

ZU URKUND DESSEN haben die Unterzeichneten nach Hinterlegung ihrer jeweiligen Vollmachten dieses Protokoll unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Washington am 25. Juni 1956 in englischer Sprache.

(Übersetzung)

Protokoll zur Internationalen Konvention über die Fischerei im Nordwestatlantik

Die Vertragsregierungen der am 8. Februar 1949 in Washington unterzeichneten Internationalen Konvention über die Fischerei im Nordwestatlantik, die in ihrer letztgültigen Fassung im folgenden als „Konvention“ bezeichnet ist —

von dem Wunsch geleitet, die Konvention auf Sattelrobben und Klappmützen zu erstrecken —

kommen wie folgt überein:

Artikel I

Die Konvention findet nach Maßgabe der Artikel II und III dieses Protokolls auf Sattelrobben und Klappmützen Anwendung.

Artikel II

(1) Die vertragschließenden Regierungen errichten und unterhalten einen Ausschuß, der für Sattelrobben und Klappmützen im Konventionsgebiet zuständig ist. Die Internationale Kommission für die Nordwestatlantische Fischerei bestimmt aufgrund der derzeitigen Fänge — soweit erheblich — von Sattelrobben und Klappmützen im Konventionsgebiet, welche Regierungen erstmalig in diesem Ausschuß vertreten sein werden; jedoch hat jede vertragschließende Regierung mit einer an das Konventionsgebiet grenzenden Küstenlinie ein Recht auf Vertretung im Ausschuß.

(2) Die Zusammensetzung des Ausschusses wird alljährlich von der Kommission überprüft; diese ist vorbehaltlich einer Konsultierung des Ausschusses befugt, die Vertretung im Ausschuß auf der im Absatz 1 für die erstmalige Vertretung vorgesehenen Grundlage zu bestimmen.

Artikel III

Vorschläge nach Artikel VIII der Konvention für ein gemeinsames Vorgehen der vertragschließenden Regierungen in bezug auf Sattelrobben und Klappmützen werden für alle vertragschließenden Regierungen vier Monate nach dem Tag wirksam, an dem von allen vertragschließenden Regierungen, die in dem Ausschuß für Sattelrobben und Klappmützen mitwirken, Annahmefotifikationen bei der Verwahrerregierung eingegangen sind.

Artikel IV

(1) Dieses Protokoll liegt für jede Vertragsregierung der Konvention zur Unterzeichnung und Ratifikation oder zum Beitritt auf.

(2) Dieses Protokoll tritt an dem Tag in Kraft, an dem namens aller Vertragsregierungen der Konvention bei der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika Ratifikationsurkunden hinterlegt worden oder schriftliche Beitrittsnotifikationen eingegangen sind.

(3) Eine Regierung, die nach Inkrafttreten dieses Protokolls Vertragspartei der Konvention wird, tritt dem Protokoll bei; der Beitritt wird mit dem Tag wirksam, an dem diese Regierung Vertragspartei der Konvention wird.

(4) Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika setzt alle Regierungen, die die Konvention unterzeichnet haben oder ihr beigetreten sind, von der Hinterlegung aller Ratifikationsurkunden und dem Eingang aller Beitrittsnotifikationen sowie von dem Tag in Kenntnis, an dem dieses Protokoll in Kraft tritt.

Artikel V

(1) Die Urschrift dieses Protokolls wird bei der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika hinterlegt; diese übermittelt beglaubigte Abschriften an alle Regierungen, die die Konvention unterzeichnet haben oder ihr beigetreten sind.

(2) Dieses Protokoll trägt das Datum des Tages, an dem es zur Unterzeichnung aufgelegt wird; es liegt vierzehn Tage lang zur Unterzeichnung und danach zum Beitritt auf.

ZU URKUND DESSEN haben die Unterzeichneten nach Hinterlegung ihrer Vollmachten dieses Protokoll unterschrieben.

GESCHEHEN zu Washington am 15. Juli 1963 in englischer Sprache.

(Übersetzung)

Protokoll zur Internationalen Konvention über die Fischerei im Nordwestatlantik, Kontrollmaßnahmen betreffend

Die Vertragsregierungen der am 8. Februar 1949 in Washington unterzeichneten Internationalen Konvention über die Fischerei im Nordwestatlantik, in ihrer geänderten Fassung im folgenden als „Konvention“ bezeichnet, haben in dem Wunsch, nationale und internationale Kontrollmaßnahmen auf hoher See vorzusehen, um die Durchführung der Konvention und der aufgrund derselben in Kraft befindlichen Maßnahmen sicherzustellen, folgendes vereinbart:

Artikel I

Absatz 5 von Artikel VIII der Konvention wird durch folgenden Zusatz ergänzt:

„und kann auch selbst Vorschläge betreffend nationale und internationale Kontrollmaßnahmen auf hoher See machen, um die Durchführung der Konvention und der aufgrund derselben in Kraft befindlichen Maßnahmen sicherzustellen.“

Artikel II

Absatz 8 von Artikel VIII der Konvention wird durch folgenden Zusatz ergänzt:

„oder an dem — bei einem Vorschlag im Sinne des Absatzes 5 — die Notifizierungen über seine Annahme durch alle Vertragsregierungen vorliegen.“

Artikel III

(1) Dieses Protokoll liegt für jede Vertragsregierung der Konvention zur Unterzeichnung und Ratifizierung oder Genehmigung oder zum Beitritt auf.

(2) Dieses Protokoll tritt an dem Tag in Kraft, an dem namens aller Vertragsregierungen der Konvention bei der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika Ratifikations- oder Genehmigungsurkunden hinterlegt worden oder schriftliche Beitrittsnotifikationen eingegangen sind. Dies gilt unter der Voraussetzung, daß Artikel II dieses Protokolls nur dann in Kraft tritt, wenn das am 29. November 1965 in Washington beschlossene Protokoll betreffend das Inkrafttreten der von der Kommission angenommenen Vorschläge nicht in Kraft getreten ist; in diesem Fall bleibt Artikel II so lange in Kraft, bis jenes Protokoll in Kraft tritt.

(3) Jede Regierung, die nach Inkrafttreten dieses Protokolls Vertragspartei der Konvention wird, tritt damit auch diesem Protokoll bei; der Beitritt wird mit dem Zeitpunkt wirksam, zu dem die betreffende Regierung Vertragspartei der Konvention wird.

(4) Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika unterrichtet alle Regierungen, die die Konvention unterzeichnet haben oder ihr beigetreten sind, von der Hinterlegung aller Ratifikations- und Genehmigungsurkunden, vom Eingang aller Beitrittsnotifikationen sowie von dem Zeitpunkt, zu dem dieses Protokoll in Kraft tritt.

Artikel IV

(1) Die Urschrift dieses Protokolls wird bei der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika hinterlegt; diese übermittelt allen Regierungen, die die Konvention unterzeichnet haben oder ihr beigetreten sind, beglaubigte Abschriften.

(2) Dieses Protokoll trägt das Datum, an dem es zur Unterzeichnung aufgelegt wird; es liegt anschließend vierzehn Tage zur Unterzeichnung und danach zum Beitritt auf.

ZU URKUND DESSEN haben die Unterzeichneten nach Hinterlegung ihrer entsprechenden Vollmachten dieses Protokoll unterschrieben.

GESCHEHEN zu Washington am 29. November 1965 in englischer Sprache.

(Übersetzung)

Protokoll zur Internationalen Konvention über die Fischerei im Nordwestatlantik, das Inkrafttreten der von der Kommission angenommenen Vorschläge betreffend

Die Vertragsregierungen der am 8. Februar 1949 in Washington unterzeichneten Internationalen Konvention über die Fischerei im Nordwestatlantik, in ihrer geänderten Fassung im folgenden als „Konvention“ bezeichnet, haben in dem Wunsch, das Inkrafttreten der von der Kommission angenommenen Vorschläge zu erleichtern, folgendes vereinbart:

Artikel I

Die Absätze 7 und 8 von Artikel VIII der Konvention werden neu gefaßt und lauten wie folgt:

„(7) a) Jeder von der Kommission nach Absatz 1 oder 5 gemachte Vorschlag tritt für alle Vertragsregierungen sechs Monate nach dem Datum der Notifikation in Kraft, mit der die Verwahrregierung den Vorschlag an die Vertragsregierungen weiterleitet, soweit in diesem Artikel nichts anderes vorgesehen ist.

b) Erhebt eine einem Ausschuß für ein Untergebiet angehörende Vertragsregierung Einspruch gegen einen dieses Untergebiet betreffenden Vorschlag oder erhebt eine beliebige Vertragsregierung Einspruch gegen einen auf Absatz 5 ge-

stützten Vorschlag, und zwar in beiden Fällen bei der Verwahrregierung binnen sechs Monaten nach dem Datum der Notifikation des Vorschlags durch die Verwahrregierung, so tritt der Vorschlag während weiterer sechzig Tage für keine Regierung in Kraft. In diesem Fall kann jede dem betreffenden Ausschuss angehörende andere Vertragsregierung und bei einem auf Absatz 5 gestützten Vorschlag jede beliebige Vertragsregierung ebenfalls Einspruch erheben, und zwar vor Ablauf der Zusatzfrist von sechzig Tagen oder binnen dreißig Tagen nach Empfang der Mitteilung über einen von einer anderen Vertragsregierung innerhalb der Zusatzfrist von sechzig Tagen erhobenen Einspruch, je nachdem, welcher Zeitpunkt später liegt. Der Vorschlag tritt für alle Vertragsregierungen mit Ausnahme der Regierungen, die Einspruch erhoben haben, bei Ablauf der letzten Einspruchsfrist in Kraft. Ist jedoch von einer Mehrheit der dem betreffenden Ausschuss angehörenden Vertragsregierungen oder bei einem auf Absatz 5 gestützten Vorschlag von einer Mehrheit aller Vertragsregierungen Einspruch erhoben worden, so tritt der Vorschlag nicht in Kraft, es sei denn, daß einige oder alle Vertragsregierungen übereinkommen, den Vorschlag zu einem vereinbarten Zeitpunkt untereinander in Kraft zu setzen.

c) Eine Vertragsregierung, die gegen einen Vorschlag Einspruch erhoben hat, kann diesen jederzeit zurücknehmen; für diese Regierung wird der Vorschlag sofort rechtswirksam, wenn er schon in Kraft befindlich ist oder mit dem späteren Zeitpunkt, zu dem er aufgrund dieses Artikels in Kraft tritt.

(8) Die Verwahrregierung notifiziert jeder Vertragsregierung sofort nach Eingang jeden Einspruch und jede Zurücknahme eines Einspruchs sowie das Inkrafttreten eines jeden Vorschlags."

Artikel II

(1) Dieses Protokoll liegt für jede Vertragsregierung der Konvention zur Unterzeichnung und Ratifizierung oder Genehmigung oder zum Beitritt auf.

(2) Dieses Protokoll tritt an dem Tag in Kraft, an dem von allen Vertragsregierungen der Konvention bei der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika Ratifikationsurkunden hinterlegt worden oder schriftliche Beitrittsnotifikationen eingegangen sind.

(3) Jede Regierung, die nach Inkrafttreten dieses Protokolls Vertragspartei der Konvention wird, tritt damit auch diesem Protokoll bei, und zwar mit dem Zeitpunkt, zu dem sie Vertragspartei der Konvention wird.

(4) Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika unterrichtet alle Regierungen, die die Konvention unterzeichnet haben oder ihr beigetreten sind, von der Hinterlegung aller Ratifikations- oder Genehmigungsurkunden, vom Eingang aller Beitrittserklärungen sowie über den Zeitpunkt, zu dem dieses Protokoll in Kraft tritt.

Artikel III

(1) Die Urschrift dieses Protokolls wird bei der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika hinterlegt; diese übermittelt allen Regierungen, die die Konvention unterzeichnet haben oder ihr beigetreten sind, beglaubigte Abschriften.

(2) Dieses Protokoll trägt das Datum, an dem es zur Unterzeichnung aufgelegt wird; es liegt anschließend vierzehn Tage lang zur Unterzeichnung und danach zum Beitritt auf.

ZU URKUND DESSEN haben die Unterzeichneten nach Hinterlegung ihrer entsprechenden Vollmachten dieses Protokoll unterschrieben.

GESCHEHEN zu Washington am 29. November 1965 in englischer Sprache.

Protokoll zur Internationalen Konvention über die Fischerei im Nordwestatlantik, die Mitgliedschaft in den Ausschüssen und Regulierungsmaßnahmen betreffend

Die Vertragsregierungen der am 8. Februar 1949 in Washington unterzeichneten Internationalen Konvention für die Fischerei im Nordwestatlantik, in ihrer geänderten Fassung im folgenden als „Konvention“ bezeichnet, haben in dem Wunsch, eine geeignetere Grundlage für die Festlegung der Vertretung in den Ausschüssen zu schaffen, die aufgrund der Konvention errichtet sind, und in dem Wunsch, die einzelnen von der Internationalen Kommission für die Fischerei im Nordwestatlantik vorzuschlagenden Maßnahmen der Fischereiregulierung elastischer zu gestalten, folgendes vereinbart:

Artikel I

Artikel IV Absatz 2 der Konvention erhält folgende Fassung:

„(2) Die Kommission überprüft alljährlich die Vertretung in den Ausschüssen; sie ist berechtigt, im Benehmen mit dem betreffenden Ausschuss die Vertretung für jeden Ausschuss auf der Grundlage der jeweiligen erheblichen Ausnutzung der Fischbestände in dem betreffenden Untergebiet oder der jeweiligen erheblichen Ausnutzung der Sattelroben- und Klappmützenbestände im Konventionsgebiet zu bestimmen; dabei hat jedoch jede Vertragsregierung mit einer an ein Untergebiet angrenzenden Küstenlinie das Recht auf Vertretung in dem für dieses Untergebiet zuständigen Ausschuss.“

Artikel II

Artikel VII Absatz 2 der Konvention erhält folgende Fassung:

„(2) Jeder Ausschuss kann, gestützt auf wissenschaftliche Untersuchungen und wirtschaftliche und technische Überlegungen, der Kommission Empfehlungen für ein gemeinsames Vorgehen der Vertragsregierungen innerhalb des Anwendungsbereichs von Artikel VIII Absatz 1 erteilen.“

Artikel III

Artikel VIII Absatz 1 der Konvention erhält folgende Fassung:

„(1) Die Kommission kann auf Empfehlung eines oder mehrerer Ausschüsse und gestützt auf wissenschaftliche Untersuchungen sowie wirtschaftliche und technische Überlegungen der Verwahrregierung geeignete Vorschläge für ein gemeinsames Vorgehen der Vertragsregierungen mit dem Ziel übermitteln, die bestmögliche Nutzung der Bestände an denjenigen Fischarten zu erreichen, welche die Grundlage für die internationale Fischerei im Konventionsgebiet bilden.“

Artikel IV

(1) Dieses Protokoll liegt für jede Vertragsregierung der Konvention zur Unterzeichnung und Ratifizierung oder Genehmigung oder zum Beitritt auf.

(2) Dieses Protokoll tritt an dem Tag in Kraft, an dem von allen Vertragsregierungen der Konvention bei der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika Ratifikations- oder Genehmigungsurkunden hinterlegt worden oder schriftliche Beitrittsnotifikationen eingegangen sind.

(3) Jede Regierung, die der Konvention beiträgt, nachdem dieses Protokoll zur Unterschrift aufgelegt worden ist, tritt damit zugleich auch diesem Protokoll bei.

(4) Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika unterrichtet alle Regierungen, die die Konvention unterzeichnet

haben oder ihr beigetreten sind, von der Hinterlegung aller Ratifikations- oder Genehmigungsurkunden, vom Eingang aller Beitrittsnotifikationen sowie über den Zeitpunkt, zu dem dieses Protokoll in Kraft tritt.

Artikel V

(1) Die Urschrift dieses Protokolls wird bei der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika hinterlegt; diese übermittelt allen Regierungen, die die Konvention unterzeichnet haben oder ihr beigetreten sind, beglaubigte Abschriften.

(2) Dieses Protokoll trägt das Datum, an dem es zur Unterzeichnung aufgelegt wird; es liegt anschließend vierzehn Tage lang zur Unterzeichnung und danach zum Beitritt auf.

ZU URKUND DESSEN haben die Unterzeichneten nach Hinterlegung ihrer Vollmachten dieses Protokoll unterschrieben.

GESCHEHEN zu Washington am 1. Oktober 1969 in englischer Sprache.

(Übersetzung)

Protokoll zur Internationalen Konvention über die Fischerei im Nordwestatlantik, Änderungen der Konvention betreffend

Die Vertragsregierungen der am 8. Februar 1949 in Washington unterzeichneten Internationalen Konvention über die Fischerei im Nordwestatlantik — in ihrer geänderten Fassung im folgenden als Konvention bezeichnet — sind in dem Wunsch, das Inkrafttreten der Änderungen der Konvention zu erleichtern, wie folgt übereingekommen:

Artikel I

Artikel XVII der Konvention wird „Artikel XVIII“ und es wird ein neuer Artikel XVII eingefügt, der folgendermaßen lautet:

„Artikel XVII

1. Eine Vertragsregierung oder die Kommission kann Änderungen der Konvention vorschlagen, die auf einer ordentlichen Sitzung der Kommission oder auf einer nach Artikel II Absatz 6 der Konvention einberufenen außerordentlichen Sitzung der Kommission geprüft und behandelt werden. Ein solcher Änderungsvorschlag ist mindestens neunzig Tage vor der Sitzung, auf der er behandelt werden soll, dem geschäftsführenden Sekretär zuzuleiten; dieser übermittelt den Vorschlag sofort allen Vertragsregierungen und Kommissionsmitgliedern.

2. Eine vorgeschlagene Änderung der Konvention wird von der Kommission mit Dreiviertelmehrheit der Stimmen aller Vertragsregierungen angenommen. Die Verwahrregierung übermittelt allen Vertragsregierungen den Wortlaut des angenommenen Änderungsvorschlags.

3. Die Änderung tritt für alle Vertragsregierungen einhundertzwanzig Tage nach dem Tag in Kraft, an dem die Verwahrregierung den Eingang der schriftlichen Genehmigungsnotifikationen von drei Vierteln aller Vertragsregierungen notifiziert hat, sofern nicht eine andere Vertragsregierung binnen neunzig Tagen nach dem Tag, an dem die Verwahrregierung den Eingang notifiziert hat, bei dieser

Einspruch gegen die Änderung erhebt; in diesem Falle tritt die Änderung für keine Vertragsregierung in Kraft. Eine Vertragsregierung, die gegen eine Änderung Einspruch erhoben hat, kann diesen jederzeit zurückziehen. Sind alle Einsprüche gegen eine Änderung zurückgezogen worden, so tritt die Änderung für alle Vertragsregierungen einhundertzwanzig Tage nach dem Tag in Kraft, an dem die Verwahrregierung den Eingang der letzten Zurücknahme notifiziert.

4. Wird eine Regierung Vertragspartei der Konvention, nachdem eine Änderung gemäß Absatz 2 angenommen worden ist, so wird davon ausgegangen, daß die betreffende Regierung die Änderung genehmigt hat.

5. Die Verwahrregierung notifiziert alsbald allen Vertragsregierungen den Eingang von Notifikationen über die Genehmigung von Änderungen, über Einsprüche oder über die Zurücknahme von Einsprüchen sowie das Inkrafttreten von Änderungen.“

Artikel II

(1) Dieses Protokoll liegt für alle Regierungen, die Vertragsparteien der Konvention sind, zur Unterzeichnung und Ratifizierung oder Genehmigung oder zum Beitritt auf.

(2) Dieses Protokoll tritt an dem Tag in Kraft, an dem für alle Regierungen, die Vertragsparteien der Konvention sind, bei der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika Ratifikations- oder Genehmigungsurkunden hinterlegt worden oder schriftliche Beitrittsmitteilungen eingegangen sind.

(3) Eine Regierung, die Vertragspartei der Konvention wird, nachdem dieses Protokoll zur Unterzeichnung aufgelegt worden ist, tritt gleichzeitig dem Protokoll bei.

(4) Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika unterrichtet alle Regierungen, die diese Konvention unterzeichnet haben oder ihr beigetreten sind, von der Hinterlegung aller Ratifikations- und Genehmigungsurkunden und vom Eingang aller Beitrittsmitteilungen sowie von dem Tag, an dem dieses Protokoll in Kraft tritt.

(5) Ein Protokoll zur Änderung der Konvention, das am Tag des Inkrafttretens des vorliegenden Protokolls unterzeichnet, aber noch nicht in Kraft getreten ist, tritt danach im Einklang mit dem vorliegenden Protokoll in Kraft; sind jedoch die ein solches Protokoll betreffenden Ratifikations- oder Genehmigungsurkunden oder Beitrittsmitteilungen von drei Vierteln aller Vertragsregierungen zur Zeit des Inkrafttretens des vorliegenden Protokolls bei der Verwahrregierung eingegangen, so gilt der Tag, an dem die im Artikel XVII Absatz 3 Satz 1 genannten Fristen von neunzig und einhundertzwanzig Tagen in bezug auf die Änderung beginnen, als Tag des Inkrafttretens des vorliegenden Protokolls.

Artikel III

(1) Die Urschrift dieses Protokolls wird bei der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika hinterlegt; diese übermittelt allen Regierungen, die die Konvention unterzeichnet haben oder ihr beigetreten sind, beglaubigte Abschriften.

(2) Dieses Protokoll trägt das Datum des Tages, an dem es zur Unterzeichnung aufgelegt wird; danach liegt es während vierzehn Tagen zur Unterzeichnung und in der Folge zum Beitritt auf.

ZU URKUND DESSEN haben die Unterzeichneten nach Hinterlegung ihrer Vollmachten dieses Protokoll unterschrieben.

GESCHEHEN zu Washington am 6. Oktober 1970 in englischer Sprache.

**INTERNATIONAL CONVENTION
FOR THE
NORTHWEST ATLANTIC FISHERIES**

The Governments whose duly authorized representatives have subscribed hereto, sharing a substantial interest in the conservation of the fishery resources of the Northwest Atlantic Ocean, have resolved to conclude a convention for the investigation, protection and conservation of the fisheries of the Northwest Atlantic Ocean, in order to make possible the maintenance of a maximum sustained catch from those fisheries and to that end have, through their duly authorized representatives, agreed as follows:

ARTICLE I

1. The area to which this Convention applies, hereinafter referred to as "the Convention area", shall be all waters, except territorial waters, bounded by a line beginning at a point on the coast of Rhode Island in 71° 40' west longitude; thence due south to 39° 00' north latitude; thence due east to 42° 00' west longitude; thence due north to 59° 00' north latitude; thence due west to 44° 00' west longitude; thence due north to the coast of Greenland thence along the west coast of Greenland to 78° 10' north latitude; thence southward to a point in 75° 00' north latitude and 73° 30' west longitude; thence along a rhumb line to a point in 69° 00' north latitude and 59° 00' west longitude; thence due south to 61° 00' north latitude; thence due west to 64° 30' west longitude; thence due south to the coast of Labrador; thence in a southerly direction along the coast of Labrador to the southern terminus of its boundary with Quebec; thence in a westerly direction along the coast of Quebec, and in an easterly and southerly direction along the coasts of New Brunswick, Nova Scotia, and Cape Breton Island to Cabot Strait; thence along the coasts of Cape Breton Island, Nova Scotia, New Brunswick, Maine, New Hampshire, Massachusetts, and Rhode Island to the point of beginning.

2. Nothing in this Convention shall be deemed to affect adversely (prejudice) the claims of any Contracting Government in regard to the limits of territorial waters or to the jurisdiction of a coastal state over fisheries.

3. The Convention area shall be divided into five sub-areas, the boundaries of which shall be those defined in the Annex to this Convention, subject to such alterations as may be made in accordance with the provisions of paragraph 2 of Article VI.

ARTICLE II

1. The Contracting Governments shall establish and maintain a Commission for the purposes of this Convention. The Commission shall be known as the International Commission for the Northwest Atlantic Fisheries, hereinafter referred to as "the Commission".

2. Each of the Contracting Governments may appoint not more than three Commissioners and one or more experts or advisers to assist its Commissioner or Commissioners.

3. The Commission shall elect from its members a Chairman and a Vice Chairman, each of whom shall serve for a term of two years and shall be eligible for re-election but not to a succeeding term. The Chairman and Vice Chairman must be Commissioners from different Contracting Governments.

4. The seat of the Commission shall be in North America at a place to be chosen by the Commission.

5. The Commission shall hold a regular annual meeting at its seat or at such place in North America as may be agreed upon by the Commission.

6. Any other meeting of the Commission may be called by the Chairman at such time and place as he may determine, upon the request of the Commissioner of a Contracting Government and subject to the concurrence of the Commissioners

of two other Contracting Governments, including the Commissioner of a Government in North America.

7. Each Contracting Government shall have one vote which may be cast by any Commissioner from that Government. Decisions of the Commission shall be taken by a two-thirds majority of the votes of all the Contracting Governments.

8. The Commission shall adopt, and amend as occasion may require, financial regulations and rules and by-laws for the conduct of its meetings and for the exercise of its functions and duties.

ARTICLE III

1. The Commission shall appoint an Executive Secretary according to such procedure and on such terms as it may determine.

2. The staff of the Commission shall be appointed by the Executive Secretary in accordance with such rules and procedures as may be determined and authorized by the Commission.

3. The Executive Secretary shall, subject to the general supervision of the Commission, have full power and authority over the staff and shall perform such other functions as the Commission shall prescribe.

ARTICLE IV

1. The Contracting Governments shall establish and maintain a Panel for each of the sub-areas provided for by Article I, in order to carry out the objectives of this Convention. Each Contracting Government participating in any Panel shall be represented on such Panel by its Commissioner or Commissioners, who may be assisted by experts or advisers. Each Panel shall elect from its members a Chairman who shall serve for a period of two years and shall be eligible for re-election but not to a succeeding term.

2. After this Convention has been in force for two years, but not before that time, Panel representation shall be reviewed annually by the Commission, which shall have the power, subject to consultation with the Panel concerned, to determine representation on each Panel on the basis of current substantial exploitation in the sub-area concerned of fishes of the cod group (*Gadiformes*), of flat-fishes (*Pleuronectiformes*), and of rosefish (genus *Sebastes*), except that each Contracting Government with coastline adjacent to a sub-area shall have the right of representation on the Panel for the sub-area.

3. Each Panel may adopt, and amend as occasion may require, rules of procedure and by-laws for the conduct of its meetings and for the exercise of its functions and duties.

4. Each Government participating in a Panel shall have one vote, which shall be cast by a Commissioner representing that Government. Decisions of the Panel shall be taken by a two-thirds majority of the votes of all the Governments participating in that Panel.

5. Commissioners of Contracting Governments not participating in a particular Panel shall have the right to attend the meetings of such Panel as observers, and may be accompanied by experts and advisers.

6. The Panels shall, in the exercise of their functions and duties, use the services of the Executive Secretary and the staff of the Commission.

ARTICLE V

1. Each Contracting Government may set up an Advisory Committee composed of persons, including fishermen, vessel owners and others, well informed concerning the problems of

the fisheries of the Northwest Atlantic Ocean. With the assent of the Contracting Government concerned, a representative or representatives of an Advisory Committee may attend as observers all non-executive meetings of the Commission or of any Panel in which their Government participates.

2. The Commissioners of each Contracting Government may hold public hearings within the territories they represent.

ARTICLE VI

1. The Commission shall be responsible in the field of scientific investigation for obtaining and collating the information necessary for maintaining those stocks of fish which support international fisheries in the Convention area and the Commission may, through or in collaboration with agencies of the Contracting Governments or other public or private agencies and organizations or, when necessary, independently:

(a) make such investigations as it finds necessary into the abundance, life history and ecology of any species of aquatic life in any part of the Northwest Atlantic Ocean;

(b) collect and analyze statistical information relating to the current conditions and trends of the fishery resources of the Northwest Atlantic Ocean;

(c) study and appraise information concerning the methods for maintaining and increasing stocks of fish in the Northwest Atlantic Ocean;

(d) hold or arrange such hearings as may be useful or essential in connection with the development of complete factual information necessary to carry out the provisions of this Convention;

(e) conduct fishing operations in the Convention area at any time for purposes of scientific investigation;

(f) publish and otherwise disseminate reports of its findings and statistical, scientific and other information relating to the fisheries of the Northwest Atlantic Ocean as well as such other reports as fall within the scope of this Convention.

2. Upon the unanimous recommendation of each Panel affected, the Commission may alter the boundaries of the sub-areas set out in the Annex. Any such alteration shall forthwith be reported to the Depository Government which shall inform the Contracting Governments, and the sub-areas defined in the Annex shall be altered accordingly.

3. The Contracting Governments shall furnish to the Commission, at such time and in such form as may be required by the Commission, the statistical information referred to in paragraph 1 (b) of this Article.

ARTICLE VII

1. Each Panel established under Article IV shall be responsible for keeping under review the fisheries of its sub-area and the scientific and other information relating thereto.

2. Each Panel, upon the basis of scientific investigations, may make recommendations to the Commission for joint action by the Contracting Governments on the matters specified in paragraph 1 of Article VIII.

3. Each Panel may recommend to the Commission studies and investigations within the scope of this Convention which are deemed necessary in the development of factual information relating to its particular sub-area.

4. Any Panel may make recommendations to the Commission for the alteration of the boundaries of the sub-areas defined in the Annex.

5. Each Panel shall investigate and report to the Commission upon any matter referred to it by the Commission.

6. A Panel shall not incur any expenditure except in accordance with directions given by the Commission.

ARTICLE VIII

1. The Commission may, on the recommendations of one or more Panels, and on the basis of scientific investigations, transmit to the Depository Government proposals, for joint action by the Contracting Governments, designed to keep the stocks of those species of fish which support international fisheries in the Convention area at a level permitting the maximum sustained catch by the application, with respect to such species of fish, of one or more of the following measures:

(a) establishing open and closed seasons;

(b) closing to fishing such portions of a sub-area as the Panel concerned finds to be a spawning area or to be populated by small or immature fish;

(c) establishing size limits for any species;

(d) prescribing the fishing gear and appliances the use of which is prohibited;

(e) prescribing an over-all catch limit for any species of fish.

2. Each recommendation shall be studied by the Commission and thereafter the Commission shall either

(a) transmit the recommendation as a proposal to the Depository Government with such modifications or suggestions as the Commission may consider desirable, or

(b) refer the recommendation back to the Panel with comments for its reconsideration.

3. The Panel may, after reconsidering the recommendation returned to it by the Commission, reaffirm that recommendation, with or without modification.

4. If, after a recommendation is reaffirmed, the Commission is unable to adopt the recommendation as a proposal, it shall send a copy of the recommendation to the Depository Government with a report of the Commission's decision. The Depository Government shall transmit copies of the recommendation and of the Commission's report to the Contracting Governments.

5. The Commission may, after consultation with all the Panels, transmit proposals to the Depository Government within the scope of paragraph 1 of this Article affecting the Convention area as a whole.

6. The Depository Government shall transmit any proposal received by it to the Contracting Governments for their consideration and may make such suggestions as will facilitate acceptance of the proposal.

7. The Contracting Governments shall notify the Depository Government of their acceptance of the proposal, and the Depository Government shall notify the Contracting Governments of each acceptance communicated to it, including the date of receipt thereof.

8. The proposal shall become effective for all Contracting Governments four months after the date on which notifications of acceptance shall have been received by the Depository Government from all the Contracting Governments participating in the Panel or Panels for the sub-area or sub-areas to which the proposal applies.

9. At any time after the expiration of one year from the date on which a proposal becomes effective, any Panel Government for the sub-area to which the proposal applies may give to the Depository Government notice of the termination of its acceptance of the proposal and, if that notice is not withdrawn, the proposal shall cease to be effective for that Panel Government at the end of one year from the date of receipt of the notice by the Depository Government. At any time after a proposal has ceased to be effective for a Panel Government under this paragraph, the proposal shall cease to be effective for any other Contracting Government upon the date a notice of withdrawal by such Government is received by the Depository Government. The Depository Government shall notify all Contracting Governments of every notice under this paragraph immediately upon the receipt thereof.

ARTICLE IX

The Commission may invite the attention of any or all Contracting Governments to any matters which relate to the objectives and purposes of this Convention.

ARTICLE X

1. The Commission shall seek to establish and maintain working arrangements with other public international organizations which have related objectives, particularly the Food and Agriculture Organization of the United Nations and the International Council for the Exploration of the Sea, to ensure effective collaboration and coordination with respect to their work and, in the case of the International Council for the Exploration of the Sea, the avoidance of duplication of scientific investigations.

2. The Commission shall consider, at the expiration of two years from the date of entry into force of this Convention, whether or not it should recommend to the Contracting Governments that the Commission be brought within the framework of a specialized agency of the United Nations.

ARTICLE XI

1. Each Contracting Government shall pay the expenses of the Commissioners, experts and advisers appointed by it.

2. The Commission shall prepare an annual administrative budget of the proposed necessary administrative expenditures of the Commission and an annual special projects budget of proposed expenditures on special studies and investigations to be undertaken by or on behalf of the Commission pursuant to Article VI or by or on behalf of any Panel pursuant to Article VII.

3. The Commission shall calculate the payments due from each Contracting Government under the annual administrative budget according to the following formula:

(a) from the administrative budget there shall be deducted a sum of 500 United States dollars for each Contracting Government;

(b) the remainder shall be divided into such number of equal shares as corresponds to the total number of Panel memberships;

(c) the payment due from any Contracting Government shall be the equivalent of 500 United States dollars plus the number of shares equal to the number of Panels in which that Government participates.

4. The Commission shall notify each Contracting Government the sum due from that Government as calculated under paragraph 3 of this Article and as soon as possible thereafter each Contracting Government shall pay to the Commission the sum so notified.

5. The annual special projects budget shall be allocated to the Contracting Governments according to a scale to be determined by agreement among the Contracting Governments, and the sums so allocated to any Contracting Government shall be paid to the Commission by that Government.

6. Contributions shall be payable in the currency of the country in which the seat of the Commission is located, except that the Commission may accept payment in the currencies in which it may be anticipated that expenditures of the Commission will be made from time to time, up to an amount established each year by the Commission in connection with the preparation of the annual budgets.

7. At its first meeting the Commission shall approve an administrative budget for the balance of the first financial year in which the Commission functions and shall transmit to the Contracting Governments copies of that budget together with notices of their respective allocations.

8. In subsequent financial years, the Commission shall submit to each Contracting Government drafts of the annual

budgets together with a schedule of allocations, not less than six weeks before the annual meeting of the Commission at which the budgets are to be considered.

ARTICLE XII

The Contracting Governments agree to take such action as may be necessary to make effective the provisions of this Convention and to implement any proposals which become effective under paragraph 8 of Article VIII. Each Contracting Government shall transmit to the Commission a statement of the action taken by it for these purposes.

ARTICLE XIII

The Contracting Governments agree to invite the attention of any Government not a party to this Convention to any matter relating to the fishing activities in the Convention area of the nationals or vessels of that Government which appear to affect adversely the operations of the Commission or the carrying out of the objectives of this Convention.

ARTICLE XIV

The Annex, as attached to this Convention and as modified from time to time, forms an integral part of this Convention.

ARTICLE XV

1. This Convention shall be ratified by the signatory Governments and the instruments of ratification shall be deposited with the Government of the United States of America, referred to in this Convention as the "Depositary Government".

2. This Convention shall enter into force upon the deposit of instruments of ratification by four signatory Governments, and shall enter into force with respect to each Government which subsequently ratifies on the date of the deposit of its instrument of ratification.

3. Any Government which has not signed this Convention may adhere thereto by a notification in writing to the Depositary Government. Adherences received by the Depositary Government prior to the date of entry into force of this Convention shall become effective on the date this Convention enters into force. Adherences received by the Depositary Government after the date of entry into force of this Convention shall become effective on the date of receipt by the Depositary Government.

4. The Depositary Government shall inform all signatory Governments and all adhering Governments of all ratifications deposited and adherences received.

5. The Depositary Government shall inform all Governments concerned of the date this Convention enters into force.

ARTICLE XVI

1. At any time after the expiration of ten years from the date of entry into force of this Convention, any Contracting Government may withdraw from the Convention on December thirty-first of any year by giving notice on or before the preceding June thirtieth to the Depositary Government which shall communicate copies of such notice to the other Contracting Governments.

2. Any other Contracting Government may thereupon withdraw from this Convention on the same December thirty-first by giving notice to the Depositary Government within one month of the receipt of a copy of a notice of withdrawal given pursuant to paragraph 1 of this Article.

ARTICLE XVII

1. The original of this Convention shall be deposited with the Government of the United States of America, which Government shall communicate certified copies thereof to all the signatory Governments and all the adhering Governments.

2. The Depository Government shall register this Convention with the Secretariat of the United Nations.

3. This Convention shall bear the date on which it is opened for signature and shall remain open for signature for a period of fourteen days thereafter.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned, having deposited their respective full powers, have signed this Convention.

DONE in Washington this eighth day of February 1949 in the English language.

ANNEX

1. The sub-areas provided for by Article I of this Convention shall be as follows:

Sub-area 1 — That portion of the Convention area which lies to the north and east of a rhumb line from a point in 75° 00' north latitude and 73° 30' west longitude to a point in 69° 00' north latitude and 59° 00' west longitude; east of 59° 00' west longitude; and to the north and east of a rhumb line from a point in 61° 00' north latitude and 59° 00' west longitude to a point in 52° 15' north latitude and 42° 00' west longitude.

Sub-area 2 — That portion of the Convention area lying to the south and west of sub-area 1 defined above and to the north of the parallel of 52° 15' north latitude.

Sub-area 3 — That portion of the Convention area lying south of the parallel of 52° 15' north latitude; and to the east of a line extending due north from Cape Bauld on the north coast of Newfoundland to 52° 15' north latitude; to the north of the parallel of 39° 00' north latitude; and to the east and north of a rhumb line extending in a northwesterly direction which passes through a point in 43° 30' north latitude, 55° 00' west longitude, in the direction of a point in 47° 50' north latitude, 69° 00' west longitude, until it intersects a straight line connecting Cape Ray, on the coast of Newfoundland, with Cape North on Cape Breton Island; thence in a northeasterly direction along said line to Cape Ray.

Sub-area 4 — That portion of the Convention area lying to the west of sub-area 3 defined above, and to the east of a line described as follows: beginning at the terminus of the international boundary between the United States of America and Canada in Grand Manan Channel, at a point in 44° 46' 35.34" north latitude, 66° 54' 11.23" west longitude; thence due south to the parallel of 43° 50' north latitude; thence due west to the meridian of 67° 40' west longitude; thence due south to the parallel of 42° 20' north latitude; thence due east to a point in 66° 00' west longitude; thence along a rhumb line in a southeasterly direction to a point in 42° 00' north latitude, 65° 40' west longitude; thence due south to the parallel of 39° 00' north latitude.

Sub-area 5 — That portion of the Convention area lying west of the western boundary of sub-area 4 defined above.

2. For a period of two years from the date of entry into force of this Convention, Panel representation for each sub-area shall be as follows:

(a) **Sub-area 1** — Denmark, France, Italy, Norway, Portugal, Spain, United Kingdom;

(b) **Sub-area 2** — Denmark, France, Italy, Newfoundland;

(c) **Sub-area 3** — Canada, Denmark, France, Italy, Newfoundland, Portugal, Spain, United Kingdom;

(d) **Sub-area 4** — Canada, France, Italy, Newfoundland, Portugal, Spain, United States;

(e) **Sub-area 5** — Canada, United States;

it being understood that during the period between the signing of this Convention and the date of its entry into force, any

signatory or adhering Government may, by notification to the Depository Government, withdraw from the list of members of a Panel for any sub-area or be added to the list of members of the Panel for any sub-area on which it is not named. The Depository Government shall inform all the other Governments concerned of all such notifications received and the memberships of the Panels shall be altered accordingly.

PROTOCOL TO THE INTERNATIONAL CONVENTION FOR THE NORTHWEST ATLANTIC FISHERIES

SIGNED AT WASHINGTON UNDER DATE OF
FEBRUARY 8, 1949

The Governments parties to the International Convention for the Northwest Atlantic Fisheries signed at Washington under date of February 8, 1949, which Convention is hereinafter referred to as the 1949 Convention, desiring to provide for the holding of annual meetings of the Commission outside North America, agree as follows:

ARTICLE I

Paragraph 5 of Article II of the 1949 Convention is amended to read as follows:

"5. The Commission shall hold a regular annual meeting at its seat or at such other place in North America or elsewhere as may be agreed upon by the Commission."

ARTICLE II

1. This Protocol shall be open for signature and ratification or for adherence on behalf of any Government party to the 1949 Convention.

2. This Protocol shall enter into force on the date upon which instruments of ratification have been deposited with, or written notifications of adherence have been received by, the Government of the United States of America, on behalf of all the Governments parties to the 1949 Convention.

3. The Government of the United States of America shall inform all Governments signatory or adhering to the 1949 Convention of all ratifications deposited and adherences received and of the date this Protocol enters into force.

ARTICLE III

1. The original of this Protocol shall be deposited with the Government of the United States of America, which Government shall communicate certified copies thereof to all the Governments signatory or adhering to the 1949 Convention.

2. This Protocol shall bear the date on which it is opened for signature and shall remain open for signature for a period of fourteen days thereafter, following which period it shall be open for adherence.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned, having deposited their respective full powers, have signed this Protocol.

DONE in Washington this twenty-fifth day of June 1956 in the English language.

PROTOCOL TO THE INTERNATIONAL CONVENTION FOR THE NORTHWEST ATLANTIC FISHERIES

The Governments parties to the International Convention for the Northwest Atlantic Fisheries signed at Washington under date of February 8, 1949, which Convention, as amended, is hereinafter referred to as the Convention, desiring to ex-

tend the provisions of the Convention to harp and hood seals, agree as follows:

ARTICLE I

The provisions of the Convention shall be applicable with respect to harp and hood seals in conformity with Articles II and III of this Protocol.

ARTICLE II

1. The Contracting Governments shall establish and maintain a Panel with jurisdiction respecting harp and hood seals in the Convention area. Initial representation on the Panel shall be determined by the International Commission for the Northwest Atlantic Fisheries on the basis of current substantial exploitation of harp and hood seals in the Convention area, except that each Contracting Government with coastline adjacent to the Convention area shall have the right to representation on the Panel.

2. Panel representation shall be reviewed annually by the Commission, which shall have the power, subject to consultation with the Panel, to determine representation on the Panel on the same basis as provided in paragraph 1 of this Article for initial representation.

ARTICLE III

Proposals in accordance with Article VIII of the Convention for joint action by Contracting Governments with respect to harp and hood seals shall become effective for all Contracting Governments four months after the date on which notifications of acceptance have been received by the Depositary Government from all the Contracting Governments participating in the Panel for harp and hood seals.

ARTICLE IV

1. This Protocol shall be open for signature and ratification or for adherence on behalf of any Government party to the Convention.

2. This Protocol shall enter into force on the date on which instruments of ratification have been deposited with, or written notifications of adherence have been received by, the Government of the United States of America, on behalf of all the Governments parties to the Convention.

3. Any Governments becoming a party to the Convention after this Protocol enters into force shall adhere to this Protocol, such adherence to be effective on the same date that such Government becomes a party to the Convention.

4. The Government of the United States of America shall inform all Governments signatory or adhering to the Convention of all ratifications deposited and adhesions received and of the date this Protocol enters into force.

ARTICLE V

1. The original of this Protocol shall be deposited with the Government of the United States of America, which Government shall communicate certified copies thereof to all the Governments signatory or adhering to the Convention.

2. This Protocol shall bear the date on which it is opened for signature and shall remain open for signature for a period of fourteen days thereafter, following which period it shall be open for adherence.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned, having deposited their respective full powers, have signed this Protocol.

DONE at Washington this fifteenth day of July, 1963 in the English language.

PROTOCOL TO THE INTERNATIONAL CONVENTION FOR THE NORTHWEST ATLANTIC FISHERIES, RELATING TO MEASURES OF CONTROL

The Governments parties to the International Convention for the Northwest Atlantic Fisheries signed at Washington under date of February 8, 1948, which Convention, as amended, is hereinafter referred to as the Convention, desiring to provide for national and international measures of control on the high seas for the purposes of ensuring the application of the Convention and the measures in force thereunder, agree as follows:

ARTICLE I

Paragraph 5 of Article VIII of the Convention is amended by adding the following:

"and may also, on its own initiative, make proposals for national and international measures of control on the high seas for the purposes of ensuring the application of the Convention and the measures in force thereunder."

ARTICLE II

Paragraph 8 of Article VIII of the Convention is amended by adding the following:

"or, in the case of proposals made under paragraph 5 above, from all Contracting Governments."

ARTICLE III

1. This Protocol shall be open for signature and ratification or approval or for adherence on behalf of any Government party to the Convention.

2. This Protocol shall enter into force on the date on which instruments of ratification or approval have been deposited with, or written notifications of adherence have been received by, the Government of the United States of America, on behalf of all the Governments parties to the Convention; provided, however, that Article II of this Protocol shall enter into force only if the Protocol Relating to Entry into Force of Proposals adopted by the Commission, done at Washington on November 29, 1965, has not entered into force and shall, in such case, continue in force only until that Protocol enters into force.

3. Any Government becoming a party to the Convention after this Protocol enters into force shall adhere to this Protocol, such adherence to be effective on the same date that such Government becomes a party to the Convention.

4. The Government of the United States of America shall inform all Governments signatory or adhering to the Convention of all ratifications and approvals deposited and adhesions received and of the date this Protocol enters into force.

ARTICLE IV

1. The original of this Protocol shall be deposited with the Government of the United States of America, which Government shall communicate certified copies thereof to all the Governments signatory or adhering to the Convention.

2. This Protocol shall bear the date on which it is opened for signature and shall remain open for signature for a period of fourteen days thereafter, following which period it shall be open for adherence.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned, having deposited their respective powers, have signed this Protocol.

DONE at Washington this twenty-ninth day of November 1965, in the English language.

**PROTOCOL
TO THE INTERNATIONAL CONVENTION
FOR THE NORTHWEST ATLANTIC FISHERIES
RELATING TO ENTRY INTO FORCE
OF PROPOSALS ADOPTED BY THE COMMISSION**

The Governments parties to the International Convention for the Northwest Atlantic Fisheries signed at Washington under date of February 8, 1949, which Convention, as amended, is hereinafter referred to as the Convention, desiring to facilitate the entry into force of proposals adopted by the Commission, agree as follows:

ARTICLE I

Paragraphs 7 and 8 of Article VIII of the Convention shall be amended to read as follows:

"7. (a) Each proposal made by the Commission under paragraphs 1 or 5 of this Article shall become effective for all Contracting Governments six months after the date on the notification from the Depositary Government transmitting the proposal to the Contracting Governments, except as otherwise provided herein.

(b) If any Contracting Government participating in the Panel or Panels for the sub-area or sub-areas to which a proposal applies, or any Contracting Government in the case of a proposal made under paragraph 5 above, presents to the Depositary Government objection to any proposal within six months of the date on the notification of the proposal by the Depositary Government, the proposal shall not become effective for any Government for an additional sixty days. Thereupon any other Contracting Government participating in the Panel or Panels concerned, or any other Contracting Government in the case of a proposal made under paragraph 5 above, may similarly object prior to the expiration of the additional sixty-day period, or within thirty days after receiving notice of an objection by another Contracting Government made within such additional sixty days, whichever date shall be the later. The proposal shall become effective for all Contracting Governments except those Governments which have presented objections, at the end of the extended period or periods for objecting. If, however, objections have been presented by a majority of Contracting Governments participating in the Panel or Panels concerned, or by a majority of all Contracting Governments in the case of a proposal made under paragraph 5, the proposal shall not become effective unless any or all of the Contracting Governments nevertheless agree as among themselves to give effect to it on an agreed date.

(c) Any Contracting Government which has objected to a proposal may at any time withdraw that objection and the proposal shall become effective with respect to such Government, immediately if the proposal is already in effect, or at such time as it becomes effective under the terms of this Article.

8. The Depositary Government shall notify each Contracting Government immediately upon receipt of each objection and of each withdrawal of objection, and of the entry into force of any proposal."

ARTICLE II

1. This Protocol shall be open for signature and ratification or approval or for adherence by any Government party to the Convention.

2. This Protocol shall enter into force on the date on which instruments of ratification or approval have been deposited with, or written notifications of adherence have been received by, the Government of the United States of America, from all the Governments parties to the Convention.

3. Any Government becoming a party to the Convention after this Protocol enters into force shall adhere to this Protocol, such adherence to be effective on the same date that such Government becomes a party to the Convention.

4. The Government of the United States of America shall inform all Governments signatory or adhering to the Convention of all ratifications or approvals deposited and adherences received and of the date this Protocol enters into force.

ARTICLE III

1. The original of this Protocol shall be deposited with the Government of the United States of America, which Government shall communicate certified copies thereof to all the Governments signatory or adhering to the Convention.

2. This Protocol shall bear the date on which it is opened for signature and shall remain open for signature for a period of fourteen days thereafter, following which period it shall be open for adherence.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned, having deposited their respective powers, have signed this Protocol.

DONE at Washington this twenty-ninth day of November 1965, in the English language.

**PROTOCOL
TO THE INTERNATIONAL CONVENTION
FOR THE NORTHWEST ATLANTIC FISHERIES
RELATING TO PANEL MEMBERSHIP
AND TO REGULATORY MEASURES**

The Governments parties to the International Convention for the Northwest Atlantic Fisheries signed at Washington under date of 8 February 1949, which Convention as amended is hereinafter referred to as the Convention, desiring to establish a more appropriate basis for the determination of representation on the Panels established under the Convention, and desiring to provide for greater flexibility in the types of fisheries regulatory measures which may be proposed by the International Commission for the Northwest Atlantic Fisheries, agree as follows:

ARTICLE I

Paragraph 2 of Article IV of the Convention shall be amended to read as follows:

"2. Panel representation shall be reviewed annually by the Commission, which shall have the power, subject to consultation with the Panel concerned, to determine representation on each Panel on the basis of current substantial exploitation of the stocks of fish in the subarea concerned or on the basis of current substantial exploitation of harp and hood seals in the Convention Area, except that each Contracting Government with coastline adjacent to a sub-area shall have the right of representation on the Panel for the subarea."

ARTICLE II

Paragraph 2 of Article VII of the Convention shall be amended to read as follows:

"2. Each Panel, upon the basis of scientific investigations, and economic and technical considerations, may make recommendations to the Commission for joint action by the Contracting Governments within the scope of paragraph 1 of Article VIII."

ARTICLE III

Paragraph 1 of Article VIII of the Convention shall be amended to read as follows:

"1. The Commission may, on the recommendations of one or more Panels, and on the basis of scientific investigations, and economic and technical considerations, transmit to the Depositary Government appropriate proposals, for joint action by the Contracting Governments, designed to achieve the optimum utilization of the stocks of those species of fish which support international fisheries in the Convention Area."

ARTICLE IV

1. This Protocol shall be open for signature and ratification or approval or for adherence on behalf of any Government party to the Convention.

2. This Protocol shall enter into force on the date on which instruments of ratification or approval have been deposited with, or written notifications of adherence have been received by, the Government of the United States of America, on behalf of all the Governments parties to the Convention.

3. Any Government which adheres to the Convention after this Protocol has been opened for signature shall at the same time adhere to this Protocol.

4. The Government of the United States of America shall inform all Governments signatory or adhering to the Convention of all ratifications or approvals deposited and adherences received and of the date this Protocol enters into force.

ARTICLE V

1. The original of this Protocol shall be deposited with the Government of the United States of America, which Government shall communicate certified copies thereof to all the Governments signatory or adhering to the Convention.

2. This Protocol shall bear the date on which it is opened for signature and shall remain open for signature for a period of fourteen days thereafter, following which period it shall be open for adherence.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned, having deposited their respective full powers, have signed this Protocol.

DONE at Washington this first day of October 1969, in the English language.

PROTOCOL

TO THE INTERNATIONAL CONVENTION FOR THE NORTHWEST ATLANTIC FISHERIES RELATING TO AMENDMENTS TO THE CONVENTION

The Governments parties to the International Convention for the Northwest Atlantic Fisheries signed at Washington under date of February 8, 1949, which Convention, as amended, is hereinafter referred to as the Convention, desiring to facilitate the entry into force of amendments to the Convention, agree as follows:

ARTICLE I

Article XVII of the Convention is renumbered "Article XVIII" and a new Article XVII is inserted to read as follows:

"ARTICLE XVII

1. Any Contracting Government or the Commission may propose amendments to this Convention to be considered and acted upon by a regular meeting of the Commission or by a special meeting of the Commission called in accordance with the provisions of paragraph 6 of Article II of the Convention. Any such proposed amendment shall be sent to the Executive Secretary at least ninety days prior to the meeting at which it is proposed to be acted upon, and he shall immediately transmit the proposal to all Contracting Governments and to all Commissioners.

2. A proposed amendment to the Convention shall be adopted by the Commission by a three-fourths majority of the votes of all Contracting Governments. The text of any proposed amendment so adopted shall be transmitted by the Depository Government to all Contracting Governments.

3. Any amendment shall take effect for all Contracting Governments one hundred and twenty days following the date on the notification by the Depository Government of receipt of written notification of approval by three-fourths of all Contracting Governments unless any other Contract-

ing Government notifies the Depository Government that it objects to the amendment, within ninety days of the date on the notification by the Depository Government of such receipt, in which case the amendment shall not take effect for any Contracting Government. Any Contracting Government which has objected to an amendment may at any time withdraw that objection. If all objections to an amendment are withdrawn, the amendment shall take effect for all Contracting Governments one hundred and twenty days following the date on the notification by the Depository Government of receipt of the last withdrawal.

4. Any Government which becomes a party to the Convention after an amendment has been adopted in accordance with paragraph 2 of this Article shall be deemed to have approved the said amendment.

5. The Depository Government shall promptly notify all Contracting Governments of the receipt of notifications of approval of amendments, the receipt of notifications of objection or withdrawal of objections, and the entry into force of amendments."

ARTICLE II

1. This Protocol shall be open for signature and ratification or approval or for adherence on behalf of any Government party to the Convention.

2. This Protocol shall enter into force on the date on which instruments of ratification or approval have been deposited with, or written notices of adherence have been received by, the Government of the United States of America, on behalf of all the Governments parties to the Convention.

3. Any Government which becomes a party to the Convention after this Protocol has been opened for signature shall at the same time adhere to this Protocol.

4. The Government of the United States of America shall inform all Governments signatory or adhering to the Convention of all ratifications and approvals deposited and adherences received and of the date this Protocol enters into force.

5. Any Protocol amending the Convention which has been signed but which has not entered into force at the date of entry into force of the present Protocol shall thereafter enter into force in accordance with the provisions of the present Protocol; provided, however, that, if instruments of ratification or approval or notices of adherence with respect to such Protocol have been received by the Depository Government from three-fourths of all Contracting Governments at the time of entry into force of the present Protocol, the date on which the ninety, and one hundred and twenty, day periods specified in the first sentence of paragraph 3 of Article XVII shall commence with regard to such amendment shall be the date of entry into force of the present Protocol.

ARTICLE III

1. The original of this Protocol shall be deposited with the Government of the United States of America, which Government shall communicate certified copies thereof to all the Governments signatory or adhering to the Convention.

2. This Protocol shall bear the date on which it is opened for signature and shall remain open for signature for a period of fourteen days thereafter, following which period it shall be open for adherence.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned, having deposited their respective full powers, have signed this Protocol.

DONE at Washington this sixth day of October 1970, in the English language.



GESETZBLATT

der Deutschen Demokratischen Republik

1976	Berlin, den 20. Oktober 1976	Teil II Nr. 13
------	------------------------------	----------------

Tag	Inhalt	Seite
12. 8. 76	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Abkommens zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Republik Finnland über die Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung in Zollfragen	265
15. 9. 76	Bekanntmachung über den Beitritt der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zur Internationalen Freibord-Konvention vom 5. April 1968 in der durch die Resolution A 231 (VII) vom 12. Oktober 1971 geänderten Fassung	268
9. 8. 76	Bekanntmachung über den Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zum — Europäischen Zusatzabkommen vom 1. Mai 1971 zur Konvention vom 8. November 1968 über den Straßenverkehr, — Europäischen Zusatzabkommen vom 1. Mai 1971 zur Konvention vom 8. November 1968 über Verkehrszeichen und -signale und — Protokoll vom 1. März 1973 über Fahrbahnmarkierungen zur Ergänzung des Europäischen Zusatzabkommens zur Konvention vom 8. November 1968 über Verkehrszeichen und -signale	280
	Berichtigung	280

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten des Abkommens
zwischen der Regierung
der Deutschen Demokratischen Republik
und der Regierung der Republik Finnland
über die Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung
in Zollfragen**

vom 12. August 1976

Am 25. November 1975 wurde in Berlin das Abkommen zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Republik Finnland über die Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung in Zollfragen unterzeichnet.

Das Abkommen trat nach Erfüllung der in seinem Artikel 14 festgelegten Voraussetzungen am 28. Mai 1976 in Kraft.

Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Berlin, den 12. August 1976.

Der Leiter
des Sekretariats des Ministerrates

Dr. Kleinert
Staatssekretär

VON: 1000
KUNSTSTOFFTECHNIK
ANLAGENABTEILUNG
1000
201 8
6

ABKOMMEN
zwischen der Regierung
der Deutschen Demokratischen Republik
und der Regierung der Republik Finnland
über die Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung
in Zollfragen

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und die Regierung der Republik Finnland,

geleitet von dem Wunsch,

ihre Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Zollwesens zu entwickeln,

in der Überzeugung,

daß diese Zusammenarbeit die Zollverwaltungen beider Staaten in ihrem Bemühen,

sowohl den Güter- als auch den Personenverkehr zwischen beiden Staaten zu fördern und seine Zollabfertigung zu vereinfachen sowie Verstöße gegen die Zollgesetze wirksam zu unterbinden,

unterstützen wird,

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Im Sinne dieses Abkommens

- a) sind unter dem Terminus „Zollgesetze“ Gesetze und andere Bestimmungen über die Ein-, Aus- und Durchfuhr von Waren und Devisen sowie Bestimmungen über Zollgebühren und sonstige Abgaben, Verbote und Beschränkungen für den grenzüberschreitenden Waren- und Devisenverkehr und über die Zollkontrolle zu verstehen;
- b) bezeichnet der Terminus „Zentrale Zollorgane“ seitens der Deutschen Demokratischen Republik die Hauptverwaltung der Zollverwaltung der Deutschen Demokratischen Republik und seitens der Republik Finnland die Zolldirektion der Republik Finnland;
- c) bezeichnet der Terminus „Zollorgane“ alle den „Zentralen Zollorganen“ nachgeordneten Zolldienststellen.

Artikel 2

Die Zentralen Zollorgane arbeiten gemäß den Bestimmungen dieses Abkommens zusammen, indem sie Informationen austauschen und einander Unterstützung gewähren, um im Rahmen ihrer Möglichkeiten Zollformalitäten zu vereinfachen und dadurch den Güter- und Personenverkehr zwischen beiden Staaten zu fördern sowie Verstöße gegen die Zollgesetze beider Staaten aufzudecken und zu bekämpfen.

Artikel 3

Die Zentralen Zollorgane

- a) tauschen Erfahrungen hinsichtlich ihrer Tätigkeit, der Anwendung technischer Errungenschaften sowie anderer Fragen von beiderseitigem Interesse aus;
- b) tauschen Informationen über Zollgesetze ihrer Staaten aus.

Artikel 4

Die Zollorgane beider Staaten werden im Rahmen ihrer Zuständigkeit

- die Ausfuhr von Waren, deren Einfuhr in das Zollgebiet des anderen Staates verboten ist, nicht gestatten;
- die Ausfuhr solcher Waren, von denen begründet angenommen werden kann, daß sie im anderen Staat ungesetzlich gehandelt werden sollen, nach dem Zollgebiet des anderen Staates auf solche Mengen begrenzen, daß sie nicht ungesetzlich gehandelt werden können.

Artikel 5

Das Zentrale Zollorgan des einen Staates wird auf schriftliches Ersuchen des Zentralen Zollorgans des anderen Staates

innerhalb seines Zuständigkeitsbereiches die Überwachung ausüben über:

- a) die Einreise und die Ausreise von Personen, von denen das ersuchende Zentrale Zollorgan annimmt, daß sie sich gewohnheitsmäßig oder berufsmäßig mit ungesetzlichem Handel befassen;
- b) die Bewegungen von Waren gemäß Artikel 4 dieses Abkommens;
- c) Fahrzeuge, Schiffe, Flugzeuge oder andere Transportmittel, von denen begründet angenommen werden kann, daß sie für die ungesetzliche Einfuhr von Waren in die Deutsche Demokratische Republik oder in die Republik Finnland genutzt werden sollen.

Artikel 6

Die Zentralen Zollorgane informieren einander auf eigene Initiative oder auf schriftliches Ersuchen des anderen Zentralen Zollorgans über:

- a) Waren, von denen bekannt ist, daß sie Gegenstand ungesetzlichen Handels sind;
- b) neue Mittel oder Methoden der Begehung von Verstößen gegen die Zollgesetze;
- c) Personen, von denen bekannt ist oder die begründet verdächtigt werden, daß sie auf dem Territorium des anderen Staates ungesetzlichen Handel treiben, sowie über Fahrzeuge, Schiffe, Flugzeuge oder andere Transportmittel, von denen begründet angenommen wird, daß sie für solchen ungesetzlichen Handel genutzt wurden oder werden könnten;
- d) Operationen, von denen bekannt ist oder die Grund zu der Vermutung geben, daß sie auf den ungesetzlichen Handel im anderen Staat abzielen;
- e) Ursprungszeugnisse, Rechnungen oder andere Dokumente, deren Echtheit begründet angezweifelt wird oder die als gefälscht bekannt sind;
- f) andere Umstände, die dem betreffenden Zentralen Zollorgan bekannt sind und die zur Klärung von Verstößen gegen die Zollgesetze im Güter- und Personenverkehr zwischen beiden Staaten beitragen können.

Artikel 7

Die Zentralen Zollorgane können zur Überwachung solcher Waren, die unter Verstößen gegen die Zollgesetze eingeführt werden, Sondermaßnahmen treffen. Die Überwachung kann in Form einer Bescheinigung erfolgen, die die Zollorgane des einen Staates zur Vorlage bei den Zollorganen des anderen Staates erteilen und durch die bewiesen werden kann, daß bestimmte Waren ordnungsgemäß eingeführt worden sind.

Artikel 8

Die Zentralen Zollorgane informieren einander über Verstöße gegen die Zollgesetze, die in ihrem Zollgebiet von Bürgern des anderen Staates begangen wurden.

Artikel 9

(1) Der Schriftverkehr im Sinne der Bestimmungen dieses Abkommens findet unmittelbar zwischen den Zentralen Zollorganen statt. In ihrem Schriftverkehr bedienen sich die Zentralen Zollorgane der deutschen Sprache.

(2) Ersuchen gemäß den Bestimmungen dieses Abkommens, die an das Zentrale Zollorgan des anderen Staates gestellt werden, sind mit Begründung zu versehen.

Artikel 10

Jede gemäß diesem Abkommen eingegangene Nachricht oder empfangene Information wird als vertraulich behandelt, und zwar in dem Sinne, daß sie allein zum Zwecke der Verhütung, Untersuchung und Unterbindung von Verstößen gegen die Zollgesetze genutzt wird.

Artikel 11

Die Zentralen Zollorgane können die in diesem Abkommen vorgesehene Unterstützung ablehnen, wenn sich diese Unterstützung für die Souveränität, die Sicherheit, die öffentliche Ordnung oder andere bedeutende Interessen ihres Staates als nachteilig erweisen könnte.

Artikel 12

(1) Die Zentralen Zollorgane können bei Bedarf direkten Kontakt zueinander aufnehmen, um Probleme in Zusammenhang mit der Durchführung dieses Abkommens zu erörtern.

(2) Die Zentralen Zollorgane sind ermächtigt, zu Fragen der Durchführung dieses Abkommens Vereinbarungen abzuschließen.

Artikel 13

Das Abkommen berührt nicht die Rechte und Pflichten der Abkommenspartner, die sich aus anderen, von ihnen abgeschlossenen internationalen Vereinbarungen ergeben.

Artikel 14

Dieses Abkommen tritt dreißig Tage nach dem Tage in Kraft, an dem die beiden Abkommenspartner einander durch diplomatischen Noteñwechsel davon unterrichtet haben, daß ihre verfassungsmäßigen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Abkommens erfüllt sind.

Artikel 15

(1) Dieses Abkommen wird auf unbegrenzte Zeit abgeschlossen.

(2) Jeder Abkommenspartner kann dieses Abkommen kündigen, indem er seine Absicht dem anderen Abkommenspartner durch eine Note mitteilt; in diesem Fall tritt das Abkommen mit Ablauf einer Frist von sechs Monaten nach dem Empfang der Note außer Kraft.

Ausgefertigt in Berlin am 25. November 1975 in zwei Urschriften, jede in deutscher und finnischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen gültig sind.

Für die Regierung
der Deutschen
Demokratischen Republik
Gerhard Stauch

Für die Regierung
der
Republik Finnland
Osmo Kock

Saksan Demokraattisen Tasavallan Hallituksen ja
Suomen Tasavallan Hallituksen välinen
SOPIMUS
yhteistyöstä ja keskinäisestä avunannosta
tulliasioissa

Saksan Demokraattisen Tasavallan Hallitus ja Suomen Tasavallan Hallitus,

haluten kehittää yhteistyötään tulliasioissa, vakuuttuneina siitä, että tämä yhteistyö auttaa molempien valtioiden tullihallintoja niiden pyrkimyksissä edistää valtioiden välistä tavara- ja matkustajaliikennettä ja yksinkertaistaa niiden tulliselvitystä sekä tehokkaasti estää tullilakien vastaisia tekoja,

ovat sopineet seuraavasta:

1 artikla

Tässä sopimuksessa tarkoitetaan

- a) "tullialueilla" tavaroiden ja valuuttojen tuonnista, viennistä ja kauttakulusta annettuja lakeja ja muita säännöksiä sekä säännöksiä, jotka koskevat tulleja ja muita maksuja, kieltoja ja rajoituksia kansainvälisessä tavara- ja valuuttaliikenteessä sekä tullivalvontaa;
- b) "keskustulliviranomaisilla" Saksan Demokraattisessa Tasavallassa tullihallinnon keskushallitusta ja Suomen Tasavallassa tullihallitusta;
- c) "tulliviranomaisilla" kaikkia "keskustulliviranomaisten" alaisia tulliviranomaisia.

2 artikla

Keskustulliviranomaiset toimivat tämän sopimuksen määräysten mukaisesti yhteistyössä vaihtuen tietoja ja antaen toisilleen apua yksinkertaistaakseen mahdollisuuksiensa mukaan tullimuodollisuuksia ja edistääkseen siten valtioidensa välistä tavara- ja matkustajaliikennettä sekä saadakseen selville ja vastustaakseen molempien valtioiden tullilakien vastaisia tekoja.

3 artikla

Keskustulliviranomaiset

- a) vaihtavat keskenään kokemuksia toiminnastaan, teknisten saavutusten käytöstä ja muista molempia osapuolia kiinnostavista kysymyksistä;

- b) vaihtavat keskenään valtioidensa tullilakeja koskevia tietoja.

4 artikla

Molempien valtioiden tulliviranomaiset, toimivaltansa puitteissa

- eivät salli sellaisten tavaroiden vientiä alueeltaan toisen valtion tullialueelle, joiden tuonti tämän toisen valtion alueelle on kielletty;
- rajoittavat sellaisten tavaroiden viennin alueeltaan toisen valtion tullialueelle, joilla perustellusti voidaan olettaa käytävän laitonta kauppaa toisessa valtiossa sellaisiin määrin, ettei niitä voida käyttää laittomaa kaupankäyntiin.

5 artikla

Toisen valtion keskustulliviranomaiset valvovat toisen valtion keskustulliviranomaisten kirjallisesta pyynnöstä toimialueellaan:

- a) sellaisten henkilöiden saapumista ja lähtöä, joiden pyynnön esittänyt keskustulliviranomainen olettaa harjoittavan laitonta kaupankäyntiä tavanomaisesti tai ammatillisesti;
- b) tämän sopimuksen 4 artiklassa tarkoitettujen tavaroiden liikkumista;
- c) sellaisia ajoneuvoja, aluksia, ilma-aluksia tai muita kuljetusvälineitä, joita perustellusti voidaan olettaa käytettävän Saksan Demokraattisessa Tasavallassa tai Suomen Tasavallassa tapahtuvaan laittomaan tuontiin.

6 artikla

Keskustulliviranomaiset antavat toisilleen oma-aloitteisesti tai toisen keskustulliviranomaisen kirjallisesta pyynnöstä tietoja:

- a) tavaroista, joilla tiedetään käytävän laitonta kauppaa;
- b) tullilakien vastaisissa teoissa käytetyistä uusista välineistä ja menetelmistä;

- c) henkilöistä, joiden tiedetään tai perustellusti epäillään harjoittavan laitonta kaupankäyntiä toisen valtion alueella, sekä ajoneuvoista, aluksista, ilma-aluksista tai muista kuljetusvälineistä, joita perustellusti oletetaan käytetyn tai saatettavan käyttöä tällaisessa laittomassa kaupankäynnissä;
- d) toimista, joiden tarkoituksena tiedetään tai aiheellisesti oletetaan olevan laittoman kaupan harjoittaminen toisessa valtiossa;
- e) alkuperätodistuksista, kauppalaskuista tai muista asiakirjoista, joiden aitoutta perustellusti epäillään tai jotka tiedetään väärennetyiksi;
- f) muista asianomaisen keskustulliviranomaisen tiedossa olevista seikoista, jotka saattavat edesauttaa molempien valtioiden välisessä tavara- ja matkustajaliikenteessä tapahtuneiden tullilakien vastaisten tekojen selvittämistä.

7 artikla

Keskustulliviranomaiset voivat ryhtyä erityistoimenpiteisiin sellaisten tavaroiden valvomiseksi, jotka ovat tullilakien vastaisen tuonnin kohteena. Tätä valvontaa voidaan suorittaa vientimaan tulliviranomaisen antaman todistuksen avulla, joka jätetään tuontimaan tulliviranomaisille ja jolla voidaan todistaa, että kysymyksessä olevat tavarat on tuotu laillisesti maahan.

8 artikla

Keskustulliviranomaiset ilmoittavat toisilleen tullilakien vastaisista teoista, joihin toisen valtion kansalaiset ovat ilmoittavan valtion tullialueella syyllistyneet.

9 artikla

(1) Tämän sopimuksen määräysten mukainen kirjeenvaihto tapahtuu suoraan keskustulliviranomaisten kesken. Kirjeenvaihdossaan keskustulliviranomaiset käyttävät saksan kieltä.

(2) Tämän sopimuksen määräysten mukaiset pyynnöt toimitetaan perusteluin varustettuna toisen valtion keskustulliviranomaiselle.

10 artikla

Tämän sopimuksen perusteella saapuneita tai vastaanotettuja tietoja käsitellään luottamuksellisina ja niitä tulee käyttää yksinomaan tullilakien vastaisten tekojen torjumis-, tutkimis- ja estämistarkoituksiin.

11 artikla

Keskustulliviranomaiset voivat kieltäytyä antamasta tässä sopimuksessa tarkoitettua apua, jos tällainen avunanto saattaisi osoittautua haitalliseksi apua-antavan valtion riippumattomuudelle, turvallisuudelle, yleiselle oikeusjärjestykselle tai muille tärkeille eduille.

12 artikla

(1) Keskustulliviranomaiset voivat tarvittaessa ottaa suoraan yhteyttä toisiinsa neuvotellakseen tämän sopimuksen soveltamiseen liittyvistä ongelmista.

(2) Keskustulliviranomaisilla on oikeus sopia tämän sopimuksen soveltamiseen liittyvistä kysymyksistä.

13 artikla

Sopimus ei vaikuta sopimuspuolten oikeuksiin ja velvollisuuksiin, jotka johtuvat muista niiden tekemistä kansainvälisistä sopimuksista.

14 artikla

Tämä sopimus tulee voimaan kolmenkymmenen päivän kuluessa siitä päivästä, jolloin sopimuspuolet ovat ilmoittaneet noottien vaihdolla toisilleen, että niiden valtiosääntöjen tämän sopimuksen voimaantulolle asettamat vaatimukset on täytetty.

15 artikla

(1) Tämä sopimus on tehty määräämättömäksi ajaksi.

(2) Kumpikin sopimuspuoli voi irtisanoa sopimuksen ilmoittamalla siitä nootilla toiselle sopimuspuolelle. Sopimus lakkaa olemasta voimassa kuuden kuukauden kuluttua nootin vastaanottamisesta.

Tehty Berliinissä, 25 päivänä marraskuuta 1975 kahtena saksan- ja suomenkielisenä alkuperäiskappaleena molempien tekstien ollessa yhtä todistusvoimaiset.

Saksan Demokraattisen
Tasavallan Hallituksen
puolesta
Gerhard Stauch

Suomen Tasavallan
Hallituksen
puolesta
Osmo Kock

Bekanntmachung über den Beitritt

der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik
zur Internationalen Freibord-Konvention
vom 5. April 1966

in der durch die Resolution A 231 (VII)
vom 12. Oktober 1971 geänderten Fassung

vom 15. September 1976

Es wird hierdurch bekanntgemacht, daß am 15. Mai 1975 die Beitrittsurkunde der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zu der nachstehend veröffentlichten Internationalen Freibord-Konvention vom 5. April 1966 in der durch die Resolution A 231 (VII) vom 12. Oktober 1971 geänderten Fassung beim Generalsekretär der Zwischenstaatlichen Beratenden Seeschiffahrtsorganisation hinterlegt wurde.

Bei der Übergabe der Beitrittsurkunde wurden von seiten der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zu den Artikeln 27 und 32 der Konvention folgende Erklärungen abgegeben:

Zu Artikel 27 der Konvention:

„Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist der Auffassung, daß die Bestimmungen des Artikels 27 der

Konvention im Widerspruch zu dem Prinzip stehen, wonach alle Staaten, die sich in ihrer Politik von den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen leiten lassen, das Recht haben, Mitglied von Konventionen zu werden, die die Interessen aller Staaten berühren.“

Zu Artikel 32 der Konvention:

„Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik läßt sich in ihrer Haltung zu den Bestimmungen des Artikels 32 der Konvention, soweit sie die Anwendung der Konvention auf Kolonialgebiete und andere abhängige Territorien betreffen, von den Festlegungen der Deklaration der Vereinten Nationen über die Gewährung der Unabhängigkeit an die kolonialen Länder und Völker (Res. Nr. 1514 [XV] vom 14. Dezember 1960) leiten, welche die Notwendigkeit einer schnellen und bedingungslosen Beendigung des Kolonialismus in allen seinen Formen und Äußerungen proklamieren.“

Die Konvention ist gemäß ihrem Artikel 28 für die Deutsche Demokratische Republik am 15. August 1975 in Kraft getreten.

Berlin, den 15. September 1976

Der Leiter
des Sekretariats des Ministerrates
Dr. Kleinert
Staatssekretär

(Übersetzung)

INTERNATIONALE FREIBORD-KONVENTION VON 1966

Die Vertragsregierungen –

Von dem Wunsche geleitet, zum Schutz des menschlichen Lebens und des Eigentums auf See einheitliche Grundsätze und Regeln hinsichtlich der Grenzen aufzustellen, bis zu denen Schiffe in der Auslandfahrt beladen werden dürfen,

In der Erwägung, daß dieses Ziel am besten durch den Abschluß einer Konvention erreicht werden kann –

Sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Allgemeine Verpflichtung im Rahmen der Konvention

(1) Die Vertragsregierungen verpflichten sich, den Bestimmungen dieser Konvention und ihrer Anlagen, die ein Bestandteil derselben sind, Wirksamkeit zu verleihen. Jede Bezugnahme auf diese Konvention gilt gleichzeitig als Bezugnahme auf die Anlagen.

(2) Die Vertragsregierungen verpflichten sich, alle Maßnahmen zu treffen, die zur Durchführung dieser Konvention erforderlich sein können.

Artikel 2

Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieser Konvention haben, wenn nicht ausdrücklich etwas anderes festgelegt ist, die nachstehenden Ausdrücke folgende Bedeutung:

(1) Der Ausdruck „Regeln“ bezeichnet die dieser Konvention als Anlage beigefügten Regeln.

(2) Der Ausdruck „Verwaltung“ bezeichnet die Regierung des Staates, dessen Flagge das Schiff führt.

(3) Der Ausdruck „zugelassen“ bedeutet durch die Verwaltung zugelassen.

(4) Der Ausdruck „Auslandfahrt“ bezeichnet eine Seereise von einem Staat, auf den diese Konvention Anwendung findet, nach einem Hafen außerhalb dieses Staates oder umgekehrt. Hierbei gilt jedes Hoheitsgebiet, für dessen internationale Beziehungen eine Vertragsregierung verantwortlich ist oder das der Verwaltung der Vereinten Nationen untersteht, als besonderer Staat.

(5) Der Ausdruck „Fischereischiff“ bezeichnet ein Schiff, das für den Fang von Fischen, Walen, Seehunden, Walrossen oder anderen Lebewesen des Meeres verwendet wird.

(6) Der Ausdruck „neues Schiff“ bezeichnet ein Schiff, dessen Kiel am oder nach dem Tag des Inkrafttretens dieser Konvention für jede Vertragsregierung gelegt wird oder das sich zu diesem Zeitpunkt in einem entsprechenden Bauzustand befindet.

(7) Der Ausdruck „vorhandenes Schiff“ bezeichnet ein Schiff, das kein neues Schiff ist.

(8) Der Ausdruck „Länge“ bezeichnet 96 % der Gesamtlänge in einer Wasserlinie in Höhe von 85 % der kleinsten Seitenhöhe über der Oberkante des Kiels oder die Länge von der Vorderkante des Vorstevens bis zur Drehachse des Ruderschiffes in dieser Wasserlinie, wenn diese Länge größer ist. Bei Schiffen, die mit Kielfall gebaut sind, muß die Wasserlinie, in der diese Länge gemessen wird, parallel zur Konstruktionswasserlinie verlaufen.

Artikel 3

Allgemeine Bestimmungen

(1) Kein Schiff, auf das diese Konvention Anwendung findet, darf nach deren Inkrafttreten zu einer Auslandfahrt in See gehen, wenn es nicht nach den Bestimmungen dieser

Konvention besichtigt und mit einer Freibordmarke und einem Internationalen Freibordzeugnis (1966) oder gegebenenfalls einem Internationalen Freibord-Ausnahmezeugnis versehen worden ist.

(2) Diese Konvention hindert eine Verwaltung nicht daran, einen größeren Freibord als den nach Anlage I bestimmten Mindestfreibord zu erteilen.

Artikel 4

Geltungsbereich

(1) Diese Konvention gilt für:

- a) Schiffe, die in Staaten registriert sind, deren Regierungen Vertragsregierungen sind;
- b) Schiffe, die in Hoheitsgebieten registriert sind, auf die diese Konvention nach Artikel 32 erstreckt wird; und
- c) nicht registrierte Schiffe, die die Flagge eines Staates führen, dessen Regierung Vertragsregierung ist.

(2) Diese Konvention gilt für Schiffe, die in der Auslandfahrt eingesetzt sind.

(3) Die in Anlage I enthaltenen Regeln gelten insbesondere für neue Schiffe.

(4) Vorhandene Schiffe, die den Forderungen der in Anlage I enthaltenen Regeln oder eines Teiles derselben nicht voll entsprechen, müssen mindestens die entsprechend geringeren Forderungen erfüllen, die die Verwaltung vor Inkrafttreten dieser Konvention an Schiffe in der Auslandfahrt gestellt hat; keinesfalls ist eine Vergrößerung des Freibords solcher Schiffe erforderlich. Um eine Verringerung des Freibords gegenüber dem früher erteilten nutzen zu können, müssen vorhandene Schiffe alle Forderungen dieser Konvention erfüllen.

(5) Die in Anlage II enthaltenen Regeln gelten für neue und vorhandene Schiffe, für die diese Konvention gilt.

Artikel 5

Ausnahmen

(1) Diese Konvention gilt nicht für:

- a) Kriegsschiffe;
- b) neue Schiffe von weniger als 24 Metern (79 Fuß) Länge;
- c) vorhandene Schiffe von weniger als 150 Bruttoregistertonnen;
- d) nicht gewerblichen Zwecken dienende Vergnügungsjachten;
- e) Fischereischiffe.

(2) Diese Konvention gilt nicht für Schiffe, die ausschließlich eingesetzt sind für Fahrten:

- a) auf den Großen Seen Nordamerikas und dem Sankt-Lorenz-Strom, und zwar innerhalb eines Gebietes, das im Osten durch eine vom Kap des Rosiers bis zur Westspitze der Insel Anticosti verlaufende Loxodrome und auf der Nordseite dieser Insel durch den Längengrad 63° W begrenzt wird;
- b) auf dem Kaspischen Meer;
- c) auf dem Rio de la Plata, dem Parana und dem Uruguay, und zwar innerhalb eines Gebietes, das im Osten durch eine von Punta Rasa (Cabo San Antonio), Argentinien, nach Punta del Este, Uruguay, verlaufende Loxodrome begrenzt wird.

Artikel 6

Befreiungen

(1) Schiffe, die in der Auslandfahrt zwischen benachbarten Häfen von zwei oder mehr Staaten verkehren, darf die Ver-

waltung von den Bestimmungen dieser Konvention befreien, solange sie solche Fahrten durchführen, wenn die Regierungen der Staaten, in denen diese Häfen liegen, überzeugt sind, daß wegen der geringen Gefahr oder der besonderen Bedingungen des Reiseweges zwischen diesen Häfen die Anwendung der Bestimmungen dieser Konvention auf Schiffe in diesem Verkehr nicht vertretbar oder undurchführbar ist.

(2) Die Verwaltung darf ein Schiff, das neuartige Merkmale aufweist, von Bestimmungen dieser Konvention befreien, deren Anwendung Untersuchungen über die Entwicklung dieser Neuerungen und ihren Einbau auf Schiffen, die in der Auslandfahrt eingesetzt sind, ernstlich behindern könnte. Ein solches Schiff muß jedoch den Sicherheitsforderungen entsprechen, die nach Ansicht der betreffenden Verwaltung im Hinblick auf den vorgesehenen Einsatz des Schiffes angemessen sind, die Gesamtsicherheit des Schiffes gewährleisten und für die Regierungen der Staaten, die das Schiff anlaufen soll, annehmbar sind.

(3) Die Verwaltung, die eine Befreiung nach den Absätzen 1 und 2 dieses Artikels gewährt, muß der Zwischenstaatlichen Beratenden Seeschiffahrts-Organisation (im folgenden als „Organisation“ bezeichnet) Einzelheiten über die Befreiung und die dafür maßgeblichen Gründe mitteilen, die die Organisation an die Vertragsregierungen zur Information weiterleitet.

(4) Muß ein Schiff, das für gewöhnlich nicht in der Auslandfahrt eingesetzt ist, auf Grund außergewöhnlicher Umstände eine einzelne Auslandfahrt unternehmen, darf es die Verwaltung von jeder Forderung dieser Konvention befreien, wenn es den Sicherheitsforderungen entspricht, die die Verwaltung in bezug auf die von dem Schiff auszuführende Reise für angemessen hält.

Artikel 7

Höhere Gewalt

(1) Unterliegt ein Schiff bei Antritt einer Reise nicht den Bestimmungen dieser Konvention, unterliegt es ihnen auch dann nicht, wenn es wegen Schlechtwetters oder sonstiger höherer Gewalt vom vorgesehenen Reiseweg abweicht.

(2) Bei der Anwendung der Bestimmungen dieser Konvention müssen die Vertragsregierungen die durch Schlechtwetter oder sonstige höhere Gewalt verursachten Abweichungen oder Verzögerungen eines Schiffes gebührend berücksichtigen.

Artikel 8

Gleichwertiger Ersatz

(1) Die Verwaltung darf genehmigen, daß auf einem Schiff andere Einrichtungen, Werkstoffe, Vorrichtungen oder Geräte eingebaut werden oder daß eine andere Vorkehrung getroffen wird, als in dieser Konvention vorgeschrieben ist, wenn sie durch Erprobungen oder auf andere Weise davon überzeugt wird, daß die betreffenden Einrichtungen, Werkstoffe, Vorrichtungen oder Geräte oder die betreffende Vorkehrung mindestens ebenso wirksam wie die in der Konvention vorgeschriebenen sind.

(2) Die Verwaltung, die andere Einrichtungen, Werkstoffe, Vorrichtungen oder Geräte oder eine andere Vorkehrung genehmigt, als in dieser Konvention vorgeschrieben ist, muß der Organisation Einzelheiten darüber sowie einen Bericht über die durchgeführten Erprobungen zur Weiterleitung an die Vertragsregierungen übermitteln.

Artikel 9

Genehmigungen zu Versuchszwecken

(1) Diese Konvention hindert eine Verwaltung nicht, für ein Schiff, für das die Konvention gilt, Sondergenehmigungen für Versuchszwecke zu erteilen.

(2) Eine Verwaltung, die eine solche Genehmigung erteilt, muß der Organisation Einzelheiten darüber zur Weiterleitung an die Vertragsregierungen übermitteln.

Artikel 10

Reparaturen, Änderungen und Umbauten

(1) Ein Schiff, an dem Reparaturen, Änderungen oder Umbauten sowie damit zusammenhängende Ausstattungsarbeiten vorgenommen werden, muß danach mindestens den zuvor für das Schiff geltenden Forderungen entsprechen. In diesem Fall muß ein vorhandenes Schiff in der Regel den Forderungen an ein neues Schiff mindestens in demselben Umfang entsprechen wie zuvor.

(2) Größere Reparaturen, Änderungen und Umbauten sowie damit zusammenhängende Ausstattungsarbeiten müssen den Forderungen an ein neues Schiff insoweit entsprechen, wie es die Verwaltung für vertretbar und durchführbar hält.

Artikel 11

Zonen und Gebiete

(1) Ein Schiff, für das diese Konvention gilt, muß den Forderungen entsprechen, die in den in Anlage II beschriebenen Zonen und Gebieten auf dieses Schiff anwendbar sind.

(2) Ein auf der Grenze zweier Zonen oder Gebiete liegender Hafen gilt als innerhalb der Zone oder des Gebietes gelegen, aus denen das Schiff kommt oder in die es fährt.

Artikel 12

Eintauchen

(1) Mit Ausnahme der in den Absätzen 2 und 3 dieses Artikels vorgesehenen Fälle dürfen die jeweiligen, der Jahreszeit und der Zone oder dem Gebiet, in denen sich das Schiff befindet, entsprechenden Lademarken an den Schiffsseiten niemals unter Wasser liegen, weder beim Auslaufen noch während der Reise oder bei Ankunft des Schiffes.

(2) Befindet sich ein Schiff in Frischwasser von Einheitsdichte, darf die entsprechende Lademarke um den im Internationalen Freibordzeugnis (1966) angegebenen Frischwasserabzug unter Wasser liegen. Bei einer anderen Dichte als der Einheitsdichte muß ein Abzug proportional dem Unterschied zwischen 1,025 und der vorhandenen Dichte vorgenommen werden.

(3) Verläßt ein Schiff einen Hafen, der an einem Fluß oder Binnengewässer liegt, ist ein Tieferladen entsprechend der Masse des Treibstoffes und aller anderen Betriebsstoffe zulässig, die für den Verbrauch zwischen dem Auslaufhafen und der See erforderlich sind.

Artikel 13

Besichtigung, Überprüfung und Anmarken

Die Besichtigung, die Überprüfung und das Anmarken von Schiffen müssen, soweit es sich um die Durchsetzung der Bestimmungen dieser Konvention und die Gewährung von Befreiungen davon handelt, durch Bedienstete der Verwaltung erfolgen. Die Verwaltung darf jedoch die Besichtigung, die Überprüfung und das Anmarken entweder für diesen Zweck ernannten Besichtigern oder von ihr anerkannten Organisationen übertragen. In jedem Fall übernimmt die Verwaltung die volle Gewähr für die Vollständigkeit und Gründlichkeit der Besichtigung, der Überprüfung und des Anmarkens.

Artikel 14

Erstmalige und regelmäßige Besichtigungen und Überprüfungen

(1) Ein Schiff unterliegt folgenden Besichtigungen und Überprüfungen:

- a) einer Besichtigung vor der Indienststellung des Schiffes, die eine vollständige Überprüfung seiner Bauausführung und Ausrüstung insoweit umfaßt, wie das Schiff von dieser Konvention betroffen wird. Diese Besichtigung muß gewährleisten, daß die allgemeine Anordnung, die Werkstoffe und die Materialstärken vollständig den Forderungen dieser Konvention entsprechen;

b) einer regelmäßig in von der Verwaltung festgelegten Zeitabständen, mindestens jedoch alle fünf Jahre, durchzuführenden Besichtigung, die gewährleistet, daß die Bauausführung, die Ausrüstung, die allgemeine Anordnung, die Werkstoffe und die Materialstärken vollständig den Forderungen dieser Konvention entsprechen;

c) einer regelmäßigen, binnen drei Monaten vor oder nach jedem Jahrestag der Ausstellung des Zeugnisses durchzuführenden Überprüfung, die gewährleistet, daß am Schiffskörper oder an den Aufbauten keine Änderungen vorgenommen worden sind, die die Berechnungen zur Bestimmung der Lage der Freibordmarke beeinflussen könnten, und daß die folgenden Einrichtungen und Vorkehrungen in einwandfreiem Zustand erhalten sind:

- i) Schutz der Öffnungen;
- ii) Schutzgeländer;
- iii) Wasserpforten; und
- iv) Zugänge zu den Besatzungsräumen.

(2) Die im Absatz 1 c) dieses Artikels genannten regelmäßigen Überprüfungen müssen im Internationalen Freibordzeugnis (1966) oder im Internationalen Freibord-Ausnahmezeugnis, das einem nach Absatz 2 des Artikels 6 dieser Konvention befreiten Schiff ausgestellt wird, bestätigt werden.

Artikel 15

Erhaltung des bei der Besichtigung festgestellten Zustandes

Nach einer Besichtigung des Schiffes nach Artikel 14 dürfen an der Bauausführung, der Ausrüstung, der allgemeinen Anordnung, den Werkstoffen oder den Materialstärken, auf die sich die Besichtigung erstreckt hat, ohne Genehmigung der Verwaltung keine Änderungen vorgenommen werden.

Artikel 16

Ausstellung von Zeugnissen

(1) Ein Internationales Freibordzeugnis (1966) muß jedem Schiff ausgestellt werden, das nach dieser Konvention besichtigt und mit einer Freibordmarke versehen worden ist.

(2) Ein Internationales Freibord-Ausnahmezeugnis muß einem Schiff ausgestellt werden, dem nach Absatz 2 oder 4 des Artikels 6 eine Befreiung gewährt worden ist.

(3) Diese Zeugnisse müssen von der Verwaltung oder von einer von ihr ordnungsgemäß ermächtigten Person oder Organisation ausgestellt werden. In jedem Fall trägt die Verwaltung die volle Verantwortung für das Zeugnis.

(4) Ungeachtet jeder anderen Bestimmung dieser Konvention bleibt ein internationales Freibordzeugnis, das beim Inkrafttreten dieser Konvention für die Regierung des Staates, dessen Flagge das Schiff führt, gültig ist, bis zum Ablauf seiner Geltungsdauer, jedoch höchstens zwei weitere Jahre, gültig. Nach diesem Zeitpunkt ist ein Internationales Freibordzeugnis (1966) erforderlich.

Artikel 17

Ausstellung eines Zeugnisses durch eine andere Regierung

(1) Eine Vertragsregierung darf auf Ersuchen einer anderen Vertragsregierung die Besichtigung eines Schiffes veranlassen und diesem ein Internationales Freibordzeugnis (1966) nach dieser Konvention ausstellen oder ausstellen lassen, wenn sie überzeugt ist, daß die Bestimmungen dieser Konvention erfüllt sind.

(2) Eine Abschrift des Zeugnisses, eine Abschrift des für die Berechnung des Freibords verwendeten Besichtigungsberichtes und eine Abschrift der Berechnungen müssen der das Ersuchen stellenden Regierung so bald wie möglich übermittelt werden.

(3) Ein in dieser Weise ausgestelltes Zeugnis muß einen Vermerk enthalten, daß es auf Ersuchen der Regierung des

Staates ausgestellt worden ist, dessen Flagge das Schiff führt oder führen wird; es hat die gleiche Gültigkeit und muß ebenso anerkannt werden wie ein nach Artikel 16 ausgestelltes Zeugnis.

(4) Einem Schiff, das die Flagge eines Staates führt, dessen Regierung keine Vertragsregierung ist, darf kein Internationales Freibordzeugnis (1966) ausgestellt werden.

Artikel 18

Form der Zeugnisse

(1) Die Zeugnisse müssen in der oder den Amtssprachen des ausstellenden Staates abgefaßt sein. Ist die verwendete Sprache weder Englisch noch Französisch, muß der Wortlaut eine Übersetzung in eine dieser Sprachen enthalten.

(2) Die Form der Zeugnisse muß den in Anlage III angegebenen Mustern entsprechen. Die Anordnung des gedruckten Teiles jedes Zeugnismusters muß in den ausgestellten Zeugnissen und deren beglaubigten Abschriften genau wiedergegeben sein.

Artikel 19

Geltungsdauer der Zeugnisse

(1) Ein Internationales Freibordzeugnis (1966) muß für einen von der Verwaltung festgelegten Zeitabschnitt ausgestellt werden, der höchstens fünf Jahre betragen darf, vom Tag der Ausstellung an gerechnet.

(2) Kann dem Schiff nach der regelmäßigen Besichtigung nach Absatz 1 b) des Artikels 14 vor Ablauf der Geltungsdauer des ursprünglich ausgestellten Zeugnisses kein neues Zeugnis ausgestellt werden, kann die Person oder Organisation, die die Besichtigung durchführt, die Geltungsdauer des ursprünglichen Zeugnisses um höchstens fünf Monate verlängern. Diese Verlängerung muß auf dem Zeugnis vermerkt werden; sie darf nur gewährt werden, wenn keine Änderungen in der Bauausführung, der Ausrüstung, der allgemeinen Anordnung, den Werkstoffen oder den Materialstärken vorgenommen worden sind, die den Freibord des Schiffes beeinflussen.

(3) Ein Internationales Freibordzeugnis (1966) muß von der Verwaltung für ungültig erklärt werden:

- a) wenn am Schiffskörper oder an den Aufbauten wesentliche Änderungen vorgenommen worden sind, die die Erteilung eines größeren Freibords erfordern;
- b) wenn die im Absatz 1 c) des Artikels 14 genannten Einrichtungen und Vorkehrungen nicht in einwandfreiem Zustand erhalten sind;
- c) wenn das Zeugnis keinen Vermerk enthält, demzufolge das Schiff gemäß Absatz 1 c) des Artikels 14 überprüft worden ist;
- d) wenn die bauliche Festigkeit des Schiffes so sehr vermindert ist, daß es nicht mehr sicher ist.

(4) a) Die Geltungsdauer eines Internationalen Freibord-Ausnahmezeugnisses, das eine Verwaltung einem nach Absatz 2 des Artikels 6 befreiten Schiff ausstellt, darf höchstens fünf Jahre betragen, vom Tag der Ausstellung an gerechnet. Dieses Zeugnis muß nach dem in diesem Artikel für ein Internationales Freibordzeugnis (1966) vorgesehenen Verfahren verlängert, bestätigt oder für ungültig erklärt werden.

b) Die Geltungsdauer eines Internationalen Freibord-Ausnahmezeugnisses, das einem nach Absatz 4 des Artikels 6 befreiten Schiff ausgestellt wird, muß auf die Einzelreise beschränkt sein, für die es ausgestellt wird.

(5) Ein einem Schiff von der Verwaltung ausgestelltes Zeugnis wird ungültig, sobald dieses Schiff zur Flagge eines anderen Staates überwechselt.

Artikel 20**Anerkennung der Zeugnisse**

Die Zeugnisse, die im Namen einer Vertragsregierung nach dieser Konvention ausgestellt sind, müssen von den anderen Vertragsregierungen anerkannt werden; sie müssen ihnen für alle durch diese Konvention betroffenen Zwecke die gleiche Gültigkeit wie den von ihnen selbst ausgestellten Zeugnissen zumessen.

Artikel 21**Kontrolle**

(1) Schiffe, die ein nach Artikel 16 oder Artikel 17 ausgestelltes Zeugnis besitzen, unterliegen in den Häfen anderer Vertragsregierungen der Kontrolle durch ordnungsgemäß durch diese Regierungen ermächtigte Bedienstete. Die Vertragsregierungen müssen gewährleisten, daß diese Kontrolle, soweit vertretbar und durchführbar, der Bestätigung dient, daß sich ein gültiges Zeugnis nach dieser Konvention an Bord befindet. Befindet sich ein gültiges Internationales Freibordzeugnis (1966) an Bord, muß sich diese Kontrolle darauf beschränken, festzustellen, daß:

- a) das Schiff nicht über die im Zeugnis festgelegten Grenzen hinaus beladen ist;
- b) die Lage der Freibordmarke des Schiffes mit dem Zeugnis übereinstimmt; und
- c) das Schiff in bezug auf die im Absatz 3 a) und b) des Artikels 19 genannten Faktoren nicht so wesentlich verändert worden ist, daß es offensichtlich ungeeignet ist, ohne Gefahr für das menschliche Leben in See zu gehen.

Befindet sich ein gültiges Internationales Freibord-Ausnahmezeugnis an Bord, muß sich diese Kontrolle darauf beschränken, festzustellen, daß alle in diesem Zeugnis festgelegten Bedingungen erfüllt sind.

(2) Erfolgt diese Kontrolle nach Absatz 1 c) dieses Artikels, muß sie nur zu dem Zweck durchgeführt werden, das Auslaufen des Schiffes zu verhindern, bevor es ohne Gefahr für die Fahrgäste oder die Besatzung in See gehen kann.

(3) Gibt die in diesem Artikel vorgesehene Kontrolle Anlaß zum Einschreiten in irgendeiner Art, muß der die Kontrolle durchführende Bedienstete unverzüglich schriftlich den Konsul oder den diplomatischen Vertreter des Staates, dessen Flagge das Schiff führt, von dieser Entscheidung und allen Umständen, die das Einschreiten notwendig erscheinen ließen, unterrichten.

Artikel 22**Vergünstigungen**

Die Vergünstigungen dieser Konvention können nur für ein Schiff in Anspruch genommen werden, wenn es ein gültiges Zeugnis nach dieser Konvention besitzt.

Artikel 23**Unfälle**

(1) Jede Verwaltung verpflichtet sich, jeden Unfall zu untersuchen, der Schiffen zustößt, für die sie verantwortlich ist und die den Bestimmungen dieser Konvention unterliegen, wenn sie der Ansicht ist, daß diese Untersuchung dazu beitragen kann, eventuell für wünschenswert erachtete Änderungen der Konvention festzustellen.

(2) Jede Vertragsregierung verpflichtet sich, der Organisation alle einschlägigen Angaben über die Ergebnisse dieser Untersuchungen zuzuleiten. Berichte oder Empfehlungen der Organisation, die auf diesen Angaben beruhen, dürfen die Identität oder Staatszugehörigkeit der betreffenden Schiffe nicht erkennen lassen und ein Schiff oder eine Person in keiner Weise mittelbar oder unmittelbar für den Unfall verantwortlich machen.

Artikel 24**Frühere Verträge und Konventionen**

(1) Alle anderen Verträge, Konventionen und Vereinbarungen über Freibordfragen, die gegenwärtig zwischen den an

dieser Konvention beteiligten Regierungen in Kraft sind, bleiben während ihrer jeweiligen Geltungsdauer unbeschränkt wirksam in bezug auf:

- a) Schiffe, auf die diese Konvention nicht angewendet wird; und
- b) Schiffe, auf die diese Konvention angewendet wird, soweit es sich um darin nicht ausdrücklich geregelte Angelegenheiten handelt.

(2) Soweit jedoch solche Verträge, Konventionen und Vereinbarungen im Widerspruch zu den Bestimmungen dieser Konvention stehen, sind die Bestimmungen dieser Konvention maßgebend.

Artikel 25**Vereinbarung besonderer Regeln**

Werden in Übereinstimmung mit dieser Konvention zwischen allen oder einigen Vertragsregierungen besondere Regeln vereinbart, müssen diese Regeln der Organisation zur Weiterleitung an alle Vertragsregierungen mitgeteilt werden.

Artikel 26**Übermittlung von Unterlagen**

(1) Die Vertragsregierungen verpflichten sich, der Organisation folgendes zu übermitteln und bei ihr zu hinterlegen:

- a) eine ausreichende Anzahl von Mustern ihrer nach den Bestimmungen dieser Konvention ausgestellten Zeugnisse zur Weiterleitung an die Vertragsregierungen;
- b) den Wortlaut der Gesetze, Anordnungen, Ausführungsbestimmungen und sonstigen Vorschriften, die auf den verschiedenen durch diese Konvention betroffenen Gebieten erlassen worden sind; und
- c) eine Liste der nichtstaatlichen Stellen, die ermächtigt sind, in ihrem Namen in Freibordfragen tätig zu werden, zur Weiterleitung an die Vertragsregierungen.

(2) Jede Vertragsregierung verpflichtet sich, jeder anderen Vertragsregierung auf Ersuchen ihre Festigkeitsvorschriften zur Verfügung zu stellen.

Artikel 27**Unterzeichnung, Annahme und Beitritt**

(1) Diese Konvention liegt drei Monate, vom 5. April 1966 an gerechnet, zur Unterzeichnung und danach zum Beitritt auf. Die Regierungen der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen oder einer ihrer Sonderorganisationen oder der Internationalen Atomenergie-Organisation oder von vertragsschließenden Seiten der Satzung des Internationalen Gerichtshofes können vertragschließende Seiten der Konvention werden:

- a) indem sie sie ohne Vorbehalt der Annahme unterzeichnen;
- b) indem sie sie vorbehaltlich der Annahme unterzeichnen und später annehmen; oder
- c) indem sie ihr beitreten.

(2) Die Annahme oder der Beitritt erfolgt durch Hinterlegung einer Annahme- oder Beitrittsurkunde bei der Organisation, die allen Regierungen, die die Konvention unterzeichnet haben oder ihr beigetreten sind, jede neue Annahme und jeden neuen Beitritt sowie den Zeitpunkt der Hinterlegung der betreffenden Urkunde mitteilt.

Artikel 28**Inkrafttreten**

(1) Diese Konvention tritt zwölf Monate nach dem Tag in Kraft, an dem mindestens fünfzehn Regierungen von Staaten, von denen sieben mindestens je eine Million Bruttoregister-tonnen Schiffsraum besitzen, sie nach Artikel 27 ohne Vorbehalt der Annahme unterzeichnet oder Annahme- oder Beitrittsurkunden hinterlegt haben.

(2) Für Regierungen, die während der im Absatz 1 dieses Artikels genannten zwölf Monate eine Annahme- oder Bei-

trittsurkunde zu dieser Konvention hinterlegen, wird die Annahme oder der Beitritt mit Inkrafttreten dieser Konvention oder drei Monate nach dem Tag der Hinterlegung der Annahme- oder Beitritturkunde wirksam, je nachdem welcher Zeitpunkt später liegt.

(3) Für Regierungen, die nach dem Inkrafttreten dieser Konvention eine Annahme- oder Beitritturkunde zu derselben hinterlegen, tritt die Konvention drei Monate nach dem Tag der Hinterlegung dieser Urkunde in Kraft.

(4) Nach dem Zeitpunkt, zu dem alle Maßnahmen getroffen worden sind, die erforderlich sind, um eine Änderung dieser Konvention in Kraft treten zu lassen, oder zu dem bei einer einstimmig angenommenen Änderung alle notwendigen Annahmen nach Absatz 2 b) des Artikels 29 als erfolgt gelten, gilt jede hinterlegte Annahme- oder Beitritturkunde für die Konvention in ihrer geänderten Fassung.

Artikel 29

Änderungen

(1) Diese Konvention kann auf Vorschlag einer Vertragsregierung durch eines der in diesem Artikel vorgesehenen Verfahren geändert werden.

(2) Änderung durch einstimmige Annahme:

a) Auf Antrag einer Vertragsregierung teilt die Organisation eine von der betreffenden Regierung vorgeschlagene Änderung dieser Konvention allen Vertragsregierungen zur Prüfung zwecks einstimmiger Annahme mit.

b) Eine solche Änderung tritt zwölf Monate nach dem Tag ihrer Annahme durch alle Vertragsregierungen in Kraft, sofern nicht ein früherer Zeitpunkt vereinbart wird. Teilt eine Vertragsregierung ihre Annahme oder Ablehnung der Änderung der Organisation nicht binnen drei Jahren nach der erstmaligen Mitteilung der Änderung durch die Organisation mit, wird unterstellt, daß die betreffende Regierung die Änderung angenommen hat.

c) Eine vorgeschlagene Änderung gilt als abgelehnt, wenn sie nicht nach Buchstaben b) dieses Absatzes binnen drei Jahren nach dem Zeitpunkt angenommen worden ist, zu dem sie die Organisation erstmalig allen Vertragsregierungen mitgeteilt hat.

(3) Änderung nach Prüfung durch die Organisation:

a) Auf Antrag einer Vertragsregierung wird jede von ihr vorgeschlagene Änderung dieser Konvention durch die Organisation geprüft. Nimmt der Schiffssicherheitsausschuß der Organisation die Änderung mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitglieder an, wird die Änderung allen Mitgliedern der Organisation und allen Vertragsregierungen mindestens sechs Monate vor ihrer Prüfung durch die Versammlung der Organisation mitgeteilt.

b) Eine Änderung, die die Versammlung mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitglieder annimmt, wird von der Organisation allen Vertragsregierungen zur Annahme übermittelt.

c) Die Änderung tritt zwölf Monate nach dem Tag in Kraft, an dem sie von zwei Drittel der Vertragsregierungen angenommen worden ist. Die Änderung tritt für alle Vertragsregierungen mit Ausnahme derjenigen in Kraft, die vor Inkrafttreten der Änderung erklären, daß sie diese nicht annehmen.

d) Bei der Annahme einer Änderung kann die Versammlung mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitglieder einschließlich zwei Drittel der im Schiffssicherheitsausschuß vertretenen und in der Versammlung anwesenden und abstimmenden Regierungen einen Beschluß vorschlagen, daß angesichts der dieser Änderung zukommenden Bedeutung jede Vertragsregierung, die eine Erklärung nach Buchstaben c) abgibt und die Änderung nicht binnen zwölf Monaten nach ihrem

Inkrafttreten annimmt, nach Ablauf dieser Frist als vertragschließende Seite dieser Konvention ausscheidet. Dieser Beschluß bedarf der vorherigen Annahme durch zwei Drittel der Vertragsregierungen dieser Konvention.

e) Dieser Absatz schließt nicht aus, daß eine Vertragsregierung, die in bezug auf eine Änderung dieser Konvention zunächst ein Verfahren nach diesem Absatz vorgeschlagen hat, jederzeit ein anderes Verfahren nach Absatz 2 oder 4 dieses Artikels anwendet, das sie für wünschenswert hält.

(4) Änderung durch eine Konferenz:

a) Auf Antrag einer Vertragsregierung, der von mindestens einem Drittel der Vertragsregierungen unterstützt wird, beruft die Organisation eine Konferenz der Regierungen zur Prüfung von Änderungen dieser Konvention ein.

b) Jede Änderung, die diese Konferenz mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden und abstimmenden Vertragsregierungen annimmt, wird von der Organisation allen Vertragsregierungen zur Annahme übermittelt.

c) Die Änderung tritt zwölf Monate nach dem Tag in Kraft, an dem sie von zwei Drittel der Vertragsregierungen angenommen worden ist. Die Änderung tritt für alle Vertragsregierungen mit Ausnahme derjenigen in Kraft, die vor Inkrafttreten der Änderung erklären, daß sie diese nicht annehmen.

d) Bei der Annahme einer Änderung kann eine nach Buchstaben a) einberufene Konferenz mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitglieder beschließen, daß angesichts der dieser Änderung zukommenden Bedeutung jede Vertragsregierung, die eine Erklärung nach Buchstaben c) abgibt und die Änderung nicht binnen zwölf Monaten nach ihrem Inkrafttreten annimmt, nach Ablauf dieser Frist als vertragschließende Seite dieser Konvention ausscheidet.

(5) Alle nach diesem Artikel vorgenommenen Änderungen dieser Konvention, die die Bauart eines Schiffes betreffen, gelten nur für Schiffe, deren Kiel an oder nach dem Tag des Inkrafttretens der Änderung gelegt wird oder die sich zu diesem Zeitpunkt in einem entsprechenden Bauzustand befinden.

(6) Die Organisation teilt allen Vertragsregierungen alle nach diesem Artikel in Kraft tretenden Änderungen sowie den Zeitpunkt mit, zu dem jede Änderung in Kraft tritt.

(7) Jede Annahme oder Erklärung nach diesem Artikel erfolgt durch eine an die Organisation gerichtete schriftliche Notifikation; die Organisation teilt allen Vertragsregierungen den Eingang der Annahme oder Erklärung mit.

Artikel 30

Kündigung

(1) Jede Vertragsregierung kann diese Konvention nach Ablauf von fünf Jahren, nachdem sie für sie in Kraft getreten ist, jederzeit kündigen.

(2) Die Kündigung erfolgt durch eine an die Organisation gerichtete schriftliche Notifikation; die Organisation teilt allen anderen Vertragsregierungen den Eingang jeder Notifikation sowie den Tag ihres Eingangs mit.

(3) Eine Kündigung wird ein Jahr nach dem Eingang der Notifikation bei der Organisation oder nach einem eventuell in der Notifikation angegebenen längeren Zeitraum wirksam.

Artikel 31

Aussetzung

(1) Im Falle von Feindseligkeiten oder anderen außergewöhnlichen Umständen, die die Lebensinteressen eines Staates beeinflussen, dessen Regierung Vertragsregierung ist, kann diese Regierung die Anwendung der gesamten Konvention oder eines Teiles davon aussetzen. Die betreffende Regierung muß die Organisation unverzüglich über jede Aussetzung unterrichten.

(2) Eine solche Aussetzung schließt nicht ein den anderen Vertragsregierungen nach dieser Konvention zustehendes Kontrollrecht in bezug auf Schiffe der die Aussetzung bewirkenden Regierung aus, wenn diese Schiffe sich in ihren Häfen befinden.

(3) Die Regierung, die die Aussetzung bewirkt, kann diese Aussetzung jederzeit beenden; sie muß die Organisation unverzüglich über diese Beendigung unterrichten.

(4) Die Organisation notifiziert allen Vertragsregierungen jede nach diesem Artikel beschlossene Aussetzung oder Beendigung der Aussetzung.

Artikel 32 Hoheitsgebiete

- (1) a) Die Vereinten Nationen, soweit sie Verwaltungsmacht eines Hoheitsgebietes sind, oder jede für die internationalen Beziehungen eines Hoheitsgebietes verantwortliche Vertragsregierung, treten mit diesem Hoheitsgebiet so bald wie möglich in Konsultationen ein mit dem Ziel, diese Konvention auf das betreffende Hoheitsgebiet zu erstrecken; sie können jederzeit durch eine an die Organisation gerichtete schriftliche Notifikation erklären, daß diese Konvention auf das betreffende Hoheitsgebiet erstreckt wird.
- b) Diese Konvention wird auf das in der Notifikation bezeichnete Hoheitsgebiet vom Tag des Eingangs dieser Notifikation oder von einem anderen eventuell darin angegebenen Tag an erstreckt.
- (2) a) Die Vereinten Nationen oder eine Vertragsregierung, die eine Erklärung nach Absatz 1 a) dieses Artikels abgegeben haben, können jederzeit nach Ablauf von fünf Jahren nach dem Zeitpunkt, zu dem die Konvention auf ein Hoheitsgebiet erstreckt worden ist, durch eine an die Organisation gerichtete schriftliche Notifikation erklären, daß diese Konvention nicht mehr auf das in der Notifikation bezeichnete Hoheitsgebiet erstreckt wird.

b) Diese Konvention wird nach Ablauf eines Jahres nach Eingang der Notifikation bei der Organisation oder nach einem eventuell in der Notifikation angegebenen längeren Zeitraum nicht mehr auf das in der Notifikation bezeichnete Hoheitsgebiet erstreckt.

(3) Die Organisation teilt allen Vertragsregierungen die Erstreckung dieser Konvention auf ein Hoheitsgebiet nach Absatz 1 dieses Artikels und die Beendigung einer solchen Erstreckung nach den Bestimmungen im Absatz 2 mit; hierbei gibt sie jeweils den Zeitpunkt an, zu dem die Erstreckung dieser Konvention beginnt oder endet.

Artikel 33 Registrierung

(1) Diese Konvention wird bei der Organisation hinterlegt; der Generalsekretär der Organisation übermittelt allen Unterzeichnerregierungen und allen Regierungen, die dieser Konvention beitreten, beglaubigte Abschriften.

(2) Die Organisation läßt diese Konvention sogleich nach ihrem Inkrafttreten nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen registrieren.

Artikel 34 Sprachen

Diese Konvention ist in einer Urschrift in englischer und französischer Sprache abgefaßt, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist. Amtliche Übersetzungen werden in russischer und spanischer Sprache angefertigt und mit der unterzeichneten Urschrift hinterlegt.

ZU URKUND DESSEN haben die von ihren Regierungen hierzu gehörig befugten Unterzeichneten diese Konvention unterschrieben.

GESCHEHEN zu London am 5. April 1966.

INTERNATIONAL CONVENTION ON LOAD LINES, 1966

The Contracting Governments,

DESIRING to establish uniform principles and rules with respect to the limits to which ships on international voyages may be loaded having regard to the need for safeguarding life and property at sea;

CONSIDERING that this end may best be achieved by conclusion of a Convention;

HAVE AGREED as follows:

ARTICLE 1

General Obligation under the Convention

(1) The Contracting Governments undertake to give effect to the provisions of the present Convention and the Annexes hereto, which shall constitute an integral part of the present Convention. Every reference to the present Convention constitutes at the same time a reference to the Annexes.

(2) The Contracting Governments shall undertake all measures which may be necessary to give effect to the present Convention.

ARTICLE 2 Definitions

For the purpose of the present Convention, unless expressly provided otherwise:

(1) "Regulations" means the Regulations annexed to the present Convention.

(2) "Administration" means the Government of the State whose flag the ship is flying.

(3) "Approved" means approved by the Administration.

(4) "International voyage" means a sea voyage from a country to which the present Convention applies to a port outside such country, or conversely. For this purpose, every territory for the international relations of which a Contracting Government is responsible or for which the United Nations are the administering authority is regarded as a separate country.

(5) A "fishing vessel" is a ship used for catching fish, whales, seals, walrus or other living resources of the sea.

(6) "New ship" means a ship the keel of which is laid, or which is at a similar stage of construction, on or after the date of coming into force of the present Convention for each Contracting Government.

(7) "Existing ship" means a ship which is not a new ship.

(8) "Length" means 98 per cent of the total length on a waterline at 85 per cent of the least moulded depth measured from the top of the keel, or the length from the fore side of the stern to the axis of the rudder stock on that waterline, if that be greater. In ships designed with a rake of keel the waterline on which this length is measured shall be parallel to the designed waterline.

ARTICLE 3**General Provisions**

(1) No ship to which the present Convention applies shall proceed to sea on an international voyage after the date on which the present Convention comes into force unless it has been surveyed, marked and provided with an International Load Line Certificate (1966) or, where appropriate, an International Load Line Exemption Certificate in accordance with the provisions of the present Convention.

(2) Nothing in this Convention shall prevent an Administration from assigning a greater freeboard than the minimum freeboard determined in accordance with Annex I.

ARTICLE 4**Application**

(1) The present Convention shall apply to:

- (a) ships registered in countries the Governments of which are Contracting Governments;
- (b) ships registered in territories to which the present Convention is extended under Article 32; and
- (c) unregistered ships flying the flag of a State, the Government of which is a Contracting Government.

(2) The present Convention shall apply to ships engaged on international voyages.

(3) The Regulations contained in Annex I are specifically applicable to new ships.

(4) Existing ships which do not fully comply with the requirements of the Regulations contained in Annex I or any part thereof shall meet at least such lesser related requirements as the Administration applied to ships on international voyages prior to the coming into force of the present Convention; in no case shall such ships be required to increase their freeboards. In order to take advantage of any reduction in freeboard from that previously assigned, existing ships shall comply with all the requirements of the present Convention.

(5) The Regulations contained in Annex II are applicable to new and existing ships to which the present Convention applies.

ARTICLE 5**Exceptions**

(1) The present Convention shall not apply to:

- (a) ships of war;
- (b) new ships of less than 24 metres (79 feet) in length;
- (c) existing ships of less than 150 tons gross;
- (d) pleasure yachts not engaged in trade;
- (e) fishing vessels.

(2) Nothing herein shall apply to ships solely navigating:

- (a) the Great Lakes of North America and the River St. Lawrence as far east as a rhumb line drawn from Cap des Rosiers to West Point, Anticosti Island, and, on the north side of Anticosti Island, the meridian of longitude 63°W;
- (b) the Caspian Sea;
- (c) the Plate, Parana and Uruguay Rivers as far east as a rhumb line drawn between Punta Norte, Argentina, and Punta del Este, Uruguay.

ARTICLE 6**Exemptions**

(1) Ships when engaged on international voyages between the near neighbouring ports of two or more States may be exempted by the Administration from the provisions of the present Convention, so long as they shall remain engaged on such voyages, if the Governments of the States in which such ports are situated shall be satisfied that the sheltered nature

or conditions of such voyages between such ports make it unreasonable or impracticable to apply the provisions of the present Convention to ships engaged on such voyages.

(2) The Administration may exempt any ship which embodies features of a novel kind from any of the provisions of this Convention the application of which might seriously impede research into the development of such features and their incorporation in ships engaged on international voyages. Any such ship shall, however, comply with safety requirements which, in the opinion of that Administration, are adequate for the service for which it is intended and are such as to ensure the overall safety of the ship and which are acceptable to the Governments of the States to be visited by the ship.

(3) The Administration which allows any exemption under paragraphs 1 and 2 of this Article shall communicate to the Inter-Governmental Maritime Consultative Organization (hereinafter called the Organization) particulars of the same and reasons therefor which the Organization shall circulate to the Contracting Governments for their information.

(4) A ship which is not normally engaged on international voyages but which, in exceptional circumstances, is required to undertake a single international voyage may be exempted by the Administration from any of the requirements of the present Convention, provided that it complies with safety requirements which, in the opinion of that Administration, are adequate for the voyage which is to be undertaken by the ship.

ARTICLE 7**Force Majeure**

(1) A ship which is not subject to the provisions of the present Convention at the time of its departure on any voyage shall not become subject to such provisions on account of any deviation from its intended voyage due to stress of weather or any other cause of force majeure.

(2) In applying the provisions of the present Convention, the Contracting Governments shall give due consideration to any deviation or delay caused to any ship owing to stress of weather or any other cause of force majeure.

ARTICLE 8**Equivalents**

(1) The Administration may allow any fitting, material, appliance or apparatus to be fitted, or any other provision to be made in a ship, other than that required by the present Convention, if it is satisfied by trial thereof or otherwise that such fitting, material, appliance or apparatus, or provision, is at least as effective as that required by the Convention.

(2) The Administration which allows a fitting, material, appliance or apparatus, or provision, other than that required by the present Convention, shall communicate to the Organization for circulation to the Contracting Governments particulars thereof, together with a report on any trials made.

ARTICLE 9**Approvals for Experimental Purposes**

(1) Nothing in the present Convention shall prevent an Administration from making specific approvals for experimental purposes in respect of a ship to which the Convention applies.

(2) An Administration which makes any such approval shall communicate to the Organization for circulation to the Contracting Governments particulars thereof.

ARTICLE 10**Repairs, Alterations and Modifications**

(1) A ship which undergoes repairs, alterations, modifications and outfitting related thereto shall continue to comply with at least the requirements previously applicable to the

ship. An existing ship in such a case shall not, as a rule, comply to a lesser extent with the requirements for a new ship than it did before.

(2) Repairs, alterations and modifications of a major character and outfitting related thereto should meet the requirements for a new ship in so far as the Administration deems reasonable and practicable.

ARTICLE 11

Zones and Areas

(1) A ship to which the present Convention applies shall comply with the requirements applicable to that ship in the zones and areas described in Annex II.

(2) A port standing on the boundary line between two zones or areas shall be regarded as within the zone or area from or into which the ship arrives or departs.

ARTICLE 12

Submersion

(1) Except as provided in paragraphs 2 and 3 of this Article, the appropriate load lines on the sides of the ship corresponding to the season of the year and the zone or area in which the ship may be shall not be submerged at any time when the ship puts to sea, during the voyage or on arrival.

(2) When a ship is in fresh water of unit density the appropriate load line may be submerged by the amount of the fresh water allowance shown on the International Load Line Certificate (1966). Where the density is other than unity, an allowance shall be made proportional to the difference between 1.025 and the actual density.

(3) When a ship departs from a port situated on a river or inland waters, deeper loading shall be permitted corresponding to the weight of fuel and all other materials required for consumption between the point of departure and the sea.

ARTICLE 13

Survey, Inspection and Marking

The survey, inspection and marking of ships, as regards the enforcement of the provisions of the present Convention and the granting of exemptions therefrom, shall be carried out by officers of the Administration. The Administration may, however, entrust the survey, inspection and marking either to surveyors nominated for the purpose or to organizations recognized by it. In every case the Administration concerned fully guarantees the completeness and efficiency of the survey, inspection and marking.

ARTICLE 14

Initial and Periodical Surveys and Inspections

(1) A ship shall be subjected to the surveys and inspections specified below:

(a) A survey before the ship is put in service, which shall include a complete inspection of its structure and equipment in so far as the ship is covered by the present Convention. This survey shall be such as to ensure that the arrangements, material, and scantlings fully comply with the requirements of the present Convention.

(b) A periodical survey at intervals specified by the Administration, but not exceeding five years, which shall be such as to ensure that the structure, equipment, arrangements, material and scantlings fully comply with the requirements of the present Convention.

(c) A periodical inspection within three months either way of each annual anniversary date of the certificate, to ensure that alterations have not been made to the hull or superstructures which would affect the calculations determining the position of the load line and so as to

ensure the maintenance in an effective condition of fittings and appliances for:

- (i) protection of openings;
- (ii) guard rails;
- (iii) freeing ports; and
- (iv) means of access to crew's quarters.

(2) The periodical inspections referred to in paragraph 1 (c) of this Article shall be endorsed on the International Load Line Certificate (1966) or on the International Load Line Exemption Certificate issued to a ship exempted under paragraph (2) of Article 6 of the present Convention.

ARTICLE 15

Maintenance of Conditions after Survey

After any survey of the ship under Article 14 has been completed, no change shall be made in the structure, equipment, arrangements, material or scantlings covered by the survey, without the sanction of the Administration.

ARTICLE 16

Issue of Certificates

(1) An International Load Line Certificate (1966) shall be issued to every ship which has been surveyed and marked in accordance with the present Convention.

(2) An International Load Line Exemption Certificate shall be issued to any ship to which an exemption has been granted under and in accordance with paragraph 2 or 4 of Article 6.

(3) Such certificates shall be issued by the Administration or by any person or organization duly authorized by it. In every case, the Administration assumes full responsibility for the certificate.

(4) Notwithstanding any other provision of the present Convention, any international load line certificate which is current when the present Convention comes into force in respect of the Government of the State whose flag the ship is flying shall remain valid for two years or until it expires, whichever is earlier. After that time an International Load Line Certificate (1966) shall be required.

ARTICLE 17

Issue of Certificate by another Government

(1) A Contracting Government may, at the request of another Contracting Government, cause a ship to be surveyed and, if satisfied that the provisions of the present Convention are complied with, shall issue or authorize the issue of an International Load Line Certificate (1966) to the ship in accordance with the present Convention.

(2) A copy of the certificate, a copy of the survey report used for computing the freeboard, and a copy of the computations shall be transmitted as early as possible to the requesting Government.

(3) A certificate so issued must contain a statement to the effect that it has been issued at the request of the Government of the State whose flag the ship is or will be flying and it shall have the same force and receive the same recognition as a certificate issued under Article 16.

(4) No International Load Line Certificate (1966) shall be issued to a ship which is flying the flag of a State the Government of which is not a Contracting Government.

ARTICLE 18

Form of Certificates

(1) The certificates shall be drawn up in the official language or languages of the issuing country. If the language

used is neither English nor French, the text shall include a translation into one of these languages.

(2) The form of the certificates shall be that of the models given in Annex III. The arrangement of the printed part of each model certificate shall be exactly reproduced in any certificates issued, and in any certified copies thereof.

ARTICLE 19

Duration of Certificates

(1) An International Load Line Certificate (1966) shall be issued for a period specified by the Administration, which shall not exceed five years from the date of issue.

(2) If, after the periodical survey referred to in paragraph 1 (b) of Article 14, a new certificate cannot be issued to the ship before the expiry of the certificate originally issued, the person or organization carrying out the survey may extend the validity of the original certificate for a period which shall not exceed five months. This extension shall be endorsed on the certificate, and shall be granted only where there have been no alterations in the structure, equipment, arrangements, material or scantlings which affect the ship's freeboard.

(3) An International Load Line Certificate (1966) shall be cancelled by the Administration if any of the following circumstances exist:

- (a) material alterations have taken place in the hull or superstructures of the ship such as would necessitate the assignment of an increased freeboard;
- (b) the fittings and appliances mentioned in sub-paragraph (c) of paragraph 1 of Article 14 are not maintained in an effective condition;
- (c) the certificate is not endorsed to show that the ship has been inspected as provided in sub-paragraph (c) of paragraph 1 of Article 14;
- (d) the structural strength of the ship is lowered to such an extent that the ship is unsafe.

(4) (a) The duration of an International Load Line Exemption Certificate issued by an Administration to a ship exempted under paragraph 2 of Article 6 shall not exceed five years from the date of issue. Such certificate shall be subject to a renewal, endorsement and cancellation procedure similar to that provided for an International Load Line Certificate (1966) under this Article.

(b) The duration of an International Load Line Exemption Certificate issued to a ship exempted under paragraph 4 of Article 6 shall be limited to the single voyage for which it is issued.

(5) A certificate issued to a ship by an Administration shall cease to be valid upon the transfer of such a ship to the flag of another State.

ARTICLE 20

Acceptance of Certificates

The certificates issued under the authority of a Contracting Government in accordance with the present Convention shall be accepted by the other Contracting Governments and regarded for all purposes covered by the present Convention as having the same force as certificates issued by them.

ARTICLE 21

Control

(1) Ships holding a certificate issued under Article 16 or Article 17 are subject, when in the ports of other Contracting Governments, to control by officers duly authorized by such Governments. Contracting Governments shall ensure that such control is exercised as far as is reasonable and practicable with a view to verifying that there is on board a valid certificate under the present Convention. If there is a valid

International Load Line Certificate (1966) on board the ship, such control shall be limited to the purpose of determining that:

- (a) the ship is not loaded beyond the limits allowed by the certificate;
- (b) the position of the load line of the ship corresponds with the certificate; and
- (c) the ship has not been so materially altered in respect to the matters set out in sub-paragraphs (a) and (b) of paragraph 3 of Article 19 that the ship is manifestly unfit to proceed to sea without danger to human life.

If there is a valid International Load Line Exemption Certificate on board, such control shall be limited to the purpose of determining that any conditions stipulated in that certificate are complied with.

(2) If such control is exercised under sub-paragraph (c) of paragraph 1 of this Article, it shall only be exercised in so far as may be necessary to ensure that the ship shall not sail until it can proceed to sea without danger to the passengers or the crew.

(3) In the event of the control provided for in this Article giving rise to intervention of any kind, the officer carrying out the control shall immediately inform in writing the Consul or the diplomatic representative of the State whose flag the ship is flying of this decision and of all the circumstances in which intervention was deemed to be necessary.

ARTICLE 22

Privileges

The privileges of the present Convention may not be claimed in favour of any ship unless it holds a valid certificate under the Convention.

ARTICLE 23

Casualties

(1) Each Administration undertakes to conduct an investigation of any casualty occurring to ships for which it is responsible and which are subject to the provisions of the present Convention when it judges that such an investigation may assist in determining what changes in the Convention might be desirable.

(2) Each Contracting Government undertakes to supply the Organization with the pertinent information concerning the findings of such investigations. No reports or recommendations of the Organization based upon such information shall disclose the identity or nationality of the ships concerned or in any manner fix or imply responsibility upon any ship or person.

ARTICLE 24

Prior Treaties and Conventions

(1) All other treaties, conventions and arrangements relating to load line matters at present in force between Governments parties to the present Convention shall continue to have full and complete effect during the terms thereof as regards:

- (a) ships to which the present Convention does not apply; and
- (b) ships to which the present Convention applies, in respect of matters for which it has not expressly provided.

(2) To the extent, however, that such treaties, conventions or arrangements conflict with the provisions of the present Convention, the provisions of the present Convention shall prevail.

ARTICLE 25

Special Rules drawn up by Agreement

When in accordance with the present Convention special rules are drawn up by agreement among all or some of the Contracting Governments, such rules shall be communicated

to the Organization for circulation to all Contracting Governments.

ARTICLE 26

Communication of Information

(1) The Contracting Governments undertake to communicate to and deposit with the Organization:

- (a) a sufficient number of specimens of their certificates issued under the provisions of the present Convention for circulation to the Contracting Governments;
- (b) the text of the laws, decrees, orders, regulations and other instruments which shall have been promulgated on the various matters within the scope of the present Convention; and
- (c) a list of non-governmental agencies which are authorized to act in their behalf in the administration of load line matters for circulation to the Contracting Governments.

(2) Each Contracting Government agrees to make its strength standards available to any other Contracting Government, upon request.

ARTICLE 27

Signature, Acceptance and Accession

(1) The present Convention shall remain open for signature for three months from 5 April 1966 and shall thereafter remain open for accession. Governments of States members of the United Nations, or of any of the Specialized Agencies, or of the International Atomic Energy Agency, or parties to the Statute of the International Court of Justice may become parties to the Convention by:

- (a) signature without reservation as to acceptance;
- (b) signature subject to acceptance followed by acceptance; or
- (c) accession.

(2) Acceptance or accession shall be effected by the deposit of an instrument of acceptance or accession with the Organization which shall inform all Governments that have signed the Convention or acceded to it of each new acceptance or accession and of the date of its deposit.

ARTICLE 28

Coming into Force

(1) The present Convention shall come into force twelve months after the date on which not less than fifteen Governments of the States, including seven each with not less than one million gross tons of shipping, have signed without reservation as to acceptance or deposited instruments of acceptance or accession in accordance with Article 27. The Organization shall inform all Governments which have signed or acceded to the present Convention of the date on which it comes into force.

(2) For Governments which have deposited an instrument of acceptance of or accession to the present Convention during the twelve months mentioned in paragraph 1 of this Article, the acceptance or accession shall take effect on the coming into force of the present Convention or three months after the date of deposit of the instrument of acceptance or accession, whichever is the later date.

(3) For Governments which have deposited an instrument of acceptance of or accession to the present Convention after the date on which it comes into force, the Convention shall come into force three months after the date of the deposit of such instrument.

(4) After the date on which all the measures required to bring an amendment to the present Convention into force have been completed, or all necessary acceptances are deemed to have been given under sub-paragraph (b) of paragraph 2

of Article 29 in case of amendment by unanimous acceptance, any instrument of acceptance or accession deposited shall be deemed to apply to the Convention as amended.

ARTICLE 29

Amendments

(1) The present Convention may be amended upon the proposal of a Contracting Government by any of the procedures specified in this Article.

(2) Amendment by unanimous acceptance

(a) Upon the request of a Contracting Government, any amendment proposed by it to the present Convention shall be communicated by the Organization to all Contracting Governments for consideration with a view to unanimous acceptance.

(b) Any such amendment shall enter into force twelve months after the date of its acceptance by all Contracting Governments unless an earlier date is agreed upon. A Contracting Government which does not communicate its acceptance or rejection of the amendment to the Organization within three years of its first communication by the latter shall be deemed to have accepted the amendment.

(c) Any proposed amendment shall be deemed to be rejected if it is not accepted under sub-paragraph (b) of the present paragraph within three years after it has been first communicated to all Contracting Governments by the Organization.

(3) Amendment after consideration in the Organization

(a) Upon the request of a Contracting Government, any amendment proposed by it to the present Convention will be considered in the Organization. If adopted by a majority of two-thirds of those present and voting in the Maritime Safety Committee of the Organization, such amendment shall be communicated to all Members of the Organization and all Contracting Governments at least six months prior to its consideration by the Assembly of the Organization.

(b) If adopted by a two-thirds majority of those present and voting in the Assembly, the amendment shall be communicated by the Organization to all Contracting Governments for their acceptance.

(c) Such amendment shall come into force twelve months after the date on which it is accepted by two-thirds of the Contracting Governments. The amendment shall come into force with respect to all Contracting Governments except those which, before it comes into force, make a declaration that they do not accept the amendment.

(d) The Assembly, by a two-thirds majority of those present and voting, including two-thirds of the Governments represented on the Maritime Safety Committee and present and voting in the Assembly, may propose a determination at the time of its adoption that an amendment is of such an important nature that any Contracting Government which makes a declaration under sub-paragraph (c), and which does not accept the amendment within a period of twelve months after it comes into force, shall cease to be a party to the present Convention upon the expiry of that period. This determination shall be subject to the prior acceptance of two-thirds of the Contracting Governments to the present Convention.

(e) Nothing in this paragraph shall prevent the Contracting Government which first proposed action under this paragraph on an amendment to the present Convention from taking at any time such alternative action as it deems desirable in accordance with paragraph (2) or (4) of this Article.

(4) Amendment by a conference

(a) Upon the request of a Contracting Government, concurred in by at least one-third of the Contracting Governments, a conference of Governments will be convened by the Organization to consider amendments to the present Convention.

(b) Every amendment adopted by such a conference by a two-thirds majority of those present and voting of the Contracting Governments shall be communicated by the Organization to all Contracting Governments for their acceptance.

(c) Such amendment shall come into force twelve months after the date on which it is accepted by two-thirds of the Contracting Governments. The amendment shall come into force with respect to all Contracting Governments except those which, before it comes into force, make a declaration that they do not accept the amendment.

(d) By a two-thirds majority of those present and voting, a conference convened under sub-paragraph (a) may determine at the time of its adoption that an amendment is of such an important nature that any Contracting Government which makes a declaration under sub-paragraph (c), and which does not accept the amendment within a period of twelve months after it comes into force, shall cease to be a party to the present Convention upon the expiry of that period.

(5) Any amendments to the present Convention made under this Article which relate to the structure of a ship shall apply only to ships the keels of which are laid, or which are at a similar stage of construction, on or after the date on which the amendment comes into force.

(6) The Organization shall inform all Contracting Governments of any amendments which come into force under this Article, together with the date on which each such amendment will come into force.

(7) Any acceptance or declaration under this Article shall be made by a notification in writing to the Organization which shall notify all Contracting Governments of the receipt of the acceptance or declaration.

ARTICLE 30

Denunciation

(1) The present Convention may be denounced by any Contracting Government at any time after the expiry of five years from the date on which the Convention comes into force for that Government.

(2) Denunciation shall be effected by a notification in writing addressed to the Organization which shall inform all the other Contracting Governments of any such notification received and of the date of its receipt.

(3) A denunciation shall take effect one year, or such longer period as may be specified in the notification, after its receipt by the Organization.

ARTICLE 31

Suspension

(1) In case of hostilities or other extraordinary circumstances which affect the vital interests of a State the Government of which is a Contracting Government, that Government may suspend the operation of the whole or any part of the present Convention. The suspending Government shall immediately give notice of any such suspension to the Organization.

(2) Such suspension shall not deprive other Contracting Governments of any right of control under the present Convention over the ships of the suspending Government when such ships are within their ports.

(3) The suspending Government may at any time terminate such suspension and shall immediately give notice of such termination to the Organization.

(4) The Organization shall notify all Contracting Governments of any suspension or termination of suspension under this Article.

ARTICLE 32

Territories

(1) (a) The United Nations, in cases where they are the administering authority for a territory, or any Contracting Government responsible for the international relations of a territory, shall as soon as possible consult with such territory in an endeavour to extend the present Convention to that territory and may at any time by notification in writing to the Organization declare that the present Convention shall extend to such territory.

(b) The present Convention shall, from the date of the receipt of the notification or from such other date as may be specified in the notification, extend to the territory named therein.

(2) (a) The United Nations, or any Contracting Government which has made a declaration under sub-paragraph (a) of paragraph 1 of this Article, at any time after the expiry of a period of five years from the date on which the Convention has been so extended to any territory, may by notification in writing to the Organization declare that the present Convention shall cease to extend to any such territory named in the notification.

(b) The present Convention shall cease to extend to any territory mentioned in such notification one year, or such longer period as may be specified therein, after the date of receipt of the notification by the Organization.

(3) The Organization shall inform all the Contracting Governments of the extension of the present Convention to any territories under paragraph 1 of this Article, and of the termination of any such extension under the provisions of paragraph 2, stating in each case the date from which the present Convention has been or will cease to be so extended.

ARTICLE 33

Registration

(1) The present Convention shall be deposited with the Organization and the Secretary-General of the Organization shall transmit certified true copies thereof to all Signatory Governments and to all Governments which accede to the present Convention.

(2) As soon as the present Convention comes into force it shall be registered by the Organization in accordance with Article 102 of the Charter of the United Nations.

ARTICLE 34

Languages

The present Convention is established in a single copy in the English and French languages, both texts being equally authentic. Official translations in the Russian and Spanish languages shall be prepared and deposited with the signed original.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned being duly authorized by their respective Governments for that purpose have signed the present Convention.

DONE at London this fifth day of April 1966.

**Bekanntmachung
über den Beitritt
der Deutschen Demokratischen Republik
zum**

- Europäischen Zusatzabkommen vom 1. Mai 1971 zur Konvention vom 8. November 1968 über den Straßenverkehr,
- Europäischen Zusatzabkommen vom 1. Mai 1971 zur Konvention vom 8. November 1968 über Verkehrszeichen und -signale und
- Protokoll vom 1. März 1973 über Fahrbahnmarkierungen zur Ergänzung des Europäischen Zusatzabkommens zur Konvention vom 8. November 1968 über Verkehrszeichen und -signale

vom 9. August 1976

Es wird hierdurch bekanntgemacht, daß am 18. August 1975 die Beitrittsurkunden der Deutschen Demokratischen Republik zum Europäischen Zusatzabkommen vom 1. Mai 1971 zur Konvention über den Straßenverkehr, die in Wien am 8. November 1968 zur Unterzeichnung aufgelegt wurde, zum Europäischen Zusatzabkommen vom 1. Mai 1971 zur Konvention über Verkehrszeichen und -signale, die in Wien am 8. November 1968 zur Unterzeichnung aufgelegt wurde, und zum Protokoll vom 1. März 1973 über Fahrbahnmarkierungen zur Ergänzung des Europäischen Zusatzabkommens zur Konvention über Verkehrszeichen und -signale, die in Wien am 8. November 1968 zur Unterzeichnung aufgelegt wurde, beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt wurden.

Bei der Hinterlegung der Beitrittsurkunden wurde von seiten der Deutschen Demokratischen Republik zu den Artikeln 9 der Zusatzabkommen und des Protokolls jeweils folgender Vorbehalt erklärt:

„Die Deutsche Demokratische Republik betrachtet sich in Übereinstimmung mit Artikel II Absatz 1 des Abkommens (des Protokolls) nicht durch die Bestimmungen des Artikels 9 des Abkommens (des Protokolls) gebunden, wonach ein Streitfall über die Auslegung oder Anwendung des Abkommens (des Protokolls), der nicht auf dem Verhandlungswege beigelegt wurde, auf Antrag einer der streitenden Parteien einem Schiedsverfahren zu unterwerfen ist. Die Deutsche Demokratische Republik vertritt hierzu die Auffassung, daß in jedem Einzelfall die Zustimmung aller am Streitfall beteiligten Parteien erforderlich ist, um einen bestimmten Streitfall durch ein Schiedsverfahren zu entscheiden.“

Zu den Artikeln 2 und 3 der Abkommen und des Protokolls wurden von seiten der Deutschen Demokratischen Republik jeweils die folgenden Erklärungen abgegeben:

Zu Artikel 2 der Abkommen und des Protokolls:

„Die Deutsche Demokratische Republik ist der Auffassung, daß die Bestimmungen des Artikels 2 des Abkommens (des

Protokolls) im Widerspruch zu dem Prinzip stehen, wonach alle Staaten, die sich in ihrer Politik von den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen leiten lassen, das Recht haben, Mitglied von Konventionen zu werden, die die Interessen aller Staaten berühren.“

Zu Artikel 3 der Abkommen und des Protokolls:

„Die Deutsche Demokratische Republik läßt sich in ihrer Haltung zu den Bestimmungen des Artikels 3 des Abkommens (des Protokolls), soweit sie die Anwendung des Abkommens (des Protokolls) auf Kolonialgebiete und andere abhängige Territorien betreffen, von den Festlegungen der Deklaration der Vereinten Nationen über die Gewährung der Unabhängigkeit an die kolonialen Länder und Völker (Res. Nr. 1514 [XV] vom 14. Dezember 1960) leiten, welche die Notwendigkeit einer schnellen und bedingungslosen Beendigung des Kolonialismus in allen seinen Formen und Äußerungen proklamieren.“

Der Tag, an dem die Abkommen und das Protokoll für die Deutsche Demokratische Republik in Kraft treten, wird im Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik bekanntgemacht.

Die Texte der Zusatzabkommen und des Protokolls werden im Sonderdruck Nr. 791/1 des Gesetzblattes veröffentlicht.

Berlin, den 9. August 1976

**Der Sekretär des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik**

H. Eichler

Berichtigung

In der Übersetzung der Internationalen Konvention über die Schiffsvermessung von 1969 (veröffentlicht im GBl. II 1976 Nr. 11 S. 242) muß es im Abschnitt 2 des Artikels 3 nach dem Buchstaben c) richtig heißen:

„d) alle vorhandenen Schiffe zwölf Jahre nach dem Tag, an dem die Konvention in Kraft tritt, mit der Ausnahme, daß für diese Schiffe — abgesehen von den unter b) und c) dieses Abschnittes erwähnten — die entsprechenden Anforderungen anderer internationaler Konventionen weiterhin nach ihrer derzeitigen Tonnage angewendet werden.“



GESETZBLATT

der Deutschen Demokratischen Republik

1976	Berlin, den 5. November 1976	Teil II Nr. 14
------	------------------------------	----------------

Tag	Inhalt	Seite
23. 8. 76	Bekanntmachung über den Beitritt der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zur Konvention vom 23. Oktober 1969 über die Erhaltung der lebenden Ressourcen des Südostatlantik	281
17. 9. 76	Bekanntmachung über den Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zur Zusatzkonvention zur Warschauer Konvention vom 18. September 1961 zur Vereinheitlichung von Regeln über die von einem anderen als dem vertraglichen Luftfrachtführer ausgeführte Beförderung im internationalen Luftverkehr	290
24. 9. 76	Bekanntmachung über die Annahme der von der 26. Weltgesundheitsversammlung am 22. Mai 1973 beschlossenen Änderungen der Artikel 34 und 55 der Verfassung der Weltgesundheitsorganisation durch die Deutsche Demokratische Republik	294
13. 9. 76	Bekanntmachung über das Inkrafttreten der Internationalen Konvention vom 30. November 1973 über die Bekämpfung und Bestrafung des Apartheid-Verbrechens	295
13. 9. 76	Bekanntmachung über das Inkrafttreten der Konvention vom 21. Februar 1971 über psychotrope Substanzen	296
15. 9. 76	Bekanntmachung über das Inkrafttreten der Konvention vom 8. November 1968 über den Straßenverkehr	296

**Bekanntmachung
über den Beitritt
der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik
zur Konvention vom 23. Oktober 1969
über die Erhaltung der lebenden Ressourcen
des Südostatlantik
vom 23. August 1976**

Es wird hierdurch bekanntgemacht, daß am 19. Juni 1974 die Beitrittsurkunde der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zur nachstehend veröffentlichten Konvention über die Erhaltung der lebenden Ressourcen des Südostatlantik vom 23. Oktober 1969 beim Generaldirektor der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen hinterlegt wurde.

Bei der Übergabe der Beitrittsurkunde wurde von seiten der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zu Artikel XVII der Konvention folgende Erklärung abgegeben:

„Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hält es für erforderlich, darauf hinzuweisen, daß der Artikel XVII einigen Staaten die Möglichkeit nimmt, Mitglied dieser Konvention zu werden.

Die Konvention regelt Fragen, die die Interessen aller Staaten berühren. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist deshalb der Auffassung, daß die Konvention entsprechend dem Prinzip der souveränen Gleichheit der Staaten allen interessierten Staaten ohne jegliche Diskriminierung zum Beitritt offenstehen muß.“

Die Konvention ist gemäß ihrem Artikel XVIII für die Deutsche Demokratische Republik am 19. Juli 1974 in Kraft getreten.

Berlin, den 23. August 1976

Der Leiter
des Sekretariats des Ministerrates
Dr. Kleinert
Staatssekretär

**Konvention
über die Erhaltung der lebenden Ressourcen
des Südostatlantik**

Präambel

Die Regierungen der Teilnehmerstaaten dieser Konvention sind in Anbetracht ihres gegenseitigen Interesses an den lebenden Ressourcen des Südostatlantik und von dem Wunsche getragen, bei der Erhaltung und rationalen Nutzung dieser Ressourcen zusammenzuarbeiten, wie folgt übereingekommen:

Artikel I

1. Das Gebiet, auf welches diese Konvention Anwendung findet (im folgenden das „Konventionsgebiet“ genannt), umfaßt alle Gewässer, die von folgender Linie begrenzt werden:

Beginnend an einem Punkt bei 8° 04' 36" südlicher Breite und 12° 19' 48" östlicher Länge, von dort in nordwestlicher Richtung entlang einer Kompaßlinie bis zu dem Schnittpunkt des Längengrades 12° Ost mit dem Breitenkreis 8° Süd, von dort in westlicher Richtung entlang diesem Breitenkreis bis zum Längengrad 20° West, von dort in südlicher Richtung entlang diesem Längengrad bis zum Breitenkreis 50° Süd, von dort in östlicher Richtung entlang diesem Breitenkreis bis zum Längengrad 40° Ost, von dort in nördlicher Richtung entlang diesem Längengrad bis zur Küste des afrikanischen Kontinents, von dort in westlicher Richtung entlang dieser Küste bis zum ursprünglichen Ausgangspunkt.

2. Die östliche Begrenzung am Längengrad 40° Ost wird überprüft, wenn eine Konvention über die Erhaltung der lebenden Ressourcen des Meeres abgeschlossen wird, die auf das Gebiet Anwendung findet, welches sich unmittelbar an diese Begrenzung anschließt.

Artikel II

Nichts in dieser Konvention darf so ausgelegt werden, daß dadurch die Rechte, Ansprüche oder Auffassungen eines der Konventionspartner in bezug auf die Grenzen der Territorialgewässer und den Bereich der Fischereihoheit in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht berührt werden.

Artikel III

Diese Konvention findet auf alle Fische und andere lebende Ressourcen im Konventionsgebiet mit Ausnahme solcher Ressourcen Anwendung, die gemäß Vereinbarungen oder Abkommen ausgenommen werden, welche von der Kommission in Übereinstimmung mit Artikel XI, Absatz 1 dieser Konvention abgeschlossen werden.

Artikel IV

Die Konventionspartner kommen hiermit überein, unter der Bezeichnung Internationale Kommission für die Fischerei im Südostatlantik (ICSEAF), im folgenden die „Kommission“ genannt, eine Kommission zu bilden und beizubehalten, welche die in dieser Konvention festgelegten Aufgaben durchführt.

Artikel V

1. Die Kommission führt alle zwei Jahre mindestens eine ordentliche Tagung durch. Sondertagungen können auf Ersuchen eines der Konventionspartner jederzeit unter der Voraussetzung einberufen werden, daß dieses Ersuchen von mindestens drei weiteren Konventionspartnern unterstützt wird.
2. Jeder Konventionspartner wird in der Kommission von höchstens drei Kommissionsmitgliedern vertreten, die von Experten und Beratern begleitet sein können.
3. Jeder Konventionspartner hat in der Kommission eine Stimme. Beschlüsse der Kommission werden, falls durch diese Konvention nicht anders geregelt, durch eine Zweidrittelmehrheit der anwesenden und abstimmenden Konventionspartner gefaßt. Bei Anwesenheit von zwei Dritteln der Konventionspartner ist die Kommission beschlußfähig.
4. Auf jeder ordentlichen Tagung der Kommission werden folgende Beamte aus den Reihen der Kommissionsmitglieder gewählt: ein Vorsitzender, ein 1. Stellvertreter des Vorsitzenden und ein 2. Stellvertreter des Vorsitzenden. Diese Beamten bleiben bis zur Wahl ihrer Nachfolger auf der nächsten ordentlichen Tagung im Amt und dürfen für nicht mehr als zwei aufeinanderfolgende Wahlperioden in das gleiche Amt gewählt werden. Das als Vorsitzender fungierende Kommissionsmitglied nimmt nicht an der Wahl teil.
5. Die Arbeitssprachen der Kommission sind Englisch, Französisch und Spanisch.
6. Die Kommission nimmt die zur Durchführung ihrer Aufgaben notwendigen Verfahrensregeln und andere interne Verwaltungsbestimmungen an. Die Verfahrensregeln der von der Kommission gemäß Artikel VII eingerichteten Nebenorgane können von diesen Nebenorganen selbst angenommen werden, treten aber erst nach Zustimmung durch die Kommission in Kraft.

Artikel VI

1. Zur Erreichung der in dieser Konvention dargelegten Ziele ist die Kommission für die Untersuchung aller Fisch- und der anderen lebenden Ressourcen im Konventionsgebiet verantwortlich. Diese Untersuchungen umfassen die Erforschung der Mengen, der Lebensgeschichte, Biometrie und Ökologie dieser Ressourcen sowie die Untersuchung ihrer Umwelt. Im Zusammenhang mit der Untersuchung dieser Fragen erfaßt, analysiert, veröffentlicht und verbreitet die Kommission auf allen geeigneten Wegen statistische, biologische und andere wissenschaftliche Informationen über diese Ressourcen.
2. Bei der Durchführung ihrer Aufgaben nimmt die Kommission, nach Maßgabe der Möglichkeiten, die technischen und wissenschaftlichen Dienste und Informationen von amtlichen Stellen der Konventionspartner in Anspruch. Die Kommission kann, wenn erforderlich, andere Dienste und Informationen in Anspruch nehmen und auch im Rah-

men ihres Zusatzbudgets selbständig Forschungsarbeiten durchführen, um die Forschungen zu ergänzen, die von Regierungen, nationalen Einrichtungen oder anderen internationalen Organisationen durchgeführt werden.

3. Die Konventionspartner liefern der Kommission auf deren Ersuchen alle verfügbaren statistischen und anderen Angaben und Informationen, die die Kommission für die Zwecke dieser Konvention benötigt.

Artikel VII

1. Die Kommission kann für jeden der Bereiche, in die das Konventionsgebiet auf ökologischer Grundlage aufgeteilt werden kann, ein regionales Komitee und für im Konventionsgebiet vorkommende Bestände ein Bestandskomitee bilden. Die Kommission kann auch einen wissenschaftlichen Beirat bilden, im folgenden der „Rat“ genannt. Die Kommission kann für die Ausübung ihrer Funktionen notwendige andere Nebenorgane bilden, wobei deren Zusammensetzung und Aufgabenstellung jeweils festgelegt wird.
2. Die regionalen Komitees haben die in diesem Artikel festgelegten Aufgaben, außer in bezug auf Bestände, für die ein Bestandskomitee zuständig ist.
3. Ein regionales oder Bestandskomitee kann auf der Grundlage von wissenschaftlichen Untersuchungen Vorschläge für Maßnahmen unterbreiten, die auf den Bereich oder Bestand anwendbar sind, für den es gebildet worden ist, und es prüft alle Vorschläge, die ihm von der Kommission überwiesen werden.
4. Ein regionales oder Bestandskomitee kann Vorschläge für Empfehlungen zur Prüfung durch die Kommission ausarbeiten. Die Kommission kann solche Empfehlungsvorschläge mit allen Änderungen annehmen, die sie gemäß Artikel VIII dieser Konvention für erforderlich hält.
5. Die Kommission benennt die Konventionspartner, die in einem regionalen oder Bestandskomitee vertreten sein können. Bei der Bildung eines regionalen oder Bestandskomitees hat jedoch ein Konventionspartner automatisch das Recht, in diesem vertreten zu sein, wenn er in diesem Gebiet Fischfang betreibt oder den betreffenden Bestand nutzt, oder wenn seine Küste an das betreffende Gebiet oder an den Bereich, in welchem der Bestand vorkommt, angrenzt. Wenn ein Konventionspartner außerhalb des Bereiches, für den ein regionales oder Bestandskomitee zuständig ist, einen Bestand nutzt, dann kommt er für die Vertretung in diesem Komitee in Frage, wenn es die Kommission so beschließt.
6. Die Aufgabe des Rates besteht darin, die Kommission und ihre regionalen und Bestandskomitees in bezug auf die wissenschaftlichen Aspekte ihrer Verantwortlichkeiten zu beraten und zu unterstützen.
7. Jeder Konventionspartner kann in den Rat eine Delegation von Wissenschaftlern entsenden, die sich aus einer von ihm festgelegten Anzahl von Experten zusammensetzt. Der Rat kann Nebenorgane bilden und ihre Zusammensetzung bestimmen.
8. Der Rat kann mit Zustimmung der Kommission andere Wissenschaftler oder Experten in beratender Eigenschaft zur Teilnahme an seinen Beratungen einladen.
9. Der Rat führt ordentliche Tagungen durch, deren Zeitpunkt von der Kommission in Abstimmung mit ihren ordentlichen Tagungen festgelegt wird. Der Rat kann vorbehaltlich der Zustimmung der Kommission Sondertagungen durchführen.

Artikel VIII

1. Die Kommission kann aus eigener Initiative oder auf Vorschlag eines regionalen oder Bestandskomitees und auf der Grundlage von wissenschaftlichen Untersuchungen Empfehlungen unterbreiten, die sich auf die Ziele dieser Konvention beziehen. Diese Empfehlungen werden gemäß den im Artikel IX festgelegten Bedingungen für die Konventionspartner verbindlich.
2. Die Fragen, zu denen die Kommission Empfehlungen unterbreiten kann, sind:
 - a) die Festlegung der Maschengröße der Fischnetze;
 - b) die Festlegung der Größenbegrenzung der Fische, die an Bord von Fischereifahrzeugen zurückbehalten, angelandet, zum Verkauf ausgestellt oder angeboten werden dürfen;
 - c) die Festsetzung von offenen und Schonzeiten;
 - d) die Festsetzung von offenen und Schongebieten;
 - e) die Festlegung von Fanggeräten und -vorrichtungen, außer der Festlegung der Maschengröße der Fischnetze;
 - f) die Verbesserung und Vermehrung der lebenden Ressourcen, was auch die künstliche Vermehrung, die Verpflanzung und Akklimatisierung von Organismen, die Verpflanzung der Jungbrut und die Kontrolle von Raubfischen einschließen kann;
 - g) die Festlegung des Gesamtfangergebnisses nach Arten, Artengruppen oder, falls es zweckmäßig erscheint, nach Bereichen;

und
 - h) andere Maßnahmen, die direkt der Erhaltung der Fische und der anderen lebenden Ressourcen im Konventionsgebiet dienen.
3. a) Wenn die Kommission eine Empfehlung gemäß Absatz 2 g) dieses Artikels unterbreitet, kann sie die betreffenden, von der Kommission festgelegten Konventionspartner einladen, Abkommen über die Zuteilung einer Gesamtfangquote auszuarbeiten, wobei die Fischereinteressen aller betroffenen Länder zu berücksichtigen sind und soweit wie möglich zu gewährleisten ist, daß alle betroffenen Länder die Empfehlung der Kommission über eine Gesamtfangquote und die vereinbarte Mengenaufteilung einhalten.

b) Die betreffenden Konventionspartner teilen der Kommission so bald als möglich die Bestimmungen eines solchen Abkommens mit. Unbeschadet der Verbindlichkeit solcher Abkommen für die betreffenden Seiten, kann die Kommission daraufhin gemäß Absatz 1 dieses Artikels Empfehlungen zum Gegenstand der genannten Abkommen unterbreiten.
4. Die Kommission notifiziert allen Konventionspartnern die von der Kommission angenommenen Empfehlungen.

Artikel IX

1. Vorbehaltlich der Bestimmungen dieses Artikels verpflichten sich die Konventionspartner, jede Empfehlung in Kraft zu setzen, die von der Kommission in Übereinstimmung mit Artikel VIII abgegeben wird.
2. Jeder Konventionspartner kann innerhalb von neunzig Tagen nach der Notifizierung einer Empfehlung bei der Kommission dagegen Einspruch erheben und ist in diesem Falle nicht verpflichtet, die Empfehlung in Kraft zu setzen.
3. Wird innerhalb der Frist von neunzig Tagen, die im vorstehenden Absatz genannt wird, ein Einspruch erhoben, so kann jeder andere Konventionspartner innerhalb einer

weiteren Frist von sechzig oder innerhalb von dreißig Tagen nach der Notifizierung eines Einspruchs, der von einem anderen Konventionspartner innerhalb der weiteren Frist von sechzig Tagen erhoben worden ist, gleichermaßen Einspruch erheben.

4. Erheben mindestens drei Konventionspartner gegen eine Empfehlung Einspruch, so sind alle anderen Konventionspartner damit von jeder Verpflichtung entbunden, diese Empfehlung in Kraft zu setzen. Einige oder alle Konventionspartner können jedoch unter sich vereinbaren, sie in Kraft zu setzen.
5. Jeder Konventionspartner, der gegen eine Empfehlung Einspruch erhoben hat, kann diesen jederzeit zurückziehen und setzt dann, vorbehaltlich der Bestimmungen des vorstehenden Absatzes, die Empfehlung innerhalb von neunzig Tagen in Kraft.
6. Die Kommission notifiziert allen Konventionspartnern jeden Einspruch und jede Zurücknahme unverzüglich nach deren Eingang.

Artikel X

1. Unbeschadet der Rechte der Staaten, die Fischereihoheit in den Gewässern auszuüben, in denen sie in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht dazu berechtigt sind, ergreift jeder Konventionspartner in seinem Hoheitsgebiet und in diesen Gewässern in bezug auf alle Personen und Schiffe und über diese Gewässer hinaus in bezug auf seine eigenen Staatsangehörigen und Schiffe geeignete Maßnahmen, um die Durchführung der Bestimmungen dieser Konvention und der Empfehlungen der Kommission, die für diesen Konventionspartner verbindlich geworden sind, durchzusetzen und um bei Verletzung dieser Empfehlungen Sanktionen zu verhängen.
2. Die Konventionspartner verpflichten sich, untereinander zusammenzuarbeiten, um wirksame Maßnahmen zur Durchsetzung dieser Konvention und zur Erreichung ihrer Ziele zu ergreifen.
3. Die Konventionspartner verpflichten sich weiterhin, untereinander zusammenzuarbeiten, um auf Empfehlung der Kommission ein System zur Verwirklichung von Empfehlungen im internationalen Rahmen zu schaffen, die die Kommission zur Einbeziehung in dieses System vorsieht, außer in den Gewässern, in denen ein Staat die Fischereihoheit in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht auszuüben berechtigt ist. Die Annahme und Durchführung einer solchen Empfehlung wird durch die Artikel VIII und IX dieser Konvention geregelt.
4. Die Konventionspartner übermitteln der Kommission alle zwei Jahre oder zu einem Zeitpunkt, an dem die Kommission darum ersucht, eine Darlegung der Maßnahmen, die sie gemäß diesem Artikel getroffen haben.

Artikel XI

1. Die Kommission versucht, mit anderen internationalen Organisationen, die verwandte Ziele verfolgen, insbesondere mit der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen, Abkommen abzuschließen und Arbeitsvereinbarungen zu unterhalten, um eine wirksame Zusammenarbeit und Koordinierung zu gewährleisten und Doppelarbeit zu vermeiden.
2. Die Kommission kann jede geeignete internationale Organisation und die Regierung eines jeden Staates, der gemäß Artikel XVII Partner dieser Konvention werden kann, jedoch nicht Mitglied der Kommission ist, einladen, als Beobachter an den Tagungen der Kommission oder ihrer Nebenorgane teilzunehmen.

Artikel XII

1. Die Kommission ernennt zu von ihr festgelegten Bedingungen einen Exekutivsekretär.
2. Der Mitarbeiterstab der Kommission wird vom Exekutivsekretär in Übereinstimmung mit den von der Kommission festgelegten Vorschriften und Bedingungen ernannt.
3. Der Exekutivsekretär führt die von der Kommission festgelegten Aufgaben aus. Dazu gehören folgende:
 - a) Empfang und Übermittlung der offiziellen Mitteilungen der Kommission;
 - b) Vorbereitung des Budgetvoranschlages zur Behandlung durch die Kommission auf ihren ordentlichen Tagungen;
 - c) Vorbereitung der Berichte über die Tätigkeit der Kommission und des Arbeitsprogramms zur Vorlage an die ordentlichen Tagungen der Kommission sowie der anschließenden Veröffentlichung dieser Berichte und der Tagungsberichte der Kommission;
 - d) Sorge zu tragen für das Sammeln und die Analyse von statistischen und anderen Angaben, die zur Erreichung der Ziele dieser Konvention erforderlich sind;
 - e) Vorbereitung von Berichten über statistische, biologische und andere Fragen zur Vorlage an die Kommission, die danach veröffentlicht werden können;
 - f) Genehmigung zur Ausgabe von Mitteln in Übereinstimmung mit dem Budget der Kommission;
 - g) Buchführung über die Mittel der Kommission; und
 - h) Sorge zu tragen für die Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen, wie sie gemäß Artikel XI dieser Konvention vorgesehen ist.

Artikel XIII

1. Auf jeder ordentlichen Tagung verabschiedet die Kommission das Budget für die folgende Rechnungsperiode und den Budgetvoranschlag für die darauffolgende Rechnungsperiode. Die Rechnungsperiode umfaßt zwei Jahre. Wenn die Kommission jedoch während einer Rechnungsperiode mehr als eine ordentliche Tagung abhält, kann sie, falls erforderlich, das laufende Budget überprüfen. Vorbehaltlich der Zustimmung aller Konventionspartner kann die Kommission auf jeder Tagung ein Zusatzbudget verabschieden.
2. Die von jedem Konventionspartner zu entrichtenden Beiträge für das Budget und für jedes Zusatzbudget sind in der Währung oder in den Währungen und zu dem Zeitpunkt zu zahlen, wie sie von der Kommission festgelegt werden.
3. Das Stimmrecht eines Konventionspartners, dessen Beitragsrückstände seinem für die vorhergehende Rechnungsperiode fälligen Gesamtbeitrag gleichkommen oder ihn überschreiten, wird suspendiert, wenn die Kommission nicht anders entscheidet.
4. Die Kommission darf auch weitere Beiträge für die Förderung ihrer Ziele aus privaten oder öffentlichen Quellen entgegennehmen. Solche Beiträge werden in Übereinstimmung mit von der Kommission festzulegenden Vorschriften verwendet und verwaltet.
5. Die Kommission trägt dafür Sorge, daß ihre Konten jährlich von unabhängiger Seite geprüft und der Kommission zur Überprüfung und Zustimmung vorgelegt werden.
6. Die Kommission bildet einen Arbeitskapitalfonds zur Finanzierung von Maßnahmen der Kommission vor Eingang der Jahresbeiträge und für andere, von der Kommission festzulegende Zwecke. Die Kommission legt die Höhe des Fonds fest, veranschlagt die für seine Bildung erforderlichen Vorauszahlungen und verabschiedet die für seine Verwendung geltenden Regeln.

Artikel XIV

Die Kommission errechnet die von den Konventionspartnern für das Budget, einschließlich von Zusatzbudgets, zu entrichtenden Beiträge nach folgender Formel:

- a) Ein Drittel der Gesamtsumme des Budgets, einschließlich von Zusatzbudgets, wird von den Konventionspartnern in gleichen Teilen entrichtet;
- b) Jeder Konventionspartner trägt für jedes regionale oder Bestandskomitee, dem er angehört, einen Betrag bei, der einem Drittel seines gemäß Buchstaben a) zu entrichtenden Betrages entspricht. Dieser Anteil wird, falls erforderlich, verringert, damit der Gesamtbetrag, der von den Konventionspartnern gemäß diesem Buchstaben entrichtet wird, ein Drittel des Gesamtbudgets, einschließlich von Zusatzbudgets, nicht überschreitet;
- c) Jeder verbleibende Teil des Budgets, einschließlich von Zusatzbudgets, wird von jedem Konventionspartner in dem Verhältnis beigetragen, in dem sein Nominalfang im Konventionsgebiet zum Gesamtnominalfang aller Konventionspartner in diesem Gebiet steht. Bei der Berechnung dieses Fangs berücksichtigt die Kommission alle Fische, Krustentiere, Mollusken und andere wirbellose Seetiere mit Ausnahme solcher Arten, auf die in Übereinstimmung mit Artikel III diese Konvention keine Anwendung findet. Der Fang wird auf der Grundlage des Durchschnitts der beiden letzten Kalenderjahre festgelegt, für die von der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen statistische Angaben veröffentlicht worden sind.

Artikel XV

1. Die Kommission legt fest, wo sich ihr Sitz befindet.
2. Die Kommission hat Rechtssubjektivität. Sie hat insbesondere die Fähigkeit, Verträge abzuschließen sowie bewegliches und unbewegliches Eigentum zu erwerben und zu veräußern.

Artikel XVI

Die Bestimmungen dieser Konvention finden keine Anwendung auf Fischfangoperationen, die ausschließlich zu wissenschaftlichen Forschungszwecken durch von einem Konventionspartner dazu bevollmächtigte Schiffe ausgeführt werden, und auch nicht auf die während dieser Tätigkeiten gefangenen Fische. Die auf diese Weise gefangenen Fische dürfen jedoch nicht unter Verletzung einer Empfehlung der Kommission verkauft, zum Verkauf ausgestellt oder angeboten werden.

Artikel XVII

1. Diese Konvention liegt für die Regierung eines jeden Staates zur Unterschrift auf, der bei der Konferenz anwesend war, auf der die Konvention angenommen wurde, ebenso für die Regierung eines jeden Staates, der Mitglied der Vereinten Nationen oder einer der Spezialorganisationen der Vereinten Nationen ist.
2. Die Unterzeichnung dieser Konvention bedarf der Ratifizierung, Annahme oder Genehmigung.
3. Nach Inkrafttreten dieser Konvention kann jeder Staat, der im Absatz 1 dieses Artikels erwähnt wurde und die Konvention nicht unterzeichnet hat, oder jeder andere Staat, der von der Kommission einstimmig dazu eingeladen wurde, Partner dieser Konvention zu werden, ihr beitreten.
4. Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunden werden beim Generaldirektor der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen, im folgenden der „Depositär“ genannt, hinterlegt.
5. Eine Ratifikation, Annahme, Genehmigung oder ein Beitritt darf nicht unter Vorbehalt erfolgen.

Artikel XVIII

1. Diese Konvention tritt am dreißigsten Tage nach dem Tag, an dem mindestens vier Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden hinterlegt worden sind, unter der Voraussetzung in Kraft, daß der Gesamtnominalfang im Konventionsgebiet durch die Länder, die solche Urkunden hinterlegt haben, sich auf der Grundlage von statistischen Angaben der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen für das Jahr 1968 auf mindestens siebenhunderttausend Tonnen beläuft.
2. Nach Inkrafttreten dieser Konvention gemäß Absatz 1 dieses Artikels tritt die Konvention für jeden anderen Staat, dessen Regierung eine Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde hinterlegt, am dreißigsten Tage nach dem Tag des Eingangs einer solchen Urkunde beim Depositär in Kraft.

Artikel XIX

1. Jeder Konventionspartner kann Änderungen dieser Konvention beantragen, die der Kommission auf einer ordentlichen oder einer Sondertagung zur Zustimmung vorgelegt werden. Änderungsanträge zur Konvention werden dem Depositär mitgeteilt, der die Konventionspartner davon informiert. Jede Änderung tritt für jeden Konventionspartner, der sie annimmt, am neunzigsten Tage nach ihrer Annahme durch drei Viertel der Konventionspartner in Kraft. Danach tritt sie für jeden weiteren Konventionspartner an dem Tage in Kraft, an dem der Depositär die Notifizierung der Annahme erhält.
2. Jeder Staat, der Partner dieser Konvention wird, nachdem gemäß den Bestimmungen dieses Artikels eine Änderung dieser Konvention zur Annahme vorgeschlagen worden ist, ist an die geänderte Fassung der Konvention gebunden, wenn die genannte Änderung in Kraft tritt.

Artikel XX

Nach Ablauf von zehn Jahren nach Inkrafttreten dieser Konvention kann jeder Konventionspartner durch schriftliche Mitteilung jederzeit aus dieser Konvention austreten. Der Austritt wird am 31. Dezember des Jahres wirksam, das auf das Jahr folgt, in dem die Notifizierung des Austritts an den Depositär erfolgte.

Artikel XXI

1. Der Depositär unterrichtet die Regierungen der im Absatz 1 und 3 des Artikels XVII genannten Staaten:
 - a) von der Unterzeichnung dieser Konvention und von der Hinterlegung von Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunden gemäß Artikel XVII;
 - b) vom Zeitpunkt des Inkrafttretens der Konvention gemäß Artikel XVIII, Absatz 1.
2. Der Depositär unterrichtet alle Konventionspartner:
 - a) von Änderungsanträgen zur Konvention, von Annahmefotifizierungen und vom Inkrafttreten solcher Änderungen gemäß Artikel XIX;
 - b) von Notifizierungen des Austritts gemäß Artikel XX.
3. Die Urschrift dieser Konvention wird beim Depositär hinterlegt, der beglaubigte Kopien davon den Regierungen der Staaten übermittelt, die gemäß Artikel XVII Partner dieser Konvention werden können.

Geschehen in Rom am dreiundzwanzigsten Oktober eintausendneuhundertundneunundsechzig in einer Urschrift in englisch, französisch und spanisch, wobei jede Fassung gleichermaßen authentisch ist.

**CONVENTION ON THE CONSERVATION
OF THE LIVING RESOURCES OF THE
SOUTHEAST ATLANTIC**

PREAMBLE

The Governments of the States parties to this Convention, considering their mutual interest in the living resources of the Southeast Atlantic and desiring to cooperate in the conservation and rational exploitation of these resources, have agreed as follows:

ARTICLE I

1. The area to which this Convention shall apply, hereinafter referred to as the "Convention Area," shall be all waters bounded by a Line drawn as follows:

Beginning at a point at 6°04'36" South latitude and 12°19'48" East longitude, thence in a northwesterly direction along a rhumb line to the point at the intersection of the meridian 12° East with the parallel 6° South, thence due west along this parallel to the meridian 20° West, thence due south along this meridian to the parallel 50° South, thence due east along this parallel to the meridian 40° East, thence due north along this meridian to the coast of the African continent, thence in a westerly direction along this coast to the original point of departure.

2. The eastern boundary at the meridian 40° East shall be reviewed if a convention for the conservation of the living resources of the sea is established applying to an area immediately adjacent to that boundary.

ARTICLE II

Nothing in this Convention shall be considered as affecting the rights, claims or views of any Contracting Party in regard to the limits of the territorial sea or to the extent of jurisdiction over fisheries under international law.

ARTICLE III

This Convention shall apply to all fish and other living resources in the Convention Area, with the exception of any such resources as may be excluded pursuant to arrangements or agreements entered into by the Commission in accordance with paragraph 1 of Article XI of this Convention.

ARTICLE IV

The Contracting Parties hereby agree to establish and to maintain a Commission to be known as the International Commission for the Southeast Atlantic Fisheries, hereinafter referred to as the "Commission," which shall carry out the functions set forth in this Convention.

ARTICLE V

1. The Commission shall hold a regular session at least once every two years. A special session shall be called at any time at the request of one Contracting Party provided that such request is supported by at least three other Contracting Parties.
2. Each of the Contracting Parties shall be represented on the Commission by not more than three Commissioners who may be accompanied by experts and advisers.

3. Each Contracting Party shall have one vote in the Commission. Except as may be otherwise provided in this Convention, decisions of the Commission shall be taken by a majority of two thirds of the Contracting Parties present and voting. Two thirds of the Contracting Parties shall constitute a quorum.

4. At each regular session the Commission shall elect from among the Commissioners the following officers: a Chairman, a First Vice-Chairman and a Second Vice-Chairman. These officers shall remain in office until the election of their successors at the next regular session and shall not be eligible to serve for more than two consecutive terms in the same office. A Commissioner, when acting as Chairman, shall not vote.

5. The working languages of the Commission shall be English, French and Spanish.

6. The Commission shall adopt such rules of procedure and other internal administrative regulations as are necessary to carry out its functions. The rules of procedure of subsidiary bodies established by the Commission under Article VII may be adopted by such subsidiary bodies, but shall only enter into force upon approval by the Commission.

ARTICLE VI

1. In order to achieve the objectives set out in this Convention, the Commission shall be responsible for the study of all fish and other living resources in the Convention Area. Such study shall include research on the abundance, life history, biometry and ecology of these resources; and the study of their environment. In undertaking the study of these matters, the Commission shall collect, analyse, publish and disseminate, by all appropriate means, statistical, biological and other scientific information on the said resources.

2. The Commission, in carrying out its responsibilities shall, insofar as feasible, utilize the technical and scientific services of, and information from, official agencies of the Contracting Parties. The Commission may, when necessary, utilize other services and information, and may also undertake, within the limits of its supplementary budget, independent research to supplement the research being done by governments, national institutions or other international organizations.

3. The Contracting Parties shall furnish, on the request of the Commission, any available statistical and other data and information the Commission may need for the purposes of the Convention.

ARTICLE VII

1. The Commission may establish a Regional Committee for each of the regions into which the Convention Area may be divided on an ecological basis, and a Stock Committee with respect to any stock to be found in the Convention Area. The Commission may also establish a Scientific Advisory Council, hereinafter referred to as the "Council." The Commission may establish such other subsidiary bodies as are necessary for the performance of its functions,

- determining their composition and terms of reference in each case.
2. Regional Committees shall have the functions specified in this Article, except with respect to any stock for which a Stock Committee is competent.
 3. A Regional or Stock Committee may initiate, on the basis of the results of scientific investigations, proposals regarding measures that are applicable to the region or stock for which it has been established and shall consider any proposals that may be referred to it by the Commission.
 4. A Regional or Stock Committee may prepare draft recommendations for consideration by the Commission. The Commission may adopt such draft recommendations, with any amendments it may consider desirable in accordance with Article VIII of this Convention.
 5. The Commission shall designate the Contracting Parties that may be represented on a Regional or Stock Committee. However, when a Regional or Stock Committee is established a Contracting Party shall automatically have the right to be represented thereon if it fishes in the region; or if it exploits the stock concerned; or if it has a coastline adjacent to the region concerned or the area where the stock is to be found. If a Contracting Party exploits a stock outside the region covered by a Regional or Stock Committee, it may be eligible to be represented thereon if the Commission so decides.
 6. The functions of the Council shall be to advise and assist the Commission and its Regional and Stock Committees with respect to the scientific aspects of their responsibilities.
 7. Each Contracting Party may send a delegation of scientists to the Council composed of as many experts as it wishes. The Council may establish subsidiary bodies and determine their composition.
 8. The Council may, with the concurrence of the Commission, invite other scientists or experts to participate in its deliberations in an advisory capacity.
 9. The Council shall hold regular sessions whose timing shall be determined by the Commission in relation to its regular sessions. The Council may hold special sessions subject to the approval of the Commission.

ARTICLE VIII

1. The Commission may make, on its own initiative or on the proposal of a Regional or Stock Committee and on the basis of the results of scientific investigations, recommendations relating to the objectives of this Convention. These recommendations shall become binding on the Contracting Parties under the conditions laid down in Article IX.
2. The matters with respect to which the Commission may make recommendations shall be:
 - (a) the regulation of the sizes of mesh of fishing nets;
 - (b) the regulation of the size limits of fish that may be retained on board any fishing craft or landed, or exposed or offered for sale;
 - (c) the establishment of open and closed seasons;
 - (d) the establishment of open and closed areas;
 - (e) the regulation of fishing gear and appliances, other than regulation of the size of mesh of fishing nets;
 - (f) the improvement and the increase of living resources, which may include artificial propagation, the transplantation and acclimatization of organisms, the transplantation of young, and predator control;

- (g) the regulation of the total catch by species, group of species or, if appropriate, by regions; and
 - (h) any other type of measure directly related to the conservation of all fish and other living resources in the Convention Area.
3. (a) If the Commission makes a recommendation under paragraph 2 (g) of this Article, it may invite the Contracting Parties concerned, as determined by the Commission, to elaborate agreements on the allocation of a total catch quota taking into account the fishing interests of all the countries concerned and ensuring, as far as possible, that all the countries concerned abide by the Commission's recommendation for a total catch quota and by any agreed allocation.
 - (b) The terms of any such agreement shall be reported by the Contracting Parties concerned to the Commission as soon as possible. Without prejudice to the binding force of such agreements on the parties thereto, the Commission may thereupon make recommendations, pursuant to paragraph 1 of this Article, on the subject matter of the said agreements.
 4. The Commission shall notify all Contracting Parties of recommendations adopted by the Commission.

ARTICLE IX

1. Subject to the provisions of this Article, the Contracting Parties undertake to give effect to any recommendation adopted by the Commission in accordance with Article VIII.
2. Any Contracting Party may, within ninety days of notification of a recommendation, present an objection to it to the Commission and in that event shall not be under an obligation to give effect to the recommendation.
3. If an objection is presented within the ninety-day period referred to in the preceding paragraph any other Contracting Party may present an objection at any time within a further period of sixty days or within thirty days after notification of an objection presented by another Contracting Party made within the further sixty-day period.
4. If objections to a recommendation are presented by at least three Contracting Parties, all the other Contracting Parties shall be relieved forthwith of any obligation to give effect to that recommendation; nevertheless, any or all of them may agree among themselves to give effect to it.
5. Any Contracting Party which has presented an objection to a recommendation may at any time withdraw that objection and shall then, subject to the provisions of the preceding paragraph, give effect to the recommendation within ninety days.
6. The Commission shall notify all Contracting Parties of each objection or withdrawal immediately upon receipt thereof.

ARTICLE X

1. Without prejudice to the rights of States in the waters in which they are entitled under international law to exercise jurisdiction over fisheries, each Contracting Party shall take appropriate measures, in its territories and in these waters with respect to all persons and vessels, and beyond these waters with respect to its nationals and vessels, to ensure the implementation of the provisions

- of the present Convention and the recommendations of the Commission which have become binding on that Contracting Party, and to apply sanctions for the violation of such recommendations.
2. The Contracting Parties undertake to collaborate with each other with a view to the adoption of effective measures to ensure the implementation of this Convention and the achievement of its objectives.
 3. In addition, the Contracting Parties undertake to collaborate with each other with a view to setting up, upon a recommendation by the Commission, a system of international enforcement of such recommendations as the Commission may select for inclusion under the said system, except in the waters in which a State is entitled under international law to exercise jurisdiction over fisheries. The adoption and implementation of such a recommendation shall be governed by Articles VIII and IX of this Convention.
 4. The Contracting Parties shall transmit to the Commission, biennially, or at such times as may be required by the Commission, a statement of the action that they have taken pursuant to this Article.

ARTICLE XI

1. The Commission shall seek to conclude agreements and maintain working arrangements with other international organizations which have related objectives, and in particular the Food and Agriculture Organization of the United Nations, to ensure effective collaboration and coordination and to avoid duplication with respect to their work.
2. The Commission may invite any appropriate international organization and the Government of any State eligible to become a party to this Convention under Article XVII, but which is not a member of the Commission, to be represented in an observer capacity at sessions of the Commission or its subsidiary bodies.

ARTICLE XII

1. The Commission shall appoint an Executive Secretary on such conditions as it may determine.
2. The staff of the Commission shall be appointed by the Executive Secretary in accordance with such rules and on such conditions as may be determined by the Commission.
3. The Executive Secretary shall perform such functions as the Commission may prescribe, including the following:
 - (a) receiving and transmitting the Commission's official communications;
 - (b) preparing budget estimates for review by the Commission at its regular sessions;
 - (c) preparing for submission to the Commission at its regular sessions a report on the Commission's activities and the programme of work, and arranging for the subsequent publication of this report and the proceedings of the Commission;
 - (d) arranging for the collection and analysis of statistics and other data necessary to accomplish the purposes of this Convention;

- (e) preparing for submission to the Commission, and for possible subsequent publication, reports on statistical, biological and other matters;
- (f) authorizing the disbursement of funds in accordance with the Commission's budget;
- (g) accounting for the funds of the Commission; and
- (h) arranging for cooperation with international organizations as provided for under Article XI of this Convention.

ARTICLE XIII

1. At each regular session the Commission shall adopt a budget for the following fiscal period and budget estimates for the fiscal period following thereafter. The fiscal period shall be two years. However, should the Commission hold more than one regular session during a fiscal period, it may revise the current budget if required. Subject to the agreement of all Contracting Parties, the Commission may, at any session, adopt a supplementary budget.
2. The contributions to the budget and any supplementary budget to be paid by each Contracting Party shall be payable in such currency or currencies and at such time as the Commission shall decide.
3. The voting rights of any Contracting Party whose arrears of contributions equal or exceed its total contribution falling due in the preceding fiscal period shall be suspended unless the Commission decides otherwise.
4. The Commission may also accept from any private or public sources other contributions for the furtherance of its objectives. Such contributions shall be used and administered in accordance with rules to be adopted by the Commission.
5. The Commission shall arrange for an annual independent audit of its accounts to be made and submitted for review and approval by the Commission.
6. The Commission shall establish a Working Capital Fund to finance operations of the Commission prior to receiving annual contributions, and for such other purposes as the Commission may determine. The Commission shall fix the level of the Fund, assess advances necessary for its establishment, and adopt regulations governing its use.

ARTICLE XIV

The Commission shall calculate the contributions to be made by the Contracting Parties to the budget including any supplementary budget according to the following formula:

- (a) One third of the total amount of the budget including any supplementary budget shall be contributed by the Contracting Parties in equal parts;
- (b) Each Contracting Party shall contribute in respect of each Regional or Stock Committee of which it is a member an amount equivalent to one third of its contribution under subparagraph (a) above. This proportion shall be reduced, if necessary, in order that the total amount contributed by the Contracting Parties under this subparagraph shall not exceed one third of the total budget including any supplementary budget;
- (c) Any remaining portion of the budget including any supplementary budget shall be contributed by each Contracting Party in the proportion that its nominal

catch in the Convention Area bears to the aggregate nominal catch of all Contracting Parties in that Area. In computing this catch the Commission shall take into account all fishes, crustaceans, molluscs and other marine invertebrates, with the exception of such species as may be excluded from the application of this Convention in accordance with Article III. The catch shall be determined on the basis of the average for the last two calendar years for which statistics have been published by the Food and Agriculture Organization of the United Nations.

ARTICLE XV

1. The Commission shall determine where its seat shall be situated.
2. The Commission shall have legal personality. It shall, in particular, have capacity to contract, and to acquire and dispose of movable and immovable property.

ARTICLE XVI

The provisions of this Convention shall not apply to fishing operations conducted solely for the purpose of scientific investigations, by vessels authorized by a Contracting Party for that purpose, or to fish taken in the course of such operations. However, fish so taken shall not be sold, or exposed or offered for sale in violation of a recommendation of the Commission.

ARTICLE XVII

1. This Convention shall be open for signature by the Government of any State represented at the Conference which adopted the Convention, or by the Government of any other State which is a Member of the United Nations or of any specialized agency of the United Nations.
2. Signature of this Convention shall be subject to ratification, acceptance or approval.
3. Once this Convention has entered into force, any State referred to in paragraph 1 of this Article which has not signed the Convention or any other State unanimously invited by the Commission to become a party to the Convention may adhere to it.
4. Instruments of ratification, acceptance, approval or adherence shall be deposited with the Director-General of the Food and Agriculture Organization of the United Nations, hereinafter referred to as the "Depositary."
5. Ratification, acceptance, approval or adherence may not be made subject to any reservation.

ARTICLE XVIII

1. This Convention shall enter into force on the thirtieth day following the date of deposit of at least four instruments of ratification, acceptance or approval, provided that the weight of the aggregate nominal catch in the Convention Area of the countries having deposited such instruments amounts to at least seven hundred thousand metric tons on the basis of the statistics published by the Food and Agriculture Organization of the United Nations for the year one thousand nine hundred and sixty-eight.
2. After the entry into force of this Convention in accordance with paragraph 1 of this Article, the Con-

vention shall enter into force for each State whose Government deposits an instrument of ratification, acceptance, approval or adherence on the thirtieth day following the date on which such instrument is received by the Depositary.

ARTICLE XIX

1. Any Contracting Party may propose amendments to this Convention which shall be referred to the Commission for approval at a regular or special session. Proposals for the amendment of the Convention shall be communicated to the Depositary who shall inform the Contracting Parties thereof. Any amendment shall take effect for each Contracting Party accepting the amendment on the ninetieth day after its acceptance by three fourths of the Contracting Parties and thereafter for each remaining Contracting Party on the day on which the Depositary receives the notification of such acceptance.
2. Any State which becomes a Contracting Party after an amendment to this Convention has been proposed for acceptance pursuant to the provisions of this Article shall be bound by the Convention as amended when the said amendment comes into force.

ARTICLE XX

At any time after ten years from the date of entry into force of this Convention, any Contracting Party may withdraw from the Convention by giving written notification of withdrawal. Withdrawal shall take effect on December thirty-first of the calendar year following the year in which notification of withdrawal was communicated to the Depositary.

ARTICLE XXI

1. The Depositary shall inform the Governments of the States referred to in paragraph 1 and 3 of Article XVII:
 - (a) of the signature of this Convention and of the deposit of instruments of ratification, acceptance, approval or adherence in accordance with Article XVII;
 - (b) of the date on which the Convention will come into force in accordance with paragraph 1 of Article XVIII.
2. The Depositary shall inform all Contracting Parties:
 - (a) of proposals for the amendment of the Convention, notification of acceptance of such amendments and the entry into force of amendments, in accordance with Article XIX;
 - (b) of notification of withdrawal made in accordance with Article XX.
3. The original of this Convention shall be deposited with the Depositary who shall send certified copies thereof to the Governments of the States eligible to become parties to this Convention in accordance with Article XVII.

DONE AT ROME this twenty-third of October one thousand nine hundred and sixty-nine, in a single copy in the English, French and Spanish languages, each version being equally authoritative.

**Bekanntmachung
über den Beitritt
der Deutschen Demokratischen Republik
zur Zusatzkonvention
zur Warschauer Konvention vom 18. September 1961
zur Vereinheitlichung von Regeln
über die von einem anderen als dem vertraglichen
Luftfrachtführer ausgeführte Beförderung
im internationalen Luftverkehr
vom 17. September 1976**

Hierdurch wird bekanntgemacht, daß am 19. August 1975 die Beitrittsurkunde der Deutschen Demokratischen Republik zur nachstehend veröffentlichten Zusatzkonvention zur Warschauer Konvention vom 18. September 1961 zur Vereinheitlichung von Regeln über die von einem anderen als dem vertraglichen Luftfrachtführer ausgeführte Beförderung im internationalen Luftverkehr hinterlegt wurde.

Bei der Hinterlegung der Beitrittsurkunde wurden von Seiten der Deutschen Demokratischen Republik zu den Artikeln XI und XIV sowie zu Artikel XVI der Zusatzkonvention folgende Erklärungen abgegeben:

Zu Artikel XI und XIV:

„Die Deutsche Demokratische Republik ist der Auffassung, daß die Bestimmungen der Artikel XI und XIV der

Konvention im Widerspruch zu dem Prinzip stehen, wonach alle Staaten, die sich in ihrer Politik von den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen leiten lassen, das Recht haben, Mitglied von Konventionen zu werden, die die Interessen aller Staaten berühren.“

Zu Artikel XVI:

„Die Deutsche Demokratische Republik läßt sich in ihrer Haltung zu den Bestimmungen des Artikels XVI der Konvention, soweit sie die Anwendung der Konvention auf Kolonialgebiete und andere abhängige Territorien betreffen, von den Festlegungen der Deklaration der Vereinten Nationen über die Gewährung der Unabhängigkeit an die kolonialen Länder und Völker (Res. Nr. 1514 [XV] vom 14. Dezember 1960) leiten, welche die Notwendigkeit einer schnellen und bedingungslosen Beendigung des Kolonialismus in allen seinen Formen und Äußerungen proklamieren.“

Die Zusatzkonvention ist gemäß ihrem Artikel XIV für die Deutsche Demokratische Republik am 16. November 1975 in Kraft getreten.

Berlin, den 17. September 1976

**Der Sekretär des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik**

H. Eichler

(Übersetzung)

**Zusatzkonvention
zur Warschauer Konvention
zur Vereinheitlichung von Regeln
über die von einem anderen als dem vertraglichen
Luftfrachtführer ausgeführte Beförderung
im internationalen Luftverkehr**

Die Unterzeichnerstaaten dieser Konvention,

in der Erwägung, daß die Warschauer Konvention keine besonderen Bestimmungen über die Beförderung im internationalen Luftverkehr enthält, die von einer Person ausgeführt wird, die nicht Partei des Beförderungsvertrages ist,

in der Erwägung, daß es daher wünschenswert ist, Regeln festzulegen, die auf diesen Fall anzuwenden sind,

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel I

In dieser Konvention bedeuten:

- a) „Warschauer Konvention“ entweder die Konvention zur Vereinheitlichung von Regeln über die Beförderung im internationalen Luftverkehr, unterzeichnet in Warschau am 12. Oktober 1929, oder die Warschauer Konvention in der Fassung von Den Haag 1955, je nachdem, ob die Beförderung nach dem im Buchstaben b genannten Vertrag der einen oder der anderen Konvention unterliegt;
- b) „vertraglicher Luftfrachtführer“ eine Person, die als eine Vertragspartei mit einem Reisenden oder einem Expediten oder mit einer für den Reisenden oder den Expediten handelnden Person einen der Warschauer Konvention unterliegenden Beförderungsvertrag geschlossen hat;
- c) „ausführender Luftfrachtführer“ eine andere Person als den vertraglichen Luftfrachtführer, die auf Grund einer von dem vertraglichen Luftfrachtführer erteilten Ermächtigung die nach Buchstaben b vorgesehene Beförderung ganz oder zum Teil ausführt, hinsichtlich dieses Teiles jedoch nicht ein nachfolgender Luftfrachtführer

im Sinne der Warschauer Konvention ist. Die Ermächtigung wird bis zum Beweis des Gegenteils vorausgesetzt.

Artikel II

Führt ein ausführender Luftfrachtführer eine Beförderung, die nach dem im Artikel I Buchstabe b genannten Vertrag der Warschauer Konvention unterliegt, ganz oder zum Teil aus, so unterstehen, soweit diese Konvention nichts anderes bestimmt, sowohl der vertragliche Luftfrachtführer als auch der ausführende Luftfrachtführer den Regeln der Warschauer Konvention, der erstgenannte für die gesamte im Vertrag vorgesehene Beförderung, der zweitgenannte nur für die Beförderung, die er ausführt.

Artikel III

(1) Die Handlungen und Unterlassungen des ausführenden Luftfrachtführers oder seiner Beauftragten, soweit diese in Ausführung ihrer Funktion handeln, gelten bezüglich der von dem ausführenden Luftfrachtführer ausgeführten Beförderung auch als solche des vertraglichen Luftfrachtführers.

(2) Die Handlungen und Unterlassungen des vertraglichen Luftfrachtführers und seiner Beauftragten, soweit diese in Ausführung ihrer Funktion handeln, gelten bezüglich der von dem ausführenden Luftfrachtführer ausgeführten Beförderung auch als solche des ausführenden Luftfrachtführers. Der ausführende Luftfrachtführer kann jedoch durch solche Handlungen oder Unterlassungen keinesfalls einer Haftung unterworfen werden, welche das im Artikel 22 der Warschauer Konvention festgesetzte Höchstmaß übersteigt. Eine besondere Vereinbarung, durch die der vertragliche Luftfrachtführer durch die Warschauer Konvention nicht auferlegte Ver-

pflichtungen übernimmt, ein Verzicht auf Rechte aus der genannten Konvention oder eine besondere Erklärung des Interesses an der Lieferung nach Artikel 22 der genannten Konvention hat gegenüber dem ausführenden Luftfrachtführer keine Wirkung, außer er stimmt zu.

Artikel IV

Weisungen oder Beanstandungen, die nach der Warschauer Konvention dem Luftfrachtführer zu notifizieren sind, haben, gleichgültig ob sie an den vertraglichen Luftfrachtführer oder an den ausführenden Luftfrachtführer gerichtet werden, die gleiche Wirkung. Die Weisungen nach Artikel 12 der Warschauer Konvention sind jedoch nur wirksam, wenn sie an den vertraglichen Luftfrachtführer gerichtet werden.

Artikel V

Bezüglich der von dem ausführenden Luftfrachtführer ausgeführten Beförderung kann sich jeder der Beauftragten dieses Luftfrachtführers oder des vertraglichen Luftfrachtführers, sofern er beweist, daß er in Ausführung seiner Funktion gehandelt hat, auf die Haftungsbeschränkungen berufen, die nach dieser Konvention für den Luftfrachtführer gelten, dessen Beauftragter er ist; dies trifft nicht zu, wenn bewiesen wird, daß er in einer Weise gehandelt hat, für die nach der Warschauer Konvention die Berufung auf Haftungsbeschränkungen nicht gilt.

Artikel VI

Bezüglich der von dem ausführenden Luftfrachtführer ausgeführten Beförderung darf der Gesamtbetrag, der von diesem Luftfrachtführer, von dem vertraglichen Luftfrachtführer und von ihren Beauftragten, soweit diese in Ausführung ihrer Funktion gehandelt haben, als Schadenersatz erlangt werden kann, den höchsten Schadenersatzbetrag nicht übersteigen, der nach dieser Konvention dem vertraglichen Luftfrachtführer oder dem ausführenden Luftfrachtführer auferlegt werden kann; keine der genannten Personen haftet jedoch über das für sie geltende Höchstmaß hinaus.

Artikel VII

Bezüglich der von dem ausführenden Luftfrachtführer ausgeführten Beförderung kann eine Klage auf Schadenersatz nach Wahl des Klägers gegen diesen Luftfrachtführer, gegen den vertraglichen Luftfrachtführer oder gegen beide, gemeinsam oder gesondert, erhoben werden. Ist die Klage nur gegen einen dieser Luftfrachtführer erhoben, so hat dieser das Recht, den anderen Luftfrachtführer aufzufordern, sich an dem Rechtsstreit zu beteiligen; die Rechtswirkungen dieser Streithilfe und das Verfahren werden nach dem Recht des angerufenen Gerichts bestimmt.

Artikel VIII

Eine Klage auf Schadenersatz im Sinne des Artikels VII dieser Konvention muß nach Wahl des Klägers entweder bei einem der Gerichte erhoben werden, bei denen eine Klage gegen den vertraglichen Luftfrachtführer nach Artikel 28 der Warschauer Konvention erhoben werden kann, oder bei dem Gericht am Wohnsitz des ausführenden Luftfrachtführers oder am Hauptsitz seines Unternehmens.

Artikel IX

(1) Jede vertragliche Bestimmung, durch welche die sich aus dieser Konvention ergebende Haftung des vertraglichen Luftfrachtführers oder des ausführenden Luftfrachtführers aufgehoben oder die in dieser Konvention festgelegte Haftungsgrenze herabgesetzt werden soll, ist null und nichtig; ihre Nichtigkeit hat nicht die Nichtigkeit des Vertrages zur Folge; dieser bleibt den Bestimmungen dieser Konvention unterworfen.

(2) Bezüglich der von dem ausführenden Luftfrachtführer ausgeführten Beförderung ist Absatz 1 auf vertragliche Bestimmungen über Verluste oder Beschädigungen nicht anwendbar, die aus der Eigenart der beförderten Güter oder einem ihnen anhaftenden Mangel herrühren.

(3) Alle Bestimmungen des Beförderungsvertrages und alle vor Eintritt des Schadens getroffenen besonderen Vereinbarungen, worin die Parteien durch Festlegen des anzuwendenden Rechts oder durch Änderung der Bestimmungen über die Zuständigkeit von den Regeln dieser Konvention abweichen, sind nichtig. Im Fall der Beförderung von Gütern sind jedoch Schiedsklauseln im Rahmen dieser Konvention zulässig, wenn das Verfahren im Bezirk eines der im Artikel VIII bezeichneten Gerichte stattfinden soll.

Artikel X

Unter Vorbehalt des Artikels VII kann keine Bestimmung dieser Konvention so ausgelegt werden, daß sie die Rechte und Pflichten der beiden Luftfrachtführer untereinander beeinträchtigt.

Artikel XI

Diese Konvention ist bis zu dem Zeitpunkt ihres Inkrafttretens nach den Bestimmungen des Artikels XIII für jeden Staat zur Unterzeichnung offen, der zu diesem Zeitpunkt Mitglied der Vereinten Nationen oder einer der Spezialorganisationen ist.

Artikel XII

(1) Diese Konvention bedarf der Ratifikation durch die Unterzeichnerstaaten.

(2) Die Ratifikationsurkunden werden bei der Regierung der Vereinigten Staaten von Mexiko hinterlegt.

Artikel XIII

(1) Diese Konvention tritt, sobald sie von fünf Unterzeichnerstaaten ratifiziert worden ist, zwischen diesen Staaten am neunzigsten Tag nach der Hinterlegung der fünften Ratifikationsurkunde in Kraft. Für jeden Staat, der sie später ratifiziert, tritt sie am neunzigsten Tag nach der Hinterlegung seiner Ratifikationsurkunde in Kraft.

(2) Die Regierung der Vereinigten Staaten von Mexiko läßt diese Konvention sogleich nach ihrem Inkrafttreten bei den Vereinten Nationen und bei der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation registrieren.

Artikel XIV

(1) Diese Konvention ist nach ihrem Inkrafttreten für jeden Mitgliedstaat der Vereinten Nationen oder einer der Spezialorganisationen zum Beitritt offen.

(2) Der Beitritt wird durch Hinterlegung einer Beitrittsurkunde bei der Regierung der Vereinigten Staaten von Mexiko vollzogen und wird am neunzigsten Tag nach dem Zeitpunkt der Hinterlegung wirksam.

Artikel XV

(1) Jeder Vertragsstaat kann diese Konvention durch Notifikation bei der Regierung der Vereinigten Staaten von Mexiko kündigen.

(2) Die Kündigung wird sechs Monate nach Empfang der Notifikation durch die Regierung der Vereinigten Staaten von Mexiko wirksam.

Artikel XVI

(1) Jeder Vertragsstaat kann bei der Ratifikation oder beim Beitritt oder jederzeit danach durch Notifikation bei der Regierung der Vereinigten Staaten von Mexiko erklären, daß sich diese Konvention auf Gebiete erstreckt, deren auswärtige Beziehungen er vertritt.

(2) Neunzig Tage nach Empfang der Notifikation durch die Regierung der Vereinigten Staaten von Mexiko erstreckt sich diese Konvention auf die in der Notifikation genannten Gebiete.

(3) Jeder Vertragsstaat kann diese Konvention, entsprechend den Bestimmungen des Artikels XV, für alle oder einzelne Gebiete, deren auswärtige Beziehungen er vertritt, gesondert kündigen.

Artikel XVII

Ein Vorbehalt zu dieser Konvention ist nicht zulässig.

Artikel XVIII

Die Regierung der Vereinigten Staaten von Mexiko wird der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation und allen Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen oder einer der Spezialorganisationen notifizieren:

- a) jede Unterzeichnung dieser Konvention und den Zeitpunkt der Unterzeichnung;
- b) die Hinterlegung jeder Ratifikations- oder Beitrittsurkunde und den Zeitpunkt der Hinterlegung;
- c) den Zeitpunkt, zu dem diese Konvention nach Artikel XIII Absatz 1 in Kraft tritt;
- d) den Empfang jeder Kündigungsanzeige und den Zeitpunkt des Empfanges;
- e) den Empfang jeder Erklärung oder Notifikation nach Artikel XVI und den Zeitpunkt des Empfanges.

Zu Urkund dessen haben die mit gehöriger Vollmacht versehenen Bevollmächtigten diese Konvention unterzeichnet.

Geschehen zu Guadalajara, am achtzehnten September neunzehnhundertsechzig in drei verbindlichen Wortlauten in französischer, englischer und spanischer Sprache.

Bei Abweichungen ist der Wortlaut in französischer Sprache, in der auch die Warschauer Konvention vom 12. Oktober 1929 abgefaßt worden ist, maßgebend. Die Regierung der Vereinigten Staaten von Mexiko wird eine amtliche Übersetzung des Wortlauts der Konvention in russischer Sprache anfertigen.

Diese Konvention wird bei der Regierung der Vereinigten Staaten von Mexiko hinterlegt, bei der sie nach den Bestimmungen des Artikels XI zur Unterzeichnung ausgelegt wird; diese Regierung übermittelt der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation und allen Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen oder einer der Spezialorganisationen beglaubigte Abschriften dieser Konvention.

CONVENTION,

**complémentaire à la Convention de
Varsovie, pour l'unification de certaines
règles relatives au transport aérien
international effectué par une personne
autre que le transporteur contractuel**

LES ETATS SIGNATAIRES DE LA PRESENTE CONVENTION

CONSIDERANT que la Convention de Varsovie ne contient pas de disposition particulière relative au transport aérien international effectué par une personne qui n'est pas partie au contrat de transport

CONSIDERANT qu'il est donc souhaitable de formuler des règles applicables à cette situation

SONT CONVENUS DE CE QUI SUIT:

Article Premier

Dans la présente Convention:

- a) « Convention de Varsovie » signifie soit la Convention pour l'unification de certaines règles relatives au transport aérien international, signée à Varsovie le 12 octobre 1929, soit la Convention de Varsovie, amendée à la Haye en 1955, selon que le transport, aux termes du contrat visé à l'alinéa b), est régi par l'une ou par l'autre;
- b) « transporteur contractuel » signifie une personne partie à un contrat de transport régi par la Convention de Varsovie et conclu avec un passager ou un expéditeur ou avec une personne agissant pour le compte du passager ou de l'expéditeur;
- c) « transporteur de fait » signifie une personne, autre que le transporteur contractuel, qui, en vertu d'une autorisation donnée par le transporteur contractuel, effectue tout ou partie du transport prévu à l'alinéa b) mais n'est pas, en ce qui concerne cette partie, un transporteur successif au sens de la Convention de Varsovie. Cette autorisation est présumée, sauf preuve contraire.

Article II

Sauf disposition contraire de la présente Convention, si un transporteur de fait effectue tout ou partie du transport qui, conformément au contrat visé à l'article premier, alinéa b), est régi par la Convention de Varsovie, le transporteur contractuel et le transporteur de fait sont soumis aux règles de la Convention de Varsovie, le premier pour la totalité du transport envisagé dans le contrat, le second seulement pour le transport qu'il effectue.

Article III

1. Les actes et omissions du transporteur de fait ou de ses préposés agissant dans l'exercice de leurs fonctions, relatifs au transport effectué par le transporteur de fait, sont réputés être également ceux du transporteur contractuel.

2. Les actes et omissions du transporteur contractuel ou de ses préposés agissant dans l'exercice de leurs fonctions, relatifs au transport effectué par le transporteur de fait, sont réputés être également ceux du transporteur de fait. Toutefois, aucun de ces actes ou omissions ne pourra soumettre le transporteur de fait à une responsabilité dépassant les limites prévues à l'article 22 de la Convention de Varsovie. Aucun accord spécial aux termes duquel le transporteur contractuel assume des obligations que n'impose pas la Convention de Varsovie, aucune renonciation à des droits prévus par ladite Convention ou aucune déclaration spéciale d'intérêt à la livraison, visée à l'article 22 de ladite Convention, n'auront d'effet à l'égard du transporteur de fait, sauf consentement de ce dernier.

Article IV

Les ordres ou protestations à notifier au transporteur, en application de la Convention de Varsovie, ont le même effet qu'ils soient adressés au transporteur contractuel ou au transporteur de fait. Toutefois, les ordres visés à l'article 12 de la Convention de Varsovie n'ont d'effet que s'ils sont adressés au transporteur contractuel.

Article V

En ce qui concerne le transport effectué par le transporteur de fait, tout préposé de ce transporteur ou du transporteur contractuel, s'il prouve qu'il a agi dans l'exercice de ses fonctions, peut se prévaloir des limites de responsabilité applicables, en vertu de la présente Convention, au transporteur dont il est le préposé, sauf s'il est prouvé qu'il a agi de telle façon que les limites de responsabilité ne puissent être invoquées aux termes de la Convention de Varsovie.

Article VI

En ce qui concerne le transport effectué par le transporteur de fait, le montant total de la réparation qui peut être obtenu de ce transporteur, du transporteur contractuel et de leurs préposés quand ils ont agi dans l'exercice de leurs fonctions, ne

peut pas dépasser l'indemnité la plus élevée qui peut être mise à charge soit du transporteur contractuel, soit du transporteur de fait, en vertu de la présente Convention, sous réserve qu'aucune des personnes mentionnées dans le présent article ne puisse être tenue pour responsable au delà de la limite qui lui est applicable.

Article VII

Toute action en responsabilité, relative au transport effectué par le transporteur de fait, peut être intentée, au choix du demandeur, contre ce transporteur ou le transporteur contractuel ou contre l'un et l'autre, conjointement ou séparément. Si l'action est intentée contre l'un seulement de ces transporteurs, ledit transporteur aura le droit d'appeler l'autre transporteur en intervention devant le tribunal saisi, les effets de cette intervention ainsi que la procédure qui lui est applicable étant réglés par la loi de ce tribunal.

Article VIII

Toute action en responsabilité, prévue à l'article VII de la présente Convention, doit être portée, au choix du demandeur, soit devant l'un des tribunaux où une action peut être intentée au transporteur contractuel, conformément à l'article 28 de la Convention de Varsovie, soit devant le tribunal du domicile du transporteur de fait ou du siège principal de son exploitation.

Article IX

1. Toute clause tendant à exonérer le transporteur contractuel ou le transporteur de fait de leur responsabilité en vertu de la présente Convention ou à établir une limite inférieure à celle qui est fixée dans la présente Convention est nulle et de nul effet, mais la nullité de cette clause n'entraîne pas la nullité du contrat qui reste soumis aux dispositions de la présente Convention.

2. En ce qui concerne le transport effectué par le transporteur de fait, le paragraphe précédent ne s'applique pas aux clauses concernant la perte ou le dommage résultant de la nature ou du vice propre des marchandises transportées.

3. Sont nulles toutes clauses du contrat de transport et toutes conventions particulières antérieures au dommage par lesquelles les parties dérogeraient aux règles de la présente Convention soit par une détermination de la loi applicable, soit par une modification des règles de compétence. Toutefois, dans le transport des marchandises, les clauses d'arbitrage sont admises, dans les limites de la présente Convention, lorsque l'arbitrage doit s'effectuer dans les lieux de compétence des tribunaux prévus à l'article VIII.

Article X

Sous réserve de l'article VII, aucune disposition de la présente Convention ne peut être interprétée comme affectant les droits et obligations existant entre les deux transporteurs.

Article XI

La présente Convention, jusqu'à la date de son entrée en vigueur dans les conditions prévues à l'article XIII, est ouverte à la signature de tout Etat qui, à cette date, sera membre de l'Organisation des Nations Unies ou d'une Institution spécialisée.

Article XII

1. La présente Convention est soumise à la ratification des Etats signataires.

2. Les instruments de ratification seront déposés auprès du Gouvernement des Etats-Unis du Mexique.

Article XIII

1. Lorsque la présente Convention aura réuni les ratifications de cinq Etats signataires, elle entrera en vigueur entre ces Etats le quatre-vingt-dixième jour après le dépôt du cinquième instrument de ratification. A l'égard de chaque Etat qui la ratifiera par la suite, elle entrera en vigueur le quatre-vingt-dixième jour après le dépôt de son instrument de ratification.

2. Dès son entrée en vigueur, la présente Convention sera enregistrée auprès de l'Organisation des Nations Unies et de l'Organisation de l'Aviation civile internationale par le Gouvernement des Etats-Unis du Mexique.

Article XIV

1. La présente Convention sera ouverte, après son entrée en vigueur, à l'adhésion de tout Etat membre de l'Organisation des Nations Unies ou d'une Institution spécialisée.

2. Cette adhésion sera effectuée par le dépôt d'un instrument d'adhésion auprès du Gouvernement des Etats-Unis du Mexique et prendra effet le quatre-vingt-dixième jour qui suivra la date de ce dépôt.

Article XV

1. Tout Etat contractant peut dénoncer la présente Convention par une notification faite au Gouvernement des Etats-Unis du Mexique.

2. Cette dénonciation prendra effet six mois après la date de réception de la notification par le Gouvernement des Etats-Unis du Mexique.

Article XVI

1. Tout Etat contractant peut, lors de la ratification de la présente Convention ou de l'adhésion à celle-ci ou ultérieurement, déclarer au moyen d'une notification adressée au Gouvernement des Etats-Unis du Mexique que la présente Convention s'étendra à l'un quelconque des territoires qu'il représente dans les relations extérieures.

2. Quatre-vingt-dix jours après la date de réception de ladite notification par le Gouvernement des Etats-Unis du Mexique, la présente Convention s'étendra aux territoires visés par la notification.

3. Tout Etat contractant peut, conformément aux dispositions de l'article XV, dénoncer la présente Convention séparément, pour tous ou pour l'un quelconque des territoires que cet Etat représente dans les relations extérieures.

Article XVII

Il ne sera admis aucune réserve à la présente Convention.

Article XVIII

Le Gouvernement des Etats-Unis du Mexique notifiera à l'Organisation de l'Aviation civile internationale et à tous les Etats membres de l'Organisation des Nations Unies ou d'une Institution spécialisée:

- toute signature de la présente Convention et la date de cette signature;
- le dépôt de tout instrument de ratification ou d'adhésion et la date de ce dépôt;
- la date à laquelle la présente Convention entre en vigueur conformément au premier paragraphe de l'article XIII;
- la réception de toute notification de dénonciation et la date de réception;
- la réception de toute déclaration ou notification faite en vertu de l'article XVI et la date de réception.

EN FOI DE QUOI les Plénipotentiaires soussignés dûment autorisés, ont signé la présente Convention.

FAIT à Guadalajara, le dix huitième jour du mois de septembre de l'an mil neuf cent soixante et un en trois textes authentiques rédigés dans les langues française, anglaise et espagnole. En cas de divergence, le texte en langue française, langue dans laquelle la Convention de Varsovie du 12 octobre 1929 avait été rédigée, fera foi. Le Gouvernement des Etats-Unis du Mexique établira une traduction officielle du texte de la Convention en langue russe.

La présente Convention sera déposée auprès du Gouvernement des Etats-Unis du Mexique où, conformément aux dispositions de l'article XI, elle restera ouverte à la signature et ce Gouvernement transmettra des copies certifiées conformes de la présente Convention à l'Organisation de l'Aviation civile internationale et à tous les Etats membres de l'Organisation des Nations Unies ou d'une Institution spécialisée.

Bekanntmachung
über die Annahme der von der
26. Weltgesundheitsversammlung am 22. Mai 1973
beschlossenen Änderungen der Artikel 34 und 55
der Verfassung der Weltgesundheitsorganisation
durch die Deutsche Demokratische Republik
vom 24. September 1976

Es wird hierdurch bekanntgemacht, daß am 13. Juli 1976 die Annahmeerkunde der Deutschen Demokratischen Republik zu den von der 26. Weltgesundheitsversammlung am 22. Mai 1973 beschlossenen Änderungen der Artikel 34 und 55 der Verfassung der Weltgesundheitsorganisation hinterlegt wurde.

Der Text der Resolution der 26. Weltgesundheitsversammlung zur Änderung der Verfassung der Weltgesundheitsorganisation (Artikel 34 und 55) wird nachstehend veröffentlicht.

Der Tag, an dem die Änderungen für die Deutsche Demokratische Republik wirksam werden, wird im Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik bekanntgemacht.

Berlin, den 24. September 1976

Der Sekretär des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik
H. Eichler

(Übersetzung)

WELTGESUNDHEITSORGANISATION

Resolution
der 26. Weltgesundheitsversammlung
zur Änderung der Verfassung
der Weltgesundheitsorganisation
(Artikel 34 und 55)

Die 26. Weltgesundheitsversammlung,

nachdem sie überprüft hat, ob es wünschenswert ist, ein zweijähriges Programm und ein zweijähriges Budget einzuführen, wie in der Resolution WHA 25.24 und im Bericht des Generaldirektors der 25. Weltgesundheitsversammlung zu diesem Thema dargelegt wird;

unter Berücksichtigung der von dem Exekutivrat auf seiner 51. Sitzung in der Resolution EB 51.R 51 der 26. Gesundheitsversammlung unterbreiteten Empfehlung, daß ein Programm und ein Budget für einen Zeitraum von zwei Jahren baldmöglichst eingeführt und die vorgeschlagenen Änderungen zu den Artikeln 34 und 55 der Verfassung angenommen werden;

zur Kenntnis nehmend, daß die Bestimmung des Artikels 73 der Verfassung, die erfordert, daß der Wortlaut der vorgeschlagenen Änderungen zu der Verfassung mindestens 6 Monate vor Überprüfung durch die Gesundheitsversammlung den Mitgliedern mitgeteilt werden muß, ordnungsgemäß eingehalten wurde,

1. NIMMT die Änderungen zur Verfassung an, die im Anhang dieser Resolution dargelegt werden und die festen Bestandteil dieser Resolution bilden, wobei die Texte in Chinesisch, Englisch, Französisch, Russisch und Spanisch gleichermaßen rechtskräftig sind;

2. BESCHLIESST, daß zwei Kopien dieser Resolution durch die Unterschrift des Präsidenten der 26. Weltgesundheitsversammlung und des Generaldirektors der Weltgesundheitsorganisation beglaubigt werden. Eine Kopie wird an den Generalsekretär der Vereinten Nationen weitergeleitet, der Depositär der Verfassung ist, und eine Kopie verbleibt in den Archiven der Weltgesundheitsorganisation.

II

Unter Berücksichtigung, daß die genannten Veränderungen zur Verfassung für alle Mitglieder in Kraft treten, wenn sie von zwei Dritteln der Mitglieder in Übereinstimmung mit ihren entsprechenden konstitutionellen Verfahren des Artikels 73 der Verfassung angenommen werden,

BESCHLIESST, daß die Notifizierung einer solchen Annahme durch die Hinterlegung einer formellen Urkunde beim Generalsekretär der Vereinten Nationen erfolgt, wie es im Artikel 79 (b) der Verfassung für die Annahme der Verfassung gefordert wird.

ZU URKUND DESSEN haben wir dieses Dokument unterzeichnet.

Ausgefertigt in Genf am 24. Mai 1973 in zwei Exemplaren.

gez.
J. Sulianti
Präsident der 26. Welt-
gesundheitsversammlung

gez.
M. G. Candau
Generaldirektor der Welt-
gesundheitsorganisation

ANHANG B

Im Artikel 34 wird das Wort „jährlich“ gestrichen, im Artikel 55 wird das Wort „jährlich“ gestrichen.

Die geänderten Artikel lauten folgendermaßen:

Artikel 34

Der Generaldirektor arbeitet die Finanzaufstellungen und den Budgetvoranschlag der Organisation aus und unterbreitet sie dem Rat.

Artikel 55

Der Generaldirektor arbeitet den Budgetvoranschlag der Organisation aus und unterbreitet ihn dem Rat. Der Rat überprüft den Budgetvoranschlag und legt ihn zusammen mit allen dem Rat ratsam erscheinenden Empfehlungen der Gesundheitsversammlung vor.

WORLD HEALTH ORGANIZATION

**RESOLUTION
OF THE
TWENTY-SIXTH WORLD HEALTH ASSEMBLY
AMENDING THE CONSTITUTION
OF THE WORLD HEALTH ORGANIZATION
(Articles 34 and 55)**

The Twenty-sixth World Health Assembly,

Having examined the desirability of introducing a biennial programme and budget as set out in Resolution WHA25.24 and in the Report of the Director-General to the Twenty-fifth World Health Assembly on this subject;

Considering the recommendation made to the Twenty-sixth Health Assembly by the Executive Board at its Fifty-first session in Resolution EB51.R51 that a programme and budget for a biennial period be introduced as soon as possible and to adopt the proposed amendments to Articles 34 and 55 of the Constitution;

Noting that the provision of Article 73 of the Constitution, which requires that the texts of proposed amendments to the Constitution shall be communicated to Members at least six months before consideration by the Health Assembly, has been duly complied with,

I

1. **ADOPTS** the amendments to the Constitution set forth in the Annexes to this resolution, and which shall form an integral part of this resolution, the texts in the Chinese, English, French, Russian and Spanish languages being equally authentic;

2. **DECIDES** that two copies of this resolution shall be authenticated by the signatures of the President of the Twenty-sixth World Health Assembly, and the Director-General of the World Health Organization, of which one copy shall be transmitted to the Secretary-General of the United Nations depository of the Constitution, and one copy retained in the archives of the World Health Organization.

II

Considering that the aforesaid amendments to the Constitution shall come into force for all Members when accepted

by two-thirds of the Members in accordance with their respective constitutional processes, as provided for in Article 73 of the Constitution,

DECIDES that the notification of such acceptance shall be effected by the deposit of a formal instrument with the Secretary-General of the United Nations, as required for acceptance of the Constitution by Article 79(b) of the Constitution.

IN FAITH WHEREOF we have appended our signatures hereto.

Done at Geneva this twenty-fourth day of May 1973 in two copies.

[Signed]

J. Sullanti

President of the Twenty-sixth
World Health Assembly

[Signed]

M. G. Candau

Director-General of the
World Health Organization

ANNEX B

In Article 34 delete the word "annually".

In Article 55 delete the word "annual";

the amended Articles reading as follows:

Article 34

The Director-General shall prepare and submit to the Board the financial statements and budget estimates of the Organization.

Article 55

The Director-General shall prepare and submit to the Board the budget estimates of the Organization. The Board shall consider and submit to the Health Assembly such budget estimates, together with any recommendations the Board may deem advisable.

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
der Internationalen Konvention vom 30. November 1973
über die Bekämpfung und Bestrafung
des Apartheid-Verbrechens
vom 13. September 1976**

Entsprechend der Bekanntmachung vom 23. August 1974 über die Ratifizierung der Internationalen Konvention vom 30. November 1973 über die Bekämpfung und Bestrafung des Apartheid-Verbrechens (GBl. II Nr. 26 S. 491) wird hierdurch bekanntgemacht, daß die Konvention nach Hinterlegung der erforderlichen Anzahl von Ratifikations- bzw. Beitrittsurkun-

den gemäß ihrem Artikel XV Absatz 1 am 18. Juli 1976 in Kraft getreten ist.

Die Ratifikationsurkunde der Deutschen Demokratischen Republik wurde am 12. August 1974 beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt.

Die Konvention ist für die Deutsche Demokratische Republik am 18. Juli 1976 in Kraft getreten.

Berlin, den 13. September 1976

**Der Sekretär des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik**

H. Eichler

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
der Konvention vom 21. Februar 1971
über psychotrope Substanzen
vom 13. September 1976**

Entsprechend der Bekanntmachung vom 28. Juni 1976 über den Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zur Konvention vom 21. Februar 1971 über psychotrope Substanzen (GBl. II Nr. 10 S. 239) wird hierdurch bekanntgemacht, daß die Konvention nach Hinterlegung der erforderlichen Anzahl von Ratifikations- bzw. Beitrittsurkunden gemäß ihrem Artikel 26 Absatz 1 am 16. August 1976 in Kraft getreten ist.

Berlin, den 13. September 1976

**Der Sekretär des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik**

H. Eichler

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
der Konvention vom 8. November 1968
über den Straßenverkehr
vom 15. September 1976**

Entsprechend der Bekanntmachung vom 13. März 1976 über den Beitritt der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zur Konvention vom 8. November 1968 über den Straßenverkehr und zur Konvention vom 8. November 1968 über Verkehrszeichen und -signale (GBl. II Nr. 3 S. 67) wird hierdurch bekanntgemacht, daß die Konvention vom 8. November 1968 über den Straßenverkehr nach Hinterlegung der erforderlichen Anzahl von Ratifikations- bzw. Beitrittsurkunden gemäß ihrem Artikel 47 Abs. 1 am 21. Mai 1977 in Kraft tritt.

Berlin, den 15. September 1976

**Der Leiter
des Sekretariats des Ministerrates**

Dr. Kleinert
Staatssekretär



GESETZBLATT

297

der Deutschen Demokratischen Republik

1976

Berlin, den 10. November 1976

Teil II Nr. 15

Tag	Inhalt	Seite
22. 9. 76	Bekanntmachung über den Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zum Straßburger Abkommen vom 24. März 1971 über die internationale Patentklassifikation	297
24. 9. 76	Bekanntmachung über den Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zum Abkommen vom 20. März 1958 über die Annahme einheitlicher Bedingungen für die Genehmigung der Ausrüstungsgegenstände und Teile von Kraftfahrzeugen und über die gegenseitige Anerkennung der Genehmigung	307

**Bekanntmachung
über den Beitritt
der Deutschen Demokratischen Republik
zum Straßburger Abkommen vom 24. März 1971
über die internationale Patentklassifikation**

vom 22. September 1976

Hierdurch wird bekanntgemacht, daß am 20. August 1976 die Beitrittsurkunde der Deutschen Demokratischen Republik zum nachstehend veröffentlichten Straßburger Abkommen über die internationale Patentklassifikation vom 24. März 1971 hinterlegt wurde.

Bei der Hinterlegung der Beitrittsurkunde wurde von seiten der Deutschen Demokratischen Republik zu Artikel 12 Absatz (3) des Abkommens folgende Erklärung abgegeben:

„Die Deutsche Demokratische Republik läßt sich in ihrer Haltung zu der Bestimmung des Artikels 12 Absatz (3) des Abkommens, wonach Artikel 24 der Stockholmer Fassung der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums auf dieses Abkommen anzuwenden ist, soweit diese Anwendung Kolonialgebiete und andere abhängige Territorien betrifft, von den Festlegungen der Deklaration der Vereinten Nationen über die Gewährung der Unabhängigkeit an die kolonialen Länder und Völker (Res. Nr. 1514 [XV] vom 14. Dezember 1960) leiten, welche die Notwendigkeit einer schnellen und bedingungslosen Beendigung des Kolonialismus in allen seinen Formen und Äußerungen proklamieren.“

Das Abkommen tritt gemäß seinem Artikel 13 Absatz (1) Buchstabe b) am 24. August 1977 für die Deutsche Demokratische Republik in Kraft.

Berlin, den 22. September 1976

Der Sekretär des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik

H. Eichler

Straßburger Abkommen über die internationale Patentklassifikation

vom 24. März 1971

Die Vertragsparteien,

In der Erwägung, daß die weltweite Annahme einer einheitlichen Klassifikation für Patente, Erfinderscheine, Gebrauchsmuster und Gebrauchszertifikate im allgemeinen Interesse liegt und geeignet erscheint, eine engere internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des gewerblichen Rechtsschutzes herzustellen und die Angleichung der nationalen Rechte auf diesem Gebiet zu fördern;

In Anerkennung der Bedeutung des Europäischen Übereinkommens vom 19. Dezember 1954 über die Internationale Patentklassifikation, aufgrund dessen der Europarat die Internationale Klassifikation für Erfindungspatente erstellt hat;

Im Hinblick auf den weltweiten Nutzen dieser Klassifikation und ihre Bedeutung für alle Vertragsländer der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums;

Im Bewußtsein der Bedeutung, die diese Klassifikation für die Entwicklungsländer aufweist, indem sie ihnen den Zugang zu der in ständigem Wachstum begriffenen modernen Technik erleichtert;

Gestützt auf Artikel 19 der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums vom 20. März 1883 in ihrer am 14. Dezember 1900 in Brüssel, am 2. Juni 1911 in Washington, am 6. November 1925 im Haag, am 2. Juni 1934 in London, am 31. Oktober 1958 in Lissabon und am 14. Juli 1967 in Stockholm revidierten Fassung,

Haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

Errichtung eines besonderen Verbands; Annahme einer internationalen Klassifikation

Die Länder, auf die dieses Abkommen Anwendung findet, bilden einen besonderen Verband und nehmen eine gemeinsame Klassifikation für Erfindungspatente, Erfinderscheine, Gebrauchsmuster und Gebrauchszertifikate an, die die Bezeichnung „Internationale Patentklassifikation“ trägt (im folgenden als „Klassifikation“ bezeichnet).

Artikel 2

Begriffsbestimmung der Klassifikation

- (1) a) Die Klassifikation besteht aus
- i) dem Text, der gemäß den Bestimmungen des Europäischen Übereinkommens über die Internationale Patentklassifikation vom 19. Dezember 1954 (im folgenden als „Europäisches Übereinkommen“ bezeichnet) abgefaßt und am 1. September 1968 in Kraft getreten sowie vom Generalsekretär des Europarats bekanntgemacht worden ist;
 - ii) den Änderungen, die nach Artikel 2 Absatz 2 des Europäischen Übereinkommens vor Inkrafttreten dieses Abkommens in Kraft getreten sind;
 - iii) den Änderungen, die nach diesem Zeitpunkt gemäß Artikel 5 vorgenommen worden sind und nach Artikel 6 in Kraft treten.

b) Die Einführung in die Internationale Patentklassifikation und die im Text der Klassifikation enthaltenen Anmerkungen sind Bestandteil der Klassifikation.

(2) a) Der in Absatz (1) Buchstabe a) Ziffer i) bezeichnete Text ist in zwei Urschriften, jede in englischer und französischer Sprache, enthalten, von denen zum Zeitpunkt der Auflegung dieses Abkommens zur Unterzeichnung eine beim Generalsekretär des Europarats und die andere beim Generaldirektor der durch das Übereinkommen vom 14. Juli 1967 errichteten Weltorganisation für geistiges Eigentum (im fol-

genden als „Generaldirektor“ und „Organisation“ bezeichnet) hinterlegt ist.

b) Die in Absatz (1) Buchstabe a) Ziffer ii) bezeichneten Änderungen werden in zwei Urschriften, jede in englischer und französischer Sprache, hinterlegt, und zwar eine beim Generalsekretär des Europarats und die andere beim Generaldirektor.

c) Die in Absatz (1) Buchstabe a) Ziffer iii) bezeichneten Änderungen werden in einer einzigen Urschrift in englischer und französischer Sprache beim Generaldirektor hinterlegt.

Artikel 3

Sprachen der Klassifikation

(1) Die Klassifikation wird in englischer und französischer Sprache abgefaßt, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

(2) Das Internationale Büro der Organisation (im folgenden als „Internationales Büro“ bezeichnet) stellt nach Konsultierung der beteiligten Regierungen entweder aufgrund einer von diesen Regierungen vorgeschlagenen Übersetzung oder unter Zuhilfenahme anderer Mittel, die keine finanziellen Auswirkungen auf den Haushaltsplan des besonderen Verbands oder für die Organisation haben, amtliche Texte der Klassifikation in deutscher, japanischer, portugiesischer, russischer und spanischer Sprache sowie in anderen Sprachen her, welche die in Artikel 7 genannte Versammlung bestimmen kann.

Artikel 4

Anwendung der Klassifikation

(1) Die Klassifikation hat nur verwaltungsmäßige Bedeutung.

(2) Jedes Land des besonderen Verbands ist berechtigt, die Klassifikation als Haupt- oder als Nebenklassifikation anzuwenden.

(3) Die zuständigen Behörden der Länder des besonderen Verbands werden

i) in den von ihnen erteilten Patenten, Erfinderscheinen, Gebrauchsmustern und Gebrauchszertifikaten sowie den entsprechenden von ihnen veröffentlichten oder auch nur zur öffentlichen Einsichtnahme ausgelegten Anmeldungen sowie

ii) in den in amtlichen Zeitschriften erscheinenden Bekanntmachungen der Veröffentlichung oder Auslegung der unter Ziffer i) bezeichneten Schriftstücke

die vollständigen Klassifikationssymbole angeben, die der Erfindung, welche den Gegenstand des unter Ziffer i) erwähnten Schriftstücks bildet, zugeordnet worden sind.

(4) Bei der Unterzeichnung dieses Abkommens oder der Hinterlegung der Ratifikations- oder Beitrittsurkunde

i) kann jedes Land erklären, daß es sich vorbehält, die Klassifikationssymbole der Gruppen oder Untergruppen in den in Absatz (3) genannten, nur zur öffentlichen Einsichtnahme ausgelegten Anmeldungen und in den darauf bezüglichen Bekanntmachungen nicht anzugeben;

ii) kann jedes Land, das weder eine sofortige noch eine aufgeschobene Neuheitsprüfung vornimmt und in dem im Verfahren für die Erteilung von Patenten oder anderen Schutzrechten keine Ermittlung des Standes der Technik vorgesehen ist, erklären, daß es sich vorbehält, die Klassifikationssymbole für die Gruppen und Untergruppen in den in Absatz (3) genannten Schriftstücken und Bekanntmachungen nicht anzugeben. Sind diese Bedingungen nur für bestimmte Arten von Schutzrechten oder nur für bestimmte Gebiete der Technik erfüllt, so kann das betref-

fende Land von dem Vorbehalt nur in diesem Umfang Gebrauch machen.

(5) Die Klassifikationssymbole sind unter Voranstellung der Bezeichnung „Internationale Patentklassifikation“ oder einer von dem in Artikel 5 bezeichneten Sachverständigenausschuß zu beschließenden Abkürzung davon in Fettdruck oder auf andere gut sichtbare Weise am Kopf eines jeden in Absatz (3) Ziffer i) bezeichneten Schriftstücks, in das sie aufgenommen werden müssen, aufzudrucken.

(6) Überträgt ein Land des besonderen Verbands die Erteilung von Patenten einer zwischenstaatlichen Behörde, so trifft es alle in seinen Kräften stehenden Maßnahmen, um sicherzustellen, daß diese Behörde die Klassifikation in Übereinstimmung mit diesem Artikel anwendet.

Artikel 5

Sachverständigenausschuß

(1) Es wird ein Sachverständigenausschuß gebildet, in dem jedes Land des besonderen Verbands vertreten ist.

(2) a) Der Generaldirektor lädt die auf dem Gebiet des Patentwesens spezialisierten zwischenstaatlichen Organisationen, von deren Mitgliedsländern mindestens eines diesem Abkommen angehört, ein, sich an den Sitzungen des Sachverständigenausschusses durch Beobachter vertreten zu lassen.

b) Der Generaldirektor kann und, wenn der Sachverständigenausschuß es beantragt, wird Vertreter anderer zwischenstaatlicher und internationaler nichtstaatlicher Organisationen einladen, an den sie interessierenden Beratungen teilzunehmen.

(3) Der Sachverständigenausschuß

- i) ändert die Klassifikation;
- ii) richtet an die Länder des besonderen Verbands Empfehlungen, um den Gebrauch der Klassifikation zu erleichtern und ihre einheitliche Anwendung zu fördern;
- iii) gewährt zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit seine Unterstützung bei der Umklassifizierung des Prüfstoßes, wobei er insbesondere den Bedürfnissen der Entwicklungsländer Rechnung trägt;
- iv) trifft alle sonstigen Maßnahmen, die, ohne finanzielle Auswirkungen auf den Haushaltsplan des besonderen Verbands oder für die Organisation zu haben, zur Erleichterung der Anwendung der Klassifikation durch Entwicklungsländer beitragen;
- v) ist berechtigt, Unterausschüsse und Arbeitsgruppen einzusetzen.

(4) Der Sachverständigenausschuß gibt sich eine Geschäftsordnung. Darin ist den in Absatz (2) Buchstabe a) bezeichneten zwischenstaatlichen Organisationen, die zur Weiterentwicklung der Klassifikation maßgeblich beitragen können, die Möglichkeit einzuräumen, an den Sitzungen der Unterausschüsse und Arbeitsgruppen teilzunehmen.

(5) Vorschläge für die Änderung der Klassifikation können von der zuständigen Behörde jedes Landes des besonderen Verbands, vom Internationalen Büro, von jeder gemäß Absatz (2) Buchstabe a) im Sachverständigenausschuß vertretenen zwischenstaatlichen Organisation und von jeder sonstigen Organisation unterbreitet werden, die vom Sachverständigenausschuß dazu aufgefordert worden ist. Die Vorschläge werden dem Internationalen Büro übermittelt, das sie den Mitgliedern des Sachverständigenausschusses und den Beobachtern spätestens zwei Monate vor der Tagung des Sachverständigenausschusses, in deren Verlauf sie geprüft werden sollen, unterbreitet.

(6) a) Jedes Mitgliedsland des Sachverständigenausschusses verfügt über eine Stimme.

b) Der Sachverständigenausschuß faßt seine Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der vertretenen und abstimmenden Länder.

c) Jeder Beschluß, der nach Ansicht eines Fünftels der vertretenen und abstimmenden Länder eine Änderung der Grundstruktur der Klassifikation herbeiführt oder eine wesentliche Umklassifizierungsarbeit nach sich zieht, bedarf

einer Mehrheit von drei Vierteln der vertretenen und abstimmenden Länder.

d) Stimmenthaltung gilt nicht als Stimmabgabe.

Artikel 6

Notifikation,

Inkrafttreten und Veröffentlichung von Änderungen und anderen Beschlüssen

(1) Das Internationale Büro notifiziert den zuständigen Behörden der Länder des besonderen Verbands alle Beschlüsse des Sachverständigenausschusses über Änderungen der Klassifikation sowie die Empfehlungen des Sachverständigenausschusses. Die Änderungen treten sechs Monate nach dem Zeitpunkt der Notifikation in Kraft.

(2) Das Internationale Büro nimmt die in Kraft getretenen Änderungen in die Klassifikation auf. Die Änderungen werden in den Zeitschriften veröffentlicht, die von der in Artikel 7 erwähnten Versammlung bestimmt werden.

Artikel 7

Versammlung des besonderen Verbands

(1) a) Der besondere Verband hat eine Versammlung, die sich aus den Ländern des besonderen Verbands zusammensetzt.

b) Die Regierung jedes Landes des besonderen Verbands wird durch einen Delegierten vertreten, der von Stellvertretern, Beratern und Sachverständigen unterstützt werden kann.

c) Jede in Artikel 5 Absatz (2) Buchstabe a) bezeichnete zwischenstaatliche Organisation kann sich in den Sitzungen der Versammlung und auf Beschluß der Versammlung in den Sitzungen der von ihr eingesetzten Ausschüsse oder Arbeitsgruppen durch einen Beobachter vertreten lassen.

d) Die Kosten jeder Delegation werden von der Regierung getragen, die sie entsandt hat.

(2) a) Vorbehaltlich des Artikels 5 wird die Versammlung

- i) alle Fragen betreffend die Erhaltung und die Entwicklung des besonderen Verbands sowie die Anwendung dieses Abkommens behandeln;
 - ii) dem Internationalen Büro Weisungen für die Vorbereitung der Revisionskonferenzen erteilen;
 - iii) die Berichte und die Tätigkeit des Generaldirektors betreffend den besonderen Verband prüfen und billigen und ihm alle zweckdienlichen Weisungen in Fragen erteilen, die in die Zuständigkeit des besonderen Verbands fallen;
 - iv) das Programm festlegen, den Dreijahres-Haushaltsplan des besonderen Verbands beschließen und seine Rechnungsabschlüsse billigen;
 - v) die Finanzvorschriften des besonderen Verbands beschließen;
 - vi) über die Herstellung amtlicher Texte der Klassifikation in anderen Sprachen als Englisch, Französisch und den in Artikel 3 Absatz (2) aufgeführten Sprachen entscheiden;
 - vii) die Ausschüsse und Arbeitsgruppen bilden, die sie zur Verwirklichung der Ziele des besonderen Verbands für zweckdienlich hält;
 - viii) vorbehaltlich des Absatzes (1) Buchstabe c) bestimmen, welche dem besonderen Verband nicht angehörenden Länder, welche zwischenstaatlichen und welche internationalen nichtstaatlichen Organisationen zu ihren Sitzungen und denen der von ihr eingesetzten Ausschüsse und Arbeitsgruppen als Beobachter zugelassen werden;
 - ix) jede andere Handlung vornehmen, die zur Erreichung der Ziele des besonderen Verbands geeignet ist;
 - x) alle anderen Aufgaben wahrnehmen, die sich aus diesem Abkommen ergeben.
- b) Über Fragen, die auch für andere von der Organisation verwaltete Verbände von Interesse sind, entscheidet die Versammlung nach Anhörung des Koordinierungsausschusses der Organisation.

(3) a) Jedes Mitgliedsland der Versammlung verfügt über eine Stimme.

b) Die Hälfte der Mitgliedsländer der Versammlung bildet das Quorum (die für die Beschlußfähigkeit erforderliche Mindestzahl).

c) Kommt dieses Quorum nicht zustande, so kann die Versammlung Beschlüsse fassen, die jedoch mit Ausnahme von Beschlüssen über ihr eigenes Verfahren nur dann wirksam werden, wenn die folgenden Bedingungen erfüllt sind: Das Internationale Büro teilt diese Beschlüsse den Mitgliedsländern der Versammlung, die nicht vertreten waren, mit und lädt sie ein, ihre Stimme oder Stimmenthaltung innerhalb einer Frist von drei Monaten, vom Zeitpunkt der Mitteilung an gerechnet, schriftlich bekanntzugeben. Erreicht bei Ablauf der Frist die Zahl der Länder, die auf diese Weise ihre Stimme oder Stimmenthaltung bekanntgegeben haben, die Zahl der Länder, die zur Erreichung des Quorums während der Tagung selbst fehlten, so werden die Beschlüsse wirksam, vorausgesetzt, daß zur gleichen Zeit die erforderliche Mehrheit erreicht bleibt.

d) Vorbehaltlich des Artikels 11 Absatz (2) faßt die Versammlung ihre Beschlüsse mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen.

e) Stimmenthaltung gilt nicht als Stimmabgabe.

f) Ein Delegierter kann nur ein Land vertreten und nur in dessen Namen abstimmen.

(4) a) Die Versammlung tritt nach Einberufung durch den Generaldirektor alle drei Jahre einmal zu einer ordentlichen Tagung zusammen, und zwar, abgesehen von außergewöhnlichen Fällen, zu derselben Zeit und an demselben Ort wie die Generalversammlung der Organisation.

b) Die Versammlung tritt nach Einberufung durch den Generaldirektor zu einer außerordentlichen Tagung zusammen, wenn ein Viertel der Mitgliedsländer der Versammlung es verlangt.

c) Die Tagesordnung jeder Tagung wird vom Generaldirektor vorbereitet.

(5) Die Versammlung gibt sich eine Geschäftsordnung.

Artikel 8

Internationales Büro

(1) a) Die Verwaltungsaufgaben des besonderen Verbands werden vom Internationalen Büro wahrgenommen.

b) Das Internationale Büro bereitet insbesondere die Sitzungen der Versammlung, des Sachverständigenausschusses sowie aller anderen Ausschüsse und Arbeitsgruppen, die die Versammlung oder der Sachverständigenausschuß gegebenenfalls gebildet hat, vor und besorgt das Sekretariat dieser Organe.

c) Der Generaldirektor ist der höchste Beamte des besonderen Verbands und vertritt diesen Verband.

(2) Der Generaldirektor und die von ihm bestimmten Mitglieder des Personals nehmen ohne Stimmrecht teil an allen Sitzungen der Versammlung und des Sachverständigenausschusses sowie aller anderen Ausschüsse oder Arbeitsgruppen, die die Versammlung oder der Sachverständigenausschuß gegebenenfalls gebildet hat. Der Generaldirektor oder ein von ihm bestimmtes Mitglied des Personals ist von Amts wegen Sekretär dieser Organe.

(3) a) Das Internationale Büro bereitet nach den Weisungen der Versammlung die Revisionskonferenzen vor.

b) Das Internationale Büro kann bei der Vorbereitung der Revisionskonferenzen zwischenstaatliche sowie internationale nichtstaatliche Organisationen konsultieren.

c) Der Generaldirektor und die von ihm bestimmten Personen nehmen ohne Stimmrecht an den Beratungen der Revisionskonferenzen teil.

(4) Das Internationale Büro nimmt alle anderen Aufgaben wahr, die ihm übertragen werden.

Artikel 9

Finanzen

(1) a) Der besondere Verband hat einen Haushaltsplan.

b) Der Haushaltsplan des besonderen Verbands umfaßt die eigenen Einnahmen und Ausgaben des besonderen Verbands, dessen Beitrag zum Haushaltsplan der gemeinsamen Ausgaben der Verbände sowie gegebenenfalls den dem Haushaltsplan der Konferenz der Organisation zur Verfügung gestellten Betrag.

c) Als gemeinsame Ausgaben der Verbände gelten die Ausgaben, die nicht ausschließlich dem besonderen Verband, sondern auch einem oder mehreren anderen von der Organisation verwalteten Verbänden zuzurechnen sind. Der Anteil des besonderen Verbands an diesen gemeinsamen Ausgaben entspricht dem Interesse, das der besondere Verband an ihnen hat.

(2) Der Haushaltsplan des besonderen Verbands wird unter Berücksichtigung der Notwendigkeit seiner Abstimmung mit den Haushaltsplänen der anderen von der Organisation verwalteten Verbände aufgestellt.

(3) Der Haushaltsplan des besonderen Verbands umfaßt folgende Einnahmen:

- i) Beiträge der Länder des besonderen Verbands;
- ii) Gebühren und Beträge für Dienstleistungen des Internationalen Büros im Rahmen des besonderen Verbands;
- iii) Verkaufserlöse und andere Einkünfte aus Veröffentlichungen des Internationalen Büros, die den besonderen Verband betreffen;
- iv) Schenkungen, Vermächtnisse und Zuwendungen;
- v) Mieten, Zinsen und andere verschiedene Einkünfte.

(4) a) Jedes Land des besonderen Verbands wird zur Bestimmung seines Beitrags im Sinne des Absatzes (3) Ziffer i) in die Klasse eingestuft, in die es im Pariser Verband zum Schutz des gewerblichen Eigentums eingestuft ist, und zahlt seinen Jahresbeitrag auf der Grundlage der für diese Klasse im Pariser Verband festgesetzten Zahl von Einheiten.

b) Der Jahresbeitrag jedes Landes des besonderen Verbands besteht aus einem Betrag, der in demselben Verhältnis zu der Summe der Jahresbeiträge aller Länder zum Haushaltsplan des besonderen Verbands steht wie die Zahl der Einheiten der Klasse, in die das Land eingestuft ist, zur Summe der Einheiten aller Länder.

c) Die Beiträge werden am 1. Januar jedes Jahres fällig.

d) Ein Land, das mit der Zahlung seiner Beiträge im Rückstand ist, kann sein Stimmrecht in keinem der Organe des besonderen Verbands ausüben, wenn der rückständige Betrag die Summe der von ihm für die zwei vorhergehenden Jahre geschuldeten Beiträge erreicht oder übersteigt. Jedoch kann jedes dieser Organe einem solchen Land gestatten, das Stimmrecht in diesem Organ weiter auszuüben, wenn und solange es überzeugt ist, daß der Zahlungsrückstand eine Folge außergewöhnlicher und unabwendbarer Umstände ist.

e) Wird der Haushaltsplan nicht vor Beginn eines neuen Rechnungsjahres beschlossen, so wird der Haushaltsplan des Vorjahres nach Maßgabe der Finanzvorschriften übernommen.

(5) Die Höhe der Gebühren und Beträge für Dienstleistungen des Internationalen Büros im Rahmen des besonderen Verbands wird vom Generaldirektor festgesetzt, der der Versammlung darüber berichtet.

(6) a) Der besondere Verband hat einen Betriebsmittelfonds, der durch eine einmalige Zahlung jedes Landes des besonderen Verbands gebildet wird. Reicht der Fonds nicht mehr aus, so beschließt die Versammlung seine Erhöhung.

b) Die Höhe der erstmaligen Zahlung jedes Landes zu diesem Fonds oder sein Anteil an dessen Erhöhung ist proportional zu dem Beitrag dieses Landes für das Jahr, in dem der Fonds gebildet oder die Erhöhung beschlossen wird.

c) Dieses Verhältnis und die Zahlungsbedingungen werden von der Versammlung auf Vorschlag des Generaldirektors und nach Anhörung des Koordinierungsausschusses der Organisation festgesetzt.

(7) a) Das Abkommen über den Sitz, das mit dem Land geschlossen wird, in dessen Hoheitsgebiet die Organisation ihren Sitz hat, sieht vor, daß dieses Land Vorschüsse gewährt, wenn der Betriebsmittelfonds nicht ausreicht. Die Höhe dieser Vorschüsse und die Bedingungen, unter denen sie gewährt werden, sind in jedem Fall Gegenstand besonderer Vereinbarungen zwischen diesem Land und der Organisation.

b) Das unter Buchstabe a) bezeichnete Land und die Organisation sind berechtigt, die Verpflichtung zur Gewährung von Vorschüssen durch schriftliche Notifikation zu kündigen. Die Kündigung wird drei Jahre nach Ablauf des Jahres wirksam, in dem sie notifiziert worden ist.

(8) Die Rechnungsprüfung wird nach Maßgabe der Finanzvorschriften von einem oder mehreren Ländern des besonderen Verbands oder von außenstehenden Rechnungsprüfern vorgenommen, die mit ihrer Zustimmung von der Versammlung bestimmt werden.

Artikel 10

Revision des Abkommens

(1) Dieses Abkommen kann von Zeit zu Zeit von einer besonderen Konferenz der Länder des besonderen Verbands Revisionen unterzogen werden.

(2) Die Einberufung einer Revisionskonferenz wird von der Versammlung beschlossen.

(3) Die Artikel 7, 8, 9 und 11 können entweder durch eine Revisionskonferenz oder nach Maßgabe des Artikels 11 geändert werden.

Artikel 11

Änderung einzelner Bestimmungen des Abkommens

(1) Vorschläge für die Änderung der Artikel 7, 8 und 9 sowie dieses Artikels können von jedem Land des besonderen Verbands oder vom Generaldirektor unterbreitet werden. Diese Vorschläge werden vom Generaldirektor mindestens sechs Monate, bevor sie in der Versammlung beraten werden, den Ländern des besonderen Verbands mitgeteilt.

(2) Änderungen der in Absatz (1) bezeichneten Artikel werden von der Versammlung beschlossen. Der Beschluß erfordert drei Viertel der abgegebenen Stimmen; jede Änderung des Artikels 7 und dieses Absatzes erfordert jedoch vier Fünftel der abgegebenen Stimmen.

(3) a) Jede Änderung der in Absatz (1) bezeichneten Artikel tritt einen Monat nach dem Zeitpunkt in Kraft, zu dem die schriftliche Notifikation der verfassungsmäßig zustande gekommenen Annahme des Änderungsvorschlags von drei Vierteln der Länder, die im Zeitpunkt der Beschlußfassung über die Änderung Mitglied des besonderen Verbands waren, beim Generaldirektor eingegangen ist.

b) Jede auf diese Weise angenommene Änderung der genannten Artikel bindet alle Länder, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens der Änderung Mitglied des besonderen Verbands sind; jedoch bindet eine Änderung, welche die finanziellen Verpflichtungen der Länder des besonderen Verbands erweitert, nur die Länder, die die Annahme dieser Änderung notifiziert haben.

c) Jede in Übereinstimmung mit Buchstabe a) angenommene Änderung bindet alle Länder, die nach dem Zeitpunkt, in dem die Änderung in Übereinstimmung mit Buchstabe a) in Kraft getreten ist, Mitglieder des besonderen Verbands werden.

Artikel 12

Möglichkeiten, Vertragspartei zu werden

(1) Jedes Vertragsland der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums kann Vertragspartei dieses Abkommens werden durch

- i) Unterzeichnung und nachfolgende Hinterlegung einer Ratifikationsurkunde oder
- ii) Hinterlegung einer Beitrittsurkunde.

(2) Die Ratifikations- oder Beitrittsurkunden werden beim Generaldirektor hinterlegt.

(3) Artikel 24 der Stockholmer Fassung der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums ist auf dieses Abkommen anzuwenden.

(4) Absatz (3) darf nicht dahin verstanden werden, daß er die Anerkennung oder stillschweigende Hinnahme der tatsächlichen Lage eines Gebiets, auf das dieses Abkommen durch ein Land aufgrund des genannten Absatzes anwendbar gemacht wird, durch ein anderes Land des besonderen Verbands in sich schließt.

Artikel 13

Inkrafttreten des Abkommens

(1) a) Dieses Abkommen tritt ein Jahr nach dem Zeitpunkt in Kraft, in dem die Ratifikations- oder Beitrittsurkunden hinterlegt worden sind

i) von zwei Dritteln der Länder, die zu dem Zeitpunkt, in dem dieses Abkommen zur Unterzeichnung aufgelegt wird, Vertragsparteien des Europäischen Übereinkommens waren und

ii) von drei Vertragsländern der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums, die bisher nicht Vertragsparteien des Europäischen Übereinkommens waren und von denen zumindest eines ein Land ist, in dem nach den jüngsten zur Zeit der Hinterlegung seiner Ratifikations- oder Beitrittsurkunde vom Internationalen Büro veröffentlichten Jahresstatistiken mehr als 40 000 Anmeldungen für Patente oder Erfinderscheine eingereicht worden sind.

b) Für jedes Land, für das dieses Abkommen nicht nach Buchstabe a) in Kraft getreten ist, tritt es ein Jahr nach dem Zeitpunkt der Notifizierung seiner Ratifikation oder seines Beitritts durch den Generaldirektor in Kraft, sofern in der Ratifikations- oder Beitrittsurkunde nicht ein späterer Zeitpunkt angegeben ist. In diesem Fall tritt das Abkommen für dieses Land zu dem angegebenen Zeitpunkt in Kraft.

c) Vertragsländer des Europäischen Übereinkommens, die dieses Abkommen ratifizieren oder ihm beitreten, müssen jenes Übereinkommen spätestens mit Wirkung von dem Tag an kündigen, an dem dieses Abkommen für sie in Kraft tritt.

(2) Die Ratifikation oder der Beitritt bewirkt von Rechts wegen die Annahme aller Bestimmungen und die Zulassung zu allen Vorteilen dieses Abkommens.

Artikel 14

Geltungsdauer des Abkommens

Dieses Abkommen hat dieselbe Geltungsdauer wie die Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums.

Artikel 15

Kündigung

(1) Jedes Land des besonderen Verbands kann dieses Abkommen durch eine an den Generaldirektor gerichtete Notifikation kündigen.

(2) Die Kündigung wird ein Jahr nach dem Tag wirksam, an dem die Notifikation beim Generaldirektor eingegangen ist.

(3) Das in diesem Artikel vorgesehene Kündigungsrecht kann von einem Land nicht vor Ablauf von fünf Jahren seit dem Zeitpunkt ausgeübt werden, zu dem es Mitglied des besonderen Verbands geworden ist.

Artikel 16

Unterzeichnung, Sprachen, Notifikation, Aufgaben der Hinterlegungsstelle

(1) a) Dieses Abkommen wird in einer Urschrift in englischer und französischer Sprache unterzeichnet, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

b) Dieses Abkommen liegt bis zum 30. September 1971 in Straßburg zur Unterzeichnung auf.

c) Die Urschrift dieses Abkommens wird, sobald es nicht mehr zur Unterzeichnung aufliegt, beim Generaldirektor hinterlegt.

(2) Amtliche Texte werden vom Generaldirektor nach Beratung mit den beteiligten Regierungen in deutscher, japanischer, portugiesischer, russischer und spanischer Sprache sowie in anderen Sprachen hergestellt, die die Versammlung bestimmen kann.

(3) a) Der Generaldirektor übermittelt zwei von ihm beglaubigte Abschriften des unterzeichneten Textes dieses Abkommens den Regierungen der Länder, die es unterzeichnet haben, und der Regierung jedes anderen Landes, die es verlangt. Außerdem übermittelt er eine von ihm beglaubigte Abschrift dem Generalsekretär des Europarats.

b) Der Generaldirektor übermittelt zwei von ihm beglaubigte Abschriften jeder Änderung dieses Abkommens den Regierungen aller Länder des besonderen Verbands und der Regierung jedes anderen Landes, die es verlangt. Außerdem übermittelt er eine von ihm beglaubigte Abschrift dem Generalsekretär des Europarats.

c) Der Generaldirektor übersendet der Regierung eines jeden Landes, das dieses Abkommen unterzeichnet hat oder ihm beiträgt, auf Verlangen eine von ihm beglaubigte Abschrift der Klassifikation in englischer oder französischer Sprache.

(4) Der Generaldirektor läßt dieses Abkommen beim Sekretariat der Vereinten Nationen registrieren.

(5) Der Generaldirektor notifiziert den Regierungen aller Vertragsländer der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums und dem Generalsekretär des Europarats

- i) die Unterzeichnungen,
- ii) die Hinterlegungen von Ratifikations- oder Beitrittsurkunden,
- iii) den Tag des Inkrafttretens des Abkommens,

iv) die Vorbehalte betreffend die Anwendung der Klassifikation,

v) die Annahmen der Änderungen des Abkommens,

vi) die Zeitpunkte, zu denen diese Änderungen in Kraft treten,

vii) die eingegangenen Kündigungen.

Artikel 17

Übergangsbestimmungen

(1) Während eines Zeitraums von zwei Jahren nach Inkrafttreten dieses Abkommens können Länder, die Vertragsparteien des Europäischen Übereinkommens, aber noch nicht Mitglieder des besonderen Verbands sind, auf Wunsch im Sachverständigenausschuß die gleichen Rechte ausüben, die sie als Mitglieder des besonderen Verbands hätten.

(2) Während eines Zeitraums von drei Jahren nach Ablauf der in Absatz (1) vorgesehenen Frist können sich die dort bezeichneten Länder in den Sitzungen des Sachverständigenausschusses und auf Beschluß des Ausschusses in den Sitzungen der von ihm eingesetzten Unterausschüsse und Arbeitsgruppen durch Beobachter vertreten lassen. Während des gleichen Zeitraums können sie Änderungsvorschläge zu der Klassifikation nach Maßgabe des Artikels 5 Absatz (5) unterbreiten; die Beschlüsse und Empfehlungen des Sachverständigenausschusses werden ihnen nach Maßgabe des Artikels 6 Absatz (1) notifiziert.

(3) Während eines Zeitraums von fünf Jahren nach Inkrafttreten dieses Abkommens können sich die Länder, die Vertragsparteien des Europäischen Übereinkommens, aber noch nicht Mitglieder des besonderen Verbands sind, in den Sitzungen der Versammlung und auf Beschluß der Versammlung in den Sitzungen der von ihr eingesetzten Ausschüsse und Arbeitsgruppen durch Beobachter vertreten lassen.

ZU URKUND DESSEN haben die hierzu gehörig bevollmächtigten Unterzeichneten dieses Abkommen unterschrieben.

GESCHEHEN zu Straßburg am 24. März 1971.

Strasbourg Agreement Concerning the International Patent Classification of March 24, 1971

The Contracting Parties,

Considering that the universal adoption of a uniform system of classification of patents, inventors' certificates, utility models and utility certificates is in the general interest and is likely to establish closer international cooperation in the industrial property field, and to contribute to the harmonization of national legislation in that field,

Recognizing the importance of the European Convention on the International Classification of Patents for Invention, of December 19, 1954, under which the Council of Europe created the International Classification of Patents for Invention,

Having regard to the universal value of this Classification, and to its importance to all countries party to the Paris Convention for the Protection of Industrial Property,

Having regard to the importance to developing countries of this Classification, which gives them easier access to the ever-expanding volume of modern technology,

Having regard to Article 19 of the Paris Convention for the Protection of Industrial Property of March 20, 1883, as revised at Brussels on December 14, 1900, at Washington on June 2, 1911, at The Hague on November 6, 1925, at London on June 2,

1934, at Lisbon on October 31, 1958, and at Stockholm on July 14, 1967,

Agree as follows:

Article 1

Establishment of a Special Union; Adoption of an International Classification

The countries to which this Agreement applies constitute a Special Union and adopt a common classification for patents for invention, inventors' certificates, utility models and utility certificates, to be known as the "International Patent Classification" (hereinafter designated as the "Classification").

Article 2

Definition of the Classification

(1) (a) The Classification comprises:

(i) the text which was established pursuant to the provisions of the European Convention on the International Classification of Patents for Invention of December 19, 1954, (hereinafter designated as the "European Convention"), and which came into force and was published by the Secretary General of the Council of Europe on September 1, 1968;

(ii) the amendments which have entered into force pursuant to Article 2(2) of the European Convention prior to the entry into force of this Agreement;

(iii) the amendments made thereafter in accordance with Article 5 which enter into force pursuant to the provisions of Article 6.

(b) The Guide and the notes included in the text of the Classification are an integral part thereof.

(2) (a) The text referred to in paragraph (1)(a)(i) is contained in two authentic copies, each in the English and French languages, deposited, at the time that this Agreement is opened for signature, one with the Secretary General of the Council of Europe and the other with the Director General of the World Intellectual Property Organization (hereinafter respectively designated "Director General" and "Organization") established by the Convention of July 14, 1967.

(b) The amendments referred to in paragraph (1)(a)(ii) shall be deposited in two authentic copies, each in the English and French languages, one with the Secretary General of the Council of Europe and the other with the Director General.

(c) The amendments referred to in paragraph (1)(a)(iii) shall be deposited in one authentic copy only, in the English and French languages, with the Director General.

Article 3

Languages of the Classification

(1) The Classification shall be established in the English and French languages, both texts being equally authentic.

(2) Official texts of the Classification, in German, Japanese, Portuguese, Russian, Spanish and in such other languages as the Assembly referred to in Article 7 may designate, shall be established by the International Bureau of the Organization (hereinafter designated as the "International Bureau"), in consultation with the interested Governments and either on the basis of a translation submitted by those Governments or by any other means which do not entail financial implications for the budget of the Special Union or for the Organization.

Article 4

Use of the Classification

(1) The Classification shall be solely of an administrative character.

(2) Each country of the Special Union shall have the right to use the Classification either as a principal or as a subsidiary system.

(3) The competent authorities of the countries of the Special Union shall include in

(i) patents, inventors' certificates, utility models and utility certificates issued by them, and in applications relating thereto, whether published or only laid open for public inspection by them, and

(ii) notices, appearing in official periodicals, of the publication or laying open of the documents referred to in subparagraph (i)

the complete symbols of the Classification applied to the invention to which the document referred to in subparagraph (i) relates.

(4) When signing this Agreement or when depositing its instrument of ratification or accession:

(i) any country may declare that it does not undertake to include the symbols relating to groups or subgroups of the Classification in applications as referred to in paragraph (3) which are only laid open for public inspection and in notices relating thereto, and

(ii) any country which does not proceed to an examination as to novelty, whether immediate or deferred, and in which the procedure for the grant of patents or other kinds of protection does not provide for a search into the state of the art, may declare that it does not under-

take to include the symbols relating to the groups and subgroups of the Classification in the documents and notices referred to in paragraph (3). If these conditions exist only in relation to certain kinds of protection or certain fields of technology, the country in question may only make this reservation to the extent that the conditions apply.

(5) The symbols of the Classification, preceded by the words "International Patent Classification" or an abbreviation thereof to be determined by the Committee of Experts referred to in Article 5, shall be printed in heavy type, or in such a manner that they are clearly visible, in the heading of each document referred to in paragraph (3)(i) in which they are to be included.

(6) If any country of the Special Union entrusts the grant of patents to an intergovernmental authority, it shall take all possible measures to ensure that this authority uses the Classification in accordance with this Article.

Article 5

Committee of Experts

(1) A Committee of Experts shall be set up in which each country of the Special Union shall be represented.

(2) (a) The Director General shall invite intergovernmental organizations specialized in the patent field, and of which at least one of the member countries is party to this Agreement, to be represented by observers at meetings of the Committee of Experts.

(b) The Director General may, and, if requested by the Committee of Experts, shall, invite representatives of other intergovernmental and international non-governmental organizations to participate in discussions of interest to them.

(3) The Committee of Experts shall:

(i) amend the Classification;

(ii) address recommendations to the countries of the Special Union for the purpose of facilitating the use of the Classification and promoting its uniform application;

(iii) assist in the promotion of international cooperation in the reclassification of documentation used for the examination of inventions, taking in particular the needs of developing countries into account;

(iv) take all other measures which, without entailing financial implications for the budget of the Special Union or for the Organization, contribute towards facilitating the application of the Classification by developing countries;

(v) have the right to establish subcommittees and working groups.

(4) The Committee of Experts shall adopt its own Rules of Procedure. These shall allow for the possibility of participation of intergovernmental organizations, referred to in paragraph (2)(a), which can perform substantial work in the development of the Classification, in meetings of its subcommittees and working groups.

(5) Proposals for amendments to the Classification may be made by the competent authority of any country of the Special Union, the International Bureau, any intergovernmental organization represented in the Committee of Experts pursuant to paragraph (2)(a) and any other organization specially invited by the Committee of Experts to submit such proposals. The proposals shall be communicated to the International Bureau which shall submit them to the members of the Committee of Experts and to the observers not later than two months before the session of the Committee of Experts at which the said proposals are to be considered.

(6)(a) Each country member of the Committee of Experts shall have one vote.

(b) The decisions of the Committee of Experts shall require a simple majority of the countries represented and voting.

(c) Any decision which is regarded by one-fifth of the countries represented and voting as giving rise to a modification in the basis structure of the Classification or as entailing a substantial work of reclassification shall require a majority of three-fourths of the countries represented and voting.

(d) Abstentions shall not be considered as votes.

Article 6

Notification, Entry into Force and Publication of Amendments and Other Decisions

(1) Every decision of the Committee of Experts concerning the adoption of amendments to the Classification and recommendations of the Committee of Experts shall be notified by the International Bureau to the competent authorities of the countries of the Special Union. The amendments shall enter into force six months from the date of dispatch of the notification.

(2) The International Bureau shall incorporate in the Classification the amendments which have entered into force. Announcements of the amendments shall be published in such periodicals as are designated by the Assembly referred to in Article 7.

Article 7

Assembly of the Special Union

(1) (a) The Special Union shall have an Assembly consisting of the countries of the Special Union.

(b) The Government of each country of the Special Union shall be represented by one delegate, who may be assisted by alternate delegates, advisors and experts.

(c) Any intergovernmental organization referred to in Article 5(2)(a) may be represented by an observer in the meetings of the Assembly, and, if the Assembly so decides, in those of such committees or working groups as may have been established by the Assembly.

(d) The expenses of each delegation shall be borne by the Government which has appointed it.

(2) (a) Subject to the provisions of Article 5, the Assembly shall:

- (i) deal with all matters concerning the maintenance and development of the Special Union and the implementation of this Agreement;
- (ii) give directions to the International Bureau concerning the preparation for conferences of revision;
- (iii) review and approve the reports and activities of the Director General concerning the Special Union, and give him all necessary instructions concerning matters within the competence of the Special Union;
- (iv) determine the program and adopt the triennial budget of the Special Union, and approve its final accounts;
- (v) adopt the financial regulations of the Special Union;
- (vi) decide on the establishment of official texts of the Classification in languages other than English, French and those listed in Article 3(2);
- (vii) establish such committees and working groups as it deems appropriate to achieve the objectives of the Special Union;
- (viii) determine, subject to paragraph (1)(c), which countries not members of the Special Union and which intergovernmental and international non-governmental organizations shall be admitted as observers to its meetings, and to those of any committee or working group established by it;
- (ix) take any other appropriate action designed to further the objectives of the Special Union;
- (x) perform such other functions as are appropriate under this Agreement.

(b) With respect to matters which are of interest also to other Unions administered by the Organization, the Assembly

shall make its decisions after having heard the advice of the Coordination Committee of the Organization.

(3)(a) Each country member of the Assembly shall have one vote.

(b) One-half of the countries members of the Assembly shall constitute a quorum.

(c) In the absence of the quorum, the Assembly may not make decisions but, with the exception of decisions concerning its own procedure, all such decisions shall take effect only if the conditions set forth hereinafter are fulfilled. The International Bureau shall communicate the said decisions to the countries members of the Assembly which were not represented and shall invite them to express in writing their vote or abstention within a period of three months from the date of the communication. If, at the expiration of this period, the number of countries having thus expressed their vote or abstention attains the number of countries which was lacking for attaining the quorum in the session itself, such decision shall take effect provided that at the same time the required majority still obtains.

(d) Subject to the provisions of Article 11(2), the decisions of the Assembly shall require two-thirds of the votes cast.

(e) Abstentions shall not be considered as votes.

(f) A delegate may represent, and vote in the name of, one country only.

(4) (a) The Assembly shall meet once in every third calendar year in ordinary session upon convocation by the Director General and, in the absence of exceptional circumstances, during the same period and at the same place as the General Assembly of the Organization.

(b) The Assembly shall meet in extraordinary session upon convocation by the Director General, at the request of one-fourth of the countries members of the Assembly.

(c) The agenda of each session shall be prepared by the Director General.

(5) The Assembly shall adopt its own Rules of Procedure.

Article 8

International Bureau

(1) (a) Administrative tasks concerning the Special Union shall be performed by the International Bureau.

(b) In particular, the International Bureau shall prepare the meetings and provide the secretariat of the Assembly, the Committee of Experts and such other committees or working groups as may have been established by the Assembly or the Committee of Experts.

(c) The Director General shall be the chief executive of the Special Union and shall represent the Special Union.

(2) The Director General and any staff member designated by him shall participate, without the right to vote, in all meetings of the Assembly, the Committee of Experts and such other committees or working groups as may have been established by the Assembly or the Committee of Experts. The Director General, or a staff member designated by him, shall be *ex officio* secretary of those bodies.

(3) (a) The International Bureau shall, in accordance with the directions of the Assembly, make the preparations for revision conferences.

(b) The International Bureau may consult with intergovernmental and international non-governmental organizations concerning preparations for revision conferences.

(c) The Director General and persons designated by him shall take part, without the right to vote, in the discussions at revision conferences.

(4) The International Bureau shall carry out any other tasks assigned to it.

Article 9

Finances

- (1) (a) The Special Union shall have a budget.
- (b) The budget of the Special Union shall include the income and expenses proper to the Special Union, its contribution to the budget of expenses common to the Unions and, where applicable, the sum made available to the budget of the Conference of the Organization.
- (c) Expenses not attributable exclusively to the Special Union but also to one or more other Unions administered by the Organization shall be considered as expenses common to the Unions. The share of the Special Union in such common expenses shall be in proportion to the interest the Special Union has in them.
- (2) The budget of the Special Union shall be established with due regard to the requirements of coordination with the budgets of the other Unions administered by the Organization.
- (3) The budget of the Special Union shall be financed from the following sources:
- (i) contributions of the countries of the Special Union;
 - (ii) fees and charges due for services rendered by the International Bureau in relation to the Special Union;
 - (iii) sale of, or royalties on, the publications of the International Bureau concerning the Special Union;
 - (iv) gifts, bequests and subventions;
 - (v) rents, interests and other miscellaneous income.
- (4) (a) For the purpose of establishing its contribution referred to in paragraph (3)(i), each country of the Special Union shall belong to the same class as it belongs to in the Paris Union for the Protection of Industrial Property, and shall pay its annual contribution on the basis of the same number of units as is fixed for that class in that Union.
- (b) The annual contribution of each country of the Special Union shall be an amount in the same proportion to the total sum to be contributed to the budget of the Special Union by all countries as the number of its units is to the total of the units of all contributing countries.
- (c) Contributions shall become due on the first of January of each year.
- (d) A country which is in arrears in the payment of its contributions may not exercise its right to vote in any organ of the Special Union if the amount of its arrears equals or exceeds the amount of the contributions due from it for the preceding two full years. However, any organ of the Special Union may allow such a country to continue to exercise its right to vote in that organ if, and as long as, it is satisfied that the delay in payment is due to exceptional and unavoidable circumstances.
- (e) If the budget is not adopted before the beginning of a new financial period, it shall be at the same level as the budget of the previous year, as provided in the financial regulations.
- (5) The amount of the fees and charges due for services rendered by the International Bureau in relation to the Special Union shall be established, and shall be reported to the Assembly, by the Director General.
- (6) (a) The Special Union shall have a working capital fund which shall be constituted by a single payment made by each country of the Special Union. If the fund becomes insufficient, the Assembly shall decide to increase it.
- (b) The amount of the initial payment of each country to the said fund or of its participation in the increase thereof shall be a proportion of the contribution of that country for the year in which the fund is established or the decision to increase it is made.
- (c) The proportion and the terms of payment shall be fixed by the Assembly on the proposal of the Director General and after it has heard the advice of the Coordination Committee of the Organization.

(7) (a) In the headquarters agreement concluded with the country on the territory of which the Organization has its headquarters, it shall be provided that, whenever the working capital fund is insufficient, such country shall grant advances. The amount of those advances and the conditions on which they are granted shall be the subject of separate agreements, in each case, between such country and the Organization.

(b) The country referred to in subparagraph (a) and the Organization shall each have the right to denounce the obligation to grant advances, by written notification. Denunciation shall take effect three years after the end of the year in which it was notified.

(8) The auditing of the accounts shall be effected by one or more of the countries of the Special Union or by external auditors, as provided in the financial regulations. They shall be designated, with their agreement, by the Assembly.

Article 10

Revision of the Agreement

(1) This Agreement may be revised from time to time by a special conference of the countries of the Special Union.

(2) The convocation of any revision conference shall be decided by the Assembly.

(3) Articles 7, 8, 9 and 11 may be amended either by a revision conference or according to the provisions of Article 11.

Article 11

Amendment of Certain Provisions of the Agreement

(1) Proposals for the amendment of Articles 7, 8, 9 and of the present Article may be initiated by any country of the Special Union or by the Director General. Such proposals shall be communicated by the Director General to the countries of the Special Union at least six months in advance of their consideration by the Assembly.

(2) Amendments to the Articles referred to in paragraph (1) shall be adopted by the Assembly. Adoption shall require three-fourths of the votes cast, provided that any amendment to Article 7 and to the present paragraph shall require four-fifths of the votes cast.

(3) (a) Any amendment to the Articles referred to in paragraph (1) shall enter into force one month after written notifications of acceptance, effected in accordance with their respective constitutional processes, have been received by the Director General from three-fourths of the countries members of the Special Union at the time the amendment was adopted.

(b) Any amendment to the said Articles thus accepted shall bind all the countries which are members of the Special Union at the time the amendment enters into force, provided that any amendment increasing the financial obligations of countries of the Special Union shall bind only those countries which have notified their acceptance of such amendment.

(c) Any amendment accepted in accordance with the provisions of subparagraph (a) shall bind all countries which become members of the Special Union after the date on which the amendment entered into force in accordance with the provisions of subparagraph (a).

Article 12

Becoming Party to the Agreement

(1) Any country party to the Paris Convention for the Protection of Industrial Property may become party to this Agreement by:

- (i) signature followed by the deposit of an instrument of ratification, or
- (ii) deposit of an instrument of accession.

(2) Instruments of ratification or accession shall be deposited with the Director General.

(3) The provisions of Article 24 of the Stockholm Act of the Paris Convention for the Protection of Industrial Property shall apply to this Agreement.

(4) Paragraph (3) shall in no way be understood as implying the recognition or tacit acceptance, by a country of the Special Union, of the factual situation concerning a territory to which this Agreement is made applicable by another country by virtue of the said paragraph.

Article 13

Entry into Force of the Agreement

(1) (a) This Agreement shall enter into force one year after instruments of ratification or accession have been deposited by:

(i) two-thirds of the countries party to the European Convention on the date on which this Agreement is opened for signature, and

(ii) three countries party to the Paris Convention for the Protection of Industrial Property, which were not previously party to the European Convention and of which at least one is a country where, according to the most recent annual statistics published by the International Bureau on the date of deposit of its instruments of ratification or accession, more than 40,000 applications for patents or inventors' certificates have been filed.

(b) With respect to any country other than those for which this Agreement has entered into force pursuant to subparagraph (a), it shall enter into force one year after the date on which the ratification or accession of that country was notified by the Director General, unless a subsequent date has been indicated in the instrument of ratification or accession. In the latter case, this Agreement shall enter into force with respect to that country on the date thus indicated.

(c) Countries party to the European Convention which ratify this Agreement or accede to it shall be obliged to denounce the said Convention, at the latest, with effect from the day on which this Agreement enters into force with respect to those countries.

(2) Ratification or accession shall automatically entail acceptance of all the clauses and admission to all the advantages of this Agreement.

Article 14

Duration of the Agreement

This Agreement shall have the same duration as the Paris Convention for the Protection of Industrial Property.

Article 15

Denunciation

(1) Any country of the Special Union may denounce this Agreement by notification addressed to the Director General.

(2) Denunciation shall take effect one year after the day on which the Director General has received the notification.

(3) The right of denunciation provided by this Article shall not be exercised by any country before the expiration of five years from the date upon which it becomes a member of the Special Union.

Article 16

Signature, Languages, Notification, Depositary Functions

(1) (a) This Agreement shall be signed in a single original in the English and French languages, both texts being equally authentic.

(b) This Agreement shall remain open for signature at Strasbourg until September 30, 1971.

(c) The original of this Agreement, when no longer open for signature, shall be deposited with the Director General.

(2) Official texts shall be established by the Director General, after consultation with the interested Governments, in German, Japanese, Portuguese, Russian, Spanish and such other languages as the Assembly may designate.

(3) (a) The Director General shall transmit two copies, certified by him, of the signed text of this Agreement to the Governments of the countries that have signed it and, on request, to the Government of any other country. He shall also transmit a copy, certified by him, to the Secretary General of the Council of Europe.

(b) The Director General shall transmit two copies, certified by him, of any amendment to this Agreement to the Governments of all countries of the Special Union and, on request, to the Government of any other country. He shall also transmit a copy, certified by him, to the Secretary General of the Council of Europe.

(c) The Director General shall, on request, furnish the Government of any country that has signed this Agreement, or that accedes to it, with a copy of the Classification, certified by him, in the English or French language.

(4) The Director General shall register this Agreement with the Secretariat of the United Nations.

(5) The Director General shall notify the Governments of all countries party to the Paris Convention for the Protection of Industrial Property and the Secretariat General of the Council of Europe of:

- (i) signatures;
- (ii) deposits of instruments of ratification or accession;
- (iii) the date of entry into force of this Agreement;
- (iv) reservations on the use of the Classification;
- (v) acceptances of amendments to this Agreement;
- (vi) the dates on which such amendments enter into force;
- (vii) denunciations received.

Article 17

Transitional Provisions

(1) During the two years following the entry into force of this Agreement, the countries party to the European Convention which are not yet members of the Special Union may enjoy, if they so wish, the same rights in the Committee of Experts as if they were members of the Special Union.

(2) During the three years following the expiration of the period referred to in paragraph (1), the countries referred to in the said paragraph may be represented by observers in the meetings of the Committee of Experts and, if the said Committee so decides, in any subcommittee or working group established by it. During the same period they may submit proposals for amendments to the Classification, in accordance with Article 5(5), and shall be notified of the decisions and recommendations of the Committee of Experts, in accordance with Article 6(1).

(3) During the five years following the entry into force of this Agreement, the countries party to the European Convention which are not yet members of the Special Union may be represented by observers in the meetings of the Assembly and, if the Assembly so decides, in any committee or working group established by it.

IN WITNESS WHEREOF, the undersigned, being duly authorized hereto, have signed this Agreement.

DONE at Strasbourg on March 24, 1971.

**Bekanntmachung
über den Beitritt
der Deutschen Demokratischen Republik
zum Abkommen vom 20. März 1958
über die Annahme einheitlicher Bedingungen
für die Genehmigung der Ausrüstungsgegenstände
und Teile von Kraftfahrzeugen
und über die gegenseitige Anerkennung
der Genehmigung
vom 24. September 1976**

Am 4. Oktober 1974 wurde die Beitrittsurkunde der Deutschen Demokratischen Republik zum nachstehend veröffentlichten Abkommen vom 20. März 1958 in der revidierten Fassung vom 10. November 1967 über die Annahme einheitlicher Bedingungen für die Genehmigung der Ausrüstungsgegenstände und Teile von Kraftfahrzeugen und über die gegenseitige Anerkennung der Genehmigung hinterlegt.

Bei der Hinterlegung der Beitrittsurkunde wurde von seiten der Deutschen Demokratischen Republik zu Artikel 10 des Abkommens folgender Vorbehalt erklärt:

„Die Deutsche Demokratische Republik betrachtet sich nicht durch die Bestimmungen des Artikels 10 des Abkommens gebunden, wonach ein Streitfall über die Auslegung oder Anwendung des Abkommens, der nicht auf dem Verhandlungswege beigelegt wurde, auf Antrag einer der streitenden Vertragsparteien einem Schiedsverfahren zu unterwerfen ist.

Die Deutsche Demokratische Republik vertritt hierzu die Auffassung, daß in jedem Einzelfall die Zustimmung aller am Streitfall beteiligten Vertragsparteien erforderlich ist, um einen bestimmten Streitfall durch ein Schiedsverfahren zu entscheiden.“

Zu Artikel 1 Absatz 6 und zu Artikel 9 des Abkommens gab die Deutsche Demokratische Republik folgende Erklärung ab:

Zu Artikel 1 Absatz 6 des Abkommens:

„Die Deutsche Demokratische Republik betrachtet gemäß Artikel 1 Absatz 6 des Abkommens alle dem Abkommen zu dieser Zeit angeschlossenen Regelungen für sich nicht als verbindlich.“

Zu Artikel 9 des Abkommens:

„Die Deutsche Demokratische Republik läßt sich in ihrer Haltung zu den Abkommensbestimmungen, die die Anwendung dieses Abkommens auf Kolonialgebiete und abhängige Territorien betreffen, von den Festlegungen der Deklaration der Vereinten Nationen über die Gewährung der Unabhängigkeit an die kolonialen Länder und Völker (Res. Nr. 1514 [XV] vom 14. Dezember 1960) leiten, welche die Notwendigkeit einer schnellen und bedingungslosen Beendigung des Kolonialismus in allen seinen Formen und Äußerungen proklamieren.“

Das Abkommen ist gemäß seinem Artikel 7 Absatz 2 am 3. Dezember 1974 für die Deutsche Demokratische Republik in Kraft getreten.

Am 4. November 1975 wurde dem Generalsekretär der Vereinten Nationen eine Note zu diesem Abkommen übergeben, in der die Deutsche Demokratische Republik die Anwendung der dem Abkommen angeschlossenen Regelungen Nr. 1, 2, 3, 4, 6, 7, 8, 19, 20 und 23 mitteilte.

Die genannten Regelungen sind gemäß Artikel 1 Absatz 8 des Abkommens am 3. Januar 1976 für die Deutsche Demokratische Republik in Kraft getreten.

Die Texte der Regelungen werden im Sonderdruck Nr. 886 des Gesetzblattes veröffentlicht.

Berlin, den 24. September 1976

**Der Sekretär des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik
H. Eichler**

(Übersetzung)

**Abkommen
über die Annahme einheitlicher Bedingungen
für die Genehmigung und gegenseitige Anerkennung
der Genehmigung für Ausrüstungsgegenstände
und Teile von Kraftfahrzeugen vom 20. März 1958
in der revidierten Fassung vom 10. November 1967**

Präambel

DIE VERTRAGSPARTEIEN,

IM BESTREBEN, einheitliche Mindestbedingungen für die in ihren Staaten zu erteilende Genehmigung gewisser Ausrüstungsgegenstände und Teile von Kraftfahrzeugen festzulegen und

IM BESTREBEN, in ihren Staaten die Verwendung der von den zuständigen Behörden einer Vertragspartei in dieser Weise genehmigten Ausrüstungsgegenstände und Teile zu erleichtern,

HABEN FOLGENDES VEREINBART:

Artikel 1

1. Die Vertragsparteien werden auf der Grundlage der folgenden Absätze und Artikel einheitliche Bedingungen für die Genehmigung von Ausrüstungsgegenständen und Teilen von Kraftfahrzeugen und für Genehmigungszeichen festlegen und die aufgrund dieser Bedingungen erteilten Genehmigungen gegenseitig anerkennen.

Im Sinne dieses Abkommens

— umfaßt die Bezeichnung „Ausrüstungsgegenstände und Teile von Kraftfahrzeugen“ alle Ausrüstungsgegen-

stände zum Schutz von Fahrzeugführern oder Insassen und Ausrüstungsgegenstände oder Teile, deren Vorhandensein am oder im Fahrzeug die Verkehrssicherheit beeinflusst, wenn dieses sich in Bewegung befindet;

- umfaßt die Bezeichnung „Genehmigung der Ausrüstungsgegenstände und Teile von Kraftfahrzeugen“ im Hinblick auf die besonderen Erfordernisse, denen ein mit den betreffenden Ausrüstungsgegenständen oder Teilen ausgestatteter Fahrzeugtyp zu entsprechen hat, die Genehmigung des betreffenden mit diesen Ausrüstungsgegenständen oder Teilen ausgestatteten Fahrzeugtyps.
2. Einigen sich die zuständigen Behörden mindestens zweier Vertragsparteien über einheitliche Bedingungen für die Genehmigung von Ausrüstungsgegenständen oder Teilen von Kraftfahrzeugen, so erarbeiten sie für diese Ausrüstungsgegenstände und Teile den Entwurf einer Vorschrift in bezug auf
- a) die betreffenden Ausrüstungsgegenstände und Teile;
 - b) die Bedingungen, denen diese Ausrüstungsgegenstände und Teile entsprechen müssen, einschließlich der Prüfungen, denen diese Gegenstände und Teile standhalten müssen; die Vorschrift kann gegebenenfalls die ent-

sprechend ausgerüsteten Prüfstellen bezeichnen, wo die Versuche durchgeführt werden müssen, die zur Genehmigung der angemeldeten Ausrüstungsgegenstände und Teile erforderlich sind;

c) die Genehmigungszeichen.

3. Die Vertragsparteien, die sich über den Entwurf einer Vorschrift geeinigt haben, übermitteln diesen dem Generalsekretär der Vereinten Nationen und schlagen den Tag vor, an dem dieser als Anhang zu diesem Abkommen in Kraft treten soll. Dieser Tag muß mindestens fünf Monate nach dem Tag der Mitteilung liegen.
4. Der Generalsekretär teilt den anderen Vertragsparteien diesen Entwurf und den Tag mit, an dem der Entwurf in Kraft treten soll.
5. An diesem Tage tritt die Vorschrift als Anhang zu dem Abkommen für alle Vertragsparteien in Kraft, die den Generalsekretär innerhalb von drei Monaten seit dessen Mitteilung davon unterrichtet haben, daß sie sie annehmen. Der Generalsekretär benachrichtigt alle Vertragsparteien vom Inkrafttreten der Vorschrift und übersendet die Liste der Vertragsparteien, die sie angenommen haben.
6. Bei Hinterlegung der Ratifikations- oder Beitrittsurkunde kann jeder Staat erklären, daß er sich durch einige oder alle Bestimmungen der Vorschrift im Anhang zum Abkommen nicht gebunden betrachtet. Ist zu dieser Zeit das in den Absätzen 2, 3, 4 und 5 dieses Artikels vorgesehene Verfahren für den Entwurf einer Vorschrift in Gang, so teilt der Generalsekretär diesen Entwurf der neuen Vertragspartei mit, und der Entwurf tritt als Vorschrift für diese Vertragspartei nur unter den im Absatz 5 dieses Artikels vorgesehenen Bedingungen in Kraft, wobei die Frist mit dem Tag der Mitteilung des Entwurfs an die Vertragspartei beginnt. Der Generalsekretär gibt allen Vertragsparteien den Tag dieses Inkrafttretens bekannt. Außerdem teilt er ihnen die gemäß diesem Absatz abgegebenen Erklärungen der Vertragsparteien über die Nichtanwendung gewisser Bestimmungen der Vorschrift mit.
7. Jede Vertragspartei, die eine Bestimmung der Vorschrift anwendet, kann jederzeit mit einer Kündigungsfrist von einem Jahr dem Generalsekretär mitteilen, sie werde diese nicht mehr anwenden. Diese Mitteilung wird vom Generalsekretär den anderen Vertragsparteien bekanntgegeben.
8. Jede Vertragspartei, die eine Bestimmung der Vorschrift nicht anwendet, kann dem Generalsekretär jederzeit mitteilen, daß sie diese von nun an anwenden wolle, und diese Bestimmung tritt dann für sie am sechzigsten Tag nach dieser Mitteilung in Kraft. Sollte diese Vertragspartei ihre Entscheidung, eine Bestimmung anzuwenden, davon abhängig machen, daß diese geändert wird, so müßte sie ihren Änderungsvorschlag dem Generalsekretär mitteilen, und dieser Vorschlag wäre gemäß Artikel 13 so zu behandeln, als handelte es sich um den Vorschlag einer Vertragspartei, die die Bestimmung schon anwendet; jedoch tritt abweichend von Artikel 13 die Änderung im Fall der Annahme an dem Tag in Kraft, an dem die betreffende Bestimmung selbst für die Partei wirksam wird, die die Änderung vorgeschlagen hat. Der Generalsekretär teilt allen Vertragsparteien jeden Fall mit, in dem eine Bestimmung für eine neue Vertragspartei gemäß diesem Absatz wirksam wird.
9. In der Folge werden mit „Vertragsparteien, die eine Vorschrift anwenden“, die Vertragsparteien bezeichnet, für die diese Vorschrift wirksam ist.

Artikel 2

Jede Vertragspartei, die eine Vorschrift anwendet, erteilt die darin beschriebenen Genehmigungszeichen für die in der Vorschrift vorgesehenen Typen der Ausrüstungsgegenstände und Teile von Kraftfahrzeugen, wenn sie bestätigen kann, daß deren Herstellung dem genehmigten Typ entspricht, wenn die vorgelegten Muster den in der Vorschrift festgelegten Prü-

fungen und Anforderungen genügen und wenn der Hersteller in dem Staat, in dem er die Genehmigung beantragt, einen gehörig bevollmächtigten Vertreter hat, falls er dort nicht selbst ansässig ist. Jede Vertragspartei, die eine Vorschrift anwendet, hat die darin vorgesehenen Genehmigungszeichen zu verweigern, wenn die vorstehenden Voraussetzungen nicht erfüllt sind.

Artikel 3

Ausrüstungsgegenstände und Teile, die die von einer Vertragspartei gemäß Artikel 2 dieses Abkommens zugeteilten Genehmigungszeichen tragen und auf dem Gebiet entweder einer Vertragspartei, die die betreffende Regelung anwendet, oder eines Staates hergestellt worden sind, der von der Partei benannt ist, die diese Teile genehmigt hat, gelten als übereinstimmend mit der Gesetzgebung aller Vertragsparteien, die die Vorschrift anwenden.

Artikel 4

Stellen die zuständigen Behörden einer Vertragspartei, die eine Vorschrift anwendet, fest, daß gewisse Ausrüstungsgegenstände oder Teile mit Genehmigungszeichen, die von einer der Vertragsparteien aufgrund dieser Vorschrift erteilt worden sind, den genehmigten Typen nicht entsprechen, so benachrichtigen sie davon die zuständigen Behörden der Vertragspartei, die die Genehmigung erteilt hat. Diese Partei ergreift die notwendigen Maßnahmen, um zu erreichen, daß die Teile den genehmigten Typen entsprechen, und setzt die anderen Vertragsparteien, die die Vorschrift anwenden, von den zu diesem Zweck getroffenen Maßnahmen in Kenntnis; diese Maßnahmen können nötigenfalls bis zur Entziehung der Genehmigung gehen. Ist die Verkehrssicherheit gefährdet, so kann die Vertragspartei, die dies feststellt, den Verkauf und den Gebrauch der betreffenden Ausrüstungsgegenstände und Teile auf ihrem Gebiet untersagen.

Artikel 5

1. Die zuständigen Behörden jeder Vertragspartei, die eine Vorschrift anwendet, senden den zuständigen Behörden der anderen Vertragsparteien, die dieselbe Vorschrift anwenden, für jeden danach genehmigten Typ von Ausrüstungsgegenständen und Teilen ein entsprechend den Vorschriften ausgefertigtes Formblatt. Außerdem ist ein ähnliches Formblatt bei jeder Verweigerung einer Genehmigung zu übersenden.
2. Die zuständigen Behörden jeder Vertragspartei, die eine Vorschrift anwendet, geben den zuständigen Behörden der anderen Parteien, die dieselbe Vorschrift anwenden, jede Auskunft über die Entziehung einer Genehmigung.

Artikel 6

1. Die Mitgliedstaaten der Wirtschaftskommission für Europa und die Staaten, die nach Absatz 8 der Statuten dieser Kommission in beratender Eigenschaft zur Kommission zugelassen sind, können Vertragsparteien dieses Abkommens werden
 - a) durch Unterzeichnung,
 - b) durch Ratifikation, nachdem sie es unter dem Vorbehalt der Ratifikation unterzeichnet haben,
 - c) durch Beitritt.
2. Die Staaten, die nach Absatz 11 der Statuten der Wirtschaftskommission für Europa berechtigt sind, an gewissen Arbeiten der Kommission teilzunehmen, können nach Inkrafttreten des Abkommens durch Beitritt Vertragsparteien werden.
3. Das Abkommen liegt bis einschließlich 30. Juni 1958 zur Unterzeichnung auf. Nach diesem Tag steht es zum Beitritt offen.
4. Die Ratifikation oder der Beitritt erfolgt durch Hinterlegung einer Urkunde beim Generalsekretär der Vereinten Nationen.

Artikel 7

1. Dieses Abkommen tritt am sechzigsten Tag in Kraft, nachdem zwei der im Artikel 6 Absatz 1 erwähnten Staaten es

ohne Ratifikationsvorbehalt unterzeichnet oder ihre Ratifikations- oder Beitrittsurkunde hinterlegt haben.

2. Für jeden Staat, der das Abkommen ratifiziert oder ihm beiträgt, nachdem zwei Staaten es ohne Ratifikationsvorbehalt unterzeichnet oder ihre Ratifikations- oder Beitrittsurkunde hinterlegt haben, tritt es am sechzigsten Tage nach Hinterlegung seiner Ratifikations- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

Artikel 8

1. Jede Vertragspartei kann dieses Abkommen durch Mitteilung an den Generalsekretär der Vereinten Nationen kündigen.
2. Die Kündigung wird zwölf Monate nach Eingang der Mitteilung beim Generalsekretär wirksam.

Artikel 9

1. Jeder Staat kann bei Unterzeichnung dieses Abkommens ohne Ratifikationsvorbehalt, bei Hinterlegung seiner Ratifikations- oder Beitrittsurkunde oder zu jedem späteren Zeitpunkt durch eine Mitteilung an den Generalsekretär der Vereinten Nationen erklären, daß dieses Abkommen für alle oder für einen Teil der Gebiete gelten soll, deren internationale Beziehungen er wahrnimmt. Das Abkommen wird für das Gebiet oder die Gebiete, die in der Mitteilung genannt sind, am sechzigsten Tag nach Eingang der Mitteilung beim Generalsekretär oder, falls das Abkommen noch nicht in Kraft getreten ist, mit seinem Inkrafttreten wirksam.
2. Jeder Staat, der nach Absatz 1 dieses Artikels erklärt hat, daß dieses Abkommen auf ein Gebiet Anwendung findet, dessen internationale Beziehungen er wahrnimmt, kann das Abkommen gesondert in bezug auf dieses Gebiet gemäß Artikel 8 kündigen.

Artikel 10

1. Jede Meinungsverschiedenheit zwischen zwei oder mehr Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens wird, soweit möglich, durch Verhandlungen zwischen den streitenden Parteien geregelt.
2. Jede Meinungsverschiedenheit, die nicht durch Verhandlungen geregelt werden kann, wird auf Antrag einer der streitenden Vertragsparteien einem Schiedsverfahren unterworfen und demgemäß einem Schiedsrichter oder mehreren Schiedsrichtern unterbreitet, die von den streitenden Parteien in gegenseitigem Einvernehmen ausgewählt werden. Einigen sich innerhalb von drei Monaten seit dem Tag des Antrages auf Schiedsverfahren die streitenden Parteien nicht über die Wahl eines Schiedsrichters oder der Schiedsrichter, so kann jede dieser Parteien den Generalsekretär der Vereinten Nationen ersuchen, einen einzigen Schiedsrichter zu ernennen, dem der Streitfall zur Entscheidung überwiesen wird.
3. Die Entscheidung des gemäß Absatz 2 dieses Artikels bestellten Schiedsrichters bzw. der bestellten Schiedsrichter ist für die streitenden Vertragsparteien bindend.

Artikel 11

1. Jede Vertragspartei kann bei Unterzeichnung, Ratifikation oder Beitritt zu diesem Abkommen erklären, daß sie sich durch Artikel 10 nicht gebunden betrachtet. Die anderen Vertragsparteien sind gegenüber einer Vertragspartei, die einen solchen Vorbehalt gemacht hat, nicht durch Artikel 10 gebunden.
2. Jede Vertragspartei, die einen Vorbehalt nach Absatz 1 dieses Artikels gemacht hat, kann diesen jederzeit durch Mitteilung an den Generalsekretär der Vereinten Nationen zurückziehen.
3. Andere Vorbehalte zu diesem Abkommen oder den Vorschriften im Anhang dazu sind nicht zulässig, jedoch kann jede Vertragspartei gemäß Artikel 1 erklären, daß sie von der Anwendung einiger oder aller Bestimmungen der Vorschriften absieht.

Artikel 12

Für das Verfahren zur Änderung der Vorschriften im Anhang zu diesem Abkommen gelten folgende Bestimmungen:

1. Jede Vertragspartei, die eine Vorschrift anwendet, kann eine oder mehrere Änderungen dieser Vorschrift vorschlagen. Der Wortlaut jedes Änderungsentwurfs ist dem Generalsekretär der Vereinten Nationen zu übermitteln, der ihn den anderen Vertragsparteien mitteilt. Die Änderung gilt als angenommen, wenn nicht innerhalb von drei Monaten nach dieser Mitteilung eine der Vertragsparteien, die die Vorschrift anwenden, Einwände erhebt; wird ein Einwand erhoben, so ist die Änderung als abgelehnt anzusehen. Gilt die Änderung als angenommen, so tritt sie nach Ablauf einer weiteren Frist von zwei Monaten in Kraft.
2. Ist in der Zeit zwischen der Mitteilung des Änderungsentwurfs durch den Generalsekretär der Vereinten Nationen und dem Inkrafttreten der Änderung ein Staat Vertragspartei geworden, so tritt die betreffende Bestimmung für diese Partei erst zwei Monate nach der offiziellen Annahme der Änderung durch sie in Kraft oder zwei Monate nach Ablauf einer dreimonatigen Frist seit Mitteilung des Änderungsentwurfs durch den Generalsekretär an die Partei.

Artikel 13

Für das Verfahren zur Änderung des Abkommens selbst gelten folgende Bestimmungen:

1. Jede Vertragspartei kann eine oder mehrere Änderungen dieses Abkommens vorschlagen. Der Wortlaut jedes Änderungsentwurfs ist dem Generalsekretär der Vereinten Nationen zu übermitteln, der ihn allen Vertragsparteien mitteilt und den anderen gemäß Artikel 6 Absatz 1 in Betracht kommenden Staaten zur Kenntnis bringt.
2. Jeder gemäß Absatz 1 mitgeteilte Änderungsentwurf gilt als angenommen, wenn innerhalb einer Frist von sechs Monaten seit dem Zeitpunkt der Mitteilung durch den Generalsekretär keine Vertragspartei Einwände erhebt.
3. Der Generalsekretär teilt möglichst bald allen Vertragsparteien mit, ob ein Einwand gegen den Änderungsentwurf erhoben worden ist. Wird ein Einwand gegen den Änderungsentwurf vorgebracht, so ist dieser als abgelehnt anzusehen und ohne jede Wirkung. Andernfalls tritt er für alle Vertragsparteien drei Monate nach Ablauf der im Absatz 2 vorgesehenen Frist von sechs Monaten in Kraft.

Artikel 14

Außer den in den Artikeln 1, 12 und 13 dieses Abkommens vorgesehenen Mitteilungen gibt der Generalsekretär der Vereinten Nationen den gemäß Artikel 6 Absatz 1 in Betracht kommenden Staaten sowie den Staaten, die gemäß Artikel 6 Absatz 2 Vertragsparteien geworden sind, folgendes bekannt:

- a) die Unterzeichnungen, Ratifikationen und den Beitritt nach Artikel 6,
- b) die Zeitpunkte, zu denen dieses Abkommen nach Artikel 7 in Kraft tritt,
- c) die Kündigungen nach Artikel 8,
- d) die Mitteilungen nach Artikel 9,
- e) die Erklärungen und Mitteilungen nach Artikel 11 Absatz 1 und 2,
- f) das Inkrafttreten jeder Änderung nach Artikel 12 Absatz 1 und 2,
- g) das Inkrafttreten jeder Änderung nach Artikel 13 Absatz 3.

Artikel 15

Nach dem 30. Juni 1958 wird das Original dieses Abkommens beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt, der allen nach Artikel 6 Absatz 1 und 2 in Betracht kommenden Staaten beglaubigte Kopien davon zustellt.

ZU URKUND DESSEN haben die hierzu gehörig Bevollmächtigten dieses Abkommen unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Genf, am zwanzigsten März neunzehnhundertachtundfünfzig, in einfacher Ausfertigung in englischer und französischer Sprache, wobei der Wortlaut beider Sprachen verbindlich ist.

**AGREEMENT CONCERNING THE ADOPTION
OF UNIFORM CONDITIONS OF APPROVAL
AND RECIPROCAL RECOGNITION OF APPROVAL
FOR MOTOR VEHICLE EQUIPMENT AND PARTS.
DONE AT GENEVA, ON 20 MARCH 1958,
AS AMENDED ON 10 NOVEMBER 1967**

Preamble

The Contracting Parties,

Desiring to define uniform conditions that it will suffice for certain motor vehicle equipment and parts to fulfil in order to be approved in their countries, and

Desiring to facilitate the use in their countries of the equipment and parts thus approved by the competent authorities of another Contracting Party,

Have agreed as follows:

Article I

1. The Contracting Parties shall establish, on the basis of the following paragraphs and articles, uniform conditions for the approval of motor vehicle equipment and parts and for approval markings, and shall recognize one another's approvals granted in accordance with those conditions.

For the purposes of this Agreement,

- the term 'motor vehicle equipment and parts' shall include any equipment for the protection of drivers or passengers and any equipment or part whose presence on the vehicle when the latter is in motion has a bearing on road safety;
- the term 'approval of motor vehicle equipment or parts' shall include, so far as the specific requirements to be met by a type of vehicle fitted with the equipment or parts in question are concerned, the approval of such type of vehicle fitted with that equipment or those parts.

2. If the competent authorities of at least two of the Contracting Parties agree to uniform conditions of approval for motor vehicle equipment and parts, they shall draw up a draft regulation for this equipment and these parts, indicating:

- (a) The equipment and parts concerned;
- (b) The conditions which such equipment and parts must fulfil, including the tests which they must pass; the regulations may, if need be, designate suitably equipped laboratories where acceptance tests of the types of equipment and parts submitted for approval must be carried out;
- (c) The approval markings.

3. Contracting Parties who have agreed on a draft regulation shall communicate it to the Secretary-General of the United Nations, indicating the date on which they propose that it should enter into force as a Regulation annexed to this Agreement. This date must be at least five months later than the date of their communication.

4. The Secretary-General shall communicate to the other Contracting Parties the said draft and the date on which it is proposed that it should enter into force.

5. On that date, the draft shall enter into force as a Regulation annexed to this Agreement for all Contracting Parties which have informed the Secretary-General of their acceptance of it within three months from the date of the Secre-

tary-General's communication. The Secretary-General shall notify all the Contracting Parties of the entry into force of the Regulation and shall communicate to them a list of the Contracting Parties which have accepted it.

6. Any country may, when depositing its instrument of ratification or accession, declare that it is not bound by certain Regulations then annexed to this Agreement or that it is not bound by any of them. If, at that time, the procedure laid down in paragraphs 2, 3, 4 and 5 of this article is in progress for a draft regulation, the Secretary-General shall communicate such draft regulation to the new Contracting Party and the draft shall enter into force as a Regulation for the new Contracting Party only on the conditions specified in paragraph 5 of this article, the time allowed being counted from the date of the communication of the draft to that Party. The Secretary-General shall notify all the Contracting Parties of the date of such entry into force. He shall also communicate to them all declarations concerning the non-application of certain Regulations that any Contracting Party may make in accordance with the terms of this paragraph.

7. Any Contracting Party applying a Regulation may at any time notify the Secretary-General, subject to one year's notice, that its administration intends to cease applying it. Such notification shall be communicated by the Secretary-General to the other Contracting Parties.

8. Any Contracting Party not applying a Regulation may at any time notify the Secretary-General that it intends henceforth to apply it, and the Regulation will then enter into force for this Party on the sixtieth day after this notification. If this Contracting Party makes its decision to apply the Regulation subject to amendment of the latter, it shall transmit to the Secretary-General its proposed amendment, which shall be dealt with according to the procedure laid down in article 13 of this Agreement, as if it were an amendment proposed by a Contracting Party already applying the Regulation. But article 13 of this Agreement notwithstanding, the amendment, if accepted, shall enter into force on the date when the Regulation in question itself enters into force for the Contracting Party which proposed the amendment. The Secretary-General shall notify all the Contracting Parties of every entry into force of a Regulation for a new Contracting Party effected in accordance with the terms of this paragraph.

9. The Contracting Parties for which a Regulation is in force shall hereinafter be referred to as "the Contracting Parties applying a Regulation".

Article 2

Each Contracting Party applying a Regulation shall grant the approval markings described in this Regulation for the types of motor vehicle equipment and parts covered by the Regulation, provided that it is able to verify the conformity of the product with the approved type, that the samples submitted satisfy the tests and requirements specified in the Regulation and that the manufacturer, if not himself domiciled in the country where he is seeking approval, has a duly accredited representative there. Each Contracting Party applying a Regulation shall refuse the approval markings

covered by the Regulation if the above-mentioned conditions are not complied with.

Article 3

Motor vehicle equipment and parts bearing the approval markings issued by a Contracting Party in accordance with article 2 of this Agreement and manufactured either in the territory of a Contracting Party applying the Regulation concerned, or in such other country as is designated by the Contracting Party which has duly approved the types of equipment or parts concerned, shall be held to be in conformity with the legislation of all the Contracting Parties applying the said Regulation.

Article 4

Should the competent authorities of a Contracting Party applying a Regulation find that certain motor vehicle equipment or parts bearing approval markings issued under the said Regulation by one of the Contracting Parties do not conform to the approved types, they shall advise the competent authorities of the Contracting Party which issued the approval. That Contracting Party shall take the necessary steps to bring those manufactures into conformity with the approved types and shall advise the other Contracting Parties applying the Regulation of the steps it has taken, which may include, if necessary, the withdrawal of approval. Where there might be a threat to road safety, the Contracting Party finding this may prohibit the sale and use of such equipment or parts in its territory.

Article 5

1. The competent authorities of each Contracting Party applying a Regulation shall send the competent authorities of other Contracting Parties applying the same Regulation a form made out in accordance with the provisions of that Regulation for each type of motor vehicle equipment or part which they approve under the Regulation. A similar form shall also be sent for every type rejected.

2. The competent authorities of each Contracting Party applying a Regulation shall communicate to the competent authorities of other Contracting Parties applying the same Regulation all information on the withdrawal of an approval previously granted.

Article 6

1. Countries members of the Economic Commission for Europe and countries admitted to the Commission in a consultative capacity in accordance with paragraph 8 of the Commission's terms of reference may become Contracting Parties to this Agreement:

- (a) By signing it;
- (b) By ratifying it after signing it subject to ratification;
- (c) By acceding to it.

2. Such countries as may participate in certain activities of the Economic Commission for Europe in accordance with paragraph 11 of the Commission's terms of reference may become Contracting Parties to this Agreement by acceding thereto after its entry into force.

3. The Agreement shall be open for signature until 30 June 1958 inclusive. Thereafter, it shall be open for accession.

4. Ratification or accession shall be effected by the deposit of an instrument with the Secretary-General of the United Nations.

Article 7

1. This Agreement shall come into force on the sixtieth day after two of the countries referred to in paragraph 1 of article 6 thereof have signed it without reservation of ratification or have deposited their instruments of ratification or accession.

2. For any country ratifying or acceding to it after two countries have signed it without reservation of ratification or have deposited their instruments of ratification or accession, this Agreement shall enter into force on the sixtieth day after the said country has deposited its instrument of ratification or accession.

Article 8

1. Any Contracting Party may denounce this Agreement by so notifying the Secretary-General of the United Nations.

2. Denunciation shall take effect twelve months after the date of receipt by the Secretary-General of such notification.

Article 9

1. Any country may, at the time of signing this Agreement without reservation of ratification or of depositing its instrument of ratification or accession or at any time thereafter, declare by notification addressed to the Secretary-General of the United Nations that this Agreement shall extend to all or any of the territories for the international relations of which it is responsible. The Agreement shall extend to the territory or territories named in the notification as from the sixtieth day after its receipt by the Secretary-General or, if on that day the Agreement has not yet entered into force, as from its entry into force.

2. Any country which has made a declaration in accordance with paragraph 1 of this article extending this Agreement to any territory for whose international relations it is responsible may denounce the Agreement separately in respect of that territory, in accordance with the provisions of article 8.

Article 10

1. Any dispute between two or more Contracting Parties concerning the interpretation or application of this Agreement shall, so far as possible, be settled by negotiation between them.

2. Any dispute which is not settled by negotiation shall be submitted to arbitration if any one of the Contracting Parties in dispute so requests and shall be referred accordingly to one or more arbitrators selected by agreement between the Parties in dispute. If within three months from the date of the request for arbitration the Parties in dispute are unable to agree on the selection of an arbitrator or arbitrators, any of those Parties may request the Secretary-General of the United Nations to nominate a single arbitrator to whom the dispute shall be referred for decision.

3. The decision of the arbitrator or arbitrators appointed in accordance with paragraph 2 of this article shall be binding on the Contracting Parties in dispute.

Article 11

1. Each Contracting Party may, at the time of signing, ratifying or acceding to this Agreement, declare that it does not consider itself bound by article 10 of the Agreement. Other Contracting Parties shall not be bound by article 10 in respect

of any Contracting Party which has entered such a reservation.

2. Any Contracting Party having entered a reservation as provided for in paragraph 1 of this article may at any time withdraw such reservation by notifying the Secretary-General of the United Nations.

3. No other reservation to this Agreement or to the Regulations annexed thereto shall be permitted; but any Contracting Party may, in accordance with the terms of article 1, declare that it does not propose to apply certain of the Regulations or that it does not propose to apply any of them.

Article 12

The Regulations to be annexed to this Agreement may be amended in accordance with the following procedure:

1. Any Contracting Party applying a Regulation may propose one or more amendments to it. The text of any proposed amendment to a Regulation shall be transmitted to the Secretary-General of the United Nations, who shall transmit it to the other Contracting Parties. The amendment shall be deemed to have been accepted unless within a period of three months following this notification a Contracting Party applying the Regulation has expressed an objection, in which case the amendment shall be deemed to have been rejected. If the amendment is deemed to have been accepted, it shall enter into force at the end of a further period of two months.

2. Should a country become a Contracting Party between the time of the communication of the proposed amendment by the Secretary-General and its entry into force, the Regulation in question shall not enter into force for that Contracting Party until two months after it has formally accepted the amendment or two months after the lapse of a period of three months since the communication to that Party by the Secretary-General of the proposed amendment.

Article 13

The text of the Agreement itself may be amended in accordance with the following procedure:

1. Any Contracting Party may propose one or more amendments to this Agreement. The text of any proposed amendment to the Agreement shall be transmitted to the Secretary-General of the United Nations, who shall transmit it to all Contracting Parties and inform all other countries referred to in paragraph 1 of article 6 thereof.

2. Any proposed amendment circulated in accordance with paragraph 1 of this article shall be deemed to be accepted if

no Contracting Party expresses an objection within a period of six months following the date of circulation of the proposed amendment by the Secretary-General.

3. The Secretary-General shall, as soon as possible, notify all Contracting Parties whether an objection to the proposed amendment has been expressed. If an objection to the proposed amendment has been expressed, the amendment shall be deemed not to have been accepted, and shall be of no effect whatever. If no such objection has been expressed, the amendment shall enter into force for all Contracting Parties three months after the expiry of the period of six months referred to in paragraph 2 of this article.

Article 14

In addition to the notifications provided for in articles 1, 12 and 13 of this Agreement, the Secretary-General of the United Nations shall notify the countries referred to in paragraph 1 of article 6, and the countries which have become Contracting Parties in accordance with paragraph 2 of article 6 of:

- (a) Signatures, ratifications and accessions in accordance with article 6;
- (b) The dates of entry into force of this Agreement in accordance with article 7;
- (c) Denunciations in accordance with article 8;
- (d) Notifications received in accordance with article 9;
- (e) Declarations and notifications received in accordance with paragraphs 1 and 2 of article 11;
- (f) The entry into force of any amendment in accordance with paragraphs 1 and 2 of article 12;
- (g) The entry into force of any amendment in accordance with paragraph 3 of article 13.

Article 15

After 30 June 1958 the original of this Agreement shall be deposited with the Secretary-General of the United Nations, who shall transmit certified true copies to each of the countries mentioned in paragraphs 1 and 2 of article 6 thereof.

IN WITNESS WHEREOF, the undersigned, being duly authorized thereto, have signed this Agreement.

DONE at Geneva, this twentieth day of March one thousand nine hundred and fifty-eight, in a single copy in the English and French languages, each text being equally authentic.



GESETZBLATT

313

der Deutschen Demokratischen Republik

1976

Berlin, den 8. Dezember 1976

Teil II Nr. 16

Tag	Inhalt	Seite
5. 11. 76	Bekanntmachung über den Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zur Konvention vom 29. Dezember 1972 über die Verhütung der Meeresverschmutzung durch das Einbringen von Abfällen und anderen Stoffen	313
16. 11. 76	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Abkommens zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Sozialversicherung	323

**Bekanntmachung
über den Beitritt
der Deutschen Demokratischen Republik
zur Konvention vom 29. Dezember 1972
über die Verhütung der Meeresverschmutzung
durch das Einbringen von Abfällen
und anderen Stoffen**

vom 5. November 1976

Es wird hierdurch bekanntgemacht, daß am 20. August 1976 die Beitrittsurkunde der Deutschen Demokratischen Republik zur nachstehend veröffentlichten Konvention vom 29. Dezember 1972 über die Verhütung der Meeresverschmutzung durch das Einbringen von Abfällen und anderen Stoffen hinterlegt wurde.

Die Konvention ist gemäß ihrem Artikel XIX Absatz 2 für die Deutsche Demokratische Republik am 18. September 1976 in Kraft getreten.

Berlin, den 5. November 1976

**Der Sekretär des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik**

H. Eichler

**Konvention
über die Verhütung der Meeresverschmutzung
durch das Einbringen von Abfällen
und anderen Stoffen**

Die Vertragsparteien dieser Konvention

In der Erkenntnis, daß die Meeresumwelt und die in ihr lebenden Organismen für die Menschheit von lebenswichtiger Bedeutung sind und daß alle Menschen daran interessiert sind zu sichern, daß sie so behandelt wird, daß ihre Qualität und ihre Ressourcen keinen Schaden nehmen;

In der Erkenntnis, daß die Kapazität des Meeres, Abfälle zu assimilieren und sie unschädlich zu machen, und seine Fähigkeit zur Regenerierung von natürlichen Ressourcen nicht unbegrenzt sind;

In der Erkenntnis, daß die Staaten im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen und den Prinzipien des Völkerrechts das souveräne Recht haben, ihre eigenen Ressourcen gemäß ihrer eigenen Umweltpolitik zu nutzen, und dafür verantwortlich sind sicherzustellen, daß unter ihrer Jurisdiktion oder Kontrolle durchgeführte Aktivitäten der Umwelt anderer Staaten oder der Umwelt von Gebieten, die außerhalb der Grenzen der nationalen Jurisdiktion liegen, keinen Schaden zufügen;

Unter Berufung auf Resolution 2749 (XXV) der Vollversammlung der Vereinten Nationen über die Prinzipien für den Meeresgrund und Ozeanboden und deren Untergrund außerhalb der Grenzen nationaler Jurisdiktion;

In Anbetracht dessen, daß die Verschmutzung des Meeres viele Quellen hat, wie Einbringen und Einleiten über die Atmosphäre, durch Flüsse, Flußmündungen, Ausflüsse und Rohrleitungen, und daß es wichtig ist, daß die Staaten die bestmöglichen Mittel zur Verhütung einer solchen Verschmutzung einsetzen und daß Erzeugnisse und Verfahren entwickelt werden, die den Umfang der zu beseitigenden schädlichen Abfälle verringern;

In der Überzeugung, daß internationale Aktionen zur Bekämpfung der Verschmutzung des Meeres durch Einbringen unverzüglich ergriffen werden können und müssen, daß jedoch solche Aktionen eine möglichst baldige Beratung über Maßnahmen zur Ausschaltung anderer Quellen der Meeresverschmutzung nicht ausschließen sollten;

In dem Wunsch, den Schutz der Meeresumwelt zu verbessern, indem Staaten, die ein gemeinsames Interesse an bestimmten geographischen Gebieten haben, ermutigt werden, ergänzend zu dieser Konvention geeignete Vereinbarungen abzuschließen;

Haben folgendes vereinbart:

ARTIKEL I

Die Vertragsparteien fördern einzeln und gemeinsam die effektive Bekämpfung aller Quellen der Verschmutzung der Meeresumwelt und verpflichten sich insbesondere, alle praktischen Schritte zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch das Einbringen von Abfällen und anderen Stoffen zu ergreifen, das Gefahren für die menschliche Gesundheit heraufbeschwören, den lebenden Schätzen sowie der Tier- und Pflanzenwelt des Meeres Schaden zufügen, die Annehmlichkeiten der Umwelt beeinträchtigen oder andere rechtmäßige Nutzungsmöglichkeiten des Meeres behindern kann.

ARTIKEL II

Gemäß den Festlegungen der folgenden Artikel ergreifen die Vertragsparteien jede für sich im Rahmen ihrer wissenschaftlichen, technischen und ökonomischen Möglichkeiten sowie gemeinsam wirksame Maßnahmen zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Einbringen und stimmen ihre diesbezüglichen Maßnahmen untereinander ab.

ARTIKEL III

Im Sinne dieser Konvention haben die nachstehenden Ausdrücke folgende Bedeutung:

1. a) Der Ausdruck „Einbringen“ bezeichnet
 - (i) jede auf See erfolgende vorsätzliche Beseitigung von Abfällen oder sonstigen Stoffen von Schiffen, Luftfahrzeugen, Plattformen oder sonstigen auf See errichteten Bauwerken aus;
 - (ii) jede auf See erfolgende vorsätzliche Beseitigung von Schiffen, Luftfahrzeugen, Plattformen oder sonstigen auf See errichteten Bauwerken.
 - b) Der Ausdruck „Einbringen“ umfaßt nicht
 - (i) die auf See erfolgende Beseitigung von Abfällen oder sonstigen Stoffen, die mit dem normalen Betrieb von Schiffen, Luftfahrzeugen, Plattformen oder sonstigen auf See errichteten Bauwerken sowie mit ihrer Ausrüstung zusammenhängen oder davon herrühren, mit Ausnahme von Abfällen oder sonstigen Stoffen, die durch Schiffe, Luftfahrzeuge, Plattformen oder sonstige auf See errichtete Bauwerke, die zur Beseitigung dieser Stoffe verwendet werden, befördert oder auf sie verladen werden, sowie von Abfällen und sonstigen Stoffen, die aus der Behandlung solcher Abfälle oder sonstiger Stoffe auf solchen Schiffen, Luftfahrzeugen, Plattformen oder Bauwerken herrühren;
 - (ii) das Absetzen von Stoffen zu einem anderen Zweck als dem der bloßen Beseitigung, sofern es nicht den Zielen dieser Konvention widerspricht.
 - c) Die Beseitigung von Abfällen oder sonstigen Stoffen, die bei der Erforschung, Ausbeutung und damit zusammenhängenden auf See stattfindenden Verarbeitung von Bodenschätzen des Meeresgrundes direkt anfallen oder damit im Zusammenhang stehen, wird nicht durch die Bestimmungen dieser Konvention erfaßt.
2. Der Ausdruck „Schiffe und Luftfahrzeuge“ bezeichnet Wasserfahrzeuge oder Fluggerät jeder Art. Er umfaßt Luftkissenfahrzeuge und schwimmendes Gerät mit oder ohne eigenen Antrieb.
 3. Der Ausdruck „Meer“ bezeichnet alle Seegewässer mit Ausnahme der inneren Seegewässer der Staaten.
 4. Der Ausdruck „Abfälle oder andere Stoffe“ bezeichnet Gegenstände und Substanzen jeder Art, Form und Beschreibung.
 5. Der Ausdruck „besondere Erlaubnis“ bezeichnet die Genehmigung, die speziell nach vorheriger Beantragung im Einklang mit Anlage II und Anlage III erteilt wird.
 6. Der Ausdruck „allgemeine Erlaubnis“ bezeichnet eine im voraus im Einklang mit Anlage III erteilte Genehmigung.
 7. Der Ausdruck „die Organisation“ bezeichnet die von den Vertragsparteien im Einklang mit Artikel XIV Abs. 2 benannte Organisation.

ARTIKEL IV

1. Im Einklang mit den Bestimmungen dieser Konvention verbieten die Vertragsparteien das Einbringen aller Abfälle und anderen Stoffe, ganz gleich in welcher Form oder in welchem Zustand diese sind, mit Ausnahme der folgenden abweichenden Festlegungen:

- a) Das Einbringen von Abfällen oder anderen Stoffen, die in Anlage I aufgeführt sind, ist verboten;

- b) Das Einbringen von Abfällen oder anderen Stoffen, die in Anlage II aufgeführt sind, bedarf einer vorherigen besonderen Erlaubnis;
- c) Das Einbringen aller anderen Abfälle oder Stoffe bedarf einer vorherigen allgemeinen Erlaubnis.

2. Alle Erlaubnisse werden nur nach sorgfältiger Prüfung aller in Anlage III aufgeführten Faktoren, einschließlich vorheriger Untersuchungen der Eigenschaften des Ortes des Einbringens, erteilt, wie dies in den Abschnitten B und C von Anlage III dargelegt ist.

3. Keine Bestimmung dieser Konvention ist so auszulegen, als hindere sie eine Vertragspartei daran, insoweit es diese Vertragspartei angeht, das Einbringen von nicht in Anlage I erwähnten Abfällen oder anderen Stoffen zu verbieten. Diese Vertragspartei informiert die Organisation über solche Maßnahmen.

ARTIKEL V

1. Die Bestimmungen von Artikel IV finden keine Anwendung, wenn es notwendig ist, die Sicherheit von Menschenleben oder von Schiffen, Luftfahrzeugen, Plattformen oder sonstigen auf See errichteten Bauwerken im Falle höherer Gewalt infolge von Wetterunbilden oder in Fällen, die eine Gefahr für Menschenleben oder eine echte Bedrohung für Schiffe, Luftfahrzeuge, Plattformen oder andere auf See errichtete Bauwerke darstellen, zu gewährleisten, wenn das Einbringen die einzige Möglichkeit zur Abwendung der Bedrohung zu sein scheint und wenn der aus dem Einbringen entstehende Schaden aller Wahrscheinlichkeit nach geringer ist als der Schaden, der sonst eintreten würde. Dieses Einbringen ist so durchzuführen, daß das Risiko der Schädigung von Menschenleben oder der Tier- und Pflanzenwelt des Meeres möglichst gering gehalten wird, und ist der Organisation unverzüglich zu melden.

2. Eine Vertragspartei kann bei Nottfällen, die unannehmbare Gefahren für die menschliche Gesundheit darstellen und keine andere praktische Lösung zulassen, als Ausnahme zu Artikel IV Abs. 1 Buchst. a eine besondere Erlaubnis erteilen. Ehe dies getan wird, konsultiert diese Partei jedes andere Land oder alle anderen Länder, die voraussichtlich davon berührt werden, und die Organisation, die nach Konsultierung mit anderen Parteien und gegebenenfalls internationalen Organisationen im Einklang mit Artikel XIV der betreffenden Partei unverzüglich die zu benutzenden geeignetsten Verfahren empfiehlt. Die Vertragspartei befolgt diese Empfehlungen im größtmöglichen Maße unter Beachtung der Zeitspanne, innerhalb derer Maßnahmen ergriffen werden müssen, und im Einklang mit der allgemeinen Pflicht, Schäden an der Meeresumwelt zu vermeiden. Sie teilt der Organisation alle Maßnahmen mit, die sie ergreift. Die Vertragsparteien verpflichten sich, einander in solchen Situationen zu unterstützen.

3. Jede Vertragspartei kann auf ihre Rechte gemäß Abs. 2 zum Zeitpunkt oder nach der Ratifizierung dieser Konvention bzw. des Beitritts zu ihr verzichten.

ARTIKEL VI

1. Jede Vertragspartei benennt eine zuständige Dienststelle oder zuständige Dienststellen, die folgende Aufgaben haben:

- a) besondere Erlaubnis zu erteilen, die vor dem und für das Einbringen von in Anlage II aufgeführten Stoffen und unter den im Artikel V Abs. 2 vorgesehenen Umständen erforderlich sind;
- b) allgemeine Erlaubnis zu erteilen, die vor dem und für das Einbringen aller anderen Stoffe erforderlich sind;
- c) Unterlagen über den Charakter und die Mengen aller für das Einbringen zugelassenen Stoffe und über Ort, Zeit und Art des Einbringens zu führen;
- d) einzeln oder in Zusammenarbeit mit anderen Parteien und zuständigen internationalen Organisationen den Zustand der Meere im Sinne dieser Konvention zu überwachen.

2. Die zuständige Dienststelle oder zuständigen Dienststellen einer Vertragspartei erteilen vorherige besondere oder allgemeine Erlaubnis gemäß Abs. 1 für Stoffe, die zum Einbringen vorgesehen sind:

- a) die in ihrem Hoheitsgebiet geladen werden;
- b) die von einem in ihrem Hoheitsgebiet eingetragenen oder ihre Flagge führenden Schiff oder Luftfahrzeug geladen werden, wenn die Beladung in dem Hoheitsgebiet eines Staates erfolgt, der nicht Vertragspartei dieser Konvention ist.

3. Bei der Erteilung von Erlaubnis gemäß Abs. 1 Buchstaben a und b hält sich die entsprechende Dienststelle bzw. halten sich die entsprechenden Dienststellen an die Anlage III und berücksichtigen gleichzeitig solche zusätzlichen Kriterien, Maßnahmen und Erfordernisse, die sie für zweckdienlich erachten.

4. Jede Vertragspartei teilt der Organisation und gegebenenfalls anderen Parteien direkt oder über ein im Rahmen eines Regionalabkommens geschaffenes Sekretariat die im Abs. 1 Buchstaben c und d niedergelegten Informationen sowie die Kriterien, Maßnahmen und Erfordernisse mit, die sie im Einklang mit Abs. 2 beschließt. Das zu verfolgende Verfahren und die Art solcher Berichte werden von den Vertragsparteien auf dem Konsultationswege vereinbart.

ARTIKEL VII

1. Jede Vertragspartei wendet die zur Verwirklichung der vorliegenden Konvention erforderlichen Maßnahmen an auf alle:

- a) Schiffe und Luftfahrzeuge, die in ihrem Hoheitsgebiet eingetragene sind oder ihre Flagge führen;
- b) Schiffe und Luftfahrzeuge, die in ihrem Hoheitsgebiet oder ihren Territorialgewässern Stoffe zum Zweck des Einbringens laden;
- c) Schiffe und Luftfahrzeuge und feste oder schwimmende Plattformen, die sich unter ihrer Jurisdiktion befinden und von denen angenommen wird, daß sie ein Einbringen vornehmen.

2. Jede Partei ergreift in ihrem Hoheitsgebiet geeignete Maßnahmen, um Verhaltensweisen, die den Bestimmungen dieser Konvention zuwiderlaufen, zu verhindern und zu bestrafen.

3. Die Parteien kommen überein, bei der Entwicklung von Verfahren zur wirksamen Anwendung dieser Konvention insbesondere auf dem offenen Meer, einschließlich von Verfahren zur Meldung von Schiffen und Luftfahrzeugen, die beim Einbringen entgegen der Konvention beobachtet werden, zusammenzuarbeiten.

4. Diese Konvention findet keine Anwendung auf diejenigen Schiffe und Luftfahrzeuge, die nach dem Völkerrecht Anspruch auf souveräne Immunität haben. Jede Partei sichert jedoch durch Annahme geeigneter Maßnahmen, daß solche in ihrem Besitz befindlichen oder von ihr betriebenen Schiffe und Luftfahrzeuge sich in einer Weise verhalten, die mit dem Ziel und Zweck dieser Konvention im Einklang steht, und unterrichtet die Organisation entsprechend.

5. Keine Bestimmung in dieser Konvention berührt das Recht jeder Partei, im Einklang mit den Prinzipien des Völkerrechts andere Maßnahmen zu beschließen, um das Einbringen auf See zu verhüten.

ARTIKEL VIII

Zur Förderung der Ziele dieser Konvention bemühen sich die Vertragsparteien, die in einem bestimmten geographischen Raum ein gemeinsames Interesse am Schutz der Meeresumwelt haben, unter Beachtung der typischen Merkmale der Region Regionalvereinbarungen über die Verhütung der Verschmutzung, besonders wenn durch Einbringen verursacht, abzuschließen, welche mit dieser Konvention im Einklang stehen. Die Vertragsparteien der vorliegenden Konvention be-

mühen sich, im Einklang mit den Zielen und Bestimmungen solcher Regionalvereinbarungen zu handeln, über die sie von der Organisation unterrichtet werden. Die Vertragsparteien bemühen sich um Zusammenarbeit mit den Teilnehmern von Regionalvereinbarungen, um abgestimmte Verfahren zu entwickeln, die von den Vertragsparteien der verschiedenen diesbezüglichen Konventionen anzuwenden sind. Besondere Aufmerksamkeit ist der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Überwachung und der wissenschaftlichen Forschung zu schenken.

ARTIKEL IX

Die Vertragsparteien fördern durch Zusammenarbeit innerhalb der Organisation und anderer internationaler Organe die Unterstützung für solche Parteien, die mit folgenden Ersuchen an sie herantreten:

- Ausbildung von wissenschaftlichem und technischem Personal;
- Beschaffung der notwendigen Ausrüstungen und Einrichtungen für Forschung und Überwachung;
- Beseitigung und Behandlung von Abfällen und andere Maßnahmen zur Verhütung oder Minderung der durch das Einbringen verursachten Verschmutzung.

Diese Unterstützung ist vorzugsweise in den betreffenden Ländern selbst zu leisten, um so die Ziele und Zwecke dieser Konvention zu fördern.

ARTIKEL X

Im Einklang mit den Prinzipien des Völkerrechts bezüglich der Verantwortlichkeit eines Staates für die Umwelt anderer Staaten oder einem anderen Gebiet der Umwelt zugefügte Schäden infolge des Einbringens von Abfällen und anderen Stoffen jeder Art verpflichten sich die Vertragsparteien, Verfahren zur Veranschlagung der Haftung und für die Beilegung von Streitigkeiten im Zusammenhang mit dem Einbringen zu entwickeln.

ARTIKEL XI

Die Vertragsparteien beraten auf ihrem ersten Konsultativtreffen Verfahren zur Beilegung von Streitigkeiten bezüglich der Auslegung und Anwendung dieser Konvention.

ARTIKEL XII

Die Vertragsparteien verpflichten sich, innerhalb der zuständigen Spezialorganisationen und innerhalb anderer internationaler Organe Maßnahmen zum Schutze der Meeresumwelt vor der Verschmutzung zu fördern, die verursacht wird durch:

- Kohlenwasserstoffe, einschließlich von Öl, und ihre Abfallprodukte;
- andere schädliche oder gefährliche Stoffe, die von Schiffen zu anderen Zwecken als ihrem Einbringen befördert werden;
- Abfälle, die beim Betrieb von Schiffen, Luftfahrzeugen, Plattformen und sonstigen auf See errichteten Bauwerken entstehen;
- radioaktive Schmutzstoffe aus allen Quellen, einschließlich von Schiffen;
- Mittel der chemischen und biologischen Kriegsführung;
- Abfälle oder andere Stoffe, die bei der Erforschung, Ausbeutung und damit zusammenhängenden auf See stattfindenden Verarbeitung von Bodenschätzen des Meeresgrundes direkt anfallen oder damit im Zusammenhang stehen.

Die Parteien fördern innerhalb der zuständigen internationalen Organisation auch die Kodifizierung von Signalen, die von Schiffen, die das Einbringen durchführen, zu benutzen sind.

ARTIKEL XIII

Keine Bestimmung in dieser Konvention präjudiziert die Kodifizierung und Entwicklung des Seerechts durch die Konferenz der Vereinten Nationen über das Seerecht, die gemäß Resolution 2750 C (XXV) der Vollversammlung der Vereinten

Nationen einberufen wurde, und ebenfalls nicht die gegenwärtigen oder künftigen Ansprüche und Rechtsansichten eines jeden Staates bezüglich des Seerechts und des Charakters und Umfangs der Jurisdiktion des Küstenstaates bzw. Flaggenstaates. Die Vertragsparteien kommen überein, sich auf einer von der Organisation nach der Seerechtskonferenz einzubehaltenden Tagung und in jedem Fall nicht später als 1976 zu konsultieren, um den Charakter und den Umfang des Rechts und der Verantwortung eines Küstenstaates hinsichtlich der Anwendung der Konvention in einer an seine Küsten angrenzenden Zone zu definieren.

ARTIKEL XIV

1. Die Regierung des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nordirland als Depositär beruft spätestens drei Monate nach Inkrafttreten dieser Konvention eine Zusammenkunft der Vertragsparteien ein, auf der organisatorische Fragen entschieden werden sollen.

2. Die Vertragsparteien benennen eine zum Zeitpunkt dieser Zusammenkunft bestehende kompetente Organisation, die Sekretariatsobligationen bezüglich dieser Konvention zu übernehmen. Jede Partei dieser Konvention, die nicht Mitglied dieser Organisation ist, übernimmt einen angemessenen Anteil an den Ausgaben, die der Organisation in Wahrnehmung dieser Aufgaben entstehen.

3. Die Sekretariatsaufgaben der Organisation schließen ein:

a) die Einberufung von Konsultativtreffen der Vertragsparteien mindestens einmal alle zwei Jahre sowie von Sondersitzungen der Parteien jedesmal, wenn dies von zwei Dritteln der Parteien verlangt wird;

b) in Absprache mit den Vertragsparteien und zuständigen internationalen Organisationen die Vorbereitung und Unterstützung bei der Entwicklung und Durchführung von Verfahren, auf die im Abs. 4 Buchst. e dieses Artikels Bezug genommen wird;

c) die Behandlung von Anfragen und Informationen von den Vertragsparteien, Konsultierung der Vertragsparteien und der zuständigen internationalen Organisationen und Erteilung von Empfehlungen an die Parteien zu Fragen, die mit der Konvention in Zusammenhang stehen, aber nicht ausdrücklich von ihr behandelt werden;

d) Zustellung aller Notifikationen an die Parteien, die der Organisation gemäß den Artikeln IV Abs. 3, V Absätze 1 und 2, VI Abs. 4, XIII, XX und XXI zugehen.

Vor der Benennung der Organisation werden diese Aufgaben je nach Notwendigkeit vom Depositär wahrgenommen, der im Sinne dieser Festlegung die Regierung des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nordirland sein wird.

4. Auf den Konsultativtreffen oder Sondersitzungen der Vertragsparteien wird ständig die Durchführung dieser Konvention überprüft, und auf ihnen können bzw. kann u. a.:

a) Änderungen dieser Konvention und ihrer Anlagen gemäß Artikel XV überprüft und beschlossen werden;

b) das zuständige wissenschaftliche Organ oder die zuständigen wissenschaftlichen Organe eingeladen werden, mit den Parteien oder der Organisation zusammenzuarbeiten und sie in allen wissenschaftlichen oder technischen Aspekten zu beraten, die für die Konvention von Bedeutung sind, besonders auch für den Inhalt der Anlagen;

c) Berichte, die gemäß Artikel VI Abs. 4 angefertigt wurden, entgegengenommen und geprüft werden;

d) die Zusammenarbeit mit und zwischen Regionalorganisationen, die sich mit der Verhütung der Meeresverschmutzung befassen, gefördert werden;

e) in Konsultationen mit zuständigen internationalen Organisationen Verfahren, auf die im Artikel V Abs. 2 Bezug genommen wird, entwickelt oder beschlossen werden, einschließlich von grundlegenden Kriterien für die Bestimmung von Ausnahme- und Notsituationen, und Verfahren für Beratertätigkeit und für die gefahrlose Beseitigung von Stoffen unter solchen Umständen, einschließ-

lich der Benennung von für das Einbringen geeigneten Gebieten, und entsprechende Empfehlungen gegeben werden;

f) alle zusätzlichen Maßnahmen erörtert werden, die erforderlich sind.

5. Die Vertragsparteien legen auf ihrem ersten Konsultativtreffen eine Geschäftsordnung im notwendigen Umfang fest.

ARTIKEL XV

1. a) Auf Sitzungen der Vertragsparteien, die gemäß Artikel XIV einberufen werden, können Änderungen dieser Konvention durch eine Zweidrittelmehrheit der anwesenden Vertragsparteien beschlossen werden. Eine Abänderung tritt für die Parteien, die sie akzeptiert haben, am 80. Tage, nachdem zwei Drittel der Parteien eine Annahmeerkunde der Abänderung bei der Organisation hinterlegt haben, in Kraft. Danach tritt die Änderung für jede andere Partei 30 Tage, nachdem sie ihre Annahmeerkunde über die Änderung hinterlegt hat, in Kraft.

b) Die Organisation unterrichtet alle Vertragsparteien über alle Anträge, die in bezug auf eine Sondersitzung gemäß Artikel XIV unterbreitet worden sind, sowie über alle Abänderungen, die auf Sitzungen der Parteien beschlossen wurden, und über das Datum, an dem jede solche Änderung für jede Partei in Kraft tritt.

2. Änderungen zu den Anlagen werden sich auf wissenschaftliche oder technische Erwägungen stützen. Änderungen der Anlagen, die von einer Zweidrittelmehrheit der auf einer im Einklang mit Artikel XIV einberufenen Sitzung anwesenden Parteien bestätigt werden, treten für jede Vertragspartei sofort nach Notifizierung ihrer Annahme an die Organisation in Kraft und für alle anderen Parteien 100 Tage nach ihrer Bestätigung durch die Sitzung, ausgenommen für die Parteien, die vor Ablauf der 100 Tage eine Erklärung abgeben, daß sie außerstande sind, die Änderung zu diesem Zeitpunkt zu akzeptieren. Die Parteien sollten sich bemühen, wenn sie eine Änderung akzeptiert haben, dies der Organisation so bald wie möglich nach der Bestätigung der Abänderung auf einer Sitzung mitzuteilen. Eine Partei kann jederzeit an Stelle einer vorherigen ablehnenden Erklärung eine Annahme treten lassen, und die vorher abgelehnte Änderung tritt danach für diese Partei in Kraft.

3. Eine Annahme oder eine ablehnende Erklärung gemäß diesem Artikel wird durch Hinterlegung einer Urkunde bei der Organisation vorgenommen. Die Organisation unterrichtet alle Vertragsparteien vom Eingang solcher Urkunden.

4. Vor der Benennung der Organisation werden die ihr hierin zugewiesenen Aufgaben vorübergehend von der Regierung des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nordirland als einem der Depositäre dieser Konvention wahrgenommen.

ARTIKEL XVI

Diese Konvention wird vom 29. Dezember 1972 bis 31. Dezember 1973 in London, Mexico City, Moskau und Washington für jeden Staat zur Unterzeichnung aufgelegt.

ARTIKEL XVII

Diese Konvention unterliegt der Ratifizierung. Die Ratifikationsurkunden sind bei den Regierungen Mexikos, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika zu hinterlegen.

ARTIKEL XVIII

Nach dem 31. Dezember 1973 steht diese Konvention jedem Staat zum Beitritt offen. Die Beitrittsurkunden sind bei den Regierungen Mexikos, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika zu hinterlegen.

ARTIKEL XIX

1. Diese Konvention tritt am 30. Tage nach dem Datum der Hinterlegung der 15. Ratifikations- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

2. Für jede Vertragspartei, die die Konvention nach der Hinterlegung der 15. Ratifikations- oder Beitrittsurkunde ratifiziert bzw. ihr beitritt, tritt die Konvention am 30. Tage nach Hinterlegung der Ratifikations- oder Beitrittsurkunde durch diese Partei in Kraft.

ARTIKEL XX

Die Depositäre unterrichten die Vertragsparteien:

a) über Unterzeichnungen dieser Konvention und über die Hinterlegung von Ratifikations-, Beitritts- oder Rücktrittsurkunden gemäß Artikel XVI, XVII, XVIII und XXI und

b) über den Zeitpunkt, an dem diese Konvention gemäß Artikel XIX in Kraft tritt.

ARTIKEL XXI

Jede Vertragspartei kann von dieser Konvention zurücktreten, indem sie einen Depositär sechs Monate davor schriftlich davon unterrichtet, der allen Parteien diese Mitteilung unverzüglich zustellt.

ARTIKEL XXII

Das Original dieser Konvention, deren englische, französische, russische und spanische Fassung gleichermaßen gültig ist, wird bei den Regierungen Mexikos, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika hinterlegt, die allen Staaten beglaubigte Kopien davon zustellen.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten bevollmächtigten Vertreter, die durch ihre jeweilige Regierung ordnungsgemäß ermächtigt sind, die vorliegende Konvention unterzeichnet.

GESCHEHEN zu London, Mexico City, Moskau und Washington in vierfacher Ausfertigung am neunundzwanzigsten Tag des Dezember 1972.

Anlage I

1. Organohalogene Verbindungen.
2. Quecksilber und Quecksilberverbindungen.
3. Kadmiurn und Kadmiurnverbindungen.
4. Resistente Plaste und andere resistente synthetische Materialien, zum Beispiel Netze und Taue, die im Meer schwimmen oder schweben können, so daß sie die Fischerei, die Schiffahrt oder die sonstige rechtmäßige Nutzung des Meeres beträchtlich beeinträchtigen.
5. Rohöl, Heizöl, Dieselschweröl und Schmieröl, Treibmittel und Gemische, die einen dieser Stoffe enthalten, die zum Zweck des Einbringens an Bord genommen werden.
6. Hochgradig radioaktive Abfälle oder andere hochgradig radioaktive Stoffe, die von dem auf diesem Gebiet zuständigen internationalen Organ, gegenwärtig der Internationalen Atomenergieorganisation, aus gesundheitlichen, biologischen oder anderen Gründen für das Einbringen auf See als ungeeignet definiert wurden.
7. Materialien in jeder beliebigen Form (z. B. fest, flüssig, zähflüssig, gasförmig oder lebende Organismen), die für die biologische und chemische Kriegsführung produziert wurden.
8. Die vorangehenden Ziffern dieser Anlage gelten nicht für Substanzen, die durch physikalische, chemische oder bio-

logische Prozesse im Meer schnell unschädlich gemacht werden, vorausgesetzt, daß sie nicht:

- (i) essbare Meeresorganismen ungenießbar machen oder
- (ii) die menschliche Gesundheit oder die Gesundheit von Haustieren gefährden.

Das gemäß Artikel XIV vorgesehene Konsultationsverfahren sollte von einer Vertragspartei in Anspruch genommen werden, wenn es Zweifel über die Unschädlichkeit der Substanz gibt.

- 9. Diese Anlage gilt nicht für Abfälle oder andere Materialien (z. B. Abwasserschlämme und Baggergut), die die in den Ziffern 1–5 genannten Stoffe als Spurenkontaminationsmittel enthalten. Dergleichen Abfälle unterliegen gegebenenfalls den Bestimmungen der Anlagen II und III.

Anlage II

Folgende Stoffe und Gegenstände, die besondere Vorsicht erfordern, werden für die Zwecke des Artikels VI Abs. 1 Buchst. a aufgeführt.

- A. Abfälle, die bedeutende Mengen der nachfolgend aufgeführten Stoffe enthalten:

Arsen	} und deren Verbindungen
Blei	
Kupfer	
Zink	
Organosiliziumverbindungen	

Zyanide
Fluoride

Schädlingsbekämpfungsmittel und deren Nebenprodukte, die in Anlage I nicht erfaßt werden.

- B. Bei Erteilung von Erlaubnis für das Einbringen großer Mengen von Säuren und Laugen sollte das mögliche Vorhandensein von im vorangegangenen Buchst. A aufgeführten Stoffen in solchen Abfällen und die folgenden weiteren Stoffe in Betracht gezogen werden:

Beryllium	} und deren Verbindungen.
Chrom	
Nickel	
Vanadium	

- C. Behälter, Metallabfälle und andere sperrige Abfälle, die auf den Meeresboden sinken und für die Fischerei oder die Schifffahrt ein ernstes Hindernis darstellen können.

- D. Radioaktive Abfälle oder andere radioaktive Stoffe, die in Anlage I nicht enthalten sind. Bei der Erteilung von Erlaubnis für das Einbringen dieser Stoffe sollten die Vertragsparteien die Empfehlungen des zuständigen internationalen Organs auf diesem Gebiet, gegenwärtig der Internationalen Atomenergieorganisation, voll in Betracht ziehen.

Anlage III

Die Bestimmungen, die bei der Aufstellung von Kriterien für die Erteilung von Erlaubnis für das Einbringen von Stoffen ins Meer unter Beachtung des Artikels IV Abs. 2 berücksichtigt werden sollten, schließen ein:

A. Merkmale und Zusammensetzung der Stoffe

1. Gesamtmenge und durchschnittliche Zusammensetzung der eingebrachten Stoffe (z. B. pro Jahr).
2. Form, z. B. feste Stoffe, Schlamm, flüssige oder gasförmige Stoffe.
3. Eigenschaften: physikalische (z. B. Löslichkeit und Dichte), chemische und biochemische (z. B. Sauerstoffbedarf, Nährstoffe) und biologische (z. B. Vorhandensein von Viren, Bakterien, Hefen, Parasiten).
4. Toxizität.
5. Resistenz: physikalische, chemische und biologische.

6. Ansammlung und Biotransformation in biologischen Materialien oder Sedimenten.
7. Neigung zu physikalischen, chemischen und biologischen Veränderungen und Wechselwirkung mit anderen gelösten organischen und anorganischen Materialien in der Wasserumwelt.
8. Möglichkeit der Erzeugung latenter Schädigungen oder anderer Veränderungen, die die Marktfähigkeit von Ressourcen verringern (Fische, Schaltiere usw.).

B. Merkmale des Ortes des Einbringens und der Methoden der Deponierung

1. Standort (z. B. Koordinaten des Gebietes des Einbringens, Tiefe und Entfernung von der Küste), Lage in bezug auf andere Gebiete (z. B. Gebiete mit Annehmlichkeitswert, Laich-, Aufzucht- und Fischereigebiete und nutzbare Ressourcen).
2. Häufigkeit der Beseitigung in einem bestimmten Zeitraum (z. B. Menge pro Tag, pro Woche, pro Monat).
3. Methoden der Verpackung und räumlichen Begrenzung, falls vorhanden.
4. Ausgangsverdünnung, die durch die vorgesehene Art und Weise des Freisetzens erreicht wurde.
5. Ausbreitungseigenschaften (z. B. Auswirkungen von Strömungen, der Gezeiten und des Windes auf horizontale Beförderung und vertikale Vermengung).
6. Eigenschaften des Wassers (z. B. Temperatur, pH, Salzgehalt, Schichtung, Sauerstoffindizes der Verschmutzung — gelöster Sauerstoff [DO], chemischer Sauerstoffbedarf [COD], biochemischer Sauerstoffbedarf [BOD] — vorhandener Stickstoff in organischer oder Mineralform einschließlich Ammoniak, Schwebstoffe, andere Nährstoffe und Produktivität).
7. Eigenschaften des Meeresgrundes (z. B. Topographie, geochemische und geologische Eigenschaften und biologische Produktivität).
8. Vorhandensein und Auswirkungen anderer Fälle eines Einbringens, die in dem Gebiet des Einbringens vorgenommen wurden (z. B. Hintergrundanzeige von Schwermetallen und Gehalt an organischem Kohlenstoff).
9. Bei der Erteilung von Erlaubnis für das Einbringen sollten die Vertragsparteien prüfen, ob eine angemessene wissenschaftliche Grundlage existiert für die Einschätzung der Folgen eines solchen Einbringens, wie in dieser Anlage dargelegt, unter Berücksichtigung jahreszeitlich bedingter Abweichungen.

C. Allgemeine Erwägungen und Bedingungen

1. Mögliche Auswirkungen auf die Annehmlichkeiten der Umwelt (z. B. Vorhandensein schwebender oder gestrandeter Materialien, Trübung, unangenehmer Geruch, Verfärbung und Schäumen).
2. Mögliche Auswirkungen auf die Tier- und Pflanzenwelt des Meeres, auf Fisch- und Schaltierkulturen, Fischbestände und Fischereiwesen, auf Seetangeinbringung und Seetangkulturen.
3. Mögliche Auswirkungen auf andere Nutzungsmöglichkeiten des Meeres (z. B. Beeinträchtigung der Qualität des Wassers für industrielle Nutzung, Unterwasserkorrosion von Bauwerken, Behinderung des Schiffsbetriebes durch schwebende Materialien, Behinderung der Fischerei oder Schifffahrt durch die Deponierung von Abfall oder festen Gegenständen auf dem Meeresboden und Schutz der Gebiete, die von besonderer Bedeutung für Wissenschaft oder Naturschutz sind).
4. Die praktische Verfügbarkeit anderer auf dem Festland durchgeführter Methoden der Behandlung, Beseitigung oder Aussonderung oder der Behandlung der Stoffe, um sie für ein Einbringen auf See weniger schädlich zu machen.

**CONVENTION
ON THE PREVENTION OF MARINE POLLUTION BY
DUMPING OF WASTES AND OTHER MATTER**

The Contracting Parties to this Convention,

Recognizing that the marine environment and the living organisms which it supports are of vital importance to humanity, and all people have an interest in assuring that it is so managed that its quality and resources are not impaired;

Recognizing that the capacity of the sea to assimilate wastes and render them harmless, and its ability to regenerate natural resources, is not unlimited;

Recognizing that States have, in accordance with the Charter of the United Nations and the principles of international law, the sovereign right to exploit their own resources pursuant to their own environmental policies, and the responsibility to ensure that activities within their jurisdiction or control do not cause damage to the environment of other States or of areas beyond the limits of national jurisdiction;

Recalling Resolution 2749 (XXV) of the General Assembly of the United Nations on the principles governing the sea-bed and the ocean floor and the subsoil thereof, beyond the limits of national jurisdiction;

Noting that marine pollution originates in many sources, such as dumping and discharges through the atmosphere, rivers, estuaries, outfalls and pipelines, and that it is important that States use the best practicable means to prevent such pollution and develop products and processes which will reduce the amount of harmful wastes to be disposed of;

Being convinced that international action to control the pollution of the sea by dumping can and must be taken without delay but that this action should not preclude discussion of measures to control other sources of marine pollution as soon as possible; and

Wishing to improve protection of the marine environment by encouraging States with a common interest in particular geographical areas to enter into appropriate agreements supplementary to this Convention;

Have agreed as follows:

ARTICLE I

Contracting Parties shall individually and collectively promote the effective control of all sources of pollution of the marine environment, and pledge themselves especially to take all practicable steps to prevent the pollution of the sea by the dumping of waste and other matter that is liable to create hazards to human health, to harm living resources and marine life, to damage amenities or to interfere with other legitimate uses of the sea.

ARTICLE II

Contracting Parties shall, as provided for in the following Articles, take effective measures individually, according to their scientific, technical and economic capabilities, and collectively, to prevent marine pollution caused by dumping and shall harmonize their policies in this regard.

ARTICLE III

For the purposes of this Convention:

1. (a) "Dumping" means:
 - (i) any deliberate disposal at sea of wastes or other matter from vessels, aircraft, platforms or other man-made structures at sea;
 - (ii) any deliberate disposal at sea of vessels, aircraft, platforms or other man-made structures at sea.

(b) "Dumping" does not include:

- (i) the disposal at sea of wastes or other matter incidental to, or derived from the normal operations of vessels, aircraft, platforms or other man-made structures at sea and their equipment, other than wastes or other matter transported by or to vessels, aircraft, platforms or other man-made structures at sea, operating for the purpose of disposal of such matter or derived from the treatment of such wastes or other matter on such vessels, aircraft, platforms or structures;
- (ii) placement of matter for a purpose other than the mere disposal thereof, provided that such placement is not contrary to the aims of this Convention.

(c) The disposal of wastes or other matter directly arising from, or related to the exploration, exploitation and associated off-shore processing of sea-bed mineral resources will not be covered by the provisions of this Convention.

2. "Vessels and aircraft" means waterborne or airborne craft of any type whatsoever. This expression includes air cushioned craft and floating craft, whether self-propelled or not.

3. "Sea" means all marine waters other than the internal waters of States.

4. "Wastes or other matter" means material and substance of any kind, form or description.

5. "Special permit" means permission granted specifically on application in advance and in accordance with Annex II and Annex III.

6. "General permit" means permission granted in advance and in accordance with Annex III.

7. "The Organisation" means the Organisation designated by the Contracting Parties in accordance with Article XIV (2).

ARTICLE IV

1. In accordance with the provisions of this Convention Contracting Parties shall prohibit the dumping of any wastes or other matter in whatever form or condition except as otherwise specified below:

- (a) the dumping of wastes or other matter listed in Annex I is prohibited;
- (b) the dumping of wastes or other matter listed in Annex II requires a prior special permit;
- (c) the dumping of all other wastes or matter requires a prior general permit.

2. Any permit shall be issued only after careful consideration of all the factors set forth in Annex III, including prior studies of the characteristics of the dumping site, as set forth in Sections B and C of that Annex.

3. No provision of this Convention is to be interpreted as preventing a Contracting Party from prohibiting, insofar as that Party is concerned, the dumping of wastes or other matter not mentioned in Annex I. That Party shall notify such measures to the Organisation.

ARTICLE V

1. The provisions of Article IV shall not apply when it is necessary to secure the safety of human life or of vessels, aircraft, platforms or other man-made structures at sea in

cases of *force majeure* caused by stress of weather, or in any case which constitutes a danger to human life or a real threat to vessels, aircraft, platforms or other man-made structures at sea, if dumping appears to be the only way of averting the threat and if there is every probability that the damage consequent upon such dumping will be less than would otherwise occur. Such dumping shall be so conducted as to minimise the likelihood of damage to human or marine life and shall be reported forthwith to the Organisation.

2. A Contracting Party may issue a special permit as an exception to Article IV (1) (a), in emergencies, posing unacceptable risk relating to human health and admitting no other feasible solution. Before doing so the Party shall consult any other country or countries that are likely to be affected and the Organisation which, after consulting other Parties, and international organisations as appropriate, shall, in accordance with Article XIV promptly recommend to the Party the most appropriate procedures to adopt. The Party shall follow these recommendations to the maximum extent feasible consistent with the time within which action must be taken and with the general obligation to avoid damage to the marine environment and shall inform the Organisation of the action it takes. The Parties pledge themselves to assist one another in such situations.

3. Any Contracting Party may waive its rights under paragraph (2) at the time of, or subsequent to ratification of, or accession to this Convention.

ARTICLE VI

1. Each Contracting Party shall designate an appropriate authority or authorities to:

- (a) issue special permits which shall be required prior to, and for, the dumping of matter listed in Annex II and in the circumstances provided for in Article V (2);
- (b) issue general permits which shall be required prior to, and for, the dumping of all other matter;
- (c) keep records of the nature and quantities of all matter permitted to be dumped and the location, time and method of dumping;
- (d) monitor individually, or in collaboration with other Parties and competent international organisations, the condition of the seas for the purposes of this Convention.

2. The appropriate authority or authorities of a Contracting Party shall issue prior special or general permits in accordance with paragraph (1) in respect of matter intended for dumping:

- (a) loaded in its territory;
- (b) loaded by a vessel or aircraft registered in its territory or flying its flag, when the loading occurs in the territory of a State not party to this Convention.

3. In issuing permits under sub-paragraphs (1) (a) and (b) above, the appropriate authority or authorities shall comply with Annex III, together with such additional criteria, measures and requirements as they may consider relevant.

4. Each Contracting Party, directly or through a Secretariat established under a regional agreement, shall report to the Organisation, and where appropriate to other Parties, the information specified in subparagraphs (c) and (d) of paragraph (1) above, and the criteria, measures and requirements it adopts in accordance with paragraph (3) above. The procedure to be followed and the nature of such reports shall be agreed by the Parties in consultation.

ARTICLE VII

1. Each Contracting Party shall apply the measures required to implement the present Convention to all:

- (a) vessels and aircraft registered in its territory or flying its flag;

- (b) vessels and aircraft loading in its territory or territorial seas matter which is to be dumped;

- (c) vessels and aircraft and fixed or floating platforms under its jurisdiction believed to be engaged in dumping.

2. Each Party shall take in its territory appropriate measures to prevent and punish conduct in contravention of the provisions of this Convention.

3. The Parties agree to co-operate in the development of procedures for the effective application of this Convention particularly on the high seas, including procedures for the reporting of vessels and aircraft observed dumping in contravention of the Convention.

4. This Convention shall not apply to those vessels and aircraft entitled to sovereign immunity under international law. However each Party shall ensure by the adoption of appropriate measures that such vessels and aircraft owned or operated by it act in a manner consistent with the object and purpose of this Convention, and shall inform the Organisation accordingly.

5. Nothing in this Convention shall affect the right of each Party to adopt other measures, in accordance with the principles of international law, to prevent dumping at sea.

ARTICLE VIII

In order to further the objectives of this Convention, the Contracting Parties with common interests to protect in the marine environment in a given geographical area shall endeavour, taking into account characteristic regional features, to enter into regional agreements consistent with this Convention for the prevention of pollution, especially by dumping. The Contracting Parties to the present Convention shall endeavour to act consistently with the objectives and provisions of such regional agreements, which shall be notified to them by the Organisation. Contracting Parties shall seek to co-operate with the Parties to regional agreements in order to develop harmonized procedures to be followed by Contracting Parties to the different conventions concerned. Special attention shall be given to cooperation in the field of monitoring and scientific research.

ARTICLE IX

The Contracting Parties shall promote, through collaboration within the Organisation and other international bodies, support for those Parties which request it for:

- (a) the training of scientific and technical personnel;
- (b) the supply of necessary equipment and facilities for research and monitoring;
- (c) the disposal and treatment of waste and other measures to prevent or mitigate pollution caused by dumping;

preferably within the countries concerned, so furthering the aims and purposes of this Convention.

ARTICLE X

In accordance with the principles of international law regarding State responsibility for damage to the environment of other States or to any other area of the environment, caused by dumping of wastes and other matter of all kinds, the Contracting Parties undertake to develop procedures for the assessment of liability and the settlement of disputes regarding dumping.

ARTICLE XI

The Contracting Parties shall at their first consultative meeting consider procedures for the settlement of disputes concerning the interpretation and application of this Convention.

ARTICLE XII

The Contracting Parties pledge themselves to promote, within the competent specialised agencies and other inter-

national bodies, measures to protect the marine environment against pollution caused by:

- (a) hydrocarbons, including oil, and their wastes;
- (b) other noxious or hazardous matter transported by vessels for purposes other than dumping;
- (c) wastes generated in the course of operation of vessels, aircraft, platforms and other man-made structures at sea;
- (d) radio-active pollutants from all sources, including vessels;
- (e) agents of chemical and biological warfare;
- (f) wastes or other matter directly arising from, or related to the exploration, exploitation and associated off-shore processing of sea-bed mineral resources.

The Parties will also promote, within the appropriate international organisation, the codification of signals to be used by vessels engaged in dumping.

ARTICLE XIII

Nothing in this Convention shall prejudice the codification and development of the law of the sea by the United Nations Conference on the Law of the Sea convened pursuant to Resolution 2750 C (XXV) of the General Assembly of the United Nations nor the present or future claims and legal views of any State concerning the law of the sea and the nature and extent of coastal and flag State jurisdiction. The Contracting Parties agree to consult at a meeting to be convened by the Organisation after the Law of the Sea Conference, and in any case not later than 1976, with a view to defining the nature and extent of the right and the responsibility of a coastal State to apply the Convention in a zone adjacent to its coast.

ARTICLE XIV

1. The Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland as a depositary shall call a meeting of the Contracting Parties not later than three months after the entry into force of this Convention to decide on organisational matters.

2. The Contracting Parties shall designate a competent Organisation existing at the time of that meeting to be responsible for Secretariat duties in relation to this Convention. Any Party to this Convention not being a member of this Organisation shall make an appropriate contribution to the expenses incurred by the Organisation in performing these duties.

3. The Secretariat duties of the Organisation shall include:

- (a) the convening of consultative meetings of the Contracting Parties not less frequently than once every two years and of special meetings of the Parties at any time on the request of two-thirds of the Parties;
- (b) preparing and assisting, in consultation with the Contracting Parties and appropriate International Organisations, in the development and implementation of procedures referred to in sub-paragraph (4) (e) of this Article;
- (c) considering enquiries by, and information from the Contracting Parties, consulting, with them and with the appropriate International Organisations, and providing recommendations to the Parties on questions related to, but not specifically covered by the Convention;
- (d) conveying to the Parties concerned all notifications received by the Organisation in accordance with Articles IV (3), V (1) and (2), VI (4), XV, XX and XXI.

Prior to the designation of the Organisation these functions shall, as necessary, be performed by the depositary, who for this purpose shall be the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland.

4. Consultative or special meetings of the Contracting Parties shall keep under continuing review the implementation of this Convention and may, *inter alia*:

- (a) review and adopt amendments to this Convention and its Annexes in accordance with Article XV;
- (b) invite the appropriate scientific body or bodies to collaborate with and to advise the Parties or the Organisation on any scientific or technical aspect relevant to this Convention, including particularly the content of the Annexes;
- (c) receive and consider reports made pursuant to Article VI (4);
- (d) promote co-operation with and between regional organisations concerned with the prevention of marine pollution;
- (e) develop or adopt, in consultation with appropriate International Organisations, procedures referred to in Article V (2), including basic criteria for determining exceptional and emergency situations, and procedures for consultative advice and the safe disposal of matter in such circumstances, including the designation of appropriate dumping areas, and recommend accordingly;
- (f) consider any additional action that may be required.

5. The Contracting Parties at their first consultative meeting shall establish rules of procedure as necessary.

ARTICLE XV

1. (a) At meetings of the Contracting Parties called in accordance with Article XIV amendments to this Convention may be adopted by a two-thirds majority of those present. An amendment shall enter into force for the Parties which have accepted it on the sixtieth day after two-thirds of the Parties shall have deposited an instrument of acceptance of the amendment with the Organisation. Thereafter the amendment shall enter into force for any other Party 30 days after that Party deposits its instrument of acceptance of the amendment.

(b) The Organisation shall inform all Contracting Parties of any request made for a special meeting under Article XIV and of any amendments adopted at meetings of the Parties and of the date on which each such amendment enters into force for each Party.

2. Amendments to the Annexes will be based on scientific or technical considerations. Amendments to the Annexes approved by a two-thirds majority of those present at a meeting called in accordance with Article XIV shall enter into force for each Contracting Party immediately on notification of its acceptance to the Organisation and 100 days after approval by the meeting for all other Parties except for those which before the end of the 100 days make a declaration that they are not able to accept the amendment at that time. Parties should endeavour to signify their acceptance of an amendment to the Organisation as soon as possible after approval at a meeting. A Party may at any time substitute an acceptance for a previous declaration of objection and the amendment previously objected to shall thereupon enter into force for that Party.

3. An acceptance or declaration of objection under this Article shall be made by the deposit of an instrument with the Organisation. The Organisation shall notify all Contracting Parties of the receipt of such instruments.

4. Prior to the designation of the Organisation, the Secretariat functions herein attributed to it, shall be performed temporarily by the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, as one of the depositaries of this Convention.

ARTICLE XVI

This Convention shall be open for signature by any State at London, Mexico City, Moscow and Washington from 29 December 1972 until 31 December 1973.

ARTICLE XVII

This Convention shall be subject to ratification. The instruments of ratification shall be deposited with the Governments of Mexico, the Union of Soviet Socialist Republics, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, and the United States of America.

ARTICLE XVIII

After 31 December 1973, this Convention shall be open for accession by any State. The instruments of accession shall be deposited with the Governments of Mexico, the Union of Soviet Socialist Republics, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, and the United States of America.

ARTICLE XIX

1. This Convention shall enter into force on the thirtieth day following the date of deposit of the fifteenth instrument of ratification or accession.

2. For each Contracting Party ratifying or acceding to the Convention after the deposit of the fifteenth instrument of ratification or accession, the Convention shall enter into force on the thirtieth day after deposit by such Party of its instrument of ratification or accession.

ARTICLE XX

The depositaries shall inform Contracting Parties:

- (a) of signatures to this Convention and of the deposit of instruments of ratification, accession or withdrawal, in accordance with Articles XVI, XVII, XVIII and XXI, and
- (b) of the date on which this Convention will enter into force, in accordance with Article XIX.

ARTICLE XXI

Any Contracting Party may withdraw from this Convention by giving six months' notice in writing to a depositary, which shall promptly inform all Parties of such notice.

ARTICLE XXII

The original of this Convention of which the English, French, Russian and Spanish texts are equally authentic, shall be deposited with the Governments of Mexico, the Union of Soviet Socialist Republics, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the United States of America who shall send certified copies thereof to all States.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned Plenipotentiaries, being duly authorised thereto by their respective Governments have signed the present Convention.

DONE in quadruplicate at London, Mexico City, Moscow and Washington, this twenty-ninth day of December, 1972.

ANNEX I

1. Organohalogen compounds.
2. Mercury and mercury compounds.
3. Cadmium and cadmium compounds.
4. Persistent plastics and other persistent synthetic materials, for example, netting and ropes, which may float or

may remain in suspension in the sea in such a manner as to interfere materially with fishing, navigation or other legitimate uses of the sea.

5. Crude oil, fuel oil, heavy diesel oil, and lubricating oils, hydraulic fluids, and any mixtures containing any of these, taken on board for the purpose of dumping.

6. High-level radio-active wastes or other high-level radio-active matter, defined on public health, biological or other grounds, by the competent international body in this field, at present the International Atomic Energy Agency, as unsuitable for dumping at sea.

7. Materials in whatever form (e.g. solids, liquids, semi-liquids, gases or in a living state) produced for biological and chemical warfare.

8. The preceding paragraphs of this Annex do not apply to substances which are rapidly rendered harmless by physical, chemical or biological processes in the sea provided they do not:

- (i) make edible marine organisms unpalatable, or
- (ii) endanger human health or that of domestic animals.

The consultative procedure provided for under Article XIV should be followed by a Party if there is doubt about the harmlessness of the substance.

9. This Annex does not apply to wastes or other materials (e.g. sewage sludges and dredged spoils) containing the matters referred to in paragraphs 1-5 above as trace contaminants. Such wastes shall be subject to the provisions of Annexes II and III as appropriate.

ANNEX II

The following substances and materials requiring special care are listed for the purposes of Article VI (1) (a).

A. Wastes containing significant amounts of the matters listed below:

arsenic	}	and their compounds
lead		
copper		
zinc		
organosilicon compounds		
cyanides		
fluorides		
pesticides and their by-products not covered in Annex I.		

B. In the issue of permits for the dumping of large quantities of acids and alkalis, consideration shall be given to the possible presence in such wastes of the substances listed in paragraph A and to the following additional substances:

beryllium	}	and their compounds
chromium		
nickel		
vanadium		

C. Containers, scrap metal and other bulky wastes liable to sink to the sea bottom which may present a serious obstacle to fishing or navigation.

D. Radio-active wastes or other radio-active matter not included in Annex I. In the issue of permits for the dumping of this matter, the Contracting Parties should take full account of the recommendations of the competent international body in this field, at present the International Atomic Energy Agency.

ANNEX III

Provisions to be considered in establishing criteria governing the issue of permits for the dumping of matter at sea, taking into account Article IV (2), include:

A.—Characteristics and composition of the matter

1. Total amount and average composition of matter dumped (e.g. per year).
2. Form, e.g. solid, sludge, liquid, or gaseous.
3. Properties: physical (e.g. solubility and density), chemical and biochemical (e.g. oxygen demand, nutrients) and biological (e.g. presence of viruses, bacteria, yeasts, parasites).
4. Toxicity.
5. Persistence: physical, chemical and biological.
6. Accumulation and biotransformation in biological materials or sediments.
7. Susceptibility to physical, chemical and biochemical changes and interaction in the aquatic environment with other dissolved organic and inorganic materials.
8. Probability of production of taints or other changes reducing marketability of resources (fish, shellfish, etc.).

B.—Characteristics of dumping site and method of deposit

1. Location (e.g. co-ordinates of the dumping area, depth and distance from the coast), location in relation to other areas (e.g. amenity areas, spawning, nursery and fishing areas and exploitable resources).
2. Rate of disposal per specific period (e.g. quantity per day, per week, per month).
3. Methods of packaging and containment, if any.
4. Initial dilution achieved by proposed method of release.

5. Dispersal characteristics (e.g. effects of currents, tides and wind on horizontal transport and vertical mixing).

6. Water characteristics (e.g. temperature, pH, salinity, stratification, oxygen indices of pollution—dissolved oxygen (DO), chemical oxygen demand (COD), biochemical oxygen demand (BOD)—nitrogen present in organic and mineral form including ammonia, suspended matter, other nutrients and productivity).

7. Bottom characteristics (e.g. topography, geochemical and geological characteristics and biological productivity).

8. Existence and effects of other dumpings which have been made in the dumping area (e.g. heavy metal background reading and organic carbon content).

9. In issuing a permit for dumping, Contracting Parties should consider whether an adequate scientific basis exists for assessing the consequences of such dumping, as outlined in this Annex, taking into account seasonal variations.

C.—General considerations and conditions

1. Possible effects on amenities (e.g. presence of floating or stranded material, turbidity, objectionable odour, discolouration and foaming).

2. Possible effects on marine life, fish and shellfish culture, fish stocks and fisheries, seaweed harvesting and culture.

3. Possible effects on other uses of the sea (e.g. impairment of water quality for industrial use, underwater corrosion of structures, interference with ship operations from floating materials, interference with fishing or navigation through deposit of waste or solid objects on the sea floor and protection of areas of special importance for scientific or conservation purposes).

4. The practical availability of alternative land-based methods of treatment, disposal or elimination, or of treatment to render the matter less harmful for dumping at sea.

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten des Abkommens
zwischen der Regierung
der Deutschen Demokratischen Republik
und der Regierung
der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien
über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet
der Sozialversicherung
vom 16. November 1976**

Am 31. Oktober 1974 wurde in Belgrad das Abkommen zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Sozialversicherung unterzeichnet.

Das Abkommen trat nach Erfüllung der in seinem Artikel 32 festgelegten Voraussetzungen am 1. Oktober 1975 in Kraft.

Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Berlin, den 16. November 1976

Der Leiter
des Sekretariats des Ministerrates

Dr. Kleinert
Staatssekretär

Abkommen
zwischen der Regierung
der Deutschen Demokratischen Republik
und der Regierung
der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien
über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet
der Sozialversicherung

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und die Regierung der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien sind, geleitet von dem Wunsche, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Staaten weiter zu vertiefen und zu festigen und die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Sozialversicherung zu regeln, übereingekommen, dieses Abkommen abzuschließen. Sie haben hierzu als Bevollmächtigte ernannt:

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik
Horst Rademacher
 Staatssekretär für Arbeit und Löhne,

die Regierung der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien
Svetozar Pepovski
 Bundessekretär des Bundeskomitees für Arbeit und Beschäftigung,

die nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten folgendes vereinbart haben:

I.

Grundsätzliche Bestimmungen

Artikel 1

Dieses Abkommen regelt die gegenseitigen Beziehungen zwischen den Abkommenspartnern auf dem Gebiet der Sozialversicherung.

Artikel 2

Dieses Abkommen bezieht sich

1. in der Deutschen Demokratischen Republik auf die Rechtsvorschriften über die Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten und die Sozialversicherung bei der Staatlichen Versicherung,
2. in der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien auf die Rechtsvorschriften
 - a) der gesetzlichen Krankenversicherung der Arbeiter
 - b) der gesetzlichen Pensions- und Invalidenversicherung der Arbeiter.

Artikel 3

Die Bürger des einen Staates haben im anderen Staat die gleichen Rechte und Pflichten entsprechend Artikel 2 wie die Bürger des eigenen Staates, soweit durch dieses Abkommen nichts anderes festgelegt ist.

Artikel 4

(1) Die Bürger des einen Staates, die auf dem Territorium des anderen Staates beschäftigt sind, werden bezüglich der Sozialversicherung wie die eigenen Staatsbürger behandelt, soweit durch dieses Abkommen nichts anderes festgelegt ist.

(2) Die Bürger des einen Staates, die ständig auf dem Territorium des anderen Staates wohnen und auf der Grundlage dieses Abkommens keine Ansprüche geltend machen können, werden hinsichtlich der Sozialfürsorge wie Bürger des eigenen Staates behandelt.

Artikel 5

(1) Die Bestimmungen dieses Abkommens finden auf Versicherte und ihre Familienangehörigen Anwendung, die durch die Rechtsvorschriften des Artikels 2 erfaßt und Bürger eines Abkommenspartners sind.

(2) Die Bestimmungen dieses Abkommens gelten nicht für Personen, auf die sich das Abkommen zwischen den Regierungen beider Staaten vom 2. Juni 1961 bezieht, mit dem die kostenlose gesundheitliche Betreuung der Diplomaten und anderer Mitarbeiter beider Vertretungen geregelt wurde.

Artikel 6

(1) Die Versicherungs- und Beitragspflicht bei der Sozialversicherung richtet sich nach den Rechtsvorschriften des Staates, auf dessen Territorium die für die Versicherung entscheidende Tätigkeit ausgeübt wird bzw. der Sitz des Betriebes ist, soweit durch dieses Abkommen nichts anderes festgelegt ist.

(2) Für die Durchführung der Versicherung sind die Organe des Staates zuständig, in dem Versicherungs- und Beitragspflicht besteht.

II. *

Gewährung von Alters-, Invaliden-, Unfall- und Hinterbliebenenrenten

Artikel 7

(1) Die Versicherungsträger beider Abkommenspartner gewähren Renten und andere Leistungen auf dem Gebiet der Rentenversicherung (nachfolgend Renten genannt) entsprechend den Rechtsvorschriften ihres Staates an Bürger beider Staaten, die Versicherungszeiten und ihnen gleichgestellte Zeiten (nachfolgend Versicherungszeiten genannt) auf dem Territorium beider Staaten erworben haben. Bei der Feststellung des Rentenanspruchs berücksichtigen die Versicherungsträger beider Abkommenspartner die in beiden Staaten erworbenen Versicherungszeiten sowie die mit der jeweils geleisteten Arbeit verbundenen Rechte entsprechend den Rechtsvorschriften ihres Staates.

(2) Jeder Versicherungsträger der beiden Abkommenspartner zahlt den Teil der gemäß Absatz 1 errechneten Rente, der dem Anteil der auf dem Territorium seines Staates geleisteten Versicherungszeit entspricht. Ist die Summe der von beiden Versicherungsträgern gezahlten Rententeile insgesamt niedriger als diejenige Rente, die dem Anspruchsberechtigten unter Berücksichtigung der in beiden Staaten erworbenen Versicherungszeiten nach den Bestimmungen des ständigen Aufenthaltslandes zustehen würde, so erhöht der Versicherungsträger dieses Staates den von ihm zu zahlenden Anteil um die Differenz zwischen dem Betrag dieser Rente und der Summe der proportionalen Teile.

(3) Wenn ein Anspruchsberechtigter mit Versicherungszeiten auf dem Territorium beider Staaten die Voraussetzungen für einen Rentenanspruch nur nach den Rechtsvorschriften eines Abkommenspartners erfüllt, so gewährt ihm der Versicherungsträger dieses Abkommenspartners den proportionalen Teil der Rente gemäß Absatz 2. Der proportionale Teil der Rente darf nicht niedriger sein als die Mindestrente, die der Versicherungszeit in diesem Staat entspricht. Werden

die Voraussetzungen für einen Rentenanspruch im anderen Staat später erfüllt, erfolgt die Gewährung und Zahlung beider Rententeile vom Tag der Entstehung dieses Anspruchs an nach den Bestimmungen der Absätze 1 und 2.

(4) Die Bestimmungen der Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden,

- a) wenn der Anspruchsberechtigte fordert, daß ihm die Rente anstatt auf der Grundlage dieses Abkommens entsprechend den Rechtsvorschriften eines Abkommenspartners und der bei diesem Abkommenspartner erworbenen Versicherungszeit berechnet werden soll;
- b) wenn es sich um eine solche Art der Rente handelt, die nur nach den Rechtsvorschriften eines Abkommenspartners vorgesehen ist.

Artikel 8

Beträgt die Versicherungszeit auf dem Territorium des einen Staates weniger als 6 Monate, kann kein Rentenanspruch gegenüber dem zuständigen Versicherungsträger dieses Staates geltend gemacht werden. Diese Versicherungszeit wird vom Versicherungsträger des anderen Staates wie eine bei ihm erworbene berücksichtigt.

Artikel 9

Erwirbt ein Rentner, dem eine Rente durch die Versicherungsträger beider Abkommenspartner gewährt wird, nach Festsetzung der Rente eine zusätzliche Versicherungszeit auf dem Territorium eines Staates, dessen Rechtsvorschriften dafür eine Erhöhung der Rente vorsehen, so wird ihm die Erhöhung vom Versicherungsträger dieses Abkommenspartners gewährt.

Artikel 10

(1) Rente auf Grund eines Arbeitsunfalles wird vom Versicherungsträger des Abkommenspartners nach den Rechtsvorschriften seines Staates gewährt, bei dem der Verletzte zur Zeit des Arbeitsunfalles versichert war.

(2) Rente auf Grund einer Berufskrankheit wird nach den Rechtsvorschriften seines Staates vom Versicherungsträger des Staates gewährt, auf dessen Territorium der Erkrankte unter Bedingungen und in Tätigkeiten gearbeitet hat, die diese Berufskrankheit verursachen konnten. Hat der Anspruchsberechtigte in beiden Staaten unter diesen Bedingungen und in diesen Tätigkeiten gearbeitet, wird die Rente wegen Berufskrankheit vom Versicherungsträger des Staates gewährt, auf dessen Territorium diese Tätigkeit zuletzt unter den erwähnten Bedingungen ausgeübt wurde.

(3) Erwirbt ein Versicherter durch einen erneuten Arbeitsunfall oder durch eine erneute Berufskrankheit, die auf dem Territorium des anderen Staates eingetreten sind, einen Anspruch auf Rente, so ist der Versicherungsträger dieses Abkommenspartners verpflichtet, die Rente unter Berücksichtigung des vorherigen Arbeitsunfalles bzw. der vorherigen Berufskrankheit nach den Rechtsvorschriften seines Staates festzusetzen und insgesamt zu seinen Lasten zu gewähren.

Artikel 11

Für die Feststellung der Invalidität oder des Körperschadens gelten die medizinischen und sonstigen Kriterien des zuständigen Organs des Abkommenspartners, der die Rente gewährt.

Artikel 12

(1) Siedelt ein Rentner auf das Territorium des anderen Staates über, so ist ihm die zustehende Rente vom ersten Tag des auf die Übersiedlung folgenden Monats an zu Lasten des Versicherungsträgers des Abkommenspartners weiterzuzahlen, der die Rente gewährt. Das gilt auch, wenn die Rente

in proportionalen Teilen von den Versicherungsträgern beider Abkommenspartner gewährt wird.

(2) Rente, die vom Versicherungsträger eines Abkommenspartners für einen Bürger gewährt wird, der auf dem Territorium des anderen Staates wohnt, wird durch den Versicherungsträger des Staates ausgezahlt, in dem der Berechtigte seinen ständigen Wohnsitz hat. Dazu erteilt der Versicherungsträger des Abkommenspartners, zu dessen Lasten die Rente ausgezahlt wird, dem zuständigen Versicherungsträger des anderen Abkommenspartners die Ermächtigung. Diese Renten werden zwischen den Versicherungsträgern der Abkommenspartner verrechnet.

(3) Siedelt ein Anspruchsberechtigter in einen dritten Staat über, richtet sich sein Recht auf Rente nach den Rechtsvorschriften des jeweiligen Abkommenspartners.

Artikel 13

Ein Rentner, dem eine Rente gemäß Artikel 7 Absatz 2 gewährt wird, erhält Zahlungen für Familienangehörige von dem Versicherungsträger und nach den Rechtsvorschriften des Staates, auf dessen Territorium die Familienangehörigen ihren ständigen Wohnsitz haben.

III.

Leistungen im Falle der Krankheit, der Mutterschaft und des Todes

Artikel 14

Sachleistungen aus der Versicherung im Falle der Krankheit einschließlich des Arbeitsunfalles und der Berufskrankheit, der Mutterschaft und des Todes werden zu Lasten des Versicherungsträgers gewährt, bei dem der Versicherte bzw. seine anspruchsberechtigten Familienangehörigen den Leistungsanspruch erworben haben.

Artikel 15

Die anspruchsberechtigten Familienangehörigen eines Versicherten, die auf dem Territorium des anderen Abkommenspartners wohnen, erhalten Sachleistungen von dem für ihren Wohnsitz zuständigen Versicherungsträger.

Artikel 16

Den Anspruch auf Sachleistungen im Falle der Krankheit und der Mutterschaft haben Empfänger einer Rente gemäß Artikel 7 Absatz 2 und ihre anspruchsberechtigten Familienangehörigen nach den Rechtsvorschriften und zu Lasten des Versicherungsträgers des Staates, auf dessen Territorium der Anspruchsberechtigte ständig wohnt.

Artikel 17

Versicherte, Rentner und deren anspruchsberechtigte Familienangehörige des einen Staates, die sich vorübergehend auf dem Territorium des anderen Staates aufhalten, erhalten bei übertragbarer und akuter Erkrankung (einschließlich akuter stomatologischer Erkrankung) und in anderen dringenden Fällen ambulante oder stationäre medizinische Versorgung und die erforderliche Versorgung mit Arzneien zu Lasten des Versicherungsträgers des Abkommenspartners, bei dem sie versichert sind.

Artikel 18

Beschäftigte von Verkehrsbetrieben und anderen Betrieben des einen Staates, die zur Ausübung ihrer Tätigkeit in den anderen Staat entsandt werden und Bürger des entsendenden Staates sind, erhalten Sachleistungen vom Versicherungs-

träger des Aufenthaltsortes nach seinen Rechtsvorschriften zu Lasten des Versicherungsträgers, bei dem sie versichert sind. Die anderen Bestimmungen dieses Abkommens finden auf sie keine Anwendung.

Artikel 19

(1) Die Sachleistungen gemäß Artikel 15, 17 und 18 werden vom Versicherungsträger des Aufenthaltsortes gewährt. Für die Gewährung der Sachleistungen gelten die Rechtsvorschriften, die für diesen Versicherungsträger und seine Versicherten maßgebend sind.

(2) Die Gewährung von Prothesen und anderen orthopädischen Hilfsmitteln sowie Sachleistungen von größerem Wert erfolgt nach den Rechtsvorschriften des Versicherungsträgers und mit seiner Zustimmung, bei dem der Anspruchsberechtigte versichert ist. Diese Zustimmung ist nicht erforderlich, wenn die Leistungsgewährung nicht ohne schwere Folgen für die Gesundheit bzw. das Leben des Anspruchsberechtigten verschoben werden kann.

(3) Der Versicherungsträger jedes Abkommenspartners erstattet dem Versicherungsträger des anderen Abkommenspartners die Kosten der Sachleistungen, die dieser gemäß Absätze 1 und 2 in seinem Auftrage gewährt. Für die Verrechnung der Sachleistungen gemäß Absatz 1 legen die Versicherungsträger beider Abkommenspartner eine Pauschale fest. Die Sachleistungen gemäß Absatz 2 werden nach den tatsächlichen Kosten verrechnet.

Artikel 20

Geldleistungen bei vorübergehender Arbeitsunfähigkeit, Mutterschaft und im Falle des Todes werden vom Versicherungsträger des Abkommenspartners entsprechend den Rechtsvorschriften seines Staates und zu seinen Lasten gewährt, bei dem der Anspruchsberechtigte zum Zeitpunkt der Entstehung des Anspruchs versichert ist oder zuletzt versichert war.

Artikel 21

Soweit der Anspruch auf Sach- oder Geldleistungen von einer bestimmten Versicherungszeit abhängig ist, werden die in beiden Staaten erworbenen Versicherungszeiten berücksichtigt.

IV.

Kindergeld

Artikel 22

(1) Rentner, die nur vom Versicherungsträger eines Abkommenspartners Rente erhalten, haben den Anspruch auf Kindergeld nach den Rechtsvorschriften und zu Lasten dieses Abkommenspartners auch dann, wenn sich die Kinder auf dem Territorium des anderen Staates aufhalten.

(2) Empfänger von Rente gemäß Artikel 7 Absatz 2 dieses Abkommens haben Anspruch auf Kindergeld nach den Rechtsvorschriften und zu Lasten des Abkommenspartners, auf dessen Territorium die Kinder wohnen.

V.

Gemeinsame Bestimmungen

Artikel 23

(1) Zur Durchführung des Abkommens wird von jedem Abkommenspartner das zuständige Organ benannt. Es ist

— für die Deutsche Demokratische Republik der Bundesvorstand des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes — Verwaltung der Sozialversicherung —

— für die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien der Bundesverband der Pensions- und Invalidenversicherung Jugoslawiens und der Bundesverband der Krankenversicherung Jugoslawiens.

(2) Die zuständigen Organe gemäß Absatz 1 schließen über die Verfahrensweise bei der Durchführung des Abkommens eine Vereinbarung ab.

Artikel 24

Die zuständigen Organe gemäß Artikel 23 Absatz 1 informieren sich gegenseitig über die Rechtsvorschriften nach Artikel 2 sowie über eintretende Änderungen auf diesem Gebiet.

Artikel 25

(1) Die zuständigen Organe des einen Abkommenspartners gewähren den zuständigen Organen des anderen Abkommenspartners unentgeltliche Rechtshilfe im gleichen Umfang wie bei der Durchführung der Sozialversicherung im eigenen Staat. Sie geben einander die notwendigen Informationen über die für die Gewährung der Leistungen entscheidenden Umstände und treffen die zur Ermittlung dieser Umstände erforderlichen Maßnahmen.

(2) Urkunden und andere Beweismittel, die auf dem Territorium des einen Abkommenspartners in gehöriger Form ausgestellt oder von einem zuständigen staatlichen Organ beglaubigt wurden, werden auf dem Territorium des anderen Abkommenspartners ohne Legalisation anerkannt.

Artikel 26

Anträge, Eingaben und Rechtsmittel von Bürgern beider Staaten, Dokumente sowie Schriftwechsel der zuständigen Organe in Durchführung dieses Abkommens können in der deutschen bzw. einer Sprache der Völker Jugoslawiens abgefaßt sein.

Artikel 27

(1) Anträge auf Leistungen bzw. Einsprüche sind beim zuständigen Organ eines der beiden Abkommenspartner zu stellen bzw. einzulegen. Anträge und Einsprüche, die bei dem entsprechenden Organ eines Abkommenspartners gestellt bzw. eingelegt wurden, gelten ebenfalls als beim zuständigen Organ des anderen Abkommenspartners gestellt bzw. eingelegt.

(2) Das Organ des Abkommenspartners, bei dem der Antrag auf Leistungen oder der Einspruch gestellt bzw. eingelegt wird, übersendet dem für die Entscheidung zuständigen Organ diese und die notwendigen Beweismittel und verfügbaren Angaben.

(3) Das zuständige Organ jedes Abkommenspartners übersendet dem zuständigen Organ des anderen Abkommenspartners auf dessen Anforderung oder auf Ersuchen des Antragstellers Angaben, Beweismittel und Unterlagen, die für die Rentenzahlung erforderlich sind.

Artikel 28

Die Mitarbeiter der diplomatischen und konsularischen Vertretungen beider Staaten sind bevollmächtigt, im Namen der Bürger ihres Staates in allen sich aus diesem Abkommen ergebenden Angelegenheiten zu handeln und die Bürger vor den zuständigen Organen des anderen Abkommenspartners zu vertreten.

Artikel 29

Entstehen bei der Durchführung des Abkommens infolge unvorhergesehener Umstände oder Änderung der Rechtsvorschriften Zweifel oder ergeben sich Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung, vereinbaren die zuständigen

staatlichen Organe der Abkommenspartner die Art und Weise der Anwendung der Bestimmungen dieses Abkommens.

Artikel 30

Die gegenseitige Verrechnung der Leistungen und Auszahlungen für den anderen Abkommenspartner entsprechend diesem Abkommen wird einmal jährlich durchgeführt. Die Zahlung des Differenzbetrages erfolgt entsprechend den Bestimmungen des zum Zeitpunkt der Zahlung gültigen Abkommens über den Zahlungsverkehr zwischen den Abkommenspartnern.

VI.

Übergangs- und Schlußbestimmungen

Artikel 31

(1) Nach den Bestimmungen dieses Abkommens berücksichtigen die Versicherungsträger beider Staaten auch die vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens auf dem Territorium des anderen Staates erworbenen Versicherungszeiten ab 15. Mai 1945. Versicherungszeiten, die von den Versicherten auf dem jetzigen Territorium beider Staaten vor dem 15. Mai 1945 erworben wurden, werden bei der Rentengewährung vom Versicherungsträger des Staates im vollen Umfang berücksichtigt, in dem der Berechtigte zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Abkommens seinen ständigen Wohnsitz hat.

(2) Rente auf Grund eines Arbeitsunfalles oder einer Berufskrankheit nach den Bestimmungen dieses Abkommens wird gewährt, wenn der Arbeitsunfall nach dem 15. Mai 1945 eingetreten ist bzw. die für die Berufskrankheit maßgebende Tätigkeit nach dem 15. Mai 1945 ausgeübt wurde.

(3) Die Bestimmungen dieses Abkommens gelten nicht für Renten, die bereits vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens festgesetzt wurden.

Artikel 32

(1) Dieses Abkommen bedarf der Bestätigung entsprechend den innerstaatlichen Rechtsvorschriften der Abkommenspartner. Es tritt am ersten Tag des Monats in Kraft, der dem Datum der letzten Note, mit der die Bestätigung mitgeteilt wird, folgt.

(2) Dieses Abkommen wird für die Dauer von fünf Jahren abgeschlossen. Seine Gültigkeit verlängert sich um je weitere fünf Jahre, wenn keiner der Abkommenspartner das Abkommen spätestens sechs Monate vor Ablauf der Frist kündigt.

(3) Im Falle der Kündigung dieses Abkommens werden die nach diesem Abkommen gewährten Renten nach den Bestimmungen dieses Abkommens weitergewährt.

Zum Beweis dessen haben die Bevollmächtigten dieses Abkommen unterzeichnet und gesiegelt.

Ausgefertigt in Belgrad am 31. Oktober 1974 in zwei Exemplaren, jedes in deutscher und serbokroatischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen gültig sind.

Für die Regierung
der Deutschen
Demokratischen Republik
gez. Rademacher

Für die Regierung
der Sozialistischen
Föderativen Republik
Jugoslawien
gez. Pepovski

Schlußprotokoll

Zum Abkommen zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Sozialversicherung vom 31. Oktober 1974 haben sich die Bevollmächtigten beider Seiten über folgendes geeinigt:

I.

Zu Artikel 2:

Unter Pflichtversicherung der Arbeiter in der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien ist auch die Pflichtversicherung der Personen erfaßt, die nach jugoslawischem Recht den Arbeitern gleichgestellt sind.

Zu Artikel 7:

1. Anträge auf Renten und andere Leistungen auf dem Gebiet der Rentenversicherung sind vom Anspruchsberechtigten beim Versicherungsträger des Staates zu stellen, auf dessen Territorium er seinen ständigen Wohnsitz hat. Besteht Anspruch auf Rente oder den Teil einer Rente beim Versicherungsträger des anderen Abkommenspartners, werden ihm die zur Feststellung und Festsetzung des Rentenanspruchs erforderlichen Angaben vom Versicherungsträger des Abkommenspartners übermittelt, bei dem der Antrag gestellt wurde. Die für die Feststellung und

Festsetzung der jeweiligen Rentenansprüche erforderlichen Angaben werden zwischen den für die Durchführung des Abkommens zuständigen Organen vereinbart.

2. Andere Leistungen auf dem Gebiet der Rentenversicherung sind alle Leistungen, die Rentnern aus der Rentenversicherung gewährt werden.
3. Bei der Berechnung der Teile der Rente legen die Versicherungsträger beider Staaten die auf ihrem Territorium geleistete Versicherungszeit in vollen Monaten fest.
4. Ist für die Festsetzung der Rentenhöhe der in einem bestimmten Zeitraum der Versicherungszeit erzielte Durchschnittsverdienst maßgebend, und war der Anspruchsberechtigte in diesem Zeitraum ganz oder teilweise beim Versicherungsträger des anderen Abkommenspartners versichert, ist der Berechnung der Rente der Durchschnittsverdienst zugrunde zu legen, der bei gleicher Tätigkeit während der gleichen Zeit auf dem Territorium des Staates erzielt worden wäre, dessen Versicherungsträger die Rente festsetzt.

Zu Artikel 11:

Die medizinischen Unterlagen, die vom zuständigen Organ eines Abkommenspartners erarbeitet wurden, dienen als Grundlage für die Entscheidung des zuständigen Organs des anderen Abkommenspartners. Die Kosten, die auf Grund dafür erforderlicher medizinischer Untersuchungen entstehen, werden nicht verrechnet.

Zu Artikel 12:

1. Um die Übersiedlung eines Rentners auf das Territorium des anderen Staates handelt es sich dann, wenn er mit Zustimmung der entsprechenden Organe beider Abkommenspartner auf das Territorium des anderen Staates übersiedelt.
2. Die Angaben, die die Ermächtigung zur Zahlung einer Rente enthalten muß, sowie Einzelheiten der Art und Weise der Zahlung werden zwischen den für die Durchführung des Abkommens zuständigen Organen vereinbart. Soweit die Zahlung an die Erfüllung bestimmter Voraussetzungen gebunden ist, sind diese in der Ermächtigung aufzuführen. Die Versicherungsträger beider Abkommenspartner sind verpflichtet, bei Wegfall dieser Voraussetzungen die Zahlung einzustellen und sich gegenseitig darüber zu informieren.

Zu Artikel 13:

Als Zahlungen für Familienangehörige gelten Zuschläge zu den Renten für Kinder und für den Ehegatten.

Zu Artikel 15:

Die Bestimmungen dieses Artikels gelten auch für Rentner und deren anspruchsberechtigte Familienangehörige des einen Staates, die ihren ständigen Wohnsitz auf dem Territorium des anderen Staates haben.

Zu Artikel 19:

1. Sachleistungen an einen Bürger des anderen Staates, der nicht beim Versicherungsträger des Aufenthaltslandes versichert ist, werden an Bürger der Deutschen Demokratischen Republik gegen Vorlage des Reisedokumentes bzw. des Personalausweises und an Bürger der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien gegen Vorlage des Nachweises über den Versicherungsanspruch gewährt.
2. Welche Sachleistungen von größerem Wert vor ihrer Gewährung der Zustimmung des Versicherungsträgers bedürfen, wird zwischen den für die Durchführung des Abkommens zuständigen Organen beider Abkommenspartner vereinbart.

Zu Artikel 23:

Veränderungen in der Zuständigkeit der für die Durchführung des Abkommens zuständigen Organe teilen sich die Abkommenspartner unverzüglich schriftlich mit.

Zu Artikel 30:

1. Die Aufrechnung der
 - in gegenseitiger Ermächtigung durchgeführten Rentenzahlungen,
 - Pauschalbeträge für gewährte Sachleistungen,
 - Kosten für gewährte Prothesen und andere orthopädische Hilfsmittel sowie Sachleistungen von größerem Wert
 erfolgt durch die gemäß Artikel 23 des Abkommens zuständigen Organe.

2. Die Aufstellung über die im vergangenen Kalenderjahr zu Lasten des anderen Versicherungsträgers gewährten Leistungen gemäß Ziffer 1 übersenden sich die zuständigen Organe gegenseitig bis spätestens 31. März des folgenden Jahres. Die Abstimmung der Zahlungen und der Ausgleich des Differenzbetrages erfolgt bis 31. Mai jeden Jahres.
3. Einzelheiten über den Inhalt der Aufstellungen und den Ausgleich werden zwischen den für die Verrechnung zuständigen Organen der Abkommenspartner vereinbart.
4. Die erste Verrechnung erfolgt für den Zeitraum ab Inkrafttreten des Abkommens bis zum 31. Dezember 1975.

Zu Artikel 31 Abs. 1:

Die vor dem 15. Mai 1945 erworbenen Versicherungszeiten werden zwischen den Versicherungsträgern beider Staaten nicht verrechnet.

Zu Artikel 31 Abs. 3:

Siedelt ein Rentner, dessen Rente vor dem Inkrafttreten des Abkommens festgesetzt wurde, auf das Territorium des anderen Staates über, ist entsprechend Artikel 12 Abs. 1 erster Satz zu verfahren.

II.**Erläuterungen einiger Begriffe des Abkommens:**

1. Als Rechtsvorschriften gelten die Gesetze, Verordnungen, Anordnungen, Satzungen und sonstigen allgemeinen Vorschriften, die sich auf die in Artikel 2 des Abkommens bezeichneten Rechtsvorschriften beziehen und im Gebiet eines Abkommenspartners in Kraft sind.
2. Als Versicherungszeiten gelten Zeiten der Arbeitsleistung, die eine Versicherungspflicht zur Sozialversicherung bzw. Rentenversicherung begründen sowie ihnen gleichgestellte Zeiten entsprechend den Rechtsvorschriften beider Abkommenspartner.
3. Der Begriff „wohnen“ oder „ständiges Wohnen“ ist gleichzusetzen mit dem Begriff „ständiger Wohnsitz“.

Das Schlußprotokoll ist unmittelbarer Bestandteil des Abkommens zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Sozialversicherung vom 31. Oktober 1974.

Zum Beweis dessen haben die Bevollmächtigten dieses Protokoll unterzeichnet und gesiegelt.

Ausgefertigt in Belgrad am 31. Oktober 1974 in zwei Exemplaren, jedes in deutscher und serbokroatischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen gültig sind.

Für die Regierung
der Deutschen
Demokratischen Republik

gez. Rademacher

Für die Regierung
der Sozialistischen
Föderativen Republik
Jugoslawien

gez. Pepovski



GESETZBLATT

329

der Deutschen Demokratischen Republik

1976

Berlin, den 15. Dezember 1976

Teil II Nr. 17

Tag	Inhalt	Seite
20. 11. 76	Bekanntmachung über den Beitritt der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zur Konvention über den Internationalen Rat für Meeresforschung vom 12. September 1964 sowie zum Protokoll zur Konvention über den Internationalen Rat für Meeresforschung vom 13. August 1970	329
18. 11. 76	Bekanntmachung über die Annahme des Protokolls zur Änderung des Artikels 14 Absatz 3 des Europäischen Abkommens vom 30. September 1957 über die internationale Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße vom 21. August 1975 durch die Deutsche Demokratische Republik	334
23. 11. 76	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Konsularvertrages vom 4. Mai 1976 zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland	335
29. 11. 76	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des am 10. Dezember 1975 zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik abgeschlossenen Protokolls zur Änderung und Ergänzung des am 11. September 1956 in Prag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakischen Republik unterzeichneten Vertrages über den Rechtsverkehr in Zivil-, Familien- und Strafsachen	335

**Bekanntmachung
über den Beitritt
der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik
zur Konvention über den Internationalen Rat
für Meeresforschung vom 12. September 1964
sowie zum Protokoll
zur Konvention über den Internationalen Rat
für Meeresforschung vom 13. August 1970
vom 20. November 1976**

Am 17. Februar 1975 wurde die Beitrittsurkunde der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zur nachstehend veröffentlichten Konvention vom 12. September 1964 über den Internationalen Rat für Meeresforschung sowie zum Protokoll zur Konvention über den Internationalen Rat für Meeresforschung vom 13. August 1970 hinterlegt.

Die Konvention ist gemäß ihrem Artikel 16 Absatz 4 für die Deutsche Demokratische Republik am Tage der Hinterlegung ihrer Beitrittsurkunde in Kraft getreten.

Das Protokoll zur Konvention ist gemäß seinem Artikel II Absatz 3 am 12. November 1975 in Kraft getreten.

Berlin, den 20. November 1976

**Der Leiter
des Sekretariats des Ministerrates**

Dr. Kleinert
Staatssekretär

**Konvention
über den Internationalen Rat für Meeresforschung**

Präambel

Die Regierungen der Teilnehmerstaaten der vorliegenden Konvention —

Die an den Arbeiten des Internationalen Rates für Meeresforschung teilgenommen haben, der im Ergebnis der Konferenzen von Stockholm (1899) und Kristiania (1901) im Jahre 1902 in Kopenhagen gegründet wurde und die Aufgabe erhielt, ein Programm der internationalen Erforschung des Meeres durchzuführen,

Von dem Wunsche geleitet, diesem Rat eine neue Verfassung zu geben, um die Realisierung seines Programms zu erleichtern —

Sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Der Internationale Rat für Meeresforschung, nachfolgend als „Rat“ bezeichnet, hat die Aufgabe,

- a) Forschungs- und Erkundungstätigkeit zur Untersuchung des Meeres und insbesondere seiner lebenden Ressourcen anzuregen und zu fördern,
- b) entsprechende Programme aufzustellen und im Einvernehmen mit den Vertragschließenden Seiten möglicherweise notwendig werdende Forschungs- und Erkundungstätigkeit zu organisieren,
- c) die Ergebnisse der unter seiner Schirmherrschaft durchgeführten Forschungs- und Erkundungstätigkeit zu veröffentlichen oder auf andere Weise zu verbreiten oder ihre Veröffentlichung zu fördern.

Artikel 2

Die Tätigkeit des Rates erstreckt sich auf den Atlantischen Ozean und die an diesen angrenzenden Meere, hauptsächlich jedoch auf den Nordatlantik.

Artikel 3

(1) Der Rat besteht gemäß den Bestimmungen der vorliegenden Konvention fort.

(2) Kopenhagen bleibt Sitz des Rates.

Artikel 4

Der Rat ist bestrebt, Arbeitsverbindungen zu anderen internationalen Organisationen aufzunehmen und zu unterhalten, die ähnliche Ziele haben und, soweit möglich, insbesondere bei der Beschaffung gewünschter wissenschaftlicher Informationen mit ihnen zusammenzuarbeiten.

Artikel 5

Die Vertragschließenden Seiten verpflichten sich, dem Rat Informationen zu übermitteln, die den Zwecken der vorliegenden Konvention dienen und deren Beschaffung zumutbar ist, und, soweit irgend möglich, die Durchführung der vom Rat koordinierten Forschungsprogramme zu unterstützen.

Artikel 6

(1) Jede Vertragschließende Seite ist im Rat durch höchstens zwei Delegierte vertreten.

(2) Kann ein Delegierter an einer Ratssitzung nicht teilnehmen, so kann er durch einen Vertreter ersetzt werden, der für die Dauer dieser Sitzung alle Befugnisse des Delegierten besitzt.

(3) Jede Vertragschließende Seite kann nach eigenem Ermessen zur Unterstützung des Rates bei seiner Arbeit Experten und Berater benennen.

Artikel 7

(1) Der Rat tritt einmal jährlich zu einer ordentlichen Tagung zusammen. Diese Tagung findet in Kopenhagen statt, sofern der Rat nicht anders beschließt.

(2) Außerordentliche Tagungen des Rates können vom Büro entweder aus eigener Initiative oder auf Antrag von mindestens einem Drittel der Vertragschließenden Seiten einberufen werden; Ort und Zeitpunkt dieser Tagungen werden vom Büro festgelegt.

Artikel 8

(1) Jede Vertragschließende Seite hat im Rat eine Stimme.

(2) Soweit die vorliegende Konvention nichts anderes vorsieht, bedürfen die Beschlüsse des Rates der einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Bei Stimmengleichheit zu einer Frage, die mit einfacher Mehrheit zu entscheiden ist, gilt der Vorschlag als abgelehnt.

Artikel 9

(1) Vorbehaltlich der Bestimmungen der vorliegenden Konvention gibt sich der Rat seine eigenen Verfahrensregeln, für deren Annahme eine Zweidrittelmehrheit der Vertragschließenden Seiten erforderlich ist.

(2) Arbeitssprachen des Rates sind Englisch und Französisch.

Artikel 10

(1) Der Rat wählt aus den Reihen der Delegierten den Präsidenten, einen ersten und fünf weitere Vizepräsidenten. Die Anzahl der Vizepräsidenten kann auf mit Zweidrittelmehrheit gefaßten Beschluß des Rates erhöht werden.

(2) Der Präsident und die Vizepräsidenten treten ihr Amt an dem auf die Wahl folgenden 1. November für einen Zeitraum von drei Jahren an. Sie können gemäß den Verfahrensregeln wiedergewählt werden.

(3) Mit seinem Amtsantritt verliert der Präsident die Eigenschaft eines Delegierten.

Artikel 11

(1) Das Büro des Rates besteht aus dem Präsidenten und den Vizepräsidenten.

(2) Das Büro ist das Exekutivkomitee des Rates. Es führt die Beschlüsse des Rates durch, legt dessen Tagesordnung fest und beruft Ratstagungen ein. Ferner stellt es den Haushaltsplan auf, legt die Reservemittel an und nimmt die ihm vom Rat übertragenen Aufgaben wahr. Es legt gegenüber dem Rat über seine Tätigkeit Rechenschaft ab.

Artikel 12

Der Rat setzt einen Beratungsausschuß, einen Finanzausschuß und alle anderen Ausschüsse ein, die er für die Durchführung seiner Aufgaben für erforderlich hält. Die Aufgaben der Ausschüsse werden in den Verfahrensregeln festgelegt.

Artikel 13

(1) Der Rat ernennt einen Generalsekretär. Er legt dessen dienstliche Stellung und Aufgabenbereich fest.

(2) Vorbehaltlich der allgemeinen Richtlinien des Rates stellt das Büro weitere zur Durchführung der Aufgaben des Rates erforderliche Mitarbeiter ein und legt deren dienstliche Stellungen und Aufgabenbereiche fest.

Artikel 14

(1) Jede Vertragschließende Seite trägt die Kosten der von ihr berufenen Delegierten, Experten und Berater, soweit der Rat nicht anders beschließt.

(2) Der Rat beschließt über den Jahreshaushaltsplan des Rates.

(3) Während des ersten und zweiten Finanzjahres nach Inkrafttreten der vorliegenden Konvention in Übereinstimmung mit Artikel 16 der vorliegenden Konvention leisten die Vertragschließenden Seiten zu den Ausgaben des Rates Beiträge.

die denjenigen entsprechen, die sie für das dem Inkrafttreten der vorliegenden Konvention vorausgegangene Jahr geleistet oder zu leisten versprochen haben.

(4) Für das dritte und die folgenden Finanzjahre leisten die Vertragsschließenden Seiten Beiträge, die nach einer vom Rat auszuarbeitenden und von allen Vertragsschließenden Seiten anzunehmenden Tabelle berechnet werden. Diese Tabelle kann der Rat mit Zustimmung aller Vertragsschließenden Seiten ändern.

(5) Eine der vorliegenden Konvention beitretende Regierung leistet zu den Ausgaben des Rates einen Beitrag, der für jedes Finanzjahr zwischen dieser Regierung und dem Rat vereinbart wird, bis deren Beiträge in der Tabelle nach Abs. 4 festgesetzt werden.

(6) Eine Vertragsschließende Seite, die während zweier aufeinanderfolgender Jahre ihren Beitrag nicht geleistet hat, hat keinen Anspruch auf die sich aus dieser Konvention ergebenden Rechte, bis sie ihren finanziellen Verpflichtungen nachgekommen ist.

Artikel 15

(1) Der Rat besitzt im Hoheitsgebiet der Vertragsschließenden Seiten Geschäftsfähigkeit, wenn zwischen ihm und der Regierung der betreffenden Vertragsschließenden Seiten eine entsprechende Vereinbarung getroffen worden ist.

(2) Der Rat, die Delegierten und Experten, der Generalsekretär und die anderen Amtspersonen genießen im Hoheitsgebiet der Vertragsschließenden Seiten die zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben erforderlichen Vorrechte und Immunitäten, wenn zwischen dem Rat und der Regierung der betreffenden Vertragsschließenden Seite eine entsprechende Vereinbarung getroffen worden ist.

Artikel 16

(1) Die vorliegende Konvention steht bis zum 31. Dezember 1964 den Regierungen aller Staaten, die an den Arbeiten des Rates teilnehmen, zur Unterzeichnung offen.

(2) Die vorliegende Konvention bedarf der Ratifizierung oder Zustimmung seitens der Signatarregierungen gemäß den jeweiligen verfassungsrechtlichen Regelungen. Die Ratifizierungs- oder Zustimmungsurkunden werden bei der dänischen Regierung hinterlegt, die als Depositarregierung fungiert.

(3) Die vorliegende Konvention tritt am 22. Juli in Kraft, der auf die Hinterlegung der Ratifizierungs- oder Zustimmungsurkunden durch alle Signatarregierungen folgt. Haben jedoch bis zum 1. Januar 1968 nicht alle Signatarregierungen

die vorliegende Konvention ratifiziert, aber mindestens drei Viertel von ihnen Ratifizierungs- oder Zustimmungsurkunden hinterlegt, so können die letztgenannten Regierungen unter sich durch ein Sonderprotokoll über den Zeitpunkt des Inkrafttretens der vorliegenden Konvention sowie andere, damit zusammenhängende Fragen übereinkommen. In diesem Fall tritt die vorliegende Konvention für jede weitere Signatarregierung, die sie danach ratifiziert oder billigt, am Tage der Hinterlegung ihrer Ratifizierungs- oder Zustimmungsurkunde in Kraft.

(4) Nach dem Inkrafttreten der vorliegenden Konvention gemäß Abs. 3 dieses Artikels kann die Regierung jedes Staates bei der dänischen Regierung schriftlich ihren Beitritt zu dieser Konvention beantragen. Sie wird zur Hinterlegung einer Beitrittsurkunde bei der dänischen Regierung zugelassen, sobald die Regierungen von drei Vierteln der Staaten, die ihre Ratifizierungs-, Zustimmungs- oder Beitrittsurkunden bereits hinterlegt haben, der dänischen Regierung ihre Zustimmung notifiziert haben. Für jede beitretende Regierung tritt die vorliegende Konvention am Tage der Hinterlegung ihrer eigenen Beitrittsurkunde in Kraft.

Artikel 17

Nach Ablauf von zwei Jahren nach Inkrafttreten der vorliegenden Konvention kann eine Vertragsschließende Seite diese jederzeit durch eine an die dänische Regierung zu richtende schriftliche Mitteilung kündigen. Die Kündigung wird zwölf Monate nach Eingang der Mitteilung wirksam.

Artikel 18

Sobald die vorliegende Konvention in Kraft getreten ist, wird sie von der Depositarregierung gemäß Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen bei deren Sekretariat registriert.

Schlußbestimmung

Zu Urkund dessen haben die hierzu gehörig bevollmächtigten Unterzeichneten die vorliegende Konvention unterschrieben.

Ausgefertigt in Kopenhagen am 12. September 1964 in englischer und französischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen authentisch sind, in einer Urschrift, die im Archiv der dänischen Regierung hinterlegt wird; diese übermittelt allen Regierungen, die diese Konvention unterzeichnen oder ihr beitreten, beglaubigte gleichlautende Abschriften.

(Übersetzung)

Protokoll zur Konvention über den Internationalen Rat für Meeresforschung

Die Regierungen der Teilnehmerstaaten der Konvention über den Internationalen Rat für Meeresforschung, die am 12. September 1964 in Kopenhagen unterzeichnet wurde (nachfolgend als „die Konvention“ bezeichnet),

sind, in dem Wunsch, einige Bestimmungen der Konvention abzuändern,

wie folgt übereingekommen:

Artikel I

Absatz (2) von Artikel 14 der Konvention wird abgeändert, so daß er folgendermaßen lautet:

„(2) Der Rat nimmt mit Zweidrittelmehrheit aller Vertragsparteien ein Jahresbudget des Rates an.“

Artikel II

(1) Dieses Protokoll steht zur Unterzeichnung im Auftrag der Regierungen aller Teilnehmerstaaten der Konvention mit oder ohne Vorbehalt hinsichtlich der Ratifizierung oder Bestätigung offen.

(2) Ratifikations- oder Bestätigungsurkunden werden bei der Regierung Dänemarks hinterlegt.

(3) Dieses Protokoll tritt zu dem Zeitpunkt in Kraft, an dem die Regierungen aller Teilnehmerstaaten der Konvention Parteien dieses Protokolls geworden sind.

(4) Die Regierung Dänemarks informiert die Regierungen der Teilnehmerstaaten der Konvention über jede Unterzeichnung, Ratifizierung oder Bestätigung dieses Protokolls und über den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Protokolls.

ZU URKUND DESSEN haben die Unterzeichneten, die dazu ordnungsgemäß bevollmächtigt sind, dieses Protokoll unterzeichnet.

AUSGEFERTIGT in Kopenhagen am dreizehnten August 1970 in englischer und französischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen gültig sind, in einem Exemplar, das hinterlegt wird in den Archiven der Regierung Dänemarks, die beglaubigte getreue Kopien den Regierungen aller Teilnehmerstaaten der Konvention übermittelt.

**CONVENTION
FOR THE INTERNATIONAL COUNCIL
FOR THE EXPLORATION OF THE SEA**

PREAMBLE

The Governments of the States Parties to this Convention Having participated in the work of the International Council for the Exploration of the Sea, which was established at Copenhagen in 1902 as a result of conferences held in Stockholm in 1899 and in Christiania in 1901 and entrusted with the task of carrying out a programme of international investigation of the sea

Desiring to provide a new constitution for the aforesaid Council with a view to facilitating the implementation of its programme

Have agreed as follows:

ARTICLE 1

It shall be the duty of the International Council for the Exploration of the Sea, hereinafter referred to as the „Council“,

- (a) to promote and encourage research and investigations for the study of the sea particularly those related to the living resources thereof;
- (b) to draw up programmes required for this purpose and to organise, in agreement with the Contracting Parties, such research and investigation as may appear necessary;
- (c) to publish or otherwise disseminate the results of research and investigations carried out under its auspices or to encourage the publication thereof.

ARTICLE 2

The Council shall be concerned with the Atlantic Ocean and its adjacent seas and primarily concerned with the North Atlantic.

ARTICLE 3

- (1) The Council shall be maintained in accordance with the provisions of this Convention.
- (2) The seat of the Council shall remain at Copenhagen.

ARTICLE 4

The Council shall seek to establish and maintain working arrangements with other international organisations which have related objectives and cooperate, as far as possible, with them, in particular in the supply of scientific information requested.

ARTICLE 5

The Contracting Parties undertake to furnish to the Council information which will contribute to the purposes of this Convention and can reasonably be made available and, wherever possible, to assist in carrying out the programmes of research coordinated by the Council.

ARTICLE 6

- (1) Each Contracting Party shall be represented at the Council by not more than two delegates.
- (2) A delegate who is not present at a meeting of the Council may be replaced by a substitute who shall have all the powers of the delegate for that meeting.
- (3) Each Contracting Party may appoint such experts and advisers as it may determine to assist in the work of the Council.

ARTICLE 7

- (1) The Council shall meet in ordinary session once a year. This session shall be held in Copenhagen, unless the Council decides otherwise.

(2) Extraordinary sessions of the Council may be called by the Bureau at such place and time as it may determine and shall be so called on the request of at least one-third of the Contracting Parties.

ARTICLE 8

- (1) Each Contracting Party shall have one vote in the Council.

(2) Decisions of the Council shall, except where otherwise in this Convention specially provided, be taken by a simple majority of the votes cast for or against. If there is an even division of votes on any matter which is subject to a simple majority decision the proposal shall be regarded as rejected.

ARTICLE 9

- (1) Subject to the provisions of this Convention the Council shall draw up its own Rules of Procedure which shall be adopted by a two-thirds majority of the Contracting Parties.
- (2) English and French shall be the working languages of the Council.

ARTICLE 10

(1) The Council shall elect from among the delegates its President, a first Vice-President and a further 5 Vice-Presidents. This last number may be augmented by a decision taken by the Council by a two-thirds majority.

(2) The President and the Vice-Presidents shall assume office on the first day of November next following their election, for a term of three years. They are eligible for re-election according to the Rules of Procedure.

(3) On assuming office the President shall cease forthwith to be a delegate.

ARTICLE 11

(1) The President and Vice-Presidents shall together constitute the Bureau of the Council.

(2) The Bureau shall be the Executive Committee of the Council and shall carry out the decisions of the Council, draw up its agenda and convene its meetings. It shall also prepare the budget. It shall invest the reserve funds and carry out the tasks entrusted to it by the Council. It shall account to the Council for its activities.

ARTICLE 12

There shall be a Consultative Committee, a Finance Committee, and such other Committees as the Council may deem necessary for the discharge of its functions with the duties respectively assigned to them in the Rules of Procedure.

ARTICLE 13

(1) The Council shall appoint a General Secretary on such terms and to perform such duties as it may determine.

(2) Subject to any general directions of the Council, the Bureau shall appoint such other staff as may be required for the purposes of the Council on such terms and to perform such duties as it may determine.

ARTICLE 14

(1) Each Contracting Party shall pay the expenses of the delegates, experts and advisers appointed by it, except in so far as the Council may otherwise determine.

(2) The Council shall approve an annual budget of the proposed expenditure of the Council.

(3) In the first and second financial years after this Convention enters into force in accordance with Article 16 of this Convention the Contracting Parties shall contribute to the expenses of the Council such sums as they respectively con-

tributed or undertook to contribute, in respect of the year preceding the entering into force of this Convention.

(4) In respect of the third and subsequent financial years the Contracting Parties shall contribute sums calculated in accordance with a scheme to be prepared by the Council and accepted by all the Contracting Parties. This scheme may be modified by the Council with the agreement of all Contracting Parties.

(5) A Government acceding to this Convention shall contribute to the expenses of the Council such sum as may be agreed between that Government and the Council in respect of each financial year until the scheme under paragraph 4 provides for contributions from that Government.

(6) A Contracting Party which has not paid its contribution for two consecutive years shall not enjoy any rights under this Convention until it has fulfilled its financial obligations.

ARTICLE 15

(1) The Council shall enjoy, in the territories of the Contracting Parties, such legal capacity as may be agreed between the Council and the Government of the Contracting Party concerned.

(2) The Council, delegates and experts, the General Secretary and other officials shall enjoy in the territories of the Contracting Parties such privileges and immunities, necessary for the fulfilment of their functions, as may be agreed between the Council and the Government of the Contracting Party concerned.

ARTICLE 16

(1) This Convention shall be open until 31 December 1964 for signature on behalf of the Governments of all states which participate in the work of Council.

(2) This Convention is subject to ratification or approval by the signatory Governments in accordance with their respective constitutional procedures. The instruments of ratification or approval shall be deposited with the Government of Denmark, who will act as the depository Government.

(3) This Convention shall enter into force the 22 July next following the deposit of the instruments of ratification or approval by all signatory Governments. If, however, on the 1 January 1968 all the signatory Governments have not rati-

fied this Convention, but not less than three quarters of the signatory Governments have deposited instruments of ratification or approval, these latter Governments may agree among themselves by special protocol on the date on which this Convention shall enter into force and on other related matters; and in that case this Convention shall enter into force, with respect to any other signatory Government that ratifies or approves thereafter, on the date of deposit of its instrument of ratification or approval.

(4) After the entry into force of this Convention in accordance with paragraph 3 of this Article, the Government of any State may apply to accede to this Convention by addressing a written application to the Government of Denmark. It shall be permitted to deposit an instrument of accession with that Government after the approval of the Governments of three quarters of the states which have already deposited their instruments of ratification, approval or accession, has been notified to the Government of Denmark. For any acceding Government this Convention shall enter into force on the date of deposit of its instrument of accession.

ARTICLE 17

At any time after two years from the date on which this Convention has come into force any Contracting Party may denounce the Convention by means of a notice in writing addressed to the Government of Denmark. Any such notice shall take effect twelve months after the date of its receipt.

ARTICLE 18

When the present Convention comes into force it shall be registered by the depository Government with the Secretariat of the United Nations Organisation in accordance with Article 102 of its Charter.

FINAL CLAUSE

IN WITNESS WHEREOF the undersigned being duly authorised have signed the present Convention:

DONE at Copenhagen this twelfth day of September 1964, in the English and French languages, both texts being equally authentic, in a single copy which shall be deposited in the archives of the Government of Denmark who shall forward certified true copies to all signatory and acceding Governments.

PROTOCOL TO THE CONVENTION FOR THE INTERNATIONAL COUNCIL FOR THE EXPLORATION OF THE SEA

The Governments of the States Parties to the Convention for the International Council for the Exploration of the Sea, signed at Copenhagen on the twelfth day of September 1964 (hereinafter referred to as „the Convention“),

Desiring to amend certain provisions of the Convention
Have agreed as follows: –

Article I

Paragraph (2) of Article 14 of the Convention shall be amended to read as follows: –

„(2) The Council shall by a 2/3 majority vote of all the Contracting Parties approve an annual budget of the Council“.

Article II

(1) This Protocol shall be open for signature on behalf of the Governments of all States Parties to the Convention with or without reservation as to ratification or approval.

(2) Instruments of ratification or approval shall be deposited with the Government of Denmark.

(3) This Protocol shall enter into force on the date on which the Governments of all States Parties to the Convention have become Parties to this Protocol.

(4) The Government of Denmark shall inform the Governments of the States Parties to the Convention of each signature, ratification or approval of this Protocol and of the date of the entry into force of the Protocol.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned being duly authorized have signed this Protocol.

DONE at Copenhagen this thirteenth day of August 1970, in the English and French languages, both texts being equally authentic, in a single copy which shall be deposited in the archives of the Government of Denmark who shall forward certified true copies to the Governments of all States Parties to the Convention.

Bekanntmachung
über die Annahme des Protokolls
zur Änderung des Artikels 14 Absatz 3
des Europäischen Abkommens vom 30. September 1957
über die internationale Beförderung gefährlicher
Güter auf der Straße vom 21. August 1975
durch die Deutsche Demokratische Republik
vom 18. November 1976

Am 22. April 1976 wurde das nachstehend veröffentlichte Protokoll zur Änderung des Artikels 14 Absatz 3 des Europäischen Abkommens vom 30. September 1957 über die internationale Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße vom 21. August 1975 von der Deutschen Demokratischen Republik angenommen.

Der Tag, an dem das Protokoll für die Deutsche Demokratische Republik in Kraft tritt, wird im Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik bekanntgemacht.

Berlin, den 18. November 1976

Der Sekretär des Staatsrates
 der Deutschen Demokratischen Republik
 H. Eichler

(Übersetzung)

Europäisches Abkommen
über die internationale Beförderung gefährlicher Güter
auf der Straße (ADR)

Protokoll
zur Änderung des Artikels 14 Absatz 3
des Europäischen Abkommens vom 30. September 1957
über die internationale Beförderung gefährlicher Güter
auf der Straße

DIE VERTRAGSPARTEIEN DIESES PROTOKOLLS,
 NACH PRÜFUNG der Vorschriften des Europäischen Abkommens über die internationale Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße (ADR) (im weiteren „Abkommen“ genannt), das am 30. September 1957 in Genf geschlossen wurde, hinsichtlich des Verfahrens bei der Änderung der Anlagen zu diesem Abkommen und insbesondere hinsichtlich des Artikels 14 Absatz 3;

IN ANBETRACHT der Tatsache, daß die Vertragsparteien des Abkommens gelegentlich Schwierigkeiten haben, die innerstaatlichen Durchführungsbestimmungen für das Inkraftsetzen der Änderungen innerhalb der Dreimonatsfrist wirksam werden zu lassen, die nach Artikel 14 Absatz 3 vorgesehen ist zwischen dem Zeitpunkt, zu dem sie als angenommen gelten, und dem Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Änderungen;

IN DEM WUNSCH, in diesem Punkt die Vorschriften des Artikels 14 Absatz 3 des Abkommens zu ändern;
 sind wie folgt ÜBEREINGEKOMMEN:

Artikel 1

Änderung des Artikels 14 Absatz 3 des Abkommens

Artikel 14 Absatz 3 des Abkommens wird wie folgt geändert:

„3. Jede vorgeschlagene Änderung der Anlagen gilt als angenommen, wenn nicht innerhalb von drei Monaten nach dem Tag der Übermittlung durch den Generalsekretär wenigstens ein Drittel der Vertragsparteien — oder fünf von ihnen, wenn das Drittel größer ist als diese Zahl — dem Generalsekretär schriftlich die Ablehnung des Änderungsvorschlags mitteilt. Gilt die Änderung als angenommen, so tritt sie — mit Ausnahme der nachfolgend aufgeführten Fälle — für alle Vertragsparteien nach Ablauf einer weiteren Frist von drei Monaten in Kraft:

a) Wenn die im Absatz 1 erwähnten anderen internationalen Abkommen entsprechend geändert worden sind oder voraussichtlich geändert werden, tritt die Änderung nach Ablauf einer Frist in Kraft, die der Generalsekretär so festsetzt, daß die Änderung möglichst gleichzeitig mit den be-

schlossenen oder zu erwartenden Änderungen der anderen Abkommen in Kraft tritt; die Frist muß jedoch mindestens einen Monat betragen;

b) Die Vertragspartei, welche die vorgeschlagene Änderung vorlegt, kann in ihrem Vorschlag eine Frist von mehr als drei Monaten für das Inkrafttreten der Änderung vorsehen, falls diese angenommen wird.“

Artikel 2

Annahme dieses Protokolls

Dieses Protokoll liegt zur Annahme durch die Vertragsparteien des Abkommens auf. Die Annahmearkunden werden beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt.

Artikel 3

Inkrafttreten dieses Protokolls

(1) Dieses Protokoll und die darin enthaltenen Änderungen treten einen Monat nach dem Zeitpunkt in Kraft, an dem alle Vertragsparteien des Abkommens ihre Annahmearkunden beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt haben.

(2) Jeder Staat, der nach Inkrafttreten dieses Protokolls Vertragspartei des Abkommens wird, ist Vertragspartei des Abkommens in seiner durch das Protokoll geänderten Fassung.

Artikel 4

Verschiedene Bestimmungen

Die Urschrift dieses Protokolls, in englischer und französischer Sprache, wird beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt; dieser übermittelt den Vertragsparteien des Abkommens und allen Staaten, die Vertragsparteien des Abkommens werden können, eine beglaubigte Abschrift.

Abgefaßt durch den Generalsekretär der Vereinten Nationen zu New York am 21. August 1975, dem Tag des Abschlusses des Verfahrens, durch das die Vertragsparteien des Abkommens und die anderen beteiligten Staaten beschlossen haben, dieses Protokoll zur Annahme aufzulegen.

DER GENERALSEKRETÄR DER VEREINTEN NATIONEN

**PROTOCOL AMENDING ARTICLE 14 (3)
OF THE EUROPEAN AGREEMENT
OF 30 SEPTEMBER 1957
CONCERNING THE INTERNATIONAL CARRIAGE
OF DANGEROUS GOODS BY ROAD (ADR)**

THE PARTIES TO THE PRESENT PROTOCOL,

HAVING CONSIDERED the provisions of the European Agreement concerning the International Carriage of Dangerous Goods by Road (ADR), done at Geneva on 30 September 1957 (hereafter referred to as "the Agreement"), in so far as concerns the amendment of the annexes to the said Agreement, and in particular article 14 (3) of the Agreement;

NOTING that the Contracting Parties to the Agreement occasionally experience difficulties in implementing, within the three-month time limit provided for by article 14 (3) of the Agreement between the time when an amendment is deemed to have been accepted and the time when it is to enter into force, those internal measures that are required for the purpose of putting the amendments into effect;

DESIROUS of modifying in this respect the provisions of article 14 (3) of the Agreement;

AGREE as follows:

Article 1

Modification of article 14 (3) of the Agreement

Paragraph 3 of article 14 of the Agreement is modified to read as follows:

"3. Any proposed amendment to the annexes shall be deemed to be accepted unless, within three months from the date on which the Secretary-General circulates it, at least one-third of the Contracting Parties, or five of them if one-third exceeds that figure, have given the Secretary-General written notification of their objection to the proposed amendment. If the amendment is deemed to be accepted, it shall enter into force for all the Contracting Parties on the expiry of a further period of three months, except in the following cases:

(a) In cases where similar amendments have been or are likely to be made to the other international agreements referred to in paragraph 1 of this article, the amendment shall enter into force on the expiry of a period the duration of which shall be determined by the Secretary-General in such a way as to allow, wherever possible, the simultaneous entry into force of the amendment and those that have been made or are likely to be made to such other agreements; such period shall not, however, be of less than one month's duration;

(b) The Contracting Party submitting the proposed amendment may specify in its proposal, for the purpose of entry into force of the amendment, should it be accepted, a period of more than three months' duration."

Article 2

Acceptance of the present Protocol

The present Protocol shall be open for acceptance by the Contracting Parties to the Agreement. Instruments of acceptance shall be deposited with the Secretary-General of the United Nations.

Article 3

Entry into force of the present Protocol

1. The present Protocol and the amendments therein shall enter into force one month from the date on which the instruments of acceptance of all Contracting Parties have been deposited with the Secretary-General of the United Nations.

2. Any State becoming a Contracting Party to the Agreement after the entry into force of the present Protocol shall be a Contracting Party to the Agreement as amended by the Protocol.

Article 4

Miscellaneous provisions

The original of the present Protocol, in English and French, shall be deposited with the Secretary-General of the United Nations, who shall transmit a certified true copy thereof to the Contracting Parties to the Agreement and to all States which may become Parties to the latter.

DRAWN UP by the Secretary-General of the United Nations, at New York, on August 21st 1975, the date of the completion of the procedure by which the Contracting Parties to the Agreement and other States concerned decided to open the present Protocol for acceptance.

SECRETARY-GENERAL OF THE UNITED NATIONS

Bekanntmachung

über das Inkrafttreten

**des Konsularvertrages vom 4. Mai 1976
zwischen der Deutschen Demokratischen Republik
und dem Vereinigten Königreich von Großbritannien
und Nordirland
vom 23. November 1976**

Gemäß § 2 des Gesetzes vom 24. Juni 1976 über den Konsularvertrag vom 4. Mai 1976 zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland (GBl. II Nr. 8 S. 175) wird hierdurch bekanntgemacht, daß der Vertrag nach dem am 6. September 1976 in London erfolgten Austausch der Ratifikationsurkunden gemäß seinem Artikel 58 am 6. Oktober 1976 in Kraft getreten ist.

Berlin, den 23. November 1976

**Der Sekretär des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik
H. Eichler**

Bekanntmachung

**über das Inkrafttreten des am 10. Dezember 1975
zwischen der Deutschen Demokratischen Republik
und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik
abgeschlossenen Protokolls zur Änderung und Ergänzung
des am 11. September 1956 in Prag
zwischen der Deutschen Demokratischen Republik
und der Tschechoslowakischen Republik
unterzeichneten Vertrages über den
Rechtsverkehr in Zivil-, Familien- und Strafsachen
vom 29. November 1976**

Gemäß § 2 des Gesetzes vom 24. Juni 1976 über das Protokoll vom 10. Dezember 1975 zu dem am 11. September 1956 in Prag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakischen Republik unterzeichneten Vertrag über den Rechtsverkehr in Zivil-, Familien- und Strafsachen (GBl. II Nr. 9 S. 207) wird hierdurch bekanntgemacht, daß das Protokoll gemäß seiner Ziffer II am 21. Oktober 1976, dem Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden, in Kraft getreten ist.

Berlin, den 29. November 1976

**Der Sekretär des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik
H. Eichler**

Aktuelle Fragen und Entwicklungsperspektiven der sozialistischen Demokratie

Aus dem Russischen

Hrsg.: Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR

192 Seiten · Kunstleder 10,— M

Bestellwort: Soz. Demokratie / 771 032 5

Der Band enthält die wesentlichsten Ergebnisse der Konferenz von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien sozialistischer Länder, die vom 12. bis 14. November 1974 in Sofia stattfand. Die Beiträge der Konferenzteilnehmer befassen sich u. a. mit verschiedenen Aspekten der Entwicklung der sozialistischen Demokratie und der führenden Rolle der marxistisch-leninistischen Parteien in diesem Prozeß. Sie vermitteln bewährte Erfahrungen über

- die Herausbildung sozialistischer Persönlichkeiten
- die dem Klassenwesen entsprechende Rolle der Volksvertretungen als gewählte Machtorgane
- das Zusammenwirken der staatlichen Organe mit den gesellschaftlichen Massenorganisationen
- die Einheit von politischer, ökonomischer, kultureller und sozialer Entwicklung u. ä.

Das Werk gibt einen umfassenden und vielseitigen Einblick in die schöpferische Anwendung der Lehren der Klassiker des Marxismus-Leninismus sowie in die bewährten Erfahrungen und wissenschaftlichen Erkenntnisse beim Aufbau des Sozialismus/Kommunismus in den sozialistischen Ländern, besonders in der Sowjetunion.

Erhältlich im örtlichen Buchhandel



**Staatsverlag
der Deutschen Demokratischen
Republik**

Herausgeber: Sekretariat des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, 102 Berlin, Klosterstraße 47 — Redaktion: 102 Berlin, Klosterstr. 47, Telefon: 209 36 22 — Veröffentlicht unter Lizenz-Nr. 751 — Verlag: (619/62) Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 108 Berlin, Otto-Großewald-Straße 17, Telefon: 209 45 01 — Erscheint nach Bedarf — Fortlaufender Bezug nur durch die Post — Bezugspreis: Vierteljährlich Teil I 2,50 M, Teil II 3,— M — Einzelabgabe bis zum Umfang von 8 Seiten 0,33 M, bis zum Umfang von 16 Seiten 0,25 M, bis zum Umfang von 32 Seiten 0,40 M, bis zum Umfang von 48 Seiten 0,55 M je Exemplar, je weitere 16 Seiten 0,15 M mehr.

Einzelbestellungen beim Zentral-Verein Erfurt, 501 Erfurt, Postfach 696. Außerdem besteht Kaufmöglichkeit nur bei Selbstabholung gegen Barzahlung (kein Versand) in der Buchhandlung für amtliche Dokumente, 108 Berlin, Neustädtische Kirchstraße 15, Telefon: 229 22 23

Artikel-Nr. (EDV) 10131

Gesamtherstellung: Staatsdruckerei der Deutschen Demokratischen Republik (Rollensatzdruck)

Index 31818